Ulrich Enderwitz

Reichtum und Religion

Die Macht des Kapitals

Die Macht als Manie – Das militarisierte Kapital

PapyRossa

Werkverzeichnis

REICHTUM UND RELIGION
Vier Bücher in sieben Bänden

Buch 1: Der Mythos vom Heros (1990)
Buch 2: Der religiöse Kult (1991)
Buch 3: Die Herrschaft des Wesens
- Band 1: Das Heil im Nichts (1996)
- Band 2: Die Polis (1998)
- Band 3: Der Konkurs der alten Welt (2001)
- Band 4: Die Krise des Reichtums (2005)

Buch 4: Die Macht des Kapitals
- Band 1: Der Weg zur Macht (2009)
- Band 2: Die Methode der Macht (2010)

KRITIK DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT (1983)

TOTALE REKLAME (1986)
Von der Marktgesellschaft zur Kommunikationsgemeinschaft

DIE REPUBLIK FRISST IHRE KINDER (1986)
Hochschulreform und Studetenbewegung
in der Bundesrepublik Deutschland

DER KONSUMENT ALS IDEOLOGE (1994)
200 Jahre deutsche Intelligenz

DIE MEDIEN UND IHRE INFORMATION
Ein Traktat (1996)

ANTISEMITISMUS UND VOLKSSTAAT (1998)
Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung

DIE SEXUALISIERUNG DER GESCHLECHTER (1999)
Eine Übung in negativer Anthropologie

KONSUM, TERROR UND GESELLSCHAFTSKRITIK (2004)
Eine tour d'horizon

HERRSCHAFT, WERT, MARKT (2004)
Zur Genese des kommerziellen Systems

WAS IST IDEOLOGIE? (2005)

WIRKLICHKEIT OHNE WERT (2011)

Eine Untersuchung zum Verhältnis von Kunst, Kult und Kommerz

VERGESELLSCHAFTUNG DURCH DEN MARKT (2016)

Über den Kapitalismus als selbstgewirktes Schicksal einer politischen Emanzipation auf der Grundlage kommerziellen Austauschs

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ulrich Enderwitz:
Reichtum und Religion [vier Bücher in neun Bänden] / Ulrich Enderwitz.
- Köln: PapyRossa
Die Macht des Kapitals
Die Macht als Manie – Das militarisierte Kapital
ISBN: k.A.

© PapyRossa, Köln, 2023
Postfach 273
79002 Freiburg
Satz: k.A.
Umschlaggestaltung: k.A.
Druck: k.A.

Inhaltsverzeichnis

Der Weg sächlich-technischer Produktivkraft von einem die Effizienz menschlich-biologischer Produktionskraft zu komplementieren tauglichen Aktivator zu einem deren Fehlen zu kompensieren nötigen Stabilisator der kapitalistischen Entwicklung. 7

Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft unter amerikanischer Ägide 81

Zur Unantastbarkeit des Privateigentums 164

Umverteilung auf Amerikanisch 177

Geboren unter dem Unstern von Weimar: Die behinderte Republik 261

Vom Bismarckschen Sozialpakt zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft 332

Die Substitution der zivilen Gesellschaft durchs militärische Korpus und ihre Reduktion auf einen paramilitärischen Verband 376

Die Mehrwertrealisierung als ebenso sehr Stolperstein wie Antriebsfeder des ökonomischen Systems und der dadurch erforderliche Übergang des Staats vom politischen Engagement zum ökonomischen Involvement. 405

New Deal auf Deutsch 472

Die Emanzipation des Wertschöpfungssystems von der bürgerlichen Klasse, seine Konversion vom privateigentümlich initiierten zivilen Unternehmen zum volkswirtschaftlich fundierten autonomen Betrieb 526

Das Dilemma des nationalsozialistischen Sanierungskonzepts: Machtbesessene Okkupation als wahngetriebene Projektion oder die aggressive Eroberungskampagne als regressives Säuberungsritual 606

Kapitel Eins

Der Weg sächlich-technischer Produktivkraft von einem die Effizienz menschlich-biologischer Produktionskraft zu komplementieren tauglichen Aktivator zu einem deren Fehlen zu kompensieren nötigen Stabilisator der kapitalistischen Entwicklung.

So sehr der Weltkrieg durch die hekatombische Vernichtung menschlichen Lebens und gigantische Zerstörung sächlichen Reichtums über das Ziel hinausschießt, ein aus rein kommerzieller Sicht unbestreitbares Verdienst kann er für sich beanspruchen. Er befreit in einer Art von Rosskur das Wertschöpfungs- und Wertrealisierungssystem der kriegführenden Staaten von den Überfüllungs- und Verstopfungsproblemen, die ihnen bis dahin zu schaffen machen und die letztlich durch den internationalen Konkurrenzdruck, den sie erzeugen, wenn nicht aktuell schuld am Krieg, so doch aber strukturell grundlegend für ihn sind. Allerdings droht insbesondere der gewaltige Verlust an als Arbeitskraft einsetzbarem Menschenleben den durch die Beseitigung der zum Krieg führenden kommerziellen Wertrealisierungsprobleme ermöglichten industriellen Wiederaufschwung zu torpedieren.

Der Potlatch des Weltkriegs mit seinen verheerenden Stellungskämpfen und vernichtenden Materialschlachten erweist sich als einschneidende Zäsur im industriekapitalistischen Akkumulationsprozess der beteiligten Nationalstaaten.

Zum einen löst und erledigt die im Bild von der Materialschlacht beschworene sächliche Zerstörungsorgie, die hekatombische Verschleuderung materialer Ressourcen zum Zwecke der Unterwerfung beziehungsweise Beseitigung des militärischen Gegners, das im vorigen Band als zentrale Ursache für den Ausbruch des Kriegs angegebene Problem eines ausbeutungs- und produktivitätsbedingt überfüllten Weltmarkts, der unter Bedingungen des als *modus operandi* der industriekapitalistischen Entwicklung funktionierenden internationalen Konkurrenzsystems zwischen den Industriestaaten Druckverhältnisse und Reibungsspannungen aufbaut, die in dem Maße, wie, beziehungsweise in dem Moment, wo ein als katalytisches Ferment wirksamer systemexterner Faktor sie aus ihrer ökonomischen Bindung herauslöst und freisetzt, sich in Form jener offenen politischen Konfrontation und unmittelbaren militärischen Kollision entladen, die sich dem historischen Gedächtnis als Weltkrieg eingeprägt hat. So gewiss die zum Weltkrieg totalisierte Entladung des Konkurrenzdrucks und der Verdrängungsspannungen die Gestalt eines ebenso waffentechnisch anspruchsvollen wie logistisch aufwendigen Kräftemessens annimmt, so gewiss ist Ergebnis dieses dank Hochrüstung und Nachschubwesens lange Zeit unentschiedenen und zunehmend verbissenen Kräftemessens, dass die betreffenden Gesellschaften den ihrem industriekapitalistischen Produktionssystem geschuldeten Reichtum in die Pfanne des ihnen allesamt zum Unheil wechselseitiger Lähmung und Erstarrung im Stellungskampf ausschlagenden Kriegsglücks hauen und dem letztlich nur um den Preis allgemeiner Entkräftung und Erschöpfung zu erringenden militärischen Sieg über die ökonomischen Konkurrenten zum Opfer bringen.

Indem unmittelbare Konsequenz des Krieges eine nicht weniger buchstäblich als metaphorisch zu verstehende Umrüstung des industriellen Produktionssystems ist und beträchtliche Teile der Produktionskapazitäten des Systems ihrer zivilen Nutzung entzogen und in den Dienst der Herstellung von Waffen, der Bereitstellung von Infrastruktur für die Kriegführung und der Belieferung der Armee mit Versorgungsgütern gestellt werden, wirkt sich dies im Sinne einer Drainage des zivilen Marktes, einer Rückführung seiner auf den Vertrieb von Konsumgütern und auf soziale Dienstleistungen abonnierten Transaktionstätigkeit aus, die angesichts der der Produktions- und Leistungskraft des industriellen Systems geschuldeten chronischen Neigung des Marktes zur Überfüllung und

Verstopfung erst einmal ohne Weiteres als ihm förderliche Entlastung, ihm zugute kommende heilsame Diät und so in der Tat als ein Beitrag zur Lösung eben jener Absatz- und Wertrealisierungsprobleme erscheinen kann, die durch den von ihnen erzeugten Konkurrenzdruck die Bombe legen, die dann der Zünder der teils planmäßigen, teils unwillkürlichen territorialherrschaftlichen Großmachtaspirationen des deutschen Reiches scharf macht und zur Explosion bringt.

Da gegenüber den für die Rüstungsproduktion und die Versorgung der Armee zuständigen Teilen des industriellen Produktionsapparats die kriegführende Staatsmacht als Großkonsument und Generalabnehmer firmiert, der die betreffenden Güter und Leistungen praktisch ohne Umweg über den Markt, quasi ab Werk, bezieht, direkt dem Erzeuger abkauft, findet sich der Markt der Aufgabe und Notwendigkeit enthoben, die in jenen Rüstungsgütern und militärisch-logistischen Leistungen verkörperten Wertquanten, die ja andernfalls in Gestalt von Konsumgütern und zivilen Dienstleistungen der kommerziellen Distribution zur Last fielen, aufzunehmen und zu vertreiben, sprich, als Werte zu realisieren, und kann er, der zivile Markt, gewissermaßen aufatmen, kann er sich, seiner Überfüllungs- und Verstopfungsprobleme ledig, entspannen und beruhigen. Und dies, ohne dass der Verwertungsprozess, die Akkumulationstätigkeit des industriellen Produktionsapparats, dadurch beeinträchtigt würde und Schaden erlitte, da ja ein Konsument und Abnehmer in Gestalt der kriegführenden Staatsmacht bereit steht, die fehlende Vermarktung jener für den Krieg produzierten Rüstungsgüter und erbrachten logistischen Leistungen zu kompensieren und nämlich dem Industriekapital diese von ihm produzierten Güter und erbrachten Leistungen ohne kommerzielle Vermittlung zu vergüten, sprich, die Realisierung ihres Produktwerts unter Überspringung des Marktsystems beziehungsweise an ihm vorbei zu gewährleisten.

Natürlich bezahlen die Staatsmacht und das durch sie repräsentierte Gemeinwesen diese als gewissermaßen diätetische Drainage wirksame Entlastung des von chronischer Obstipation geplagten zivilen Güter- und Leistungsmarkts aufgrund der Inanspruchnahme des industriekapitalistischen Produktionssystems durch kriegsbedingte Rüstungs- und Versorgungsaufgaben mit einer wachsenden Verschuldung der öffentlichen Hand und einem letztlich drohenden Staatsbankrott. Aber diese Drohung wird erstens durch den existenziellen Imperativ des Krieges,

die Notwendigkeit nationaler Selbstbehauptung beziehungsweise triumphaler Selbstbestätigung, in den Hintergrund gedrängt und erscheint als vergleichsweise sekundär und vorderhand irrelevant. Und zweitens und vor allem kann das jeweilige Staatswesen hoffen, in der Konsequenz eines militärischen Sieges die Drohung überhaupt abzuwenden und nämlich in Form von Reparationszahlungen, die die besiegten Gegner leisten, beziehungsweise von Handelsprivilegien und Investitionschancen, die sie konzedieren müssen, die Mittel für die Tilgung der im Krieg angehäuften Staatsschuld einzutreiben.

Die Staatsverschuldung als vorderhand irrelevante oder als inskünftig bewältigbare Belastung ausgeklammert, lässt sich also die Entlastung des überfüllten zivilen Marktes durch die Inanspruchnahme von Teilen des industriellen Produktionsapparats für militärische Zwecke, ungeachtet der zivilgesellschaftlich destruktiven, den sozialen Lebenszusammenhang zerreißenden Folgen, die der Krieg von Beginn an hat, zu Anfang ohne Weiteres als ein volkswirtschaftlich konstruktiver, das kapitalistische Reproduktionssystem der Gesellschaft stabilisierender, weil das Missverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion beseitigender, das Überangebot an zivilen Gütern reduzierender und der Nachfrage der bürgerlichen Gesellschaft anpassender Effekt betrachten. Dieser ausgleichende, in einem Äquilibrium von industrieller Wertschöpfung und kommerzieller Wertrealisierung resultierende Effekt, den die Umrüstung von Teilen des Produktionsapparats für Zwecke der Kriegführung hat, bleibt freilich nur ein Anfangserfolg, eine bloße Momentaufnahme.

Die Dynamik der auf der Basis einer allgemeinen Mobilmachung und einer modernen Rüstungstechnik ebenso personalreichen wie materialaufwendigen Kriegführung bringt es mit sich, dass immer größere Teile des industriellen Produktionsapparats, immer mehr Produktionskapazitäten immer intensiver durch den Krieg in Anspruch genommen und mit Beschlag belegt werden. Je stärker die Kriegsgegner aneinandergeraten, je mehr die Kriegsschauplätze sich ausweiten, die Kampffronten sich verhärten, umso unausweichlicher geht die dem Nachschub an Waffen, der Versorgung der Armee und der infrastrukturellen Logistik dienende Produktion zu Lasten der gesellschaftlichen Versorgung mit Konsumgütern und zivilen Leistungen. Egal, ob in Verfolgung eines winkenden Sieges, ob zur Abwendung einer drohenden Niederlage oder ob, wie in diesem Krieg vornehmlich der Fall, im Bann eines nicht enden wollenden

Stellungskrieges - so oder so sehen sich die kriegführenden Staaten genötigt, ihre Rüstungsanstrengungen nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern immer weiter zu verstärken, was nolens volens in einer entsprechend progressiven Vernachlässigung und Schrumpfung der Produktion ziviler Güter und Dienstleistungen resultiert.

Was zu Kriegsbeginn einen volkswirtschaftlich diätetischen und angesichts der Überfüllung und Verstopfung des kommerziellen Systems geradezu therapeutisch zu nennenden Effekt haben mochte, kehrt mit dem Fortgang des Krieges und seiner Eskalation und Verhärtung zu einem mehr und mehr gesellschaftliche Kräfte bindenden und verschlingenden materialen Verwüstungstaumel und personalen Schlachtfest seine ganze, die Zivilgesellschaft ruinierende und nämlich, wie die Entlastung und Entspannung des Marktes ins Extrem seiner Auflösung, um nicht zu sagen Entleibung treibende, so denn das marktabhängig-bürgerliche Leben in bitterste Not und krassestes Elend stürzende und vor den Fall eines Rückfalls in subsistenz- und tauschwirtschaftliche Anarchie kommen lassende Fatalität hervor.

So sehr indes, zivilgesellschaftlich gesehen, der Krieg sich durch seine unbezwingliche Tendenz, das Kind mit dem Bade auszuschütten, als Problemlöser desavouieren mag, so sehr kann er doch, streng volkswirtschaftlich genommen, immer noch und bis zum bitteren Ende Anspruch auf die ihm oben attestierte Problemlösungskapazität erheben. Mag er schon, was die Behebung des Problems eines dank der Ausbeutungsrate und Produktivkraft des industriekapitalistischen Produktionsapparats überfüllten und verstopften Marktsystems betrifft, weit über das Ziel hinausschießen und den Stein des Anstoßes, das Hemmnis einer durch das produktive Angebot chronisch überforderten konsumtiven Nachfrage dadurch aus dem Weg räumen, dass er mit der aus zivilgesellschaftlicher Sicht absurden Konsequenz seines unersättlichen Zerstörungsdrangs der Nachfrage das Angebot überhaupt entzieht, sie im Zuge seiner agonalen Herrschaft gewissermaßen auf Nulldiät setzt - aus volkswirtschaftlicher Perspektive hat er damit in wie sehr auch eulenspiegelhafter oder, besser gesagt, rosskurmäßiger Manier seines Amtes jedenfalls gewaltet, seinen Auftrag allemal erfüllt und nämlich dem industriellen Kapital zu einem Markt verholfen, der dank lange Zeit frustrierter Nachfrage und dementsprechend amassierter Bedürftigkeit, dank eines zivilen Heeres

ausgehungerter Konsumenten mit anderen Worten, eine schier unendliche Aufnahmefähigkeit besitzt, die jedwedem Angebot des industriekapitalistischen Produktionssystems, allen vom Produktionsapparat in Gütergestalt und in Form von Dienstleistungen geschöpften Wertverkörperungen, reißenden Absatz und also eine ebenso unverzügliche wie zuverlässige Realisierung ihrer kommerziellen Substanz, ihres Wertes, sichert.

Dank der *tabula rasa*, die der Potlatch des Kriegs auf dem Markt geschaffen hat und hinterlässt, sind alle Überfüllungs- und Verstopfungsprobleme, die dem Marktsystem vor dem Krieg zu schaffen machten und die auf den Produktionsapparat, dem sie geschuldet waren, demotivierend, wo nicht gar lähmend zurückschlugen, ebenso vollständig vergessen wie gründlich beseitigt, und kann der industrielle Produktionsapparat mit dem ganzen Elan des ihn beherrschenden kapitalen Akkumulationsdrangs erneut ans Werk gehen, um den aufgelassenen und verödeten Markt wieder mit Leben zu erfüllen und in Schwung zu bringen. Der industrielle Produktionsapparat beziehungsweise das in ihm verkörperte Kapital ist ja im Unterschied zum zivilgesellschaftlichen Reichtum nach wie vor vorhanden und hat den Krieg dank seiner grundlegenden Bedeutung für die Kriegführung und seiner immer umfassenderen Inanspruchnahme durch die kriegführende Staatsmacht im Großen und Ganzen unbeschädigt überstanden. Und nicht nur im Großen und Ganzen unbeschädigt hat der industrielle Produktionsapparat den Krieg überstanden, sondern er hat sogar in gewisser Hinsicht Vorteil aus ihm gezogen und ist gestärkt aus ihm hervorgegangen.

Nicht nämlich nur, dass, wenngleich um den Preis einer zunehmenden Verschuldung des Haupt- und Großabnehmers seiner für die Kriegführung erzeugten Güter und erbrachten Dienstleistungen, eben des Staates, die Volkswirtschaft der für sie als industriekapitalistisches System maßgebenden Bestimmung einer Akkumulation von Kapital zwecks Ausbaus des industriellen Produktionsapparats und Entfaltung seiner technischen Produktionskapazität vergleichsweise ungestört und kontinuierlich hat folgen und genügen können, mehr noch haben die durch seine immer stärkere und umfänglichere Inanspruchnahme für militärische und logistische Zwecke an das System gestellten Anforderungen letzteres zu besonderen verfahrens-, werkzeug- und materialtechnischen Neuerungen und Entwicklungen angeregt beziehungsweise angetrieben, die es

nun, da es sich mit dem Ende der Kampfhandlungen von den es bis dahin okkupierenden militärischen Rüstungs- und Versorgungsaufgaben entbunden und dafür aber mit einem zivilgesellschaftlichen Markt konfrontiert findet, dem bittere Not und allgemeiner Mangel ins Gesicht geschrieben stehen, ebenso gewinn- wie nutzbringend - gewinnbringend für das Kapitalsystem, selbst, nutzbringend für die zivile Gesellschaft - einsetzen kann, um die Not zu beenden und den Mangel zu beheben, sprich, den leeren und verödeten Markt wieder mit industriellen Produkten, mit materialen Gütern und sozialen Leistungen, zu versorgen und zu füllen. Über einen Produktionsapparat verfügend, den die Anforderungen des Krieges sogar noch fortentwickelt und in seiner Leistungsstärke optimiert haben, braucht das industriekapitalistische System nichts weiter zu tun, als diesen Apparat, statt für die Aufgabe militärischer Ausrüstung für das Geschäft ziviler Versorgung einzusetzen, ihn von der Produktion von Kampfmitteln und Heeresbedarf auf die Erzeugung von Lebensmitteln und Konsumgütern umzustellen, um einen neuen und kraft der Rosskur des Krieges und der wie sehr auch qualvollen Purgierung des Marktes, für die er gesorgt hat, mit voller Vitalität und Tatkraft zu betreibenden kapitalen Akkumulationsprozess in Gang zu setzen. Mit dieser Umstellung der Produktion, die ja, abstrakt gesehen und nämlich rein produktionstechnisch betrachtet, nichts weiter ist als die Ersetzung des einen, vom bürgerlichen Staat zur Stärkung seiner Kampfkraft gebrauchten Konsumguts durch ein anderes, von der bürgerlichen Gesellschaft zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse benötigtes Konsumgut, folgt das industriekapitalistische System quasi dem alttestamentarisch-friedensprophetischen Gebot, Schwerter in Pflugscharen umzuschmieden oder, um ein zeitgemäßeres Bild zu wählen, statt Kanonen und Stahlhelmen Traktoren und Kochtöpfe herzustellen, und vindiziert dabei nolens volens der Zeit der Schwerter oder Kanonen, allem zivilgesellschaftlichen Leid, das sie heraufbeschworen hat, zum Trotz, eine für die Zeit der Pflugscharen oder Traktoren wenn schon nicht historisch-konstitutive, so jedenfalls doch systematisch-konstruktive, weil die Zivilgesellschaft per aspera kriegsbedingten Leides und Mangels ad astra friedenshungriger Bedürftigkeit und Lust führende Funktion.

So sehr freilich der Krieg mit seinen Materialschlachten und der ihnen geschuldeten wachsenden Inanspruchnahme des industriellen Produktionsapparats für Rüstungsgüter und Heeresbedarf den vorher überfüllten und an chronischer Verstopfung krankenden zivilgesellschaftlichen

Markt purgiert und leert und damit für eine unmittelbar anschließende erfolgreiche Umstellung des industriekapitalistischen Akkumulationsprozesses vom kriegswirtschaftlichen Potlatch auf friedenswirtschaftlichen Konsum den kommerziellen Boden bereitet, so sehr scheint doch aber der oben als Stellungskrieg charakterisierte Modus, in dem er seine Materialschlachten schlägt, dies sein Verdienst um eine Erneuerung friedenswirtschaftlicher Lebenskraft und Gesundheit, das er sich mit ihnen erwirbt, auch gleich wieder zu beeinträchtigen und zu schmälern und eine tatsächliche Bestellung und Nutzung des durch die kriegerische Zerstörungsorgie bereiteten Bodens zu torpedieren, wo nicht gar zu vereiteln. Was nämlich der Stellungskrieg, in den sich die beteiligten Streitmächte verstricken und verbeißen, mit der materialen Zerstörungsorgie Hand in Hand gehen lässt, ist ein beispielloses personales Schlachtfest, sind Hekatomben von Gefallenen, bis dahin unbekannte Verluste an Soldaten, sind Menschenopfer gigantischen Ausmaßes, die auf den Schanzen, auf denen die kämpfenden Truppen Stellung beziehen, und in den Gräben, in denen sie ihre Stellung halten, gebracht werden.

Und diese massiven Verluste, die der männliche arbeitsfähige Teil der Population, aus dem der industrielle Produktionsapparat vorzugsweise sein Personal rekrutiert, erleidet, bedeuten nun aber, dass, während der Krieg einerseits durch Purgierung des Marktes die kommerziellen Voraussetzungen für einen erneut auf Touren zu bringenden industriekapitalistischen Produktionsprozess schafft, er andererseits diesem durch Dezimierung der Lohnarbeiterschaft die für seine Durchführung erforderliche Arbeitskraft entzieht, um nicht zu sagen verschlägt. Wer sonst soll den als Wertschöpfung konzipierten Produktionsprozess friedenswirtschaftlichen Gepräges in Gang setzen und in Gang halten, wenn nicht eine industrielle Lohnarbeiterschaft, die gegen als Lohn bestimmtes Kapital ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellt, um aus realer, an Produktionsmitteln und materialien verrichteter Arbeit kapitalen, in Gütergestalt und Dienstleistungsform erscheinenden Wert entstehen zu lassen? Und woher soll aber diese Lohnarbeiterschaft kommen, wenn doch der Krieg ihre Mitglieder hekatombenweise an den Schanzen und in den Schützengräben der erstarrten Kriegsfronten hingemetzelt hat? So also scheint der Krieg dem industriekapitalistischen System, was er ihm mit dem eisernen Besen seiner materialen Zerstörungsorgie gibt, mit der blutigen Hand seines personalen Vernichtungswerks auch wieder zu nehmen

und scheint mit anderen Worten dem neuen zivilgesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess, für den er materialiter den Grund legt, sprich, die fehlende konsumtive Nachfrage schafft, personaliter das Wasser abzugraben, sprich, die nötige produktive Arbeitskraft vorzuenthalten.

Zwar langfristig gesehen scheint diese kriegsbedingte Vernichtung von gesellschaftlicher Arbeitskraft, diese Dezimierung der Lohnarbeiterschaft in den zum Schlachtfest paralysierten Schlachten des Krieges, kein unlösbares Problem, kein unüberwindbares Hindernis für einen erneut in Gang und auf Touren zu bringenden zivilgesellschaftlichen Produktionsprozess. Und dies nicht nur, weil die natürliche Regeneration der Gesellschaft, sprich, die Generationenfolge, für einen Ausgleich der Verluste an Menschenleben und eine Wiederauffüllung der gelichteten Reihen der Lohnarbeiterschaft sorgt, sondern auch und vor allem, weil ja bis dahin der industrielle Produktionsapparat seine Arbeitskräfte noch weitgehend nur aus dem männlichen Bevölkerungsteil bezogen hat und deshalb mit dem weiblichen Teil der Population ein noch weitgehend unerschlossenes Arbeitskräftereservoir vorhanden ist, das quantitativ durchaus hinreicht, um die durch den Krieg gerissenen Lücken im Lohnarbeitskräfteheer zu füllen.

Und tatsächlich gewinnt nach Kriegsende die im Zuge der Sozialdemokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft bereits seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts von der so genannten Frauenbewegung in rechtlicher und sozialer Hinsicht mit einigem Erfolg betriebene Gleichstellung des weiblichen Teils der Bevölkerung nun auch unter politisch-ökonomischen Gesichtspunkten eine massiv verstärkte Aktualität und Dringlichkeit, die dafür sorgt, dass die Frauen nicht nur im öffentlichen Leben und bei der Teilhabe am parlamentarisch-demokratischen Entscheidungsprozess wesentliche emanzipatorische Fortschritte machen, sondern dass sie auch und mehr noch, was ihren Zugang zum bürgerlichen Berufsleben und ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Arbeitsprozess betrifft, unverkennbar im Vormarsch sind und rasch auf Tätigkeitsfelder vordringen beziehungsweise in Berufssparten Fuß fassen, die ihnen vor dem Krieg noch denkbar fern lagen oder gar hermetisch verschlossen waren.

Keine Frage, dass die klaffenden Wunden, die der mörderische Stellungskrieg dem Korps des bis dahin hauptsächlich männlichen Lohnarbeiterheeres geschlagen hat, einen wesentlichen Grund, wo nicht gar die

Bedingung der Möglichkeit für die vergleichsweise raschen Fortschritte bilden, die im Laufe der Nachkriegsjahre die Frauen in ökonomischer Hinsicht machen, und die ja durch die finanzielle Selbständigkeit und lebenspraktische Unabhängigkeit, die ihnen daraus erwachsen, zugleich grundlegend sind für die zunehmende politische Mitsprache, soziale Kompetenz und öffentliche Anerkennung, die ihnen im gleichen Zeitraum, wenn auch nicht ohne ideologisches Widerstreben und kulturelle Ziererei, zugestanden werden. Keine Frage aber auch, dass diese Fortschritte in Sachen Emanzipation des weiblichen Bevölkerungsteils, kurzfristig zumindest, nicht allzu viel erbringen, was die Schließung speziell der Lücken betrifft, die der Krieg in die Reihen des für den industriellen Produktionsapparat nötigen Arbeitskräfteheeres gerissen hat. Zwar stellen die sich ökonomisch nicht weniger als politisch, beruflich nicht weniger als bürgerlich emanzipierenden Frauen ebenso effektiv wie rasch ihre Bereitschaft und Eignung unter Beweis, den kriegsbedingten Mangel an männlichen Arbeitskräften zu kompensieren, aber die Berufssparten und Tätigkeitsfelder, in denen sie das tun, beschränken sich noch weitgehend auf die Bereiche des Sozialen und der Verwaltung, betreffen Gesundheits- und Bildungswesen, Bürokratie und manuelle beziehungsweise kommerzielle Dienstleistungsaktivitäten und erstrecken sich nicht oder kaum auf den industriekapitalistischen Produktionsapparat und dessen Betrieb.

Nicht, dass die Frauen im industriellen Produktionsapparat traditionell gar keine Rolle spielten und in toto außen vor blieben! Tatsächlich spielen sie beziehungsweise aus dem Proletariat rekrutierte Gruppen von ihnen auch dort eine bis in die Frühzeiten der industriekapitalistischen Entwicklung zurückreichende erhebliche Rolle. Aber bei dieser ihrer althergebrachten Mitwirkung im industriekapitalistischen Produktionsprozess bleiben die Frauen auf eng umgrenzte Tätigkeitsbereiche der Leichtindustrie im Allgemeinen und der Textilindustrie im Besonderen sowie auf niedere Dienstleistungen und ungelernte Handlangerarbeiten beschränkt, während sie mit den für den Produktionsprozess mittlerweile maßgebenden und also auch für dessen Wiederankurbelung entscheidenden Schlüsselbereichen des Bergbaus, der Schwerindustrie und des Bauwesens sowie mit neu hinzugekommenen Produktionszweigen wie der chemischen Industrie, der Elektrotechnik und der Automobilindustrie praktisch nichts zu schaffen haben. Und daran ändert sich bis auf weiteres auch nach Ende des Ersten Weltkrieges nichts!

Teils weil sie auf - egal ob biologisch substantiierte oder bloß kulturell tradierte - Rollenbilder und Betätigungsfelder fixiert bleiben, teils weil ihnen mangels schulischer und akademischer beziehungsweise polytechnischer Bildung die für ein Engagement in den Kernbereichen des industriellen Produktionsprozesses nötigen Kenntnisse und Qualifikationen fehlen, teils weil die Arbeitsbedingungen in den schwer- und hochindustriellen Bereichen noch zu stark von der menschlichen Physis und Arbeitskraft abhängen und die technische Revolutionierung dieser Arbeitsbedingungen noch nicht fortgeschritten genug ist, um nicht die hinsichtlich physischer Leistung und Mobilisierung von Körperkraft biologisch fundierte Benachteiligung des weiblichen gegenüber dem männlichen Geschlecht eine es für die betreffenden Bereiche diskriminierende, wo nicht gar disqualifizierende Bedeutung gewinnen beziehungsweise behalten zu lassen - aus all diesen Gründen stehen die Frauen, so sehr sie, aufs Gesamt der gesellschaftlichen Arbeit gesehen, eine rasch zunehmende und mitnichten auf bloßes Lückenbüßertum reduzierbare Relevanz und Präsenz erlangen, gerade dort, wo sie zwecks rascher Inbetriebnahme und Wiederankurbelung des industriellen Produktionsapparats am dringendsten gebraucht würden, auf kurze und mittlere Sicht jedenfalls nicht zur Verfügung und weisen mithin, was ihre Rekrutierung für diesen Zweck angeht, ein vergleichbares Manko auf wie die auf dem Wege der natürlichen Regeneration neu zu beschaffenden Arbeitskräfte.

Als eine der abstrakten Zweckrationalität und monomanen instrumentellen Intelligenz des kapitalistischen Selbstverwertungsprinzips eingeborene Disposition sind die Rationalisierung der Arbeitsverfahren und Automatisierung der Arbeitsmittel in der kapitalistischen Produktionsweise von Anbeginn am Werk und sind im Verein mit der rechtlichen und behördlichen Schützenhilfe des absolutistischen Staats verantwortlich dafür, dass die neue Produktionsweise mittels des durch sie eskalierten kommerziellen Konkurrenzdrucks alias Verdrängungswettbewerbs auf dem Markt in der von korporativ-zünftigen Arbeitssatzungen und prärogativ-patenten Marktregulierungen geprägten herkömmlichen Wirtschaftsordnung nicht nur überhaupt Fuß fassen, sondern mehr noch sich unaufhaltsam durchsetzen und zum allbeherrschenden Reproduktionsmechanismus der bürgerlichen Gesellschaft avancieren kann.

Dass dennoch der industrielle Produktionsapparat relativ rasch wieder in Gang und in Schwung kommt und sich die dafür erforderliche Arbeitskraft ungeachtet des sei's zum Blutzoll mythologisierten, sei's zum

Aderlass euphemisierten kriegsbedingten Personalschwunds in ausreichendem Maße mobilisieren lässt, verdankt sich dabei jener als technische Revolutionierung der Arbeitsbedingungen, die im Vorausblick auf die, langfristig gesehen, vollständige industrielle Emanzipation der Frauen soeben erwähnt wurde und die, ins Ende des neunzehnten Jahrhunderts zurückreichend, nach dem Krieg in der Konsequenz der Bemühungen um eine Kompensation des dem militärischen Vernichtungswerk geschuldeten Mangels an Arbeitskräften eine rasante und ihrerseits als revolutionär zu bezeichnende Forcierung und Beschleunigung erfährt. Ins Ende des neunzehnten Jahrhunderts zurück reicht diese Revolutionierung der Arbeitsbedingungen, weil sie in einem konstitutiven Zusammenhang mit dem im vorigen Band als Umverteilungspolitik apostrophierten und von Staats wegen initiierten und gesteuerten Strategem einer über die Konzession eines subsistenziellen Minimums hinausgehenden Beteiligung der industriellen Lohnarbeiterschaft am gesellschaftlichen Konsum steht und tatsächlich eine unmittelbare Reaktion auf es darstellt.

Notwendiges Erfordernis dieses als staatliche Umverteilungspolitik apostrophierten Strategems ist, wie ausgeführt, eine Beschneidung und Schmälerung der Kapitalrendite, da ja die Lohnarbeiterschaft, um ihre neue Konsumentenrolle spielen zu können, mit das Subsistenzminimum, auf das sich der Arbeitslohn bis dahin beschränkt, übersteigendem allgemeinem Äquivalent ausgestattet werden muss und dieses der Lohnarbeiterschaft zugewendete Mehr an allgemeinem Äquivalent nur dadurch aufgebracht werden kann, dass entweder der Staat durch stärkere Besteuerung des Kapitals die für indirekte Zuwendungen an die Lohnarbeiterschaft erforderlichen Mittel eintreibt oder die Lohnarbeiterschaft selbst mit staatlicher Duldung oder gar Legitimation durch Arbeitskämpfe und gewerkschaftlichen Druck direkte lohntarifliche Verbesserungen durchsetzt, durch die sich der als Lohn ausgewiesene Anteil an dem durch Arbeit geschöpften Wert erhöht und der vom Kapital als Mehrwert angeeignete Anteil entsprechend verringert. So oder so, auf dem Wege indirekter staatlicher Zuwendungen oder aber direkter betrieblicher Lohnsteigerungen, geht die staatlich durchgesetzte Umverteilungspolitik zu Lasten des Kapitals und seines Verwertungsanspruchs und geht ihm, da eine unbehinderte und maximale Durchsetzung seines Verwertungsanspruchs für es die Bedeutung einer Art von kategorischem Imperativ hat, diametral gegen den Strich.

Zwar führt, wie im vorigen Band erläutert, an dieser qua Umverteilungspolitik von Staats wegen vorgenommenen Kurskorrektur in Sachen Akkumulationsprozess kein Weg vorbei, da eine Fortsetzung der gewohnten, den Anteil der Lohnarbeiterschaft am geschöpften Wert auf ein Subsistenzminimum beschränkenden und alles Übrige als Mehrwert zum Erwerb neuen allgemeinen Äquivalents aus marktexternen Quellen nutzenden Distributionsstrategie aufgrund der hohen Ausbeutungsrate und großen Produktivkraft des industriellen Produktionsapparats und der daraus resultierenden zunehmenden Überfüllung der Märkte sowie der gleichermaßen in den einzelnen, nationalstaatlich verfassten Volkswirtschaften und zwischen ihnen wachsenden kommerziellen Konkurrenz das gesamte industriekapitalistische System in immer akutere Bedrängnis bringt und in der Tat in den Konkurs zu treiben und an seiner eigenen Dynamik, quasi an seiner allzu erfolgreichen Aufführung, scheitern zu lassen droht.

Angesichts dieser, der übermäßigen Effektivität des Systems innewohnenden selbstzerstörerischen Tendenz oder konsequenzzieherischen Fatalität erweist sich, wie das staatlich initiierte sozialreformerische Procedere als ein zur Rettung der kapitalen Distributionsstrategie unbedingt erforderliches taktisches Manöver, so der sich für dies Procedere entscheidende Staat selbst als der wahre Freund und gute Geist des in seinen haltlosen Fortschritt verbohrten Industriekapitals, als ein Schutzengel des industriekapitalistischen Systems, ein Spiritus rector, der dem Ungestüm und blinden Eifer seines Schutzbefohlenen Einhalt gebietet und diesen damit vor sich selber zu retten sucht. Indem die Staatsmacht durch ihre sozialreformerische Umverteilungspolitik die industriekapitalistische Akkumulations- und Investitionsrate senkt und so das Wachstum des kraft seines Ausbeutungsgrades und seiner Produktivität über die Stränge des kommerziell Verkraftbaren schlagenden industriellen Produktionsapparats verlangsamt, stabilisiert sie das vom Kapital getriebene volkswirtschaftliche System und ermöglicht ihm ein angesichts seiner Dynamik kaum mehr zu erhoffendes Moment von Stetigkeit und Kontinuität, verschafft ihm die als Aufschub seines imminenten Offenbarungseids wohlverstandene Galgenfrist, die es braucht, um etwa durch die Einführung neuer marktgängiger Produkte und die Erzeugung weiterer kommerziell ausschlachtbarer Bedürfnisse, anders gesagt, durch die

Schaffung inventorisch neuer Marktlücken und die Erfindung reklamatorisch verbesserter Absatzmethoden den Kopf aus der Schlinge seiner selbstzerstörerisch-hypertrophen, weil auf ein eskalierendes Missverhältnis zwischen ungeheurer Warensammlung und der kapitalistischen Distributionsstrategie gemäßem Konsum zusteuernden Entwicklung zu ziehen.

So sehr aber die sozialreformerische Umverteilungspolitik des starken Staates demnach im wohlverstandenen Interesse des industriekapitalistischen Systems als solchem liegt und also auch für die mit dem System schicksalhaft, auf Gedeih und Verderb, assoziierte bürgerliche Gesellschaft überlebensnotwendig ist, dem der rein kommerziellen, dem Marktmechanismus als solchem eigenen Distributionsstrategie als seiner innersten Logik, dem Verstand seines Daseins, verpflichteten Kapital selbst bleibt sie ein Ärgernis, ein Skandalon, ein widernatürliches Verfahren, dem es nicht nur außerstande ist, aus freien Stücken stattzugeben oder gar von sich aus Vorschub zu leisten, sondern gegen das sich mit Macht zu sperren und dem mit allen ihm verfügbaren sozialpolitischen Kräften Widerstand zu leisten, es sich im Gegenteil unwiderstehlich getrieben findet.

Wie stark das der Sache nach irrationale Widerstreben des Industriekapitals, sein Widerstand gegen die doch eigentlich nur zu seiner Rettung und Erhaltung von staatlicher Seite vorgenommene Kurskorrektur ist, lässt sich daran ermessen, dass der Staat sie, die als Umverteilungspolitik implementierte Kurskorrektur, überhaupt nur kraft einer sich allmählich herstellenden interessengemeinschaftlichen, wo nicht gar bundesgenossenschaftlichen Allianz mit den politischen und gewerkschaftlichen Repräsentanzen der Nutznießer der Umverteilungspolitik, eben der Lohnarbeiterschaft, zu betreiben und durchzusetzen vermag, sie mit anderen Worten nur in dem Maße wirksam werden lassen kann, wie er sich sei's passiv darauf einlässt, sei's gar aktiv dafür einsetzt, dass jene als sozialistische Bewegung firmierenden gesellschaftlichen und betrieblichen Repräsentanzen der lohnarbeitenden Volksmasse in der bürgerlichen Öffentlichkeit und in den staatlichen Einrichtungen selbst Fuß fassen und ihre wirtschaftlichen Ansprüche und sozialen Programme, angepasst an und eingepasst in die als, wie man will, transzendentaler Rahmen oder kategoriale Schranke fungierende staatliche Umverteilungspolitik, ebenso

sehr meinungsbildnerisch zum Tragen wie gesetzgeberisch zur Geltung bringen.

Die im vorigen Band als Sozialdemokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft apostrophierte Durchdringung beziehungsweise Durchsetzung der bürgerlichen Öffentlichkeit im Allgemeinen und des starken Staates im Besonderen mit der sozialistischen Bewegung entlehntem sozialreformerischem Geist beziehungsweise aus der Bewegung rekrutiertem sozialliberalem Personal ist es, was der staatlichen Umverteilungspolitik den nötigen gesellschaftlichen Rückhalt verschafft und dem die Umverteilungspolitik eher notgedrungen als aus innerem Antrieb initiierenden Staat selbst die erforderliche politische Entschlossenheit und bürokratische Beharrlichkeit verleiht, um dem anhaltenden Widerstand des Kapitals Paroli zu bieten und letzteres zum wie immer zögerlichen Einlenken und schrittweisen Nachgeben zu bewegen.

Aber auch wenn angesichts dieser in den europäischen Industriestaaten sich seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts allmählich ausbildenden Interessengemeinschaft oder gar Bundesgenossenschaft zwischen einem sozialdemokratisch informierten Staatsapparat und einer von sozialreformerischem Geist und sozialliberaler Programmatik infiltrierten bürgerlichen Öffentlichkeit das Industriekapital und dessen Repräsentanten und Funktionäre ihren kompromisslosen Widerstand gegen die Umverteilungspolitik aufgeben und sich - wie widerstrebend auch immer und wie sehr auch bemüht, so weit wie möglich den Reformen die Wirkkraft zu nehmen beziehungsweise die Reformschritte zu verkleinern - in das politisch Unvermeidliche fügen, ist ihnen doch schlechterdings nicht gegeben, sich auch ökonomisch damit abzufinden, und sind sie vielmehr allzeit bereit beziehungsweise stehen jederzeit auf dem Sprung, die aufgrund politischer Maßnahmen erwirkten kapitalen Renditeeinbußen kraft ökonomisch erzielter Gewinnsteigerungen zu neutralisieren und zu kompensieren. Weil alle staatliche Umverteilungspolitik letztlich zu Lasten des industriekapitalistischen Akkumulationsprozesses geht und weil aber Akkumulation das A und O des Kapitals, sein innerstes Wesen und absolutes Telos ist, kann das Kapital gar nicht anders, als - wenn schon nicht offen, so jedenfalls doch heimlich - wider den Stachel politischer Vernunft und staatlicher Einsicht zu löcken und jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen, die ihm durch letztere zugemuteten und

abgerungenen Konzessionen mittels ökonomischer List und betrieblichen Kalküls zu sabotieren und am Ende gar zu vereiteln.

Und in dieser Hinsicht drängt sich nun dem Kapital ein - jedenfalls im funktionellen Prinzip, wenn auch nicht unbedingt im substanziellen Resultat - probates Mittel auf, das ihm, weil es sich dabei um ein seiner Funktionsweise beziehungsweise seinem Erfolgsrezept eingeschriebenes Strukturelement handelt, tatsächlich von Anfang an zur Verfügung steht und von dem es auch schon seit jeher bei Bedarf Gebrauch macht - nämlich das Mittel einer Erhöhung der Produktivität alias Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, die durch technische beziehungsweise methodische, sprich, die Materialien, Werkzeuge oder Prozeduren der Produktion betreffende Neuerungen oder Verbesserungen erzielt wird. Als wesentliches Strukturelement, um nicht zu sagen, als Konstitutiv dem Kapitalprozess eingeschrieben ist das Bemühen um Steigerung der Produktivkraft der Arbeit im Kontext des allem Kapital, dem herkömmlich-kommerziellen nicht weniger als dem neuzeitlich-investiven, als sein Logos, der Verstand seines Daseins, eigenen Strebens nach Mehrwert, das freilich beim herkömmlich-kommerziellen Kapital, beim sich in Arbeitsprodukten verkörpert findenden Handelskapital, noch beschränkt und gehemmt erscheint durch die subsistenziellen Ansprüche und lebenspraktischen Motive der in eigener Regie und auf eigene Rechnung arbeitenden Produzenten, wohingegen es sich beim neuzeitlich-investiven Kapital, dem sich qua Lohnverhältnis nicht erst den Arbeitsprodukten der Produzenten, sondern bereits ihrer Arbeitskraft inkorporierenden Manufaktur- beziehungsweise Industriekapital, zum systematisch, wiewohl nicht empirisch absoluten, das heißt jeder Rücksicht auf die Ansprüche und Motive der Produzenten baren Trieb- und Beweggrund der gesellschaftlichen Wertschöpfung avanciert zeigt.

Zu Beginn der Neuzeit, in den Anfängen der Karriere des aufgrund seiner systematisch absoluten Zielfixiertheit, seines schrankenlosen Strebens nach Mehrwert als Kapital sans phrase firmierenden Manufaktur- beziehungsweise Industriekapitals, spielt dies der kapitalistischen Produktionsweise eingeschriebene Strukturelement einer technisch-methodischen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit eine für die Karriere des kapitalistischen Produktionssystems ebenso grundlegende wie entscheidende Rolle. Konfrontiert mit einer gleichermaßen operativ und korporativ

übermächtigen traditionell verfassten gesellschaftlichen Produktionssphäre, die aus mit eigenen Produktionsmitteln und in eigenen Werkstätten selbständig beziehungsweise kleinbetrieblich arbeitenden, sprich, in eigener Regie und auf eigene Rechnung als Meister wirtschaftenden handwerklichen Produzenten besteht und die letztere und ihren professionellen Nachwuchs, die Gesellen und Lehrlinge, noch überhaupt davor bewahrt, sich dem kapitalistischen Produktionssystem und seinem enthemmten Streben nach Mehrwert ausliefern zu müssen, beziehungsweise diejenigen unter ihnen, die sich um ihres Lebensunterhalts willen zu einem Lohnverhältnis in Diensten des Kapitals verstehen, durch die von ihr als Norm in Geltung erhaltenen Arbeitsvergütungstarife noch halbwegs vor einer qua Lohndrückerei hemmungslos betriebenen Ausbeutung der Arbeitskraft schützt - konfrontiert mit dieser übermächtigen Sphäre traditionellen Handwerkertums, hat das noch in den Kinderschuhen steckende oder, besser gesagt, nur erst ein relatives Nischendasein führende kapitalistische Produktionssystem, wenn es dem für es konstitutiven Streben nach Mehrwert, das per definitionem seiner Absolutheit Streben nach immer mehr dem Kapital als Mehrwert zufallendem Wert ist, Genüge leisten will, gar keine andere Wahl, als auf jenes Mittel einer Vermehrung des Mehrwerts durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zu rekurrieren.

Indem das Kapital sich beziehungsweise die in seinen Diensten stehende menschliche Kunstfertigkeit und Intelligenz durch sein hemmungsloses, der subsistenziellen Rücksichten und lebenspraktischen Vorbehalte, die in der traditionellen Produktionssphäre die Produzenten restriktiv geltend machen oder deviativ zum Tragen bringen, enthobenes und ebenso zweckrational konzentriertes wie instrumentalistisch fixiertes Streben nach Mehrwert zu werkzeug-, material- und verfahrenstechnischen Neuerungen beziehungsweise Verbesserungen der überkommenen Produktionsmittel und Produktionsweisen inspirieren und antreiben lässt, gelingt es ihm, bei gleichem, in Lebenszeit, dem Maß des Wertes, gemessenem Arbeitsaufwand mehr Wert in Gütergestalt produzieren zu lassen, als die anderen, ohne diese Neuerungen beziehungsweise Verbesserungen arbeitenden handwerklichen Produzenten zu erzeugen imstande sind, gelingt es ihm mit anderen Worten, die Produktivkraft der Arbeit, ihre schöpferische Leistung, ihre Werthaltigkeit oder vielmehr Wertergiebigkeit zu steigern. Während die handwerklichen Produzenten

mit den gewohnten Arbeitsmitteln und Produktionsmethoden Güter herstellen, deren Wert sich an der für ihre Herstellung im gesellschaftlichen Durchschnitt erforderlichen Arbeitszeit bemisst, erzeugt der kapitalistisch Produzierende dank seiner neuen beziehungsweise besseren Arbeitsmittel und Produktionsmethoden Güter, deren Erzeugung weniger Arbeitszeit erfordert und von denen er deshalb im gleichen Zeitraum eine größere Menge erzeugen kann, die, bezogen auf das für die anderen nach wie vor geltende Zeitmaß, entsprechend mehr Wert verkörpern.

Wenn er nun das durch die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit erzielte Mehr an Wert in Gütergestalt auf dem Markt als ein Mehr an Wert in Äquivalentform realisiert, um letzteres seinem kapitalen Zweck zuzuwenden, also es in neue Mehrwert erzielende Produktionsprozesse zu investieren, so kann er dank dieses Mehr an Kapital seine Produktionskapazitäten rascher als die handwerklichen Produzenten ausbauen, stärker als sie in der Produktionssphäre expandieren. Kraft der durch technisch-methodische Neuerungen und Verbesserungen erzielten Steigerung der Produktivkraft der Arbeit kann er so, den operativen und korporativen Fesseln, die der traditionelle Produktionszusammenhang seiner neuen Produktionsweise anlegt, zum Trotz, sein Produktionssystem den Kinderschuhen entwachsen, aus seinem Nischendasein ausbrechen und zunehmende Präsenz in der Produktionssphäre beziehungsweise Relevanz für sie gewinnen lassen.

Voraussetzung dafür ist freilich, dass er die für den Ausbau seiner Produktionskapazitäten, die Erweiterung seiner Produktionstätigkeit erforderlichen und von ihm als Arbeitskräfte in Lohn zu nehmenden Produzenten findet, und auf den ersten Blick könnte dies wegen der besagten operativen Übermacht und korporativen Geschlossenheit der traditionellen handwerklichen Produktionssphäre, mit der er sich konfrontiert sieht, ein schwerwiegendes Handikap, wo nicht gar unüberwindliches Hemmnis scheinen. Zwar steht das sich unternehmerisch engagierende Handelskapital im Bund mit der sich zur absolutistisch-zentralstaatlichen Macht mausernden territorialen Herrschaft und kann darauf bauen, dass sie ihm mittels Aufhebung kommunaler Freiheiten im Allgemeinen und Zerschlagung korporativer Strukturen im Besonderen sowie durch die Einrichtung von Arbeitshäusern und gesetzlich verfügten Arbeitszwang bei der Mobilisierung und Rekrutierung von Lohnarbeitskräften für seine kapitalistische Produktion behilflich ist, aber so sehr ihm ganz zu Anfang

diese staatlichen Maßnahmen von Nutzen sind, damit es überhaupt in Gang kommen kann, so wenig können sie ihm doch mehr bieten als eine Starthilfe, da eben sein erfolgreiches Vordringen in die Produktionssphäre, das ihm sein strukturelles Vermögen zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit erlaubt, einen Bedarf an Lohnarbeitskräften nach sich zieht, der das Rekrutierungsmittel staatlicher Zwangsmaßnahmen definitiv überfordert.

Genau hier kommt nun der zweite Effekt zum Zuge beziehungsweise zum Tragen, der sich durch das Instrument einer Mehrwertschöpfung mittels technisch-methodischer Steigerung der Produktivität der Arbeit erzielen lässt und der, weil durch ihn die Produktionssphäre aufgemischt und für den beschleunigten Wertzuwachs und Akkumulationsprozess, den dieses Instrument ermöglicht, zugerichtet und bereit gemacht wird, letzterem überhaupt erst die volle Bedeutung verleiht, die ihm in den Anfängen der Entwicklung des kapitalistischen Systems zukommt. Grundlage für den zweiten Effekt ist der Umstand, dass aller durch Arbeit geschöpfte Wert unmittelbar in gebrauchsgegenständlicher Form, in Gütergestalt, erscheint und dass, damit er wieder als Kapital in die Produktionssphäre investiert, also für den Kauf der für neue Produktionsprozesse nötigen Produktionsmittel verwendet werden kann, die ihn verkörpernden Güter erst einmal auf dem Markt verkauft werden müssen, um ihn, den in den Gütern steckenden Wert aus der sächlichen in die geldliche Form zu überführen, ihn als Wert sans phrase, als, wie für die Beschaffung von Subsistenzmitteln, Gütern im Allgemeinen, so auch für den Erwerb von Produktionsmitteln, Investitionsgütern im Besonderen, taugliches allgemeines Äquivalent zu realisieren.

Auf dem Markt aber herrscht Konkurrenz: Die Produzenten, die als Anbieter die von ihnen produzierten Güter zu Markte tragen, konkurrieren um die Käufer, die ihnen die Güter abnehmen und als Wert sans phrase, als allgemeines Äquivalent realisieren sollen. Wie leicht oder schwer den Anbietern das fällt, wie sehr sie um die Abnehmer konkurrieren müssen, hängt von deren Nachfrage ab. Herrscht starke Nachfrage, brauchen die Anbieter nicht groß zu konkurrieren, sondern können ihre Güter ohne weiteres verkaufen und deren vollen Wert realisieren, können unter Umständen sogar, wenn die Nachfrage stark genug ist, für ihre Güter mehr allgemeines Äquivalent fordern, als deren Wert entspricht. Diese marktbeziehungsweise nachfragebedingte Möglichkeit, beim Austausch der

Güter gegen allgemeines Äquivalent vom Wert der Güter abzuweichen, konstituiert den Preis der Güter, der in actu des Marktgeschehens an die Stelle ihres Wertes tritt. Wie der Preis bei starker Nachfrage den Wert der Güter übersteigen kann, so kann er auch umgekehrt bei schwacher oder gesättigter Nachfrage der Abnehmer und entsprechend verschärfter Konkurrenz zwischen den Anbietern unter den durch die durchschnittliche gesellschaftliche Arbeitszeit, die für ihre Erzeugung aufgewendet werden muss, determinierten Wert der Güter sinken. Die Anbieter können gezwungen sein, beim Preis ihrer Güter Abstriche zu machen und diese unter Wert zu verkaufen.

Auch bereits im traditionellen, noch nicht mit der kapitalistischen Produktionsweise konfrontierten Wirtschaftsleben trifft dies die als Anbieter zu Markte gehenden handwerklichen Produzenten unterschiedlich hart. Da es sich bei der für den Wert der jeweiligen Güter maßgebenden gesellschaftlichen Arbeitszeit ja nur um einen Mittel- oder Durchschnittswert handelt, können die Produzenten je nach der Geschicklichkeit, Energie und Ausdauer, die sie bei der Arbeit entfalten, eine größere oder geringere Arbeitsleistung erbringen, in einem bestimmten Zeitraum mehr oder weniger Wert in Gütergestalt produzieren, und sind so besser oder schlechter davor geschützt, durch einen nachfragebedingten Preisverfall, der sie dazu zwingt, die zu Markte getragenen Güter unter Wert zu verkaufen, in die kommerzielle Bredouille oder gar in existenzielle Not zu geraten. Wo der eine, unterdurchschnittlich wertschöpfende Produzent durch den nachfragegeschuldeten Preisverfall in die Zwickmühle gerät, entweder auf seinen Gütern sitzenzubleiben oder aber sie zu einem Preis veräußern zu müssen, der seine Produktionskosten nicht mehr deckt, und sich am Ende so oder so in die Insolvenz getrieben und vom Markt verdrängt findet, kann der andere, überdurchschnittlich wertschöpfende Produzent den Preisverfall verkraften, kommt trotz Einbußen bei der Realisierung des Werts seiner Güter immer noch auf seine Kosten und findet sich am Ende für die Einbußen, die er wegen der mangelnden Nachfrage hat hinnehmen müssen, dadurch entschädigt, dass jene Verdrängung seiner weniger tüchtigen und erfolgreichen Produzentenkollegen vom Markt in einer Reduktion des Güterangebots resultiert, dank deren die Nachfrage sich wieder belebt und normalisiert und ihm nicht nur erlaubt, sich unter besseren Preisbedingungen auf dem Markt zu behaupten,

sondern ihm gar noch ermöglicht, Marktanteile der verdrängten Kollegen zu übernehmen und seine Produktion entsprechend auszuweiten.

Auch im Rahmen der traditionellen, rein handwerklich organisierten Produktionssphäre findet also schon so etwas wie eine selektive Konkurrenz unter den Produzenten statt, deren zureichende Bedingung sinkende Preise aufgrund starken Angebots beziehungsweise schwacher Nachfrage und deren wirkende Ursache praktisch-empirische, als individuelle Abweichungen vom gesellschaftlichen Durchschnitt figurierende Unterschiede in der Wertschöpfungsleistung und eine daraus resultierende größere oder geringere Fähigkeit der beteiligten Produzenten sind, dem Preisdruck standzuhalten und gar Nutzen aus ihm zu ziehen. Diese auch bereits im traditionellen Produktionszusammenhang wirksame selektive Konkurrenz aber nimmt nun, da die neue Produktionsweise auf Lohnarbeitsbasis, die kapitalistisch organisierte Form der Mehrwertschöpfung, ins Spiel kommt und die ihr als Strukturmerkmal eigene, ihrer absoluten Zielfixiertheit, ihrem hemmungslosen Streben nach Mehrwert entspringende Tendenz zur technisch-methodischen Steigerung der Produktivkraft zum Tragen bringt, ganz neue Dimensionen und in der Tat eine qualitativ andere Dynamik an.

In dem Maße, wie dank der Zweckrationalität und instrumentellen Intelligenz, die aus der Zielfixierung alias Monomanie des Kapitals resultieren und die es aufbieten und mobilisieren muss, um in der übermächtigen traditionellen Produktionssphäre überhaupt Fuß fassen und sich in Szene setzen zu können, an die Stelle der praktisch-empirischen, in der Individualität der Produzenten gründenden diskreten Abweichungen der Arbeitsleistung vom in Arbeitszeit gemessenen gesellschaftlichen Mittelwert eine der technisch-methodischen, der Perfektibilität des Produktionsmechanismus selbst entspringende kontinuierliche Ablösung der Produktionsleistung von jenem als Ausgangspunkt vorgegebenen Mittelwert tritt, wächst sich jene selektive Konkurrenz zwischen den als Anbieter auf dem Markt erscheinenden Produzenten zu einer Art von Verdrängungsautomatismus aus, der der kapitalistischen Produktionsweise zu Lasten des traditionellen, handwerklich-kleinbetrieblichen Produktionszusammenhanges in kürzester Frist verschafft, was sie braucht, um zum vorherrschenden gesellschaftlichen Reproduktionssystem zu avancieren - industrielles Betätigungsfeld und kommerziellen Entfaltungsraum.

Als eine Art Automatismus funktioniert die durch die kapitalistische Produktionsweise zum ebenso systematischen wie kontinuierlichen Verdrängungsmechanismus entfaltete selektive Konkurrenz, weil sie nicht erst reaktiv, unter der Voraussetzung einer übersättigten oder überbeanspruchten Nachfrage auf dem Markt und des daraus resultierenden Preisdrucks, wirksam wird, sondern kraft des sie treibenden Prinzips einer technisch-methodischen Steigerung der Produktivkraft bereits an der Schaffung eben jener kommerziellen Voraussetzung, unter der sie wirksam wird, aktiv beteiligt und in der Tat maßgeblich für sie verantwortlich ist. Schließlich hat ja die durch die Zweckrationalität und das instrumentelle Ingenium der kapitalistischen Produktionsweise ebenso systematisch wie kontinuierlich gemachte Steigerung der Produktivkraft dies zur Folge, dass eine wachsende Produktmenge auf den Markt gelangt, es dort zu einem Überangebot an Gütern kommt und so genau die kommerzielle Situation einer gesättigten oder überforderten Nachfrage und eines daraus resultierenden Preisverfalls eintritt, die den Nährboden für eine mittels Preiskampf ausgetragene selektive Konkurrenz abgibt.

Konfrontiert mit einem Überangebot auf dem Markt, für das es durch das ebenso systematisch wie kontinuierlich eingesetzte Mittel einer technisch-methodischen Steigerung der Produktivkraft und durch die daraus resultierende höhere Produktionsleistung selber gesorgt hat, können die Betreiber des neuen, unternehmerisch engagierten und so zum Kapital im strengen Sinn, zum Kapital sans phrase, avancierten Handelskapitals in ihrem Bemühen, auf dem noch weitgehend vom traditionellen Handwerk beherrschten Markt Stellung zu beziehen und Raum zu gewinnen, den jenem Überangebot geschuldeten Preisdruck beziehungsweise Preisverfall nutzen, um durch Preisnachlässe, die sie sich dank höherer Produktionsleistung leisten können, ohne die Rentabilität ihrer Produktion und mithin ihre Existenz zu gefährden, die Vertreter des traditionellen Handwerks, die wegen ihrer geringeren Produktionsleistung durch solche Preisnachlässe an den Rand beziehungsweise unter die Schwelle der Rentabilität ihrer Arbeit getrieben und damit letztlich um den Sinn und Nutzen ihrer Produktionstätigkeit gebracht werden, auszukonkurrieren und vom Markt zu verdrängen.

Sowohl aktiv, durch das Überangebot, das sie hervorruft, als auch reaktiv, durch das Preisdumping, das sie ermöglicht, sorgt also die der kapitalistischen Produktionsweise als Strukturmerkmal eigene und nämlich

der Zweckrationalität und instrumentellen Intelligenz, die ihr wesentlich ist, entspringende technisch-methodische Steigerung der Produktivkraft für eine systematisch-stringente Verstärkung und Entfaltung jener dem Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage geschuldeten selektiven Konkurrenz, die, wenngleich nur in empirisch-kontingenter Form, seit jeher wirksam ist und die dazu führt, dass diejenigen Produzenten, die mit ihrer Produktionsleistung den gesellschaftlichen Durchschnittswert übertreffen, mehr in neue Produktionsprozesse investieren und mithin ihre Produktion rascher ausbauen und erfolgreicher betreiben können als diejenigen, deren Produktionsleistung durchschnittlich oder gar unterdurchschnittlich ausfällt. Und indem so die kapitalistische Produktionsweise kraft technisch-methodischer Steigerung der Produktivkraft das Prinzip der selektiven Konkurrenz aus einer empirisch-kontingenten, der Individualität der Produzenten geschuldeten Randbedingung zu einer systematisch-stringenten, der Effektivität der Produktionsmittel und Produktionsmethoden entspringenden Grundbestimmung der Handelstätigkeit erhebt, transformiert sie es aus einem bloßen, den Beteiligten relativen biographischen Erfolg oder Misserfolg zumessenden kommerziellen Differenzierungsmodus in einen über das Schicksal der Beteiligten entscheidenden und nämlich ihren Erfolg oder Misserfolg zum existenziellen Widerfahrnis verabsolutierenden kapitalen Verdrängungsmechanismus und löst damit aber quasi automatisch das ihr in den Anfängen ihres Wirkens zu schaffen machende Problem, dass der seiner produktivkräftig höheren Produktionsleistung geschuldeten rasch wachsenden Produktion des Kapitals die traditionelle, handwerklich-kleinbetriebliche Produktionssphäre mit ihrer operativen Übermacht und korporativen Geschlossenheit eigentlich keinen Entfaltungsraum, sprich, nicht die nötigen, für die Lohnarbeit, auf der die kapitalistische Produktionsweise aufbaut, verfügbaren Arbeitskräfte bietet.

Der durch die überlegene Produktivität kapitalistischen Wirtschaftens ermöglichte kommerzielle Verdrängungsmechanismus resultiert in einem Heer von auf ihre abstrakte Arbeitskraft angewiesenen Arbeitsuchenden, die dank ihrer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt als Lohnarbeitskräfte wohlfeil zu rekrutieren sind, weshalb in der Frühphase des kapitalistischen Siegeszugs die Ausbeutung menschlicher Produktionskraft der Nutzung sächlicher Produktivkraft als maßgebliche Akkumulationsstrategie den Rang abläuft, weil sie nicht nur

weniger Kosten verursacht, sondern auch ein zuverlässiges und nicht nur passageres Mehr an für den weiteren Auf- und Ausbau des Wertschöpfungssystems verfügbarem Mehrwert erbringt.

So gewiss dank seiner markant höheren Produktionsleistung und dank des Preisdumpings, das sie ihm erlaubt, das Kapital die marktbedingt selektive Konkurrenz aus einem ebenso kontingenten wie individuellen Differenzierungsmodus in einen ebenso konsequenten wie instrumentellen Verdrängungsmechanismus überführt und so gewiss dies in praxi darauf hinausläuft, dass sich vormals eigenständige oder kleinbetrieblich vergesellschaftete handwerkliche Produzenten in zunehmender Zahl und kontinuierlichem Strom aus dem Markt geworfen, um Brot und Arbeit gebracht und deshalb gezwungen finden, um des Lebensunterhalts willen das Einzige, was ihnen geblieben ist, ihre bloße Arbeitskraft, zu verkaufen, sprich, jene Lohnarbeit anzunehmen, die ihnen die neue, kapitalistische Produktionsweise bietet, so gewiss verfügt letztere in der Frühphase ihrer Karriere mit der ihr als Strukturmerkmal eingeborenen technisch-methodischen Steigerung der Produktivkraft über ein probates Mittel, die traditionelle, handwerklich organisierte Produktionssphäre in all ihrer operativen Übermacht und korporativen Widerstandskraft zu unterwandern, zu zersetzen und aufzulösen und ihrer quasi als Steinbruch dienenden Konkursmasse jene aus den alten operativen Verankerungen und korporativen Bindungen herausgerissenen und auf personale Arbeitskräfte reduzierten Produzenten zu entnehmen, die sie braucht, um aus der ihr durch die Steigerung der Produktivkraft ermöglichten erhöhten Produktionsleistung und entsprechend beschleunigten Kapitalakkumulation überhaupt Nutzen ziehen und anstelle der handwerklichen Kleinbetriebe und gemeinschaftlichen Einrichtungen der zugrunde gerichteten traditionellen Produktionssphäre ihre neuen, auf Lohnarbeit aufgebauten manufakturellen Produktionsstätten beziehungsweise industriellen Fertigungsanlagen errichten zu können.

Auch wenn hinsichtlich der Versorgung der kapitalistischen Produktion mit den für sie und ihren produktivkraftbedingt raschen Akkumulationsprozess nötigen Lohnarbeitskräften noch andere Faktoren eine Rolle spielen, wie etwa eine zur Verstädterung der Gesellschaft führende massive Landflucht und ein starkes Bevölkerungswachstum, dessen zureichender Grund Fortschritte auf dem Gebiet der Hygiene, der ärztlichen

Kunst und der Nahrungsmittelerzeugung sind und das seine wirkende Ursache in säkularem Optimismus, diesseitiger Zukunftserwartung hat, entscheidend nicht weniger als grundlegend dafür, dass die für die Entfaltung und Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise benötigten Arbeitskräfte in hinreichender Menge rekrutierbar sind und nach Bedarf zur Verfügung stehen, ist das Kapital selbst mit der selektiven Konkurrenz, die es auf Basis der von ihm praktizierten technisch-methodischen Steigerung der Produktivkraft aus einem empirisch-kontingenten Differenzierungsmodus zu einem systematisch-stringenten Verdrängungsmechanismus erhebt und kraft deren es das traditionelle Personal der Produktionssphäre, die eigenständig beziehungsweise kleinbetrieblich arbeitenden handwerklichen Meister und Gesellen massenhaft um die Marktgängigkeit ihrer Produkte, mithin um ihren Lebensunterhalt bringt und sie zwingt, sich um des Überlebens willen ihm, dem Kapital, als Lohnarbeitskräfte anzubieten und zur Verfügung zu stellen.

Dieser auf Basis einer technisch-methodischen Steigerung der Produktivkraft als Automatismus wirksame, weil selber die produktionssystematische Voraussetzung für seine marktmechanische Wirksamkeit schaffende Verdrängungsmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise ist der letztlich entscheidende Grund dafür, dass das Kapital, ungeachtet der Übermacht und Geschlossenheit, mit der ihm die handwerklich verfasste Produktionssphäre anfänglich entgegentritt, bald schon auf Arbeitsuchende im Überfluss, auf freiflottierende, aus ihrer operativen Präokkupation mit der handwerklichen Produktionssphäre und ihren korporativen Bindungen an sie freigesetzte Produzenten in hinlänglicher Menge zurückzugreifen vermag, um aus seiner produktivkraftbedingten höheren Produktionsleistung und demgemäß beschleunigten Akkumulation den in Sachen Ausweitung des Produktionsvolumens alias Expansion in der Produktionssphäre erwünschten Nutzen ziehen zu können.

Für die Entstehung des wachsenden Heeres von zur Lohnarbeit, zur Arbeit im Dienste der kapitalistischen Produktionsweise, wie man will, aus Verlangen nach Arbeit bereiten oder aus Lebensnot gezwungenen Arbeitskräften bildet also die kapitalistische Produktionsweise selbst den maßgebenden Beweggrund und entscheidenden Wirkfaktor - zumal die oben erwähnten anderen für die Bildung eines Heeres von Arbeitsuchenden verantwortlichen Faktoren von der der kapitalistischen Produktionsweise eigenen Ursächlichkeit abhängig, wo nicht gar abgeleitet sind,

sei's dass sie wie die lebenserhaltenden Fortschritte in Hygiene, Medizin und Agrarproduktion als faktische Konsequenz der vom Kapital kultivierten Zweckrationalität und instrumentellen Intelligenz gelten müssen, sei's dass sie sich wie der zu Bevölkerungswachstum und demographischer Urbanisierung treibende diesseitige Optimismus und säkulare Zukunftsglaube als praktische Reaktion auf den in der Perspektive der kapitalistischen Produktionsweise lockenden gesellschaftlichen Reichtum und winkenden bürgerlichen Wohlstand verstehen lassen.

In dem Maße freilich, wie die der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise eigene und als Hauptursache firmierende technisch-methodische Steigerung der Produktivkraft im Verein mit den anderen, als derivative Phänomene begreiflichen Faktoren zu einer Zersetzung und Auflösung der traditionellen handwerklichen Betriebe und Korporationen führt und in einem teils direkt als personale Konkursmasse des alten Produktionszusammenhanges, den das Kapital zugrunde richtet, teils indirekt als soziale Reaktionsbildung auf das neue Produktionssystem, zu dem das Kapital den Grund legt, begreiflichen wachsenden Heer von ebenso operativ freigesetzten wie korporativ ungebundenen Arbeitskräften resultiert, sorgt eben dies Resultat dafür, dass die bis dahin für die kapitalistische Entwicklung als kommerzieller Akkumulations- und manufaktureller beziehungsweise industrieller Expansionsfaktor maßgebende technisch-methodische Steigerung der Produktivkraft an Bedeutung verliert, in den Hintergrund tritt und einer als Ausbeutung menschlich-organischer Arbeitskraft funktionierenden anderen Methode zur Erhöhung der Produktionsleistung Platz macht oder jedenfalls den Vorrang überlässt.

Was die in wachsender Menge aus dem traditionellen Arbeitszusammenhang handwerklicher Ordnung ausgeschiedenen und als Arbeitslose nolens volens dem manufakturellen beziehungsweise industriellen Produktionssystem kapitalistischer Organisation ausgelieferten Arbeitsuchenden nämlich ebenso wild- wie naturwüchsig in Szene setzen, ist ein spezieller, neuer Markt, der sich um ein einziges Gut, die Ware Arbeitskraft, dreht und auf dem sie diese ihnen allein noch verbliebene Ware, ihre Arbeitskraft, feilbieten und mit ihr um die vom kapitalistischen Produktionssystem angebotenen Arbeitsplätze konkurrieren müssen.

So effektiv die kapitalistische Produktionsweise auf Basis der ihr als Strukturmerkmal eingeschriebenen technisch-methodischen Steigerung

der Produktivkraft expandieren mag und so rasch dementsprechend die in ihrem Rahmen angebotenen Arbeitsplätze zunehmen mögen, die Tatsache, dass die technisch-methodische Steigerung der Produktivkraft ihr erlaubt, mit gleicher oder gar geringerer Arbeitskraft eine höhere Produktionsleistung zu erzielen, bietet zusammen mit den erwähnten derivativen Faktoren einer durch Hygiene und ärztliche Kunst beförderten Volksgesundheit, einer durch die demographische Landfluchtbewegung forcierten urbanen Entwicklung und eines verstärkten Bevölkerungswachstums aufgrund der durch die kapitalistische Produktionsweise geweckten Hoffnungen auf gesellschaftlichen Reichtum und zukünftigen Wohlstand die Gewähr dafür, dass die Zahl der Arbeitsuchenden rascher zunimmt als die der Arbeitsplätze, dass mit anderen Worten die Nachfrage nach Arbeit das Angebot permanent übersteigt. Und das wiederum setzt die Arbeitsuchenden, die Nachfrager nach Arbeit, unter permanenten Konkurrenzdruck und gibt den kapitalistischen Anbietern von Arbeit, den Unternehmern alias Arbeitgebern, nach Maßgabe des marktkonstitutiven, für die Preisgestaltung auf dem Markt grundlegenden Wechselspiels zwischen Angebot und Nachfrage die Möglichkeit, jene gegeneinander auszuspielen und sie dazu zu bringen, sich im Wettstreit um die angebotenen Arbeitsplätze die Konditionen ihrer Anstellung, sowohl was die Höhe der Entlohnung als auch was die für den jeweiligen Lohn zu erbringende Arbeitsleistung betrifft, aufzwingen beziehungsweise diktieren zu lassen.

Solange diese dem ständigen Zuwachs beziehungsweise Zufluss von Arbeitsuchenden geschuldete Konkurrenzsituation auf dem durch die kapitalistische Produktionsweise ins Leben gerufenen und vom trügerischen Sprachgebrauch zum Arbeitsmarkt verdinglichten Markt für Arbeitskraft anhält (und das ist die ganze Zeit der sukzessiven Umwälzung und Umrüstung aller Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion durch die kapitalistische Produktionsweise hindurch der Fall), liefert sie dem Unternehmer eine ebenso bequeme wie probate Handhabe, sei's durch Lohndrückerei und Lohnkürzungen bei gleich bleibender Produktionsleistung, sei's durch Erhöhung der Produktionsleistung mittels Verschärfung der Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel Verlängerung der Arbeitszeit oder Intensivierung des Arbeitspensums den ihm beziehungsweise seinem Kapital zufallenden Anteil am geschöpften Wert,

den Mehrwert, sei's relativ, im Verhältnis zur Reduktion des der Arbeitskraft gezahlten Arbeitslohns, sei's absolut, aufgrund der Augmentation des von der Arbeitskraft geschöpften Werts, zu vergrößern und so für eine Beschleunigung des kapitalen Akkumulationsprozesses und eine entsprechende Verstärkung der auf eine Eroberung und Umrüstung traditioneller, handwerklicher Produktionsbereiche und ihre Integration ins manufaktur- beziehungsweise industriekapitalistische Wertschöpfungssystem zielenden Investitions- und Expansionstätigkeit zu sorgen.

Gegenüber der Erhöhung des Mehrwerts durch Steigerung der Produktivkraft hat diese Vermehrung des Mehrwerts durch Ausbeutung der Arbeitskraft einen doppelten Vorzug, der ohne weiteres erklärt, warum letztere ersterer den Rang abläuft beziehungsweise den Platz als zentrales Verwertungs- und Akkumulationsstrategem streitig macht, solange der Arbeitsmarkt im gerade erläuterten Sinne mitspielt. Zum einen verlangt die Mehrwertvermehrung mittels technisch-methodischer Steigerung der Produktivkraft ja stets zusätzliche Kapitalinvestitionen sowohl in die Intelligenz und Kunstfertigkeit, die es braucht, um effektivere Produktionsmittel und Arbeitsverfahren zu ersinnen und zu entwickeln, als auch in die Fertigung der ersonnenen Produktionsmittel und die Realisierung der entwickelten Arbeitsverfahren selbst, Investitionen, die sich amortisieren müssen und währenddessen den Gewinn an Mehrwert, den der Unternehmer aus der Produktivkraftsteigerung zieht, schmälern.

Und zum anderen und wichtiger noch ist die Erhöhung des Mehrwerts durch Steigerung der Produktivkraft nie von Dauer und immer nur ein vorübergehendes Phänomen. Geschuldet ist die Erhöhung des Mehrwerts ja der verringerten Arbeitszeit, die dank gesteigerter Produktivkraft auf die Herstellung eines Produkts verwandt werden muss, und dem Mehr an Produkt, das demnach im gleichen Arbeitszeitraum hergestellt werden kann, beziehungsweise dem höheren Wert, den das Mehr an Produkt, gemessen an der bis dahin als gesellschaftliche Norm für die Herstellung des Produkts geltenden Maß an Arbeitszeit, verkörpert. Eben diese als gesellschaftliche Norm und Wertmaß geltende Arbeitszeit aber findet sich durch die mittels Steigerung der Produktivkraft erzielte Verringerung der Arbeitszeit in Frage gestellt und in der Tat entkräftet. Denjenigen, die sie ihrer Produktion zugrunde legen, verschafft ja, wie oben erläutert, die produktivkraftbedingt verringerte Arbeitszeit die Möglichkeit, mit

ihrem vermehrten und nach geltendem Wertmaß mehr Wert verkörpernden Produkt ihre Konkurrenten auf dem Markt unter Druck zu setzen. Durch Preisnachlässe, die ihnen aufgrund ihres höheren Produktwerts immer noch gestatten, mit einer positiven Wertrealisierungsbilanz abzuschließen, wohingegen die mit ihrem geringeren Produktwert zu Markte gehenden Konkurrenten dadurch entweder überhaupt an dessen Realisierung gehindert, oder aber gezwungen werden, ihr Produkt unter Wert, sprich, zu einem nicht einmal die Produktionskosten deckenden Preis, loszuschlagen - durch solche als Wertabschläge wirksame Preisnachlässe also können sie die Konkurrenten auf dem Markt ausstechen und am Ende gar vom Markt verdrängen.

Wollen die Konkurrenten sich auf dem Markt behaupten, so müssen sie jene zur Verringerung der Arbeitszeit führenden produktionstechnischen beziehungsweise produktionsmethodischen Neuerungen, durch die sie sich unter Preisdruck gesetzt finden, übernehmen, müssen sie die Produktivkraft ihrer eigenen Produktion entsprechend steigern, was darauf hinausläuft, dass sich die dank höherer Produktivkraft verringerte Arbeitszeit als neues gesellschaftliches Wertmaß für das betreffende Produkt durchsetzt. Sei's, dass sich die der Produktivkraft ermangelnden Produzenten vom Markt verdrängt, sei's dass sie sich, um am Markt bestehen zu können, gezwungen finden, ihre Produktivkraft der ihrer erfolgreicheren Konkurrenten anzupassen - so oder so verschafft sich die der höheren Produktivkraft geschuldete verringerte Arbeitszeit als allgemeine gesellschaftliche Wertnorm, als Durchschnittswert für die Bemessung des Produktwerts, Geltung, womit denn der Mehrwert, den das kraft höherer Produktivkraft vermehrte Produkt darstellte, solange als gesellschaftliches Wertmaß noch die alte, längere Arbeitszeit firmierte, zunichte gemacht und verschwunden ist. Sobald die der Produktivkraftsteigerung geschuldete verringerte Arbeitszeit sich mittels Konkurrenz auf dem Markt als normatives Wertmaß durchgesetzt hat, verkörpert das dank dieser verringerten Arbeitszeit vermehrte Produkt denselben Wert wie zuvor das im gleichen Zeitraum geschaffene geringere Produkt und erweist sich nachträglich die der Steigerung der Produktivkraft entsprechende Wertsteigerung als ein der Ungleichzeitigkeit des alten Wertmaßes, das noch in Geltung ist, und des neuen Wertmaßes, das sich noch nicht als Norm durchgesetzt hat, geschuldetes Übergangsphänomen.

Zu einer kontinuierlichen und dauerhaften Vermehrung des Mehrwerts alias Optimierung der Verwertung taugt also eine Erhöhung der Produktionsleistung mittels Steigerung der Produktivkraft mitnichten! Wohl aber bewährt sie sich in der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung als Instrument einer die traditionelle Produktionssphäre aufmischenden und auflösenden kommerziellen Konkurrenz, durch die sich eigenständig beziehungsweise kleinbetrieblich arbeitende handwerkliche Produzenten massenhaft aus dem Markt geworfen und um ihren Broterwerb gebracht finden, um sich notgedrungen zu jenem als Markt für Arbeitskräfte funktionierenden und durch die anderen demographischen Faktoren, die mehr oder minder eng mit der kapitalistischen Entwicklung zusammenhängen, noch zusätzlich massierten Heer von Arbeitsuchenden zu formieren, das die Grundlage bietet für die oben als Erhöhung der Produktionsleistung mittels Ausbeutung der Arbeitskraft bestimmte andere Strategie der Verwertungsoptimierung oder Mehrwertvermehrung.

Anders als die Verwertungsoptimierung durch technisch-methodische Steigerung der Produktivkraft stellt die Vermehrung des Mehrwerts durch physische beziehungsweise lohntarifliche Ausbeutung der Arbeitskraft ein ebenso dauerhaftes wie verlässliches Akkumulationsverfahren dar, weil sie nicht einer bloßen, mittels Konkurrenz auf dem Markt möglichst rasch wieder zu beseitigenden, sprich, im Sinne einer Ersetzung der alten durch die neue Norm auszugleichenden Differenz im Wertmaß geschuldet, sondern vielmehr Ergebnis einer ebenso effektiven wie bleibenden Veränderung des Verhältnisses zwischen dem Teil des Produktwerts ist, der den Produzenten qua Lohn zusteht, und dem Teil, der dem Unternehmer als Mehrwert zufällt. Während mit anderen Worten die Mehrwertvermehrung, die durch Steigerung der Produktivkraft erreicht wird, in dem Augenblick wieder verschwindet, in dem die für sie maßgebende verkürzte Arbeitszeit sich als allgemeines gesellschaftliches Wertmaß durchgesetzt hat und an die Stelle der bis dahin für den Wert maßgeblichen längeren Arbeitszeit getreten ist, und somit höchstens und nur dazu taugt, durch eine vorübergehend verstärkte Investitionstätigkeit alias beschleunigte Expansion in der Produktionssphäre den im Tempo unveränderten Akkumulationsprozess auf eine, die Produktionskapazitäten betreffend, verbreiterte Basis zu heben, bildet die Mehrwertvermehrung, die durch Ausbeutung der Arbeitskraft erzielt wird und also durch eine Umverteilung des Produktwerts zugunsten des Unternehmers und zu

Lasten der Produzenten zustande kommt, eine - jedenfalls solange die Produzenten sie sich gefallen lassen müssen - bleibende Errungenschaft, die ein geometrisches Wachstum des für die Investition in neue Lohnarbeitsprozesse verfügbaren Kapitals und eine entsprechend zunehmende Akkumulationsgeschwindigkeit zur Folge hat.

Was Wunder, dass, nachdem die durch Steigerung der Produktivkraft erzielte Mehrwertvermehrung die zu Anfang der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ihr zufallende Aufgabe einer Unterminierung und Infiltrierung der traditionellen, handwerklich-kleinbetrieblich organisierten Produktionssphäre erfüllt und dabei quasi als Nebenwirkung oder Abfallprodukt ihrer Unterminier- und Infiltriertätigkeit die als Arbeitsmarkt firmierende Masse von Arbeitsuchenden ausgefällt hat, die dem kapitalistischen Produktionssystem die Gelegenheit und Handhabe bietet, jene als Ausbeutung von Arbeitskraft funktionierende andere Methode der Mehrwertvermehrung anzuwenden - was Wunder, dass, da nun das Kapital letzterer den Vorzug gibt und sie als Hauptinstrument nutzt, um seiner ebenso zirkelschlüssigen wie imperativen Bestimmung zu folgen, sprich, durch Verstärkung und Beschleunigung seiner Akkumulations- und Investitionsaktivität die gesellschaftliche Produktionssphäre solchermaßen umzurüsten und den Ansprüchen und Bedürfnissen der kapitalistischen Produktionsweise anzupassen, dass sie eben jenem vom Kapital zum Imperativ erhobenen zirkulären Zweck einer Investition, die auf nichts als weitere Akkumulation zielt, und einer Akkumulation, die partout nur in neuer Investition resultiert, optimal zu dienen und maximal zu genügen vermag?

Freilich bedeutet diese Bevorzugung der Mehrwertvermehrung durch Ausbeutung der Arbeitskraft nicht, dass die dadurch zurückgesetzte und vergleichsweise in den Hintergrund tretende Mehrwertvermehrung mittels Steigerung der Produktivkraft völlig außer Gebrauch kommt und in der kapitalistischen Wertschöpfung gar keine Rolle mehr spielt. Dass sie vielmehr fester Bestandteil des Wertschöpfungsrepertoires bleibt und das Kapital auch immer wieder auf sie als wenngleich der Nachhaltigkeit entbehrende Methode zur Mehrwertvermehrung zurückgreift, dafür sorgt eben jene ihr den Rang ablaufende andere, in der Ausbeutung der Arbeitskraft bestehende, nachhaltigere Methode der Mehrwertvermehrung, die nämlich aufgrund der Akzeleration des Akkumulationstempos und der entsprechenden Eskalation des Investitionsvolumens, die sie zur

Folge hat, nur zu rasch und stets neu zu einer Marktlage führt, die durch ein Ungleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion, genauer gesagt, durch ein Missverhältnis zwischen dem Angebot an Produkten und der Nachfrage nach ihnen charakterisiert ist und die insofern die oben beschriebene kommerzielle Situation aus den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise reproduziert, jene Situation, in der sich die letztere einer in ihrer kleinbetrieblich-handwerklichen Verfasstheit übermächtigen traditionellen Produktionssphäre konfrontiert findet, die mit ihren Produkten den Markt bereits hinlänglich, wo nicht gar im Übermaß, versorgt, so dass dieser für die mittels der neuen Produktionsweise erzeugten Güter und erbrachten Leistungen eigentlich gar keine Aufnahmekapazität und Absatzmöglichkeit bietet und so der neuen Produktionsweise durch Verweigerung der Gelegenheit, die mittels ihrer geschaffenen Werte kommerziell zu realisieren, gleich eingangs den Lebensfaden abzuschneiden oder, weniger blumig ausgedrückt, die Entfaltungsperspektive zu versperren droht.

Wie geschildert, nutzt in dieser anfänglichen Situation das manufakturelle beziehungsweise industrielle Kapital den der Steigerung der Produktivkraft, die ein Strukturmerkmal seiner veränderten Produktionsweise bildet, geschuldeten vermehrten Mehrwert, den es erzielt, um auf dem nicht zuletzt infolge eben dieser ihrer Steigerung der Produktivkraft überfüllten Markt mittels Preisdumping die traditionell produzierenden Konkurrenten auszustechen und aus dem Markt zu werfen und so auf Kosten der verdrängten Konkurrenten kommerziellen Platz für die eigenen Produkte zu schaffen und deren Absatz alias Wertrealisierung sicherzustellen. Und genau dieses Mittel eines per Preiskampf auf dem Markt ausgetragenen Verdrängungswettbewerbs, zu dem die Vermehrung des Mehrwerts durch Steigerung der Produktivkraft die Handhabe bietet, wendet nun also das Kapital auch weiterhin an, sooft und sobald eine - nunmehr in der Hauptsache ausbeutungsbedingt - überbordende Produktion in einer Überfüllung des Marktes alias Überforderung der Nachfrage resultiert, die die Anbieter, die kapitalistischen Produzenten, vor Absatz- alias Wertrealisierungsprobleme stellt, die, wenn sie ungelöst bleiben, den Wertschöpfungsprozess um all seinen kapitalen Zweck und akkumulativen Nutzen bringt und ad absurdum eines ebenso sinn- wie fruchtlosen Unterfangens führt.

Nur dass jetzt beim Rückgriff auf jene nicht weniger passagere als altbewährte und tatsächlich eher zur okkasionellen Ausschaltung der kommerziellen Konkurrenz als zur kontinuierlichen Akkumulation industriellen Kapitals taugliche Methode der Mehrwertvermehrung das Zielobjekt und Opfer nicht mehr die traditionelle Produktionssphäre und ihre handwerklichen Vertreter, sondern nach Maßgabe der fortschreitenden Kapitalisierung der gesellschaftlichen Reproduktion mehr und mehr die eigenen, als kapitalistische Unternehmer firmierenden Artgenossen sind, die der Kampf um das Überleben auf einem ausbeutungsbedingt überfüllten Markt zu erbitterten Konkurrenten macht, die sich nurmehr durch eine mittels technisch-methodischer Steigerung der Produktivkraft erzielte Erhöhung der Produktionsleistung und durch den Spielraum in der Preisgestaltung, den diese gestattet, aus dem marktstrategischen Feld schlagen beziehungsweise dem kapitalprozessualen Weg räumen lassen.

Freilich erweist sich dieses Mittel zur Lösung des einer hemmungslosen Ausbeutung der Arbeitskraft geschuldeten Absatz- alias Wertrealisierungsproblems als wenig wirksam und im Gegenteil, abgesehen von der kurzfristigen kommerziellen Entlastung und industriellen Entfaltung, die es dem Gebrauch von ihm machenden einzelnen Unternehmer auf Kosten der Konkurrenten bringt und ermöglicht, langfristig nur dazu angetan, das Problem, das es lösen soll, als durch die kapitalistische Produktionsweise heraufbeschworenes chronisches Leiden und in der Tat unheilbares Gebrechen zu reaffirmieren und, aufs Gesamt des kapitalistischen Marktsystems gesehen, immer neu und in stets verschärfter Form zu reproduzieren. Auch wenn, was ihre Kontinuität und Haltbarkeit betrifft, der mittels technisch-methodischer Steigerung der Produktivkraft betriebenen Mehrwertvermehrung kein Erfolg beschieden ist, weil die der höheren Produktionsleistung, die damit erzielt wird, zugrunde liegende verkürzte Arbeitszeit sei's dadurch, dass derjenige, der sie in Anwendung bringt, den Markt erobert, sei's dadurch, dass seine Konkurrenten, um nicht aus dem Markt geworfen zu werden, sie durch eine entsprechende Steigerung der Produktivkraft ihrerseits in Anwendung bringen müssen, als neues Wertmaß das bis dahin geltende ersetzt und die ihm geschuldete höhere Produktionsleistung hiernach exakt den gleichen Wert verkörpert wie zuvor die dem alten Wertmaß gemäße geringere Produktionsleistung - auch wenn also die mittels Steigerung der Produktivkraft erzielte Wertvermehrung sich quasi als optische Täuschung, besser gesagt, als eine auf

die Ungleichzeitigkeit zwischen altem und neuem Wertmaß rückführbare und durch deren Synchronisierung, sprich, durch Adjustierung des ersteren an das letztere korrigierbare Verzerrung erweist, kurz, sich früher oder später für null und nichtig erklärt, was auf jeden Fall bleibt, ist die höhere Produktionsleistung selbst, die nach der durch den Konkurrenzkampf auf dem Markt erzwungenen Veränderung des Wertmaßes, sprich, nach der Durchsetzung der für die Produktion erforderten verkürzten Arbeitszeit als neues, gesellschaftlich verbindliches Wertmaß nun zwar keinen höheren Wert als die zuvor übliche geringere Produktionsleistung mehr darstellt, die sich aber doch allemal in einem vermehrten Produkt niederschlägt, sich, ungeachtet ihrer kapitalen Gleichwertigkeit, in einem materialen Mehr an Gütern und Dienstleistungen verkörpert findet.

Indem so aber die technisch-methodische Steigerung der Produktivkraft, auf die der industrielle Unternehmer rekurriert, um sich im kommerziellen Konkurrenzkampf auf einem durch die Ausbeutung von Lohnarbeitskraft überfüllten Markt zu behaupten, ebenso gewiss und zuverlässig, wie sie sich als Mittel zur Akkumulation, zur fortlaufenden und dauerhaften Erwirtschaftung von als Kapital einsetzbarem Mehrwert dementiert, als Mittel zu einer wachsenden Produktion, zur Erzeugung eines den gleichen Wert verkörpernden Mehr an Wertverkörperungen, zur wertneutralen Vermehrung des in materialen Gütern und realen Dienstleistungen bestehenden gesellschaftlichen Reichtums funktioniert, verschärft sie offenkundig das Problem, das sie doch eigentlich lösen soll, und erweist sich als ein in sich widersprüchliches Instrument, als der sprichwörtliche, zum Gärtner gemachte Bock. Vom einzelnen Unternehmer eingesetzt, um die als Anbieter mit ihm konkurrierenden anderen Unternehmer mittels Preiskampf vom Markt zu verdrängen und so der allgemeinen, aus der Ausbeutung der Arbeitskraft resultierenden Überfüllung des Marktes abzuhelfen, führt dies Instrument einer technisch-methodischen Steigerung der Produktivkraft, so sehr es ad hoc und im Einzelfall seinen Zweck erfüllen mag, auf Ganze gesehen und in letzter Konsequenz nur zu einer noch stärkeren Überfüllung des Marktes und setzt mithin der durch die Ausbeutung der Arbeitskraft heraufbeschworenen Absatz- und Wertrealisierungskrise, statt ihr die Spitze abzubrechen, im Gegenteil die Krone auf.

In dem Maße, wie die Ausbeutung menschlich-physischer Arbeitskraft aufgrund des Lohndumpings, das die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht, in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts an ihre biologischen Grenzen stößt und die Arbeitskraft in den personalen und sozialen Ruin zu treiben droht, rückt die Steigerung sächlich-technischer Produktivkraft als Akkumulationsstrategie wieder in den Vordergrund. Und dies nicht nur, weil sie, obwohl zur dauerhaften Vergrößerung der geschöpften Wertmenge untauglich, durch die Senkung der Lebenshaltungskosten die Handhabe zu einer Aufrechterhaltung, wo nicht gar Erhöhung, der Mehrwertrate bietet, sondern auch, weil sie sich in einer Situation, in der weitere Volkswirtschaften in Europa und in Übersee sich industrialisieren und auf den vom Wertschöpfungssystem konstituierten Markt drängen, als strategisch-offensives Marktöffnungsinstrument bewährt.

Tatsächlich dient dieser missglückte Lösungsversuch als redender Beweis dafür, dass die kapitalistische Produktionsweise gemäß dem ihr eingefleischten industriellen Akkumulationsimperativ und der durch ihn bestimmten kommerziellen Distributionsstrategie gar nicht anders kann, als den Markt immer neu mit Überfüllung heimzusuchen und durch ein Überangebot an Gütern und Dienstleistungen zu belasten, ihn immer wieder an den Rand seiner durch jene Distributionsstrategie beschränkten Aufnahmefähigkeit und Konsumkraft zu führen und ihn so mit anderen Worten von einer Absatzkrise in die andere stürzen zu lassen, ihn durch den haltlosen Wertschöpfungsimpuls, dem sie gehorcht und der, wenn er schon nicht in mehr Wert, so allemal doch in einer Vermehrung der den Wert verkörpernden Güter und Leistungen resultiert, mit immer unlösbareren Wertrealisierungsproblemen zu konfrontieren. Und diese permanenten Absatzprobleme oder chronischen Wertrealisierungskrisen, deren primäre Ursache die mittels Lohnarbeit durchgesetzte Ausbeutung der Arbeitskraft ist und die die mittels technisch-methodischer Innovationen ins Werk gesetzte Steigerung der Produktivkraft nicht etwa, wie vom einzelnen Unternehmer intendiert, zu bewältigen und zu lösen dient, sondern letztlich und aufs Ganze gesehen nur zu vergrößern beziehungsweise zu verschärfen taugt - diese Probleme und Krisen würden tatsächlich in kürzester Frist den Markt unter der Last unrealisierbarer Güter und Dienstleistungen kollabieren, sprich, das ins Korsett der kapitalen Distributionsstrategie gezwängte kommerzielle System an

Überfüllung und Verstopfung zugrunde gehen lassen, bliebe die kapitalistisch organisierte Ökonomie sich selbst überlassen und käme ihr nicht die absolutistisch formierte Politik zu Hilfe.

Fast von Anfang der kapitalistischen Entwicklung an muss, eben weil die kapitalistische Produktionsweise ebenso zuverlässig wie zwangsläufig in einem Ungleichgewicht zwischen produktionspraktisch expandiertem Angebot und distributionsstrategisch limitierter Nachfrage resultiert, mit anderen Worten immer wieder dazu führt, dass einem Überangebot an mittels Lohnarbeit erzeugten Gütern und Dienstleistungen ein Mangel an durch allgemeines Äquivalent, die Münze des Marktes, gedeckter Nachfrage gegenübersteht, der Staat, egal ob absolutistischer, konstitutionell-monarchischer, republikanischer oder schließlich gar demokratischer Fasson, dem seinen manufakturellen Kinderschuhen entwachsenden und aus dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft ein immer umfänglicheres industrielles Produktionssystem stampfenden Kapital als Nothelfer beispringen und durch politisch-bürokratische Maßnahmen beziehungsweise militärisch-okkupatorische Initiativen, sprich, mittels kolonialistischer, merkantilistischer, etatistischer und am Ende imperialistischer Strategien für eine in Korrespondenz zum wachsenden Angebot steigende Nachfrage, eine mit der nicht zuletzt dank Steigerung der Produktivität progressiven Produktionsleistung Schritt haltende Konsumkraft sorgen.

Ihm, dem im Wesentlichen vom Kapital finanzierten beziehungsweise alimentierten und deshalb an dessen Wohlergehen und Gedeihen existenziell interessierten Staat, fällt immer wieder die Aufgabe zu, sei's durch Erweiterung der für die Realisierung des Werts des gesellschaftlichen Mehrprodukts zuständigen Käuferschichten beziehungsweise Konsumentenkreise, sei's durch Stärkung ihrer Kaufkraft sicherzustellen, dass jenes dank Ausbeutung der Arbeitskraft und Steigerung der Produktivkraft wachsende Mehrprodukt, jener immer größere Teil des aus materialen Gütern und sozialen Dienstleistungen bestehenden Gesamtprodukts, der nicht der Subsistenz der Produzenten vorbehalten bleibt, sondern nach anderen Abnehmern verlangt, diese Abnehmer beziehungsweise den durch ihre Kaufkraft, ihr allgemeines Äquivalent, garantierten Absatz auch findet, und damit zu verhindern, dass der Markt an Überfüllung und Verstopfung erkrankt und in Reaktion darauf das in ihm sein materiales Outlet beziehungsweise seinen kapitalen Umschlagsplatz findende kapitalistische Produktionssystem ins Stocken gerät und kollabiert.

So wirksam und erfolgreich die jeweilige staatliche Intervention und Hilfestellung aber auch sein und so sehr sie die durch die Ausbeutungsrate und Produktivkraftentwicklung des Systems heraufbeschworenen Absatzprobleme lösen und den Fortgang des industriekapitalistischen Akkumulationsprozesses sichern und sogar beschleunigen mag, eine dauerhafte oder gar endgültige Lösung des der Wertschöpfungsdynamik geschuldeten Wertrealisierungsproblems bietet sie nicht. So gewiss sie nämlich den Fortgang des Akkumulationsprozesses sichert, so gewiss sichert sie ja auch die dank Ausbeutung der Arbeitskraft und Steigerung der Produktivkraft dem Prozess innewohnende Dynamik und führt so früher oder später dazu, dass für den Absatz der von ihm in immer größerer Masse hervorgebrachten materialen Güter und sozialen Dienstleistungen nicht einmal mehr die verstärkte beziehungsweise erweiterte Nachfrage, für die sie beziehungsweise die durch sie bewirkte Rekrutierung neuer Käuferschichten und Konsumentenkreise gesorgt hat, mehr ausreicht. Jedes Mal, wenn die auf eine Rekrutierung neuer Käuferschichten beziehungsweise Mobilisierung neuer Konsumkraft gerichtete staatliche Intervention und Hilfestellung das durch Ausbeutung und Produktivität heraufbeschworene Wertrealisierungsproblem des kapitalistischen Produktionssystems löst oder zu lösen hilft, legt sie deshalb auch schon den Grund für die Entstehung neuer und weiterer, im erweiterten Maßstab und mit verschärfter Dringlichkeit wiederkehrender Wertrealisierungsprobleme, die wiederum neue und weitere Interventionen und Hilfestellungen von staatlicher Seite erforderlich machen.

Das Resultat dieses spiraligen Ringelpiezes aus politische Hilfestellung nötig machender ökonomischer Dynamik und dank der politischen Hilfestellung kontinuierter oder gar forcierter ökonomischer Dynamik ist die oben mit den Begriffen Kolonialismus, Merkantilismus, Etatismus und Imperialismus bezeichnete Abfolge von Interventionsstrategien, zu denen sich vom sechzehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert die maßgebenden europäischen Staaten unwiderstehlich gedrängt finden und die den industriekapitalistischen Akkumulationsprozess als ein weniger kontinuierlich als konvulsivisch fortschreitendes und, wie den Produktionsapparat der bürgerlichen Gesellschaft, so auch sie selbst ständigen Umwälzungen und Umformierungen unterwerfendes Entwicklungsprojekt in Gang halten beziehungsweise vorantreiben.

Dass in dem fortgeschrittenen, durch eine ebenso rasche wie umfängliche Mechanisierung der Produktion alias Industrialisierung der Arbeit gekennzeichneten Stadium, das gegen die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts das industriekapitalistische Entwicklungsprojekt erreicht, die Ausbeutung der Arbeitskraft den Vorrang, den sie als Mehrwertschöpfungsmethode lange Zeit genossen hat, verliert und die als Steigerung der Produktivkraft firmierende alternative Mehrwertschöpfungsmethode wieder an Boden gewinnt beziehungsweise ersterer sogar den Rang abzulaufen beginnt, ändert dabei, wie die auf die militärische Eroberung und bürokratische Erschließung neuer Märkte und Wirtschaftsräume gerichtete imperialistische Wendung beweist, nichts an dem die kapitalistische Produktionsweise von Anfang an begleitenden oder vielmehr heimsuchenden Dilemma einer Wachstumsdynamik, die das Outlet des Systems, den Markt, immer wieder mit - distributionspraktisch gesprochen - Absatzproblemen konfrontiert oder in - akkumulationsstrategisch gefasst - Wertrealisierungskrisen stürzt, deren Bewältigung und Lösung für das System überlebenswichtig ist, weshalb der vom System alimentierte und ausgehaltene Repräsentant des die bürgerliche Klassengesellschaft als zivile Solidargemeinschaft simulierenden Commonwealth alias Gemeinwesens, der Staat, gar nicht anders kann, als alle ihm verfügbaren politisch-statutarischen Mittel beziehungsweise militärisch-bürokratischen Ressourcen in den Dienst jener Problembewältigung und Krisenlösung zu stellen.

Nachdem, wie oben ausgeführt, die Mehrwertschöpfungsstrategie mittels Steigerung der Produktivkraft in den Anfängen der manufakturell-industriellen Produktionsweise eine maßgebende, weil letzterer als probate Methode zur Unterminierung und Auflösung der noch übermächtigen traditionellen, handwerklich-kleinbetrieblichen Produktionssphäre dienende Rolle spielt, verliert sie in dem Maße, wie der Triumph der industriellen Produktion über das traditionelle Handwerk ein Überangebot an Arbeitskräften, sprich, ein für seine Subsistenz auf kapitale Lohnarbeit angewiesenes Heer von Arbeitsuchenden schafft, an Bedeutung und wird von der alternativen Mehrwertschöpfungsstrategie mittels Ausbeutung der Arbeitskraft in den Hintergrund gedrängt und in ihrer Funktion und Wirksamkeit auf die Phasen einer ausbeutungsbedingten Überfüllung beziehungsweise Verstopfung des Marktes beschränkt, der sie durch den kommerziellen Verdrängungswettbewerb, zu dem sie die Handhabe

bietet, abhelfen soll und der sie tatsächlich doch nur Vorschub leisten und zusätzliche Virulenz zu verleihen vermag, so dass am Ende zur Bewältigung der Absatzprobleme und Lösung der Wertrealisierungskrisen, zu denen solche Überfüllung beziehungsweise Verstopfung des Marktes führt, gar nichts anderes übrig bleibt als der Rekurs auf die beschriebenen, einer Rekrutierung neuer Konsumentenschichten und Mobilisierung weiterer Kaufkraft geltenden staatlichen Interventionen und politischen Hilfestellungen.

Was die Ausbeutung physisch-menschlicher Arbeitskraft der Steigerung technisch-sächlicher Produktivkraft, ökonomisch-kalkulatorisch gesehen, voraus hat und weswegen sie, solange sie sich praktizieren lässt, letzterer den Rang abläuft, ist, wie gesagt, der Umstand, dass sie eine wirkliche und bleibende Vermehrung des Mehrwerts erzielt, die dem Kapital die Grundlage für eine ebenso kontinuierliche wie zuverlässige Verstärkung der Investitionstätigkeit und Erweiterung der Produktionskapazität bietet, wohingegen die Steigerung der Produktivkraft nur zu einer scheinbaren und vorübergehenden Mehrwertvermehrung führt, die zwar, solange der Schein in Kraft bleibt und zu trügen vermag, die Basis für eine verstärkte Investitionstätigkeit und beschleunigte Erweiterung der Produktionskapazität liefert, aber, weil der Wettbewerb auf einem umkämpften Markt die Konkurrenten zwingt, jene Steigerung der Produktivkraft bei Strafe ihrer Verdrängung vom Markt zu übernehmen und nachzuvollziehen, und weil sich damit der Schein von mehr Wert als eine der zeitweiligen Ungleichzeitigkeit des Wertmaßes geschuldete Verzerrung entpuppt, wieder verschwindet, so dass die gesteigerte Produktivkraft zwar eine dauerhaft erhöhte Produktionsleistung und ein entsprechend vermehrtes Produkt erbringt, letzteres aber nun mit dem Ergebnis einer Rückkehr zur alten Investitionsrate und zum gehabten Expansionstempo den exakt gleichen Wert beziehungsweise Mehrwert darstellt wie das geringere Produkt, das mit der früheren, noch nicht gesteigerten Produktivkraft erarbeitet wurde.

So offenkundig der Vorzug ist, dem hinsichtlich Investition von Kapital und Expansion der Wertschöpfung, sprich, hinsichtlich des als Wertakkumulation funktionierenden Kapitalisierungsprozesses, der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft vor der Steigerung sächlicher Produktivkraft gebührt - er steht und fällt mit der oben erwähnten einschränkenden Bedingung der Praktizierbarkeit solcher Ausbeutung. Und die erweist

sich in dem Maße als in Frage stehend beziehungsweise nicht mehr gegeben, wie die Ausbeutung im Zuge ihrer systematischen Forcierung an ihre durch die menschliche Leiblichkeit und Bedürftigkeit gesetzten energetisch-existenziellen und alimentarisch-subsistenziellen Grenzen stößt. Über ein gewisses Maß der Verausgabung von körperlicher und geistiger Arbeitskraft beziehungsweise der Aufwendung von biographischer und lebensrhythmischer Arbeitszeit hinaus lässt sich der menschliche Organismus schlechterdings nicht, will heißen, nur um den Preis seiner völligen Erschöpfung und schließlichen Unbrauchbarkeit, als Mehrwertschöpfungsinstrument in Anspruch nehmen. Und ebenso wenig lässt er sich ohne ein Minimum an materialen Lebensmitteln und sozialen Daseinsbedingungen, marktgesellschaftlich gesprochen also ohne ein Mindestmaß an für den Erwerb der Lebensmittel und die Schaffung der Daseinsbedingungen erforderlichem Arbeitslohn, für die Mehrwertschöpfung überhaupt rekrutieren, geschweige denn mobilisieren.

In dem Maße, wie der Kapitalisierungsprozess kraft der als causa sufficiens fungierenden staatlich-politischen Unterbindung beziehungsweise Unterdrückung allen sich im industriellen Arbeitskräfteheer in Form von gewerklichen Organisations- und parteilichen Koalitionsbemühungen regenden Widerstands und mittels des als causa efficiens firmierenden betrieblich-ökonomischen Kampfes ums Dasein, in den das industrielle Arbeitskräfteheer seine zum Arbeitsmarkt euphemisierte Unverbundenheit und Unorganisiertheit verstrickt - in dem Maße also, wie dank jener politisch zureichenden Bedingung und dieser ökonomisch wirkenden Ursache der Kapitalisierungsprozess die Entwicklung kontinuierlich vorantreibt und an die besagten Grenzen energetischer Erschöpfung und subsistenzieller Auszehrung stoßen lässt, gerät die bis dahin vorzugsweise praktizierte Strategie einer Mehrwertvermehrung durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ins Stocken. Auf dem in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts erreichten Höhepunkt der Entwicklung lässt sich aus der Arbeiterschaft der industriekapitalistisch fortgeschrittensten europäischen Staaten eine Mehrwertvermehrung mittels verstärkter Arbeitsanstrengungen, verlängerter Arbeitszeiten und gekürzter Löhne nurmehr um den Preis einer akuten Bedrohung und prospektiven Vernichtung der realen Lebensgrundlagen und sozialen Existenzbedingungen der Betroffenen erzielen, weshalb sich diese aus nackter Not

und schierer Verzweiflung zu maschinenstürmerischen Aufständen und anarchistischen Widerstandshandlungen getrieben finden, die, so politisch ohnmächtig und strategisch ziellos sie sein mögen, doch jedenfalls anzeigen, dass die Mehrwertvermehrung mittels Ausbeutung gesellschaftlicher Arbeitskraft die Gefahr eines Totalverlusts des ausgebeuteten Objekts, sprich, eines Verlusts gesellschaftlicher Arbeitskraft nicht mehr nur auf individueller Ebene und partiell, sondern mehr noch in kollektiven Dimensionen und generationell, heraufbeschwört und mithin nicht länger praktikabel ist.

In dem Maße aber, wie die Strategie der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft als Mehrwertschöpfungsmethode an naturgegebene Grenzen stößt und stagniert, gewinnt die von ihr bis dahin in den Hintergrund gedrängte alternative Strategie einer Steigerung der Produktivkraft wieder an Präsenz und Aktualität. Damit, dass sich die Ausbeutung der Arbeitskraft nicht länger ins Extrem ausufernder Produktionsanstrengungen und verschwindender Löhne treiben und sich der Akkumulationsprozess auf diese Weise nicht länger forcieren lässt, ist erstere ja nicht als Mehrwertschöpfungsmethode überhaupt außer Kraft gesetzt und sorgt durch das, wenn auch vielleicht nicht mehr zu steigernde, so allemal doch hohe Niveau der durch sie ermöglichten Mehrwertrate und durch das, wenn auch vielleicht nicht mehr zu beschleunigende, so allemal doch rasche Tempo des dieser Mehrwertrate entsprechenden Akkumulationsprozesses auch weiterhin für eine industrielle Güter- und Dienstleistungsproduktion, die den Markt zu überfüllen und zu überfordern, sprich, sich im Sinne grassierender Absatzkrisen alias Wertrealisierungsprobleme auszuwirken und damit die für die wie auch immer notbehelfliche Bewältigung solcher Probleme und die wie auch immer unvollkommene Lösung solcher Krisen altbewährte Strategie einer Mehrwertschöpfung mittels Steigerung der Produktivkraft ins Spiel zu bringen tendiert. Diese Strategie nämlich ermöglicht, wie oben konstatiert, demjenigen, der sie anwendet, auf der Basis des durch die Steigerung der Produktivkraft - vorübergehend zumindest - vermehrten Werts einen als Preiskampf ausgetragenen Verdrängungswettbewerb auf dem Markt, durch den er hoffen kann, seine kommerziellen Konkurrenten auszustechen und gar aus dem Rennen zu werfen und so trotz Überfüllung des Marktes nicht nur seinen gegenwärtigen Produkten den Absatz zu sichern, sondern mehr noch Raum für den Absatz der Erzeugnisse seiner künftigen, womöglich um Kapazitäten der

Konkurrenten, die er vom Markt verdrängt und in den Bankrott getrieben hat, erweiterten Produktion zu sichern.

Auch wenn die Strategie, aufs Ganze gesehen, als Methode zur Beseitigung der Überfüllung und Verstopfung des Marktes und zur Lösung der daraus resultierenden Wertrealisierungsprobleme und Absatzkrisen ganz und gar nicht taugt, weil sie letztlich immer zu einer Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Produktionsleistung und entsprechend Vermehrung der auf dem Markt angebotenen Waren in Gütergestalt und Dienstleistungsform und mithin zu einer Verstärkung der dem Überangebot der letzteren geschuldeten Absatzprobleme führt, bleibt sie doch für den einzelnen Unternehmer und Anbieter, der ja im kommerziellen Konkurrenzkampf mit seinesgleichen steht und sich gegen seine Konkurrenten auf dem Markt behaupten beziehungsweise auf ihre Kosten geschäftlich überleben möchte und der in actu seines kommerziellen Überlebenskampfes für eine Rücksichtnahme auf die gesamtgesellschaftlich verderblichen Folgen seiner Vorgehensweise weder Zeit noch Verständnis aufbringt, eine unwiderstehliche Option, die er quasi im Automatismus wahrnimmt und mit der er und seine Konkurrenten, die ja um ihres eigenen geschäftlichen Überlebens willen gezwungen sind, seinem Beispiel zu folgen und sich ebenfalls mittels Steigerung der Produktivkraft ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten beziehungsweise zu sichern, dem fatalen Grundprinzip aller Konkurrenz Tribut zollen und nämlich im Bemühen, sich im System zu behaupten und mit ihm Schritt zu halten, das System selbst in den Konkurs treiben und zugrunde richten.

Was aber der Strategie einer Mehrwertvermehrung durch Steigerung der sächlichen Produktivkraft über die zwangsläufige Bedeutung hinaus, die sie als Methode zur wie immer kurzsichtigen und letztlich kontraproduktiven Bewältigung der einer nach wie vor hohen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft geschuldeten Wertrealisierungsprobleme behält, neues Ansehen und originären Reiz verleiht, ist dies, dass sie sich dem an die Mehrwertvermehrung mittels forcierter Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft seit langem gewöhnten und durch die unüberschreitbaren realen und sozialen Grenzen, an die letztere mittlerweile stößt, entsprechend frustrierten Unternehmer als veritable Alternative zu beziehungsweise ernstzunehmender Ersatz für das ins Stocken geratene und in der Tat ans Ende der Fahnenstange seiner Praktikabilität gelangte

Ausbeutungsverfahren suggeriert. Schließlich ist ja kurzfristig der mittels Steigerung der Produktivkraft erzielte Zuwachs an Mehrwert eine gleichermaßen durch den Vorteil, den sie dem betreffenden Unternehmer verschafft, und durch die erhöhte Akkumulationsrate, die sie ihm ermöglicht, ausgewiesene Tatsache, und sowenig er, der im kommerziellen Konkurrenzkampf begriffene Unternehmer, Muße und Motiv hat, sich über die negativen Konsequenzen beziehungsweise kontraproduktiven Rückwirkungen Gedanken zu machen, die, generell und aufs Ganze gesehen, sein wie immer auch individuell oder punktuell erfolgreiches Verfahren zeitigt, sowenig muss er in Betracht ziehen oder gar zur Kenntnis nehmen, dass jener Mehrwertzuwachs, den das Verfahren erzielt, nur vorübergehend den Tatbestand einer Tatsache zu erfüllen vermag und sich mittelfristig oder gar auf lange Sicht wieder verflüchtigen muss, weil er sich einer der Ungleichzeitigkeit der Produktionsbedingungen geschuldeten optischen Täuschung oder perspektivischen Illusion verdankt, die als solche zu entlarven und aus der Welt zu schaffen, der auf dem Markt herrschende und mit Macht auf eine Egalisierung der Bedingungen dringende Konkurrenzkampf gar nicht verfehlen kann.

Gewöhnt an das ebenso dauerhafte wie wirkliche Wachstum der Mehrwert- alias Akkumulationsrate, das die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht, und bemüht, jenes Wachstum unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, ist angesichts des Stockens und Versagens der Strategie einer Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft der Unternehmer nur zu bereit, auf die zu ihr alternative Strategie einer Steigerung technischer Produktivkraft zurückzugreifen und dabei um des kurzfristigen Gewinns willen, den dies hinsichtlich Aufrechterhaltung der gewohnten Wachstumsrate verspricht, die Augen davor zu verschließen, dass sich der Gewinn mittel- oder langfristig in Nichts auflöst und tatsächlich ein Strohfeuer ist, das rasch wieder erlischt und das sich zwar durch weitere Produktivitätssteigerungen immer wieder entfachen lässt, ohne doch aber jemals die nötige Energie für ein ebenso dauerhaftes wie wirkliches Wachstum der Mehrwertrate aufbringen und ohne sich mithin dem Schicksal eines letztlich unvermeidbaren Rückfalls auf das gehabte, vor der Steigerung der Produktivkraft bestehende Mehrwertratenniveau entziehen zu können.

Davor, dass er mit dem Rückgriff auf die Methode einer Mehrwertvermehrung mittels Produktivkraftsteigerung als Ersatz für das an die Grenzen seiner Wirksamkeit gestoßene Verfahren einer Mehrwertvermehrung

durch die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft der wegen des Versagen des letzteren eingetretenen Stagnation in Sachen Akkumulationsrate letztlich gar nicht abzuhelfen, sondern bloß dem Akkumulationsprozess einen vorübergehenden Anschein von Rückkehr zur ausbeuterischen Normalität zu verleihen, ein täuschendes Mäntelchen wiederhergestellter Mehrwertschöpfungsdynamik umzuhängen vermag, verschließt also der Unternehmer in bornierter Fixierung auf den flüchtigen Erfolg, den das Verfahren ihm beschert, die Augen. Was ihn in seiner Myopie und Borniertheit dabei noch bestärkt, indem es diese zu einer eigenen Art von Scharfsicht, wo nicht gar Scharfsinn zu verklären tendiert, ist der Umstand, dass nicht zwar per directum, also via Vermehrung des geschöpften Werts, wohl aber modo obliquo, auf dem Umweg über die Vermehrung der in Gestalt von Gütern und in Form von Dienstleistungen erzeugten Wertverkörperungen, in denen sie resultiert, die Steigerung technischer Produktivkraft sich tatsächlich als Methode zur Mehrwertvermehrung anbietet, mithin sich als wirklicher Ersatz für die nicht mehr ausbaufähige Strategie der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zu bewähren verspricht.

Folge nämlich der Vermehrung der Güter- und Dienstleistungsmenge, die die Steigerung technischer Produktivkraft, ungeachtet dessen, dass sie letztlich zu keiner erhöhten Wertsumme führt, allemal doch bringt und zuverlässig erzielt, ist ein Sinken des Werts des einzelnen Guts beziehungsweise der jeweiligen Dienstleistung. Weil die gleiche Wertsumme jetzt in einer größeren Güter- oder Dienstleistungsmenge verkörpert ist, entfällt auf das einzelne Gut beziehungsweise die jeweilige Dienstleistung ein geringerer Anteil der Wertsumme, was so viel heißt wie, dass sich das einzelne Gut beziehungsweise die jeweilige Dienstleistung verbilligt, für weniger allgemeines Äquivalent als zuvor auf dem Markt zu erstehen ist. Durch die Vergrößerung der produzierten Güter- und Dienstleistungsmenge, die sie bei gleich bleibender Wertschöpfung allemal erzielt, führt so die Steigerung der technischen Produktivkraft zu einem Sinken der Lebenshaltungskosten, das unter entsprechenden gesellschaftlichen Bedingungen, unter Bedingungen mit anderen Worten einer politisch durchgesetzten Desorganisation und Atomisierung der Arbeiterschaft und eines starken ökonomischen Konkurrenzdrucks auf dem Arbeitsmarkt, der Unternehmer für Lohnkürzungen nutzen kann. Indem er den für die Wertschöpfung gezahlten Arbeitslohn reduziert

und den in der Konsequenz der Produktivkraftsteigerung gesunkenen Lebenshaltungskosten anpasst, erzielt er unbeschadet dessen, dass es die unverändert gleiche Wertsumme ist, die hier geschöpft wird, tatsächlich eine Verringerung des auf die Lohnarbeit entfallenden Anteils an ihr und eine entsprechende Vermehrung des als Mehrwert ihm zufallenden, in seiner Hand verbleibenden Anteils.

Voraussetzung für diesen sekundären Modus der Mehrwertvermehrung sind daher gesellschaftliche Bedingungen, die dem Unternehmer ein mehr oder weniger effektives Lohndiktat erlauben, die ihm mit anderen Worten gestatten, seine Arbeiterschaft zum Verzicht auf die subsistenziellen Vorteile, die ihr aus der Produktivkraftsteigerung erwachsen, zu zwingen, will heißen, ihr Lohnkürzungen abzunötigen, die sie auf dem Lebensstandard arretieren, den ihnen vor der produktivitätsbedingten Verbilligung ihrer Subsistenzmittel ihr ungekürzter Arbeitslohn ermöglichte. Das aber sind die haargenau gleichen gesellschaftlichen Bedingungen, mit denen in den ersten beiden Jahrhunderten der kapitalistischen Entwicklung auch die bis dahin wegen ihrer Wirksamkeit und Haltbarkeit bevorzugte Strategie der Mehrwertvermehrung, die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, steht und fällt. Auch diese Strategie ist ja abhängig davon, dass ausreichend politischer Zwang von staatlicher Seite ausgeübt und hinlänglich ökonomischer Druck von Kapitals wegen entfaltet werden kann, um die als manufakturelle beziehungsweise industrielle Arbeitskräfte rekrutierten ehemals handwerklichen Produzenten teils daran zu hindern, sich zwecks Wahrung gewerklicher Interessen und lohntariflicher Ansprüche zu verbünden und zu organisieren, teils die desorganisierten und atomisierten Opfer staatlicher Zwangsausübung einem erbitterten Überlebenskampf mit ihresgleichen auf einem als sozialdarwinistischer Auslesemechanismus funktionierenden Arbeitsmarkt zu überantworten, und insofern entspringen beide, die direkte Strategie einer Mehrwertvermehrung mittels lohntariflicher Ausbeutung der Arbeitskraft und die sekundäre Methode einer Mehrwertvermehrung mittels lohntariflicher Ausnutzung der durch Steigerung der Produktivkraft bewirkten Senkung der Lebenshaltungskosten den gleichen, für den Aufstieg des Kapitalismus grundlegenden gesellschaftlichen Bedingungen.

Und tatsächlich sind beide auf der Grundlage jener gesellschaftlichen Bedingungen praktizierten Verfahrensweisen, die primäre Strategie einer

Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft mittels Annäherung der Löhne ans Existenzminimum und die sekundäre Strategie einer Ausnutzung des der Steigerung der Produktivkraft geschuldeten Wertverlusts der Produkte im Sinne einer Anpassung der Löhne an die gesunkenen Lebenshaltungskosten, von Anfang der kapitalistischen Entwicklung an vom Kapital implementierte Methoden der Mehrwertvermehrung oder ist, besser gesagt, die letztere von Anfang an ein ebenso integrierender wie flankierender Bestandteil der ersteren. Schließlich behält ja die Steigerung sächlicher Produktivkraft, auch wenn sie durch die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, die sich als entschieden effektivere und haltbarere Mehrwertvermehrungsmethode empfiehlt, in den Hintergrund gedrängt wird, durchaus ihre Bedeutung und Funktion und wird nämlich, wie gezeigt, jedes Mal gebraucht, um die ausbeutungsbedingte Überfüllung des Marktes mit Gütern und Dienstleistungen durch einen preiskämpferischen kommerziellen Verdrängungswettbewerb ebenso individuell und situativ zu bewältigen und aus der Welt zu schaffen wie generell und aufs Ganze gesehen in verschärfter Form wiederkehren zu lassen.

Und sooft die Steigerung der Produktivkraft als Mittel für den Konkurrenzkampf auf einem überfüllten Markt bemüht wird, resultiert sie in besagter, dem Wertverlust, den sie dem einzelnen Gut und der jeweiligen Dienstleistung beschert, geschuldeter Senkung der Lebenshaltungskosten, die wiederum den durch den Imperativ des Akkumulationsprinzips zur Wahrnehmung jeder sich bietenden Mehrwertvermehrungschance angehaltenen Unternehmer antreibt, sie - die qua politischer Zwang und ökonomischer Druck erforderlichen gesellschaftlichen Bedingungen vorausgesetzt! - für Lohnkürzungen zu nutzen, die darauf abzielen, den Lohnarbeitenden auf seinem gewohnten Lebenshaltungsniveau zu arretieren und das Mehr an Wert, das die produktivkraftbedingte Senkung der Lebenshaltungskosten seinem Lohn vindiziert, dem Kapital zuzueignen. So gewiss die Steigerung der Produktivkraft wegen der Absatzprobleme, zu denen die Ausbeutung der Arbeitskraft führt, eine ständige Begleit- beziehungsweise Folgeerscheinung der letzteren ist, so gewiss bietet sie wegen der Senkung der Lebenshaltungskosten, in der sie resultiert, dem Unternehmer auch immer wieder Gelegenheit, die primäre, in einer Senkung des Lebenshaltungsniveaus der Arbeiter mittels Kürzung ihrer Löhne bestehende Mehrwertvermehrungsstrategie durch die sekundäre, auf Kürzungen der Arbeitslöhne mit dem Ziel

ihrer Anpassung an die gesunkenen Lebenshaltungskosten gerichtete Mehrwertvermehrungsmethode zu ergänzen und auf die Spitze zu treiben.

Als ein Verfahren, das die auf Senkung des Lebenshaltungsniveaus der Produzenten zielende Lohndrückerei durch ein Lohndumping flankiert beziehungsweise komplementiert, das der sekundären Anpassung des Lebenshaltungsniveaus der Produzenten an die produktivkraftbedingt gesunkenen Lebenshaltungskosten dient, trägt jene sekundäre Mehrwertvermehrungsmethode wesentlich dazu bei, dass die auf der doppelten Basis politischen Zwangs und ökonomischen Drucks verfolgte Strategie der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft so effektiv funktioniert, wie sie das tut, und die Ausbeutung binnen zweier Jahrhunderte ins nicht weniger energetisch-existenzielle als alimentarisch-subsistenzielle Extrem treibt, sprich, an die Grenzen einer die ausgebeutete Arbeitskraft dem Tod und Verderben preisgebenden energetischen Erschöpfung und subsistenziellen Auszehrung stoßen lässt.

Solange die mittels Lohndrückerei beziehungsweise unentgeltlicher Vergrößerung des Arbeitspensums oder Verlängerung der Arbeitszeit effektuierte primäre Ausbeutung der Arbeitskraft wegen der als Überfüllung des Marktes erscheinenden kommerziellen Probleme, die sie nach sich zieht, den einzelnen Unternehmer veranlasst, zur wie immer vorübergehenden und, aufs Ganze gesehen, regelrecht kontraproduktiven Bewältigung seiner Absatzprobleme durch Verbesserung seiner Konkurrenzfähigkeit Rekurs auf die Methode einer Steigerung der sächlichen Produktivkraft zu nehmen, wirkt diese ja wegen der Senkung der Lebenshaltungskosten und der dementsprechenden Erhöhung der Kaufkraft der Arbeitslöhne, worin sie resultiert, als Antidot zur primären, mittels Lohndrückerei und Steigerung des Arbeitspensums praktizierten Ausbeutung der Arbeitskraft, wirkt sie sich mit anderen Worten im Sinne einer relativen Abmilderung beziehungsweise partiellen Neutralisierung des kapitalistischen Expropriationsprozesses aus. Sofern die Arbeitslöhne trotz produktivkraftbedingt gesunkenen Produktwerts auf dem gleichen Niveau verharren wie vor der Steigerung der Produktivkraft, eröffnen sie den Produzenten Zugang zu einem relativ größeren Teil des durch die Produktivkraftsteigerung vermehrten Produkts und erleichtern ihnen so trotz unveränderter Proportion zwischen dem ihnen für ihre Subsistenz überlassenen und dem vom Unternehmer als Mehrwert angeeigneten Teil

des geschöpften Werts ihr subsistenzielles Auskommen und existenzielles Befinden.

Nicht nur, was das Tempo der Akkumulationsrate betrifft, sondern eben auch und vor allem, was die Effektivität und Nachdrücklichkeit der primären Ausbeutung der Arbeitskraft angeht, hat also die Steigerung der technischen Produktivkraft, wenn sie das Lohnniveau unberührt lässt, eine definitive Entdynamisierung beziehungsweise Entdramatisierung des die Lohnarbeiterschaft heimsuchenden Expropriationsprozesses zur Folge. Insofern ist die sekundäre Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in Form einer Anpassung der Löhne an die infolge der Produktivkraftsteigerung gesunkenen Lebenshaltungskosten wesentlich für die Dynamik und Dramatik, die der die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise zum unangefochtenen gesellschaftlichen Reproduktionsmodus ermöglichende Expropriationsprozess tatsächlich beweist und die ihn binnen zweier Jahrhunderte die menschliche Arbeitskraft im Sinne ihrer gleichermaßen energetischen Erschöpfung und subsistenziellen Auszehrung überfordern und damit jene primäre Strategie der Mehrwertvermehrung durch eine in der Vergrößerung des Arbeitspensums beziehungsweise Verlängerung der Arbeitszeit bestehende Ausbeutung der Arbeitskraft an die Grenzen ihrer Praktikabilität stoßen lassen.

Und da nun wegen der Unmöglichkeit, die den industriellen Lohnarbeiter an den Rand des physischen Zusammenbruchs und der praktischen Auslöschung treibende primäre Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft als maßgebende Mehrwertvermehrungsstrategie noch länger beizubehalten, der Unternehmer auf die alternative Mehrwertvermehrungsstrategie, die Steigerung der technischen Produktivkraft, rekurriert und ihr eine über die Rolle als Mittel des Konkurrenzkampfs um den Markt, auf die sie bis dahin beschränkt ist, hinausgehende offensive Bedeutung beimisst, sie gewissermaßen als Ersatz für die nicht mehr praktikable primäre Ausbeutungsstrategie in Anspruch nimmt, impliziert dies nicht etwa das Ende auch jener sekundären, das produktivkraftbedingte Sinken der Lebenshaltungskosten nutzenden Ausbeutungsstrategie, sondern verleiht letzterer im Gegenteil neues Gewicht, wertet sie im Sinne eines den Ersatz als solchen reaffirmierenden und bekräftigenden Wirkfaktors auf. Schließlich ist die als Ersatz für die nicht länger praktikable primäre Mehrwertvermehrungsstrategie einer Ausbeutung

menschlicher Arbeitskraft bemühte und eingesetzte Steigerung technischer Produktivkraft in eben der Hinsicht, in der sie Ersatz leisten soll, nämlich in puncto Mehrwertvermehrung, ein, wie gezeigt, höchst zweifelhaftes und in der Tat höchst ineffektives Unterfangen, weil sie, so sehr sie vorübergehend und für den einzelnen Unternehmer, der sie einführt, einen dessen Konkurrenzfähigkeit verbessernden Gewinn an Mehrwert bringen mag, doch aber langfristig und aufs Ganze gesehen nur in einer Vergrößerung des Mehrprodukts, nicht aber in einer Erhöhung des durch das Mehrprodukt verkörperten Mehrwerts resultiert.

Vor diesem konstitutionellen Defekt der als Hauptmehrwertvermehrungsmethode retablierten Steigerung technischer Produktivkraft verschließt die durch den Ausfall der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft als primärer Mehrwertvermehrungsstrategie frustrierte und zwecks Beibehaltung der Strategie verzweifelt um einen Ersatz bemühte Unternehmerschaft zwar Augen und Ohren, aber so blind und taub sie auch sein beziehungsweise sich stellen mag, das frustrierende Phänomen einer Mehrwertvermehrung, bei der sich das Mehr an Mehrwert im Zuge der Marktentwicklung regelmäßig als Schein entlarvt und vertut, würde ihr doch irgendwann wohl den Star stechen, sprich, die Augen für das Vergebliche ihres Tuns öffnen, bliebe da nicht die als sekundäre Ausbeutung der Arbeitskraft beschriebene Option einer Anpassung des Lohnniveaus an die produktivkraftbedingt gesunkenen Lebenshaltungskosten, die der Produktivkraftsteigerung das Mehr an Mehrwert, das diese als solche nicht erbringt, durch eine Verschiebung der Proportion zwischen Lohn und Mehrwert auf Kosten des ersteren und zugunsten des letzteren abringt. Obwohl es dem Unternehmer durch die Steigerung technischer Produktivkraft auf Dauer und aufs Ganze gesehen nicht gelingt, mehr Wert zu schöpfen und so bei gleich bleibendem Arbeitslohn den Mehrwert zu vergrößern, bietet sich ihm immerhin noch die als sekundäre Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft charakterisierte Möglichkeit, das produktivkraftbedingt vermehrte Produkt zu einer Umverteilung des gleich gebliebenen Produktswerts zu nutzen und nämlich in Anpassung der Löhne an eine dank Produktivkraftsteigerung verbilligte Lebenshaltung den Mehrwert zu Lohnes Lasten zu vermehren. Was Wunder, dass angesichts des Moments von effektiver Mehrwertvermehrung, das die als sekundäre Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beschriebene Strategie eines lebenshaltungsbezogenen Lohndumpings

der Steigerung technischer Produktivkraft vindiziert, die Unternehmerschaft sich in ihrer Überzeugung, mit letzterer einen probaten Ersatz für die als Mehrwertvermehrungsstrategie nicht mehr praktikable primäre Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft an der Hand zu haben, bestärkt und sich bewogen findet, an diesem - egal, ob bloß vermeintlichen oder ob partiell tatsächlichen - Ersatz, den ihr Wunschdenken, ihr Verlangen nach Aufrechterhaltung der gewohnten Akkumulationsrate, ihr ohnehin aufdrängt, festzuhalten und nach Kräften Gebrauch von ihm zu machen.

Es gibt aber noch einen weiteren, nicht in der Motivlage der Unternehmerschaft, sondern in der industriekapitalistischen Marktlage gelegenen und also nicht dem industriellen Akkumulationsstreben entsprechenden, sondern dem kommerziellen Konkurrenzkampf entspringenden Grund, nicht nur weiterhin, sondern sogar in verstärktem Maße auf die Steigerung technischer Produktivkraft zu setzen und in ihr eine wirksame Strategie, wenn nicht der Mehrwertvermehrung in specie, so jedenfalls doch der Kapitalakkumulation in genere zu gewahren. Dieser Grund ist die Ausweitung und Verschärfung, die seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts der kommerzielle Wettbewerb dadurch erfährt, dass zusätzlich zu den beiden führenden westeuropäischen neue Volkswirtschaften im restlichen Europa und auf dem nordamerikanischen Kontinent auf den sich entsprechend internationalisierenden Markt drängen und dort Fuß zu fassen suchen. Diese neuen Volkswirtschaften greifen auf die Strategie einer Steigerung der Produktivkraft in der oben geschilderten ursprünglichen Funktion und Bedeutung zurück, der Funktion, die ihr zu Anfang der Karriere der kapitalistischen Produktionsweise zukommt, nämlich nicht, um mittels ihrer eine Verwohlfeilerung des Produkts zu erreichen, die dessen Vertreiber erlaubt, in einem als Preiskampf geführten Konkurrenzkampf um einen überfüllten Markt seine kommerzielle Position zu behaupten oder gar auszubauen, sondern um auf diesem Wege überhaupt erst eine kommerzielle Position zu erringen, sich auf dem von anderen Anbietern beherrschten und aufgeteilten Markt als durchsetzungskräftiger und entsprechend ernstzunehmender Konkurrent überhaupt erst zu etablieren.

Wie zu Anfang der kapitalistischen Entwicklung, bei der Unterminierung und Infiltrierung des traditionellen, handwerklich-kleinbetrieblichen Produktionszusammenhanges durch die neue, auf manufaktureller beziehungsweise industrieller Lohnarbeit basierende Produktionsweise,

dient also hier die Strategie technischer Produktivkraftsteigerung nicht primär als eine Methode, sich auf einem überfüllten Markt Geltung oder gar Entfaltungsraum zu verschaffen, sondern zuerst und vor allem als ein Mittel, überhaupt Zugang zum Markt zu gewinnen und sich dort als kommerzieller Akteur in Stellung zu bringen. Diese andere, nicht sowohl taktisch-defensive, auf die Verteidigung eines vorhandenen Marktanteils, gerichtete als vielmehr strategisch-offensive, auf die Eroberung einer noch nicht vorhandenen Marktstellung zielende Funktion, die hier mit der Strategie einer Steigerung technischer Produktivkraft verfolgt wird, ändert freilich nichts daran, dass der Markt, auf den letztere trifft und hinsichtlich dessen sie zur Anwendung kommt, ein bereits durch die etablierten industriekapitalistischen Anbieter okkupiertes und mit deren Produkten aktuell besetztes beziehungsweise tendenziell überfülltes Terrain ist, auf dem sie, die strategisch-offensiv eingesetzte Steigerung technischer Produktivkraft sich haargenau so auswirkt, wie sie das auch in ihrer anderen Funktion, als taktisch-defensives, für den marktimmanenten Konkurrenzkampf verwendetes Instrument tut - auf dem sie mit anderen Worten zwar für sich genommen und kurzfristig betrachtet dem, der sie einsetzt, einen Vorteil verschaffen und zum Erfolg verhelfen mag, längerfristig und aufs Ganze gesehen indes nur der Überfüllung des Marktes Vorschub zu leisten und damit das Dilemma, für das sie wenn auch hier nicht in taktisch-defensiver, sondern in strategisch-offensiver Absicht Abhilfe schaffen soll, zu verschärfen taugt.

Diese Verschärfung aber erweist sich als Tüpfelchen auf dem i des Gebrauchs, den die auf dem Markt bereits etablierten industriekapitalistischen Warenanbieter von der Strategie einer Steigerung der technischen Produktivkraft machen, oder vielmehr des Missbrauchs, den sie mit ihr treiben, indem sie sie angesichts des Versagens und Ausfalls der bis dahin als via regia der Mehrwertvermehrung angewandten und aber an die Grenzen ihrer Praktikabilität gelangten Strategie einer Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft als Ersatz für letztere einsetzen und sie also über ihre gewohnte Funktion als taktisch-defensives Instrument, sich auf einem überfüllten Markt zu behaupten, hinaus mit der Aufgabe betrauen, für eine Aufrechterhaltung der gewohnten Steigerungsraten bei der Mehrwertvermehrung und der daraus sich speisenden Akkumulationsdynamik zu sorgen.

Schon die der Steigerung der Produktivkraft von denen, die auf dem Markt konkurrieren, aufgehalste Ersatzfunktion zeitigt ja, mittel- oder langfristig und aufs Ganze gesehen, nicht etwa den gewünschten Effekt einer bleibenden Mehrwertvermehrung und einer ihre Wachstumsdynamik behaltenden Akkumulationsrate, sondern hat, während die Mehrwertschöpfung stagniert und die Akkumulationsrate bestenfalls nicht sinkt, einzig und allein eine Zunahme und Amassierung des den unverändert gleichen Mehrwert verkörpernden Mehrprodukts zur Folge, mit dem geschilderten Resultat einer entsprechend wachsenden Überfüllung des Marktes und seiner demgemäß zunehmenden Überforderung bei der ihm zugewiesenen Aufgabe, das Mehrprodukt abzusetzen, will heißen, den in ihm verkörperten Wert als solchen zu realisieren, ihn durch die Überführung in allgemeines Äquivalent für neue Mehrwertschöpfungsprozesse verfügbar zu machen.

Und dieser zunehmenden Überforderung des Marktes durch das resultative Produkt einer als Ersatz für die nicht mehr praktikable Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft missbrauchten Steigerung technischer Produktivkraft setzt nun, wie gesagt, die von den volkswirtschaftlichen Neuankömmlingen als ein Mittel, sich Zugang zum Markt zu schaffen und dort Fuß zu fassen, ebenfalls verwendete Strategie technischer Produktivkraftsteigerung die Krone auf, indem sie das bereits durch ihren ersatzfunktionellen Gebrauch erzielte Resultat, die zunehmende Überfüllung des Marktes mit Wertverkörperungen, Gütern, die zwar letztlich den unverändert gleichen Wert verkörpern, diesen Wert aber in einem nach Sortiment und Volumen immer größeren Corpus, einer immer vielfältigeren und zahlreicheren Gütermasse zur Erscheinung kommen lassen - indem sie also dieses Resultat durch ihren Einsatz als strategisch-offensives Marktöffnungsinstrument so sehr verstärkt und vorantreibt, dass eine Lösung der dadurch hervorgerufenen Absatz- alias Wertrealisierungsprobleme auf die bis dahin übliche Weise beziehungsweise in den bis dahin gewohnten Bahnen ein Ding der Unmöglichkeit wird und der Problemlöser vom Dienst, der die bürgerliche Gesellschaft verwaltende Staat, sich gezwungen sieht, bei der Problemlösung ganz neue und den Lösungen, die er bis dahin nach Maßgabe der vom Kapital verfolgten kommerziellen Distributionsstrategie und im Einklang mit ihr gefunden hat, regelrecht zuwider laufende, weil jener Distributionsstrategie geradezu ins Gesicht schlagende Rezepte in Anwendung zu bringen.

Weil die Wertrealisierungsprobleme, die die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im Verein mit der Steigerung sächlicher Produktivkraft heraufbeschwört, mit den traditionellen Mitteln staatlichen Sukkurses und Flankenschutzes nicht mehr zu bewältigen sind, sieht sich seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts der Staat zu umverteilungspolitischen Maßnahmen genötigt. Gegen die dadurch drohenden Einbußen an Mehrwert reagiert das Kapital mit verstärkten Bemühungen um eine Steigerung der Produktivkraft, die damit paradoxerweise das zu bekämpfen dient, was sie zuvor heraufbeschworen hat. Als Reaktion auf die staatliche Umverteilungspolitik ändert die vom Kapital zur Erhaltung der Mehrwertrate forcierte Produktivkraftsteigerung allerdings ihre Zielsetzung: Sie zielt jetzt nicht mehr auf die Erhöhung der Produktionsleistung zwecks Erfolgs im marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf, sondern auf eine Senkung der Arbeitskosten zwecks Triumphs im klassengesellschaftlichen Verteilungskampf.

Als Problemlöser für die durch die manufakturelle beziehungsweise industrielle Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft chronisch heraufbeschworenen kommerziellen Absatzprobleme des kapitalistischen Produktionssystems findet sich der Staat ja schon früh, nämlich bereits in seiner absolutistischen Ära, in die Pflicht genommen, und seither hat er auch, wie in den vorangegangenen beiden Bänden gezeigt, diese ihm zufallende Problemlösungsaufgabe, wenngleich mehr schlecht als recht und nie für lange Zeit, zu erfüllen vermocht. Mit Mitteln kolonialistischer, merkantilistischer, etatistischer oder schließlich imperialistischer Politik hat es der Staat in seinen diversen Gestalten als absolutistisch-bürokratische Herrschaft, republikanisch-parlamentarische Institution, konstitutionalistisch-monarchisches Regime oder populistisch-militärische Macht immer wieder geschafft, der durch die Dynamik und Produktivität des industriekapitalistischen Systems überforderten kommerziellen Funktion neue Absatzmärkte zu erschließen und neue Kaufkraft beziehungsweise neue Käuferschichten und Konsumentenkreise für sie zu mobilisieren beziehungsweise zu rekrutieren und sie so, vorläufig jedenfalls, vor dem Schicksal einer auf das Produktionssystem mit der Konsequenz seiner Entmotivierung und Dysfunktionalisierung zurückschlagenden Überfüllung und Verstopfung des Marktes zu bewahren.

Nun aber, da nach dem Versagen und Ausfall der in der Formationsphase des kapitalistischen Produktionssystems als via regia der Mehrwertvermehrung praktizierten Strategie einer Ausbeutung menschlicher

Arbeitskraft die bis dahin auf die sekundär-kommerzielle Rolle taktisch-defensiver Interventionen beschränkte andere Methode der Mehrwertvermehrung, die Steigerung sächlicher Produktivkraft, eine ihr zum Rang eines primär-industriellen Anliegens verhelfende Renaissance erlebt und teils als kompensatorisch-substitutiver, den alten Industrienationen Ersatz für die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zu bieten gedachter Verfahrensmodus, teils als strategisch-offensive, den neuen Industrienationen Zugang zum Markt zu erschließen bestimmte Vorgehensweise zur Anwendung kommt - nun also, da die Steigerung sächlicher Produktivkraft sich gleich in doppelter Funktion rehabilitiert und aktiviert zeigt und dieser ihr massiver Einsatz, dem beschriebenen Mangel, den sie als Mehrwertvermehrungsstrategie aufweist, gemäß, zwar letztlich nicht zu einer Zunahme des in Gütern und Dienstleistungen verkörperten Werts, wohl aber zu einer Vermehrung der den gleichen Wert wie vorher verkörpernden Güter und Dienstleistungen führt - nun also findet sich der Staat angesichts der ihrem massiven Einsatz entsprechend massiven Überfüllung, um nicht zu sagen, Überschwemmung des Marktes mit neuen Gütern und weiteren Dienstleistungen in seiner traditionellen, im Rahmen der kapitalen Distributionsstrategie sich haltenden Problemlösungskapazität definitiv überfordert und weiß sich keinen anderen Rat mehr, als vom Tugendpfad der kapitalen Distributionsstrategie abzuweichen, um durch eine als Umverteilungspolitik beschreibbare Revision der letzteren dem Markt zu ermöglichen, der auf ihm feilgebotenen Gütermasse und Leistungsfülle Herr zu werden, sprich, ihm die für den Absatz des Angebots, mit dem das Produktionssystem ihn produktivkraftbedingt überschwemmt, erforderliche zusätzliche Nachfrage zu verschaffen.

Statt die Distributionsstrategie des Kapitals, die auf weitestmögliche Expropriation der Produzenten und auf die Realisierung des kraft solcher Expropriation erzielten größtmöglichen Mehrwerts ausschließlich durch Konsumenten von außerhalb des Produktionssystems setzt, unangefochten gelten und ungehindert gewähren zu lassen und seine Problemlösungsbemühungen auf die Rekrutierung von Konsumenten beziehungsweise die Erschließung von Marktchancen im demographisch-ständischen Außerhalb des per Lohnarbeit am Produktionssystem mitwirkenden Personenkreises oder gar im geographisch-exotischen Jenseits des eigenen volkswirtschaftlichen Zusammenhanges zu konzentrieren,

entschließt sich der Staat zu dem im vorigen Band geschilderten Strategiewechsel, in dessen Konsequenz er der hemmungslosen Expropriation eben jenes Lohnarbeit verrichtenden Personenkreises entgegenzuwirken und dessen verzweifelter subsistenzieller Situation aufzuhelfen sucht. Durch direkte Zuwendungen und indirekte Begünstigungen, dadurch mit anderen Worten, dass er ihr finanzielle Unterstützung angedeihen lässt und ihr die gesetzliche Möglichkeit einräumt, mittels gewerkschaftlich organisierter Arbeitskämpfe und parteipolitischen Drucks eine Verbesserung ihrer Arbeitskonditionen und Lohntarife durchzusetzen, sucht der Staat das nach Maßgabe der kapitalen Distributionsstrategie aufs Existenzminimum herabgedrückte Lebenshaltungsniveau der lohnarbeitenden Bevölkerung zu verbessern und dieser damit eine gewisse Partizipation am bürgerlichen Konsum, eine stärkere Beteiligung an dem durch die produktivkraftbedingte Überfüllung des Marktes in die Bredouille gebrachten Wertrealisierungsgeschäft zu ermöglichen.

Nur auf diesem Wege einer der rücksichtslosen Expropriation der Lohnarbeiterschaft zuwiderlaufenden Umverteilung von Kaufkraft scheint es dem Staat noch möglich, den Absatz der überbordenden Industrieproduktion hinlänglich zu sichern, um eine im Kreislaufkollaps resultierende Verstopfung des Marktes und einen daraus folgenden Stillstand des industriellen Produktionsprozesses und Zusammenbruch des den Prozess in Gang haltenden industriekapitalistischen Systems zu verhindern. Dabei geht, wie in der Rede von einer Umverteilung ja bereits impliziert, dieser staatliche Strategiewechsel im Wesentlichen auf Kosten der Rendite, zu der dem Kapital seine Distributionsstrategie verhilft, beziehungsweise zu Lasten der Akkumulationsrate, die ihm die Rendite ermöglicht. Woher sollte der Staat die für die Hebung des Subsistenzniveaus der Lohnarbeiterschaft erforderlichen Mittel, sprich, das für die Kaufkraft des Industrieproletariats nötige allgemeine Äquivalent auch nehmen, wenn nicht von dem Mehrwert, den das Kapital in Produktgestalt und Dienstleistungsform aus der der Lohnarbeit entspringenden industriellen Wertschöpfung zieht und den es durch den kommerziellen Absatz der Produkte und Dienstleistungen als seinen Gewinn realisiert? In der sich kapitalistisch reproduzierenden bürgerlichen Gesellschaft ist es ja in der Hauptsache dieser aus der Lohnarbeit geschöpfte Mehrwert, auf den der Staat nolens volens angewiesen ist und zurückgreifen muss, um, wie sich

selber, seine Einrichtungen, Funktionen und Personalkräfte zu finanzieren beziehungsweise zu alimentieren, so auch Leistungen zu erbringen beziehungsweise Zuwendungen zu machen, die der Befriedigung infrastruktureller Bedürfnisse, der Bewältigung sozialfürsorglicher Aufgaben und der Bekämpfung innerer Gefahren und äußerer Bedrohungen dienen.

Auch für die subsistenzielle Besserstellung der bis zur Unterminierung ihres materialen Lebens und ihrer sozialen Existenz ausgebeuteten Lohnarbeiterschaft, die sich ja unschwer als Sozialfürsorgeaufgabe verstehen lässt, ist also der Staat an den durch das industriekapitalistische Produktionssystem erwirtschafteten Mehrwert verwiesen, von dem er das entwenden beziehungsweise abschöpfen muss, was er den vom Kapital um dieses Mehrwerts willen Ausgebeuteten zufließen lassen beziehungsweise zuwenden will. Nichts anderes kann Umverteilung ja bedeuten als eine Politik, die von dem als Mehrwert firmierenden Anteil, den der kapitalistische Wertschöpfungsprozess den Wertschöpfern actu ihrer Lohnarbeit entzieht, um ihn dem Kapital zuzuschlagen, diesem wiederum einen mehr oder minder großen Teil wegnimmt, um ihn den Wertschöpfern zurückzuerstatten und ihnen damit zu ermöglichen, die materiale Not zu lindern und dem sozialen Elend zu wehren, die die industriekapitalistische Ausbeutung und Expropriation über sie verhängt.

Für solche als Rückerstattung wohlverstandene Umverteilungspolitik stehen dem Staat die beiden oben genannten Verfahrensweisen offen, das direkte Verfahren staatlicher Zuwendungen, das sich aus Sicht der eben konstatierten Tatsache, dass die für die Umverteilungspolitik nötigen Mittel allemal dem kapitalen Mehrwert entstammen und dass also der Staat sie dem Kapital erst einmal auf fiskalischem Wege, durch Steuern und Abgaben, entziehen muss, um sie der Lohnarbeiterschaft zuwenden zu können, ebenso gut als indirektes Verfahren charakterisieren lässt, und die indirekte Methode tariflicher Lohnsteigerungen und arbeitsgesetzlicher Verbesserungen, die sich unter dem gleichen Gesichtspunkt, dass Bezugsquelle aller Umverteilungspolitik der kapitale Mehrwert ist, auch umgekehrt als direkte Methode bezeichnen lässt, da ja hier der Staat nur politische und juridische Schützenhilfe leistet, um der Lohnarbeiterschaft zu ermöglichen, auf dem Wege gewerkschaftlichen Kampfes und parteipolitischen Drucks, durch Arbeitskämpfe und parlamentarische Kampagnen, also in quasi eigener, wenngleich staatlich sanktionierter

Regie, kurz, direkt dem Kapital die für die Umverteilung nötigen Mittel abzuringen.

Im einen wie im anderen Fall resultiert die staatliche Umverteilungspolitik in einer Beschneidung beziehungsweise Verminderung der vom Kapital durch sein Produktionssystem erwirtschafteten Rendite und konterkariert, so gesehen, die auf eine weitestmögliche Expropriation der gesellschaftlichen Arbeitskraft und die Schöpfung eines größtmöglichen Mehrwerts gerichtete Distributionsstrategie, die das Kapital verfolgt. Daraus den Schluss zu ziehen, dass demnach der Staat, der Not der mit herkömmlichen politischen Maßnahmen nicht mehr lösbaren permanenten Absatzprobleme und Wertrealisierungskrisen gehorchend, in die das kapitalistische Produktionssystem produktivkraftbedingt den Markt verstrickt, einen echten Strategiewechsel, eine definitive Abkehr von der ihm durchs Industriekapital vorgeschriebenen Wirtschaftspolitik vollzieht, ginge allerdings gründlich fehl. Wie im vorigen Band gezeigt, ist der vermeintliche Strategiewechsel eigentlich nur ein taktisches Manöver, das darauf zielt, die kapitale Distributionsstrategie vor dem völligen Scheitern zu bewahren und sie durch eine Mäßigung der produktivkraftbedingten Dynamik des industriekapitalistischen Produktionsprozesses beziehungsweise Entschärfung der daraus resultierenden marktsystematischen Probleme am Leben beziehungsweise in Kraft zu erhalten.

Tatsächlich ist der Staat in seiner wesentlichen finanzpolitischen und machtstrategischen Abhängigkeit vom industriekapitalistischen Produktionssystem und dessen Gedeihen denkbar wenig geneigt, es sich mit letzterem zu verderben und in Widerstreit mit seinen kapitalen Ansprüchen und Maßgaben zu geraten. Wenn er, wie bei der staatlichen Umverteilungspolitik der Fall, jenen Ansprüchen zuwiderhandelt und von jenen Maßgaben abweicht, dann einzig und allein aus sozialer Vernunft, die der kapitalen Logik Grenzen setzt, ihrer blinden Konsequenzzieherei Einhalt gebietet, um das industriekapitalistische System vor seiner eigenen, selbstzerstörerischen Dynamik zu bewahren und es als solches zu erhalten. Weit entfernt von allen systemkritischen Wechselabsichten führt der Staat mit seiner sozialreformerischen Politik nichts weiter im Schilde, als dem industriekapitalistischen Produktionssystem die Wertrealisierungskrise, in die es hineinstürzt, wenn nicht überhaupt vom Halse zu schaffen, so zumindest doch fürs erste vom Leibe zu halten, damit es Zeit und Gelegenheit findet, neue Mittel und Wege zu ersinnen, um mit wie immer

abgeschwächter Dynamik und in wie immer sozialverträglicherer Form seine gewohnte Akkumulationstätigkeit und die für sie unabdingbare kommerzielle Distributionsstrategie beibehalten zu können.

Sosehr freilich die staatliche Umverteilungspolitik von der Rücksicht aufs Kapital geprägt und mit dessen prinzipieller Zielsetzung d'accord ist und so sehr sie in der Tat die staatliche Herrschaft im wohlverstandenen Interesse der Kapitalmacht einführt und betreibt, sowenig ist doch aber das mit Haut und Haar seiner kapitalen Logik verpflichtete, sprich, auf die Erwirtschaftung maximalen Mehrwerts programmierte industriekapitalistische System selbst disponiert, jenes staatliche Handeln als in seinem Interesse, weil nämlich vom Bemühen um seine Erhaltung diktierte, kurz, sozialvernünftige Aktivität zu akzeptieren oder auch nur zu tolerieren. Seiner Akkumulationslogik, dem innersten Verstand seines Daseins, folgend, setzt es vielmehr alles daran, die Beeinträchtigungen, die seine Akkumulationsstrategie durch die staatliche Umverteilungspolitik erfährt, zu kompensieren, sprich, die Verluste an Mehrwert, die es durch letztere erleidet, wettzumachen. Mit der blinden Entschlossenheit, die ihm sein auf die Erzielung eines Maximums an Mehrwert lautender kategorischer Imperativ verleiht, sucht das Industriekapital nach einem Weg, sich für die Gewinneinbußen, die Folge sei's sozialstaatlicher Besteuerungen und Abgaben, sei's gewerkschaftlicher Arbeits- und Lohnkämpfe sind, schadlos zu halten.

Und worauf seine Suche das Industriekapital nun nolens volens verfallen lässt, was sich ihm als Weg zum Ausgleich seiner umverteilungsbedingten Verluste zwangsläufig aufdrängt, was anderes könnte das sein als die wenn schon nicht altbewährte, so jedenfalls altvertraute Strategie einer Steigerung sächlich-technischer Produktivkraft. Schließlich gibt es, wie gesehen, um mehr Mehrwert zu erwirtschaften, in der Hauptsache zwei Strategien, die eine, die auf eine verstärkte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, und die andere, die auf eine Steigerung sächlicher Produktivkraft setzt; und angesichts dessen, dass die erstere Strategie mittlerweile nicht nur an den Grenzen ihrer ökonomischen Praktikabilität angelangt ist, sondern aufgrund des gegen sie sich formierenden, der materialen Not und dem sozialen Elend geschuldeten gewerkschaftlich-parteilichen Widerstands auch jede politische Opportunität eingebüßt hat, was bleibt da dem Industriekapital, wenn es die Verluste an Mehrwert kompensieren will, die ihm die direkte und indirekte staatliche

Einflussnahme auf die Verteilung des industriell geschöpften Werts zwischen Arbeiterschaft und Kapitaleignern beschert - was bleibt ihm da anderes übrig, als auf die letztere Methode, die Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft zu rekurrieren, um durch das Mehr an Wert, das die gesteigerte Produktivkraft erbringt, die Verringerung des Mehrwerts, die Folge der direkten beziehungsweise indirekten staatlichen Intervention zugunsten der Produzenten ist, auszugleichen.

Die Ironie dieses von der kapitalen Logik diktierten Rekurses auf die Steigerung sächlicher Produktivkraft als nachgerade einzigen verfügbaren Mittels, der durch die staatliche Umverteilungspolitik bewirkten Einbuße an Mehrwert zu begegnen, liegt dabei auf der Hand. Hauptursache der als Umverteilungspolitik apostrophierten sozialreformerischen Reorientierung des Staates ist ja, wie gesehen, eben jene Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft, zu deren verstärkter Anwendung sich das Industriekapital aus den oben erläuterten mehrfachen Gründen in dem Maße motiviert findet, wie die Mehrwertvermehrung mittels Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft an die Grenzen ihrer ökonomischen Praktikabilität und politischen Opportunität stößt. Gegen die in der Beschneidung des kapitalen Mehrwerts bestehende Konsequenz der staatlichen Umverteilungspolitik führt das Industriekapital just die, wenn auch letztlich nicht in einer Erhöhung des Mehrwerts, so allemal doch in einer Vergrößerung des Mehrprodukts resultierende Produktionsstrategie ins Feld, die durch die von ihr heraufbeschworenen und zu einer umfänglichen Wertrealisierungskrise eskalierten kommerziellen Probleme den Staat auf jene Umverteilungspolitik als letzte, nicht zwar eine dauerhafte Lösung bietende, immerhin aber einen vorläufigen Aufschub gewährende Rettung vor dem aufgrund jener imminenten Wertrealisierungskrise dem industriekapitalistischen Produktionssystem drohenden Zusammenbruch verfallen lässt.

Das von sozialer Vernunft geleitete Bemühen des Staats um eine Entlastung des Industriekapitals von den zur generellen Wertrealisierungskrise sich zuspitzenden kommerziellen Absatzproblemen, die dessen überbordende Leistungskraft und Produktivität heraufbeschwört, beeilt sich das von der ihm eigenen Logik getriebene letztere durch ausgerechnet die auf die Steigerung sächlicher Produktivkraft setzende Produktionsstrategie zu konterkarieren, die doch maßgeblich verantwortlich ist für jene Absatzprobleme. Ein und dieselbe ökonomische Strategie, deren marktwirtschaftlich fatale Folgen der Staat mittels seines als Umverteilungspolitik

apostrophierten sozial vernünftigen Eingriffs in den kapitallogisch herrschenden kommerziellen Distributionsmodus einzudämmen und unter Kontrolle zu bringen sucht, nutzt also das Industriekapital, um eben diese staatlichen Eindämmungs- und Kontrollbemühungen zu hintertreiben und um ihre Wirksamkeit zu bringen.

So sehr es freilich, ihrer Struktur und Beschaffenheit nach, ein und dieselbe als Steigerung sächlicher Produktivkraft firmierende Methode ist, die, wie sie dort die Staatsmacht zu ihrer umverteilungspolitischen Abweichung von dem durch die kapitale Logik vorgeschriebenen Distributionsmodus zwingt, so hier dem Industriekapital dazu dient, für eine Korrektur jener staatsmächtigen Abweichung vom kapitallogischen Distributionsmodus und Wiederherstellung einer letzterem entsprechenden Mehrwertrate zu sorgen, so sehr unterscheidet sich doch aber, ihrer Funktion und Bewandtnis nach, sie als durch die staatliche Umverteilungspolitik herausgeforderte Methode von sich als die staatliche Umverteilungspolitik auf den Plan rufender Methode, geprägt beziehungsweise reaktionsbildnerisch konditioniert, wie sie nun einmal ist, durch eben diese sie provozierende staatliche Umverteilungspolitik. In ihrer früheren Funktion und Bedeutung als die Mehrwertvermehrung bezweckende und, weil sie weniger der Vermehrung des Mehrwerts als der Vergrößerung des den Mehrwert verkörpernden Mehrprodukts dient, letztlich den Staat zu seiner Umverteilungspolitik nötigende Strategie ist die Steigerung sächlicher Produktivkraft ja wesentlich eine Reaktion auf das Marktgeschehen, genauer gesagt, eine Konsequenz der um die Realisierung des Produktwerts entbrennenden kommerziellen Konkurrenz. Sie wird mit anderen Worten vom einzelnen manufaktur- beziehungsweise industriekapitalistischen Unternehmer gebraucht, um sich auf einem mit Güter- beziehungsweise Dienstleistungsangeboten aktuell gesättigten oder gar tendenziell überfüllten Markt gegen die Konkurrenz zu behaupten, wo nicht gar auf ihre Kosten zu entfalten.

Indem die Steigerung der sächlichen Produktivkraft eine Erhöhung der Produktionsleistung ermöglicht, die, solange noch die vor ihrer Verringerung durch die Produktivkraftsteigerung zur Erzeugung des Produkts erforderliche durchschnittliche Arbeitszeit als das der Produktion zugrunde liegende Wertmaß gilt, gleichbedeutend ist mit einer Erhöhung des Produktwerts, liefert sie dem betreffenden Unternehmer die Handhabe, im Zuge eines als Preiskampf ausgetragenen kommerziellen

Wettstreits seine Konkurrenten sei's überhaupt auszustechen und vom Markt zu verdrängen, sei's bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie durch eine entsprechende produktivkraftbedingte Erhöhung ihrer Produktionsleistung ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangt haben, zu Lasten seiner Konkurrenten seine Marktposition zu behaupten und zu verbessern.

Das langfristig und aufs produktionssystematische Ganze gesehen Widersinnige und in der Tat Kontraproduktive dieser auf den kommerziellen Konkurrenzdruck reagierenden Strategie wurde oben hinlänglich beleuchtet. Weil so oder so, will heißen, dadurch, dass der betreffende Unternehmer sich mit seiner besseren Produktionstechnik auf dem Markt durchsetzt, oder dadurch, dass er die Konkurrenten zwingt, sie zu übernehmen, um sich auf dem Markt behaupten zu können, die durch letztere verkürzte Arbeitszeit normative Verbindlichkeit erlangt und zum über den Wert des Produkts entscheidenden neuen Maß avanciert, stellt sich am Ende heraus, dass die Erhöhung der Produktionsleistung nur vorübergehend und aufgrund einer quasi optischen, der Ungleichzeitigkeit in der technischen Entwicklung geschuldeten Täuschung auch als Erhöhung des Produktwerts firmiert und dass der einzige dauerhafte Effekt, den die Steigerung sächlicher Produktivkraft erzielt, ein den gleichen Wert wie zuvor verkörperndes vermehrtes Produkt ist, das, weil es den Markt noch stärker als zuvor sättigt beziehungsweise überfüllt, für das Unternehmerkollektiv, die Gesamtheit der Anbieter auf dem Markt, eben die zur Wertrealisierungskrise sich zuspitzenden kommerziellen Absatzprobleme weiter verschärft, die der einzelne Unternehmer doch gerade mittels der Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft für seinen Teil zu bewältigen oder gar zu lösen sucht.

Dieser insgesamt kontraproduktive, die Absatzkrise nur zu verschärfen geeignete Effekt der Strategie ändert freilich nichts daran, dass sie dem einzelnen Unternehmer, der sie einsetzt, Entlastung bringt und - zumindest vorübergehenden - kommerziellen Erfolg beschert, und deshalb findet sie angesichts der Überfüllungen und Verstopfungen des Marktes, für die die Ausbeutungsrate des industriekapitalistischen Produktionssystems immer wieder sorgt, auch immer wieder Anwendung und treibt die Gesamtentwicklung - zumal seit sie, wie gezeigt, auch noch als Ersatz für die an die Grenzen ihrer Praktikabilität stoßende Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und als Passepartout für volkswirtschaftliche Nachzügler, die Zugang zum Markt suchen, herhalten muss - schließlich

an jenen Punkt, an dem der politische Helfershelfer des Kapitals, der mit der Erschließung neuer Märkte beziehungsweise der Rekrutierung neuer Konsumenten betraute Staat, mit seinem Latein, seiner im Rahmen der kapitalen Distributionsstrategie bleibenden dogmatischen Weisheit am Ende ist und in seiner Not kritisches Vermögen und heuristisches Ingenium beweist, sprich, auf die der kapitalen Distributionsstrategie, wenn auch nur taktisch und mitnichten strategisch zuwiderlaufende sozialreformerische Umverteilungspolitik verfällt.

Und darauf wiederum reagiert das Industriekapital mit der gleichen Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft, mit der es zuvor auf die Überfüllung des Marktes und die aus ihr resultierenden Absatzprobleme reagiert. So kontraproduktiv und auf den ersten Blick absurd es, prozessual und konsekutiv betrachtet, anmuten mag, dass das Industriekapital gegen die staatliche Umverteilungspolitik das gleiche Gegenmittel aufbietet, das als zuvor gegen die kommerziellen Absatzprobleme aufgebotenes doch gerade diese Umverteilungspolitik provoziert hat, so sehr folgt, punktuell und situativ gesehen, dieser Rekurs des Industriekapitals auf die gleiche Strategie einer unschwer erkennbaren, in der formellen Gleichartigkeit der Bedrohung, auf die reagiert wird, bestehenden Logik: Sowohl als Gegenmittel gegen die kommerziellen Absatzprobleme als auch als Gegenmaßnahme gegen die staatliche Umverteilungspolitik dient die Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft dazu, der Beeinträchtigung des als kapitaler Triebgrund perennierenden Akkumulationsstrebens zu wehren, die im einen wie im anderen Fall dem Industriekapital droht. Kurz gesagt, es geht darum, mittels der Strategie die Einbuße an Mehrwert zu verhindern, mit der sowohl die Absatzprobleme auf dem überfüllten Markt als auch die Umverteilungspolitik des um die Erschließung neuer Märkte beziehungsweise die Rekrutierung produktionssystemexterner Konsumenten verlegenen Staats das Kapital konfrontieren.

Mit dieser formellen, den Gegenstand oder das Faktum der Bedrohung betreffenden Vergleichbarkeit endet freilich auch schon die Parallele. Reell genommen, sprich, von der Art und Weise oder dem Modus der Bedrohung her betrachtet, liegen die Unterschiede auf der Hand. Während die Einbuße an Mehrwert in ersterem Fall ökonomisch-kommerziell bedingt ist und durch die Gefahr heraufbeschworen wird, dass auf einem überfüllten Markt der in Gestalt von Gütern beziehungsweise in Form

von Dienstleistungen angebotene Mehrwert sich nicht absetzen, nicht als Wert sans phrase, als allgemeines Äquivalent realisieren lässt, ist in letzterem Fall die Einbuße an Mehrwert politisch-distributionell verursacht und nämlich Folge staatlicher Eingriffe, durch die direkt oder indirekt, mittels Stärkung der gewerklichen und gesetzlichen Position der Lohnarbeiterschaft oder mittels steuerlicher und außertariflicher Zuwendungen an sie, dem Kapital ein Teil des realisierten Mehrwerts wieder entzogen und an die lohnarbeitenden Produzenten transferiert beziehungsweise rückerstattet wird.

In ersterem Fall also geht es dem Unternehmer darum, auf einem umkämpften Markt den nur erst in sächlich-naturaler Gestalt vorhandenen Wert, den er hat schöpfen lassen, in die geldlich-kapitale Form zu überführen, ihn als solchen zu realisieren, und das sucht er durch eine Steigerung der technischen Produktivkraft zu erreichen, genauer und konkreter gesagt, dadurch, dass er mittels Steigerung der technischen Produktivkraft eine Erhöhung der Produktionsleistung erwirkt, die, solange sie sich wegen des resultierenden und vom Konkurrenzdruck nicht schon wieder nivellierten Produktivitätsgefälles noch als Vermehrung des Produktwerts geltend machen lässt, ihm die Handhabe bietet, in einem mit den Konkurrenten ausgetragenen Preiskampf auf deren Kosten die Realisierung des Werts seiner Produkte und mithin auch die Erhaltung des im Rahmen seiner kapitalistischen Wertschöpfungsunternehmung gewohnten Mehrwerts sicherzustellen.

Im Falle der dem Unternehmer durch die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen widerfahrenden Einbuße an Mehrwert hingegen ist es der letztere als bereits ökonomisch realisierter, durch kommerziellen Austausch aus der sächlich-naturalen Gestalt in die geldlich-kapitale Form überführter Mehrwert, von dem auf politischem Wege, eben von Staats wegen, ihm, dem Unternehmer, ein Teil entzogen wird, um ihn direkt beziehungsweise indirekt den lohnarbeitenden Produzenten zuzuwenden, womit er, der geschädigte Unternehmer, vor der ihm durch die kapitale Logik in genere und den Akkumulationsimperativ in specie diktierten Aufgabe steht, Kompensation für diesen ihm entzogenen Teil zu schaffen und so die Einbuße an Mehrwert, die er durch die Umverteilungspolitik erleidet, wettzumachen, sich also den Mehrwert im gewohnten Umfang zu erhalten. Auf politischem Wege, via Einwirkung auf den Staat, kann das Kapital den ihm durch die Umverteilungspolitik zugefügten Schaden

mitnichten zu reparieren hoffen, weil solche Reparatur ja nicht nur der die Umverteilungsmaßnahmen bestimmenden ökonomischen Vernunft zuwiderliefe, die der Staat als Repräsentant des Gemeinwesens nicht zuletzt pro domo und pro cura des in der selbstzerstörerischen Triebhaftigkeit seiner Distributionslogik befangenen Kapitals selbst walten lässt, sondern auch und mehr noch auf den erbitterten politischen Widerstand der durch die Umverteilungsmaßnahmen begünstigten Lohnarbeiterschaft stieße, die sich gleichermaßen im Zuge und in der Konsequenz jener Maßnahmen mittlerweile gewerkschaftlich und parteilich organisiert und, zumal im sozialdemokratischen Interessenverbund mit dem seine sozialreformerische Politik gegen die bornierte Sabotage des Kapitals durchzusetzen gezwungenen Staat, zu einem veritablen gesellschaftlichen Machtfaktor entwickelt hat.

Bleibt dem Kapital für die Kompensation der durch die staatliche Umverteilungspolitik erlittenen Einbuße an Mehrwert nur der ökonomische Weg, und als solcher bietet sich ihm wiederum die bereits in Bezug auf den Wertverlust, mit dem die kommerziellen Absatzprobleme es bedrohen, als Methode zur Mehrwerterhaltung bewährte Strategie der Steigerung technischer Produktivkraft an. Der Rückgriff auf die alte Strategie und ihre generell in der Erhaltung des Mehrwerts bestehende Zielsetzung bedeutet freilich keineswegs, dass jetzt zur Erreichung des Ziels auch wieder die alte, als Erhöhung der Produktionsleistung funktionierende, spezielle Taktik zur Anwendung kommen kann. Angesichts der Tatsache, dass es der bereits realisierte, nach dem Produktionsprozess aus der sächlichen Gestalt in die geldliche Form überführte Mehrwert ist, an dem sich der Staat per Umverteilungspolitik vergreift, um einen Teil davon direkt oder indirekt, durch steuerpolitische Zuwendungen oder tarifpolitische Unterstützung, den lohnarbeitenden Produzenten rückzuerstatten, würde eine auf die Erhöhung der Produktionsleistung abgestellte Steigerung technischer Produktivkraft hinsichtlich der Kompensation der durch die staatlichen Eingriffe bedingten Einbuße an Mehrwert dem Kapital ja auch gar nichts bringen, da das dank höherer Produktionsleistung vermehrte Produkt oder vielmehr dessen auf dem Markt realisierter Wert wiederum der gleichen, von Staats wegen vorgenommenen steuerpolitisch-direkten beziehungsweise tarifpolitisch-indirekten Beschneidung und Schmälerung unterworfen wäre, die wettzumachen jene mittels Steigerung

technischer Produktivkraft ins Werk gesetzte Erhöhung der Produktionsleistung doch gerade bezweckte.

Wozu die erneut zum Einsatz gebrachte Steigerung technischer Produktivkraft dem Kapital jetzt vielmehr verhelfen soll, ist die Wiedergewinnung des von Staats wegen der Lohnarbeiterschaft rückerstatteten und somit ihm, dem Kapital, entzogenen Teils Mehrwert durch eine Verringerung der der Lohnarbeiterschaft für ihre Arbeitskraft gezahlten Lohnsumme, eine Senkung des ihr für ihre Produktionsleistung überlassenen Wertquantums. Das, wogegen der Sachwalter des Kapitals, der Unternehmer, den Mehrwert, den eingeborenen Sohn des Kapitals, erhalten und sichern muss, sind jetzt ja nicht mehr die kommerziellen Konkurrenten, die auf dem Markt präsenten anderen Unternehmer, die er durch eine produktivkraftbedingte Erhöhung der Produktionsleistung ausstechen kann, weil letztere ihm den nötigen preisgestalterischen Spielraum eröffnet, um seine Produkte auf jeden Fall abzusetzen, sprich, seinen Mehrwert auf Kosten der Konkurrenten zu realisieren. Jetzt sind es vielmehr seine eigenen lohnarbeitenden Produzenten, die ihm mit staatlicher Hilfe Mehrwert wegnehmen, und diesen Mehrwert, den sie ihm ja auch nicht nur wie seine kommerziellen Konkurrenten potenziell, in der Bedeutung drohender marktwirtschaftlicher Entwirklichung, sondern durchaus aktuell, im Sinne laufender tarif- beziehungsweise steuerpolitischer Enteignung, streitig machen, ihn kann er nicht mehr durch eine Erhöhung der Produktionsleistung, sondern nurmehr durch eine Senkung der Produktionskosten, mit anderen Worten nur dadurch erhalten und sichern, dass er das, was ihm der Staat indirekt per Lohntariferhöhungen und direkt per Sozialleistungen wegnimmt, um es der Lohnarbeiterschaft zurückzuerstatten, sich bei dieser auf dem Wege einer Reduktion des ihr qua Lohnsumme zu überlassenden Quantums Kapital via Verringerung des ihr für den Kauf ihrer Arbeitskraft zu zahlenden Wertanteils wieder holt.

Dabei versteht es sich von selbst, dass die Reduktion des als Lohnsumme firmierenden Quantums Kapital, die Verminderung des als Aufwendung für die Arbeitskraft zu Buche schlagenden Wertanteils nicht mehr auf die vom Kapital beziehungsweise von seinem Funktionär, dem Unternehmer, früher praktizierte Art von die energetische beziehungsweise chronische Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verstärkenden Lohnsenkungen beziehungsweise Erhöhungen des Arbeitspensums durchführbar ist. Diese Art der Ausbeutung verbietet sich ja nachgerade von

selbst, teils weil sie ökonomisch die Lohnarbeiterschaft an den Rand personaler Erschöpfung und sozialer Auslöschung getrieben hat und sich deshalb nurmehr um den Preis des Verlusts ihres Realfundaments, sprich, bei Strafe der Selbstvereitelung durch Zerstörung des Objekts der Ausbeutung fortsetzen lässt, teils weil politisch im Zuge beziehungsweise in der Konsequenz der staatlichen Umverteilungspolitik die Lohnarbeiterschaft sich vor Ort ihrer Arbeit ebenso wie in der bürgerlichen Öffentlichkeit, gewerkschaftlich ebenso wie parteilich, hat organisieren und als ein gesellschaftlicher Machtfaktor hat etablieren können, der aufgrund des arbeitspraktischen, parlamentarischen und propagandistischen Widerstands, den er zu mobilisieren vermöchte, solch einem Rückgriff auf den alten Ausbeutungsmechanismus einen Riegel vorschiebt.

Genau für diese nicht mehr praktikable beziehungsweise nicht mehr opportune Methode der Lohnkürzungen beziehungsweise Erhöhungen des Arbeitspensums aber bietet nun die Steigerung technischer Produktivkraft dem Kapital, das sich bei der Lohnarbeiterschaft den dieser von Staats wegen rückerstatteten Mehrwert wiederholen möchte, einen ebenso kommoden wie effektiven Ersatz. Jene vom Kapital via Reduktion der Lohnsumme, Verringerung des für die Arbeitskraft aufzuwendenden Wertquantums erstrebte Kompensation für die staatlich lancierte Einbuße an Mehrwert, die sich mittels Lohnkürzungen und vergrößerter Arbeitspensen nicht mehr bewerkstelligen lässt, sie lässt sich stattdessen durch eine Verkleinerung des Kontingents der entlohnten Arbeitskräfte, durch Streichungen beim für Lohn arbeitenden Personal erreichen. Anstelle der nicht mehr ökonomisch tragbaren beziehungsweise politisch durchsetzbaren Kürzungen des Lohns für die einzelne Arbeitskraft oder Verminderungen der finanziellen Aufwendungen für den jeweiligen menschlichen Produktionsfaktor vielmehr Einsparungen bei der Zahl der Lohnarbeitskräfte selbst oder Einschnitte bei der Menge der finanzielle Aufwendungen erheischenden produktionsfaktorellen Menschen - das ist es, was die Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft dem Kapital, das sich den mit staatlicher Unterstützung ihm von der Lohnarbeiterschaft entrissenen Mehrwert von dieser zurückholen will, ermöglicht.

Nichts weiter braucht es dazu als eine simple Reversion der Stoßrichtung jener Strategie, ihre Umzentrierung vom Produkt auf die Produzenten. So gewiss die Strategie nämlich, wie gesehen, dazu taugt,

die Produktionsleistung zu erhöhen, so gewiss kann sie im einfachen Umkehrschluss dazu herhalten, die Arbeitskosten zu senken. Wenn sie mit anderen Worten dem kapitalistischen Unternehmer dazu verhelfen kann, mit der gleichen Arbeitskraft eine höhere Produktionsleistung zu erzielen, dann kann er sie nach Adam Riese oder mit arithmetischer Notwendigkeit ebenso gut gebrauchen, um die gleiche Produktionsleistung mit weniger Arbeitskraft zu erreichen. Wenn sie dem Unternehmer erlaubt, mit der unverändert gleichen Personenzahl wenngleich letztlich kein im Produkt verkörpertes größeres Wertquantum, so jedenfalls doch eine größere wertverkörpernde Produktmenge zu erzeugen, dann gestattet sie ihm vice versa natürlich auch, die unverändert gleiche wertverkörpernde Produktmenge mit einem zahlenmäßig verkleinerten Personal hervorzubringen.

Und damit gibt dem Unternehmer die Steigerung sächlicher Produktivkraft in der Tat eine Handhabe, die ihm durch die staatliche Umverteilungspolitik zugefügte Einbuße an Mehrwert zu kompensieren und um ihre Wirkung zu bringen. Ein und dieselbe Strategie, die dort als probates Mittel dient, sich im kommerziellen Konkurrenzkampf zu behaupten und auf Kosten der Konkurrenten die gewohnte Mehrwertrate sicherzustellen, funktioniert hier als nicht minder probate Methode, sich gegen das staatliche Enteignungsverfahren zur Wehr zu setzen und den durch es verloren gegangenen und der Lohnarbeiterschaft zugeflossenen Teil Mehrwert sich bei letzterer zwecks Erhaltung der gewohnten Mehrwertrate zurückholen. Nur dass, wie gesagt, die in genere gleiche Strategie jetzt eine in specie taktische Kehrtwendung impliziert und die Sicherung beziehungsweise Erhaltung der Mehrwertrate nicht mehr durch Erhöhung der Produktionsleistung, sondern vielmehr durch Senkung der Arbeitskosten bewerkstelligen muss.

Weil es für den Unternehmer nicht mehr darum geht, Mehrwert anderen, als kommerzielle Konkurrenten firmierenden Unternehmern abzujagen, die ihn ihm streitig zu machen drohen, sondern ihn den als lohnarbeitende Produzenten fungierenden eigenen Arbeitskräften wieder wegzunehmen, die ihn ihm mit staatlicher Unterstützung entwendet haben, liegt auf der Hand, dass er im Rahmen der prinzipiell gleichen Strategie eine intentional veränderte Taktik einsetzen muss, nämlich eine Taktik, die nicht mehr darauf abzielt, mit der gleichen Arbeitskraft mehr zu produzieren, sondern vielmehr darauf gerichtet ist, das Gleiche mit

weniger Arbeitskraft hervorzubringen. Nicht einen Zuwachs an Produktionsleistung zu erzielen, sondern eine Einsparung an Arbeitskraft zu erreichen, nicht die gleiche Arbeitskraft leistungsfähiger, ergiebiger zu machen und auf diese Weise zwecks Preiskampf wenn schon nicht mehr Wert, so jedenfalls doch mehr Produkt schöpfen zu lassen, sondern die gleiche Leistung mit weniger Arbeitskraft zu erbringen und auf diese Weise mittels Arbeitskraftabbau Lohn einzusparen, die Wertschöpfung billiger werden zu lassen - das ist die neue Taktik, die der Unternehmer verfolgen muss, wenn die alte Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft ihm dabei helfen soll, auch der neuen Bedrohung seines Mehrwerts durch die staatliche Umverteilungspolitik zu begegnen und einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Nach dem Weltkrieg erfährt die Strategie der Produktivkraftsteigerung eine unveränderte Fortsetzung und sogar Verstärkung - jetzt freilich nicht mehr als auf die Einbuße an geldlichem Mehrwert, mit der die staatliche Umverteilungspolitik einhergeht, zu reagieren bestrebte Mechanisierung und Maschinisierung des Wertschöpfungssystems, sondern als den Mangel an menschlicher Arbeitskraft, der Folge des Krieges ist, zu kompensieren bestimmte Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungsprozesses.

Die taktische Umorientierung der Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft, der zufolge diese nun nicht mehr auf die Sicherung des Mehrwerts durch eine mittels Technisierung und Mechanisierung des Produktionsprozesses implementierte Erhöhung der Produktionsleistung zielt, sondern auf eine Erhaltung des Mehrwerts durch eine mittels Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsabläufe effektuierte Einsparung an Arbeitskraft gerichtet ist - diese taktische Umorientierung kann freilich nicht verhindern, dass auch in ihrer neuen Ausrichtung die Strategie die gleiche Verfänglichkeit oder Kontraproduktivität beweist, die sie schon im Rahmen ihrer alten Zielvorgabe an den Tag legte, und dass sie nämlich hier nicht weniger als dort in einer, aufs Ganze gesehen, unvermeidlichen Vergrößerung der den Mehrwert verkörpernden Produktmenge und dementsprechenden Verschärfung der den Absatz dieser Produktmenge, die Realisierung ihres Werts betreffenden Probleme resultiert. Das ist auch gar nicht verwunderlich und im Gegenteil nur logisch, da sie sich ja gegen die staatliche Umverteilungspolitik, mithin

gegen Maßnahmen richtet, deren Sinn und Zweck es gerade ist, die sich zur Wertrealisierungskrise verdichtenden Absatzprobleme, die sie, die Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft, in ihrer früheren, auf die Sicherung der Mehrwertrate unter Bedingungen des kommerziellen Konkurrenzkampfes zielenden Funktion heraufbeschwört, wenn nicht überhaupt ein für alle Mal in den Griff zu bekommen und definitiv zu bewältigen, so zumindest doch erst einmal unter Kontrolle zu bringen, und vorläufig zu entschärfen.

Indem die Strategie jetzt dazu herhalten muss, die staatliche Umverteilungspolitik zu unterlaufen beziehungsweise zu konterkarieren, impliziert dies naturgemäß, dass sie deren die Marktsituation betreffende Entlastungs- und Entschärfungsfunktion durchkreuzt und für die unverminderte Fortdauer der alten Absatzprobleme sorgt oder gar neue heraufbeschwört. Allerdings nehmen entsprechend der von der Strategie verfolgten veränderten Taktik die reaffirmierten oder neu heraufbeschworenen Wertrealisierungsprobleme jetzt eine neue Gestalt oder Ausdrucksform an. Vorher ergaben sich die Probleme aus der in Reaktion auf den kommerziellen Konkurrenzkampf verfolgten Taktik einer Erhöhung der Produktionsleistung mittels Technisierung und Mechanisierung des Produktionsprozesses. Das heißt, sie verdankten sich der Tatsache, dass die Strategie wenn schon nicht in einer Vermehrung des Produktwerts, so jedenfalls doch in einer Vergrößerung der den gleichen Wert verkörpernden Produktmenge resultierte, die unter den Bedingungen des vom Kapital zwecks Akkumulation geltend gemachten kommerziellen Distributionsmodus an den Mann und die Frau zu bringen, sprich, als Wert zu realisieren, sich als immer schwieriger, wo nicht überhaupt unmöglich erwies.

Jetzt hingegen sind die Probleme Konsequenz der als Antwort auf die staatliche Umverteilungspolitik angewandten Taktik einer Senkung der Arbeitskosten mittels Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsabläufe. Das heißt, sie entspringen der Tatsache, dass die Strategie die von der staatlichen Umverteilungspolitik erwirkte partielle Außerkraftsetzung des dem Akkumulationsimperativ gemäßen kommerziellen Distributionsmodus und die auf diesem Wege ermöglichte stärkere Beteiligung der Lohnarbeiterschaft am als Wertrealisierungsgeschäft wohlverstandenen Konsum dadurch um ihre Wirksamkeit bringt,

dass sie die Anzahl der Lohnarbeiter, die sich dank staatlicher Umverteilungspolitik besser für ihre Arbeitskraft entlohnt und mithin stärker am Konsum beteiligt finden, zu verringern und auf diese Weise die Einbußen an Mehrwert, die die staatliche Umverteilungspolitik mit sich bringt, nicht zwar per Lohnsenkungen, wohl aber via Einsparung von Arbeitskraft auszugleichen erlaubt.

Aber egal, ob die Strategie in Reaktion auf den kommerziellen Konkurrenzkampf in einer Vergrößerung der nach Wertrealisierung verlangenden Produktmenge resultiert oder in Abwehr der staatlichen Umverteilungspolitik zu einer Verkleinerung des für die Wertrealisierung verfügbaren Arbeitskräfteheeres und Verringerung der durch letzteres aufgebotenen Konsumkraft führt, so oder so hat sie eine fortschreitende Verschärfung der produktivkraftbedingten Absatzprobleme zur Folge und treibt das kapitalistische Produktionssystem immer tiefer in das als Sackgasse wohlverstandene Dilemma hinein, das sein imperatives Prinzip, die kapitale Akkumulation, die dem Reibungs- oder Spannungsverhältnis aus kraftentfesselter industrieller Expropriation und geldbedingter kommerzieller Distribution entspringt, für es bereithält.

Diese, aufs Ganze des Systems gesehen, fatal-dilemmatische Konstellation schließt freilich nicht aus, dass unter gewissen realhistorischen Bedingungen, anders gesagt, in einer kontingent-empirisch gegebenen Situation die mit der taktischen Vorgabe einer Einsparung von Arbeitskraft alias Verringerung des arbeitskräftigen Personals eingesetzte Strategie einer Steigerung sächlicher Produktivkraft dem Gesamtsystem, wie immer auch ausnahmsweise, zupass kommen und seiner Funktionstüchtigkeit, wie immer auch vorübergehend, förderlich sein kann. Und tatsächlich liegt zum Ende des großen Krieges - womit wir denn endlich an den Punkt der Darstellung zurückkehren, von dem wir oben mit dem Resultat eines ausgedehnten Exkurses über die wechselnden Funktionen, die mit nicht minder wechselndem Erfolg jene Strategie im Laufe der Entwicklung des Systems erfüllt, abgewichen sind! - eben solch eine der Strategie für das Gesamtsystem einen positiven Effekt, um nicht zu sagen, eine konstruktive Bedeutung vindizierende Ausnahmesituation vor.

Wie oben ausgeführt, erfüllt der Krieg, rein ökonomisch oder, besser gesagt, vom industriekapitalistischen Verwertungsprinzip alias Akkumulationsimperativ her betrachtet, diese zweifache positive Funktion, zum einen mit der produktivkraftbedingten Überfüllung, wo nicht gar

Verstopfung der zivilen Märkte aufzuräumen, die in der zur belle époque verklärten Vorkriegszeit den Volkswirtschaften der kriegführenden Mächte zunehmend zu schaffen macht, und zum anderen für eine Erhaltung, wo nicht gar Entwicklung der industriellen Produktionsapparate zu sorgen, die dank jener dem Krieg geschuldeten Aufräumarbeiten nun wieder ungesäumt für die zivile Gütererzeugung und Dienstleistung eingesetzt und zwecks Kapitalakkumulation auf Touren gebracht werden können. Und wie oben gleichfalls vermerkt, ist das Einzige, was dieser kapitalakkumulativen Wiederauffüllung der leergeräumten zivilen Märkte durch die auf Touren gebrachten industriellen Produktionsapparate im Wege steht und hinderlich ist, der Mangel an Arbeitskräften, in dem die wie auch immer zum Aderlass euphemisierten hekatombischen Menschenopfer des Weltkrieges resultieren.

Und genau im Blick auf diesen der Wiederinbetriebnahme und Wiederankurbelung der industriellen Produktionssysteme für die zivile Gütererzeugung und Dienstleistung aufstoßenden Mangel, den die Dezimierung der Lohnarbeiterschaft in den zum Schlachtfest paralysierten Schlachten des Krieges, sprich, die massenhafte Vernichtung von gesellschaftlicher Arbeitskraft hinterlässt, erweist sich nun aber die in Reaktion auf die staatliche Umverteilungspolitik in der Vorkriegszeit forcierte Strategie einer Steigerung technischer Produktivkraft unbeschadet ihrer langfristig und konsekutiv systemgefährdenden, weil kommerziellen Stress erzeugenden Folgen, als kurzfristig und situativ hilfreich und dem Produktionssystem vorteilhaft, weil der Bewahrung seiner industriellen Funktionsfähigkeit förderlich. Taktische Zielsetzung der auf die staatliche Umverteilungspolitik reagierenden Strategie ist ja, wie gesehen, die mittels Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsabläufe durchgesetzte Einsparung von Arbeitskraft alias Verkleinerung des die industrielle Wertschöpfung verrichtenden Personalbestands, das Bemühen mit anderen Worten, die gleiche Produktionsleistung mit einer geringeren Zahl von Lohnarbeitskräften zu erbringen. Kommt diese Zielsetzung nicht aber offenkundig dem als Kriegsfolge diagnostizierten Erfordernis entgegen, den industriellen Produktionsapparat mit einem dezimierten Arbeitskräfteheer wieder in Gang zu setzen und auf Touren zu bringen?

Aus einem durchaus anderen und nämlich dem politisch-militärischen Ereignis des Weltkriegs geschuldeten Grund behält also das industriekapitalistische Produktionssystem die taktisch auf eine Verringerung

der Zahl der Arbeitskräfte gerichtete und als Rationalisierung und Automatisierung wirksame Strategie sächlicher Produktivkraftsteigerung, die es unter den politisch-ökonomischen Verhältnissen der Vorkriegsjahrzehnte entwickelt hat, in der Nachkriegszeit bei und bildet sie mit der gesammelten Innovationsmacht und an einen Fluch gemahnenden Erfindungsgabe, die das dem Kapital kraft der monomanen Zweckrationalität seines Akkumulationsstrebens eigene werkzeugtechnologische und arbeitsorganisatorische Ingenium zu mobilisieren erlaubt, weiter aus. In den Vorkriegsjahrzehnten ist der Grund für die Strategie ein auf das sozialpolitische Handeln des Staats reagierendes ökonomisches Kalkül, das Bestreben des Kapitals, den Verlust an Mehrwert, den jenes sozialpolitische Handeln mit sich bringt, durch Senkung der Arbeitskosten zu kompensieren. Wenn in den Nachkriegsjahren das Kapital die Strategie beibehält und fortsetzt, so ist hingegen der Grund dafür die dem militärischen Konflikt der Staaten, dem Weltkrieg, entspringende demographische Katastrophe einer Dezimierung des für den Produktionsapparat verfügbaren Arbeitskräfteheeres und das um der Möglichkeit einer Mehrwertproduktion überhaupt willen zu erfüllende Erfordernis, dieser Dezimierung des Arbeitskräfteheeres zum Trotz den industriellen Produktionsprozess wieder in Gang zu setzen beziehungsweise in Schwung zu bringen.

Dort ist mit anderen Worten der Grund für die im Sinne einer Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsabläufe wirksame Strategie das willentliche Bestreben des Kapitals, sich den Konsequenzen einer der Akkumulationsrate des industriellen Produktionsprozesses abträglichen politisch-sozialen Reform zu entziehen, hier hingegen das notgedrungene Bemühen des Kapitals, die für den industriellen Produktionsprozess als solchen verderblichen Folgen eines militärisch-fatalen Konflikts zu bewältigen. Dort gestattet die Strategie dem Kapital, einer reformbedingt ökonomischen Widrigkeit und Beeinträchtigung zu begegnen, hier ermöglicht sie ihm, mit einer kriegsverursacht demographischen Not- und Zwangslage fertig zu werden. So unverbunden und unvermittelt die Gründe für einerseits die in der Vorkriegszeit initiierte Anwendung der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie und andererseits ihren in der Nachkriegszeit kontinuierten Einsatz aber auch erscheinen mögen, es gibt durchaus ein verbindendes und vermittelndes Element - und das ist die Strategie selbst. Schließlich ist sie es ja, die, indem sie die staatliche

Umverteilungspolitik konterkariert und, zum Teil zumindest, um ihre Wirkung bringt, die mit jener Politik verfolgte Marktentlastungs- und Krisenentschärfungsabsicht vereitelt und so die politischen Spannungen und militärischen Konfliktpotenziale verstärkt, die der heißlaufende Produktionsprozess der industriestaatlichen Volkswirtschaften und deren daraus resultierender Kampf um einen im Rahmen des akkumulationsprinzipiell verbindlichen kommerziellen Distributionsmodus zunehmend überfüllten Weltmarkt erzeugen und die sich am Ende im unökonomisch mörderischen Ringen des Weltkriegs entladen.

Von daher gesehen lässt sich ohne weiteres sagen, dass es ein und dieselbe Strategie ist, die als Methode zur Bewältigung des ersten, den kapitalistischen Akkumulationsprozess beeinträchtigenden Hemmnisses das zweite, ihn bedrohende Hindernis heraufbeschwört, dessen Überwindung ihren, wie man will, erneuten Einsatz oder fortgesetzten Gebrauch erforderlich macht. Indes, während das erste die Strategie herausfordernde Hemmnis, die den Akkumulationsprozess beeinträchtigende staatliche Umverteilungspolitik, ein der Ökonomie immanentes, durch den Kapitalisierungsprozess vermitteltes und letztlich seiner Logik entspringendes Geschehnis ist, ist das zweite, die Strategie erneut oder weiterhin erforderlich machende Hindernis, der den Akkumulationsprozess bedrohende kriegsbedingte Arbeitskräfteschwund, ein die Ökonomie transzendierendes, den Kapitalisierungsprozess durchbrechendes und zu guter beziehungsweise böser Letzt seine Logik sprengendes Ereignis. So sehr der militärische Massenmord mit seinen demographischen Folgen formell eine Konsequenz der durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des Industriekapitals bedingten ökonomischen Entwicklung ist, so sehr bleibt er doch reell, will heißen, als die politische Verzweiflungstat beziehungsweise militärische Kurzschlusshandlung, die er ist, ein im Blick auf jene in ihm konsequierende ökonomische Entwicklung ebenso irrational-unbeabsichtigtes wie kontingent-unvermitteltes Resultat.

Wenn dieses dem es bewirkenden politischen Dezisionismus und militärischen Berserkertum nach ebenso irrationale wie kontingente Resultat, der kriegerische Massenmord mit seinen demographischen Folgen, als parates Mittel und probate Auskunft zur Bewältigung beziehungsweise Beseitigung des politisch-militärisch angerichteten Schadens und zur vergleichsweise ungestörten Fortsetzung der ökonomischen Entwicklung,

sprich, zur weitgehend unbehinderten Wiederaufnahme des Kapitalprozesses, nun wiederum jene Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie ins Spiel bringt, dann bezieht und erstreckt sich seine Irrationalität und Kontingenz auch und zwangsläufig auf die erneut angewandte beziehungsweise weiterhin eingesetzte Strategie selbst, die demnach denkbar weit entfernt davon ist, Zeugnis einer rationalen Fortsetzung und konsistenten Durchführung der vor dem Krieg für sie maßgebenden Motivation und durch sie verfolgten Absicht zu sein. Dass ein und dieselbe Strategie, die wesentlich dazu beigetragen hat, die politisch-militärische Katastrophe des Weltkriegs heraufzubeschwören, jetzt das Mittel an die Hand gibt, die demographischen Folgen der Katastrophe ökonomisch zu meistern und als produktionssystematische Störquelle zu überspielen beziehungsweise zu verwinden, ist also keine aus ihren eigenen, ökonomischen Wirkungen herleitbare und in diesem Sinne objektiv begreifliche Folgerung, sondern eine in der Kontingenz des politisch-militärischen Desasters, in dem ihre ökonomischen Wirkungen gipfeln, verhaltene und, wie also höchstens und nur situativ erklärliche, so je nach Standpunkt glücklich oder unglücklich zu nennende Fügung, ist mit anderen Worten keine notwendige Implikation der konsekutiven Entwicklung des ökonomischen Systems, sondern ein Zufallsprodukt des katastrophalen Ausgangs der durch die Entwicklung des ökonomischen Systems ins Extrem militärischer Gewalt getriebenen politischen Geschichte.

So anders motiviert beziehungsweise heteronom konditioniert im Verhältnis zu ihrer Anwendung in der Vorkriegszeit der, wie man will, fortgesetzte Gebrauch oder neuerliche Einsatz der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie im Anschluss an den Krieg aber auch sein mag, die Strategie erfüllt jedenfalls den ihr durch die demographischen Kriegsfolgen zugewiesenen Zweck und sorgt dafür, dass der der Erzeugung konsumtiver Güter und ziviler Dienstleistungen revindizierte industrielle Produktionsprozess trotz des Handikaps eines dezimierten Arbeitskräfteheeres binnen weniger Jahre wieder auf vollen Touren läuft und in der Tat weit mehr Produktivität entfaltet als in den zur *belle époque* verklärten beiden Jahrzehnten vor Kriegsausbruch.

Kapitel Zwei

Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft unter amerikanischer Ägide

Dass - auf den ersten Blick paradox - ausgerechnet die von den personalen Verlusten und realen Zerstörungen des Weltkriegs am wenigsten betroffenen USA eine führende Rolle beim Wiederaufbau des zivilen Wertschöpfungssystems auf Rationalisierungs- und Autonomisierungsbasis spielen, ist aus der Entstehungsgeschichte und den Formationsbedingungen der amerikanischen Industriemacht erklärlich.

Dabei muss auf den ersten Blick ohne Frage paradox anmuten, dass bei jenem fortgesetzten Gebrauch beziehungsweise neuerlichen Einsatz der Strategie ausgerechnet die Industrienation eine führende Rolle übernimmt und eine richtungweisende Tatkraft an den Tag legt, die aufgrund ihres späten, wenn auch kriegsentscheidenden oder jedenfalls dem agonalen Patt des kontinentalen Stellungskriegs ein Ende machenden Eintritts in die Kampfhandlungen nicht nur in genere die geringsten materialen Schäden davonträgt, sondern auch und in specie am wenigsten personale Verluste erleidet und mithin am wenigsten von eben den demographischen Kriegsfolgen betroffen ist, die in den europäischen Industrienationen die Fortsetzung beziehungsweise Wiederaufnahme der industriellen Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie zum unabweislichen Erfordernis macht. Die Rede ist von den Vereinigten Staaten von Amerika, die etwa zur gleichen Zeit wie das Deutsche Reich, nämlich im Laufe der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts,

den avancierten Industriemächten Großbritannien und Frankreich sich beizugesellen und auf dem Weltmarkt ernsthafte Konkurrenz zu machen beginnen. Wie kommen ausgerechnet die USA, die nicht allein wegen ihres späten Eintritts in den Krieg, sondern auch wegen der vergleichsweise großen materialen und personalen Ressourcen, über die das riesige Land verfügt, relativ ungeschoren und ungeschwächt aus der Katastrophe hervorgehen - wie kommen ausgerechnet sie dazu, eine Vorreiterrolle bei jener in die Vorkriegszeit zurückreichenden Strategie einer Rationalisierung und Automatisierung des industriellen Produktionsprozesses zu spielen, deren Fortsetzung beziehungsweise Wiederaufnahme in der Nachkriegszeit wir doch gerade aus der Notwendigkeit, im Zuge des Stellungskriegs erlittene massive Verluste an Menschenleben alias Einbußen an gesellschaftlicher Arbeitskraft zu kompensieren, erklärt haben?

Die Paradoxie löst sich freilich auf und verschwindet, wenn wir die von den politisch-ökonomischen Verhältnissen der europäischen Industriestaaten markant abweichenden Bedingungen näher in Augenschein nehmen, unter denen die Volkswirtschaft des nordamerikanischen Landes sich entwickelt und ihre industriekapitalistische Identität gewinnt. Nach dem Unabhängigkeitskrieg im ausgehenden achtzehnten Jahrhundert, durch den sie sich von der Kolonialmacht Großbritannien politisch emanzipieren und sich als aus der Konföderation der einzelnen britischen Kolonien im Osten des Kontinents, einem anfänglich lockeren Staatenbund, hervorgegangener eigenständiger, republikanisch verfasster Bundesstaat etablieren, nehmen die Vereinigten Staaten von Amerika eine zunehmend uneinheitliche Entwicklung. Die dezidierte politische Emanzipation der nordamerikanischen Kolonien von der britischen Kolonialmacht impliziert keineswegs automatisch auch eine entsprechend entschiedene ökonomische Separation von ihr, einen Austritt aus dem von ihr organisierten kommerziellen Austauschzusammenhang. Das gilt vornehmlich für die im Süden des neuen republikanischen Staatenbundes gelegenen Bundesstaaten, die mit ihrem auf Basis von Sklavenarbeit bewirtschafteten großen Ländereien und Plantagen und ihren dort produzierten agrarischen Massengütern wie etwa Baumwolle, Tabak, Getreide und tierischen Rohstoffen wesentlich angewiesen bleiben auf und eingebunden in das von Großbritannien geschaffene und betriebene kolonialistische Handelssystem mit seiner grundlegenden, dem britischen Inselreich die Versorgung des transatlantischen Kontinents

mit Industrieprodukten und letzterem die Belieferung des ersteren mit Agrarerzeugnissen und Rohstoffen zuweisenden Arbeitsteilung.

In den nördlichen Staaten der neuen Republik hingegen ermöglichen die andere, in kleineren Höfen und Landgütern und einer freien Bauernschaft bestehende landwirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft, die durch günstige Häfen beförderte Entstehung größerer urbaner Kommunen und die deshalb vornehmlich dorthin gerichtete beständige Immigration von Übersee, genauer gesagt, die dort sich sammelnde qualifizierte Arbeits- und handwerklich-technische Leistungskraft der vom europäischen Kontinent eintreffenden Zuwanderer den allmählichen beziehungsweise - eben wegen jenes Zustroms von Arbeitskraft und handwerklich-technischer Kompetenz - gar nicht so allmählichen, sondern vielmehr rasanten Auf- und Ausbau eines industriekapitalistischen Produktionssystems nach dem Vorbild der ehemaligen Kolonialmacht. Dass dieser Auf- und Ausbau sich so rasant vollzieht und so erfolgreich verläuft, könnte angesichts der nach Maßgabe ihres Entwicklungsstands hoch überlegenen europäischen beziehungsweise britischen industriellen Konkurrenz, die im Süden ja auch für die weitgehende Beibehaltung der alten, zwischen inländischer Agrarwirtschaft und ausländischer Industrieproduktion bestehenden Arbeitsteilung sorgt, auf den ersten Blick überraschen.

Näheres Zusehen indes fördert für die ebenso rasante wie erfolgreiche industriekapitalistische Entwicklung in den nördlichen Regionen des neuen Bundesstaats einen unschwer erkennbaren Grund zutage - nämlich die, bezogen auf das Gesamt des nordamerikanischen Kontinents, besondere politisch-geographische Situation des Landes, sprich, das Spannungsverhältnis zwischen dem aktuell begrenzten politischen Territorium, das es ist, und dem potenziell unbeschränkten geographischen Terrain, von dem es einen Teil bildet. Tatsächlich nimmt die neue Republik anfangs ja nur einen relativ schmalen Streifen entlang der Atlantikküste, also im Osten des Kontinents, ein und geht mithin an seiner westlichen Grenze in eine riesige, bis an den Pazifik reichende Landfläche über, die, weitgehend naturbelassen und von den dort heimischen, größtenteils aus Jägern und Sammlern bestehenden Bevölkerungen zumeist nur extensiv in Anspruch genommen, die aus Europa eintreffenden Zuwanderer zur expansiven Besetzung und intensiven Nutzung, sprich,

zur sedentären Besiedlung und landwirtschaftlichen Bebauung geradezu einlädt.

Zwar wird das Land durchweg von der Vielzahl stammesmäßig organisierter indianischer Völkerschaften, aus denen die heimische Population besteht, beansprucht und genutzt, aber ohne staatliche Organisation und institutionellen Zusammenhalt sind diese nur gelegentlich und kurzzeitig zu Stammesbünden vereinigten und im Normalfall in der für Stammesstrukturen typischen Indifferenz oder gar Feindseligkeit, sprich, Abgrenzungsmentalität oder gar Abwehrhaltung gegeneinander verharrenden Völkerschaften auf dem ihrer Reproduktionsweise entsprechenden niedrigen werkzeug- und waffentechnischen Entwicklungsstand nicht ernstlich in der Lage, den von Osten vordringenden Siedlern Paroli zu bieten, zumal die agrarische, auf Naturbearbeitung abgestellte Subsistenzweise der Neuankömmlinge bei den Einheimischen der anfänglichen Illusion einer koexistenziellen Verträglichkeit mit ihrer eigenen, auf die Abschöpfung von Naturreichtum beschränkten Jagd- und Sammeltätigkeit Vorschub leistet - einer Illusion, die erst verfliegt, wenn es zu spät ist und die Siedler hinlänglich und in ausreichender Menge Fuß gefasst haben und präsent sind, um der Tatsache der in Wahrheit mit ihrem Vordringen und Sesshaftwerden einhergehenden Entwendung und Umfunktionierung des von den Jägern und Sammlern beanspruchten Lebensraumes Irreversibilität und Endgültigkeit zu sichern. Unaufhaltsam nach Westen gedrängt und zwischen den vordringenden Siedlern und den benachbarten Stämmen, denen sie dadurch ins Gehege kommen, aufgerieben, unterliegen die indianischen Völkerschaften einem Auflösungs- und Dezimierungsprozess, der, unterstützt von den durch die Siedler eingeschleppten Zivilisationskrankheiten und konsumtiven Suchtmitteln, die meisten von ihnen zugrunde richtet und auslöscht und die wenigen Gruppen, die wegen ihrer Lage im äußersten Westen immerhin die Zeit für eine wenigstens rudimentäre Anpassung an die neuen Lebensbedingungen und Machtverhältnisse finden, auf eine ebenso armselige wie minoritäre Randexistenz reduziert.

Und soweit andere europäische Mächte wie Frankreich, Spanien, Russland und die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien territoriale Ansprüche auf das riesige Terrain geltend machen beziehungsweise Teile von ihm okkupiert haben, gelingt es der neuen Republik binnen eines guten halben Jahrhunderts, diesen konkurrierenden Mächten sei's ihre

territorialen Ansprüche abzukaufen, sei's die von ihnen okkupierten Gebiete durch eine Kombination von direkter und indirekter Gewalt, eine Parallelaktion aus militärischer Gebietsannexion und kolonisierender Landnahme, zu entreißen, so dass ihr, der neuen Republik, dies hinter ihrer westlichen Grenze, die mittlerweile von den großen Seen im Norden bis zum Golf von Mexiko reicht, gelegene gesamte, bis zum Pazifischen Ozean sich erstreckende Terrain offen steht, um es, ohne auf gravierenden organisierten Widerstand zu stoßen und ohne nennenswerte völkerrechtliche Konfrontationen heraufzubeschwören, als *frontier*, als quasi mobiles Grenzland, Schritt für Schritt zu besiedeln und in Besitz zu nehmen und dem republikanischen Staatsverband die in Besitz genommenen, von der mobilen Grenze dem Staatsterritorium quasi hinterlassenen Gebiete als neue bundesstaatliche Mitglieder an- beziehungsweise einzugliedern.

Diese sich ständig erweiternden neu besiedelten und gegen die Märkte von Übersee relativ abgeschirmten, weil im Hinterland, um nicht zu sagen Hinterhof, der Vereinigten Staaten gelegenen Regionen aber sind es nun, die mit ihren infrastrukturellen Ansprüchen und ihrem Bedarf an Industriegütern im Allgemeinen und technischer Ausrüstung beziehungsweise Werkzeugen im Besonderen dem Nordteil der Republik eine der anfangs übermächtigen europäischen Konkurrenz trotzende eigene industriekapitalistische Entwicklung ermöglichen. So gewiss die vornehmlich in den Häfen des Nordteils der Republik anlandenden Zuwanderer von dort aus den Weg in den Westen nehmen und die Verbindungsrouten zu der sich immer weiter vorschiebenden *frontier* schaffen, auf denen der Personen- und Warenverkehr mit den neu besiedelten Gebieten und der *frontier* selbst verläuft, so gewiss ist es nun auch eben dieser nach Maßgabe der Verlagerung der Staatsgrenze nach Westen zunehmend zum Nordosten umdefinierte Norden, der von der kommerziellen Arbeitsteilung, die sich zwischen den vornehmlich agrarisch-ländlichen neuen Territorien und dem bereits über handwerklich-städtische Zentren verfügenden Ursprungsgebiet der Republik zwangsläufig herstellt, im Sinne einer industriekapitalistischen Karriere eben dieser handwerklich-städtischen Zentren profitiert.

Tatsächlich weist in diesem Punkte die industriekapitalistische Entwicklung, die der Nordosten der Vereinigten Staaten von Amerika während der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts durchläuft, eine

frappierende Ähnlichkeit mit derjenigen auf, die im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts die vormalige britische Kolonialmacht nimmt. Wie an früherer Stelle gezeigt, spielen die von Großbritannien in Übersee und vor allem an der Westküste des Nordatlantik, auf dem Gebiet der späteren nordamerikanischen Republik, begründeten und kontinuierlich besiedelten Kolonien wegen der kommerziellen Arbeitsteilung, für die sie den Grund legen, sprich, wegen ihrer Nachfrage nach Industriegütern und ihrem Angebot an landwirtschaftlichen Produkten und naturalen Rohstoffen, eine wesentliche, wo nicht entscheidende Rolle beim Aufstieg des Inselreichs zu einer Industrienation, die im neunzehnten Jahrhundert als "Werkstatt der Welt" zu firmieren vermag. Und eben diese Rolle eines für die industriekapitalistische Entwicklung entscheidenden Widerhalts oder Kontrapunkts spielt nun aber für die nordamerikanischen Kolonien des britischen Inselreichs, die sich von dessen Herrschaft und Bevormundung emanzipiert und als eigenes, republikanisches Staatswesen etabliert haben, das weiter westlich gelegene kontinentale Terrain, für dessen fortschreitende Eroberung und Kolonisierung der anhaltende und sich aufgrund der politisch-ökonomischen Verhältnisse in Europa immer weiter verstärkende Zuzug europäischer Auswanderer gleichermaßen die Materie und die Energie, das nötige Personal und den sozialen Druck liefert.

Aber so sehr in Sachen der für ihre industrielle Entwicklung grundlegenden kommerziellen Arbeitsteilung, die die Kolonialmacht mit den von ihr kolonisierten Gebieten praktiziert, eine generelle Vergleichbarkeit zwischen dem Industrialisierungsprozess Großbritanniens im achtzehnten und dem der Vereinigten Staaten im neunzehnten Jahrhundert auf der Hand liegen mag, der im Unterschied gleichermaßen der geographischen Situation und der staatlichen Konstitution beider begründete differente Verlauf, den mit weitreichenden Auswirkungen auf das jeweilige politisch-ökonomische Verhältnis zwischen der Kolonialmacht und ihren kolonisierten Gebieten jener Industrialisierungsprozess im einen und im anderen Falle nimmt, ist nicht weniger offensichtlich.

Zum einen ist da die geographische Kluft, die in Gestalt des Atlantischen Ozeans die britische Kolonialmacht von ihren kolonialen Gebieten in Nordamerika trennt und die der kraft ihrer Flotte den Ozean beherrschenden beziehungsweise für seine Überbrückung sorgenden Kolonialmacht erlaubt, den personalen und realen Austausch mit den kolonialen

Gebieten nach Gutdünken beziehungsweise nach Maßgabe der eigenen Interessen zu determinieren, zu kontrollieren und zu kanalisieren, will heißen, die kolonialen Gebiete in der der industriellen Entwicklung des Inselreichs förderlichsten Abhängigkeit und Beschränkung zu verhalten und die hierzu dienliche kommerzielle Arbeitsteilung, das Monopol der Kolonialmacht auf die Erzeugung von Industriegütern und die Vereidigung der kolonialen Gebiete auf die Lieferung von Agrarerzeugnissen und Rohstoffen, ebenso dauerhaft wie fest zu etablieren.
Die *frontier* hingegen, die die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich nach ihrer politischen Emanzipation von der britischen Kolonialmacht ihrerseits als Kolonialmacht profilieren, von den durch sie kolonisierten Gebieten westlich ihres Territoriums trennt, ist allein schon aufgrund der topologischen Kontiguität beziehungsweise geographischen Kontinuität, für die die verbindende kontinentale Landmasse sorgt, alles andere als eine trennende Kluft und lässt sich in Wahrheit eher als eine kommunizierende Membran verstehen, die nicht nur eine staatliche Kontrolle oder gar herrschaftliche Restriktion des personalen und realen Austauschs zwischen dem kolonisierenden Territorium und dem kolonisierten Terrain von vornherein ausschließt, sondern die mehr noch sicherstellt, dass dieser Austausch und Verkehr weitgehend unbehindert, wenn auch nicht frei von Ungleichzeitigkeiten und Frequenzverschiebungen, in beide Richtungen verläuft und deshalb in dem Maße, wie die Kolonisierung nach Westen voranschreitet, die kolonisierten Gebiete östlich der weiterwandernden *frontier* sich in den von der Kolonialmacht vorangetriebenen Industrialisierungsprozess ebenso unaufhaltsam wie rasch einbezogen finden und wenig Mühe haben, zu dem jeweils erreichten industriekapitalistischen Entwicklungsstand aufzuschließen.

Und entscheidend verstärkt wird dieser durch die geographische Situation, die kontinentale Topographie begünstigte unbeschränkte gesellschaftliche Austausch und der daraus konsequierende wirtschaftliche Ausgleich zwischen der Kolonialmacht und ihren Kolonialgebieten noch durch die differente politische Konstitution der Vereinigten Staaten, also dadurch, dass letztere, anders als die Kolonialmacht Großbritannien, keine absolutistisch regierte Monarchie, sondern eine föderalistisch organisierte Republik bilden. Tatsächlich bietet die in Großbritannien bestehende absolutistische Herrschaft mit ihrer personalisierten Souveränität eine ideale Voraussetzung für die in der Beziehung der britischen

Kolonialmacht zu ihren nordamerikanischen Kolonien obwaltende staatliche Kontrolle beziehungsweise herrschaftliche Restriktion des personalen und realen Austauschs und Verkehrs. So gewiss das absolutistische Regime alle Mitglieder der Gesellschaft in einem als staatsbürgerliche Untertänigkeit erscheinenden Zustand weitgehender politischer Entmündigung und bürokratischer Unterwerfung verhält, so gewiss bietet es die bestmögliche Grundlage für all die Verfügungen und Maßnahmen, die es braucht, um jene Regulationen des Austauschs und Restriktionen des Verkehrs geltend zu machen und durchzusetzen.

Zwar hat just im Falle Großbritanniens diese Entmündigung und Unterwerfung der bürgerlichen Gesellschaft durch den absolutistisch-zentralistischen Staat, die politische Reduktion des zivilen Bürgers auf den egalen Untertanen, nur bedingt Geltung und sind dank des vergleichsweise steilen Aufschwungs der handelsstädtischen Zentren des Inselreichs und der entsprechend raschen manufakturellen beziehungsweise industriellen Wendung, die das in den städtischen Zentren amassierte Handelskapital nimmt, und dank der ebenso maßgebenden wie grundlegenden Bedeutung, die für die Etablierung und Finanzierung der absolutistischen Herrschaft das durch seinen manufakturellen und industriellen Einsatz zum Kapital sans phrase avancierte Handelskapital erringt, dessen bourgeoise Sachwalter und Repräsentanten mitsamt ihrem mittelständischen Anhang mehr als irgendwo sonst im europäischen Raum in der Lage, die absolutistische Herrschaft zivilen Verhaltensregeln im Allgemeinen und einer parlamentarischen Kontrolle im Besonderen zu unterwerfen und also dem monarchischen Souverän eine Art konstitutionelle Kandare anzulegen und die Willkür und Selbstherrlichkeit, der er andernorts frönt, zu zügeln.

Aber das ändert nichts an der auch dem absolutistischen Souverän britischen Zuschnitts attestierten Tauglichkeit, die nordamerikanischen Kolonien mit kolonialmächtig harter Hand zu regieren und in einem Zustand weitgehender Untertänigkeit und Rechtlosigkeit zu erhalten, da jene konstitutionalistische Mäßigung und Verbindlichkeit des absolutistischen Regimes auf das das heimische Territorium der Kolonialmacht selbst beschränkt bleibt und deren Bürgerschaft, solange sie den beschriebenen, die Industrialisierung des Inselreichs betreffenden ökonomischen Vorteil aus den überseeischen Kolonien zieht, keine Bedenken trägt, letztere der uneingeschränkt autokratischen Herrschaft und bürokratischen

Prokura ihres im Inselreich selbst konstitutionalistisch korsettierten absolutistischen Souveräns auszuliefern und zu überlassen.

Und diese absolutistische Herrschaft, die anders als in seinem insularen Reich der monarchische Souverän in seinen überseeischen Kolonien ausüben darf, gewinnt sogar eine besondere Härte und Rücksichtslosigkeit, weil sie ihm eine Art Kompensation für die von ihm durchaus als seinen absolutistischen Machtanspruch beeinträchtigend erfahrene Rücksichtnahme und Bereitschaft zum machtpolitischen Kompromiss bietet, zu der ihn seine heimische Untertanenschaft nötigt, und weil es letzterer im Eigeninteresse nur recht ist, wenn er sich für die konstitutionellen Beschränkungen, die sie ihm auferlegt, draußen, in den Kolonien, schadlos zu halten und so den Druck abzubauen oder jedenfalls zu mindern vermag, unter den ihn der seiner Amtsführung à *l'anglaise* innewohnende Widerspruch zwischen absolutistischer Selbstherrlichkeit und konstitutionalistischer Domestizierung setzt. Genau diese Härte und Rücksichtslosigkeit, die der Souverän im Umgang mit seinen überseeischen Untertanen an den Tag legt und die nicht zuletzt ihren Ausdruck in einer seine Kasse zu füllen bestimmten rigorosen Steuer- und Zollpolitik findet, wie er sie sich gegenüber seinen parlamentarisch wehrhaften heimischen Untertanen niemals erlauben könnte - genau sie erweist sich dann schließlich als, wenn schon nicht die generelle Ursache, so jedenfalls doch der aktuelle Auslöser des kolonialen Aufstands gegen die Kolonialherrschaft, der zu der politischen Loslösung der nordamerikanischen Kolonien vom britischen Inselreich und ihrer Etablierung als eigenständige bundesstaatliche Republik führt.

Die republikanische Verfassung, die sich die Vereinigten Staaten von Amerika geben, schließt aber eine autokratische Herrschaftsübung und bürokratische Unterdrückungspraxis, wie sie sich die absolutistisch regierte britische Kolonialmacht gegenüber ihren nordamerikanischen Kolonien leistet, von vornherein aus. So gewiss die republikanische Ordnung eine wie sehr auch durch institutionelle Repräsentationsmechanismen gewichtete und ungleich sortierte Teilhabe und Befassung aller sozialer Gruppen des Gemeinwesens an und mit dessen öffentlichen Angelegenheiten beinhaltet, so gewiss sie einen als Staatstopos vorgestellten öffentlichen Raum postuliert, dem gegenüber alle Gruppen die prinzipiell oder formell, wenn schon nicht reell oder funktionell gleichen Rechte und Pflichten beanspruchen dürfen, so gewiss kann es die neu

gegründete Republik sich schlechterdings nicht erlauben, ihre im Westen besiedelten Regionen in kolonialistischer Abhängigkeit und Botmäßigkeit zu verhalten, und muss im Gegenteil, sobald jene Regionen de facto ihrem Territorium zufallen, sie auch de jure als auf die gleichen konstitutionellen Rechte und Pflichten, die ihre bereits etablierten Teilstaaten besitzen, Anspruch erhebende weitere staatliche Einheiten anerkennen und ihrem Staatsverband einverleiben. Die republikanische Verfassung der föderalistisch vereinigten nordamerikanischen Kolonialmacht bringt es mit anderen Worten mit sich, dass sich ihre republikanisch-föderalistische Struktur quasi selbsttätig auf ihre dank der mobilen *frontier* nach Westen expandierenden kolonialen Gebiete ausdehnt und sie selbst somit als ein ebenso reproduktionsstark wachsender wie assimilationskräftig integrierender Organismus firmiert, dem eben diese seine Reproduktionsstärke die konstitutionelle Identität und seine Assimilationskraft die kulturelle Homogenität erhält und sichert.

Nicht, dass es nicht historisch Beispiele genug dafür gibt, dass auch republikanisch verfasste Gemeinwesen, ihrem strukturellen Prinzip und organisierenden Begriff zum Trotz, eine kolonialistische Politik praktizieren und außerhalb ihres Territoriums von ihnen okkupierte Gebiete beziehungsweise beherrschte Gesellschaften als ein ebenso herren- wie rechtlos sächliches Eigentum beziehungsweise menschliches Inventar betrachten und behandeln können. Aber um diesen Verstoß gegen ihr strukturelles Prinzip und ihren organisierenden Begriff, kurz, diese Sünde wider den republikanischen Geist begehen zu können, bedarf das betreffende Staatswesen ideologisch überzeugender Rechtfertigungen, will heißen, glaubhafter Rationalisierungen, und muss es also etwa eine große entwicklungsgeschichtlich-zivilisatorische Kluft oder ein breites Spektrum an kulturellen, sprachlichen, brauchtümlichen und kultischen Differenzen oder massive Abweichungen bei den sozialen Assoziationsformen und politischen Einrichtungen oder schließlich und vorzugsweise markante Unterschiede rassischer beziehungsweise ethnischer Art geltend machen. Von alledem kann aber im Falle des via *frontier* praktizierten Kolonialismus der Vereinigten Staaten keine Rede sein, und deshalb ist es nur natürlich und in der Tat unvermeidlich, dass der republikanische Kolonialismus sich als eine Art organischer Expansionismus vollzieht, dass die Republik die Kolonialgebiete, die ihr der Westen des Kontinents eröffnet, nur unter der Bedingung gewinnt und nur um den Preis

erschließt, dass diese sich umgehend ihrerseits republikanisieren und dem bereits bestehenden Staatenbund als neue, den alten Bundesstaaten ebenso föderalistisch gleichgestellte wie nach ihrem Vorbild staatlich verfasste Territorien integrieren.

Und der rasche Wechsel und Übergang vom heteronomen Siedlungsgebiet zum autonomen Staatsterritorium, von einem fremdbestimmt kolonialen Anhängsel der Republik zu deren eigenständig kommunalem Mitglied, der parallel, um nicht zu sagen, in Korrespondenz zu dem nach Westen fortschreitenden Kolonisierungsprozess stattfindet - er verstärkt nun also noch entscheidend die integrative Wirkung, die von der topographischen Kontiguität beziehungsweise geographischen Kontinuität zwischen kolonisierendem Territorium und kolonisiertem Terrain ausgeht, indem er einen idealen politischen Rahmen oder, um ein Bild aus der Naturstofflehre zu bemühen, ein probates katalytisches Ferment für den dieser geographischen Kontinuität geschuldeten ungehinderten gesellschaftlichen Austausch und daraus konsequierend unaufhaltsamen wirtschaftlichen Ausgleich bietet. Begünstigt durch ihre politische Eingliederung in das republikanisch-föderalistische Staatswesen, gewinnen so die neu besiedelten Regionen nicht nur rasch Anschluss an dessen volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand, sondern wirken auch bald schon aktiv an der Entfaltung und Beschleunigung jenes Industrialisierungsprozesses mit, dem sie kurz zuvor noch in der arbeitsteilig-passiven Komplementärfunktion eines mit Agrarerzeugnissen und Rohstoffen aufwartenden Absatzmarktes und Outlets für Industrieprodukte gedient haben, wobei das durch ihre nunmehrige Mitwirkung erweiterte und verstärkte industrielle Produktionssystem sein arbeitsteiliges Komplement oder koloniales Outlet wiederum in den Siedlungsgebieten findet, die die westlich wandernde *frontier* dem schier unermesslichen kontinentalen Terrain jeweils neu entreißt.

Dies Spezifische des industriellen Entwicklungsprozesses, der, so sehr er formell dem britischen Aufstieg zur Industriemacht ähneln mag, doch aber reell davon abweicht und nämlich durch gleichermaßen die progressive geographische Kontinuität und die sukzessive politische Identität zwischen Kolonialmacht und Kolonialgebieten, besiedelndem Territorium und besiedeltem Terrain, die ihn determinieren, die Statik der von Großbritannien mit seinen nordamerikanischen Kolonien praktizierten Arbeitsteilung aufbricht und eine Wechselwirkungsdynamik entfaltet,

die ihm den fast schon Münchhausensch anmutenden Charakter eines ebenso selbstverstärkenden wie selbsttragenden evolutionären Automatismus, um nicht zu sagen, organischen Metabolismus verleiht - diese seine Spezifik also macht, dass der industrielle Entwicklungsprozess der Vereinigten Staaten von Amerika ungleich schneller und in geradezu geometrischen Dimensionen verläuft und das expandierende Land binnen eines knappen Jahrhunderts eine industrielle Kapazität entfaltet, die der der führenden europäischen Industrienationen kaum nachsteht und die nur deshalb in Europa noch nicht ihrer tatsächlichen Bedeutung gemäß handelspraktisch zu Buche schlägt und handelspolitisch wahrgenommen wird, weil eben die Spezifik ihres Industrialisierungsprozesses die Vereinigten Staaten in einer Art isolationistischer Versenkung in ihr eigenes expandierendes Territorium und einer Art monadologischer Konzentration auf ihren sich in ständig erweiterter Form reproduzierenden Binnenmarkt verhält.

So rasant und effektiv die industriekapitalistische Entwicklung der Vereinigten Staaten aber auch verläuft, je weiter sie voranschreitet, umso beschwerlicher und ärgerlicher wird das retardierende Moment, als das sich hierbei der südliche Teil des anfänglichen Staatenbunds erweist, umso stärker entpuppen sich diese im Süden des ursprünglichen Territoriums gelegenen Bundesstaaten als eine den Industrialisierungsprozess belastende Hypothek, als seine Bewegungsfreiheit beschränkender, seinen Fortschritt hemmender Klotz am Bein. Der Industrialisierungsprozess findet ja im Wesentlichen im Norden mit seinen Seehäfen, über die der Zuzug von Immigranten verläuft, und seinen kleinen Höfen und bäuerlichen Siedlungen, die das Entstehen handwerklich-städtischer Versorgungszentren begünstigen, statt und breitet sich von dort nach Westen und Südwesten in die neu besiedelten Gebiete aus, wohingegen der Süden des ursprünglichen Territoriums in der arbeitsteilig-agrarwirtschaftlichen Rolle verharrt, die ihm die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien zugewiesen hat und die er auf der Basis einer mit Sklavenarbeit operierenden Plantagenwirtschaft zum Nutzen der Oberschicht aus Plantagenbesitzern und Großgrundeigentümern und auch zum Vorteil der dieser in dienstlicher oder freiberuflicher Funktion zuarbeitenden Bevölkerungsgruppen unverändert ausübt.

Mit seinem ökonomischen System kommt nun aber der Süden den sich industrialisierenden Regionen des Nordens und Westens zunehmend in

die Quere, beziehungsweise kommen letztere mit den kommerziellen Ansprüchen, die aus ihrer Industrialisierung resultieren, ersterem immer stärker ins Gehege. Zum einen erfahren die Südstaaten das System industrieller Arbeit auf Lohnvertragsbasis, das unvereinbar mit leibeigenschaftlicher Hörigkeit alias Sklaverei ist und vielmehr nach einer als Gleichheit vor dem Gesetz zumindest formellen Egalität aller Mitglieder der Gesellschaft verlangt und das folgerichtig um die Wende vom achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert, ideologisch ebenso überhöht wie publizistisch untermauert durch eine vom Gleichheitsideal der Französischen Revolution inspirierte und als Abolitionismus figurierende humanitäre Bewegung, in den europäischen Industrienationen und im Nordteil der Vereinigten Staaten zum Verbot der Sklaverei führt, das sich dann in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts nach und nach auf die europäischen Kolonialreiche ausweitet - zum einen also erfahren die Südstaaten dieses System einer auf formell freier Bürgerlichkeit beruhenden industriellen Lohnarbeit als zunehmend akute Bedrohung ihrer auf Sklavenarbeitsbasis betriebenen Plantagenwirtschaft, die ihnen beziehungsweise ihrer halbfeudal herrschenden Oberschicht und deren bürgerlichem Anhang den Reichtum beziehungsweise das Auskommen sichert. Und dies nicht nur, weil das Lohnarbeitssystem mit der politischen Freiheit und sozialen Selbständigkeit, die es gewährt oder jedenfalls verspricht, auf die versklavte schwarze Bevölkerung des Südens eine große Anziehungskraft ausübt und diese in zunehmendem Maße zum Aufbegehren und zum Widerstand ermuntert, wo nicht gar zur Desertion und Flucht nach Norden motiviert, sondern auch, weil in dem Maße, wie die Sklavenbefreiung weltweit an Boden gewinnt, der Abolitionismus beziehungsweise die hinter ihm sich versteckenden politischen und ökonomischen Interessen dringlicher und militanter werden und den Süden mit seinem als offenkundig atavistisch diskreditierten Sklavenarbeitssystem entsprechend unter Druck setzen.

Und zum anderen erfahren die Nordstaaten und ihre staatlichen Neugründungen im Westen das mittels Sklavenarbeit auf die plantagenwirtschaftliche Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen konzentrierte ökonomische System des Südens immer stärker als Belastung und Gefährdung der von ihnen vorangetriebenen Industrialisierung. Dieses plantagenwirtschaftliche Produktionssystem lebt ja nach wie vor von der Arbeitsteilung, die es primär mit der Volkswirtschaft der ehemaligen

Kolonialmacht Großbritannien und in zweiter Linie auch mit anderen europäischen Volkswirtschaften praktiziert, lebt mit anderen Worten davon, dass die europäischen Staaten ihm seine agrarwirtschaftlichen Erzeugnisse beziehungsweise Überschüsse abnehmen und es dafür mit Industriegütern versorgen. Ihren ganz und gar komplementären und durch keine ernstliche Konkurrenz beeinträchtigten ökonomischen Beziehungen zur alten Welt gemäß, sind die Südstaaten an einem freien, sprich, durch keine handelspolitischen Manipulationen im Allgemeinen und zollpolitischen Restriktionen im Besonderen fremdbestimmten kommerziellen Austausch interessiert beziehungsweise um des Bestehens und Wohlergehens ihrer maßgeblichen Bevölkerungsschichten willen regelrecht darauf angewiesen.

Damit aber kommen sie nun, wie gesagt, den Staaten des Nordens und expandierenden Westens in die Quere, die ihre Industrialisierung auf den oben beschriebenen spezifischen Kolonialismus gründen, zu dem das gen Westen sich erstreckende kontinentale Terrain ihnen gleichermaßen das Betätigungsfeld und den Entfaltungsraum liefert und den sie sich deshalb als gleichermaßen die Quelle und Triebfeder ihres industriekapitalistischen Wachstums gegen etwaige auf die Mitwirkung am kolonialen Geschäft und die Teilhabe an den Marktchancen, die es eröffnet, zielende Begehrlichkeiten der europäischen Mächte infinit zu erhalten und exklusiv vorzubehalten suchen. Durch ihren eigenen Industrialisierungsprozess in ein kommerzielles Konkurrenzverhältnis zu den europäischen Industrienationen versetzt, sind sie, anders als die in einer kommerziellen Komplementärbeziehung zu letzteren befangenen Südstaaten, nicht an einem freien Güter- und Dienstleistungsaustausch mit den überseeischen Konkurrenten interessiert, sondern im Gegenteil darauf aus, durch wirtschafts- und handelspolitische Maßnahmen wie die Schaffung eines eigenen Banken- und Kreditsystems und die Einführung von Schutzzöllen und Importbeschränkungen die nationale industriekapitalistische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten beziehungsweise zu stärken und den ausländischen Konkurrenten den Zugang zu den Märkten des Landes, wo nicht überhaupt zu versperren, so jedenfalls doch zu erschweren.

Dieser diametrale ökonomische Interessengegensatz zwischen dem Süden und dem Norden, der Widerspruch zwischen der Freihandelspolitik,

die ihre agrikulturelle Ausrichtung auf der Grundlage von Sklavenarbeit den Südstaaten vorschreibt, und der Schutzzollpolitik, zu der ihr Industrialisierungsprozess auf Lohnarbeitsbasis die Nordstaaten antreibt, spitzt sich in dem Maße zu, wie die Industrialisierung im Norden und Westen der Republik voranschreitet, und führt unvermeidlich zu einer post festum ihres Ausgangs zum Bürgerkrieg deklarierten militärischen Auseinandersetzung, die, so mörderisch und verlustreich sie geführt wird und so erbittert die Armeen des Südens sich ihrer Haut wehren, nur auf die Weise enden kann, wie sie endet - mit der Kapitulation der Südstaaten und ihrer Redintegration in die von den Nordstaaten repräsentierte Republik unter den von letzteren diktierten Bedingungen. Tatsächlich ist der unmittelbar kriegauslösende Akt, der sezessionistische Austritt der Südstaaten aus den Vereinigten Staaten und ihre unter dem Namen Konföderierte Staaten von Amerika vollzogene Etablierung als eigenständige Republik, bereits Menetekel des Ausgangs, den der Bürgerkrieg zwangsläufig nimmt.

So gewiss die Sezession nichts weiter ist als Eskapismus, nichts weiter als der verzweifelte Versuch einer von einem ebenso atavistischen wie borniert agrikulturellen Fronsystem profitierenden vergleichsweise kleinen quasifeudalen Oberschicht, sich der Übermacht eines auf ungleich diversifizierterer ökonomischer Basis und mit ungleich breiterer gesellschaftlicher Unterstützung operierenden Bürgertums durch einen völkerrechtlichen Coup, die Aufkündigung der staatlichen Einheit, zu entziehen, und so gewiss das Bürgertum diesen Versuch durchkreuzt, indem es den Anspruch der quasifeudalen Oberschicht auf völkerrechtliche Souveränität als Anmaßung verwirft und sie per Bürgerkrieg zur staatsrechtlichen Verantwortung zieht, so gewiss muss sich die reale und personale Übermacht des Nordens siegreich durchsetzen und, wie in der nicht zuletzt durch eine Handelsblockade beförderten strukturellen Zerstörung der Plantagenwirtschaft des Südens, so in einer durch die Rüstungsanstrengungen, zu denen der Krieg Anlass gibt, bereits initiierten konjunkturellen Entfesselung der Industrieproduktion des Nordens resultieren. Dass der Bürgerkrieg immerhin vier Jahre dauert und sich mit seinen blutigen Schlachten und hohen Verlusten an Menschenleben als regelrechte Generalprobe auf den ein halbes Jahrhundert später ausbrechenden Ersten Weltkrieg präsentiert, ist dabei im Wesentlichen den rasanten technischen Fortschritten zuzuschreiben, zu denen zuerst die

europäischen Kriege im Anschluss an die Französische Revolution und dann die um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zunehmenden und auf den gesamten Erdball ausgreifenden imperialistischen Operationen den Anstoß geben und die der Waffen- und Rüstungsindustrie gleichermaßen eine Schlüsselfunktion für die gesamte industrietechnische Entwicklung wie eine leitfossilische Stellung in ihr vindizieren.

Die Einwanderungspolitik der amerikanischen Republik im Verein mit den ökonomischen und sozialen Nöten in Europa sorgt für einen massiven Zustrom an Arbeitskräften, der unter Bedingungen der kontinentalen Siedlungsbewegung innerhalb der USA zu einem Ungleichgewicht zwischen agrikulturell selbständig Wirtschaftenden und industriell Lohnarbeitenden führt, das den Industrialisierungsprozess zu hemmen, wo nicht zu torpedieren droht und für dessen Bewältigung und Korrektur die Rationalisierung der Arbeitsprozesse und Automatisierung der Produktionsmittel sich als probates Mitteln aufdrängen. Kein Wunder, dass die amerikanische Republik zur Vorkämpferin und treibenden Kraft der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie avanciert.

Mit dem Triumph der Nordstaaten über die Südstaaten und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit erfährt nun der Industrialisierungsprozess der amerikanischen Republik eine beispiellose Ausweitung und Beschleunigung. Allen Widerstands der Südstaaten, die erst einmal in einer halbkolonialen Unterwerfung und Lähmung erstarren, ledig, können der Norden und der von ihm aus entfaltete Westen ihre Schutzzollpolitik und ihren Aufbau eines eigenen Finanzsystems mit Macht vorantreiben und auf der Basis dieser günstigen Rahmenbedingungen das Entwicklungspotenzial, das in der oben explizierten dynamischen Arbeitsteilung mit dem ebenso progressiv erschlossenen und besiedelten wie sukzessiv dem republikanischen Staatenbund angegliederten und einverleibten westlichen kontinentalen Terrain steckt, voll ausschöpfen. So gewiss die im Vorschub der mobilen *frontier* neu besiedelten Gebiete der industriellen Produktion der Republik immer neue kommerzielle Entfaltungsräume und Absatzmärkte eröffnen und so gewiss die ihrer raschen politischen Einbeziehung in den Staatenbund korrespondierende ebenso rasche ökonomische Integration der neu besiedelten Gebiete in dessen Industrialisierungsprozess das gesteigerte Bedürfnis nach weiteren kommerziellen Entfaltungsräumen erzeugt und nährt, das wiederum

in den noch unerschlossenen Weiten des kontinentalen Westens sein kommodes Befriedigungsmittel vor Augen hat, so gewiss vollzieht sich nun die industriekapitalistische Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika als ein - abgesehen von den genannten zoll- und geldpolitischen Rahmenbedingungen - auf keine politische Unterstützung oder staatliche Förderung angewiesener, weil nicht weniger selbstverstärkender als selbsttragender Prozess, der eine Dynamik und Rasanz an den Tag legt, die beispiellos sind und selbst noch die industriekapitalistische Karriere, die zuvor auf merkantil-kolonialistischer Grundlage die frühere Kolonialmacht, das britische Inselreich, durchlaufen hat, in den Schatten stellen.

Natürlich ist unabdingbare Voraussetzung für diesen Prozess eine seiner Rasanz und Dynamik entsprechende Zunahme an und Versorgung mit Personal, der Zuzug und die Verfügbarkeit von für die Erschließung der neuen Landflächen und den Aufbau der neuen Industrien ausreichend großen Kontingenten agrikultureller Siedler und industrieller Arbeitskräfte. Formell gewährleistet dies die dritte, von Staats wegen zum ökonomischen Prozess beigesteuerte Rahmenbedingung, die in markantem Gegensatz zur schutzzollpolitischen Abschottung gegen industrielle Güter und Dienstleistungen von jenseits des Atlantiks stehende Entschränkung und Öffnung des Landes für europäische Zuwanderer, für Menschen jeglicher Art, Herkunft und Absicht, die bereit sind und die Gelegenheit finden, mit ihrer Habe, ihren Fertigkeiten und ihrer Arbeitskraft aus der Alten in die Neue Welt überzusiedeln. Und reell stellen die sozialen Verhältnisse in Europa sicher, dass diese staatlich verfügte weite Öffnung des nordamerikanischen Kontinents für Einwanderer aus Übersee auch voll und ganz genutzt und so die genannte Grundvoraussetzung für die als ebenso selbstverstärkender wie selbsttragender Prozess funktionierende industrielle Erschließung und Entwicklung des Kontinents auch erfüllt wird, sprich, die Vereinigten Staaten von Amerika das aus Bauern, Arbeitern und Bürgern bestehende zahlreiche Personal erhalten, das für die Bestellung der neu besiedelten Landflächen, die Bemannung der neu gegründeten Industrie- und Dienstleistungsbetriebe und die Einrichtung der neu entstehenden kommunalen Verwaltungszentren erforderlich ist.

Gleichermaßen aus den ländlichen Regionen in Europa, in denen teils wegen der halbfeudalen Eigentums- und Abhängigkeitsverhältnisse,

teils wegen der vom Großgrundbesitz durchgesetzten Technisierung der Landwirtschaft und Rationalisierung der Arbeit die Bauern und Landarbeiter in faktischer Hörigkeit gegenüber den Grundherren und am Rande des Existenzminimums dahinvegetieren, und aus den städtischen Zentren, wohin ihre Not und ihr Elend die Landbevölkerung treibt und wo sie sich dem Heer der auf Beschäftigung im industriellen Produktionssystem angewiesenen und dessen Lohndiktat und Ausbeutungsdruck ausgesetzten Arbeitskräfte beigesellen, kommen die Massen von Menschen, die nach Maßgabe ihrer ökonomischen Not und ihres sozialen Elends für die Lockungen und Verheißungen der Neuen Welt empfänglich sind und die sich zur Auswanderung entschließen und, gegebenenfalls sogar als Flüchtlinge und behördlich Verfolgte, aufbrechen, um jenseits des Atlantiks ihr Glück zu suchen und, wenn schon nicht letzteres, so jedenfalls doch ein gedeihlicheres Auskommen und freiheitlicheres Dasein zu finden. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts nimmt diese durch die Zuwanderungspolitik der Vereinigten Staaten konditionierte und durch die sozialen Verhältnisse in den Industrienationen Europas effektuierte Emigration von der Alten in die Neue Welt die Dimension einer gigantischen Völkerwanderung an, die den Vereinigten Staaten Millionen von Menschen zuführt und das oben erwähnte Problem einer Versorgung des Landes mit den nötigen Personalkontingenten, den zugleich für seine territoriale Besiedlung und seine industrielle Entwicklung erforderlichen Landnehmern und Arbeitskräften ohne große Mühe zu bewältigen erlaubt.

So prinzipiell zureichend dank jener gewaltigen Emigrationswelle die Zufuhr an Personal für die zwei großen Projekte der Republik, ihre territoriale Siedlungsbewegung und ihren industriellen Entwicklungsprozess, aber auch sein mag, es kommt dabei - womit wir denn an den Ausgangspunkt unseres die Entstehungsgeschichte der nordamerikanischen Republik betreffenden Exkurses zurückkehren! - zu einer Ungleichverteilung des verfügbaren Personals zwischen den beiden Projekten, einer in demographischer Hinsicht strukturellen Schieflage, deren Bewältigung den nordamerikanischen Industrialisierungsprozess einen vom europäischen markant differierenden Verlauf nehmen lässt und ihm eben jenen besonderen Stempel aufdrückt, der sich nach dem Ersten Weltkrieg als die Vereinigten Staaten zu einer Führungsrolle in der weiteren industriekapitalistischen Entwicklung qualifizierendes Patent erweist.

Die Erklärung für das Ungleichgewicht ist darin zu suchen, dass die Einwanderer zwar zum größten Teil über die Häfen der Nordstaaten ins Land kommen und also von daher auch in mehr als ausreichender Menge vorhanden wären, um die Nachfrage der dort und in den staatlichen Neugründungen des Mittleren Westens florierenden Industrie zu decken, dass sie es aber zum überwiegenden Teil vorziehen, weiter nach Westen zu wandern und sich in den neu erschlossenen beziehungsweise noch unerschlossenen Gebieten vor und hinter der mobilen *frontier* als rurale Siedler beziehungsweise kommunale Pioniere niederzulassen. Teils weil sie agrarischen Regionen in Europa entstammen und Landwirtschaft ihr gewohnter Beruf und vertrautes Geschäft ist, teils weil sie gerade erst der materialen Verelendung und sozialen Verwahrlosung entronnen sind, denen sie in den europäischen Industriezentren ausgesetzt waren und die sie gelehrt haben, um die industrielle Lohnarbeit einen möglichst weiten Bogen zu machen, sehen die Immigranten in der Mehrzahl nicht ein, warum sie sich in den Zentren des Nordens und Mittleren Westens dem industriekapitalistischen Produktionssystem als Lohnarbeiter zur Verfügung stellen und nicht vielmehr den Weg in den mehr oder minder entfernten Westen einschlagen sollen, um dort auf eigenem Grund und Boden und mit eigenem Unternehmungsgeist, also in Freiheit und Selbständigkeit, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen und womöglich gar ihr Glückzu machen.

Indem sich die betreffenden Einwanderer so entscheiden, handeln sie zwar einerseits im Sinne des oben genannten und für die Dynamik und Automatik der ökonomischen Entwicklung der Republik grundlegenden arbeitsteiligen Zusammenspiels zwischen territorialer Expansion und industrieller Evolution, weil sie durch ihre Beteiligung an der territorialen Expansion den nach Maßgabe der letzteren wachsenden Bedarf der ländlichen Regionen an für ihre Kultivierung und Nutzung nötigen industriellen Gütern und infrastrukturellen Einrichtungen verstärken und somit den städtischen Zentren Anreize beziehungsweise Impulse für die Fortsetzung ihres Industrialisierungsprozesses und die Evolution eines den Bedarf der Territorien zu decken, ihre Nachfrage zu befriedigen tauglichen kapitalistischen Produktions- und Dienstleistungssystems liefern. Andererseits streuen sie aber auch Sand ins Getriebe jener Arbeitsteilung, weil sie es durch ihre Entscheidung für die Abwanderung nach Westen den Industriezentren, die sie hinter sich lassen, erschweren

beziehungsweise verunmöglichen, die Lohnarbeitskraft zu rekrutieren, die nötig ist, um der zunehmenden Nachfrage der neu besiedelten Gebiete nach Gütern und Dienstleistungen nachzukommen. Durch ihre Entscheidung für die agrikulturelle Selbständigkeit und gegen die industrielle Lohnabhängigkeit sorgen die Zuwanderer für ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen der Masse der potenziellen Verbraucher von Industriegütern und der Klasse ihrer aktuellen Erzeuger und untergraben so funktional oder personell eben den Industrialisierungsprozess, den sie intentional oder subsistenziell herausfordern.

So dilemmatisch und verderblich auf den ersten Blick diese Ungleichverteilung der Immigrationswelle auf die beiden in arbeitsteiliger Interaktion begriffenen demographischen Pools aber auch erscheinen mag, es gibt für sie ein einfaches Lösungsmittel oder, besser gesagt, Korrektiv, das ihre schädlichen Auswirkungen weitgehend zu neutralisieren taugt und das anlässlich unserer Behandlung der Reaktion des Kapitals auf die staatliche Umverteilungspolitik, die just um diese Zeit die europäischen Industrienationen aus der Taufe heben, bereits thematisiert wurde. Gemeint ist die Strategie einer Entfaltung technisch-methodischer Produktivkraft mit der spezifischen Absicht einer Rationalisierung beziehungsweise Automatisierung von Produktionsprozessen. Wie oben festgestellt, hat die auf dieses spezifische Ziel gerichtete Strategie den Effekt, dass das industrielle Produktionssystem mit weniger Arbeitskraft, einem geringeren Personalfaktor die gleiche Produktionsleistung zu erbringen, dass es mit anderen Worten auf Lohnarbeitskräfte zu verzichten, Arbeitspersonal einzusparen vermag, ohne dass dadurch sein produktives Leistungsvermögen beeinträchtigt oder geschmälert wird. Genau dieser Effekt aber erscheint ja wie geschaffen dafür, das durch die Ungleichverteilung der Immigrationswelle hervorgerufene Problem des relativen Personalmangels im Industriesektor, der Unterversorgung des industriellen Produktionssystems mit Arbeitskräften, zu kompensieren. Wenn die auf die Rationalisierung von Produktionsabläufen und die Automatisierung von Produktionsapparaten abgestellte Strategie einer Steigerung technisch-methodischer Produktivkraft geeignet ist, Arbeitskraft einzusparen und Personal entbehrlich werden zu lassen, dann taugt sie natürlich auch und ebenso gut dazu, fehlende Arbeitskraft zu substituieren und einen Mangel an Personal auszugleichen.

Was Wunder, dass etwa gleichzeitig mit dem der europäischen Industriestaaten, in einer Art Parallelaktion, auch das Industriekapital der Vereinigten Staaten zu jenem Mittel einer die Rationalisierung und Automatisierung bezweckenden Steigerung der Produktivkraft greift, um dem durch die koloniale Landnahme und den Binnenmarkt, der sich dank ihrer entfaltet, angetriebenen und auf Touren gebrachten Industrialisierungsprozess, allem durch eben jene koloniale Landnahme bedingten Arbeitskräftemangel im industriellen Bereich zum Trotz, seine Kontinuität zu sichern und seine Dynamik zu erhalten. Dabei darf freilich die zeitliche Parallele nicht über die offenkundige inhaltliche und nämlich gleichermaßen den Auslöser und die Zielsetzung betreffende Eigenart hinwegtäuschen, durch die sich die amerikanische Verwendungsweise der Strategie von deren europäischer Anwendungsform unterscheidet. Auslöser des Rekurses auf die Strategie ist ja im europäischen Kontext, wie oben expliziert, der qua Umverteilungsmaßnahmen vorgenommene politische Eingriff in den ökonomischen Prozess - ein Eingriff, durch den der Staat auf indirektem, tarifpolitischem und arbeitsrechtlichem, sowie auf direktem, steuer- und sozialpolitischem Weg dem Industriekapital einen Teil des bislang von ihm produzierten Mehrwerts vorzuenthalten beziehungsweise zu entziehen beginnt und so den auf der Mehrwertschöpfung beruhenden kapitalen Akkumulationsprozess mit Retardation beziehungsweise Stagnation bedroht.

Auf diese Bedrohung reagiert das Industriekapital mit der Strategie technisch-methodischer Rationalisierung und Automatisierung, weil es dadurch Arbeitskräfte einzusparen, sprich, den auf den Arbeitslohn entfallenden Teil der Produktionskosten zu senken vermag und durch die Senkung der Produktionskosten hoffen kann, die Verluste an Mehrwert, die ihm die staatliche Umverteilungspolitik zufügt, wettzumachen und das von der Mehrwertrate abhängige kapitale Akkumulations- alias industrielle Wachstumstempo, aller staatlich induzierten Retardation oder gar Stagnation zum Trotz, unverändert beizubehalten. Auslöser der europäischen Spielart der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie ist also ein dem Industriekapital aufstoßendes politisches Ärgernis, und ihr Ziel ist es, dieses Ärgernis durch die Einsparung an Arbeitskraft beziehungsweise Senkung des durch den Arbeitslohn gebildeten Teils der Produktionskosten aus der Welt zu schaffen.

Die amerikanische Version der Strategie hingegen wird nicht durch einen politischen Eingriff, die Umverteilungsmaßnahmen des Staates, ausgelöst, sondern durch ein ökonomisches Widerfahrnis, nämlich die der Ungleichverteilung der Immigrationswelle geschuldete relative Unterversorgung der Industrie mit Personal, den im Verhältnis zur Masse der territorialen Siedler und der Nachfrage nach Industriegütern, die diese generiert, eklatanten Mangel an Lohnarbeitskräften im industriellen Bereich. Die Strategie dient hier, wenn nicht einzig und allein, so jedenfalls in der Hauptsache dem Ziel, das zur Produktion fehlende Personal durch effektivere Maschinen und Methoden, bessere Produktionsmittel und Produktionstechniken zu kompensieren, den Mangel an Arbeitskraft durch ein Mehr an Produktivkraft wettzumachen. Die mittels Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie betriebene Einsparung an Arbeitskräften und Senkung der Lohnkosten ist also in diesem Fall keine indirekte Reaktion auf eine vom politischen Bezugsrahmen des industriekapitalistischen Produktionssystems ausgehende, sprich, systemtranszendente Beeinträchtigung, die dem kommerziellen Zweck des industriellen Prozesses, der Erzielung eines Maximums an Mehrwert, zuwiderläuft, sondern die direkte Antwort auf eine den ökonomischen Strukturzusammenhang des Produktionssystems ereilende, sprich, systemimmanente Störung, die den industriellen Prozess selbst in Gefahr bringt.

Ohne Steigerung der Produktivkraft durch Rationalisierung beziehungsweise Automatisierung der Produktionsmittel und Produktionstechniken gerät in der nordamerikanischen Republik das industriekapitalistische Produktionssystem als solches in existenzielle Bedrängnis, weil der strukturelle Mangel an Arbeitskräften, der Folge der demographischen Ungleichverteilung des ins Land fließenden Einwandererstroms ist, entweder das Land nötigt, um der Befriedigung der rasch wachsenden Nachfrage nach Industriegütern willen seine kommerzielle Abschottungs- und Schutzzollpolitik aufzugeben und mit allen nachteiligen Folgen für den Fortgang und die Dynamik des landeseigenen Industrialisierungsprozesses die europäischen Konkurrenten an dem im Westen des Kontinents sich öffnenden und erschließenden Markt, auf den als auf das Arkanum seines Erfolgs es doch eigentlich ein Monopol beansprucht, teilhaben zu lassen, oder aber bei Beibehaltung der Abschottungs- und Schutzzollpolitik das Kapital zwingt, gemäß den

Gesetzen, die auch den Arbeitsmarkt beherrschen, Lohnniveaus, sprich, Arbeitskosten zu akzeptieren, die, sofern sie nicht dem Industriekapital überhaupt seinen in der Schöpfung von Mehrwert und dem produktionssystematischen Wachstum, das dieser ermöglicht, bestehendes Movens verschlagen und so den Industrialisierungsprozess ins Stocken geraten lassen beziehungsweise zum Stillstand bringen, sich im Sinne einer den Verlust an Mehrwert wettzumachen gedachten Preistreiberei im industriellen Bereich auswirken, die für die finanziellen Verhältnisse des Landes in genere und für den Wohlstand seiner Bewohner in specie nachteiligste Folgen hat.

Während also die europäische Spielart der in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zu einem zentralen Element des Industrialisierungsprozesses avancierenden Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie Reaktion auf eine Bedrohung ist, die von außerhalb des ökonomischen Systems, von der politischen Seite, vom Staat ausgeht und die bloß das Ergebnis des industriekapitalistischen Prozesses, den durch das industrielle Produktionssystem erwirtschafteten Mehrwert betrifft, stellt die amerikanische Version der Strategie die Antwort auf ein Problem dar, das innerhalb des ökonomischen Systems, im Bereich der die personale Basis des industriekapitalistischen Prozesses bildenden Bevölkerungsstruktur auftritt und das mithin den industriekapitalistischen Prozess selbst, das Mehrwert zu erwirtschaften bestimmte industrielle Produktionssystem als solches tangiert. In den europäischen Industrienationen kann das Kapital seinen Produktionsprozess ungehindert abwickeln und muss erst im Nachhinein die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie bemühen, um durch Einsparungen an Arbeitskraft, den Abstrichen, die der Staat durch seine politischen Maßnahmen bei der Ausbeutungsrate der Arbeitskraft vornimmt, zu begegnen. In den Vereinigten Staaten von Amerika hingegen braucht das Kapital die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, um dem Ungemach zu wehren, mit dem die demographische Ungleichverteilung der Millionen Einwanderer auf die für das Gedeihen der Republik maßgebenden beiden Projekte der territorialen Expansion und der industriellen Evolution nicht nur und nicht primär die Rate der kapitalen Ausbeutung, sondern letztere selbst, nicht nur den Grad ihrer Effektivität, sondern überhaupt ihre Praktikabilität und mithin aber den auf ihr basierenden industriellen Produktionsprozess als solchen bedroht, und um nämlich

durch Einsparungen von Arbeitskraft eben jenen Mangel an Arbeitskraft wettzumachen und so zu verhindern, dass letzterer zu einer Beeinträchtigung oder gar Vereitelung der industriellen Produktionsleistung und des an deren kontinuierliches Wachstum geknüpften Industrialisierungsprozesses führt.

Dass hier der reale Produktionsprozess als solcher und nicht bloß sein kapitales Ergebnis in Frage steht, dass es also darum geht, ob die ökonomisch-objektiven Bedingungen für die industriekapitalistische Wertschöpfung überhaupt gegeben sind, und nicht bloß darum, wieviel vom geschöpften Mehrwert aufgrund einer politisch motivierten Umverteilung dem industriekapitalistischen Wertschöpfungszweck erhalten bleibt beziehungsweise entzogen wird, verleiht der amerikanischen Version der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie eine ganz andere Dringlichkeit, um nicht zu sagen den Charakter eines dem industriellen Produktionsprozess innewohnenden Existenzials, einer aus ihm nicht wegzudenkenden *conditio sine qua non*. Weil der demographisch bedingte Mangel an Arbeitskräften die erläuterten, sei's handelspolitisch, sei's tarifpolitisch verderblichen, wo nicht gar verheerenden Folgen für den Auf- und Ausbau des industriellen Produktionssystems hat, kann das Kapital unmöglich damit leben und muss bei Strafe der Beschädigung, wo nicht gar Verkrüppelung der industriekapitalistischen Unternehmung jene den Personalmangel durch technische beziehungsweise verfahrenstechnische Fortschritte auszugleichen bestimmte Strategie zur Anwendung bringen.

Die sozialpolitisch motivierten Einbußen an Mehrwert, die in Europa der Staat dem Kapital beschert, lassen hingegen den industriekapitalistischen Prozess als solchen unberührt und bremsen höchstens und nur sein Entwicklungstempo beziehungsweise mindern seine Wachstumsdynamik, weswegen sich denn auch mit solcher Beeinträchtigung gegebenenfalls leben, sie sich vom Kapital notfalls tolerieren ließe und letzteres, wenn es auf sie mit der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie reagiert, dies weniger aus existenziellen als aus dogmatischen Gründen, weniger aus Versagensängsten als aus Prinzipienreiterei tut, also nicht sowohl deshalb, weil es um die Funktionstüchtigkeit seines industriellen Produktionssystems besorgt wäre, sondern bloß deshalb, weil es hinsichtlich der unangefochtenen Geltung des für sein industrielles Produktionssystem maßgebenden Akkumulationsimperativs keine Abstriche machen beziehungsweise zulassen will.

Ist demnach die Strategie einer Steigerung der Produktivkraft mittels Rationalisierung und Automatisierung der Produktion in ihrer nordamerikanischen Version ein nach Maßgabe ihrer existenziellen Bedeutung für den Industrialisierungsprozess ebenso primäres wie zentrales Direktiv des Kapitals, sein objektives Aktionsschema, wohingegen sie in ihren europäischen Spielarten nur eine dem prinzipiellen Anspruch auf ein Maximum an Verwertung geschuldete situative Reaktionsbildung des Kapitals, ein von ihm dem industriellen Prozess vindiziertes ebenso sekundäres wie optionales Dispositiv bleibt, so kann es schwerlich verwundern, dass die nach Maßgabe ihrer existenziellen Angewiesenheit auf sie ebenso konstitutionell von ihr geprägte wie habituell Gebrauch von ihr machende amerikanische Volkswirtschaft bei ihrer Wiederaufnahme beziehungsweise Fortsetzung nach dem großen Krieg der europäischen den Rang abläuft und bei der Entwicklung des industriekapitalistischen Produktionssystems und der Entfaltung seiner technisch-methodischen Produktivkraft die unangefochtene Führung übernimmt.

Die dank Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie rasch wachsende Produktionsleistung kollidiert mit einer stagnierenden beziehungsweise nur allmählich steigenden Konsumkraft. Verantwortlich für den Mangel an Konsumkraft sind der kriegsbedingte Bevölkerungsverlust und die den Kriegskosten geschuldete Verarmung der Bevölkerung. Da der Krieg außerdem eine massive Staatsverschuldung hinterlässt, fehlt der Spielraum für eine Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen.

Die Führungsrolle, die in Sachen industriekapitalistische Produktion die USA übernehmen, erscheint umso folgerichtiger, als ja im Falle der europäischen Staaten die Wiederaufnahme beziehungsweise Fortsetzung der Strategie durch das Industriekapital, wie oben erläutert, hinsichtlich gleichermaßen des Beweggrunds und der Zielsetzung der Strategie in einem kriegsbedingten Paradigmenwechsel gründet, der, recht besehen, nichts Geringeres impliziert als die Preisgabe der in der Vorkriegszeit für die Adoption der Strategie grundlegenden, eigenständig europäischen Motivation und Intention und die Subsumtion der Strategie unter das amerikanische motivationale und intentionale Paradigma. Wie oben konstatiert, reagiert im Europa der Nachkriegszeit das Kapital mit der Strategie ja nicht mehr wie in der Vorkriegszeit auf das Politikum der

staatlichen Umverteilungspolitik, besteht also die Zielsetzung, die das Kapital damit verfolgt, nicht mehr darin, die durch die Umverteilungspolitik erlittenen Einbußen an Mehrwert durch Einsparungen an Arbeitskraft und eine entsprechende Verringerung der für letztere aufzuwendenden Lohnsumme zu kompensieren. Jetzt ist vielmehr der maßgebende Beweggrund für die Beibehaltung der Strategie der durch die Hekatomben an Menschenopfern, die der Krieg gefordert hat, bedingte Personalschwund und Mangel an für die Industrie verfügbaren Arbeitskräften und besteht demzufolge die hauptsächliche Zielsetzung der Strategie darin, diesen Mangel an Arbeitskraft durch ein entsprechendes Mehr an Produktivkraft wettzumachen.

Mangel an Arbeitskraft durch ein entsprechendes Mehr an Produktivkraft wettzumachen - diese in Europa erst durch die Folgen des Weltkriegs diktierte neue Zielsetzung der Strategie ist aber exakt das, was, wenn auch nicht aus militärisch provoziertem, sondern aus demographisch generiertem Anlass, für das Industriekapital in den Vereinigten Staaten von Amerika seit jeher oder jedenfalls seit der dem Bürgerkrieg geschuldeten Entfesselung des Industrialisierungsprozesses eine maßgebende, weil über den Erfolg des letzteren entscheidende Rolle spielt. Wie sollte da wohl die amerikanische Volkswirtschaft, ausgestattet mit der Fertigkeit und Routine, die sie sich bei der Anwendung der Strategie auf diese - Arbeitskraft durch Produktivkraft substituierende - kompensatorische Zielsetzung in den Vorweltkriegsjahrzehnten erworben hat, verfehlen können, den europäischen Volkswirtschaften, die nun der kriegsbedingte Arbeitskräfteverlust zwingt, sie zu übernehmen und sich zu eigen zu machen, mit gutem Beispiel voranzugehen und ihnen beim ungeachtet jenes kriegsbedingten Handikaps effektiven Wiederaufbau und Neubetrieb eines industriekapitalistisch funktionierenden Produktionssystems, wie man will, als Instrukteurin die Hand zu reichen oder als Konkurrentin Beine zu machen?

Unter der unwiderstehlichen Anleitung beziehungsweise dem unabweislichen Konkurrenzdruck der aus dem Weltkrieg als führende Industrienation hervorgehenden amerikanischen Republik übernehmen also die europäischen Industriestaaten die Strategie einer Rationalisierung und Automatisierung des industriellen Produktionssystems in ihrer durch die Kriegsfolgen zu paradigmatischer Geltung gelangten und nämlich zum nach Beweggrund und Zielsetzung allgemeinverbindlichen

Kompensationsmechanismus avancierten amerikanischen Spielart und wenden sie mit durchschlagendem Erfolg an: Weit entfernt davon, dass die kriegsbedingten Verluste an Menschenleben alias Arbeitskräften die neuerliche Inbetriebnahme und Wiederankurbelung des industriellen Produktionsapparats der europäischen Volkswirtschaften für die Erzeugung ziviler Güter und Dienstleistungen zu torpedieren oder jedenfalls zu behindern vermöchten, entfaltet die unter amerikanischem Wettbewerbsdruck nicht weniger als nach amerikanischem Vorbild eingesetzte technisch-methodische Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie eine solch kompensatorische Kraft, dass es in der unmittelbaren Nachkriegszeit, statt zu einer Stockung oder einem Einbruch im industriellen Wertschöpfungsprozess der führenden europäischen Industrienationen, im Gegenteil zu dessen geradezu hypertropher Ausweitung und Beschleunigung kommt und die Produktionsleistung ihrer Industriesysteme bereits Mitte der zwanziger Jahre die der Vorkriegszeit überflügelt und in den Schatten stellt.

Allerdings beschwört dieser spektakuläre industrielle Erfolg ein gravierendes kommerzielles Problem herauf, weil die rasch wachsende Produktionsleistung mit einem niedrigen und, wenn nicht überhaupt stagnierenden, so jedenfalls nur allmählich steigenden Konsumtionsniveau kollidiert. Für die in einem krassen Missverhältnis zur exzellenten wirtschaftlichen Leistungskraft stehende mangelhafte gesellschaftliche Konsumkraft sind dabei mehrere Faktoren verantwortlich.

Zum ersten ist Konsequenz der kriegsbedingten Verluste an Menschenleben alias Einbußen an Bevölkerung ja nicht nur ein Mangel an industriellen Arbeitskräften, an für die Wertschöpfung verfügbarem Personal, sondern auch und natürlich ebenso sehr eine Schrumpfung der Menge ziviler Konsumenten, eine Verkleinerung des Personenkreises, der für die Realisierung der geschöpften Werte bereit steht. Während die Volkswirtschaft für die Kompensation des Mangels an industriellen Arbeitskräften die beschriebene, ebenso rasch wirksame wie probate Strategie einer auf die Rationalisierung der Arbeitsmethoden beziehungsweise Automatisierung der Arbeitsmittel gerichteten Produktivkraftsteigerung zur Hand hat, steht ihr für die Behebung des Mangels an zivilen Konsumenten nichts dergleichen zu Gebote. Menschliche Wesen lassen sich nicht so durch künstliche Machwerke ersetzen, wie sich menschliche Arbeitskraft durch technische Produktivkraft substituieren lässt. Konsumenten lassen

sich nicht mittels verbesserter Produktionstechniken und optimierter Arbeitsmethoden verstärkt und beschleunigt in die Welt setzen.

Um die gelichteten Reihen derer, die die vom industriellen Produktionssystem erzeugten Güter und Dienstleistungen gebrauchen können beziehungsweise verbrauchen sollen, so weit aufzufüllen, dass die Betreffenden der konsumtiven Aufgabe, vor die jene dank Rationalisierung und Automatisierung in gehabt großem Umfang und rasantem Tempo auf den Markt geworfenen Güter und Dienstleistungen sie stellen, rein zahlenmäßig oder bevölkerungsstatistisch zu genügen vermögen, taugt kein artefizielles Fertigungsverfahren oder industrielles Montageband, sondern bedarf es gleichermaßen eines biologischen Reifeprozesses und eines sozialen Bildungsganges. Das aus menschlichen Wesen bestehende gesellschaftliche Konsumpotenzial, an dem es kriegsbedingt fehlt und nach dem die dank Produktivkraft aktualisierte Produktmasse verlangt, lässt sich nicht mechanisch fabrizieren und seriell synthetisieren, sondern muss organisch reifen, im mütterlichen Schoß ausgetragen werden und sich zivilisatorisch formen, im Bildungsinstitut Gesellschaft herangezogen werden. Zwar führt auch dieses zur Entstehung und Bildung der Konsumenten nötige Verfahren letztlich nicht weniger sicher und zuverlässig zum Ziel als der Prozess, den die Herstellung und Fertigung der für ihren Konsum bestimmten Güter und Dienstleistungen erfordert. Aber weil es für die Prokreation von Menschen ungleich mehr Aufwand und Zeit braucht als für die durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsanstrengungen noch zusätzlich vereinfachte und beschleunigte Produktion von Gütern, ist unter den Nachkriegsbedingungen ein den kapitalistischen Verwertungsprozess bis auf Weiteres akut bedrohendes Missverhältnis zwischen dem produktivitätsbedingt unverminderten beziehungsweise wachsenden Angebot an industriellen Produkten und einer konsumtiven Nachfrage, die der den Kriegsopfern geschuldete Bevölkerungsschwund hat schrumpfen lassen, unvermeidlich.

Der zweite Faktor, der für ein eklatantes und rasch einem kritischen Punkt zustrebendes Missverhältnis zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage sorgt, ist die relative Verarmung der Bevölkerungen der am Weltkrieg beteiligten Industriestaaten, ihre gleichfalls dem Krieg geschuldete geringe beziehungsweise fehlende Kaufkraft. Nicht genug damit, dass der Krieg durch die ihm gebrachten Hekatomben an Menschenopfern die Reihen der für die neue kommerzielle Schlacht, zu

der das industrielle Produktionssystem kraft produktivkräftiger Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsprozesse im Nu das Material bereitstellt, rekrutierbaren Konsumenten gelichtet hat, er hat zu allem Überfluss auch noch deren Vermögensverhältnisse zerrüttet und es damit der dezimierten Konsumentenschar erschwert, wo nicht gar verunmöglicht, die nötige Kaufkraft zu mobilisieren, um in der neuen Konsumschlacht ihren Mann beziehungsweise ihre Frau stehen zu können.

Kriegsdienliche Steuern, Kriegsanleihen, die der Staat nie und nimmer zurückzahlen kann, schlechte Entlohnung in Form von Sold, fehlende zivile Verdienst- und Einkommensmöglichkeiten wegen zu leistenden Kriegsdienstes und wegen der Präokkupation des Wirtschaftslebens mit der Produktion von Rüstungsgütern und der Versorgung des Militärapparats, schließlich steigende Preise und Lebenshaltungskosten, die eben jener kriegswirtschaftlichen Präokkupation des industriellen und agrikulturellen Produktionssystems und der aus ihr resultierenden Verknappung ziviler Güter und subsistenzieller Erzeugnisse geschuldet sind - all das zusammen sorgt dafür, dass dem dank Rationalisierung und Automatisierung in kürzester Frist alte Produktionsniveaus erreichenden beziehungsweise übertreffenden industriellen Angebot eine gesellschaftliche Nachfrage gegenübersteht, die ihm nicht nur in Anbetracht der Menge der Nachfragenden, sondern auch zugleich in Ansehung der Konsumkraft, über die diese verfügen, in keiner Weise gewachsen ist.

Dieser vor allem in den europäischen Industriestaaten eklatante Mangel gleichermaßen an Konsumenten und an Kaufkraft hat tatsächlich zur Folge, dass dort binnen nicht einmal eines Jahrzehnts die ökonomische Situation sich entscheidend wandelt, um nicht zu sagen, in ihr Gegenteil umschlägt und nämlich das in der unmittelbaren Nachkriegszeit gravierende Problem fehlender industrieller Arbeitskräfte, das die betreffenden Unternehmen dazu zwingt, die Strategie der Produktivitätssteigerung durch Rationalisierung und Automatisierung nach amerikanischem Vorbild und Muster wiederaufzunehmen beziehungsweise fortzusetzen, im nicht minder gravierenden Problem eines Zuviel an industriellen Arbeitsprodukten resultiert, das für seine Bewältigung wiederum nach jener Art von umverteilungspolitisch-sozialreformerischen Maßnahmen verlangt, zu der sich in Reaktion auf eine durch das traditionelle Repertoire staatlicher Nachfrageerzeugung nicht mehr beherrschbare, geschweige denn

heilbare Verstopfung des Marktes oder Absatzkrise die europäischen Industriestaaten unter Anführung des Emporkömmlings Deutschland seit dem letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts verstehen mussten.

Kaum haben die kapitalistischen Volkswirtschaften Europas ihr Industriesystem mittels einer Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie à l'américaine, die Abhilfe für den kriegsbedingten Mangel an Arbeitskräften schafft, wieder in Gang und auf Touren gebracht, erreicht letzteres aufgrund des nicht minder kriegsbedingten Mangels an Konsumkraft beziehungsweise Konsumenten auch schon wieder ein Leistungsniveau, das mit den materialen Gütern und sozialen Dienstleistungen, die es hervorbringt, den Markt eklatant überfordert und deshalb die betreffenden Staatswesen eigentlich zwingt, der resultierenden Absatzkrise oder Wertrealisierungsstase mit der Umverteilungspolitik, die sie vor dem Weltkrieg zu diesem Zweck initiiert und elaboriert haben, zu begegnen und den Stachel zu ziehen. Nur dass ihnen, den Staaten Europas, zu solchen umverteilungspolitischen Maßnahmen, die angesichts des in kürzester Frist wiederkehrenden Missverhältnisses zwischen produktivkräftig steigendem industriellem Angebot und durch Bevölkerungsschwund und Kaufkraftverlust gehandikapter kommerzieller Nachfrage angebracht wären, jetzt gleichermaßen der wirtschaftspolitische Mut und die finanzpolitischen Mittel fehlen!

Was den fehlenden Mut betrifft, so würde ein Rückgriff auf die in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg in Anwendung gebrachte Umverteilungspolitik ja erfordern, dass der Staat direkt beziehungsweise indirekt das Industriekapital zur Kasse bittet und ihm die Finanzmittel entzieht, die für die umverteilungspolitischen Maßnahmen erforderlich sind. Damit aber riskiert er, das Kapital, das sich ja gerade erst wieder von der kriegswirtschaftlich-staatlichen Bevormundung emanzipiert und auf verwertungskalkulatorisch eigene Füße gestellt, sein rezivilisiertes Produktionssystem wieder in eigene Regie übernommen hat, um es auf eigene Rechnung zu betreiben, und das jeden umverteilungspolitischen Zugriff des Staates nolens volens als seine akkumulationsprozessualen Anstrengungen torpedierende expropriative Zwangsmaßnahme erfährt, ebenso subjektiv zu vergrätzen wie objektiv zu schwächen und womöglich die Lust an seinem Geschäft verlieren und auf den Gedanken einer Einstellung des Geschäftsbetriebs verfallen zu lassen. Das Risiko

erscheint dem Staat umso größer, als die dem Mangel an Arbeitskräften geschuldete Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des Kapitals aufgrund der Entwicklung beziehungsweise Beschaffung der produktivkraftsteigernden Technik und Maschinerie, die sie erfordert, letzteres finanziell so stark belastet, dass jede auf die Überführung von Investitionskapazität in Konsumkraft zielende umverteilungspolitische Maßnahme, insofern die Mittel zu ihr dem Kapital entzogen werden und sie also zu Lasten der Liquidität der betreffenden industriekapitalistischen Unternehmen geht, rasch deren Zahlungsfähigkeit beeinträchtigt und sie mit Insolvenz bedroht. Was Wunder, dass der Staat sich scheut, den um den Preis hoher Investitionen des Kapitals, die sich erst einmal amortisieren müssen, wieder in Gang gekommenen und in Schwung gebrachten Akkumulationsprozess des Kapitals diesem umverteilungspolitischen Stresstest zu unterziehen?

Fehlt aber dem Staat aus Sicht der industriellen Investitionssituation, die seine Unterlassung erklärt, verständlicherweise, wenn auch im Blick auf die kommerziellen Absatzprobleme, denen sie Vorschub leistet, nicht unbedingt klugerweise schon der wirtschaftspolitische Mut zur Umverteilung, so bliebe ihm doch eigentlich noch die Möglichkeit, die Umverteilung zu Lasten des Kapitals durch eine einfache Zuteilung auf Staatskosten, sprich, das sozialreformerische Verfahren einer ökonomischen Restitution von Kaufkraft durch die staatsfürsorgliche Aktion einer politischen Allokation von Kaufkraft zu ersetzen. Der Staat könnte mit anderen Worten aus eigenen Mitteln, aus Mitteln seines Etats, die nötigen Gelder aufbringen, um für eine dem Wachstum der industriellen Produktion gemäße gesellschaftliche Kaufkraft zu sorgen. Dies könnte er indirekt auf die Weise tun, dass er die zivile Bevölkerung steuerlich entlastete oder sozialhelferisch unterstützte und so in die Lage versetzte, ihr Konsumniveau zu steigern. Oder er könnte zusätzliche Gelder für die Durchführung staatlicher Aufgaben, für infrastrukturelle Projekte, öffentliche Bau- und Beschaffungsprogramme, den Ausbau von Verwaltung und Militär lockermachen und so in quasi eigener Person als Großkonsument auftreten, um der vom produktivkräftigen industriellen Produktionssystem bestürmten und bedrängten Konsumfront Entlastung zu bringen.

Tatsächlich aber verfügen die aus dem Weltkrieg hervorgegangenen europäischen Staaten gar nicht über die hierfür nötigen finanziellen Mittel.

Der Krieg ist sie allesamt mehr oder minder teuer zu stehen gekommen und hat sie mehr oder minder hoch verschuldet zurückgelassen. Sich die für die Förderung des privaten Konsums beziehungsweise für staatliche Konsumprogramme nötigen Finanzmittel verschaffen könnten sie nur mittels weiterer Kreditaufnahme, die sie wegen der bereits bestehenden hohen Staatsverschuldung, wenn überhaupt, dann nur zu exorbitant hohen Zinsen tätigen könnten, womit ihre Verschuldung rasch auf ein Niveau stiege, angesichts dessen sich jede künftige Tilgung, jede effektive Entschuldung zur schieren Fata Morgana verflüchtigte und als einzige realistische Perspektive der schließliche Staatsbankrott mit all seinen verheerenden Folgen für die Volkswirtschaft im Allgemeinen und das ihr Fundament bildende industriekapitalistische Produktionssystem im Besonderen bliebe.

Eine mögliche Alternative zur Kreditaufnahme wäre eine verstärkte Schöpfung allgemeinen Äquivalents, eine Vermehrung der Geldmenge, zu der seine Münz- und Währungshoheit dem Staat formell die Handhabe gibt. Diese Geldvermehrung indes liefe auf nichts weiter als auf eine Geldentwertung, sprich, auf eine inflationäre Zerrüttung der allgemeinen Kaufkraft, mithin auf eine mehr oder minder fatale Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse aller Schichten der Bevölkerung hinaus, weil im vorliegenden Fall der Mangel an gesellschaftlicher beziehungsweise staatlicher Kaufkraft seinen Grund ja nicht in einem objektiven Mangel an allgemeinem Äquivalent, sondern bloß in einer defizitären Distribution des allgemeinen Äquivalents, nicht also darin hat, dass die gegebene Geldmenge nicht ungefähr dem Wert der auf dem Markt präsenten beziehungsweise von ihm repräsentierten Güter und Dienstleistungen korrespondiert, sondern bloß darin, dass eine beträchtliche Proportion der gegebenen Geldmenge wegen der kriegsbedingten Verschuldung des Staatswesens eben nur als uneingelöste und auf absehbare oder gar unabsehbare Zeit auch nicht einlösbare Staatsschuld zu Buche schlägt und als solche für die kommerzielle Wertrealisierung, die konsumtive Auslösung des Werts der vom industriellen Produktionssystem auf den Markt geworfenen materialen Güter und sozialen Dienstleistungen nicht zur Verfügung steht.

Weil der Staat den Krieg auf Kosten seiner Bevölkerung geführt und nämlich teils durch produktive Ausbeutung der Lohnarbeiterschaft, teils durch kreditive Ausplünderung der Bürgerschaft sich deren Kaufkraft

angeeignet und in die Pfanne der zu einer materialen Zerstörungsorgie entfesselten militärischen Auseinandersetzung gehauen hat, fehlt diese der Bevölkerung entzogene Kaufkraft, die letztlich keinen Nutzen und Gewinn, sondern nur Tod und Verwüstung gebracht hat, nunmehr gleichermaßen ihr, der sie entzogen wurde, und ihm, der sie vergeudet hat, beziehungsweise ist nurmehr als Fehlbetrag, als uneingelöste Schuld, als ein Haben, das nur in Sollform existiert und mit dem sich in dieser Form nichts anfangen, das sich nicht auf dem Markt als allgemeines Äquivalent geltend machen, mit dem sich nichts kaufen lässt, vorhanden. Dass dieses allgemeine Äquivalent nur in Form von uneingelösten Anleihen, nur als ausstehendes Soll zu Buche schlägt und demnach nicht als Kaufkraft verfügbar ist, bedeutet freilich nicht, dass es in der das Gesamtverhältnis zwischen Sachwerten und den Geldwerten der Gesellschaft betreffenden volkswirtschaftlichen Bilanz nicht zu berücksichtigen und in Rechnung zu stellen ist.

Solange der Staat nicht in Konkurs geht und dadurch Gelegenheit bekommt, sich mit für das Gemeinwesen als solches allerdings äußerst verderblichen Folgen seiner finanziellen Haftbarkeit überhaupt zu entziehen und seine Schulden kurzerhand zu löschen, um sie nicht tilgen zu müssen, bleiben diese als wie immer auch unverfügbare gesellschaftliche Kaufkraft, das heißt, als wie sehr auch der Aktualität ermangelnder Bestandteil des volkswirtschaftlichen Geldwerts erhalten. Wenn nun der Staat seine münz- und währungspolitische Vollmacht nutzt, um zwecks Erzeugung gesellschaftlicher Konsumkraft beziehungsweise Finanzierung einer von ihm selbst wahrgenommenen Konsumentenfunktion die Geldmenge zu erhöhen, so tritt diese zur bereits vorhandenen Geldmenge, die, wie gesagt, nicht nur den als Haben umlaufenden, sondern auch den als Soll ausstehenden Geldwert umfasst, hinzu und verändert das Verhältnis zwischen Sachwerten und Geldwert, bringt genauer gesagt, das bestehende Gleichgewicht zwischen beiden aus dem Lot.

Der Geldwert, der ja die Aufgabe hat, die Sachwerte zu repräsentieren und nach Maßgabe seiner Verteilung unter die Mitglieder der Gesellschaft deren Ansprüche auf erstere zu attestieren und gegenüber dem Markt, auf dem sie zirkulieren, geltend zu machen, erfährt, um seiner Repräsentationsaufgabe im Blick auf die Sachwerte gerecht zu werden, eine seiner Vermehrung entsprechende Neubestimmung, mit dem kommerziellen Ergebnis, dass die einzelnen Sachwerte ein größeres Quantum Geldwert

verkörpern und der darin implizierten sozialen Folge, dass ein bestimmtes Quantum Geldwert weniger Sachwert repräsentiert und demgemäß der Anspruch auf Sachwerte, den die Mitglieder der Gesellschaft kraft Geldwerts gegenüber dem Markt geltend machen können, sich verringert, kurz, die Kaufkraft des betreffenden Quantums Geldwert sinkt. Die bloße staatliche Vermehrung der Geldmenge bringt also gar nichts, sondern resultiert in einer als Inflation wirksamen Entwertung der Geldmenge, die diejenigen, die von der vermehrten Geldmenge proportional zur Vermehrung profitieren, um kein Jota konsumkräftiger dastehen lässt, während sie alle übrigen, die mit der unverändert gleichen Geldmenge wie vorher auskommen müssen, konsumtiv schlechter stellt und in ihrer Lebenshaltung beeinträchtigt.

Nicht, dass die Vermehrung der Geldmenge allemal inflationär verpufft und die gesellschaftliche Kaufkraft bestenfalls nicht erhöht und schlimmstenfalls senkt und demnach der Staat sie als finanzpolitisches Instrument unter keinen Umständen sinnvoll einsetzen kann! Schließlich resultiert ja der Wertschöpfungsprozess des industriellen Produktionssystems in einer fortlaufenden Vermehrung der in materialen Gütern und sozialen Dienstleistungen bestehenden Sachwerte, sprich, in einer Erhöhung des Gesamtwerts, den die durch ihn hervorgebrachten Güter und Dienstleistungen verkörpern, und von daher gesehen ist die Anpassung der Geldmenge an die gewachsene Sachwertmenge für deren wertstabile, will heißen, weder von kommerziellen Absatzproblemen noch von einem deflationären Preisverfall bedrohte Realisierung in Geldform ein unabdingbares, weil über die Kontinuität gleichermaßen der kapitalen Akkumulation und der allein durch sie motivierten industriellen Produktion entscheidendes Erfordernis.

Diesem Erfordernis einer permanenten Anpassung der Geldmenge an die kraft des Ausbeutungsmechanismus des industriekapitalistischen Produktionssystems wachsende Menge von Sachwerten trägt im Prinzip das Kapital selbst Rechnung, indem es mittels seiner als Markt funktionierenden kommerziellen Distributionseinrichtung von außerhalb seines Produktionssystems neue Konsumenten rekrutiert beziehungsweise bei ihnen neue Bedürfnisse mobilisiert, um das allgemeine Äquivalent, das jene im Austausch gegen die Befriedigung ihrer konsumtiven Bedürfnisse beisteuern, der bereits im System zirkulierenden Geldmenge hinzuzufügen und so denn letztere um der Stabilität der als Wertrelation perennierenden Korrespondenz zwischen Sachwerten und Geldwert willen

immer neu ins Lot mit dem ausbeutungsbedingt steigenden Wert der dem Produktionssystem entspringenden materialen Güter und sozialen Dienstleistungen zu bringen. Schon früh in der Entwicklung des industriekapitalistischen Produktionssystems freilich zeigt sich, dass wegen des ausbeutungsbedingt rasanten Wachstums des Produktionssystems und der von ihm hervorgetriebenen Güter- und Dienstleistungsmasse das Kapital mit der Suche nach weiterer Konsumkraft beziehungsweise weiteren Konsumenten überfordert ist und ohne Unterstützung des politischen Repräsentanten des Gemeinwesens, des Staates, an der Aufgabe zu scheitern droht - mit schlimmen Folgen für den von ihm initiierten und vorangetriebenen und für das Wachstum und Gedeihen, den Aufstieg und Wohlstand der bürgerlichen Gesellschaft grundlegenden industriekapitalistischen Prozess.

Schon früh beginnt deshalb der Staat, dessen Macht und Herrlichkeit in zunehmendem Maße von eben jenem Wohlstand der bürgerlichen Gesellschaft abhängt, an dem er steuer- und abgabenpolitisch partizipiert - schon früh also beginnt der Staat, dem Kapital eben jene Hilfestellung zu leisten, und entwickelt dafür, wie an früherer Stelle ausgeführt, verschiedene Strategien, wie etwa die kolonialistische, die darauf abgestellt ist, den kommerziellen Aktivitäten des Kapitals auf anderen Kontinenten und in anderen Weltregionen politischen Vorschub und militärischen Flankenschutz zu leisten, die merkantilistische, die jenen kommerziellen Aktivitäten durch Wirtschaftsförderungsprogramme und zollpolitische Maßnahmen, quasi bürokratisch also, auf die Sprünge zu helfen und vornehmlich in den benachbarten Volkswirtschaften des eigenen Kontinents Entfaltungsraum zu verschaffen sucht, die imperialistische, bei der der Staat sich als aktiver Vorkämpfer der Interessen des heimischen Kapitals profiliert, indem er diesem mit aller politischen Macht und militärischen Gewalt weltweit neue Märkte und Absatzchancen zu erschließen unternimmt, und last not least die als etatistische zu charakterisierende Strategie einer in den Dienst der Konsumkraftsteigerung gestellten staatlichen Finanz- und Ausgabenpolitik.

Und im Rahmen der letzteren Strategie, bei der der Staat seine Währungs- und Etathoheit beziehungsweise die bestimmende Kontrolle über und den maßgeblichen Einfluss auf die gesellschaftliche Geldmenge und deren Verteilung nutzt, um das Größenverhältnis zwischen Produktion

und Konsum im Lot zu halten, die dimensionale Korrespondenz zwischen industrieller Wertschöpfung und kommerzieller Wertrealisierung sicherzustellen - im Rahmen dieser etatistischen Konsumförderungsstrategie entwickelt und nutzt der Staat neben vielen anderen steuer-, zins- und kreditpolitischen Lenkungstechniken auch das finanzpolitische Instrument der Geldschöpfung, des Prägens beziehungsweise Druckens weiterer Zahlungsmittel, die er sei's gesellschaftlichen Konsumentengruppen zuwenden, sei's für eigene, staatliche Konsumaufgaben verwenden und also einsetzen kann, um die private beziehungsweise öffentliche Konsumkraft zu stärken und die Realisierung des gestiegenen Werts der vom industriellen Produktionssystem erzeugten materialen Güter und sozialen Dienstleistungen sicherzustellen.

Freilich ist die Legitimität oder jedenfalls Opportunität der Anwendung dieses finanzpolitischen Instruments einer druck- und münztechnischen Vermehrung der verfügbaren Geldmenge zum Zweck ihrer Anpassung an die produktionssystematisch gestiegene Sachwertmenge strikt daran gebunden, dass der Staat nicht mehr neue Zahlungsmittel schöpft, als der Vergrößerung der letzteren entspricht, dass der neu geschöpfte Geldwert den ausbeutungsbedingt gestiegenen Sachwert nicht übersteigt. Schöpft er mehr Zahlungsmittel, als für den Ausgleich der durch die ausbeutungsbedingte Produktionssteigerung entstandenen Differenz zwischen bisheriger Geldwertmenge und neuer Sachwertmenge erforderlich, kommt es zu der oben erwähnten marktvermittelt automatischen Anpassung der das Maß übersteigenden ersteren an die maßgebende letztere, einer Anpassung, die sich in Form einer Erhöhung der für die Sachwerte auf dem Markt zu zahlenden Preise vollzieht und so in einer als inflationäre Zerrüttung der Kaufkraft wirksamen Geldentwertung resultiert, die, weil sie alle Mitglieder der Gesellschaft betrifft, den Vorteil, den der Staat selbst beziehungsweise die gesellschaftlichen Gruppen, an die er das neu geschöpfte Zahlungsmittel verteilt, aus dem vermeintlichen Geldsegen ziehen, mehr als aufwiegt, sprich, vollständig zunichte macht.

So seriös und in der Tat nützlich das finanzpolitische Instrument staatlicher Geldschöpfung, wenn es sich im Rahmen des Anstiegs des Sozialprodukts, der Steigerung des Gesamtwerts der vom Produktionssystem in Gestalt von Gütern und Dienstleistungen hervorgebrachten Sachwerte hält, indes auch sein mag, eben dieser seiner sinnvollen Anwendung

gesteckte Rahmen bedeutet, dass mit ihm im vorliegenden Fall, unter den im Jahrzehnt nach dem Weltkrieg gegebenen Bedingungen, wenig auszurichten und im Blick auf die heillose Diskrepanz zwischen produktivkräftig forciertem industriellem Angebot und mangels Kaufkraft fehlender kommerzieller Nachfrage kaum etwas zu bessern ist. Zu groß ist der Fehlbetrag an Konsumkraft, für den die kriegsbedingte allgemeine Verschuldung verantwortlich, der mit anderen Worten Folge der Tatsache ist, dass das von den Staaten mittels Anleihen beziehungsweise auf Kredit locker gemachte und in die Kriegführung gesteckte Geld zwar zu Buche schlägt, nicht aber zur Verfügung steht, nur als ausstehendes Soll, nicht aber als auszugebendes Haben existiert - zu groß also ist dieser Fehlbetrag und zu riesig die Lücke, die er in die gesellschaftliche Konsumkraft reißt, als dass jene als finanzpolitisches Instrument gerechtfertigte staatliche Geldschöpfung mehr sein könnte als ein Tropfen auf den heißen Stein, als dass sie mit anderen Worten auch nur im Entferntesten den nicht zwar systematischen, aufs Gesamt von Haben und Soll gesehenen, wohl aber empirischen, der Ungleichverteilung von Haben und Soll geschuldeten gesellschaftlichen Geldmangel, der hypothekarische Hinterlassenschaft des militärischen Potlatches ist, zu kompensieren vermöchte.

Zu den beiden für die heillose Diskrepanz zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage verantwortlichen Faktoren einerseits der kriegsbedingten Bevölkerungsverluste, die in einem Mangel an potenziellen Konsumenten resultieren, und andererseits der nicht minder kriegsbedingten Geldknappheit und allgemeinen Verschuldung, die den Staat daran hindern, der aktuellen gesellschaftlichen Konsumkraft durch finanzpolitische Instrumente wie etwa umverteilungspolitische Maßnahmen oder auf Kredit finanzierte Haushalte aufzuhelfen, kommt aber nun noch ein dritter Faktor hinzu, der dem Modus der industriekapitalistischen Erholung geschuldet ist und der quasi das Tüpfelchen auf das i des Missverhältnisses zwischen industrieller Produktionsleistung und sozialer Konsumkraft setzt.

Wie oben konstatiert, ist die rasche industriekapitalistische Erholung nach dem Krieg in entscheidendem Maße der dezidierten Wiederaufnahme beziehungsweise forcierten Fortsetzung der bereits in den Jahrzehnten vor dem Krieg initiierten und praktizierten produktionstechnischen und arbeitsprozessualen Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie geschuldet als einer Strategie der Steigerung sächlicher Produktivkraft,

die darauf abzielt, mit geringerer oder gleicher menschlicher Arbeitskraft eine gleiche oder höhere Produktionsleistung zu erbringen. Weil diese Strategie - zumal in ihrer amerikanischen Ausprägung und Spielart, die eben deshalb jetzt paradigmatische Bedeutung und Verbindlichkeit auch für den europäischen Raum gewinnt - Kompensation für fehlende menschliche Arbeitskräfte bietet, indem sie die Leistungsfähigkeit des industriellen Produktionssystems menschenunabhängiger macht, ist sie perfekt geeignet, für das Hauptproblem, mit dem das industriekapitalistische Produktionssystem nach dem Krieg konfrontiert ist, nämlich für den durch die hekatombischen Menschenopfer, die der Krieg gefordert hat, verschuldeten Mangel an menschlicher Arbeitskraft, Abhilfe zu schaffen und, solchem Mangel zum Trotz, den industriekapitalistischen Wertschöpfungsprozess ebenso rasch wieder an Umfang gewinnen wie in Schwung kommen zu lassen. Während demnach aber der durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie ermöglichte Verzicht auf menschliche Arbeitskraft auf der einen Seite dafür sorgt, dass der kriegsbedingte Personalmangel keine nachteiligen Auswirkungen auf den Umfang und das Tempo der industriekapitalistischen Erholung hat und dass die Wertschöpfung in kürzester Frist wieder Vorkriegsniveau nicht nur erreicht, sondern übertrifft, tut er auf der anderen Seite nolens volens der Konsumkraft Abtrag und erschwert beziehungsweise konterkariert den kommerziellen Absatz der dank der ebenso umfänglichen wie raschen wirtschaftlichen Erholung auf dem Markt sich sammelnden Güter und Dienstleistungen. Weniger Arbeitskräfte bedeutet ja auch weniger Arbeitslohn, und das, was an Arbeitslohn entfällt, fehlt logischerweise, wenn die lohnarbeitenden Produzenten die Rolle wechseln und zu Markte gehen, um mit ihrem Arbeitslohn als Konsumenten tätig zu werden und so den Wert der von ihnen in Gestalt von materialen Gütern und sozialen Dienstleistungen produzierten Werterscheinungen einzulösen und zu realisieren.

So gesehen, verschärft also die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie ebenso gewiss, wie sie das eine, produktionspraktische Problem des kriegsbedingten Personalmangels durch den Verzicht auf menschliche Arbeitskräfte, den sie ermöglicht, löst, das andere, konsumpraktische Problem des nicht minder kriegsbedingten Mangels an Konsumkraft, indem sie dem Bevölkerungsschwund und der allgemeinen Verschuldung, in denen der Krieg resultiert, noch den Verlust an

gesellschaftlicher Kaufkraft hinzufügt, der Folge eben jener Einsparungen an Arbeitskräften und den für letztere aufzuwendenden Arbeitslöhnen ist. Indem sie uno actu der durch sie gewährleisteten Erhaltung oder gar Erhöhung der industriellen Produktionsleistung den Kreis der die Leistung erbringenden Lohnempfänger verkleinert, vermindert die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des Kapitals das finanzielle Gewicht, das letztere in die Waagschale des Marktes zu werfen vermögen, den konsumtiven Beitrag, den sie zur kommerziellen Realisierung der von ihnen erbrachten industriellen Leistung zu leisten vermögen, und vergrößert somit zusätzlich das ohnehin bestehende Missverhältnis zwischen dem dank ihres strategischen Wirkens rasch wachsenden industriellen Angebot und der aufgrund der demographischen und finanzpolitischen Folgen des Kriegs geschrumpften beziehungsweise stagnierenden kommerziellen Nachfrage.

Das solchermaßen durch mehrere Faktoren begründete und beförderte Missverhältnis nimmt binnen eines Jahrzehnts katastrophische Dimensionen an und gipfelt, wie bekannt, in der Weltwirtschaftskrise von 1929, die, ihrem Namen getreu, weltweit alle industriekapitalistisch organisierten Volkswirtschaften erfasst und mehr oder minder in Mitleidenschaft zieht und in einer anhaltenden Rückbildung der industriellen Produktion und Lähmung des kommerziellen Lebens resultiert, deren zentrale Ausdrucksformen Firmenzusammenbrüche und Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit sowie die hekatombische Entwertung beziehungsweise Vernichtung materialer Ressourcen und sozialer Kapazitäten sind.

Als hinsichtlich gleichermaßen des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Weltkrieg und des Debakels, der dem Aufschwung ein jähes Ende bereitet, tonangebende Macht firmieren die USA kraft der wirtschaftssystematisch dominierenden Stellung und handelspolitisch führenden Rolle, die sie im Vorfeld und im Verlauf des Krieges erringen und übernehmen.

Dass Infektionsherd oder jedenfalls primärer Ausbruchsort der großen ökonomischen Krise ausgerechnet die Vereinigten Staaten von Amerika sind, muss auf den ersten Blick überraschen. Schließlich haben diese nicht nur erst spät in das Kriegsgeschehen eingegriffen und, weil letzteres ja weitestgehend auf den europäischen Kontinent beschränkt blieb, zivilgesellschaftlich und sozialpolitisch vergleichsweise wenig unter ihm

gelitten, sie haben mehr noch ökonomisch, machtstrategisch und finanzpolitisch Nutzen aus ihm gezogen beziehungsweise von ihm profitiert. In den ersten Kriegsjahren, in denen sie noch Neutralität wahren, profilieren und etablieren sie sich als ebenso wichtige wie schwergewichtige Handelspartner der kriegführenden Parteien im Allgemeinen und der Ententemächte im Besonderen, weil sie von diesen zur Kompensation der Versorgungsmängel in Anspruch genommen werden, von denen deren kriegswirtschaftlich okkupierte Volkswirtschaften sich in zunehmendem Maße heimgesucht finden, und weil sie außerdem weltweit die kommerziellen Lücken füllen können, die die mit Kriegführen und Kriegsrüstung okkupierten und dadurch von ihren Welthandelsgeschäften abgezogenen europäischen Mächte in ihren Kolonialreichen und ihren imperialen Einflusssphären hinterlassen.

In dieser Zeit sind sie die eigentlichen oder, genauer gesagt, einzigen Nutznießer des Krieges und schöpfen aus ihm kommerzielle Gewinne, die gleichermaßen ihrem industriellen Produktionssystem und der dank des für ihre Volkswirtschaft insgesamt verbindlichen Rationalisierungs- und Automatisierungsparadigmas sich unaufhaltsam industrialisierenden agrikulturellen Produktion zu einem rasanten Aufschwung und einem geradezu hypertrophen Wachstum verhelfen. Nicht von ungefähr ist es die Störung dieser ihrer lukrativen Handelsgeschäfte durch den generalisierten, die amerikanische Neutralität missachtenden U-Bootkrieg, die das mehr und mehr isolierte und in die Defensive gedrängte Deutsche Reich seit Mitte des Krieges entfesselt, was den Ausschlag für die Entscheidung der USA gibt, an der Seite der Ententemächte in den Krieg einzutreten und durch ihre die Leistungs- und Schlagkraft der europäischen Staaten bereits überflügelnde ökonomische Macht und militärische Stärke für ein die Niederlage der Mittelmächte besiegelndes, vergleichsweise rasches Ende des Krieges zu sorgen.

Weil der Weltkrieg nordamerikanisches Territorium gar nicht tangiert, gehen die USA ohne materiale Beeinträchtigungen oder gar Zerstörungen ihrer Infrastruktur und ihrer industriellen Produktionskapazitäten aus ihm hervor. Und weil sie erst spät in den Krieg eintreten, halten sich auch ihre Verluste an Menschenleben, ihre Einbußen an Arbeitskraft in demographisch unerheblichen Grenzen. Und schließlich ist ihre durch die kommerziellen Gewinne, die sie aus dem Krieg gezogen haben, noch

gestärkte Wirtschafts- und Finanzkraft groß genug, um sie die militärischen Aufwendungen und Ausgaben, die ihre schließliche Beteiligung am Kriegsgeschehen ihnen abverlangt, ohne nennenswerte Überforderung des Etats, sprich, ohne eine Kreditaufnahme und Staatsverschuldung, die sich derjenigen der europäischen Mächte auch nur im Entferntesten vergleichen ließe, schultern zu lassen.
Deshalb sind hier die politisch-ökonomischen Bedingungen für jenes Missverhältnis zwischen exzellenter wirtschaftlicher Leistungskraft und mangelhafter gesellschaftlicher Konsumkraft eigentlich auch gar nicht gegeben, das den europäischen Nationen zunehmend zu schaffen macht und sie binnen eines Jahrzehnts in die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise katapultiert. Für sich genommen, sind in den von Verschuldung und Bevölkerungsschwund weitgehend verschont gebliebenen USA Staat und Gesellschaft konsumkräftig genug, um dem dank bruchlos fortgesetzter Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie produktivkräftig steigenden industriellen Angebot der Nachkriegsjahre gewachsen zu sein und Genüge tun zu können. Oder vielmehr wären sie es, hielte sich dies produktivkräftig steigende Angebot noch im binnenwirtschaftlichen Rahmen, bliebe im Wesentlichen auf die Nachfrage im eigenen Land bezogen und beschränkt und wiese nicht bereits eine unverzichtbare, weil für das ökonomische Wohl und Wehe der amerikanischen Volkswirtschaft maßgebende außenwirtschaftliche Orientierung beziehungsweise Fixierung auf!

Diese außenwirtschaftliche Fixierung haben sich die aufgrund ihres kontinentalen Entfaltungsraums, ihres quasi indigenen Imperiums von Haus aus zur ökonomischen Autarkie und zum politischen Isolationismus disponierten USA durch die kommerzielle Nutznießerrolle zugezogen, die ihnen der Weltkrieg zuteilt. Dass die amerikanische Volkswirtschaft die Bereicherungschancen nutzt, die ihr der Krieg dadurch eröffnet, dass er die mit dem Kriegführen okkupierten europäischen Mächte nötigt, zum Zwecke ihrer zivilen Bedarfsdeckung in erheblichem Maß auf das Güter- und Dienstleistungsangebot aus Übersee zuzugreifen, gereicht ihr zwar zum erwähnten Vorteil eines kriegsbedingt rasanten Aufschwungs und geradezu hypertrophen Wachstums ihrer industriellen und agrikulturellen Leistungskraft und Produktionskapazität. Es hat allerdings auch den nachteiligen Effekt, dass es sie ihrer naturgegebenen

Autarkie und ihrem entsprechend eingefleischten Isolationismus entfremdet und gar entreißt und in dem Maße, wie es sie dazu verführt, den kommerziellen Austausch mit dem alten Kontinent die Stellung und Bedeutung einer wesentlichen Bereicherungsquelle gewinnen zu lassen, heteronomisiert und nämlich vom Gedeihen und Wohlergehen anderer Wirtschaftssysteme abhängig macht.
Die Heteronomie verschärfend und die Abhängigkeit verstärkend kommt aber noch hinzu, dass unabhängig von den unwiderstehlichen ökonomischen Avancen, mit denen der als Erster Weltkrieg in die Geschichte eingegangene große europäische Showdown sie verführt, die Vereinigten Staaten von Amerika seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts selber bereits und von sich aus eine kommerzielle Richtung eingeschlagen und eine industrielle Entwicklung genommen haben, die ihre ökonomische Autarkie in Frage stellt und ihren politischen Isolationismus Lügen straft. Als die Republik nämlich das, was ihr die weitgehende Autarkie ermöglicht und den Isolationismus als Staatsdoktrin nahe legt, die progressive Erschließung und sukzessive Einverleibung des vor ihrer Haustür oder vielmehr in ihrem Hinterhof, im Westen ihres Hoheitsgebiets, sich erstreckenden riesigen kontinentalen Terrains, in nach dem Bürgerkrieg atemberaubendem Tempo abgeschlossen und um die Jahrhundertwende mit dem Pazifischen Ozean die natürliche Schranke ihrer quasiimperialen, von politischem Widerstand und staatlicher Gegenwehr dispensierten territorialen Expansion erreicht hat, hat sie sich an die fortlaufende Arbeitsteilung zwischen Agrarerzeugnisse und Rohstoffe liefernden kolonialen Gebieten und diese mit Industrieprodukten versorgendem nationalem Mutterland so sehr gewöhnt, hat sie die stimulierende Kraft und dynamisierende Wirkung solcher Arbeitsteilung auf die ökonomische Entwicklung und politische Entfaltung der Nation so sehr schätzen und ins volkswirtschaftliche Kalkül einzubeziehen gelernt, dass sie dies bewährte Patentrezept für ökonomischen Fortschritt und politischen Aufstieg partout nicht mehr missen möchte und begierig ist, es beizubehalten und weiter anzuwenden.

Die Handhabe hierzu bietet ihr, wie es der historische Zufall oder, besser gesagt, die Gelegenheit, die Diebe macht, will, das mit der letzten Bastion seines einstigen großen Kolonialreichs in der Neuen Welt, mit dem nach Unabhängigkeit strebenden Kuba, im Streit liegende Spanien. Die Zerstörung eines ihrer Schiffe im Hafen von Havanna als Vorwand

nutzend, erklären die USA Spanien den Krieg, schlagen es vernichtend und vertreiben es endgültig vom amerikanischen Kontinent.

Zur politischen Rechtfertigung für das Eingreifen in die amerikanischen Angelegenheiten der Kolonialmacht Spanien berufen sich dabei die USA auf die so genannte Monroe-Doktrin, eine sieben Jahrzehnte zuvor von ihnen verabschiedete außenpolitische Grundsatzerklärung, die freilich jetzt eine Umdeutung erfährt und eine Zielrichtung gewinnt, die ihrem ursprünglichen Sinn und der von Haus aus mit ihr verknüpften Absicht geradezu ins Gesicht schlägt. Ursprünglich defensiv-isolationistisch konzipiert und nämlich dazu gedacht, die europäischen Mächte vom amerikanischen Kontinent fernzuhalten und der Republik zu ermöglichen, ebenso ungestört durch wie abgeschottet gegen letztere ihren auf das eigene Hoheitsgebiet und die Erschließung und Integration des quasi natürlich ihm zugehörigen, weil, staatsrechtlich genommen, herrenlosen riesigen, kontinentalen Glacis beschränkten Entwicklungsweg zu verfolgen, dient die Doktrin der Republik jetzt vielmehr dazu, die europäischen Mächte als potenziell, wo nicht aktuell lästige Konkurrenten vom amerikanischen Erdteil zu verbannen, um dort an ihrer Stelle kolonialistisch Raum zu greifen beziehungsweise sich imperialistisch in Stellung zu bringen. Wenn die nordamerikanische Republik kraft Monroe-Doktrin den europäischen Kolonialmächten jetzt die Tür vor der Nase zuschlägt, dann nicht mehr, um sich als unangefochtener Herr im eigenen Haus einrichten und bewegen, sondern um diese Tür in Richtung der südlichen Teile des Kontinents gleich wieder aufstoßen und dort, unbehindert durch die Konkurrenz aus Übersee, als imperiale Autorität oder jedenfalls hegemonialer Machthaber Einzug halten und sich festsetzen zu können.

Dass der Krieg gegen Spanien, der Vorwand für die in einer Umdeutung der Monroe-Doktrin bestehende außenpolitische Neuorientierung, gleich auch die Möglichkeit eröffnet, die natürliche Grenze im Westen, den Pazifischen Ozean, zu überspringen und mit der Besetzung des philippinischen Archipels, eines Überbleibsels des spanischen Weltreichs, und der quasi als strategische Implikation zu verstehenden Eroberung der hawaiischen Inselgruppe das Tor zum asiatischen Kontinent aufzustoßen, erscheint dabei als ein Zusatzeffekt und Bonus, der überhaupt erst die ganze Trag- und Reichweite jener außenpolitischen Neuausrichtung manifest und nämlich deutlich werden lässt, dass es sich bei letzterer

zwar formell oder funktionell um eine, wie zuvor suggeriert, bloße Beibehaltung und Fortsetzung der oben als örganischer Expansionismus“ apostrophierten, auf den ”wilden“ Westen des Kontinents gerichteten kolonisatorisch-territorialen Entfaltung der Republik, eine einfache Übertragung und Anwendung jenes organischen Expansionismus auf andere, außerhalb der ursprünglichen Entfaltungsperspektive gelegene Territorien handelt, dass damit reell oder strukturell aber die Vereinigten Staaten von Amerika in die Fußstapfen der europäischen Kolonialmächte treten oder, wenn man so will, die einstige nordamerikanische Kolonie das Erbe ihrer britischen Mutter antritt und eben den nicht minder militärisch forcierten als ökonomisch motivierten Imperialismus adaptiert und praktiziert, den das britische Inselreich aus der Taufe gehoben und gleichermaßen zum Nutzen seiner kapitalistischen Volkswirtschaft und zum Wohle seines bürokratischen Herrschaftsapparats weltumspannende Wirksamkeit hat gewinnen lassen.

Der ökonomische Grund für den Imperialismus à *l'américaine* ist der im Prinzip gleiche, der schon für das britische Original verantwortlich zeichnet - nämlich das Verlangen des erstarkten und aus den Nähten der binnenwirtschaftlichen Nachfrage platzenden industriekapitalistischen Produktionssystems nach neuen Märkten und Absatzchancen für seine Produkte und der simultane, der Befriedigung jenes Verlangens und dem weiteren Wachstum des Produktionssystems, das daraus resultiert, korrespondierende Bedarf an von der eigenen industrielastigen Volkswirtschaft nicht mehr beziehungsweise nicht mehr in hinlänglicher Menge zur Verfügung gestellten Agrarerzeugnissen, Naturprodukten und Rohstoffen. Auch für das nach dem Bürgerkrieg entfesselte industriekapitalistische Produktionssystem der nordamerikanischen Republik spielt jenes Bedürfnis nach einem oben als Ärbeitsteilung“ apostrophierten kommerziellen Austausch, dessen Basis die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem, das Nebeneinander von entwickelten Industriesystemen und rückständigen Agrar- oder Naturalwirtschaften ist, das Bedürfnis also nach der simultanen Vermarktung eigener industrieller Güter und Dienstleistungen und Versorgung mit fremden agrikulturellen und naturstofflichen Erzeugnissen bereits eine für das Wohl und Wehe der kapitalistischen Volkswirtschaft grundlegende Rolle.

Anders aber als die westeuropäischen Industrienationen im Allgemeinen und das britische Inselreich im Besonderen kann die nordamerikanische Republik dieses Bedürfnis mittels jenes als örganischer Expansionismus“ bezeichneten industriekapitalistischen Entwicklungsprozesses befriedigen, zu dem sie gleichermaßen ihre besondere geographische Lage und ihre eigentümliche demographische Konditionierung disponieren und den nämlich vom invasorischen Imperialismus europäischer Prägung unterscheidet, dass zum einen die Regionen, die er erfasst, von der Republik als ebenso politisch herrenlose beziehungsweise aufgelassene wie in geographischer Kontinuität zu ihrem Territorium stehende und quasi bruchlos in es übergehende Gebiete behandelt werden können und dass zum anderen die Republik selbst für die Besiedlung dieser Territorien sorgt, sprich, deren Bevölkerung aus dem anhaltenden Zuwandererstrom, den Europa der Neuen Welt schickt, rekrutiert und demnach aller Gefahr überhoben ist, mit dieser quasi aus ihrer Mitte hervor- oder jedenfalls durch ihr politisches System hindurchgegangenen kolonialen Bevölkerung in irgendwelche Konflikte oder gar Unverträglichkeiten ethnischer, kultureller, religiöser oder gesellschaftssystematischer Art zu geraten. Wie oben vermerkt, sind es diese beiden Besonderheiten des nordamerikanischen Kolonialismus, die ihm seine als örganischer Expansionismus“ apostrophierte spezifische Qualität verleihen, die der Ärbeitsteilung“ zwischen naturaler Wirtschaft und industrieller Ökonomie zu einer beispiellosen Dynamik und Effektivität verhilft, indem sie die Statik und Fixierung des pro forma kolonialistischen Verhältnisses immer wieder aufbricht und revidiert und, ökonomisch gesehen, die Exploitation der neu besiedelten Regionen auf deren Assimilation hinauslaufen beziehungsweise, politisch genommen, ihre Invasion in Integration umschlagen lässt.

Solange das kontinentale Terrain beziehungsweise Glacis der industriekapitalistisch sich entfaltenden Volkswirtschaft der Republik diesen organischen Expansionismus erlaubt, hat letztere keinen Grund, zu einem Imperialismus nach europäischem Muster zu greifen. In dem Augenblick freilich, in dem das Terrain bis zum Pazifischen Ozean erobert und unterworfen beziehungsweise dem republikanischen Territorium anverwandelt und von ihm eingemeindet ist, bleibt dem dank eben jenes organischen Expansionismus unaufhaltsam entfalteten und beispiellos erstarkten amerikanischen industriekapitalistischen Produktionssystem

gar nichts anderes übrig, als zwecks Sicherung seines kommerziellen Absatzes und darauf fußenden weiteren industriellen Wachstums auf die imperialistische Strategie zu rekurrieren und damit in die Fußstapfen der europäischen Kolonialmächte zu treten beziehungsweise diese, wie im Falle der spanischen Besitzungen auf dem amerikanischen Kontinent, zu beerben.
Dass die USA das imperialistische Geschäft mit einer Verspätung von fast einem halben Jahrhundert in Angriff nehmen, macht dessen Ausübung für die dazu aufgerufene, weil allein dafür gerüstete Staatsmacht nicht gerade einfacher. Schließlich haben der Kolonialismus und der daran anschließende Imperialismus Europas die außerhalb des europäischen und nordamerikanischen Kontinents gelegene Welt wenn nicht ökonomisch, so allemal doch politisch verändert und haben teils - wie etwa in Mittel- und Südamerika - schon im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts wirksame koloniale Befreiungsbewegungen, teils - wie im ost- und südasiatischen und im nordafrikanischen Raum - gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts einsetzende gesellschaftssystematische Reformbestrebungen provoziert, aus denen neue Staaten beziehungsweise alte Staaten in mehr oder minder neuer Formierung hervorgegangen sind, deren Gesellschaften sich als wenn auch vielleicht nicht aktiv wehrhaft, so jedenfalls doch passiv widerständig genug erweisen, um einen auf militärische Gewalt und Kanonenbootexpeditionen setzenden Imperialismus alten Musters zwar im Not- und Ausnahmefall nicht überhaupt auszuschließen und immer noch möglich sein, im Normal- und Regelfall aber unratsam, weil zu ineffektiv und der politischen wie auch ökonomischen Kosten-Nutzen-Bilanz nach fragwürdig werden zu lassen.

Der größere und - zumindest in staats- und sozialpolitischer Hinsicht - wirksamere Widerstand, den die neu entstandenen beziehungsweise sich neu formierenden Staatswesen in Mittel- und Südamerika, Asien und Nordafrika dem mit nackter militärischer Gewalt und offenem bürokratischem Zwang operierenden Imperialismus des neunzehnten Jahrhunderts entgegensetzen und durch den es ihnen sogar teilweise gelingt, sich letzteren als militärisch-bürokratische Bedrohung vom Leibe zu halten, findet allerdings sein Gegengewicht und eine im Sinne der imperialistischen Absichten wirksame Art von Kompensation darin, dass jene grassierende Gründung neuer und Erneuerung alter Staaten, die deren kolonialistischer Vereinnahmung und Unterwerfung durch die

industriekapitalistischen Mächte sei's ein Ende setzt, sei's einen Riegel vorschiebt, in den betreffenden, sich wenn schon nicht ökonomisch und strukturell, so zumindest doch politisch und sozial modernisierenden, sprich, qua Identifikation mit dem Aggressor am Entwicklungsstand der Industriemächte orientierenden Gemeinwesen mit der Entstehung und Ausbildung von Führungsgruppen und mittelständischen Schichten einhergeht, die hinlänglich vertraut mit dem Lebensstandard und Konsum des industriekapitalistischen Bürgertums sind und offen genug für die Annehmlichkeiten und Verlockungen, die er bietet, um mit ebenso viel Beharrlichkeit wie Borniertheit nach ihm zu streben und zwecks Teilhabe an ihm zu ebenso weitgehenden, die politische Souveränität ihres Landes beeinträchtigenden Kompromissen mit den Industriemächten wie umfänglichen, die Verfügung über ihre natürlichen Ressourcen und Unabhängigkeit ihrer volkswirtschaftlichen Entscheidungen beschränkenden Konzessionen an sie bereit zu sein.

Diese soweit nicht im buchstäblichen, jedenfalls doch im metaphorischen Sinne als Kolonialbourgeoisie zu bezeichnenden gesellschaftlichen Gruppen werden durch ihr Streben nach dem zeitgemäß-materialen Wohlstand und dem standesgemäß-sozialen Lebensstil, die sie sich vom Verkehr und Austausch mit den industriekapitalistischen Mächten erwarten, zu deren Komplizin beziehungsweise fünfter Kolonne und eröffnen letzteren die Möglichkeit beziehungsweise bieten ihnen die Handhabe, ihre imperialistische Strategie, wenn auch in gewandelter Form und nämlich nicht mehr im Wesentlichen durch militärische Gewalt und diplomatischen Druck, sondern jetzt in der Hauptsache mittels ökonomischer Verführung und politischer Beeinflussung, beizubehalten und fortzuführen. Sie erkaufen sich die kommerzielle Willfährigkeit und volkswirtschaftliche Abhängigkeit der betreffenden Staaten, statt beides zu erzwingen.

Dafür dass sie den Führungs- und Mittelschichten der letzteren durch Pfründen, Bestechungen, Postenschieberei, Unternehmensbeteiligungen, Lieferverträge und ähnliches mehr ein im Vergleich mit dem generellen Lebenshaltungsniveau ihres Landes exorbitantes Einkommen verschaffen und ihnen so dazu verhelfen, ein der bürgerlichen beziehungsweise großbürgerlichen Existenz in den industriekapitalistischen Gesellschaften an Wohlstand und Luxus vergleichbares, wo nicht gar den Rang ablaufendes

Leben zu führen, sind jene bereit, durch die Abtretung von wirtschaftlichen Nutzungsrechten im Allgemeinen und von mineralen Schürf- und naturalen Ausbeutungslizenzen im Besonderen, die Einräumung von Handelsmonopolen und den weitgehenden oder vollständigen Verzicht auf die finanz- und sozialpolitische Kontrolle und Besteuerung der von den industriekapitalistischen Mächten auf die Märkte des Landes geworfenen Waren und des von ihnen in seine Wirtschaft investierten Kapitals, kurz, durch die Beschneidung oder Aussetzung aller möglichen nationalen Souveränitäts- und volkswirtschaftlichen Autonomieansprüche, jene oben als kommerzielle Arbeitsteilung apostrophierte spezifische Austauschstruktur zu akzeptieren oder sogar tatkräftig zu befördern, die sie ebenso abhängig von der Versorgung mit den industriellen Produkten der imperialistischen Mächte werden lässt wie auf die Rolle von Lieferanten preiswerter, weil mehr oder minder fron- oder zwangswirtschaftlichen Arbeitssystemen entspringender Agrarerzeugnisse, Naturalgüter und Rohstoffe an jene vereidigt - eine Austauschstruktur, die die führenden industriekapitalistischen Staaten spätestens seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts brauchen, um ihren industriellen Produktionssystemen das weitere Wachstum zu sichern, und die ins Werk zu setzen und zu gewährleisten, sie qua Imperialismus zu ihrer ureigensten Aufgabe, ihrer sie ebenso essenziell definierenden wie existenziell okkupierenden Haupt- und Staatsaktion machen.

Dieses Grunderfordernis einer das industriekapitalistische Wachstum sichernden kommerziellen Arbeitsteilung zwischen Märkte und Absatzchancen für Industriegüter bietenden Kolonialgebieten und aus letzteren billige Agrarprodukte und Rohstoffe beziehender Kolonialmacht, das an dem Punkte, an dem seine Wachstumsdynamik das Industriekapital vertrieblich überfordert und an seinen politischen Komplizen, den Staat, als nothelferisches Faktotum verweist, sprich, zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hin den Imperialismus generiert - dieses Grunderfordernis also ist, als Anfang des neunzehnten Jahrhunderts die Vereinigten Staaten von Amerika den Wechsel vom örganischen Expansionismus“ eigener Machart zum invasiven Imperialismus europäischer Prägung vollziehen, das unverändert gleiche. Nur dass jetzt, da sich teils die ehemaligen Kolonialgebiete zu eigenen Staaten emanzipiert, teils die bestehenden und in ihrer Ungleichzeitigkeit und Rückständigkeit bis dahin der Aggression der Industriemächte vergleichsweise ohnmächtig ausgelieferten Staaten

politische Reformen bewerkstelligt und dank dessen eine gewisse militärische Wehrhaftigkeit und bürokratische Widerstandskraft, ein gewisses Maß an Souveränität, gewonnen haben - dass jetzt also der Imperialismus den beschriebenen, als Anpassung an die neuen politisch-sozialen Verhältnisse in der Welt außerhalb Europas und Nordamerikas zu verstehenden, verfahrenstechnisch-prozessualen, wenn auch keineswegs strukturlogisch-funktionalen Wandel durchmacht, in dessen Konsequenz er sein bisheriges, auf diplomatische Einschüchterung und militärische Gewalt, sprich, auf direkten Zwang und offene Unterdrückung setzendes Procedere, zumindest als Normalverhalten, aufgibt und gegen eine Vorgehensweise eintauscht, die, auch wenn sie sich für den Notfall den Rückgriff auf das alte Procedere vorbehält, in der Regel auf politische Einflussnahme und ökonomische Verführung, sprich, auf subversive Infiltration und manipulative Korruption baut, die sich mit anderen Worten nicht mehr zentral gegen die sozialen Einrichtungen und objektiven Strukturen des betreffenden kolonialen oder quasikolonialen Gemeinwesens richtet, sondern auf dessen personale Führungsschichten und deren lebenspraktische Erwartungen und konsumtive Ansprüche zielt.

Diesen revidierten Imperialismus, der, insofern er eher mit politisch-ökonomischen Mitteln und mit geheimdienstlicher Einflussnahme beziehungsweise geschäftlicher Manipulation als mit militärischer Gewaltausübung und bürokratischen Zwangsmaßnahmen ans Ziel zu gelangen sucht, sich als das, was er prinzipiell und fundamental schon immer ist, nämlich als Wirtschaftsimperialismus, als den industriekapitalistischen Interessen geschuldete machtpolitische Strategie, nun auch reell herausstellt und phänomenal zu erkennen gibt - ihn adoptieren die Vereinigten von Amerika, weil um die Jahrhundertwende, zu dem Zeitpunkt also, da sie verspätet und als quasi Nachzügler auf ihn verfallen, er am Platze und das anstelle seiner früheren Erscheinungsform Gegebene ist, als die für ihre Absichten und Bedürfnisse wie geschaffene und in diesem Sinne naturgemäße Verfahrensweise, und machen ihn sich als solche ebenso rücksichtslos wie schwungvoll zu eigen. Und eben weil sie, die Nachzügler und Spätkommer, auf ihn als auf eine für sie präzedenzlos zeitgemäße und deshalb unbedingt verbindliche Vorgehensweise verfallen, weil für sie, anders als für die europäischen Mächte, dieser revidierte Imperialismus keine Vorgeschichte hat, keine seiner Revision vorausgehende frühere Version kennt, die sie verwirren oder gar irre machen, ihnen in

die Quere kommen und sie in Zielkonflikte stürzen könnte, beweisen die USA nun auch im Umgang mit ihm äußerste Funktionstüchtigkeit, handhaben ihn ausnehmend effektiv und etablieren sich von Anfang an als seine führenden Vertreter und maßgebenden Anwender. In Bezug auf diesen Imperialismus neuer, ihn als den Wirtschaftsimperialismus, der er ist, nicht mehr nur substanziell implizierender, sondern vielmehr phänomenal manifestierender Prägung erringen sie eine vergleichbar paradigmatische Rolle und richtungweisende Bedeutung, wie sie das, unseren obigen Überlegungen zufolge, hinsichtlich der rationalisierungs- und automatisierungsstrategischen Auf- beziehungsweise Umrüstung des industriekapitalistischen Produktionsapparats tun.

Was den Vereinigten Staaten von Amerika ihre maßgebende Funktion und führende Stellung bei der auf die Einsparung von Arbeitskraft mittels Rationalisierung und Automatisierung von Arbeitsabläufen gerichteten Strategie sächlicher Produktivkraftsteigerung verschafft, ist, wie oben erläutert, der Umstand, dass die Strategie in der amerikanischen Volkswirtschaft wegen des dort fast von Anfang an vorhandenen demographischen Ungleichgewichts zwischen landwirtschaftlichen Siedlungsgebieten und industriekapitalistischen Ballungszentren ein für die Entwicklung der letzteren unabdingbares Erfordernis darstellt und demgemäß Tradition hat und dass deshalb, als nach dem Ersten Weltkrieg in Europa aus anderen und nämlich nicht einer Siedlungsbewegung geschuldeten, sondern kriegsopferbedingten Gründen eine vergleichbare demographische Notlage existiert und der Strategie eine ähnliche Dringlichkeit verleiht, die USA sich nolens volens in der Rolle des bewährten Experten und berufenen Lehrmeisters wiederfinden. Was hingegen den Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich des revidierten und bereits in der Wahl seiner politischen Mittel seinen ökonomischen Zweck manifestierenden Imperialismus ihre paradigmatische Rolle und richtungweisende Bedeutung verleiht, ist im genauen Gegenteil der Mangel an Tradition, ist die Tatsache, dass sie, um ein halbes Jahrhundert verspätet in das imperialistische Geschäft einsteigend, den Imperialismus ausschließlich in seiner revidierten Form kennen und anwenden und deshalb bei ihm, unbeirrt durch Erfahrungen mit seiner früheren Erscheinungsform und unbehindert durch im Umgang mit der früheren Erscheinungsform ausgebildete und eingeprägte Gewohnheiten, mit einer Zielstrebigkeit und Konzentration zu Werke gehen, von der die in der Tradition ihres alten

Imperialismus noch mehr oder minder befangenen europäischen Mächte nur träumen beziehungsweise an dem sie sich, wenn sie nicht nur von ihm träumen wollen, nolens volens orientieren und ein Beispiel nehmen müssen.

Die einseitigen Austauschbeziehungen mit Europa, die der Krieg den USA beschert und die weltweiten Bereicherungschancen, die deren imperialistische Expansion ihnen eröffnet, wirken sich im Sinne einer gigantischen Kapitalspritze aus, die ein rasantes industrielles und agrikulturelles Wachstum zur Folge hat, das im Zuge der Normalisierung der interkontinentalen Handelsbeziehungen die Wirtschaft der USA in die Bredouille bringt. Das Problem ist dabei nicht sowohl die aus der Wiederaufnahme der zivilen Wertschöpfungsprozesse in Europa resultierende Normalisierung der Handelsbeziehungen selbst als vielmehr der die Konsumkraft der europäischen Industriestaaten und ihrer bürgerlichen Gesellschaften überfordernde produktivkräftige Modus, in dem ihr Wertschöpfungssystem wieder in Gang kommt und das dynamische Tempo, das es an den Tag legt.

Der Erfolg, der ihren imperialistischen Unternehmungen dank der Zielstrebigkeit und Konzentration, mit der sie sich ihnen widmen, zuerst und vor allem in den südlich gelegenen Teilen des amerikanischen Kontinents und zunehmend aber auch in den Regionen des asiatischen Ostens jenseits des Pazifik beschieden ist, bringt die USA also schon vor dem Ersten Weltkrieg dazu, ihren bis dahin im Großen und Ganzen verfolgten, weil dem örganischen Expansionismus“ ihres territorialen Erschließungs- und kommunalen Integrationsprozesses gemäßen Kurs binnenökonomischer Autarkie und außenpolitischen Isolationismus aufzugeben und ihre Volkswirtschaft unter Inkaufnahme eines zunehmenden Maßes an Heteronomisierung und Abhängigkeit mit den Volkswirtschaften der imperialistisch herangezogenen Regionen und Staaten in den beschriebenen arbeitsteiligen Austausch treten, ihn als Dauereinrichtung Realität gewinnen und aus ihm gleichermaßen für das Wachstum der eigenen Industrieproduktion und für die Versorgung mit im eigenen Land nicht oder nicht hinlänglich vorhandenen beziehungsweise nicht zu vergleichbaren Bedingungen und Kosten verfügbaren Rohstoffen und Agrarerzeugnissen wesentliche und bald schon unentbehrliche Impulse und Vorteile ziehen zu lassen.

Diese bereits in den knapp zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg Raum greifende außenwirtschaftliche Heteronomisierung und machtpolitische Konditionierung der USA, die zunehmende Abhängigkeit ihres volkswirtschaftlichen Wachsens und Gedeihens vom kommerziellen Austausch mit anderen Volkswirtschaften, die sich der imperialistischen Wendung der Republik verdankt, erfährt nun aber, wie oben expliziert, durch den Krieg selbst eine massive Beförderung und Verstärkung, weil die kriegführenden europäischen Mächte teils aufgrund ihrer Präokkupation mit dem Kriegführen und der Konzentration ihrer Volkswirtschaft auf die Waffenproduktion und die Ausrüstung und Alimentierung der Streitkräfte, teils wegen der Rekrutierung beträchtlicher Teile der in Industrie und Landwirtschaft arbeitenden Bevölkerung für den Kriegsdienst, wachsende Schwierigkeiten haben, die Versorgung der eigenen Zivilbevölkerung, ihre Ausstattung und Ernährung sicherzustellen, und deshalb, soweit ihnen dies ihre finanziellen Mittel erlauben, auf die amerikanische Wirtschaft als ebenso leistungsstarke wie bereitwillige Nothelferin rekurrieren - wobei wegen der Materialschlachten, in die der Krieg ausartet, der mit der hekatombischen Vernichtung von Menschenleben Hand in Hand gehenden gigantischen Zerstörung von Kriegsgerät und Ausrüstung, sich die Palette der bei der amerikanischen Wirtschaft georderten und von ihr gegen Bezahlung gelieferten Handelswaren bald schon keineswegs mehr auf zivile Industrieprodukte und Agrarerzeugnisse beschränkt, sondern durchaus auch auf Rüstungsgüter und Armeebedarf erstreckt.

Die starke Inanspruchnahme des industriellen Produktionsapparats und des agrikulturellen Erzeugungssystems der USA für die Versorgung und Ausrüstung des in den Weltkrieg verstrickten Europas wirkt sich auf die amerikanische Wirtschaft im Sinne eines massiven Investitionsschubs und nachhaltigen konjunkturellen Aufschwungs aus. Und dies hauptsächlich deshalb, weil es sich bei dem kommerziellen Geschäft mit den kriegführenden Europa um keine normalen Austauschbeziehungen handelt und der Handelsverkehr insofern krass einseitig oder unausgewogen ist, als die europäischen Staaten, eben weil ihre zivile Wirtschaft wegen der Konzentration und Fixierung des Wirtschaftslebens auf den Kriegsbedarf Mangel leidet und darniederliegt, die materialen Güter und realen Dienstleistungen, die sie zur Behebung des Mangels aus den USA beziehen, nicht mit anderen Gütern und Dienstleistungen begleichen können, sondern mit allgemeinem Äquivalent, Geld, bezahlen müssen.

Anders gesagt, sind die europäischen Mächte gezwungen, für ihre Importe aus den USA Währungsmittel dranzugeben, volkswirtschaftlich eigenes Kapital zu opfern, statt sie gegen Exporte der eigenen Volkswirtschaft in die USA eintauschen und das auf diese Weise gewonnene fremde mit dem geopferten eigenen Kapital verrechnen zu können. Für Europa stellt diese unausgewogene Handelsbilanz einen wesentlichen Baustein zu der allgemeinen Verschuldung dar, mit der die europäischen Staaten nach dem Weltkrieg zu kämpfen haben.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika hingegen hat die unausgewogene Handelsbilanz den Effekt einer massiven Kapitalspritze, einer unverhältnismäßig starken Versorgung der industriellen und agrikulturellen Produktionssphären mit frischem Kapital, das nach Investition und Verwertung verlangt. Dass sich die Kapitalspritze als die amerikanische Volkswirtschaft belebendes beziehungsweise befeuerndes Elixier bewährt, dass sich die Investition bezahlt macht, die Verwertung rentiert, dafür sorgt, solange der Krieg andauert, der wachsende Bedarf der unter der Kriegslast von einem zunehmenden Verfall ihrer eigenen Produktionssysteme heimgesuchten europäischen Staaten, wozu noch der Bedarf an Waffen, Ausrüstung und Proviant hinzukommt, den nach dem Eintritt der Republik in den Krieg die eigenen Streitkräfte geltend machen.

Im agrikulturellen Bereich führt unter den Bedingungen der anhaltend hohen Nachfrage nach Rohstoffen und Lebensmitteln jener Strom von Investitionskapital zu einer rasanten Mechanisierung und Maschinisierung der Produktion, einer Industrialisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung, wobei solche Industrialisierung des Agrarbereichs noch durch den der Rekrutierung von Personal für die Streitkräfte geschuldeten Abzug von landwirtschaftlichen Arbeitskräfte befördert und beschleunigt wird, auf den die Wirtschaft mit der aus dem Industriebereich bewährten und nun auf die Landwirtschaft angewandten Strategie einer Produktivkraftsteigerung durch Rationalisierung und Automatisierung reagiert.

Gleichzeitig hat der Investitions- und Verwertungsdruck, den die dank des einseitigen kommerziellen Austauschs mit den europäischen Kriegsmächten vermehrte Kapitalzufuhr im Industriebereich erzeugt, eine Verstärkung des Außenhandels mit den im Zuge ihrer imperialistischen Wendung von den USA neu erschlossenen Entfaltungsräumen und Einflusssphären im mittleren und südlichen Amerika und im Fernen Osten, eine Intensivierung ihrer Bemühungen um dort sich eröffnende neue

Märkte und Absatzchancen zur Folge, wobei zum unzweifelhaften Erfolg dieser Bemühungen wiederum der Krieg in Europa entscheidend beiträgt, weil er die traditionellen europäischen Kolonialmächte in dem Maße von ihren außereuropäischen Reichen und ihren dort verfolgten Interessen und okkupierten Positionen ablenkt beziehungsweise abzieht, wie er sie auf das europainterne Kriegsgeschäft fixiert, und weil so die neue Imperialmacht USA Gelegenheit erhält, das wenn auch nicht gleich politische, so allemal doch ökonomische Erbe der europäischen Mächte anzutreten und deren wenn nicht de jure, so jedenfalls doch de facto preisgegebene koloniale Interessen und aufgelassene imperiale Positionen ihrerseits geltend zu machen und in Besitz zu nehmen und auf diese Weise in kürzester Frist ihre bis dahin noch regional beschränkten imperialistischen Aspirationen zu einer global entfesselten Motion, ihren Anspruch auf eine hegemoniale Vormachtstellung zum Streben nach einem imperialen Weltmachtstatus mutieren zu lassen.

Und abgesehen davon, dass die dem Handel unter Weltkriegsbedingungen geschuldete Kapitalzufuhr in den USA selbst die Industrialisierung der Landwirtschaft befördert und die Industriegüterproduktion beflügelt, resultiert sie so auch noch in einem verstärkten Export des aus Europa zugeführten Kapitals in die von den USA als Entfaltungsräume und Einflusssphären in Anspruch genommenen Weltregionen, wo amerikanische Firmen und Unternehmen auf Basis des mit den Regierungen jener Regionen hergestellten komplizenschaftlichen Einvernehmens das exportierte Kapital nutzen, um es in koloniale Wertquellen zu investierten, Bodenschätze, Lieferstätten für Roh- und Werkstoffe sowie Plantagen und landwirtschaftliche Anbauflächen mit ihm zu kaufen und zu betreiben und die Erträge, die sie dort unter - staatlicher Kontrolle und öffentlicher Wahrnehmung weitgehend entzogenen - ausbeuterischen oder geradezu sklavenhalterischen Arbeitsbedingungen erzielen, mit - den geringen Gestehungskosten entsprechend - hohen Gewinnspannen auf dem heimischen Markt und den Märkten der europäischen Handelspartner abzusetzen.

Die dem Handel mit dem kriegführenden Europa geschuldete Kapitalspritze verhilft also dem kapitalistischen Wertschöpfungssystem der USA auf den drei Schauplätzen der agrikulturellen und der industriellen Produktion im eigenen Land sowie der quasikolonialen Extraktionswirtschaft in anderen, imperialistisch unter Kontrolle gebrachten

Weltregionen zu einem explosionsartigen Wachstum und einer geradezu hypertrophen Entfaltung, so dass sich am Ende des Ersten Weltkrieges die Republik bereits zur nach technischer Leistungskraft und faktischem Sozialprodukt weltweit größten Wirtschaftsmacht und zur nach Austauschbeziehungen und Exportvolumen führenden Handelsnation gemausert hat. Freilich bedeutet diese steile industrielle und kommerzielle Karriere der amerikanischen Volkswirtschaft auch eine entsprechende Zunahme und Eskalation ihrer ökonomischen Heteronomie und Abhängigkeit, ihrer Bestimmtheit durch andere Volkswirtschaften und Angewiesenheit auf deren Märkte.

So gewiss es die anderen, europäischen, mittel- und südamerikanischen, fernöstlichen und dank des europäischen Krieges weltweit zugänglich werdenden Volkswirtschaften und Märkte sind, die den USA das zusätzliche Kapital für den Ausbau ihrer binnenwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und den Aufbau ihrer außenwirtschaftlichen Extraktionsunternehmungen liefern, die mithin durch die zu ihnen unterhaltenen, sei's einseitigen, sei's ausbeuterischen Austauschbeziehungen den Treibstoff, um nicht zu sagen das Wachstumshormon für den steilen Aufstieg der amerikanischen Volkswirtschaft zur weltweit führenden Kapitalmacht zur Verfügung stellen, so gewiss sind es nun aber auch jene fremden Volkswirtschaften und deren Märkte, an die sich letztere verwiesen findet, wenn es darum geht, den in Korrespondenz zum Auf- und Ausbau ihrer industriellen und agrikulturellen Produktionskapazitäten im Inland und ihrer imperialen Extraktionsdomänen im Ausland wachsenden Mehrwert kommerziell zu realisieren, sprich, jenen den Mehrwert verkörpernden Teil der Güter und Dienstleistungen, die das Kapital deren Produzenten kraft Lohnarbeitsverhältnis entzieht beziehungsweise vorenthält und die die Aufnahmefähigkeit beziehungsweise Aufnahmebereitschaft der inländischen Konsumentenschichten überfordern, anderweitig zu vermarkten und abzusetzen.

Solange die fremden Volkswirtschaften und Märkte bereitstehen und überhaupt in der Lage sind, das Mehr an Gütern und Dienstleistungen aufzunehmen, das die mit ihrer Hilfe beziehungsweise auf ihre Kosten in atemberaubendem Tempo wachsende Volkswirtschaft der USA hervorbringt, kann das Wachstum weitergehen und steht im Sinne des mit seinem Wertschöpfungsvolumen, seinem produktiven Angebot, unabweislich auf einen entsprechenden Wertrealisierungsprospekt, eine

korrespondierende konsumtive Nachfrage angewiesenen Kapitals alles zum Besten. Lassen freilich die fremden Volkswirtschaften in dieser Hinsicht zu wünschen übrig, schwächeln sie und zeigen sich außerstande, das mit ihrer Hilfe beziehungsweise auf ihre Kosten eingeschlagene Wertschöpfungstempo der amerikanischen Wirtschaft konsumtiv mitzugehen und durchzuhalten, gerät letztere in die Bredouille, weil das Mehr an Gütern und Dienstleistungen, das sie produziert, sich als unverkäuflich, der Mehrwert, den sie schöpft, sich als unrealisierbar, mithin der systematische Anspruch jener Güter und Dienstleistungen, Wert zu verkörpern, sich als empirisch widerlegt, faktisch nichtig erweist und diese Nichtigkeit des geschöpften Werts demotivierend und lähmend auf den Wertschöpfungsprozess zurückschlägt, ihn ins Stocken und, wenn das als kommerzielle Absatzkrise erscheinende Wertrealisierungsproblem nicht rasch gelöst wird, zum Stillstand bringt.

Und genau das aber ist nach dem Weltkrieg der Fall, genau dieses Wertrealisierungsproblem sucht die aus dem Krieg hervorgehende amerikanische Volkswirtschaft heim und gewinnt im Laufe der zwanziger Jahre zunehmend an Virulenz. Und dies zum einen deshalb, weil unter Friedensbedingungen der kommerzielle Austausch der nordamerikanischen Republik mit ihren wichtigsten Handelspartnern, den europäischen Staaten, seine erwähnte kriegsbedingte Einseitigkeit und Unausgewogenheit ablegt und sich normalisiert, sich wieder als wirklicher Austausch, als reziprokes Handeln, als Geschäft auf Wechselseitigkeit vollzieht. Wie oben konstatiert, ist es ja die den Kriegsumständen, spezifischer, dem Zwang, sich unter Vernachlässigung der zivilen Wirtschaft auf die Waffenproduktion und Heeresversorgung zu konzentrieren, geschuldete Einseitigkeit und Unausgewogenheit des Handels mit den USA, die Tatsache mit anderen Worten, dass die europäischen Kriegsmächte in zunehmendem Maße auf agrikulturelle und industrielle Importe aus den USA angewiesen sind und dass sie diese Importe aber mangels eigener ziviler Gütererzeugung nicht durch entsprechende Exporte in die USA kompensieren, den Wert der von dort bezogenen Waren nicht durch den Wert von dorthin gelieferten Güter egalisieren und so für einen Ausgleich der Handelsbilanz sorgen können, sondern vielmehr jene Importe mit als Devisen, Währungsmittel eingesetztem allgemeinem Äquivalent, begleichen, kurz, mit Geld bezahlen müssen - wie oben konstatiert, ist es diese

Unausgewogenheit des kommerziellen Austauschs, die durch die ihr geschuldete exorbitante Kapitalzufuhr in die USA deren industriellen und agrikulturellen Produktionssystemen wie auch ihren imperialistischen Extraktionsunternehmungen das besagte rasante Wachstum ermöglicht.

Damit aber ist es nach Kriegsende vorbei, weil die europäischen Staaten sich wieder dem zivilen Wirtschaften zuwenden, die Produktion von Gütern und Dienstleistungen für die Versorgung und konsumtive Befriedigung ihrer Bevölkerungen wiederaufnehmen können und dies ihnen auch ohne Weiteres gelingt, da, wie oben konstatiert, die für Kriegszwecke eingesetzten Produktionssysteme, was ihre technische Leistungskraft und ihren organisatorischen Entfaltungsgrad betrifft, in alter Frische oder gar durch die militärische Inanspruchnahme fortentwickelt bereitstehen und es kaum mehr braucht, als sie im friedenswirtschaftlichen Sinne umzurüsten beziehungsweise einfach nur der Befriedigung ziviler Bedürfnisse zuzuwenden. Nicht, dass die dadurch ermöglichte Normalisierung des kommerziellen Austauschs zwischen den Kontinenten, dies, dass die europäischen Staaten die Einfuhren aus den USA mit eigenen Ausfuhren dorthin zu beantworten und so die Handelsbilanz in Ordnung zu bringen oder überhaupt erst den Grund für ein Austauschverhältnis zu legen beginnen, das diesen Namen verdient - nicht dass solche Normalisierung per se von Nachteil für die Volkswirtschaft der USA und ihrem kapitalistischen Wohlergehen abträglich wäre!

Die kriegsbedingt einseitige Handelsbeziehung zwischen den Kontinenten ist ja, so sehr sie in einer gigantischen Kapitalspritze für die amerikanische Wirtschaft und einem letzterer dadurch vindizierten geradezu hypertrophen Investitionsschub und Wachstumsimpuls resultiert, auf Dauer schwerlich gesund und in der Tat langfristig nur um den Preis einer Zerrüttung beziehungsweise Destabilisierung beider Seiten aufrecht zu erhalten. Auf Seiten der europäischen Handelspartner resultiert sie in einer fortschreitenden Verarmung und Verkrüppelung der betreffenden Volkswirtschaften, während sie auf der Seite der USA deren industrielle und agrikulturelle Produktionsapparate immer leistungsstärker und produktiver und damit aber auch immer abhängiger vom kommerziellen Austausch mit den europäischen Handelspartnern, also mit eben denen werden lässt, die sie - wie auch immer unbeabsichtigt und der Einseitigkeit der Handelsbeziehung geschuldet - in die Verarmung und

Verkrüppelung treibt. Von daher gesehen, scheint die Wiederaufnahme einer geordneten und gesammelten, in der Produktion ziviler Güter und Dienstleistungen bestehenden Wertschöpfungstätigkeit durch die europäischen Volkswirtschaften und die dadurch ermöglichte allmähliche Normalisierung alias bilanzielle Ausgleichung des Handelsverkehrs mit den Vereinigten Staaten von Amerika durchaus nützlich und erstrebenswert und tatsächlich ein wesentlicher, wo nicht entscheidender Beitrag zur politisch-ökonomischen Stabilisierung und Verstetigung der internationalen Situation nach dem Weltkrieg.

Zwar ist die Normalisierung des Handelsverkehrs gleichbedeutend mit einer Verlangsamung des amerikanischen Wirtschaftswachstums und mit einer Rückkehr ausländischer Wettbewerber auf den amerikanischen Markt und einer dadurch bedingten Verschärfung der dortigen Konkurrenzsituation, aber was die Reduktion des Wirtschaftswachstums angeht, so lässt sie sich durchaus als heilsame konjunkturelle Abkühlung verstehen und gutheißen, und was die erneuerte ausländische Konkurrenz betrifft, so gilt auch für sie der kommerzielle Wahrspruch, dass Konkurrenz das Geschäft belebt, und bringt sie durch die innovativen Impulse und konsumtiven Anreize, die aus ihr resultieren, der amerikanischen Volkswirtschaft im Zweifelsfall mehr Nutzen als Schaden. Anzunehmen beziehungsweise zu befürchten, dass die Wiederaufnahme der zivilen industriellen Produktionsprozesse in den europäischen Staaten und die dadurch ermöglichte Normalisierung alias Ausbilanzierung des kommerziellen Austauschs zwischen den Kontinenten dem amerikanischen Wirtschaftsleben zum Verderben gereichen und dazu führen könnten, dass in den USA die Verlangsamung des ökonomischen Wachstums zur Stagnation, die konjunkturelle Abkühlung zum Stillstand des industriellen Produktionsapparats gerät, scheint umso abwegiger, als einerseits die durchgängige zivilgesellschaftliche Mangelsituation, die in Europa der Krieg hinterlassen hat, und andererseits der riesige Markt und die gesammelte Kaufkraft, die das kriegsbedingt rasante ökonomische Wachstum in den USA hat entstehen lassen, für eine Konsumbereitschaft sorgt und ein Nachfragevolumen schafft, die jene der Wiederankurbelung der zivilen Wirtschaft in Europa geschuldete Normalisierung des Handelsverkehrs nicht nur als durch den amerikanischen Markt ebenso leicht verkraftbar wie für die europäischen Märkte erwünscht, sondern in der Tat als notwendige Voraussetzung und wesentliche Grundlage für die ökonomische

Erholung, Stabilisierung und Entwicklung der industriellen Produktions- und kommerziellen Distributionssysteme der kapitalistisch verfassten westlichen Welt erscheinen lassen.

Wenn dessen ungeachtet das Abwegige Ereignis wird, das Unerwartete eintritt und nämlich die Wiederankurbelung der zivilen Produktion in Europa und die dadurch in Gang gesetzte Normalisierung des kommerziellen Austauschs zwischen den Kontinenten die Volkswirtschaft der USA tatsächlich in die Bredouille bringt und ein Jahrzehnt nach Kriegsende in eine vom völligen Verderben nicht weit entfernte und gemäß der führenden Rolle, die die amerikanische Wirtschaft mittlerweile spielt, die ganze kapitalistische Welt in Mitleidenschaft ziehende Krise stürzt, dann liegt das nicht an der Wiederaufnahme der europäischen Produktionsprozesse als solcher und der daraus resultierenden Normalisierung des Austauschs selbst, sondern vielmehr an der Art und Weise, wie beides vor sich geht, sprich, am spezifischen Modus der Wiederaufnahme und am durch letzteren bedingten dynamischen Tempo der Normalisierung.

Mit der Rede vom spezifischen Modus des industriellen Produktionsprozesses gemeint ist dabei die Strategie einer als Rationalisierung und Automatisierung der Herstellungsverfahren und Arbeitsabläufe wirksamen Steigerung sächlich-technischer Produktivkraft, die in der industriellen Produktion nach dem Weltkrieg ebenso generalisierte wie forcierte Anwendung findet - jene Strategie, die, wie oben ausgeführt, den industriekapitalistischen Entwicklungsprozess in den USA wegen der dort herrschenden siedlerbewegungsbedingten, dem geographischen Expansionismus der Republik geschuldeten demographischen Ungleichverteilung von Arbeitskraft seit jeher prägt und die nach dem Weltkrieg wegen ihres dem Krieg geschuldeten Arbeitskräftemangels auch die europäischen Volkswirtschaften übernehmen und nach amerikanischem Vorbild ebenso systematisch umfassend wie im Vergleich mit ihrer früheren, als Reaktion auf das Ärgernis einer staatlichen Umverteilungspolitik begreiflichen Verwendung dramatisch verstärkt ins Werk setzen.

Der Vorteil dieser Strategie ist, dass sie den europäischen Staaten ermöglicht, ihre der Rüstung und Heeresversorgung enthobenen und wieder in den Dienst ziviler Bedürfnisbefriedigung gestellten industriellen Produktionsapparate ungeachtet jenes als Arbeitskräftemangel gravierenden Personalproblems rasch wieder auf Touren zu bringen und an die Produktionsleistungen der Vorkriegszeit anknüpfen beziehungsweise sie

sogar übertreffen zu lassen. Nachteilig für die Rückkehr des europäischen Wirtschaftslebens in geordnete Bahnen erweist sich freilich die Strategie insofern, als die ihr geschuldete hohe Produktionsleistung, der rasant wachsende Ausstoß an realen Gütern und sozialen Dienstleistungen durch den industriellen Produktionsapparat, Hand in Hand geht mit einer ihr, der Strategie, ebenfalls zuzuschreibenden Stagnation oder gar Reduktion der Zahl der Lohnarbeitskräfte, die diese Produktionsleistung erbringen, und einer demgemäßen Verringerung der durch den Lohn jener Arbeitskräfte repräsentierten Konsumfähigkeit oder Kaufkraft.

Während einerseits die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, die nach dem Vorbild und unter Federführung des industriekapitalistischen Systems der USA die europäischen Volkswirtschaften zwecks Bewältigung des kriegsbedingten Arbeitskräfteproblems auf breiter Front und mit allem Nachruck anwenden, in kürzester Frist den industriellen Produktionsapparat wieder in Schwung bringt und zu Produktionsleistungen befähigt, die den Niedergang und Einbruch der zivilen Wirtschaft während der Kriegsjahre vergessen machen und das Leistungsniveau der Vorkriegszeit nicht nur wiederherstellen, sondern markant übersteigen, zeitigt die Strategie also andererseits durch die Einsparungen an Arbeitskraft, die sie impliziert, die unwillkommene Nebenwirkung, den Teil an gesellschaftlicher Kaufkraft, den die der industriellen Arbeitskraft gezahlte Lohnsumme repräsentiert, stagnieren oder gar sinken und als Mangelerscheinung beziehungsweise Fehlbetrag in der Bilanz zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage zu Buche schlagen zu lassen. Während das industrielle Angebot allen kriegsbedingten Beeinträchtigungen zum Trotz dank Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie wächst, hat dieselbe Strategie eine Schrumpfung der dies industrielle Angebot wahrzunehmen und in seinem Wert zu realisieren kapazitierten kommerziellen Nachfrage zur Folge.

Unter normalen, nicht durch die Kriegsfolgen geprägten Bedingungen wären die betreffenden Gesellschaften vielleicht noch imstande, jene dem industriekapitalistischen Rationalisierungs- und Automatisierungsprozess geschuldeten Einbußen an Kaufkraft bei den lohnarbeitenden Produzenten, der Industriearbeiterschaft, sei's durch erhöhte Sozialleistungen, also durch staatliche Ausgleichszahlungen an besagte Arbeiterschaft, sei's durch die Verstärkung des Konsums anderer, über ungenutzte Kaufkraft verfügender gesellschaftlicher Gruppen, vor allem des bürgerlichen

Mittelstands und der Bourgeoisie, zu kompensieren. Eine wesentliche Kriegsfolge aber ist ja, wie oben expliziert, die durchgängige Verschuldung der europäischen Kriegsteilnehmer, die Verarmung sowohl der öffentlichen Hand, der Staatswesen als solchen, als auch des privaten Sektors, der Staatsbürger im Allgemeinen und ihrer im engeren Sinne bürgerlichen Teile, der besitzenden Klassen, im Besonderen. Die Zeche für das von ihnen beziehungsweise ihrer weit überwiegenden Majorität begrüßte und betriebene militärische Potlatch ihres Staates, seine Zerstörungs- und Vernichtungsorgie, haben letztlich und folgerichtig sie, seine Bürger, bezahlen müssen - die proletarischen und kleinbürgerlichen Klassen mit ihrer Gesundheit oder ihrem Leben und mit einem Großteil ihrer Alterssicherung und ihrer Rentenansprüche, der bürgerliche Mittelstand und die Bourgeoisie mit ihren Ersparnissen beziehungsweise ihren Vermögen, die sie, gleichermaßen von patriotischer Begeisterung getragen und von der Hoffnung auf die nach dem sicheren Sieg dem Sieger winkenden Spolien und reichen Vergütungen beseelt, in Kriegsanleihen gesteckt, ihrem kriegführenden Staat kreditiert haben.

Wo sollten da wohl die Mittel für die Kompensation jenes der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie geschuldeten Verlusts beziehungsweise Mangels an Kaufkraft herkommen? Weder kann der Staat angesichts des Schuldenbergs auf dem er selber sitzt und der dünnen Kapitaldecke, unter der die neu ins zivile Produktionsgeschäft eingestiegenen industriekapitalistischen Unternehmen wirtschaften müssen, aus eigener Kraft beziehungsweise aus Beiträgen der Unternehmen die Umverteilungsmaßnahmen finanzieren, die nötig wären, um den Verlust an Kaufkraft, den die produktivkraftbedingten Einsparungen an Arbeitskraft zur Folge haben, auszugleichen, noch ist die verarmte und aufgrund ihrer Verarmung zur Frugalität gezwungene beziehungsweise nach Maßgabe ihrer Existenzangst, die sich aus der Verarmung speist, zum freiwilligen Konsumverzicht disponierte bürgerliche Klasse in der Lage oder auch nur willens, die der Steigerung sächlich-technischer Produktivkraft geschuldete Einbuße an Kaufkraft in den lohnarbeitenden Schichten auszugleichen. Tatsächlich ist die Staat und bürgerliche Gesellschaft betreffende Verschuldung so gewaltig, ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen die Finanzlage so desolat, dass selbst eine erfolgreiche Kompensation des auf die industrielle Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie zurückzuführenden Kaufkraftverlusts gar nicht viel brächte, weil

letzterer nur eine die Gesamtmisere akzentuierende Randglosse, das Tüpfelchen auf dem i jener der Verschuldung durch den Krieg geschuldeten generellen Konsumschwäche des Gemeinwesens darstellt.

Als krisenträchtig erweist sich für die zur führenden Wirtschaftsmacht aufgestiegenen USA die konsumtive Schwäche der europäischen Nachkriegsstaaten, weil sie gleichermaßen den kommerziellen Transaktions- und finanziellen Investitionsbeziehungen in die Parade fährt, die das auf vollen Touren laufende und in haltloser Expansion begriffene amerikanische Wertschöpfungssystem zu seinen wichtigsten Handelspartnern unterhält. Nach dem Strohfeuer der europäischen Nachkriegsbelebung bricht sich die strukturelle Konsumschwäche Europas in Form eines ebenso jähen wie massiven Konjunktureinbruchs auf dem nordamerikanischen Kontinent Bahn, der zur weltweit grassierenden Wirtschaftskrise durchschlägt.

Die strukturelle Verschuldung von Staat und Gesellschaft und die aus ihr resultierende generelle Konsumschwäche - sie bilden das eigentliche Problem der europäischen Volkswirtschaften nach dem Weltkrieg, indem sie dafür sorgen, dass sich die Schere zwischen der dank Rationalisierung und Automatisierung der Produktion rasch wachsenden Wertmasse in Gestalt realer Güter und sozialer Dienstleistungen und einer durch ihren Mangel an Kaufkraft gehandikapten Nachfrage immer weiter öffnet und das Problem einer an der kommerziellen Wertrealisierung scheiternden industriellen Wertschöpfung eine immer bedrohlichere Virulenz gewinnt.

Als Problemlösung oder jedenfalls Beitrag zur Lösung des Problems bietet sich in dieser zunehmend kritischen binnenwirtschaftlichen Situation eine Entlastung der europäischen Märkte durch einen Ausbau der außenwirtschaftlichen Beziehungen, genauer gesagt, durch eine Verstärkung des Exports jener in Europa mangels Konsumkraft unrealisierbaren Güter und Dienstleistungen in die überseeische Welt im Allgemeinen und auf den Markt der in Übersee maßgebenden nordamerikanischen Volkswirtschaft im Besonderen an. Und die Chancen für eine durch den Außenhandel zu erreichende Entlastung der europäischen Märkte mit dem Effekt einer Verringerung der Diskrepanz zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage und einer dadurch ermöglichten Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa stehen, für sich genommen, auch gar nicht schlecht, da sich der Markt der USA dank des rasanten konjunkturellen Aufschwungs der amerikanischen Volkswirtschaft in den Kriegsjahren zu einem nach Maßgabe seiner Konsumkraft aufnahmefähigen Outlet entwickelt hat und da im übrigen die kolonialen

und halbkolonialen Märkte der nicht oder nur erst rudimentär industrialisierten Welt nach Kriegsende ja wieder offen stehen oder jedenfalls zugänglich sind.

Indes, das eigentliche und wahrhaft krisenträchtige Problem der verschuldungsbedingt mangelnden Konsumkraft, die im Vergleich mit der rationalisierungs- und automatisierungsgetrieben raschen Erholung der europäischen Industrien die Märkte Europas beweisen, lässt sich durch erweiterte Außenhandelsbeziehungen und verstärkte Exporte unmöglich lösen, weil es gar nicht in den Auswirkungen der Konsumschwäche auf den industriekapitalistischen Prozess in Europa selbst, sondern vielmehr in ihren Rückwirkungen auf das industriekapitalistische Produktionssystem in den Vereinigten Staaten von Amerika besteht. Wie expliziert, ist der massive konjunkturelle Aufschwung der USA, der rasche Anstieg der agrikulturellen und industriellen Produktionssysteme der Republik auf ein gleichermaßen in prozesstechnischer und in arbeitsorganisatorischer Hinsicht sprunghaft erhöhtes Leistungsniveau ganz wesentlich den Kriegsverhältnissen geschuldet und nämlich Konsequenz der zentralen Bedeutung, die die amerikanische Industrie und Landwirtschaft für die subsistenzielle Versorgung und materielle Ausstattung der durch den Krieg in ihren eigenen zivilwirtschaftlichen Aktivitäten gehandikapten und auf Rüstung und Heeresbedarf fixierten europäischen Mächte erlangt. Diese von der amerikanischen Volkswirtschaft übernommene Versorgungs- und Lieferantenfunktion, die den Charakter einer höchst einseitigen Handelsbeziehung, eines durchaus unausgewogenen Austauschverhältnisses hat, weil die europäischen Mächte sie mangels korrespondierender Güterkontingente und Dienstleistungen mit allgemeinem Äquivalent bezahlen, sprich mit Währungsreserven und Devisen begleichen müssen, hat die erwähnte gigantische Kapitaleinspeisung in den Wirtschaftskreislauf der USA zur Folge, mittels deren letztere ihre großen Sprünge beim Ausbau ihrer industriellen Produktion, bei der Entwicklung einer hochtechnisierten Agrikultur und bei der weltweiten, auf ihre Satelliten und Einflusssphären sich erstreckenden Gründung beziehungsweise Aneignung kolonialistisch-extraktionswirtschaftlicher Unternehmen machen können.

Je rasanter und sprunghafter dank jener gigantischen Kapitalspritze das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft verläuft, umso mehr ist

letztere freilich darauf angewiesen, dass es mit den Außenhandelsbeziehungen, die ihr das Wachstum ermöglicht haben, ungestört und im vollen Umfang weitergeht, dass mit anderen Worten die von ihr belieferten ausländischen Absatzgebiete im Allgemeinen und europäischen Märkte im Besonderen ihr weiterhin offen stehen und sich als unverändert aufnahmefähig erweisen. Schließlich bedeutet Wachstum eine Vermehrung der in materialen Gütern und sozialen Dienstleistungen bestehenden Wertschöpfungen, und um diese vermehrten Wertschöpfungen in ihrem Wert einzulösen, sie als für weitere Wertschöpfungen verfügbares Kapital zu realisieren, braucht es kommerzielle Beziehungen der eigenen Volkswirtschaft nach draußen, braucht es, mit anderen Worten, im Bereich anderer Volkswirtschaften wahrnehmbare Absatzchancen und zugängliche Märkte im gleichen Umfang wie vorher oder vielmehr, da ja das Wachstum eine Zunahme auch und natürlich des Mehrwertanteils bedeutet, für dessen Realisierung das heimische Kapital auf den Außenhandel angewiesen ist, in gegenüber vorher sogar entsprechend verstärktem Maße.

Und genau in diesem Punkte aber erweisen sich nun im Verlauf der Nachkriegsjahre die Märkte der europäischen Staaten, also der für den konjunkturellen Aufschwung der USA in den Kriegsjahren maßgeblich verantwortlichen Handelspartner, als defizient und zunehmend funktionsuntüchtig. Der Grund hierfür ist die massive, gleichermaßen Staat und Gesellschaft betreffende, bürokratische Institutionen und bürgerliche Klasse bedrückende Schuldenlast, die die kriegführenden Mächte in den Kriegsjahren angehäuft haben. Solange der als existenzielle Herausforderung, als nationaler Überlebenskampf wahrgenommene beziehungsweise suggerierte Krieg währt, bleibt diese Schuldenlast wenn nicht außer Betracht, so jedenfalls doch ohne Konsequenz, weil das in Friedenszeiten für das gesellschaftliche Handeln der bürgerlichen Gesellschaft maßgebende wirtschaftliche Kalkül, die im kapitalistischen Normalfall über die Opportunität politischer Vorgehensweisen entscheidende ökonomische Bilanzrechnung durch eben jene Wahrnehmung beziehungsweise Suggestion außer Kraft gesetzt ist. Nicht zuletzt in der Hoffnung darauf, dass das Bestehen der militärischen Herausforderung, die siegreiche Beendigung des nationalen Überlebenskampfes sich bezahlt machen und dem Sieger genug Beute für die Abtragung des Schuldenberges einbringen wird, nehmen, solange der Krieg währt, der Staat und seine von ihm zur Kasse

gebetenen Bürger die fortschreitende Verschuldung wenn nicht leichten Herzens, so jedenfalls doch opferbereit in Kauf.

Nach Kriegsende aber wird mit der Wiederaufnahme zivilen Wirtschaftens beziehungsweise der Retablierung des für letzteres maßgebenden Kosten-Nutzen-Kalküls wieder Bilanz gezogen, und da stellt sich denn heraus, dass die Zerstörungs- und Vernichtungsorgie des Weltkrieges die beteiligten Staaten so teuer zu stehen gekommen ist und zu einer solch generellen Verschuldung und Verarmung von Staat und Gesellschaft geführt hat, dass nicht nur die Verlierer des Krieges, sondern auch dessen Sieger in einem Maße an Konsumfähigkeit alias Kaufkraft verloren haben, dass noch so große, dem Verlierer aufgehuckte Wiedergutmachungsleistungen und Reparationen den Verlust nicht wettzumachen vermögen und dass deshalb die wieder in Gang kommende zivilgesellschaftliche industrielle Wertschöpfung in allen am Krieg beteiligten europäischen Ländern vor einem massiven strukturellen Problem steht, was die kommerzielle Realisierung des geschöpften Werts betrifft.

Zwar, von Anfang an klar erkennbar und auf Anhieb virulent ist dieses zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage obwaltende Strukturproblem nicht! Was erst einmal geeignet ist, es zu kaschieren beziehungsweise unter den Teppich zu kehren, ist die Tatsache, dass die Wiederaufnahme zivilen Wirtschaftens, sprich, die Wiederingangsetzung einer die bürgerliche Gesellschaft zu versorgen und ihre Bedürfnisse zu befriedigen geeigneten industriekapitalistischen Wertschöpfung durch die Arbeitskräfte, die sie für letztere rekrutiert und in Brot setzt beziehungsweise, systemgemäßer ausgedrückt, in Lohn bringt, neue Konsumkraft generiert, die wegen der kriegsbedingt herrschenden generellen subsistenziellen Not und konsumtiven Mangelsituation auch eine unmittelbare Wirksamkeit entfaltet und die kommerzielle Nachfrage belebt. Deshalb kann sich erst einmal auch der von Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft ebenso sehr geblendete wie beflügelte Eindruck eines selbsttragenden, will heißen, durch die Kaufkraft, die er generiert, seinen eigenen Fortgang substantiierenden und garantierenden wirtschaftlichen Aufschwungs herstellen und durchsetzen.

So wahr freilich der wieder in Gang gesetzte industrielle Produktionsprozess kapitalistischer Natur ist, so wahr gilt, dass die durch ihn qua Arbeitslohn generierte Kaufkraft nicht ausreicht, um die in Gestalt von Gütern und in Form von Dienstleistungen durch ihn geschöpfte

Wertmasse als solche zu realisieren, sprich, mittels kommerziellen Austauschs in Geld zu überführen, als allgemeines Äquivalent einzulösen. Schließlich besteht ja der wesentliche Sinn und Zweck der als kapitalistische funktionierenden Produktion darin, mehr Wert in Gütergestalt und Dienstleistungsform zu schöpfen, als an Wert in Gestalt von indirektem und in Form von direktem Arbeitslohn (Arbeitslohn, der in die Herstellung der Arbeitsmittel geflossen ist, und Arbeitslohn, den die Betätigung der Arbeitsmittel kostet) für den Produktionsprozess aufgewendet und eingesetzt werden muss! Da ist es denn schlicht logisch, dass der in Gütergestalt und Dienstleistungsform geschöpfte Mehrwert durch den als Arbeitslohn gesetzten Wert, die in actu des Wertschöpfungsprozesses generierte Kaufkraft, unmöglich realisiert werden kann, dass es vielmehr, um den geschöpften Gesamtwert durch allgemeines Äquivalent zu substituieren, ihn als Geld einzulösen, neben der qua Arbeitslohn generierten Kaufkraft und über sie hinaus Konsumkapazität aus nicht durch den Produktionsprozess selbst generierten Quellen braucht.

Und diese Logik beansprucht umso entschiedenere und unabweislichere Geltung, als ja die besondere demographische Nachkriegssituation, der den hekatombischen Kriegsopfern geschuldete Mangel an Arbeitskräften, das Kapital dazu veranlasst, die bereits in der Vorkriegszeit geübte und bewährte Strategie einer Rationalisierung von Arbeitsvorgängen und Automatisierung von Produktionsprozessen erneut zur Anwendung zu bringen und ebenso systematisch vermehrt wie methodisch verstärkt einzusetzen, und als das wiederum zur Folge hat, dass, da ja die Strategie dazu führt, dass die gleiche Produktionsleistung mit weniger Arbeitskraft und also geringeren Lohnkosten erbracht werden kann, der als Lohn für die Arbeitskraft gesetzte Wert relativ zu dem durch die Arbeitskraft in Gestalt von Gütern und in Form von Dienstleistungen geschöpften Mehrwert schrumpft, dass mit anderen Worten das durch den Produktionsprozess hervorgebrachte industrielle Angebot im Verhältnis zu der durch ihn generierten kommerziellen Nachfrage wächst und dass dementsprechend der Absatz der angebotenen Güter und Dienstleistungen beziehungsweise die Realisierung des in ihnen steckenden Mehrwerts noch mehr kommerzielle Nachfrage alias Kaufkraft aus nicht durch das Produktionssystem selbst generierten Quellen erfordert, als bereits ohne die Wirksamkeit jener Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie der Fall wäre.

Herkömmlicher- und normalerweise stehen für die Realisierung des Mehrwerts die Haushalte der öffentlichen Hand, das angestammte Vermögen und die nicht oder jedenfalls nicht durch Lohnarbeit aus dem industriellen Produktionsprozess gezogenen Einkünfte der bürgerlichen Klasse und der überkommenen und letzterer mehr oder minder integrierten älteren Oberschichtstrata sowie die per Außenhandel erschlossenen Konsumkapazitäten anderer Gesellschaften und schließlich in einem gewissen Maß auch die Ersparnisse und Rücklagen bereit, die dank staatlicher Umverteilung und lohntariflicher Besserstellung die Schöpferin des zu realisierenden Mehrwerts, die Arbeiterschaft im eigenen volkswirtschaftlichen Bereich, hat bilden können. Und so verhält es sich auch in diesem Fall: Die öffentliche Hand nutzt ihren Etat, die bürgerliche Klasse ihr Vermögen, die Konsumentenschicht ihre Kaufkraft und die Lohnarbeiterklasse ihre Rücklagen, um den vom Krieg hervorgerufenen materialen Mangel und sozialen Notstand zu beheben, ihren beträchtlichen subsistenziellen Bedarf zu decken und ihre vielfältigen konsumtiven Bedürfnisse zu befriedigen, womit sie allesamt ihren kommerziellen Beitrag leisten und dem Kapital die Mittel an die Hand geben, den industriellen Prozess wieder in Gang beziehungsweise kraft der dabei ebenso verstärkt wie verbreitet zum Zuge kommenden Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie mehr noch in Schwung zu bringen.

So sehr freilich anfangs alles seinen normalen Verlauf zu nehmen und sich sowohl für die zivile Konsumgesellschaft als auch für das vom Kapital betriebene Produktionssystem nach Wunsch zu entwickeln scheint, wegen der vom Krieg hinterlassenen allgemeinen hohen Verschuldung und der darin beschlossenen strukturellen Konsumschwäche erweist sich bald schon jener von Staat, bürgerlicher Klasse, ausländischen Handelspartnern und heimischer Arbeiterschaft geleistete kommerzielle Beitrag zum industriellen Aufschwung als ein Energiestoß, der zwar ausreicht, die kapitalistische Produktionsmaschine wieder in Gang beziehungsweise in Schwung zu bringen, nicht aber über hinlängliche Substanz verfügt beziehungsweise die nötige Energie liefert, um die Maschine auch dauerhaft in Gang beziehungsweise in Schwung zu halten. Von ihrer Schuldenlast, ihrer Verarmung, ihren Zahlungsschwierigkeiten und ihrer Mittellosigkeit eingeholt, finden sich Staat, bürgerliche Klasse, ausländische Abnehmer und in den Genuss umverteilungspolitischer Maßnahmen gelangte Arbeiterschaft, die vier für die Realisierung des Mehrwerts

in Frage kommenden Hauptkonsumenten, bald schon außerstande, der durch ihren anfänglichen Konsum angekurbelten Güter- und Dienstleistungsproduktion konsumtiv die Stange zu halten und in dem der produktivkräftigen Verlaufsform entsprechenden Maße gerecht zu werden, und begegnen dem dank jener produktivkräftigen Verlaufsform sprunghaft wachsenden industriellen Angebot mit einer stagnierenden, wo nicht gar rückläufigen kommerziellen Nachfrage.

Diese erst allmählich akut werdende und durch den wirtschaftlichen Erholungsprozess quasi herausprozessierte strukturelle Konsumschwäche der europäischen Nationen trifft deren Kapital hart. Im Vertrauen auf den durch die Nöte und Entbehrungen der Kriegszeit hinterlassenen materialen Nachholbedarf der Bevölkerungen und ihre sozialen Regenerationsbedürfnisse hat letzteres über jene Konsumschwäche hinweggesehen und findet sich nun, da das mit den Resten von Kaufkraft veranstaltete anfängliche konsumtive Strohfeuer mangels energetischen Nachschubs als solches manifest zu werden, sprich, seine Unzulänglichkeit im Verhältnis zur Größe des Güterbergs, den es wie einen Scheiterhaufen verzehren und aus dem Weg des Produktionsprozesses schaffen soll, an den Tag zu legen beginnt, in seinen an die kommerzielle Realisierung des Mehrwerts der industriellen Schöpfungen geknüpften Gewinnerwartungen und Akkumulationsansprüchen getäuscht und dementsprechend in seiner produktionssystematischen Triebkraft und dem dieser als Triebgrund eingeschriebenen Wachstumsimpuls gehemmt.

Ungleich härter freilich noch als das den europäischen Staaten eigene Kapital wird von deren Konsumschwäche das Kapital des großen transatlantischen Handelspartners, der Vereinigten Staaten von Amerika, getroffen. Die europäischen Produktionssysteme stecken ja in diesen Nachkriegsjahren noch in den Anfängen ihrer zivilwirtschaftlichen Erholung, quasi also in den Kinderschuhen ihrer nach der Zäsur der Kriegszeit wiederaufgenommenen industriekapitalistischen Entwicklung, und wenn diese Entwicklung durch die zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage sich verschuldungsbedingt öffnende Schere und ergebende Diskrepanz gestört und gehemmt wird, dann geschieht das auf dem noch ziemlich niedrigen Produktionsniveau und noch weitgehend limitiert auf den nationalökonomischen Distributionsrahmen des jeweiligen europäischen Staates und bleibt, so schmerzlich es für

das betreffende Staatswesen sein und so sehr es die von letzterem angestrebte zivilwirtschaftliche Erholung beeinträchtigen und verzögern mag, doch aber sowohl in seinen Folgen für die betroffene Nationalökonomie selbst einigermaßen überschau- und absehbar als auch und vor allem in seinen Auswirkungen auf die anderen Nationalökonomien und auf das Gesamt der von ihnen unterhaltenen industriekapitalistischen Produktionssysteme vergleichsweise begrenzt und unerheblich.

Das industriekapitalistische Produktionssystem der USA hingegen befindet sich dank der beschriebenen handelspolitisch tragenden Rolle, die es während des Krieges spielt, dank also der Versorgungs- und Lieferantenfunktion, die es für die zivilwirtschaftlich brachliegenden europäischen Märkte und für die von den Kolonialmächten aufgelassenen Märkte der restlichen Welt übernimmt, und dank seines aus dem massiven Kapitalzufluss, den ihm das beschert, sich speisenden außerordentlichen konjunkturellen Aufschwungs bereits zu Kriegsende auf einem so hohen Produktionsstand und entwickelt sich in einem so rasanten akkumulationsprozessualen Tempo, dass jede nennenswerte Hemmung der Produktion beziehungsweise Bremsung der Akkumulation das der Produktmasse beziehungsweise dem Prozessmomentum des Systems geschuldete Zeug dazu hat, letzteres ins Schlingern geraten und am Ende gar aus dem Gleis springen und Karambolage machen zu lassen. Auf dem hohen Produktionstand und Akkumulationsniveau, die es dank seiner kriegsbedingt asymmetrischen Austauschbeziehungen zu den europäischen Volkswirtschaften erreicht hat, ist das industriekapitalistische Produktionssystem der USA existenziell, will heißen, bei Strafe einer drohenden Stockung seines Produktionsprozesses und einer dessen Volumen und Tempo entsprechend ebenso umfänglichen wie unvermittelten wirtschaftlichen Lähmung darauf angewiesen, dass es mit jenen Austauschbeziehungen zu den europäischen Handelspartnern im gewohnten Umfang und gehabten Tempo weitergeht, dass also die europäischen Märkte für den Export amerikanischer Waren, den als Wertrealisierung wohlverstandenen Absatz der von der Industrie und Agrarwirtschaft der USA produzierten Güterkontingente und Dienstleistungssortimente unverändert offen stehen und eine kontinuierliche beziehungsweise, dem Wachstum der amerikanischen Produktionssysteme gemäß, sogar gesteigerte Aufnahmefähigkeit beweisen.

Genau das aber ist nicht der Fall, teils und natürlich, weil die wieder in Gang beziehungsweise Schwung kommende zivile Industrieproduktion in Europa der amerikanischen auf den europäischen Märkten Konkurrenz und ihre Absatzchancen streitig macht, teils und vor allem, weil sich nach dem anfänglichen Strohfeuer eines der materiellen Not und dem sozialen Mangel der Nachkriegssituation entsprechenden und aus den Resten von Kaufkraft, die der Weltkrieg den staatlichen, bürgerlichen, ausländischen und arbeiterschaftlichen Konsumenten belassen hat, finanzierten kommerziellen Erholung die strukturelle Konsumschwäche der europäischen Nationen unübersehbar zur Geltung bringt und nicht nur dem gerade wieder in Gang gekommenen europäischen, sondern auch und zumal dem bereits auf vollen Touren laufenden amerikanischen Produktionsprozess oder vielmehr dem hier wie dort mittels Produktionsprozess seinem Verwertungstrieb frönenden Kapital in die Quere kommt und das Geschäft vermasselt.

Dass dies nicht umgehend geschieht und dass die strukturelle Konsumschwäche der europäischen Staaten erst im Abstand von einer Dekade voll zum Tragen kommt und ihre katastrophale Wirkung zeitigt, ist, wie gesagt, darauf zurückzuführen, dass die den hauptsächlichen gesellschaftlichen Konsumentengruppen verbliebenen Vermögensreste immerhin ausreichen, erst einmal jenes von der materialen Not und dem sozialen Mangel erheischte Strohfeuer zu entfachen. Und dass die Konsumschwäche dann eine ebenso jähe wie machtvolle katastrophale Wirkung zeitigen kann, hat seinen Grund in der ebenfalls explizierten Tatsache, dass unter dem Deckmantel jenes anfänglichen, strohfeuerhaften Anscheins von kommerzieller Normalität der wieder in Gang kommende industrielle Produktionsprozess in Europa dank der zwecks Kompensation des kriegsbedingten Arbeitskräftedefizits in Anlehnung an das amerikanische Vorbild adaptierten Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie eine solche Dynamik beweist und in kürzester Frist solche Dimensionen erreicht, dass, als die Vermögensreste, über die die europäischen Konsumentengruppen verfügen, aufgezehrt sind und die der allgemeinen Verschuldung geschuldete strukturelle Konsumschwäche offen zutage tritt, die Schere zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage bereits so weit klafft, dass es zu einem regelrechten Einbruch des Umsatzes und Zusammenbruch des Marktes kommt.

Keine Volkswirtschaft trifft, wie gesagt, diese strukturelle, der allgemeinen Verschuldung geschuldete Konsumschwäche der europäischen Märkte jäher und heftiger als die amerikanische, die ja ihren anhaltenden konjunkturellen Aufschwung und die sprunghaft gestiegenen industriellen und agrarindustriellen Produktionskapazitäten, über die sie zu Kriegsende verfügt, maßgeblich der Nachfrage nach amerikanischen Versorgungsleistungen und Nachschubgütern verdankt, die in den Kriegsjahren von den europäischen Märkten ausgeht - einer Nachfrage, der deshalb aber auch für den Fortgang des konjunkturellen Aufschwungs und die Auslastung der sprunghaft gestiegenen Produktionskapazitäten der amerikanischen Volkswirtschaft in den Nachkriegsjahren eine entsprechend maßgebliche Bedeutung zukommt. Indem diese Nachfrage ebenso scheinbar plötzlich wie dramatisch pointiert und nämlich in durch das Strohfeuer der europäischen Nachkriegsbelebung ebenso verzögerter Folge wie verschärfter Form wegbricht und der Absatz auf den europäischen Märkten stockt beziehungsweise gar schrumpft, schlägt dieser jähe kommerzielle Einbruch bei den europäischen Handelspartnern mit ganzer Wucht auf die industrielle und agroindustrielle Produktion der USA zurück, bringt den konjunkturellen Aufschwung scheinbar über Nacht zum Erliegen und erzwingt eine unvermittelte Drosselung der Produktionsmaschine mit Folgen für deren Betrieb, die sich den katastrophalen Konsequenzen vergleichen lassen, die das ohne Kupplung durchgeführte Umschalten eines auf vollen Touren laufenden Motors in den Rückwärtsgang fürs Getriebe hat.

Dabei sind die Rückwirkungen des von den europäischen Märkten ausgehenden kommerziellen Einbruchs auf die industrielle Konjunktur der USA umso verheerender, als letzterer keineswegs nur die amerikanischen Ausfuhren, die in den USA produzierten und nach Europa exportierten Güter und Dienstleistungen, sondern auch und mehr noch die aus den USA in die europäischen Volkswirtschaften geflossenen Anlagen, das von amerikanischer Seite in europäische Unternehmen und Produktionssysteme investierte Kapital betrifft. Wie oben expliziert, wirken sich ja die unter Kriegsbedingungen unausgewogenen Handelsbeziehungen der USA zu den europäischen Staaten, der einseitige Austausch von Waren aus Amerika gegen Geld aus Europa, die asymmetrische Kompensation amerikanischer Güter und Dienstleistungen mit europäischen Devisen und Währungsreserven, im Sinne eines massiven Kapitalzuflusses in die

amerikanische Volkswirtschaft aus, der nicht nur genutzt wird, um den Ausbau des industriellen Produktionsapparats und die Industrialisierung der agrarwirtschaftlichen Erzeugung zu finanzieren, sondern der auch und darüber hinaus gleichermaßen den Ansporn und die Mittel für die wirtschaftsimperialistische Expansion der USA nach Mittel- und Südamerika, in den ostasiatischen Raum und in andere Weltteile, sprich, für mit Unterstützung abhängiger Regierungen und ihrer korrupten Staatsapparate dort getätigte Investitionen etwa in den Abbau von mineralischen und natürlichen Wertquellen, die frondienstliche Bewirtschaftung von Plantagen und Agrarbetrieben und die Ausbeutung ebenso preiswerter wie vogelfreier industrieller Arbeitskraft liefert.

Dass nach dem Krieg die amerikanische Volkswirtschaft diesen gigantischen Kapitalüberschuss, den der asymmetrische kommerzielle Austausch mit Europa in specie und den aufgelassenen europäischen Kolonialreichen in genere ihr in die Taschen spült, auch für Anlagen und Investitionen im europäischen Wirtschaftsraum einsetzt und sich im großen Stil am Wertschöpfungsprozess in Europa finanziell beteiligt beziehungsweise in ihm industriell engagiert, kann nicht Wunder nehmen und liegt in der Natur der dem Kapital qua Verwertungsdrang alles bedeutenden Sache. Schließlich bieten zu Kriegsende das fast zum Stillstand gekommene zivile Wirtschaftsleben und die brachliegenden industriellen Kapazitäten und Dienstleistungssysteme in Europa schier unermessliche Anlagemöglichkeiten und Investitionschancen und locken gleichzeitig die subsistenziellen Defizite und konsumtiven Bedürfnisse, die der Krieg hinterlässt, mit ebenso anhaltenden wie umfassenden Profiten und Renditen, die sich im Verfolg der Beseitigung der Defizite und Befriedigung der Bedürfnisse aus jenen Anlagen und Investitionen ziehen lassen. Dass materielle Not und sozialer Mangel und die daraus resultierenden subsistenziellen Defizite und konsumtiven Bedürfnisse Kauflust und Konsumbereitschaft, die Disposition, zu Markte zu gehen, erzeugen, keineswegs aber auch schon für die Fähigkeit sorgen, in kommerziellen Austausch zu treten, sprich, Kaufkraft und Konsumkapazität aufzubieten, und dass also das amerikanische Kapital, wenn es sich in den europäischen Volkswirtschaften engagiert, die Rechnung seiner Investitionen und Anlagen ohne den Wirt der nach dem Strohfeuer der anfänglichen wirtschaftlichen Erholung zutage tretenden gesamteuropäischen strukturellen Konsumschwäche macht, übersieht die amerikanische Wertschöpfung im Eifer

des nach dem Krieg einsetzenden Industriebelebungs- alias Produktionsankurbelungsgefechts und bemerkt diesen gravierenden kommerziellen Pferdefuß erst, als es zu spät ist, ihm durch konjunkturelle Zurückhaltung alias Verzicht auf industrielles Wachstum auszuweichen, und er gegen beziehungsweise auf die in den USA und weltweit von ihm, dem amerikanischen Kapital, eigenverantwortlich betriebenen beziehungsweise per finanzielle Beteiligung mitgetragenen Wertschöpfungsprozesse mit voller Wucht und mit auf der ganzen Linie paralysierendem Effekt aus- und zurückschlägt.

Es ist also nicht nur der Einbruch ihrer Exportgeschäfte, die Unabsetzbarkeit von Gütern und Dienstleistungen, sondern auch und mehr noch das Scheitern ihrer Kapitalanlagen, die Unrentabilität gemachter Investitionen und erworbener finanzieller Anteile, womit die europäischen Märkte die Wirtschaft der USA heimsuchen und deren industrielle und agrarkulturelle Produktionssysteme quasi über Nacht in eine der Höhe ihres Entwicklungsstands, dem Umfang ihrer Produktionsleistung und dem Tempo ihres konjunkturellen Aufschwungs entsprechend ebenso tiefe wie umfassende und haltlose, zum freien Fall geratende Krise stürzen. Und es sind zugleich die letzteren, jene der Unrentabilität und Vergeblichkeit überführten Investitionen und Beteiligungen amerikanischen Kapitals in aller Welt, die da machen, dass die Krise, in die die strukturelle Konsumschwäche Europas zuerst und vorzugsweise die Volkswirtschaft der USA selbst stürzt, mitnichten auf sie beschränkt bleibt, sondern ebenso rasch wie unaufhaltsam auf alle Volkswirtschaften, in die amerikanisches Kapital fließt und in denen es am Werk oder vielmehr mangels Wertrealisierungserfolg in seiner "Werktätigkeit", seinem Wertschöpfungsstreben, zum Scheitern verurteilt ist, übergreift und sich als eben das globale Ereignis, als das sie im historischen Gedächtnis überlebt, als Weltwirtschaftskrise, zur Geltung und zum Tragen bringt.

Weil die amerikanische Volkswirtschaft sich nicht zuletzt dank ihrer in den Kriegsjahren gegenüber den europäischen Mächten und ihren Kolonialreichen übernommenen Lieferantenfunktion und erbrachten Versorgungsleistungen mittlerweile zur weltweit führenden Wirtschaftsmacht gemausert hat und riesige Kapitalüberschüsse erzielt, die sie nicht nur in den Auf- und Ausbau der eigenen industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme steckt, sondern auch und zunehmend einsetzt,

um in Verfolgung ihrer seit der Jahrhundertwende nachdrücklich adoptierten wirtschaftsimperialistischen Strategie zuerst in Mittel- und Südamerika und im pazifischen Raum und nach dem Krieg auch auf dem europäischen Kontinent Investitionen zu tätigen und finanziellen Anteil an der profitversprechenden Ausbeutung dort vorhandener Natur- und Bodenschätze, dort verfügbarer billiger Arbeitskräfte und dorthin verlegter industrieller und agrarischer Produktionsbetriebe zu nehmen, ist zwangsläufige Folge der unter der Oberfläche scheinbarer Wiederbelebung und Normalisierung des Wirtschaftslebens unbemerkt Virulenz gewinnenden strukturellen Konsumschwäche ihrer Haupthandelspartner und mittlerweile auch wichtigsten Adressaten für den investiven Kapitalexport, dass nicht nur sie, die amerikanische Volkswirtschaft, den eigenen Wertschöpfungsprozess ad absurdum ausbleibender Wertrealisierung geführt und dadurch zum Stocken beziehungsweise zum Stillstand gebracht findet, sondern dass diese Stockung und Suspendierung des kapitalen Prozesses auch und ebenso sehr all die vielen Volkswirtschaften erfasst und in Mitleidenschaft zieht, in die mittlerweile amerikanisches Kapital in hinlänglicher Menge eingeflossen ist, um die Rolle einer je nachdem, ob sie als Treibstoff funktioniert oder zum Sprengstoff mutiert, für das Wohl und Wehe des gesamten volkswirtschaftlichen Systems entscheidenden kritischen Masse zu spielen.

Die europäische Konsumschwäche nach dem Weltkrieg verlangt nach den seit dem letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts entwickelten und ergriffenen umverteilungspolitischen Maßnahmen, als deren Adressat jetzt allerdings wegen der allgemeinen krisenbedingten Verschuldung und Verarmung nicht mehr nur die lohnarbeitende Klasse, sondern alle gesellschaftlichen Gruppen, Lohnarbeiterschaft, bürgerlicher Mittelstand und staatliche Bürokratie in Betracht kommen.

Dabei fiele die durch die strukturelle Konsumschwäche Europas ausgelöste und von den Vereinigten Staaten von Amerika weltweit ausstrahlende Krise und Paralyse der kapitalistischen Produktionssysteme zweifellos weniger verheerend aus und ließe sich vielleicht sogar, wenn nicht überhaupt verhindern, so jedenfalls doch besser im Zaum und unter Kontrolle halten, wäre die amerikanische Wirtschaft nicht so durch und durch liberalistisch verfasst, sprich, der reinen, von sozialen Rücksichten und politischen Regulierungen so gut wie freien Kapitallogik verpflichtet und

unterläge sie gesetzlichen Beschränkungen und staatlichen Steuerungsmechanismen vergleichbar denen, die im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts die führenden Industriemächte Europas ausgebildet und in Anwendung gebracht haben.

Unter dem Zwang einer auch durch noch so große imperialistische Anstrengungen nicht mehr zu vermeidenden, der Produktivkraft der industriellen Wertschöpfung geschuldeten und auf eine ebenso fatale wie universale Absatz- alias Wertrealisierungskrise hinauslaufenden Überfüllung und Überforderung der durch den kommerziellen Distributionsmodus, den der kapitale Akkumulationsimperativ erheischt, beschränkten Märkte entwickeln und ergreifen die europäischen Industriestaaten eine Reihe von umverteilungspolitischen Maßnahmen, die auf direktem und auf indirektem Weg dafür sorgen, dass ein Teil des vom Kapital durch die industrielle Ausbeutung von Lohnarbeitskraft produzierten und appropriierten Mehrwerts an die ausgebeuteten Produzenten zurückfließt und von diesen zu subsistenziellen oder auch konsumtiven Zwecken, sprich, zur Sicherung ihres Lebensunterhalts oder auch zur Hebung ihres Lebensniveaus gebraucht werden kann. Teils indem er zulässt oder gar befördert, dass die Lohnarbeiterschaft durch parteiliche und gewerkschaftliche Organisation und durch Arbeitskampfmaßnahmen ihre Verhandlungsposition und Durchsetzungskraft im Lohn- und Tarifkampf mit dem Kapital stärkt, teils indem er durch dem Kapital abgetrotzte renten-, kranken- und arbeitslosenversicherungspolitische Vorkehrungen und durch aus Steuer- und Etatmitteln finanzierte sozialpolitische Zuwendungen die Lohnarbeiterschaft unterstützt und ihr zu vermehrten beziehungsweise verstetigten Einkünften verhilft, sorgt der Staat für eine Zunahme der ihr zur Verfügung stehenden Subsistenzmittel beziehungsweise Erhöhung der von ihr aufzubietenden Konsumkraft, die sie gemäß dem sie habituell beherrschenden materialen Mangel und dem ihr traditionell fehlenden sozialen Wohlstand prompt und zuverlässig für eine vermehrte marktvermittelte Bedürfnisbefriedigung, mit anderen Worten für eine stärkere Beteiligung am kommerziellen Wertrealisierungsgeschäft verwendet.

Und mit diesem Gebrauch, den die Lohnarbeiterschaft von dem ihr zurückerstatteten Teil des Mehrwerts macht, erfüllt sie nun aber den als ökonomisches Kalkül primären Zweck, den der Staat mit seiner Umverteilungspolitik verfolgt: Durch die verstärkte Teilhabe der Lohnarbeiterschaft am gesellschaftlichen Konsum, sprich, ihre vermehrte Beteiligung

am kommerziellen Wertrealisierungsprozess wird eine Entlastung der überfüllten Märkte und damit eine Entschärfung der kritischen Situation erreicht, in der solche Überfüllung der Märkte in dem Maße resultiert, wie dem vom industriellen Wertschöpfungssystem produktivkräftig auf den Markt geworfenen Angebot die dort kaufkräftig vorhandene Nachfrage nicht mehr Genüge zu leisten vermag und dieser Mangel an kaufkräftiger Nachfrage, sprich, das Unvermögen des kommerziellen Distributionssystems, den vom Wertschöpfungsprozess geschöpften Wert als solchen zu verifizieren, ihn in seiner sichselbstgleichen Form als allgemeines Äquivalent zu realisieren, lähmend beziehungsweise vernichtend, weil den Wertschöpfungsprozess Lügen strafend beziehungsweise für null und nichtig erklärend, auf das industrielle Produktionssystem zurückschlägt.

Dass die staatliche Umverteilungspolitik zusammen mit dem ökonomischen Zweck, den sie erfüllt, auch noch soziale Bedürfnisse befriedigt und nämlich der materialen Not und dem realen Elend wehrt beziehungsweise steuert, die eine durch keine staatlichen Regulierungen und Vorkehrungen beschränkte kapitalistische Ausbeutung in den durch die Umverteilungspolitik vorzugsweise begünstigten gesellschaftlichen Gruppen und Schichten bis dahin verursacht hat, verschafft ihr dabei die öffentliche Anerkennung und demokratische Gefolgschaft, die sie braucht, um sich gegen den Einfluss und die Macht des auf seinen kategorischen Verwertungsimperativ bornierten Kapitals behaupten und gar durchsetzen zu können, erweist sich insofern als taktisches Sinequanon der staatlichen Strategie und stellt dieser das Zeugnis eines gleichermaßen den Fortbestand des kapitalistischen Produktionssystems und den Zusammenhalt der bürgerlichen Gesellschaft sichernden genialen Coups alias ingeniösen Schachzuges aus.

Auf diesen ingeniösen Schachzug zu rekurrieren, schiene auch jetzt, in den zur Weltwirtschaftskrise führenden Jahren nach dem Weltkrieg ohne Frage sinnvoll, da ja das mit seiner Hilfe, wenn schon nicht endgültig zu lösende, so immerhin doch vorläufig zu entschärfende Problem im Prinzip das gleiche ist, zu dessen Entschärfung, wenn schon nicht Lösung, die europäischen Industriestaaten bereits in den Vorkriegsjahrzehnten Gebrauch von ihm gemacht haben - das Problem nämlich überfüllter, auf eine universale Absatzkrise alias totale Wertrealisierungsstase zutreibender Märkte, deren Überfüllung Resultat der Überforderung der kommerziellen Nachfrage durch das industrielle Angebot, sprich, der

gesellschaftlichen Konsumkraft durch eine produktivkräftige Wirtschaft ist.

So sehr freilich im formellen Prinzip das als Überfüllung der Märkte apostrophierte Problem nach dem Krieg das gleiche ist wie vor dem Krieg, so sehr unterscheiden sich beide doch ihrer reellen Genese nach. Was in den Vorkriegsjahrzehnten die europäischen Märkte in die Bredouille bringt, ist ihre der Produktivkraft der industriellen Wertschöpfungssysteme geschuldete Überschwemmung mit materialen Gütern und sozialen Dienstleistungen, die sich unter Bedingungen des vom Kapital kategorisch geltend gemachten kommerziellen Distributionsmodus nicht mehr verkaufen alias absetzen, in ihrem Wert nicht mehr realisieren lassen. Verantwortlich dafür, dass die der Produktivkraft des Wertschöpfungssystems geschuldete Güter- und Dienstleistungsfülle die Märkte als Überfüllung heimsucht und in der Konsequenz der Unrealisierbarkeit des Werts, den sie verkörpert, verstörend und lähmend auf das Wertschöpfungssystem zurückschlägt, ist dort der vom Kapital imperativisch geltend gemachte kommerzielle Distributionsmodus insofern, als er die Realisierung des Maximums an Mehrwert, das eine durch keine gesellschaftlichen Konventionen und gesetzlichen Regelungen beschränkte und einzig und allein den Marktmechanismen gehorchende Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft aus dem Wertschöpfungssystem zu ziehen erlaubt, denen vorbehält, die über nicht der Arbeit im beziehungsweise Teilnahme am Wertschöpfungssystem geschuldetes allgemeines Äquivalent, über nicht oder jedenfalls nicht unmittelbar dem industriellen Produktionsprozess entstammende Kaufkraft verfügen, während diejenigen, die diesen Mehrwert durch ihre Arbeit hervorbringen, nach Maßgabe und im vollen Umfang ihrer Ausbeutung von seinem Genuss ausgeschlossen bleiben.

Das führt in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zu der krisenträchtigen Situation, dass diejenigen, denen der kommerzielle Distributionsmodus die Realisierung des vom industriellen Produktionssystem produzierten Mehrwerts zuweist, sprich, die gesellschaftlichen Gruppen, die über Geldmittel aus systemfremden Quellen, genauer gesagt, über nicht der Mitwirkung im Produktionssystem geschuldetes allgemeines Äquivalent verfügen, sich durch das massenhafte Güter- und Dienstleistungsangebot überfordert zeigen und selbst bei noch ausreichender Kaufkraft jedenfalls nicht mehr die nötige Kaufbereitschaft

aufbringen, um in dem Angebot entsprechendem Umfang ihres Nachfrageamtes walten zu können, wohingegen diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die sich vom Kapital mittels des industriellen Produktionssystems ausgebeutet und nach Maßgabe ihrer Ausbeutung, wenn nicht vom Genuss der Früchte des Produktionssystems überhaupt ausgeschlossen, so jedenfalls doch subsistenziell kurzgehalten beziehungsweise auf ein Existenzminimum beschränkt finden, zwar eine hinlängliche Konsumbereitschaft beziehungsweise Bedürftigkeit mitbringen, um die Realisierung des Werts jener sub specie des kapitalistischen Distributionsmodus als Überangebot erscheinenden produktivkraftbedingten Güter- und Dienstleistungsfülle mühelos bewerkstelligen zu können, aber eben in der Konsequenz ihrer Ausbeutung der dafür nötigen Kaufkraft alias erforderlichen Geldmittel entbehren.

Und diese die europäischen Märkte des späten neunzehnten Jahrhunderts kennzeichnende Situation bringt, eben weil sie krisenträchtig ist, das industriekapitalistische System mit einer umfassenden Wertrealisierungskrise bedroht, die betreffenden Staatswesen dazu, jenen vom Kapital imperativisch geltend gemachten kommerziellen Distributionsmodus, wenn auch nicht außer Kraft zu setzen, so jedenfalls doch so weit zu modifizieren oder, besser gesagt, zu deflektieren, dass die zwar mit jeder Menge Kaufbereitschaft beziehungsweise Bedürftigkeit, nicht aber mit ausreichend Kaufkraft beziehungsweise allgemeinem Äquivalent ausgestatteten gesellschaftlichen Gruppen in die Lage versetzt werden, sich am Wertrealisierungsgeschäft stärker zu beteiligen Sie bringt mit anderen Worten den Staat dazu, ein Instrumentarium direkter und indirekter umverteilungspolitischer Maßnahmen zu konzipieren und zu implementieren, durch das kapitale Investitionskraft in personale Konsumkraft überführt, sprich, auf Kosten des Kapitals beziehungsweise des von ihm appropriierten Mehrwerts das lohnarbeitende industrielle Wertschöpferkollektiv mit mehr Kaufkraft ausgestattet wird, die letzteres nutzen kann und aufgrund seiner Bedürftigkeit auch zuverlässig nutzt, um, wenn nicht zur Beseitigung, so zumindest doch zur Eindämmung der die Märkte verstopfenden Überfülle an materialen Gütern und sozialen Dienstleistungen beizutragen und so zum Nachteil und Schaden zwar der kapitalen Mehrwertrate, dafür aber im Interesse und zum Wohle des kapitalen Verwertungsprozesses als solchen der durch jene Überfülle drohenden universalen Wertrealisierungskrise wenn nicht überhaupt

einen Riegel vorzuschieben, so zumindest doch bis auf Weiteres die Spitze abzubrechen.

Die in puncto der Überfüllung der Märkte und der Absatzprobleme, die daraus resultieren, formell gleichgeartete kommerzielle Krise im Europa des Nachkriegsjahrzehnts hingegen geht nicht oder jedenfalls nicht primär und entscheidend aufs Konto des vom Kapital verfügten kommerziellen Distributionsmodus und lässt sich deshalb auch nicht durch umverteilungspolitische Modifikationen beziehungsweise Deklinationen des letzteren lösen. Und zwar deshalb nicht, weil jetzt die Absatzkrise gar nicht wie in den Vorkriegsjahrzehnten, im Fin de siècle, der Überfütterung und Überforderung der durch den kapitalen Distributionsmodus begünstigten und für das Wertrealisierungsgeschäft bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und ihrer dementsprechend mangelnden Konsumbereitschaft, sondern vielmehr der Enteignung und Verarmung dieser Gruppen und ihrem demgemäßen Unvermögen zur Erledigung der ihnen aufgetragenen Wertrealisierungsaufgabe, kurz, ihrer fehlenden Kaufkraft geschuldet ist. Nicht weil das Angebot an Gütern und Dienstleistungen nachgerade so objektiv umfangreich ist, dass es sogar ihr durch den Industrialisierungsprozess entfaltetes und entschränktes Bedürfnissystem überfordert, sondern weil es bereits wieder so relativ umfänglich ist, dass es immerhin ihren verschuldungsbedingt geschrumpften und beengten Finanzrahmen sprengt, zeigen sich jene vom Kapital mit dem Wertrealisierungsgeschäft vorzugsweise betrauten gesellschaftlichen Gruppen außerstande, in ausreichendem Maße ihres konsumtiven Amtes zu walten, und bringen so das gerade erst wieder auf Touren kommende industriekapitalistische Produktionssystem in die Bredouille einer nicht sowohl der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft entsprechenden substanziellen als vielmehr dem Verlauf der politischen Geschichte des europäischen Kontinents entspringenden funktionellen Absatzkrise.

Die der Enteignung durch das Potlatch des Krieges geschuldete Konsumschwäche der bürgerlichen Klasse - sie ist es jetzt, die in einer relativen Überfüllung des Marktes und daraus folgenden Absatzkrise resultiert, noch bevor die Produktivkraft des industriellen Produktionssystems jene objektive Überfüllung des Marktes ins Werk setzen kann, die den vom Kapital verfügten Distributionsmodus zum umverteilungspolitisch zu bewältigenden oder zumindest zu entschärfenden wesentlichen Problem avancieren lässt. Und diese Konsumschwäche ist dabei keineswegs

das Privileg und Alleinstellungsmerkmal der bürgerlichen Klasse, sondern betrifft ebenso sehr oder sogar in noch stärkerem Maße die lohnarbeitende Klasse und den Staatsapparat selbst. Den Staat, das Bürgertum und die lohnarbeitende Klasse hat ja der unter Federführung oder, besser gesagt, Degenführung des ersteren vom Zaun gebrochene Weltkrieg, weil er durch eine allem kaufmännischen Kalkül und betriebswirtschaftlichen Augenmaß spottende Etatpolitik, durch eine militärische Zweckentfremdung ziviler Industriekapazitäten sowie durch mehr oder minder erzwungene Anleihen bei den Staatsbürgern, durch Ausbeutung der Kriegsdienstleistenden und durch Ausplünderung sozialer Sicherungssysteme finanziert werden musste, um den Großteil ihres Ärars, ihrer Vermögen, ihrer Ersparnisse und ihrer Versicherungs- und Rentenansprüche gebracht. Sie allesamt leiden unter einem Maß an Verschuldung, das es ihnen unmöglich macht, mit dem Güter- und Dienstleistungsangebot des wieder auf Touren kommenden industriellen Produktionsapparats nachfragemäßig Schritt zu halten.

Und eben deshalb ist jetzt auch die Aufgabe, mit der sich der Hüter der bürgerlichen Gesellschaft und Gewährleister des die bürgerliche Gesellschaft tragenden kapitalen Verwertungsprozesses konfrontiert sieht, nicht eigentlich eine Umverteilung von allgemeinem Äquivalent, keine als Verwandlung von Investitionsvermögen in Kaufkraft funktionierende Konsumkapazitätsverschiebung vom Kapital und seiner bürgerlichen Klientel auf die lohnarbeitende Klasse, die Arbeiter und Angestellten, sondern vielmehr eine generelle Aus- und Zuteilung von allgemeinem Äquivalent, eine alle gesellschaftlichen Gruppen, die als konsumtive Wertrealisierer in Betracht kommen, Staat, Bürgertum und Lohnempfänger gleichermaßen, betreffende finanzielle Besserversorgung und Ausstattung mit mehr Kaufkraft. So gewiss jetzt keine spezielle Ungleichverteilung von Konsumkapazitäten, sondern die generelle Konsumschwäche aller als Konsumenten in Frage kommenden gesellschaftlichen Gruppen und Einrichtungen das Problem bildet, so gewiss besteht jetzt die Aufgabe, vor die der Staat sich gestellt sieht, darin, der kommerziellen Nachfrage nicht sowohl durch eine Erhöhung der Kaufkraft der lohnarbeitenden Schichten als vielmehr durch eine Stärkung der gesellschaftlichen Kaufkraft als solcher aufzuhelfen.

Dass es bei der Aufgabe, mit der die Absatzkrise der zwanziger Jahre den Staat konfrontiert, nicht mehr um die durch Umverteilung von

Kaufkraft zu bewirkende verstärkte Beteiligung einer speziellen gesellschaftlichen Klasse am Wertrealisierungsgeschäft, sondern um eine durch Verteilung von Kaufkraft an alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu erreichende generelle Belebung des Wertrealisierungsgeschäftes geht - dieser intentional wesentliche Unterschied bedeutet freilich nicht, dass bei der Lösung der Aufgabe nicht das funktionell gleiche Instrumentarium in Betracht kommt und eingesetzt werden kann, das im Rahmen der staatlichen Umverteilungspolitik in den Jahrzehnten vor dem Krieg entwickelt wurde und Anwendung fand. Schließlich ist, was das spezielle Umverteilungsbedürfnis der Vorkriegsjahrzehnte mit dem generellen Verteilungsdesiderat des Nachkriegsjahrzehnts nicht nur funktionell-technisch, sondern mehr noch und vor allem substanziell-praktisch verbindet, die Quelle oder Wertmasse, der die für das eine wie für das andere erforderlichen Finanzmittel entzogen beziehungsweise entnommen werden müssen. Hier wie dort ist es der durch das industriekapitalistische Wertschöpfungssystem per Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft erwirtschaftete Mehrwert, der die für die Erhöhung der - egal ob speziell arbeiterschaftlichen oder generell gesellschaftlichen - Kaufkraft erforderlichen Finanzmittel liefern muss.

Wo anders sollten diese Mittel auch herkommen? Natürlich könnte der Staat sie aufgrund seiner Münz- und Währungshoheit einfach prägen und drucken und so für eine Erhöhung der ihm für die Stärkung der Konsumkraft verfügbaren Geldmenge sorgen. Aber weil sich mittels Markt augenblicklich eine Anpassung des nominellen Werts der erhöhten Geldmenge an den nicht erhöhten reellen Wert der Güter- und Dienstleistungsmenge vollziehen, sich mit anderen Worten der Wert der die Sachwerte repräsentierenden Geldmenge dem Sachwert, die er als allgemeines Äquivalent zu repräsentieren dient, egalisieren würde, würde der Staat mit seiner Erhöhung der Geldmenge nichts weiter erreichen als eine in der janusköpfigen Gestalt von Preiserhöhungen und Geldentwertung auftretende Inflation, mithin eine Zerrüttung der Volkswirtschaft ohne jeden kaufkraftsteigernden Effekt.

Und im Prinzip könnte der Staat wohl auch eine Konsumkraftstärkung ins Auge fassen, die sich nicht pointiert aus dem Fundus des kapitalen Verwertungsprozesses speiste, sondern pauschal auf das Vermögen der Reichen und Besitzenden in der bürgerlichen Gesellschaft als Bezugsquelle rekurrierte, die also Umverteilung in dem grundlegenderen

Sinne wäre, dass sie nicht allein das kapitale alias produktive Eigentum, sondern auch und mehr noch das private alias possessive Eigentum zur Kasse bäte. Ein solcher staatlicher Eingriff beschränkte sich nicht darauf, den Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums den ihnen durch die systematische Ausbeutung des Lohnarbeitsmechanismus, kurz, durch die kapitalistische Produktionsweise qua Mehrwert entzogenen Reichtum, wenigstens teilweise, zurückzuerstatten, begnügte sich mit anderen Worten nicht mit der Korrektur einer im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft systematisch geübten ökonomischen Ungerechtigkeit, sondern ginge gewissermaßen noch einen genetischen Schritt zurück oder, wenn man so will, einen praktischen Schritt weiter und machte sich daran, den durch die historische Expropriationsdynamik herrschaftlicher Unterdrückungsordnungen ihnen entwendeten Reichtum, teilweise zumindest, wieder unter ihre Verfügung zu bringen, unternähme es mit anderen Worten, die durch die Modalitäten des Zivilisationsprozesses induzierte und, egal ob gewohnheitsrechtlich determiniert, kultisch sanktioniert, oder politisch legitimiert, weit hinter die bürgerliche Gesellschaft bis in die Anfänge der Geschichte zurückreichende Ungleichheit in den gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen einer Revision zu unterziehen.

Exkurs I

Zur Unantastbarkeit des Privateigentums

Die per kapitalistische Produktionsweise vor sich gehende Überführung gesellschaftlichen Vermögens in bürgerliche Verfügung unterminiert den traditionellen Eigentumsbegriff derart und lässt das ihn nunmehr ausmachende Gemisch aus Produktiv und Possessiv so sprengkräftig und gemeingefährlich werden, dass die bürgerliche Gesellschaft sich gezwungen sieht, dem Gemisch mit der Kategorie vom Privateigentum dogmatische Unverbrüchlichkeit und sakrosankten Bestand zu vindizieren. Weil aber die wertschöpferische Dynamik, die das dem bürgerlichen Possessiv subsumierte und integrierte gesellschaftliche Produktiv entfaltet, das Wirtschaftssystem der bürgerlichen Gesellschaft in immer neue Krisen stürzt und der bürgerliche Staat sich deshalb zunehmend genötigt findet, dem Privateigentum ungeachtet seiner Sakrosanktheit dirigierend und konterkarierend zu Leibe zu rücken, beantwortet die bürgerliche Gesellschaft diese staatlichen Übergriffe auf die produktiv-kapitale Funktion des letzteren reaktionsbildnerisch mit einer verstärkten Affirmation und kompromisslosen Verteidigung seines possessiven Kerns.

Eine solche grundlegende Revision der Eigentumsverhältnisse, die nicht bloß auf eine partielle Korrektur der systematisch geübten Ungerechtigkeit kapitalistischer Ausbeutung in der bürgerlichen Gesellschaft abzielte, sondern mehr noch auf eine tendenzielle Beseitigung der historisch gewordenen Ungleichheit in der gesellschaftlichen Ressourcenaufteilung hinausliefe, die die zivilisierten, alias herrschaftlich verfassten Gemeinwesen der Menschheit seit jeher und durchweg prägt - eine solche Revision der Eigentumsverhältnisse steht aber für die bürgerlichen Gesellschaften und ihre staatlichen Repräsentanten außer Betracht und kommt ihnen

deshalb auch gar nicht erst in den Sinn. Und das nicht etwa deshalb, weil die Eigentumsverhältnisse so lange schon gewohnheitsrechtlich determiniert, kultisch sanktioniert oder politisch legitimiert, kurz, historisch verbrieft und durch Tradition besiegelt sind - tatsächlich ist es eine auszeichnende Eigenschaft der sämtliche früheren, historischen Sozialformationen nicht weniger zu Grabe tragenden als beerbenden bürgerlichen Gesellschaft, dass ihr grundlegendes Organisationsprinzip, der kapitalistische Verwertungsimperativ, für historisch besiegelte Arrangements und verbriefte Traditionen wenig übrig hat und keinerlei Anstand nimmt, sie, wenn sie ihm in die Quere kommen oder gar widerstreiten, außer Kraft zu setzen und über Bord zu werfen.

Was vielmehr eine über die Korrektur der Ungerechtigkeit des Wertschöpfungsprozesses hinausgehende Revision der Ungleichheit der überkommenen Eigentumsverhältnisse für die bürgerlichen Gesellschaften und den sie repräsentierenden Staat zum Anathema werden lässt, ist dies, dass der überkommene, bis ins Mark seiner historischen Genese durch Ungleichheit geprägte Eigentumsbegriff selbst, zur Kategorie des Privateigentums gleichermaßen abstrahiert und formalisiert, kurz, zum Possessiv sans phrase hypostasiert, konstitutiv für den ökonomischen Dreh- und Angelpunkt der bürgerlichen Gesellschaft, den kapitalen Ausbeutungs- und Verwertungsmechanismus ist, weil er die undurchdringliche Ägis alias undurchschaubare Camouflage bildet, hinter beziehungsweise unter der sich der monströse Geburtsakt des Kapitals, die ausgeburtliche Potenzierung objektiven Eigentums zur Macht über andere, persönlicher Verfügung über Besitz zur gesellschaftlichen Verfügung durch Besitz, kurz, die Verwandlung possessiver Habe in produktive Aneignung vollzieht und zur Geltung bringt.

Nur weil und insofern der historische Eigentumsbegriff qua Privateigentumskategorie durch die bürgerliche Gesellschaft für systematisch sakrosankt und unantastbar erklärt wird, kann er kategorialiter unter sich begreifen und begraben, sprich, kaschieren, was ihn realiter transzendiert und sprengt, nämlich die Tatsache, dass in dem durch die neuzeitlichen Marktbetreiber und ihre Klientel, die bürgerliche Klasse, etablierten Kapitalverhältnis possessives Eigentum eben gerade aufhört, nur ein persönliches Objekt, eine Privatsache zu sein, und vielmehr zu einem gesellschaftlichen Projekt und öffentlichen Anliegen wird, dass es mit anderen Worten nicht mehr bloß ein Implement ist, das einem unter

den Mitmenschen Einfluss und Geltung verleiht, sondern ein Instrument bildet, das einem Zugriff auf die Mitmenschen und Gewalt über sie verschafft.

Was die den Beginn der Neuzeit markierende Verabsolutierung des Eigentums zum Privateigentum, sprich, die Versteinerung des historischen Begriffs zur systematischen Kategorie, der gesellschaftlichen Reflexion, von öffentlicher Kritik ganz zu schweigen, entzieht und verstellt, ist jener für die bürgerliche Gesellschaft und ihr kapitalistisches Produktionssystem entscheidende ökonomische Appropriationsakt, zu dem die Abstraktion und Aufhebung feudaler Herrschaft zu absolutistischer Souveränität die politische Handhabe bietet und durch den natürliche und kultürliche Wertquellen, Arbeitsmaterien und Arbeitsmittel, den Betreibern der Einrichtung Markt, sprich, denen in die Hände fallen und zu eigen werden, die mit dem kommerziellen Austausch, der wertsystematischen Distribution des arbeitsteilig erzeugten Sozialprodukts befasst und bis dahin in ihrer Austausch- und Vermittlungstätigkeit auf eben dies letztere, die fertigen materialen Güter und vollbrachten realen Dienstleistungen, beschränkt sind.

Für die finanziellen Hilfen und infrastrukturellen Dienste, die die Marktbetreiber bestimmten strategisch begünstigten, will heißen, auf die ökonomische Macht, die ihnen die Zentren des entfalteten europäischen Marktsystems verleihen, gestützten Fürsten bei deren Streben nach Überwindung der politischen Fesseln des feudalherrschaftlichen Systems und nach absolutistischer Selbstherrlichkeit leisten, überlassen letztere den ersteren Wertquellen, über die sie traditionell verfügen, wie etwa Produktionsmonopole, Handelspatente, Bergwerke, Rohstoffvorkommen und Ländereien, gestatten ihnen deren volle rechtspersönliche Aneignung und privatwirtschaftliche Nutzung und setzen damit einen als ursprüngliche Akkumulation apostrophierten Bereicherungsprozess in Gang, der den Marktbetreibern die nötigen Mittel verschafft, um weitere und andere Wertquellen wie vorzugsweise Produktionsmaterien und Produktionsmittel der handwerklich-gewerblichen Sphäre in ihre eignerschaftliche Gewalt zu bringen und von den ehemaligen Eigentümern, den als selbständige Werktätige abgedankten und stattdessen als lohnabhängige Arbeiter rekrutierten Produzenten, nach streng marktwirtschaftlichen Aspekten und Prinzipien wertschöpferisch nutzbar machen, sprich, akkumulationsstrategisch ausbeuten zu lassen.

Traditionell sind sowohl die unter herrschaftlicher Verfügung stehenden als auch die im Besitz handwerklicher Produzenten befindlichen Wertquellen produktives Vermögen, dessen Einsatz und Gebrauch politischen und sozialen Konditionierungen und Restriktionen wie etwa Dienstkonventionen, Zunftordnungen, Gewohnheitsrechten, Nießbräuchen, karitativen Verpflichtungen und rituellen Verhaltensweisen unterliegen, deren Funktion es ist, ihrer Relevanz für die Gesamtgesellschaft und Gemeinwohlbedeutung Geltung zu verschaffen und diejenigen, die aus ihnen schöpfen beziehungsweise schöpfen lassen, vor den Gefahren selbstsüchtigen Missbrauchs und ausbeuterischer Verwendung zu bewahren. All diese Konditionierungen und Restriktionen entfallen nun und zeigen sich ersatzlos gestrichen, indem dank zuerst der speziellen Zuwendung und Förderung durch den nach Souveränität strebenden feudalen Fürsten und sodann der durch die ursprüngliche Akkumulation ausgelösten generellen Appropriationsdynamik die Wertquellen den Marktbetreibern in die Hände fallen und ihnen in der Eigenschaft einer rein persönlichen Habe, eines schlicht possessiven Eigentums zur vollen rechtlichen Verfügung und wirtschaftlichen Nutzung überlassen bleiben.

Die Subsumtion produktiven Vermögens des herrschaftlichen Raumes und der handwerklichen Sphäre unter und seine Integration in das Possessiv, die persönliche Habe der sich durch seine Verfügbarkeit und Nutzung zu kapitalistischen Unternehmern mausernden Marktbetreiber befreit jenes zwar von den Konditionierungen und Restriktionen durch die ständisch-feudalen und korporativ-kommunalen Rücksichten und Bindungen, denen es bis dahin unterworfen ist. Gleichzeitig aber beansprucht und behält das produktive Eigentum dank seiner Bedeutung für die gesellschaftliche Reproduktion, die Erhaltung des Sozialverbands als ganzen, so viel machtpolitisches Gewicht und öffentlichwirksames Prestige, dass das Possessiv in seiner überkommenen, eher präjudizialen als kategorialen Form, die persönliche Habe in der hergebrachten, von empirischen Rücksichten und historischen Einschränkungen geprägten Gestalt eines eher konventionellen als kodifiziellen Verhältnisses, das Subsumierte, das Vermögen als produktives, nicht zu fassen und im Rahmen beziehungsweise unter Kontrolle zu halten vermag und letzteres aufgrund der Anziehungskraft, die es ausübt, beziehungsweise der Habsucht, die es auslöst, vielmehr dies überkommene Possessiv, dem es nunmehr subsumiert ist, diese herkömmliche Konzeption von

persönlicher Habe, die ihm jetzt als seine generische Identität inhäriert, so weit auszuhöhlen und zu zersetzen droht, dass der Eigentumsbegriff überhaupt und in jeglicher Hinsicht seine Bestimmtheit und Verbindlichkeit einbüßt und das wiederum den Boden für einen entfesselten, von HabBesitz- und Machtgier getriebenen unterschiedslosen Kampf um gesellschaftliche Ressourcen und persönliche Besitztümer bereitet, der allen sozialen Zusammenhalt und alle politische Ordnung zu zerstören und das Gemeinwesen in Selbstsucht und Anarchie untergehen zu lassen verspricht.

Die Erhebung der persönlichen Habe zum Privateigentum, des Possessivs des Individuums zum Objektiv der bürgerlichen Person, die Überführung mit anderen Worten des Eigentums des Subjekts aus einem historisch entstandenen Konzept in eine systematisch gesetzte Kategorie lässt sich demnach als Reaktionsbildung verstehen, als Reaktion auf jene durch die Integration produktiven Eigentums in den Verfügungsrahmen und Sanktionsbereich persönlicher Habe heraufbeschworene Gefahr einer Unterminierung und Zersetzung des Eigentumsbegriffs überhaupt und als solchen. Qua Privateigentum oder bürgerliches Possessiv wird die persönliche Habe, das, was der Einzelne herkömmlich als seinen Besitz, als ihm gehörige Wirklichkeit in Anspruch nehmen kann, für nicht nur herkömmlich, sondern grundsätzlich unantastbar, für nicht nur relativ unangefochten, sondern absolut sakrosankt, kurz, für nicht nur empirisch konveniert, sondern systematisch garantiert erklärt und damit so weit in seiner gesellschaftlichen Verbindlichkeit verstärkt und in seiner rechtlichen Geltung befestigt, dass dieser zur systematischen Kategorie verhärtete empirische Begriff nun den sprengkräftigen Versuchungen und korrumpierenden Einflüssen, die von dem in seinen Geltungsbereich qua Wertquellen integrierten produktiven Element ausgehen, zu widerstehen und letzteres, statt sich von ihm untergraben und zersetzen zu lassen, vielmehr unverbrüchlich unter Schloss und Riegel zu halten, als kategoriale Verschlusssache allen neidischen Blicken und kritischen Zugriffen zu entrücken vermag.

Ungeachtet dessen, dass ihre Einführung auf den ersten Blick einigermaßen unvermittelt und dezisionistisch erscheint, erlangt die historisch die Neuzeit, ökonomisch den Kapitalismus, sozial die bürgerliche Gesellschaft und politisch die egal ob absolutistische, republikanische

oder schließlich demokratische Staatsordnung als quasi Leitfossil charakterisierende Kategorie des Privateigentums umfassende Geltung und durchgängige Verbindlichkeit, weil alle relevanten gesellschaftlichen Formationen und Gruppierungen an ihr ein Interesse haben und sich von ihr etwas versprechen. Die Kapitalfraktion, die Profession der zu Unternehmern mutierenden Marktbetreiber und ihr bürgerlicher Anhang, haben ein originäres Interesse an ihr, weil sie, wie dargelegt, die Ägis beziehungsweise Prätention bildet, unter deren Camouflage oder Deckadresse jene von aller gesellschaftlichen Verantwortung dispensierende Asozialisierung beziehungsweise jedes öffentliche Interesse dementierende Privatisierung produktiven Eigentums, natürlicher und kultürlicher Wertquellen, sich vollzieht, die konstitutiv für den kapitalistischen Wertschöpfungsprozess, sprich, für die Ausbeutung der auf jene Wertquellen angewiesenen und durch die freie Verfügung, die die Marktbetreiber qua Unternehmer über letztere erlangt haben, zur Lohnarbeit gezwungenen menschlichen Arbeitskraft ist - eine Ausbeutung, der schließlich die Kapitalfraktion, bourgeoise Unternehmerschaft und bürgerlicher Mittelstand, ihren Reichtum beziehungsweise Wohlstand verdanken.

Der Staat und sein personaler Apparat beziehungsweise institutioneller Anhang akzeptieren und respektieren nicht nur, sondern affirmieren und sanktionieren sogar die dem bürgerlichen Interesse entsprechende Kategorie des Privateigentum, eben weil sie die Ägis und Prätention bildet, deren das ökonomische Faktotum der bürgerlichen Klasse, das industrielle Kapital, bedarf, um sein in der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bestehendes ebenso kontinuierlich akkumulatives wie diskret appropriatives Geschäft betreiben zu können, und weil es der diesem Geschäft qua Mehrwert entspringende Überschuss und Gewinn ist, an dem der Staat und sein Personal von Anfang ihres politischen Engagements für das Kapital und ihrer bürokratischen Komplizenschaft mit ihm partizipieren und von dem sie in zunehmenden Maße alimentiert und unterhalten werden.

Und sogar die durch den kapitalen Wertschöpfungsprozess ausgebeutete lohnarbeitende Bevölkerung lässt die Kategorie Privateigentum, die jenen Prozess als Ägis deckt und ermöglicht, erst einmal gelten und heißt sie mehr noch gut, teils weil sie sich davon eine gesellschaftliche Sanktionierung und rechtliche Sicherung ihrer bis dahin immer wieder von herrschaftlicher Gewalt und Übergriffigkeit bedrohten persönlichen

Habe verspricht, teils weil sie fasziniert ist von der Vermehrungspotenz und Bereicherungskapazität, die die zum Privateigentum kodifizierte persönliche Habe, das zum unantastbaren Besitz und sakrosankten Bestand des bürgerlichen Individuums erklärte possessive Eigentum in den Händen der kapitalistischen Unternehmer und ihrer bürgerlichen Klientel unter Beweis stellt und entfaltet. Kein Wunder, dass sich die Kategorie Privateigentum, von praktisch allen Klassen und Gruppen reaffirmiert beziehungsweise akzeptiert, mühelos Geltung verschafft und als konsensueller Grundwert der bürgerlichen Gesellschaft durchsetzt.

In dem Maße freilich, wie das unter dem Deckmantel einer Verabsolutierung alias Fetischisierung der persönlichen Habe zum Privateigentum dem possessiven Eigentum subsumierte und integrierte produktive Vermögen mittels kapitalistischer Produktionsweise seine ausbeuterische Wirkung entfaltet und die menschliche Arbeitskraft in den Dienst der Mehrwertschöpfung alias Kapitalakkumulation zwingt, wird den von solcher Vereinnahmung Betroffenen allmählich klar, dass das possessive Eigentum ausschließlich unter der Bedingung und in der Konsequenz von qua Privateigentum unter es subsumiertem produktivem Vermögen, von der persönlichen Habe einverleibten Wertquellen, jene faszinierende Vermehrungspotenz und Bereicherungskapazität beweist, und erfahren sie, deren possessives Eigentum kein produktives Eigentum einschließt, am eigenen Leib und höchstpersönlich, wie wenig ihre formaliter zum Privateigentum aufgewertete persönliche Habe realiter wert ist. Sie erfahren nämlich jenen sie als Arbeitskräfte vereinnahmenden kapitalen Wertschöpfungsprozess als ein sie heimsuchendes Enteignungsverfahren, das, weit entfernt davon, ihre persönliche Habe zu sichern oder gar zu vermehren, letztere vielmehr mittels eben der Lohnarbeit, durch die sie sie zu sichern und zu vermehren suchen, ihnen systematisch entzieht und ihnen am Ende so gründlich verschlägt, dass sich ihr Privateigentum ironischerweise auf ihre mittels kapitalistischen Wertschöpfungsprozesses ausbeutbare Arbeitskraft reduziert, sprich, sich aus einem sächlichen Eigentum, einer objektiven Substanz zu jener menschlichen Eigenschaft oder bloßen Subjektfunktion verflüchtigt, von deren Betätigung und Ausübung sie sich, formal zu Recht, die Erzeugung und Aneignung neuer von ihnen als persönliche Habe reklamierbarer objektiver Substanz, neuen für sie daseienden sächlichen Eigentums versprechen beziehungsweise erhoffen und die ihnen im Rahmen des Produktionssystems, in

dem sie sie zu betätigen und auszuüben gezwungen sind, tatsächlich zu nichts weiter gereicht als zur fortlaufenden Entwendung und Enteignung dessen, was sie als objektive Substanz, als sächliches Eigentum erzeugen.

Angesichts dieses für sie ebenso niederschmetternden wie verderblichen Ergebnisses, zu dem die unter der Ägide der Kategorie Privateigentum vollzogene Subsumtion des produktiven Eigentums unter und seine Integration in den Geltungszusammenhang und Kompetenzbereich possessiven Eigentums führt, beginnen die von dem Entwendungsprozess und Enteignungsmechanismus, zu dem jene Subsumtion und Integration die Handhabe bietet, Betroffenen, an der Opportunität beziehungsweise Rechtmäßigkeit der Kategorie zu zweifeln und dringen im Rahmen einer sich ökonomisch als gewerkschaftlicher Arbeitskampf und politisch als sozialistische Bewegung formierenden Motion immer stärker auf ihre Revision beziehungsweise Außerkraftsetzung. Unter der Devise einer "Vergesellschaftung der Produktionsmittel" fordern sie, die gesellschaftlich relevanten Wertquellen der unbeschränkten persönlichen Verfügung, der sie die Kategorie subsumiert, zu entziehen und ihre Verwendung und Nutzung Konditionen und Restriktionen zu unterwerfen, die teils und im Allgemeinen den Interessen und Erfordernissen des Gemeinwesens Genüge leisten, teils und im Besonderen den Bedürfnissen der Betroffenen, aus den Wertquellen Schöpfenden, mit ihrer Erschließung und Bearbeitung Befassten selbst, ihrem Anspruch auf ein ohne Not lebbares Leben, ein nicht durch Ausbeutung und Enteignung stigmatisiertes Dasein, Rechnung tragen. Sie fordern mit anderen Worten in zeitgemäß novellierter, dem Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte angepasster Form die Wiederherstellung der vorkapitalistischen Differenz zwischen produktivem Vermögen und possessivem Eigentum, gesellschaftlichem Soll und persönlichem Haben, das dem sozialen Individuum höchstens und nur beim Gebrauch des letzteren freie Hand lässt, während es ihm bei der Verwendung des ersteren sei's herrschaftlich-rituelle Restriktionen, sei's gemeinschaftlich-korporative Verpflichtungen auferlegt.

Dass sich die bürgerliche Klasse und der von ihr instrumentalisierte Staat gegen diese lohnarbeiterschaftliche Forderung nach der zeitgemäß novellierten Wiederherstellung vorkapitalistischer Eigentumsverhältnisse, sprich, nach der Wiedereinführung jener Unterscheidung zwischen gesellschaftlich relevantem und demgemäß rituellen Konditionen und

korporativen Regulationen unterworfenem produktivem Vermögen und nur persönlich interessantem und deshalb dem Individuum zum vergleichsweise freien Gebrauch überlassenem possessivem Eigentum, deren Aussetzung beziehungsweise Aufhebung die Kategorie Privateigentum dient - dass sich die bürgerliche Klasse und ihr herrschaftlicher Kollaborateur gegen diese lohnarbeiterschaftliche Forderung mit Händen und Füßen sperren, lässt sich erwarten. Schließlich ist, wie gezeigt, das qua Privateigentum produktives Eigentum, Wertquellen, unter sich subsumierende und so der unbeschränkten Verfügung des Einzelnen und seiner verantwortungslos persönlichen Nutzung zugänglich machende possessive Eigentum gleichermaßen der Springpunkt und die Basis kapitalistischen Reichtums und bürgerlichen Wohlstands, und deshalb wäre, jener Forderung nach einer Entpossessivierung des gesellschaftlich relevanten produktiven Vermögens, sprich, nach einer Überführung der für die materiale Reproduktion und reale Erhaltung der Gesellschaft grundlegenden Wertquellen in die öffentliche Hand und gemeinschaftliche Nutzung, gleichbedeutend mit einem frontalen Angriff und in der Tat fatalen Anschlag auf den kapitalistischen Bereicherungsmechanismus und bürgerlichen Wohlstandsgaranten.

Und das Einzige, was, sofern sie nicht zu politischem Zwang und militärischer Gewalt greifen und damit offene fraktionelle Konflikte und irreparable soziale Zerwürfnisse riskieren wollen, der bürgerlichen Klasse und ihrem Erfüllungsgehilfen Staat bleibt, um dieser Forderung entgegenzutreten und sich gegen sie zu verwahren, ist eben jene die Subsumtion produktiven Vermögens unter possessives Eigentum besiegelnde Kategorie des Privateigentums, die vom absolutistischen Anbeginn der bürgerlichen Gesellschaft in Kraft tritt und Geltung erlangt und die erst einmal mit der Unterstützung, Zustimmung oder zumindest Duldung aller in der bürgerlichen Gesellschaft vertretenen Gruppen und Einrichtungen rechnen kann. Je entschiedener und nachdrücklicher die mittels kapitalistisch-privativer Erschließung der gesellschaftlich relevanten Wertquellen Ausgebeuteten jene Forderung erheben, umso beharrlicher und kompromissloser insistieren die bürgerliche Klasse und ihr Staat auf der für die bürgerliche Gesellschaft konstitutiven grundrechtlichen Unantastbarkeit und sozialvertraglichen Sakrosanktheit der Kategorie des Privateigentums.

Dabei erfährt die dogmatische Beharrlichkeit, mit der bürgerliche Klasse und bürgerlicher Staat auf der Kategorie insistieren, noch eine paradoxe Bekräftigung und Verstärkung dadurch, dass es, was die, der bürgerlichen Klasse zum Wohle zwar, aber nicht unbedingt zu Gefallen, vom Staat verfolgte Politik und geübte Praxis in Sachen Eigentum angeht, mit der Kompromisslosigkeit, genau genommen, gar nicht so weit her ist. Tatsächlich nämlich beweist die Forderung nach Entprivatisierung des produktiven Eigentums über die subjektiv-soziale Dringlichkeit hinaus, die ihr die sozialistische Bewegung mit ihrer Forderung nach Berücksichtigung der Interessen und Ansprüche der Lohnarbeitenden verleiht, in zunehmendem Maße eine objektiv-ökonomische Unabweislichkeit, der sich der Staat unmöglich verschließen beziehungsweise über die er sich nur bei Strafe einer akuten Gefährdung und am Ende Zerstörung der Funktionalität und Kontinuität der bürgerlichen Gesellschaft, als deren politischer Helfershelfer und Garant er sich doch etabliert hat, hinwegsetzen kann.

Auf sich selbst gestellt, sprich, der legal freien Verfügung und sozial unkontrollierten Nutzung derer überlassen, die es privatisiert haben, will heißen, es als integrierenden Bestandteil ihrer persönlichen Habe, ihres possessiven Eigentums geltend machen und nutzen, hat nämlich das als Kapital funktionierende produktive Vermögen nicht nur die Verarmung und Verelendung der von ihm rekrutierten und kommandierten Lohnarbeitenden, mithin massive soziale Verwerfungen und Konflikte zur Folge, sondern steuert des Weiteren auch in zunehmendem Maße auf ein dem Missverhältnis zwischen Produktivkraft und Distributionsmodus, zwischen produktionsstandgemäßem Angebot und akkumulationsprinzipkonformer Nachfrage geschuldetes katastrophisches Dilemma zu, resultiert mit anderen Worten früher oder später in einer kommerziellen Situation, an der auch angestrengteste kolonialistische, merkantilistische, etatistische und imperialistische Bemühungen um neue Märkte und Absatzchancen nichts mehr ändern können und in der nichts mehr zu verhindern vermag, dass das kapitalistische Wertschöpfungssystem durch seine Produktivkraft die aufgrund des Distributionsmodus, den der Akkumulationsimperativ dekretiert, beschränkte Wertrealisierungskapazität des Marktes definitiv überfordert und es so zu einer rein ökonomisch erzeugten, vom kapitalistischen Produktionssystem selbst

generierten umfassenden Krise kommt, die den kapitalen Verwertungszyklus ins Stocken und zum Stillstand zu bringen und damit, wie das Kapital selbst seiner Antriebskraft, seines Motivs zu berauben, so sein Produktionssystem ins Leere laufen und kollabieren zu lassen droht.

Lässt sich der soziale Konflikt, den die durch die Privatisierung produktiven Vermögens, die Überführung gesellschaftlicher Wertquellen ins persönliche Possessiv einzelner Bürger, ermöglichte kapitalistische Ausbeutung der Lohnarbeitskraft provoziert, noch durch punktuelle beziehungsweise partielle Korrekturen bei der Ausbeutungsrate, sprich, durch sozialpolitische Konzessionen an die Ausgebeuteten, wie etwa Mindestlohntarife, Beschränkung der Arbeitszeiten, Konditionierung des Zugangs zum Arbeitsmarkt oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, wenn nicht lösen, dann jedenfalls doch entschärfen, so erfordert die kommerzielle Krise, in die das wachsende Missverhältnis zwischen immer produktivkräftigerer Produktion alias Wertschöpfung und im Vergleich damit immer weniger zureichender akkumulationskonformer Distribution alias Wertrealisierung hineinführt, für ihre Bewältigung oder jedenfalls Eindämmung mehr als bloß punktuelle sozialpolitisch korrektive Maßnahmen des Staats und vielmehr eine umfassende realökonomisch initiative Einflussnahme des letzteren, die, so gewiss sie eine partielle Aussetzung des akkumulationsdiktierten kommerziellen Distributionsmodus erfordert und nichts Geringeres bezweckt als einen massiven umverteilungspolitischen Eingriff in die kapitalistische Ausbeutungspraxis, gar nicht verfehlen kann, die unbeschränkt-eigenmächtige Verfügung und ungehindert-selbstsüchtige Verwendung, die der als Kapitalist fungierende private Bürger hinsichtlich der in produktivem Eigentum, Wertquellen, bestehenden Teile seiner Habe, seines als Kapital firmierenden Possessivs, beansprucht, einem gewissen Maß an staatlicher Steuerung und Kontrolle zu unterwerfen und so in diesem ihrem Anspruch auf privative Unbeschränktheit und ungehemmte Eigenmächtigkeit zu bestreiten und zu revidieren.

Auch wenn die in den umverteilungspolitischen Eingriffen des Staates implizierte Beschränkung und Beschneidung der vom Kapitalisten über die produktiven Teile seines privateigentümlichen Possessivs ausgeübten freien Verfügung und persönlichen Entscheidungsgewalt letztlich nur den Zweck verfolgt, die kommerzielle Katastrophe, in die die durch die freie Verfügung ermöglichte Akkumulation die kapitalistisch organisierte

industrielle Wertschöpfung hineintreibt, abzuwenden oder ihr jedenfalls bis auf Weiteres zu wehren, und auch wenn sie insoweit nur der Aufrechterhaltung und dem Schutz des als rechtlich-kategoriale Sanktion des industriekapitalistischen Verwertungs- alias Ausbeutungsmechanismus unverzichtbaren, weil Possessiv und Produktiv zu einer unauflöslichen Kategorie verschmelzenden Privateigentums dienen, bleiben sie doch in praxi und de facto ein Angriff auf und ein Verstoß gegen die de jure und principialiter hochgehaltene Kategorie und bringen letztere in Misskredit, indem sie deren absolute Geltung und kategorische Unanfechtbarkeit empirisch untergraben und pragmatisch relativieren. Umso wichtiger aber wird für die bürgerliche Gesellschaft und den sie repräsentierenden Staat die klare Limitierung und eindeutige Determinierung jenes praktischen Angriffs auf und faktischen Verstoßes gegen die de jure für absolut gültig erklärte und principialiter als schlechterdings unantastbar aufrechterhaltene Kategorie.

Zwar muss der Staat, um der kommerziellen Katastrophe zu begegnen, in die das als industrielles Kapital privateigentümlich genutzte produktive Eigentum hineintreibt, zulassen oder vielmehr eigenmächtig dafür sorgen, dass letzteres in seiner produktiven Funktion, seiner Eigenschaft als durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Mehrwert alias Mehreigentum generierendes Eigentum, umverteilungspolitisch an die Kandare genommen und unter Kuratel gestellt wird, dass es mit anderen Worten tarifpolitisch direkt und sozialpolitisch indirekt partiell enteignet, um einen Teil des von ihm generierten Mehrwerts gebracht und dieser zwecks Entdynamisierung und Verstetigung seines produktiven Wirkens den Ausgebeuteten zugewendet oder, wenn man so will, zurückerstattet werden kann. Aber je mehr der Staat das Privateigentum in seiner produktiven Funktion besteuert und schröpft, umso entschiedener muss er darauf bestehen, dass es in seiner possessiven Bedeutung, in seiner Eigenschaft als integrierender Bestandteil der zur Kategorie verhärteten persönlichen Habe, der staatlichen Verfügung und dem umverteilungspolitischen Zugriff entzogen, dass es sowohl, was es, die Wertquelle, selbst, als auch, was jenen Teil des aus ihm, der Wertquelle, geschöpften Mehrwerts betrifft, den der Staat ihm nicht umverteilungspolitisch wegnimmt, sondern als seinen Gewinn belässt und den es ja auch behalten muss, um überhaupt motiviert und disponiert zu sein, sich als produktiv weiterhin unter Beweis zu stellen und fortgesetzte wertschöpferische

Wirksamkeit zu entfalten - dass es also in beiderlei Hinsicht unantastbares Privateigentum, sakrosankte persönliche Habe des über es verfügenden einzelnen Bürgers bleibt.

Je mehr der Staat um der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Produktionssystems willen genötigt ist, das dem possessiven Eigentum subsumierte und mit ihm zum Privateigentum konkreszierte produktive Vermögen als produktives in praxi anzutasten und durch umverteilungspolitische Zu- und Eingriffe de facto zu besteuern, umso mehr fühlt er sich verpflichtet, es als possessives, als das, was nach den umverteilungspolitischen Zu- und Eingriffen übrig und als kapitaler Wert erhalten bleibt, unangetastet zu lassen und als sakrosankt zu reaffirmieren. Gerade weil er das produktive Vermögen, soweit und solange es als Produktiv funktioniert und wirkt, in seinem ebenso wesentlichen wie prinzipiellen Anspruch auf unverletzliche Privateigentümlichkeit praktisch missachten und faktisch verletzen muss, um das auf ihm basierende industriekapitalistische Produktionssystem vor den seiner Produktivkraft innewohnenden selbstzerstörerischen Tendenzen zu schützen, nimmt der Staat dies produktive Eigentum, sofern und sobald es als Possessiv firmiert und erscheint, es also im vollen Umfange dessen, was vom staatlichen Ein- und Zugriff unberührt beziehungsweise verschont und als persönliche Habe, privater Bsitz des bürgerlichen Eigners erhalten beziehungsweise übrig bleibt, quasi reaktionsbildnerisch in jenem Anspruch auf Unverletzlichkeit beziehungsweise Unantastbarkeit doppelt ernst und denkt nicht im Traum daran, es in seine umverteilungspolitischen Bemühungen um ein dem doppelten Zweck realökonomischer Marktentlastung und sozialstaatlichen Vermögensausgleichs dienendes Krisenmanagement einzubeziehen.

Kapitel Drei

Umverteilung auf Amerikanisch

Während sich in Europa umverteilungspolitische Maßnahme, die der kriegsverschuldeten Konsumschwäche Rechnung zu tragen geeignet wären, wegen der fehlenden staatlichen und gesellschaftlichen Konsumkraft von selbst verbieten, scheint in den kriegsbedingt florierenden USA erst einmal gar kein Anlass zu solchen Maßnahmen zu bestehen. Allerdings finden sich die USA durch ihre mittlerweile starke Abhängigkeit vom Handel mit europäischen Nationen in den Strudel der letztere lähmenden Konsumschwäche hineingezogen. Und hier fehlt den bis dahin dezidiert wirtschaftsliberalistischen USA nun das umverteilungspolitische Instrumentarium, über das die europäischen Industriestaaten seit dem neunzehnten Jahrhundert verfügen.

Die als Reaktionsbildung auf die praktisch-faktische Übergriffigkeit und Respektlosigkeit, die er bei seinen Umverteilungsmaßnahmen in Ansehung des produktiven Vermögens als Produktiv, als Quelle von Mehreigentum, notgedrungen an den Tag legen muss, wohlverstandene besondere Achtung und Wertschätzung, die er dem produktiven Vermögen als Possessiv, als integrierendem Bestandteil der persönlichen Habe seiner bürgerlichen Eigner, als in deren Portefeuille befindlichen beziehungsweise übergangenen Aktiva, beweist, macht es - um aus unserem Exkurs in Sachen Privateigentum die Nutzanwendung auf das in den zwanziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts im Nachkriegseuropa scherenförmig aufreißende Missverhältnis zwischen wieder auf Touren kommendem Wertschöpfungsprozess und verschuldungs- und verarmungsbedingt zu wünschen übrig lassendem Wertrealisierungsgeschäft zu ziehen

- dem zur Stärkung und Förderung der gesellschaftlichen Kaufkraft aufgerufenen Staat also schlechterdings unmöglich, sich am possessiven Vermögen der bürgerlichen Klasse im Allgemeinen und ihrer bourgeoisen Elite im Besonderen zu vergreifen und seine fiskalischen und sozialprogrammatischen Umverteilungsaktivitäten auf das auszudehnen und sich erstrecken zu lassen, was wir oben als historisch gewordene Ungleichheit in der gesellschaftlichen Ressourcenverteilung apostrophiert haben, eine Ungleichheit, die zwar weit hinter die bürgerliche Gesellschaft, bis tatsächlich in die Anfänge der herrschaftlichen Zivilisationsgeschichte, zurückreicht, für deren Aufrechterhaltung und Verstärkung in der bürgerlichen Neuzeit und Moderne aber das Privateigentum in seiner Funktion als Wertquelle alias produktives Eigentum aufgrund des aller umverteilungspolitischen Beeinträchtigung und Schmälerung zum Trotz systematisch mehrenden Effekts, den es auf sich in seiner Eigenschaft als persönliche Habe alias possessives Eigentum hat, ebenso maßgebend wie grundlegend ist.

An diese historisch gewordene und egal ob der herrschaftlich-frondienstlichen oder der bürgerlich-kapitalistischen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft geschuldete Ungleichheit in den Eigentumsverhältnissen zu rühren und sie einer Revision zu unterziehen, muss sich also der Staat aufgrund seiner reaktionsbildnerischen Respektierung, um nicht zu sagen, Tabuisierung des Privateigentums, soweit oder sobald es als Possessiv figuriert, strikt versagen, und so findet er sich denn gezwungen, seine Umverteilungsansprüche auf eine Beteiligung an jenem qua Mehrwert erzielten Zugewinn zu beschränken, den das Privateigentum, sofern und solange es als Produktiv firmiert, durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft erwirtschaftet und aus dem sich in bürgerlichen Gesellschaften die Ungleichheit in den Eigentumsverhältnissen maßgeblich speist. Statt die historisch gewordene Ungleichheit der gesellschaftlichen Ressourcenverteilung einer generellen Revision unterziehen zu können, muss er sich damit bescheiden, partielle Korrekturen bei der ausbeutungssystematisch geübten Ungerechtigkeit bei der Aufteilung des mittels des kapitalistischen Produktionsprozesses jeweils neu geschöpften Werts vorzunehmen.

In der ökonomischen Situation, in der sich die europäischen Industrienationen in dem Jahrzehnt nach Beendigung des großen Krieges befinden, kommt freilich diese Beschränkung des staatlichen Umverteilungsvolumens auf das, was an fiskalischen beziehungsweise taxalischen

Finanzmitteln der dem kapitalistischen Wertschöpfungsprozess jeweils entspringende Mehrwert abwirft und hergibt, einer veritablen Vereitelung der Umverteilungspolitik als solcher gleich. Wie oben konstatiert, ist ja das Mehrwert generierende industriekapitalistische Produktionssystem nach seiner kriegsbedingten Ausrichtung auf und Inanspruchnahme für die Anforderungen des militärischen Potlatch gerade erst wieder als normale Veranstaltung alias zivile Unternehmung in Gang gekommen beziehungsweise auf Touren gebracht und operiert dementsprechend, weil es mit dem neu aufgenommenen Akkumulationsprozess erst wieder am Anfang steht, unter einer außerordentlich dünnen Kapitaldecke, verfügt noch über denkbar wenig Liquidität und finanzielle Reserven, um die für den Auf- und Ausbau des sächlich-technisch aufwendigen Produktionsapparats nötigen Mittel aufzubringen. Es braucht deshalb allen Mehrwert, den es nur irgend zu schöpfen vermag, und hat für Umverteilungsstrategien, die zu seinen Lasten, sprich, auf Kosten eben des geschöpften Mehrwerts gehen, im buchstäblichen Sinne nichts übrig, und dies umso weniger, als der nach dem Krieg zwecks Kompensation des von letzterem hinterlassenen Arbeitskräftemangels nicht nur fortgesetzte, sondern markant forcierte Auf- und Ausbau des sächlich-technischen Produktionsapparats große Investitionen erfordert und mit einem entsprechend hohen Kapitalbedarf einhergeht.

Die Deckung dieses Kapitalbedarfs wird nun zwar durch die generelle Konsumschwäche der europäischen Nachkriegsstaaten und die dadurch beeinträchtigte und behinderte kommerzielle Realisierung des vom industriellen System geschöpften Mehrwerts nicht gerade erleichtert oder, besser gesagt, zunehmend erschwert und hintertrieben, und insofern wäre die Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen durchaus sinnvoll und wünschenswert. So gewiss indes, wie im obigen Exkurs erläutert, als Quelle und Fundus der für staatliche Umverteilungsmaßnahmen erforderlichen Finanzmittel nur der mittels produktiven Eigentums systematisch produzierte Mehrwert, nicht aber die als possessives Eigentum bei der bürgerlichen Klasse akkumulierte Wertmasse in Betracht kommt, nur das also herangezogen werden kann, was der kapitalistische Produktionsprozess jeweils an Mehreigentum alias Profit abwirft, mitnichten aber das, was sich aufgrund solch profitablen Prozesses in den Händen der Profiteure als persönliche Habe angehäuft hat, so gewiss beißt sich hier die Katze in den Schwanz.

Um den in der Konsequenz der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie immens hohen Investitions- alias Kapitalbedarf des gerade erst wieder in Gang gekommenen Produktionsapparats zu decken, wäre eine Belebung des mangels gesellschaftlicher Kaufkraft lahmenden oder gar stockenden Wertrealisierungsgeschäfts dringend geboten. Weil sich aber unter den gegebenen Umständen die gesellschaftliche Kaufkraft nur zu Lasten des Kapitals und auf Kosten des von ihm erwirtschafteten Mehrwerts und nämlich nur dadurch heben ließe, dass ein Teil des erwirtschafteten Mehrwerts dem Kapital als Investitionsmittel entzogen und den Mitgliedern der Gesellschaft für ihre Bedürfnisbefriedigung als Konsumkraft zur Verfügung gestellt wird, liefe dieser Lösungsweg erst einmal auf eine offenkundige Vergrößerung und Verschlimmerung des Problems hinaus, das auf ihm gelöst werden soll, und würde nämlich eben die Verfahrensweise, die den Kapitalbedarf zu decken, dem Mangel an Investitionsmitteln abzuhelfen gedacht wäre, ihn im Gegenteil erst einmal nur verschärfen und auf die Spitze treiben. So sehr auf mittlere und lange Sicht die Beschneidung und Umverteilung von Kapitalgewinnen zwecks Hebung der gesellschaftlichen Kaufkraft die angespannte Kapitallage des industriellen Produktionssystems entspannen, sprich, seiner prekären bis defizienten Investitionskraft aufhelfen müsste, so sehr bewirkte sie kurzfristig das genaue Gegenteil und resultierte in einer weiteren Verschlechterung der Kapitalsituation und Schwächung des Investitionsvermögens des Produktionssystems und beschwüre so die paradoxe Gefahr herauf, dass eben das, was dem Patienten, der industriekapitalistischen Wertschöpfung, künftig Energie zuzuführen und Heilung zu bringen gedacht wäre, ihm vielmehr hier und jetzt den Rest gäbe und sein Ableben besiegelte.

Dieser Gefahr einer Verkehrung des prospektiven Heilmittels in ein akutes Toxikum inne und bemüht, dem zarten Pflänzchen Wirtschaftsaufschwung nicht durch unzeitige, weil aus seiner noch geringen Substanz, seinem bisschen Triebkraft gespeiste Wachstumsimpulse den Garaus zu machen, sehen sich demnach die europäischen Staaten außerstande, das umverteilungspolitische Instrumentarium, das sie in den Jahrzehnten vor dem Krieg entwickelt haben, jetzt, da sein Einsatz in generalisierter Form und nämlich auf der ganzen Linie einer gleichermaßen gesellschaftlich und staatlich defizienten Konsumkraft vonnöten wäre, zum

Einsatz zu bringen. So sehr sie die einschlägigen sozialpolitischen Maßnahmen parat hätten, um dem krankenden Wertrealisierungsgeschäft aufzuhelfen, so wenig verfügen die europäischen Staaten doch über die realökonomischen Mittel, um jene Maßnahmen zu ergreifen und in die Tat umzusetzen, ohne damit im kontraproduktiv bedingten Reflex dem Wertschöpfungsprozess in die Parade zu fahren und den Weg zu verlegen.

Ganz anders jenseits des Atlantiks, in den Vereinigten Staaten von Amerika! Den USA haben die weltkriegsbedingt vorteilhaften Handelsbeziehungen und die im Windschatten des Weltkrieges forcierte wirtschaftsimperialistische Expansion einen derart massiven Geldsegen und auf dessen Basis ein derart rasantes volkswirtschaftliches Wachstum beschert, dass der an dem Geldsegen beziehungsweise an den Erträgen des industriellen und agrikulturellen Wachstums, den letzterer ermöglicht, per Steuern und Abgaben partizipierende Staat, anders als seine europäischen Kollegen, über reichlich Finanzkraft und Liquidität verfügt, die ihn ohne Weiteres in die Lage versetzten, jene umverteilungspolitischen Maßnahmen zu ergreifen, zu denen den europäischen Kollegen die Mittel fehlen. Zwar was die Konsumkraft und die durch sie bestimmte kommerzielle Situation im Lande selbst betrifft, fehlt freilich für den amerikanischen Staat die Notwendigkeit, diese seine Finanzkraft und Liquidität für solche auf die Hebung der binnenwirtschaftlichen Kaufkraft zielenden umverteilungspolitischen Maßnahmen zu nutzen. An dem Wachstums- und Bereicherungsprozess, der nicht nur das amerikanische Staatswesen als den militärisch entscheidenden Sieger des Weltkrieges dastehen lässt, sondern auch und vor allem die amerikanische Volkswirtschaft als seine ökonomisch maßgebliche Gewinnerin ausweist, partizipiert ja, wenngleich in stark unterschiedlichem, klassenspezifisch divergierendem Grade, auch das Gros der Bevölkerung des Landes, und angesichts der relativ hohen Kaufkraft, die diese Partizipation einem Großteil der amerikanischen Staatsbürger beschert, gibt es eigentlich binnenwirtschaftlich gar keinen ernstlichen Anlass zu umverteilungspolitischen Eingriffen des Staates.

Dass sich dem Betrachter dennoch im Blick auf die Nachkriegssituation der USA umverteilungspolitische Maßnahmen des Staates, wenn schon nicht als strukturimmanent geboten oder notwendig, so doch allemal als funktionsinduziert angebracht oder ratsam aufdrängen, findet

seine Erklärung nicht sowohl in den binnenwirtschaftlichen Verhältnissen als in den außenwirtschaftlichen Beziehungen der Republik. Wie expliziert, führen der handelspolitische Geldsegen und das industriesystematische Wachstum, zu denen der Weltkrieg den USA verhilft, zu einer die Kriegssituation überdauernden und nach dem Kriege weiter steigenden Abhängigkeit der Republik von den Handelspartnern in Europa und in den einer wirtschaftsimperialistischen Erschließung mehr oder minder offen stehenden Ländern in den südlichen Teilen des amerikanischen Kontinents und in Asien, auf deren kommerzielle Distributions- und industrielle beziehungsweise agrikulturelle Produktionssysteme die eigene Volkswirtschaft sowohl hinsichtlich der Realisierung von im Lande geschöpftem und dort nicht einlösbarem Mehrwert als auch im Blick auf die Investition von dem Lande zufließendem und dort nicht verwertbarem Kapital mehr und mehr angewiesen ist.

Diese außenwirtschaftliche Abhängigkeit der USA von überseeischen Märkten und quasikolonialen Einflussgebieten, die der relativen Autarkie ein unwiderrufliches Ende setzt, zu der ihnen im als Formationsphase zu bezeichnenden ersten Jahrhundert ihres Bestehens ihr kontinentaler Hinterhof und Entfaltungsraum verhalf, sie bildet den Grund dafür, dass die als Missverhältnis zwischen wirtschaftlicher Produktionsleistung und gesellschaftlicher Konsumkraft in Erscheinung tretende und im Jahrzehnt nach dem Weltkrieg rasch an Virulenz gewinnende strukturelle Schwäche der europäischen Volkswirtschaften so hart auf die industriellen und agrikulturellen amerikanischen Produktionssysteme zurückschlägt. Weil die Absatz- alias Wertrealisierungsprobleme, die die der strukturellen Schwäche der Handelspartner geschuldete Stockung in den Außenhandelsbeziehungen den amerikanischen Produktionssystemen bereitet, wie eine Brechstange wirken, die, ins Getriebe der auf vollen Touren laufenden Produktionsmaschine gestoßen, deren gesamten Funktionsablauf jäh blockiert, findet sich die amerikanische Volkswirtschaft durch jene außenwirtschaftliche Stockung, jene Wertrealisierungsprobleme, die ihr die europäischen Märkte bereiten, in eine umfassende Krise gestürzt, ungeachtet dessen, dass sie binnenwirtschaftlich durchaus floriert und gedeiht - eine Krise, die in einer Art Kettenreaktion so rasch auf alle Bereiche der amerikanischen Volkswirtschaft übergreift und letztere so umfänglich demotiviert und lähmt, dass diese ihre Demotivierung und

Lähmung aufgrund der weltwirtschaftlich führenden Rolle und Wegweiserfunktion, die den USA mittlerweile zufällt, gar nicht verfehlen kann, auch die anderen mit der amerikanischen in Austausch stehenden Volkswirtschaften zu befallen und in Mitleidenschaft zu ziehen und sich so in kürzester Frist zu einem globalen Ereignis, der das Ende der zwanziger Jahre markierenden Weltwirtschaftskrise, zu entfalten.

Bezogen auf den binnenwirtschaftlichen industriellen und kommerziellen Prozess der USA und gemessen an dessen Lebhaftigkeit und Stärke, stellt die die Krise auslösende Widrigkeit, die den Außenhandel einbrechen lassende Konsumschwäche der überseeischen Handelspartner, eigentlich gar kein so gewaltiges Problem und unüberwindliches Widerfahrnis dar und gewinnt tatsächlich erst durch ihren kettenreaktionsbildnerischen Effekt, dadurch mit anderen Worten, dass sie mit brechstangenartiger Plötzlichkeit und Vehemenz störend in das Wertrealisierungsgeschäft der amerikanischen Wertschöpfungssysteme eingreift, den Charakter als kritische Masse und explosives Momentum, den es braucht, um jene, für sich genommen, bestens funktionierenden Systeme in toto außer Betrieb, um nicht zu sagen, außer Gefecht zu setzen und so die amerikanische Volkswirtschaft aufgrund ihres internationalen Gewichts und der entsprechend massiven Rückwirkungen, die ihre Betriebsstörung auf die anderen Volkswirtschaften hat, zum Krisenherd und Ausgangspunkt eines weltweiten Kollapses avancieren zu lassen. Nur weil die durch die Konsumschwäche der ausländischen Handelspartner hervorgerufenen Wertrealisierungsprobleme ebenso ungebremst wie unvermittelt auf den Wertschöpfungsprozess der USA zurückschlagen, entfalten sie jene kettenreaktive Spreng- alias explosive Durchschlagskraft, die das globale industriekapitalistische Wirtschaftssystem in eine so unfassende Krise zu stürzen vermag.

Um diese globale Krise zu verhindern oder jedenfalls einzudämmen und abzumildern, brauchte es demnach nichts weiter als eine rechtzeitige Beseitigung oder zumindest schnelle Entschärfung ihres Auslösers, wäre mit anderen Worten nichts weiter vonnöten, als jene Absatz- und Investitionsprobleme, die die verschuldungsbedingte Konsumschwäche der europäischen Volkswirtschaften dem amerikanischen Kapitalprozess bereitet, zu lösen oder jedenfalls unter Kontrolle zu bringen, ehe sie sich zu besagter kritischer Masse chargiert haben und akut und virulent genug sind, ihre kettenreaktiv verheerende Rückwirkung auf letzteren

zu entfalten. Nötig wäre, genauer gesagt, alternative Absatzmöglichkeiten und Investitionsgelegenheiten für die von der amerikanischen Wirtschaft bereitgestellten Produkte und Kapitalien zu finden, deren wertmäßige Realisierung beziehungsweise profitträchtige Aufnahme die europäischen Märkte und Produktionssysteme verweigern und die als unrealisierbare beziehungsweise nicht verwertbare auf die amerikanischen Produktionssysteme als deren Lebenskraft lähmende Belastungen und ihren Unternehmungsgeist erstickende Enttäuschungen zurückfallen.

Wer aber käme für diese Aufgabe einer präventiven Entschärfung der krisenauslösenden Absatz- und Investitionsprobleme, die dem amerikanischen Kapital die europäischen Volkswirtschaften bereiten, wohl in Frage, wenn nicht der Staat mit dem finanz- und umverteilungspolitischen Instrumentarium, das er, in Europa zumindest, seit dem letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts entwickelt und in Gebrauch genommen hat. Angesichts der fatalen Folgen, die solch außenwirtschaftliche Absatz- und Investitionsprobleme, sofern sie ungebremst und ungemindert auf die amerikanische Volkswirtschaft zurückschlagen, für letztere und die weltweit von ihr abhängigen anderen Volkswirtschaften haben, wäre es Sache des amerikanischen Staates, sowohl ad hoc für hinlängliche alternative Absatzmöglichkeiten und Investitionsgelegenheiten als auch in spe für eine ausreichende Verlangsamung des Wertschöpfungsprozesses und Reduktion der Investitionsdynamik Sorge zu tragen, um jene im Austausch mit Europa zutage tretenden Absatz- und Investitionsdefizite wenn schon nicht vollständig zu kompensieren und auszugleichen, so jedenfalls doch so weit zu neutralisieren und abzubauen, dass sie ihre auf eine akute Lähmung, wo nicht gar imminente Stillstellung des gesamten Kapitalprozesses zielende Durchschlagskraft verlieren.

Und das Zeug dazu hätte er auch durchaus - und zwar in beiderlei Hinsicht und nämlich sowohl, was die finanzpolitischen Mittel angeht, die nötig wären, um die alternativen Absatzmöglichkeiten und Investitionsgelegenheiten für das vorhandene Überangebot an Gütern und Kapital ohne Aushöhlung des Kapitalfundus beziehungsweise Zerrüttung des öffentlichen Etats beizuschaffen, als auch, was den wirtschaftspolitischen Spielraum betrifft, den es brauchte, um eine Verlangsamung des Wertschöpfungsprozesses und Reduktion der Investitionsdynamik ohne

Gefährdung der industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme als solcher ins Werk zu setzen.

Schließlich haben ja, wie oben ausgeführt, der vom Weltkrieg geprägte kommerzielle Austausch mit Europa und die im Windschatten beziehungsweise im Gefolge des Weltkriegs rasch voranschreitende wirtschaftsimperialistische Expansion in die übrige Welt der amerikanischen Volkswirtschaft einen solch exorbitanten Kapitalzufluss beschert, dass sie Mühe hat, der Kapitalschwemme überhaupt Herr zu werden und dem allem Kapital als sein kategorischer Imperativ eingeborenen Verwertungsanspruch gerecht zu werden und Befriedigung zu verschaffen. Und schließlich haben dieser exorbitante Kapitalzufluss und der seinem imperativen Verwertungsanspruch qua Investitionstätigkeit entspringende Auf- und Ausbau der industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme zu einer solchen Erweiterung und Steigerung der Produktionsprozesse und Produktionsleistungen, einem solch anhaltenden konjunkturellen Aufschwung geführt, dass das Wachstum hypertrophe Züge angenommen und die Konjunktur einen Grad von Überhitzung erreicht hat, der neben der Konsumschwäche der europäischen Handelspartner mit verantwortlich für die der amerikanischen Volkswirtschaft ebenso umfänglich wie plötzlich aufstoßenden und ihr als kritische Masse, als sprengkräftiger Auslöser ins Haus stehenden Absatz- und Verwertungsprobleme ist.

Was hinderte wohl angesichts dieser die Wirtschaft des Landes auszeichnenden überschießenden finanziellen Kraft und überbordenden industriellen Dynamik dessen Staat, auf fiskalischem und taxalischem Weg den Produktionssystemen etwas von ihrem überreichlich vorhandenen Kapital zu entziehen und es der landeseigenen Bürgerschaft in genere und ihren lohnarbeitenden Schichten in specie zuzuwenden, um deren Subsistenzmittel aufzustocken beziehungsweise ihrer Konsumkraft aufzuhelfen und sie damit in die Lage zu versetzen, binnenwirtschaftlich mehr von jenen materialen Gütern und realen Dienstleistungen zu kaufen und als Wert zu realisieren, die sich außenwirtschaftlich, auf den verschuldungsbedingt in ihrer Konsumkraft schwächelnden europäischen und quasikolonialen Märkten, als unverkäuflich, als in ihrem Wert nicht realisierbar erweisen? Nicht nur würde der Staat durch diese auf fiskalischem und taxalischem Weg durchgesetzte Verwandlung von Produktionspotenz in Konsumtionskapazität, mit anderen Worten, Überführung von Investitionsvermögen in Subsistenz- beziehungsweise

Konsummittel einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Absatzprobleme leisten, mit denen sich die amerikanische Volkswirtschaft durch die Konsumschwäche der anderen Volkswirtschaften aktuell konfrontiert sieht, er würde auch und mehr noch durch den Kapitalentzug die allzu große Dynamik und das allzu rasante Wachstum der Wertschöpfungssysteme des Landes dämpfen und abbremsen und so mittels Anpassung der landeseigenen Wertschöpfung und Produktionsleistung an die außenwirtschaftlichen Absatzmöglichkeiten alias Wertrealisierungskapazitäten auf eine prospektive Verhütung solcher krisenträchtiger Absatzprobleme und Wertrealisierungsstasen hinwirken.

Und falls diese Abschwächung der Produktionsdynamik und Verlangsamung des Wirtschaftswachstums durch eine das Kapital zur Kasse bittende und zu Lasten seines Investitionsvermögens gehende Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft in genere und Hebung des arbeiterschaftlichen Subsistenzniveaus in specie noch nicht ausreichte beziehungsweise nicht effektiv genug wäre, die industrielle und agrikulturelle Produktionsleistung den außenwirtschaftlichen Gegebenheiten und Beschränkungen anzupassen und dadurch künftigen kommerziellen Krisen und Wertrealisierungsstasen vorzubeugen, was könnte wohl den Staat davon abhalten, durch den zinspolitischen Eingriff einer Verteuerung der dem produktiven Kapital vom possessiven Kapital beziehungsweise von dessen Verwesern, den Banken, zwecks Auf- und Ausbaus der industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme gewährten Kredite dieser Dämpfung der Produktionsdynamik und Verlangsamung des Wirtschaftswachstums Nachdruck zu verleihen und einem Äquilibrium zwischen industriellem beziehungsweise agrikulturellem Angebot und kommerzieller Gesamtnachfrage bestmöglichen Vorschub zu leisten?

Genau im Blick auf solche Wertrealisierungskrisen und in Investitionsstaus umschlagende konjunkturelle Überhitzungen, wie sie die zwanziger Jahre heraufbeschwören, haben ja die europäischen Staaten gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts die Instrumente umverteilungspolitischer Kapitalbesteuerung und finanzwirtschaftlicher Kapitalverteuerung erfunden und eingeführt, und angesichts der der amerikanischen Volkswirtschaft nach dem Krieg zur Verfügung stehenden Fülle an Kapital und der sie treibenden konjunkturellen Dynamik könnte der amerikanische Staat zur Behebung der Absatz- und Investitionsprobleme, von denen die Produktionssysteme des Landes heimgesucht werden, beide

Instrumente unbedenklich einsetzen, sprich, ohne befürchten zu müssen, den Produktionssystemen mehr, als von ihnen verkraftbar, zu entziehen und die Dynamik stärker, als mit dem Fortgang der Produktionsprozesse verträglich, abzuschwächen, zur Anwendung bringen. Er könnte es, stünde dies von den europäischen Industriemächten in der Vorkriegszeit entwickelte wirtschaftspolitische Instrumentarium auch ihm, dem amerikanischen Staat, zu Gebote. Genau das aber ist nicht der Fall. Im Unterschied zu ihren europäischen Kollegen beziehungsweise Konkurrenten hat die amerikanische Staatsmacht jene umverteilungspolitischen Eingriffsweisen und finanzstrategischen Steuerungsmechanismen bis dahin zu entwickeln beziehungsweise sich zu eigen zu machen versäumt.

Und der Grund für das Versäumnis ist einfach genug: Die Vereinigten Staaten haben, um ihre Volkswirtschaft in Gang beziehungsweise auf Trab zu halten und vor realökonomischen Krisen und sozialpolitischen Konflikten zu bewahren, jener interventionistischen und dirigistischen Instrumente bislang gar nicht bedurft, zu denen sich die Industriestaaten Europas gezwungen sahen, ihre Zuflucht zu nehmen. Wie oben ausgeführt, verschaffen der amerikanischen Republik ihr kontinentaler Entfaltungsraum und ihre nach dessen Erschließung und Ausfüllung bruchlos anschließende wirtschaftsimperialistische Wendung einerseits und andererseits der permanente und in prästabilierter Harmonie mit der Beschleunigung der kontinentalen beziehungsweise imperialen Expansion wachsende Zustrom von Einwanderern, die durch ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung aus Europa vertrieben werden, einen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges anhaltenden Aufschwung der industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungssysteme, dem eine in chronischen Absatz- und Wertrealisierungsproblemen resultierende strukturelle Überforderung des Marktes und kommerzielle Krise erspart bleibt und der deshalb auch nicht den Hüter des bürgerlichen Gemeinwesens, den Staat, dazu zwingt, zwecks Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wertschöpfungsprozesses und Sicherung seiner Kontinuität beziehungsweise eines Mindestmaßes an Dynamik nach dem Vorbild der europäischen Industriemächte umverteilungspolitisch zu intervenieren.

Das soll nicht heißen, dass nicht auch die amerikanische Volkswirtschaft von den in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in den europäischen Industriestaaten sich häufenden strukturell begründeten kommerziellen Krisen, eben den Krisen, die dort die Staatsmacht

zur Adoption des besagten unverteilungspolitischen und finanzstrategischen Instrumentariums nötigen, in Mitleidenschaft gezogen wird und dass sie nicht auch von sich aus unter kleineren, funktionell bedingten und mit der Entfaltung des kapitalistischen Produktionssystems zwangsläufig einhergehenden, weil in der Rücksichtslosigkeit des kapitalen Wertschöpfungsdrangs, eines Verwertungstriebs, der den Markt nur als Jasager wahrnimmt und kein Nein von ihm zu antizipieren vermag, angelegten kommerziellen Krisen zu leiden hat. Wohl aber bedeutet es, dass diese auch die amerikanische Volkswirtschaft heimsuchenden Krisen deren als ebenso dynamischer Fortschritt wie kontinuierlicher Fortgang erscheinende Konjunktur nicht dauerhaft zu stören oder gar zu deflektieren vermögen - die außenwirtschaftlich induzierten, sprich, von Europa ausstrahlenden Krisen deshalb nicht, weil dafür die Autarkie der amerikanischen Volkswirtschaft, die Eigenständigkeit und Eigendynamik, die ihr der kontinentale Entfaltungsraum und die permanente Immigrationsbewegung sichern, noch viel zu dominierend ist, und die binnenwirtschaftlich bedingten, aus Dissonanzen beziehungsweise Diskrepanzen in Umfang und Entwicklungstempo einerseits des industriellen Produktionsprozesses und andererseits des kommerziellen Distributionssystems resultierenden Krisen deshalb nicht, weil sie eben nur funktionalen Ursprungs, nicht struktureller Natur sind und sich darum auf rein ökonomischem Weg und ohne politische Hilfestellung, mittels des bewährten Mechanismus nämlich einerseits eines die Nachfrage instigierenden industriellen Angebots und andererseits einer das Angebot regulierenden kommerziellen Nachfrage rasch oder zumindest rechtzeitig wieder unter Kontrolle bringen und lösen lassen.

Und ebenso wenig wie einen realökonomischen Grund liefert der dank kontinentaler Expansions- und Prospektionsperspektive einerseits und permanenter Zuwanderungs- und Siedlungsbewegung andererseits nicht weniger dynamisch verlaufende als kontinuierlich fortschreitende Aufschwung des kapitalistischen Produktionssystems dem amerikanischen Staat auch ein sozialpolitisches Motiv zur Ausbildung beziehungsweise Adoption jenes in Europa zum Zuge kommenden umverteilungspolitischen und finanzstrategischen Instrumentariums. Wie oben expliziert, hat ja das Zugleich von Expansionsprozess und Immigrationsstrom zur Folge, dass, während das industriekapitalistische System mit ausreichend

neuen Arbeitskräften für seinen Auf- und Ausbau versorgt wird, gleichzeitig ein Auslass und Abfluss von Siedlern in die neu erschlossenen Territorien im Westen gewährleistet ist, der groß und nachhaltig genug ist, um zu verhindern, dass es zu einem Überangebot und Stau auf dem Arbeitsmarkt und einem dadurch bedingten Konkurrenzkampf unter den Arbeitsuchenden kommt, der es dem Kapital erlauben würde, eine Lohndrückerei und Verschärfung der Arbeitskonditionen zu praktizieren, die sich auch nur entfernt den für die industriekapitalistische Entwicklung in Europa charakteristischen Ausbeutungsverhältnissen vergleichen ließe.

Das Zusammenspiel von territorialer Expansion und personaler Zuwanderung hat also diesen doppelten Effekt, zum einen realökonomisch die Entstehung immer weiterer Märkte und die Erschließung immer neuer Absatzgebiete ins Werk zu setzen und so die kommerzielle Voraussetzung für die Dynamik und Kontinuität der industriellen Entfaltung sicherzustellen und zum anderen sozialpolitisch dafür zu sorgen, dass diese kommerzielle Entfaltung nicht mit einer zunehmenden Verarmung und fortschreitenden Verelendung des die industrielle Entfaltung tragenden arbeiterschaftlichen Produzentenkollektivs bezahlt werden muss. Und eben deshalb, weil es im konjunkturellen Verlauf des industriellen Wertschöpfungsprozesses der USA weder zu gravierenden kommerziellen Krisen alias Wertrealisierungsproblemen noch zu anhaltenden subsistenziellen Nöten bei den lohnarbeitenden Wertschöpfern und daraus resultierenden sozialen Konflikten kommt, hat der Staat weder einen realökonomischen Grund noch ein sozialpolitisches Motiv für die Ausbildung und Adoption von umverteilungspolitischen und finanzstrategischen Eingriffs- und Steuerungsmechanismen, wie sie in Europa Raum greifen, und kann die kapitalistisch organisierte Volkswirtschaft vielmehr weitgehend sich selbst überlassen, kann dem im Wesentlichen als Macht- und Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit, sprich, zwischen den bürgerlichen Eignern und den arbeiterschaftlichen Betätigern der gesellschaftlichen Produktionsmittel funktionierenden ökonomischen Kräftespiel freien Lauf lassen, kann, kurz gesagt, einen als extremer Liberalismus zu Buche schlagenden politischen Kurs steuern.

Wegen der kontinuierlichen Ausweitung des Staatsgebiets und Erschließung neuer Siedlungsräume einerseits und des permanenten Einwandererstroms und Abflusses überschüssigen Personals in die neu erschlossenen Siedlungsräume andererseits können die Vereinigten Staaten

von Amerika ihre Volkswirtschaft weitgehend den dem industriellen Produktionssystem und dem kommerziellen Distributionszusammenhang inhärenten Selbstregulierungsmechanismen überlassen, können einem binnenwirtschaftlich ausgemachten Liberalismus huldigen und können - abgesehen von den für die außenwirtschaftliche Absicherung und Stärkung des industriekapitalistischen Auf- und Ausbauprozesses erforderlichen protektionistischen Vorkehrungen - bis nach Kriegsende und in die zwanziger Jahre hinein auf umverteilungspolitische Kapitalbesteuerungsmaßnahmen und geldwirtschaftliche Konjunkturlenkungsinstrumente verzichten.

Nun freilich, da in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die verschuldungsbeziehungsweise konsumschwächebedingten Probleme in den europäischen Volkswirtschaften aus ihrer Latenz jäh zutage treten und als hochgradig kritischer Faktor manifest werden und wegen der mittlerweile erheblichen Abhängigkeit der amerikanischen Volkswirtschaft vom Außenhandel und von Kapitalinvestitionen in Europa mit kettenreaktiver Spreng- alias explosiver Durchschlagskraft auf die industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme des Landes zurückschlagen - nun also könnten jene umverteilungspolitischen und finanzstrategischen Instrumente dem amerikanischen Staat, wenn er sie denn besäße und parat hätte, durchaus von Nutzen und dabei behilflich sein, den Rückschlagsimpetus der außenwirtschaftlichen Probleme abzumildern und letztere ihrer Sprengkraft so weit zu berauben, dass ihre Auswirkungen sich auf ein die heimischen Produktionssysteme zwar vielleicht erschütterndes und einer veritablen Belastungsprobe unterwerfendes, aber doch noch von ihnen verkraftbares und sie höchstens vorübergehend aus dem Tritt zu bringen geeignetes Maß reduzierte.

So gewiss solch umverteilungspolitisches und finanzstrategisches Instrumentarium den Staat in die Lage versetzte, ebenso kurzerhand wie kurzentschlossen durch Kapitalbesteuerung Investitionsvermögen in binnenwirtschaftliche Konsumkraft zu überführen und durch eine zinspolitische Verteuerung des heimischen Kapitals den auf ihm lastenden Investitions- alias Verwertungsdruck zu vermindern, so gewiss könnte es zumindest teilweise den im Ausland einbrechenden Absatz durch eine Belebung des heimischen Konsums kompensieren und gleichzeitig für eine Abkühlung der überhitzten Konjunktur, eine Dämpfung des durch das Übermaß an billigem Kapital befeuerten industriellen und

agrikulturellen Wachstums sorgen und so durch die Parallelaktion einerseits einer Stärkung der konsumtiven Nachfrage und andererseits einer Abnahme beziehungsweise Verlangsamung der Investitionstätigkeit das Schlimmste, nämlich den durch eine Art kommerziellen Infarkt, einen ebenso umfänglichen wie plötzlichen Stau auf dem Markt hervorgerufenen Stillstand und Zusammenbruch des gesamten Wertschöpfungsprozesses, verhindern.

Aber aufgrund des weitestgehenden Wirtschaftsliberalismus, dem er bis dahin gefrönt hat, verfügt der amerikanische Staat über diese Eingriffs- und Steuerungsinstrumente nicht, und eben deshalb schlagen seine den Kriegsfolgen in Europa zuzuschreibenden außenwirtschaftlichen Wertrealisierungs- und Investitionsprobleme mit ungebremst voller Wucht auf das amerikanische Kapital und seine industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungssysteme zurück und sorgen für deren ebenso jähen wie unvermittelten Kollaps, sorgen mit kettenreaktiver Unerbittlichkeit dafür, dass Fabriken dicht machen, Farmen in Konkurs gehen, Dienstleistungsbetriebe die Arbeit einstellen und das Kapital selbst, soweit es nicht in den Fabrik- und Fertigungsanlagen, den Höfen und Landmaschinen, den Immobilien und Transportsystemen festsitzt und versteinert, diese seine sächlichen Erscheinungen und technischen Verkörperungen fluchtartig im Stich lässt und sich aus ihnen als aus kadaverösen Rückständen beziehungsweise leblosen Fossilien seiner selbst absentiert. Und wegen der globalen ökonomischen Machtstellung, der kriteriellen Bedeutung für die Weltwirtschaft, für das industrielle und kommerzielle Wohl und Wehe der anderen Volkswirtschaften nicht nur in Europa, sondern auch auf den wirtschaftsimperialistisch erschlossenen übrigen Kontinenten, die der amerikanische Kapitalprozess im Zuge des Weltkrieges und in dessen Gefolge errungen hat, nimmt dieser sein Kollaps mit nicht minder kettenreaktiver Unerbittlichkeit globale Dimensionen an und führt in kürzester Frist zur Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929, sprich, zum Offenbarungseid einer industriellen Wertschöpfung, die kommerziell jäh auf Grund läuft, die mit anderen Worten an der durch keinen staatlichen Lotsendienst mehr zu umschiffenden, durch keine hinlängliche und rechtzeitige staatliche Intervention beziehungsweise Moderation mehr aus dem Weg zu räumenden Wertrealisierungsklippe scheitert.

Dabei trifft der ökonomische Kollaps, ungeachtet dessen, dass die Volkswirtschaft der USA ihn gar nicht primär zu verantworten hat, sondern er

ihr durch die anderen Volkswirtschaften in genere und die europäischen in specie via der Handelsbeziehungen, die sie zu ihnen unterhält, und des investiven Anteils, den sie an ihnen nimmt, sekundär induziert, ihr nach dem Motto des MMitgefangen, mitgehangen“ als heteronomes Widerfahrnis frei Haus geliefert wird - trifft also dieser die Volkswirtschaft der USA heteronom ereilende Kollaps die amerikanische Gesellschaft besonders hart, teils weil sie, die vom Weltkrieg eher profitiert als unter ihm gelitten hat und die aus ihm ökonomisch gestärkt und mit Wohlstand gesegnet hervorgeht, krisenbedingt jetzt tiefer stürzt und ihre größere Fallhöhe traumatischer erlebt als die durch den Krieg gebeutelten und leidgeprüften europäischen Gesellschaften, teils und mehr noch, weil die Krise zumal den unteren Volksschichten in genere und der lohnarbeitenden Klasse in specie umso massiver und heftiger zusetzt, als diese gänzlich der Sozialversicherungsvorkehrungen ermangeln, die als wesentlichen Bestandteil ihrer umverteilungspolitischen Maßnahmen die Staaten in Europa in der Vorkriegszeit gesetzlich eingeführt und gesellschaftlich zum Tragen gebracht haben.

Ihrem liberalistischen, auf die Selbstregulierungsmechanismen des kapitalistischen Marktes setzenden und in Sachen politische Einflussnahme und Intervention weitestgehend Enthaltsamkeit übenden Kurs getreu, haben die Vereinigten Staaten von Amerika ja nicht nur in genere kein Instrumentarium für umverteilungspolitische und finanzstrategische Eingriffe entwickelt und adoptiert, sondern es auch und in specie unterlassen oder, wenn man so will, versäumt, sei’s aktiv die gesetzlichen Grundlagen, sei’s passiv die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für jene Kranken- und Unfallsversicherungs-, Altersversorgungs- und Arbeitslosenhilfesysteme zu schaffen, auf die seit der Bismarkschen Sozialgesetzgebung die umverteilungspolitischen Bemühungen in Europa zuerst und vor allem gerichtet sind. Und dementsprechend mit voller Wucht, weil durch keine versicherungspraktischen Einrichtungen und Vorkehrungen abgemildert, trifft hier die auf die Wertschöpfungssysteme durchschlagende Wertrealisierungskrise die lohnarbeitenden Wertschöpfer, die sich massenhaft aus den jäh zum Erliegen kommenden Wertschöpfungsprozessen entlassen, auf die Straße geworfen und, abgesehen von den wie Tropfen auf einem heißen Stein verpuffenden humanitären Hilfen und karitativen Zuwendungen kirchlicher Organisationen, gemeinnütziger

Stiftungen und philanthropischer Privatinitiativen, jeglicher Subsistenzmittel beziehungsweise Einkommensquellen beraubt und dem Hunger und Elend, die der Lohn der Arbeitslosigkeit sind, ausgeliefert finden.

Dem Anschein nach sind die Umverteilungsmaßnahmen der USA im Unterschied zu denen der europäischen Tradition ausschließlich sozialpolitisch motiviert, während der realökonomische Beweggrund, der im europäischen Kontext nicht weniger maßgebend für sie ist, hier keine Rolle spielt. Und anders als dort finanziert hier der Staat das für die Umverteilung nötige Geld nicht aus dem kapitalen Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft, sondern aus gouvernemental eigenen Mitteln. Der durch die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und öffentlichen Beschäftigungsinitiativen erweckte Eindruck, dass der Staat dem kapitalistischen Lohnarbeitssystem Konkurrenz macht oder es gar sozialistisch transzendiert, führt dabei gründlich in die Irre.

Die infolge der kettenreaktiven Lähmung des Wirtschaftslebens die industrielle und agrikulturelle Arbeiterschaft und die Angestellten der Dienstleistungssektoren und -sparten, mithin die im weiteren Sinne lohnarbeitende Klasse, quasi über Nacht heimsuchende Massenarbeitslosigkeit und die durch sie hervorgerufene ubiquitäre subsistenzielle Not und existenzielle Verelendung führen dem amerikanischen Staat unübersehbar vor Augen, dass es mit seiner bis dahin geübten liberalistischen Zurückhaltung beziehungsweise Enthaltsamkeit in ökonomischen Dingen nicht mehr getan ist und dass unverteilungspolitische Initiativen und finanzstrategische Interventionen das bei Strafe eines irrevoziblen Zusammenbruchs des kapitalistisch verfassten Wirtschaftssystems zu befolgende Gebot der durch die Weltwirtschaftskrise als ein mitternächtlicher Totentanz eingeläuteten Stunde sind. Dabei sorgen eben diese massenhaft akute Not und dieses allgegenwärtig virulente Elend der lohnarbeitenden Bevölkerung der USA, die zu guter Letzt auch den amerikanischen Staat vom bis dahin verfolgten vermeintlichen Tugendpfad wirtschaftsliberalistischer Abstinenz abirren und der Notwendigkeit umverteilungspolitisch korrektiver Eingriffe und finanzstrategischer Steuerungsmaßnahmen inne werden lassen, dafür, dass hier die staatlichen Eingriffe und Maßnahmen nicht einfach nach dem durch die europäischen Vorläufer entwickelten Schema adoptiert und implementiert werden können, sondern einer der neuen Situation geschuldeten eigenen Logik und Pragmatik folgen müssen.

Die europäischen Staaten zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts haben, wie gezeigt, für ihre umverteilungspolitischen Eingriffe und finanzstrategischen Maßnahmen sowohl einen realökonomischen Beweggrund als auch ein sozialpolitisches Motiv: Während die Eingriffe und Maßnahmen zum einen dem realökonomischen Zweck dienen, den Markt zu entlasten und für eine um sich greifende und das gesamte Wertschöpfungssystem bedrohende Wertrealisierungskrise wenn schon keine endgültige Lösung zu finden, so jedenfalls doch vorläufig Abhilfe zu schaffen und so dem Wertschöpfungsprozess seine Kontinuität und weitestmögliche Dynamik zu sichern, verfolgen sie zum anderen die sozialpolitische Absicht, der kapitalen Ausbeutung der Lohnarbeiterschaft Grenzen zu setzen und ihre subsistenzielle Lage hinlänglich zu stabilisieren oder auch zu verbessern, um sie von dem ihr durch ihre materiale Not und ihr soziales Elend diktierten beziehungsweise suggerierten und qua sozialistische Bewegung verfolgten politischen Konfliktkurs abzubringen beziehungsweise sie das historische Revolutionsziel, auf das dieser politische Konfliktkurs justiert ist, aus den Augen verlieren zu lassen.

Jetzt hingegen tritt angesichts der durch die große Krise hervorgerufenen akuten Not der lohnarbeitenden Bevölkerung und ihres virulenten Elends der mit der Umverteilungspolitik ursprünglich verknüpfte realökonomische Beweggrund völlig in den Hintergrund beziehungsweise spielt gar keine Rolle, und alle umverteilungspolitischen Bemühungen des Staates sind wesentlich und primär sozialpolitisch motiviert. Wobei auch diese sozialpolitische Motivierung von der ursprünglichen, für die europäische Umverteilungspolitik zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts maßgebenden insofern abweicht, als es bei ihr nicht um Verbesserungen des Subsistenzniveaus einer lohnarbeitenden Bevölkerung , um die Hebung des Lebensstandards einer durch das kapitalistische Produktionssystem ausgebeuteten und mit einem Existenzminimum abgespeisten Menschenklasse, sondern vielmehr um für das Überleben von großen Bevölkerungsgruppen, die sich ihres Arbeitsplatzes beraubt und dadurch um Lohn und Brot gebracht finden, erforderliche Not- und Soforthilfen geht, um eine staatliche Adhocunterstützung, ohne die jene Massen von Lohnabhängigen, die infolge der Krise auf der Straße liegen, verhungern und verkommen müssten.

Der Staat muss angesichts der umfänglichen ökonomischen Krise nicht sowohl umverteilungspolitisch-planmäßige als vielmehr zuwendungspraktisch-zwangsläufige Unterstützungsmaßnahmen ergreifen, die er

zudem - ebenfalls anders als bei der im Europa der Vorkriegszeit etablierten Umverteilungspolitik - nicht dem kapitalen Reichtum der Gesellschaft entnehmen kann, sondern ausschließlich aus gouvernemental eigenen Mitteln aufbringen muss. Krisenbedingt ist ja der industrielle und agrikulturelle Wertschöpfungsprozess, soweit nicht überhaupt zum Stillstand gekommen, so jedenfalls doch massiv ins Stocken geraten und hat sich das akkumulationskreisläufig oder verwertungszyklisch in ihm umgetriebene Kapital teils in den objektiven Bedingungen des Prozesses, den Anlagen und Maschinen, zur Ruhe gesetzt beziehungsweise ist in ihnen erstarrt und versteinert, teils hat es sich aus dem Wertschöpfungsprozess verflüchtigt und in die Schutzräume alias Schatzkammern vermeintlich wertbeständigen Privatvermögens wie etwa Edelmetall und Preziosen, Grundbesitz und Sparguthaben absentiert. Der Staat kann also zur Finanzierung seiner Adhocunterstützungen und Soforthilfen nicht das Kapital zur Kasse bitten, nicht aus dem Vollen eines funktionierenden industriellen und agrikulturellen Verwertungssystems schöpfen, nicht fiskalisch und taxalisch auf einen industriell und agrikulturell erwirtschafteten Mehrwert zurückgreifen, sondern muss jene Unterstützungen und Hilfen aus der eigenen Tasche bestreiten, sie aus seinen finanziellen Mitteln aufbringen, seinem Haushalt entnehmen.

Diese Etatmittel setzt der Staat nun also ein, um der jähen Not und dem akuten Elend, in die die Stockung beziehungsweise der Stillstand des industriellen und agrikulturellen Verwertungsprozesses die als Arbeiter und Angestellte in Kapitaldiensten lohnarbeitende Bevölkerung stürzt, wenn schon nicht Einhalt zu gebieten, so zumindest doch entgegenzuwirken und das außer Lohn und Brot gesetzte Arbeitskräfteheer so lange am Leben und halbwegs bei Kräften zu erhalten, bis die wertrealisierungsbedingte Wertschöpfungskrise überwunden ist und die industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungssysteme wieder in Gang beziehungsweise auf Touren kommen.

Dass es sich bei diesen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen und Hilfsleistungen nur um eine Notveranstaltung und Übergangslösung handeln kann und dass die raschestmögliche Überwindung der Wertschöpfungskrise und Wiederankurbelung der Wertschöpfungssysteme ein unabdingbares Erfordernis darstellt, liegt dabei auf der Hand. Schließlich ist dies, dass er die Unterstützungsmaßnahmen ganz und gar aus eigenen Mitteln finanzieren, die Hilfsleistungen aus der eigenen Tasche

bestreiten muss, gleichbedeutend damit, dass früher oder später und eher früher als später diese Mittel verbraucht sind, das Staatssäckel, um bei der Taschenmetapher zu bleiben, leer ist. Seinen Etat, seine Finanzmittel bezieht der Staat ja im Wesentlichen aus seiner Beteiligung am industriellen und agrikulturellen Mehrwert, die er sich mittels fiskalischer Steuern und taxalischer Abgaben sichert, und wenn wegen der Krise diese Steuern und Abgaben schwinden und gar entfallen und der Staat für die ihm durch die Krise abgeforderten sozialen Leistungen gänzlich auf seine vorhandenen Ressourcen, seine liquiden Reserven, Rücklagen und Vermögenswerte zurückzugreifen gezwungen ist, dann ist angesichts des mangelhaften oder ausbleibenden finanziellen Nachschubs das Ende seiner Zahlungsfähigkeit absehbar.

Zwar, anders als die durch den Krieg hochverschuldeten europäischen Nachkriegsstaaten sind die Vereinigten Staaten von Amerika vergleichsweise schuldenfrei und liquide und können fürs erste die Not- und Soforthilfe, zu der sie die krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit zwingt, einigermaßen schultern. Dennoch ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch der amerikanische Staat, wenn die industrielle und agrikulturelle Wertschöpfungskrise andauert und es ihm verunmöglicht, durch Besteuerung und Taxierung aus der Quelle des kapitalistisch erwirtschafteten Mehrwerts zu schöpfen, seine gegebenen Finanzmittel und vorhandenen Vermögenswerte aufgebraucht hat und vor der Zahlungsunfähigkeit steht.

Um seinen sozialstaatlichen Verpflichtungen nachzukommen, ohne bankrott zu gehen, bleiben dem Staat dann nur die zur Teilhabe am wertschöpfungsprozessualen Mehrwert alternativen Geldquellen der Kreditaufnahme und der Geldschöpfung, die sich freilich beide als fragwürdig und letztlich ineffektiv beziehungsweise kontraproduktiv erweisen. Was die Kreditaufnahme, den Rekurs auf Anleihen bei den vermögenden Geldinstituten und Privatleuten im eigenen Land und in anderen Volkswirtschaften betrifft, so führt sie unter Bedingungen der anhaltenden Krise und des aus ihr folgenden Mangels an Staatseinkünften zu einer fortschreitenden Staatsverschuldung und einem entsprechend zunehmenden Verlust an Kreditwürdigkeit, der diese Bezugsquelle schon bald versiegen lässt, ganz abgesehen davon, dass die weltweite Krise ja auch die Bankinstitute und privaten Geldgeber beutelt und in Schwierigkeiten oder gar Not geraten lässt und so ihre Fähigkeit und Bereitschaft beeinträchtigt, überhaupt als Darlehensgeber zu fungieren.

Und was die Geldschöpfung, die Vermehrung der Geldmenge auf Basis der vom Staat monopolisierten Münz- und Währungshoheit, angeht, so führt eine solche Vermehrung der Menge allgemeinen Äquivalents ohne eine entsprechende Vermehrung der durch das allgemeine Äquivalent repräsentierten Sachwerte alias Güter und Dienstleistungen zu einer als Verteuerung der einzelnen Sachwerte erscheinenden Entwertung des jeweils auf sie entfallenden allgemeinen Äquivalents, sprich, zu einer als Preissteigerung funktionierenden inflationären Entwicklung, die eben das, was sich der Staat von der Geldschöpfung erhofft, nämlich ein Mehr an Mitteln für seine Nothilfen und Unterstützungsmaßnahmen, konterkariert und zunichte macht.

Es führt also definitiv kein Weg an der Notwendigkeit vorbei, den industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozess möglichst rasch wieder anzukurbeln und auf Touren zu bringen. Und wer sonst soll das tun, wer anders soll den angesichts der generellen gesellschaftlichen Verschuldung und Verarmung um alle Aussicht, rentabel beziehungsweise profitabel zu wirtschaften, gebrachten und in einen scheintodähnlichen Lähmungszustand verfallenen, in einer Art von Schockstarre darniederliegenden Wertschöpfungssystemen wieder auf die Beine helfen beziehungsweise Beine machen, wenn nicht der Staat, der am Funktionieren des kapitalistischen Verwertungsprozesses existenziell interessierte, weil von ihm fiskalisch lebende und taxalisch zehrende Intendant der bürgerlichen Gesellschaft und Repräsentant des Gemeinwesens, als das letztere sich geriert. Wie der Staat gehalten ist, die durch die Stockung beziehungsweise den Stillstand des kapitalen Verwertungsprozesses auf die Straße geworfenen Massen von Lohnarbeitenden so lange sozialhelferisch zu unterstützen, bis der neu in Gang gekommene Verwertungsprozess wieder bereit und kapazitiert ist, Gebrauch von ihrer Arbeitskraft zu machen, so ist er aber auch aufgerufen, sich darum zu kümmern, dass eben diese Bedingung für den neuerlichen Gebrauch der gesellschaftlichen Lohnarbeitskraft gegeben ist, sprich, der kapitale Verwertungsprozess selbst wieder in Gang kommt.

Als eine Art objektive Anerkennung der Notwendigkeit, seine Nothilfe und Sozialunterstützung als bloßes, die Leerstelle oder Zeitlücke bis zum Wiedereinsetzen der Handlung, sprich, bis zur Wiederaufnahme des Verwertungsprozesses überbrückendes Intermezzo oder Präludium zu verstehen, muss dabei das Bemühen des Staates gelten, solche Nothilfe an

eine produktive Gegenleistung zu knüpfen, die Unterstützung als Lohn für eine vom Empfänger verrichtete gesellschaftlich nützliche Arbeit zu gewähren. Der Staat ruft Arbeitsbeschaffungsprogramme und öffentliche Beschäftigungsinitiativen ins Leben, mittels deren er die vom ihm Unterstützten und mit dem Lebensnotwendigen Versorgten sich das Brot, das er ihnen verschafft, durch Arbeit verdienen, als Lohn erringen lässt. Er lässt sie Land erschließen und meliorieren, Verkehrswege und Wasserstraßen anlegen, Staudämme und Elektrizitätswerke bauen, kommunale Einrichtungen und Anlagen renovieren und sanieren und macht auf diese Weise deutlich, dass er nur ebenso treuhänderisch wie statthalterisch, nur durch die Wirtschaftskrise gezwungen und nur so lange, wie diese anhält, also nur bis zur Wiederkehr eines ökonomischen Normalzustands, den er durch den Modus seiner Nothilfen eigens beschwört, quasi symbolisch antizipiert, initiativ wird.

Dadurch, dass er seine Arbeitslosenunterstützungen und Sozialhilfen soweit als möglich an in seinem Auftrag beziehungsweise unter seiner Agentur zu erbringende Arbeitsleistungen knüpft, stellt der Staat klar, dass das durch das gesellschaftliche Reproduktionssystem industriekapitalistischer Fasson als für die Mitwirkung in ihm verbindliches Vertragsverhältnis in Kraft gesetzte und geltend gemachte Prinzip der Lohnarbeit, das Vertragsprinzip, demzufolge ein über nichts als seine Arbeitskraft verfügender Produzent einem Arbeitsmittel sein Eigen nennenden Kontrahenten seine Arbeitskraft zum Gebrauch überlässt und dafür vom Kontrahenten mit einem Quantum als Münze des Marktes firmierenden allgemeinen Äquivalents entlohnt wird, das ihm Zugang zum Markt und zu den dort versammelten Früchten seiner Arbeit eröffnet - dass also dieses das kapitalistische Produktionssystem und damit auch die bürgerliche Gesellschaft, die in letzterem ihre ökonomische Basis hat, beherrschende Prinzip der Lohnarbeit unverändert in Geltung ist und er mit seinen Unterstützungen und Hilfen nichts weiter im Schild führt, als die Zeit bis zum Ende der Wirtschaftskrise und zur Wiederherstellung eines vom *do ut des* kapitalistischer Lohnarbeit geprägten Wirtschaftslebens zu überbrücken und dies so zu tun, dass das Ziel der Überbrückung, eben das Wirtschaftsleben im Zeichen kapitalistischer Lohnarbeit, nicht etwa aus dem Blickfeld und in Vergessenheit gerät, sondern actu der Überbrückung suggestive Präsenz beziehungsweise sinnenfällige Signifikanz behält.

Damit soll nicht gesagt sein, dass die mit den Nothilfen und Unterstützungszahlungen verknüpften staatlichen Arbeitsbeschaffungen und öffentlichen Beschäftigungsinitiativen reine Symbolhandlungen darstellen, politische Aktionen sind, die jedes eigenen ökonomischen Sinns entbehren und sich darin erschöpfen, das Desiderat der in Konkurs gegangenen industriellen und agrikulturellen Lohnarbeit zu ostentieren und deren Unverzichtbarkeit für die gesellschaftliche Reproduktion sinnbildlich vor Augen zu führen. Tatsächlich können die in staatlicher Regie geschaffenen und aus staatlichen Mitteln finanzierten Arbeitsplätze und Anstellungen durchaus eine reale Nützlichkeit und soziale Zweckmäßigkeit aufweisen, und tun das im Zweifelsfall auch. Zumal nach den kriegsbedingten Zerstörungen, Einschränkungen und Bornierungen auf Rüstung und militärische Anforderungen gibt es in einer kapitalistischen Gesellschaft, die - ihrer Natur und Beschaffenheit gemäß - das Schwergewicht auf die Maximierung privaten Profits und die Erwirtschaftung persönlichen Reichtums legt, genug Gleichgültigkeit gegenüber öffentlichen Belangen und eine hinlängliche Vernachlässigung kommunaler Bedürfnisse, um dem Repräsentanten des Gemeinwesens, dem Staat, wenn er nur dazu bereit und aufgelegt ist, jede Menge gemeinwohldienliche Arbeitsprojekte und gesellschaftlich nützliche Beschäftigungsweisen einzugeben beziehungsweise nahezulegen.

Die Arbeitsprogramme und Beschäftigungsinitiativen, die er sich einfallen lässt und an die er seine Hilfsleistungen knüpft, müssen also keineswegs bloße, die Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, zu der ihn die Krise zwingt, im Sinne des kontraktiven Lohnarbeitssystems, in dem die bürgerliche Gesellschaft gründet, zu rechtfertigen beziehungsweise zu rationalisieren bestimmte Vorwände oder Camouflagen sein, sondern sind im Zweifelsfall gemeinwohlnützliche, den Lebensgrundlagen der Gesamtgesellschaft dienliche beziehungsweise dem Zivilleben des Kommunalverbands förderliche Vorhaben und Unternehmungen. Dennoch bleiben diese arbeitspraktischen Konditionierungen und beschäftigungsprogrammatischen Ausgestaltungen der staatlichen Hilfen, die den durch den Zusammenbruch des kapitalistischen Wertschöpfungssystems auf die Straße Geworfenen und um ihre Subsistenz Gebrachten von Staats wegen zufließen, primär der platzhalterischen Treue und Verpflichtung des Staats gegenüber dem für die bürgerliche Gesellschaft grundlegenden kapitalistischen Lohnarbeitssystem und seinem Bedürfnis geschuldet,

diesem System bis zu seinem Wiederinkrafttreten wenigstens symbolisch die Stange zu halten und sinnbildliche Anerkennung zu zollen, wohingegen der realgesellschaftliche Zweck, den sie erfüllen, beziehungsweise die kommunalgemeinschaftliche Nützlichkeit, die sie beweisen, nicht mehr sind als ein den Staat in der primären Absicht einer Beschwörung und Bekräftigung des kapitalistischen Lohnarbeitssystems als desiderativen Normalzustands, der die Arbeitsbeschaffungsprogramme und öffentlichen Beschäftigungsinitiativen dienen, zu unterstützen und zu bestärken geeigneter sekundärer Beweggrund beziehungsweise zusätzlicher Anreiz.

Gegen die Einschätzung der staatlichen Arbeitsbeschaffungen und öffentlichen Beschäftigungen als primär in dem Bemühen, dem kapitalistischen Lohnarbeitssystem symbolisch die Stange zu halten, fundierter und nur sekundär durch praktische Zielsetzungen motivierter Unternehmungen und Vorhaben könnte freilich der Umstand zu sprechen scheinen, dass diese staatlich entlohnten Arbeiten und öffentlich bezahlten Beschäftigungen in einer wesentlichen Hinsicht von der Lohnarbeit in Kapitaldiensten abweichen, nämlich in dem Punkte, dass der Staat mit ihnen, wertschöpfungssystematisch gesprochen, keinen Anspruch auf die Erwirtschaftung eines Mehrwerts beziehungsweise, betriebskalkulatorisch gefasst, keine Profiterwartungen verbindet. Und diese Abweichung der arbeitsagenturellen Bemühungen des Staats von der Logik kapitalistischer Lohnarbeit liegt ja auch in der Natur der Sache: So gewiss ökonomischer Kernpunkt der staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die subsistenzielle Unterstützung und soziale Hilfe für die krisenhalber arbeits- und mittellos Gewordenen ist und so gewiss der Staat seine Hilfen und Unterstützungen an vom Empfänger zu erbringende arbeitsförmige Gegenleistungen primär nur knüpft, um, unbeschadet der sekundären, infrastrukturellen Zweckdienlichkeit und kommunalen Nützlichkeit, die letztere haben mögen, klarzustellen und manifest werden zu lassen, dass seine Hilfen und Unterstützungen die Ausnahme von der durch die Gegenleistung beschworenen Regel lohnkontraktiver Arbeit sind, so gewiss liegt es ihm fern, seinerseits als Kapitalist aufzutreten und faktisch-initiativ in das von ihm symbolisch-signifikativ beschworene Verwertungsgeschäft einzusteigen.

Und von dieser im Verzicht des Staats auf die Profitabsicht, die für das Kapital grundlegend ist, bestehenden Differenz her gesehen, könnte

tatsächlich der Eindruck entstehen, dass jene staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und öffentlichen Beschäftigungsinitiativen wenn auch vielleicht nicht institutionell darauf angelegt sind, so jedenfalls doch konzeptionell das Zeug dazu haben, das kapitalistische Lohnarbeitssystem nicht nur in Abwesenheit zu vertreten und zu repräsentieren, sondern es vielmehr, seine Abwesenheit vergessen machend, zu verdrängen und zu substituieren, mit anderen Worten einen funktionellen Ersatz für das durch die Krise der Dysfunktionalität überführte kapitalistische Lohnarbeitssystem nicht im Sinne platzhalterisch-imitativer Stellvertretung, sondern im Verstand einer platznehmerisch-definitiven Auswechslung zu bieten. Ohne das Streben nach Mehrwert, das maßgebend für das kapitalistische Lohnarbeitssystem ist, könnte sich die in staatlicher Regie organisierte Lohnarbeit und von der öffentlichen Hand finanzierte Beschäftigung als eine mögliche sozialistische Alternative zum bis dahin herrschenden kapitalistischen Alltag suggerieren, als ein durch das Scheitern und den Zusammenbruch jenes Alltags provoziertes gesellschaftliches Experiment, das über seinen Notveranstaltungs- und Ersatzleistungscharakter hinaus dazu dienen kann, herauszufinden, ob und wie weit sich ein gesellschaftliches Produktionssystem ins Werk setzen lässt, das auf privatives Profitstreben, sprich, auf die Erwirtschaftung privaten Mehrwerts verzichtet und sich in limitativer Selbstbezüglichkeit mit dem kollektiven Nutzen der Arbeit und kommunalen Gewinn der Beschäftigung, sprich, mit der subsistenziellen Versorgung beziehungsweise konsumtiven Befriedigung derer bescheidet beziehungsweise zufrieden gibt, die an der Arbeit mitwirken und als Beschäftigte engagiert sind.

Dass er indes weit entfernt davon ist, aus der kapitalistischen Not eine sozialistische Tugend machen und das krisenbedingt dysfunktionalisierte Lohnarbeitssystem auf privatinitiativer Basis und in privativer Absicht durch ein Arbeits- und Beschäftigungssystem in staatlicher Regie und in öffentlicher Hand ersetzen zu wollen, das dem Profitstreben entsagt und dessen Zweck sich darin erschöpft, die gemeinschaftliche Subsistenz beziehungsweise Bedürfnisbefriedigung aller an ihm Beteiligten zu sichern - dies stellt der Staat unmissverständlich dadurch klar, dass er seine Arbeitsbeschaffungsprogramme und Beschäftigungsinitiativen strikt auf infrastrukturelle, die materiellen Grundlagen der Gesellschaft und ihres Wirtschaftslebens betreffende Aufgaben und auf soziokulturelle,

die kommunalen Einrichtungen des Gemeinwesens und sein ziviles Zusammenleben befördernde Projekte beschränkt und dass er kategorisch davon absieht, in die gemäß der kapitalistischen Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft der Privatwirtschaft und ihrem Lohnarbeitssystem vorbehaltenen Bereiche der investitions- und konsumgüterindustriellen Produktion, vom Feld der dienstleistungssektorellen Okkupationen ganz zu schweigen, vorzudringen und sich dort zu schaffen zu machen.

Sowenig der Staat mit seinen Arbeitsbeschaffungsprogrammen und Beschäftigungsprojekten, soweit diese nicht überhaupt nur als symbolische Platzhalter des so bald als möglich wieder zur Geltung zu bringenden herkömmlichen Lohnarbeitssystems fungieren und wirklichen gesellschaftlichen Zwecken dienen beziehungsweise praktische öffentliche Bedürfnisse befriedigen, darauf abzielt, den industriellen Produktions- und realen Dienstleistungssystemen der bürgerlichen Gesellschaft als solchen Konkurrenz zu machen beziehungsweise den Rang abzulaufen, und so sehr er sich vielmehr mit der Wahrnehmung von Aufgaben und der Erfüllung von Desideraten begnügt, die bloß die naturalen Voraussetzungen und sozialen Grundlagen eben jener Produktions- und Dienstleistungssysteme betreffen, sowenig lässt er einen Zweifel daran aufkommen, dass er mit den von ihm in eigener Regie und in öffentlicher Hand kreierten Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen eben nur platzhalterisch tätig ist und nichts weiter im Schilde führt, als die Zeit bis zur Wiederherstellung des Normalzustands einer kapitalistischen Wertschöpfung mittels Lohnarbeit zu überbrücken und die bürgerliche Gesellschaft überstehen zu lassen.

Anders als bei der traditionellen Umverteilungspolitik geht es bei der von den USA in Angriff genommenen nicht einfach nur um eine Hebung und Stärkung des Konsumtionsniveaus, sondern vor allem um eine Unterstützung und Kräftigung des Produktionssystems. Der komatöse Zustand, in den die Weltwirtschaftskrise die amerikanische Wirtschaft versetzt, verlangt vom Staat in paradoxer Gleichzeitigkeit einerseits eine Gesundschrumpfung des Wertschöpfungssystems und andererseits ein ersatzkonsumtives Engagement zwecks Kompensation der durch die Gesundschrumpfung zusätzlich geschwächten gesellschaftlichen Konsumkraft.

Was freilich jene Wiederherstellung des von ihm als ökonomischer Normalzustand der bürgerlichen Gesellschaft fest- und hochgehaltenen Wertschöpfungssystems auf Lohnarbeitsbasis angeht, so muss der Staat erkennen, dass es mit dem bloßen nothelferischen Überbrücken und passiven Überstehen der den Normalzustand suspendierenden Krise nicht getan ist. Er muss erkennen, dass er dem industriekapitalistischen Produktionssystem aktive Hilfestellung leisten, sprich, ihm direkte Produktionsanreize bieten und lenkend in es eingreifen muss, um es der Paralyse, in die die Krise es gestürzt, dem Stillstand, in den sie es versetzt hat, zu entreißen und es wieder in Gang und auf Touren zu bringen.

Traditionell und bis hin zu der im Europa des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts initiierten Umverteilungspolitik sind diese Produktionsanreize und Lenkungsmaßnahmen des Staates eher indirekter Natur und haben weniger Lenkungs- als Antriebsfunktion, sind eher darauf gerichtet, dem Produktionsprozess Energie, Treibstoff zuzuführen, als dass sie dazu bestimmt wären, ihn selbst zu restrukturieren und sein Getriebe zu erneuern beziehungsweise zu überholen. Das heißt, traditionell besteht die Hilfestellung des Staates im Wesentlichen darin, durch handelsstrategische Programme und steuerpolitische Maßnahmen wie eine merkantilistische Förderung der heimischen Wirtschaft, eine kolonialistische und imperialistische Öffnung neuer Märkte oder die Schaffung mittelständischer Konsumentenschichten bis hin zur umverteilungspolitischen Hebung des Subsistenzniveaus des arbeiterschaftlichen Produzentenkollektivs und seiner wie auch immer bescheidenen Beteiligung am bürgerlichen Konsum sei's neue Käufergruppen draußen zu rekrutieren, sei's die gesellschaftliche Kaufkraft im Innern zu stärken und so dem industriellen Produktionssystem durch die Verbesserung

und Belebung der Nachfrage nach seinen Produkten Produktionsanreize, sprich, die Motivation zur Fortsetzung und Aufrechterhaltung, wo nicht gar Erweiterung und Beschleunigung seiner Wertschöpfung zu liefern.

Solche indirekten, den Wertschöpfungsprozess durch eine Verbesserung und Belebung des Wertrealisierungsgeschäfts zu unterstützen und zu fördern bestimmten Maßnahmen des Staates setzen freilich das hauptsächliche Funktionieren und den tatsächlichen Betrieb des Wertschöpfungssystems voraus, sind mit anderen Worten nur unter der Bedingung am Platz und effektiv, dass die industriekapitalistische Wertschöpfung statthat und im Gange ist und das durch die staatlichen Maßnahmen zu lösende Problem sich darauf beschränkt, Abhilfe für ein zwischen Wertschöpfungskapazität und Wertrealisierungsvermögen, Produktionsumfang und Konsumtionsniveau entstandenes Ungleichgewicht zu schaffen, mit anderen Worten dafür zu sorgen, dass ein zwischen Güterangebot und konsumtiver Nachfrage eingetretenes Missverhältnis durch die Anpassung der letzteren an ersteres ausgeglichen wird.

Genau diese Voraussetzung einer funktionierenden und im Gange befindlichen Wertschöpfung aber ist infolge der Weltwirtschaftskrise nicht mehr gegeben, da letztere ja das Kind in den Brunnen hat fallen lassen, sprich, zu einer wenn nicht vollständigen so jedenfalls doch weitgehenden Dysfunktionalisierung und Stilllegung des industriellen Produktionssystems geführt und dafür gesorgt hat, dass gar kein Wertschöpfungsprozess mehr vorhanden ist, der leistungsstark und lebendig genug wäre, um aus einer von Staats wegen ins Werk gesetzten Erhöhung der gesellschaftlichen Konsumkraft alias konsumtiven Nachfrage Motivation und Resolution, den Anreiz zum produktiven Weitermachen beziehungsweise Ansporn zu verstärkten Produktionsanstrengungen, zu ziehen. Auch wenn der Staat über die nötigen Mittel verfügte, um seine traditionellen Konsumentenbeschaffungs- und Konsumkrafterzeugungsmethoden zur Anwendung zu bringen oder auch auf seine aus der Not der schließlichen Unwirksamkeit dieser Methoden geborene Umverteilungspolitik zurückzugreifen, er würde diese Mittel einem System zur Verfügung stellen, das sich in einem Zustand derartiger Lähmung und Dysfunktionalisierung befindet, dass es sich durch solche äußeren, handelspolitisch gebotenen Produktionsanreize und indirekten, sozialpolitisch ergriffenen Lenkungsmaßnahmen gar nicht mehr ohne Weiteres wieder zum Leben erwecken und in Betrieb setzen ließe.

Hinzu aber kommt und ebenso schwer wiegt, dass der Staat solche äußeren Produktionsanreize gar nicht zu bieten und solche indirekten Lenkungsmaßnahmen gar nicht zu ergreifen vermag, weil ihm dafür schlicht und einfach die finanziellen Mittel abgehen. Die kriseninduzierte Lähmung der industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme und der wenn nicht vollständige, so jedenfalls doch weitgehende Stillstand des mittels letzterer betriebenen Wertschöpfungsprozesses resultieren ja nicht nur in der Massenarbeitslosigkeit, der Verarmung und Verelendung großer Teile der lohnarbeitenden Bevölkerung, die ihn, den Staat, als Nothelfer und Sozialfürsorger auf den Plan rufen, sondern sie haben, weil er, der Staat, in Ansehung seines Haushalts, seines Etats, nicht weniger auf den kapitalen Wertschöpfungsprozess angewiesen ist als die lohnarbeitende Bevölkerung hinsichtlich ihres Unterhalts, ihrer Subsistenz, zugleich und ebenso sehr zur Folge, dass die seinen Etat im Wesentlichen speisenden und ausmachenden fiskalischen und taxalischen Einnahmen aus dem kapitalen Wertschöpfungsprozess einbrechen und wenn nicht überhaupt ausbleiben, so jedenfalls doch dezidiert schrumpfen und er also auch beim besten Willen gar nicht mehr über die Mittel verfügt, die er bräuchte, um eine zu Buche schlagende und nachhaltige Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft und daraus resultierende Erhöhung der industriellen Produktionsleistung ins Werk setzen zu können.

In der Tat ist dies das der traditionellen Umverteilungspolitik gänzlich unbekannte und deshalb über sie als solche den Stab brechende, ebenso systematisch einschneidende wie historisch neue Dilemma, das die Weltwirtschaftskrise ein Jahrzehnt nach dem Krieg durch die ihr geschuldete weitgehende Lähmung und Stillstellung des kapitalistischen Wertschöpfungsprozesses heraufbeschwört, dass in einer Art *petitio principii* jede dem Wertschöpfungsprozess aufzuhelfen und Beine zu machen geeignete beziehungsweise kapazitierte staatliche Umverteilungspolitik unabweislich voraussetzte und als zureichende Bedingung erforderte, dass jener unterstützungsbedürftige Wertschöpfungsprozess bereits ohne staatliche Hilfe ausreichend wieder auf die Beine gekommen wäre, sprich, sich aus eigenen Stücken hinlänglich wieder erholt hätte, um dem Staat die für seine umverteilungspolitische Hilfestellung nötigen Mittel via Steuern und Abgaben liefern und zur Verfügung stellen zu können.

Gleichermaßen aus objektiv-substanziellen und aus operativ-funktionellen Gründen, sowohl mit anderen Worten, weil im zirkelschlüssigen Dilemma der Wertschöpfungsprozess wegen seines weitgehenden Zusammenbruchs überhaupt nicht mehr die Mittel hergibt, die nötig wären, um mit den gewohnten umverteilungspolitischen Maßnahmen seine Gesundung und Wiederherstellung zu betreiben, als auch, weil wegen der durch seinen Zusammenbruch dem Wertschöpfungsprozess vindizierten Lähmung und Dysfunktionalisierung die Maßnahmen, selbst wenn die für sie erforderlichen Mittel vorhanden wären, allein gar nicht genug Wirkmächtigkeit beziehungsweise Heilkraft besäßen, ihn wieder zum Leben zu erwecken - aus beiderlei Gründen also ist in diesem Falle, dem Fall der im Jahrzehnt nach dem Krieg durch die Diskrepanz zwischen Produktionsdynamik und Konsumtionsschwäche, industrieller Leistung und kommerzieller Behinderung klammheimlich heraufbeschworenen Weltwirtschaftskrise, eine Umverteilungspolitik in ihrer traditionellen, gegen Ende des vorherigen Jahrhunderts entwickelten Version keine die Krise zu überwinden und den Schaden zu beheben ausreichende und mehr noch, für sich genommen, geeignete Option.

Was der Staat über die indirekten, auf die Stärkung der gesellschaftlichen Kaufkraft zielenden Maßnahmen umverteilungspolitischer Provenienz hinaus oder vielmehr, da ja der auf breiter Front eingebrochene Wertschöpfungsprozess die Mittel für sie gar nicht mehr hergibt, an ihrer statt in Angriff nehmen und in die Tat umsetzen muss, ist deshalb eine direkte, ohne Umweg über die kommerzielle Sphäre und gesellschaftliche Konsumtion bewerkstelligte Stimulation und Ankurbelung der industriellen Produktion, des Wertschöpfungsprozesses selbst. Nur und erst dann, wenn er das in den Brunnen der großen Krise gefallene Kind aus dem Brunnen gefischt und wiederbelebt, sprich, den Wertschöpfungsprozess wieder als solchen angekurbelt und in Gang gebracht hat, kann der Staat dem Kind mit der bewährten, seiner Kräftigung und seinem Wachstum förderlichen Diät zu Leibe rücken, sprich, durch auf die handels- oder vermögenspolitische Rekrutierung gesellschaftlicher Konsumkraft in genere und auf die sozial- und umverteilungspolitische Verbesserung der lohnarbeiterschaftlichen Beteiligung am Konsum in specie zielende Maßnahmen dem Wertschöpfungsprozess auf- beziehungsweise nachhelfen, wobei er sich zu diesem neuen Procedere umso unabweislicher genötigt sieht, als abweichend vom insofern schiefen Bild

vom Kind, das in den Brunnen gefallen ist, das Kind selbst es ist, das die für seine Aufpäppelung erforderliche Kost beischaffen, sprich, der Wertschöpfungsprozess als solcher es ist, der die für seine Kräftigung und sein Wachstum nötige Diät liefern muss.

Wie aber soll angesichts der die Krise verschuldenden gesellschaftlichen Konsumschwäche und der aus ihr resultierenden und, wie den Markt verstopfenden, so die industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungssysteme zum Erliegen bringenden Wertrealisierungsprobleme diese direkte, nicht den Umweg über die hier und jetzt sowohl objektiv-substanziell impraktikable wie operativ-funktionell ineffektive Beseitigung der Konsumschwäche nehmende, sondern den Wertschöpfungsprozess als solchen zum Gegenstand der staatlichen Beistandsleistungen und Reparaturanstrengungen machende Therapie überhaupt aussehen und vorstellbar sein? Schließlich ist Grund der durch die Krise verursachten Dysfunktionalisierung und Lähmung des kapitalistischen Wertschöpfungssystems nicht etwa, dass es letzterem an Funktionstüchtigkeit und Leistungskraft mangelt, sondern dass im genauen Gegenteil das System über zu viel Funktionstüchtigkeit und eine zu große Leistungskraft verfügt - zu viel Funktionstüchtigkeit und eine zu große Leistungskraft, bezogen auf die gesellschaftliche Konsumkraft und die durch sie determinierte Aufnahmekapazität des Marktes, das Absatzvolumen, für das er Raum lässt! Wie anders soll sich da Abhilfe schaffen lassen als durch eine Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft und entsprechende Verbesserung der Aufnahmekapazität des Marktes, die die allzu geringe kommerzielle Nachfrage dem allzu großen industriellen Angebot anzupassen und damit die krisenverursachende Diskrepanz zwischen der Funktionstüchtigkeit des Wertschöpfungssystems und der Vollzugsschwäche des Wertrealisierungsgeschäfts zu verringern und womöglich zu beseitigen erlaubt?

Wenn das aber tatsächlich der einzige gangbare Weg ist, der dem Staat zur Bewältigung der Krise bleibt, wie soll sich da angesichts der explizierten objektiv-substanziellen Unverfügbarkeit der für ihn erforderlichen Mittel beziehungsweise ihrer für den Fall, dass sie verfügbar wären, operativ-funktionellen Unwirksamkeit von Staats wegen überhaupt noch etwas zur Krisenbewältigung Dienliches ausrichten lassen, wie soll da der in Vorschlag gebrachte direkte Weg einer Unterstützung und Kräftigung des wirtschaftlichen Produktionssystems irgend als Alternative zu jenem

indirekten Weg einer Hebung und Stärkung des gesellschaftlichen Konsumtionsniveaus in Betracht kommen können? Wie soll sich mit anderen Worten die krisenverursachende Diskrepanz zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage anders als durch ein Einwirken auf die kommerzielle Nachfrage, nämlich durch eine Einflussnahme auf das industrielle Angebot, beseitigen oder auch nur verringern lassen?

Indes, rein logisch gesehen, impliziert ja die Rede von einer Diskrepanz, dass es die dementierte Alternative gibt und dass im Prinzip zwei Lösungswege möglich sind! Wenn im vorliegenden Fall die Diskrepanz in einem Ungleichgewicht oder Missverhältnis zwischen den zwei Faktoren industrielles Angebot und kommerzielle Nachfrage besteht, dann muss sie sich, rein logisch betrachtet, wie einerseits durch eine Anpassung von Faktor A an Faktor B, sprich, eine Steigerung der Nachfrage im Verhältnis zum Angebot, so andererseits durch eine Anpassung von Faktor B an Faktor A, sprich, eine Verringerung des Angebots nach Maßgabe der Nachfrage, beseitigen lassen. Und dass im vorliegenden Fall diese logisch denkbare Alternativlösung und prinzipiell mögliche gegenteilige Verfahrensoption durchaus von empirischer Relevanz ist und praktische Tunlichkeit besitzt, darauf verweist beziehungsweise dafür spricht der oben konstatierte Umstand, dass die als einziger Lösungsweg ausgegebene Anpassung der kommerziellen Nachfrage an das industrielle Angebot, selbst wenn die finanziellen Mittel dafür vorhanden wären, aus operativ-funktionellem Grund unwirksam bliebe und sich außerstande zeigte, die industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme zur Wiederaufnahme des Betriebs zu motivieren und den Weg zurück in den Wertschöpfungsalltag finden zu lassen.

Mit dem operativ-funktionellen Grund gemeint ist die im Bild vom Kind, das in den Brunnen gefallen ist, versinnbildlichte Tatsache des an Totenstarre gemahnenden Schockzustands, in den mangelnde gesellschaftliche Konsumkraft Ende der zwanziger Jahre das industriekapitalistische Produktionssystem versetzt. Dieser Schockzustand beziehungsweise sein einer Totenstarre ähnliches Ausmaß nämlich ist, wie einerseits dem Zuwenig an Nachfrage und dem Mangel an Kaufkraft, so andererseits und in fataler Vexierbildlichkeit dem Zuviel an Angebot und dem Übermaß an Produktionskapazität geschuldet. Wenn mit anderen Worten die klammheimlich sich öffnende Schere oder aufreißende Kluft zwischen

kommerzieller Nachfrage und industriellem Angebot das industriekapitalistische Produktionssystem so hart trifft und mit solch weitreichenden, zur Weltwirtschaftskrise geratenden politischen und sozialen Folgen dysfunktionalisiert und lähmt, dann nicht nur wegen der latent sich vorbereitenden und, verdichtet zum kritischen Moment, plötzlich manifest werdenden gesellschaftlichen Konsumschwäche, sondern auch und ebenso sehr, weil die als kritische Größe in Erscheinung tretende Konsumschwäche mit einem Produktionssystem kollidiert, das, während jene sich latent zum kritischen Momentum auswächst, in besinnungslosem kapitalistischem Verwertungsdrang und im blinden Vertrauen auf eine gewinnbringende Zukunft einen derart kolossalen Aufschwung nimmt und einen solch geradezu hypertrophen Entfaltungsprozess durchläuft, dass in dem Augenblick, in dem die Konsumschwäche manifest wird und sich als kritisches Moment zur Geltung bringt, sie nicht nur einfach eine normal funktionierende und routinemäßig operierende industrielle Produktionsmaschinerie aus dem Takt und ins Stocken bringt, sondern vielmehr nach dem obigen Bilde von der jäh ins Getriebe gestoßenen Brechstange einen auf vollen Touren und mit voller Last laufenden Produktionsapparat mitten ins Herz seiner gerade erst besinnungslos erweiterten Kapazität und blind entfalteten Leistungskraft trifft.

Es sind also der Gigantismus und die allzu große Anspannung, die hypertrophe Dimensionierung und exzessive Leistungskraft des ohne Rücksicht auf die defiziente Wertrealisierungskapazität, die fußkranke gesellschaftliche Konsumkraft, sich ins Zeug legenden und voranpreschenden industriellen Wertschöpfungsprozesses, die den von den maroden Volkswirtschaften der europäischen Kriegsteilnehmer ausgehenden kommerziellen Einbrüchen und investiven Rückschlägen ihre fatale Durchschlagskraft und vernichtende Wirkung auf eben diesen Wertschöpfungsprozess verleihen und ihn so nachdrücklich entmotivieren und desorientieren, dass er einen regelrechten Kreislaufkollaps erleidet und in eine Art Koma fällt. Dieses Koma aber ist so umfassend und gravierend und versetzt das Wertschöpfungssystem so sehr in einen die Rede von Totenstarre metaphorisch zumindest rechtfertigenden Zustand der Entseelung und Leblosigkeit, dass sich mit der indirekten Methode einer Wiedererweckung der industriellen Initiative durch eine Belebung der kommerziellen Nachfrage, also mit einer quasi elektrotherapeutischen Stimulation der Produktionsfunktion durch die Zuführung konsumtiver

Energie allein das System nicht ins Leben zurückbringen und mit neuer Tatkraft erfüllen lässt.

Was auch immer dem Staat an Mitteln zur Belebung des Konsums zur Verfügung steht - einmal angenommen, es stehen ihm unter den Krisenbedingungen überhaupt welche zur Verfügung -, sie reichen auf keinen Fall aus, den gigantischen brachliegenden Produktionsapparat, das im vollen Umfang seines hypertrophen Daseins dysfunktionalisierte und paralysierte Wertschöpfungssystem hinlänglich zu stimulieren und zu remotivieren, um den in solcher Dysfunktionalität bestehenden Widerstand, das Trägheitsmoment, das solche Paralyse darstellt, zu überwinden und dem Apparat seine Funktionsfähigkeit zurückzugeben, das System wieder in Aktionsbereitschaft zu versetzen.

Eben weil das industrielle Wertschöpfungssystem unabhängig von der stagnierenden und gar regredierenden kommerziellen Nachfrage und gleichgültig gegen sie sich zu einer so funktionstüchtigen und leistungsstarken Apparatur entwickelt und sich infolgedessen die Schere zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage klammheimlich so unverhältnismäßig weit geöffnet hat, ist in dem Augenblick, in dem die Diskrepanz manifest wird und durch ihre Manifestation zum ebenso jähen wie umfänglichen Einbruch und Stillstand des Wertschöpfungsprozesses führt, die Lethargie oder vielmehr Paralyse, in die das Wertschöpfungssystem verfällt, so durchschlagend und nachhaltig, dass Wiederbelebungsbemühungen, die sich darauf beschränken, das System durch eine Verminderung der Diskrepanz von der kommerziellen Seite her, also bloß indirekt, durch eine Hebung des Konsumtionsniveaus, eine Stärkung der gesellschaftlichen Kaufkraft, zu stimulieren und zu mobilisieren, vergeblich bleiben müssen und zur Erweckung des Systems aus seiner totenstarren Lethargie beziehungsweise komatösen Paralyse eine Reduktion des Missverhältnisses von der industriellen Seite her, modo directo also, ebenso wichtig und in der Tat unabdingbar ist, dass mit anderen Worten um einer Wiederbelebung willen kein Weg daran vorbeiführt, das Leistungsvermögen und Produktionsvolumen des Systems im Sinne eines Gesundschrumpfens so weit abzubauen und zurückzuführen, dass beides sich wieder hinlänglich dem gegebenen kommerziellen Konsumtionsniveau annähert, wieder in ein ausreichendes dimensionales Verhältnis zur tatsächlichen Aufnahmefähigkeit des Marktes tritt, um es, das Produktionssystem, erneut für von der Konsumkraft ausgehende

Anreize empfänglich werden und sich durch die gesellschaftliche Nachfrage zur Erzeugung und Bereitstellung eines vergleichbaren Angebots stimulieren zu lassen.

Damit liegt auf der Hand, was die Vereinigten Staaten von Amerika vordringlich tun müssen, um ihre ins Koma gefallene Volkswirtschaft, wenn schon nicht gleich wiederzubeleben und zu reaktivieren, so erst einmal überhaupt für eine Wiederbelebung und Reaktivierung in Stand zu setzen und bereitzumachen. Der Staat muss für eben jenes Gesundschrumpfen der industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme, sprich, für eine Reduktion ihrer komatös brachliegenden Leistungskraft und Produktionskapazität sorgen, um beides dem tatsächlichen gesellschaftlichen Aufnahmevermögen und Konsumtionsniveau anzunähern beziehungsweise anzugleichen und so für von der gesellschaftlichen Konsumtion und Nachfrage ausgehende Anreize beziehungsweise für eine mittels staatlicher Stärkung der Nachfrage und Steigerung des Konsums ausgeübte Stimulation erst wieder empfänglich und ansprechbar zu machen. Als erstes betreibt der Staat deshalb durch die steuerliche Begünstigung beziehungsweise Subventionierung von Betriebsschließungen beziehungsweise Produktionsbeschränkungen und durch gesetzliche Maßnahmen, die auf die Verteuerung der Produktionskosten zielen, wie etwa die Einführung von Mindestlöhnen und Arbeitszeitverkürzungen, eine Verringerung industrieller Produktionskapazitäten und eine entsprechende Drosselung der Produktion, und sorgt durch Zahlung von Prämien beziehungsweise Abfindungen für die Schließung landwirtschaftlicher Betriebe und die Stilllegung von Anbauflächen.

Sodann und unmittelbar anschließend an diese den Produktionssystemen verabreichte Schlankheitsdiät, diese ihnen verabfolgte Entfettungs- und Abmagerungskur, beziehungsweise mehr oder minder parallel dazu setzt der Staat sein finanzpolitisches Instrumentarium ein, um die Systeme dazu zu bewegen, ihre durch die Befreiung vom Ballast überschüssiger Produktionskapazitäten und von der Lähmung einer hypertrophen Leistungskraft restituierte Funktionsfähigkeit und Betriebsbereitschaft nun auch wieder unter Beweis zu stellen und in die Tat umzusetzen. Er sorgt zins- und kreditpolitisch dafür, dass den industriellen und agrikulturellen Unternehmungen und Betrieben billiges Geld zugänglich wird, dessen Investition in und Verwendung für neue Wertschöpfungsprozesse,

eben weil der dem staatlichen oder privaten Geldgeber dafür zu überlassende Gewinnanteil, die ihm zu zahlende Rendite, gering ist, einen hohen aus der Wertschöpfung zu ziehenden Mehrwert verspricht.

So sehr, abstrakt gesehen, diese beiden, direkten Einfluss auf das Produktionssystem nehmenden Maßnahmen, die Reduktion der Produktionskapazität und die Stimulation der Produktionsbereitschaft, einander zu widersprechen und so sehr sie in diametral entgegengesetzte Richtungen zu zielen scheinen, so sehr wirken sie doch im vorliegenden Fall, dem Fall einer nicht einfach nur mangels kommerzieller Nachfrage lahmenden beziehungsweise einbrechenden industriellen und agrikulturellen Produktion, sondern einer als Weltwirtschaftskrise plötzlich manifest werdenden eklatanten Kluft zwischen gigantisch gewachsenem Produktionssystem und gnomisch geschrumpftem Konsumtionsniveau, die ersteres in einen komatösen Schockzustand, quasi in Totenstarre versetzt - so sehr wirken also die beiden Maßnahmen im vorliegenden Fall zusammen, um es, das Produktionssystem, aus seinem Schockzustand herauszuholen, aus seiner Totenstarre aufzuwecken und, wie wieder für Energiezufuhren von außen empfänglich, so für eine Wiederaufnahme seines Betriebes bereit zu machen. Sie wirken mit anderen Worten in diesem besonderen Falle als korrelierte Aktionen, als ein zugkräftiges Zweigespann aus Zuckerbrot und Peitsche, wobei die Peitsche, sprich, die Schließung von Betrieben und Stilllegung von Anbauflächen, den Zweck erfüllt, das Produktionssystem dem Konsumtionsniveau anzunähern und dadurch wieder für Stimulationen durch letzteres empfänglich zu machen, während das Zuckerbrot, sprich, die zins- und kreditpolitische Zugänglichmachung billiger Investitionsmittel, der Aufgabe dient, dem Kapital originären Mut und spontane Lust zu neuen wertschöpferischen Initiativen einzuflößen.

Diese direkten diätetischen und animatorischen Einwirkungen des Staats auf, bildlich gesprochen, den körperlichen Zustand und die seelische Verfassung der kapitalistischen Produktionssysteme reichen freilich allein noch nicht aus, die im Effekt der Weltwirtschaftskrise zusammengebrochenen agrikulturellen und industriellen Produktionssysteme zur Wiederaufnahme ihres Betriebes nicht nur positionell in die Lage und motivational in die Stimmung zu versetzen, sondern ihnen auch die objektive Erfolgsaussicht und prospektive Gewinnerwartung zu verschaffen und zu bieten, die es braucht, um die Position in Resolution,

die Stimmung in Handlung umschlagen, kurz, die Wiederaufnahme des Betriebs aus einem möglichen Ereignis zu einem wirklichen Geschehen werden zu lassen. So nötig einerseits die vom Staat ergriffenen direkten oder positiven, auf die Funktionsfähigkeit und Betriebsbereitschaft der Produktionssysteme zielenden Maßnahmen für die Wiederaufnahme des Produktionsbetriebs sind, so unabdingbar ist dafür andererseits aber auch die indirekte oder objektive Bedingung einer der Produktionsbereitschaft korrespondierenden Konsumtionskapazität, sprich, einer durch Kaufkraft substantiierten Nachfrage nach den Gütern und Dienstleistungen, die die gesundgeschrumpften und mit Liquidität versehenen Produktionssysteme wieder hervorzubringen in der Lage sind und bereit stehen.

Und genau hier liegt das Problem! Zwar haben die staatlichen Maßnahmen zur Drosselung der Produktion und Schließung von industriellen und agrarischen Betrieben, hat die mittels Erhöhung der Produktionskosten und Stilllegungsprämien von Staats wegen betriebene Verminderung der Produktionsleistung und Verkleinerung der Produktionsapparate eine Annäherung der enteilten Produktionskapazität an das zurückgebliebene Konsumtionsniveau, eine Anpassung des möglichen Angebots an die wirkliche Nachfrage bewirkt, aber gleichzeitig erfahren durch die Massenarbeitslosigkeit und plötzliche Mittellosigkeit großer Teile der lohnarbeitenden Bevölkerung, die Folge der zur weltweiten Wirtschaftskrise durchschlagenden schockartigen Lähmung und jähen Stillstellung der industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozesse sind, das gesellschaftliche Konsumtionsniveau und die kommerzielle Nachfrage einen weiteren so dramatischen Absturz und zusätzlichen drastischen Einbruch, dass die mit staatlicher Hilfe durchgesetzte schrumpfprozessuale Anpassung der Produktionsleistung ins Leere zu laufen und angesichts des eklatanten Mangels an durch Kaufkraft substantiierter Konsumtionsbereitschaft alias Absatzchancen selbst den geschrumpften Produktionssystemen der objektive Anreiz zur Wiederaufnahme des Betriebs zu fehlen und die initiative Lust zum neuerlichen Tätigwerden zu vergehen drohen.

Um die durch Ausbruch und Wirkung der Krise jäh erweiterte und damit den heilsamen Effekt der Gesundschrumpfung der industriellen und agrikulturellen Produktionsapparate tendenziell zunichte machende

Kluft zwischen kommerzieller Nachfrage und industriellem beziehungsweise agrikulturellem Angebot zu schließen oder jedenfalls auf ein erträgliches Maß zu verringern, bleibt dem Staat gar nichts anderes übrig, als selber in die Bresche zu springen, sprich, sich quasi persönlich in die Kluft einzubringen und mit dem ihm verfügbaren wirtschaftspolitischen Instrumentarium der defizienten gesellschaftlichen Kaufkraft unter die Arme zu greifen.

Durch das traditionelle Repertoire handelspolitischer Initiativen, durch auf die europäischen Märkte und die restliche Welt, die sich die USA infolge und im Gefolge des Weltkrieges wirtschaftsimperialistisch erschlossen haben, gerichtete schutzzoll-, subventions- und währungspolitische Maßnahmen kann dabei der, wie für den Ausbruch der weltweiten Krise selbst entscheidend verantwortliche, so für deren Überwindung maßgeblich zuständige amerikanische Staat schwerlich hoffen, große, im Krisenbewältigungssinne durchschlagende Effekte zu erzielen. Mögen auch eine zollpolitische Abschottung gegen die ausländische Konkurrenz, eine von politischer Einflussnahme beziehungsweise Ausübung imperialistischen Drucks auf andere Volkswirtschaften bis hin zur ökonomischen Unterstützung landeseigener Produkte reichende Exportförderung sowie Währungsmanipulationen, die auf die Abwertung des an den Goldstandard gebundenen Dollars mittels Hortung der staatlichen Goldreserven und Festsetzung eines hohen Goldpreises zielen, ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Belebung und antidepressiver Bereitschaft zu neuen Wertschöpfungsaktivitäten bewirken, angesichts der krisenbedingt desolaten Lage, in der sich auch alle anderen ins weltwirtschaftliche Gewicht fallenden Volkswirtschaften befinden, und der entsprechend geringen Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte bleibt der Erfolg jener außenhandelspolitischen Maßnahmen begrenzt und kann sich der amerikanische Staat schwerlich von ihnen einen kriteriellen Beitrag zur Stimulierung oder gar Sanierung der industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozesse auf heimischem Boden erhoffen.

Im Zuge ihres Bemühens um die Wiederbelebung des komatösen Wertschöpfungssystems bauen die USA eher auf eine als deficit spending apostrophierte Erhöhung staatlicher Ausgaben als auf eine steuersenkungsinduzierte Stärkung gesellschaftlicher Konsumkraft. Statt es der bürgerlichen Gesellschaft zu überlassen, die für die Wiederankurbelung des Produktionsprozesses nötigen konsumtiven Anreize zu setzen, nimmt der Staat selbst das Heft in die Hand und etabliert sich als wirtschaftsbelebender Großkonsument. Allerdings steht er damit in der akuten Gefahr des stygischen Fahrgasts, der das Fährmannsamt, das er der bürgerlichen Gesellschaft vikarisch abnimmt, auf ewig nicht mehr loszuwerden droht.

Von daher gesehen, bleibt dem Staat gar nichts anderes übrig, als die Rede vom ïn die Bresche springen“ wortwörtlich zu nehmen, sie im mehr als metaphorischen Sinne Wirklichkeit werden zu lassen, und nämlich nicht nur per modum handels- und währungspolitischer Interventionen äußerlich-dirigistischen Einfluss auf den Wertschöpfungsprozess zu nehmen, sondern sich vielmehr in fiskalpolitisch eigener Person beziehungsweise etatpolitisch lebendiger Körperschaft in letzteren einzubringen und in ihm zu engagieren. Tatsächlich stehen dem Staat für dieses den Wertschöpfungsprozess anzukurbeln gedachte persönliche beziehungsweise körperschaftliche Engagement zwei Wege offen - der steuerpolitische und der ausgabenpraktische. Der Staat kann mit anderen Worten entweder durch Steuersenkungen, durch Reduktion seines gegenüber der Gesellschaft und ihren Mitgliedern fiskalisch geltend gemachten Anspruchs auf finanzielle Teilhabe, die den letzteren zur Disposition stehenden finanziellen Mittel und mithin die gesellschaftliche Konsumkraft erhöhen und so die Nachfrage nach den Schöpfungen der industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme beleben, oder aber er kann sich der Aufgabe der Nachfragebelebung, statt sie via Zurücknahme seiner fiskalischen Ansprüche an die Bürgerschaft zu delegieren, selber stellen, sprich, von Staats wegen, per Etat, als konsumtiver Nachfrager zu Markte gehen und den industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungssystemen durch ihnen erteilte Güterproduktions- und Dienstleistungsaufträge unter die Arme greifen und in der Konsequenz solchen Aufhelfens Beine machen.

Was die erstere Option, die Methode einer Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft und resultierenden Nachfragebelebung mittels Steuersenkungen, angeht, so gilt für sie freilich, dass der Staat sie nur per

Kreditaufnahme, nur via Verschuldung wahrnehmen und praktizieren kann. Auch wenn die Vereinigten Staaten von Amerika im Unterschied zu den Staaten in Europa und in anderen Weltteilen noch vergleichsweise solvent und vermögend sind und deshalb auf die krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit und materielle Not mit Sozialhilfeleistungen und staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen in einem Umfang reagieren können, von dem die anderen nur träumen können, muss doch auch hier der Staat wegen eben dieser seiner sozialen Unterstützungsleistungen und kommunalen Hilfsprogramme seinen Etat so stark in Anspruch nehmen und derart strapazieren, dass er weitere finanzielle Ausgaben beziehungsweise Einnahmeinbußen, wie sie Steuersenkungen, die ja auf eine Verringerung der ihm verfügbaren Haushaltsmittel hinauslaufen, nolens volens darstellen, aus eigenen Mitteln nicht zu stemmen oder vielmehr nur zu verkraften vermag, wenn er gleichzeitig, allgemein gesprochen, Kürzungen und Einsparungen in seinem Haushalt vornimmt, genauer gesagt, seine sozialen Leistungen einschränkt und Abstriche bei seinen kommunalen Programmen macht. Letzteres aber kann er nicht, wenn er nicht sprengkräftige soziale Unruhen und bürgerkriegsträchtig politische Konflikte riskieren will, und deshalb bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als zur Auffüllung der Lücken, die solche zwecks Nachfragebelebung vorgenommenen Steuersenkungen in seine Etatmittel reißen, auf dem Geldmarkt beziehungsweise bei dem das gesellschaftliche Vermögen in allgemeiner Äquivalentform verwaltenden Bankensystem Anleihen aufzulegen beziehungsweise Kredite aufzunehmen, kurz, sich zu verschulden.

Die Rechtfertigung für solche Steuersenkungspolitik, die dem Staat die gesellschaftliche Konsumkraft nur um den Preis der eigenen Verschuldung und finanziellen Diskreditierung zu stärken und zu steigern erlaubt, besteht in der Erwartung oder jedenfalls Hoffnung, dass das Mittel seinen Zweck erfüllt, die aus der Steuersenkung resultierende Konsumkraftstärkung alias Nachfragebelebung den industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozessen tatsächlich auf die Beine hilft und dass die vermehrten Steuereinnahmen, die ihm aufgrund seiner fiskalischen Teilhabe am durch die neuen Wertschöpfungsprozesse geschöpften Mehrwert zufließen, ihm, dem Staat, am Ende erlauben, die aufgenommenen Kredite zurückzuzahlen, die Schulden, die er um der

Stärkung der gesellschaftlichen Kaufkraft willen gemacht hat, wieder zu tilgen.

Genau hier freilich, in puncto der erhofften Ankurbelung fiskalisch ergiebiger industrieller und agrikultureller Wertschöpfungsprozesse, zeigt sich der mit der Steuersenkungspolitik verknüpfte Pferdefuß. Indem nämlich letztere unter den gegebenen Umständen der ihm aus der Krise erwachsenden sozialen Verpflichtungen und kommunalen Aufwendungen den Staat zwingt, die Einbuße an Haushaltsmitteln durch die Auflage von Anleihen beziehungsweise Aufnahme von Krediten zu kompensieren, lässt sie ihn auf dem sub specie des für neue Wertschöpfungsprozesse erforderlichen Investitionsbedarfs als Kapitalmarkt fungierenden Geldmarkt als Konkurrenten des Kapitals in Erscheinung treten und macht, dass es aufgrund seiner finanziellen Nachfrage, seines Kreditbedarfs, zu einer mengenmäßigen Verknappung beziehungsweise zinsförmigen Verteuerung des auf dem Kapitalmarkt vorhandenen allgemeinen Äquivalents kommt, die dem Kapital wenn nicht überhaupt die für neue Wertschöpfungsaktivitäten nötigen Geldmittel entzieht, so jedenfalls doch die Lust alias das Interesse verschlägt, die durch die staatliche Konkurrenz verteuerten und tendenziell um ihre Rentabilität gebrachten Geldmittel für neue Wertschöpfungsprozesse in Anspruch zu nehmen.

Was mit anderen Worten der Staat durch seine Steuersenkungspolitik der Gesellschaft an Konsumtionskraft zuwendet, das verschlägt er, weil er sich die Zuwendungen auf dem Geldmarkt leihen, durch Pump beschaffen muss, dem Kapital an Investitionsvermögen, durchkreuzt so, was er durch seine steuerpolitische Konsumkraftstärkung doch eigentlich bewirken will, die Beschleunigung und Vermehrung der industriellen und agrikulturellen Produktionsprozesse, und sorgt ebenso unvermeidlich wie unwillkürlich dafür, dass das Kapital, um Investitionsmittel überhaupt verlegen oder, weil sie nur um hohen Zins zu haben sind, vor ihnen zurückschreckend, in seiner Wertschöpfungsaktivität unverändert säumt und stagniert und er, der Staat, sein Ziel, die Rückzahlung der von ihm aufgelegten Anleihen und Tilgung der von ihm aufgenommenen Kredite aus den sprudelnden Steuereinnahmen, die eine konsumkraftinduziert verstärkte und gesteigerte industrielle und agrikulturelle Wertschöpfung ihm in die Kassen spülen soll, nie und nimmer erreicht.

Das Einzige, was der Staat erreicht, ist eine inflationäre Entwicklung der Volkswirtschaft infolge der Tatsache, dass durch die ihren ökonomischen Zweck verfehlenden oder vielmehr vereitelnden Steuersenkungsmaßnahmen nunmehr eine verstärkte konsumtive Nachfrage einem unverändert schwachen produktiven Angebot gegenübersteht, mit anderen Worten mehr allgemeines Äquivalent, ein Mehr an Geldwert, auf die gleiche Gütermenge, das gleiche Quantum Sachwert entfällt und also, insofern der Geldwert den Sachwert auf dem Markt zu repräsentieren dient, der Sachwert an Geldwert gewinnt und zunimmt, sprich, das als besonderes Gut ein Mehr an allgemeinem Äquivalent als seinen kommerziellen Repräsentanten reklamierende einzelne industrielle beziehungsweise agrikulturelle Produkt im als Ausdruck der Proportion zwischen Geld- und Gütermenge figurierenden Preis steigt, kurz, teurer wird. So gewiss die Steuersenkungspolitik infolge der Konkurrenz, die der Staat dem Kapital auf dem Geldmarkt notgedrungen macht, ihr Ziel, die Ankurbelung der Wertschöpfungsprozesse, verfehlt oder vielmehr eigenhändig vereitelt, so gewiss löst sich das Mehr an Kaufkraft, das sie der Gesellschaft vindiziert, in inflationär heiße Luft auf und verpufft die das kapitalistische Produktionssystem belebende Wirkung, die sich der Staat von solcher Politik erhofft.

Tatsächlich aber bleibt letztere nicht bloß ökonomisch wirkungslos, sie wirkt sich sogar sozial nachteilig und dementsprechend politisch konfliktträchtig aus, weil sie nämlich die subsistenzielle Verarmung und existenzielle Notlage der Opfer der Krise, der von Arbeits- und Mittellosigkeit betroffenen Lohnarbeiterschaft, sogar noch verschärft. Für diejenigen, die wohlhabend genug sind, um in den Genuss der Steuersenkungspolitik zu kommen, gilt, dass letztere ihnen wegen der inflationären Entwicklung, die sie modo obliquo der verstärkten staatlichen Kreditaufnahme auslöst, nichts nutzt, aber auch nichts nimmt und sie also mit der de facto gleichen Kaufkraft dastehen lässt wie zuvor. Für all diejenigen freilich, die wegen ihrer krisenbedingten Arbeits- und Mittellosigkeit auf staatliche Zuwendungen und Hilfen angewiesen sind, wirkt sich, weil sie ja gar keine Steuern zahlen und also auch nicht in den Genuss der Steuersenkungspolitik kommen, der das spezielle Mehr an Kaufkraft, das der Steuernachlass bringt, wieder zunichte machende generelle Schwund an Kaufkraft, der Folge der auf die staatliche Kreditaufnahme und Verschuldung zurückzuführenden inflationären Preisentwicklung

ist, im Sinne einer Verschärfung ihrer subsistenziellen Not und Zunahme ihres sozialen Elends aus. So gewiss sie wegen gestiegener Preise mit ihren den staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen beziehungsweise Sozialhilfen geschuldeten Einkünften weniger kaufen können als zuvor, so gewiss bringt ihnen die Methode einer steuerpolitischen Stärkung der gesellschaftlichen Kaufkraft zwecks Belebung der wirtschaftlichen Konjunktur nicht nur keinen Nutzen, sondern schlägt ihnen im Gegenteil zum Übel aus.

Vermeiden könnte der Staat die aus seiner Steuersenkungspolitik resultierende inflationäre Entwicklung nur, wenn er erstere mit Sparmaßnahmen und Etatkürzungen verknüpfte, die ihm eine Haushaltsführung ohne die Aufnahme neuer Kredite und weiterer Verschuldung erlaubte. Aber damit triebe er ja nur den Teufel mit Beelzebub aus, weil unter den durch die Krise gegebenen Umständen eines wesentlich sozialpolitisch belasteten Haushalts, sprich, eines Etats, der zum weit überwiegenden Teil aus Finanzmitteln für die direkte und indirekte Unterstützung der Krisenopfer besteht, Etatkürzungen zwangsläufig auf eine Reduktion der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen hinausliefen und der Staat also hier durch eine die Einbußen an Steuereinnahmen zu annullieren bestrebte Politik der Ausgabenkürzungen eben die weitere Verarmung und Verelendung der Krisenopfer *via directa* betriebe, der er dort *modo obliquo* einer inflationären Entwicklung Vorschub leistete, die Folge seines Bemühens wäre, die Einbußen an Steuereinnahmen durch eine den Kapitalmarkt strapazierende Kreditaufnahme zu kompensieren.

So oder so - ob erkauft um den Preis einer asozialen staatlichen Sparpolitik oder bewerkstelligt auf Kosten einer inflationären Preisentwicklung, die an den staatlichen Sozialleistungen zehrt - erweist sich die Steuersenkungspolitik als untaugliches Mittel, die industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozesse mittels Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft wieder in Gang zu bringen und dadurch der massenhaften Arbeits- und Mittellosigkeit des lohnarbeitenden Teils der Bevölkerung abzuhelfen. Und weil das so ist, scheint es durchaus konsequent und spricht für ebenso viel ökonomischen Durchblick wie soziales Verantwortungsbewusstsein bei der Regierungsmannschaft des demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, die drei Jahre nach dem Ausbruch der Krise unter dem Eindruck der anhaltenden Stagnation und Misere die bis dahin herrschende republikanische Großkapitalfraktion ablöst, dass der

Staat von jenem oben als steuerpolitische Option apostrophierten Mittel zur Krisenbewältigung keinen Gebrauch macht und sich stattdessen für die als *deficit spending* etikettierte alternative, ausgabenpraktische Option entscheidet. Statt die Belebung der konsumtiven Nachfrage an die bürgerliche Gesellschaft im Allgemeinen und die bürgerlichen Klasse im Besonderen zu delegieren und letzteren zu diesem Zweck durch Verzicht auf fiskalische Einnahmen alias Steuersenkungen mehr finanziellen Spielraum einzuräumen, engagiert sich der Staat höchstpersönlich und in eigener Körperschaft als Konsument, nimmt Geld in die Hand und geht zu Markte, um die private Wirtschaft, die kapitalistischen Wertschöpfungs- und Dienstleistungssysteme, durch ihnen erteilte Produktions- und Lieferaufträge wieder Tritt fassen zu lassen und am Ende gar auf Touren zu bringen.

Die Arbeitsbeschaffungsprogramme, die anfänglich und in unmittelbarer Reaktion auf die Krise bloß als dem bürgerlichen Dogma von der gesellschaftlich notwendigen beziehungsweise nützlichen Arbeit Genüge leistende verkappte Sozialhilfezuwendungen, mithin als nothelferisch-fürsorgliche Überbrückungsmaßnahmen bis zur selbsttätigen Erholung und Gesundung des Lohnarbeitskräfte rekrutierenden oder, wie der Systemjargon es will, Arbeitsplätze schaffenden kapitalistischen Wertschöpfungssystems intendiert sind, sie erhebt und entfaltet, expandiert und konkretisiert der Staat im Fortgang der dreißiger Jahre zu einem für die Erholung und Gesundung des privatwirtschaftlichen alias kapitalistischen Wertschöpfungssystems konstitutiven Element, einem qua öffentliche Hand unentbehrlichen Hilfswerk. Indem der Staat fortlaufend und in erheblichem Maße seinen Etat einsetzt und Finanzmittel aufbringt, um durch staatlich geplante beziehungsweise geförderte Projekte und Programme Industrie und Agrikultur zu neuen Wertschöpfungsaktivitäten zu animieren und zu mobilisieren, etabliert und bewährt er sich als ein ebenso systematische wie direkte Wirtschaftsförderung betreibender öffentlicher Auftrags- und Geldgeber, schlüpft er mit anderen Worten in die Rolle eines Großkonsumenten, der darauf aus ist, aus eigenen Mitteln die Konsumkraft aufzubringen und beizusteuern, die die sei's von massiver Arbeitslosigkeit heimgesuchten, sei's von konkursiven Vermögensverlusten gebeutelten Klassen der bürgerlichen Gesellschaft dem industriellen und agrikulturellen Kapital nicht zu bieten vermögen und die letzteres

doch braucht, um angesichts neu eröffneter Renditeaussichten wieder unternehmerischen Mut zu fassen und initiative Investitionen zu tätigen.

Im Laufe des auf die Krise folgenden Jahrzehnts organisiert beziehungsweise kommissioniert der Staat die Durchführung zahlloser infrastruktureller Neuerungen und Verbesserungen und finanziert beziehungsweise subventioniert die Errichtung unzähliger öffentlicher Gebäude und Wohnungen sowie den Bau von Straßen und Kanälen, Brücken und Tunnels, Staudämmen und Elektrizitätswerken, öffentlichen Anlagen und Versorgungssystemen. Er greift auf diese Weise den Stützen des volkswirtschaftlichen Wohlergehens und konjunkturellen Gedeihens, der Bau- und Schwerindustrie, tatkräftig unter die Arme, während er gleichzeitig der Modernisierung des ländlichen Raumes, seiner Anpassung an das produktionstechnische Niveau der urbanen Zentren und seiner Einbindung in deren konsumpraktischen Kontext nachdrücklich Vorschub leistet. Dass im Fokus dieser seiner fortgesetzten aufwendigen Unterstützungs- und Fördermaßnahmen nicht mehr bloße Arbeitsbeschaffung, sondern gezielte Wirtschaftsförderung steht, dass mit anderen Worten sein ökonomisches Engagement nicht mehr primär vom Bemühen diktiert ist, durch mit der Forderung nach gesellschaftlich nützlicher Arbeit vereinbare Arbeitslosenhilfe die soziale Not zu lindern und die Subsistenz von Menschen zu sichern, sondern dass nunmehr maßgebend dafür die Intention ist, durch Produktionsaufträge und Finanzierungsbeteiligungen das kapitale Interesse zu wecken und zu verstärkter Wertschöpfung anzuregen - diese Veränderung und Verschiebung der Zielsetzung, die der Staat mit seinem anhaltenden ökonomischen Engagement verfolgt, wird symptomatisch daraus deutlich, dass er auf eine längerfristige gesellschaftliche Nützlichkeit beziehungsweise wirtschaftliche Rentabilität der von ihm in Auftrag gegebenen oder finanziell geförderten Projekte dringt, oder daraus, dass er auf einer Entlohnung der unter seiner direkten Regie Beschäftigten besteht, die unter dem Lohnniveau derjenigen bleibt, die für seine privatwirtschaftlichen Subunternehmer und Zulieferer arbeiten, oder auch daraus, dass er beim Wohnungsbau eher auf die Förderung des Baus von Eigenheimen setzt, als selber öffentliche Wohnungsbauaktivitäten zu entfalten.

Ungeachtet dieser ihrer Orientierung weg von der sozialpolitisch-kommunalwirtschaftlichen Arbeitsbeschaffung hin zur kapitalsystematisch-privatwirtschaftlichen Wertschöpfung bleibt freilich auch die als *deficit*

spending etikettierte Ausgabenpolitik, die der Staat praktiziert, ein kostspieliges Unterfangen, das ihn zwingt, über seine finanziellen Verhältnisse zu leben und, wie die Etikettierung solcher Ausgabenpolitik ja auch wünschenswert deutlich macht, einen defizitären Etat in Kauf zu nehmen. Nicht anders als für eine die bürgerliche Konsumkraft zu stärken gedachte defizitäre Steuersenkungspolitik führt deshalb auch für eine die wirtschaftliche Produktionsbereitschaft anzutreiben bestimmte defizitäre Ausgabenpolitik kein Weg an der Notwendigkeit, das Haushaltsdefizit durch bei der Bürgerschaft aufgenommene Anleihen beziehungsweise vom Bankensystem gewährte Kredite auszugleichen, kurz, am factum brutum staatlicher Verschuldung vorbei. Nur dass die staatliche Verschuldung im ersteren Fall vermittelte Konsequenz der aus den Steuersenkungen resultierenden Einbußen an Haushaltsmitteln ist, die den Staat, wenn er seinen gouvernementalen Aufgaben im Allgemeinen und seinen sozialen Verpflichtungen im Besonderen nachkommen will, zwingen, sich die ihm fehlenden Mittel auf dem Kapitalmarkt zu besorgen, wohingegen sie im letzteren Fall unmittelbare Implikation seiner Politik ist, die, weil der laufende Etat ja durch die allgemeinen gouvernementalen Aufgaben, denen er nachkommen, und die besonderen sozialpolitischen Verpflichtungen, die er erfüllen muss, vollständig in Anspruch genommen ist, den Staat nötigen, sich die für ihre Implementierung erforderlichen zusätzlichen Mittel auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen.

Ob infolge einer Steuersenkungspolitik, die zu Lasten seines Haushalts geht, oder aufgrund einer Ausgabenpraxis, die durch seinen Haushalt nicht zu finanzieren ist, so oder so entsteht dem Staat eine Deckungslücke in seinem Etat, die er durch Anleihen bei der Bürgerschaft beziehungsweise durch Kreditaufnahme beim Bankensystem stopfen muss, ein Defizit, das ihn zwingt, seine Zuflucht zum Kapitalmarkt zu nehmen. Und von daher gesehen, scheint die Entscheidung darüber, welcher der beiden Optionen der Staat in seinem Bemühen um die Ankurbelung des stockenden Wertschöpfungsmotors den Vorzug geben soll, auf den ersten Blick auch ein Streit um des Kaisers Bart, weil in beiden Fällen das Ergebnis das Gleiche ist und der Staat hier wie dort seine Bemühungen mit einer wachsenden Verschuldung der öffentlichen Hand und einer dadurch heraufbeschworenen inflationären Entwicklung bezahlt.

In einem wesentlichen Punkt freilich unterscheiden sich die beiden Wege zur Wirtschaftsbelebung aber doch, und zwar in eben dem Punkte,

der die amerikanische Regierung dazu bringt, sich für den ausgabenpraktischen und gegen den steuerpolitischen Weg zu entscheiden. Als großes Manko einer Steuersenkungspolitik wurde ja der Umstand angeführt, dass in deren Konsequenz der Staat sich zu einer Kreditaufnahme gezwungen sieht, die ihn auf dem Kapitalmarkt als Konkurrenten des Kapitals auftreten lässt und die von letzterem für eine Verstärkung und Beschleunigung seiner Wertschöpfungsaktivitäten benötigten Investitionsmittel derart verknappt beziehungsweise verteuert, dass ihm, dem Kapital, die Lust zur Wertschöpfung vergeht und es von dem, wozu es doch motiviert werden soll, der Initiation neuer beziehungsweise vermehrter industrieller und agrikultureller Produktionsprozesse, actu des Motivationsversuchs gleich wieder Abstand nimmt. Während also der Staat durch seinen Verzicht auf Steuereinnahmen die gesellschaftliche Konsumkraft stärkt und damit dem Kapital den intentionalen Zweck alias motivationalen Anreiz für neue beziehungsweise vermehrte Produktionsanstrengungen liefert, entzieht beziehungsweise verwehrt er, weil er die Einbuße an Steuern durch die Aufnahme von Krediten am Geldmarkt kompensieren muss, dem Kapital gleichzeitig die finanziellen Mittel alias funktionellen Bedingungen für die von Seiten der Konsumkraft angeregten neuen beziehungsweise vermehrten Produktionsanstrengungen und bewirkt so statt der gewünschten produktionssystematischen Erholung nichts weiter als eine inflationäre Entwicklung, einen der Diskrepanz zwischen wachsender Nachfrage und stagnierendem Angebot geschuldeten Preisanstieg .

In das Dilemma, dass er dem Kapital, dem er doch Vorschub leisten will, Konkurrenz macht, verstrickt sich pro forma der Kreditaufnahme, zu der ihn die Strategie des *deficit spending* nötigt, der Staat zwar ebenfalls, wenn er sich gegen die steuerpolitische und für die ausgabenpraktische Option entscheidet. *Pro materia* indes des Gebrauchs, den er von den aufgenommenen Krediten macht, der Verwendung, die er für seine defizitären Haushaltsmittel findet, entrinnt er dem Dilemma und leistet vielmehr mit seiner Ausgabenpraxis einen ebenso zielstrebigen wie eindeutigen Beitrag zur produktionsprozessualen Motivierung des Kapitals. Das Geld nämlich, um das er *actu* seiner Kreditaufnahme mit dem Kapital, das es für Investitionszwecke benötigt, konkurriert, lässt der Staat ja, indem er in eigener Person und Körperschaft als Konsument auf dem

Markt in Erscheinung tritt und mit den Krediten Produktions- und Lieferaufträge finanziert, im unmittelbaren Anschluss an die Kreditaufnahme dem Kapital zukommen und stellt es ihm für eben die Investitionen ins Wertschöpfungssystem, für die es gebraucht wird, zur Verfügung. Statt, wie bei der Steuersenkungsoption der Fall, die Konsumaktivität der bürgerlichen Gesellschaft zu übertragen und selber die Rolle des Spielverderbers zu übernehmen, der durch die Kreditaufnahme, zu der ihn seine steuerpolitische Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft nötigt und die ihn auf dem Geldmarkt mit dem Kapital konkurrieren lässt, dessen Bereitschaft, der gestärkten Konsumkraft produktiv Rechnung zu tragen, unterläuft und torpediert, entfaltet actu der von ihm wahrgenommenen ausgabenpraktischen Option der Staat jene Konsumaktivität in eigener Person und Körperschaft und verkehrt durch den Gebrauch, den er von den zwecks Finanzierung seiner Konsumentenrolle aufgenommenen Krediten macht, dadurch mit anderen Worten, dass er die per Kreditaufnahme dem Kapital pro forma streitig gemachten Geldmittel ihm pro materia seiner Konsumaktivität stante pede zuwendet und zur Verfügung stellt, die Konkurrenz in Kollaboration, den Spielverderb in Leistungsansporn.

Freilich, indem der Staat auf Basis eines defizitären Haushalts und der dafür erforderten kompensatorischen Kreditaufnahme anstelle der gesellschaftlichen Konsumkraft die wirtschaftliche Leistungsbereitschaft fördert und stärkt, steht und fällt, so scheint es, diese seine Förderung und Stärkung der Wertschöpfungsaktivität mit den Produktions- und Lieferaufträgen, die er in eigener staatlicher Person und Körperschaft initiiert beziehungsweise finanziert und mit denen er zu Markte geht. Sie steht und fällt mit der Konsumentenrolle, die er höchstselbst an sich zieht und stellvertretend für die der Konsumkraft ermangelnde bürgerliche Gesellschaft übernimmt, und insofern scheint die Belebung und Erholung der industriellen und agrikulturellen Produktionssysteme, die er dadurch erreicht, auf den tönernen Füßen der fortgesetzten Wahrnehmung dieser von ihm auf Pump übernommenen Konsumentenrolle und einer entsprechend fortschreitenden öffentlichen Verschuldung zu ruhen.

Dass die Gesellschaft selbst, die private Bürgerschaft, ihm diese Rolle wieder abnimmt und in sie als in ihre angestammte Obliegenheit zurückfindet, darauf kann er nicht hoffen, da ihm ja in eben dem Maße, wie er

sich durch seine stellvertretende Wahrnehmung der Konsumentenfunktion auf die Förderung und Stärkung der industriellen und agrikulturellen Produktionstätigkeit kapriziert, die Mittel fehlen, auf eine dieser Produktionstätigkeit gemäße gesellschaftliche Konsumkraft hinzuwirken, und er letztere also in eben der mangelhaften Beschaffenheit beziehungsweise desolaten Verfassung belassen muss, in der sie sich zuerst als krisenauslösender Faktor beziehungsweise dann als durch die Krise besiegeltes Fatum erwiesen hat. Dem Staat scheint es von daher wie dem stygischen Fährmann zu ergehen: Sobald er sich die Stakstange in die Hand hat drücken lassen und sich vorläufig die Aufgabe, das Boot anzutreiben, zu eigen gemacht hat, stellt sich heraus, dass das "vorläufig" vielmehr ein ëndgültig" ist und ihm nichts anderes übrig bleibt, als seine Rolle als Fährmann, sprich, die übernommene Konsumentenfunktion, in alle Ewigkeit wahrzunehmen. Lässt er die Stange fahren und stellt seine Konsumtätigkeit ein, so zeigt sich, dass niemand da ist, der die Stange ergreifen und den Antrieb des Bootes übernehmen könnte, dass, unmetaphorisch gesprochen, die bürgerliche Gesellschaft, die als natürliche Konsumentin ihn ablösen und an seine Stelle treten müsste, nach wie vor zu schwach, unverändert zu arm an Kaufkraft ist, um dieses Amtes walten zu können, und das Boot bleibt auf der Strecke liegen, die durch die staatliche Konsumtätigkeit angetriebenen Produktionssysteme verlieren ihren Schwung und fallen zurück in die krisenbedingt komatöse Lethargie, aus der sie der Staat durch sein konsumtives Engagement vorübergehend geweckt hat.

So plausibel diese Betrachtungsweise anmuten mag, sie übersieht die heilende Wirkung, die modo obliquo der Förderung und Stärkung, die sie der Wertschöpfungsaktivität angedeihen lässt, die staatliche Konsumtätigkeit auf die gesellschaftliche Konsumkraft tatsächlich ausübt. Die Wiederaufnahme industrieller und agrikultureller Produktionsprozesse, die sie provoziert beziehungsweise initiiert, haben ja eine neue beziehungsweise verstärkte Nachfrage nach für die Implementierung der Prozesse erforderlichen Arbeitskräften und deren lohnvertragliche Anstellung zur Folge und führen auf diese Weise zu einer Kräftigung der gesellschaftlichen Konsumkraft. Indem dank der durch das konsumtive Engagement des Staates wieder in Gang kommenden beziehungsweise auf Touren gebrachten kapitalistischen Produktionstätigkeit die Zahl der per Lohnarbeit Beschäftigten steigt und dem Arbeitslosenheer Abbruch

tut, steigt nach Maßgabe der vergrößerten Lohnsumme, über die die an Zahl zunehmende Lohnarbeiterschaft verfügt und die sie zu Markte trägt, auch die Konsumkraft, die unabhängig von der Konsumtätigkeit des Staates die Gesellschaft selbst aufzubringen vermag.

So gesehen löst die staatliche Konsumtätigkeit in der Tat eine Art von kapitalistischem Selbstheilungsprozess aus, ein therapeutisches Verfahren, in dessen Verlauf die durch die staatliche Konsumtätigkeit mobilisierte industrielle und agrikulturelle Produktion actu ihrer Mobilisierung eine gesellschaftliche Konsumkraft ins Leben ruft, die dem durch die staatliche Konsumtätigkeit initiierten wirtschaftlichen Erholungswerk Dauer und Nachhaltigkeit zu verleihen verspricht, wo nicht gar mit der Möglichkeit winkt, die staatliche Konsumtätigkeit durch den verstärkten gesellschaftlichen Konsum, der Folge der vermehrten Lohnarbeit ist, die die mittels ersterer auf Touren gebrachten Produktionssysteme rekrutieren, überhaupt überflüssig und zur Gänze substituierbar und somit das, was die Figur des zwangsverpflichteten stygischen Fährmanns eigentlich dementiert, seine Ablösung als Bootsführer durch seinen Fahrgast, am Ende Wirklichkeit werden zu lassen.

Weil alle Wertschöpfung per definitionem ihrer kapitalistischen Natur Mehrwertwertschöpfung ist, bleibt allemal das Problem der Realisierung des Mehrwerts, das weder die bürgerliche Klasse im eigenen Land noch durch Außenhandel zu rekrutierende Konsumentengruppen andernorts zu lösen vermögen und das den Staat zu einer unabsehbaren Fortsetzung seiner Politik des deficit spending zu verdammen scheint. Deshalb rückt eine Sozialpolitik ins Blickfeld der erzliberalistischen USA, die über Maßnahmen zur Sicherung der nackten Existenz und über religiös beziehungsweise philanthropisch motivierte karitative Initiativen hinausgeht.

Allerdings verlangt, näher besehen, diese Version von der heilenden Kraft des *deficit spending*, die erklärt, warum der amerikanische Staat in seinem Bemühen um wirtschaftliche Erholung letzterem den Vorzug vor steuersenkungspolitischen Maßnahmen gibt, nach einer gravierenden Einschränkung, die sich aus der Tatsache ergibt, dass alle kapitalistischen Wertschöpfungsprozesse ihr A und O, ihren Sinn und Zweck in der Schöpfung von Mehrwert haben. Aus dieser Tatsache nämlich folgt logischerweise, dass alle aus der staatlichen Ankurbelung der industriellen und agrikulturellen Produktionstätigkeit und der Schaffung

von Lohnarbeitsplätzen, die damit einhergeht, resultierende Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft nie und nimmer ausreicht, die vermehrt produzierten Güter und Dienstleistungen ihre gesellschaftlichen Abnehmer alias Verbraucher, sprich, den neu geschöpften Wert seine Vermarktung alias Realisierung finden zu lassen.

Der Wert, den aufgrund der staatlich finanzierten Produktions- und Lieferaufträge das Kapital in Gestalt von Gütern und in Form von Dienstleistungen schöpft, ist stets ein durch die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, die konstitutiv für alle Wertschöpfung, alle kapitalprozessuale Hervorbringung ist, vermehrter Wert. Mag deshalb auch die staatlich finanzierte Wertschöpfung noch so viel zusätzliche beziehungsweise neue Lohnarbeitskräfte erheischen und mag der Arbeitslohn, den diese Arbeitskräfte beziehen, noch so sehr der gesellschaftlichen Konsumkraft und ihrer Kapazität, den Wert der geschöpften Güter und Dienstleistungen zu realisieren, aufhelfen, das durch die kapitale Ausbeutung der personalen Arbeitskraft geschöpfte Mehr an Wert, den Mehrwert, kann dieses aus der Ankurbelung der Wertschöpfung durch staatlichen Konsum resultierende Mehr an gesellschaftlicher Konsumkraft nie und nimmer realisieren

Ungeachtet aller der Reduktion der Arbeitslosigkeit und Schaffung neuer beziehungsweise zusätzlicher Arbeitsplätze alias Lohnzahlungsleistungen geschuldeter Selbstheilungseffekte, die die per Pump finanzierte Konsumtätigkeit des Staates, sein *deficit spending*, auf das sieche Wirtschaftsleben der bürgerlichen Gesellschaft hat, stellt sich mithin das Problem der Realisierung des im Zuge der wirtschaftlichen Erholung, die der staatliche Konsum den kapitalistischen Produktionssystemen ermöglicht, neu geschaffenen Mehrwerts, das Problem mit anderen Worten, dass die wirtschaftliche Erholung zwar die Schaffung von Arbeitsplätzen und mithin eine Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft impliziert, dass aber jede neue Lohnarbeitskraft nach Maßgabe kapitalistischer Ausbeutung auch ein Mehr an Wert erzeugt, das mit seinem Lohn zu realisieren, dem Träger der Arbeitskraft schlechterdings nicht gegeben ist und für dessen Realisierung es anderer, nicht aus der Lohnarbeit, der es entspringt, resultierender Geldmittel, anderen, nicht bereits in der Wertschöpfung, der es entstammt, implizierten allgemeinen Äquivalents bedarf.

Schließlich ist es grundlegendes Verfahren aller als Kapitalismus firmierenden Verwertung, durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft mehr in materialen Gütern und realen Dienstleistungen vergegenständlichte Arbeit, als für die Erhaltung der Arbeitskraft erforderlich, mit anderen Worten, mehr Wert in sächlicher Gestalt als für die Entlohnung der Arbeitskraft in geldlicher Form nötig, zu erzielen und durch Realisierung dieses in sächlicher Gestalt auf den Markt gebrachten Mehrwerts Wert in geldlicher Form, allgemeines Äquivalent, aus noch nicht vom Kapital erschlossener und in den Verwertungszirkel eingeschleuster, nicht bereits im Dienste der Schöpfung von Wert aus Arbeitskraft stehender Quelle aufzutreiben, mittels dessen das Kapital das strategische Ziel, in dem es seine als fixe Idee oder obsessive Bestimmung perennierende Sichselbstgleichheit findet, weiter verfolgen und immer neue, vermehrte beziehungsweise verstärkte Wertschöpfungsprozesse ins Werk setzen kann.

Woher aber soll unter den gegebenen, krisenbedingten Umständen dies für die Realisierung des Mehrwerts erforderliche allgemeine Äquivalent kommen, aus welcher nicht bereits vom Kapital vereinnahmten, nicht bereits seinem Wertschöpfungssystem integrierten Quelle sollen diese das Kapital um den Mehrwert, den es im vorangegangenen Produktionszyklus die menschliche Arbeitskraft hat schöpfen lassen und den es zu dem obsessiven Zweck benötigt, im nächsten Produktionszyklus die menschliche Arbeitskraft wiederum ein Mehr an Mehrwert schöpfen zu lassen, vermehrenden Geldmittel fließen? Die beiden Hauptquellen, denen das Kapital die zur Realisierung des Mehrwerts erforderlichen Geldmittel zu entnehmen gewohnt ist, ist zum einen das in der betreffenden Volkswirtschaft vorhandene private Eigentum in seinen beiden Formen als Grundrente und als Rente, als auf Grund und Boden, Immobilien, mithin auf den Erträgen okkupatorisch-territorialen Reichtums basierendes und als aus wirtschaftlichen Anlagen oder staatlichen Einkünften, investorischen Beteiligungen oder fiskalischen Zuwendungen, also aus den Gewinnen schöpferisch-kapitaler Ausbeutung resultierendes Vermögen. Und zum anderen bilden die Quelle, aus der sich die für die Realisierung des Mehrwerts benötigten Mittel ziehen lassen, die anderen, ausländischen Volkswirtschaften, sofern es gelingt, auf deren Märkten als Anbieter ins Geschäft zu kommen und für die dorthin ausgeführten Güter und Dienstleistungen Konsumenten zu rekrutieren beziehungsweise Konsumkraft zu mobilisieren.

In beiderlei Hinsicht freilich steht es um die Erfolgsaussichten schlecht. Was das für die Realisierung des Mehr an Mehrwert, zu dem die kreditnehmerische Ausgabenpolitik des Staates und die durch sie erreichte Ankurbelung der industriellen und agrikulturellen Wertschöpfung führt, verfügbare private Vermögen betrifft, so hat letzteres durch die Störung und Unterbrechung des zivilen Wirtschaftslebens, die unvermeidliche Folge des militärischen Engagements und Kriegführens sind, und durch die Verschuldung und relative Verarmung, die nicht minder unvermeidlich die Finanzierung der militärischen Aufwendungen und des Kriegführens für große Teile des bürgerlichen Mittelstands, nämlich für dessen untere und mittlere Schichten, mit sich gebracht hat, stark gelitten, und ist der Wohlstand dieser wenn nicht vermögenden, so jedenfalls doch mit privatem Eigentum gesegneten mittelständischen Gruppen wenn nicht überhaupt passé, so jedenfalls doch weit entfernt von dem der Vorkriegszeit.

Zwar gilt das nicht für die als Bourgeoisie figurierenden oberen Riegen der bürgerlichen Klasse der USA, die als Kriegsgewinnler und Konjunkturritter von den florierenden amerikanischen Handelsgeschäften während des Krieges und der wirtschaftlichen Scheinblüte des Nachkriegsjahrzehnts stark profitiert und enorme Vermögen angehäuft haben und die die Krise zwar in ihrer produktiven Potenz, ihrer Fähigkeit zur weiteren Verwertung und Vermehrung dieser ihrer angehäuften Vermögen, nicht aber in ihrer konsumtiven Kapazität, ihrer Möglichkeit, mit den angehäuften Vermögen zu Markte zu gehen und sie zum Kauf von Gütern und Dienstleistungen, notabene als Wertrealisierungsmittel zu nutzen, beeinträchtigt. Aber selbst wenn diese oberen Riegen der bürgerlichen Klasse, diese vermögenden Eliten, ihres im Blick auf die wirtschaftliche Erholung gebotenen Amtes walten und ihre konsumtive Kapazität voll zum Tragen bringen, sind sie doch zu gering an Zahl, zu personell beschränkt, und ist ihr Lebensstandard bereits zu hoch beziehungsweise komplett und dementsprechend ihre Nachfrage zu apart und luxurierend, ist mit anderen Worten ihr Konsum zu wenig generell und extensiv und zu speziell und selektiv, als dass sich von ihnen erwarten ließe, dass sie durch solchen Konsum dem dank staatlichem *deficit spending* sich wieder mit Gütern und Dienstleistungen füllenden Markt eine ins Gewicht fallende Entlastung bringen und dem Wertrealisierungsgeschäft

in einer Weise und einem Maße nachkommen können, die der materialen Beschaffenheit und dem kapitalen Niveau des neu geschöpften Mehrwerts entspricht und Genüge tut.

Ernstlich für die Realisierung des dank staatlichem *deficit spending* neu geschöpften Mehrwerts nutzbar machen ließe sich das Vermögen dieser oberen Riegen der bürgerlichen Klasse nur mittels seiner Besteuerung, dadurch mit anderen Worten, dass der Staat einen prozentualen Anteil von ihm seinen Eignern auf fiskalischem Weg entzöge, ihn kraft Erhebung einer Vermögenssteuer kassierte, um ihn sozialpolitisch umzuverteilen, ihn anderen, weniger wohlhabenden gesellschaftlichen Gruppen *in genere* und der mehr oder minder notleidenden lohnarbeitenden Klasse *in specie* zuzuwenden und so zu Lasten der bloß potenziellen Konsumkapazität der Oberschicht die aktuelle Konsumkraft der mittleren und unteren Gesellschaftsschichten zu stärken. Dies aber verbietet dem Staat systematisch-prinzipiell die oben explizierte Sakrosanktheit des bürgerlichen Privateigentums, die aus der Rolle, die das als persönliche Habe figurierende possessive Eigentum für uno actu die Kaschierung und Legitimierung des produktiven Eigentums und seines kapitalen Ausbeutungsprozesses spielt, resultierende Direktive, dass das bürgerliche Privateigentum als kategoriale Deckadresse für das als Konstitutiv des Kapitalismus firmierende Quidproquo von possessivem und produktivem Eigentum von Staats wegen nie als solches angetastet werden und höchstens und äußersten- alias notfalls in seinem kapitalen Ertrag, in dem, was es ausbeutungsprozessual als Mehrwert abwirft, kurz dem Einkommen nach, besteuert und zur Kasse gebeten werden darf - wobei der Umstand, dass dieser Notfall seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts zunehmend eintritt und eine umverteilungspolitische Besteuerung der Erträge des produktiven Eigentums alias Kapitals immer unabweislicher, weil für die Erhaltung seines Wertschöpfungssystems und dessen Bewahrung vor einer universalen Wertrealisierungskrise immer unabdingbarer wird, nicht etwa zur Aufweichung jener die Sakrosanktheit des Privateigentums als kategorialem Amalgam betreffenden Direktive, sondern im Gegenteil zu deren Erhärtung, ihrer gewissermaßen reaktionsbildnerischen Bekräftigung führt.

Die Stärke und Verbindlichkeit der mit Verfassungsrang ausgestatteten Direktive, sich nie und nimmer an dem in der Kategorie des Privateigentums sicher aufgehobenen und in der Tat unantastbar gemachten

produktiven Eigentum, sondern höchstens und äußerstenfalls an dessen kapitalen Erträgen zu vergreifen, erweist sich einmal mehr und mit wünschenswerter Deutlichkeit in dieser als Weltwirtschaftskrise figurierenden beispiellosen ökonomischen Notsituation. Die ist zwar dramatisch und dringlich genug, um den Staat mit dem 1935 verabschiedeten *Wealth Tax Act* eine Einkommenssteuer beschließen zu lassen, die mit ihrem Spitzensteuersatz einer Vermögenssteuer nahe kommt, aber doch nicht hinlänglich zwingend und verzweifelt, um den Staat davon abzuhalten, in Befolgung jener Direktive seinen tentativen Angriff aufs Privateigentum *actu* des Versuchs gleich wieder zu unterlaufen und nämlich durch die Beschränkung dieses Spitzensteuersatzes auf ein absurd hohes Einkommensniveau zum Gespött einer rein symbolischen Geste beziehungsweise eines bloßen Wahlkampfmanövers werden zu lassen.

Zu der systematisch-prinzipiellen Unbereitschaft des Staates, eine Vermögenssteuer zu erheben, kommt noch hinzu, dass er auch praktisch-funktionellen Grund findet, sich nicht am Vermögen der Vermögenden zu vergreifen. Schließlich bildet letzteres einen zentralen Bestandteil, um nicht zu sagen den Grundstock, des als Kapital firmierenden produktiven Eigentums, das sei's direkt, als industrielle Unternehmung, sei's indirekt, als finanzielle Beteiligung, den Wertschöpfungsprozess trägt und betreibt, und angesichts dessen erscheint es als wenig konsequent und zielführend, wenn der Staat einerseits durch seine defizitäre Ausgabenpolitik dem Wertschöpfungsprozess aufzuhelfen und Beine zu machen strebt und andererseits durch eine Vermögenssteuer jener den Wertschöpfungsprozess tragenden und betreibenden kapitalen Substanz am Zeug flickt und Eintrag tut. Nicht weniger aus Gründen seiner praktischen Rolle für das Funktionieren des kapitalen Wertschöpfungsprozesses als aufgrund seiner systematischen Bedeutung für dessen Legitimierung zeigt sich deshalb das bürgerliche Privateigentum selbst noch in seinen extremsten Ausprägungen und massivsten Ansammlungen jeglichem umverteilungspolitischen Zugriff des Staates entzogen und mithin als Quelle zusätzlicher gesellschaftlicher Kaufkraft, die den Mehrwert, für dessen Schöpfung das staatliche *deficit spending* sorgt, zu realisieren helfen könnte, nicht in Betracht zu kommen.

Entweder weil der Krieg sie in ihren unteren und mittleren Riegen zu sehr geschröpft und um ihren Wohlstand gebracht hat oder aber weil sie

in ihren oberen Riegen zwar als Gewinnlerin aus dem Krieg hervorgegangen ist, der Staat aber aus gleichermaßen sozialkontraktiv-eigentumssystematischen und kapitalinvestiv-wachstumspraktischen Gründen ihr Vermögen nicht anzutasten und umverteilungspolitisch nutzbar zu machen wagt, ist die bürgerliche Klasse also gänzlich indisponiert, bei der Realisierung des Mehrwerts, den die defizitäre Haushaltspolitik des Staates zu schöpfen erlaubt und der das Mehr an gesellschaftlicher Kaufkraft, das Folge der durch die defizitäre Haushaltspolitik ermöglichten Schaffung und Ausbeutung neuer Lohnarbeit ist, per definitionem des kapitalistischen Wertschöpfungsmechanismus überfordert, Hilfestellung zu leisten, geschweige denn sich an ihr entscheidend zu beteiligen.

Scheidet demnach das bürgerliche Vermögen im eigenen Land als Quelle für die Realisierung des durch die staatliche Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses neu geschöpften und das Mehr an gesellschaftlicher Kaufkraft, das aus der Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses als solcher resultiert, allemal überfordernden Mehrwerts aus, so bleibt als Alternative nur das im Ausland verfügbare konsumtive Vermögen, die in den anderen Volkswirtschaften vorhandene und durch kommerziellen Austausch mit ihnen mobilisierbare gesellschaftliche Kaufkraft. Wie indes oben bereits ausgeführt, ist es um diese anderen Volkswirtschaften so schlecht bestellt und sind insbesondere die Haupthandelspartner der USA, die europäischen Nationen, infolge des Krieges und ihrer kriegsbedingten Verschuldung so sehr verarmt und hinsichtlich ihrer konsumtiven Kapazität auf den Hund gekommen, ist deshalb die Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte für amerikanische Waren derart gering und beschränkt und sind sie ihrerseits um ihrer wirtschaftlichen Erholung und der darin implizierten Wiedergewinnung eines gewissen Maßes an Konsumkapazität willen so sehr darauf angewiesen und erpicht, ihrerseits Waren in den amerikanischen Wirtschaftsraum zu exportieren und sich durch Partizipation an der Konsumkraft der USA zu sanieren, dass sich vom Außenhandel insgesamt im Blick auf die inländischen Wertrealisierungsgebrechen keinerlei palliativer, geschweige denn therapeutischer Effekt erhoffen und im Gegenteil höchstens erwarten lässt, dass er die bestehenden Wertrealisierungsprobleme noch verschärft und den Staat zu protektionistischen oder subventionistischen Maßnahmen nötigt, die entweder, in ersterem Fall, entsprechende Schutz- und Abwehrmaßnahmen der anderen Volkswirtschaften provozieren und das Exportgeschäft noch

schwieriger beziehungsweise unergiebiger machen oder, in letzterem Fall, den Staat durch die direkten und indirekten Finanzierungshilfen, die er dem heimischen Kapital leisten muss, damit es sich gegen die ausländische Konkurrenz zu behaupten vermag, noch rascher und tiefer in die Verschuldung treiben.

Weder von den landeseigenen, vormals oder nach wie vor vermögenden bürgerlichen Gruppen noch von den ausländischen Volkswirtschaften und ihrer durch den Krieg gebeutelten Konsumkraft lässt sich also *rebus sic stantibus* die Realisierung des im Zuge der wirtschaftlichen Erholung, zu der das staatliche *deficit spending* die Basis liefert, neu geschöpften Mehrwerts erwarten, und so bleibt dem Staat, wenn er das durch seine defizitäre Haushaltspolitik entfachte industrielle und agrikulturelle Produktionsfeuer am Leben und in Gang halten und sicherstellen will, dass es von Dauer ist und Nachhaltigkeit beweist und sich nicht als Strohfeuer entpuppt, gar nichts anderes übrig, als diese seine defizitäre Haushaltspolitik fortzusetzen und sich weiterhin direkt oder indirekt, durch eigenen Konsum oder durch Unterstützung und Förderung gesellschaftlicher Kaufkraft, im Wertrealisierungsgeschäft zu engagieren, für Nachfrage auf dem Markt zu sorgen. Von daher gesehen, geht also die im Bild vom stygischen Fährmann, der in der Konsequenz des Fahrdienstes, den er leistet, den Stab an seine Fahrgäste weiterzureichen und sich aus dem Fahrgeschäft zurückzuziehen vermag, beschworene Strategie nicht auf, und findet sich der Staat für den realen Fortgang und kapitalen Erfolg des Wertschöpfungsprozesses, den er anstößt und auf Touren bringt, allemal mitverantwortlich und immer weiter zuständig.

Es gelingt ihm zwar, durch das als defizitäre Haushaltspolitik funktionierende Belebungsmittel, das er anwendet, neue gesellschaftliche Kaufkraft in Gestalt eines größeren Lohnaufkommens zu induzieren und insofern auf eine Reduktion des eigenen konsumtiven Engagements hinzuwirken, aber so gewiss die Induktion eines vergrößerten Lohnaufkommens die Kreation eines von den Lohnempfängern definitionsgemäß nicht zu realisierenden Mehr an Mehrwert impliziert und so gewiss unter den krisenbedingt gegebenen Umständen weder die landeseigene Konsumentenklasse noch durch den Außenhandel zu rekrutierende Konsumenten anderer Volkswirtschaften kapazitiert sind beziehungsweise zur Verfügung stehen, dieses Mehr an Mehrwert einzulösen, so gewiss ist der Staat gehalten, die Aufgabe des direkt oder indirekt, kraft eigenen

Konsums oder mittels Förderung des gesellschaftlichen Konsums wirksamen Wertrealisierers weiterhin beizubehalten und um deswillen an seiner Politik des *deficit spending* festzuhalten. Damit freilich gerät er mit seinem Haushalt immer tiefer in die roten Zahlen und lässt die Eitelkeit der Hoffnung offenbar werden, die er mit der defizitären Haushaltspolitik und dem in ihr gründenden Konsum auf Pump eigentlich verknüpft - dass sich dadurch nämlich ein kapitaler Wertschöpfungsprozess in Gang setzen lässt, der durch die gesellschaftliche Kaufkraft, die er generiert, zu einer selbsttragenden, weil in eigener Regie für eine dem produktiven Angebot gemäße konsumtive Nachfrage sorgenden Veranstaltung avanciert und ihm, dem Staat, am Ende erlaubt, sich als der Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, oder, um im obigen Bild zu bleiben, als der Fährmann, der das Ufer erreicht hat, aus dem von ihm angeschobenen Kapitalprozess wieder zurückzuziehen und sich gar von dessen Unternehmern seine Anschubfinanzierung vergüten alias zurückerstatten zu lassen.

Nicht anders als die Steuersenkungspolitik, auf die als Mittel zur wirtschaftlichen Belebung der Staat wohlweislich verzichtet, resultiert also auch die defizitäre Haushaltspolitik, auf die er setzt, ungeachtet oder, wenn man so will, unbeschadet des Moments von Eigendynamik, das sie dem volkswirtschaftlichen Geschehen vindiziert, in einer fortschreitenden Staatsverschuldung, die, weil keinerlei Aussicht auf eine Tilgung der Schulden aus dem hinlänglich ergiebigen Steueraufkommen eines sich wieder der staatlichen Krücken entledigenden und auf eigene Beine stellenden, kurz, selbsttragenden kapitalen Verwertungsprozesses besteht, letztlich in den Staatsbankrott führt. Will der Staat den drohenden Bankrott verhindern oder ihm jedenfalls entgegenwirken, so muss er alles tun, um die ihm durch das *deficit spending*, zu dessen Beibehaltung ihn die dem Wertschöpfungssystem aufstoßenden Wertrealisierungsprobleme nötigen, aufgezwungene Verschuldung einzudämmen beziehungsweise in Schranken zu halten, was bedeutet, dass er sich um andere Finanzierungsquellen als die auf den Kapitalmarkt rekurrierende Kreditaufnahme bemühen muss. Mit dem volkswirtschaftlichen Verantwortungsbewusstsein und finanzpolitischen Augenmaß, das er bereits mit seiner Entscheidung gegen gesellschaftliche Steuersenkungen und für staatliche Ausgabenerhöhungen beweist, tut der amerikanische Staat das auch,

indem er etwa die Einkommenssteuersätze erhöht, Renten- und Pensionskürzungen vornimmt und zu guter Letzt eine Körperschaftssteuer einführt und erhebt.

Damit erschließt der Staat sich zwar neue fiskalische Einnahmequellen, die ihm in der Tat erlauben, der Kreditaufnahme, zu der ihn seine defizitäre Haushaltspolitik zwingt, Schranken zu setzen und so seine konsumtive Wirtschaftsbelebungsstrategie beizubehalten, ohne durch sie auf kürzestem Weg in den Bankrott getrieben zu werden. Weil aber diese staatlichen Einnahmen sich aus dem privaten Vermögen der bürgerlichen Gesellschaft, genauer gesagt, aus den Einkünften der aus natürlichen und juristischen Personen kombinierten Mitgliedschaft der bürgerlichen Klasse speisen, weil also der Staat mit diesen Einnahmen die Kaufkraft der letzteren anzapft und entsprechend schwächt, erweist sich diese seine Mittelbeschaffungsmethode als zweischneidiges Schwert und erkauft er sich nämlich die Verlängerung seiner wirtschaftsbelebenden Konsumentenrolle und Abwendung der ihm aus ihr erwachsenden Bankrottdrohung durch eine Verschärfung eben der gesellschaftlichen Wertrealisierungsprobleme, deren er mit seiner Konsumentenrolle Herr zu werden sucht. Die Finanzmittel, die er sich durch Steuererhöhungen beschafft, um seine Konsumentenrolle länger und gefahrloser wahrnehmen zu können, gehen, eben weil er sie sich durch eine stärkere Besteuerung der Bürger beschafft, auf Kosten der gesellschaftlichen Konsumkraft, womit er deren Ungenügen, das er durch seine Konsumentenrolle doch eigentlich zu kompensieren sucht, verstärkt und sich bei Strafe eines dem Mangel an Wertrealisierung geschuldeten Einbruchs der Wertschöpfung zu weiteren, wiederum defizitären, auf Borg zu unternehmenden Kreditanstrengungen genötigt findet. Von daher gesehen, läuft die Mittelbeschaffung durch Steuererhöhungen auf eine Spiegelfechterei hinaus, die den Staat mit der anderen Hand verlieren lässt, was er mit der einen gewinnt, auf ein Hin und Her zwischen staatlicher Verschuldung und gesellschaftlicher Verarmung, das zur Lösung des zentralen Problems, des Problems der Realisierung des Mehrwerts, den das durch die staatliche Konsumentenrolle wieder in Gang gebrachte Wertschöpfungssystem mittels Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft schöpft, nicht das Geringste beiträgt.

Zur wenn auch mitnichten Lösung, so immerhin doch Entschärfung des Mehrwertrealisierungsproblems steht dem amerikanischen Staat indes noch ein weiteres Mittel zu Gebote, und zu ihm nimmt er in der

als die zweite Phase seiner Wirtschaftsbelebungspolitik erscheinenden letzten Hälfte der dreißiger Jahre mit einiger Konsequenz seine Zuflucht. Es ergibt sich für ihn aus seiner im Vergleich mit den europäischen Staaten markanten sozialpolitischen Rückständigkeit, aus der Tatsache mit anderen Worten, dass die Vereinigten Staaten von Amerika noch so gut wie gar nicht über das als umverteilungspolitisches Repertoire wirksame sozialpolitische Steuerungsinstrumentarium verfügen, das die europäischen Nationen, der Not ihrer produktivkraftbedingt chronischen Absatzkrisen gehorchend, seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts ausbilden und zur Anwendung bringen.

Wie gezeigt, verleihen die spezifischen geographischen und demographischen Bedingungen, denen die kapitalistische Entwicklung der USA in den vorangegangenen beiden Jahrhunderten unterliegt, insonderheit der anhaltende Zuwandererstrom aus Europa, die der Landnahme offen stehenden Siedlungsgebiete im Westen des Kontinents und die daran nahtlos anknüpfende wirtschaftsimperialistische Erschließung Mittel- und Südamerikas und des pazifischen Raumes, dieser Entwicklung ein solches Maß an sowohl Kontinuität als auch Dynamik, dass ökonomische Nöte und Krisen und soziale Verwerfungen und Konflikte, wie sie die europäischen Nationen erleben, wenn nicht überhaupt dem Land erspart bleiben, so es jedenfalls doch nur in entschieden abgeschwächter Form beziehungsweise mit vergleichsweise passagerem Effekt heimsuchen. Und das hat zur Folge, dass der Staat auf Einflussnahmen auf und Hilfestellungen für den Ablauf und Fortgang des Kapitalprozesses weitgehend verzichten und einem extremen Liberalismus frönen, sprich, das volkswirtschaftliche Geschehen, sich als Akteur und sozialpolitischer Mitwirker aus ihm heraushaltend und höchstens und nur als Requisiteur und infrastruktureller Bereitsteller zu ihm beitragend, seinem quasi naturwüchsigen Wachstum und den seiner Verfahrenslogik gemäßen Selbstregulierungsmechanismen überlassen kann.

Mit der aus dem Ungleichgewicht der zivilwirtschaftlichen Erholung nach dem Weltkrieg, dem Missverhältnis von Produktionsleistung und Konsumtionskraft, von industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage, resultierenden Weltwirtschaftskrise freilich stößt das bis dahin vom amerikanischen Staat praktizierte ökonomische Laissez-faire offenkundig an die Grenzen seiner Praktikabilität. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der die arbeitslosen Massen heimsuchenden Mittellosigkeit

und akuten Lebensnot, zu der die dem Ausmaß der kommerziellen Wertrealisierungskrise geschuldete gravierende Störung und Stockung des industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozesses führt - angesichts dieser ebenso akuten wie jähen Mittellosigkeit und Not der lohnarbeitenden Massen bleibt dem amerikanischen Staat gar nichts anderes übrig, als seine Laissez-faire-Haltung aufzugeben und sich ökonomisch zu engagieren. Und dies umso entschiedener, als eben wegen des für sein politisches Handeln bis dahin charakteristischen Mangels an sozialpolitischer Initiative im Allgemeinen und umverteilungspolitischen Instrumenten im Besonderen die der Massenarbeitslosigkeit entspringende materiale Mittellosigkeit und soziale Not ungebremst und mit voller Wucht durchschlägt und, anders als in den europäischen Staaten, wo Vorkehrungen wie Mindestlöhne und Arbeitszeitbegrenzungen, gewerkschaftliche Organisationen und Hilfsvereine, Arbeitslosen- und Krankenversicherungen den um ihren Arbeitsplatz Bangenden beziehungsweise außer Lohn und Brot Gesetzten ein Mindestmaß an rechtlichem Schutz beziehungsweise Existenzsicherung bieten, die Betroffenen in der Tat um alle materiale Subsistenz bringt und mit dem sozialen Nichts konfrontiert.

Will der amerikanische Staat verhindern, dass die Haltlosigkeit und Verzweiflung der ohne Netz und doppelten Boden dem materialen Verderben Preisgegebenen und ins soziale Nichts Stürzenden in sei's den gesellschaftlichen Zusammenhalt sprengende revolutionäre Gewalt, sei's die bürgerliche Ordnung unterminierende kriminelle Energie umschlägt, so muss er seinen bis dahin kultivierten Laissez-faire-Liberalismus umgehend in die Revision schicken und die soziale Verantwortung und kommunale Rücksicht beweisen, die die Industriestaaten Europas - wie auch immer motiviert durch dem Eigeninteresse entspringendes ökonomisches Kalkül, durch ihre an die Quadratur des Kreises gemahnende Absicht nämlich, das kapitalistische Produktionssystem betriebsfähig zu erhalten und zugleich die bürgerliche Gesellschaft vor den selbstzerstörerischen Implikationen seines Betriebes zu bewahren - schon seit einigen Jahrzehnten an den Tag legen. Die sozialpolitischen Maßnahmen, die der Staat ergreift, entsprechen der Dringlichkeit der Situation: Es sind die karitativen Nothilfen, finanziellen Unterstützungen und öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme, mit denen der Staat der auf die Straße geworfenen Industriearbeiterschaft und den vom Konkurs und

Verlust ihrer Farmen heimgesuchten Landwirten beispringen und das Subsistenzminimum beziehungsweise Überleben sichern muss.

Erst im Anschluss an diese auf die Sicherung der nackten Existenz des Lohnarbeiterkollektivs zielenden karitativen Nothilfen und arbeitspolitischen Sofortmaßnahmen und auf deren Grundlage kann dann der Staat den beschriebenen Ausweg aus der Krise suchen und jene defizitäre Haushaltspolitik betreiben, die ihm erlaubt, höchstpersönlich als Konsument auf dem Markt in Erscheinung zu treten und für eine Kompensation oder jedenfalls Reduktion des Mangels an gesellschaftlicher Konsumkraft zu sorgen. Kraft *deficit spending* kann er die kapitalistische Privatwirtschaft mit Produktionsaufträgen beziehungsweise Unterstützungsleistungen versehen, kann er Wertschöpfungsprozesse kommissionieren und finanzieren, die geeignet sind, dem am Boden liegenden Wertschöpfungssystem wieder auf die Beine zu helfen und es erneut in Gang, wo nicht gar in Schwung zu bringen. Und das, weil ja das Wertschöpfungssystem in dem Maße, wie es wieder in Schwung kommt, Arbeitskräfte in Lohn und Brot setzt und mithin gesellschaftliche Konsumkraft generiert, kann er in der Hoffnung tun, durch seine defizitäre Konsumtätigkeit dem System soviel Eigendynamik und selbstläuferische Energie, soviel selbsttragenden Impetus zu vindizieren, dass am Ende seine konsumtive Intervention, er in seiner Rolle als die mangelhafte gesellschaftliche Konsumkraft substituierender Großkonsument, überflüssig wird und er, wenn auch vielleicht nicht seinen defizitären Etat wieder in Ordnung zu bringen und die Schulden, die er um seines stellvertretenden Konsums willen angehäuft hat, sich vom Kapital auf fiskalischem und taxalischem Weg tilgen zu lassen vermag, so zumindest doch in der Lage ist, sich aus der Funktion als konsumtiver Substitut zurückzuziehen und, statt seinen Haushalt in den Dienst ökonomischer, die kapitale Kontinuität der bürgerlichen Gesellschaft begründender Interessen zu stellen, ihn wieder auf die Wahrnehmung politischer, die soziale Integrität des Gemeinwesens, als das die bürgerliche Gesellschaft sich behauptet, beschwörender Aufgaben zu beschränken.

Allerdings ist, wie gesagt, die Hoffnung des Staats auf eine durch sein ökonomisches Engagement zu guter Letzt zu erwirkende Dispensation von eben diesem Engagement definitiv eitel, weil mit der systematischen Unausweichlichkeit eines Wertschöpfungssystems, das sich als

Ausbeutungsmechanismus konstituiert, die Konsumkraft, die das wertschöpferisch in Schwung gebrachte Kapital in Form von Arbeitslohn generiert, hinter der Produktionsleistung, die es in Gestalt von Gütern und Dienstleistungen erbringt, um eben den Mehrwert zurückbleibt, dessen Schöpfung das als Ausbeutungsmechanismus konstituierte Wertschöpfungssystem bezweckt, und weil unter den Umständen der der Realisierung dieses Mehrwerts außen- nicht weniger als binnenwirtschaftlich begegnenden Widrigkeiten er, der Staat, sich bei Strafe des Erlahmens des Wertschöpfungsdrangs, den er mittels *deficit spending* geweckt hat, immer wieder gezwungen sieht, jene Wertrealisierungslücke, die mit ausbeutungslogischer Notwendigkeit zwischen wirtschaftlicher Produktionsleistung und gesellschaftlicher Konsumkraft qua Mehrwert aufreißt und klafft, aus eigener, mittels neuerlichem *deficit spending* aufzubringender Konsumkraft zu schließen, sich also immer weiter als in die Bresche des zu wünschen übrig lassenden gesellschaftlichen Konsums springender staatlicher Konsument zu beweisen und zu bewähren.

Weit entfernt davon, sich aus dem Wertrealisierungsgeschäft, in das er zwecks Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses einsteigt, wieder zurückziehen zu können, von einer Rückerstattung der auf Pump gemachten Auslagen, die ihn das kostet, ganz zu schweigen, zeigt sich demnach der Staat aufgrund der für den Wertschöpfungsprozess konstitutiven, weil systemeigenen, in der Ausbeutungsstruktur des Wertschöpfungssystems als solcher beschlossenen Diskrepanz zwischen Wertschöpfungsleistung und Wertrealisierungskapazität unter den gegebenen Umständen mangelhafter binnenwirtschaftlicher und unzulänglicher außenwirtschaftlicher Konsumkraft dazu verdammt, im Wertrealisierungsgeschäft unabsehbar engagiert zu bleiben und mithin seine defizitäre Haushaltspolitik um des Funktionierens des die Volkswirtschaft tragenden Wertschöpfungsprozesses willen bis zum bitteren Ende seiner Zahlungsunfähigkeit, seines finanziellen Bankrotts, fortzusetzen.

Und dazu zeigt er sich umso nachdrücklicher und in der Tat unabweislicher verurteilt, als der wieder in Schwung gebrachte Wertschöpfungsprozess ja nach dem alten, liberalistischen, durch keine oder minimale staatliche Lenkungsanstrengungen modifizierten Schema verläuft, was bedeutet, dass entsprechend der krisenbedingten Überfüllung des Arbeitsmarkts die die gesellschaftliche Konsumkraft zu stärken bestimmte

Erhöhung der Lohnsumme, die Folge der dem wirtschaftlichen Aufschwung geschuldeten Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, bescheiden ausfällt. Weil unter den Bedingungen der durch die Krise hervorgerufenen Massenarbeitslosigkeit ein Überangebot an Arbeitskräften herrscht, führt das weitgehend den Selbstregulierungsmechanismen des Marktes im Allgemeinen und dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage im Besonderen überlassene ökonomische Geschehen zu einem Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt, der niedrige Lohnniveaus alias eine hohe Ausbeutungsrate erzwingt, der mit anderen Worten dafür sorgt, dass bei dem in Gestalt von Gütern und in Form von Dienstleistungen geschöpften Wert die Schere zwischen dem Anteil, den die Lohnarbeiterschaft mittels ihrer Löhne zu realisieren vermag, und dem Teil, der als Mehrwert dem Kapital zufällt und für dessen Realisierung das Kapital auf andere Geldquellen, auf nicht bereits in seinem eigenen Wertschöpfungssystem zirkulierende finanzielle Ressourcen angewiesen ist, weiter auseinanderklafft, als im Sinne der Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft, die der Staat sich von seiner defizitären Haushaltspolitik modo obliquo erhofft, wünschenswert.

In dem Maße wie die Marktgesetze, die der Staat bislang liberalistisch walten, die kommerziellen Regularien, die er in Laissez-faire-Manier gewähren lässt, ihre Wirkung tun und in den wieder in Gang gebrachten industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozessen für niedrige Arbeitslöhne und entsprechend hohe Mehrwertraten sorgen, hintertreiben beziehungsweise durchkreuzen sie die Hoffnung auf eine mittels defizitärer Haushaltspolitik initiierte, von Staats wegen in die Wege geleitete Selbstheilung des Wertschöpfungssystems und zwingen unter den krisenbedingt widrigen Umständen der kommerziellen Absatzprobleme drinnen und draußen den Staat zu einer Ausweitung und Verstärkung seines *deficit spending*, statt dass sie ihm erlaubten, sich aus dem notgedrungen übernommenen ökonomischen Geschäft wieder zurückzuziehen und auf sein herkömmlich wahrgenommenes politisches Amt zu konzentrieren. Sie tun das - es sei denn der Staat gibt den schrankenlosen ökonomischen Liberalismus, dem er bis dahin gehuldigt hat, auf und rückt eben jenen Marktgesetzen, die er frei hat schalten und walten lassen, dirigierend zu Leibe, flickt ihnen nach dem Muster der von den europäischen Staaten seit Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts ergriffenen direkten und indirekten umverteilungspolitischen Maßnahmen korrigierend am

Zeug. Indem er sich hierzu versteht, indem er durch arbeitsrechtliche, sozialversicherungsgesetzliche und organisationspraktische Initiativen in die Bedingungen des industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozesses eingreift und Einfluss auf dessen Verlauf und Erfolg nimmt, erschließt ihm das eben wegen des bis dahin eklatanten Fehlens jeglicher staatlichen Intervention und Einflussnahme ein weites Betätigungsfeld, ein quasi jungfräuliches Areal, dessen Beackerung und Bestellung mit durchschlagenden Effekten und nachhaltigen Resultaten aufzuwarten und nämlich nicht nur negativ die durch Marktgesetze, die Narrenfreiheit genießen, provozierte Verschärfung des Mehrwertrealisierungsproblems zu verhindern, sondern mehr noch positiv zur Verringerung eben jenes Problems, sprich, zur Verkleinerung der Lücke zwischen dem mittels Lohnsumme einzulösenden und dem für seine Einlösung auf andere Quellen allgemeinen Äquivalents angewiesenen Teil des neu geschöpften Werts beizutragen vermag.

Anders als die Umverteilungspolitik europäischer Provenienz reagiert die amerikanische nicht auf ein das Wertschöpfungssystem mit dem Zusammenbruch bedrohende Wertrealisierungskrise, sondern auf einen Zusammenbruch, den die Wertrealisierungskrise tatsächlich heraufbeschworen hat. Die Rede von einem New Deal ist deshalb hier irreführend. Dem intervenierenden Staat geht es primär nicht um sozialpolitische Umverteilung, sondern um eine den Zusammenbruch zu überwinden bestimmte Wiederbelebung des Wertschöpfungsprozesses. Die sozialpolitischen Maßnahmen dienen dabei nur dem Zweck, den Marktgesetzen Paroli zu bieten, die die staatlichen Wiederbelebungsbemühungen zu konterkarieren geeignet sind.

Angesichts der zusätzlichen Beschwer, die die dem liberalistischen Herkommen gemäß frei zur Anwendung kommenden Marktgesetze seinem simultanen Bemühen um Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses und Belebung des Wertrealisierungsgeschäfts bereiten, angesichts der kontraproduktiven Wirkung, die sie auf den angestrebten Ausgleich zwischen wirtschaftlichem Angebot und gesellschaftlicher Nachfrage ausüben, wirft sich deshalb der amerikanische Staat seit Mitte der dreißiger Jahre auf jenes bis dahin von ihm weitgehend unbeackert gelassene sozialpolitische Betätigungsfeld und konzentriert sich darauf, durch umverteilungspolitische Maßnahmen nach europäischem Vorbild

den Arbeitsmarktgesetzen als solchen und frei waltenden in die Parade zu fahren, um nicht nur negativ-korrigierend der ihnen geschuldeten Verschärfung der gesellschaftlichen Kaufkraftprobleme entgegenzuwirken, sondern mehr noch positiv-amendierend einen Beitrag zu deren Lösung zu erbringen. In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, die sich als zweite Phase der Bemühungen um die Überwindung des Lähmungszustandes, in den die weltweite Absatzkrise die industriellen und agrikulturellen Verwertungssysteme der USA gestürzt hat, betrachten lässt, führt der amerikanische Staat gesetzliche Mindestlöhne ein, schafft durch den Auf- und Ausbau von in einzelnen Bundesstaaten bereits ansatzweise vorhandenen Renten- und Arbeitslosenversicherungen ein landesweit verbindliches Sozialversicherungssystem und legalisiert die bis dahin ohne öffentliche Anerkennung um Arbeitsrechte ringenden und in entsprechend gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Unternehmern verstrickten Gewerkschaften, räumt ihnen das Organisations- und Streikrecht ein, bietet ihren Mitgliedern rechtlichen Schutz vor Entlassung wegen gewerkschaftlicher Zugehörigkeit und legt so den Grund für eine direkte, tarifpolitisch erkämpfte, und indirekte, versicherungssystematisch durchgesetzte, Verbesserung der finanziellen Situation der Lohnarbeiterschaft, die letzterer in der Tat mehr subsistenzielle Kapazität alias Konsumkraft verleiht und eine entsprechend verstärkte Beteiligung am Wertrealisierungsgeschäft ermöglicht und damit denn aber die Differenz zwischen dem als Arbeitslohn auf die Arbeitskraft entfallenden und dem als Mehrwert dem Kapital verbleibenden Teil des geschöpften Werts zu verringern und die unter Bedingungen der für die Krise verantwortlichen binnen- und außenwirtschaftlichen Absatzschwäche virulenten Probleme, den Mehrwert zu realisieren, entsprechend zu entschärfen dient.

Unter dem Eindruck, dass die von ihm per *deficit spending* angewandte Strategie zur Wiederbelebung und Ankurbelung der durch die weltweite Absatzkrise gelähmten industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozesse in puncto des indirekten Effekts, den er damit zu erzielen erhofft, in puncto nämlich der in der Ankurbelung der Produktionstätigkeit qua Schaffung neuer Arbeitsplätze implizierten Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft, durch die frei waltenden Marktgesetze durchkreuzt und zunichte gemacht wird - unter dem Eindruck dieser kontraproduktiven Entwicklung ergreift der amerikanische Staat nun also

jene an europäischen Vorbildern orientierten umverteilungspolitischen, auf die Verbesserung der materialen Lage und sozialen Stellung der Lohnarbeiterschaft abgestellten Maßnahmen, die der staatlichen Intervention, ungeachtet dessen, dass diese sozialpolitische Komponente nur einen Teil des dirigistischen Gesamtpakets, nur ein korrektives und insofern sekundäres Moment ihrer primär dem Funktionieren des Wertschöpfungsbetriebs geltenden Stoßrichtung darstellt, das Label eines New Deal eingetragen haben, das Etikett einer quasirevolutionären staatlichen Motion, die den bürgerlichen Gesellschaftsvertrag auf eine neue Grundlage zu stellen beansprucht, indem sie das durch ihn definierte Klassenverhältnis, die durch ihn fixierte materiale Ressourcenzuweisung und soziale Machtverteilung zwischen Kapitalfraktion und Lohnarbeiterschaft, einer Revision und Moderation unterzieht.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass für die Gesellschaft der Vereinigten Staaten von Amerika jene sozialpolitische Motion ein weitgehendes Novum darstellt, dass der amerikanische Staat sich mit seinen umverteilungspolitischen Initiativen auf ein Neuland begibt, das bis dahin ein durch sein wirtschaftliches Laissez-faire-Kredo anathematisiertes, durch seinen Wirtschaftsliberalismus tabuisiertes Terrain darstellt, mag diese perspektivische Verzerrung, die der sozialpolitischen Komponente eine namengebend zentrale Bedeutung für die gesamte staatliche Intervention beimisst, verständlich erscheinen. Das ändert aber nichts daran, dass in Anbetracht der Hauptzielrichtung der staatlichen Intervention, in Ansehung der mittels defizitärer Haushaltspolitik betriebenen Ankurbelung der industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozesse, jene umverteilungspolitischen Initiativen, weit entfernt von aller konstitutiven Funktion oder tragenden Rolle im Drama der wirtschaftlichen Erholung, nur eine die staatliche Therapie flankierende Maßnahme oder unterstützende Aktion bilden. Es ändert mit anderen Worten nichts daran, dass die Umverteilungspolitik, die der amerikanische Staat in Anlehnung an europäische Vorbilder adoptiert, im Wesentlichen nur dem negativen Zweck dient, die Durchkreuzung und Vereitelung der in der Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses qua Schaffung neuer Lohnarbeitsplätze implizierten Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft durch die frei schaltenden und ungehemmt waltenden Marktgesetze ihrerseits zu konterkarieren und zu neutralisieren und dafür zu sorgen, dass jener in der staatlichen Förderung der Wertschöpfung implizierte indirekte Effekt

einer Verbesserung der gesellschaftlichen Wertrealisierungskapazität sich voll und ungeschmälert zur Geltung bringen kann.

Die umverteilungspolitischen Maßnahmen, zu denen der amerikanische Staat in seiner Not greift, taugen also im Wesentlichen nur dazu, eine durch das freie Wirken der Marktgesetze heraufbeschworene und die Verbesserung der gesellschaftlichen Konsumkraft, die sich der Staat von seiner Wirtschaftsförderungspolitik erhofft, zunichte machende Verschlechterung der arbeiterschaftlichen Lohn- und Subsistenzniveaus aufzufangen und abzuwenden, sind hingegen weit entfernt davon, die Handhabe für eine Lösung des Mehrwertrealisierungsproblems zu bieten, das der Mangel an krisenbedingter binnenwirtschaftlich-bürgerlicher und außenwirtschaftlich-fremdländischer Kaufkraft heraufbeschwört und das den Staat zum Schicksal des ewigen stygischen Fährmanns, des die konsumtive Rolle, die er mittels defizitärer Haushaltspolitik ersatzweise übernimmt, nicht mehr loswerdenden Dummen alias Angeschmierten verdammt.

Mehrwert zu schöpfen ist ja der aus Sicht des Kapitals, des Demiurgen des Wertschöpfungssystems, einzige Sinn und alleinige Zweck der für die Wertschöpfung rekrutierten Lohnarbeiterschaft, und weil letztere diesen Mehrwert per definitionem dessen, dass es sich bei ihm um Mehrwert handelt, nicht als Wert zu realisieren, den Teil der materialen Güter und realen Dienstleistungen, die ihn verkörpern, mit dem ihr für ihre Wertschöpfungsarbeit überlassenen allgemeinen Äquivalent, ihrem Lohn, nicht auf dem Markt zu erstehen und einzulösen vermag, bleibt das Kapital für die Realisierung dieses Mehrwerts allemal auf allgemeines Äquivalent aus anderen Quellen als dem eigenen Kreislauf, auf nicht schon beziehungsweise nicht mehr in seinem Verwertungssystem zirkulierendes Geld angewiesen, und bleibt also allemal eine finanzielle Lücke, eine Differenz zwischen geschöpftem Wert und für dessen Realisierung verfügbarem allgemeinem Äquivalent, die keine staatliche Umverteilungspolitik zu schließen beziehungsweise auszugleichen vermag.

Jedenfalls ist im Gewahrsam der systematischen Logik des Kapitals und seines Wertschöpfungssystems dieser Ausgleich der Differenz zwischen durch das System geschöpftem Wert und vom System für dessen Realisierung bereitgestelltem allgemeinem Äquivalent definitiv ausgeschlossen. In Befolgung einer von der Logik des Kapitals abstrahierenden

empirischen Pragmatik wäre es allerdings dem Staat ohne weiteres möglich, durch umverteilungspolitische Maßnahmen die Lücke zu schließen. Dafür müsste er nichts weiter tun, als seine Maßnahmen so zu konzipieren und zu gestalten, dass ein dem geschöpften Mehrwert vollumfänglich entsprechendes Quantum allgemeinen Äquivalents aus dem Fundus des Kapitals in die Hände der Lohnarbeiterschaft überführt und damit letztere in die Lage versetzt würde, zu Markte zu gehen und den geschöpften Mehrwert vollumfänglich zu realisieren alias konsumtiv einzulösen.

Damit freilich würde der Mehrwert aufhören, Mehrwert zu sein, und sich aus Investitionsvermögen, aus einer dem Kapital zufallenden und von ihm für den weiteren Ausbau seines Wertschöpfungssystems einsetzbaren Ressource, in Subsistenzmittel, in ein der Arbeitskraft oder vielmehr dessen menschlichen Trägern zustehendes und von ihnen für ihren Lebensunterhalt zu gebrauchendes Aliment verwandeln beziehungsweise - da ja die letzteren die Schöpfer des Mehrwerts sind und auf ihn einen, wenn nicht systematisch, so doch genetisch begründeten Anspruch erheben können - zurückverwandeln. Und dieses mittels Umverteilungspolitik effektuierte Verschwinden des Mehrwerts, diese Aufhebung der für das Wertschöpfungssystem konstitutiven Zweiteilung des geschöpften Werts in Investitionsvermögen und Subsistenzmittel, in einen als Gewinn firmierenden kapitalen und einen als Lohn fungierenden personalen Teil, würde wiederum bedeuten, dass dem Kapital beziehungsweise seinen funktionellen Repräsentanten alias unternehmerischen Sachwaltern ihre raison d'être abhanden käme, ihr entscheidendes Motiv, in Aktion zu treten und Wertschöpfung zu betreiben, verloren ginge. Durch umverteilungspolitische Maßnahmen des Staates um ihren gesamten Anteil, allen Mehrwert, gebracht, hätten das Kapital beziehungsweise seine unternehmerischen Sachwalter keinerlei Grund mehr, das Wertschöpfungssystem aufrecht und in Betrieb zu erhalten.

Ein solches Ergebnis seiner Umverteilungspolitik aber wäre ganz gewiss nicht im Sinne des Staates, liefe seinem Interesse diametral zuwider, da er ja in seinem eigenen Bestehen und Ergehen, mit seinem Etat und Unterhalt, wesentlich auf den mittels Wertschöpfungssystem erwirtschafteten Mehrwert angewiesen ist und entscheidend davon zehrt und lebt, dass ein Teil dieses dem Kapital als Ergebnis seiner Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, als seine Beute zufallenden Mehrwerts durch direkte

und indirekte Zugriffe, durch Besteuerung und Taxierung, durch Beschneidung von Arbeitslöhnen, Schröpfung geschöpfter Werte, Teilhabe an erzielten Profiten und Erhebung öffentlicher Abgaben ihm, dem Staat, zufließt und in seine Hände gelangt. Wegen dieser seiner für die eigene Existenz grundlegenden Teilhabe am als Wertschöpfungsveranstaltung funktionierenden kapitalistischen Produktionssystem zielt der Staat mit all seinen wirtschaftspolitischen Strategien, die umverteilungspolitischen Maßnahmen eingeschlossen, darauf ab, das System auf jeden Fall zu stärken beziehungsweise notfalls zu stützen, was zwangsläufig impliziert, dass er den nicht nur als faktische Quelle und Grundlage des staatlichen Lebens, sondern auch und vor allem als logischer Sinn und Zweck des Strebens des Kapitals firmierenden Kernpunkt des Systems, die mittels Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bewerkstelligte Erwirtschaftung von Mehrwert, als unantastbares Konstitutiv des Systems selbst und unumstößliches Regulativ seiner Bemühungen um dessen Erhaltung gelten lässt.

So gesehen, bleibt also dem Staat jener empirisch-pragmatisch gangbare Weg, der seine Volkswirtschaft heimsuchenden kommerziellen Probleme Herr zu werden, die Wertrealisierungskrise zu meistern, in die unter Bedingungen binnenwirtschaftlich mangelnder Kaufkraft und außenwirtschaftlich fehlender Nachfrage der Zwang zur Mehrwertschöpfung seinen Geschäftspartner, das Kapital, verstrickt, systematisch-dogmatisch versperrt. Das Einzige, was der Staat mit seiner Umverteilungspolitik erreichen kann, ist eine vorläufige Entspannung der kommerziellen Lage, eine vorübergehende Entlastung des Marktes, der unter der Last unabsetzbarer Güter und unverwertbarer Dienstleistungen zusammenzubrechen droht. Bleibt der staatlichen Umverteilungspolitik schon versagt, die Mehrwertrealisierungsprobleme des Kapitals definitiv zu bewältigen und nachhaltig zu lösen, so ist ihr doch immerhin gegeben, sie vorläufig unter Kontrolle zu bringen und bis auf weiteres zu entschärfen. Mit dieser vorläufigen Entschärfung der Mehrwertrealisierungsprobleme und Vertagung der hinter ihnen lauernden und das ganze industrielle Produktionssystem mit dem Offenbarungseid konfrontierenden kommerziellen Krise verschafft die staatliche Umverteilungspolitik dem Kapital immerhin die Zeit und Gelegenheit, sei's durch die Erschließung weiterer Märkte und Erzeugung vermehrter Nachfrage, sei's durch die Entwicklung neuer Produkte und Generierung diversifizierter Bedürfnisse seine

akkumulationsbezüglichen Absatzprobleme in den Griff zu bekommen und den Fortgang des um die Mehrwertschöpfung als um sein Alpha und Omega kreisenden Verwertungsprozesses sicherzustellen.

Und eben dieser Effekt einer Entschärfung der Lage, um für die Lösung der kommerziellen Probleme Zeit zu gewinnen beziehungsweise Gelegenheit zu schaffen, ist es ja auch, was der auf dem europäischen Kontinent konzipierten klassischen staatlichen Umverteilungspolitik ihren taktischen Sinn und ihre praktische Perspektive verleiht. Der Staat nimmt vom Kapital, appropriiert direkt oder indirekt einen Teil des durch dessen Wertschöpfungssystem erwirtschafteten Mehrwerts und wendet ihn den lohnarbeitenden Wertschöpfern zu, um zu verhindern, dass die unter Bedingungen des kommerziellen Distributionsmodus, den das Kapital praktiziert, ausgemachte Unrealisierbarkeit des Mehrwerts das Wertschöpfungssystem hic et nunc in den Offenbarungseid treibt, und dem Kapital die betriebliche Galgen- und vertriebliche Schonfrist zu verschaffen, die ihm hoffentlich ermöglicht, mit gegebenenfalls staatlicher Unterstützung beziehungsweise unter notfalls staatlicher Anleitung seiner Mehrwertrealisierungsprobleme doch noch Herr zu werden und den Akkumulationsprozess, wenn auch in moderiertem Umfang, aufrechtzuerhalten beziehungsweise mit reduziertem Tempo fortzusetzen.

Genau hier freilich liegt der entscheidende Unterschied zwischen der Umverteilungspolitik klassischer europäischer Ausprägung und den umverteilungspolitischen Maßnahmen neuen amerikanischen Zuschnitts! Grundlegende Voraussetzung der klassischen Umverteilungspolitik ist ja ein funktionierender beziehungsweise florierender Wertschöpfungsprozess, der es dem Staat erlaubt, das Kapital zur Kasse zu bitten, kapitalen Mehrwert zu appropriieren, um mit ihm seine umverteilungspolitischen Initiativen zu finanzieren. Diese Voraussetzung aber ist im Falle der à l'américaine novellierten, als New Deal figurierenden Umverteilungspolitik gar nicht gegeben. Hier, im Falle der durch die weltweite Krise diktierten Wirtschaftspolitik, ist im Gegenteil die grundlegende Voraussetzung staatlichen Handelns ein nicht funktionierender und fast zum Erliegen gekommener Wertschöpfungsprozess, der das industrielle und agrikulturelle Kapital selbst in finanzielle Nöte bringt und ihm nicht nur die Befriedigung seiner Selbstsucht, die Schöpfung von Mehrwert, verschlägt, sondern ihm nicht einmal mehr erlaubt, genügend Wert

schöpfen zu lassen, um die für die Aufrechterhaltung des Wertschöpfungsprozesses als solchen nötige Entlohnung menschlicher Arbeitskraft zu gewährleisten.

Dieser letztere Umstand zwingt, wie geschildert, den amerikanischen Staat in unmittelbarer Reaktion auf die Krise zu karitativen Not- und sozialen Überbrückungshilfen aus eigener, zu seinem Glück noch gut gefüllter Tasche, die mit Umverteilung im ökonomischen Sinne einer Neuregelung beziehungsweise Adjustierung der auf Kapital und Lohnarbeitskraft entfallenden Anteile am unter dem Äon des ersteren durch letztere geschöpften Wert nichts zu tun haben und vielmehr dem bloß politischen Zweck dienen, der Lohnarbeitskraft ihre Existenz zu erhalten und sie für künftige Verwendung im wieder auf Touren gebrachten Wertschöpfungsprozess verfügbar bleiben zu lassen. Wie sollte angesichts der finanziellen Notlage, in die sich das Kapital und seine Repräsentanten beziehungsweise Funktionäre durch den krisenbedingten Mangel an Wertschöpfung im Allgemeinen und Erwirtschaftung von Mehrwert im Besonderen gestürzt finden, an über jene karitativen Not- und sozialen Überbrückungshilfen hinausgehende Umverteilungsmaßnahmen des Staates überhaupt zu denken sein? Woher sollten die Mittel dafür wohl kommen? Damit sie vorhanden beziehungsweise requirierbar wären, müsste erst einmal wieder der kapitale Produktionsprozess in Gang gekommen und, die Schöpfung von Mehrwert betreffend, erfolgreich am Werke sein. Erst dann bestünde für den Staat die Möglichkeit, auf die bewährte Weise einer fiskalisch und taxalisch verstärkten Teilhabe am wieder sprudelnden oder jedenfalls fließenden Mehrwert das Kapital zur Kasse zu bitten und mit dem dadurch gewonnenen Mehr an Etatmitteln die ad hoc und auf öffentlichen Borg geleisteten Sofort- und Überbrückungshilfen für ein Heer von Arbeits- und Lohnlosen in mit dem ökonomischen Vorausblick, der ihm fehlt, dem Kapital abgerungene und die gesamtgesellschaftliche Kaufkraft zu erhöhen geeignete umverteilungspolitische Zuwendungen an eine wieder wertschöpfende Lohnarbeiterschaft zu überführen.

Und in der Tat ist es diese dem Logos des kapitalen Systems, der Logik der Produktion und Distribution von Wert alias Ausbeutung von Arbeitskraft und Zuteilung von Lebensmittel, gemäße Kondition und Notwendigkeit, von der sich der amerikanische Staat in seinem an die

Sofort- und Überbrückungshilfen der ersten Stunde anschließenden Handeln leiten lässt: Er betrachtet es als seine vordringliche Aufgabe, durch Produktions- und Lieferaufträge ans Wertschöpfungssystem, dadurch mit anderen Worten, dass er in quasi eigener Person in die Konsumentenrolle schlüpft und zu Markte geht, dem industriellen und agrikulturellen Kapital unter die Arme zu greifen beziehungsweise Beine zu machen, ihm zur vermehrten beziehungsweise erneuerten Schöpfung von Wert im Allgemeinen und Mehrwert im Besonderen gleichermaßen den Anreiz und die Handhabe zu bieten. Eben dieser von ihm im Blick auf eine Überwindung der Krise und Sanierung der Volkswirtschaft als primäres Erfordernis wahrgenommenen Aufgabe sucht er durch eine defizitäre Haushaltspolitik, seine Strategie des *deficit spending*, nachzukommen. Nicht eine der Lohnarbeiterschaft zum Wohl gereichende, sozialpolitische Umverteilung um der Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft willen, sondern ein dem Kapital zugute kommendes konsumpraktisches Engagement zwecks Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses gilt ihm als das Gebot der Stunde.

Und recht, will heißen, nach Maßgabe der Logik des Systems betrachtet, konkreter gesagt, sub specie der oben konstatierten und für den Staat als stillen Teilhaber des Kapitals verbindlichen Abhängigkeit des umverteilungspolitischen Spielraums vom wertschöpferisch erzielten Mehrwert, ist die Priorität, die der Staat der Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses mittels *deficit spending* einräumt, ja auch nur konsequent. Schließlich kommt es zu den Umverteilungsmaßnahmen europäischer Provenienz in einer Situation, in der der Wertschöpfungsprozess auf vollen Touren läuft und es darum geht, ihn vor sich selbst und seiner selbstzerstörerischen Dynamik zu schützen und zu bewahren und nämlich zu verhindern oder jedenfalls vorläufig zu vermeiden, dass er an den Wertrealisierungsproblemen scheitert, mit denen sein allzu erfolgreiches Wirken, der allzu reichlich sprudelnde Mehrwert, den er dem Kapital zu erzielen erlaubt, ihn konfrontiert. Die auf eine Verwandlung von Investitionsvermögen in Konsumtionsmittel oder vielmehr eine Rückverwandlung von Mehrwert in Arbeitslohn zielenden staatlichen Umverteilungsmaßnahmen zum Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts sollen mit anderen Worten verhindern, dass der Wertschöpfungsprozess durch das Übermaß an Mehrwert, das er kreiert, in eine durch keine kommerziellen Anstrengungen, die im Rahmen der kommerziellen Distributionslogik

bleiben, mehr lösbare Wertrealisierungskrise stürzt und in ihr zum Erliegen kommt, sollen, bildlich gesprochen, dafür sorgen, dass das mit einem allzu großen Krug zum Brunnen gehende kapitale Kind das geschöpfte Wasser nicht mehr zu heben vermag, Übergewicht bekommt, in den Brunnen fällt und ertrinkt.

Jetzt hingegen, in den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, ist ja die Krise, die jene staatlichen Umverteilungsmaßnahmen zu verhindern dienten, wenn auch vielleicht nicht mit struktureller, dem definitiven Widerspruch zwischen industrieller Produktion und kommerzieller Distribution geschuldeter Notwendigkeit, so jedenfalls doch mit funktioneller, durch das situative Missverhältnis zwischen wirtschaftlichem Leistungsvermögen und gesellschaftlicher Kaufkraft bedingter Zwangsläufigkeit tatsächlich eingetreten oder, besser gesagt, ausgebrochen. Eben das, was die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen sichern und am Leben erhalten sollten, die Schöpfung von Wert im Allgemeinen und von Mehrwert im Besonderen, ist durch die große Wertrealisierungskrise wenn nicht vollständig zum Erliegen gekommen, so jedenfalls doch einer weitgehenden Stockung und Lähmung verfallen, und insofern fehlen für eine Umverteilungspolitik europäischer Provenienz gleichermaßen die Materie, der erforderliche abzuschöpfende Mehrwert, und das Motiv, die Bewahrung des Wertschöpfungsprozesses vor Überhitzung und Kollaps, vor eben dem also, was mittlerweile passiert und Fait accompli ist.

Das Kind, um im obigen Bild zu bleiben, ist bereits, von seinem allzu schweren Krug hinabgezogen, in den Brunnen gefallen, und was deshalb jetzt nottut, sind keine den Krug betreffenden, sein Gewicht zu verringern geeigneten staatlichen Entlastungs- und Erleichterungsmaßnahmen, sondern ist schlicht und einfach die Bereitschaft und Entschlossenheit des Staates, das in den Brunnen gefallene Kind zu bergen und, wenn irgend möglich, aus seinem Lähmungszustand zu erwecken und wiederzubeleben. Nicht umverteilungspolitische, die gesellschaftliche Konsumtionskraft stärkende Zuwendungen an die Lohnarbeiterschaft, sondern wirtschaftspolitische, die industrielle und agrikulturelle Produktionsbereitschaft fördernde Anreize fürs Kapital sind deshalb das Gebot der Stunde, und genau diesem Gebot leistet der Staat mit seiner defizitären Haushaltspolitik und der Auftraggeber- und Konsumentenrolle, die ihm letztere ermöglicht, Folge. So gewiss umverteilungspolitische

Initiativen ihr Realfundament in einem funktionierenden Wertschöpfungsprozess und dem Profit haben, den dieser abwirft, und so gewiss Kernpunkt der zur Weltwirtschaftskrise ausgeuferten ökonomischen Probleme, mit denen sich der Staat konfrontiert sieht, die Dysfunktionalisierung und Lähmung des Wertschöpfungsprozesses und die Aussetzung und Vereitelung der mittels seiner betriebenen Mehrwertschöpfung ist, so gewiss genießt auf der staatlichen Agende die Wiederankurbelung des Wertschöpfungsprozesses unbedingte Priorität und ist an Umverteilungsinitiativen nicht oder frühestens wieder zu denken, wenn diese vordringliche Aufgabe erledigt ist, und scheinen solche Initiativen unter den gegebenen Umständen denkbar abwegig beziehungsweise fehl am Platze.

Dass sie dennoch in Betracht kommen und der amerikanische Staat sie tatsächlich auch ergreift, hat seinen Grund in dem oben den Marktgesetzen im Allgemeinen und den Gesetzen des Arbeitsmarktes im Besonderen zur Last gelegten Umstand, dass sich ohne sie die vordringliche Aufgabe der wirtschaftlichen Belebung als unerfüllbar beziehungsweise ihre Erfüllung als massiv gehandikapt erweist. Unabdingbare Implikation und in der Tat konstitutives Element der Krisenbewältigung durch eine mittels staatlichem *deficit spending* betriebene Restitution des Wertschöpfungssystems ist, wie erläutert, die actu der Wiederankurbelung der industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungsprozesse effektuierte Schaffung neuer Lohnarbeitsplätze und die Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft, in der die zahlenmäßig zunehmende Lohnarbeiterschaft oder vielmehr die wachsende Lohnsumme, die diese zu Markte trägt, resultiert. Diese der Verbesserung der Beschäftigungslage geschuldete Zunahme der gesellschaftlichen Nachfrage nämlich vindiziert dem Wertschöpfungsprozess ein Moment von eigenerzeugtem Impetus oder selbsttragendem Aufschwung und entlastet den Staat in seiner per *deficit spending ü*bernommenen Konsumenten- und Abnehmerrolle, stellt mit anderen Worten sicher, dass der in Ermangelung inländischer und ausländischer bürgerlicher Kaufkraft vom Staat zu realisierende Teil des neu geschöpften Werts nur in relativer Proportion, nicht aber in absoluter Dimension wächst, dass mit anderen Worten vom dank staatlicher Konsumentenrolle neu geschöpften Wert ein dem wachsenden Mehrwert entsprechend wachsender Teil in die Subsistenz der Wertschöpfer fließenden Werts seine kommerziellen Abnehmer alias kapitalen Einlöser findet.

Zwar, die angesichts der Schwäche der in- und ausländischen Nachfrage akute Sorge um die Realisierung des Mehrwerts bleibt dem Staat, aber immerhin ist durch die mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze, die die Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses impliziert, beziehungsweise durch die daraus resultierende Vergrößerung des Arbeitslohnaufkommens gewährleistet, dass die Gesellschaft ihm, dem Staat, einen dem größeren Lohnaufkommen entsprechenden Teil der Sorge abzunehmen vermag.

Und genau diese Gewährleistung aber drohen nun die gemäß der liberalistischen Verfassung der amerikanischen Volkswirtschaft frei wirkenden Marktgesetze zu torpedieren und zunichte zu machen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, zu der die große Wertrealisierungskrise und die aus ihr folgende Wertschöpfungsparalyse führen, herrscht auf dem Arbeitsmarkt ein Überangebot an Lohnarbeitskräften und sind, dem zentralen Marktgesetz, der reziproken Beziehung zwischen Angebot und Nachfrage zufolge, Arbeitskräfte wohlfeil zu haben. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht deshalb Hand in Hand mit einem Sinken des allgemeinen Lohnniveaus und einer dadurch bedingten Stagnation oder gar Reduktion des Lohnaufkommens, so dass, was sich der Staat als Nebeneffekt seiner Ankurbelung der Wertschöpfung mittels defizitärer Haushaltspolitik erhofft, die Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft, nur in geringem Maße eintritt oder gar ausbleibt und die mehr oder minder ganze Last der Realisierung des neu geschöpften Werts an ihm, dem Staat, hängen bleibt, er also mangels inländischer und ausländischer bürgerlicher Kaufkraft gezwungen ist, den gesamten wirtschaftlichen Aufschwung aus geborgt eigener Kraft beziehungsweise auf kreditiert gepolsterten Schultern zu tragen, sprich, ihn unabsehbar defizitär zu finanzieren, um den Preis unaufhörlichen Schuldenmachens zu erkaufen.

Ausschließlich der Verhinderung jenes liberalistisch-lohndrückerischen Effekts der Massenarbeitslosigkeit, der das dem kapitalen Kreislauf von Staats wegen injizierte Moment von gesundungsprozessualer Eigendynamik, die Selbstheilungskomponente des mittels haushaltspolitischer Medikamentierung wieder in Gang gebrachten Wertschöpfungsprozesses, zu torpedieren und zunichte zu machen droht, dient der Rekurs des amerikanischen Staates auf Umverteilungsmaßnahmen europäischer Provenienz. Anders als diese zielen die New-Deal-Maßnahmen des amerikanischen Staates nicht darauf, dem wertrealisierungsbedingten Kollaps

eines metabolisch über die Stränge schlagenden Wertschöpfungsorganismus vorzubeugen und letzterem auf diätetischem beziehungsweise phlebotomischem Weg wieder zu einem gesunden Stoffwechsel und stabilen Kreislauf zu verhelfen, sondern sind einzig und allein darauf gerichtet, einem kollabierten und mit der Müh und Not staatlichen Engagements wiederbelebten Wertschöpfungssystem die ungestörte Rekonvaleszenz zu ermöglichen und mit anderen Worten durch Schonkost und Aderlässe Sorge dafür zu tragen, dass der geschwächte Organismus sich nicht durch eine allzu rasche und rücksichtslose Stärkung und Erholung in seiner Kapazität und Funktionsfähigkeit gleich wieder überfordert findet und abermals kollabiert.

Mit dem New Deal, der in puncto seines namengebenden sozialpolitischen Anspruchs ohnehin ein Etikettenschwindel ist, gelingt es dem amerikanischen Staat nicht, eine nennenswerte Erhöhung der gesellschaftlichen Konsumkraft zu erreichen, geschweige denn, die Wirtschaft zur eigenständigen Realisierung des kraft seiner Initiative geschöpften Mehrwerts zu disponieren, und so dümpelt in den dreißiger Jahren das Wertschöpfungssystem der USA in einem von der staatlichen Wellenmaschine mit Müh und Not in Bewegung gehaltenen Fluss dahin.

Nicht strategisch-positiv den dem volkswirtschaftlichen Organismus drohenden Krankheitsausbruch verhüten und abwenden, sondern taktisch-negativ den zur Überwindung der volkswirtschaftlichen Krankheitsfolgen in Gang gebrachten Gesundungsprozess flankieren und gegen in letzterem selbst lauernde Störungen absichern - das ist die entschieden begrenzte und vergleichsweise bescheidene Zielvorgabe, die der amerikanische Staat mit seinen in Anlehnung an das europäische Vorbild ergriffenen umverteilungspolitischen Maßnahmen verfolgt. Eine Zielvorgabe, der nachzukommen und gerecht zu werden, ungeachtet ihrer funktionellen Begrenztheit und intentionalen Bescheidenheit weit heikler ist und weit schwerer fällt, als bei der umfassenderen und anspruchsvolleren Zielsetzung der europäischen Umverteilungspolitik der Fall. Letztere, die dazu dient, zu verhindern, dass die Schöpfung eines strukturellen alias absoluten Übermaßes an Mehrwert eine universale Wertrealisierungskrise heraufbeschwört, kann, weil ja der Wertschöpfungsprozess auf vollen Touren läuft und eben jenes Übermaß an Mehrwert zur Verfügung steht,

aus dem Vollen schöpfen, ohne dass sie gleich Gefahr läuft, den Wertschöpfungsprozess als solchen abzuwürgen. Erstere, die als New Deal figurierende Umverteilungspolitik hingegen, die nur darauf aus ist, die Schöpfung eines situativen alias relativen Zuviel an Mehrwert zu verhindern und so den Wertschöpfungsprozess zu verstetigen beziehungsweise ihm Nachhaltigkeit zu sichern, muss, weil der Wertschöpfungsprozess eben erst wieder mit staatlicher Hilfe in Gang gekommen und der geschöpfte und für umverteilungspolitische Maßnahmen zur Verfügung stehende Mehrwert noch entsprechend gering und von zarter Konstitution ist, leise treten und rücksichtsvoll vorgehen und sich in der Tat zu einer Art Gratwanderung, um nicht zu sagen, einem Drahtseilakt verstehen.

Zwecks Vereitelung der in der Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft mittels Schaffung neuer Arbeitsplätze bestehenden Selbstheilungseffekte des Wertschöpfungssystems durch die sich liberalistisch-lohndrükkerisch zur Geltung bringenden Marktgesetze muss der Staat sozialpolitische Maßnahmen ergreifen, um die Lohnniveaus zu stabilisieren beziehungsweise zu korrigieren, muss er mit anderen Worten via directa oder modo obliquo Mehrwert umverteilen. Aber eigentlich ist in dieser staatshaushälterisch induzierten Rekonvaleszenzphase des Wertschöpfungssystems für solche Umverteilungsmaßnahmen noch gar nicht genug Mehrwert vorhanden, und deshalb läuft der Staat mit jeder seiner diesbezüglichen Maßnahmen Gefahr, dem Kapital seinen in der Mehrwertschöpfung bestehenden existenziellen Beweggrund zu verschlagen, seine verwertungsprozessuale raison d'être zu rauben, und die Stetigkeit und Nachhaltigkeit, die er durch die Umverteilungspolitik dem Rekonvaleszenzprozess zu vindizieren sucht, in einen Stillstand des Erholungsvorgangs zu verkehren, in einen Abbruch des Genesungsverfahrens umschlagen zu lassen.

Von der Gratwanderung, zu der die vom amerikanischen Staat statt als Regulativ für einen kapitalen Entfaltungsprozess, der produktivkräftig über die Stränge schlägt, vielmehr als Korrektiv für einen kapitalen Erholungsprozess, der sich marktgesetzlich selber ein Bein stellt, eingesetzte Umverteilungspolitik gerät, legen die Halbherzigkeit und der Stückwerkcharakter der staatlichen Maßnahmen beredtes Zeugnis ab. Eben weil, was der Staat qua umverteilungspolitische Initiativen in Anwendung bringt, um den ökonomischen Erholungsprozess gegen alle marktgesetzlichen Störmanöver und Durchkreuzungseffekte auf Kurs zu

halten, wegen der konstitutionellen Schwäche des gerade erst von seiner Krisenbahre auferstandenen kapitalen Lazarus immer gleich droht, dem Rekonvaleszierenden das bisschen Lebenskraft, das ihm das staatliche *deficit spending* eingehaucht hat, zu entziehen und ihn erneut auf die Bahre niederzustrecken, verlässt ihn, den Staat, der Mut und fehlt ihm die Entschlossenheit, seine Initiativen mit letzter Konsequenz zu verfolgen und mit systematischer Stringenz ins Werk zu setzen. Was er in Anlehnung an europäische Vorbilder unter dem Namen eines Social Security Act, eines Gesetzes zur sozialen Absicherung der Lohnarbeiterschaft, auf den Weg bringt, lässt er, intentional gespalten und von zwei Seelen in der Brust umgetrieben, auf halber Strecke im Stich, indem er große Teile der lohnarbeitenden Bevölkerung, Landarbeiter, Hausangestellte und Selbständige, Geringverdiener, die sich in der weit überwiegenden Zahl aus den Reihen der Schwarzen rekrutieren, von der gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung mit dem Argument, dass letztere andernfalls nicht finanzierbar sei, ausschließt und auf die Einführung einer öffentlichen Krankenversicherung überhaupt verzichtet.

Die Charakterisierung der vom amerikanischen Staat unter der Rooseveltschen Ägide betriebenen Wirtschaftspolitik als New Deal erscheint demnach in zweifacher Hinsicht als Etikettenschwindel. Nicht nur täuscht die Etikettierung darüber hinweg und eskamotiert, dass das zentrale Anliegen dieser Wirtschaftspolitik eben ein wirtschaftspolitisches, nämlich die mittels staatlichen Konsums auf Basis einer defizitären Haushaltpolitik ins Werk gesetzte Anregung und Förderung industrieller und agrikultureller Wertschöpfung, ist und dass die als New Deal namengebende sozialpolitische Komponente nichts weiter ist als eine durch die liberalistische Verfassung der amerikanischen Volkswirtschaft erzwungene flankierende korrektive Maßnahme, die sicherstellen soll, dass sich der ökonomische Selbstheilungseffekt, den sich der Staat von seiner Wirtschaftspolitik verspricht, nicht marktgesetzlich konterkariert und der auch und wesentlich auf diesen Selbstheilungseffekt angewiesene Gesundungsprozess des Wertschöpfungssystems nicht schon quasi im Keim erstickt findet. Die Etikettierung verschweigt und unterschlägt auch und mehr noch, dass es mit dem sozialpolitischen Unterfangen als solchem nicht zum Besten bestellt ist und der Staat seine umverteilungspolitischen Maßnahmen aus Angst davor, das noch fragile und in Sachen Mehrwertschöpfung vergleichsweise kraftlose Kapitalpflänzchen

überzubeanspruchen und gar zu erdrücken, entweder inkonsequent und durch allerlei Einschränkungen und Ausnahmeregelungen verwässert in die Tat umsetzt oder vorläufig sogar aussetzt beziehungsweise überhaupt auf sie verzichtet.

Nicht genug damit also, dass die qua New Deal implementierte Umverteilungspolitik keine originäre und selbstbestimmte staatliche Initiative zur Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft, sondern nur ein flankierendes staatliches Manöver, eine vom Staat notgedrungen ergriffene Hilfsmaßnahme ist, um eine weitere Schwächung der gesellschaftlichen Konsumkraft durch die kommerzielle Eigengesetzlichkeit des vom Staat geförderten industriellen Wertschöpfungssystems, mithin eine Vereitelung des ökonomischen Selbstheilungseffekts, den sich der Staat von seiner Förderung des Wertschöpfungsprozesses erhofft, zu verhindern! Als bloße, sozialpolitisch flankierende Maßnahme zur Absicherung des kapitalprozessualen Erholungsprozesses, als die der Staat sie einsetzt, zeigt sich diese qua New Deal praktizierte Umverteilungspolitik darüber hinaus noch nicht einmal imstande, die ihr zugewiesene Aufgabe angemessen zu erfüllen, eben weil das staatliche Bemühen, den wirtschaftlichen Erholungsprozess zu verstetigen und Nachhaltigkeit gewinnen zu lassen, in unheilbaren Widerspruch zur staatlichen Besorgnis gerät, dem Erholungsprozess durch solche Verstetigung und Untermauerung die ihn tragende Motivation beziehungsweise treibende Energie zu entziehen. Weil den Dreh- und Angelpunkt jeglicher Umverteilungspolitik der staatliche Zugriff auf den kapitalen Mehrwert bildet und weil hier, im Falle der als New Deal ins Werk gesetzten Umverteilungspolitik, der Staat in der Furcht lebt, durch seinen Zugriff auf den Mehrwert die noch schwache Konstitution des gerade erst wieder belebten Wertschöpfungssystems zu überfordern und letzterem sein bisschen Lebenskraft zu rauben, verzichtet er auf eine konsequente Durchführung beziehungsweise systematische Anwendung seiner sozialpolitischen Hilfsmaßnahmen, mit der Folge, dass diese das, was sie immerhin leisten sollen, nämlich die Konterkarierung einer wegen des Überangebots an Lohnarbeitskraft dem Kapital liberalistisch ermöglichten verstärkten Ausbeutungspraxis und Sicherung des dank vermehrter Lohnarbeit erhöhten gesellschaftlichen Kaufkraftniveaus, nicht einmal zu vollbringen taugen.

Und wie der Staat aus Angst vor der eigenen sozialpolitischen Courage, genauer gesagt, aus Furcht vor den Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Folgen seiner sozialpolitischen Eingriffe, es mit seiner Umverteilungspolitik nicht einmal schafft, eine dem Wirtschaftswachstum, das er in Gang bringt, proportional korrespondierende und als wertschöpferische Selbstheilungskomponente apostrophierte Erhöhung der gesellschaftlichen Kaufkraft durch Zunahme des qua Arbeitslohn auf die Wertschöpfer entfallenden Anteils am geschöpften Wert zu gewährleisten, so gelingt es ihm mit seiner solchermaßen gehandikapten Umverteilungspolitik selbstredend schon gar nicht, das oben konstatierte Hauptproblem des von ihm per *deficit spending* in Gang gebrachten kapitalen Produktionsprozesses zu lösen und nämlich die gesellschaftliche Kaufkraft beizuschaffen, die nötig wäre, um den dem Kapital zufallenden Anteil am geschöpften Wert, den Mehrwert, auf dem Markt aus seiner naturalen Gestalt in seine kapitale Form zu überführen, kurz, als Wert sans phrase, als für die Selbstverwertung alias Kapitalisierung verfügbares allgemeines Äquivalent zu realisieren.

Bei Strafe der praktischen Demotivierung und faktischen Demontage des kapitalen Produktionssystems beziehungsweise seines Wertschöpfungsprozesses kann und darf keine staatliche Umverteilungspolitik die Schöpfung von Mehrwert als solche konterkarieren und in toto unterbinden, sondern höchstens und nur deren verteilungsproportionalem Ausmaß und verwertungsprozessualem Tempo Schranken setzen. Und nicht weniger bei Strafe der praktischen Demotivierung und faktischen Demontage des kapitalen Produktionssystems ist jede auf dem Wertschöpfungsprozess fußende, sprich, bürgerlich verfasste Gesellschaft darauf angewiesen, für diesen produzierten Mehrwert binnen- und außenwirtschaftliche Käufer und Abnehmer zu finden, die über nicht bereits dem Wertschöpfungssystem integriertes allgemeines Äquivalent verfügen, mit dem sie den Mehrwert aus seiner naturalen Gestalt in seine kapitale Form zu überführen, kurz, als kapitalen Zugewinn zu realisieren vermögen. Genau an dieser zur Realisierung des Mehrwerts erforderlichen binnen- und außenwirtschaftlichen Kaufkraft aber mangelt es unter den Bedingungen der großen Absatzkrise, die das Potlatch des Weltkrieges und die Kluft, die in der Nachkriegszeit zwischen galoppierender Produktionsleistung und stagnierender Konsumtionskapazität aufreißt, heraufbeschwören. Eben deshalb sieht sich der Staat ja gezwungen,

mittels defizitärer Haushaltspolitik in die Bresche zu springen und als ersatzbildnerischer Großkonsument den Mangel an für die Realisierung des Mehrwerts relevanter Kaufkraft zu kompensieren.

Von dieser kompensatorischen Aufgabe können den Staat keine umverteilungspolitischen Maßnahmen entbinden. Von ihr entbinden könnte ihn nur eine dem Wachstum der Wertschöpfungsleistung, das er durch sein *deficit spending* initiiert, entsprechende Rekrutierung neuer bürgerlicher Konsumenten beziehungsweise weiterer gesellschaftlicher Konsumkraft, die ihre relative Unabhängigkeit vom Wertschöpfungssystem, dies mit anderen Worten, dass das allgemeine Äquivalent, mit dem sie zu Markte gehen, anderen Quellen als dem Wertschöpfungssystem entstammt und von letzterem noch nicht oder jedenfalls noch nicht wieder als Zirkulationsmittel vereinnahmt ist, für das Mehrwertrealisierungsgeschäft qualifiziert. An beidem, den neuen Konsumenten und der weiteren Konsumkraft, aber mangelt es rebus sic stantibus, und deshalb muss der Staat so lange mit seinem *deficit spending* fortfahren, muss er so lange kapitale Kompensation für den Mangel leisten, bis es gelungen ist, reale Abhilfe für ihn zu schaffen.

Umverteilungspolitische Maßnahmen sind in der gegebenen Situation zu nichts weiter nutze, als zu verhindern, dass die liberalistischen Marktgesetze das im wirtschaftlichen Erholungsprozess, den der Staat durch sein *deficit spending* initiiert, implizierte Selbstheilungsmoment zunichte macht und so den vom Staat zu kompensierenden Mangel an Konsumkraft noch weiter verschärft. Weil solche Maßnahmen aber auf Kosten des rekonvaleszierenden Kapitals beziehungsweise der Mehrwertschöpfung, die ihm Heilung bringen soll, gehen und damit drohen, dem Kapital den guten Grund seiner Rekonvaleszenz, den ihm qua Mehrwert erwachsenden Lebensmut streitig zu machen, wo nicht gar zu verschlagen, traut sich der Staat nicht einmal, sie ernsthaft und konsequent auf die Probe ihrer Nützlichkeit zu stellen, und nimmt lieber die Verschärfung des Mangels an Konsumkraft durch die frei wirkenden Marktgesetze und die zusätzliche Belastung in Kauf, die seinem auf Kompensation des Mangels angelegten defizitären Haushalt dadurch entsteht.

Auch der umverteilungspolitische Initiativen ergreifende amerikanische Staat bleibt also ein an sein Geschäft, die Aufgabe, das volkswirtschaftliche Boot aus haushaltspolitisch eigener Kraft oder vielmehr

aufgenommenem Kredit in Fahrt zu halten, unabsehbar gefesselter stygischer Fährmann. Zwar holt er mittels jener umverteilungspolitischen Maßnahmen Ruderknechte ins Boot, die ihm helfen sollen, den liberalistischen Wasserwiderstand zu überwinden, aber weil die ihre Treibkraft bloß aus der von ihm erzeugten Antriebsenergie ziehen, drohen sie, statt zu letzterer beizutragen, ihr vielmehr Abtrag zu tun und sie womöglich zunichte zu machen, und scheut er deshalb davor zurück, diese zweifelhaften Gehilfen uneingeschränkt zu Werke gehen zu lassen. Weit entfernt davon, ihn in seiner Großkonsumentenrolle entlasten zu können, von Ablösung ganz zu schweigen, erweisen sich die umverteilungspolitisch rekrutierten lohnarbeiterschaftlichen Ruderknechte, eben weil er sie nur halbherzig als Helfershelfer einzusetzen wagt, als ein zusätzlicher Ballast, der ihm die Aufgabe, das volkswirtschaftliche Boot in Fahrt zu halten, eher noch erschwert und ihn nämlich zu noch größeren kompensatorischen Anstrengungen alias Ersatzleistungen bei der für die Aufrechterhaltung des Wertschöpfungsprozesses, den er durch seine defizitäre Haushaltspolitik in Gang bringt und in Gang hält, unabdingbaren Mehrwertrealisierung zwingt.

Zu den konsumtiven Ersatzleistungen, die er mit seiner defizitären Haushaltspolitik finanziert, findet sich der Staat, um dem kategorischen Imperativ allen Kapitalprozesses, der Schöpfung von als solcher realisierbarem Mehrwert Genüge zu leisten, unverändert gezwungen, und es ist nicht absehbar, wie ihm unter den gegebenen Bedingungen einer durch den Weltkrieg zerrütteten und von der Produktivkraft, die dem reparierten Wertschöpfungssystem der Nachkriegszeit die kapitale Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie verleiht, überholten und abgehängten gesellschaftlichen Kaufkraft im eigenen Land und bei den internationalen Handelspartnern jemals gelingen soll, das, was an gesellschaftlicher Kaufkraft fehlt, aufzutreiben beziehungsweise im Zuge und in der Konsequenz des von ihm angeheizten Wertschöpfungsprozesses ins Spiel und zum Tragen zu bringen und so ohne Gefährdung der Kontinuität oder gar Vitalität des ganzen Prozesses seine konsumtive Ersatztätigkeit wieder los zu werden.

Mit seiner etikettenschwindlerisch als New Deal verkauften defizitären Wirtschaftspolitik schafft er es zwar, die industrielle und agrikulturelle Wertschöpfung zu reanimieren und sie nicht nur wieder in Gang zu setzen, sondern auch mehr schlecht als recht in Gang zu halten, aber

strukturell abhängig von seiner Substitutsrolle in Sachen Wertrealisierung und permanent angewiesen auf sie, bleibt diese Wertschöpfung bar jeder selbsttragenden Schwungkraft alias konjunkturellen Eigendynamik und dümpelt die dreißiger Jahre hindurch am Rande einer ohne staatliche Hilfe und Förderung immer drohenden Stagnation und Paralyse dahin. So sehr er sich bemüht, durch sein von einer halbherzigen Sozialpolitik flankiertes *deficit spending* die industriellen und agrikulturellen Wertschöpfungssysteme wieder aufzurichten und aufrechtzuerhalten, sie stehen unabänderlich auf den tönernen Füßen dieser seiner staatskonsumtiven Intervention und reißen, bar aller Aussicht auf wirksame Erholung und echte Gesundung, ihn, ihren tragenden Mäzen und stützenden Atlas, immer tiefer in die Misere der wachsenden Verschuldung, mit der er seine konsumtive Dienstleistung bezahlt, hinein, treiben ihn immer näher an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs, der die Frucht der durch seine bodenlose Wirtschaftspolitik, sein Setzen und Harren auf eine ökonomische Selbstheilung, für die dem System jede organische Grundlage beziehungsweise metabolische Voraussetzung fehlt, verspielten Kreditwürdigkeit und heraufbeschworenen Zahlungsunfähigkeit ist.

Unter den Bedingungen einer nationalen und internationalen wirtschaftlichen Situation, deren Charakteristikum eine ebenso wirtschaftskrisenbedingt wie weltkriegsverschuldet fehlende gesellschaftliche Konsumkraft und ein dementsprechend chronischer Mangel an kommerzieller Nachfrage ist und in der der Staat sich deshalb gezwungen sieht, zur Wiederbelebung und Ankurbelung der industriellen und agrikulturellen Wertschöpfung den Mangel an kommerzieller Nachfrage mittels der geborgten Konsumkraft, die ihm ein defizitärer Haushalt verschafft, zu kompensieren, ohne dass sich dadurch am factum brutum der fehlenden gesellschaftlichen Konsumkraft etwas Wesentliches ändern und also verhindern lässt, dass das von ihm mit Aufträgen versorgte und durch Nachfrage aufgepäppelte Wertschöpfungssystem am Tropf dieser staatskonsumtiven Ersatzleistungen dauerhaft hängt und in der Tat unabsehbar hängen bleibt - in einer solchen Situation scheint der Weg in den Staatsbankrott unabwendbar vorgezeichnet und nichts in Sicht, was die Generalität der bürgerlichen, kapitalistisch verfassten Gesellschaft, die als Etat institutionalisierte Staatsmacht, vor diesem Schicksal bewahren könnte.

Kapitel Vier

Geboren unter dem Unstern von Weimar: Die behinderte Republik

Der Verlierer des Weltkriegs, das holterdiepolter zur Republik erklärte Deutsche Reich, wird gleich anfangs von einer zur Superinflation entgleisenden Geldentwertung heimgesucht, die, so sehr sie ihren reellen Grund in staatlicher Mittellosigkeit und Reparationsforderungen der Siegerstaaten haben mag, ihre funktionelle Dynamik und Durchschlagskraft erst dadurch gewinnt, dass die bürgerliche Klasse auf sie mit einer panischen Regression auf das pragmatisch längst abgedankte und nur noch dogmatisch beibehaltene zwieschlächtige Währungssystem der bürgerlichen Vergangenheit reagiert und mit dem papierenen Geld ein Autodafé ad majorem gloriam der regressiv hochgehaltenen Goldwährung veranstaltet.

Dank einer zur diabolischen Fügung geratenden politisch-militärischen Deklination des systematisch-ökonomisch vorgezeichneten historischen Verlaufs findet sich indes der als Wirtschafts- und Weltmacht maßgebende Lenker und führende historische Akteur, der amerikanische Staat, von diesem scheinbar unabwendbaren Schicksal in dem ironischen Sinne verschont, dass er vor dem via New Deal mittelfristig schleichenden finanziellen Bankrott und langfristig drohenden ökonomischen Zusammenbruch ebenso kurzerhand wie rasch entschlossen seine Zuflucht zu einer von akuter Aggressivität geprägten ideologischen Konfrontation und einem daraus als weiterer und noch umfänglicherer Weltkrieg resultierenden militärischen Konflikt nehmen kann. Urheber dieser politisch-historischen Deklination beziehungsweise Ursache der militärischen Entlastung und ökonomischen Verschonung, die sie mit sich bringt, ist der

Verlierer des großen Krieges, das Deutsche Reich, beziehungsweise die fatale Entwicklung, die letzteres nach dem Krieg nimmt.
Das unter dem Eindruck der sozialen Unruhen und revolutionären Motionen in unmittelbarer Reaktion an den verlorenen Krieg holterdiepolter in eine Republik wenn schon nicht reell umgewandelte, so jedenfalls doch institutionell umgerüstete deutsche Kaiserreich stürzt drei Jahre nach Kriegsende in eine tiefe Währungskrise. Causa efficiens der zwei Jahre als galoppierende Inflation wütenden Geldentwertung ist die Bereitschaft des kriegskostenbedingt hochverschuldeten deutschen Staates beziehungsweise die unwiderstehliche Versuchung, der ihn seine dramatische Verarmung aussetzt, seinen finanziellen Verpflichtungen und etatmäßigen Anforderungen durch einen verstärkten Einsatz der staatlichen Notenpresse, kurz, durch Gelddruckerei nachzukommen. Und causa sufficiens der rasanten inflationären Entwicklung sind die massiven Reparationszahlungen, die die Siegermächte zwecks Entschädigung und Vergütung der ihnen durch den Krieg entstandenen materialen Schäden und personalen Verluste dem unterlegenen und in republikanischer Form kontinuierten deutschen Kaiserreich aufbürden und die es im Wesentlichen aus den staatlichen Goldreserven, dem Staatsschatz sensu strictiori, bestreiten muss.

Empirisch-indirekt befördert die Verpflichtung zu Reparationsleistungen die inflationäre Entwicklung, weil das Deutsche Reich, verarmt, wie es ist, seine reparative Zahlungsverpflichtung nicht oder jedenfalls nicht fristgemäß zu erfüllen vermag, weil daraufhin die ihm unmittelbar benachbarten Siegermächte zur Pfändung schreiten und zwecks Eintreibung der Kriegsschulden eine der wichtigsten Industrieregionen des Reiches, das Ruhrgebiet, besetzen, um sich an dessen infrastrukturellen Sachwerten und industriellen Erzeugnissen schadlos zu halten, und weil diese massive Unterminierung und Störung des gerade erst wieder in Gang gekommenen industriellen Wertschöpfungsprozesses und die Aufwendungen für den dagegen organisierten Widerstand die Finanznot des Staates noch vergrößern und ihm die Geldgenerierung mittels Notenpresse als scheinbar kommoden Ausweg aus seiner Not unwiderstehlich nahelegen. Vor allem aber und entscheidender resultieren die Reparationsleistungen systematisch-direkt in einer zur galoppierenden Inflation durchschlagenden Geldentwertung, weil der reparationsbedingte Abfluss

staatlicher Goldreserven die Währung ihres nicht zwar arbeitspraktisch-materialen, wohl aber austauschtechnisch-monetären Realfundaments beraubt.
Dabei ist die Rede von Realfundament cum grano salis zu verstehen. Sie setzt voraus beziehungsweise impliziert, dass das im achtzehnten Jahrhundert in der Konsequenz der Einführung des Papiergelds etablierte zwieschlächtige Währungssystem, nämlich die Rückbindung des papieren-kursorischen Geldes an und seine Bestätigung durch eine thesaurisch-edelmetallene Währung, mit anderen Worten die Untermauerung und Substantiierung des auf dem Markt kursierenden gedruckten Zahlungsmittels durch einen vom Staat in Reserve zu haltenden gemünzten Thesaurus, nach wie vor unverändert in Geltung und, mehr noch, im Sinne des seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts qua Goldstandard forcierten Dogmatismus eines zwischen beiden Währungsformen strikt zu wahrenden Äquilibriums in Kraft ist.

Eingeführt und durchgesetzt von der bürgerlichen Klasse, der Fraktion des kommerziellen Austauschs und des durch ihn hervorgetriebenen industriellen Wertschöpfungssystems, wird, wie andernorts* ausführlich dargestellt, das zwieschlächtige Währungssystem zur Steuerung und Kontrolle der staatlichen Finanzpolitik, um mit anderen Worten den das papierene Geld, durchaus zu Nutz und Frommen kapitalistischen Wirtschaftens, aufs Tapet bringenden frühbürgerlichen Staat absolutistischer Fasson davon abzuhalten, mit dieser neuen Erscheinungsform allgemeinen Äquivalents Schindluder zu treiben, will heißen, eine nur von eigenen, herrschaftlichen Konsumtionsbedürfnissen und Glorifikationsansprüchen diktierte und ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Produktionsprozess, die Schöpfung von Sachwert, praktizierte Geldvermehrung ins Werk zu setzen und damit eine inflationäre Entwicklung, eine Entwertung der Geldwertmenge, mit der der Markt deren Missverhältnis zur durch den Wertschöpfungsprozess geschöpften Sachwertmenge ahndet, auszulösen oder ihr jedenfalls Vorschub zu leisten - mit allen für das in Geldform vorhandene gesellschaftliche Haben in genere und bürgerliche Guthaben in specie und damit letztlich auch für das Wertschöpfungssystem selbst, das zur kommerziellen Realisierung der von ihm geschöpften Sachwerte auf eben jenes geldliche Haben und Guthaben beziehungsweise auf die mit beidem gegebene Subsistenz- und

Konsumkraft angewiesen ist, nachteiligen beziehungsweise verderblichen Folgen.

So sehr sich das zwieschlächtige Währungssystem in Ansehung seines finanzpolitischen Zwecks, der Lenkung und Kontrolle des Umgangs der staatlichen Herrschaft mit der von ihr ins Spiel gebrachten neuen Äquivalentform, des papieren kursierenden Zahlungsmittels, als effektives Instrument bewährt, so sehr erweist es sich indes in wirtschaftspolitischer Hinsicht, also in Anbetracht der Stärkung und Entfaltung des auf das papierene Äquivalent als Zirkulationsmittel, als für den wertschöpferischen Motor unentbehrliches Getriebe, angewiesenen Wertschöpfungssystems selbst als durchaus kontraproduktiver Mechanismus, nämlich als ein den Wertschöpfungsprozess mehr und mehr einschnürendes Korsett, um nicht zu sagen, in zunehmendem Maße paralysierende Zwangsjacke. Die fortdauernde Stärkung und Entfaltung des Wertschöpfungssystems resultiert ja in einer korrespondierenden Zunahme und Vergrößerung der durch den Wertschöpfungsprozess produzierten Sachwertmenge, zu deren kommerzieller Realisierung, ihrer Überführung in sub conditione der neuen Zahlungsweise nicht mehr sowohl klingende Münze als vielmehr knisterndes Papier, eine entsprechend fortdauernde Ausweitung und Vermehrung der papieren kursierenden Geldwertmenge erforderlich ist. Unterbleibt diese der Vergrößerung der Sachwertmenge entsprechende Vermehrung der Geldwertmenge, so ist die Konsequenz eine als deflationärer Preisverfall durchschlagende Aufwertung des Geldwerts alias Abwertung des Sachwerts, was die Gewinnerwartungen des Wertschöpfungssystems durchkreuzt, ihm den für es grundlegenden Anspruch auf Akkumulation von wiederum als Kapital einsetzbarem Mehrwert verhagelt und es damit demotiviert, seiner Antriebsenergie beraubt.

Nach Maßgabe aber des von der bürgerlichen Klasse geltend gemachten und zum Goldstandard verschärften zwieschlächtigen Währungssystems, also der äquilibristischen Rückbindung der kursierenden papierenen Geldwertmenge an und ihrer Gutsagung durch die Wertmenge eines vom Staat in Reserve zu haltenden thesaurischen Fundus, ist die für die kommerzielle Realisierung des Mehr an industriellem Sachwert, mit der die den Wertschöpfungsprozess treibende Motivation steht und fällt, unabdingbare Vermehrung der Geldwertmenge strikt gebunden an eine entsprechende Aufstockung eben jenes thesaurischen Fundus. Solche vom zwieschlächtigen Währungssystem als Voraussetzung für die

Vermehrung der Geldwertmenge stipulierte Aufstockung des thesaurischen Fundus aber erweist sich, wie am anderen Ort expliziert, sowohl währungstechnisch-funktionell als auch konsumpraktisch-dispositionell als unter normalen volkswirtschaftlichen Bedingungen ebenso impraktikabel wie untunlich.

Zum einen nämlich zwingt die Aufstockung des thesaurischen Fundus den Staat beziehungsweise die als seine bevollmächtige Prokuristin operierende Notenbank zu einer mittels Markt zu befriedigenden Nachfrage nach Edelmetall, die nach dem für den Markt maßgebenden Wechselspiel zwischen Angebot und Nachfrage den Preis des Edelmetalls in die Höhe treibt, sprich, eine Aufwertung des thesaurischen Fundus zur Folge hat, was wiederum eine Preissteigerung bei den an dessen Wertmenge sich bemessenden Sachwerten nach sich zieht, womit die um der Realisierung der letzteren willen neu emittierte Menge an papierenem Geldwert alias kursierendem allgemeinem Äquivalent sich als ihrer kommerziellen Aufgabe nicht gewachsen, für sie nicht hinlänglich kapazitiert herausstellt, weil ein Teil des papierenen Geldwerts actu der Aufstockung des staatlichen Thesaurus verloren gegangen oder, wenn man so will, der Preistreiberei des Aufstockungsvorgangs zum Opfer gefallen ist. Und zum anderen hat die nolens volens kommerziell, mittels Erwerbs von Edelmetall auf dem Markt, betriebene Aufstockung des staatlichen Thesaurus den konsumpraktisch-dispositionell unerwünschten und in der Tat kontraproduktiven Effekt, dass die dafür aufgewandten Geldmittel in die im Sinne des Erfinders falschen Hände gelangen, nämlich in die Hände derer, die bereits in Wohlstand und Reichtum, sprich, im Stande konsumtiver Zufriedenheit, leben und die deshalb ihr Geld eher ins Wertschöpfungssystem, mithin in die Schöpfung neuen Sachwerts investieren, als dass sie es für konsumtive Zwecke, also für die Realisierung bereits geschöpften Sachwerts ausgäben, und dass also, was Staat und Notenbank mit der Emission neuen kursierenden Geldwerts sicherstellen wollen, nämlich die Realisierung des vom Wertschöpfungssystem produzierten Mehr an Sachwert, durch eben jene zur Substantiierung des neu emittierten Geldes erforderte Aufstockung des thesaurischen Fundus im Zweifelsfall konterkariert oder gar pervertiert wird.

Lässt sich demnach aber der vom zwieschlächtigen Währungssystem geforderten Egalisierung der thesaurischen Substanz alias Goldwertmenge mit deren nach Maßgabe der größeren Sachwertmenge zu vermehrender kursorischer Repräsentanz alias papierener Geldwertmenge aus

gleichermaßen währungstechnisch-funktionellen und konsumpraktisch-dispositionellen Gründen nicht nachkommen und müsste deshalb par ordre des zwieschlächtigen Währungssystems die mit Rücksicht auf das Wachstum der Sachwertmenge erforderliche Vermehrung der Geldwertmenge unterbleiben, so wäre, dass der Wertschöpfungsprozess sich mit dem Währungssystem unlösbare deflationäre Wertrealisierungsprobleme einhandelte und es sich als Würgeisen erwiese, das ihm zunehmend die Luft abschnürt und es letztlich dem Erstickungstod preisgibt, die unausweichliche logische Konsequenz. Und dies aber hat nun wiederum die unvermeidliche praktische Konsequenz, dass den im Wertschöpfungssystem essentiell engagierten beziehungsweise an seinem Erhalt existenziell interessierten beiden Parteien, der es als profitive oder renditive Reichtumsquelle nutzenden bürgerlichen Klasse einerseits und der es als fiskalische und taxalische Versorgungsbasis reklamierenden Staatsmacht andererseits, gar nichts anderes übrig bleibt, als Abstand vom zwieschlächtigen Währungssystem zumal in seiner zum Goldstandard verschärften Form zu nehmen und es zugunsten einer unmittelbaren, für die Geldwertmenge, die Menge des papierenen Zirkulationsmittels, maßgebenden Korrelation zwischen emittiertem Geldwert und produziertem Sachwert außer Kraft zu setzen.

Seit der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts findet sich in der finanzpolitischen Praxis der industriekapitalistischen Staaten das papieren-kursorische Zirkulationsmittel seiner Bindung an den edelmetallen-thesaurischen Fundus immer entschiedener enthoben und in direkte Relation zur vom Wertschöpfungssystem geschöpften Sachwertmenge gesetzt, deren wirtschaftswachstumsbedingte Zunahme ohne Rücksicht auf den edelmetallenen Fundus, die thesaurische Bezugsgröße, maßgebend wird für die Emission neuen, zur Realisierung des Mehr an Sachwert, den das wachsende Wertschöpfungssystem schöpft, erforderlichen Geldwerts. Beim Ausbruch der großen Geldentwertung, von der das als Besiegter aus dem Weltkrieg hervorgehende Deutsche Reich wenige Jahre nach Kriegsende heimgesucht wird, sind demnach aber die Tage des bis dahin die Finanzpolitik der bürgerlichen Gesellschaften mehr oder minder effektiv kontrollierenden beziehungsweise restriktiv regulierenden zwieschlächtigen Währungssystems längst gezählt oder ist, besser gesagt, sein Ablaufdatum bereits seit geraumer Zeit überfällig und ist, von daher gesehen, gar nicht ohne weiteres einsichtig, warum der

reparationsbedingte Schwund der als thesaurischer Fundus figurierenden Goldreserven des Reichs dessen Währungssystem so durchschlagend zu unterminieren und so nachdrücklich zu demontieren vermag. Um sich darauf einen Reim machen zu können, gilt es zweierlei in Rücksicht zu nehmen.

Da ist zum einen der als causa sufficiens firmierende Umstand, dass sich zwar pragmatisch, in der finanzpolitischen Praxis, das zwieschlächtige Währungssystem, die Rückbindung des kursorischen Zirkulationsmittels an den thesaurischen Edelmetallfundus, außer Kraft gesetzt und durch einen direkten Bezug der papierenen Geldwertmenge zu und Bemessung an der vom Wertschöpfungssystem produzierten Sachwertmenge abgelöst findet, dass diese Ersetzung des geschatzten Goldwerts durch den geschöpften Sachwert in der Rolle des den papierenen Geldwert substantiierenden alias verifizierenden Richtwerts nicht aber deshalb auch schon dogmatisch, im währungssystematischen Prinzip, Geltung erlangt. So sehr um der Versorgung des Wertschöpfungssystems mit für die Realisierung der wachsenden Sachwertmenge erforderlichem Zirkulationsmittel willen Staat und Notenbank de facto des von ihnen praktizierten finanzpolitischen Verfahrens bereit sind, den Dogmatismus des zwieschlächtigen Währungssystems zu ignorieren und zu unterlaufen, so sehr zeigen sich doch zugleich die bürgerliche Klasse mitsamt dem privaten Bankensystem, das ihr possessives Eigentum alias geldliches Guthaben bewahrt und verwaltet, entschlossen, de jure des von ihr kultivierten währungssystematischen Vorbehalts auf diesem Dogmatismus zu bestehen und das zwieschlächtige Währungssystem sogar in seiner äquilibristisch zugespitzten Form als unverändert und jederzeit gegen jenen finanzpolitischen Pragmatismus geltend zu machende salvatorische Klausel beizubehalten.

Der Grund für diesen wenn auch nicht aktuell, so allemal aber virtuell in ständiger Opposition zum finanzpolitischen Pragmatismus des Staates verharrenden währungssystematischen Dogmatismus der bürgerlichen Klasse ist in dem schier unausrottbaren, weil von jahrhundertelanger leidvoller Erfahrung gespeisten Misstrauen zu finden, das letztere hinsichtlich der währungssystematischen Seriosität und Zuverlässigkeit hegt, die ersterer in seinem finanzpolitischen Verhalten und Handeln auf Dauer zu bewahren und in Zukunft zu beweisen verspricht. Mag der Staat die pragmatische Geldgenerierungspolitik, die er in der zweiten Hälfte des

neunzehnten Jahrhunderts als ständiges währungssystematisches Korrektiv und mithin bleibendes finanzpolitisches Instrument initiiert, auch bislang und vorerst mit noch so viel wirtschaftspolitischem Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein betreiben und mag die bürgerliche Klasse sie als für das Funktionieren und die Kontinuität des Wertschöpfungsprozesses nachgerade unabdingbaren Mechanismus noch so sehr akzeptieren und in der Tat mittragen, dass der Staat im Falle künftiger, in der Konsequenz des konvulsivischen Charakters und sprunghaften Verlaufs, den die Dynamik und Unberechenbarkeit seiner Entfaltung dem Wertschöpfungssystem verleiht, mit Sicherheit zu erwartender ökonomischer Krisen, sozialer Nöte und politischer Konflikte gegen die Versuchung gefeit ist, diese pragmatische Geldgenerierungspolitik zweckzuentfremden und Missbrauch mit ihr zu treiben, sie nämlich, statt sie weiterhin für die realisatorische Aufrechterhaltung und Verstetigung des Wertschöpfungsprozesses, also mit produktiver Zielsetzung, zu nutzen, vielmehr nun in den Dienst der Beschwichtigung beziehungsweise Vertuschung eben jener durch den Wertschöpfungsprozess heraufbeschworenen Krisen, Nöte und Konflikte zu stellen, sie folglich in manipulativer beziehungsweise palliativer Absicht zu verwenden, mit anderen Worten, Geldvermehrung ohne Rücksicht auf und unkontrolliert durch das Wachstum der Sachwertmenge zu praktizieren und damit nolens volens der Entwertung des Geldes Vorschub zu leisten, eine inflationäre Entwicklung auszulösen, die, wie sie dem gesellschaftlichen Wohlergehen in genere, dem Lebensstandard der gesamten Bevölkerung, zum Schaden gereichen und abträglich sein, so dem bürgerlichen Wohlstand in specie, dem Besitzstand der bürgerlichen Klasse, ins Kontor fahren und zum Verderben gereichen muss - dass also der Staat dauerhaft und inskünftig dagegen gefeit ist, zur Beschwichtigung und Vertuschung der Krisen, Nöte und Konflikte, die der Fortgang des Wertschöpfungsprozesses mit Sicherheit gebiert, dieses der Notenbank anvertraute Geldgenerierungsinstrument missbräuchlich-inflationär zur Anwendung zu bringen, damit kann die bürgerliche Klasse schlechterdings nicht rechnen, und darauf kann sie unmöglich bauen!

Und eben deshalb hält sie am zwieschlächtigen Währungssystem und dem edelmetallenen Fundus, auf dem als währungssystematischer Garantiemacht letzteres gründet, aller pragmatischen Obsoletheit des Konstrukts zum Trotz, hartnäckig fest und verspricht sich von diesem dogmatischen Festhalten sei's im Maximalfall, dass sie den Staat von solch

währungssystematisch bodenloser Geldgenerierung, solchem mit dem papierenen Zirkulationsmittel getriebenen inflationsträchtigem Schindluder abhalten beziehungsweise abbringen kann, sei's im Minimalfall, dass ihr, falls sie ihn von seinem währungssystematisch fatalen Kurs nicht abzuhalten beziehungsweise abzubringen vermag, doch immerhin noch gelingt, kraft der vom Staat bei Einführung des Papiergelds eingegangenen Einlösungsverpflichtung ihr papierenes Guthaben in von der Notenbank in Reserve gehaltene bare Münze zu konvertieren und so vor der Entwertung zu retten, in thesaurische Sicherheit zu bringen, als Schatz zu konservieren.

Und wie für den zur Superinflation durchschlagenden Effekt, den der reparationsbedingte Schwund der staatlichen Goldreserven zeitigt, das der pragmatischen Orientierung der Geldwertmenge an der Sachwertmenge zuwiderlaufende dogmatische Festhalten der bürgerlichen Klasse an der Goldwertmenge als währungssystematisch kriterieller Bezugsgröße alias maßgebendem Referenzpunkt die causa sufficiens, die zureichende Bedingung, bietet, so bildet die causa efficiens, die wirkende Ursache, für den Effekt die ebenfalls reparationsbedingte Beeinträchtigung und Minderung, die eben jene pragmatisch als Maß für die Geldwertmenge in Anschlag zu bringende Sachwertmenge erfährt. Dass parallel zu und gleichzeitig mit den in Edelmetall zu leistenden Reparationszahlungen die Siegermächte beziehungsweise vornehmlich die mit dem Deutschen Reich erbfeindschaftlich verbandelte Republik Frankreich sich in Reaktion auf die Säumigkeit jener Zahlungen auf die Beschlagnahmung und Entwendung von Industrieanlagen und Produktionsmitteln verlegen und sich also durch die Schmälerung und Schwächung eben der Apparatur schadlos zu halten suchen, mit der die Schöpfung der pragmatisch als Maß für die Geldwertmenge in Anschlag zu bringenden Sachwertmenge steht und fällt - das ist die causa efficiens dafür, dass das als causa sufficiens angegebene dogmatische Insistieren auf dem eigentlich obsoleten zwieschlächtigen Währungssystem Relevanz und in der Tat Virulenz gewinnen und die papierene Geldwertmenge mit allen daraus zwangsläufig resultierenden Entwertungsfolgen dem Vergleich mit eben jener reparationsbedingt schwindenden Edelmetallmenge exponieren kann.

Die superinflationäre Durchschlagskraft, die der Schwund der Goldreserven auf die papierene Geldwertmenge ausübt und die diese einer atemberaubend galoppierenden Schwindsucht, einer regelrechten

Entwertungsorgie, ausliefert, ist damit freilich noch nicht erklärt. Sie wird erst begreiflich, wenn man in Betracht zieht beziehungsweise in Rechnung stellt, dass auch ein noch so hartnäckiges Festhalten am zwieschlächtigen Währungssystem deren Dreh- und Angelpunkt, den thesaurischen Fundus, nie und nimmer in der Stellung eines gegebenen Realfundaments, einer objektiven Struktur des Währungssystems zu restituieren, sondern ihm höchstens und nur die Bedeutung einer dem Währungssystem zugedachten Idealbasis, einer ihm projektiv zugesprochenen Designation zu vindizieren vermag. Schließlich hört, wie expliziert, mit der von der staatlichen Finanzpolitik in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts vorgenommenen preisindexgesteuert-pragmatischen Orientierung der Geldwertmenge an der Sachwertmenge die äquilibristisch-dogmatische Fixierung der Geldwertmenge auf den thesaurischen Fundus ein für alle Mal auf, ein für den Wert der Geldmenge maß- und ausschlaggebendes Objektiv zu sein, und zeigt sich zu einem in seiner Verbindlichkeit mehr als zweifelhaften Optativ beziehungsweise in seiner Sachbezüglichkeit schlichtweg wirklichkeitsfremden Desiderativ degradiert.

Damit nicht genug und entscheidender noch suspendiert das Deutsche Reich, also der Staat selbst, gleich zu Beginn des Großen Krieges, um für dessen Finanzierung die zum Bezug von Kriegsgütern aus dem Ausland erforderliche harte Währung zur Verfügung zu haben, sprich, nach Bedarf auf den Thesaurus zugreifen zu können, den Bezug des kursorisch-papierenen Geldes auf die thesaurisch-edelmetallene Währung ganz offiziell und in aller Form und erklärt ersteres zum rück- und vorbehaltlos verbindlichen Zirkulationsmittel. Der seiner Deckungsfunktion entzogene Staatsschatz erleidet dann im Verlaufe des Krieges durch seine Verwendung für die Kriegsrüstung solche Einbußen und verflüchtigt sich derart, dass der Staat sich sogar gezwungen sieht, bei seiner Bürgerschaft betteln zu gehen und mittels an deren Patriotismus appellierender Sammelaktionen à la "Gold gab ich für Eisen" sich die für seine Rüstungsausgaben nötige harte Währung zu beschaffen.

Lassen nun nach dem verlorenen Krieg die auf den Produktionsapparat übergreifenden, seine Wertschöpfungskapazität als solches tangierenden Reparationsforderungen der Siegermächte die bürgerliche Klasse Deutschlands an der pragmatischen Sachwertfundierung des Geldwerts,

an einer Währung, deren Stabilität und Kontinuität nicht in einem edelmetallenen Schatz gründet, sondern einem Strom von Gütern und Dienstleistungen entspringt, verzweifeln und in Sorge um die Kontinuität ihres possessiven Eigentums, die Stabilität ihres geldlichen Guthabens, auf eben jenen qua zwieschlächtiges Währungssystem dem Geldwert als seine Substanz unterstellten thesaurischen Fundus rekurrieren und pochen, was sonst und mehr kann sie, die bürgerliche Klasse, damit ins Treffen führen als einen Schatten des letzteren, ein schieres Phantom, einen dogmatischen Topos, der nicht nur durch die finanzpolitisch-pragmatische Wendung, die der Staat vor dem Krieg vollzieht, längst seiner reellen Bedeutung, seiner systematischen Relevanz entkleidet ist, sondern der sich mehr noch und vor allem aufgrund seiner rüstungsdienlichen Verwendung, des praktischen Gebrauchs, den der Staat zu Kriegszwecken von ihm macht, weitgehend um seinen materiellen Bestand, seine empirische Existenz gebracht und auf eine quasi imaginäre Größe reduziert zeigt.

Wenn nun in dieser, dem thesaurischen Fundus eine höchst problematische Präsenz attestierenden und ihn nämlich als mittlerweile ebenso empirisch verflüchtigt wie systematisch bedeutungslos denunzierenden Situation der reparationsbedingte, zusätzliche Schwund der Goldreserven nach Maßgabe des von der bürgerlichen Klasse klammerreflexhaft beschworenen zwieschlächtigen Währungssystems inflationär zu Buche schlägt und sich also im Sinne einer dem Schwund an thesaurischer Substanz korrespondierenden Entwertung des kursorischen Geldes alias papierenen Zahlungsmittels auswirkt, dann ist der Entwertungsvorgang zwangsläufig überdeterminiert, doppelsinnig motiviert, indem er nicht nur den reparationsbedingten Schwund der Goldreserven relativ widerspiegelt, sondern auch und darüber hinaus deren problematische Existenz, ihren gleichermaßen systematisch diskreditierten und empirisch diminuierten Bestand reaktiv reflektiert. Weil und insofern der thesaurische Fundus, den die bürgerliche Klasse pro domo des Werterhalts ihres geldlichen Guthabens, das der Abbau und Verfall seines Sachwertfundaments zu unterminieren und zu ruinieren droht, als letzte Bastion und äußerste Zuflucht für eben diesen zu erhaltenden Wert des Guthabens geltend macht, sich in solch zutiefst problematischem Zustand darbietet, sich auf ein nicht weniger empirisch entleibtes als systematisch ausgemustertes Phantom, eine quasi imaginäre Größe reduziert zeigt, nimmt

der Rekurs auf ihn eher die Züge eines pathologischen Regressionsverhaltens an, als dass er die Fasson eines reklamatorischen Regressverfahren zu wahren vermöchte.
Dem problematischen Zustand des von ihr als Retter in der Not ihres geldlichen Guthabens beschworenen edelmetallen-thesaurischen Fundus, seinem Phantomcharakter, bewusstlos Tribut zollend beziehungsweise reaktionsbildnerisch Rechnung tragend, beschränkt sich die bürgerliche Klasse nicht einfach darauf, dessen reparationsbedingten Schwund als ihr geldliches Guthaben entwertenden, ihr papieren-kursorisches Eigentum inflationär in Mitleidenschaft ziehenden Vorgang zu registrieren, sondern sie fühlt sich unwiderstehlich getrieben, diesen Schwund des thesaurischen Fundus zu einem ihn, den Fundus, bewertenden Vorführakt, quasi zu einem ihm Wert attestierenden Schauprozess geraten zu lassen, die Inflation, mit anderen Worten, durch ihre Eskalation zur Superinflation als einen ex negativo erbrachten Existenzbeweis für den thesaurischen Fundus, als einen mittels des exzessiven Wertverlusts des papierenen Geldes geführten Nachweis gleichermaßen der systematischen Wertbeständigkeit und des empirischen Wertbestands der edelmetallenen Währung zu nutzen. Eben dies lässt die dem reparationsbedingten Schwund der Goldreserven des Reichs geschuldete Inflation zur Superinflation werden, eskaliert also die nach Maßgabe der Einbuße an thesaurisch-edelmetallener Währung das kursorisch-papierene Geld heimsuchende relative Entwertung zu einem letzteres ereilenden exzessiven Wertkollaps, so dass die bürgerliche Klasse sie für eine oblique Demonstration und heimliche Reaffirmation der eigentlich in Zweifel stehenden Existenz, des eines bloß imaginären Bestehens verdächtigen Daseins des thesaurischen Fundus, auf den sie rekurriert, ausschlachtet, dass sie die Inflation, indem sie sie zur Superinflation ausarten lässt, also missbraucht, um ihrem währungssystematischen Klammerreflex, ihrem regressiven Festhalten am zwieschlächtigen Währungssystem, den Anschein eines objektiven Bezugs zu sichern, die Gewissheit eines wenn schon nicht direkt vorzeigbaren, so immerhin doch indirekt nachweislichen Gegenstands zu erhalten.

Um die Superinflation zu stoppen, führt der Staat als neue Währung die Rentenmark ein, als deren Realfundament er statt des von der bürgerlichen Klasse fetischisierten thesaurischen Edelmetalls deren terrestrischen Grund und Boden setzt. Als auf ihn aufgenommene unlimitiert verzinsliche Hypothek eskamotiert de facto der Rentenbrief den Grund und Boden und gereicht so der neuen Währung zu einem veritablen Selbstbegründungsakt. Die Beschränkung der rentenbrieflichen Beleihbarkeit des Grunds und Bodens soll dabei verhindern, dass die aus der Verzinslichkeit des Rentenbriefs dem Staat erwachsende finanzielle Belastung diesen zu einer inflationsträchtigen Geldbeschaffung mittels Ausgabe immer weiterer Rentenbriefe animiert.

Aus dieser Überdeterminierung der Inflation, mit der der Geschäftsführer der bürgerlichen Klasse, der Markt, auf den reparationsbedingten Schwund des thesaurischen Fundus reagiert, aus diesem Missbrauch, den die bürgerliche Klasse mit ihr treibt, indem sie ihr die Zerstreuung der die Relevanz ihrer währungssystematisch letzten Zuflucht, eben jenes thesaurischen Fundus, angehenden Sorgen beziehungsweise Beschwichtigung der seine Existenz betreffenden Ängste aufhalst, indem sie mit anderen Worten die papierene Note einem Autodafé ad majorem gloriam der edelmetallenen Münze überantwortet, sie einem deren Wirklichkeit zu bezeugen bestimmten Märtyrertod preisgibt - daraus erklärt sich also der superinflationäre Verlauf, den die Inflation nimmt und der sie mit ebenso irrationaler Unaufhaltsamkeit wie pathologischer Triebhaftigkeit der völligen Wertlosigkeit des papieren-kursorischen Zirkulationsmittels, seiner buchstäblichen Nullifizierung, entgegenstürzen lässt.

Was dann dem katatonischen Verlauf des Entwertungsprozesses, all seiner reaktionsbildnerischen Irrationalität und unkontrollierten Triebhaftigkeit zum Trotz, Einhalt gebietet und ein Ende setzt und letztlich dafür sorgt, dass er in seiner zur Superinflation entfesselten Form nur wenige Monate anhält, ist das als Antidot gegen die Wertlosigkeit des Papiergeldes geltend gemachte Konstrukt eines Rentengeldes, das die Notenbank in ihrer währungspolitischen Not und Verzweiflung ersinnt und einführt. Der panische Fetischismus der bürgerlichen Klasse, der sich an den gleichermaßen in seiner systematischen Geltung und in seinem empirischen Bestand problematischen thesaurischen Fundus klammert, wird dabei von der staatlichen Notenbank durch einen taktischen Archaismus, der aufs territoriale Fundament, aufs Eigentum an Grund

und Boden, zurückgreift, ersetzt und verdrängt, ausgehebelt und entkräftet. Als Rechtfertigungsgrund für die Rentenmark dient nicht der zum Phantom verkommene Goldschatz des Staates, sondern das real perennierende Grundeigentum der Staatsbürger, der immobil bestehende terrestrische Boden, auf dem letztere ihre landwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmungen und Aktivitäten betreiben und durch deren hypothekarische Belastung die Notenbank die für das neue Währungsmittel nötige Deckung gewinnt. Als Substitut für seinen ebenso empirisch abgewrackten wie systematisch abgehalfterten thesaurischen Fundus lässt sich der Staat von der Immobilien besitzenden Bürgerschaft, also von der bürgerlichen Klasse, soweit sie territorial fundiert ist, per Gesetz sechs Prozent ihres Eigentums an Grund und Boden übertragen, um diesen staatlich konfiszierten prozentualen Anteil am immobilen bürgerlichen Possessiv der Notenbank zur Verfügung zu stellen, damit sie ihn als hypothekarisches Unterpfand für die Ausgabe eines neuen, mit Rücksicht auf diese seine Verankerung in Grundeigentum als Rentenmark apostrophierten papierenen Zahlungsmittels in Anschlag bringen kann, ihn für dies neu emittierte kursorische allgemeine Äquivalent als quasithesaurische, weil zwar nicht mehr als symbolisches Herrengut Edelmetall figurierende, dafür aber als faktisches Herrengut Liegenschaft posierende Sicherheit geltend machen kann.

Wie durch die Rede vom pposieren“ bereits angedeutet, ist diese die staatlich-thesaurische Deckung durch eine bürgerlich-terrestrische Sicherheit, den Goldschatz durch Grundbesitz ersetzende Alternativfundierung des zwieschlächtigen Währungssystems indes ein reines, ans Hanebüchene grenzendes Konstrukt, eine schiere, den Realitätssinn der Bürgerschaft herausfordernde Fiktion. In Wahrheit nämlich erschöpft sich die staatliche Konfiskation des Grunds und Bodens, den die Notenbank ihrem neuen Zirkulationsmittel, der Rentenmark, als Unterpfand alias substanzielle Gewähr zugrunde legt, in einem der Spiegelfechterei verdächtigen Quidproquo. Allem Anschein einer zwangsweisen Enteignung zum Trotz, erfüllt die staatliche Konfiskation des als Unterpfand für das neue Geld geltend gemachten bürgerlichen Grundbesitzes gar nicht den Tatbestand einer effektiven Entwendung, sondern erweist sich actu ihres Vollzuges als bloße, wenn auch unbefristete Leihaktion beziehungsweise infinite Inanspruchnahme. Dafür, dass der Staat seinen Bürgern per Gesetzeszwang Grund und Boden entwendet, um ihn der Notenbank als Basis für das

neue Geld, als dessen währungssystematische Deckung, zur Verfügung zu stellen, stellt sie, die Notenbank, ihnen, den Bürgern, verzinsliche, allerdings nicht rückzahlbare Schuldverschreibungen aus, überschreibt sie ihnen dem Vorbild des herrschaftlichen Grundzinses, der traditionellen Grundrente, nachgebildete und eben deshalb als Rentenbriefe bezeichnete Obligationen.

Eigentumspraktisch gesehen, handelt es sich also bei der Entwendung bürgerlichen Grunds und Bodens zwecks Fundierung und Sicherung der neuen, als Rentenmark eingeführten Währung, wie die in verzinsten Rentenbriefen bestehende staatliche Gegenleistung beweist, gar nicht um eine den Namen verdienende Konfiskation, sondern bloß um eine vom staatlichen Schuldner als Zwangsmaßnahme durchgeführte, weil ohne Zustimmung des bürgerlichen Gläubigers ins Werk gesetzte Leihaktion. Währungssystematisch genommen, ist diese Leihaktion freilich origineller und in ihrer Eigentümlichkeit grundlegender, als auf den ersten Blick zu vermuten. Den Schlüssel für die grundlegende Originalität der staatlichen Leihaktion bildet der Umstand, dass sie irreversibel ist, dass mit anderen Worten die als Gegenwert für den bürgerlichen Grund und Boden, den der Staat zur Fundierung seiner neuen Währung in Anspruch nimmt, ausgestellten Schuldverschreibungen alias Rentenbriefe keine Rückzahlungsverpflichtung beinhalten, dass für sie keine Einlösung vorgesehen, keine Tilgung erforderlich ist. Diese Nichteinlösbarkeit der für die Überlassung bürgerlichen Grunds und Bodens den Bürgern als grundschuldnerisches Unterpfand ausgestellten Rentenbriefe impliziert nämlich nichts Geringeres, als dass die vorgeblich reale, die Immobilie betreffende Leihaktion sich uno actu ihres Vollzuges als finanzieller, in Wahrheit auf das grundschuldnerische Unterpfand selbst zielender Vertauschungsakt, ein den Rentenbrief an die Stelle der Sache, auf die er ausgestellt wird, treten lassendes Quidproquo erweist.

So gewiss die als eigentumspraktische Gegenleistung für die Inanspruchnahme bürgerlichen Grunds und Bodens in der Funktion eines thesaurischen Fundus für die neue Währung vom Staat den Bürgern ausgestellten Grundschuldverschreibungen alias Rentenbriefe nach Maßgabe ihrer Nichtrückzahlbarkeit, ihrer Uneinlösbarkeit, den als thesaurischer Fundus vom Staat reklamierten bürgerlichen Grund und Boden ebenso unwiderruflich wie unaufhörlich, sprich, ebenso definitiv wie indefinit stellvertreten und repräsentieren, so gewiss ersetzen und substituieren

sie tatsächlich diesen bürgerlichen Grund und Boden in eben jener ihm zugewiesenen Funktion einer thesaurischen Fundierung alias währungssystematischen Substantiierung des neu etablierten, statt der Noten, die nach ihrer superinflationären Entwertungsorgie kaum mehr Makulaturwert haben, eingeführten Geldes.

Die währungssystematische Wahrheit, die die dezidierte Nichtrückzahlbarkeit des monetär-finanziellen Gegenwerts, den der Staat seinen Bürgern für den immobil-realen Wert, den sie ihm gezwungenermaßen zur Verfügung stellen, qua Rentenbrief überschreibt - die währungssystematische Wahrheit, die solche Uneinlösbarkeit des vom Staat den Bürgern für ihre unfreiwillige Grund-und-Boden-Konzession übergebenen grundschuldnerischen Unterpfands zutage fördert, ist also, dass sich die um der Grundlegung der neuen Währung willen unternommene Leihaktion, die den regressiven Rekurs auf den thesaurischen Fundus mittels alternativer Fundierung der neuen Währung zu erübrigen bestimmte Transaktion, von vornherein gar nicht um den bürgerlichen Grund und Boden, sondern um die auf ihn aufgenommene staatliche Grundschuld, nicht, mit anderen Worten, um den als die Substanz der neuen Währung zum Tragen zu bringenden immobil-realen Wert, sondern um den als die Essenz der neuen Währung in Anschlag gebrachten monetär-finanziellen Gegenwert des letzteren dreht. Genau deshalb trägt die neue Währung den Namen Rentenmark, weil als ihr fundamentum in re oder, besser gesagt, ihre Legitimationsbasis nicht sowohl der vom Staat den Bürgern abgenommene Grund und Boden firmiert, sondern vielmehr die auf eben diesen bürgerlichen Grund und Boden aufgenommene staatliche Bodenhypothek alias Grundschuld figuriert.

So die Sache auf den Punkt gebracht, liegt nun aber das Hanebüchene des pro domo der neuen Währung veranstalteten Konstitutionsakts auf der Hand. Unter dem Vorwand, über eine reaffirmative Wertsubstanz, ein reales Unterpfand für den nominalen Wert der neuen Währung, eine in territorialem Eigentum bestehende quasithesaurische Deckung für sie zu verfügen, stellt der Staat auf eben diese neue Währung lautende Grundschuldverschreibungen alias Rentenbriefe aus, die dann in einem durch ihre Nichtrückzahlbarkeit alias Uneinlösbarkeit erschwindelten und besiegelten Quidproquo jene vorgebliche territoriale Wertsubstanz klammheimlich ersetzen, sich der neuen Währung als ihre eigentliche

Substanz und Fundierung stante pede unterstellen, sich ihr als ihre wahre Deckung und Sicherheit umstandslos zugrunde legen. Fürwahr ein veritabler Fall von petitio principii, ein Gründungs- beziehungsweise Begründungsakt, der eben das per Gründung setzt beziehungsweise per Begründung voraussetzt, worauf er dann das Gegründete gründet beziehungsweise worin er anschließend das Begründete begründet findet. Eine Eskamotage, die ein als Währung etabliertes gesellschaftliches Haben sein fundamentum in re in einem als Grundschuld promulgierten staatlichen Soll finden lässt, das seinerseits bereits Kreatur eben jenes auf seiner Grundlage ins Leben gerufenen gesellschaftlichen Habens ist und also je schon nur von wegen beziehungsweise Gnaden der Währung, die es zu substantiieren und gutzusagen beansprucht, existiert.

Und nicht genug damit aber, dass die in Rentenbriefform ausgestellte staatliche Grundschuld, die den bürgerlichen Grund und Boden, auf den sie lautet, unter der Hand ihrer erklärten Unwiderruflichkeit substituiert, weit entfernt davon, die neue Währung fundamentaliter zu unterlegen und realiter zu unterfüttern, sich vielmehr ihrerseits bereits strukturell auf dem Boden der neuen Währung gewachsen und funktionell in ihrem Rahmen generiert zeigt, erweist sie sich zu allem Überfluss auch noch als ein Dasein, das diesen ihren mit der neuen Währung gegebenen Seinsgrund als Nährboden zu nutzen beansprucht, als eine Kreatur, die von dieser ihrer in der neuen Währung bestehenden Generatrix zu zehren, um nicht zu sagen, an ihr sich als an einer Amme zu mästen verlangt. Schließlich handelt es sich bei den Rentenbriefen um verzinsliche Schuldverschreibungen, das heißt, um Wertpapiere, die dafür, dass sie dem bürgerlichen Grund und Boden die Aufgabe abnehmen, sich der neuen Währung als deren Substanz zugrunde zu legen und ihr damit als ein Realfundament zur Verfügung stehen, das freilich seinerseits bereits die neue Währung voraussetzt und auf ihr fußt und dessen Realität mit anderen Worten in dem Sinne fiktiv ist, dass sie mit dem Vorhandensein dessen, was es zu fundieren beansprucht, steht und fällt - die also ungeachtet solch speziellen Bärendienstes, den sie der neuen Währung leisten, indem sie diese quasi sich selbst begründen, sich in einem Boden verankern lassen, den sie ihrerseits erst generieren, besser gesagt, kreieren muss, der mithin, ebenso schräg wie salopp ausgedrückt, auf ihrem eigenen Mist gewachsen ist - die also ungeachtet solch speziellen Bärendienstes den

für Dienstleistungen, für die Schuldverschreibungen oder Wertpapiere generell stehen, qua zinsliche Vergütung üblichen Tribut erheischen.

Mag die Leihaktion, mittels deren der Staat seine neue Währung zu etablieren sucht, ihr Ziel einer Begründung der neuen Währung durch bürgerlichen Grund und Boden noch so gründlich verfehlen, indem sie die auf letzteren aufgenommene Hypothek, die ihn repräsentierende Grundschuld, effectu ihrer Nichtrückzahlbarkeit an seine Stelle treten, ihn substituieren lässt und somit die neue Währung in einem als Rentenbrief figurierenden Boden verankert, der sich seinerseits als eine bloße Setzung der neuen Währung darbietet, sie mit anderen Worten als in einer Natur, einer Matrix fundiert behauptet, die sich ihrerseits als bloße Kreatur, reine Ausgeburt des von ihr vorgeblich Fundierten, eben der neuen Währung, zu erkennen gibt - mag demnach jene staatliche Leihaktion ihr Ziel noch so gründlich verfehlen, sie bleibt eine Leihaktion und unterwirft folglich den Leihnehmer den im Leihgeschäft generell geltenden Konditionen, will heißen, sie verpflichtet den als Grundschuldner bei seinen Bürgern in der Kreide stehenden Staat, ihnen für den geliehenen Grund und Boden, mag dieser sich noch so sehr in den Rentenbrief verflüchtigt, zur Grundschuldverschreibung eskamotiert zeigen, Zins zu zahlen, sie für die wie immer auch des Bärendienstes überführte Dienstleistung, die sie für seine neue Währung in Gestalt der auf ihren Grund und Boden von ihm aufgenommenen Grundschuld erbringen, Kasse machen und aus eben dieser neuen Währung Gewinn schlagen, nämlich eine als Leihgebühr auf die grundschuldnerische Hypothek, als per Rentenbrief stipulierte Nutzungsgebühr wohlverstandene Rente beziehen zu lassen.

Woher aber soll der Staat diese Nutzungsgebühr, die seine währungsstiftende Leihaktion impliziert, diesen Zins, den er seinen Bürgern für ihren ihm, wenn auch weniger als Deckung und Gutsagung der neuen Währung denn als Vorwand und Scheinbegründung für sie überlassenen Grund und Boden schuldet, nehmen, ohne zu stehlen? Durch seine im Krieg angehäuften Schulden ohnehin schwer belastet und gehandikapt und durch die geldlichen und sächlichen Reparationsforderungen der Siegermächte zusätzlich in die Bredouille gebracht und mit der akuten Gefahr der Zahlungsunfähigkeit konfrontiert, ist der deutsche Staat in seinem finanziellen Spielraum stark eingeschränkt und kann er sich diesen finanziellen Luxus, als der sich die neue Währung wegen der mit

ihr einhergehenden, für ihre Fundierung in rentenbrieflichen Schuldverschreibungen den bürgerlichen Besitzern der Rentenbriefe zu leistenden, ebenso regelmäßigen wie fortlaufenden Zinszahlungen erweist, eigentlich gar nicht leisten. Als einfacher und, rein haushaltspraktisch gesehen, einziger Weg, den ihm aus seiner neuen Währung erwachsenden Zinsforderungen ebenso regelmäßig wie dauerhaft nachzukommen, muss sich ihm in seiner finanziell verzweifelten Lage die Möglichkeit aufdrängen, sich die Geldmittel, die es zur Aufrechterhaltung der mit dem Namen Rentenmark ihre Kostspieligkeit quasi offen annoncierenden neuen Währung braucht, durch neue und weitere, bürgerlichen Grund und Boden als wie sehr auch eskamotistisch-fiktives Realfundament für sie reklamierende Leihaktionen, sprich, durch die Ausstellung neuer und weiterer Rentenbriefe zu beschaffen.

Schlüge der Staat diesen Weg ein, so gäbe es auf ihm freilich kein Halten, da ja die in der Ausstellung neuer und weiterer Rentenbriefe bestehenden neuen und weiteren staatlichen Leihaktionen auch entsprechend vermehrte bürgerliche Zinsforderungen, ein der Zunahme der Rentenbriefe korrespondierendes Wachstum von für sie zu zahlenden und mangels aus anderen Quellen ziehbarer staatlicher Liquidität mittels der Ausstellung abermals weiterer Rentenbriefe aufzubringenden Zinsen alias Renten mit sich brächten. Es käme zu einer ebenso ziellosen wie fortwährenden Geldvermehrung, die in der leihgeschäftlich-eskamotistischen Konstitutionslogik der neuen Währung angelegt wäre und deren von allem Wirtschaftsleben abgekoppelter, ohne Rücksicht auf die Vermittlungsrolle und Getriebefunktion, die dem Geld im industriellen Wertschöpfungs- und im kommerziellen Wertrealisierungssystem zufällt, verfolgter Sinn und Zweck sich darin erschöpfte, sie, die im abgründigen Grunde des Quidproquo von hypostatischem Grund und Boden und hypothekarischer Grundverschuldung selbstbegründete neue Währung durch immer erneuerte und immer erweiterte Selbstbegründungsakte aufrecht zu erhalten und zu kontinuieren. Die Rentenmark entgleiste nolens volens zu einer Währung, die zwecks Erfüllung der sie bedingenden Leihkonditionen nurmehr um ihren eigenen Unterhalt und Bestand kreiste und die in ebenso selbstverräterischer Widersprüchlichkeit wie selbstläuferischer Unaufhaltsamkeit eine es aufblähende Geldbeschaffung einzig und allein in der Absicht betriebe, den mit ihrer Etablierung verknüpften Zahlungsverpflichtungen nachkommen und

sich als wie sehr auch eskamotistisch substantiiertes, falschmünzerisch gutgesagtes Finanzsystem erhalten zu können.

Diese angesichts der finanziellen Notlage des Staates nur allzu akute Gefahr der Entgleisung des qua Rentenmark leihgeschäftlich etablierten Währungssystems zu einer ausschließlich um die Beschaffung beziehungsweise Schöpfung der für ihre Aufrechterhaltung und Fortsetzung nötigen Zins- alias Rentenzahlungen kreisenden Geldvermehrungsveranstaltung - genau diese Gefahr ist es, der die zur Nichtrückzahlbarkeit der Schuldverschreibungen hinzutretende zweite Eigentümlichkeit, um nicht zu sagen, Absonderlichkeit des vom Staat zur Begründung seiner neuen Währung den Bürgern oktroyierten Leihgeschäfts, nämlich die mengenmäßige Beschränkung der Schuldverschreibungen, will heißen, die prozentuale Limitation des zur Deckung und Gutsagung der neuen Währung hypothekarisch belastbaren bürgerlichen Grunds und Bodens den Weg zu verlegen beziehungsweise einen Riegel vorzuschieben dient. Indem der Staat den Wert des bürgerlichen Grunds und Bodens, den er zur Fundierung seiner neuen Währung rentenbrieflich belasten, grundschuldnerisch mit Beschlag belegen kann, in wie auch immer willkürlich anmutender Festsetzung auf sechs Prozent des immobilen Gesamtwerts fixiert, verbaut er sich a priori die Möglichkeit und schützt sich peremptorisch vor der Versuchung, den ihm aus der neuen Währung erwachsenden Zins- alias Rentenforderungen mittels der Ausstellung neuer, auf den Wert des bürgerlichen Grunds und Bodens lautender Rentenbriefe und einer dementsprechenden Ausweitung der qua Rentenmark grundschuldnerisch fundierten Geldmenge nachzukommen und bewahrt auf diese Weise seine neue Währung vor der beschriebenen Gefahr der um ihrer Finanzierung willen von ihm in seiner Not höchstpersönlich betriebenen inflationären Zerrüttung und selbstläuferischen Disqualifizierung.

Durch die Geldverknappung, die mit ihr einhergeht, erweist sich die Rentenmark als untauglich, den finanziellen Bedürfnissen eines wieder in Gang kommenden Wirtschaftslebens zu genügen. Ihr einziger Sinn besteht darin, in dem Augenblick, in dem die Entlastung von Reparationszahlungen, Industriedemontagen und die Wiedererlangung internationaler Kreditwürdigkeit dem deutschen Wertschöpfungssystem die Perspektive normalen Wirtschaftens revindiziert, die bürgerliche Klasse ihrer Fixierung auf das goldene Kalb eines regressiven Währungsdogmatismus zu entreißen und damit den Weg für eine Rückkehr zum zwieschlächtigen Währungssystem und dessen Pragmatismus freizumachen.

Dass dem Staat mit dieser Absicherung der Rentenmark gegen die Versuchung, die für ihre Etablierung als quasi Gestehungskosten erheischten Zins- alias Rentenzahlungen durch eine infinite Beibehaltung des Etablierungsmechanismus aufzubringen und so denn aber die neue Währung dem Schicksal einer selbstläuferischen Geldvermehrung, einer eigengetriebenen Inflation auszuliefern - dass dem Staat mit solcher Absicherung gelingen könnte, ihr, der neuen Währung, die Vermittlungsrolle, die sie im Wirtschaftsleben spielen soll, genauer gesagt, die ihr im industriellen Wertschöpfungs- und kommerziellen Wertrealisierungsprozess zugedachte Getriebefunktion zu vindizieren beziehungsweise zu garantieren, ist freilich so gut wie ausgeschlossen. Zwar schützt die prozentuale Begrenzung der auf den bürgerlichen Grund und Boden aufzunehmenden Grundschuld, mit anderen Worten, die Limitierung der auf Rentenbriefbasis emittierbaren Geldmenge den klammen und zu dementsprechend desparaten Maßnahmen tendierenden Staat vor der Versuchung, die für die neue Währung als quasi Leihgebühr fälligen Zins- alias Rentenzahlungen durch immer weitere und neue Grundverschuldungen und auf deren Basis getätigte Geldemissionen aufzubringen und damit sie, die neue Währung, zu einem ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Vermittlungsrolle verfolgten finanzpolitischen Selbstzweck entgleisen, sie einer indifferent gegenüber aller wertschöpferischen und wertrealisatorischen Getriebefunktion Raum greifenden Selbstbegründungs- beziehungsweise Selbsterhaltungsmanie verfallen zu lassen. Der Preis indes, den der Staat für solch wirksamen Schutz der Rentenmark vor einer funktionellen Verirrung und Entgleisung, die sie die ihr übertragene wirtschaftliche Aufgabe in egozentrischer Manie aus den Augen verlieren und vergessen ließe - der Preis, den der Staat für solchen Schutz zahlt, ist eine strukturelle Erstarrung und Vereisung, die durch die kataleptische Apathie, in die

sie die Rentenmark versetzt, diese für jene ihr zugedachte ökonomische Aufgabe um kein Jota weniger disqualifiziert und untauglich macht.

Wie generell und allemal im Rahmen wertrealisatorisch-kommerziellen Austauschs, so ist speziell und zumal unter Bedingungen einer dem Austausch zugrunde liegenden wertschöpferisch-industriellen Akkumulation eine ebenso unabdingbare wie maßgebliche Forderung an die als Übergangsobjekt alias Mittelglied im Austausch fungierende Geldwertmenge, dass sie dem aus dem Mehrwert, den der Markt erzielt und den er in die Schöpfung neuen und vermehrten Mehrwerts investiert, mit verwertungsprozessualer Zwangsläufigkeit resultierenden Wachstum der Sachwertmenge Rechnung trägt, will heißen, durch ein entsprechendes eigenes Wachstum die Waage hält. So gewiss Dreh- und Angelpunkt des mittels allgemeinen Äquivalents alias Gegenwerts ins Werk gesetzten kommerziellen Austauschs, zumal wenn er durch ein industrielles Wertschöpfungssystem unterfüttert und dynamisiert ist, die permanente Erzielung und weitere Verwertung von Mehrwert ist, so gewiss ist seine unfehlbare Konsequenz eine progressive Entfaltung und Vermehrung der in seinem Rahmen prozessierten und transagierten, kurz, vermarkteten Sachwertmenge, was wiederum mit nicht weniger unfehlbarer Notwendigkeit eine korrespondierende Zunahme und Ausweitung der die kommerzielle Transaktion der Sachwertmenge vermittelnden, ihren Vermarktungsprozess katalysierenden Geldwertmenge erforderlich macht.

Genau diese progressive Anpassung der Geldwertmenge an die Sachwertmenge freilich wird unterbunden, genau diese dem Wachstum der letzteren Rechnung tragende Zunahme der ersteren wird ausgeschlossen, wenn der Staat, um der Versuchung zu widerstehen, sich die Leihgebühren alias Rentenzahlungen, die für seine grundschuldnerisch bei den Bürgern geliehene neue Währung anfallen, durch immer weitere rentenbriefliche Leihaktionen zu verschaffen und so aber die neue Währung dem Verderben einer von aller ökonomischen Funktion abgekoppelten und um nichts als um die eigene Selbsterhaltung kreisenden inflationären Leerlaufreaktion preiszugeben - wenn also der Staat in Abwehr solcher Versuchung die Leihaktion auf die anfängliche hypothekarische Belastung von sechs Prozent des bürgerlichen Grund-und-Boden-Werts beschränkt und mithin die im Rahmen der neuen Währung emittierbare

und für Industrie und Handel, fürs Wertschöpfungs- und Wertrealisierungssystem verfügbare Geldwertmenge ein für alle Mal festschreibt, sich definitiv in wenigen Milliarden Rentenmark erschöpfen lässt. Mag dem Staat gelingen, seine neue Währung durch deren geldmengenmäßige Limitierung vor der Scylla ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens inflationär ausufernder Selbstbegründungs- beziehungsweise Selbsterhaltungsbestrebungen zu bewahren, womit er sie damit aber stattdessen heimsucht, ist die Charybdis eines gegenüber den Anforderungen des Wirtschaftslebens nicht weniger indifferenten, deflationär durchschlagenden Erstarrungszustands und Mangels an Anpassungsvermögen. Wie anders nämlich denn als deflationär, will heißen, mit der Konsequenz einer die industriellen Wertschöpfer und kommerziellen Wertrealisierer um ihren Profit bringenden und ihnen die Akkumulationsstrategie verhagelnden, als Preisverfall zu Buche schlagenden allgemeinen Sachwertentwertung, kann sich die der neuen Währung durch jene strikte Geldmengenlimitierung mit auf den Weg gegebene kategorische Weigerung auswirken, dem ökonomischen Wachstum, der Zunahme der Sachwertmenge, durch eine korrespondierende Zunahme der Geldwertmenge, eine Ausweitung der qua allgemeines Äquivalent, qua gegenwertiges Passepartout, für den Austausch der Sachwerte verfügbaren Währungsmittel, zu begegnen und und die Waage zu halten?

Mit dem der Notenbank ins Stammbuch geschriebenen Verbot, zwecks Emittierung neuer und weiterer Geldmittel auf den, wie auch immer eskamotistisch, als das Realfundament der Rentenmark, als ihre Wertsubstanz geltend gemachten bürgerlichen Grund und Boden neue und weitere rentenbriefliche Grundschulden aufzunehmen, treibt demnach der Staat, um noch ein weiteres Bild für das Dilemma zwischen der Scylla inflationärer Entgleisung und der Charybdis deflationärer Vereisung zu bemühen, den Luzifer einer unwillkürlich verfolgten Geldvermehrung mit dem Beelzebub einer willkürlich verfügten Geldverknappung aus und verurteilt seine neue Währung zum Schicksal einer Miss-, um nicht zu sagen Totgeburt, die so oder so, per egozentrische Verirrung oder per kataleptische Erstarrung den ökonomischen Erfordernissen, den Ansprüchen des Wertschöpfungs- und Wertrealisierungssystems, sei's den Laufpass gibt, sei's die kalte Schulter zeigt und sich als gänzlich untauglich erweist, der ihr zugedachten kommerziellen Vermittlungsrolle beziehungsweise industriellen Getriebefunktion zu genügen.

Wenn so aber die Rentenmarkwährung derart eklatant jeglichen wirtschaftspolitischen Sinnes entbehrt und sich als Ausweg aus der durch den superinflationären Verfall der Reichsmarkwährung verursachten finanzpolitischen Misere derart nachdrücklich diskreditiert, was bringt sie dann eigentlich, und was kann der Staat sich überhaupt von ihr erhoffen? Mag indes die neue Währung, für sich genommen, als Missgeburt, als ein Monstrum, das weder Hand und Fuß hat, erscheinen, dass ihr dennoch ein Sinn eignet und der Staat sie, wiewohl nicht mit gutem Grund, sprich, mit strategischem Fug und Recht, so jedenfalls doch mit gutem Bedacht, will heißen, mit taktischer List und Tücke ersinnt und einführt, wird deutlich, sobald man sie, statt isoliert und in währungssystematischer Unvermitteltheit, vielmehr kontextlich, in geschichtsempirischer Bezüglichkeit, ins Auge fasst. Der historische Kontext nämlich, in dem das als Republik neu etablierte Deutsche Reich seine Rentenmark konzipiert und implementiert, ist das hierzu, wenn nicht strikt simultane, so doch annähernd synchrone, der Einsicht in die unwägbaren Risiken beziehungsweise unabsehbaren Gefahren, die das nach Maßgabe seiner finanzpolitischen Zerrüttung wirtschaftspolitischem Siechtum, wo nicht gar Ruin, verfallende republikanische Staatswesen auch für sie selber birgt, geschuldete Einlenken der Siegermächte, was ihre gegen letzteres geltend gemachten Entschädigungsforderungen, ihre geldlichen und mehr noch sächlichen Reparationsansprüche betrifft - ein Einlenken, wie es der zwischen den Siegermächten und dem Deutschen Reich 1924 abgeschlossene Dawes-Plan und dessen fünf Jahre später ausgehandelte Revision und Ersetzung durch den Young-Plan bezeugen.

Ziel dieser Finanzierungspläne ist es, die Reparationsleistungen so zu modifizieren und zu adaptieren beziehungsweise die Zahlungsfristen und -termine so zu strecken und zu regulieren, dass sie den Haushalt des Deutschen Reiches nicht hoffnungslos überfordern, ihm nicht von vornherein jeden finanzpolitischen Spielraum und alle wirtschaftspolitische Initiative verschlagen und ihm vielmehr die Möglichkeit und Kapazität lassen, sich um die Erholung und Gesundung seiner darniederliegenden Volkswirtschaft zu kümmern, statt letztere durch die steuerlichen Belastungen, die ihr zu oktroyieren, und den Mangel an Förderung und Unterstützung, der sie zu exponieren, seine Reparationsverpflichtungen ihn zwingen, vollends strangulieren und ruinieren zu müssen. Ergänzt wird in beiden Fällen diese künftige proportionale und terminliche Entlastung

von der Reparationsbürde durch einen internationalen Kredit, der dem Deutschen Reich ad hoc finanzielle Dispositionsfreiheit verschafft und ihm als eine Art Anschubfinanzierung erlaubt, seiner Volkswirtschaft, statt sie fortgesetzt ausschlachten beziehungsweise zu Tode melken zu müssen, sei's passiv den für ihre Erholung nötigen Dispens zu sichern, sei's aktiv den für ihre Gesundung erforderlichen Sukkurs zu leisten.

Tatsächlich sorgen diese prospektiven und aktuellen finanzpolitischen Entlastungsmaßnahmen, zu denen die Gläubiger des Deutschen Reichs sich bereitfinden, für eine hinlängliche Stabilisierung des Staatshaushalts und Konsolidierung des ihn fundierenden volkswirtschaftlichen Lebens, sprich, Normalisierung des Wertschöpfungs- und Wertrealisierungsprozesses, in dem letzteres besteht, um den Grund für den währungssystematischen Konkurs alias superinflationären Kollaps der Volkswirtschaft, das, was die in eine Massenpanik ausartende finanzpolitische Regression der Bürgerschaft auslöst und speist, nämlich die reparationsbedingte Kombination aus Abfluss der thesaurischen Währungsmittel und Abbau des industriellen Produktionsapparats, hinfällig werden oder jedenfalls ihre Durchschlagskraft verlieren zu lassen und damit die Bürgerschaft zu ermutigen, geldsystematisch wieder Tritt zu fassen und zur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts finanzpolitisch durchgesetzten Tagesordnung des nicht weniger pragmatisch modifizierten als dogmatisch kontinuierten zwieschlächtigen Währungssystems zurückzukehren. Dogmatisch kontinuiert zeigt sich im Rahmen dieser Tagesordnung das Währungssystem insofern, als im theoretischen Postulat beziehungsweise währungssystematischen Prinzip der Wert des kursierenden Zahlungsmittels alias papierenen Geldes nach wie vor auf einen edelmetallenen Grundstock alias thesaurierten Fundus verweist und sich durch ihn bestimmt behauptet. Als pragmatisch modifiziert indes erweist sich das Währungssystem dergestalt, dass in der praktischen Performanz beziehungsweise im finanzpolitischen Effekt der Wert des papierenen Geldes alias kursierenden Zahlungsmittels sich auf den Wert der produzierten Güter und Dienstleistungen, auf die zu Markte getragene Sachwertmenge, bezieht und daran bemisst.

Diese pragmatische, von den staatlichen Finanzbehörden mittels statistischen Abgleichs zwischen gegebener Sachwertmenge und vorhandener Geldwertmenge hergestellte, kurz, preisindexgesteuerte Beziehung der letzteren auf erstere und Bemessung an ihr erfährt nun aber durch

die sächlichen Reparationsleistungen, zu denen der Friedensvertrag das Deutsche Reich verpflichtet, eine massive Störung und vielmehr regelrechte Ruptur. In dem Maße, wie die Gläubiger des Deutschen Reichs sich in Eintreibung ihrer ihm als Entschädigung für ihre kriegsbedingten Verluste auferlegten Reparationsforderungen an den von seiner Volkswirtschaft produzierten Sachwerten bedienen und wie sie mehr noch, weil das Produktionsvolumen des gerade erst wieder in Schwung kommenden Wertschöpfungssystems zur Befriedigung der Forderungen nicht ausreicht, sich mittels Abbau und Abtransport von Industrieanlagen und Infrastruktureinrichtungen schadlos zu halten suchen und wie durch diese Demontage und Reduktion des industriellen und infrastrukturellen Apparats die reparationsbedingten Produktionseinbußen und Sachwertverluste die volkswirtschaftliche Leistungsbilanz noch stärker beeinträchtigen und zusätzlich belasten - in dem Maße also, wie dies geschieht, gerät das Verhältnis zwischen Sachwertmenge und Geldwertmenge aus dem Lot und kommt es zu einem fortschreitenden Ungleichgewicht, einer zunehmende Schieflage, zwischen beiden. Zwangsläufige Folge dieses Ungleichgewichts ist die in den unmittelbaren Nachkriegsjahren die deutsche Volkswirtschaft als schleichende Krankheit heimsuchende inflationäre Entwicklung, eine als äquilibristische Korrekturmaßnahme, als Bemühung um die Wiederherstellung einer neuen Balance, durch den Markt erzwungene, also per kommerziellen Austausch durchgesetzte Entwertung der im Verhältnis zur schrumpfenden Sachwertmenge überhand nehmenden Geldwertmenge und eine entsprechende, als Preissteigerung zu Buche schlagende Aufwertung der gegenüber der überhand nehmenden Geldwertmenge ins Hintertreffen geratenden, relativ zu ihr abnehmenden Sachwertmenge.

Auslöser der inflationären Entwicklung beziehungsweise Schalthebel der Geldentwertung ist, so gesehen, die finanzpolitisch-pragmatische Orientierung der Geldwertmenge an der durch das Wertschöpfungssystem geschöpften Sachwertmenge, ihre Beziehung auf sie und Bemessung an ihr. Weil die Geldwertmenge in finanzpolitisch-pragmatischer Bindung an die Sachwertmenge und Ausrichtung auf sie gehalten ist, letztere kopistisch zu repräsentieren und äquilibristisch widerzuspiegeln, kann deren reparationsbedingter Schwund und Schrumpfprozess ihr zum inflationären Debakel gereichen und entwertend, sprich, mit dem Effekt einer Anpassung ihres nominellen Werts an den reellen Wert, den die

Güter und Dienstleistungen, die Sachwerte, auf dem Markt, im kommerziellen Austausch, als Preis geltend machen, auf sie zurückschlagen. Eben diese nach Maßgabe ihres Pragmatismus realistische, der funktionellen Abhängigkeit des allgemeinen Äquivalents alias geldlichen Übergangsobjekts von den besonderen Wertgegenständen alias sächlichen Gütern und Dienstleistungen, die es zu vermitteln beziehungsweise auszutauschen dient, Rechnung tragende Sichtweise aber ist es nun, an der die um ihr geldliches Guthaben besorgte, um den Wert ihres Privateigentums in Geldform bangende bürgerliche Klasse Anstoß nimmt oder vielmehr verzweifelt und von der sie in ihrer eigentümlichen, von der Sorge um ihr Eigentum getriebenen, Verzweiflung sich loszusagen und im Sinne des oben genannten reklamatorischen Regressverfahrens Abstand zu nehmen sucht.

Von der pragmatischen Bindung des Geldwerts an den Sachwert, die die Schrumpfung und Verknappung des letzteren auf ersteren inflationär, im Sinne substanzloser Aufblähung, zurückschlagen lässt und damit ihr geldliches Eigentum der Entwertung preisgibt - von dieser pragmatischen Bindung enttäuscht und in die Defensive getrieben, nimmt die bürgerliche Klasse ihre Zuflucht zu der qua zwieschlächtiges Währungssystem überkommenen dogmatischen Fixierung des Geldwerts auf den Goldwert, rekurriert sie in der verzweifelten Hoffnung, ihr geldliches Guthaben dadurch vor der Entwertung retten zu können, auf jene thesaurische Fundierung des Geldwerts, jenen letzterem seine Substanz und Sicherheit zu garantieren gedachten edelmetallenen Fundus in Staatshand, den sie, die bürgerliche Klasse, als dogmatisches Konstrukt ursprünglich einführt und durchsetzt, um ihn, den Staat, zu währungssystematischem Wohlverhalten zu verpflichten, ihn auf weitestmögliche Stabilität des von ihm als zirkulierendes Zahlungsmittel emittierten papierenen Geldes zu vereidigen, und den in der Folge der kapitalistischen Wachstumsdynamik, der ausbeuterisch-wertschöpfungsbedingten Zunahme an Sachwert und der Unmöglichkeit, dieser Zunahme an Sachwert eine der Zunahme an Geldwert, die sie erheischt, die Waage haltende Aufstockung seiner, des den Geldwert gutzusagen gedachten thesaurischen Fundus, korrespondieren zu lassen, er, der Staat, sich dann aber unabweislich gezwungen sieht, wenn schon nicht um seine dogmatische Geltung als äquilibristisches Pendant des Geldwerts zu bringen, so allemal doch pragmatisch außer Kraft zu setzen und durch eine unmittelbare Sachwertbindung

des Geldwerts, eine funktionell variable Abhängigkeit der emittierten Geldwertmenge von der Wertmenge der durchs Wertschöpfungssystem produzierten Güter und Dienstleistungen, zu substituieren.

Wie der Verweis auf die prozessuale Dynamik des Wertschöpfungssystems, die Unaufhaltsamkeit der ebenso akkumulationsgetriebenen wie ausbeutungsgetragenen Entfaltung und Vervielfältigung der vom Wertschöpfungssystem ins Werk gesetzten Sachwertproduktion, in Erinnerung zu rufen genügt, ist die pragmatische Außerkraftsetzung der dogmatisch-thesaurischen Bindung des Geldwerts und die, aller juridisch prätendierten Beibehaltung zum Hohn, darin implizierte faktische Abschaffung des zwieschlächtigen Währungssystems ein nicht weniger unwiderrufliches als unabwendbares Ereignis und erscheint, von daher gesehen, der von der bürgerlichen Klasse im Interesse des Werterhalts ihres geldlichen Guthabens eingelegte reklamatorische Regress auf den Goldwert des Geldwerts als eine gänzlich unrealistische Initiative und eine in dem Sinne wirkungslose Motion, dass sie die inflationäre Entwicklung des Geldwerts, die durch die reparationsbedingte Schrumpfung und Verknappung des Sachwerts ausgelöst wird, in keiner Weise zu konterkarieren und den durch sie herbeigeführten Geldwertverlust partout nicht aufzuhalten vermag. So gewiss der reklamatorische Regress der bürgerlichen Klasse auf den thesaurischen Fundus des Geldwerts auf ein währungspolitisches Dogma abhebt und setzt, das die ökonomische Entwicklung, die Dynamik des Wertschöpfungsprozesses, längst pragmatisch obsolet hat werden lassen und in der finanzpolitischen Praxis ad acta gelegt hat, so gewiss erweist sich der Regress als bloße Regression, als im buchstäblichen Sinne unrealistische und nämlich durch die Realität, auf die sie sich beruft und die doch als Berufungsgrund gar nicht mehr ins Gewicht fällt beziehungsweise in Betracht kommt, der Gegenstandslosigkeit und Nichtigkeit überführte Reklamation.

Mag indes, was seinen Zweck, die Erhaltung des Geldwerts und Rettung geldlichen Guthabens vor inflationärem Verfall betrifft, der reklamatorische Regress der bürgerlichen Klasse sich als die unrealistische Regression, die er ist, und demgemäß als wirkungslos herausstellen, folgenlos bleibt er deshalb aber keineswegs. Was er nämlich statt der qua Vermeidung beziehungsweise Verhinderung des inflationären Geldwertverlusts beabsichtigten Wirkung zur Folge hat, ist vielmehr und

im unabsichtlich tückischen Gegenteil dessen Forcierung und Beschleunigung. Verantwortlich für diese objektive Tücke des nach Maßgabe seines Mangels an Realismus sich als Regression erweisenden reklamatorischen Rekurses der bürgerlichen Klasse auf den Goldwert des Geldwerts ist der erwähnte zweite Teil der von den Siegermächten eingeforderten und eingetriebenen Reparationsleistungen, der gleichzeitig mit der Beschlagnahmung von Sachwerten und sächlichen Produktionskapazitäten vorgenommene Zugriff auf die edelmetallene Währungsreserve, den staatlichen Thesaurus. Dieser Zugriff nämlich macht, dass eben das, worauf der reklamatorische Regress oder vielmehr die unrealistische Regression der bürgerlichen Klasse sich bezieht und abzielt, in Parallelaktion mit solch regressiver Bezugnahme und Zielsetzung der Verflüchtigung und Schwindsucht verfällt. Und das wiederum macht, dass die währungssystematische Regression der bürgerlichen Klasse aus einer bloß unrealistischen Haltung zu einem durchaus pathologisch zu nennenden Verhalten eskaliert beziehungsweise mutiert.

Wie oben expliziert, bedeutet der reparationsbedingte, dem Verlust von Sachwerten und Abbau von Produktionspotenzialen parallele Abfluss und Schwund der thesaurischen Währungsreserve, dass sich die bürgerliche Klasse mit ihrem letztere betreffenden und unschwer als unrealistische Regression erkennbaren reklamatorischen Regress auf etwas besinnt beziehungsweise beruft, das sich im Vollzug und Verlauf solcher Besinnung beziehungsweise Berufung zunehmend dementiert beziehungsweise immer weiter revoziert. Und dieses im Abfluss der Währungsreserve beschlossene Dementi, diese mit dem Schwund des Thesaurus einhergehende Revokation stellt nun aber die bürgerliche Klasse zwangsläufig vor die kruzifikatorische Alternative, entweder den thesaurischen Garanten des Geldwerts, auf den sie sich besinnt und beruft und der sich ad hoc des an ihn gerichteten Ansinnens so klar erkennbar dementiert, der sich actu der Berufung auf ihn so unübersehbar revoziert, als untauglich, um nicht zu sagen unsinnig, fallen zu lassen und aufzugeben, oder aber an ihm festzuhalten, unbeirrt beziehungsweise unbelehrbar auf ihn zu setzen und damit aber akzeptieren und in Kauf nehmen zu müssen, dass er nach Maßgabe seines reparationsbedingten Abflusses und Schwunds entwertend auf den Geldwert, den er garantieren beziehungsweise gutsagen soll, zurückschlägt, sich bei

ihm inflationär zur Geltung bringt. Wie aus den Annalen ersichtlich, entscheidet sich die bürgerliche Klasse für letztere Option und lässt damit, wie die unrealistische Haltung ihres reklamatorischen Regresses, dessen regressive Beschaffenheit, zu einem pathologisch zu nennenden Verhalten, einer wahnhaften Fixierung, ausarten, so die durch die sächlichen Reparationsleistungen ausgelöste Inflation zu einer durch das ominöse Momentum, das jene wahnhafte Fixierung auf den Goldwert den thesaurischen Reparationsleistungen vindiziert, entfesselten Superinflation entgleisen.

Durch ihr ebenso unbelehrbares wie unbeirrtes dogmatisches Insistieren auf der als Rettungsanker beziehungsweise letzte Zuflucht regressiv fetischisierten thesaurischen Deckung des inflationär schwindenden Geldwerts entreißt die bürgerliche Klasse letzteren der für seinen inflationären Schwund maßgebenden pragmatischen Bindung an die reparationsbedingt sinkende Sachwertmenge und liefert ihn stattdessen einer implicite ihrer regressiven Verirrung pathologisch durchschlagenden Fixierung auf eben jene reparationsbedingt schrumpfende goldwertige Deckung aus, mit der besagten Konsequenz, dass er, der Geldwert, zur Spielwiese oder - mit Rücksicht auf die sozialen Rückwirkungen der Bornierung besser gesagt! - zum Schlachtfeld einer ganz unabhängig von aller Sachwertentwicklung verlaufenden und deshalb der sachwertrelativen Inflation als Selbstläufer alias Autist aufgehuckten Superinflation wird. Pathologisch-dogmatisch an den Abfluss der Goldwertmenge gefesselt, statt empiriologisch-pragmatisch an den Abbau der Sachwertmenge gekoppelt, durchlebt der Geldwert binnen weniger Monate eine Talbeziehungsweise Sturzfahrt, die als eine Art negativer Existenzbeweis für den Goldwert und seine währungssystematische Geltung, als quasi ein dessen Macht und Herrlichkeit bezeugendes Autodafé, ihm, den Geldwert, seine eigene Existenz verschlägt, ihn um seinen in Sachwerten bestehenden Leib, um sein Gütern und Dienstleistungen geschuldetes Leben bringt.

Als Antidot gegen die bürgerlich-fetischistische Fixierung auf die Goldmark ist der staatlich-dezisionistische Rekurs auf die Rentenmark vom gleichen Schlage wie jene und ebenso untauglich, den Erfordernissen eines auf die Schöpfung von Mehrwert abonnierten Wertschöpfungssystems Rechnung zu tragen. Ihr einziger Sinn und Nutzen ist es, den Goldmarkfetischismus auf die schocktherapeutische Spitze zu treiben und so den Bann zu brechen, in dem er die bürgerliche Klasse verhält.

Aus dem Bann, in den sie ihre regressive Fehlorientierung, ihre durch den Schwund der staatlichen Goldreserve zur pathologischen Verirrung dynamisierte und freigeschaltete Fixierung auf den Goldwert, schlägt, vermag sich die bürgerliche Klasse aus eigener Kraft nicht zu befreien. Angesichts der Geldentwertung, die der reparationsbedingte Sachwertverfall mit sich bringt, an der pragmatisch-sachwertrelativen Realisierung des Geldwerts verzweifelnd und auf dessen dogmatisch-thesaurische Fundierung durch das zwieschlächtige Währungssystem regredierend, findet sich die bürgerliche Klasse in, wenn man so will, selbstverschuldeter Unmündigkeit dem superinflationären Strudel konfrontiert, in den der reparationsbedingte Schwund der Goldwertmenge den Geldwert hinabreißt, und erfährt, was sonst nichts weiter als eine der unglücklichen Verkettung der Ereignisse geschuldete und als Wertverlust ihr geldliches Guthaben beeinträchtigende und in Mitleidenschaft ziehende währungsprozessuale Heimsuchung wäre, vielmehr als eine mit dem Teufelspakt eben jener Fixierung des Geldwerts auf den Goldwert besiegelte und als Wertvernichtung ihr geldliches Guthaben dem Verderben preisgebende und der Verdammnis überantwortende währungsprinzipielle Höllenfahrt.

Und genau diesen dem Geldwert Verderben bringenden Teufelspakt zu lösen, genau diese Fixierung der bürgerlichen Klasse auf den edelmetallenen Währungsfundus, den Thesaurus, die dessen reparationsbedingter Abfluss aus einer unrealistischen Haltung zu einem pathologischen Verhalten eskaliert, aufzuheben, ist nun aber die Aufgabe der Rentenmark, die der Staat in seiner währungspolitischen Not aus dem Hut des zwieschlächtigen Währungssystems zaubert oder, besser gesagt, aus der Trickkiste einer ebenso eigenwilligen wie freihändigen Variation des letzteren zieht. Mit seiner mit ebenso viel Aplomb wie Brimborium eingeführten neuen Währung substituiert der Staat den einen, das zwieschlächtige

Währungssystem, an das sich die bürgerliche Klasse klammert, gutsagenden Rückhalt, den thesaurischen Fundus, die gehortete edelmetallene Münze in Staatshand, durch eine andere, das zwieschlächtige Währungssystem verbürgende Rücklage, ein terrestrisches Fundament, den geliehenen Grund und Boden in bürgerlichem Besitz. Und indem er das tut, setzt er die bürgerliche Klasse in specie und die ihrem Exempel folgende bürgerliche Gesellschaft in genere einer Art Schocktherapie aus, entreißt er sie jäh ihrer durch die monetären Reparationsforderungen der Siegermächte ins Pathologische gewendeten Fixierung auf die thesaurische Deckung, ihrem monomanen Bauen auf den Goldwert als vermeintlich letzte Zuflucht, in Wahrheit aber fluchtpünktliche Grabstätte des Geldwerts, und offeriert ihnen eine währungssystematische Alternative, die Aussicht auf eine andere, ihr Bedürfnis nach Sicherung des Geldwerts und Gewährleistung der geldlichen Guthaben zu befriedigen versprechende Währungsstabilität. Diese Alternative hat, näher besehen, zwar ebenso wenig Hand und Fuß wie die thesaurische Fixierung, die sie qua terrestrische Fundierung zu ersetzen beansprucht, hat gleichermaßen im währungssystematischen Prinzip und in der finanzpolitischen Praxis ebenso wenig wie jene das Zeug dazu, den reparationsbedingten volkswirtschaftlichen Turbulenzen und der aus ihnen resultierenden inflationären Entwicklung Einhalt zu gebieten oder gar Abhilfe für sie zu schaffen, fungiert aber einfach dadurch, dass sie den Bann jener thesaurischen Fehlorientierung durch ein nicht minder unrealistisches, aber vergleichbar suggestives Antidot bricht und also die bürgerliche Klasse aus ihrer fetischistischen Verzauberung durch deren antithetische Infragestellung und Neutralisierung herausreißt, als ein Weckruf beziehungsweise Augenöffner, der ihr ermöglicht, der durch das Einlenken der Siegermächte, ihr Abrücken von einer rücksichtslosen Durchsetzung ihrer Reparationsforderungen, verbesserten volkswirtschaftlichen Aussichten und entspannten finanzpolitischen Lage inne zu werden und, wie solch ökonomische Verbesserung und finanzielle Entspannung als Chance zur Erholung und gar Sanierung des unter der Reparationslast lahmenden und dahinsiechenden Wertschöpfungssystems und damit zur Eindämmung und gar Bewältigung der auf diese Lähmung des Wertschöpfungsprozesses zurückzuführenden inflationären Entwicklung, des diesem Siechtum des Wertschöpfungssystems entspringenden Geldwertverlusts und Verfalls der geldlichen Guthaben, zur Kenntnis zu nehmen,

so sie als Aufforderung zu begreifen, zu der bewährten pragmatischen Einschätzung und Bewertung der Währung zurückzufinden und die Geldwertmenge, statt sie nicht weniger fetischistisch als dogmatisch an den, ganz unabhängig von seinem reparationsbedingten Schwund, als Wertkriterium längst obsoleten goldwertigen Staatsschatz zu binden und auf ihn zu vereidigen, vielmehr wieder auf die durch das Wertschöpfungssystem, die Quelle allen Werts, produzierte Sachwertmenge zu beziehen und an ihr zu bemessen.

Mehr als Weckruf und Augenöffner, als von Staats wegen gegen die thesaurische Fixierung der bürgerlichen Klasse aufgebotene und als vexierbildliches Gegenmittel, als terrestrisches Antidot, jene thesaurische Fixierung entkräftende und neutralisierende und sich damit aber in ihrer Bedeutung und Funktion auch schon erschöpfende und dem pragmatischen Währungssystem das Feld räumende, einer weder thesaurischen noch terrestrischen, sondern bloß realistischen alias sachwerthaltigen Geldversion Raum gebende intermediäre Veranstaltung oder Übergangslösung kann die Rentenmark nicht sein. Dazu mangelt es ihr wie gesagt, viel zu sehr an Hand und Fuß, fehlt ihr sowohl aufgrund der Scheinbarkeit ihrer terrestrischen Fundierung, ihrer rentenbrieflich bodenlosen Selbstbezüglichkeit, als auch wegen der Notwendigkeit, sie zwecks Eindämmung ihrer rentenbrieflichen Gestehungskosten mengenmäßig zu beschränken, allzu offenkundig das Vermögen, sich auf ihre eigentliche Aufgabe, die ihr zugedachte Funktion als katalytisches Ferment alias allgemeines Äquivalent, als den Wertschöpfungsprozess gleichermaßen in Gang setzendes Treibmittel und in Gang haltendes Triebwerk, überhaupt einzulassen und intentional mit ihr zu befassen, geschweige denn, solcher Aufgabe real nachzukommen und im erforderlichen Maß Genüge zu leisten.

Tatsächlich ist die improvisatorisch etablierte Rentenmark ja vom durchaus gleichen Schlage wie die dogmatisch tradierte Goldmark, unterliegt wie diese den Bedingungen und Beschränkungen des zwieschlächtigen Währungssystems und teilt mit ihr das entscheidende Manko, das letzteres mittlerweile hat obsolet werden und, allen pro forma in Geltung behaupteten systematisch instruierten, sprich, thesaurusfixierten Dogmatismus ungeachtet, einem de facto der finanzpolitischen Routine herrschenden empirisch informierten, sprich, sachwertbezogenen Pragmatismus hat weichen lassen - nämlich besagtes Unvermögen, den

Anforderungen des unaufhaltsam expandierenden und sich diversifizierenden Wertschöpfungssystems an sein monetäres Treibmittel alias finanzielles Triebwerk disponibel Rechnung zu tragen und sich flexibel anzupassen. Nur dass die Rentenmark mit ihrer radikalen Beschränkung der Geldwertmenge dies realwirtschaftliche Unvermögen auf die Spitze treibt, damit der währungssystematischen Fehlorientierung der bürgerlichen Klasse, deren unrealistischer Fixierung auf den Goldwert, den vexierbildlichen Spiegel vorhält und durch solch schocktherapeutische Übertreibung die bürgerliche Klasse aus ihrer Obsession aufschreckt, aus ihrer durch den Schwund der Goldmenge zum pathologischen Verhalten eskalierten Fixierung löst und ihr Gelegenheit gibt, die durch das Einlenken der Siegermächte veränderte wirtschafts- und finanzpolitische Situation zur Kenntnis zu nehmen und sich auf sie im Sinne einer Rückkehr zu währungspolitischem Realismus, will heißen, mit dem Effekt einer Rehabilitation der pragmatischen Korrelierung von produzierter Sachwertmenge und emittierter Geldwertmenge einzustellen.

Dass ohne die konditionelle Verbesserung und finanzielle Entspannung der volkswirtschaftlichen Situation, die die wenn schon nicht strikt simultane, so doch aber annähernd synchrone inhaltliche und terminliche Revision der Reparationsforderungen mit sich bringt, die qua Rentenmark durchgeführte Währungsreform ins Leere ihrer wirtschaftspolitischen Untauglichkeit liefe und sich nämlich ad absurdum der systematischen Indifferenz und empirischen Insuffizienz führte, mit der sie dem wertschöpferischen Wirtschaftsleben begegnet und die sie hinsichtlich seiner geldmengenspezifischen Anforderungen beweist, steht außer Frage. Vor dem Hintergrund und im Gewahrsam jener realökonomischen Verbesserung und staatsfinanziellen Entspannung der volkswirtschaftlichen Lage indes leistet sie immerhin das, wozu sie taugt und wofür sie am Ende auch nur konzipiert ist: Als quasi Gegenzauber gegen den Bann, in den ihre durch die Nachkriegsinflation, die Folge der Reparationsleistungen ist, provozierte und aber durch den Schwund der Währungsreserven, in dem die Reparationsleistungen resultieren, zum superinflationärpathologischen Verhalten mutierte regressive Fixierung auf den Goldwert die bürgerliche Klasse schlägt - als quasi Gegenzauber entreißt die Rentenmark letztere dieser ihrer Verzauberung, öffnet ihr die Augen für eine wirtschaftliche Realität und finanzielle Situation, die zwar alles andere als gedeihlich und zufriedenstellend, aber doch weit entfernt von der

Aussichtslosigkeit und katastrophischen Zuspitzung sind, die tatsächlich erst ihre der Superinflation die Bühne bereitende fetischistische Fixierung heraufbeschworen hat, und bietet ihr damit die Möglichkeit einer Rückkehr zum Normalfall der ungeachtet aller pro forma dogmatischen Fixierung, aller Goldwertabhängigkeit und -besessenheit de facto pragmatisch disponierten, sachwertbezogenen und -bemessenen Währung, die Möglichkeit also einer Retablierung der alten, ihre Platzhalterin oder, besser gesagt, Raumschafferin, eben die Rentenmark, paritätisch wieder ablösenden, im Verhältnis eins zu eins, Ende gut, alles gut, substituierenden Reichsmark.

Die Entzauberung und Normalisierung der von der regressiven Fixierung der bürgerlichen Klasse auf die Goldwertmenge mit der Seuche einer Entwertungsorgie, die deren Schwund reflektiert, geschlagenen, mit anderen Worten, in den Wahnsinn der Superinflation getriebenen Reichsmark durch die Rentenmark hat, wie oben expliziert, ihren Preis. Der Staat bezahlt sie mit den Zinsen, den Rentenzahlungen, die er den Bürgern für den zwecks Fundierung alias Deckung der neuen Währung von ihnen geliehenen Grund und Boden oder vielmehr für die auf die neue Währung lautenden grundschuldnerischen Briefe schuldet, die er ihnen in abgründigem Quidproquo als reelles Unterpfand alias kapitale Sicherheit für den in Wahrheit bloß nominell alias pro forma von ihnen geliehenen und der neuen Währung als ihr Substrat supponierten Grund und Boden ausstellt. Und dieser Preis wird noch dadurch beträchtlicher und belastender, dass wegen der Uneinlösbarkeit der ausgestellten Rentenbriefe, ihrer Nichtrückzahlbarkeit, die Rentenmark auch nach der Rückkehr zur Reichsmark Geltung behält und parallel zu letzterer fortbesteht, von dieser also nicht sowohl ersetzt und verdrängt als vielmehr überwältigt und ins Abseits einer währungssystematischen Randerscheinung, um nicht zu sagen, Kuriosität gedrängt wird, und dass also auch die für ihre Etablierung den bürgerlichen Grundbesitzern zu entrichtenden Zinsen, sprich, zu leistenden Rentenzahlungen ad infinitum ihres Fortbestands weitergehen.

Ihr Ende finden tatsächlich diese Zinszahlungen, mögen sie auch dank der strikten Beschränkung der qua Rentenmark ausgegebenen Geldmenge überschaubar und verkraftbar bleiben und sich, verglichen mit den in Korrespondenz zum Wirtschaftswachstum zunehmenden staatlichen Zahlungsverpflichtungen, die auf Reichsmark lauten, im Laufe der Zeit

zu einer vernachlässigenswerten Größe, um nicht zu sagen, Lappalie verkrümeln, erst mit der Währungsreform nach dem Potlatch des Zweiten Weltkriegs, die beiden Währungsformen, der Reichsmark ebenso wie ihrem aus der superinflationären Not geborenen geburtshelferischen Zwilling, der Rentenmark, uno actu den Garaus machen.

Egal indes, wie hoch der zinsliche Preis erscheinen mag, den der Staat für die als Gegenzauber oder Lösungsmittel wohlverstandene Rentenmark letztlich zahlen muss, ob dieser Preis im Blick auf die lange Zeit, in der er den Etat belastet, als erhebliches Opfer oder aber in Ansehung des zunehmend geringeren Anteils, den er am Staatshaushalt beansprucht, als verkraftbarer Obolus zu veranschlagen ist, gerechtfertigt und die Sache wert ist er allemal, weil er jenen durch die regressive Goldwertfixierung der bürgerlichen Klasse initiierten und zur Superinflation eskalierten währungsorgiastischen Umtrieb beendet, der der Volkswirtschaft Nachkriegsdeutschlands jeden Halt und alle Orientierung verschlägt und ihr anstelle der wie auch immer durch die Reparationsforderungen der Siegermächte verlangsamten Erholung und erschwerten Konsolidierung vielmehr nichts als zerrüttende Frustration und lähmendes Siechtum bringt. Indem die Rentenmarkswährung auf dem Hintergrund beziehungsweise im Kontext der inhaltlichen und terminlichen Moderierung der Reparationsforderungen den die Inflation zur Superinflation anheizenden Bann bricht, in den ihre Goldwährunsfixierung die bürgerliche Klasse und die in Geldfragen ihrem Beispiel folgende bürgerliche Gesellschaft insgesamt schlägt, erlaubt sie letzterer, auf jenen Weg einer wie auch immer verlangsamten wirtschaftlichen Erholung und erschwerten geldwirtschaftlichen Konsolidierung zurückzufinden, auf den solche Fixierung sie mit den beschriebenen fatalen Folgen eines das Währungssystem zerrüttenden Geldwertverfalls und einer lähmend auf das Wertschöpfungssystem zurückschlagenden reziproken Sachwertteuerung hat abirren lassen.

Anders als die Bourgeoisie verfügt der bürgerliche Mittelstand im Wesentlichen nicht über produktiven Sachwert, sondern nur über possessiven Geldwert. Die galoppierende Geldentwertung nach dem Krieg trifft ihn deshalb hart. Unter Ausblendung ihres eigenen Beitrags zur Superinflation macht die als par excellence staatstragende Klientel firmierende bürgerliche Mittelschicht ihren als generalbevollmächtigter Währungshüter wahrgenommenen staatlichen Patron verantwortlich für ihre finanzielle Misere, was in einer nachdrücklichen Zerrüttung ihres Vertrauensverhältnisses zu ihm resultiert.

Mag die Rentenmarkswährung sich aber auch als noch so tauglich erweisen, dem durch die regressive Goldwährungsfixierung zum superinflationären Schweinsgalopp eskalierten Geldverfall und reziproken Preisanstieg Einhalt zu gebieten beziehungsweise den in ihrem strikten Geldmengenregime implizierten sprichwörtlichen Riegel vorzuschieben und so die Rückkehr zur alten, mit Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum vereinbaren Reichsmarkswährung zu ermöglichen, was sie nicht vermag, ist, Kompensation für die von der Superinflation in der vergleichsweise kurzen Zeit ihres Wütens verschuldeten kapitalen Verluste zu kompensieren und die in deren Konsequenz angerichteten sozialen Schäden wiedergutzumachen. Was nämlich die durch die bürgerliche Goldfixierung provozierte und als klappmechanische Reaktion auf den reparativen Abfluss der thesaurischen Währungsreserve begreifliche Geldentwertungsorgie wie Schnee vor der Sonne dahinschmelzen und ebenso irreparabel wie irreversibel zunichte werden lässt, ist das den bürgerlichen Mittelstand, den Kapitalanhang, der sich aus Bürokraten und Professionalen, aus Freiberuflern, öffentlichen Amtswaltern, höheren Angestellten und privaten Rentenbeziehern und Pfründenempfängern rekrutiert und der der eigentlichen Kapitalfraktion, der das Kapital betreibenden beziehungsweise verwaltenden Bourgeoisie, als mit ihr assoziierte Klientel allererst das demographische Volumen und politische Gewicht einer gesellschaftlichen Klasse verleiht - ist also das diesen bürgerlichen Mittelstand fundierende und als solchen tragende Possessiv in geldlicher Form, sind mit anderen Worten die monetären Guthaben in Bankenhand, die aufs allgemeine Äquivalent lautenden Eigentumstitel in der treuhänderischen Verfügung und prokuristischen Verwaltung des Bankensystems, auf die ihre mittelständischen Eigentümer zugreifen und die sie einsetzen können, um sowohl die ihnen in

Ansehung des Marktgeschehens, des kommerziellen Austauschs, zugewiesene konsumtiv-wertrealisatorische Aufgabe wahrzunehmen als auch die ihnen in Bezug auf das Produktionsverfahren, den industriellen Prozess, abverlangte investiv-wertschöpferische Funktion zu erfüllen und damit gleichermaßen ihren materialen Lebensstandard beziehungsweise sozialen Lebensstil zu sichern und für die Erhaltung dieses Lebensstandards beziehungsweise Führung dieses Lebensstils nützliche, wo nicht gar nötige, zusätzliche, ihr berufliches beziehungsweise amtliches Einkommen supplementierende kapitale Einkünfte zu beziehen, sprich für die Aufstockung und Mehrung eben jener, ihre konsumtiven Aktivitäten und investiven Unternehmungen finanzierenden geldlichen Guthaben zu sorgen.

Anders als seine ihn als ihre Klientel definierende Patronin, die Bourgeoisie, die über sächliche, als Wertschöpfungspotenziale nutzbare und mithin geldliches Guthaben zu generieren taugliche Liegenschaften, Anlagen oder Betriebe, sprich, sachwertträchtiges Eigentum gebietet und dank dieser ihrer sächlichen Produktionsquellen die währungssystematischen Wechselfälle, Turbulenzen und Unbilden des die Sachwerte auf dem Markt auszutauschen dienenden Geldwerts, wenn sie schon nicht von ihnen verschont bleibt, doch aber relativ leicht verkraften, Kompensation für sie schaffen und sich von ihnen erholen kann - anders als die Bourgeoisie verfügt der ihr als Klientel anhangende bürgerliche Mittelstand eben nur über Possessiv in allgemeiner Äquivalentform, geldliches Guthaben, und zeigt sich deshalb von dessen inflationär bedingter Entwertung und Verflüchtigung fundamental betroffen und existenziell in Mitleidenschaft gezogen. In dem Maße, wie ihr monetäres Possessiv, ihr geldliches Guthaben, dem qua Inflation fortschreitenden und als Anstieg der Preise, als Teuerung der Sachwerte, zu Buche schlagenden Schwund des Geldwerts zum Opfer fällt und sich quasi auflöst, lässt es seine Eigentümer, den auf es bauenden bürgerlichen Mittelstand, wenn nicht gleich nackt und mittellos, so jedenfalls doch entblößt und verarmt zurück, womit er sich uno actu um seine für die Wahrung seines sozialen Status, seiner gesellschaftlichen Klassenzugehörigkeit, grundlegende Konsumkraft und um seine für die Erhaltung und womöglich Stärkung der letzteren maßgebende Investitionskapazität gebracht sieht.

Kraft seiner besonderen Stellung und definierten Rolle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, seiner Reduktion und Beschränkung auf

das beschriebene Syndrom aus wertrealisatorisch-konsumtiver Aufgabe und kapitalunterstützend-investiver Funktion, findet sich der bürgerliche Mittelstand auf den Geldwert als unvermittelt solchen, das heißt, als von seiner wertschöpferischen Entstehung, seiner Bezogenheit auf und Bedingtheit durch den Sachwert, abstrahierenden beziehungsweise nicht mit ihm in Verbindung gebrachten Faktor abonniert beziehungsweise borniert, was bedeutet, dass er diesen Geldwert, der ihm in der diversen Form offizieller Gehälter, professioneller Honorare, grundherrlicher Renten und dienstleistungsgebundener Vergütungen zufällt, um nicht zu sagen, zustößt, als vermeintlich ebenso authentische wie originäre Quelle seines Wohlstands oder Reichtums wahrnimmt und wertschätzt. Und solcher Bornierung aber ist es nun geschuldet, dass der bürgerliche Mittelstand, wenn er, an seiner inflationsbedingt aktuellen Verarmung und tendenziellen Deklassierung Anstoß nehmend und sich, gleichermaßen über sie empörend und gegen sie sträubend, nach dem Verantwortlichen und Schuldigen für seinen Verlust und seine Misere sucht, diesen in der Staatsmacht als in der Instanz beziehungsweise Institution erkennt, die seit alters, in vorbürgerlichen Zeiten mit empirisch privilegierter, territorialistischer, und dann im bürgerlichen Zeitalter mit systematisch legalisierter, monopolistischer Zuständigkeit als Hüterin der den kommerziellen Austausch, die Transaktion der Sachwerte auf dem Markt, betreibenden und vermittelnden Währung fungiert, will heißen, für deren Validität oder allgemeine Anerkennung, Kontinuität oder hinlängliche Verfügbarkeit, und Stabilität oder durchgängige Beständigkeit Sorge trägt.

Dass der Staat die Existenz der als allgemeines Äquivalent, als Passepartout des kommerziellen Austauschs, dienenden Währung garantiert, ihr Volumen reguliert und sich um die Konstanz ihrer Maßgröße, die Unveränderlichkeit ihrer Äquivalenz, ihrer Gegenwertigkeit, bemüht, bedeutet freilich mitnichten, dass er sich als ihr autorschaftlicher Schöpfer, ihr eigenmächtiger Erzeuger und ihr selbstherrlicher Maßgeber gerieren könnte. Die Existenz ihres Wertseins zu gewähren, über ihr Volumen zu entscheiden und ihren angemessenen Wert zu bestimmen bleibt dem industriellen Wertschöpfungssystem beziehungsweise dem von ihm produzierten Sachwertensemble vorbehalten, das ja zwecks Austauschs auf dem Markt, zwecks kommerzieller Distribution, sie, die Währung, überhaupt nur erforderlich macht und auf den Plan der gesellschaftlichen Reproduktion ruft.

Weit entfernt davon, dass sich der Staat als veritabler Erzeuger und originärer Installateur der Währung geltend machen ließe, beschränkt sich seine Aufgabe vielmehr darauf, sie beziehungsweise die sie verkörpernde Geldwertmenge im Namen ihres eigentlichen Urhebers und Konstrukteurs, eben des Wertschöpfungssystems beziehungsweise der von ihm hervorgebrachten Sachwertmenge, als verbindliches allgemeines Äquivalent, gültigen Gegenwert, zu gewährleisten, sie durch emittierende Bereitstellung oder restriktiven Entzug den Erfordernissen des Wertschöpfungssystems und seiner Sachwertmenge quantitativ anzupassen und sie in Korrespondenz zu letzterer gegen depravierende Einflüsse von außerhalb des wertschöpferischen Systems normativ abzusichern und relativ stabil zu halten.

Von dieser Vereidigung des Staats auf den Part eines bloßen prinzipiellen Gewährleisters, quantitativen Anpassers und normativen Regulierers der als solche vom Wertschöpfungssystem erzeugten und installierten Währung und von der darin implizierten Beschränkung der staatlichen Verantwortlichkeit und Haftung für sie will der bürgerliche Mittelstand nichts wissen beziehungsweise hindert ihn, genauer gesagt, seine gleichermaßen essenzielle Abhängigkeit von ihr und existenzielle Angewiesenheit auf sie, Kenntnis zu nehmen. Vom Geldwert, der die Währung verkörpert und der ihnen, ohne dass sie dafür ökonomische Leistungen, also Beiträge zum Wertschöpfungssystem, erbringen müssten, zufällt - von solchem Geldwert ebenso vorzüglich lebend wie wesentlich zehrend, wenden und halten sich die den Mittelstand bildenden Bürger angesichts des inflationären Verlusts, der ihm und damit auch ihren auf ihn lautenden Guthaben widerfährt, unmittelbar an den Staat als den ihn ihren Augen über den Geldwert ebenso souverän entscheidenden wie frei disponierenden Etablierer, Emisseur und Kontrolleur der Währung, ziehen ihn zur Rechenschaft und erwarten beziehungsweise verlangen von ihm, dass er dem doch gar nicht von ihm zu verantwortenden, sondern vielmehr der Demontage und Unterminierung des Wertschöpfungssystems, die Konsequenz der Reparationszahlungen sind, anzulastenden Geldwertverfall, dem ihr possessives Eigentum in Geldform beutelnden und erodierenden inflationären Unwesen, Einhalt gebiete und ein Ende setze.

Dass der von ihnen als Schöpfer, Hüter und Ordner der Währung solchermaßen hochgehaltene Staat den in Sachen Inflationsbekämpfung

und Geldwerterhalt mit ihm verknüpften Erwartungen und an ihn gerichteten Forderungen in keiner Weise nachzukommen vermag und sich im Gegenteil, wie die hemmungslose Notendruckerei, die das Geld im buchstäblichen Sinne nullifizierende Emissionsstampade der Zentralen Notenbank, beweist, der zur Superinflation eskalierenden Entwertungsdynamik ebenso hilf- wie ratlos ausgeliefert zeigt, kreiden die mittelständischen Bürger ihm deshalb als gravierendes Manko an, legen sie ihm als fundamentales, weil nämlich ihr eigenes finanzielles Fundament, ihr geldliches Possessiv in Bankenhand, unterminierendes und ruinierendes Versagen zur Last. So gewiss der Staat der Zerstörung ihres geldlichen Eigentums nicht nur ebenso subjektiv untätig wie objektiv ohnmächtig beiwohnt, sondern sogar mittels der ihm wenn auch nicht funktionell hörigen, so jedenfalls doch institutionell zugehörigen Zentralen Notenbank tatkräftig daran mitwirkt, so gewiss treibt dies einen politischen Keil zwischen die mittelständischen Bürger und ihn, untergräbt und erschüttert ihre Loyalität ihm gegenüber und lässt sie, seine bis dahin zuverlässigsten Diener und treuesten Gefolgsleute, zu, was seinen Anspruch auf parteiische Solidarisierung und parlamentarische Unterstützung angeht, unsicheren Kantonisten, wo nicht gar ressentimentgeladenen Frondeuren mutieren.

Und für ihn, den durch den verlorenen Krieg, durch die anschließenden revolutionären beziehungsweise reaktionären Umtriebe und durch die Diktate, denen die Siegermächte ihn unterwerfen, ohnehin in seiner politischen Autorität geschwächten und in seiner bürokratischen Prokura angeschlagenen Staat, ist das kein geringer Verlust, weil der bürgerliche Mittelstand in der Tat die gesellschaftliche Kernmannschaft und, wenn man so will, Leibgarde ist, die ihm in seiner egal ob monarchistisch, republikanisch oder schließlich demokratisch konstituierten, modernen Gestalt demographisch die Stange zu halten und parlamentarisch zur Seite zu stehen disponiert ist.

Im Wesentlichen komponiert aus staatlichen Bürokraten und öffentlichen Amtsträgern, aus Pensionären, Pfründenempfängern und Rentiers, die der Staatsdienst und die öffentliche Verwaltung abstellen beziehungsweise absondern, sowie aus den Scharen von materialen und personalen Versorgern, Gewerbetreibenden und Freiberuflern, die sich jenen Staatsdienern, Amtswaltern und Ruheständlern anschließen, ihnen zur Hand gehen und Dienstleistungen für sie erbringen - im Wesentlichen mithin

bestehend aus Personal, das für seinen Lebensunterhalt beziehungsweise seinen Wohlstand direkt oder indirekt auf Geldwert angewiesen ist, der, so sehr er reell oder für sich genommen Geschöpf des Wertschöpfungssystems sein und die von diesem produzierten Sachwerte repräsentieren mag, doch aber funktionell oder aus der Perspektive des betroffenen Personals als originäre Sache beziehungsweise unvermittelte Gabe des Staates, als von ihm seinem Personal nicht weniger gewährtes als gewährleistetes, nicht weniger für es kreiertes als ihm garantiertes selbstgemachtes Präsent alias selbstgewirktes Donativ erscheint - im Wesentlichen also derart beschaffen, ist der bürgerliche Mittelstand die natürliche soziale Steigbügelhalterin und politische Parteigängerin der Staatsmacht, quasi die geborene Staatsfraktion. Direkter oder indirekter Profiteur und Nutznießer der staatlichen Teilhabe am vom Kapital erwirtschafteten Mehr an Sachwert, die sich der Staat in der Form des von ihm als allgemeines Äquivalent zu den diversen Sachwerten emittierten und kontrollierten Geldwerts sichert, indem er das Kapital in seiner realen Gestalt als Produktwert und in seiner personalen Funktion als Arbeitslohn fiskalisch und taxalisch zur Kasse bittet - direkter oder indirekter Nutznießer solcher monetären staatlichen Teilhabe, ist der bürgerliche Mittelstand fundierter Bundesgenosse, um nicht zu sagen integrierender Bestandteil des Staates und ihm in einer Art Schicksalsgemeinschaft verbunden.

Den bürgerlichen Mittelstand aus dieser schicksalsgemeinschaftlichen Verbindung zu lösen, ihn mit seinem staatlichen Patron, der ökonomisch als sein spendabler Geldgeber firmiert, wofür er sich politisch als loyaler bürokratischer Amtswalter beziehungsweise parlamentarischer Gesetzgeber revanchiert, auseinanderzudividieren, braucht es mehr als die unmittelbar nach Kriegsende einsetzende inflationäre Entwicklung, mit der die Volkswirtschaft der neuen Republik auf ihre reparationsbedingte Belastung reagiert und die nach Maßgabe der mit ihr verknüpften Beeinträchtigung des Geldwerts den mittelständischen geldlichen Guthaben merklich zusetzt und mählich Abtrag tut. Tatsächlich bedarf es dazu jenes superinflationären Kollapses, in den die schleichende Entwertung der ersten Nachkriegsjahre eskaliert und der das hauptsächliche Possessiv des bürgerlichen Mittelstands, seine geldlichen Guthaben in Bankenhand, in einem regelrechten Maelstrom zunichte werden lässt. Erst angesichts dieser seine Ersparnisse, Rücklagen und Fonds heimsuchenden oder,

besser gesagt, in die Pfanne hauenden, ebenso hirn- wie haltlosen Geldentwertung und unter dem Eindruck der ihm infolgedessen drohenden materialen Not und sozialen Deklassierung findet sich der bürgerliche Mittelstand in seiner Staatsgläubigkeit, seinem auf die Staatsmacht bezüglichen Vertrauensverhältnis und Anlehnungsbedürfnis ernsthaft erschüttert, büßt er die seiner Patronin, seiner direkten oder indirekten Geldgeberin als gleichermaßen Schöpferin und Hüterin der Währung, auf die seine wie Schnee vor der Sonne dahinschmelzenden geldlichen Guthaben lauten, bis dahin bewiesene Gefolgschaftstreue und Unterstützungsbereitschaft ein und entzieht damit aber ihm, dem republikanisch neu verfassten Staat, eine seiner tragendsten sozialen Säulen beziehungsweise haltbarsten politischen Bastionen, gibt ihn, wenn nicht schutzlos, so doch aber prekär entblößt, den Anfeindungen und Angriffen preis, mit denen er sich von links und rechts konfrontiert findet, von Seiten derer, die ihm mit sozialistisch-revolutionärem Elan zum Vorwurf machen, dass er sich als Erbe seines monarchistischen Vorgängers etabliere und in dessen ökonomisch ungebrochenem gesellschaftlichem Auftrag agiere, ebenso wie von Seiten derer, die ihm mit chauvinistisch-ultramontaner Ranküne einen Strick daraus drehen, dass er sich als Verräter an eben diesem seinem monarchistischen Vorgänger profiliere und dessen politisch sakrosankte Gesellschaftsordnung mit Füßen trete. Dass maßgeblich er, der bürgerliche Mittelstand selbst, es ist, der die in ihrer Hirnlosigkeit haltlose Geldentwertungsorgie zu verantworten hat, dass, wie oben expliziert, seine klassenspezifische Pathologie, seine auf die inflationären Verluste an geldlichem Guthaben regressiv reagierende und angesichts der Sachwertfundierung der Währung, die sich längst als finanzpolitisch verbindliches Pragma durchgesetzt hat, unschwer als anachronistisch erkennbare Fixierung auf den Goldwert des Geldwerts jene reparationsbedingt inflationäre Erosion überhaupt erst zu dem superinflationären Bergsturz des Jahres 1923 ausarten und degenerieren lässt - diese Einsicht liegt ihm, dem bürgerlichen Mittelstand, fern beziehungsweise wird ihm durch eben jene regressive Fixierung gründlich verbaut. So gewiss er nämlich kraft seiner in Reaktion auf den reparativen Schwund der Goldreserve ein pathologisches Profil gewinnenden Fixierung die Währung aus aller Abhängigkeit vom Wertschöpfungssystem und dessen Produktionsleistung abstrahiert und zur exklusiven Obliegenheit des Staats und seiner thesaurisch fundierten Emissionstätigkeit deklariert, so

gewiss erhebt er, wie gesagt, letzteren zum selbstherrlichen Schöpfer und souveränen Hüter der Währung, erklärt ihn damit, was deren Wertentwicklung in genere und das Wertverhältnis zwischen kursierendem Geld und thesauriertem Gold betrifft, zum Alleinverantwortlichen und unbeschränkt haftbar zu Machenden und kann deshalb mit dem scheinbaren Fug und Recht dieser ihm attestierten währungssystematischen Alleinverantwortlichkeit und thesaurischen Generalhaftung ihm zur Last legen und zum Vorwurf machen, was eigentlich er selbst, der bürgerliche Mittelstand, durch seine panische Abstraktion von der wertschöpferischen Fundierung des Geldes und regressive Fixierung auf dessen thesaurische Deckung und durch seine daraus resultierende pathologische Reaktion auf den reparationsbedingten Schwund eben dieser thesaurischen Deckung verschuldet und folglich zu verantworten hat.

Um den Staat auf die Rolle eines souveränen Währungswächters und alleinverantwortlichen Geldwerthüters vereidigen zu können, legt der bürgerliche Mittelstand das währungssystematische Debakel der Nachkriegszeit statt dem Diktat der Siegermächte vielmehr der sozialdemokratischen Republikanisierung des Staatsapparats selbst, also statt der letzterem widerfahrenden externen Fremdbestimmung und Entmündigung vielmehr einer ihn intern heimsuchenden Fremdgängerei und Treulosigkeit zur Last. Die Konsequenz ist ein tiefer Verlust mittelständischen Zutrauens zum Staat und bürgerlichen Loyalität ihm gegenüber.

Dabei reicht ihre pauschale Schuldzuweisung an den Staat, die ihnen erlaubt, ihre eigene ausschlaggebende Rolle bei der zum Währungspotlatch des Jahres 1923 geratenden Eskalation der sachwertinduziert-normalen Inflation zur alles andere als normalen goldwertfixierten Superinflation um den Preis des Verlusts ihrer staatsbürgerlichen Loyalität und ihrer Metamorphose aus einem den Staat fortifizierenden Stützpfeiler zu einer ihn frondierenden fünften Kolonne auszublenden und zu ignorieren, nicht so weit und erreicht nicht ein solches Maß an Realitätsverleugnung, dass die mittelständischen Bürger die auf der Hand liegende Tatsache, dass der Staat die ihm von ihnen gegebene Schuld an der Währungsmisere nicht freiwillig, geschweige denn böswillig, auf sich lädt, sondern hierbei seinerseits Opfer höherer Mächte, mit anderen Worten, Befehlsempfänger des Reparationsdiktats der Siegermächte ist - dass sie diese offenkundige Tatsache ganz und gar außer Acht lassen könnten und sie nicht irgendwie zur Kenntnis nehmen müssten.

Was sie indes im Zuge dieser ihrer unvermeidlichen Kenntnisnahme der staatlichen Zwangslage, dieser angesichts der Omnipräsenz des Reparationsregimes gar nicht zu vermeidenden Berücksichtigung des Verlusts an Souveränität alias herrschaftlicher Verfügungsgewalt, den der Staat in der Konsequenz seiner militärische Niederlage erlitten hat - was sie also in unvermeidlicher Berücksichtigung der staatlichen Zwangslage tun, ist, dass sie diese unleugbare Tatsache der wirtschaftspolitischen Fremdbestimmung und Entmündigung des deutschen Staats durch seine vormaligen militärischen Gegner in pseudodialektischer, sprich, sophistischer Manier in Einklang mit ihrem sub specie ihrer regressiven Fixierung auf die thesaurische Deckung der Währung unverzichtbaren Insistieren auf einer dem Staat abzufordernden beziehungsweise zuzuweisenden währungspolitischen Selbstmächtigkeit und Alleinverantwortung bringen.

Die Möglichkeit und Handhabe hierzu bietet den mittelständischen Bürgern die mit der halbrevolutionären Abschaffung der Monarchie und Etablierung der Republik, worin der verlorene Krieg resultiert, vollzogene Auflösung und Trennung des Pakts aus nationalliberal-bürgerlichem Fundament und ihm politisch assoziiertem sozialdemokratisch-arbeiterschaftlichem Element, den das wilhelminische Kaiserreich bismarckscher Zurichtung als Patentrezept zur simultanen Bewältigung wertrealisatorisch-ökonomischer Krisen und Schlichtung klassenkämpferisch-sozialer Konflikte schmiedet und durch den als vaterländischen verkauften großen Krieg noch einmal festklopft. Dieser unter kaiserlicher Ägide geschlossene Pakt zwischen den Klassen beziehungsweise zwischen ihren politisch-parlamentarischen Repräsentanzen zerbricht im katastrophischen Verlauf und Ausgang des Krieges, und während das sozialdemokratische Element des Staats, getragen von der revolutionsbereiten Front aus desillusionierter Arbeiterklasse und frustrierter Kriegsheimkehrermasse und akzeptiert oder jedenfalls toleriert von einem durch eben jene massenhafte Revolutionsbereitschaft eingeschüchterten Bürgertum, die Republik ausruft und sich in ihr als parlamentarisch federführende beziehungsweise politisch Richtlinienkompetenz beanspruchende Macht etabliert, findet sich das nationalliberale Fundament des Staats in der ausgerufenen Republik fürs erste entmachtet und zur Rolle eines parlamentarisch Opposition beziehungsweise politisch Obstruktion betreibenden Hinterbänklertums beziehungsweise Widerstandsnests verurteilt.

Solch parlamentarische Oppositionshaltung und politische Obstruktionsneigung, die das aus seiner staatstragenden Stellung verdrängte nationalliberal-besitzbürgerliche Fundament dem aus er Verklammerung mit ihm befreiten und als eigenständiger Faktor an die Macht gelangten, sprich, regierungsbildnerisch in Staat sich werfenden sozialdemokratisch-lohnarbeiterschaftlichen Element beweist und gegenüber dessen Änderungsvorhaben und Erneuerungsinitiativen kultiviert - solche Oppositionshaltung und Obstruktionsneigung aber ist es nun, die dem bürgerlichen Mittelstand, sprich, dem gewichtigen, um nicht zu sagen, zentralen Teil des nationalliberalen Fundaments, der, weil sein possessives Eigentum wesentlich aus geldlichem Guthaben besteht, von der reparationsbedingt inflationären Entwicklung in der jungen Republik existenziell betroffen ist und deshalb auf sie mit der regressiven Fixierung auf den goldwertigen Staatsschatz reagiert - die also diesem durch seine existenzielle Betroffenheit in die währungssystematische Regression getriebenen und eben dadurch die Inflation zur Superinflation eskalierenden bürgerlichen Mittelstand ermöglicht, die faktisch unvermeidliche Wahrnehmung der Fremdbestimmung und Entmündigung des eigenen Staats durch die Siegermächte mit dem ihm aus seiner regressiven Fixierung auf den Goldwert erwachsenden, praktisch unwiderstehlichen Bedürfnis nach einer diesem eigenen Staat abzufordernden beziehungsweise zuzuweisenden währungspolitischen Selbstmächtigkeit und Alleinverantwortung in Einklang zu bringen oder, besser gesagt, kompatibel zu machen.

Die mit der Etablierung des Kaiserreichs als Republik einhergehende und aus Sicht der mittelständischen Bürger als schiere Alteration erscheinende parlamentarisch-politische Transformation des Staats, dessen Verlust an nationalliberal-bürgerlicher Fundierung und Adaption einer sozialdemokratisch-arbeiterschaftlichen Fasson, ermöglicht es dem bürgerlichen Mittelstand, die externe Fremdbestimmung des Staats in einen internen Verfremdungsvorgang umzubiegen, seine objektive Entmündigung als subjektiven Selbstverrat zu interpretieren, und so die den Staat entlastende, wo nicht gar exkulpierende internationale Zwangs- und Notlage, in der er sich befindet, zwar wirtschaftspolitisch-abstrakt registrieren zu können, ohne ihn doch aber währungspolitisch-konkret von der kraft regressiver Fixierung auf den Goldwert ihm als selbstherrlichem Schöpfer und souveränem Hüter der Währung zugewiesenen nationalen Verantwortung entbinden, ihn, was den superinflationären Gau betrifft,

von der ihm als Installateur, Regulator und Garant des Geldwerts zugewiesenen Haftung freisprechen zu müssen.

Nicht den in den Reparationsforderungen der Siegermächte zum Tragen kommenden staatspolitischen Machtverlust der Republik, sondern den in der sozialdemokratischen Regierung Ausdruck findenden sozialpolitischen Machtwechsel, den die Republik vollzieht, macht demnach der bürgerliche Mittelstand verantwortlich und haftbar für die zur Superinflation entgleisende Geldentwertung und den Schwund beziehungsweise Verlust seines in geldlichem Guthaben bestehenden possessiven Eigentums, in dem letztere resultiert. Seine der Sorge um die Erhaltung seines geldlichen Guthabens entspringende regressive Fixierung auf den vormals das papierene Zahlungsmittel zu substantiieren gedachten edelmetallenen Fundus, den unter der Ägide des zwieschlächtigen Währungssystems dem Kurrent überhaupt nur Wert verleihenden Thesaurus, erheischt vom bürgerlichen Mittelstand, dass er dem Staat währungspolitische Souveränität, das Verhältnis von Geldwert und Goldwert, kursorischer Note und thesaurischer Münze, betreffende uneingeschränkte Handlungsvollmacht, attestiert und auf ihr als maßgeblichem und in der Tat ausschließlichem währungssystematischem Entscheidungsprinzip besteht. Solch Insistieren auf der nationalstaatlichen Souveränität und Handlungsvollmacht der Republik aber droht durch das Faktum ihrer internationalen Fremdbestimmung, ihrer per Reparationsprogramm in die Tat umgesetzten Entmündigung, Lügen gestraft beziehungsweise als panische Fiktion beziehungsweise pathologisches Wunschdenken dekuvriert zu werden. Und eben dieser Drohung begegnet und wehrt nun der bürgerliche Mittelstand dadurch, dass er die äußere Fremdbestimmung des neuen, republikanischen Staats als vielmehr bloßen Ausweis seiner inneren Desorientierung interpretiert, ihre in einer objektiven Konstellation begründete Entmündigung und Beschränkung als in Wahrheit aus seiner subjektiven Konstitution erklärliche Unfähigkeit und Inkompetenz identifiziert.

Wenn der republikanische Staat der inflationären Entwicklung nach dem Krieg nicht zu steuern, ihrem zur Superinflation eskalierenden Verlauf nicht Einhalt zu gebieten und einen Riegel vorzuschieben vermag, dann - der Interpretation zufolge, die der regressive Staatsschatzfetischismus des um sein papierenes Possessiv bangenden und zitternden

bürgerlichen Mittelstands ihr angedeihen lässt - nicht, weil fremde Mächte ihn daran hindern, seine währungssystematische Souveränität geltend zu machen, äußere Umstände es ihm verwehren, seine geldpolitische Handlungsvollmacht wahrzunehmen, sondern weil er in seiner sozialdemokratisch alterierten Fassung zu schwach oder labil beziehungsweise zu präokkupiert oder voreingenommen ist, um dem seiner Souveränität eingeschriebenen währungssystematischen Anspruch gerecht werden, seiner geldpolitischen Handlungsvollmacht Genüge leisten und sie gegen alle Zumutungen fremder Mächte und allen Widrigkeiten äußerer Umstände zum Trotz behaupten und wahrnehmen zu können.

Nicht, dass die äußeren, reparativen Konditionen den als Republik neu etablierten Staat davon abhalten, die ihm als essentielle Obliegenheit zugewiesene Aufgabe einer Sicherung geldlichen Eigentums durch Gewährleistung währungssystematischer Stabilität wahrzunehmen, sondern dass seine eigene sozialdemokratisch revidierte Fassung, seine innere, reformierte Konstitution es ihm verunmöglichen, Standhaftigkeit beziehungsweise Widerstandskraft gegenüber jenen ihm oktroyierten widrigen Konditionen zu beweisen und seinen Bürgern kapitalen Schutz und existenzielle Geborgenheit zu bieten, sprich, die für den Erhalt ihres geldlichen Eigentums, ihrer Existenzgrundlage, erforderliche finanzpolitische Kontinuität und währungssystematische Stabilität sicherzustellen - das ist die Interpretation, die in der Konsequenz seiner regressiven Fixierung auf das obsolete zwieschlächtige Währungssystem und dessen obligaten thesaurischen Fetischismus der bürgerliche Mittelstand in Ansehung der finanzpolitischen Lage der Republik in genere und der letztere heimsuchenden und zur Superinflation eskalierenden inflationären Entwicklung in specie kultiviert und die ihm erlaubt, den republikanischen Staat um den Preis des Verlusts jeglichen Vertrauens in ihn als republikanischen und aller Loyalität gegenüber seinem sozialdemokratischen Regime in der für jenen thesaurischen Fetischismus grundlegenden Position und Rolle des ebenso selbstherrlichen und deshalb voll verantwortlichen Schöpfers wie souveränen und deshalb uneingeschränkt haftpflichtigen Hüters der Landeswährung zu orten und festzuhalten.

An diese Überzeugung von der vollen währungspolitischen Verantwortlichkeit und uneingeschränkten finanzpolitischen Haftbarkeit des

wie sehr auch in sozialdemokratische Geiselhaft genommenen republikanischen Staats klammert der bürgerliche Mittelstand sich umso nachdrücklicher und beharrlicher, als sie ihm erlaubt, seine eigene maßgebliche Rolle beim zur Superinflation eskalierenden Geldwertverfall auszublenden und vergessen zu machen. Wie oben expliziert, ist es ja seine eigene regressive Fixierung auf den fetischistisch als die Substanz des Geldwerts beschworenen Goldwert, die den bürgerlichen Mittelstand dazu bringt, die reparationsbedingte Inflation zur Superinflation entgleisen zu lassen, weil sie dem im Rahmen der Reparationsleistungen dem Abbau sächlicher Vermögenswerte komplementären Abfluss thesaurischer Währungsreserven das ominöse Momentum und die pathologische Folgenschwere eines die Geltung des kursierenden Zahlungsmittels, den Geldwert, klappmechanisch erodierenden und mit sich in die Tiefe reißenden Katarakts verleiht. Angesichts der Eigenverantwortung für die superinflationär ausartende Geldentwertung und maßgeblichen Schuld an ihr, die seiner regressiven Fixierung auf den Goldwert entspringt, kommt dem bürgerlichen Mittelstand die in der Konsequenz solch regressiver Fixierung dem republikanischen Staat zugeschobene währungspolitische Alleinverantwortlichkeit und finanzpolitische Pauschalhaft sehr gelegen, um sich auf die Weise zu exkulpieren beziehungsweise für überhaupt unbeteiligt zu erklären, dass er die Verantwortung und Mitschuld, die er tatsächlich selber trägt, unter den Teppich des dem republikanischen Staat in seiner sozialdemokratischen Fassung vorgeworfenen Mangels an währungspolitischem Stehvermögen und der ihm als einem Zerrbild staatlicher Souveränität zur Last gelegten Rückgratlosigkeit und an Kollaboration mit dem Feind grenzenden Nachgiebigkeit kehrt.

So pathologisch raffiniert die Schlinge indes auch ist, die der von seiner regressiven währungssystematischen Fixierung beherrschte bürgerliche Mittelstand dem neu etablierten republikanischen Staat knüpft und derzufolge letzterem die Alleinverantwortung und unbeschränkte Haftung für den Geldwertverfall und dadurch bedingten Schwund des mittelständisch-geldlichen Possessivs zufällt, das Opfer der als uno actu Realitätsverleugnung und Verschiebungsleistung funktionierenden Schuldzuweisung des bürgerlichen Mittelstands, eben der republikanische Staat, weiß sich am Ende doch aus dieser ihm mit pathologischer Raffinesse geknüpften Schlinge zu befreien und das für einen Wertschöpfungsprozess, der nicht durch das Durchdrehen des monetären Getriebes durchkreuzt

wird, mit anderen Worten für ein Wirtschaftswachstum, dem kein inflationärer Leerlauf den Schneid abkauft, erforderliche Mindestmaß an finanzpolitischer Bewegungsfreiheit, an währungspolitischer Luft zum Atmen zurückzugewinnen. Indem er das dem bürgerlich-regressiven Fetisch der thesaurisch fixierten Goldmark im Prinzip kongeniale, aber im Effekt konträre staatlich-projektive Konstrukt einer terrestrisch fundierten Rentenmark aus dem finanzpolitischen Hut zaubert, gelingt es dem republikanischen Staat, um das obige Bild aufzugreifen, Luzifer mit Beelzebub auszutreiben und nämlich, indem er an die Stelle des einen, goldwertigen Währungsfetischs einen anderen, bodenständigen Währungsfetisch treten lässt, der aus dem exzessiven Schwund des ersteren resultierenden superinflationären Orgie durch ein dem restriktiven Bestand des letzteren korrespondierendes superdeflationäres Fasten ein jähes Ende zu setzen.

Der Goldwährung im Prinzip kongenial ist die Rentenmark, weil auch sie sich einer unrealistischen, den gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess ausblendenden Abstraktion von der Sachwertfundierung des Geldwerts und der wenn auch jetzt nicht triebhaft regressiven, sondern zielstrebig manipulativen Fixierung auf eine vom Wertschöpfungssystem unabhängige, geldwerteigene, nur eben jetzt nicht thesaurische, sondern terrestrische Wertsubstanz verdankt. Im Effekt konträr zur Goldwährung aber ist die Rentenmark, weil sie damit den Geldwert aus der gefährlichen Liaison, der fatalen für die Superinflation verantwortlichen Korrespondenz, mit der ihm qua Gold zugewiesenen und reparationsbedingt schwindenden Wertsubstanz herausreißt und ihm vielmehr den festen Halt eines, wenn auch um den Preis strikt beschränkter Verfügbarkeit und Belastbarkeit, definitiv gegen Schwund gefeiten rentenbrieflich reklamierten Grunds und Bodens sichert.

Dabei kann, wie oben expliziert, die Rentenmark wegen eben dieser strikten Beschränkung ihrer Verfügbarkeit und Belastbarkeit, dieser ihrer mengenmäßigen Limitierung oder deckungsbezüglichen Korsettierung, beileibe keine praktisch-positive Alternative zur Goldmark sein, sondern eignet sich allein zu deren therapeutisch-negativer Widerlegung, ist also nicht etwa gedacht und tauglich, die Goldmark als neue, haltbare und bleibende Währung zu ersetzen, sondern nur sie aus der Position, die die regressive Fixierung ihr verleiht, zu verdrängen und damit Platz zu schaffen für die Wiederherstellung des der regressiven Goldmarkfixierung der bürgerlichen Klasse in specie und der bürgerlichen Gesellschaft in genere

vorausgehenden Status quo, für die Rückkehr mit anderen Worten zum Pragmatismus der den Dogmatismus des zwieschlächtigen Währungssystems, wie man will, unterlaufenden oder überwindenden Sachwertfundierung des Geldwerts, die Wiederherstellung also der gehabten, den Anforderungen des Wertschöpfungssystems Rechnung tragenden und Genüge leistenden Reichsmark.

So sehr aber auch dem sozialdemokratisch inklinierten republikanischen Staat mit der oben als Weckruf und Augenöffner apostrophierten, will heißen, auf die interimistische Rolle eines bloßen Bannbrechers oder Entzauberers beschränkten Rentenmark gelingt, gleichermaßen der superinflationär durchschlagenden regressiven Goldmarkfixierung der bürgerlichen Gesellschaft ein Ende zu setzen und selber den Kopf aus der ihm in der Konsequenz eben jener Fixierung geknüpften Schlinge des alleinverantwortlichen Sündenbocks beziehungsweise pauschalhaftenden Versagers zu ziehen, und so sehr er es damit, wohlgemerkt in synchroner Korrespondenz zu beziehungsweise Interaktion mit den politisch einlenkenden Siegermächten und ihrer Bereitschaft zur inhaltlichen und terminlichen Revision der Reparationsforderungen, schafft, die Tür zu einer währungssystematisch ungestörten Wiederaufnahme des Wertschöpfungsprozesses aufzustoßen und die Perspektive einer finanzpolitisch planbaren oder zumindest absehbaren wirtschaftlichen Entwicklung zu erschließen - was bleibt und was die Beziehung zwischen ihm und seinem bürgerlichen Mittelstand, ihrer beider Zusammenhang und Einklang, nach wie vor entscheidend belastet und in der Tat ja ins krasse Gegenteil, in ein offenes Zerwürfnis und einen eklatanten Diskord, hat umschlagen lassen, das sind die finanziellen Schäden und Verheerungen, die jene einjährige Superinflationsorgie angerichtet hat und die den vormals ebenso loyalen und vertrauensvollen wie hiernach frustrierten und ressentimenterfüllten beziehungsweise obstruktionslustigen bürgerlichen Mittelstand um das Gros seines ihm den materialen Wohlstand und sozialen Status sichernden privaten Possessivs, sein geldliches Guthaben, gebracht und so dem drohenden Schicksal einer nach Maßgabe der reellen Pauperisierung existenziellen Deklassierung ausgeliefert haben.

Mag der Staat mit seinem Rentenmarkscoup dem Schrecken des superinflationär zu Buche schlagenden Goldmarkfetischismus auch effektiv ein Ende machen und so die Rückkehr zur sachwertfundierten Reichsmark und zur Normalität von auf ihrer Basis praktikablen, prospektiv

gewinnbringenden Wertschöpfungs- und Wertrealisierungsprozessen ins Werk setzen, was er nicht vermag, ist, den Verlust an Privateigentum ungeschehen zu machen, den der Goldmarkfetischismus mit der durch ihn ausgelösten Entwertungsorgie den bürgerlichen Mittelstand gekostet hat, und mit anderen Worten letzterem die geldlichen Guthaben zurückzubringen und zu restituieren, die sich im Zuge eben jener Entwertungsorgie verflüchtigt und im nicht weniger sinngemäß buchstäblichen wie wortwahlweise übertragenen Sinne in Luft aufgelöst haben.

Und das wiederum bedeutet, dass der um sein geldliches Guthaben oder, wie die euphemistische Lesart seiner direkten oder indirekten Teilhabe an den Erträgen des wertschöpferischen Ausbeutungsprozesses, den kapitalen Gewinnen, es will, um sein Erspartes gebrachte bürgerliche Mittelstand, allein daraus, dass es mit dem Sturz ins geldeigentümlich Bodenlose vorbei ist, noch lange keinen Trost und keine Erbauung schöpfen kann und dass er vielmehr im schmerzlichen Gedenken an sein verlorenes geldliches Guthaben, seinen verschwundenen Wohlstand, dem für den Verlust alleinverantwortlich und pauschalhaftpflichtig gemachten republikanischen Staat nach wie vor von Herzen gram und in der Tat von tiefem Ressentiment ihm gegenüber erfüllt ist und dass deshalb die bloße Tatsache, dass die bürgerliche Gesellschaft in genere den währungssystematischen Absturz überlebt hat und sich von ihm zu erholen beginnt, erst einmal und bis auf Weiteres an der Oppositionshaltung beziehungsweise Obstruktionsneigung, mit der er, der bürgerliche Mittelstand in specie, dem republikanischen Staat begegnet und in die seine dessen Vorgänger, dem monarchistischen Staat, bewiesene Loyalität und Unterstützungsbereitschaft umgeschlagen ist, nicht das Mindeste ändert.

Der bürgerliche Mittelstand begegnet der sozialdemokratischen Republik mit einer Mischung aus ressentimenterfüllter Oppositionshaltung und sabotageträchtiger Obstruktionsneigung. Beides schwächt sich in dem Maße ab, wie die Republik wirtschaftlich Fuß fasst und eine mehrjährige Stabilisierungsphase erreicht, wobei der Wechsel der Regierungsverantwortung vom sozialdemokratisch-lohnarbeiterschaftlichen zum nationalliberal-bürgerlichen Element Hilfestellung leistet. Freilich bleibt auch die Stabilisierung der Republik unter dem Bann der formativen Prägung, die das Deutsche Reich aus der kaiserlichen Vergangenheit in die republikanische Gegenwart mitschleppt.

Erst einmal und bis auf Weiteres, wohlgemerkt! Noch nämlich besteht durchaus Hoffnung, dass sich das Zerwürfnis zwischen bürgerlichem Mittelstand und republikanischem Staat reparieren, die Ablehnung und Feindseligkeit besänftigen, wo nicht gar heilen lässt, mit der ersterer letzterem begegnet, weil er ihm die - wie sehr auch in Wahrheit seinem eigenen währungssystematischen Fetischismus zuzurechnende - Schuld an dem inflationären Potlatch gibt, das ihn sein geldliches Guthaben, den Stützpfeiler seines bürgerlichen Wohlstands gekostet hat. Schließlich resultiert die mittels des Konstrukts der Rentenmark erwirkte Rückkehr zur pragmatisch sachwertfundieren, statt fetischistisch goldwertfixierten, und auf solchem Fundament mehr oder minder beständigen und stabilen Reichsmarkswährung im Verbund mit der glücklich-koinzidentiellen, um nicht zu sagen harmonisch-prästabilierten, finanziellen und industriellen Entlastung, die die von den Siegermächten konzedierte inhaltliche und terminliche Revision der Reparationsforderungen bewirkt, in einer Wiederankurbelung und Verstetigung beziehungsweise Festigung und Stärkung des Wertschöpfungsprozesses und der für ihn maßgebenden Mehrwerterzeugung und schafft so die Voraussetzung dafür, dass die Quelle, aus der sich sei's via directa kapitaler Beteilung oder Verzinsung, sei's modo obliquo gouvernementaler Zuwendung oder Vergütung das geldliche Guthaben des bürgerlichen Mittelstands, sein monetärer Wohlstand, speist, wieder fließt beziehungsweise sprudelt, und eröffnet so die Aussicht auf die allmähliche Bildung und Anhäufung neuen geldlichen Guthabens und mithin einen letztlichen Ersatz für das Verlorene, eine kompensatorische Wiederherstellung des mittelständischen Possessivs in dem Zustand, in dem es sich vor seinem inflationären Schwund befand.

Um diese Aussicht Erfüllung finden und Wirklichkeit werden zu lassen, braucht es auf Seiten des bürgerlichen Mittelstands eigentlich nichts

weiter als dem innenpolitischen Wirken des republikanischen Staats gegenüber bewiesene Geduld und in sein außenpolitisches Handeln gesetztes Vertrauen. Ihrer ressentimenterfüllten Oppositionshaltung und sabotageträchtigen Obstruktionsneigung zum Trotz, müssen die mittelständischen Bürger ihrem ungeliebten Gemeinwesen, ihrer zum Sündenbock deklarierten Res publica, genügend ökonomische Zeit und politischen Kredit einräumen, dass die per Rentenmark wieder ins Lot einer hinlänglich stabilen Reichsmarkwährung gebrachte staatliche Finanzpolitik und die dank der reparativen Konzessionen der Siegermächte wieder aufs Gleis eines halbwegs ungestörten Wertschöpfungsprozesses gesetzte Wirtschaftsentwicklung ihre heilsame Wirkung und ihren gewünschten Effekt erzielen, sprich, die Erwirtschaftung der Erträge, die Schöpfung der als Mehrwert firmierenden kapitalen Gewinne ins Werk setzen und gewährleisten können, die nötig sind, um in der Konsequenz solcher Mehrwert erwirtschaftenden Wertschöpfung bürgerliche Guthaben sich wieder sammeln, den Mittelstand es wieder zu Wohlstand bringen zu lassen.

Dabei erweist es sich, was die Überwindung oder jedenfalls Unterdrückung des bürgerlichen Ressentiments und der daraus sich speisenden Oppositionsstimmung beziehungsweise Obstruktionsneigung gegenüber der sozialdemokratisch initiierten Republik und mithin die Bereitschaft der mittelständischen Bürger angeht, letzterer die für das Wirksamwerden und den Erfolg der währungssystematischen Stabilisierung und der wertschöpfungsprozessualen Normalisierung nötige Zeit zu lassen beziehungsweise den dafür erforderlichen Kredit einzuräumen, als durchaus vorteilhaft, dass die Republik bereits knapp zwei Jahre nach Kriegsende, bei den allgemeinen Wahlen, die den Übergang von der sie konstituierenden Nationalversammlung zum ihre Institutionalisierung besiegelnden ersten Reichstag markieren, eine Verschiebung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse weg vom sozialdemokratisch-lohnarbeiterschaftlichen und hin zum nationalliberal-bürgerlichen Element erfährt, die die sozialdemokratische Partei aus der von ihr und gemäßigten bürgerlichen Parteien gebildeten sogenannten Weimarer Koalition, in der sie die Führung innehat, verdrängt und besagten bürgerlichen Parteien erlaubt, die Regierung zu übernehmen, wenn auch, da diese über keine parlamentarische Mehrheit verfügt, nur als von der dezimierten sozialdemokratischen Fraktion geduldete Minderheitsregierung.

Dass die sozialdemokratisch tolerierte bürgerliche Minderheitskoalition beziehungsweise die von ihr gebildeten Kabinette trotz der unter ihrer Ägide statthabenden, als Superinflation durchschlagenden währungssystematischen Krise sich überhaupt an der Macht halten und der Republik, der ihre enttäuschte und unzufriedene arbeiterschaftliche Anhängerschaft schon bei ihrer Institutionalisierung in Scharen den Rücken kehrt, gouvernementale Kontinuität sichern können, dürfte zu einem nicht geringen Teil der Tatsache geschuldet sein, dass bei aller quasi instinktiven, weil klassenspezifisch informierten und zuerst durch das Zerbrechen des Sozialpakts des Kaiserreichs ebenso strukturell aktualisierten wie sodann durch die währungssystematische Krise funktionell akutisierten Ablehnung und Widersetzlichkeit, mit der die bürgerliche Klasse in genere und der bürgerliche Mittelstand in specie der sozialdemokratisch initiierten Republik begegnen, es doch ihre eigenen, von ihnen getragenen Parteien sind, die nunmehr die Geschicke des Staatswesens lenken und deshalb die ideologische Oppositionsstimmung und Obstruktionsneigung des Bürgertums gegenüber der Republik mit der praktischen Parteinahme und Wahlentscheidung für deren Repräsentanten kollidiert und dadurch in einer Art Zielkonflikt, wenn nicht neutralisiert, so zumindest doch deflektiert wird.

Die Deflektion des bürgerlichen Ressentiments gegenüber der sozialdemokratisch initiierten Republik, die dem Wechsel der Regierungsmacht von der sozialdemokratisch disponierten Weimarer Koalition zu Koalitionen des nurmehr sozialdemokratisch tolerierten nationalliberalbürgerlichen Lagers geschuldet ist, kann freilich nicht verhindern, dass angesichts des superinflationären Debakels, das die rigiden Reparationsforderungen der Siegermächte im Verein mit dem regressiven bürgerlichen Währungsfetischismus heraufbeschwören, und unter dem Eindruck der dadurch bedingten Verflüchtigung des in geldlichem Guthaben bestehenden bürgerlichen Possessivs das Vertrauen zumal des von solcher Verflüchtigung existenziell betroffenen bürgerlichen Mittelstands auch in dieses die Republik okkupierende bürgerliche Regiment oder jedenfalls die Bereitschaft, ihm Kredit einzuräumen und es gewähren zu lassen, einen massiven Dämpfer erhält und, vergleichbar dem seit Gründung der Republik anhaltenden Schwund der sozialdemokratischen Anhängerschaft, die, enttäuscht von der Republik, sich radikalsozialistischen und

deshalb dem republikanischen Staat fundamentkritisch gegenüberstehenden Parteien anschließt, der Teil des bürgerlichen Mittelstands, der das nationalliberale Regiment der Republik, wie auch immer halbherzig oder ambivalent unterstützt und für es optiert, in dem Maße schrumpft, wie der andere Teil wächst, der sich in seinem antirepublikanischen Ressentiment durch das superinflationäre Debakel bestätigt und bestärkt findet und deshalb den nationalkonservativen beziehungsweise chauvinistisch-reaktionären bürgerlichen Parteien zuläuft und seine Stimme gibt, die aus jenem Ressentiment die Konsequenz einer radikal republikfeindlichen Oppositionsstimmung beziehungsweise einer fundamental staatsrevolutionären Obstruktionsneigung ziehen.

Klarer Beleg für diese im Effekt des währungssystematischen Debakels verstärkte Erosion, die gleichermaßen die nationalliberale und die sozialdemokratische Wählerschaft der mit sozialdemokratischer Duldung nationalliberal regierten Republik heimsucht und sich als Abwanderungsbewegung beider Wählerschaften sei's zu den staatskritisch-revolutionär opponierenden Parteien auf der Linken, sei's zu den republikfeindlich-reaktionär frondierenden Parteien auf der Rechten vollzieht, sind die Wahlen vom Mai 1924, in deren Ergebnis die Republik die Gestalt eines so gut wie unregierbaren weil in ein Kaleidoskop von Fraktionen, die nichts mehr eint als ihre gegenseitige Bekämpfung beziehungsweise wechselseitige Verwerfung, zersprungenen politischen Corpus annimmt.

Indes ist es der mit sozialdemokratischer Duldung nationalliberal regierten Republik kurz zuvor gelungen, mit seinem beschriebenen Rentenmarkskonstrukt und mit synchroner reparationspolitischer Schützenhilfe der Siegermächte dem superinflationären Spuk ein Ende zu machen und so den Kopf aus der ihr aus regressiver Goldmarkfixierung und repressiven Reparationsforderungen geknüpften Schlinge zu ziehen. Just zu dem Zeitpunkt, da die Wählerschaft in unheiliger Allianz die Republik zum Sündenbock erklärt und ihr die Quittung für eine dem finanzpolitischen Desaster entspringende ruinöse wirtschaftliche Entwicklung ausstellt, wendet sich das Blatt und fasst in dem Maße, wie sich die Währung stabilisiert, der Geldwert sich von seiner Schwindsucht geheilt findet, auch die wirtschaftliche Entwicklung wieder Tritt, kehrt mit anderen Worten der Wertschöpfungsprozess in den Normalzustand eines ebenso sehr Rendite abwerfenden beziehungsweise Steuern generierenden wie in

Lohn und Brot setzenden beziehungsweise Subsistenz sichernden Unternehmens zurück, nimmt also wieder den typischen Charakter einer uno actu der Arbeiterschaft wertschöpfend zuträglichen und dem Bürgertum mehrwertgenerierend vorteilhaften Einrichtung an.

Die im Gewahrsam der Unmöglichkeit, aufgrund des Wahlergebnisses eine tragfähige Regierung zu bilden, bereits ein gutes halbes Jahr später wiederholten Wahlen bestätigen in wie auch immer bescheidenem Ausmaß die durch die Lösung des Währungsproblems und Erleichterung der Reparationsbürde bewirkte Trendwende und leiten damit eine vier Jahre anhaltende politische Stabilisierungsphase ein, die nach dem raschen Scheitern des Versuchs, das nationalliberal-bürgerliche Regiment durch koalitionäre Einbeziehung nationalkonservativer Kräfte auf eine breitere Basis zu stellen, auf das mehr schlecht als recht bewährte Rezept sozialdemokratisch tolerierter bürgerlicher Minderheitsregierungen rekurriert. Dank der zum wirtschaftlichen Aufschwung geratenden wertschöpfungsprozessualen Erholung bahnt sich nun tatsächlich so etwas an wie, wenn nicht eine Versöhnung, so immerhin doch ein Burgfrieden zwischen republikanischem Staat und bürgerlichem Mittelstand. Mit der Aussicht auf eine sukzessive Reparatur seines materialen Wohlstands und eine prospektive Restitution seines sozialen Status und im Gewahrsam des nationalliberalen Formats, das der sozialdemokratisch initiierte republikanische Staat angenommen hat, zeigt sich das Gros des bürgerlichen Mittelstands tatsächlich bereit, von seiner klassenspezifisch eingefleischten ressentimenterfüllten Oppositionshaltung und sabotageträchtigen Obstruktionsneigung gegenüber diesem republikanischen Staat abzurücken, sich mit ihm ins Benehmen zu setzen beziehungsweise zu arrangieren und am Ende gar ihm genug Vertrauen entgegenzubringen und genug Hoffnung mit ihm zu verbinden, um in die ihm, dem bürgerlichen Mittelstand, angestammte Rolle eines staatstragenden Elements, einer loyalen Stütze der konstitutionellen Ordnung, zurückzufinden, aus der ihn der sozialdemokratische Staatsstreich, der die kontraktiv paktierende Monarchie durch eine fraktionell koalierende Republik ersetzt, vertrieben hat.

Die Aussicht, dass die Republik, all ihrer die unmittelbaren Nachkriegsjahre okkupierenden und in den superinflationären Währungsturbulenzen des Jahres 1923 gipfelnden Geburtswehen zum Trotz, sich als mehr oder minder gesunder und gleichermaßen innerlich und äußerlich

halbwegs widerstands- und demgemäß lebensfähiger staatlicher Organismus zu konsolidieren, mit anderen Worten, sich als ein nicht untypisches, normal variiertes Exemplar der die Gattung bürgerliche Gesellschaft bildenden Gemeinwesen dauerhaft zu etablieren vermag, scheint in dieser Phase umso begründeter, als die wirtschaftliche Erholung auch die für den Bestand der Republik fatale Flucht- und Absatzbewegung der arbeiterschaftlichen Wählerschaft hin zu den staatskritisch-revolutionären Parteien der Linken nicht nur hemmt und storniert, sondern sogar umgekehrt und revidiert, und eine Stärkung und Stabilisierung des zuerst als Begründer der Republik und dann als Stützpfeiler ihres nationalliberalbürgerlichen Regiments unentbehrlichen sozialdemokratischen Faktors zur Folge hat, was wiederum eine Art von politischem Genesungsprozess ermöglicht, der in einer Rehabilitation der ursprünglichen, die Republik auf den Plan rufenden parlamentarischen Konstellation, nämlich in einer Neuauflage des als Weimarer Koalition apostrophierten anfänglichen Zweckbündnisses gipfelt, das unter ihrer Federführung die sozialdemokratisch-arbeiterschaftliche Partei mit diversen, zur Kooperation mehr oder minder bereiten Fraktionen des nationalliberalen Bürgertums schließt.

Just an diesem Punkt indes schlägt das der bürgerlichen Gesellschaft deutscher Provenienz aus ihrer formativen Besonderheit, ihrer historischen Eigenart, erwachsende widrige Schicksal einmal mehr zu. Historisch eigenartig ist, wie an früherer Stelle ausführlich erörtert, die bürgerliche Gesellschaft deutscher Zunge und Kultur insofern, als sie die die ökonomische Unentwickeltheit, soziale Antiquiertheit und politische Rückständigkeit, die sie im Vergleich mit den industriell avancierten, national novellierten und institutionell arrivierten anderen bürgerlichen Gesellschaften des neunzehnten Jahrhunderts an den Tag legt, nach Bismarckschem Rezept dadurch wettzumachen und zu beseitigen unternimmt, dass sie ihrem konstitutionell-monarchistischen Staat als einer nicht zwar mehr absolutistisch-unbürgerlichen, immerhin aber noch paternalistisch-vorbürgerlichen Macht die weitreichende Autorität eines prokuristischen Organisators ihrer ökonomischen Entwicklung und tutoristischen Moderators ihrer politischen Orientierung überträgt.

Als für die deutsche Gesellschaft schicksalsträchtig erweist sich diese ihre formative Besonderheit gleich in doppelter Hinsicht. Zum einen nämlich bildet sie einen wesentlichen Grund dafür, dass die auf dem

Markt erzeugte wachsende Konfrontation der kommerziell miteinander konkurrierenden europäischen Industriegesellschaften zu einem auf dem Schlachtfeld ausgetragenen militärischen Konflikt eskaliert. So gewiss zureichende Bedingung, dispositionelle Voraussetzung, für diese Eskalation der ökonomische Druck ist, unter den sich in einer an ihre geographischen Grenzen gelangten Welt die von Innovationsausbrüchen und Produktivitätsschüben heimgesuchten und mit ihren demgemäß umfänglichen Warenkontingenten und zahlreichen Dienstleistungsofferten um Marktanteile wetteifernden industriegesellschaftlichen Volkswirtschaften gesetzt finden, so gewiss ist wirkende Ursache der Eskalation, faktoreller Auslöser des militärischen Konflikts, die Fokussierung auf politische Machtausübung, die herrschaftliche Gewaltbereitschaft, die der als Organisator und Moderator der nationalen Aufholjagd der rückständigen bürgerlichen Gesellschaft deutscher Zunge und Kultur in zentrale Stellung gebrachte und mit illiberaler Autorität ausgestattete Staat in die ökonomische Drucksituation hineinträgt.

Von daher gesehen lässt sich, unbeschadet dessen, dass alle am großen Krieg beteiligten Nationen konditionell-ökonomisch für ihn verantwortlich sind, die faktorell-politische Schuld an ihm in der Tat dem Deutschen Reich mit der die bürgerliche Gesellschaft, die es verkörpert, signifizierenden oder vielmehr stigmatisierenden formativen Besonderheit eines unter staatlicher Regie geschmiedeten notständischen Generalpakts zuweisen, der um den Preis der Verdrängung des sozialen Klassenkampfs durch nationalen Größenwahn bürgerlichen Liberalismus und arbeiterschaftlichen Sozialismus zu einer vaterländischen Volksfront kollektiviert. Seine faktorell-politische Schuld an der als Erster Weltkrieg in die Geschichte eingegangenen militärischen Auseinandersetzung büßt das deutsche Staatswesen mit seiner zur bedingungslosen Kapitulation geratenden Niederlage, den schweren Verlusten an Menschenleben und materiellem Besitz, die der Krieg fordert, und den auf geldliche und sächliche Reparationsforderungen lautenden Schulden, die ihm die Siegermächte auferlegen.

Die dem deutschen Staatswesen faktorell-politisch zur Last gelegte militärische Katastrophe mit den definitiven Verlusten, die sie mit sich bringt, und den reparativen Forderungen, die sie nach sich zieht, ist aber nur die eine, aktuell-resultative Hinsicht, in der sich seine formative Besonderheit, sein von der Staatsmacht kuratierter nationalbündischer Charakter, als folgenreich beziehungsweise, um im Bild, zu bleiben,

das der Atavismus einer gesellschaftliche Zwietracht bannenden bündischen Eintracht beschwört, als schicksalsträchtig erweist. Die andere, strukturell-prospektive Hinsicht dieser Schicksalsträchtigkeit sind die Nöte und Unbilden, mit denen jene formative Besonderheit den als Nachfolger und Erben des monarchistischen Regimes inaugurierten und nach seinem Gründungsort als Weimarer Republik etikettierten demokratischen Staat heimsucht und plagt.

Wie oben vermerkt, ist die sozialdemokratische Initiierung und Orientierung der jungen Republik gleichbedeutend mit der Aufkündigung und dem Bruch des bündischen Sozialpakts, den das kaiserliche Regime nach Bismarckschem Konzept geschmiedet und im hybriden Vertrauen auf den es den militärischen Showdown vom Zaun gebrochen hat. Und wie expliziert, reagiert die bürgerliche Komponente des aufgekündigten vaterländischen Sozialpakts auf die mit der Republik vollzogene Emanzipation des sozialdemokratischen Elements von gleichermaßen staatlicher Bevormundung und bürgerlicher Vereinnahmung und sein Avancement zum politisch federführenden Faktor, wo nicht gar strategisch richtungweisenden Vektor des neuen Gemeinwesens mit einem dem Klassenkonflikt, den der vaterländische Sozialpakt ja nur unterdrückt und verdrängt hat, geschuldeten Argwohn, einem quasi instinktiven Widerwillen, der die bürgerliche Klasse in genere und den von seiner direkten oder indirekten ökonomischen Abhängigkeit vom Staatsapparat des kaiserlichen Regimes geprägten bürgerlichen Mittelstand in specie in eine beharrliche Oppositionshaltung, wo nicht gar hartnäckige Obstruktionsstimmung gegenüber der neuen, sozialdemokratisch initiierten republikanischen Ordnung versetzt.

Die schweren Geburtswehen, die dem deutschen Gemeinwesen diese Oppositionshaltung und Obstruktionsneigung bereiten, mit der die bürgerliche Klasse der sozialdemokratisch initiierten Weimarer Republik begegnet, werden auch dadurch keineswegs geringer und leichter verkraftbar, dass schon anderthalb Jahre nach ihrer Initiation, bei der Ersetzung der initialen Nationalversammlung durch einen regulären Reichstag, die Regierung in, wenn auch auf Tolerierung durch die sozialdemokratische Fraktion angewiesene, bürgerliche Hand und Verantwortung wechselt. Zwar dämpft beziehungsweise mäßigt der fraktionelle Übergang von einer sozialdemokratisch orientierten zu einer nationalbürgerlich dominierten Regierung den Argwohn und Widerwillen, mit

dem die bürgerliche Klasse dem republikanischen Staat begegnet, und erleichtert diesem die Ausübung seines politischen Geschäfts und Durchsetzung seiner bürokratischen Maßnahmen. Aber nicht nur bedeutet die Mäßigung der bürgerlichen Oppositionshaltung und Obstruktionsneigung gegenüber der Republik mitnichten, dass die bürgerliche Klasse als ganze sich mit dem neuen Staatswesen abfindet oder gar anfreundet und dass nicht dem kollaborationsbereiten nationalliberalen Teill des Bürgertums eine durchaus erhebliche Formation aus nationalkonservativen und chauvinistisch-reaktionären Gruppierungen mit ebenso viel Ranküne wie Unversöhnlichkeit das politische Atmen schwer macht und das parlamentarische Leben vergällt.

Mehr noch und vor allem geht das wie immer partielle Einschwenken der bürgerlichen Klasse auf die Linie der Republik Hand in Hand mit einer massiven Dezimierung und Schwächung der sozialdemokratischen Klientel, die, von ihrer politischen Vertretung enttäuscht und den Glauben an deren Versprechungen und Projektionen verlierend, in Scharen zu den sei's auf eine radikale Erneuerung, sei's gar auf eine revolutionäre Ersetzung der bürgerlichen Gesellschaft pochenden linken Parteien überläuft. Dabei resultiert die Unfähigkeit beziehungsweise Unbereitschaft der in der Weimarer Koalition tonangebenden sozialdemokratischen Partei, den Erwartungen und Ansprüchen ihrer Wählerschaft gerecht zu werden, gleichermaßen aus den kriegsfolgenbedingten reellen Nöten und kriegsschuldeninduzierten finanziellen Belastungen, mit denen der republikanische Staat sich nach Kriegsende konfrontiert sieht, und aus den Bemühungen der sozialdemokratisch geführten Regierung, sich durch weitgehenden Verzicht auf reformatorische Eingriff in die ökonomische Ordnung und durch die eilfertige Bereitschaft, die aus dem Kaiserreich überkommenen sozialen Machtverhältnisse unangetastet zu lassen, sich das Wohlwollen und die Kooperation des nationalliberalen Bürgertums zu erkaufen und so mit im Doppelsinn selbstverräterischer Freiwilligkeit den vom kaiserlichen Staat geschmiedeten bündischen Sozialpakt zwischen staatstragend-bürgerlichem Fundament und staatsstützend-arbeiterschaftlichem Element allem zur Schau getragenen Aufbruchselan zum Trotz unter republikanischen Vorzeichen fortzusetzen.

Die durch bürgerliche Sabotage und arbeiterschaftliche Desertion verursachten und der jungen Republik schwere Geburtswehen bereitenden Anfechtungen und Widrigkeiten, denen der republikanische Staat sich

ausgesetzt sieht, kulminieren in der Superinflation des Jahres 1923, die, wie die Wahlen im Frühjahr 1924 zeigen, das republikanische Experiment an den Rand des frühzeitigen Scheiterns bringt. Indes, die dem inflationären Verhängnis kongeniale, den Irrsinn der Goldmark durch die Einführung der Rentenmark toppende und unter sich begrabende Währungsreform und das dazu parallele Einlenken der Siegermächte, was die reparationsbedingte reelle Demontage und finanzielle Drainage der deutschen Volkswirtschaft betrifft - dies beides wirkt zusammen, um nicht nur das drohende Scheitern des republikanischen Experiments präventiv abzuwenden, sondern mehr noch, wie die ein gutes halbes Jahr danach wiederholten Wahlen dokumentieren, prospektiv eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. Wertschöpfungspraktisch wieder auf Wachstumskurs gebracht und durch die Rückkehr zu einer vom dogmatischen Bann der Goldmark erlösten und an eben jenem wertschöpfungspraktischen Wachstumskurs pragmatisch orientierten und sich bemessenden Reichsmark währungssystematisch stabilisiert und finanzpolitisch handlungsfähig gemacht, schafft es die gebeutelte Republik, sich binnen vier Jahren so weit politisch zu erholen und bei der ihr verloren beziehungsweise von der Fahne gegangenen bürgerlich-nationalliberal und arbeiterschaftlich-sozialdemokratischen Anhängerschaft ausreichend Vertrauen zurückzugewinnen beziehungsweise hinlänglich Zuversicht aufzubauen, also genug von dieser Anhängerschaft zu rekrutieren und auf ihre Seite zu ziehen, um, wie bereit erwähnt, im Ergebnis der im Frühjahr 1928 abgehaltenen Wahlen eine Neuauflage der initialen Großen Koalition aus Sozialdemokraten und Nationalliberalen zu bilden und mit der dem Anschein nach begründeten Aussicht auf besseren Erfolg und gücklicheren Verlauf quasi ein Dacapo der beim ersten Mal so holprigen und unersprießlichen republikanischen Geschichte Deutschlands in die Wege zu leiten.

Der durch die Diskrepanz zwischen wertschöpferischer Dynamik und gesellschaftlicher Wertrealisierungsschwäche heraufbeschworene Zusammenbruch des Jahres 1928 trifft die Population der neuen deutschen Republik besonders hart, teils wegen der Wunden, die ihr die demotivierende Zwangs- und Notlage des Nachkriegsjahrzehnts geschlagen hat, teils weil die Krise den reaktionär bornierten Widerwillen beziehungsweise den revolutionär agitierten Unwillen schürt und wieder akut werden lässt, mit denen die durch den Sozialpakt des Vorkriegsregimes geprägte deutsche Gesellschaft der republikanisch-demokratischen Ordnung und Politik von Anfang an zu begegnen disponiert ist.

In diese so vermeintlich aussichtsreiche politische Szenerie aber fährt nun ebenso unerwartet wie unvermittelt der Blitz der Weltwirtschaftskrise, der die ökonomische Basis der schönen politischen Aussicht, den erholten und wieder in Gang gebrachten Wertschöpfungsprozess alias kapitalen Akkumulationsbetrieb, jäh aus dem Takt und ins Stocken geraten beziehungsweise zum Stillstand kommen lässt und damit der politischen Szenerie mitsamt ihrer schönen Aussicht im buchstäblichen Sinne den Boden entzieht. Hervorgerufen durch die Kluft, die in der Verborgenheit eines vermeintlich prosperierenden Wirtschaftslebens, hinter der täuschenden Fassade florierender industrieller und agrikultureller Wertschöpfungsprozesse, zwischen dem überreichlichen kommerziellen Angebot der durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des Kapitals rasch wieder auf Touren gebrachten Wertschöpfungsprozesses und der mangelhaften konsumtiven Nachfrage von Seiten der infolge des Krieges verschuldeten Staatsmacht und wenn nicht gleich verarmten, so jedenfalls doch nachdrücklich depossedierten Bürgerschaft aufreißt - hervorgerufen durch diese zwischen eskalierter Produktion und depriviertem Konsum sich öffnende und in beiderlei Hinsicht als späte Kriegsfolge zu betrachtende Schere, führt jene weltweit durchschlagende Absatzkrise wie real zu einem Zusammenbruch eben jenes vermeintlich prosperierenden Wirtschaftslebens, einer lähmenden Stagnation eben jener täuschend florierenden Wertschöpfungsprozesse, so sozial zu Massenarbeitslosigkeit und zum Verlust der Subsistenz für große Teile der proletarischen Bevölkerung beziehungsweise zum Ausfall oder zur Kürzung von Saläre, Honoraren und Renditen bei den mittelständischen Gruppen von Angestellten, Freiberuflern und Beamten.

Quasi über Nacht sind das ökonomisch fundierte neue Vertrauen, das nationalliberales Bürgertum und sozialdemokratische Arbeiterschaft der

Republik entgegenbringen, und die politisch artikulierte Zuversicht, mit der sie der republikanische Zukunft entgegensehen, zunichte gemacht und sieht sich ebenso sehr der bürgerliche Mittelstand in seiner Hoffnung auf Rekuperation seines durch Krieg und Inflation verloren gegangenen oder jedenfalls stark in Mitleidenschaft gezogenen geldlichen Possessivs und auf Restitution seines auf letzterem fußenden persönlichen Wohlstands frustriert wie die arbeiterschaftliche Unterschicht um ihren Anspruch auf subsistenzerhaltende Lohnarbeit und darin gründende soziale Sicherheit betrogen. Die bürgerliche Frustrationsempfindung und die arbeiterschaftliche Betrugserfahrung, die der weltweite wirtschaftliche Ein- beziehungsweise Zusammenbruch der deutschen Gesellschaft beschert, fallen umso heftiger aus und wiegen umso schwerer, als das, worin sich der bürgerliche Mittelstand frustriert und worum sich die Lohnarbeiterschaft betrogen findet, das Vertrauen nämlich in die politische Funktionstüchtigkeit und Leistungskraft der Republik und die darin beschlossene Hoffnung auf ökonomisches Gelingen, sprich, auf die Wiederherstellung und Sicherung besitzbürgerlichen Wohlstands und lohnarbeiterschaftlicher Subsistenz, sich ja gerade erst aus dem jahrelangen Tief, worein die in der Superinflation kulminierenden republikanischen Geburtswehen beide, bürgerlichen Mittelstand und Lohnarbeiterschaft versetzten, herausgearbeitet, sich von dem Dauerdepressiv, in dem sie beide verhielten, erholt hat.

Wie oben expliziert, sind es der zur Oppositionshaltung beziehungsweise Obstruktionsneigung geratende Argwohn und Widerwille, mit dem die bürgerliche Klasse in ihrer Mehrzahl der von der Sozialdemokratie initiierten Republik gegenübersteht, und die zur Abwendung und Desertion disponierende Ernüchterung und Enttäuschung, die diese sozialdemokratisch initiierte Republik in ihrem Bemühen, liberalbürgerlichen Interessen und Ansprüchen auch unter Preisgabe eigener Positionen und Intentionen Rechnung zu tragen und Genüge zu leisten, für das Gros ihrer proletarischen Anhänger- und Wählerschaft bereithält, was das Verhältnis der Klassen zu den sie zur republikanischen Fahne rufenden politischen Parteien beziehungsweise parlamentarischen Repräsentanten von Anfang an schwer belastet und und auf beiden Seiten regelrecht vergiftet.

Dem nach Bismarckschem Rezept geschmiedeten Sozialpakt, dem bündischen Schulterschluss des Kaiserreichs, im Doppelsinn von Abkunft

und Abkehr entsprungen und in ihrer parteilichen Separation beziehungsweise fraktionellen Zerrissenheit gezwungen, sich quasi neu zu erfinden und in der Res publica, die sie in dieser ihrer Separation und Zerrissenheit zu bilden und darzustellen gehalten sind, Position zu beziehen und sich zu arrangieren, mit anderen Worten, miteinander ins Geschäft zu kommen und zu kontrahieren, sind sie den von ihren manipulativen Spiegelfechtereien und zynischen Täuschungsmanövern, in die sie als integrierender Bestandteil der staatlichen Propagandamaschinerie zu Kriegszeiten involviert waren, bereits stark desillusionierten, wo nicht gar traumatisierten bürgerlichen und proletarischen Anhänger- und Wählerschaften von Anfang an suspekt und stehen rasch im Verdacht gleichermaßen der moralischen Verantwortungslosigkeit und der politischen Unfähigkeit, im Verdacht mit anderen Worten, ebenso treu- wie prinzipienlos, ebenso käuflich wie kompromisslerisch, ebenso sehr nur auf den eigenen Vorteil beziehungsweise auf die eigene politische Macht und parlamentarische Stellung wie im Blick auf die Gestaltung des Gemeinwesens fundamental programm- und hinsichtlich der Förderung des Gemeinwohls total planlos zu sein.

In dieser Skepsis beziehungsweise Ablehnung, mit der sie dem fraktionellen Panoptikum begegnen, in das der staatlich organisierte Bund der Parteien, der staatsbürgerliche Sozialpakt von kaiserlichen Gnaden, actu des verlorenen Krieges zerfallen und zersplittert ist, können die in der Superinflation gipfelnden wirtschafts- und währungspolitischen Probleme, mit denen die sozialdemokratisch sei's anfangs geführte, sei's danach tolerierte republikanische Regierung sich unter dem erdrückenden Gewicht ihrer kriegsbedingten Schuldenlast und ihrer reparativen Verpflichtungen herumschlagen muss, die Wählerschaften beider Lager, des arbeiterschaftlichen nicht weniger als des bürgerlichen, nur bestärken, weshalb es denn nicht Wunder nimmt, dass der solchermaßen suspekten beziehungsweise anstößigen Republik in den Jahren nach ihrer Gründung ihre Klientel scharenweise die Gefolgschaft aufkündigt, um sich Parteien und Fraktionen anzuschließen, die sei's staatskritisch-revolutionär, sei's herrschaftssüchtig-reaktionär der Republik offen Trotz bieten und ihr das Existenzrecht beziehungsweise die Legitimität bestreiten.

Dass es unter diesen Umständen der mit ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Nöten schwer angeschlagenen und durch die Superinflation

fast schon zur Strecke gebrachten Republik gelingt, sich wieder aufzuraffen und neu Fuß zu fassen, ist, wie geschildert, dem währungssystematischen, an den Wahnsinn, den es zu heilen gilt, grenzenden Geniestreich der deutschen Notenbank sowie der inhaltlichen und terminlichen Entlastung von den Reparationsforderungen der Siegermächte beziehungsweise der Synchronizität und Wechselwirkung beider Faktoren gedankt. Und dass nun aber diese unverhoffte Wiederaufrichtung und Stabilisierung der deutschen Republik mehr noch den Anfang einer mehrjährigen wirtschaftlichen Erholung und gesellschaftlichen Normalisierung des Staatswesens markiert, dafür verantwortlich ist der wertschöpferische Aufschwung, der konjunkturelle Impetus, der die vom kriegsverschuldeten Mangel beziehungsweise Desiderat an zivilen Gütern und Dienstleistungen ebenso objektiv angeregten wie von der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des Kapitals reaktiv angetriebenen Volkswirtschaften der Siegermächte in specie und der europäischen Industrienationen in genere schon bald nach Kriegsende erfasst und auf Touren gebracht hat und an dem nun auch die ihrer finanz- und währungspolitischen Beeinträchtigungen glücklich entledigte oder jedenfalls halbwegs Herr gewordene deutsche Volkswirtschaft endlich zu partizipieren und von dem sie, wie sehr auch verspätet, zu profitieren vermag.

Genau diesen Aufschwung freilich bringt die der Diskrepanz zwischen Produktionsdynamik und defizitärem Konsum entspringende und insofern als Absatzkrise zu bezeichnende Weltwirtschaftskrise des Jahres 1928 jäh zum Absturz, diesem konjunkturellen Impetus macht sie unvermittelt den Garaus und konfrontiert damit die republikanische Gesellschaft sei's mit Eigentumsverlust und darin implizierter existenzieller Bedrängnis alias Deklassierung, sei's mit Massenarbeitslosigkeit und daraus resultierender subsistenzieller Not alias Pauperisierung, verschlägt mithin beiden sozialen Klassen des republikanischen Gemeinwesens, der bürgerlichen und der arbeiterschaftlichen gleichermaßen, die gerade erst neu geschöpfte Zuversicht, dass sich mit der Republik ökonomisch gedeihlich auskommen und in ihr politisch friedlich leben lässt, mit anderen Worten die gerade erst wiedergeweckte Hoffnung auf eine den Erwartungen beider Klassen, dem Anspruch auf Eigentumsbildung und dem Bedürfnis nach Subsistenzsicherung, Rechnung tragende beziehungsweise Genüge leistende zukunftsträchtige Entwicklung.

Dass der neu geschöpften Zuversicht und der wiedergeweckten Hoffnung die beschriebene und die unmittelbaren Nachkriegsjahre umfassende Zeit auswegloser Konfusion und heilloser Desorientierung vorausgegangen ist, lässt dabei die deutsche Gesellschaft der Schlag, den die Weltwirtschaftskrise ihrer Zuversicht jäh versetzt, umso härter treffen, und lässt die Depression und gar Verzweiflung, deren sich ihre Hoffnung unvermittelt überführt findet, umso schwerer wiegen.

In dieser Hinsicht übertrifft der ebenso deprimierende wie desorientierende Effekt, den die Weltwirtschaftskrise auf die Gesellschaft der deutschen Republik ausübt, definitiv die vergleichbar niederschlagende und und Unruhe stiftende Wirkung, die sie, ihrem weltweiten Charakter gemäß, auch bei den anderen Industriegesellschaften auslöst. Nicht, dass nicht auch diese anderen Gesellschaften angesichts von Massenarbeitslosigkeit und materieller Not beziehungsweise von ausbleibenden Renditen und vereitelter Eigentumsbildung klassenübergreifenden Anstoß an dem politischen System und der sozialen Ordnung nähmen, die solch ein ökonomisches Desaster und kapitales Versagen nicht zu verhindern vermögen, wo nicht gar die Verantwortung dafür tragen. Und nicht, dass solch ein Desaster und Versagen nicht auch bei ihnen den Verlust politischen Vertrauens zur Folge hätte und soziales Ressentiment schürte. Aber schon lange oder jedenfalls länger eingebettet in ihr egal ob konstitutionell-monarchistisches, ob republikanisch-demokratisches politisches System und und zum überwiegenden Teil fest in ihrer liberalistisch-kapitalistischen sozialen Ordnung verankert, sind sie weit entfernt davon, das System als solches in Frage zu stellen und an der Ordnung selbst zu rütteln.

Wenn sie, in ihrer maßgeblichen Majorität zumindest, das System, das sie enttäuscht, auf den Prüfstand stellen und der Ordnung, weil sie sich in ihr schlecht aufgehoben beziehungsweise unfair von ihr ihr behandelt finden, den Prozess machen, dann bleiben sie doch aber allemal im Rahmen des vorhandenen Systems und bewegen sich in den Grenzen der gegebenen Ordnung, will heißen, sie entscheiden sich - wie in den beiden führenden Industrienationen angelsächsischer Provenienz der Fall - als Wählerschaft für die vom System vorgesehene parteiliche Alternative, die parlamentarische Opposition, und verbinden als Bürgerschaft mit ihrer wählerschaftlichen Entscheidung die Erwartung beziehungsweise Forderung, dass die von ihnen an die Regierung gebrachte, sprich, mit

der Exekutivfunktion, der Staatsgewalt, betraute parteiliche Alternative alias parlamentarische Opposition ihre staatliche Stellung für eine als Parallelaktion aus konjunkturprogrammatisch-wertschöpferischen Initiativen und umverteilungspolitisch-wertrealisatorischen Korrekturen ins Werk gesetzte adaptive Revision oder zumindest sedative Moderation eben der gegebenen, durch die ökonomische Krise unter Druck geratenen sozialen Ordnung nutzt.

Bei der Population der deutschen Republik ist das anders. Bis zum kriegerischen Ende des Kaiserreichs geprägt durch eine soziale Ordnung, für deren Bestand der Staat eine ebenso konstitutive wie initiative Rolle spielt und die deshalb eher den Charakter eines paternalistisch-dirigistischen Konstrukts, einer vaterländisch alias reichseinheitlich formierten Kreatur, eines Golem, als die Beschaffenheit eines liberalistisch-kapitalistischen Gebildes, einer wirtschaftsräumlich alias klassengesellschaftlich fundierten Kreation, eines Leviathan, aufweist, und gewöhnt an ein politisches System, dessen Parteienstruktur und parlamentarisches Funktionieren dementsprechend den Zuschnitt eines hoheitlich sanktionierten Sozialpakts hat und vom untertänigen Geiste bündischer Eintracht beseelt ist, mit anderen Worten, geprägt durch eine Ordnung und gewöhnt an ein System, für deren Struktur staatliche Eingriffe und Verwaltungsakte konstitutiv und für deren Funktionieren behördliche Verhaltensrichtlinien und Verfahrensvorschriften unabdingbar sind, erfährt, wie erläutert, diese Population ihre Entlassung beziehungsweise Austreibung in das demokratisch-emanzipierte Tun und parlamentarisch-fraktionierte Treiben des dem Chaos des militärischen Zusammenbruchs entsprungenen republikanischen Lebens teils klassenübergreifend-generell als strapazierend und überfordernd, teils klassenspezifisch-speziell als sei's auf der bürgerlichen Seite demoralisierend und depotenzierend, sei's auf der arbeiterschaftlichen Seite desillusionierend und frustrierend, in welch so oder so negativer oder gar refutativer Reaktion und ressentimenterfüllter oder gar sabotageträchtiger Einstellung beide Klassen sich durch die wirtschafts- und währungspolitischen Probleme, mit denen die Republik aufgrund ihrer kriegsbedingten Schuldenlast und ihrer reparativen Verpflichtungen in ihren Anfangsjahren fertig werden muss, nur bestätigt beziehungsweise bestärkt finden können.

Wenn etwas die Gesellschaft der deutschen Republik aus der ihrer formativen Besonderheit alias deviativen Entstehung als Industrienation

geschuldeten klassenübergreifenden sozialen Maladie und politischen Misere, an der sie als republikanisches Corpus laboriert, entreißen kann, wenn etwas, klassenspezifischer gefasst, ihr aus ihrer ressentimenterfüllten bürgerlichen Oppositionshaltung herauszuhelfen beziehungsweise sie von ihrer frustrationsbedingten arbeiterschaftlichen Abfallbewegung abzubringen vermag, wenn etwas, noch einmal anders gefasst, das Zeug dazu hat, sie von dem als Staatsverdrossenheit zu Buche schlagenden reaktionär bornierten Widerwillen beziehungsweise revolutionär agitierten Unwillen gegenüber der republikanisch-demokratischen Ordnung und Politik zu erlösen, zu dem ihre bismarksch-bündische Vergangenheit, ihre Prägung durch den reichsherrschaftlichen Sozialpakt sie disponiert und in dem die misslichen Umstände des Lebens in ihrem neuen republikanischen Milieu sie arretieren, dann ist das die konjunkturelle Erholung, die wirtschaftliche Sanierung, aus der dank des Zusammenwirkens von Stabilisierung der Währung und Erleichterung der Reparationslast auch ihr, der Gesellschaft der deutschen Republik, nach einem halben Jahrzehnt der Härten und Widrigkeiten endlich vergönnt ist, arbeiterschaftlichen Nutzen beziehungsweise bürgerlichen Profit zu ziehen, und die sich anschickt oder jedenfalls verspricht, sie die Nöte und Kränkungen jener harten Nachkriegsjahre vergessen und sich vom durch letztere zementierten Bann ihres sei's reaktionär bornierten, sei's revolutionär agitierten Antirepublikanismus befreien zu lassen.

Genau dieser für die Gesellschaft der Weimarer Republik einzig gangbare, ihr einzig offenstehende Weg aber, sich aus ihrer sei's reaktionär bornierten, sei's revolutionär agitierten Zwangs- und Notlage herauszuarbeiten, stellt sich nun als in der Sackgasse des großen ökonomischen Zusammenbruchs endender Irrweg heraus, genau diese konjunkturelle Erholung und wirtschaftliche Sanierung, die spreng- und schubkräftig genug wäre, sie aus dem ebenso konditional ihrer historischen Besonderung wie kausal ihrer empirischen Belastung geschuldeten Katzenjammertal der ersten Nachkriegsjahre zu katapultieren, erweist sich in der Weltwirtschaftskrise als ein sie wenn nicht überhaupt im Jammertal belassender Blindgänger, so jedenfalls doch kurzerhand in es zurückexpedierender Rohrkrepierer. Dass die mit dem Fehlschlag der konjunkturellen Erholung, dem Scheitern der wirtschaftlichen Sanierung, einhergehende Erfahrung der Vergeblichkeit arbeiterschaftlichen Ringens beziehungsweise Sinnlosigkeit bürgerlichen Strebens die Gesellschaft der deutschen

Republik ungleich stärker tangieren muss als die der anderen Industrienationen und in der Tat eine zutiefst demotivierende, um nicht zu sagen paralysierende Wirkung auf sie ausüben muss, liegt auf der Hand und nämlich in der Metapher vom republikanischen Jammertal und der Vorstellung vom konjunkturellen Aufschwung als einzigen Ausweg aus ihm offenkundig beschlossen.

Für die Gesellschaften der anderen von der Krise heimgesuchten Nationen bedeutet die Heimsuchung eben nur dies, dass sie, um Aussichten betrogen und um Hoffnungen ärmer, sich doch aber in ihrer traditionellen sozialen Ordnung und in ihrem habituellen politischen System, also in ihrem gehabten strukturellen Milieu und in ihrem gewohnten institutionellen Kontext wiederfinden und ihnen deshalb, um wieder neue Hoffnung zu schöpfen und die verlorene Perspektive zu gewinnen, gar nichts anderes übrig bleibt, als sich nach Maßgabe dieses ihres strukturellen Lebensraums und im Gewahrsam dieser ihrer institutionellen Lebensweise, sprich, auf dem Boden ihrer als Zuhause akzeptierten sozialen Ordnung und im Rahmen ihres als conditio humana gelten gelassenen politischen Systems zu reorientieren und zu reorganisieren.

Für die deutsche Gesellschaft hingegen ist der weltweite wirtschaftliche Kollaps gleichbedeutend mit dem Scheitern ihres Bemühens beziehungsweise der Vereitelung ihrer Chance, sich via operative Teilnahme beziehungsweise renditive Teilhabe am konjunkturellen Aufschwung und an der wirtschaftlichen Erholung der anderen Industrienationen mit den neuen republikanischen Lebensverhältnissen überhaupt erst zu arrangieren und an sie zu adaptieren, sich also in eine soziale Ordnung und ein politisches System, mit denen sie sei's in klassengemäß reaktionärer Bornierung nichts anzufangen weiß und von Anbeginn überkreuz liegt, sei's in erfahrungsbedingt revolutionärer Agitation uneins ist und zunehmend zerfällt, schließlich doch noch einzufinden und einzufügen. Für sie, die Gesellschaft der deutschen Republik ist das qua Weltwirtschaftskrise offenbare Fehlschlagen der konjunkturellen Erholung gleichbedeutend mit dem Rückfall in diese sie von Anfang der Ausrufung der Republik an sei's als Bürgertum kränkende und abstoßende, sei's als Arbeiterschaft kompromittierende und frustrierende soziale Ordnung, ist das Scheitern der wirtschaftlichen Sanierung synonym mit einer Reprise dieses ihr ab re publica condita sei's fundamental widerstehenden und gegen den Strich

ihrer bürgerlichen Bornierung gehenden, sei's prozessual widerstreitenden und in die Parade ihrer arbeiterschaftlichen Motivierung fahrenden politischen Systems.

Sie, die Gesellschaft der deutschen Republik, findet sich mithin durch die weltweite Wirtschaftskrise in die Not- und Zwangslage der unmittelbaren Nachkriegsjahre zurückversetzt, in das Jammertal einer republikanisch renovierten sozialen Ordnung, an der sie sich sei's bürgerlich-fundamental stößt, sei's arbeiterschaftlich-prozessual reibt, und eines demokratisch revidierten politischen Systems, dem sie sei's bürgerlich-reaktionär die kalte Schulter zeigt, sei's arbeiterschaftlich-revolutionär die Gefolgschaft aufkündigt, weshalb ihr die Weltwirtschaftskrise nolens volens zum Schibboleth einer hoffnungslos-verfahrenen historischen Situation, zum Quod erat demonstrandum jener ausweglosen Falle beziehungsweise perspektivlosen Sackgasse gerät, in der sie sich - in der Konsequenz des verlorenen militärischen Ringens um kommerziellen Entfaltungsraum und ökonomische Macht und konfrontiert mit einem republikanisch novellierten sozialen Gefüge und politischen System, das weder ihren etatistisch-bürgerlichen Ansprüchen zu genügen noch ihren sozialistisch-arbeiterschaftlichen Erwartungen zu entsprechen vermag - nach dem Krieg wiederfindet. Was Wunder, dass die in ihr republikanisches Jammertal zurückverfrachtete deutsche Gesellschaft weder ein noch aus weiß und lähmender Depression verfällt beziehungsweise im Miserere einer historischen Ohnmacht zu versinken droht, an deren Überwindung sie klassenübergreifend verzweifelt und der abzuhelfen sie, wenn schon nicht gleich einer übermenschlich-höheren Macht, göttlicher Gnade, so zumindest doch einer unmenschlich-höheren Potenz, der von ihrem Propagator als Vorsehung divinatorisch beschworenen völkischen Willens- alias bündischen Triebkraft zu überlassen bereit ist?

Kapitel Fünf

Vom Bismarckschen Sozialpakt zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft

Die nationalsozialistische Bewegung, die die Gunst der Stunde des wirtschaftlichen Kollapses nutzt, unterscheidet vom übrigen rechten beziehungsweise rechtsextremen Lager, dass sie nicht sowohl chauvinistisch-reaktionär disponiert als vielmehr romantisch-regressiv orientiert ist. Ihre romantische Regression aber verknüpft sie mehr noch mit einer radikalen Polemik und einer fundamentalen Revision, die auch den bismarckschen Sozialpakt umfasst und, wie ihn in seiner kaiserlich historischen Gestalt als bereits bürgerlich korrumpiert und sozialistisch degeneriert, so die republikanische Gesellschaftsordnung, die ihn verdrängt, als strikte Konsequenz und letzten Ausdruck dieser seiner Korrumpiertheit und Degeneration behauptet.

Genau hier schlägt nun also die Stunde der als Nationalsozialismus in die Geschichte eingegangenen oder vielmehr eingefallenen, um nicht zu sagen eingebrochenen, besonderen Spielart populistischer Initiative und Projektion, einer Initiative und Projektion, die ebenso hohl wie vollmundig jene für die Errettung aus der Depression und Erlösung vom Miserere vorgeblich nötige völkische Energie und bündische Hingabe aufzubringen und zu mobilisieren verspricht. Nicht anders als die generelle nationalkonservative Republikfeindlichkeit, die durch die wirtschafts- und währungspolitischen Probleme und Nöte, die der jungen Republik das Leben schwer machen, noch zementierte chauvinistisch-reaktionäre Oppositionshaltung und Obstruktionsneigung, in der beträchtliche Teile des

Bürgertums verharren, ist auch diese als nationalsozialistische Bewegung jetzt ins Rampenlicht tretende und ihre dramaturgische Chance, sich in Szene zu setzen, witternde populistische Initiative und Projektion dem Schoß des bismarkschen Sozialpakts entsprungen oder, weniger pathetisch und exakter gefasst, auf dem Mist des diesen Sozialpakt sich kriegspolitikbedingt zur bündischen Schicksalsgemeinschaft verschwören lassenden Klassenkonsenses gewachsen, den wir oben als formative Besonderheit alias deviative Entstehungsbedingung der Industriegesellschaft deutscher Zunge und Kultur vorgestellt haben. Freilich ist diese als nationalsozialistische Bewegung figurierende populistische Initiative und Projektion anders als die Haltung des nationalkonservativen Lagers nicht sowohl chauvinistisch-reaktionär disponiert als vielmehr romantisch-regressiv orientiert.

Das nationalkonservative Lager bleibt, so sehr es in Opposition zum republikanischen Staatswesen stehen und ihm gegenüber obstruktiv eingestellt sein mag, doch aber an es als an den Fokus seiner Oppositionshaltung beziehungsweise den Magnetpol seiner obstruktiven Neigungen fixiert. Es mag zwar den besseren Tagen der Reichsgründungsherrlichkeit nachtrauern und auf die guten alten Zeiten vaterländischen Geistes alias Klassen verbindender, wo nicht gar Klassenschranken überwindender patriotischer Staatstreue schwören, aber im Grunde ist es bereits mit seinen sozialen Formationen, seiner realen Präsenz, in der neuen republikanischen Ordnung befangen und irreversibel von ihr infiziert, ist es mit seinen politischen Organisationen, seiner funktionalen Repräsentanz, irrevozibel in demokratische Mechanismen integriert und von parlamentarischen Prozeduren infiltriert, weshalb es denn auch über keine alternativen Optionen, keine die soziale Ordnung und politische Einrichtung des republikanischen Systems zu verdrängen und zu ersetzen prätendierende Alternative verfügt und nicht über die der Republik bezeigte obstruktive Renitenz beziehungsweise ihr bewiesene destruktive Sabotage hinauskommt, sich also mehr oder minder in Bekundungen des Argwohns erschöpft, mit dem es den demokratischen Institutionen der Republik, ungeachtet dessen, dass es in ihnen zu Hause und mit ihnen vertraut ist, begegnet, und sich auf Manifestationen des Widerwillens beschränkt, mit dem ihre parlamentarischen Prozeduren es erfüllen, unbeschadet dessen, dass es permanent auf sie baut und sie kompetent nutzt.

In diesem Punkte unterscheidet sich die romantisch-regressive Auseinandersetzung mit der Republik, zu der sich die nationalsozialistische Bewegung versteht, klar erkennbar von der chauvinistisch-reaktionären Verweigerungshaltung gegenüber der Republik, in der sich das nationalkonservative Lager gefällt. Anders als dessen quasi in republikanischen Bann geschlagene chauvinistische Reaktion mit ihrer die Republik bloß befeindenden, ihr refutativ das Existenzrecht absprechenden, offensiv die Legitimität bestreitenden dilemmatischen Negativität befleißigt sich die für die nationalsozialistische Bewegung richtungweisende romantische Regression einer die Republik ebenso initiativ zu überwinden wie definitiv zu transzendieren, kurz, sie effektiv zu beenden versprechenden programmatischen Positivität und macht sich nämlich anheischig, in der Konsequenz ihres sozialen Engagements und ihres politischen Agierens eine die Republik imaginativ ausblendende und projektiv von der Bildfläche verschwinden lassende Rückkehr zum früheren, per Gründung der Republik außer Kraft gesetzten klassenübergreifenden oder, wenn man so will, klassenunterlaufenden Sozialpakt des bismarckschen Kaiserreichs im Allgemeinen und seines wilhelminischen Kriegsregiments im Besonderen ins Werk zu setzen und also jene ebenso bündisch verschworene wie staatlich geschmiedete nationale Gemeinschaft erneut ins Leben zu rufen, die die Republik der von ihr retablierten und promovierten bürgerlichen Klassengesellschaft zum Opfer gebracht hat.

Hätte indes die nationalsozialistische Bewegung nichts anderes als diese romantisch-regressive Positivität auf- und anzubieten, sie stellte nichts weiter als eine ebenso überflüssige Spielart wie traurige Kolportage der politischen Romantik dar, die durchaus bereits Bestandteil des nationalkonservativen Spektrums ist, ihm sei's als unterschwellige Komponente, sei's als versprengtes Element je schon zugehört und deren offene Verfechter beziehungsweise erklärte Vertreter indes so eklatant des Realitätssinns ermangeln und sich so augenscheinlich in Illusionen verlieren, dass sie es über eine Nebenerscheinung des nationalkonservativen Lagers, einen mit ihm einhergehenden sektiererischen Spiegelreflex nicht hinausbringen und an seinen als Abseits ausgewiesenen Rändern ihr nicht weniger lächerliches als phantastisches Unwesen treiben. Gemeint sind die aus bürgerlichen und junkerlichen Loyalisten, mit anderen Worten aus den Restbeständen des Reichsbürgertums bismarckscher Rezeptur, bestehenden monarchistisch-legitimistischen Gruppen, die

als vorgeblich probates Heilmittel beziehungsweise adäquates Operativ für die Gebrechen der Republik eine postwendende Wiederherstellung oder unvermittelte Erneuerung des die Vorkriegszeit prägenden und in seiner bündisch-notständischen Zuspitzung das Kriegsregiment tragenden bismarckschen Sozialpakts, kurz, eine ebenso stracke wie schlichte Restauration der durch die anstößige republikanisch-bürgerliche Gesellschaft verdrängten und ihr in romantischer Verklärung entgegengesetzten imperialistisch-staatsbürgerlichen Gemeinschaft ins Auge fassen.

Offensichtliches und ihr zum Offenbarungseid ihrer Unzurechnungsfähigkeit gereichendes Handikap dieser versprengten Fraktion des nationalkonservativen Lagers ist, dass sie ihrem ungebrochenen Glauben an beziehungsweise ihrer ungetrübten Begeisterung für die ebenso bündisch verschworene wie staatlich geschmiedete nationale Gemeinschaft des gewesenen Kaiserreichs nur frönen kann, sofern und solange sie sich jeglicher historischen Empirie verschließt und sich nämlich zur Kenntnis zu nehmen weigert, dass jene nicht weniger unbelehrt als unbeirrt von ihr hochgehaltene nationale Gemeinschaft sich ja im vernichtenden Effekt des von ihr, wenn auch nicht systematisch zu verantwortenden, so jedenfalls doch empirisch verschuldeten Weltkriegs quasi selber gerichtet, dass sie sich, mit anderen Worten, in den Hekatomben von Gefallenen, den mörderischen Verlusten an Menschenleben, die der Krieg gefordert hat, als eine ihren Mitgliedern das personale Leben und die soziale Sicherheit garantierende bündische Solidargemeinschaft ebenso gründlich Lügen gestraft wie in dem Potlatch von Sachwerten, den zerstörerischen Einbußen an Hab und Gut, mit denen der Krieg bezahlt wurde, als ein für das reale Dasein und den materialen Bestand ihrer Mitglieder Sorge tragender nationaler Zweckverband nachdrücklich ad absurdum geführt hat.

Genau dieses mit dem politischen Anspruch und dem ökonomischen Versprechen des bismarckschen Sozialpakts alias bündisch-staatsbürgerlichen Kontrakts des Kaiserreichs gänzlich unvereinbare und in der Tat den Anspruch ebenso gründlich Lügen strafende wie das Versprechen nachdrücklich ad absurdum führende Resultat ist es ja, was das Gros des nationalkonservativen Lagers, das über genug Realitätssinn verfügt, will heißen, eine hinlängliche Fähigkeit und Bereitschaft aufbringt, empirische Gegebenheiten gelten zu lassen und historische Konsequenzen zu ziehen - was also den Großteil des nationalkonservativen Lagers davon abhält,

jenen Weg regressiver Ausblendung und romantischer Verklärung einzuschlagen, und was die Betreffenden damit freilich in die beschriebene missliche Lage bringt, die historische Konsequenz, die Ersetzung des bündischen Reichs durch den republikanischen Staat zwar registrieren und ins Kalkül zu ziehen, nicht aber akzeptieren und gutheißen zu können, und die empirischen Gegebenheiten, die republikanisch-demokratische Ordnung und Politik, zwar ablehnen und verwerfen zu müssen, nicht aber bestreiten und in Abrede stellen zu können. Durch seinen Mangel an romantischer Einbildungskraft, seine Unfähigkeit zum regressiven Realitätsverlust, wie man will, dazu veranlagt oder verurteilt, bleibt das Gros des nationalkonservativen Lagers zwar auf dem Boden der Tatsachen und harrt im Strom der Geschichte aus, erfährt aber, erfüllt von Ressentiment und Widerwillen, diesen Boden als einen Morast oder Treibsand, auf dem es weder Fuß zu fassen noch gar sich einzurichten disponiert ist, und erlebt, schiffbrüchig und abgetrieben, diesen Strom als eine reißende Flut, gegen die er er nicht weniger hartnäckig als verzweifelt anschwimmt und von der er sich doch aber ebenso unwiderstehlich mitgetragen wie unaufhaltsam fortgerissen findet.

Aus dieser Ambivalenz, in die sich das nationalkonservative Lager in seiner weit überwiegenden Mehrzahl verstrickt zeigt, aus diesem Zugleich von willentlicher Negation und unwillkürlicher Affirmation, von ideologischer Überwerfung mit dem republikanischen System und politischer Geworfenheit in es, von fraktioneller Sabotage an ihm und institutioneller Kollaboration mit ihm, beansprucht nun also die nationalsozialistische Bewegung einen gangbaren Ausweg zu weisen. Aber kann der von ihr propagierte und zum Programm erklärte romantisch-regressive Rekurs auf den als formative Besonderheit der deutschen Nation, quasi als ihr Alleinstellungsmerkmal, firmierenden bismarckschen Sozialpakt in der kontraktiven Endfassung als ebenso bündisch verschworener wie staatlich geschmiedeter Nationalverband, die ihm die wilhelminische Kriegspolitik vindiziert, dieser Ausweg eigentlich, geschweige denn ernstlich, sein? Führt solch romantisch-regressiver Rekurs die nationalsozialistische Bewegung nicht in die haargenau gleiche Falle beziehungsweise Sackgasse, in der, wie konstatiert, auch die monarchistisch-legitimistischen Gruppen sich wiederfinden, die sich als sektiererische Ein- beziehungsweise Absprengsel im Dunstkreis beziehungsweise in den Randzonen des konservativen Lagers umtreiben - in die Falle und

Sackgasse nämlich eines nach Maßgabe der Abstraktion von empirischen Gegebenheiten und Ausblendung historischer Entwicklungen realitätsfremden Wunschdenkens und persspektivlosen Illusionismus?
Das wäre in der Tat auch der Fall, verbände der nationalsozialistische Bewegungsduktus nicht im Unterschied zum monarchistisch-legitimistischen Beschwörungsgestus diese seine auf den bismarckschen Sozialpakt gerichtete Romantik mit einer eben ihm den Prozess machenden radikalen Polemik und verknüpfte er nicht diese seine im bündischen Nationalverband die Antwort findende Regression mit einer eben ihn in Frage stellenden fundamentalen Revision. Anders als die alle empirische Evidenz ausblendende, sich über alle historische Erfahrung hinwegsetzende monarchistisch-legitimistische Borniertheit greift die nationalsozialistische Motion auf den bismarckschen Sozialpakt nur zurück, um mit ihm in seiner historisch vorliegenden Fassung existenziell ins Gericht zu gehen, greift sie den bündische Nationalverband bloß auf, um ihm in seiner empirisch gegebenen Gestalt substanziell am Zeug zu flicken.

Dabei sind, was sie in als Geniestreich erscheinender Engführung oder spiegelreflexhafter Verschränkung dem bismarckschen Sozialpakt alias wilhelminischen Nationalverband zum Vorwurf macht beziehungsweise woraus sie ihm einen Strick dreht, eben der sozialdemokratisch emanzipierte Wille und eben der liberalbürgerlich fraktionierte Geist, mit anderen Worten, eben der demokratische Libertinismus und parlamentarische Egoismus, die sie in dem als Weimarer Republik dem Krieg entsprungenen gemeinwesentlichen Unwesen an die Macht gelangt und, die nationale Gemeinschaft zersetzend, das bündische Corpus ins Chaos stürzend, zu Werke gehen sieht. Was in der Nachkriegsrepublik zum Zuge kommt und sich hemmungslos entfaltet, ins Kraut schießt und fiebrige Blüten treibt beziehungsweise giftige Früchte trägt, die zum Verrat am Vaterland entartende sozialdemokratische Emanzipation und die das Parlament zur Schwatzbude verkommen lassende liberalbürgerliche Fraktionierung - dies beides findet der Nationalsozialismus in der historischen Fassung des bismarckschen Sozialpakts beziehungsweise in der empirischen Zuspitzung zum bündischen Nationalverband, die ihm die wilhelminische Kriegspolitik verleiht, bereits unheildrohend angelegt und verderbenbringend auf der Lauer liegend. Aus dieser Sicht erweist sich tatsächlich die sozialdemokratischer Entgleisung und liberalbürgerlicher Zersetzung entsprungene Republik als bloße, per Krieg zutage

geförderte Sturz- und Ausgeburt aus dem Schoße eben jenes in seiner historischen Fassung vom demokratischen Erreger längst angesteckten bismarckschen Sozialpakts, eben jenes in seiner empirischen Gestalt von der parlamentarischen Krankheit längst befallenen bündischen Nationalverbands.

So sehr prinzipiell und essenziell, seiner logischen Konstitution beziehungsweise systematischen Konstruktion nach, der den deutschen Sonderweg, die formative Besonderheit des Aufstiegs Deutschlands zur kapitalistischen Industriemacht, determinierende und unter dem Druck der ökonomischen Konkurrenz mit den anderen Industriemächten zum bündischen Nationalverband artikulierte bismarcksche Sozialpakt die Agende ist, auf die als der deutschen Nation einzig angemessene soziale Organisationsform und politische Lebensweise die nationalsozialistische Bewegung in romantischer Regression schwört und setzt, so sehr gewahrt sie ihn doch aber zugleich mit ebenso viel polemischer Unversöhnlichkeit wie revisionistischer Entschlossenheit in der historischen Erscheinung und empirischen Gestalt, in der er sich ihr präsentiert und sie ihn vor Augen hat, als gleichermaßen personell hoffnungslos diskreditiert und institutionell unheilbar korrumpiert, und nämlich bereits von ein und derselben sozialdemokratisch-irrgläubigen Desorientierung infiziert und von der exakt gleichen bürgerparlamentarisch-krankhaften Desintegration heimgesucht, die sie in der ihr als Ausgeburt sozialdemokratischer Häresie und als Wechselbalg bürgerparlamentarischer Pathologie verhassten Weimarer Republik am Werk oder vielmehr am Wüten sieht.

Was hieraus folgt ist klar: Will die nationalsozialistische Bewegung den von ihr im Unterschied zum nationalkonservativen Lager dezidiert betriebenen Bruch mit der Republik und Ausstieg aus dem republikanischen Unternehmen und die von ihr definitiv geplante Wiederherstellung des bismarckschen Sozialpakts beziehungsweise Erneuerung des bündischen Nationalvereins, zu dem die wilhelminische Kriegspolitik letzteren zuspitzt, wirklich ins Visier nehmen und ernstlich in die Tat umsetzen, so muss sie ihren romantisch-regressiven Restaurationsanspruch Hand in Hand gehen lassen mit einer polemisch-aggressiven Dekonstruktionsforderung und nämlich den Sozialpakt in der historischen Fassung, in der er sich vormals darbot, einer ebenso radikalen Kritik aussetzen

wie den Nationalverein in der empirischen Gestalt, die er damals annahm, einer fundamentalen Revision unterwerfen. Wiederherstellen beziehungsweise erneuern lässt sich der bismarcksche Sozialpakt alias bündische Nationalverein nur, wenn es actu seiner Wiederherstellung und prospectu seiner Erneuerung gelingt, ihn von all den programmatisch-sozialdemokratischen Absichten und privatistisch-liberalbürgerlichen Rücksichten zu dispensieren und zu purgieren, von denen er in seiner historischen Fassung und empirischen Gestalt als von ihn heteronomisierenden Elementen und ihn korrumpierenden Faktoren je schon infiltriert und infiziert war und die ihn mit schicksalhafter Unentrinnbarkeit, mit fataler Folgerichtigkeit im demokratisch-parlamentarischen Drama der Republik seine als soziale Desintegration und politische Dissoziation wohlverstandene Auflösung finden ließ.

Dabei bedeutet die geforderte Dispensation und Purgierung nichts Geringeres als die Liquidation der sozialen Organisationen und Assoziationen beziehungsweise Exzision der politischen Institutionen und Fraktionen, die, wie sie mit ihren programmatischen Projekten und privativen Interessen jetzt ihr demokratisch-parlamentarisches Unwesen treiben und die Nation in den als republikanisches Blendwerk manifesten Abgrund reißen, so sich auch bereits im Rahmen des bündischen Sozialpakts wirtschaftsförderlich-bismarckscher Konstruktion beziehungsweise kriegstreiberisch-wilhelminischer Kontraktion zu dessen chronischem Schaden und schließlichem Verderben aktiv geltend machten und ihre Virulenz bewiesen. Soll der bündische Sozialpakt einer definitiven Restitution zugänglich und für eine effektive Novellierung verfügbar sein, dann nur unter der Bedingung, dass ihm alle ihn zu heteronomisieren disponierten sozialdemokratisch-programmatischen Intentionen wie auch alle ihn zu unterminieren geeigneten liberalbürgerlich-privativen Interessen mitsamt jeglichen sie zu repräsentieren beanspruchenden sozialen Organisationen beziehungsweise sie zu verkörpern dienenden politischen Institutionen ebenso gründlich ausgetrieben werden wie unwiderruflich von ihm ausgeschlossen bleiben.

Wenn so aber die sozialen Gruppen, die den vom Staat mit der bürgerlichen Gesellschaft geschlossenen Pakt beziehungsweise geschmiedeten Verein historisch-habituell als personelle Formation repräsentieren, und

die politischen Parteien, die ihn empirisch-reell als institutionelle Funktion inkorporieren, sich mitsamt den arbeiterschaftlich-sozialistischen Intentionen, für die sie gewerklich-projektiv eintreten, und den bürgerlich-liberalistischen Interessen, für die sie gewerblich-privativ einstehen, als dem Pakt und Verein ebenso abträglich wie widerwärtig herausstellen, und dessen machbare Restitution und haltbare Novellierung deshalb mit der fundamentalen Auflösung jener sozialen Formationen und politischen Fraktionen der bürgerlichen Gesellschaft und mit der radikalen Ausmerzung der von ihnen vertretenen Absichten und Programme beziehungsweise geltend gemachten Interessen und Ansprüche steht und fällt - was bleibt dann als personelle Repräsentanz des Paktes beziehungsweise institutionelle Inkorporation des Vereins eigentlich übrig, was lässt sich anstelle der den Pakt in seiner historischen Fassung unterminierenden, den Verein in seiner empirischen Gestalt korrumpierenden und eben deshalb, soll letzterer nicht bloß Objekt der Begierde einer romantischen-Regression sein, sondern eine ernstliche Restitution und wirkliche Novellierung erfahren, fundamental zu liquidierenden, radikal zu eliminierenden sozialen Formationen und politischen Fraktionen überhaupt noch als soziale Repräsentanz des Paktes und politische Inkorporation des Vereins aufbieten und in Dienst nehmen?

Im militärischen Korpus findet der Nationalsozialismus die authentische Verkörperung des bismarckschen Sozialpakts. Mittels Dolchstoßlegende exkulpiert er es von aller Schuld an der Niederlage im Weltkrieg und denunziert gleichzeitig die zivilen Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft als für die Niederlage verantwortlich, womit er den Grund für sein zentrales Projekt legt, das militärische Korpus an die Stelle der zivilen Repräsentanz der bürgerlichen Gesellschaft treten zu lassen und letztere zu einem personalen Reservoir und materialen Zeughaus für ersteres zu degradieren.

Die Antwort auf die für ihren Anspruch, nicht bloß romantisch-regressive Beschwörung zu praktizieren, sondern durchaus ein politisch-aggressives Programm zu verfolgen, mit anderen Worten, nicht bloß vergangenheitssüchtig, sondern zukunftsträchtig zu sein, entscheidende Frage, liefert der nationalsozialistischen Bewegung der Krieg, der sich hier einmal mehr als der Vater aller Dinge inszeniert, indem er nämlich mit der Streitmacht, die er mobilisiert, jenen doppelsinnig-sprichwörtlichen Speer

ins Feld führt, der zwar zum einen durch das, was er tut und verübt oder vielmehr nicht verübt, der Nation ihre qua Republik schwärende Wunde schlägt, zum anderen aber auch mit dem was, er ist und verkörpert, sich als das Antidot offeriert, das die republikanische Wunde wieder zu schließen und zu heilen verspricht. Was der Staat aus den Reihen der bürgerlichen Gesellschaft egal rekrutiert, aus ihrem Fundus ohne Ansehung seiner Klassenstruktur, ohne Rücksicht auf Besitzstand und soziale Stellung, personell aushebt, um es nach seinem Gebot, unter seiner Befehlsgewalt institutionell zu formieren, es als Apparat für die kriegerische Auseinandersetzung mit seinesgleichen, als Instrument für die staatliche Selbstbehauptung, die Sicherung beziehungsweise Bekräftigung der eigenen Existenz, herzurichten und zur Verfügung zu haben - das ist laut nationalsozialistischem Befund exakt das als militärisches Korpus firmierende gesellschaftliche Organ, dessen es bedarf, um dem Sozialpakt alias Nationalbund deutscher Schmiedekunst und Zurüstung eine gegen arbeiterschaftlicher Unterminierung gefeite und von bürgerlicher Korrumpierung freie Vergegenständlichung und Verkörperung zu verleihen und ihm so eben die historische Haltbarkeit und empirische Gediegenheit zu sichern, die, solange er sich durch personelle Formationen und fraktionelle Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft selbst repräsentiert beziehungsweise in ihnen inkorporiert findet, deren Infiltration mit sozialdemokratisch-programmatischen, kurz, abwegigen Intentionen und Infektion durch liberalbürgerlich-privative, kurz, widersetzliche Interessen ihm verweigern beziehungsweise entziehen.

Nicht die programmatischen Assoziationen und parteilichen Formationen, die im Normalfall staatlichen Waltens, unter zivilen Bedingungen, die wahlberechtigte und selbstbestimmte bürgerliche Gesellschaft als ihr eigenes Geschöpf und Abbild initiiert und organisiert, um mit ihnen Staatsämter zu bekleiden und zu besorgen, zu besetzen und auszufüllen und so dem als herrschaftliches Existenzial alias kategorisches Transzendental, mit anderen Worten als unaufhebbares Relikt und unverzichtbares Wahrzeichen kommunaler Verbundenheit und intentionalen Zusammenhalts firmierenden Staat demokratisch beizuspringen und republikanisch aufzuhelfen, sprich, seinem historisch spezifizierten Sein Leben einzuhauchen und seinem empirisch diversifizierten Tun Sinn zu verleihen - nicht also diese programmatischen Assoziationen und parteilichen Formationen aus dem Schoße der bürgerliche Gesellschaft,

sondern die soldatischen Korps und militärischen Verbände, die für den Notfall staatlicher Bedrängnis, in Voraussicht beziehungsweise im Angesicht einer ihm als solchem drohenden funktionellen Ausschaltung oder strukturellen Auflösung, der Staat als wehrpflichtige Kontingente, will heißen, als ihm von der bürgerlichen Gesellschaft tribuierte und von ihm aus der bürgerlichen Gesellschaft extrahierte, will heißen, von ihm als sein ganz und gar eigenes Organ, als sein sprichwörtlich starker Arm appropriierte und adoptierte Streitmacht und Schutztruppe in Bereitschaft hält beziehungsweise ins Feld führt - diese soldatischen Korps und militärischen Verbände also sind es, die die nationalsozialistische Bewegung als geeignete Repräsentanten des wiederherzustellenden und haltbar zu machenden bismarckschen Sozialpakts ins Auge fasst und die sie als belastbare Garanten des zu erneuernden und womöglich zu verewigenden Nationalbunds vorsieht, den der als führerschaftliche Macht figurierende herrschaftliche Staat mit der von ihm als gefolgschaftliches Volk identifizierten bürgerlichen Gesellschaft schließt.

Aber können die vom Staat als seine Kreatur aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgelesenen soldatischen Korps und militärischen Verbände tatsächlich besser und vor allem wirksamer den Bismarckschen Sozialpakt repräsentieren und den bündischen Nationalverein inkorporieren als die programmatischen Assoziationen und parteilichen Formationen, die die bürgerliche Gesellschaft selbst als ihre hauseigenen Geschöpfe ins Leben ruft, um sie zwecks Geltendmachung ihrer programmatischen Intentionen beziehungsweise Verteidigung ihrer privativen Interessen sich im Staat engagieren und ihm bei seinen Geschäften je nach Lage der Dinge beziehungsweise Verteilung der Kräfte zur Hand gehen oder die Hand führen zu lassen? Hat das als kreatürliche Ausgeburt des Staats firmierende diktatorisch-militärische Handeln und Entscheiden wirklich eher das Zeug dazu und ist es besser gerüstet, dem zwischen führerschaftlich-starkem Staat und gefolgschaftlich-bürgerlicher Gesellschaft geschlossenen Sozialpakt, dem aus beiden eine verschworenen Gemeinschaft schmiedenden Nationalverein, die Haltbarkeit zu verleihen und die bleibende Geltung zu sichern, die ihm, wie das Fiasko, in dem das deutsche Kaiserreich geendet hat, zur Genüge beweist, das als kreatives Geschöpf der bürgerlichen Gesellschaft fungierende demokratisch-parlamentarische Verhandeln und Vergleichen nicht hat verschaffen, geschweige denn erhalten können?

Ist die aus der bürgerlichen Gesellschaft rekrutierte militärische Kreatur des Staats nicht ebenso demoliert und diskreditiert aus dem verlorenen Weltkrieg hervorgegangen wie das qua parlamentarische Demokratie von der bürgerlichen Gesellschaft selbst generierte politische Geschöpf, und hat erstere sich nicht sogar noch stärker blamiert und entschiedener disqualifiziert als letzteres, da ja mit Ausbruch des Krieges ihr die alleinige Aufgabe zufiel und es ihre monopole Pflicht war, den völkischen Sozialpakt alias bündischen Nationalverein Bismarckschen Zuschnitts beziehungsweise wilhelminischen Gepräges lebendig und intakt zu erhalten und die auf ihn eingeschworene Gemeinschaft deutscher Zunge und Kultur gegen eine Welt von Feinden sich behaupten und mehr noch über ihre industriegesellschaftlichen Konkurrenten, die ihr als liberalistisch-republikanische Staatswesen im Wege stehenden kapitalistischen Widersacher triumphieren zu lassen? Wie sollte sich wohl von ihr, die sich ihrer Aufgabe so wenig gewachsen gezeigt, ihre Pflicht so wenig zu erfüllen vermocht hat, erhoffen, geschweige denn erwarten lassen, dass sie nun plötzlich die Eignung besitzt beziehungsweise Tauglichkeit beweist, den wiederherzustellenden Sozialpakt so effektiv, wie nötig, zu repräsentieren und in Erscheinung treten zu lassen, den zu erneuernden Nationalverein so adäquat, wie erforderlich, zu inkorporieren und in die Tat umzusetzen?

Aus diesem erfahrungspraktischen Dilemma, mit dem der verlorene Krieg sie unvermeidlich konfrontiert, wenn sie die Forderung erhebt, die durch die bürgerliche Gesellschaft generierte demokratisch-parlamentarische Öffentlichkeit durch die vom Staat aus der bürgerlichen Öffentlichkeit extrahierte soldatisch-militärische Streitmacht in der Bedeutung und Funktion einer effektiven Repräsentanz des bismarckschen Sozialpakts beziehungsweise adäquaten Verkörperung des wilhelminischen Nationalverbunds zu substituieren - aus diesem erfahrungspraktischen Dilemma befreit oder, wenn so will, eskamotiert sich die nationalsozialistische Bewegung durch den Rückgriff auf eine verschwörungstheoretische Auskunft, die als rationalisierende Rechtfertigung seiner Niederlage, als ausflüchtige Erklärung seines Scheiterns auf dem Schlachtfeld, das Militär selbst unmittelbar nach Kriegsende in die Welt setzt und die seitdem nicht nur in chauvinistisch-reaktionären, sondern durchaus auch in nationalkonservativen Kreisen als kommode und sich deshalb wachsender Beliebtheit erfreuende Begründung für den Kollaps des Kaiserreichs grassiert. Gemeint ist die sogenannte Dolchstoßlegende,

die Moritat von der Behinderung und Entmutigung der militärischen Streitmacht durch die parlamentarische Öffentlichkeit, das Märchen davon, wie das demokratische Hin und Her der soldatischen Zielstrebigkeit in den Rücken gefallen sei und sie verraten, ihr, der an der Kriegsfront Operierenden, die Solidarität und Unterstützung der Heimatfront entzogen und sie so wie Delilah den Samson entscheidend geschwächt, sie von ihrem völkischen Kraftquell abgeschnitten, sie aus ihrer Verankerung im nationalen Kollektiv herausgerissen und so als eine Art fünfte Kolonne sie zu Fall gebracht und in die Kapitulation getrieben habe.

Dabei erweist sich die Dolchstoßlegende als gleichsam maßgeschneidert für die programmatische Geschichtsschreibung alias ideologische Zukunftsprojektion der nationalsozialistischen Bewegung, weil sie nicht nur besagtes erfahrungspraktisches Dilemma aus der Welt schafft und der Bewegung nämlich nicht nur erlaubt, die von ihr als effektive Repräsentanz des Sozialpakts beziehungsweise adäquate Verkörperung des Nationalvereins hochgehaltene militärische Streitmacht von allem Verdacht der Unzulänglichkeit freizusprechen und von jeglichem Vorwurf des Versagens zu exkulpieren, sondern uno actu dieser Reinwaschung der Streitmacht, dieses ihr ausgestellten Tauglichkeitsattests, die Rechtfertigung dafür liefert, ihre zivile Gegenspielerin, die als Wahrnehmerin des Sozialpakts, als Gewährleisterin des Nationalvereins, wenn nicht aktuell, so jedenfalls doch potenziell zur soldatisch-militärischen Macht alternative demokratisch-parlamentarische Öffentlichkeit, zu ostrazieren und im die Verbannung oder, besser gesagt, zum Teufel zu schicken. So gewiss die Dolchstoßlegende das Ungenügen der militärischen Aufführung der kaiserlichen Streitmacht und ihre schließliche Niederlage mit der Unzuverlässigkeit und Wankelmütigkeit beziehungsweise dem Verrat und Abfall der als demokratisch-parlamentarische Heimatfront letzterer doch eigentlich Rückhalt zu geben und Deckung zu bieten, kurz, hinter ihr zu stehen berufenen politischen Parteien und zivilen Verbände im eigenen Land begründet, so gewiss suggeriert die Legende, dass ohne jene Verweigerungshaltung beziehungsweise Abfallneigung der Heimatfront, metaphorisch gesprochen also, ohne deren Dolchstoß, die kaiserliche Streitmacht sich effektiver hätte zur Geltung bringen und mit Erfolg durchsetzen und also einen anderen und glücklicheren Ausgang des militärischen Ringens herbeiführen, sprich, den Sieg erringen können.

Und diese in der Dolchstoßlegende implizierte Suggestion oder vielmehr mit ihr artikulierte Proposition liefert nun der nationalsozialistischen Bewegung die Argumentationshilfe für ihre den bloß romantisch-regressiven Beschwörungsgestus in eine vielmehr polemisch-aggressive Handlungsanweisung übersetzende Forderung nach einer Wiederherstellung des bismarckschen Sozialpakts ohne Beteiligung der sozialen Parteien und zivilen Verbände beziehungsweise nach einer Erneuerung des wilhelminischen Nationalverbunds ohne Mitwirkung der als bürgerliche Öffentlichkeit das republikanische System bildenden demokratischen Formationen und parlamentarischen Institutionen, liefert mit anderen Worten der nationalsozialistischen Bewegung ihre zur dezisionistischen Entschlossenheit geratende fanatische Überzeugung, dass eine Wiederherstellung des Sozialpakts beziehungsweise Erneuerung des Nationalvereins nur gelingen und von Erfolg gekrönt sein kann, wenn zuvor oder zugleich die bürgerliche Öffentlichkeit aus der zwischen Gesellschaft und Staat aufgestellten Gleichung nicht nur als relevanter Faktor, sondern mehr noch als existentes Faktum getilgt ist, wenn mithin das demokratisch-parlamentarische Geschöpf der bürgerlichen Gesellschaft durch die soldatisch-militärische Kreatur des Staats nicht bloß abgelöst und abgesetzt, sondern mehr noch abgefertigt und abgestellt, die alte zivile Repräsentanz des Sozialpakts durch dessen neue militärische Inkorporation nicht bloß ersetzt und ausgebootet, sondern mehr noch verdrängt und ausgelöscht ist.

Dass diese fundamentale Revision des Verhältnisses zwischen bürgerlich-liberaler Gesellschaft und herrschaftlich-starkem Staat, diese Erklärung und Erhebung der militärischen Macht zur wahren Vermittlungsinstanz und in der Tat zum einzigen Verbindungsglied zwischen beiden, und die daraus folgende radikale Ablehnung und Bekämpfung der sich in Sachen Vermittlung und Verbindung als Alternative zur militärischen Macht gerierenden und aber letztere höchstens und nur zu unterminieren und in ihrer Effektivität zu korrumpieren geeigneten demokratischen Ordnung - dass diese fundamentale Proposition der militärischen Macht und radikale Refutation der demokratischen Ordnung die beiden miteinander vermittelten Körperschaften beziehungsweise verbundenen Organismen, die bürgerliche Gesellschaft und den herrschaftlichen Staat gleichermaßen, nicht minder fundamental tangieren und nicht weniger radikal alterieren muss, lässt sich unschwer einsehen.

Mit seiner militärischen Kreatur alleingelassen und nicht weniger in seinem Beginnen auf sie beschränkt und ausgerichtet, als in seinem Bestand nurmehr auf sie gestellt und angewiesen, begibt sich der Staat seiner der demokratischen Ordnung Rechnung zu tragen bestimmten zivilen Verfassung und seiner den parlamentarischen Ansprüchen Genüge zu leisten gehaltenen ministeriellen Verpflichtung und kehrt die bornierte Fasson und strikte Disziplin eines militärischen Führers alias Generals beziehungsweise soldatischen Ausbilders alias Korporals hervor, der bloß noch den Anforderungen und dem Bedarf der ihm als Reflexiv seiner soldatischen Bornierung die Hand reichenden oder vielmehr den Hitlergruß entbietenden Streitmacht gerecht zu werden strebt, sich bloß noch um das Wohl und Wehe des ihm als Objektiv seines disziplinarischen Regimes zu Gebote stehenden und zur Hand gehenden, sprich, unter dem falschen Etikett einer Wehrmacht angriffsbereiten, zur Offensive gerüsteten bewaffneten Aggressors besorgt zeigt.

Und diese zirkuläre Reflexion des Staats in sich als zur Gänze okkupierter Heger und Pfleger des von ihm als sein narzisstischer Inkubus ins Leben gerufenen soldatischen Kampfmittels, diese seine Objektivierung als vollberuflicher Ausbilder und Befehliger des von ihm als seine fetischistische Ausgeburt in die Welt gesetzten militärischen Korps - sie lässt nun eigentlich gar keine Aufgabe und Bestimmung mehr für die andere Seite der vermittels des letzteren aufgestellten Gleichung, nämlich für jenen als bürgerliche Gesellschaft fungierenden Term, den mit dem Term des herrschaftlichen Staates sozialpaktiert zusammenzuschließen beziehungsweise nationalvereint zusammenzuschmieden das soldatische Kampfmittel alias militärische Korps nach der fanatischen Überzeugung und dem dezisionistischen Willen der nationalsozialistischen Bewegung ausersehen ist. Vom reflexiven Narzissmus des um seine militärische Kreatur kreisenden Staates aller demokratischen Mitwirkung beraubt und um jegliche parlamentarische Einflussnahme gebracht und also vom objektiven Fetischismus des auf seine soldatische Ausgeburt fixierten Einheitswahrers und Hüters des Gemeinwesens organisatorisch marginalisiert und ins politische Abseits gedrängt, verliert die bürgerliche Gesellschaft, die in Klassen sortierte lohnarbeitende, Gehalt empfangende und Einkünfte beziehende Bevölkerung des als herrschaftliches Territorium definierten Staatsgebiets jegliche qualitative Bedeutung für diese in ihrer Streitmacht aufgehende Staatsmacht, büßt sie alle dieses

Staatswesen, das sich zur Gänze in seinem Militärwesen wiederfindet, betreffende konstitutive Funktion und nimmt den Charakter oder vielmehr die Charakterlosigkeit eines schieren Haufens an, gewinnt die Physiognomie oder vielmehr Gesichtslosigkeit einer zur Volksmasse entmischten Menschenmenge.

Die einzige Aufgabe und Bestimmung, die der vom soldatisch-kreatürlichen Reflexiv, in das der Staat nationalsozialistischer Projektion versunken ist, als qualitatives Element verdrängten, vom militärisch-ausgeburtlichen Objektiv, an das er sich verloren hat, als konstitutiver Faktor verworfenen bürgerlichen Gesellschaft hiernach bleibt, ist die Rolle einer Rekrutierungsbasis, eines für Aushebungen zur Verfügung stehenden Reservoirs, ist mit anderen Worten die Aufgabe, das für die Herstellung und Erhaltung des soldatischen Kampfinstruments erforderliche Personal zu liefern, die für die Aufstellung und Auffüllung des militärischen Korps nötige Masse an Menschen beizusteuern.

Als all ihrer qualitativen Differenzierung und konstitutiven Klassifizierung entkleidete Volksmasse reduziert sich in der die romantische Regression auf die vaterländisch-staatsbürgerliche Gemeinschaft der Vorkriegszeit zu einer polemischen Aggression gegen die republikanisch-bürgerliche Gesellschaft der Nachkriegszeit aktualisierenden dezisionistischen Projektion der nationalsozialistischen Bewegung diese republikanisch-bürgerliche Gesellschaft auf die rudimentäre Funktion, als Flöz und Mine für den Abbau und die Gewinnung des zur Schaffung und Bestückung des soldatischen Apparats erforderlichen Rohstoffs Mensch beziehungsweise als Zeughaus und Bezugsquelle für die zur Einrichtung und zum Betrieb der militärischen Maschinerie nötigen personalen Bau- und Ersatzteile zu dienen.

Dass das nationalsozialistische Regime sie in der Rolle des staatstragenden Subjekts durch das militärische Korpus ersetzt, will es der bürgerlichen Gesellschaft dadurch schmackhaft machen, dass es ihr rassische Ursprünglichkeit und völkische Unverfälschtheit andichtet. Der Gesichts- und Charakterlosigkeit, der es sie damit überantwortet, sucht es damit begegnen, dass es sie nach dem Bilde des militärischen Korpus ummodelt, sie paramilitärisch umrüstet. Von ihrer paramilitärischen Reorganisation verspricht es sich in dreifacher Hinsicht, nämlich systematisch-strukturell, praktisch-intentional und ideologisch-dispositionell, Nutzen für sein historisches Projekt.

Dass solche Reduktion auf eine aller sozialen Qualifikation und Differenzierung entbehrende und um jegliche konstitutive Bedeutung für das Staatswesen, geschweige denn konstruktive Beteiligung an ihm, gebrachte Volksmasse, die ihr die nationalsozialistische Bewegung ansinnt, der republikanisch-bürgerlichen Gesellschaft nicht ohne weiteres schmackhaft zu machen ist und im Zweifelsfall, sprich, im Normalfall zivilgeschäftlicher Alltäglichkeit und friedenszeitlicher Auskömmlichkeit ihren Widerwillen erregen beziehungsweise ihr übel aufstoßen muss, lässt sich unschwer voraussehen. Um diesen naturgemäß zu erwartenden und nämlich als natürliche Reaktion auf den Verlust an Qualität und Realität, der ihr angesonnen wird, begreiflichen Widerwillen der republikanisch-bürgerlichen Gesellschaft zu überwinden und sie dennoch auf den Geschmack zu bringen, sucht ihr die nationalsozialistische Bewegung diese ihre sie als sozialen Organismus fundamental disqualifizierende Reduktion und sie als politischen Akteur radikal depotenzierende Demontage als uno actu historische Originalisierung und empirische Substantialisierung zu verkaufen. Die Gesichts- und Charakterlosigkeit, in der sie die als reine personale Rekrutierungsbasis, als bloßes menschliches Einzugsgebiet und Aushebungsreservoir für die staatliche Repräsentanz des Sozialpakts, die behördliche Inkorporation des Nationalverbunds, die Streitmacht, reklamierte bürgerliche Gesellschaft vorstellig werden lässt, bemüht sie sich, letzterer dadurch annehmlich oder jedenfalls hinnehmbar zu machen, dass sie dem Mangel an historischem Gesicht den Nimbus rassischer Ursprünglichkeit attestiert, dem Fehlen von empirischem Charakter die Bedeutung völkischer Unverfälschtheit zuspricht.

Den Mangel an Gesicht und Charakter, den sie der in einen Steinbruch für die Militärkaserne, in deren Aufführung und Unterhaltung sie den Staat seine zentrale Aufgabe und sein kapitales Geschäft finden lässt, mutierten bürgerlichen Gesellschaft zumutet, sucht die nationalsozialistische Bewegung dadurch zu kompensieren, dass sie jener anstelle ihres historischen Gesichts, ihrer zeitgemäßen Physiognomie, ein urtümliches Schema, einen archaischen Typus verpasst, ihr statt ihres empirischen Charakters, ihrer profanen Agenda, eine kultische Maske, eine sakrale Persona überstülpt. Freilich ist es damit, dass sie das historische Gesicht der bürgerlichen Gesellschaft hinter einer kultischen Maske verschwinden lässt, ihren empirischen Charakter durch eine sakrale Persona eskamotiert, nicht getan. Die Gesichts- und Charakterlosigkeit, deren

sie in der Konsequenz der narzisstischen Fixierung des Staates auf seine soldatische Wehrhaftigkeit, seiner fetischistischen Objektivierung in seiner Streitmacht, die bürgerliche Gesellschaft überführt, erfüllt bei aller ihr attestierten Ursprünglichkeit und Archaik und bei aller für sie reklamierten Urtümlichkeit und Unverfälschtheit doch nur erst den Tatbestand eines ebenso abstrakten wie leeren Schematismus, einer nicht weniger fleisch- als geistlosen Stereotypie. Um die kultische Maske als täuschend echte Alternative zur historischen Physiognomie, die sakrale Persona als eskamotistisch wahres Wesen der profanen Agenda in Szene setzen zu können, muss deshalb die nationalsozialistische Bewegung dem maskenhaft-abstrakten Schema eine quasiorganische Konkretisierung vindizieren, dem inhaltslos-figuralen Typus eine quasilebendige Strukturierung verpassen.

Woher aber soll sie diese dem bei all seiner rassischen Archaisierung maskenhaft-inhaltslosen Abstraktum eine quasiorganische Gestalt zu vindizieren geeignete Konkretisierung nehmen? Worauf kann sie zurückgreifen, um diese dem bei all seiner völkischen Sakralisierung fleisch- und geistlosen Stereotyp eine quasilebendige Bestimmung zu verpassen taugliche Struktur ins Werk zu setzen? Was sonst steht ihr für solch quasiorganische Konkretisierung beziehungsweise quasilebendige Strukturierung der von ihr zum Steinbruch entorganisierten, zum Aushebungsreservoir amorphisierten bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung als eben die zum echten Repräsentanten des bismarckschen Sozialpakts, zur wahren Inkorporation des deutschen Nationalverbunds erkorene militärische Ausgeburt des Staats, eben die qua Wehrmacht staatlichem Narzissmus entspringende und staatlichem Fetischismus entsprechende Streitmacht, um derentwillen sie, die nationalsozialistische Bewegung, ihr, der bürgerlichen Gesellschaft, jegliche den Sozialpakt und Nationalverbund betreffende konstitutionelle Repräsentationsleistung und institutionelle Inkorporationsfunktion streitig zu machen und sie stattdessen ins Bockshorn eines rassischen Schematismus zu jagen und hinters Licht völkischer Stereotypie zu führen bereit ist?

Was bleibt mit anderen Worten der nationalsozialistischen Bewegung, will sie das rassische Schema, auf das sie die bürgerliche Gesellschaft reduziert, als eine Art von organischer Gestalt geltend machen beziehungsweise dem völkischen Stereotyp, zu dem sie die bürgerliche Gesellschaft eskamotiert, eine quasi lebendige Struktur vindizieren - was bleibt ihr da

anderes übrig, als (ganz im Sinne des vielbemühten paradoxen Speers, der die Wunde, die er schlägt, auch wieder heilt) den Spieß kurzerhand umzudrehen und sie, die rassisch schematisierte bürgerliche Gesellschaft, nach dem Bilde eben des soldatischen Apparats zu formen und zu gestalten, um dessentwillen sie sich ihrer demokratischen Ordnung beraubt und jenem abstrakten Schematismus des Rassenkults preisgegeben findet, mit anderen Worten an ihr, der völkisch stereotypisierten bürgerlichen Gesellschaft, das als Maßnehmen wohlverstandene Exempel eben jener militärischen Maschinerie zu statuieren, der zuliebe sie sich um ihre zivile Verfassung gebracht und der leeren Stereotypie des völkischen Mythos preisgegeben zeigt?

Um der zur originalen Rasse ebenso sehr disqualifizierten wie homogenisierten beziehungsweise zum substanziellen Volk ebenso sehr amorphisierten wie nivellierten bürgerlichen Gesellschaft deutscher Zunge und Kultur eine Art von organischer Gestalt beziehungsweise lebendiger Struktur zu vindizieren, hat die nationalsozialistische Bewegung demnach gar keine andere Wahl, als an das rassische Schema die soldatische Schablone anzulegen, das völkische Stereotyp in die militärische Matrix zu pressen, kurz, die rassisch homogenisierte beziehungsweise völkisch nivellierte bürgerliche Gesellschaft einer kriegsdisziplinarischen Rekonstruktion zu unterziehen, sie paramilitärisch zu reorganisieren. Dabei gereicht diese paramilitärische Reorganisation, die die nationalsozialistische Bewegung der disqualifizierten und demontierten bürgerlichen Gesellschaft nach dem Bilde und Exempel der im Interesse einer Wiederherstellung des bismarckschen Sozialpakts beziehungsweise Erneuerung des wilhelminischen Nationalverbunds sie als demokratische Handreicherin beziehungsweise parlamentarische Handführerin des Staates ausschaltenden und verdrängenden eingeborenen Kreatur des Staats, der zur Wehrmacht existenzialisierten Streitmacht, angedeihen zu lassen beansprucht, der von der Bewegung auratisch in Aussicht gestellten oder jedenfalls blendend an die Wand gemalten rassischen Nation oder Volksgemeinschaft, zu der die bürgerliche Gesellschaft in der wundersamen Konsequenz ihrer Disqualifizierung und Demontage mutiert, unter mehrfachem Aspekt zum Vorteil und erweist sich nämlich als gleichermaßen in systematisch-struktureller, praktisch-intentionaler und ideologisch-dispositioneller Hinsicht von Nutzen.

Systematisch-strukturell kompensiert sie das zur Schieflage geratende Ungleichgewicht, in dem die narzisstische Konzentration des Staats auf seine eingeboren-soldatische Kreatur, seine fetischistische Fixierung auf seinen militärischen Inkubus insofern resultiert, als sie die Vertragspartnerin, mit der der Staat den Sozialpakt ja eigentlich schließt, die Sozialformation, mit der er sich ja eigentlich per Nationalverbund verschwört, eben die bürgerliche Gesellschaft, um ihr historisches Gesicht und ihren empirischen Charakter bringt, sie als eigenständigen Organismus demontiert, als lebendiges Subjekt disqualifiziert, um sie im Sinne der obigen Steinbruch-Metapher auf eine Art von Organspender für jene eingeboren-soldatische Kreatur des Staates zu reduzieren, sie quasi zu einem Ersatzteillager für jenen den Staat okkupierenden militärischen Inkubus zu degradieren. Aus einem bloß passiv Nachschub für das militärische Bauwerk liefernden, es bloß rohstofflich supplementierenden Steinbruch avanciert die paramilitärisch reorganisierte bürgerliche Gesellschaft zu einem das Bauwerk fertigungstechnisch materialisierenden und ihm so aktiv Vorschub leistenden Zeughaus. Statt dem staatlichen Fetisch, der als Wehrmacht in Staat sich werfenden Streitmacht, bloß als Organspender alias Ersatzteillager willenlos zur Verfügung zu stehen, dient sich die kriegsdisziplinarisch rekonstruierte bürgerliche Gesellschaft vielmehr dem Staat als seinen Fetisch freiwillig inkubierende Brutstätte, als seine Wehrmacht aus eigenen Stücken generierende Gebärmutter an.

Und wie ihre paramilitärische Reorganisation die zur nationalen Rasse abstrahierte, zur Volksgemeinschaft amorphisierte bürgerliche Gesellschaft mit dem wehrmächtigen, in seinem soldatischen Reflexiv narzisstisch kompletten, in seiner militärischen Fixierung fetischistisch totalen Staat systematisch-strukturell ins Lot und in Einklang bringt, ihr anstelle ihres verlorenen historischen Gesichts und ihres verworfenen empirischen Charakters eine staatlichen Ansprüchen korrespondierende Gestalt und eine mit staatlichen Vorhaben kompatible Konstitution verleiht, so lässt diese ihre kriegsdisziplinarische Rekonstruktion die bürgerliche Gesellschaft auch und mehr noch praktisch-intentional dem staatlichen Sinnen und Trachten, der Staatsraison, wie man will, entgegen- oder nachkommen und schwört sie nämlich ein beziehungsweise richtet sie ab auf den der soldatischen Kreatur eingeschriebenen strategischen Zweck, den machtpolitischen Sinn und Nutzen, den der Staat mit dem ihm am

Herzen liegenden oder, besser gesagt, als sein Herz firmierenden militärischen Inkubus verknüpft. In dem Maße, wie es der nationalsozialistischen Bewegung gelingt, die bürgerliche Gesellschaft der rassischen Gesichts- und völkischen Charakterlosigkeit, in der sie sie erst einmal versinken lässt, gleich anschließend wieder zu entreißen und sie besagter paramilitärischer Reorganisation alias kriegsdisziplinarischer Rekonstruktion zu unterziehen, kann der von ihr zur soldatischen Fahne gerufene und in militärischen Harnisch gebrachte Staat auf dieses kriegsdisziplinarisch reklamierte und paramilitärisch rekrutierte Volk nicht bloß als auf ein sein Herzstück, die Wehrmacht, fundierendes und affirmierendes Passivum bauen, sondern mehr noch als auf ein diesem seinem Inkubus sekundierendes und ihn promovierendes Aktivum zählen und kann er mit anderen Worten die vormals bürgerliche Gesellschaft nicht nur als dem militärstrategischen Vorhaben und machtpolitischen Bestreben, das er mit seinem Inkubus verfolgt, nicht im Wege stehende und vielmehr Raum gebende Beiwohnerin und Mitläuferin systematisch-strukturell in Rechnung stellen, sondern darüber hinaus als diesem seinem Vorhaben Sukkurs gewährende und Vorschub leistende Teilhaberin und Mitstreiterin praktisch-intentional zum Tragen bringen.

Und zum Dritten und zu allem Überfluss erweist sich die paramilitärische Reorganisation der zur reinen Rasse abstrahierten beziehungsweise zur völkischen Gemeinschaft amorphisierten bürgerlichen Gesellschaft deutscher Zunge und Kultur auch noch unter ideologisch-dispositionellen Gesichtspunkten als von Nutzen. Mag die in der Logik und Konsequenz des Avancements der Streitmacht zur ebenso staatskreatürlich authentischen wie staatseigen alleinigen Repräsentantin des Sozialpakts und Verkörperung des Nationalverbunds gelegene Entbindung der bürgerlichen Gesellschaft von aller programmatisch-demokratischen Verantwortung und parteilich-parlamentarischen Mitwirkung und ihre nominale Demontage zu einem urtümlich-rassischen Agglomerat beziehungsweise ihre figurale Reduktion auf eine archaisch-völkische Masse zwar die chauvinistisch-reaktionären und romantisch-regressiven Gruppen des Bürgertums und im Zweifelsfall, im Falle ihrer zur panischen Verzweiflung sich auswachsenden chronischen Zweifel an der Republik, auch die nationalkonservativen und nationalliberalen bürgerlichen Kreise ansprechen und sich ihnen als ein Ausweg aus der ebenso Ressentiment erregenden wie Eigentum und Status gefährdenden republikanischen

Misere suggerieren, den sozialdemokratischen und liberalreformerischen Bevölkerungsteilen sagt diese mit ihrer politischen Suspendierung und Abdankung einhergehende nominale Demontage und figurale Reduktion der bürgerlichen Gesellschaft deshalb noch lange nicht zu!
Als bloß nominal nämlich erweist sich die als historischer Gesichtsverlust erscheinende rassische Demontage der bürgerlichen Gesellschaft insofern, als sie deren ökonomisch-reale Struktur, das mit ihr gesetzte und von ihr geschützte private Eigentum an den natürlichen Unterhaltsquellen und gesellschaftlichen Ressourcen nicht nur unangetastet lässt, sondern mehr noch unter dem Deckmantel ihres fundamentalistischen Demontierens reproduziert und reaffirmiert. Und als bloß figural stellt sich die als empirische Nivellierung inszenierte völkische Reduktion der bürgerlichen Gesellschaft in dem Sinne heraus, dass sie deren ständisch-soziale Ordnung, den in jener ökonomisch-realen Struktur fundierten und durch sie determinierten persönlichen Anspruch der Bürger auf Geltung und Macht, Status und Einfluss, nicht nur bestehen lässt, sondern vielmehr hinter der Camouflage ihres revisionistischen Nivellierens gutsagt und festschreibt.

Für die auf Eigentumserhalt und Statussicherung, auf Erhaltung ihrer materialen Basis und Sicherung ihrer sozialen Stellung, pochende bürgerliche Klasse sind dieser unter dem Rassenwahn versteckte, die Eigentumsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ihre ökonomische Struktur, reaffirmierende Realismus und dieser hinter dem Volksmythos kaschierte, die Standesunterschiede in der bürgerlichen Gesellschaft, ihre klassengesellschaftliche Ordnung, fortschreibende Traditionalismus die unverzichtbare Bedingung dafür, dass ihre nationalliberalen, chauvinistisch-reaktionären und romantisch-regressiven Kreise jenem von der nationalsozialistischen Bewegung propagierten Konzept einer rassentypisch demontierten, volksgemeinschaftlich nivellierten bürgerlichen Gesellschaft überhaupt ihre Zustimmung geben beziehungsweise Gefolgschaft leisten können. Für die sozialdemokratische und sozialistische Arbeiterschaft sowie für die liberalreformerischen Gruppen aus dem Bürgertum hingegen stellt dieser bloße Nominalismus der rassischen Demontage der bürgerlichen Gesellschaft, dieser bloße Figuralismus ihrer völkischen Reduktion einen jede Einlassung auf das nationalsozialistische Konzept, geschweige denn Befreundung mit ihm verhindernden Stolperstein dar. Schließlich sind für sie die Umwälzung beziehungsweise

Umgestaltung der wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse und die daraus folgende Revision beziehungsweise Neuordnung der gesellschaftlichen Machtverteilung grundlegendes Anliegen und maßgebendes Programm. Und von daher bildet ein der bürgerlichen Gesellschaft gemachter Demontage- und Reduktionsprozess à la nationalsozialistische Bewegung, dessen einziger Sinn und Zweck die Verdrängung und Ersetzung der demokratisch-parlamentarischen Einrichtungen, des zivilen Organismus, durch die Wehrmacht, das soldatisch-militärische Korps, in der Rolle der dem Staat gleichermaßen die Hand reichenden, zur Hand gehenden und die Hand führenden Repräsentanz und Verkörperung des Gemeinwesens ist - von daher bildet also dieser die bürgerliche Gesellschaft rassisch-völkisch heimsuchende Demontage- und Reduktionsprozess, der ökonomisch-real alles beim Alten belässt und insofern den Tatbestand bloßer Nominalität erfüllt beziehungsweise ständisch-sozial den Status quo unangetastet lässt und sich insofern in reiner Figuralität erschöpft, schwerlich ein für jene Gruppen attraktives und sie gar zum Mitmachen verlockendes Strategem.

Und genau hier kann nun aber die paramilitärische Reorganisation alias kriegsdisziplinarische Rekonstruktion der bürgerlichen Gesellschaft für Abhilfe sorgen und kann sie nämlich, indem sie bei allem wirtschaftlichen Realismus beziehungsweise Zynismus, dem ihre nationalsozialistischen Initiatoren huldigen, und bei allem gesellschaftlichen Traditionalismus beziehungsweise Autoritarismus, dem sie frönen, doch aber die bürgerliche Gesellschaft einer sie eindrücklich prägenden quasiegalitaristischen Kosmetik unterzieht und ihr ein sie nachdrücklich okkupierendes quasikommunalistisches Erscheinungsbild verpasst, sich als eine jenen linken Gruppierungen, die das nationalsozialistische Konzept einer zur Volksgemeinschaft mutierten bürgerlichen Gesellschaft als nominalistische Augenwischerei beziehungsweise als figuralistischen trompe-l'½il ablehnen oder befehden, gemachte Konzession und Versöhnungsofferte präsentieren und so denn, ideologisch-dispositionell zumindest, die Kluft zwischen jenen linken, auf eine tatsächliche ökonomische und soziale Umgestaltung beziehungsweise Neuordnung dringenden Gruppierungen der bürgerlichen Gesellschaft und deren rechten Formationen zu überbrücken, wo nicht zu schließen dienen, die jegliche Umgestaltung beziehungsweise Neuordnung nur als nominalistischen Vorwand und

figuralistische Camouflage für die Aufrechterhaltung beziehungsweise Befestigung der gegebenen wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse und bestehenden gesellschaftlichen Machtverteilung zu akzeptieren und mitzutragen bereit sind.
Als quasiegalitaristisch erscheint dabei die von der nationalsozialistischen Bewegung propagierte und nach der Machtergreifung betriebene paramilitärische Reorganisation in dem Maße, wie sie das in der Streitmacht herrschende Prinzip der Gleichheit unter soldatischer Disziplin auf die bürgerliche Gesellschaft überträgt und zur Erfindung und Begründung eigener, seiner Ausübung und Pflege gewidmeter Vereine und Verbände nutzt. Und als quasikommunalistisch inszeniert sie sich insofern, als sie in diesen der Ausübung und Pflege soldatischer Disziplin gewidmeten Vereinen und Verbänden dem Erlebnis der Gemeinschaftlichkeit in der militärischen Kasernierung Raum und Geltung verschafft. Freilich ist, genau besehen, solch kriegsdisziplinarische Rekonstruktion der rassisch nivellierten und völkisch amorphisierten bürgerlichen Gesellschaft weder ihrer lebenspraktischen Fassungskraft noch ihrer wesensspezifischen Beschaffenheit nach in der Lage, den programmatischen Ansprüchen jener linken Gruppierungen auf einen das Gemeinwesen als ganzes implizierenden egalitären Wandel und eine es im Kern involvierende kommunale Erneuerung ernstlich zu genügen.

Was die lebenspraktische Fassungskraft der als Simulacrum sozialistischer Egalität suggerierten paramilitärischen Gleichschaltung betrifft, so bleibt letztere doch allemal nur ein auf die rassische Maske beschränktes und diese vermeintlich attraktiv modellierendes, mitnichten aber das, was sich dahinter verbirgt, die bürgerliche Gesellschaft selbst, sie in ihrer ausbeuterisch-kapitalprozessualen Struktur, tangierendes oder gar alterierendes Unterfangen. Und was die wesensspezifische Beschaffenheit der als Konterfei solidarischer Kommunalität inszenierten kriegsdisziplinarischen Gemeinschaftsstiftung angeht, so erfüllt letztere doch allemal nur den Tatbestand eines um die völkische Persona kreisenden und sie vorgeblich ansprechend artikulierenden, keineswegs aber auf das, was diese zu kaschieren dient, auf die bürgerliche Gesellschaft als solche, auf sie in ihrer privateigentümlich-ständischen Ungleichheit, ausgreifenden und Anwendung findenden Vorhabens.

Tatsächlich gerät, solchermaßen borniert auf die ideologisch-dispositionelle Aufgabe, der rassisch reduzierten alias völkisch amorphisierten

bürgerlichen Gesellschaft auf dem Boden ihrer unangetasteten Ökonomie ein alternatives, sozialistische Egalität simulierendes politisches Erscheinungsbild zu verpassen beziehungsweise sie vor dem Hintergrund ihrer unveränderten Physiognomie mit anderen, solidarische Kommunalität prätendierenden Gesichtszügen zu versehen, jene paramilitärische Reorganisation alias kriegsdisziplinarische Rekonstruktion zu einem regelrecht vexierbildlichen Unterfangen und kreiert einen geradezu zerrspiegelartigen Effekt. Statt der simulierten sozialistischen Egalität, kollektiver Gleichrichtung, erzeugt sie einzig und allein militaristische Uniformität, die konspiratorische Mentalität privativer Gleichschaltung. Und statt der prätendierten solidarischen Kommunalität schafft sie nichts weiter als fraternalistische Tribalität, den nach Maßgabe des Zwanges, dem er entspringt, als Ungeist offenbaren Korpsgeist einer rekrutierten Bande.

Dass die in der paramilitärischen Umrüstung der bürgerlichen Gesellschaft erkennbare vexierbildliche Übernahme und zerrspiegelartige Nachbildung egalitärer Programmatik und kommunalitärer Projektion die damit verfolgte ideologisch-dispositionelle Absicht, den linken Gruppierungen, die solcher Programmatik und Projektion mehr oder minder dezidiert und ausdrücklich anhangen, das nationalsozialistische Konzept einer als Verstaatlichungsakt zu begreifenden politisch-militärischen Entmachtung und Amorphisierung der bürgerlichen Gesellschaft verdaulich werden zu lassen und gar schmackhaft zu machen, unter normalen Umständen, will heißen, unter Bedingungen eines als Gemeinwesen auch nur halbwegs ökonomisch leistungsfähigen und politisch funktionstüchtigen bürgerlichen Staatswesens, schwerlich verfangen und von Erfolg gekrönt sein kann, liegt demnach auf der Hand. Zu befremdlich und anstößig ist jenen linken Gruppierungen das die soziale Egalisierung nur als personale Uniformierung Wirklichkeit werden und den kommunalen Zusammenhalt bloß als tribales Fraternisieren Gestalt annehmen lassende nationalsozialistische Unterfangen, als dass sie, sofern die ökonomische Situation noch halbwegs erträglich und die politische Szene noch nicht außer Rand und Band ist und ihnen, mit anderen Worten, ökonomische Not und politisches Chaos noch nicht allen Durchblick rauben und massiv den Sinn verwirren, in solchem Unterfangen ihre Hoffnungen auf eine sozialistische Gesellschaft alias solidarische Gemeinschaft erfüllt finden könnten und nicht vielmehr verhöhnt und zur Unkenntlichkeit entstellt sehen müssten.

So sehr demnach die von der nationalsozialistischen Bewegung geplante paramilitärische Reorganisation beziehungsweise kriegsdisziplinarische Rekonstruktion als eine Rezeptur erscheinen mag, die systematisch-strukturell und praktisch-intentional ihrem Zweck entspricht und nämlich dazu taugt, die durch den monadologischen Sozialpakt, den der Staat mit seiner uno actu als Partner und Makler, Kontrahent und Agent des Pakts firmierenden eingeborenen militärischen Kreatur schließt, marginalisierte, um nicht zu sagen, exkommunizierte bürgerliche Gesellschaft in den Pakt zu reintegrieren und als wenn nicht konstitutiven, so jedenfalls doch konstruktiven Bestandteil des Pakts zu rehabilitieren, hinsichtlich der dritten, mit solch paramilitärischer Umrüstung verfolgten Absicht, der ideologisch-dispositionellen Zielsetzung nämlich, die bürgerliche Gesellschaft als ganze für den Umrüstungsprozess zu interessieren und zu gewinnen, will heißen, auch und vor allem ihre linken Gruppierungen, ihre sozialdemokratischen, liberalbürgerlichen und gar sozialistischen Kontingente am Umrüstungsprozess Gefallen finden und Anteil nehmen zu lassen - hinsichtlich dieser ideologisch-dispositionellen Zielsetzung ist der Erfolg entschieden zweifelhafter und in der Tat denkbar unwahrscheinlich. Allzu vexierbildlich uniformistisch und zerrspiegelhaft burschenschaftlich fällt dieser kriegsdisziplinarische Versuch aus, dem Verlangen jener linken Gruppierungen nach sozialistischer Gleichheit und solidarischem Zusammenhalt Genüge zu leisten, als dass letztere im Normalfall mehr darin sehen könnten als die Absicht, sie ideologisch für dumm zu verkaufen und dispositionell in die Pfanne zu hauen.

Und diese Unglaubwürdigkeit und fehlende Anziehungskraft der qua paramilitärische Umrüstung den linken Gruppierungen vorgespielten oder, besser gesagt, vorgespiegelten Quasisozialisierung beziehungsweise Pseudosolidarisierung des Gemeinwesens ist kein geringes Manko, da das linke Spektrum im Farbenbild der bürgerlichen Gesellschaft einen gewichtigen und, rein quantitativ gesehen, sogar dominierenden Bestandteil bildet und deshalb, was die politische Perspektive der nationalsozialistischen Bewegung, ihr Streben nach der Macht im Staate, angeht, ohne eine hinlängliche Zustimmung oder zumindest ausreichende Duldung von Seiten jener Gruppierungen an eine Realisierung dieser Perspektive, die nationalsozialistische Machtergreifung, gar nicht zu denken ist. Eben deshalb hat das nationalsozialistische Konzept einer polemisch pointierten, die politischen Parteien und zivilen Verbände der bürgerlichen

Gesellschaft verwerfenden romantischen Regression auf eine vielmehr als völkische Gemeinschaft gesetzte bürgerliche Gesellschaft, die, mit dem Staat unmittelbar sozialpaktiert, sprich, rein militärisch mit ihm vermittelt, sich auf der Basis ihrer unangetasteten ökonomischen Struktur und ihres unveränderten sozialen Status quo die Maske fundamentaler politischer Erneuerung aufsetzt beziehungsweise in die Persona einer radikalen institutionellen Umgestaltung hüllt - eben deshalb hat dies polemisch-aggressiv gewendete romantisch-regressive Konzept nur überhaupt Aussicht auf Erfolg, wenn es gelingt, jenen Gruppierungen die rassische Maske als ihren Vorstellungen von sozialistischer Egalisierung entgegenkommende Inszenierung anzudienen, ihnen die völkische Persona als ihrer Forderung nach solidarischer Kommunalisierung korrespondierende Artikulation zu verkaufen.

Dass sich die nationalsozialistische Bewegung dessen durchaus bewusst, sich darüber im Klaren ist, dass ihre politische Karriere, ihr Aufstieg zur nach Maßgabe der Militarisierung des Staates mit der Staatsmacht deckungsgleichen Macht im Staat mit solchem die linken Gruppierungen betreffenden und als sprichwörtlicher Bärendienst erkennbaren Verkaufserfolg steht und fällt, erhellt bereits aus dem Namen, den sie sich gibt und mit dem sie beansprucht, ihre eigene und eigentliche Absicht, ihre wahnhafter Realitätsverleugnung entspringende nationalistische Mission, nämlich die Schöpfung einer bürgerlichen Gesellschaft, die im bündisch-regressiven Sozialpakt bismarckscher Provenienz, dessen alleinige Repräsentanz und ausschließliche Verkörperung die Streitmacht bildet, ebenso sicher verwahrt wie strikt befangen ist, mit dem von ihr zwecks Proselytenmacherei simulierten, als sekundäres Motiv adoptierten sozialistischen Anliegen, nämlich der Schaffung einer bürgerlichen Gesellschaft zu verknüpfen, um nicht zu sagen zu verknoten, die im systematisch-genauen Gegenteil ihren Zusammenhalt und ihre Einheit weder in den den Sozialpakt demokratisch-parlamentarisch zu stiften und zu garantieren gedachten alten politischen Parteien und sozialen Verbänden noch auch in der ihn soldatisch-militärisch zu schmieden und zu forcieren ausersehenen staatskreatürlich-erneuerten Streitmacht findet, sondern vielmehr in der ihn überhaupt und als solchen erübrigenden, weil spontan selber darstellenden, in unvermittelt eigener Gestalt verkörpernden Assoziation ökonomisch egalitärer Artgenossen und klassenlos solidarischer Mitbürger Wirklichkeit werden lässt.

Und dieser von ihr als ideologisch-dispositionelle conditio sine qua non ihrer Machtergreifung erkannten und eigennamentlich anerkannten Berücksichtigung und Befriedigung der programmatisch-projektorischen Forderung der linken Gruppierungen nach sozialistischer Egalität und kommunaler Solidarität sucht nun also die nationalsozialistische Bewegung durch jene paramilitärische Reorganisation beziehungsweise kriegsdisziplinarische Rekonstruktion der bürgerlichen Gesellschaft Genüge zu leisten. So gewiss ihr freilich damit die soziale Egalisierung nur in der vexierbildlichen Form personaler Uniformierung zu simulieren und den kommunalen Zusammenhalt bloß in der Gestalt burschenschaftlichen Fraternisierens in Szene zu setzen gelingt, so gewiss ist ihre Aussicht auf Erfolg, die Aussicht, dass sie mit diesem ihrem Konzept einer völkisch-antidemokratischen Demontage und mobilisatorisch-paramilitärischen Umrüstung der bürgerlichen Gesellschaft die linken Gruppierungen ködern und zum Mitmachen oder auch nur zum Mitlaufen gewinnen kann, gering und tendiert im Normalfall, im Falle einer halbwegs erträglichen zivilgesellschaftlichen Alltäglichkeit und einigermaßen nachhaltigen friedenszeitlichen Auskömmlichkeit, gegen Null.

Und das gilt übrigens, was das politische Gesamtspektrum der Republik angeht, nicht nur für die Gruppen der sozialdemokratischen und liberalbürgerlichen Linken, sondern auch für die der nationalbürgerlichen und nationalkonservativen Rechten. Obwohl vom rassischen Beschwörungszauber alias völkischen Mummenschanz, weil der ja in der ökonomischen Hauptsache und im ständischen Prinzip alles beim alten und unangetastet lässt, weniger befremdet und abgestoßen als die linken Gruppierungen, die eben deshalb, weil alles beim alten belassen wird, Anstoß nehmen und sich widersetzen, und obwohl durchaus geneigt, solchen Beschwörungszauber und Mummenschanz als den politischen Preis und sozialen Tribut in Kauf zu nehmen, den eine Konsolidierung der republikanisch erschütterten Wirtschaftsstruktur und eine Stabilisierung der demokratisch zerrütteten Gesellschaftsordnung nun einmal erfordern - obwohl also im Unterschied zu den linken Gruppierungen zu solcher von der nationalsozialistischen Bewegung propagierten Schandtat einer die bürgerlichen Gesellschaft um ihr historisches Gesicht und ihren empirischen Charakter bringenden rassischen Maskerade und völkischen Personifikation durchaus bereit, tendieren doch im Normalfall auch die rechten Schichten eher dazu, sich gegen jene die rassische Maske gefällig

zu modellieren und die völkische Persona ansprechend zu artikulieren bestimmte paramilitärisch-kriegsdisziplinarische Zurichtung der Gesellschaft zu sperren und sich ihr zu zu verweigern - nicht, weil sie wie die linken Gruppierungen darin eine Verhöhnung und Verzerrung ihrer eigenen Vorstellungen von und Forderungen nach einer Umverteilung politischer Macht und Neuordnung sozialer Geltung sähen, sondern vielmehr im Gegenteil, weil ihnen der in solcher Zurichtung implizierte Eingriff in die bestehenden politischen Machtverhältnisse und Zugriff auf das gegebene soziale Geltungsgefüge, so sehr er auch die ökonomische Struktur in der Hauptsache unangetastet lassen und den ständischen Status quo im Prinzip respektieren mag, doch aber bereits zu weit geht und als ein für die Wohlstandssicherung und den Klassenerhalt zu zahlender sozialdienstlicher Preis beziehungsweise zu entrichtender lebensartlicher Tribut entschieden zu hoch erscheint.

Wenngleich sie bereits bald nach dem Krieg Einzug ins republikanische Panoptikum hält, bleibt die nationalsozialistische Bewegung selbst in den ökonomischen und politischen Turbulenzen der Anfangsjahre eine periphere Erscheinung und marginale politische Kraft. Das ändert sich mit der Weltwirtschaftskrise. Und entscheidend ändert es sich auch nur dank der Unterstützung, die das Kapital angesichts des Zangengriffs, in den rechtes und linkes Lager das Parlament nehmen, der nationalsozialistischen Partei als dem vermeintlich kleineren Übel zuteilwerden lässt, und des Vorschubs, den der Präsident der Republik dem nationalsozialistischen Streben nach der Macht leistet.

Kein Wunder, dass angesichts solcher Ablehnung, auf die es, wenn auch aus diametral gegensätzlichen Gründen, in beiden gesellschaftlichen Lagern stößt, das ebenso reaktionär-regressiv einschneidende wie revolutionär-aggressiv auftrumpfende, die bürgerliche Gesellschaft ebenso sehr archaistisch auszuschalten und als zivilen Organismus in der Versenkung verschwinden zu lassen wie militaristisch zu reanimieren und als servile Staatsprothese in Szene zu setzen bestimmte Sozialpakt-Konzept der nationalsozialistischen Bewegung in den Anfangsjahren der Republik eher ein peripheres Hirngespinst oder abwegiges Gedankenspiel und die Bewegung, die ihm frönt, im politischen Spektrum weitgehend irrelevant bleibt, über die Rolle und Bedeutung einer sektiererischen Randerscheinung, einer mehr oder minder außerparlamentarischen Splittergruppe, nicht hinausgelangt.

Und daran ändert sich auch nichts Wesentliches, als im Jahr der großen Inflation die besagte, von der jungen Republik unter den widrigen Bedingungen ökonomischer Bedrängnis und politischer Anfeindung ohnehin nur mit Mühe aufrechterhaltene Normalität einer halbwegs erträglichen zivilgesellschaftlichen Alltäglichkeit und einigermaßen nachhaltigen friedenszeitlichen Auskömmlichkeit erstmals ernstlich unter Druck gerät und die mit der haltlosen Geldentwertung heraufbeschworene Vernichtung besitzbürgerlichen Eigentums und Bedrohung lohnarbeiterschaftlichen Unterhalts die Gesellschaft klassenübergreifend in Mitleidenschaft zieht. Zwar resultiert die Geldentwertungsorgie des Jahres 1923 bei den wenige Monate nach ihrem Scheitelpunkt abgehaltenen Reichstagswahlen in einer merklichen Stärkung des nationalkonservativen und nationalreaktionären Lagers, von der auch die nationalsozialistische Splittergruppe insofern profitiert, als sie erstmals parlamentarisch Fuß fassen kann, aber erstens bleibt ihre parlamentarische Präsenz so überschaubar, dass sie sich fast schon übersehen lässt, und zweitens führt, wie die ein halbes Jahr später wiederholten Reichstagswahlen zeigen, die durch die Rentenmark initiierte und mit der Wiedereinführung der Reichsmark besiegelte finanz- und wirtschaftspolitische Erholung der Republik dazu, dass sie selbst in dieser ihrer bescheidenen parlamentarischen Präsenz sich schon wieder in Frage gestellt und auf den Weg in ihr altes Splittergruppendasein, sprich, in die politische Bedeutungslosigkeit geschickt findet. Als im Mai 1928, nach vier Jahren wirtschaftlicher Erholung, erneut gewählt wird, scheint die nationalsozialistische Bewegung mit ihren nicht einmal drei Prozent Stimmenanteil des krud Hirngespinstigen ihres rassisch verfremdeten Sozialpaktkonzepts beziehungsweise des abstoßend Abwegigen ihrer als völkischer Aufbruch inszenierten Bemühungen um eine klassenlose bürgerliche Gesellschaft deutscher Art alias bismarckscher Rezeptur endgültig überführt.

In diese aus Sicht der Republik und ihres Strebens nach Normalität und Kontinuität beziehungsweise nach gesellschaftlicher Akzeptanz und staatsbürgerlicher Loyalität erfreuliche Entwicklung aber fährt nun, wie oben vermerkt, der Blitz der Ende des Jahres 1929 mit voller Wucht ausbrechenden Weltwirtschaftskrise, die die in dem halben Jahrzehnt zuvor geschöpfte Zuversicht der deutschen Gesellschaft, sich aus der sei's reaktionär bornierten, sei's revolutionär agitierten Notlage der Nachkriegsjahre zu guter Letzt doch noch herausarbeiten zu können, als in

der Sackgasse des globalen ökonomischen Zusammenbruchs endenden Irrweg enthüllt, die mit anderen Worten ihr neu gewecktes Vertrauen auf eine konjunkturelle Erholung und wirtschaftliche Sanierung, die spreng- und schubkräftig genug ist, um sie aus dem ebenso konditional ihrer historischen Besonderung wie kausal ihrer empirischen Belastung geschuldeten Katzenjammertal jener Anfangsjahre herauszukatapultieren, als sie wenn schon nicht im Jammertal kurzerhand belassenden Blindgänger, so jedenfalls doch postwendend in es zurückbefördernden Rohrkrepierer erweist. Angesichts der qua ökonomischer Zusammenbruch sich aufdrängenden Vergeblichkeit und Sinnlosigkeit eines auf republikanischer Basis, sprich, unter demokratisch-parlamentarischen Bedingungen geführten gesellschaftlichen Lebens beziehungsweise gefristeten persönlichen Daseins und der Frustration und Existenzangst, die solches Scheitern und solcher Sinnverlust in Arbeiterschaft und Bürgertum gleichermaßen erzeugen, erhält nun die nationalsozialistische Bewegung unverhofft ihre zweite Chance. Bei den unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise abgehaltenen Wahlen zu Ende des Jahres 1930 erlebt die Nationalsozialistische Partei eine Art Wiederauferstehung und steigert ihren Stimmanteil von den nicht einmal drei auf nahezu zwanzig Prozent der Voten.

So eindrucksvoll beziehungsweise einschüchternd dieser parlamentarische Vormarsch des Nationalsozialismus aber auch sein und so sehr er die Bewegung, zumal im Verein mit den außerparlamentarischen Demonstrationen, paramilitärischen Aufmärschen und demagogischen Agitationen, mit denen sie die bürgerliche Öffentlichkeit traktiert und terrorisiert, als eine ante portas der Republik stehende Macht und drohende Gewalt erscheinen lassen mag, intra muros des wenn nicht über das Schicksal der Republik entscheidenden, so doch aber für ihre Beschaffenheit maßgebenden und insofern über ihre Existenz wachenden Parlaments verfügt die Partei damit doch nur erst über knapp ein Fünftel der Sitze und hat deshalb, solange die übrigen Gewalten im Staatswesen, Regierung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit, letzteres in seiner die Existenz der Republik als solcher sichernden legislativen Maßgabefunktion alias konstitutiven Bestandssicherungsaufgabe respektieren und gewähren lassen, schwerlich Aussicht darauf, die von ihr als kurzer Prozess zur Liquidation der Republik avisierte Machtergreifung in die Tat umzusetzen. Genau um diese Kautel, den Respekt der anderen Staatsgewalten vor dem

parlamentarischen System und ihre Bereitschaft, es frei zur Entfaltung kommen und gewähren zu lassen, betreffend, steht es freilich schlecht.
Intra muros des von der bürgerlichen Gesellschaft als konstitutives Grundelement, legislatives Lenkungsinstrument und restriktives Kontrollorgan, das ihre Interessen und Intentionen gegenüber dem Staat repräsentieren und in ihm zur Geltung bringen soll, etablierten Parlaments, des Reichstags, lassen nämlich die unter dem Eindruck der sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise stehenden und von bürgerlicher Existenzangst und arbeiterschaftlicher Frustration geprägten Wahlen anfangs der dreißiger Jahre nicht nur die rechtsradikale, die Beseitigung der Republik pro domo eines militaristisch autoritären Staates betreibende nationalsozialistische Bewegung, sondern auch, wenngleich in bescheidenerem Maße und weniger dynamisch, die linksradikale, für die Abschaffung der Republik pro bono einer sozialistisch egalitären Gesellschaft eintretende kommunistische Partei erstarken und an ihrer Abgeordnetenzahl entspringendem parlamentarischem Gewicht alias politischem Einfluss gewinnen. Bei den Wahlen Ende des Jahres 1932 stellen die beiden radikalen Flügel bereits mehr als die Hälfte der Reichstagsabgeordneten und bilden mithin eine die parlamentarische Arbeit lähmende beziehungsweise zu strangulieren fähige Sperrmajorität.

Diese durch die Weltwirtschaftskrise und ihr chronisches Fortwirken heraufbeschworene Entwicklung einer progressiven Unterwanderung des parlamentarischen Systems ruft das Kapital, den industriellen und agrikulturellen Mehrwertschöpfungs- alias lohnarbeiterschaftlich-klassengesellschaftlichen Ausbeutungsmechanismus der bürgerlichen Klasse, auf den Plan. Angewiesen auf und gebunden an die staatliche Verfassung und Ordnung, gutgesagt und aufrechterhalten mit anderen Worten durch einen Staat, der die Ausbeutung durch Lohnarbeit als normales bürgerliches Vertragsverhältnis legitimiert und so die Klassengesellschaft als Gemeinwesen repräsentiert, das gespaltene soziale Corpus als gegliederten nationalen Organismus sanktioniert, erfährt der kapitale Mechanismus solche zangenförmige Lähmung beziehungsweise Strangulation des parlamentarischen Systems als akute Bedrohung seiner Funktionsfähigkeit und Geschäftstätigkeit.

Dabei unterliegt freilich der Bedrohungsgrad, den das Kapital den beiden extremistischen Flügeln alias parlamentarischen Zangen jeweils beimisst, einer entscheidenden Gewichtung. Wie oben expliziert, ist der

auf eine Beseitigung der Republik gezielte militaristische Zugriff auf den Staat, den der rechtsradikale Flügel plant, verträglich und in der Tat im Einklang mit der Beibehaltung der ökonomischen Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft und der Fortsetzung ihres diese Grundstruktur ebenso sehr reaffirmierenden wie aus ihr resultierenden ständischen Status quo. Hingegen ist der auf eine Abschaffung der Republik gerichtete sozialistische Angriff gegen den Staat, den der linksradikale Flügel projektiert, unvereinbar mit eben jener ökonomischen Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft und steht tatsächlich in eklatantem Widerspruch zu ihrer Aufrechterhaltung und der Fortsetzung der uno actu von ihr getragenen und sie bekräftigenden klassengesellschaftlichen Verhältnisse.

Dies in Betracht gezogen, hält die sponsoristische Partei- beziehungsweise lobbyistische Einflussnahme, zu der sich das Kapital in Gestalt seiner bourgeoisen Funktionäre und Agenten entschließt, nicht schwer zu verstehen, hält mit anderen Worten nicht schwer einzusehen, warum die ökonomische Macht, die sich zwecks Erhaltung und Stabilisierung des parlamentarischen Systems als über das Sein oder Nichtsein des republikanischen Staates entscheidenden Grundelements politisch engagiert, ihr Engagement eindeutig fokussiert und nämlich in den Dienst einer sponsoristischen Begünstigung beziehungsweise lobbyistischen Förderung des rechtsradikalen Schenkels der parlamentarischen Zange, des nationalsozialistischen Flügels, stellt.

Strategisches Ziel oder - angesichts seines perspektivlos-zynischen Beweggrunds besser gesagt - taktisches Kalkül des politischen Einsatzes der ökonomischen Macht ist es, den ihr weniger bedrohlichen, weil, ungeachtet aller Umrüstungsansprüche und Neuformierungsforderungen, mit denen er ihr politisches Zuhause und ihr soziales Milieu konfrontiert, ihr als solcher durchaus nicht das Existenzrecht bestreitenden und im Gegenteil Bestand und Kontinuität zu sichern bereiten nationalsozialistischen Flügel so weit zu stärken und an Virulenz gewinnen zu lassen, dass er sein Gegenüber, den von ihr anathematisierten kommunistischen Flügel, auszustechen und zu neutralisieren vermag und so den extremistischen Zangengriff, der das parlamentarische System lähmt und in den Erstickungstod treibt, zu lockern und am Ende zu lösen dienen kann. Dies taktische Kalkül der Funktionäre und Agenten des Kapitals,

den die bürgerliche Gesellschaft ökonomisch zu entwurzeln bestrebten sozialistischen Satan mit dem sie politisch zu verschneiden bereiten nationalsozialistischen Beelzebub auszutreiben und so das parlamentarische System vor der ihm drohenden Paralyse beziehungsweise dem es ereilenden Kollaps zu bewahren, zeigt durchaus Wirkung. Auch wenn aus den beiden Wahlen des Jahres 1932 beide extremistischen Flügel mit Stimmengewinnen hervorgehen, übertrifft doch aber der über die Zahl der Mandate entscheidende Stimmenanteil, den die nationalsozialistische Partei erringt, den von der kommunistischen Partei erzielten um mehr als das Doppelte.

Kernpunkt jenes taktischen Kalküls ist die Überzeugung oder jedenfalls Mutmaßung des Kapitals, den Beelzebub, den die bürgerliche Gesellschaft politisch umzurüsten bereiten Nationalsozialismus, leichter im Zaum halten und besser lenken zu können als den sie ökonomisch umzuwälzen bestrebten Satan, den Kommunismus. Diese Mutmaßung freilich erweist sich als Misskalkulation. Das Kapital nämlich hat die Rechnung ohne den Staat in persona, den als Wirt oder nomineller Geschäftsführer des bürgerlichen Etablissements, des Gemeinwesens, figurierenden und im republikanischen Kontext den geschassten Monarchen, wie man will, substituierenden oder simulierenden Präsidenten der Republik gemacht. Ihm, dem die Republik eigentlich nur zu personifizieren, das Gemeinwesen als lebendigen Organismus zu repräsentieren ausersehenen Staatsoberhaupt, fällt angesichts der drohenden Lähmung oder gar Strangulation des Parlaments eine aktive politische Rolle zu, die er auf Anraten und Betreiben des um die Republik oder vielmehr um seine Machtstellung in ihr besorgten nationalkonservativen Lagers auch eilfertig übernimmt. Weil das Parlament durch den Zangengriff der rechts- und linksradikalen Flügel sich generell um seine Entscheidungsfähigkeit und speziell um die Möglichkeit gebracht findet, eine handlungsfähige, weil von der Mehrheit der Abgeordneten getragene Regierung zu bilden, nimmt sich der Präsident der Republik die ihm in der Verfassung qua Notverordnungsrecht eingeräumte Freiheit, Präsidialkabinette zu bilden, will heißen, nicht auf parlamentarische Majoritäten angewiesene und also koalitionsunabhängige Kanzler zu berufen und Regierungen einzusetzen.

Im Blick auf dies in der Konsequenz der parlamentarischen Paralyse vom Reichspräsidenten wahrgenommene Notverordnungsrecht erweist sich die Mitte der zwanziger Jahre abgehaltene Präsidentenwahl, bei

der die nationalkonservativen und chauvinistisch-reaktionären Parteien, mithin das in seltener Einigkeit gesammelte rechte Lager, anstelle des verstorbenen sozialdemokratischen Präsidenten eine Galionsfigur des Weltkrieges, einen in breiten Bevölkerungskreisen wegen seiner militärischen Erfolge nach wie vor populären beziehungsweise Ansehen genießenden ehemaligen General und Heeresleiter, ins Amt hieven, als äußerst folgenschwer. Die Bekleidung des Präsidentenamtes mit einem ebenso nationalkonservativ gesinnten wie monarchistisch geprägten Exmilitär, der als Oberbefehlshaber der Streitkräfte firmiert, verschafft und sichert der Führung der letzteren, der Generalität der nach Abrüstung und Auflösung der kaiserlichen Streitmacht aus deren Resten als Berufsheer und Kadertruppe formierten Reichswehr, die Möglichkeit zur direkten Einflussnahme auf und gezielten Einmischung in die republikanische Politik, den Machtpoker um parlamentarische Entscheidungen und Regierungsgewalt. Bislang unter der Vortäuschung politischer Neutralität als quasipolizeiliches Instrument vorwiegend dazu genutzt, Protest, Widerstand und Aufruhr von links zu unterdrücken und niederzuknüppeln, avanciert die Reichswehr in Gestalt ihrer Führung wenn nicht zu einem Mitspieler auf der politischen Bühne, so zumindest doch zu einem Drahtzieher hinter ihren Kulissen.

Und dieses durch das Präsidentenamt und dessen notverordnungsrechtliche Ermächtigung vermittelte Avancement des militärischen Managements zu einem offen politischen Machtfaktor verleiht nun aber der nationalsozialistischen Bewegung unverhofft neuen Schwung und stärkere Durchsetzungskraft. Anders als die Funktionäre und Agenten des industriellen und agrikulturellen Kapitals gewahrt nämlich die Führung der Reichswehr in der nationalsozialistischen Partei nicht nur einen dem Kommunismus Paroli zu bieten beziehungsweise den Schneid abzukaufen geeigneten nützlichen Idioten, keine bloße gegen den Erzfeind auf der Linken in Stellung zu bringende Schachfigur, sondern durchaus einen ernst und für voll zu nehmenden Gesinnungs- und Bundesgenossen, einen hinsichtlich seiner eigenen politischen Ambitionen und strategischen Projektionen ehrlicher Förderung und wirklicher Unterstützung würdigen Mitstreiter und Waffenbruder. Wie sollte wohl das Sozialpaktkonzept der nationalsozialistischen Bewegung, ihr in einer Paramilitarisierung der bürgerlichen Gesellschaft kulminierendes Bauen auf die Streitmacht als letztere vor dem Staat exklusiv zur Geltung

bringende Repräsentanz und als seine eingeborene Kreatur, sein sichselbstgleiches Ebenbild, zu ihm aufhebende und ihm anverwandelnde Körperschaft, verfehlen, die militärische Führung der als Konkursmasse der kaiserlichen Streitkräfte in deren staatsloyalistischer Tradition verharrenden, sprich, sich gegen jede bürgerlich-zivile Relativierung und demokratisch-parlamentarische Novellierung verwahrenden, kurz, von Grund auf reaktionären Reichswehr anzusprechen und ihr ebenso sehr als Lösung für die Nöte und Gebrechen des von ihr als schieres Unwesen wahrgenommenen republikanischen Gemeinwesens einzuleuchten wie als konstruktiver Beitrag zur Neubegründung eines Gemeinwesens, das nach vaterländischem Herkommen und Brauch wesentlich und primär Staatswesen ist, zuzusagen?

Anders als die Funktionäre und Agenten des Kapitals pflegen die Offiziere und Lobbyisten des Militärs zur Nationalsozialistischen Partei keine zynische, sie als politisches Werkzeug betrachtende Beziehung, sondern unterhalten zu ihr ein solidarisches, sie als politischen Weggenossen gewahrendes Verhältnis, und deshalb erweist sich der politische Aufstieg, den in der von Präsidialkabinetten beherrschten Endphase der Republik das Militär dank präsidialer Protektion erlebt, die Übernahme der Regierungsgewalt, zu der ihm beziehungsweise seinen zivilen Chargen das die Lähmung des Parlaments kompensierende präsidiale Regime verhilft, als Türöffner für die nationalsozialistische Machtergreifung beziehungsweise Vorspiel zu ihr. Als Anfang des Jahres 1933 der Führer der Nationalsozialistischen Bewegung nach dem Scheitern zweier militärisch dominierter Minderheitenregierungen als Repräsentant der mittlerweile stärksten Partei im Parlament endlich an der Reihe ist und vom Präsidenten zum Kanzler ernannt und mit der Bildung eines rechten Koalitionskabinetts beauftragt wird, nutzt er die Gunst der Stunde, setzt unverzüglich Neuwahlen an, die unter dem bürokratischen, propagandistischen und terroristischen Druck stattfinden, den er mittels seiner neuerrungenen regierungsamtlichen Macht, seines mit ebenso viel psychologischer List und Tücke wie technischer Kompetenz und Finesse über Jahre hinweg entwickelten medialen Einflusses, und der aggressiv-öffentlichen Präsenz parteieigener Kampf- und Stoßtrupps zu erzeugen versteht, und lässt den nach Maßgabe dieses omnipräsenten Drucks nicht nur in einer weiteren Stärkung der nationalsozialistischen Fraktion resultierenden, sondern auch und vor allem mit einem Gros von eingeschüchterten und fügsamen

Abgeordneten anderer Couleur aufwartenden neuen Reichstag ein ihn mit diktatorischen Vollmachten ausstattendes und damit das Ende der Republik besiegelndes Ermächtigungsgesetz beschließen.

Auf der Grundlage dieses seiner Liquidation der Republik ein Mäntelchen von Legalität umhängenden Ermächtigungsgesetzes macht das nationalsozialistische Regime kurzen Prozess mit den politischen Institutionen und zivilen Organisationen der Republik: Es löst die politischen Konkurrenten der nationalsozialistischen Partei, die anderen Parteien, auf und bietet deren freigesetzten Mitgliedern, sofern diese Anspruch auf staatliche Karrieren und öffentliche Ämter erheben, Aufnahme und Platz in einer Einheitspartei, die die Wahlen zum Reichstag fortan in ein nationalsozialistisches Schaulaufen und letzteren ökonomisch in eine Pfründenanstalt für verdiente Parteigenossen und politisch in ein Akklamationsinstitut für die Entscheidungen und Direktiven der Parteiführung verwandelt. Es zerschlägt Gewerkschaften, Berufsverbände, zivile Hilfsorganisationen und subsidiäre Einrichtungen und ersetzt sie durch dem Staatskorpus integrierte Organe beziehungsweise unterwirft sie als Institutionen bürgerlichen Rechts einer ebenso strikten wie direkten staatlichen Kontrolle. Und schließlich unterzieht das Regime den Verwaltungsapparat und das Rechtssystem einem ebenso umfassenden wie durchgreifenden personalen Entlassungs- und Neueinstellungsprozess, dessen zur Säuberungsaktion deklariertes Ziel es ist, Staat und Justiz von allen mit der nationalsozialistischen Diktatur unvereinbaren beziehungsweise ihm widerstreitenden demokratischen und jüdischen Elementen der bürgerlichen Gesellschaft zu befreien, will heißen, alle der Republik verhafteten beziehungsweise von ihr geprägten sozialdemokratischen und liberalbürgerlichen Gruppen aus dem Staatsapparat und dem Justizsystem zu entfernen und auf diese Weise letztere zu der Diktatur eng korrespondierenden und ihr zuverlässig zuarbeitenden Funktionszusammenhängen zu homogenisieren und zu transformieren.

In der vom nationalsozialistischen Regime betriebenen politischen Säuberungs- beziehungsweise völkischen Gleichschaltungsaktion kommt dem Antisemitismus eine besondere Bedeutung zu. Sie erklärt sich das den Rollen, die in der jüngeren deutschen Geschichte der Antisemitismus spielt - zuerst als antikapitalistischer Blitzableiter für die unteren Schichten, dann als funktionalistisches Disziplinierungsinstrument zur Sicherung staatsbürgerlichen Wohlverhaltens und schließlich als Siegel substanzialistisch-volksgemeinschaftlicher Verwahrung gegen republikanisch-liberalistische Verwahrlosung.

Dass von dieser Säuberungsaktion neben den republikanischen Feinden beziehungsweise Sündenböcken der nationalsozialistischen Bewegung beziehungsweise zusammen mit ihnen auch die Staatsbürger jüdischer Konfession oder auch nur genealogischer Herkunft aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft betroffen sind und ereilt werden, könnte auf den ersten Blick überraschen und so kontingent anmuten wie der Einschluss des römischen Statthalters Pontius Pilatus ins christliche Kredo. Der gute oder vielmehr böse Sinn dieser verfolgungspraktischen Konjunktion erschließt sich erst im Rekurs auf die exemplarische Bedeutung und didaktische Funktion, die im Laufe des von ökonomischen Krisen und sozialen Konflikten gebeutelten neunzehnten Jahrhunderts den Juden beigemessen und zugewiesen wird. In umfunktionierender Fortschreibung eines Jahrhunderte alten, dem ebenso konfliktscheuen wie ohnmächtigen Hass der geknechteten Untertanen auf ihre Unterdrückung und Ausplünderung durch die feudale Herrschaft ein Abreaktionsventil bietenden Antisemitismus müssen dort die Juden bei den proletarischen und kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten als zumeist verbaler, gelegentlich aber auch leibhaftiger Prügelknabe dafür herhalten, dass der industrielle und agrikulturelle Kapitalismus, die Ausbeutung durch das Lohnarbeitssystem der Bourgeoisie, der als Funktionäre und Agenten des Kapitals agierenden Teile der bürgerlichen Klasse, ihnen das Leben schwer macht und sie zunehmend an den Rand ökonomischer Not und sozialen Elends bringt.

Als solche dem antikapitalistischen Ressentiment der unteren Schichten zupass kommende Sündenböcke taugen die Juden, weil sie als bis dahin nach Maßgabe ihrer religiösen Diskriminierung bürgerrechtlich reprimierte Bevölkerungsgruppe im Zuge der Säkularisierung und Aufklärung, die das Kapital zwecks Beseitigung seiner Entfaltung entgegenstehender feudaler und klerikaler Schranken und Privilegien um die

Wende vom achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert ins Werk setzt, in den Genuss einer unverhofften politischen Emanzipation und sozialen Rehabilitation gelangen, die, der für gesellschaftliche Minderheiten generell typischen Tendenz entsprechend, bei sich bietender Gelegenheit Behinderungen mit Erfindungsgabe zu begegnen und Benachteiligungen durch Leistungskraft zu kompensieren, ihre führenden Schichten zu einer raschen ökonomischen und sozialen Karriere, sprich, zum effektiven Aufbau eines bürgerlichen Besitzstands und einem demgemäß objektiven Aufstieg in die bourgeoisen Reihen nutzen. Und diese homines novi in den Reihen der Bourgeoisie, diese bürgerlichen Emporkömmlinge bieten sich nun also den durch das ökonomische System der bürgerlichen Gesellschaft ausgebeuteten und in Not und Elend gestürzten proletarischen und kleinbürgerlichen Gesellschaftsschichten an, um an ihnen das Ressentiment festzumachen und gegen sie die Verfolgungswut zu richten, die ihre ökonomische Ausbeutung und ihre soziale Verelendung in ihnen erwecken.

Dabei ist es zwangsläufige Konsequenz der Tatsache, dass sie aus Ohnmacht beziehungsweise Konfliktscheu den Sack schlagen, statt dem Esel zu Leibe zu rücken, liegt es mit anderen Worten in der Logik des Verschiebungsmechanismus alias projektiven Charakters ihres Ressentiments, dass sich dieses gegen die Juden insgesamt richtet, sich nicht vordringlich, geschweige denn allein, auf jene arrivierten, in die bourgeoisen Reihen aufsteigenden jüdischen Kontingente, sondern auf die gesamte, jüdischer Religion und Kultur sei's soziologisch verhafteter, sei's auch nur genealogisch verbundener Bevölkerungsgruppe erstreckt. Nur mit solch antisemitischer Pauschalisierung des Ressentiments ist ja gewährleistet, dass die Verschiebungsleistung gelingt und der von seinem eigentlichen Gegenstand abzulenkende und per Alibi abzureagierende antikapitalistische Affekt definitiv in die Irre geführt wird.

Beschränkte sich der Affekt nur auf diese Schicht von soziologisch-konfessionell oder auch nur genealogisch-traditionell der jüdischen Bevölkerungsgruppe zurechenbaren Arrivierten, deren auszeichnendes Merkmal als ökonomisch erfolgreiche und sozialen Status beanspruchende Mitbürger verhielte sie doch allemal in ebenso systematisch verfänglicher wie empirisch eindrücklicher Nähe zum generell bourgeoisen Gros der Funktionäre und Agenten des als kapitale Ausbeutungsapparatur

firmierenden industriellen und agrikulturellen Produktionsmechanismus, erwiese sich deshalb als auf jenes Gros permanent hindeutender Indikator beziehungsweise insolent zu ihm hinführende Eselsbrücke und konterkarierte so die ihnen, den jüdischen Arrivierten, zugedachte Rolle, das das Gros vergessen machende Detail zu bilden oder, um die mit der Eselsbrücke evozierte vorherige Metapher zu bemühen, den dem Esel die Prügel ersparenden Sack abzugeben. Nur sofern es gelingt, den als Ressentiment und Verfolgungswut auf die arrivierten Juden verschobenen Affekt von deren ökonomischem und sozialem Arriviertsein abzukoppeln und ihrem soziologisch-konfessionellen beziehungsweise genealogisch-traditionellen Jüdischsein anzuhängen, ist sichergestellt, dass die Verschiebung ihren strategischen Zweck der klassengesellschaftsinternen Konfrontationsverhütung und Konfliktvermeidung erfüllt und nicht am Ende zu einer ßelffulfilling prophecy", einem eben das, was er zu bannen sucht, durch den Bannversuch herbeiführenden Bumerang gerät.

So weit verbreitet und in den proletarischen und kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten, die der von staatlichem Laissez-faire liberalistisch entfesselte industrielle und agrikulturelle Kapitalismus des neunzehnten Jahrhunderts in Not und Elend stürzt, allgegenwärtig dieser der Affektverschiebung dienende Antisemitismus aber auch sein mag, eine besondere und katastrophal zukunftsweisende Artikulation und Zuspitzung erhält er in dem aus dem Dornröschenschlaf mitteleuropäischer Kleinstaaterei erwachenden und sich als Einheitsstaat installierenden, sprich, sich als bürokratisch homogenes Hoheitsgebiet und als militärisch autonome Territorialmacht etablierenden Deutschen Reich. Angesichts der ökonomischen Rückständigkeit und des sozialen Hinterwäldlertums seiner Populationen findet sich der neu etablierte Einheitsstaat des Deutschen Reichs veranlasst, sich ökonomisch und sozial zu engagieren und mit dem Ziel des ökonomischen Aufschließens zu den industriegesellschaftlich avancierten Nachbarstaaten und sozialen Gleichziehens mit ihnen bei der hierfür erforderlichen Durchsetzung kapitalistischer Reproduktionsverhältnisse, Herstellung egalitaristischer Lebensbedingungen und Einübung rationalistischer Verhaltensweisen eine organisatorische Führungsrolle zu übernehmen und sich eine dispositorische Weisungsgewalt anzumaßen. Statt ökonomisch dem Laissez-faire zu huldigen und sozial dem Klassenkampf freien Lauf zu lassen, also jenem liberalistischen Wildwuchs Vorschub zu leisten, dem die Nachbarn ihre Entfaltung zu

kapitalistisch-fortgeschrittenen Industrie- und Agrikulturgesellschaften schulden, greift der deutsche Staat mittels strategisch-initiativer Programme und bürokratisch-effektiver Maßnahmen ein, um die bürgerliche Gesellschaft eben jene andernorts liberalistisch-wildwüchsig betriebene ökonomische Entfaltung und soziale Umgestaltung in nach Maßgabe der staatlichen Vorgabe und behördlichen Anleitung geordneter und gezielter und dementsprechend geraffter und abgekürzter Form absolvieren zu lassen.

Mit dieser seiner Lenkung und Zähmung des liberalistischen Wildwuchses durch dessen autokratische Hege und bürokratische Pflege setzt sich freilich der Staat, da es sich bei ersterem um den geschichtlich bewährten modus procedendi der kapitalistischen Entwicklung, also um deren quasi natürliche Verlaufsform handelt, in offenkundigen Widerspruch zu und gerät gar in offenen Konflikt mit den Erwartungen und Ansprüchen der bürgerlichen Funktionäre und Agenten des Kapitals, die eben jenem Liberalismus frönen, auf eben jenen aller staatlich-heteronomen Planung und Lenkung abgeneigten und rein nur der Eigendynamik der Marktgesetze verpflichteten Kapitalismus setzen. Und genau hier bringt nun der Staat höchstselbst, bringt die den Staatsapparat personell bemannende und offiziell bestückende Ministerialität und Bürokratie den besagten, von den proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten der Gesellschaft, den ökonomischen Opfern und sozialen Verlierern der kapitalistischen Entwicklung, als Übertragungs- alias Verschiebungsmechanismus gebrauchten Antisemitismus ins Spiel, um ihn als den bürgerlichen Funktionären und Agenten des Kapitals vorgehaltene Zuchtrute beziehungsweise angelegte Daumenschraube zu nutzen und den dadurch Eingeschüchterten und zur Räson Gebrachten ihren liberalistischen Eigensinn und ihre von Rücksichten auf staatliche Interessen und gemeinwesentliche Erfordernisse unbeschwerte Eigensucht auszutreiben, sie stattdessen zu bewegen beziehungsweise zu nötigen, sich der ordnungspolitischen Kontrolle und wirtschaftsstrategischen Lenkung, die der Staat ihrem arbeitgeberischen Tun und unternehmerischen Treiben angedeihen lässt, zu fügen.

Indem er sich den als Ersatzhandlung irreführenden Antisemitismus, der in der von kapitalistischer Ausbeutung und Bedrückung heimgesuchten Bevölkerung grassiert, zu eigen macht und ihn instrumentalisiert, um ihn seinen ökonomischen Kompagnons oder Komplizen, den bourgeoisen

Funktionären und Agenten des Kapitals, als ostentative Mahnung beziehungsweise gezielte Warnung vor Augen zu führen und zu Bewusstsein zu bringen, bedroht sie der Staat stillschweigend mit der Option, die per Antisemitismus vollzogene Verschiebung des antikapitalistischen Affekts und Unwillens auf die Juden zu hinterfragen und gar rückgängig zu machen und sie, die bürgerlichen Funktionäre und Agenten des Kapitals, als die eigentlichen Adressaten des Affekts und Unwillens der Bevölkerung ins Blickfeld zu rücken und bloßzustellen, womit er sie unter unausgesprochener Androhung ihrer gesellschaftlichen Anschwärzung, wo nicht gar Ächtung, also erpresserischerweise, motiviert, ihren liberalistischen Eigensinn und ihre privatistische Eigensucht wenn nicht abzulegen und aufzugeben, so zumindest doch zu zügeln und hintanzustellen und sich der ihnen angesonnenen ordnungspolitischen Bevormundung und wirtschaftsstrategischen Leitung durch den Staat zu unterwerfen.

Mit der staatlichen Instrumentalisierung des Antisemitismus, seiner Funktionalisierung, die die Räson des in Wahrnehmung seiner ordnungspolitischen Kontrolle und wirtschaftsstrategischen Lenkung auf bürgerliche Disziplin und Folgsamkeit dringenden Deutschen Reichs ins Spiel bringt, hat es indes nicht sein Bewenden. In dem Maße, wie die Bemühungen des als ein eigener Typus von bürgerlicher Gesellschaft sich etablierenden Deutschen Reichs um Anschluss an das kapitalistisch-industrielle Avancement der Nachbarn und Aufschluss zum Stand ihrer imperialistisch-kommerziellen Entwicklung Früchte trägt und es sich zu einem in der ökonomischen Aufholjagd und Anpassung an deren soziale Erfordernisse und Desiderate seine wesentliche Bestimmung findenden, in Hommage an einen seiner wesentlichen Erfinder und Gestalter als bismarcksches Gemeinwesen zu bezeichnenden und unter staatlicher Regie bündisch-klassenübergreifenden Sozialpakt zusammenfindet - in dem Maße, wie das geschieht, substanzialisiert sich der von der Staatsräson lancierte funktionalistische Antisemitismus und wandelt sich nämlich der von Staats wegen zum Popanz erklärte Jude vom Bürgerschreck zum Volksfeind.

In nur scheinbarer Wiederaufnahme seiner ursprünglichen, von einem ebenso fehlleistungshaften wie breiten gesellschaftlichen Ressentiment generierten Stoßrichtung und Adressierung totalisiert sich der Antisemitismus, gleichermaßen autorisiert und normalisiert durch seine staatliche Funktionalisierung, durch den Einsatz, zu dem der Staat ihn bringt, und

den Gebrauch, den er von ihm macht, zu einer weltanschaulichen Deklaration, um nicht zu sagen einer katechetischen Konfession, die den Juden die Bürde aufhalst, sie für die kruzifikatorische Aufgabe rekrutiert, die Grenze zwischen gemeinschaftlichem Einschluss und gesellschaftlichem Ausschluss zu definieren, mit anderen Worten, in eigener Person und leibhaftiger Gestalt den Ort zu markieren, an dem sich der kriegsbedingt die bürgerliche Klassengesellschaft zur klassenlos bündischen Volks- und Schicksalsgemeinschaft aufhebende deutsche Sozialpakt in seiner Geltung bestritten und in seiner Verbindlichkeit ausgesetzt findet und stattdessen der mit Vaterlandslosigkeit synonyme liberalistische Eigensinn beziehungsweise die zu asozialer Perfidie disponierende privatistische Eigensucht, die der deutsche Sozialpakt zum Anathema erklärt und gegen die er sich kategorisch verwahrt, Raum greift und fröhliche Urständ feiert.

Solche Substanzialisierung des Antisemitismus, die den Juden als Antipoden und Widersacher alles Deutschtums in Anspruch nimmt, ihn damit ebenso ironischer- wie paradoxerweise als den wie sehr auch un- oder widerwilligen Garanten, den quasi ex negativo wirksamen Gralshüter des die deutsche Nation in volksgemeinschaftlichen Bann schlagenden bündischen Sozialpakts dingfest macht, behält während des Krieges und in den frühen Jahren der Republik noch das ihm von seiner Rolle als antikapitalistischer Affektverschiebungsmechanismus her eigene Vage und Wabernde einer kulturalistisch-tribalistischen Ausgrenzung und Entgegensetzung. Zur Entfaltung seines vollen Potenzials, seiner Substanzialität sans phrase, verhilft ihm erst die nationalsozialistische Bewegung mit ihrer publizistischen Propaganda, wie sie exemplarisch "Der Stürmer“ zu seiner Aufgabe und Sache macht.

Ausgangspunkt beziehungsweise Grundlage dieser substanzialistischen Entfaltung des Antisemitismus ist die oben erläuterte Verklärung der Streitmacht zur einzigen Repräsentanz und wahren Verkörperung des zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft geschlossenen bündisch-regressiven Sozialpakts, die die von letzterer selbst als repräsentative Vermittlungsinstanzen und körperschaftliche Verbindungsagenturen gestellten und in Position gebrachten demokratisch-parlamentarischen Organe und Einrichtungen, die politischen Parteien und zivilen Verbände, verdrängt und ersetzt, damit freilich sie, die bürgerliche Gesellschaft, der Charakterlosigkeit eines allein noch für die Rekrutierung von Soldaten

brauchbaren schieren Haufens, der Gesichtslosigkeit einer nurmehr als Steinbruch für die Militärkaserne tauglichen Menschenmenge ausliefert, welche fundamental disqualifizierende Reduktion und radikal depotenzierende Demontage die nationalsozialistische Bewegung wiederum sich beeilt, ihr, der bürgerlichen Gesellschaft, als historische Originalisierung und empirische Authentifizierung zu verkaufen, ihr mit obigen Worten anstelle ihres historischen Gesichts, ihrer zeitgemäßen Physiognomie, das urtümliche Schema, den archaischen Typus einer Rasse zu verpassen, ihr statt ihres empirischen Charakters, ihrer profanen Agenda, die kultische Maske, die sakrale Persona des Völkischen überzustülpen.

Und es ist nun diese kompensatorische Transsubstantiation, der die nationalsozialistische Bewegung die bürgerliche Gesellschaft unterzieht, diese Umdichtung des letzterer zugemuteten Mangels an historischer Physiognomie und Minus an empirischem Charakter ins Haben rassischer Ursprünglichkeit und Plus völkischer Unverfälschtheit, die den Aufhänger oder Kontrapunkt für die definitive Substanzialisierung alias Verdinglichung der den Juden aufgehalsten Sündenbockfunktion bildet und die aus einer ebenso wabernden wie vagen Separation des Jüdischen vom Deutschen, aus der kulturalistisch-tribalistisch fabrizierten Diskrepanz des neunzehnten Jahrhunderts, eine ebenso trennscharfe wie prägnante Distinktion zwischen jüdisch und deutsch, die biologistisch-rassistisch zementierte Dichotomie des zwanzigsten werden lässt. In dem Maße, wie der bürgerlichen Gesellschaft deutscher Besonderheit das ihr alle historische Physiognomie beraubende Schema eines rassischen Verbands aufgedrückt beziehungsweise die ihr allen empirischen Charakter verschlagende Persona einer völkischen Gemeinschaft übergestülpt wird, übernimmt die zuerst als Ersatzobjekt für das antikapitalistische Ressentiment arbeiterschaftlicher und kleinbürgerlicher Gruppen gebrauchte, dann als staatliches Disziplinierungsinstrument für liberalistisch-privatistisch über die Stränge staatlicher Kontrolle und Lenkung schlagender Bürger eingesetzte und jetzt von der nationalsozialistischen Bewegung zum Inbegriff asozialer Libertinage und Paradigma eigensüchtigen Privatisierens erklärte jüdische Minorität konfessioneller Dependenz oder auch nur genealogischer Provenienz zwangsläufig die vexierbildliche Bedeutung und kruzifikatorische Rolle eines das Anathema, den Liberalismus, ins Biologische wendenden rassischen Widersachers zum Deutschsein, eines das Übel par excellence, das Privatisieren, im Erbgut tragenden völkischen Antagonisten zum deutschen Wesen.

Kapitel Sechs

Die Substitution der zivilen Gesellschaft durchs militärische Korpus und ihre Reduktion auf einen paramilitärischen Verband

Die vom nationalsozialistischen Regime zur Wehrmacht aufgerüstete Reichswehr erweist sich, urteilslogisch gesprochen, als eine kurzschlüssige Kopula, die das als bürgerliche Gesellschaft firmierende Urteilssubjekt auf ein sie bloß noch abbildlich reaffirmierendes Derivat oder ihr bestenfalls spiegelbildlich sekundierendes Substrat reduziert, während sie selbst aus einem rationellen Mittel und institutionellen Organ des als Staatsmacht figurierenden Urteilsprädikats zu dessen existenziellem Zweck und substanziellem Organismus avanciert.

Auf der Basis und in der Konsequenz dieser Säuberung der zivilen Einrichtungen und amtlichen Organe der bürgerlichen Gesellschaft von republikanisch-demokratischen Repräsentanten und liberalistisch-privatistischen Elementen, zu denen sie vorzugsweise die den Liberalismus als dem artigen Deutschsein biologisch widerwärtiges Rassenmerkmal dingfest beziehungsweise den Privatismus als mit dem deutschen Wesen genetisch inkompatibles völkisches Unwesen greifbar machende jüdische Bevölkerungsgruppe zählt, wendet sich die ermächtigte, will heißen, in Staat geworfene nationalsozialistische Partei sogleich dem Kernpunkt ihres oben explizierten, die romantische Regression in polemische Aggression umfunktionierenden Projekts einer nicht weniger radikalen Erneuerung als existenzialen Wiederherstellung des kriegsbündisch besiegelten bismarckschen Sozialpakts zu, nämlich der Aufrüstung

und Entfaltung der Reichswehr, der kraft Versailler Vertrags, kraft Kapitulationsdiktats der siegreichen Kriegsgegner, weitgehend aufgelösten und nurmehr ein rudimentäres Dasein fristenden Streitmacht, zu früherer institutioneller Größe und einstigem faktorellem Gewicht und der Installation des solchermaßen aufgerüsteten und entfalteten Militärs in der ihm von der nationalsozialistischen Programmatik zugewiesenen Stellung und Funktion eines die demokratisch-parlamentarischen Institutionen und bürgerlich-korporativen Organisationen, die politischen Parteien und zivilen Verbände, in ihrer traditionellen Rolle und Bedeutung als Vermittlungsinstanzen zwischen Gesellschaft und Herrschaft beziehungsweise Verbindungsglieder zwischen Volk und Staat definitiv verdrängenden und exklusiv ersetzenden Repräsentanten und Garanten eben jenes Sozialpakts.

Exklusiv ist dabei die zwecks Erneuerung des Sozialpakts forcierte Ersetzung der diversen republikanisch-demokratischen Vermittlungsinstanzen zwischen bürgerlicher Gesellschaft und staatlicher Herrschaft durch das monopole militärisch-soldatische Verbindungsglied in dem buchstäblichen Sinne, dass sie, wie bereits erläutert, ex cathedra des Verbindungsakts das zu verbindende soziale Element, eben die bürgerliche Gesellschaft, vielmehr abkoppelt und vom durch die militärisch-soldatische Kupplung gestifteten gouvernementalen Verbund so gut wie ausschließt, indem sie nämlich diesen ohnehin bereits in seiner historischen Physiognomie revozierten und in seinem empirischen Charakter dementierten sozialen Bestandteil, die vom nationalsozialistischen Reduktionismus zu einem rassischen Schema abstrahierte beziehungsweise zu einem völkischen Stereotyp eskamotierte bürgerliche Gesellschaft, nurmehr als Reservoir und Rüstkammer für das militärisch-soldatische Verbindungsglied, die Streitmacht, als quasi Steinbruch für deren personalen Aufbau und reale Ausstattung, anerkennt und gelten lässt. Funktionell oder essenziell lässt das militärisch-soldatische Verbindungsglied, weil es mit seinem Schöpfer, dem Staat, tatsächlich nichts weiter verbindet als in einer Art von monadischer Selbstgenügsamkeit sein eigenes kreatürliches Dasein und Bestehen und nämlich nichts sonst vermittelt als in einer Art von Reflexion-in-sich den personalen Auszug und realen Abhub aus der bürgerlichen Gesellschaft, den sein Schöpfer, der Staat, mit ihm ins Werk setzt, eben diese bürgerliche Gesellschaft überflüssig und entbehrlich werden, gibt es ihr als einem für den völkischen Verbund, den

neuen Sozialpakt, unerheblichen sozialen Referenzpunkt und vernachlässigenswerten kommunalen Widerpart das Nachsehen und geradezu den Laufpass.
Als spiegelbildliches Projekt beziehungsweise ebenbildliches Komplement des Staats, als seine auf den Schild gleichermaßen seiner autokratischen Selbstwahrnehmung und seiner bürokratischen Selbstverwirklichung gehobene eingeborene Kreatur, hat die Streitmacht im Staat ihr sie monoman beanspruchendes Objekt der Begierde beziehungsweise ihr sie obsessiv beherrschendes Triebsubjekt und führt selber nichts mehr im Schilde als den Schutz und Schirm dieses ihres monoman von ihr reflektierten autokratischen Objekts, hat, für sich genommen, nichts mehr im Sinn als die Behauptung und Ermächtigung dieses ihres sie obsessiv okkupierenden bürokratischen Subjekts. Von daher gesehen, ist die mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch das nationalsozialistische Regime einhergehende amtliche Umbenennung der Reichswehr in eine Wehrmacht mitnichten, wie oben suggeriert, eine Falschetikettierung, die hinter dem Vorgeben der Beibehaltung der durch den Versailler Vertrag der deutschen Streitmacht auferlegten Beschränkung auf bloße Abwehraufgaben, das passive Geschäft der Landesverteidigung, ihre in Wahrheit offensive Ausrichtung und aggressive Strategie verbirgt, sondern sie entspricht dem mit der Erhebung der Streitmacht zur monopolen Garantin des Sozialpakts zwischen soldatisch-militärischem Corpus und autokratisch-bürokratischem Staat etablierten Intimverhältnis, um nicht zu sagen Intimverkehr, tut wahrheitsgemäß kund, dass jetzt die Streitmacht im Staat nicht mehr nur ihren subjektiven Denker und Lenker hat, sondern mehr noch und zugleich ihren objektiven Sinn und Zweck findet, dass sie mit anderen Worten sich nicht mehr darin erschöpft, dem Staat als instrumentelle Apparatur alias mechanische Waffe zur Verfügung zu stehen, sondern vielmehr beansprucht, ihm als mediale Armatur alias automatische Rüstung zu dienen, kurz, dass sie sich nicht länger als ein bloß transitives Organ des Staates gewahrt, sondern sich mehr noch als dessen reflexiven Organismus begreift.

Aufgabe der Streitmacht ist es fortan ebenso wesentlich wie vordringlich, ihren Schöpfer und Sinngeber zu schützen und auf Händen zu tragen, für sein Wohlergehen und sein Gedeihen zu sorgen, ad majorem gloriam staatlicher Macht und behördlichen Waltens da zu sein und einzustehen, und einzig und allein in der logischen Konsequenz dieser ihrer

quasi leiblichen Staatsträgerschaft, ihrer von allem bloßen Utilitarismus weit entfernten vitalistischen Verbundenheit alias Konkreszenz mit dem Staat, dessen Befehlen zu gehorchen und seine Aufträge zu erfüllen, also sich als gliedmaßig-willfährige Waffe des Staates zu bewähren, als sein programmierbar-roboterhaftes Werkzeug zu beweisen.

Und diese in ihrer Etikettierung als Wehrmacht ihren Niederschlag findende Neubestimmung der Streitmacht als leibgebender Schutz und lebenserhaltender Schirm des Staates schlägt nun aber naturgemäß auch auf den letzteren selbst und seine Beschaffenheit und Bewandtnis zurück. So gewiss die Streitmacht als Wehrmacht zum bergenden Organismus des Staates, zu seiner leiblichen Gestalt alias leibhaftigen Existenz avanciert, so gewiss reduziert sich umgekehrt er, der Staat, auf die reine Lebenskraft dieses wehrhaften Organismus, auf die als personale Seele alias individueller Geist figurierende generelle Essenz dieses seines soldatischen Leibes. So gewiss das militärische Korpus das ist, was dem Staat seinen lebendigen Leib und sein leibhaftiges Leben vindiziert, so gewiss zeigt sich der Staat darauf vereidigt, die belebende Seele für diesen seinem lebendigen Leib abzugeben und in der Rolle des dies sein leibhaftiges Leben lenkenden Geistes aufzugehen. In strikter Engführung der zwischen Staat und Wehrmacht etablierten Interdependenz findet ersterer sich durch die zu seiner körperschaftlichen Existenz avancierte letztere zu deren führerschaftlicher Essenz abstrahiert. Wie die Wehrmacht nunmehr als das empirische Dasein des Staates, als dessen reale Normalität firmiert, so figuriert im Gegenzug der Staat nur mehr als das systematische Prinzip der Wehrmacht, als deren personale Generalität. Dem soldatischen Kollektiv, das den Staat verkörpert und verwirklicht, korrespondiert letzterer als strategisches Individuum, das ersteres befehligt und begeistert.

Den kommoderweise kurz nach der Machtergreifung, zu der die präsidialen Verfügungen des Exmilitärs an der Spitze der Republik dem nationalsozialistischen Regime den Weg gebahnt haben, eintretenden Tod des präsidialen Verfügers nutzt das Regime, um das für die Liquidierung der republikanischen Ordnung und die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft entscheidende Sozialpaktmodell einer spiegelbildlichen Interdependenz alias verschworenen Gemeinschaft zwischen die gesellschaftliche Repräsentanz monopolisierendem und die bürgerliche Gesellschaft damit im organisatorisch-strukturellen Prinzip erübrigendem militärischem Korpus und die staatliche Präsenz totalisierender und in eben

jenem militärischen Korpus ihr kreatives Projekt und kreatürliches Opus findender führerschaftlicher Exekutive zu implementieren. Der durch Ermächtigungsgesetz zum bündischen Diktator, zum Volksführer, mutierte Reichskanzler tritt in die Fußstapfen des verstorbenen Reichspräsidenten und übernimmt von ihm dessen notständisch-transzendentale, will heißen, der Kontrolle durch die Republik ebenso personaliter entzogene wie dem Erhalt ihrer Konstitution offizialiter verpflichtete Funktion, den Oberbefehl über die in der Konsequenz dieses militärischen Machtwechsels zur Wehrmacht umetikettierte Reichswehr.

Die Mutation des Regierungschefs, des politischen Entscheidungsträgers, zum Soldatenführer, zum obersten Befehliger der Streitmacht, markiert und besiegelt den nach nationalsozialistischer Rezeptur wiederhergestellten und tatsächlich grunderneuerten Sozialpakt bismarckscher Provenienz, markiert und besiegelt mit anderen Worten, dass das führerschaftlich autorisierte Subjekt, der Staat, sein körperschaftlich reklamiertes Objekt, das Volk, partout nicht mehr in der mit ihm kontrahierenden bürgerlichen Gesellschaft beziehungsweise in den sie repräsentierenden politischen Parteien und zivilen Verbänden, sondern einzig und allein in dem militärischen Korpus findet, das er aus ihr rekrutiert und das in dem Maße, wie es sich als seine eingeborene Schöpfung, als seine authentische Erscheinung und originäre Verkörperung etabliert, nicht nur jene die bürgerliche Gesellschaft repräsentierenden politischen Parteien und zivilen Verbände restlos zu verdrängen und spurlos zu ersetzen beansprucht, sondern auch zugleich sich vermisst, sie, die bürgerliche Gesellschaft selbst, in ihrer historischen Physiognomie und ihrem empirischen Charakter zu disqualifizieren und auf einen personalen Steinbruch und ein materiales Zeughaus für es, das militärische Korpus, zu reduzieren.

Wie exklusiv, die bürgerliche Gesellschaft, die zivile Kontrahentin, als solche ausschließend und durch das militärische Verbindungsglied alias Vermittlungselement, die neue Kopula zwischen Staat und Gesellschaft, verdrängend und ersetzend, der vom führerschaftlichen Staat mittels seiner militärischen Körperschaft, der Wehrmacht, geschlossene und besiegelte Sozialpakt tatsächlich gerät und wie sehr er auf einen zwischen führerschaftlichem Staat und militärischer Körperschaft praktizierten Intimverkehr hinausläuft und im organisatorisch-strukturellen Prinzip darin resultiert, dass der Staat, der gouvernementale Faktor, in den Streitkräften, seinem militärischen Korpus, sein das zivile Element, die bürgerliche Gesellschaft mit allen ihren institutionellen Emanationen und

fraktionellen Organisationen erübrigendes und ausschaltendes soziales Komplement und intentionales Genügen findet, erhellt schlaglichtartig die unter der falschen Flagge der Abwehr eines angeblichen hochverräterischen Umsturzversuchs, des sogenannten Röhm-Putsches, segelnde Liquidationsaktion, durch die sich der nationalsozialistische Staat der Führungsmannschaft der als Sturmabteilung firmierenden Miliz, die der nationalsozialistischen Bewegung und Partei in den Tagen der Republik als für propagandistische Aufmärsche, öffentliche Ausschreitungen und terroristische Anschläge einsetzbare Bürgerkriegstruppe gedient hat, entledigt und ihre Kontingente als mit der Reichswehr konkurrierende und auf deren Substitution aspirierende, mit einem Staat, der auf die parteihörige Miliz setzt, statt auf das staatseigene Militär zu bauen, liebäugelnde Verbände entmachtet, um sie in das allgemeine paramilitärische Restrukturierungsprogramm, das er für die bürgerliche Gesellschaft bereithält, einzubinden, sie - sieht man von dem letzten Sturmabteilungseinsatz ab, zu dem er sie anlässlich der sogenannten Reichspogromnacht heranzieht - zu einem integrierenden Bestandteil der zivilen Reserve beziehungsweise völkischen Unterstützung für anstehende militärische Aufgaben beziehungsweise ausstehende kriegerische Projekte zu degradieren.

Zu sehr gehört die parteieigene Bürgerkriegstruppe noch der republikanischen Vergangenheit an, zu sehr ist sie der bürgerlichen Gesellschaft früherer Prägung mit ihrem gewaltbereit offenen Kampf um demokratische Macht und ihrem regellos freien Ringen um parlamentarischen Einfluss verhaftet, zu sehr gemahnt sie mithin an die Zeit, da die nationalsozialistische Bewegung nur erst ein fraktioneller Faktor unter anderen, eine parteiliche Position in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Beschaffenheit und Bewandtnis des Gemeinwesens, kurz, einer der zahlreichen Mitbewerber um ökonomische Entscheidungsgewalt und politische Richtlinienkompetenz war, als dass sie der Bewegung, nun da diese sich per diktatorische Ermächtigung ihrer Parteilichkeit entschlagen und in Staat geworfen hat, noch gut zu Gesicht stünde und sie nicht vielmehr zu diskreditieren drohte. Schließlich hat sich die Bewegung nach Maßgabe ihres Sozialpaktmodells einem Staat verschrieben und anheimgegeben, der sich in der zu seiner eigenen Rüstung und quasi persönlichen Armatur, zur Wehrmacht, kurzgeschlossenen Reichswehr kreativkörperschaftlich gespiegelt oder exklusiv-ebenbildlich reproduziert gewahrt, der mithin in dem, was ihn anstelle der von der bürgerlichen

Gesellschaft selbst hervorgebrachten Institutionen und gebildeten Organisationen mit ihr völkisch verbinden beziehungsweise bündisch vermitteln soll, nämlich in dieser seiner spiegelbildlichen Rüstung, seinem wehrmächtigen Ebenbild, seine kreativ-mediale Erfüllung, sprich, sein exklusiv-totales Genügen findet und eben deshalb im organisatorisch-strukturellen Prinzip jene durch die spiegelbildliche Rüstung eigentlich herzustellende Verbindung zu beziehungsweise mittels wehrmächtigen Ebenbilds vorgeblich zu gewährleistende Vermittlung mit seiner sozialen Kontrahentin, der bürgerlichen Gesellschaft, nur als letztere vielmehr ausblendende reine Selbstbespiegelung, als sie vergessen machende bloße Nabelschau ins Werk zu setzen vermag.

Wie sollte da wohl die Bürgerkriegstruppe der Bewegung, die sich in republikanischen Zeiten, in Zeiten der um die Macht im Staat demokratisch ringenden, um den Staat als politischen Faktor und bürokratischen Regulator sich parlamentarisch streitenden bürgerlichen Gesellschaft formiert hat und die, wie sehr auch der republikanischen Ordnung aktivistisch trotzend beziehungsweise ihr terroristisch mitspielend, doch aber originär in den republikanischen Verhältnissen verwurzelt und habituell durch sie geprägt ist - wie sollte da wohl diese als parteieigene Sturmabteilung nicht weniger republikanisch konditionierte als antirepublikanisch disponierte Aufmarsch-, Türsteher- und Schlägertruppe noch Platz in einem Staatswesen finden, in dem die Bewegung sich zum führerschaftlich wehrmächtigen Status aufgehoben, sprich, die Partei sich als in nichts als in ihrer militärischen Kreatur fundierte und reflektierte Totale etabliert hat und das sich folglich beeilt, mit der republikanisch-bürgerlichen Gesellschaft auch und zumal alle deren Schoß entsprungenen und auf deren Mist gewachsenen und dem neuen Alleinstellungs- und Totalitätsanspruch partout nicht mehr angemessenen beweglichen Prothesen und parteilichen Altlasten abzustoßen und loszuwerden?

Der systematischen Konsequenz und inneren Stringenz solchen Aufräumens der zu diktatorischer Macht gelangten und diese Macht aller bürgerschaftlich-republikanischen Verwurzelung entreißenden und nurmehr führerschaftlich-militärisch fundierenden Bewegung mit ihrer protomilitärischen Kampftruppe republikanischer Provenienz, ihrer milizionären Sturmabteilung, tut keineswegs Abbruch, dass die Bewegung das Aufräumen gleichzeitig nutzt, um politische Gegner, Konkurrenten und unliebsam gewordene Bundesgenossen aus republikanischen

Zeiten aus dem Weg zu räumen. Die rücksichtslose Zielstrebigkeit und mörderische Vor- beziehungsweise Umsicht, die der an die Macht gelangte Nationalsozialismus hier an den Tag legt, bezeugt einzig und allein den macchiavellistischen Zynismus alias instrumentellen Rationalismus, den ihm sein für das Sozialpaktmodell, auf das er schwört, maßgebendes blind-obsessives Streben nach der Macht im Staat vindiziert, genauer gesagt, sein fix-monomanes Setzen auf einen Staat, der per medium seines ihm zum wehrmächtigen Körper sich auswachsenden streitbaren Arms beziehungsweise sich als leibgeberischer Organismus etablierenden dienstbaren Organs alle gesellschaftliche Bestimmungskraft alias bürgerliche Entscheidungsgewalt usurpiert, will heißen, der bürgerlichen Gesellschaft als solcher jeden Anspruch auf Selbstbestimmung und Eigenmacht verschlägt, um ihn durch das factum brutum armatursüchtig-spiegelbildlicher Selbstbestätigung, die nackte Tatsache rüstungswütig-ebenbildlicher Selbstbeschäftigung, zu ersetzen.

Die der Verabsolutierung des militärischen Korpus zum narzisstischen Leibgeber und exklusiven Alter ego der Staatsmacht geschuldete Degradation der bürgerlichen Gesellschaft zu dessen amorphisierter Unterlage und nivelliertem Nährboden reißt eine systematisch-strukturelle Kluft zwischen ersterem und letzterer auf, die nach Überbrückung verlangt. Die besteht in der Paramilitarisierung der bürgerlichen Gesellschaft, darin mit anderen Worten, dass die Gesellschaft in allen ihren Bereichen und Einrichtungen nach dem Bilde des militärischen Korpus überformt und reorganisiert wird.

So sehr im organisatorisch-strukturellen Prinzip die Ersetzung der institutionellen Emanationen und fraktionellen Organisationen der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer politischen Parteien und zivilen Verbände, durch die eingeborene Kreatur des Staates, sein als wehrmächtiger Organismus etabliertes militärisches Korpus, mit der Erhebung des Chefs der Regierung zum Oberbefehlshaber der Armee, der Berufung des friedensamtlichen Ministers zum kriegsfälligen Führer, oder, um eine weit hergeholte historische Parallele zu ziehen, dem Avancement konsularischer Macht zu diktatorischer Gewalt - so sehr also diese Ersetzung der bürgerlichen Kreationen der Gesellschaft durch die militärische Kreatur des Staates mit der Mutation des letzteren selbst aus einem zivilen Amtswalter in einen militärischen Kommandeur im organisatorisch-strukturellen Prinzip von Erfolg gekrönt und vollendet sein mag, an einer

als realisatorisch-funktionelle Anwendung des im Prinzip Erreichten, sprich, einer auf die bürgerliche Gesellschaft selbst zurückschlagenden, sie als solche revidierenden und detaillierenden sozialen Implementierung der neuen gouvernementalen Ordnung, der den totalen Staat inszenierenden militärstaatlichen Diktatur, führt kein Weg vorbei, sie erweist sich als ein im Interesse der Einbindung der bürgerlichen Gesellschaft in die militärstaatliche Totale oder jedenfalls Anbindung an sie kategorisches Erfordernis, als ein um der wenn schon nicht intentionalen Übereinstimmung, so zumindest doch operationalen Gleichrichtung zwischen Gesellschaft und Staat willen zwingendes Gebot.

Wie oben erläutert, geht die vom Nationalsozialismus betriebene reelle Reduktion der bürgerlichen Gesellschaft deutscher Zunge und Kultur auf einen personalen Steinbruch und ein materiales Zeughaus für die qua Wehrmacht eingeborene Kreatur des Staats beziehungsweise den in ihr gleichermaßen seine objektive Realität und seine reflexive Identität findenden wehrmächtigen Staat selbst Hand in Hand mit der ideellen Schematisierung alias Stereotypisierung eben dieser bürgerlichen Gesellschaft zu einem gesichtslos rassischen Aggregat, einer charakterlos völkischen Masse. Und wie erläutert, droht solcher die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer Abstraktion zu einer biologischen Rasse, ihrer Reduktion auf ein archaisches Volk ereilende Verlust an historischer Physiognomie und empirischem Charakter die nationalsozialistische Programmatik, die Etablierung des bündischen Sozialpaktmodells, ad absurdum zu führen, weil so die modellkonforme monopolistische Aufwertung, um nicht zu sagen, existenzialistische Auszeichnung der den Pakt schließenden, die Einheit zwischen dem Subjekt Gesellschaft und dem Prädikat Staat besiegelnden militärischen Kopula, nämlich die Erhebung des wehrmächtigen Bindeglieds zu einem das Bedürfnis des Staates nach Gesellschaft im Grunde schon befriedigenden und für ihn das soziale Gegenüber, das es doch eigentlich bloß mit ihm verbinden und vermitteln soll, vielmehr unmittelbar bedeutenden beziehungsweise eo ipso seienden suppositorischen Quasisubjekt - weil also diese Erhebung der militärischen Kopula zu einer das Prädikat, den Staat, sich selbst genügen lassenden, wenn man so will, zum Intimverkehr mit sich selbst anhaltenden Hypostase, einem quasisubjektiven Suppositum, zwangsläufig darin resultiert, dass die bürgerliche Gesellschaft, das per Sozialpakt dem Prädikat, dem diktatorischen Staat, eigentlich zu subsumierende Subjekt, einem kraft

militärischer Kopula, die das Prädikat monopolisiert und präokkupiert, ausgemachten und als Disqualifizierung, wo nicht gar Eskamotierung wirksamen Dementi verfällt, mit anderen Worten, sich zu einer bloßen naturstofflichen Voraussetzung des in sich gründenden Staatswesens, um nicht zu sagen, einem bloßen organischen Bodensatz des selbsttragenden Staatskörpers, amorphisiert und nivelliert findet.

Systematisch genommen und nämlich sub specie des bündischen Sozialpakts gesehen, auf den der Nationalsozialismus abzielt und der nun einmal die das Gemeinwesen bildende bürgerliche Gesellschaft und die für es einstehende staatliche Gewalt als Paktschließende vorsieht, der sich mithin als ein Urteil zu verstehen gibt, das, aller monopolistischen Verselbständigung alias existenzialistischen Aufwertung der militärischen Kopula, der es Vorschub leistet, ungeachtet, ebenso gewiss auf die bürgerliche Gesellschaft als subjektiven Faktor abonniert wie auf den staatlichen Gewalthaber als prädikative Bestimmung fixiert ist - systematisch genommen also ist diese ihrer Reduktion auf ein rassisches Aggregat, ihrer Abstraktion zu einer völkischen Masse entspringende Amorphisierung und Nivellierung der bürgerlichen Gesellschaft, diese sie als Anonymisierung und Disqualifizierung heimsuchende Gesichts- und Charakterlosigkeit, ein unhaltbarer, weil dem Sozialpakt den sozialen Vertragspartner entziehender, dem staatswesentlichen Urteil das bürgerliche Subjekt verschlagender Vorgang.

Und an diesem systematischen Manko ändert auch nichts der mit dem Topos des Rassischen, mit der Figur des Völkischen angestrengte Versuch der nationalsozialistischen Bewegung, der bürgerlichen Gesellschaft ihre Reduktion auf ein gesichtsloses Aggregat, ihre Abstraktion zu einer charakterlosen Masse als historische Originalisierung und empirische Authentifizierung zu verkaufen, ihr mit obigen Worten den Verlust an historischem Gesicht und zeitgemäßer Physiognomie als Gewinn an urtümlichem Schema und archaischem Typus zu suggerieren, ihr die Einbuße an empirischem Charakter und profaner Agenda als einen kultischen Maskierungsakt, eine sakrale Personifizierung anzudienen. Solange das amorphe Aggregat, auf das der Nationalsozialismus die bürgerliche Gesellschaft reduziert, und die nivellierte Masse, zu der er sie abstrahiert, bleiben, was sie sind: um seine Geschichte gebrachtes gesichtsloses Aggregat und ihrer Erfahrung beraubte charakterlose Masse, bleibt das

als Ersatz für die revozierte soziale Struktur und die dementierte zivile Physiognomie gedachte Rassische eine dem amorphen Aggregat pappmascheeartig aufgesetzte tote Maske, bleibt das den Mangel an gesellschaftsspezifischer Organisation und bürgertümlicher Spezifikation zu kompensieren bestimmte Völkische eine der nivellierten Masse strohmannfigürlich übergestülpte hohle Persona. Um dafür zu sorgen, dass diese der bürgerlichen Gesellschaft aufgesetzte rassische Maske und übergestülpte völkische Persona mehr ist als eine das amorphe Aggregat, die nivellierte Masse, worauf sich die als Steinbruch und Zeughaus für die militärische Kreatur des Staates requirierte erstere reduziert zeigt, taschenspielerisch camouflierende Vortäuschung und trickbetrügerisch kaschierende Verstellung, muss also die in Staat sich werfende und staatliche Macht erringende nationalsozialistische Bewegung ihr, der rassischen Maske, so etwas wie textile Lebendigkeit einhauchen, sie, die völkische Persona, mit einer Art von vitaler Leibhaftigkeit begaben.

Eine Art von Lebendigkeit aber lässt sich der rassischen Maske alias völkischen Persona wiederum nur in dem Maße vindizieren, in dem es gelingt, das durch sie kaschierte Aggregat als solches zu reorganisieren, es als so etwas wie einen Organismus vorzuführen, mit anderen Worten die durch sie camouflierte Masse selbst zu restrukturieren, sie als eine Art von gegliedertem Gebilde, als Gestalt zu inszenieren. Textile Lebendigkeit der Maske erfordert eine organische Textur des Maskierten, vitale Leibhaftigkeit der Persona setzt voraus, dass das Personifizierte leibliche Gestalt besitzt. Und das Muster beziehungsweise Vorbild für diese dem rassischen Aggregat einzuprägende organische Textur beziehungsweise der völkischen Masse einzubildende leibliche Gestalt findet nun also der nationalsozialistische Staat, wie mit der Rede von einer Paramilitarisierung der Gesellschaft oben bereits antizipiert, in der militärischen Korporalität, auf die er schwört und baut, nämlich in der den Sozialpakt bismarckscher Provenienz und faschistischer Projektion, den neuen Bund zwischen bürgerlicher Gesellschaft und staatlicher Macht, stiftenden und dabei erstere zur Hilfsfunktion der letzteren degradierenden, zu ihrem bloßen Appendix alterierenden, als dreh- und angelpünktliche Kopula den Kontrakt zwischen bürgerlichem Subjekt und staatlichem Prädikat zum Existenzialurteil kurzschließenden Wehrmacht.

Wo sonst auch könnte er das Paradigma für eine quasiorganische Restrukturierung des rassischen Aggregats, eine gestaltförmige Reinszenierung der völkischen Masse finden, da ja die Degradation der bürgerlichen

Gesellschaft zu solch amorphem Aggregat, ihre Alteration zu einer derart nivellierten Masse, direkte Konsequenz oder jedenfalls unmittelbare Implikation der Erhebung des militärischen Korpus alias Verklärung der nach Maßgabe des Sozialpakts Staat und Gesellschaft verbindenden beziehungsweise vermittelnden Kopula zu einem alle gesellschaftsrelevante Konstitution für sich präokkupierenden und sämtliche gemeinwohldienliche Institution per se monopolisierenden staatlichen Existenzial ist, einem dem Staat im organisatorisch-strukturellen Prinzip die kreatürlich-soziale Welt bedeutenden beziehungsweise sein natürlich-politisches Milieu, sein gemeinwesentliches Universum, bietenden vollständigen Ersatz für die von ihr ebenso objektiv enteignete wie simulativ beerbte bürgerliche Gesellschaft?

Wenn aus systematischen Gründen, aus Gründen nämlich des zu erneuernden bismarckschen Sozialpakts, dessen Sinn und Zweck ein zwischen staatlicher Herrschaft und bürgerlicher Gesellschaft, spezifischer gesagt, zwischen Militärstaat und Zivilbevölkerung zu stiftender Bund ist, die bürgerliche Gesellschaft, das von der militärischen Kopula, der existenzialen Intima des diktatorisch prädikativen Staats, abgedankte und dabei zu deren personalem Steinbruch und materialem Zeughaus amorphisierte und nivellierte soziale Subjekt, am Ende doch wieder so etwas wie eine organische Textur aufweist, eine Art von leiblicher Gestalt ihr eigen nennen soll, woher sollten sich - gemäß dem Wahrspruch vom Wunden ebenso sehr heilenden wie schlagenden Speer - die für eine derartige Textur erforderlichen organisatorischen Bestimmungen, die für eine solche Gestalt nötigen leibgeberischen Bestandteile beziehen beziehungsweise entlehnen lassen, wenn nicht aus dem exemplarischen Fundus, der paradigmatischen Gegebenheit eben jener militärischen Korporalität, jener von Staats wegen existenzialisierten Kopula, deren Avancement zur vorzüglichen Intima beziehungsweise ausschließlichen Gesellschafterin des Staats für jene Amorphisierung und Nivellierung der bürgerlichen Gesellschaft, für ihr Organversagen und ihre Verunstaltung, verantwortlich ist?

Kaum dass der nationalsozialistische Staat sich führertümlich-diktatorisch etabliert, die ihm widerstrebenden beziehungsweise im Wege stehenden Institutionen und Personen außer Kraft gesetzt beziehungsweise entmachtet oder gar zerschlagen und um die Ecke gebracht und sich last not least als Oberbefehlshaber der als Wehrmacht von ihm mit Beschlag

belegten und zu seinem Existenzial, dem eigentlichen Subjekt seiner prädikativen Existenz, erhobenen Streitkräfte installiert hat, macht er sich nun also daran, die bürgerliche Gesellschaft deutscher Zunge und Kultur, die zum rassisch-materialen und völkisch-personalen Ersatzteillager für das militärische Korpus degradierte und alterierte deutsche Nation, in dem beschriebenen Sinne, nämlich nach Maßgabe eben jenes als Schablone oder Schnittmuster dienenden militärischen Körpers, zu restrukturieren und zu inszenieren. Er krempelt mit anderen Worten die im organisatorisch-strukturellen Prinzip des Sozialvertrags amorphisierte und nivellierte bürgerliche Gesellschaft in zwecks Vertragserfüllung realisatorisch-funktioneller Durchführung des Prinzips paramilitärisch um und rüstet sie reservesoldatisch auf.

Den als Repräsentant vornehmlich großagrarischer Ansprüche in den Anfängen der Republik gegründeten und als Hauptinteressenvertretung der Landwirtschaft bereits zu Republikzeiten mit der nationalsozialistischen Bewegung, die sich ihm als Bollwerk gegen sozialistische Forderungen nach der Vergesellschaftung von Grund und Boden und mit ihrem Gerede vom Volkstum, ihrem Gewese ums Völkische, als ebenso traditionstreuer wie bodenständiger Heimatverein andient, fraternisierenden Reichslandbund lässt er als Reichsnährstand wiedererstehen, als eine Organisation, die, das gesamte Personal des Agrarbereichs zwangsweise gleichschaltend und in Landes-, Kreis- und Ortsbauernschaften untergliedernd, mit ihrer Umetikettierung aus einem Landbund in einen Nährstand bereits die ihr staatlich verordnete Programmänderung artikuliert und nämlich deklariert, dass ihre vordringliche Aufgabe fortan nicht mehr in der Sicherung und Förderung des privaten Eigentums ihrer Mitglieder, des von ihnen besessenen beziehungsweise bebauten Grunds und Bodens, sondern vielmehr in der Versorgung und Belieferung wie in genere der als materiale Substanz des Staatswesens herhaltenden Volksgenossenschaft, so in specie der als reales Subjekt für das Staatswesen einstehenden Wehrmacht mit den mittels eben jenes agrarischen Eigentums erbrachten Leistungen, den eben jenem Grund und Boden abgewonnenen Früchten besteht.

Desgleichen fasst er die Gewerkschaften nach ihrer unmittelbar im Anschluss an die Machtergreifung verfügten Ausschaltung zu einer Deutschen Arbeitsfront, der größten Massenorganisation unter dem nationalsozialistischen Regime, zusammen, die, wie das Element Front im Namen

anzeigt, militärisch durchorganisiert ist und die, wie der namentlichen Ersetzung des sozialen Humanum Gewerkschaft durch das kapitale Abstraktum Arbeit, also der Vertauschung der wirklich-assoziativen Relation gegen die tätlich-operative Funktion, zu entnehmen, unter dem Deckmantel der vorgeblichen Aufwertung der letzteren, der zur Schau getragenen Wertschätzung der abstrakt gesellschaftlichen Arbeit, die Entwertung beziehungsweise Entwürdigung der ersteren, die Entrechtung und Verdinglichung des konkret gewerklichen Arbeiters vollzieht. Per Arbeitsorganisation auf ihre abstrakt gesellschaftliche Funktion vereidigt und um allen konkret gewerklichen Zusammenhang, alle persönliche Zugehörigkeit zu einem beruflichen Kollektiv gebracht, findet sich die Arbeiterschaft auf diese ihre aller sozialpolitischen Relevanz und Einflussnahme bare, rein kapitalökonomische Funktion reduziert und zeigt sich in ihrem verdinglichten, zur bloßen Substanz ihrer abstrakten Existenz beziehungsweise zur Hypostase ihrer Funktionalität entmischten Bestand aus einem personalen Mitwirkenden in einen realen Aktivposten, einem politischen Kombattanten in eine ökonomische Komponente der Volksgemeinschaft überführt und infolgedessen, wie die Umbenennung des internationalen Tags der Arbeit in einen Tag der nationalen Arbeit plakativ deutlich macht, für die volksgemeinschaftliche Agenda, will heißen, für gleichermaßen den ökonomischen Einsatz und die politische Verwendung im Dienste des die Volksgemeinschaft als Steinbruch beziehungsweise Zeughaus für seine strategischen Zielsetzungen und taktischen Zurüstungen in Anspruch nehmenden führertümlichen Militärstaats, rückhaltlos verfügbar, wo nicht gar widerstandslos bereit gemacht.

Die Kulturschaffenden der bürgerlichen Gesellschaft zwangsvereinigt der nationalsozialistische Staat in einer die kulturellen Betätigungsfelder der Schriftstellerei, der Bühne, des Films, der Musik und der Presse als Untersparten divisionsmäßig organisierenden Reichskulturkammer. Indem er die schriftstellerische, künstlerische und journalistische Berufsausübung von der Mitgliedschaft in den jeweiligen Kammern abhängig macht und die Betroffenen mittels Kammerzugehörigkeit einer ideologischen Kontrolle beziehungsweise politischen Zensur unterwirft, gelingt es ihm, diese von Haus der relativen Innerlichkeit und Bedenklichkeit ihrer Okkupationen aus zu disziplinlosem Individualismus beziehungsweise anarchischer Eigenbrötelei tendierenden Personengruppen, sofern

sie nicht die Flucht ins Ausland ergreifen und vorausgesetzt, sie stehen nicht bereits auf der schwarzen Liste der Bewegung und verfallen der Verfolgung, Verhaftung, Internierung und gar Ermordung, zur militärstaatlichen Ordnung zu rufen beziehungsweise paramilitärisch auf Vordermann zu bringen, sie also im Sinne des volksgemeinschaftlichen Sozialpakts, sprich, der auf korporale Wehrkraft und nationale Geschlossenheit setzenden führertümlichen Militärdiktatur, zu indoktrinieren und als propagandistische Mitstreiter oder jedenfalls ideologische Mitläufer bei der Kultivierung des zur Staatsräson erhobenen rehabilitativen Größenwahns der Bewegung in Dienst zu nehmen.

Die Ärzteschaft bringt der nationalsozialistische Staat dadurch unter Kontrolle und stellt sie auf die Weise unter Kuratel, dass er den noch zu Zeiten der Republik als Ableger der Bewegung und parteieigene Kampftruppe gegründeten Deutschen Ärztebund zu ihrer alleinigen Standesorganisation erhebt. Während für die anderen, durch ihn ersetzten organisatorischen Vertretungen des ärztlichen Berufs wie etwa den zu Anfang des Jahrhunderts gegründeten Hartmannbund vorzugsweise ökonomische und arbeitsrechtliche ärztliche Interessen und deren Wahrnehmung gegenüber Krankenkassen, Krankenhäusern und staatlicher Regulierung im Vordergrund stehen, ist die raison d'être des Deutschen Ärztebunds politischer Natur und betrifft nämlich das mit der rassischen Maske alias völkischen Persona, die der Nationalsozialismus der amorphisierten und nivellierten bürgerlichen Gesellschaft aufsetzt beziehungsweise überstülpt, einhergehende rassehygienische alias volksgesundheitliche Programm. Statt sich um das leibliche und seelische Wohlergehen der Bevölkerung, die Physis und Psyche des einzelnen Menschen, zu kümmern, trägt unter der Direktive des deutschen Ärztebundes die Ärzteschaft vornehmlich Sorge für die genetische Optimierung und sanitäre Indoktrinierung des nationalen Kollektivs, die Funktionstüchtigkeit und Leistungsfähigkeit des Volkskörpers, und dies mit aller in der Ausmerzung für unwert erachteten Lebens und in der Aussonderung für asozial erklärter Elemente gipfelnder Konsequenz. Seinen redenden Ausdruck findet dieser Schwenk weg von der individuellen Krankheitsbekämpfung alias Abwendung leiblicher und seelischer Bedrohungen und hin zur kollektiven Leibeserziehung und moralischen Ertüchtigung alias Vorbereitung auf gesellschaftliche Einsatzbereitschaft und aufopferungsvollen Dienst am Staat in der zu Anfang des Zweiten Weltkriegs, des wahren

Ziels eben jener korporalen Ertüchtigung und sanitären Erziehung, vorgenommenen Umbenennung des Oberbefehlshabers des nach bewährtem Rezept paramilitärisch organisierten Bundes aus einem Reichsärzteführer in einen Reichsgesundheitsführer.

Auch die Kirchen werden vom führertümlichen Militärregime ins nationalsozialistische Gebet genommen. Das kurz nach der Machtergreifung mit dem Päpstlichen Stuhl abgeschlossene Reichskonkordat beschränkt, abgesehen von dem internationalen Prestigegewinn, den es dem Regime verschafft, die Katholische Kirche auf ihre seelsorgerischen Aufgaben und verbietet ihr mit dem Effekt der Auflösung der den Katholizismus repräsentierenden demokratischen Parteien jegliches politische Engagement. Und während so die Katholische Konfession als politischer Konkurrent oder gar Widersacher der Nationalsozialistischen Bewegung ausgeschaltet wird, finden sich ihre Gläubigen beziehungsweise Mitglieder den säkularen Ansprüchen alias paramilitärischen Ansinnen des nationalsozialistischen Staates vorbehaltlos unterworfen, um nicht zu sagen schutzlos ausgeliefert. Der Preis, den der Staat der Katholischen Kirche für diese sie entpolitisierende Anpassung ihrer klerikalen Agende an die nationale Agenda zahlt, ist die rudimentäre organisatorische Autonomie und relative Freistellung der Geistlichkeit von staatlicher Dienstbarkeit, die er ihr konzediert.

Mit der von ihrem Begründer zwar in Glaubensfragen klerikaler Bevormundung radikal entrissenen, gleichzeitig aber in Sachen Lebensführung der weltlichen Obrigkeit fundamental unterstellten evangelischen Kirche hat der nationalsozialistische Staat, jedenfalls institutionell gesehen, leichteres Spiel. Hier kann er mit Hilfe von Theologen, die mit der nationalsozialistischen Bewegung sympathisieren beziehungsweise kollaborieren, eine unter dem Panier Deutsche Christen marschierende Glaubensgemeinschaft ins Leben rufen, die sich, was die kommunalen Zielprojektionen und die sozialen Feindbilder angeht, als der, aller absurden Verbiegungen und Verrenkungen zum Tort, zu denen er sich dabei bequemen muss, ins Reich der Religion verlängerte Arm des führertümlichen Militärstaates und seiner paramilitärischen Umrüstung der bürgerlichen Gesellschaft versteht und bewährt. Allerdings hat auch dieser, institutionell gesehen, leicht errungene Erfolg seinen Preis. Individuell betrachtet, ruft er eine nicht unbeträchtliche Zahl von Theologen und Gläubigen der evangelischen Konfession auf den Plan, die

Glaubensfreiheit und Gewissensnot zur imperativen Einsicht in die Unvereinbarkeit christlicher Nächstenliebe und Friedensbotschaft mit der vom Nationalsozialismus gehegten politischen Rachsucht und gepflegten militärischen Streitsucht nötigen, was in einer Aufspaltung der evangelischen Konfession im Sinne einer Abspaltung der auf konfessionelle Orthodoxie pochenden und dem nationalsozialistischen Staat deshalb mit zivilem Ungehorsam begegnenden Bekennenden Kirche von den ihm paramilitärische Gefolgschaft leistenden Deutschen Christen resultiert.

Natürlich wird von der paramilitärischen Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft durch den militärischen Führerstaat auch und zumal die Jugend, die Zukunft der Volksgemeinschaft, ereilt. Als Hitlerjugend benannt nach dem zum Oberbefehlshaber des Militärstaates avancierten Führer der nationalsozialistischen Bewegung und alters- und geschlechtsspezifisch unterteilt in die aus den Zehn- bis Vierzehnjährigen bestehenden Gruppen des Jungvolks und des Jungmädelbunds und die aus den Vierzehn- bis Achtzehnjährigen gebildeten Riegen der eigentlichen Hitlerjugend und des Bunds deutscher Mädel, etabliert sich diese Jugendorganisation als zu Elternhaus und Schule parallele und, insofern sie die leibliche Ertüchtigung, geistige Indoktrination und sittliche Zurichtung pro domo und nach Maßgabe der disziplinarischen, ideologischen und präparatorischen Anforderungen des führertümlich staffierten Militärstaates zu ihrer Sache macht, alternative Erziehungs- und Schulungseinrichtung. Als paramilitärische Kaderschmiede alias Vorschule für militärische Disziplin, Einsatzbereitschaft und Gefolgstreue dient die Hitlerjugend der Aufgabe, der neuen, dem militärischen Korpus, der eingeborenen Kreatur des Staates, nachgebildeten, eben staatsgeneriert-paramilitärischen Beschaffenheit und Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft reproduktiven Bestand alias generationelle Kontinuität zu sichern.

Das Tüpfelchen auf dem i dieses staatlichen Bemühens um den reproduktiven Bestand und die generationelle Dauer der qua paramilitärische Volksgemeinschaft zum Nach- und Abbild der militärischen Kreatur des Staates umgemodelten bürgerlichen Gesellschaft stellt dabei der vom nationalsozialistischen Regime zur gesetzlichen Pflicht erhobene und die Altersgruppe zwischen 18 und 25 erfassende halbjährige Arbeitsdienst dar. In der Frühzeit der Republik einem freiwilligen Arbeitslagerprojekt, einer zwischen lebensreformerischem Aufbruchsimpetus und

eskapistisch- romantischem Ausbruchsreflex changierenden studentischen Initiative, entsprungen und dann gegen Ende der Republik in Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise als Mittel zur Arbeitsbeschaffung in genere und zur Linderung beziehungsweise Verschleierung der Jugendarbeitslosigkeit in specie instrumentalisiert, markiert der nach der Machtergreifung als Reichsarbeitsdienst den jungen Erwachsenen zur gesetzlichen Pflicht gemachte Dienst an der kraft staatlicher Verpflichtung als Volksgemeinschaft definierten Gesellschaft das Bindeglied zwischen unter paramilitärische Kuratel gestellter und als Vorschule zur Mobilmachung organisierter Jugendzeit und militärischer Rekrutierung oder jedenfalls Kontrolle und Inanspruchnahme unterworfenem Erwachsenenalter und bildet so das missing link, das die bürgerliche Gesellschaft als dem Staat in corpore seiner Kreatur nicht weniger zuarbeitendes als nachgebildetes vollendetes Kunstgebilde und durchgängiges Hilfskonstrukt in Haft und Gebrauch nimmt.

So also schließt der führertümliche Militärstaat, den die nationalsozialistische Bewegung mit dem obstetrizischen Beistand der bereits ab republica condita die republikanische Ordnung unterminierenden beziehungsweise die republikanische Entwicklung sabotierenden antirepublikanischen Kräfte, der nationalkonservativen und chauvinistisch-reaktionären Parteien und Gruppierungen des bürgerlichen Lagers, gebiert, die systematisch-strukturelle Kluft, die ihn von der bürgerlichen Gesellschaft, seiner ihm actu des Sozialpakts, für den er einzustehen beansprucht, zugewiesenen Kontrahentin beziehungsweise anvertrauten Vertragspartnerin, in dem Maße trennt, wie er seine eingeborene Kreatur, die Wehrmacht, zu seiner die institutionellen Emanationen und fraktionellen Organisationen der Gesellschaft ebenso pauschal erübrigenden wie radikal ausschaltenden exklusiven sozialen Leibgeberin alias monopolen politischen Körperschaft avancieren lässt und dadurch sie, die bürgerliche Gesellschaft, zu einem bloßen personalen Steinbruch beziehungsweise materialen Zeughaus für eben jene ihm das soziale Sein exklusiv bedeutende und das politische Wesen monopol vermittelnde militärische Kreatur degradiert und demontiert.

Indem der Staat die Verdrängung und Ersetzung der vielen zivilen Verbände und Parteien, die die bürgerliche Gesellschaft ihm gegenüber repräsentieren und als seine Kontrahentin etablieren, durch das ihm als

die exklusiv eine soziale Repräsentanz dienende und zum monopol einzigen politischen Leibgeber gereichende militärische Korpus zum Anlass nimmt, die in der Konsequenz des Verdrängungs- und Ersetzungsvorgangs zum rassischen Steinbruch und völkischen Zeughaus amorphisierte und nivellierte bürgerliche Gesellschaft nach Maßgabe eben jenes militärischen Korpus zu reorganisieren, sie nach seinem Bilde zu restrukturieren, sie mit anderen Worten paramilitärisch umzumodeln, gelingt es ihm, die strukturelle Kluft zu überbrücken und systematische Lücke zu schließen, die er durch solch exklusiv militaristische alias monopol wehrmächtige Fassung des mit ihr erneuerten Sozialpakts aufreißt, und sie, die bürgerliche Gesellschaft, an das militaristisch kurzgeschlossene alias monströs etatistische, als gesellschaftliches Unwesen ausgewiesene reine Staatswesen halbwegs zu adaptieren und wie auch immer artifiziell und prothetisch in es zu integrieren.

Und dass diese systematisch-strukturelle Anpassung der zivilen Gesellschaft an den militärischen Staat und Homogenisierung mit ihm gleich auch noch in anderer Hinsicht Früchte trägt und nämlich, wie oben bereits expliziert, sowohl praktisch-intentionale, die Brauchbarkeit der ersteren für die militaristische Agenda des letzteren fördernde, als auch ideologisch-dispositionelle, der Verträglichkeit der militaristischen Agenda mit der eigentlich konträren Zielprojektion des sozialistischen Gegners Vorschub leistende Nützlichkeit beweist - wie könnte diese mehrfache Tauglichkeit der der bürgerlichen Gesellschaft zugemuteten Renovierung, diese praktische und ideologische Überdeterminierung ihrer systematisch angezeigten paramilitärischen Umkrempelung, verfehlen, das führertümliche Militärregime in seinem Vorhaben entschieden zu bestärken und ihm jenen Elan und Durchsetzungswillen zu verleihen, den es erfordert, um im Zeitraum von drei, vier Jahren das Vorhaben in die Tat umzusetzen und die bürgerliche Gesellschaft, wenn schon nicht in ein perfektes Alter ego der Wehrmacht, quasi einen Doppelgänger des militärischen Korpus, so jedenfalls doch in dessen gespucktes Faksimile, einen wie für die Wehrmacht geschaffenen Leibdiener und Schildhalter zu verwandeln.

Die Militarisierung der bürgerlichen Gesellschaft nutzt der nationalsozialistische Staat als ökonomisches Krisenbewältigungsmittel, als Hebel zur wirtschaftlichen Erholung.

Natürlich löst die paramilitärische Renovierung der durch die Abschaffung ihrer heimischen Repräsentanzen und die Auflösung ihrer eigenen Institutionen amorphisierten und nivellierten republikanisch-zivilen Gesellschaft, ihre, wie man will, gestaltgebende oder fassonverleihende politisch-organisatorische Abbildung auf den diktatorisch-militärischen Staat und die dadurch zwischen den beiden wiederhergestellte, dem staatswesentlichen Sozialpakt Genüge leistende Komparabilität und Kontinuität, noch kein einziges der ökonomisch-operativen Probleme, die seit dem Ende des Weltkrieges dem Deutschen Reich zusetzen und es nach einer zwischenzeitlichen Beruhigung der Lage, einer der Entlastung vom Druck der Reparationszahlungen, der währungs- und haushaltspolitischen Stabilisierung der Staatsfinanzen und vor allem dem weltwirtschaftlich generellen Aufschwung der zwanziger Jahre geschuldeten Erholungsphase, in der Konsequenz der zum Ende des Jahrzehnts ausbrechenden Weltwirtschaftskrise mit einer Art von volkswirtschaftlichem Schlaganfall heimsuchen.

Diese Art von volkswirtschaftlichem Schlaganfall, diese, wie oben erläutert, dem Missverhältnis zwischen produktivkräftiger Produktionsleistung und possessivschwacher Konsumkraft geschuldete massive Störung, um nicht zu sagen akute Lähmung des kapitalistisch organisierten, sprich, auf die Schöpfung und Realisierung von mehrwertigem Wert abonnierten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, die sich im Teufelskreis einer durch die Stockung der industriellen Wertschöpfung, die Folge mangelnder kommerzieller Wertrealisierung ist, verursachten Massenarbeitslosigkeit und einer durch solche Massenarbeitslosigkeit wiederum verschärften Einbuße an kommerzieller Wertrealisierungskapazität und demzufolge verstärkten Stockung der industriellen Wertschöpfungsaktivität verhalten zeigt- diese massive Störung und gar akute Lähmung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses also ist es ja, was der nationalsozialistischen Bewegung mit ihrem polemisch-aggressiv alias fanatisch-obsessiv auftrumpfenden romantisch-regressiven Heilsversprechen einen zwar je nach ökonomischem Prospektwechsel bald akzelerierten, bald retardierten, aber doch, aufs Ganze gesehen oder

vielmehr aufs bittere Ende geschaut, unaufhaltsamen Auftrieb verleiht und ihr in der durch jenen Perspektivenwechsel enervierten, durch das Auf und Ab der Hoffnungen und Frustrationen, die er weckt, zermürbten und durch den weltwirtschaftlichen Kollaps, in dem er kulminiert, nicht weniger um ihren Verstand gebrachten als am Boden zerstörten Bevölkerung politischen Zulauf und soziale Anhängerschaft beschert.

Dabei speisen sich der politische Zulauf, den die nationalsozialistische Bewegung im Gefolge des weltwirtschaftlichen Kollapses erhält, und die soziale Anhängerschaft, die sie gewinnt, aus unübersehbar allen Schichten der Bevölkerung, aus der klassenübergreifend ganzen Nation, auch wenn die Beweggründe für den Zulauf, die anhängerschaftlichen Motivationen sich schichtspezifisch durchaus unterscheiden, nach Klassenzugehörigkeit eindeutig sortieren lassen. Während die Anfälligkeit der arbeiterschaftlichen und kleinbürgerlichen Schichten für das Heilsversprechen der nationalsozialistischen Bewegung panisch-subsistenzieller Natur ist und nämlich in der Hoffnung gründet, dass die an die Macht gelangte und in Staat sich werfende Bewegung die in Armut und Elend stürzende ökonomische Krise bewältigt, mit anderen Worten, für realen Unterhalt Sorge trägt und die Garantie sozialer Sicherheit bietet, ist die Empfänglichkeit des mittelständischen Bürgertums und zumal der das Kapital gesellschaftlich repräsentierenden und unternehmerisch administrierenden Bourgeoisie eher zynisch-instrumentellen Charakters und entspringt der Erwartung beziehungsweise dem Kalkül, dass die nationalsozialistische Bewegung für die Rolle des nützlichen Idioten tauge, sprich, sich dazu eigne, dem durch die Pauperisierung und Deklassierung, in der ökonomischer Kollaps und Massenarbeitslosigkeit resultieren, beflügelten sozialistischen Elan und befeuerten revolutionären Impetus der antirepublikanischen Kräfte auf der anderen Seite des politischen Spektrums, des die Republik statt mit dem Trugbild eines bündischen Sozialpakts der Eigentumsklassen lockenden vielmehr mit dem Schibboleth einer kommunistischen Solidargemeinschaft ohne Eigentumsklassen bedrohenden linken Lagers - diesem Elan und Impetus also die Spitze abzubrechen und ihn ins Bockshorn eben jenes die Überwindung der republikanischen Klassengesellschaft simulierenden bündischen Trugbilds zu jagen.

Nachdem nun aber die nationalsozialistische Bewegung sich kraft des panischen Votums durch die Weltwirtschaftskrise ihres politischen Verstandes beraubter und für populistische Wahnideen anfällig gemachter breiter

Bevölkerungsschichten und dank der zynischen Unterstützung von Seiten wirtschaftskrisenbedingt um die klassengesellschaftliche Ordnung fürchtender bürgerlicher Kreise parlamentarisch fest installiert und als maßgebliche Macht in Stellung gebracht und sich zu guter Letzt dank der tatkräftigen Förderung durch die mit dem nicht weniger revanchistisch-aggressiven als romantisch-regressiven nationalsozialistischen Programm sympathisierende unheilige Allianz aus militärischem Kommando und präsidialem Amt in aller Form etabliert und in Gestalt eines führertümlichen Einparteiensystems alias diktatorischen Militärregimes die staatliche Macht ergriffen hat - nachdem sie dies also geschafft hat, ist sie bei ihrer Anhängerschaft, bei ihren arbeiterschaftlichen und kleinbürgerlichen Wählern und ihren bürgerlichen beziehungsweise bourgeoisen Unterstützern, im Wort und muss sie, was deren ökonomische Bedürfnisse und soziale Ansprüche betrifft, liefern. Ihren arbeiterschaftlichen und kleinbürgerlichen Wählern muss sie mit anderen Worten die erhoffte subsistenzielle Sicherheit und existenzielle Geborgenheit bringen, die ihnen das in der Weltwirtschaftskrise kulminierende ökonomische Wechselfieber der zwanziger Jahre vorenthalten beziehungsweise verschlagen hat.

Und auch ihre bürgerlichen und bourgeoisen Anhänger und Unterstützer haben Ansprüche an die Bewegung. Zwar ist, wie gesagt, die Unterstützung und Förderung, die sie von deren Seite erfährt, ursprünglich eher zynischer Natur und durch das taktische Kalkül motiviert, die nationalsozialistische Bewegung könne ihnen den dem kapitalistischen System fundamental das Existenzrecht bestreitenden kommunistischen Widersacher vom Hals halten oder gar schaffen und biete ihnen ex negativo dieser ihrer antikommunistischen Zauberkraft die Gewähr dafür, dass, ökonomisch gesehen, alles beim Alten bleibt und sie also auch weiterhin im unangefochtenen Besitz und ungestörten Genuss eben jenes wertschöpferischen Systems verharren können, dem als einem wundersamen Umverteilungsmechanismus alias Reichtumsbildungsapparat sie ihren realen Wohlstand und ihren darauf fußenden sozialen Status schulden. Da nun aber über die ihnen als nützlichem Idioten zugedachte bannkräftig-negative Rolle hinaus der Nationalsozialismus sich als ebenso selbstmächtiger wie eigenwilliger Akteur beweist und als solcher die einfallsreich-positive Funktion einer führertümlichen Staatsmacht an sich reißt, bleibt diesen seinen vermeintlichen Auftraggebern

und Möchtegern-Drahtziehern aus dem bürgerlichen beziehungsweise bourgeoisen Lager gar nichts anderes übrig, als sich mit ihm, dem neu etablierten Machthaber, zu arrangieren und sich damit abzufinden, dass, was sie bis dahin sich aus kapitalistisch eigener Kraft und in liberalistisch eigener Regie zu beschaffen und zu sichern gewohnt sind, ihren materialen Wohlstand und ihren darin gründenden sozialen Vorrang, nurmehr im Gewahrsam seines politischen Diktats und nach Maßgabe seines strategischen Kommandos erringen und bewahren können.

So sehr diese in seiner Machtergreifung beschlossene Mutation des Nationalsozialismus aus einem heteronom nützlichen Idioten, einem vermeintlich dienstbaren Geist, in einen autonom eigennützigen Akteur, eine tatsächlich herrschende Macht, sein Verhältnis zu seinen bürgerlichen Unterstützern und Förderern de facto oder realiter revidiert, so sehr sie sich ebenso sehr wirtschaftsstrategisch in Abhängigkeit von ihm versetzt wie gesellschaftspolitisch durch ihn unter Kuratel gestellt finden, so sehr setzen diese ihre wirtschaftsstrategische Abhängigkeit von ihm und diese von ihm für sie übernommene gesellschaftspolitische Vormundschaft doch aber auch umgekehrt ihn unter Druck und treiben ihn de jure oder intentionaliter an, sich nach der Decke der ökonomischen Erwartungen und darin gründenden sozialen Ansprüche zu strecken, um derentwillen sie ihn unterstützen und fördern.

Wenn er, der aus einer populistisch-republikanischen Bewegung in ein militaristisch-diktatorisches Regime mutierte Nationalsozialismus, sich nicht mit der Erfüllung seines negativen Auftrags bescheidet, ihnen den kommunistischen Widersacher vom Halse zu schaffen und ihnen damit die Rückkehr zu ihrem ungefährdet liberalistischen Tun und Treiben, sprich, die ungestörte Ausübung ihres kapitalistischen Alltagsgeschäfts zu ermöglichen, sondern vielmehr dazu fortschreitet, sich ihnen als wirtschaftspolitisch richtungweisender Kontrolleur bleibend zu oktroyieren und ihnen als gesellschaftspolitisch maßgebender Kurator dauerhaft zur Last zu fallen, dann übernimmt er damit nolens volens die Aufgabe, das als kapitalistisches herrschende gesellschaftliche Reproduktionsgefüge, das mittels Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft mehrwertschöpfende ökonomische System, so zu kontrollieren und zu kuratieren, dass er das, wofür unter seinem Regime die bürgerliche Klasse aus kapital eigener Kraft und in liberal eigener Regie nicht mehr Sorge zu tragen imstande ist, an ihrer Statt und stellvertretend für sie ins Werk setzt und dass also die

bürgerliche Klasse auf gewohnte Art und in tradierter Weise vom Mehrwertschöpfungsprozess direkt oder indirekt, per persönlich-finanzielle Investition in ihn oder mittels staatlich-fiskalischer Partizipation an ihm, zu profitieren und mithin gleichermaßen ihren Anspruch auf die Anhäufung privaten Eigentums eingelöst und ihr Streben nach in letzterem gründendem öffentlichem Status befriedigt zu finden vermag.

Nicht demnach nur in Ansehung der subsistenziellen Anforderungen und existenziellen Bedürfnisse der lohnarbeitenden und kleinbürgerlichen Teile der Gesellschaft, deren Verlangens nach Lebensunterhalt, sondern auch und zugleich mit Rücksicht auf die appropriativen Ansprüche und das possessive Begehren der bürgerlichen Klasse in genere und der bourgeoisen Unternehmerschaft in specie, deren Streben nach privateigentümlicher Bereicherung, weiß sich die zur Staatsmacht avancierte, aus einer republikanischen Partei in ein diktatorisches Regime mutierte nationalsozialistische Bewegung in der Bringschuld und muss sie, will sie ihre programmatisch-politische Initiative nicht der ökonomisch-defektorischen Lüge überführen beziehungsweise ihren ideologisch-sozialen Aufbruch nicht ins illusorisch-reale Leere laufen lassen, liefern.

Und zur Begleichung dieser den ökonomischen Unterhalt beziehungsweise Wohlstand und die soziale Verankerung beziehungsweise Besonderung der gesellschaftlichen Klassen betreffenden Bringschuld scheint, für sich genommen, die als primäre Leistung des neu etablierten nationalsozialistischen Regimes ins Auge fallende paramilitärische Reorganisation alias reservesoldatische Restrukturierung der rassisch reduzierten, völkisch nivellierten bürgerlichen Gesellschaft nichts Nennenswertes beizutragen. So sehr, wie oben erläutert, die paramilitärische Umrüstung der bürgerlichen Gesellschaft auch dazu taugen mag, die zwischen ihr und dem fremdgängerischen Staat, ihrem treubrüchigen Sozialpartner, der sie durch seine eingeborene Kreatur, seine Wehrmacht, abserviert und substituiert, aufreißende Kluft gleich in dreifacher Hinsicht, nämlich nicht nur systematisch-strukturell, sondern zugleich auch ebenso ideologisch-dispositionell wie praktisch-intentional zu schließen oder zumindest zu überbrücken, so wenig scheint diese Umrüstung doch aber geeignet, die ökonomische Dauerkrise zu lösen, deren Lösung die gesellschaftlichen Klassen in seltener Einmütigkeit vom neuen Regime erwarten, will heißen, den als kapitaler Akkumulationsprozess funktionierenden Wertschöpfungsbetrieb wieder in Gang zu setzen und auf Touren zu

bringen, von dem die eine Klasse sich die Sicherung ihrer Subsistenz, ihres Lebensunterhalts, erhofft und die andere sich die Mehrung ihres Possessivs, ihres Besitzstands, verspricht.

Die Volkswirtschaft von ihrer chronischen Lähmung, ihrem im Gefolge der Weltwirtschaftskrise andauernden Siechtum zu erlösen und ihr die gleichermaßen zur Erzielung einer akzeptablen Kapitalrendite und zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit erforderliche wertschöpferische Funktionslust und Leistungsbereitschaft zu revindizieren, ist aber auch, genauer besehen, gar nicht und schon gar nicht primär die Aufgabe solcher Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft nach dem Bilde des an ihrer Stelle als hypostatisches Bindeglied alias subjektgleiche Kopula mit dem Staat sozialpaktierenden militärischen Korpus. Diese Aufgabe weist das nationalsozialistische Regime nicht der zivilen Kopie, sondern dem militärischen Original zu, sie zu erfüllen, ist nach dem diktatorischen Willen des Regimes nicht sowohl Sache und Obliegenheit der paramilitärischen Umrüstung der bürgerlichen Gesellschaft als vielmehr Sinn und Zweck der um die geschlossene Gesellschaft des Staates selbst, seine eingeborene Kreatur, die Wehrmacht, kreisenden militärischen Aufrüstung, in der jene paramilitärische Umrüstung der bürgerlichen Gesellschaft ihr Vorbild findet und die sie simuliert.

Gleich nach der Machtergreifung nimmt der nationalsozialistische Staat diese für ihn und sein Bestehen grundlegende Aufrüstung seines militärischen Korpus in Angriff, als deren offizielle Besiegelung oder förmliche Magna Charta die zwei Jahre nach der Machtergreifung erfolgende und das Provisorium Reichswehr in das Perpetuum Wehrmacht überführende Einführung der allgemeinen Wehrpflicht firmiert. Als für das Bestehen des nationalsozialistischen Regimes und des von ihm etablierten Staatswesens grundlegend erweist sich dabei das militärische Aufrüstungsprogramm insofern, als seine Bedeutung sich nicht in dem speziellen, militärischen Effekt einer Stärkung staatlicher Wehrhaftigkeit, der Behauptungs- und Durchsetzungskraft des Staates als bürokratischen Apparats, erschöpft, sondern sich mehr noch und vor allem aus der generellen, ökonomischen Entlastung und Besserung erklärt, die es dem Gemeinwesen als ganzem bringt, der zivilen Gesellschaft als volkswirtschaftlichem Organismus beschert. Was im Gefolge der Machtergreifung an wirtschaftlicher Belebung, an Wiederankurbelung der industriellen Produktion und Rückgang der Arbeitslosigkeit statthat, geht in der

Hauptsache und maßgeblich aufs Konto staatlich finanzierter militärischer Aufrüstungsprogramme.

Indem das nationalsozialistische Regime Rüstungsaufträge vergibt, Programme zur Forschung, Entwicklung und Herstellung neuer Waffensysteme, kriegstechnischer Anlagen und Kampfstoffe auflegt, die materiale Beschaffung und den Nachschub für die leibliche Versorgung und zeugliche Ausstattung der aus Heer, Marine und Luftwaffe kompilierten wachsenden Streitmacht organisiert und etabliert und, last not least, infrastrukturelle Projekte realisiert und Verkehr und Kommunikation betreffende Maßnahmen trifft, die auf den Kriegsfall berechnet sind und das ganze Land sei's in ein zum Angriff bereites Aufmarschgebiet, sei's in eine als Bollwerk taugliche Abwehrstellung verwandeln, liefert es durch dies - direkt, die Streitmacht als solche betreffend, und indirekt, ihren Entfaltungs- und Manövrierraum angehend - umfassende militärwirtschaftliche Engagement nicht nur dem industriekapitalistischen System den Anreiz zu weiterer beziehungsweise neuer mehrwertiger Wertschöpfung und mithin der bürgerlichen Klasse die Gelegenheit zur Befriedigung ihres Anspruchs auf kapitalen Profit beziehungsweise monetäre Rendite, sondern es bietet auch und zugleich, weil solch weitere oder neue Wertschöpfung ja die Anstellung gesellschaftlicher Arbeitskraft und die Einbeziehung von für deren leibliche Versorgung und persönliche Ausstattung nötiger gewerblicher Dienstleistung erheischt, den arbeiterschaftlichen Lohnempfängern und kleinbürgerlichen Dienstleistern, also dem Gros der zivilen Bevölkerung, die Gelegenheit, wieder Beschäftigung zu finden und in Brot zu kommen und sich durch die ihnen damit ermöglichte Befriedigung ihrer subsistenziellen Bedürfnisse und Sicherung ihrer individuellen Existenz der materialen Not und dem sozialen Elend zu entreißen, in die das der Weltwirtschaftskrise folgende chronische Siechtum sie gestürzt hat.

Um der industriekapitalistischen Produktionsmaschine aus ihrer absatzkrisenbedingten Dysfunktionalisierung herauszuhelfen, sie wiederanzukurbeln und ihr ein ausreichendes Maß an wertschöpferischer Betriebsamkeit zu revindizieren, springt der nationalsozialistische Staat dem paralysierten kommerziellen Austausch alias kollabierten zivilen Markt zur Seite oder tritt vielmehr an dessen Stelle und bietet, indem er als eine Art von Großkonsument oder kapitaler Verbraucher die ausbleibende und fehlende Nachfrage nach zivilen Gütern und Dienstleistungen

durch den von ihm geltend gemachten Bedarf an kriegstechnischem Gerät, militärischen Anlagen und strategischen Einrichtungen kompensiert, dem industriekapitalistischen System die Motivation, mit seiner Produktionstätigkeit wieder Fuß beziehungsweise Tritt zu fassen, sprich, den Mehrwert erzielenden Wertschöpfungsprozess, der seine *raison d'être* ist, wieder in Gang beziehungsweise in Schwung zu bringen. Der Staat geht mit seinen Aufträgen an die Industrie und den volkswirtschaftlichen Projekten, die er betreibt und betreiben lässt, als in die Bresche der defizienten gesellschaftlichen Nachfrage springender Ersatzkonsument quasi in finanzielle Vorleistung und tut das in der Erwartung beziehungsweise mit dem Kalkül, dass er der industriekapitalistischen Produktionsmaschine durch solch ersatzkonsumtive Neubelebung und Wiederankurbelung ihrer Wertschöpfungstätigkeit ermöglicht, Arbeitslöhne zu generieren und Kapitalrenditen abzuwerfen, die den krisenträchtigen Krankheitsfaktor, den Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft, zu beheben und letztere so weit zu stärken und zu sanieren geeignet sind, dass sie für ein Äquilibrium zwischen von ihr getragener kommerziell-geldlicher Nachfrage und dem per Wertschöpfungsprozess produzierten industriell-sächlichen Angebot zu zu sorgen vermag und damit, wie einerseits der industriekapitalistischen Produktionsmaschine die Rückkehr zum Normalstatus oder, besser gesagt, Idealzustand eines selbsttragenden Automaten alias selbstreproduktiven Mobile erlaubt, so andererseits dem in Vorleistung gegangenen Staat gestattet, sein ersatzkonsumtives Engagement zu beenden und sich aus dem Wertschöpfungsgeschäft des industriekapitalistischen Systems, in dem er sich, der Not gehorchend, wertrealisatorisch engagiert hat, wieder zu absentieren, um sich erneut auf seine angestammten, nicht sowohl ökonomisch-vermögensproduktiven als vielmehr politisch-verhaltensnormativen Pflichten und Aufgaben zu konzentrieren.

Im abstrakten Prinzip unterscheidet sich das im ersatzkonsumtiven Engagement des Staates seinen Dreh- und Angelpunkt findende Sanierungsverfahren, zu dem das nationalsozialistische Regime greift, um der zur chronischen Depression durchschlagenden Krise des ökonomischen Systems Herr zu werden, nicht von der auf das gleiche Ziel einer Bewältigung der Krise und ihrer chronischen Folgen gerichteten und gemeinhin als New Deal plakatierten Vorgehensweise, zu der sich die anderen industriekapitalistischen Staaten, vorzugsweise die mittlerweile

in wirtschaftspolitischen Dingen nach Maßgabe ihres volkswirtschaftlichen Gewichts tonangebenden beziehungsweise richtungweisenden Vereinigten Staaten von Amerika und in ihrem Schlepptau dann auch ihre europäischen Alliierten, entschließen. Auch der New Deal findet sein Leitmotiv oder primum movens in der Bereitschaft des Staates, sich ersatzkonsumtiv, anstelle der defizienten gesellschaftlichen Konsumkraft und deren unzulängliche kommerzielle Nachfrage kompensierend, zu engagieren und zu diesem Zweck auf Basis einer durch die Geldschöpfungskompetenz der Notenbank ermöglichten Kreditaufnahme in finanzielle Vorleistung zu gehen, um mittels der aufgenommenen Kredite dem lahmenden kommerziellen Konsumtionssystem alias Wertrealisierungsgeschäft beizustehen und unter die Arme zu greifen und damit dem auf letzteres angewiesenen und ihm auf Gedeih und Verderb korrelierten industriellen Produktionsprozess alias Wertschöpfungsbetrieb wieder aufzuhelfen und Beine zu machen.

Im abstrakten Prinzip unternimmt es gerade so wie die liberaldemokratisch-republikanischen Regierungen der westlichen Industrienationen auch das nationalsozialistisch-diktatorische Regime des Deutschen Reichs, die Weltwirtschaftskrise dadurch zu überwinden und der aus ihr resultierenden chronischen industriesystematischen Depression dadurch beizukommen, dass es mit Hilfe von Krediten, die ihm die staatliche Notenbank auf der Basis einer Beleihung des vom bürgerlichen Bankensystem verwalteten privateigentümlichen Vermögens schöpft und zur Verfügung stellt, zu Markte geht und sich per Aufträge an die Industrie und per Finanzierung beziehungsweise Subventionierung öffentlicher Vorhaben und infrastruktureller Projekte als den Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft wettmachender Großkonsument betätigt. Und im abstrakten Prinzip nicht anders als die Regierungen der westlichen Industrienationen erhofft sich auch das Regime des Deutschen Reichs von solch ersatzkonsumtiver Betätigung eine Wiederbelebung des kapitalistischen Produktionssystems alias Wiederankurbelung des industriellen Wertschöpfungsprozesses, die genug Durchschlagskraft beweist und sich als nachdrücklich genug herausstellt, um mittels der Löhne, die sie generiert, und der Renditen, die sie abwirft, die gesellschaftliche Wertrealisierungskapazität wieder so weit zu stärken und mit dem sächlichen Wertschöpfungsvolumen ins Lot zu bringen, dass, wie einerseits das

volkswirtschaftliche System aus eigenem Antrieb und auf eigene Rechnung zu funktionieren, so der als Ersatzkonsument engagierte staatliche Nothelfer sich aus dem ökonomischen Geschäft zurückzuziehen und auf seine politischen Aufgaben zu beschränken vermag.

Diese im abstrakten Prinzip klar ersichtliche Parallelität, die das notgedrungene ökonomische Involvement des nationalsozialistischen Regimes zu dem der westlichen Industrienationen, seiner vormaligen Kriegsgegner, aufweist, impliziert freilich auch, dass sich das Regime durch solch Involvement in die gleiche, oben bereits explizierte Bredouille gebracht sieht wie jene.

Kapitel Sieben

Die Mehrwertrealisierung als ebenso sehr Stolperstein wie Antriebsfeder des ökonomischen Systems und der dadurch erforderliche Übergang des Staats vom politischen Engagement zum ökonomischen Involvement.

Der für das Wertschöpfungssystem konstitutive Imperativ, Mehrwert zu schöpfen, zwingt, weil er die Rekrutierung immer neuer Konsumenten erfordert, den Staat schon früh, dem ökonomischen System politisch zu sekundieren. Weil die Aufgabe, dieser Sekundantenrolle zu genügen, im neunzehnten Jahrhundert an unüberschreitbare demographische und geographische Grenzen stößt, sieht sich der Staat genötigt, anstelle der bis dahin geleisteten offensiven ordnungs- und machtpolitischen Hilfestellungen korrektive sozial- und verteilungspolitische Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen. Die Einbußen an Mehrwert, die dieser staatliche Verfahrenswechsel mit sich bringt, beantwortet das Kapital mit einer Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, die zwar zu einer Vergrößerung der Mehrwertmenge, nicht aber zu der erstrebten Steigerung der Mehrwertrate führt.

Verantwortlich für die Verlegenheit, um nicht zu sagen, Zwangslage, in die sich, wie oben erläutert, die westlichen Industrienationen durch ihr als New Deal plakatiertes ökonomisches Engagement gestürzt finden, ist kurz und bündig, wenn auch alles andere als schlicht und einfach dies, dass sich der Wertschöpfungsprozess des industriekapitalistischen Produktionssystems gleichermaßen substanziell und essenziell um die Erzielung von Mehrwert dreht.

Nur sofern es gelingt, per Ausbeutung persönlicher Arbeitskraft menschliche Arbeitsleistung in eine sächliche Wertmenge zu transformieren, die das Wertquantum, das der Arbeitskraft als Lohn für ihre persönliche Arbeit zufällt, übersteigt, mit anderen Worten, mehr wert ist als die Lohnsumme, die die persönliche Arbeitskraft für ihre Arbeitsleistung erhält, lässt sich, substanziell gesehen, der Sinn des wertschöpferischen Unternehmens als erfüllt betrachten.

Und nur sofern es des Weiteren glückt, diesen Mehrwert auf dem Markt zu realisieren, ihn aus seiner sächlichen in geldliche Form zu überführen, kann, essenziell genommen, der Zweck der wertschöpferischen Übung als erreicht gelten. Der als Wertschöpfungsprozess funktionierende kapitalistische Produktionsprozess steht und fällt also damit, dass erstens mehr sächlicher Wert, als in die menschliche Arbeitskraft qua Lohnzahlung investiert wurde, industriell geschöpft wird und dass es zweitens gelingt, dieses Mehr an sächlichem Wert auf dem Markt, im Austausch mit menschliche Arbeitskraft verkörpernden Personen, mit Konsumenten, die mit ihrem Arbeitslohn zu Markte gehen und zwecks Befriedigung ihrer materialen, sozialen und spirituellen Bedürfnisse bereit und willens sind, den sächlichen Wert per geldliche Einlösung der ihn in Gestalt von Gebrauchsgegenständen und in Form von Dienstleistungen verkörpernden industriellen Schöpfungen kommerziell zu realisieren.

So das in der Schöpfung und Realisierung von Mehrwert, in dessen Produktion und Akkumulation, bestehende Grundprinzip des kapitalistischen Systems kurzgefasst, springt freilich die logische Paradoxie beziehungsweise der mathematische Widersinn, womit solch Prinzip das System heimsucht, geradezu ins Auge. Fände sich das System tatsächlich darauf beschränkt, industriell, im gewerklichen Betrieb, menschliche Arbeitskraft per Lohnzahlung auszubeuten und sächlichen Wert schöpfen zu lassen, nur um den letzteren dann kommerziell, auf dem gewerblichen Markt, seinen als Lohnarbeitskräfte ausgebeuteten Schöpfern anzudienen und sich von ihnen mittels des ihnen gezahlten Lohns geldlich realisieren und damit aber in für die Entlohnung neuer Wertschöpfungsprozesse tauglichen Wert rückverwandeln zu lassen, es könnte nie und nimmer funktionieren und würde von der der offenkundigen Unmöglichkeit, die Lohnarbeitskräfte, die industriellen Schöpfer des Mehrwerts, für dessen kommerzielle Realisierung heranzuziehen, ad absurdum geführt.

So mutmaßlich letztere nämlich subjektiv bereit und intentionaliter willens wären, zu Markte zu gehen und jene Realisierungsaufgabe zu übernehmen, so klar ersichtlich fehlte ihnen dazu aber die objektive Fähigkeit, wären sie dazu realiter außerstande. Wie könnte das auch anders sein, da ja der als Lohn figurierende geldliche Wert, den sie für ihre sächliche Wertschöpfung erhielten, per definitionem des die kapitalistische Wertschöpfung nicht weniger konstituierenden als initiierenden expropriativen Grundprinzips sich um eben den Mehrwert gekürzt zeigte und geringer ausfiele, den aus seiner sächlichen Gestalt oder Form zu erlösen, kurz, geldlich zu realisieren, ihm, dem als Lohn figurierenden geldlichen Wert, nun zur Aufgabe gesetzt würde?

Der ebenso empirische wie pragmatische Ausweg aus dem logischen oder mathematischen Dilemma, in das sich das kapitalistische System verstrickt, sofern es sich als eine geschlossene, die kommerzielle Wertrealisierung exklusiv auf die industrielle Wertschöpfung gründende und letztere wiederum sich aus dieser ihrer exklusiven Gründung speisen lassende Veranstaltung konstituiert, dieser Ausweg liegt auf der Hand: Funktionieren, was nach Maßgabe des Mehrwertprinzips, das ihm so wesentlich ist, wie es sich selbst, soviel heißt wie sich augmentativ kontinuieren beziehungsweise akkumulativ reproduzieren kann das kapitalistische Wertschöpfungssystem nur, soweit und sofern es ihm gelingt, in Sachen Wertrealisierung Offenheit zu beweisen und auf Sukkurs von außen zu rekurrieren, konkreter gesagt, zur kommerziellen Realisierung des industriell geschöpften Mehrwerts nicht auf den geldlichen Wert angewiesen zu sein, den die den Schöpfern des sächlichen Werts für ihre schöpferische Arbeit von den Funktionären des Systems, den kapitalistischen Unternehmern, gezahlte Lohnsumme darstellt, sondern vielmehr auf geldlichen Wert aus außerhalb des Systems vorhandenen Quellen, aus nicht schon im Reproduktionszirkel des Kapitals befindlichen Zahlungsmitteln alias Kontingenten allgemeinen Äquivalents, zurückgreifen zu können.

Tatsächlich stehen und fallen gleichermaßen die empirische Existenz und die pragmatische Effizienz des kapitalistischen Wertschöpfungssystems mit dem ständigen Zufluss, der andauernden Einspeisung von zur Realisierung des geschöpften Mehrwerts erforderlichem geldlichem Wert alias allgemeinem Äquivalent aus außerhalb des wertschöpferischen Betriebes beziehungsweise kapitalistischen Kreislaufs befindlichen und sei's in der eigenen Gesellschaft anzapfbaren, sei's in anderen Gesellschaften

erschließbaren Geldquellen. Und das wiederum hat die empirische Konsequenz und den pragmatischen Effekt, dass das Wertschöpfungssystem nur in dem Maße lebensfähig und so lange funktionstüchtig sein kann, wie es an Expansion und Intensität gewinnt, wie mit anderen Worten sein modus procedendi ein auf andere Gesellschaften immer mehr ausgreifendes historisches Wachstum und sein modus vivendi eine in der eigenen Gesellschaft immer stärker durchgreifende systematische Entfaltung ist.

Nur in dem Maße und so lange, wie es das System schafft, einerseits seinen Konsumentenkreis in der eigenen Volkswirtschaft auf gesellschaftliche Gruppen, die nicht oder nur sporadisch beziehungsweise kontingent mit ihm verbunden beziehungsweise auf es angewiesen sind, auszuweiten und sich deren kommerzielle Nachfrage ebenso nachhaltig wie dauerhaft zu sichern und andererseits Gruppen oder Schichten in anderen Volkswirtschaften für sich zu gewinnen und als für das Geschäft der Realisierung seiner sächlichen Werte rekrutierte Hilfs- oder Entlastungstruppen seinem volkswirtschaftseigenen Konsumentenkreis nicht minder nachhaltig und dauerhaft ein- oder jedenfalls anzugliedern, kann es jenem permanenten Wachstumszwang nachkommen und jenem kategorischen Entfaltungsimperativ Genüge leisten, womit es bei Strafe nicht bloß des Verlusts seiner Effizienz, sondern mehr noch und überhaupt des Entzugs seiner Existenz das für es konstitutive industrielle Mehrwertschöpfungsprinzip und die darin implizierte kommerzielle Realisierungsnot schlagen und heimsuchen.

Dieser ihm aus seinem industriellen Mehrwertschöpfungsprinzip und aus der kommerziellen Realisierungsnot, die darin impliziert ist, entstehende Wachstumszwang und Entfaltungsimperativ konfrontiert nun freilich das kapitalistische System mit, pessimistisch gefasst, Schranken und Widerständen beziehungsweise, optimistisch betrachtet, Herausforderungen und Prüfungen geographischer, territorialer, machtpolitischer, soziokultureller, gewohnheitsrechtlicher, verkehrstechnischer, kurz, empirisch gegebener beziehungsweise historisch gewordener Art, die aus eigener Kraft und in eigener Regie zu bestehen und zu bewältigen die einzelne, das kapitalistische System implementierende Volkswirtschaft außerstande ist und für deren Überwindung oder Beseitigung das kapitalistische System deshalb von Anfang seiner Karriere an auf die Rückendeckung der ihm frönenden Gemeinwesen oder vielmehr, weil die betreffenden Gemeinwesen infolge des Systems klassengesellschaftlich

strukturiert, will heißen, zu Konflikt und Desintegration disponiert sind und weil deshalb ihr Zusammenhalt und ihre Handlungsfähigkeit der sie aus vorkapitalistischer Zeit als quasi archaische Erbschaft heimsuchenden res publica, dem sie doppelgängerisch verkörpernden beziehungsweise hypostatisch repräsentierenden herrschaftlichen Staat zufällt, auf dessen Hilfestellung angewiesen ist.

In der Tat leistet der wegen seiner steuerlichen und taxalischen Teilhabe an den Früchten des kapitalistischen Systems an dessen Bestehen und Gedeihen höchst interessierte und in seinem Etat, seinem für den Anspruch auf institutionelle Souveränität maßgeblichen finanziellen Status, mehr und mehr auf das System angewiesene Staat diese von ihm erforderte Hilfestellung ebenso zuverlässig wie durchgängig und ist in den ersten zwei, drei Jahrhunderten der Entwicklung des Systems eifrig darum bemüht, kraft einerseits auf die eigene Gesellschaft zielender marktentfesselnder Liberalisierungen, arbeitskraftrekrutierender Deregulierungen und die kommunale und regionale Infrastruktur adaptierender Renovierungen und mittels andererseits gegen andere Gesellschaften gerichteter merkantilistischer Maßnahmen, kolonialistischer Unternehmen und imperialistischer Expansionen die Schranken und Widerstände, die dem Wachstumszwang des Systems in die Quere kommen, beziehungsweise die Herausforderungen und Prüfungen, mit denen sein Entfaltungsimperativ sich konfrontiert findet, zu überwinden beziehungsweise zu bestehen. Der vorübergehende Erfolg der staatlichen Interventionen und Hilfestellungen straft sich freilich, weil er den Wachstumszwang und Entfaltungsimperativ uno actu seiner Befriedung und Erfüllung auch wieder erneuert und befeuert, ein ums andere Mal selber Lügen und lässt das System schließlich an ebenso unüberschreitbar wie unbestreitbar geographische und demographische Grenzen seines Wachstums und seiner Entfaltung stoßen.

Als gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts dank nicht zuletzt jener staatlichen Hilfestellungen und Interventionen die Bevölkerungen der industriegesellschaftlichen Länder sich im Wesentlichen konsumgesellschaftlich formiert zeigen und die übrige von ihnen kolonialistisch integrierte beziehungsweise imperialistisch okkupierte Welt sich im Großen und Ganzen marktsystematisch erschlossen darbietet, läuft das dem System durch den Wachstumszwang und Entfaltungsimperativ, der seinem innersten Beweggrund, dem Mehrwertprinzip, entspringt,

innervierte traditionelle Verlangen nach immer weiteren Konsumentenkreisen in der eigenen Gesellschaft und immer neuen Absatzmärkten in anderen Gesellschaften, nach immer umfänglicherer und vielfältigerer kommerzieller Nachfrage im eigenen Land und andernorts, immer offensichtlicher ins Leere, erweist sich als zunehmend gegenstandslos, und verlieren demgemäß aber auch die merkantilistisch-subventionistischen, liberalistisch-deregulatorischen und kolonialistisch-imperialistischen Instrumente, mit denen die Industriestaaten bis dahin das Wachstum und die Entfaltung ihrer Wertschöpfungssysteme befördern, wo nicht gar betreiben, nicht nur ihre instrumentelle Wirksamkeit, sondern in der Tat ihren funktionellen Sinn.

Um zu verhindern, dass der Wachstumszwang und Entfaltungsimperativ, den das den mechanischen Motor, um nicht zu sagen, das organische Herz des Wertschöpfungsprozesses bildende und ein ihm gemäßes Wertrealisierungsgetriebe, um nicht zu sagen, einen ihm gewachsenen Marktorganismus fordernde Mehrwertprinzip dem industriekapitalistischen System innerviert - um zu verhindern, dass dieser Wachstumszwang und Entfaltungsimperativ, weil er nunmehr ins Leere läuft, das System im Horror Vacui erstarren lässt, beziehungsweise, gegenstandslos geworden, das System sich selber aufs Korn nehmen lässt und in die Selbstzerstörung treibt, vollziehen die Industriestaaten bei ihren Unterstützungs- und Förderungsmaßnahmen eine veritable Kehrtwendung weg von offensiven ordnungs- und machtstrategischen Projekten und hin zu korrektiven sozial- und verteilungspolitischen Rezepten.

Statt sich zwecks Befriedigung des Wachstumszwangs und Entfaltungsimperativs auf die Suche nach nicht oder jedenfalls nicht mehr in hinlänglichem Maße vorhandenen systemexternen Konsumenten und ausländischen Märkten zu kaprizieren, verlegen sie sich darauf, mittels gewerklich-direkter und gesetzlich-indirekter Rückführung von Mehrwert in Arbeitslohn den im System Arbeitenden über die Subsistenz, mit der letzteres sie abspeist, hinaus ein gewisses Maß beziehungsweise Minimum an Konsumkraft zu verleihen, also die dem Wertschöpfungssystem als solchem immanente Wertrealisierungskapazität zu vergrößern, und auf diese Weise den industriellen Ausbeutungsgrad zu verringern beziehungsweise die kommerzielle Mehrwertrate zu senken. In einer Art von sozialpolitischer und wirtschaftsstrategischer Parallelaktion dienen also die staatlichen Umverteilungsbemühungen der Aufgabe, die materiale

Not zu lindern und die sozialen Konflikte zu entschärfen, die Folge der liberalistisch entfesselten Ausbeutungsökonomie des Systems sind, und verfolgen gleichzeitig den Zweck, den dieser liberalistischen Entfesselung entspringenden industriellen Wachstums- und kommerziellen Entfaltungsprozess hinlänglich zu zügeln und ausreichend zu verlangsamen, um das System vor der Sturzfahrt in die große Absatzkrise, der Katabole in den Wertrealisierungsbankrott zu bewahren.

In Ansehung der ersteren Absicht, der Linderung sozialer Not und Entschärfung des in ihr angehäuften sozialen Konfliktstoffs, lässt sich der staatlichen Umverteilungspolitik ein gewisser Erfolg durchaus nicht absprechen. Hinsichtlich des letzteren Vorhabens freilich, der Entschleunigung des industriellen Wachstums und Sedierung des kommerziellen Entfaltungsprozesses, erweist sich die staatliche Umverteilungspolitik als wenig effektiv, um nicht zu sagen, als veritabler Fehlschlag. Auch wenn sie dem vom Mehrwertprinzip motivierten und vielmehr diktierten Wachstumszwang und Entfaltungsimperativ vorübergehend einen Dämpfer aufzusetzen beziehungsweise Zügel anzulegen vermag, ihn dauerhaft unter Kontrolle zu bringen und unter Kuratel zu stellen, geschweige denn, ihn überhaupt abzuschaffen und ad acta zu legen, ist ihr mitnichten gegeben.

Was das eine, die Abschaffung des Zwangs und Aufhebung des Imperativs angeht, so verbietet sich die von selbst, weil sie ja dem Grundmotiv und innersten Antrieb des Systems, eben dem Mehrwertprinzip, ins Gesicht schlüge und sich deshalb mit ihr nichts erreichen ließe als der Verlust dessen, was das System am Leben erhält, mithin sein Tod. Und was das andere, die den Zwang zu lockern und den Imperativ zu entschärfen bestimmte Dämpfung des Wachstums und Zügelung der Entfaltung, betrifft, so hält auch die nicht, was sie verspricht, weil das Wertschöpfungssystem jene umverteilungspolitischen und sozialstaatlichen Bemühungen mit einer ebenso breit angelegten wie durchschlagenden Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie konterkariert. Um die mit den Umverteilungsbemühungen des Staats einhergehende Senkung der Mehrwertrate, mit der das auf den Mehrwert und dessen Maximierung als auf sein primum movens und seine ultima ratio bauende Wertschöpfungssystem sich weder abfinden kann noch will, zu verhindern oder zumindest zu kompensieren, suchen die Funktionäre

und Betreiber des Systems, was diesem direkt oder indirekt, per modum gewerkschaftlich erkämpfter Tariferhöhungen oder via steuerlich finanzierter Sozialleistungen, an Mehrwert verloren geht, mittels Rationalisierung der Arbeitsverfahren und Automatisierung der Arbeitsmittel und der dadurch ermöglichten Einsparung an Arbeitslohn zunichte oder zumindest wettzumachen.

In Anbetracht des eigentlichen Ziels dieser rationalisierungs- und automatisierungsstrategischen Anstrengungen des Wertschöpfungssystems, die Mehrwertrate seiner Schöpfungen, allen umverteilungspolitischen Zumutungen und sozialstaatlichen Zugriffen zum Trotz, zu sichern, wo nicht gar zu steigern, ist freilich ihr Scheitern vorprogrammiert. Weil die qua Arbeitslohn in menschliche Arbeitskraft gesteckte Wertsumme der einzig mehrwertschöpferische, weil den Wert der Arbeitskraft durch deren Ausbeutung augmentierende Produktionsfaktor ist und bleibt, wohingegen die Wertsumme, die in rationalisierte Arbeitsverfahren und automatisierte Arbeitsmittel investiert wird, sich mangels diesen Verfahren und Mitteln eigener ausbeutbarer Potenz im Schöpfungsvorgang bloß amortisiert alias reproduziert, bloß unverändert und sichselbstgleich von den Verfahren und Mitteln, in die sie investiert wurde, auf die Kreationen und Objekte übertragen wird, die sie hervorzubringen dient, ist das Ergebnis des Wertschöpfungsprozesses, dem die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie den Takt schlägt, um nicht zu sagen, den Marsch bläst, zwar ein der Mitwirkung der sächlichen Wertschöpfungsfaktoren entsprechendes Mehr an Produktwert, keineswegs aber ein in Korrespondenz zu dem Mehr an Produktwert gesteigerter Mehrwert.

Zwar, abstrakt gesehen, soll heißen, allein bezogen auf den mehrwertschöpfenden Faktor, die menschliche Arbeitskraft beziehungsweise den sie qua Arbeitslohn definierenden Wert, wächst damit die Mehrwertrate und wird das Ziel der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des Kapitals, per verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft die Einbußen an Mehrwert, mit denen die staatliche Umverteilungspolitik das Wertschöpfungssystem heimsucht, zu konterkarieren beziehungsweise zu kompensieren, durchaus erreicht. Weil aber der Preis, den das Wertschöpfungssystem für die rationalisierungs- und automatisierungsbedingte Verstärkung der Produktivkraft der menschlichen Arbeitskraft zahlen muss, deren Einbettung in technische Prozeduren und Ausrüstung mit maschinellen Apparaturen ist und weil der qua Investitionskosten

für letztere aufzubringenden Wertsumme anders als der qua Arbeitslohn für die menschlichen Arbeitskraft erforderten Wertsumme keine wertschöpferisch-augmentative Potenz eignet, sondern sie als tote, sich bloß amortisierende, ihren Wert bloß auf das Produkt übertragende Kosten ihren Sinn und Nutzen darin erschöpft, der wertschöpferischen Potenz der Arbeitskraft zu sekundieren und die Bühne zu bereiten - weil also die Sicherung beziehungsweise Steigerung der Mehrwertrate mit der Integration dieser, für sich genommen, nichtwertschöpferischen technischen und maschinellen Faktoren in den Wertschöpfungsprozess erkauft ist, ist sie, konkret betrachtet und nämlich gemessen am aus Arbeitslohn und Sachinvestition kombinierten Gesamt der für die Schöpfung von Wert nötigen finanziellen Aufwendungen alias Gestehungskosten, eher rückläufig und im Schrumpfen begriffen und erweist sich die den Gewinn oder Profit des Kapitals, allen sozialstaatlichen Eingriffen und umverteilungspolitischen Zugriffen zum Trotz, funktionell zu stabilisieren oder gar zu augmentieren gedachte Rationalisierungs- und Automatisierungsveranstaltung vielmehr als ein diesen Gewinn oder Profit strukturell zu unterminieren und zu erodieren geeignetes Verlustgeschäft.

So betrachtet, verfehlt also die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie offensichtlich den Zweck, für den das Wertschöpfungssystem sie in Anwendung bringt: Statt durch Einsparungen beziehungsweise Abstriche bei der den wertschöpferischen Faktor bildenden Arbeitslohnsumme die Mehrwertrate gegen die indirekten Eingriffe und direkten Zugriffe des Staats sicherzustellen, zwingt sie vielmehr das Wertschöpfungssystem, die für den wertschöpferischen Faktor Arbeitslohn zu erbringende Wertsumme durch für nichtwertschöpferische technische Prozeduren und maschinelle Apparaturen aufzubringende Investitionen zu komplementieren und zu komplettieren, die, so so sehr sie die Mehrwertrate abstrakt oder absolut, bezogen auf den Wert des Produktionsfaktors menschliche Arbeitskraft, sichern oder steigern mögen, ihr doch aber konkret oder relativ, gemessen am Gesamtwert der für den Produktionsprozess erforderlichen Investitionen, Abbruch und so der Profitabilität beziehungsweise Rentabilität des Prozesses Eintrag tun.

Auch wenn die gegen die staatliche Umverteilungspolitik aufgebotene Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie in keiner dauerhaften Steigerung der Mehrwertrate resultiert, verschafft sie doch dem einzelnen Unternehmer einen vorübergehenden Wettbewerbsvorteil auf dem Markt. Und weil sie zwar keine Steigerung der Mehrwertrate, wohl aber eine Vergrößerung der Mehrwertmenge zur Folge hat, verschärft sie die den Markt plagende Absatz- alias Wertrealisierungskrise. Dies umso mehr, als die mittels ihrer entfaltete Produktivität die vergrößerte Wertmenge in einer unverhältnismäßig größeren Menge materialer Güter und realer Leistungen ihren Niederschlag finden lässt, die das menschliche Bedürfnis und Begehren zunehmend auf die Probe seiner Appetenz und Fassungskraft stellt.

Dass ungeachtet dieses die Mehrwertrate nicht etwa konsolidierenden oder gar augmentierenden, sondern im Gegenteil unterminierenden und erodierenden und demnach den kapitalen Aufwand immer unprofitabler beziehungsweise unrentabler werden lassenden Effekts der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie das Wertschöpfungssystem an ihr festhält und sie zu einem aus seinem Tun und Treiben nicht mehr wegzudenkenden methodischen Konstitutiv, einem unentbehrlichen modus procedendi avancieren lässt, erklärt sich auf den ersten Blick aus der zeitlichen Verzögerung beziehungsweise perspektivischen Verzerrung, mit der sich jener Unterminierungs- und Erosionseffekt zur Geltung bringt, und aus der dadurch als quasi optische Täuschung beziehungsweise chronische Illusion beim Wertschöpfungssystem geweckten Hoffnung auf einen dem eigentlichen Ziel der Strategie gemäßen profitablen beziehungsweise rentablen Ausgang der Geschichte. Solange nämlich der dank Rationalisierung und Automatisierung erreichte höhere Produktivitätsstand sich noch nicht als industrielle Produktionsnorm durchgesetzt hat, sondern nur erst als von einzelnen Unternehmen und Betrieben avantgardistisch bezogene Position figuriert, können letztere den Wert des dem neuen Produktivitätsstand gedankten Mehr an Produkt noch nach Maßgabe der bis dahin verbindlichen Produktionsnorm veranschlagen, können sie, mit anderen Worten, die das Mehr an Produkt zeitigenden technischen Prozeduren und maschinellen Apparaturen als im Verein mit der menschlichen Arbeitskraft wirksame Arbeitskraft eigener Provenienz, will heißen, als im Produktionsprozess sich nicht bloß wertmäßig amortisierenden alias reproduzierenden, sondern vielmehr originär Mehrwert

schöpfenden, per se Profitabilität beziehungsweise Rentabilität beweisenden, Produktionsfaktor ausgeben und können sie also auf dem Markt das rationalisierungs- und automatisierungsbedingte Mehr an Gütern und Dienstleistungen alias materialem Produkt als ein arbeitskraftgeneriertes Mehr an allgemeinem Äquivalent alias kapitalem Wert realisieren oder zumindest reklamieren.

Und dieses scheinbare Mehr an kapitalem Wert, als das sie das Mehr an materialem Produkt, solange das sich als originales Ergebnis menschlich-energetischer Expropriation statt als konditionale Folge sächlich-automatischer Amortisation ausgeben und geltend machen lässt, realisieren oder zumindest reklamieren können, stärkt die Stellung der betreffenden Unternehmen und Betriebe auf dem Markt und verschafft ihnen einen kommerziellen Wettbewerbsvorteil, den sie nutzen können, um die Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen und sei's, wenn der Markt freie Entfaltungsmöglichkeiten bietet, kraft des erzielten Mehr an Mehrwert schneller als die Konkurrenten zu expandieren und sie so als Konkurrenten ins Hintertreffen geraten zu lassen und abzuhängen, sei's, wenn der Markt bereits umkämpft und überfüllt ist und es an freien Entfaltungsmöglichkeiten mangelt, mittels Preissenkungen, zu denen ein Verzicht auf das Mehr an Mehrwert ihnen die Handhabe bietet, die Konkurrenten unter Druck zu setzen, um sie, sofern der Preiskampf ihrem Produkt die Profitabilität beziehungsweise Rentabilität verschlägt, vom Markt zu verdrängen und sich ihre Marktanteile unter den Nagel zu reißen, ihre Geschäfte kurzerhand zu übernehmen.

Eben dies, dass das scheinbare Mehr an Mehrwert, das sie dank gesteigerter technisch-maschineller Produktivität schöpfen, den betreffenden Unternehmen und Betrieben ermöglicht, den Konkurrenten sei's den Rang abzulaufen und sie auf dem Markt ins Hintertreffen geraten zu lassen, sei's sie überhaupt auszukonkurrieren und vom Markt zu verdrängen, zwingt nun freilich bei Strafe ihres kommerziellen Scheiterns beziehungsweise Untergangs die letzteren, ihrerseits auf jene Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie zu rekurrieren, um durch Erhöhung der technisch-maschinellen Produktivität im eigenen Unternehmen oder Betrieb für einen Ausgleich der Wettbewerbsbedingungen zu sorgen oder sogar den Spieß umzudrehen und die zuvor erfolgreicheren Wettbewerber wiederum in Sachen Produktivkraft zu übertrumpfen. Und diese

dem kommerziellen Konkurrenzdruck entspringende generelle Adoption der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie durch das industrielle Wertschöpfungssystem führt aber zwangsläufig zu einer Veränderung und Neubestimmung der auf die menschliche Arbeitskraft als wertschöpferischen Faktor bezogenen Produktionsnorm, der einzig und allein am Wert der Arbeitskraft, am Arbeitslohn, sich bemessenden Wertschöpfungskapazität. In dem Maße, wie die per Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie ins Spiel gebrachten technischen Prozeduren und maschinellen Apparaturen ihre avantgardistische Stellung und exzeptionelle Bedeutung einbüßen und zum generellen Korollar und verbindlichen Inventar der menschlichen Arbeitskraft, zu deren fester Armatur und Standardausrüstung avancieren, lassen sie sich nicht länger als eine wertschöpferische Arbeitskraft unmenschlich eigener Art ausgeben, nicht weiter als eine zur menschlichen Arbeitskraft hinzutretende Mehrwertquelle sui generis geltend machen, und ordnen sie sich vielmehr der allein wertschöpferischen menschlichen Arbeitskraft als ein ihr prätentionslos dienstbares und im Produkt seine eigenen Gestehungs- alias Produktionskosten nur als solche reproduzierendes Hilfsmittel unter, gliedern sie sich der menschlichen Arbeitskraft als ein ihr selbstlos zur Hand gehendes und auf den durch sie geschöpften Wert seinen eigenen Wert bloß per Amortisation übertragendes Instrumentarium ein.

Die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, zu der das Wertschöpfungssystem in Reaktion auf die Einbußen an Mehrwert, mit denen die der Lohnarbeiterschaft zugute kommende staatliche Umverteilungs- und Unterstützungspolitik es konfrontiert, seine Zuflucht nimmt, führt also nur ebenso vorübergehend wie scheinbar, per optische Täuschung beziehungsweise chronische Illusion, ans gewünschte Ziel einer die staatlichen Ein- und Zugriffe konterkarierenden oder gar neutralisierenden Aufrechterhaltung beziehungsweise Steigerung der Mehrwertrate. Weil das System seine rationalisierungs- und automatisierungsstrategischen Bemühungen um die Mehrwertrate mit der Einführung aufwendiger technischer Prozeduren und der Anschaffung kostspieliger maschineller Apparaturen bezahlen muss, erweisen sie sich als teuer erkauft. So sehr absolut, bezogen auf die menschliche Arbeitskraft, die dank der Mitwirkung der technischen Prozeduren und maschinellen Apparaturen erzielte Mehrwertrate steigt, so sehr stellt sich relativ, gemessen am Gesamtwert

der für den Produktionsprozess erforderlichen und Arbeitskraft mit Arbeitsmittel, Mensch mit Maschine kombinierenden, um nicht zu sagen, konkreszierenden finanziellen Aufwendungen, der Anstieg der Mehrwertrate vielmehr als eine Absenkung heraus und entpuppt sich also in Ansehung dieses als Profit beziehungsweise Rendite den effektiven Gewinn, den das Wertschöpfungssystem aus seinem Wirken zieht, darstellenden relativen Mehrwerts, das eigentliche Ziel der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie als eklatanter Fehlschlag.

Das derart ernüchternde Fazit bleibt den Funktionären und Interessenten des Systems, seinen Unternehmern und Investoren, nur so lange verborgen, beziehungsweise vor ihm können letztere nur so lange die Augen verschließen, wie die neue Produktivität mit dem durch sie ermöglichten neuen Produktionsniveau nur erst die avantgardistische Ausnahme bildet und noch nicht durch den kommerziellen Konkurrenzkampf, den Wettstreit um Marktanteile, zur verbindlichen Wertschöpfungsregel, zur industriellen Produktionsnorm avanciert ist und wie sich das dem neuen Produktivitätsniveau entsprechende Produktionsergebnis noch am früheren Produktivitätsstand bemessen, nach der zuvor von der menschlichen Arbeitskraft ohne die rationelleren Prozeduren und effektiveren Apparaturen erbrachten Produktionsleistung bewerten und sich also die mittels der neuen Verfahren und Maschinen erzielte Produktvermehrung den übrigen Marktteilnehmern noch als das Ergebnis einer originär wertschöpferischen, der menschlichen Arbeitskraft durchaus vergleichbaren und an die Seite zu stellenden, sprich, deren Wirksamkeit nicht bloß komplementierenden und komplettierenden, sondern sie vielmehr duplizierenden oder gar multiplizierenden Potenz sui generis verkaufen lässt.

Dass der eklatante Fehlschlag seiner mittels Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie unternommenen Anstrengungen, die relative Mehrwert- alias Profitrate gegen alle umverteilungspolitischen Ein- und Zugriffe des Staats aufrechtzuerhalten, wo nicht gar zu steigern, das Wertschöpfungssystem nicht davon abbringt, es immer wieder mit der Strategie zu versuchen und sie, wie oben vermerkt, zu einem aus dem Wertschöpfungsprozess nicht mehr wegzudenkenden methodischen Konstitutiv, einem unentbehrlichen modus procedendi avancieren zu lassen, mithin der ihr entspringenden optischen Täuschung die Bedeutung einer unentrinnbar leitenden Perspektive zu vindizieren oder, wenn

man so will, die durch sie genährte Illusion in den Rang eines unheilbar chronischen Leidens zu erheben - solch hartnäckiges Festhalten an der ihr eigentliches Ziel, die Sicherung oder gar Steigerung der Profitrate, eklatant verfehlenden Strategie könnte auf den ersten Blick verwundern und Anlass zu ernsthaften Zweifeln an der Lernfähigkeit und Realitätstüchtigkeit des Systems bieten. Bei genauerem Hinsehen indes lässt sich der wenn auch alles andere als gute, so immerhin doch wahre Grund für solch scheinbare Unbelehrbarkeit unschwer erkennen.

Mag nämlich auch der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie partout nicht gegeben sein, die relative Mehrwert- alias Profitrate zu sichern oder gar zu steigern, mithin dauerhaft und definitiv den Anteil am Wert des industriell geschöpften Produkts, den dessen Schöpferin, die menschliche Lohnarbeitskraft, nicht per Lohn zu reklamieren vermag und für dessen Realisierung das Wertschöpfungssystem, bei dem er verbleibt, andere Quellen allgemeinen Äquivalents auftreiben muss, diesen vom Wertschöpfungssystem appropriierten Anteil am geschöpften Produktwert also relativ alias proportional, bezogen auf das Gesamt der für den Produktionsprozess erforderlichen Lohnzahlungen und investiven Ausgaben, zu erhalten oder gar zu erhöhen! Worin die Strategie doch aber allemal resultiert, ist ein mit diesem mehrwertigen Anteil gegebenes Mehr an Produktwert, eine, objektiv alias dimensional, gemessen an der vorherigen Produktionsleistung, also am Wertschöpfungsergebnis vor der technischen Rationalisierung und maschinellen Automatisierung, bewirkte Zunahme und Vergrößerung der als Mehrwert firmierenden Wertmenge, die der industrielle Prozess, die rationalisierte und automatisierte menschliche Arbeit im Produktionsbetrieb, schöpft und die ihrer Realisierung im kommerziellen Austausch, ihrer auf dem Markt zu vollziehenden Rückverwandlung aus Werterscheinung alias materialem Wert in Wert sans phrase alias kapitalen Wert harrt.

Schließlich vermehrt sich der als Mehrwert firmierende Teil des Produktwerts um die Wertmenge, die die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie in Form von technischen Prozeduren und in Gestalt von maschinellen Apparaturen zusätzlich zur Lohnsumme, zur für die menschliche Arbeitskraft aufzubringenden Wertsumme, in den Wertschöpfungsprozess investiert und die letzterer als einen sich amortisierenden, einen nach und nach aus den Prozeduren und Apparaturen, den Produktionsmitteln, ins Ergebnis des Prozesses, ins Produkt, überführten

Faktor reproduziert und Präsenz gewinnen lässt. Mag sich auch diese aus den technischen Prozeduren und maschinellen Apparaturen ins Produkt überführte Wertmenge als ein sich bloß amortisierender, bloß als solcher reproduzierender Faktor als untauglich zur Steigerung der relativen Mehrwert- alias Profitrate, also des Mehrwerts im Verhältnis zum Gesamt der Produktionskosten, erweisen und sich im Gegenteil im Sinne einer Senkung der Rate, einer Abnahme des verhältnismäßigen Mehrwerts auswirken!

Worin sie doch, eben weil sie sich ja per Wertschöpfungsprozess amortisiert, mithin als solche im Produkt reproduziert, jedenfalls resultiert und wofür sie allemal sorgt, ist eine Zunahme der objektiven Mehrwert- alias Kontingentmenge, also eine Vermehrung des in Gestalt von materialen Gütern und sozialen Dienstleistungen erscheinenden Mehrwerts im Vergleich mit sich selbst, will heißen, bemessen an den Güter- und Dienstleistungskontingenten, die ihn vor der Rationalisierung von Prozeduren und der Automatisierung von Apparaturen verkörperten. So wenig der nicht seiner Schöpferin, der menschlichen Arbeitskraft, zustehende, sondern seinem Unternehmer, dem sächlichen Kapital, zufallende und, so gesehen, als Mehrwert firmierende Teil des Produktwerts sich im Verhältnis zu dem für ihn getriebenen finanziellen Aufwand, mithin relativ alias proportional, als Quote, durch die vom Wertschöpfungssystem angewandte Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie sichern, geschweige denn steigern lässt, so sehr hat die Strategie doch aber zwangsläufig den Effekt, dass sie diesen als Mehrwert firmierenden Teil des Produktwerts im Vergleich mit seinem früheren Volumen, dem vor Anwendung der Strategie erzielten reellen Ergebnis, mithin objektiv alias dimensional, als Quantum, zunehmen lässt und vergrößert.

Während also die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, was ihr eigentliches Ziel, die Konterkarierung und Neutralisierung der umverteilungspolitischen, indirekt-tariflichen und direkt-fiskalischen An- und Zugriffe des Staats auf das vom Wertschöpfungssystem erwirtschaftete werkbezogen-relative Mehrwertquotum betrifft, eklatant scheitert, resultiert sie doch aber aufgrund der technischen Prozeduren und maschinellen Apparaturen, die sie der menschlichen Arbeitskraft beigesellt und deren Wert sich im Produktwert amortisiert alias reproduziert,

in einer markanten Zunahme und Vergrößerung des marktbezüglich-objektiven Mehrwertquantums und erzielt insofern, was die Durchkreuzung beziehungsweise Vereitelung der mit den staatlichen Umverteilungsmaßnahmen verfolgten wirtschaftspolitischen Absicht angeht, einen ebenso durchschlagenden wie unheilvollen Erfolg. Neben dem sozialpolitischen Anliegen, dem die Umverteilungsmaßnahmen dienen, nämlich der Linderung der materialen Not und des sozialen Elends, die Folge einer liberalistisch entfesselten kapitalistischen Ausbeutung sind, verfolgen, wie oben erläutert, die Maßnahmen ja auch und zugleich die als wirtschaftspolitisches Programm erkennbare Absicht, den kraft der liberalistischen Ausbeutungsdynamik ebenso hemmungs- wie ziellos geschöpfte Masse an Mehrwert zu beschneiden und zu reduzieren, sie nämlich der Verfügung des Mehrwertschöpfungssystems alias Kapitals teilweise wieder zu entziehen und an ihre arbeiterschaftlichen Schöpfer rückzuüberführen, um so die Wachstumsdynamik des liberalistisch entfesselten Wertschöpfungsprozesses zu zügeln, sein Entfaltungstempo zu bremsen und die kommerziellen Probleme, die solch ungezügelte industrielle Dynamik heraufbeschwört, zu entschärfen, konkreter gesagt, den Realisierungsdruck, unter den die dank liberalistischer Ausbeutung hemmungslos geschöpfte Mehrwertmasse den Markt setzt, abzubauen oder wenigstens zu vermindern.

Genau diese Absicht einer Verringerung des kommerziellen Realisierungsdrucks konterkariert nun also die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des um seinen Mehrwert besorgten Wertschöpfungssystems, indem sie, ohne freilich damit ihr eigentliches Ziel, die Sicherung oder gar Steigerung der Mehrwertrate erreichen zu können, doch aber jedenfalls eine der technischen Aufrüstung und maschinellen Ausstattung des Wertschöpfungsprozesses geschuldete Zunahme und Vergrößerung der Mehrwertmenge bewirkt und so, wenn auch jetzt nicht mehr mittels der privativen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, sondern vielmehr per medium des investiven Einsatzes sächlicher Produktivkraft, in einer Aufrechterhaltung oder gar Verschärfung eben der angespannten Marktsituation resultieren, für die der Staat durch seine Umverteilungspolitik doch gerade Abhilfe zu schaffen oder die er jedenfalls zu entspannen beziehungsweise zu entkrampfen sucht.

Nicht bloß eine Fortsetzung, sondern in der Tat eine Zuspitzung erfahren dabei die Realisierungs- alias Absatzprobleme, die aus der dem Einsatz der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie geschuldeten

Zunahme und Vergrößerung der auf kommerzielle Einlösung dringenden industriellen Mehrwertmenge resultieren, noch durch die oben als optische Täuschung beziehungsweise chronische Illusion apostrophierte anfängliche Tendenz der von der Strategie in Anwendung gebrachten technischen Prozeduren und maschinellen Apparaturen, sich den Anschein von der menschlichen Arbeitskraft vergleichbaren Faktoren, einer alternativen Art von schöpferischer Potenz, zu geben und infolgedessen den durch ihren Amortisationswert vermehrten Produktwert objektiv überteuert zu Markte zu tragen, sprich, das mittels der neuen Produktivität, die sie der menschlichen Arbeitskraft verleihen, vermehrte Produkt so zu bewerten und dem Markt preislich in Rechnung zu stellen, als bemesse sich sein Wert noch am früheren Produktivitätsniveau der menschlichen Arbeitskraft, ihrer noch nicht durch die prozedurale Aufrüstung und maschinelle Ausstattung gesteigerten und verbesserten schöpferischen Leistung.

Die der Neuartigkeit und avantgardistischen Alleinstellung der technischen Prozeduren und maschinellen Apparaturen geschuldete Möglichkeit, deren Reproduktivität dem Markt als Kreativität zu verkaufen und aufgrund dessen dem mit ihrer Hilfe erzeugten Produkt ein durch ihren Einsatz objektiv ungerechtfertigtes Mehr an Mehrwert beizumessen, ist zwar, wie erläutert, eine bloß passagere Option, währt nur so lange, wie die neuartige prozedurale Aufrüstung und avantgardistische maschinelle Ausstattung sich noch nicht als die normale Rüstung der industriellen Produktion etabliert, noch nicht als für die menschliche Arbeitsleistung verbindlicher Produktivitätsstandard Geltung erlangt hat, und zeigt sich erledigt, sobald der kommerzielle Konkurrenzkampf, der ewige Kampf um Wettbewerbsvorteile und deren Egalisierung beziehungsweise Übertrumpfung, für eben jene verbindliche Etablierung und generelle Geltung des prozedural avancierten Produktivitätsstandards und der maschinell novellierten Rüstungsnorm gesorgt hat. Das freilich ändert nichts daran, dass, solange die Täuschung währt, die Illusion Wirksamkeit beweist, der Markt sich durch die vergrößerte Mehrwertmenge, die ihm die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie beschert, noch akuter überfrachtet und virulenter überfüllt und durch die Absatz- alias Realisierungsprobleme, mit denen jene ihn konfrontiert, noch stärker unter Druck gesetzt und in die Enge getrieben zeigt.

Und als wären der durch die Zunahme und Vergrößerung der Mehrwertmenge, zu der sie führt, heraufbeschworenen kapital-kommerziellen Wertrealisierungsprobleme noch nicht genug, schafft die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie durch die Art und Weise, wie sie die vergrößerte Mehrwertmenge sensorische Form und phänomenale Gestalt gewinnen lässt, sie nämlich in ihrer Gütergestalt und Dienstleistungsform multipliziert und diversifiziert, vervielfacht und vervielfältigt, noch ein zusätzliches, quasi qualitatives, nämlich die Wertmenge zur Werterscheinungsmasse ausarten lassendes Problem und führt damit die Wertrealisierung wenn auch vielleicht nicht gleich aktuell und effektiv, so doch aber jedenfalls tendenziell und prospektiv an den als transzendentale Schranke sich aufführenden Rand der material-usuellen Appetenz oder Bedürftigkeit derer, die als Nachfrager oder Verbraucher zu Markte gehen und das Wertrealisierungsgeschäft besorgen sollen. So sehr, systematisch-praktisch gesehen, diese materiale Appetenz oder usuelle Bedürftigkeit der Marktgänger und -besucher im Normalfall auf die Rolle einer gegebenen Voraussetzung, eines vorhandenen fundamentum in re, für das Wertrealisierungsgeschäft abonniert ist, so sehr erweist sie sich doch aber, empirisch-faktisch genommen, im Notfall als eine kriterielle conditio sine qua non für das Wertrealisierungsgeschäft, eine für seinen Vollzug kriteriell entscheidende Bedingung.

Eben diesen Notfall aber beschwört die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie nun herauf, indem sie dank der Produktivität, die sie der menschlichen Arbeitskraft verleiht, nicht einfach nur die Mehrwertmenge vergrößert, sondern auch und zugleich die letztere verkörpernde Masse an materialen Produkten und realen Leistungen vervielfacht und vervielfältigt, auch und zugleich die Quantität und Diversität der qua Mittel zum Lebensunterhalt beziehungsweise zur Bedürfnisbefriedigung ihr Wesen, den Mehrwert, repräsentierenden und auf den Markt bringenden Werterscheinungen eskalieren und ins Kraut schießen lässt. Angesichts der Masse und Vielzahl, der Fülle und Vielfalt an materialen Gütern und realen Leistungen, die der menschlichen Arbeitskraft die ihr durch technische Prozeduren und maschinelle Apparaturen vindizierte Produktivität zu produzieren ermöglicht, wird, was bis dahin eine im Normalfall gegebene natürliche Voraussetzung, ein im Zweifelsfall vorhandenes fundamentum in re des den Wertschöpfungsbetrieb komplementierenden Wertrealisierungsgeschäfts war, zu einer dessen

Florieren fundamental in Frage stellenden kriteriellen Kondition, einer über sein Funktionieren existenziell entscheidenden Bedingung.

Ob die per kommerziellen Austausch zu vollziehende Realisierung des in Gestalt von Gütern und in Form von Dienstleistungen erscheinenden Mehrwerts gelingt, die auf dem Markt zu vollbringende Aus-, um nicht zu sagen, Erlösung des kapitalen Werts aus seinen materialen Hüllen und realen Verkörperungen glückt, hängt mit anderen Worten nicht mehr nur davon ab, ob die Nachfrager alias Verbraucher der Güter und Leistungen über die in allgemeinem Äquivalent, der Münze des Marktes, dem Passepartout kapitalen Werts, bestehende erforderliche Konsumfähigkeit alias Kaufkraft verfügen, sondern steht und fällt angesichts der Quantität der Produktkontingente und Diversität der Produktsortimente, die die prozedural beförderte und maschinell gesteigerte Produktivität der Arbeit in die Welt setzt, auch und in zunehmendem Maß damit, dass jene Nachfrager alias Verbraucher die nötige Konsumbereitschaft alias naturale Triebkraft, also das Maß an Bedürfnis beziehungsweise Bedarf, Begierde beziehungsweise Begehrlichkeit aufzubringen und zu mobilisieren vermögen, das es braucht, um solch produktivitätsbedingten Überflusses und Füllhorns an Gütern und Leistungen Herr und nicht vielmehr, die kapitale Pflicht an den Nagel konsumtiver Unlust hängend, überdrüssig zu werden.

Zwar lässt sich dank der Plastizität menschlicher Bedürftigkeit beziehungsweise Begehrlichkeit, ihrer Dehnbarkeit und ihres Anpassungsvermögens, der Punkt, an dem die naturale Triebkraft und die aus ihr sich speisende Konsumbereitschaft ein als transzendentale Schranke sich erweisendes empirisches Nonplusultra, die Grenze material-usueller Appetenz, erreichen, durch reklamatorische Erziehung und seduktorische Gewöhnung immer weiter verschieben und unabsehbar vertagen. Aber diese das Begehren alterierende werbende Erziehung und die Bedürfnisse adaptierende lenkende Gewöhnung brauchen Zeit und Geduld und können deshalb nicht verhindern, dass ad hoc, im Hier und Jetzt der dank der materialen und realen Produktivität, die die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie entfesselt, jäh wachsenden und unvermittelt ins kommerzielle Treffen geführten Warenkontingente und Angebotssortimente, der Mehrwertrealisierungsdruck steigt und so die materiale und reale Nachfrage zu einem über Erfolg oder Scheitern des kommerziellen Geschäfts und damit am Ende über Sein oder Nichtsein des industriellen

Betriebs entscheidenden Kriterium geraten lässt. Wie schon im Allgemeinen die rationalisierungs- und automatisierungsinduzierte Zunahme und Vergrößerung der geldlich zu realisierenden sächlichen Mehrwertmenge, so sorgen also mehr noch im Besonderen die der anfänglichen Täuschung über den wirklichen Wert der letzteren geschuldete Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen und die ad hoc virulente, wenn auch durch reklamatorische Erziehung und seduktorische Gewöhnung immer wieder zu heilende Überforderung des naturalen Bedürfnisses und materialen Begehrens dafür, dass die gegen die staatliche Umverteilungspolitik vom Wertschöpfungssystem in Anwendung gebrachte Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie den Markt ebenso permanent wie markant unter Druck setzt und das Wertrealisierungsgeschäft sich als eine aus Spießrutenlaufen und Sisyphosarbeit gewirkte und zur Achillesferse des Wertschöpfungssystems geratende existenzielle Herausforderung erweist.

Die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie verwandelt sich aus einem politischen, gegen die staatliche Umverteilung gerichteten Vorhaben zu einem rein ökonomischen, zwecks Behauptung im kommerziellen Konkurrenzkampf kontinuierten Unterfangen. So sehr sie im einzelnen Fall diesen Zweck erfüllten mag, so sehr verstärkt sie, aufs Ganze gesehen, die Absatzprobleme zu deren Bewältigung sie vom Kapital beibehalten wird. Sie erweist sich statt als vermeintliches Lösungsrezept und Heilmittel für die von ihr heraufbeschworene Wertrealisierungskrise, vielmehr als letztere immer weiter verschärfendes Suchtmittel und Gift.

Genau diese nicht weniger nachhaltige als nachdrückliche Drucksituation, in die der Markt sich durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie versetzt findet, genau diese das Wertrealisierungsgeschäft heimsuchende Notlage aber ist es nun, die die Betreiber und Funktionäre des Wertschöpfungssystems zu der auf den ersten Blick verwunderlichen, angesichts des eklatanten Scheiterns der Strategie, was deren eigentliches Ziel, die Sicherung beziehungsweise Steigerung der Profitrate betrifft, inkonsequent anmutenden Konsequenz veranlasst, von der Strategie nicht abzulassen, es vielmehr immer wieder mit ihr zu versuchen und so, wie oben konstatiert, die anfängliche, durch den kommerziellen Konkurrenzkampf rasch wieder zerstreute Illusion einer durch die Strategie zu

erreichenden Aufrechterhaltung oder gar Verbesserung der relativen, am Wert der menschlichen Arbeitskraft sich bemessenden Mehrwertquote in den Rang einer für den Wertschöpfungsprozess maßgebenden Perspektive und mithin das Wertschöpfungssystem als solches beherrschenden Sichtweise zu erheben. Worin die vom Wertschöpfungssystem gegen die umverteilungspolitischen Zu- und Eingriffe des Staats aufgebotene Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie ja zwangsläufig resultiert, ist, wie in genere die nicht nur amortisationsbedingt-objektive, sondern zu allem Überfluss auch noch illusionsgespeist-suggestive Vergrößerung der Mehrwertmenge, so in specie die Entfesselung des besagten, um den Absatz dieser teils objektiv, teils suggestiv größeren Mehrwertmenge entbrennenden kommerziellen Konkurrenzkampfs.

Um unter Bedingungen der mittels Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie ins Werk gesetzten Überfrachtung und Überfüllung des Marktes mit den Mehrwert verkörpernden und um dessen Realisierung, sprich, um ihren eigenen Absatz buhlenden Werterscheinungen sich auf dem Markt behaupten und ihre Wettbewerbsfähigkeit bewahren zu können, bleibt den einzelnen Marktbetreibern, den diversen Betrieben und Unternehmen, tatsächlich gar nichts anderes übrig, als ebenso zwanghaft wie notgedrungen immer wieder auf eben jene Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie als kommodes Hilfs-, wo nicht gar probates Heilmittel zu rekurrieren. Sie nämlich eröffnet den als kommerzielle Anbieter auf dem Markt firmierenden Betrieben und Unternehmen die Gelegenheit zu einem als Unterbietungswettbewerb intendierten Preiskampf, der das Ziel verfolgt, die Konkurrenten vom Markt zu verdrängen und deren Marktanteile zu übernehmen. Die Handhabe hierzu bietet eben jene mit der Steigerung der Produktivität, in der die technischen Verbesserungen und maschinellen Neuerungen der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie resultieren, einhergehende anfängliche Illusion einer Mehrwertmenge, die sich größer gibt, als sie ist, weil sie sich noch am alten Produktivitätsstand bemisst und deshalb den Wert jener besseren Verfahrenstechniken und Fertigungsmaschinen nicht bloß als im Produktwert sich amortisierendes alias reproduzierendes Faktum, sondern als ihm sich inkubierenden und ihn von sich aus augmentierenden Faktor zur Geltung bringt, deren Vergrößerung also die Fabrikation eines durch die Ungleichzeitigkeit von Produktionsbedingungen ermöglichten rosstäuscherischen Betruges alias wucherischen Exzesses ist.

Diese anfängliche und anfänglich noch als Realität verkaufbare Illusion einer unverhältnismäßigen, weil am alten Produktivitätsniveau sich bemessenden und durch den neuen Produktivitätsstand ungerechtfertigten Vergrößerung der vom Produkt verkörperten Mehrwertmenge nutzen nun die Betriebe und Unternehmen nicht sowohl zu einer offensiven Entfaltung, nicht, um kommerziell zu expandieren und neue beziehungsweise weitere Marktanteile zu erringen, was angesichts eines überfrachteten und überfüllten Marktes ja auch verlorene Liebesmüh wäre, sondern sie setzen die Illusion für ihre defensive Selbstbehauptung ein, verwenden sie mit anderen Worten, um durch preisliche Abstriche an dem illusorischen Mehr an Mehrwert oder gar den völligen Verzicht auf es ihren betrieblichen und unternehmerischen Konkurrenten einen Preiskampf zu liefern, sie durch Dumping alias Unterbietung einem Preissenkungsdruck zu unterwerfen, der, wie er ihre Produkte an den Rand der Profitabilität beziehungsweise Rentabilität bringt und gar unter deren Schwelle drückt und mithin die Betreffenden der Konkurrenzunfähigkeit überführt und vom Markt verdrängt, so ihre kommerziellen Geschäfte alias Marktanteile ihren dank des preiskämpferischen Spielraums, den das illusorische Mehr an Mehrwert ihnen verschafft, erfolg- und siegreichen Konkurrenten in die Hände fallen und zur Beute werden lässt.

Und indem die Betriebe und Unternehmen so verfahren, indem sie also die durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie genährte, wie immer auch vorübergehende Illusion eines übermäßigen alias unverhältnismäßigen Mehr an Mehrwert nicht zwar offensiv, zur Expansion ihres eigenen kommerziellen Geschäfts, wohl aber defensiv, zur Restriktion beziehungsweise Destruktion des kommerziellen Geschäfts anderer, verwenden, verändert das gleichermaßen die vektorelle Stoßrichtung und die funktionelle Zielsetzung der von ihnen beibehaltenen und fortgesetzten Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie. Diese verwandelt sich aus einem quasi politischen, gegen die Umverteilungsmaßnahmen, die ein uno actu um die kapitale Kontinuität und den sozialen Frieden besorgter Staat ergreift, mobil machenden und, wenn auch vergeblich, auf die Steigerung oder zumindest Sicherung der industriellen Ausbeutungs- alias Mehrwertrate gerichteten Vorhaben in ein rein ökonomisches, auf die Herausforderungen und Bedrängnisse, die ein überfüllter und verstopfter Markt bereit hält, reagierendes

und im Blick auf den kommerziellen Konkurrenzkampf und Verdrängungswettstreit, den solche Überfüllung und Verstopfung provoziert, erfolgversprechendes oder gar den Sieg verleihendes Unterfangen.

Was letzteres, das Streben nach Erfolg im mit den anderen ausgefochtenen kommerziellen Verdrängungskampf betrifft, so erweist es sich im Unterschied zu ersterem, den die umverteilungspolitischen Zu- und Eingriffe des Staats zu konterkarieren gedachten Bemühungen um Aufrechterhaltung der industriellen Ausbeutungsrate, als durchaus zielführend und in der Tat effektiv. Wie der weitere Verlauf der Geschichte zeigt, erringt für den als Kampf um Marktanteile beziehungsweise um die Marktpräsenz ausgetragenen kommerziellen Wettstreit die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie eine ebenso ausschlag- wie maßgebende Bedeutung. Der Erfolg, den die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie dem Streben nach kommerzieller Selbstbehauptung und Verdrängung beziehungsweise Ausschaltung der Konkurrenten verschafft, hat freilich, wie der Hinweis auf den Lauf der Geschichte impliziert, seinen Preis. Erkauft wird der Erfolg der Strategie mit ihrer Chronifizierung, um nicht zu sagen, Verewigung. So gewiss die Strategie ihre Tauglichkeit beweist, dem, der sie anwendet, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber seinen Konkurrenten zu sichern und ihn über sie am Ende triumphieren zu lassen, so gewiss sehen diese sich bei Strafe ihrer Verdrängung vom Markt und des Verlusts ihrer kommerziellen Existenz genötigt, ihrerseits auf die Strategie zu rekurrieren, um umgekehrt ihn mit dem Schicksal zu konfrontieren, mit dem er sie bedroht.

Indem so aber alle Beteiligten dem Zwang unterliegen, auf die Strategie zu rekurrieren, um in der Schlangengrube eines überfüllten und verstopften Marktes ihre Wettbewerbsfähigkeit zu behalten und ihre kommerzielle Präsenz zu sichern, dynamisiert der Einsatz der Strategie , so sehr er empirisch und im einzelnen Fall entscheidend und von Erfolg gekrönt sein mag, systematisch und aufs Ganze gesehen die Schlangengrube zum Nest der Hydra, einer Brutstätte, die immer neue Schlangen alias Wettbewerber gebiert, aus jedem dank Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie entschiedenen Wettstreit um den Markt, aus jedem dank technisch-maschineller Aufrüstung errungenen kommerziellen Erfolg, weitere, technisch-maschinell gerüstete Konkurrenz erwachsen und also neue, wiederum nur durch den Einsatz der Strategie zu meisternde kommerzielle Herausforderungen entstehen lässt.

Der Preis für den kommerziellen Vorteil beziehungsweise Erfolg, den die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie kraft Steigerung der Produktivität und dadurch ermöglichten Preiskampfs den Wettbewerbern auf einem überfrachteten und überfüllten Markt bringt und beschert, ist demnach die Etablierung der Strategie als ad infinitum fortzusetzende Verfahrensweise und die Realisierung der durch sie initiierten Produktivitätssteigerung als vom Wiederholungszwang besessener Prozess. Weil die Strategie nicht weniger dazu taugt, Wettbewerbsvorteile reaktiv zu egalisieren und zu übertrumpfen, als sie initiativ zu kreieren und zu erringen, hält sie eben den durch die Überfüllung und Verstopfung des Marktes entfachten kommerziellen Konkurrenzkampf, dem sie punktuell Einhalt gebietet und ad hoc ein Ende setzt, permanent am Leben und linear in Gang.

In zwangsläufiger Konsequenz ihrer in den Dienst des Kampfes um den Markt gestellten Anwendung mutiert also die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie aus einem dem einzelnen Unternehmen zur Lösung seiner kommerziellen Probleme und Sicherung seiner Marktposition sich anbietenden Stärkungs- und Heilmittel in ein sich als patentierter Problemlöser allen aufdrängendes und ihnen als conditio sine qua non ihrer Präsenz auf dem Markt insinuierendes Aufputsch- und Suchtmittel. Statt die qua Überfrachtung und Überfüllung des Marktes heraufbeschworenen kommerziellen Probleme definitiv zu bewältigen und ad acta eines per Konkurrenzkampf aufgeräumten und neu geordneten Marktes zu legen, erschöpft sich die Strategie vielmehr in einer repetitiven Verwaltung der Probleme, indem sie diese auf die lange Bank immer neuer Versuche schiebt, mit ihnen, die sich actu des Versuchs, sie zu lösen, immer neu reproduzieren, wenn schon nicht fertig zu werden, so zumindest doch zurande zu kommen. So ärgerlich und anstrengend dies, ungeachtet aller individuellen alias punktuellen Wirksamkeit, die sie beweist, offenkundige generelle alias lineare Unvermögen der Strategie, die Mehrwertrealisierungsprobleme, die ein produktivkräftig entfesseltes Wertschöpfungssystem dem Markt bereitet, definitiv zu lösen und aus der Welt zu schaffen, und ihre stattdessen an den Tag gelegte Begabung, die Probleme repetitiv vor sich her zu schieben und immer wieder als mittels ihrer Anwendung, durch ihren Einsatz, lösbar vorzustellen - so ärgerlich und anstrengend dieses effektive Unvermögen der Strategie, die Probleme zu lösen, und ihre suggestive Begabung , sie auf die lange Bank

zu schieben, auch sein mögen, damit ließe sich gegebenenfalls noch leben, könnten industrieller Betrieb und kommerzielles Geschäft sich notfalls abfinden.
Schlimmer aber ist und schwerer wiegt, dass die Strategie die Probleme nicht bloß fortwährend reproduziert und verwaltet, sondern sie vielmehr fortlaufend eskaliert und verschärft. Schließlich ist es ja, wie zu erinnern, die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie selbst, die diese den Markt plagenden Mehrwertrealisierungsprobleme schafft. Vom Wertschöpfungssystem aufgeboten, um der staatlichen Umverteilungspolitik und der durch sie verursachten Minderung der die Quote der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bildenden Mehrwertrate Paroli zu bieten, erweist sich die Strategie, wie erläutert, zwar als untauglich, ihr eigentliches Ziel, eben die Sicherung oder gar Steigerung der Mehrwertrate, zu erreichen, zeigt sich immerhin und allemal aber geeignet, für eine Zunahme und Vergrößerung der Mehrwertmenge zu sorgen. Zwecks Bewältigung dieser den Markt mit Überfüllung und Verstopfung bedrohenden, sprich, ihn mit Absatz- alias Realisierungsproblemen heimsuchenden vergrößerten Mehrwertmenge wird nun also die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie beibehalten und findet weiterhin Anwendung - jetzt aber nicht mehr, um die umverteilungspolitischen Zu- und Eingriffe des Staats zu konterkarieren, sondern um auf dem dank ihrer überfrachteten und überfüllten Markt einen durch die anfängliche optische Täuschung eines übermäßigen Mehr an Mehrwert und durch freiwillige Abstriche an der Realisierung dieses Mehr oder gar den völligen Verzicht darauf ermöglichten Unterbietungswettbewerb alias Preiskampf die kommerziellen Konkurrenten vom Markt zu verdrängen und sich auf ihre Kosten Marktanteile zu sichern.

Damit, dass sie jetzt nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr vordringlich zur Abwehr beziehungsweise Durchkreuzung staatlicher Umverteilungsbemühungen eingesetzt wird, sondern hauptsächlich im Blick auf das ökonomische Geschehen selbst, nämlich bezogen auf den kommerziellen Konkurrenzkampf, den Unterbietungswettstreit auf einem dank ihrer überfrachteten und überfüllten Markt, Anwendung findet, hört die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie freilich nicht auf, die Wirkung zu erzielen, die der Überfrachtung und Überfüllung des Marktes maßgeblich Vorschub leistet, also für die wenn schon letztlich keiner inkubatorisch-wertschöpferischen Qualität der technischen Prozeduren

und maschinellen Apparaturen entspringende, so allemal doch deren wertmäßiger Reproduktion im Produkt, ihrer Amortisation, geschuldete Zunahme und Vergrößerung der im Produkt verkörperten Mehrwertmenge zu sorgen. Und dafür, dass diese Wirkung Chronizität erlangt und zum mit dem Wertschöpfungsprozess untrennbar verknüpften Dauereffekt wird, sorgt eben der durch die Überfüllung und Verstopfung des Marktes nicht weniger angeheizte als ausgelöste kommerzielle Konkurrenzkampf, der die Konkurrenten zwingt, immer wieder auf die Strategie zu rekurrieren, will heißen, den Wertschöpfungsprozess um immer neue technische Prozeduren zu ergänzen und mit immer weiteren maschinellen Apparaturen aufzurüsten und so den Wert der neuen Prozeduren und weiteren Apparaturen sich amortisieren, sich im Produkt als ein Mehr an Mehrwert, als mengenmäßigen Wertzuwachs niederschlagen zu lassen. Je länger der mittels Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie geführte und wegen seiner Hydranatur, seiner Selbstauslöserqualität alias Selbstbegründungsdynamik tatsächlich unabsehbare kommerzielle Konkurrenzkampf währt, um so unaufhörlicher wächst demnach die Mehrwertmenge und umso größer werden, generell oder linear gesehen, die Absatz- alias Wertrealisierungsprobleme, um deren individueller oder punktueller Lösung willen die Strategie beibehalten wird und zum festen Bestandteil des Wertschöpfungsprozesses avanciert, sich dessen Repertoire als tragendes Element integriert findet.

Keine Frage, dass, aufs Ganze des Wertschöpfungssystems gesehen und letzteres als ein Funktionszusammenhang betrachtet, der intakt bleiben und von Dauer sein will, mit der beibehaltenen und aus einer Waffe zur Abweisung gouvernementaler Übergriffe in ein Werkzeug zur Vertreibung kommerzieller Konkurrenten überführten Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie der Bock sich in metaphorischer Buchstäblichkeit zum Gärtner gemacht zeigt und nämlich das, was individuelltaktisch als Lösungs- und Heilmittel für das Problem eines überfrachteten und überfüllten Marktes eingesetzt wird, sich generell-strategisch als eben diesem Problem Vorschub leistendes und es auf die Spitze treibendes Sucht- und Giftmittel zur Geltung bringt. Wie könnte das auch anders sein, da sie, die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, ja uno actu ihres Figurierens als von Fall zu Fall initiative Behandlerin und Bewältigerin des Problems als dessen auf jeden Fall effektive Verursacherin und Erzeugerin firmiert?

Tatsächlich muss es unter Bedingungen dieser durch die Beibehaltung der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie heraufbeschworenen dilemmatischen Situation nur eine Frage der nicht einmal sonderlich fernen Zeit scheinen, wann das Realisierungsproblem, mit dem die dank technisch-maschineller Aufrüstung des Wertschöpfungsprozesses amortisationsbedingt-fortlaufende Vergrößerung der Mehrwertmenge den Markt unter Druck setzt und in die Enge treibt, eine ebenso umfassende wie durchgreifende Absatzkrise heraufbeschwört und in einem auf das Wertschöpfungssystem lähmend zurückschlagenden, sprich, den Wertschöpfungsprozess blockierenden und zum Stillstand bringenden kommerziellen Kollaps, einer als quasi Darmverschluss wirksamen unheilbaren Obstipation des Marktes resultiert.

Dass der deutsche Emporkömmling im Konzert der Industrienationen den gordischen Knoten der Wertrealisierungsprobleme, die der von der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie dynamisierte Prozess geknüpft hat, militärisch durchhaut, erweist sich zwar, politisch-zivilisatorisch gesehen, als ein großes Unglück, lässt sich aber auch in ökonomisch-zynischer Perspektive als opportun betrachten. Durch den Weltkrieg, der den Weltmarkt von seiner drohenden Obstipation befreit, scheint das Wertschöpfungssystem einer ebenso grundlegenden wie anhaltenden Erholung entgegenzublicken.

Dass es zu dieser ebenso umfassenden wie durchgreifenden Absatzkrise nicht so bald kommt, wie sich nach Maßgabe der produktivkräftigen Wirksamkeit der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie erwarten ließe, dass mit anderen Worten der durch die strategische Produktivitätsentwicklung ermöglichte und die Jahrzehnte um die Jahrhundertwende prägende industrielle Aufschwung nicht stante pede im durch den taktischen Konkurrenzdruck heraufbeschworenen kommerziellen Kollaps endet, findet dabei seinen Grund nicht etwa in der autonom-ökonomischen Disposition und Entwicklung des die Volkswirtschaften der betroffenen Nationalstaaten prägenden Wertschöpfungssystems selbst und als solchen, sondern erklärt sich vielmehr aus den heteronom-politischen Reaktionen und Entscheidungen eben jener Nationalstaaten, für deren Volkswirtschaften das Wertschöpfungssystem maßgebend ist. Dass es mehrere nationale Volkswirtschaften sind, in denen das Wertschöpfungssystem Gestalt annimmt und sich entfaltet, hat ja zur Folge,

dass der kommerzielle Konkurrenzdruck, den die rationalisierungs- und automatisierungsbedingte Zunahme der Mehrwertmenge und die daraus resultierenden Absatz- alias Realisierungsprobleme erzeugen, nicht bloß intern, auf den Märkten der jeweiligen Volkswirtschaft, zum Tragen kommt, sondern auch extern Wirkung zeigt und dank des engen Geflechts von Handelsbeziehungen, das sie verbindet, alle anderen Volkswirtschaften tangiert und in Mitleidenschaft zieht.

Und in dieser Hinsicht beziehungsweise unter diesem Aspekt kommen nun die politischen Repräsentanten der Volkswirtschaften, deren nationalstaatliche Lenkungsorgane, Ordnungshüter und Verwaltungsapparate ins Spiel. Traditionell, will heißen, einer schon zwei Jahrhunderte währenden Praxis merkantilistischer, kolonialistischer und imperialistischer Unterstützungsmaßnahmen und Entlastungsstrategien folgend, fühlen diese staatlichen Repräsentanten der ebenso politisch separierten wie ökonomisch liierten Volkswirtschaften sich auch jetzt auf- beziehungsweise herausgefordert, ihren Mandanten alias Schutzbefohlenen beizuspringen und Sukkurs zu leisten, durch bürokratische, diplomatische und notfalls militärische Initiativen und Interventionen für gleichermaßen eine Abwehr des von außen auf die eigene Volkswirtschaft ausgeübten kommerziellen Drucks und eine Abfuhr dieses in der eigenen Volkswirtschaft herrschenden kommerziellen Drucks nach außen zu sorgen.

Freilich haben die traditionellen, von den nationalen Staatsmächten angewandten Methoden merkantilistischer Exklusion, kolonialistischer Expansion und imperialistischer Okkupation ihre Praktikabilität und zumal Effektivität mittlerweile verloren, weil sich die nationalen Märkte wegen ihrer fortgeschrittenen Verschränkung nur noch zum mehr oder minder eigenen Schaden bürokratisch gegeneinander verschließen und vor äußerer Konkurrenz schützen lassen, weil die geographische Expansion an ihr Ende gelangt ist und die Erde für die kolonialistische Erschließung neuer Märkte keinen Raum mehr bietet und weil die auf Basis ihrer wertschöpfungssystematisch avancierten Volkswirtschaften führenden Nationalstaaten die Welt imperialistisch unter sich aufgeteilt und sich hinsichtlich der von ihnen jeweils okkupierten beziehungsweise reklamierten Interessen- und Einflusssphären weitgehend politisch arrangiert haben und diplomatisch respektieren oder zumindest tolerieren.

So sehr die betreffenden Nationalstaaten deshalb unter dem wachsenden kommerziellen Konkurrenzdruck, unter den die von ihren Volkswirtschaften adoptierte Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie

und die dadurch mobilisierte Produktivität die Märkte setzen, die Neigung anwandeln mag, ihrem heimischen Markt mit staatlicher Gewalt Entlastung zu bringen, mit dem Zwangsinstrument militärischer Macht den anderen Staaten zu Leibe zu rücken, um der eigenen Volkswirtschaft sowohl deren kommerzielle Konkurrenz vom Halse zu schaffen als auch auf Kosten beziehungsweise zu Lasten dieser kommerziellen Konkurrenz neue kommerzielle Entfaltungsräume zu erschließen und Absatzchancen zu eröffnen - angesichts des mittlerweile erreichten Verschränkungsgrads der Märkte, der geographisch offenkundigen Unmöglichkeit weiterer kolonialistischer Expansion und der imperialistisch vollzogenen Aufteilung der Welt in etablierte Interessengebiete und definierte Einflusssphären muss, jener Neigung zu frönen, wenig zielführend anmuten und spricht folglich alles dafür, dass es bei der bloßen Anwandlung bleibt.

Dass es bei der Anwandlung indes nicht bleibt und die vage Neigung zur virulenten Versuchung gerät, dafür verantwortlich ist der Nachzügler und Spätankömmling im Kreis der wertschöpferisch führenden Nationalstaaten, das Deutsche Reich, das, gerade erst unter einem paternalistischen Regime national geeint, mit dessen bürokratischer Unterstützung und technokratischer Förderung eine industrieprozessuale Dynamik entfaltet und einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, die es binnen weniger Jahrzehnte in eben den Mehrwertschöpfungsfuror versetzen und damit in eben die Mehrwertrealisierungsbredouille bringen, die auch seinen schon länger industriell reüssierenden und kommerziell etablierten nationalstaatlichen Konkurrenten das Leben schwer machen und die angesichts des ökonomischen Konkurrenzdrucks, unter den sie sie setzen, besagte Neigung in ihnen wecken, zur Notfalllösung militärischer Gewalt zu greifen, um mittels ihrer der eigenen Volkswirtschaft marktwirtschaftlichen Entfaltungsraum zu verschaffen und die auf letzteren angewiesene wertschöpfungssystematische Bewegungsfreiheit und Entwicklungsperspektive zu sichern.

Während aber die konstitutionell-monarchischen beziehungsweise republikanischen Regime der konkurrierenden Nationalstaaten sich im Rahmen und nach Maßgabe des merkantilistischen Interessenvergleichs, den sie erzielt, der kolonialistischen Territorialordnung, die sie geschaffen, und der imperialistischen Aufteilung der Märkte, die sie vorgenommen haben, politisch aufeinander eingestellt, bürokratisch aneinander

gewöhnt und diplomatisch miteinander arrangiert haben und ihnen deshalb, was eine gewaltsame Lösung der kommerziellen Probleme angeht, im Großen und Ganzen die zumal parlamentarisch kontrollierten, wo nicht gar demokratisch disziplinierten Hände gebunden sind, findet sich die paternalistische, aufgrund ihrer dominanten Rolle als ebenso triebkräftiger Motor wie planvoller Tutor der ökonomischen Aufholjagd noch unter dem parlamentarisch-demokratischen Deckmantel der Reichsverfassung halbwegs autokratische Herrschaft des Deutschen Reichs von dem politischen Stillhalteabkommen, das die anderen geschlossen, der bürokratischen Routine, die sie gefunden, und dem diplomatischen Arrangement, das sie getroffen haben, weitgehend ausgeschlossen und ins Abseits beziehungsweise an die Wand gedrängt, und ist sie deshalb krampfhaft bestrebt, sich zu jenem exklusiven Zirkel der anderen Zugang zu verschaffen und sich dort angemessen zu etablieren, sprich, eine der rasch wachsenden industriellen Produktionskraft und kommerziellen Konkurrenzfähigkeit ihres Wertschöpfungssystems entsprechende Stellung zu beziehen. Weil aber für einen weiteren potenten Mitspieler das Konzert der arrangierten Mächte eigentlich gar keinen Platz mehr bietet und keine Stimme alias Rolle mehr vorsieht und weil zudem das Regime des Deutschen Reichs, das auf diesen fehlenden Platz beziehungsweise diese nicht vorhandene Rolle aspiriert, in einer strategischen Bornierung, die Folge seiner historischen Verspätung ist, zur Durchsetzung seines Anspruchs auf Mitwirkung im Konzert auf die alten vormals bewährten, mittlerweile aber obsoleten merkantilistischen, kolonialistischen und imperialistischen Patentrezepte setzt, erweist sich jenes Bestreben des Deutschen Reichs als ebenso objektiv wirklichkeitsfremd wie subjektiv fehlgeleitet und in der Tat als der an die Lunte des Pulverfasses, als das sich der durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie hoffnungslos vollgestopfte europäische Markt darbietet, gelegte und hierbei aber das ökonomische Pulverfass durch einen politischen Explosivstoff substituierende oder vielmehr eskamotierende militärische Zündfunke oder, besser gesagt, als der heteronome Druckknopf, der die Spannungen, unter die sich das durch die Produktivität des Wertschöpfungssystems bis zum Zerreißen strapazierte Mehrwertrealisierungsgeschäft gesetzt zeigt, aus der kommerziellen Konkurrenz in eine agonale Konfrontation überführt und ableitet, kurz, sie vom Markt aufs Schlachtfeld verschiebt und dort sich entladen lässt.

Der Weltkrieg, den die ebenso wirklichkeitsfremd geltend gemachten wie fehlleistungshaft verfolgten Aspirationen des deutschen Emporkömmlings auf eine tragende Mitwirkung und womöglich gar führende Rolle im Konzert der auf industriegesellschaftlicher Basis nationalstaatlich etablierten Mächte auslösen, ist angesichts der Millionen von Kriegstoten, die er fordert, und der ungeheuren Sachschäden und materialen Zerstörungen, die er anrichtet, ohne Frage ein, personal und real gesehen, unverantwortlich hoher Preis dafür, dass der die Staaten ebenso gänzlich okkupierende wie jäh engagierende militärische Konflikt die ihre Volkswirtschaften strapazierende und mit Obstipation bedrohende ökonomische Krise, den der Produktivität der industriellen Wertschöpfungsprozesse geschuldeten und den kommerziellen Kollaps provozierenden Mehrwertrealisierungsstau, fürs erste zumindest verdrängt und bis auf weiteres abwendet. Rein instrumental und rational betrachtet, was rebus sic stantibus so viel heißt wie: die Sache mit kapitallogischem Zynismus wahrgenommen, lässt sich der Weltkrieg freilich als ein Preis verstehen, der sich lohnt, ein Opfer, das nicht umsonst gebracht wird, weil er die ökonomische Krise, die er qua militärischer Konflikt verdrängt und abwendet, tatsächlich keineswegs nur vorderhand storniert und vorläufig suspendiert, sondern vielmehr prospektiv bewältigt, um nicht zu sagen effektiv löst.

Was als krisenerzeugender und nämlich den Markt mit einem obstipativen Mehrwertrealisierungsproblem konfrontierender Faktor die Volkswirtschaften heimsucht und mit dem kommerziellen Kollaps bedroht, ist ja, wie expliziert, die durch den konkurrenzwütigen alias verdrängungswettbewerblichen Einsatz der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie ebenso nachdrücklich wie fortlaufend wachsende Produktivität des industriellen Wertschöpfungssystems, die, wiewohl sie nicht ihren primären Zweck einer Sicherung beziehungsweise Steigerung der Mehrwertquote erfüllt, doch aber allemal den sekundären Effekt einer Zunahme und Vergrößerung der Mehrwertmenge erzielt und die damit aber den friedenswirtschaftlich kommerziellen Austausch alias zivilen Markt in dem Maße funktional strapaziert und überfordert, wie sie ihn material überfrachtet und überfüllt. Und für dieses krisenträchtige Obstipationsproblem, diese produktivitätsbedingte Verstopfung des Marktes, bietet nun der militärische Konflikt eine ebenso wirksame wie einfache Lösung, indem er das Wertschöpfungssystem mitsamt seiner rationalisierungs-

und automatisierungsstrategischen Produktivität für seine Zwecke mit Beschlag belegt, es für die Kriegführung quasi requiriert.

Der bis dahin dank Rationalisierung und Automatisierung rasch an Produktivität gewinnende Wertschöpfungsprozess, der die Märkte mit zivilen Gütern und Dienstleistungen zu überfüllen und zu verstopfen Miene macht und damit aber die für die Profitabilität beziehungsweise Rentabilität des Wertschöpfungssystems, für dessen raison d'être also, ausschlaggebende Realisierung des in den zivilen Gütern und Dienstleistungen steckenden Mehrwerts zu hintertreiben und gar zu verunmöglichen droht - dieser Wertschöpfungsprozess wird nun von Staats wegen wenn nicht ganz, so doch zu einem beträchtlichen und mit der Ausweitung und Intensivierung des militärischen Konflikts zunehmenden Teil seiner zivilen Aufgabe und friedenswirtschaftlichen Bewandtnis entbunden und entkleidet und stattdessen für Rüstungszwecke in Anspruch genommen in den Dienst der Produktion von Kampfmitteln und Waffensystemen, der Ausrüstung und Versorgung der Streitkräfte und der Errichtung und Unterhaltung militärischer Einrichtungen und Anlagen gestellt. Diese kriegswirtschaftliche Inanspruchnahme und Umfunktionierung des industriellen Wertschöpfungssystems sorgt für eine ebenso nachhaltige wie umfängliche Lösung der im Zuge seines friedenswirtschaftlichen Engagements und Einsatzes heraufbeschworenen und einer fatalen kommerziellen Krise Bahn brechenden Mehrwertrealisierungsprobleme.

Zum einen unterwirft sie den zivilen Markt einer Abmagerungsdiät alias Entleerungskur, die seine Güter zur Mangelware werden lässt, seinen Dienstleistungen Seltenheitswert verleiht, ihn mit anderen Worten bis zur Schwindsucht auszehrt und an den Rand des Hungertods führt. Und zum anderen ist mit ihr gewährleistet, dass es nicht zu den gleichen produktivitätsbedingten Wertrealisierungsproblemen bloß im neuen Kontext beziehungsweise auf anderer Ebene kommt, dass also die vom zivilen Markt abgewendete, dem bürgerlichen Konsum ersparte kommerzielle Krise nicht einfach nur auf die Ebene des staatlichen Konsums verlagert erscheint und sich im Rahmen des die zivile Nachfrage verdrängenden und ersetzenden Rüstungsbedarfs und militärischen Nachschubwesens reproduziert.

Anders als die für die bürgerliche Gesellschaft hervorgebrachten zivilen Güter und Dienstleistungen, die der Befriedigung der leiblich-lebensartlichen Bedürfnisse der Menschen, der Deckung ihres alimentarisch-zivilisatorischen Bedarfs dienen und deshalb, sobald und solange die Bedürfnisse befriedigt, der Bedarf gedeckt ist, mangels Nachfrage alias Absatz sich auf dem Markt stauen und ihn verstopfen, erfüllen die Rüstungsgüter und militärischen Vor- und Einrichtungen, die das Wertschöpfungssystem für den kriegführenden Staat produziert und mit denen es ihn beliefert, unmittelbar den Zweck, Leib und Leben von Menschen zu vernichten und deren alimentarische Versorgung und zivilisatorische Fundierung zu zerstören, wobei sie diesen ihren Zweck vornehmlich und hauptsächlich per modum der Selbstvernichtung beziehungsweise per medium der Selbstzerstörung, also dadurch erreichen, dass sie Leib und Leben der Menschen in den Abgrund ihres eigenen explosiven Verschwindens mit hinabreißen und deren alimentarische Versorgung und ziviliatorische Fundierung ihrem eigenen destruktiven Autodafé zum Opfer bringen.

Weil demnach diese Rüstungsgüter und militärischen Vor- und Einrichtungen, für deren Produktion das Wertschöpfungssystem dem für die Versorgung der bürgerlichen Gesellschaft bestimmten zivilen Markt entzogen und in den Dienst eines zur Belieferung der staatlichen Streitmacht etablierten militärischen Marktes gestellt wird, sich, anders als zivile Produkte, ad hoc der Erfüllung ihrer Zweckmäßigkeit selbsttätig vernichten und absentieren, weil sie sich actu ihrer Wirksamkeit automatisch selbst zerstören und aus der Welt schaffen, kann es auf letzterem auch schlechterdings nicht zu jener Verstopfung kommen, die dem von der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie auf Touren gebrachten ersteren zu schaffen macht, und scheint, von daher gesehen, das Mehrwertrealisierungsproblem, von dem das friedenswirtschaftliche Wertschöpfungssystem nicht weniger fortschreitend als anhaltend heimgesucht wird und vor dem die Volkswirtschaften der es praktizierenden führenden Industriegesellschaften sich, angestiftet durch den als Kippfaktor im Gleichgewicht der Kräfte, um nicht zu sagen, als Elefant im Porzellanladen agierenden Emporkömmling in ihren Reihen, ins kriegswirtschaftliche Engagement flüchten, ein für allemal gelöst.

Dass die Lösung dennoch nicht von Dauer und es mit dem ëin für allemal“ nicht oder gerade einmal einen Zeitraum von vier Jahren weit

her ist, dafür verantwortlich sind letztlich dann doch die oben erwähnten gigantischen Verluste an Menschenleben und maßlosen Einbußen an materialen Ressourcen, die, auch wenn sie keineswegs die kriegführenden Nationen moralisch zur Vernunft zu bringen oder pragmatisch zum Einlenken zu bewegen vermögen, sie doch aber strategisch und taktisch durch personale Entkräftung und reale Erschöpfung, durch Dezimierung der für den Krieg rekrutierbaren Wehrfähigen, Depletierung des für seine Durchführung erforderlichen Rüstzeugs und materialen Nachschubs und, nicht zu vergessen, die Demotivierung beziehungsweise Demoralisierung der ihm Gefolgschaft leistenden und Rückhalt verleihenden breiten Bevölkerung alias bürgerlichen Gesellschaft, an den Rand des Zusammenbruchs treiben und schließlich zur Kapitulation bewegen, wobei die Rolle des Kapitulanten dem durch die Welt von Feinden, die er sich geschaffen, die internationale Gegnerschaft, die er herausgefordert hat, am meisten überforderten und am stärksten in die Enge getriebenen deutschen Emporkömmling zufällt, und er deshalb aus dem qua Versailler Vertrag besiegelten Kriegsabschluss als erklärter Verlierer hervorgeht.

So wenig die auf die Verdrängung und Ausschaltung der kommerziellen Konkurrenz im internationalen Maßstab lautende salvatorische Klausel für das durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie an die volkswirtschaftliche Wand gemalte finale Mehrwertrealisierungsproblem, mit anderen Worten, die für das Problem einer fatalen Überfüllung und letalen Verstopfung des zivilen Marktes, die jene Strategie heraufbeschwört, gefundene Notlösung, als die die Flucht in den Weltkrieg sich demnach darstellt - so wenig diese ebenso gewalttätige wie gewaltsame Problemlösung sich als praktikabel, geschweige denn als von Dauer erweist, so sehr vielmehr die Umrüstung der friedenswirtschaftlichen Versorgungseinrichtung in einen kriegswirtschaftlichen Lieferservice, des zivilen Marktes alias bürgerlichen Vertriebs in ein militärisches Zeughaus alias staatliches Arsenal, in dem entfesselten menschlichen Todesreigen, zu dem sie aufspielt, sich ihr eigenes Grab schaufelt und in der maßlosen sächlichen Zerstörungsorgie, zu der sie anstiftet, sich selber ad absurdum führt - eines immerhin hat sie erreicht: eine Purgierung und Abmagerung des von Obstipation und Fettleibigkeit geplagten friedenswirtschaftlichen Metabolismus, weniger bildlich gesprochen, eine Entlastung und Entleerung des zivilen Marktes von der mehrwertigen Güterfülle und Dienstleistungsflut, die ihn vor Kriegsausbruch mit dem

kommerziellen Kollaps bedrohten und damit seine staatlichen Hüter auf den, pragmatisch genommen, nicht weniger abwegigen als, moralisch gesehen, verwerflichen Gedanken an eine militärische Sprengung des gordisch-ökonomischen Knotens, einen über volkswirtschaftliche Entwicklungschancen und handelspolitische Entfaltungsräume entscheidenden kriegerischen Konflikt, verfallen ließen.

Seiner fortschreitenden Überfüllung und drohenden Verstopfung in der Vorkriegszeit durch das personale und materiale Potlatch des Weltkriegs entledigt und bis auf die Knochen abgemagert, um nicht zu sagen, auf einen Schatten seiner selbst reduziert, kann der zivile Markt das von seiner Beschlagnahme durch den militärisch engagierten Staat endlich entbundene, von seiner Requisition beziehungsweise Rekrutierung für Rüstung und Kriegführung befreite Wertschöpfungssystem wieder für sich reklamieren und zwecks Auffüllung seiner gähnend leeren Warenlager und Erbringung schmerzlich entbehrter Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Unbelastet durch jene obstipativen Mehrwertrealisierungsprobleme, die ihm die vom Wertschöpfungssystem als, wie man will, bockiger Gärtner oder gärtnerischer Bock, nämlich als uno actu Anstifterin zum kommerziellen Konkurrenzkampf und Erlöserin von ihm eingesetzte Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie einbrockte, kann er nun wieder frei auf das Wertschöpfungssystem zugreifen und sich seiner nach Lust und Laune bedienen, um sich von ihm die zahllosen Güter produzieren und die vielen Dienstleistungen erbringen zu lassen, deren eine von den Rationierungen und Entbehrungen der Kriegszeit ausgehungerte bürgerliche Gesellschaft subsistenziell bedarf beziehungsweise nach denen es diese durch die militärische Präokkupation und Monomanie zivilisatorisch auf Diät gesetzte und kulturell depravierte Gesellschaft konsumtiv verlangt. Angesichts der durch den Potlatch des Weltkriegs heraufbeschworenen Mangelsituation und subsistenziellen Bedürftigkeit beziehungsweise konsumtiven Begehrlichkeit blickt der in seinem Anspruch und Zugriff auf den materialen und funktionalen Reproduktionsmechanismus der bürgerlichen Gesellschaft, das Wertschöpfungssystem, restituierte friedenswirtschaftliche Austausch oder zivile Markt einer von Verstopfungsproblemen alias Mehrwertrealisierungsnöten unbeeinträchtigten langen Periode ebenso ertrag- wie erfolgreicher kommerzieller Aktivitäten entgegen.

Die Schere, die sich nach dem Krieg zwischen rationalisierungs- und automatisierungsinduziert gesteigerter industrieller Produktionskapazität und kriegsbedingt zerrütteter gesellschaftlicher Konsumkraft öffnet, führt binnen eines Jahrzehnts zum weltwirtschaftlichen Kollaps. Auch wenn dieser Zusammenbruch noch kein das Wertschöpfungssystem systematisch-konsequent ereilendes Ergebnis, sondern nur erst ein ihm historisch-kontingent widerfahrendes Ereignis ist, ist es doch umfassend und ubiquitär genug, um die Staaten zu zwingen, ihr bis dahin weitgehend auf politische Hilfestellungen beschränktes Engagement in ein grundlegend ökonomisches Involvement zu überführen.

Oder vielmehr wäre dies sein Ausblick, seine weitreichende Perspektive, käme ihm da nicht erneut die ursprünglich zur Abwehr und Durchkreuzung staatlicher Umverteilungsbemühungen eingesetzte und dann für den kommerziellen Konkurrenzkampf, die individuelle Behauptung im generellen Absatzstau, der ihr strategisch eigenes Werk ist, gebrauchte Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie in die Quere. In der Vorkriegszeit als methodisches Konstitutiv des Wertschöpfungsprozesses zur Anwendung gebracht und als dessen unverzichtbarer modus procedendi in Gang gesetzt und dann von der Kriegswirtschaft zwecks Kompensation des wehrdienstbedingten Mangels an Arbeitskräften und Befriedigung der pressierenden Nachfrage von Seiten der ebenso unersättlich wie nihilistisch Material verzehrenden und Dienstleistungen verschlingenden Streitkräfte noch stärker in Anspruch genommen und weiter entwickelt, hört die Strategie der produktivitätssteigernden Optimierung technischer Prozeduren und Aufrüstung maschineller Apparaturen ja auch nach dem Ende des Krieges nicht auf, sich, nicht zwar wertschöpferisch, die kapitale Mehrwertrate erhöhend, wohl aber wertwucherisch, die reale Mehrwertmenge vergrößernd, geltend zu machen und wirksam zu zeigen, und lässt damit die friedenswirtschaftliche Neuversorgung und Wiederauffüllung des zivilen Marktes mit der ganzen Dynamik und Hektik vonstatten gehen, die sie im kommerziellen Konkurrenzkampf der Vorkriegszeit und unter dem militärischen Nachfragedruck der Kriegsjahre ausgebildet und angenommen hat.

Weiter eskaliert wird diese Dynamik der Strategie und zusätzlich forciert wird ihre Hektik dabei noch durch den Mangel an menschlicher Arbeitskraft, der Folge der Hekatomben von Menschenopfern, der Unzahl von Toten und Invaliden ist, die der Krieg gefordert hat und hinterlässt. Kompensation für diesen Arbeitskräftemangel zu schaffen, fällt ihr,

der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie und der mit ihr sich eröffnenden Möglichkeit zu, personelle Kraft durch instrumentelle Technik zu ersetzen und an die Stelle menschlicher Energie maschinelle Robotik treten zu lassen. Prinzipiell betrachtet, bedeutet diese der Strategie gestellte Aufgabe nichts weiter als eine Wiederaufnahme und Fortsetzung ihrer zu Kriegszeiten geübten Praxis. Nur dass der Arbeitskräftemangel für dessen Kompensation sie Sorge zu tragen hat, jetzt nicht mehr Folge der Präokkupation der Bevölkerung durch Wehrdienst und Kriegführen, sondern Resultat der Auslichtung und Dezimierung ist, mit der Wehrdienst und Kriegführen die Bevölkerung heimgesucht haben! Konsequenziell gesehen aber läuft die Wiederaufnahme und Fortsetzung der Strategie, da ihr wiederholter Einsatz und ihre fortgesetzte Anwendung gleichbedeutend ist mit einer immer weiteren Erhöhung ihrer Produktivität alias fortgesetzten Steigerung ihrer Effektivität, darauf hinaus, dass die Bestückung und Auffüllung des von seiner staatlich-militärischen Beschlagnahmung befreiten und als solcher restituierten bürgerlich-zivilen Marktes mit Mehrwert verkörpernden Gütern und Dienstleistungen sich immer rascher und ungestümer, immer unkontrollierter und unaufhaltsamer vollzieht.

Angesichts einerseits der gähnenden Leere und schier bodenlosen Aufnahmekapazität der Märkte und andererseits der subsistenziellen Bedürftigkeit beziehungsweise konsumtiven Begehrlichkeit und der daraus resultierenden schier grenzenlosen Nachfragebereitschaft der durch den Krieg ausgehungerten und deprivierten Bevölkerungen schüfe freilich diese Dynamik beziehungsweise Hektik, die kraft der von ihr mobilisierten progressiven Produktivität und demonstrierten exzessiven Effektivität die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie dem Wertschöpfungsprozess verleiht, kein absehbar akutes kommerzielles Problem und stellte sie also keinen ernstzunehmenden Einwand gegen eine mittel- oder gar langfristig gesicherte gedeihliche Entwicklung der das Wertrealisierungsgeschäft besorgenden Märkte beziehungsweise eine erfolgreiche Abwicklung der den Dreh- und Angelpunkt aller Marktentwicklung bildenden Mehrwertrealisierung dar - wäre da nicht das Missverhältnis zwischen individueller Nachfragebereitschaft und genereller Nachfragefähigkeit, personeller Konsumlust und finanzieller Konsumkraft, die Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem Begehren und

bürgerschaftlichem Vermögen, das der Krieg den Volkswirtschaften als schwere Hypothek hinterlassen hat.

Im Zuge ihres Kriegführens und zur Bestreitung der dafür erforderlichen finanziellen Aufwendungen, der für das Sengen und Morden aufzubringenden und nicht weniger unwiederbringlich verlorenen als unaufhörlich entstehenden Kosten, haben die staatlichen Körperschaften sich beim persönlichen Eigentum und privaten Vermögen ihrer bürgerlichen Gesellschaften reichlich bedient und in der Tat rücksichtslos schadlos gehalten, haben sie ihre Bürgerschaft teils mittels Erhebung kontributorisch-zwangsweiser Abgaben, teils mittels Aufnahme patriotisch-freiwilliger Anleihen ebenso kräftig wie gründlich zur Kasse gebeten - mit dem Ergebnis, dass nach Kriegsende nicht nur sie, die staatlichen Körperschaften, die ja ihren Etat, sämtliche ihnen fiskalisch, kontributorisch und debetorisch verfügbare Finanzmittel, über Jahre hinweg dem Kriegsgott geopfert, mit anderen Worten, im buchstäblichen Sinn verpulvert haben, gleichermaßen finanziell entblößt und bis über beide Ohren verschuldet dastehen, sondern sich auch ihre Gläubiger, die geschröpften Bürgerschaften, wenn nicht zur Gänze, so doch zu beträchtlichen Teilen um ihre Ersparnisse und Guthaben gebracht und nach Maßgabe dieser ihrer finanziellen Einbußen oder gar existenziellen Verarmung in ihrer Konsumkraft, ihrer der zivilen Wertschöpfung, die wieder in Gang kommt, die Waage zu halten bestimmten Wertrealisierungskapazität, stark beeinträchtigt, wo nicht gar heillos geschwächt wiederfinden.

Tatsächlich ist es dies unbekömmliche Zusammentreffen eines durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie dynamisierten und einem ebenso blind technokratischen wie hektisch betriebsamen Regime funktioneller Erholung und industrieller Leistungssteigerung unterworfenen Wertschöpfungsprozesses mit einer kriegsbedingt geschwächten, durch staatliche Schuldenmacherei und bürgerliche Opferbereitschaft beziehungsweise Haftung zerrütteten gesellschaftlichen Konsumkraft alias Wertrealisierungskapazität, was die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit fatal prädisponiert und einer zunehmenden Schieflage überführt, die binnen eines knappen Jahrzehnts die Volkswirtschaften der an den finanziellen Folgen des Kriegs laborierenden Staaten in den Konkurs katapultiert. Je länger der durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie befeuerte industrielle Aufschwung anhält und seinen Niederschlag in einer rasch wachsenden und mit dem Anspruch

auf kommerzielle Realisierung den Markt füllenden Mehrwertmenge findet, umso stärker fällt der dem Potlatch des Krieges geschuldete Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft alias bürgerlicher Wertrealisierungskapazität ins Gewicht und umso größer wird die Gefahr, dass es zu der oben avisierten, als pauschale Obstipation des Marktes, quasi als kommerzieller Darmverschluss, wirksamen generellen Absatzkrise kommt, die lähmend auf das Wertschöpfungssystem zurückschlägt und es, weil sie den Wertschöpfungsprozess seines ganzen Sinnes, seiner raison d'être, nämlich der Schöpfung von mittels kommerzieller Realisierung für weitere Mehrwertschöpfung verfügbarem industriellem Mehrwert, beraubt, mitsamt der in seiner Form und nach seinem Modus materialen Unterhalt und sozialen Zusammenhalt sichernden gesellschaftlichen Reproduktion zum Erliegen bringt.

Von den funktionellen Erfolgen und den objektiven Errungenschaften des rationalisierungs- und automatisierungsbeflügelten Wertschöpfungsprozesses geblendet und betört, verschließen die Staaten die Augen vor den strukturellen Problemen, die eben diese Erfolge und Errungenschaften dem kriegsschuldenbedingt am Boden liegenden Wertrealisierungsgeschäft bereiten, ignorieren sie den relativen Druck, unter den sich der gesellschaftlicher Konsumkraft ermangelnde Markt durch den wirtschaftlichen Aufschwung gesetzt findet, und lassen sie die Schere zwischen sächlicher Schöpfung und geldlicher Realisierung des Geschöpften sich heimlich immer weiter öffnen, das Missverhältnis zwischen industriellem Prozess und kommerziellem Geschäft im Verborgenen immer weiter wuchern, bis wie ein Blitz aus heiterem Himmel die pauschale Wertrealisierungskrise plötzlich da ist, die wachsenden Nachfrageprobleme in einem allgemeinen kommerziellen Rien ne va plus des Absatzes kulminieren und der Markt sich in einen das Wertschöpfungssystem jäh blockierenden und zum Stillstand bringenden panischen Konkurs gestürzt, einem von allen Teilnehmern getragenen und alle Teilnehmer mitreißenden Run, einem individuellen Rette-sich-wer-kann, ausgeliefert findet, das der immerhin noch vorhandenen und aber durch jene generelle Stornierung des Produktionsbetriebs alias Wertschöpfungsprozesses in dieser seiner wie immer auch mangelhaften oder restbeständigen Existenz angegriffenen und mit Totalverlust bedrohten Konsumkraft alias Wertrealisierungskapazität gilt.

Keine Frage, dass die den wirtschaftlichen Aufschwung des Nachkriegsjahrzehnts jäh beendende und ad absurdum führende Weltwirtschaftskrise, funktionell oder operativ gesehen, dem Tatbestand jener pauschalen Obstipation des Marktes, jenes kommerziellen Darmverschlusses, entspricht, in dem als agonalem Finale ein um das goldene Kalb der Mehrwertrealisierung kreisender Wertschöpfungsprozess resultieren muss, dem zuerst staatliche Hilfestellungen à la Merkantilismus, Kolonialismus und Imperialismus immer wieder Beine machen und dann die gegen die staatlichen Bemühungen, den liberalistisch außer Rand und Band geratenden Wertschöpfungsprozess abzubremsen, aufgebotene Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie regelrecht Flügel verleiht. Keine Frage allerdings auch, dass, strukturell oder objektiv genommen, die Weltwirtschaftskrise der zwanziger Jahre dem Sachverhalt jener als Finale des Wertschöpfungsprozesses in Aussicht gestellten pauschalen Marktverstopfung und kommerziellen Ausweglosigkeit, nicht schon genügt und sich von ihr erkennbar unterscheidet.

Was die Weltwirtschaftskrise von dem dem Wertschöpfungssystem als kommerzieller Darmverschluss prognostizierten großen Finale unterscheidet und was sie dessen systematische Stringenz verfehlen beziehungsweise bloß simulieren lässt, ist das Moment von historischer Kontingenz, das zu ihr beiträgt und in ihr mitwirkt, ist, konkreter gesagt, der kriegsschuldenbedingte Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft alias kommerzieller Wertrealisierungskapazität, unter dem die ökonomische Entwicklung des Nachkriegsjahrzehnts von Anfang an leidet und der für ihren krisenhaften Ausgang tatsächlich nicht weniger verantwortlich ist als das Übermaß an wirtschaftlicher Leistungskraft alias industrieller Wertschöpfungspotenz, zu dem die als konstitutiver Produktionsfaktor nicht nur beibehaltene, sondern mehr noch verstärkt eingesetzte Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie dem Wertschöpfungsprozess verhilft.

Angesichts der Bedürftigkeit und Aufnahmefähigkeit des durch die Kriegswirtschaft leergeräumten und ausgehungerten zivilen Marktes hätte auch eine noch so rationalisierungs- und automatisierungsstrategisch dynamisierte und eskalierte Mehrwertschöpfung schwerlich das Zeug dazu, in absehbarer Zukunft die kommerzielle Nachfrage zu überfordern und den Markt mit Gütern und Dienstleistungen zu verstopfen, die mangels personalen Bedürfnisses beziehungsweise sozialen Bedarfs keine

Verbraucher beziehungsweise Abnehmer finden, wäre da nicht das besagte Handikap einer Behinderung und Beschränkung der kommerziellen Nachfrage durch kriegsschuldenbedingt mangelnde gesellschaftliche Konsumkraft, der historisch-kontingente Umstand, dass die Befriedigung der personalen Bedürfnisse und Deckung des sozialen Bedarfs und die dadurch ermöglichte geldliche Realisierung der per Wertschöpfungsprozess auf den Markt geworfenen sächlichen Mehrwertmenge, der sächlichen Wertmenge also, die sich durch die qua Arbeitslohn für die Wertschöpfung ausgegebene geldliche Wertmenge nicht einlösen alias realisieren lässt, - dass also diese Bedürfnisbefriedung und Bedarfsdeckung nur zu rasch an die Grenzen des durch das Potlatch des Krieges abgetragenen und geschrumpften gesellschaftlichen Vermögens in genere und bürgerlichen Guthabens in specie stößt und damit nur zu bald vor den Fall eines durch Mittelknappheit, wo nicht gar Mittellosigkeit erzwungenen Konsumverzichts kommt, der das vermeintlich in weite Ferne gerückte obstipative Finale plötzlich initiale Aktualität gewinnen lässt und als vikarisches Schreckgespenst, als vexierbildliche Projektion seines tatsächlich drohenden Erscheinens auf den Plan ruft.

Die den ökonomischen Aufschwung des Nachkriegsjahrzehnts, der auf den tönernen Füßen eines eklatanten Missverhältnisses zwischen industrieller Schöpfungskraft und kommerzieller Realisierungsschwäche steht, seiner Unhaltbarkeit überführende Weltwirtschaftskrise ist also keineswegs schon die reelle Erfüllung und kriterielle Vollendung der dem Wertschöpfungssystem qua obstipative Krankheit zum Tode eingeschriebenen systematisch-strukturellen Bestimmung, sondern höchstens erst deren historischer Kontingenz entspringende funktionelle Erprobung, ihre quasi experimentelle Vorwegnahme. Dass die Weltwirtschaftskrise das kommerziell dicke Ende des industriell dynamisierten Wertschöpfungsprozesses nicht etwa schon als systematisch-konsequentes Ergebnis realisiert und präsentiert, sondern nur erst als historisch-kontingentes Ereignis simuliert und inszeniert, hindert freilich nicht, dass ihre ökonomischen Auswirkungen gravierend beziehungsweise ihre sozialen Folgen verheerend genug sind, um die bürgerliche Gesellschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern, sie, genauer gesagt, an eben diesen Grundfesten, als die das industrielle Wertschöpfungssystem, das akkumulative Kapital, und sein kommerzieller Realisierungsmechanismus, der distributive Markt, firmieren, effektiv irre werden und prospektiv verzweifeln zu lassen und damit aber den Staat als, seinem offiziellen Status

als selbstmächtig-schiedsrichterlicher Kontrolleur und Moderator der wertschöpferisch verfassten bürgerlichen Gesellschaft zum Tort, institutionell auf deren wertschöpferischen Betrieb angewiesenen und in seinem eigenen Unterhalt, seinem Etat, von ihm abhängigen Nutznießer, um nicht zu sagen, Parasiten der bürgerlichen Gesellschaft - ihn also, den nicht weniger institutionell vom bürgerlichen Wertschöpfungssystem getragenen beziehungsweise ausgehaltenen als offiziell von ihm unabhängigen und über ihm stehenden Staat, zu einer grundlegenden Revision seiner traditionellen Aufgabenstellung, will heißen, zu einer paradigmatischen Transformation seines bis dahin wesentlich und in der Hauptsache politischen Engagements in ein ebenso maßgeblich wie notwendig ökonomisches Involvement, zu veranlassen.

Wenn der Staat, aufs industrielle Wertschöpfungssystem als gleichermaßen reelles Fundament seines Mündels, der bürgerlichen Gesellschaft, und finanzielle Quelle seines eigenen Unterhalts und vormundschaftlichen Bestehens ebenso substanziell angewiesen wie existenziell von ihm abhängig, die zahlreichen Wachstumskrisen und wiederkehrenden Geburtswehen, die das System nach Maßgabe seiner ebenso konvulsiven wie expansiven und ebenso disruptiven wie initiativen Natur durchlebt und durchleidet, zu seiner Sache macht und durchgängig bereitsteht, sich als Krisenmanager beziehungsweise Geburtshelfer zu engagieren, dann tut er das bis dahin wenn nicht ausschließlich, so doch aber weitgehend auf politischem Wege, nämlich in der Weise, dass er, ohne in die ökonomische Entwicklung als solche einzugreifen, auf die Dimension und Dynamik des Wertschöpfungsunternehmens direkt, nämlich dispositiv oder operativ, Einfluss zu nehmen, mit bürokratischen, demographischen, diplomatischen und militärischen Mitteln die eigene Volkswirtschaft protegiert beziehungsweise privilegiert, innovative Produkte und technische Errungenschaften patentiert oder subventioniert, neue Bevölkerungsschichten oder -gruppen als Konsumenten mobilisiert oder rekrutiert und neue Märkte vertraglich erschließt oder gewaltsam erobert, um so der durch die eigene Dynamik ins Stocken geratenen beziehungsweise in die Enge getriebenen ökonomischen Entwicklung, einem Wertschöpfungsprozess, dessen wachsender Dimension das Wertrealisierungsgeschäft in die Quere zu kommen und gar einen Riegel vorzuschieben droht, auf die Sprünge zu helfen und den erforderlichen Entfaltungsraum zu sichern beziehungsweise zu verschaffen.

Diese politischen Instrumente des Staats, um dem Wertschöpfungssystem aus seinen entwicklungsbedingten kommerziellen Verlegenheiten, seinen wachstumsinduzierten Wertrealisierungsnöten, heraus- und fortzuhelfen und das weitere Wachstum des Systems, die nur in dynamischer Form, im Steigerungs- beziehungsweise Beschleunigungsmodus zu habende Kontinuität seiner Entfaltung sicherzustellen - diese politischen Instrumente aber greifen jetzt nicht mehr und erweisen sich als obsolet. Die Märkte sind erdumspannend und völkerumfassend erschlossen, die Konsumenten klassenübergreifend und schichtendurchdringend ins Marktsystem integriert, weshalb bürokratische Maßnahmen beziehungsweise handels- und zollpolitische Vorkehrungen mit dem Ziel, die eigene Volkswirtschaft vor der Konkurrenz der anderen zu schützen beziehungsweise sie im Konkurrenzkampf mit den anderen in Vorteil zu setzen, im Zweifelsfall wie das Hornberger Schießen ausgehen, weil sie von den anderen mit entsprechenden Gegenmaßnahmen und Abwehraktionen beantwortet werden und unter Bedingungen der industriellen Arbeitsteilung und kommerziellen Verflechtung, die das Verhältnis der wertschöpferisch reüssierenden Volkswirtschaften mittlerweile prägen, nicht weniger Schaden anrichten als Nutzen bringen. Eben diese geographische und demographische Allgegenwart und Interdependenz, zu der das hierbei den Planeten Erde als durchgängige Staatenwelt organisierende Wertschöpfungssystem sich entfaltet hat, ist es ja, was den ökonomischen Ein- und Abbruch, den ein Jahrzehnt nach dem Weltkrieg die Industrienationen erleiden, unbeschadet seiner nicht schon systematisch-konsequenten Natur, sondern nur erst historisch-konsistenten Beschaffenheit, zu einem globalen Ereignis, einer mit Fug und Recht so zu nennenden Weltwirtschaftskrise, geraten lässt und was die auf weltweite evolutionäre Ungleichzeitigkeit, zivilisatorische Disparität und organisatorische Unterlegenheit bauenden traditionellen Krisenbewältigungstechniken beziehungsweise Perspektivenerschließungsinstrumente des Staats, seine auf politische, diplomatische und militärische Hilfestellungen und Fördermaßnahmen beschränkten Interventionen, als ebenso effektiv untauglich wie definitiv überholt ausweist.

Unter dem Eindruck der durch die Weltwirtschaftskrise heraufbeschworenen Kollapses entschließt sich der Staat zum New Deal, einer Politik, die den Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft durch staatliche Ausgaben und öffentliche Aufwendungen zu kompensieren unternimmt. Zur Finanzierung beleiht er das in Bankenhand befindliche bürgerlichen Gesamtvermögen, auf dessen Borg er die Notenbank neues Geld schöpfen lässt, das er für die Wiederankurbelung des Wertschöpfungsprozesses einsetzt. Weil die von ihm angekurbelte Wertschöpfung aber nolens volens Mehrwertschöpfung ist, findet er sich auf die Rolle des stygischen Fährmanns wider Willen vereidigt, der das ihm übertragene Amt nicht mehr los wird.

Und eben diese Omnipräsenz und Interdependenz des Wertschöpfungssystems, die, wie sie die dem historisch-kontingenten Zugleich von Überschwang an wirtschaftlicher Produktivkraft und Mangel an bürgerlicher Konsumkraft geschuldeten Mehrwertrealisierungsprobleme zur Weltwirtschaftskrise totalisiert, so die traditionellen Hilfestellungen des Staats, seine politischen Interventionsmethoden außer Kraft setzt und obsolet werden lässt - sie ist es denn auch, was die Industriestaaten unter gleichermaßen Federführung und Anleitung der durch den Weltkrieg zur führenden Volkswirtschaftsmacht aufgestiegenen Vereinigten Staaten von Amerika veranlasst oder vielmehr nötigt, jenen als New Deal apostropierten und ihnen zu einer strategischen Verhaltensänderung gereichenden dramatischen Rollenwechsel zu vollziehen, in dessen Konsequenz sie, wie gesagt, ihr obsoletes politisches Engagement für den Bestand und Erfolg der heimischen Volkswirtschaft durch ein akutes ökonomisches Involvement in deren Betrieb und Mechanik ergänzen, um nicht zu sagen, ersetzen.

Unter der Prätention eines zwischen ihr und der bürgerlichen Gesellschaft als ebenbürtigen Partnern abgeschlossenen neuen Geschäftsvertrags, besagten New Deals, nimmt sich die staatliche Herrschaft in eigener Regie nicht weniger als aus eigener Resolution, mithin nicht weniger selbsttätig als selbstmächtig, des die Weltwirtschaftskrise heraufbeschwörenden Problems der im Verhältnis zu einer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des Wertschöpfungssystems auf ein beispielloses Niveau hebt, kriegsschuldenbedingt mangelnden gesellschaftlichen Konsumkraft an und macht es sich zur Aufgabe, den Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft

durch staatliche Ausgaben und öffentliche Aufwendungen, gouvernementale Spendierfreudigkeit und kommunale Freigebigkeit zu kompensieren, ihm, genauer gesagt, dadurch abzuhelfen, dass sie staatliche Beschaffungs- und Erneuerungsprogramme auflegt und gemeindliche Versorgungs- und Verbesserungsprojekte initiiert, die geeignet sind, das durch Realisierungsnöte gehandikapte, wo nicht gelähmte Wertschöpfungssystem mit Produktionsaufträgen zu versehen und mit Dienstleistungsvorhaben zu beschäftigen, die die fehlende Nachfrage und die ausbleibenden Anforderungen von Seiten der geschwächten und in ihrer Schwäche dem Güterangebot des Systems nicht gewachsenen, von dessen Leistungsfülle überforderten gesellschaftlichen Konsumkraft, wenn auch nicht überhaupt vergessen machen, so zumindest doch mehr oder minder wettmachen können.

Indem der Staat in eigener Person beziehungsweise in öffentlicher Funktion zu Markte geht, um sich dort als *big spender* in Szene zu setzen, sich als eine Art von Großkonsument zu betätigen, springt er quasi in die Bresche der wankenden, von der Konsumschwäche der bürgerlichen Gesellschaft zerrütteten Konsumfront alias Wertrealisierungsbastion und wehrt beziehungsweise steuert, indem er für eine dem industriellen Angebot und der produktiven Leistungskraft des Wertschöpfungssystems entsprechende oder genügende kommerzielle Nachfrage und konsumtive Aufnahmefähigkeit sorgt, der eben durch das Missverhältnis zwischen industriellem Angebot und kommerzieller Nachfrage, durch das Unvermögen der gesellschaftlichen Aufnahmefähigkeit, der wirtschaftlichen Leistungskraft die Waage zu halten, ausgelösten Krise.

Die Geldmittel für seine den Mangel an bürgerlich-privater Nachfrage zu kompensieren bestimmte staatlich-öffentliche, quasi auf Rechnung der Res publica als solcher gehende Konsumtätigkeit liefert dem Staat dabei die Zentrale Notenbank, die mit der Schöpfung, Verwaltung und Kontrolle des allgemeinen Äquivalents betraute Währungshüterin, eine staatliche Einrichtung, die, wiewohl aus gutem, historisch bewährtem Grund, von der Staatsmacht prinzipiell unabhängig und deren Einfluss und Weisung entzogen, doch aber, weil das als gleichermaßen Realfundament der Währung und Quelle des Etats ihr nicht weniger als der Staatsmacht teure Wertschöpfungssystem auf dem Spiel steht, in diesem Fall durchaus bereit ist und sich beeilt, dem Staat zu Willen zu sein, mit ihm gemeinsame Sache zu machen und ihm bei seinen konsumtiven

Rettungsbemühungen um den als Wertschöpfungssystem ausgelegten reproduktiven Zusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft zur Hand zu gehen.

Diese zwecks konsumtiver Motivierung beziehungsweise Remotivierung des produktiven Systems, zwecks wertrealisatorischer Ankurbelung also des wertschöpferischen Prozesses, dem Staat zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel schöpft dabei die Notenbank auf gesellschaftskreditiver Basis, und kreiert sie, genauer gesagt, auf die Weise, dass sie auf das in Bankenhand befindliche, vom Bankensystem verwaltete possessive Eigentum der bürgerlichen Gesellschaft in genere und deren besitzständischer Schicht, der bürgerlichen Klasse, in specie Kredit aufnimmt, dass sie mit anderen Worten das geldliche Gesamtvermögen der bürgerlichen Gesellschaft beleiht. Was sie dem Staat damit zugänglich macht und zur Verfügung stellt, ist ungenutzte bürgerliche Konsumkraft, brachliegende, bankensystematisch quasi auf Halde liegende Wertrealisierungskapazität der bürgerlichen Gesellschaft in genere und der bürgerlichen Klasse in specie, die er, der Staat, angehalten ist, stellvertretend für die bürgerliche Gesellschaft und zu deren wohlverstandenem Wohle konsumtiv gezielt einzusetzen, sie für industrielle Produktionsaufträge, soziale Dienstleistungsprojekte und infrastrukturelle Beschaffungs- und Erneuerungsprogramme zu verwenden, um den Wertschöpfungsprozess wieder in Gang zu bringen und am Laufen zu halten, mit metaphorisch anderen Worten, dem Wertschöpfungssystem Beine zu machen und auf die Sprünge zu helfen.

Nicht weniger ingeniös als innovativ an dieser durch die Notenbank vermittelten und den Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft zu kompensieren bestimmten staatlichen Geldbeschaffungsmethode ist, dass sie ohne Übergriff auf beziehungsweise Eingriff in das ebenso politisch maßgebende Existenzial wie ökonomisch grundlegende Essenzial der bürgerlichen Gesellschaft, das Recht auf Privateigentum, funktioniert. Die Kredite, die er zwecks Ersatzkonsums mit Hilfe der Notenbank aufnimmt, leiht oder borgt sich der Staat nicht bei den einzelnen Bürgern, entnimmt beziehungsweise entzieht er nicht deren vom Bankensystem verwaltetem geldlichem Possessiv, sondern er beleiht oder belastet nur dies geldliche Possessiv der Bürger, lässt die Notenbank zu hypothekarischen Lasten des vom Bankensystem verwalteten Geldvermögens

der Bürgerschaft als ganzer neues Geld schöpfen und ihm für seine ersatzkonsumtiven Bemühungen um die Wiederbelebung des Wertschöpfungssystems und Wiederankurbelung des Wertschöpfungsprozesses zur Verfügung stellen.

So entrinnt er dem kruzifikatorischen Dilemma, sei's die Bürgerschaft zu einer freiwilligen finanziellen Kooperation bewegen zu müssen, zu der sie angesichts des desolaten Zustands des Wertschöpfungssystems und der geringen Aussicht auf eine Rückerstattung, geschweige denn Verzinsung des dem Staat Geliehenen ganz und gar nicht aufgelegt ist und der sie im Bemühen um die Wahrung ihres Besitzstands vielmehr die kalte Schulter zeigt, sei's sie per Zwangsanleihe oder Beschlagnahme zur finanziellen Beteiligung verpflichten und damit aber besagten ökonomischen Grundpfeiler der bürgerlichen Gesellschaft untergraben beziehungsweise sich über besagtes Kernstatut des um den monetären Wert und dessen kapitale Akkumulation gescharten zivilen Corpus hinwegsetzen zu müssen. Mit Geldmitteln ausgestattet, die er kraft Notenbank nicht etwa dem geldlichen Possessiv der Bürgerschaft entnimmt beziehungsweise entzieht, sondern vielmehr auf der Garantiebasis dieses geldlichen Possessivs der Bürgerschaft neu aufnimmt und mit denen er also dies geldliche Possessiv hypothekarisch bezieht alias belastet, die er, so gesehen, aus dem Vollen des letzteren zusätzlich schöpft oder, wenn man so will, aus dessen als Unterpfand wohlverstandenem Hut zaubert, gewinnt der Staat, ohne das bürgerliche Recht auf Privateigentum, das ökonomische Essenzial und politische Existenzial der bürgerlichen Gesellschaft, antasten und verletzen zu müssen, die finanziell freie Hand, um sich als für den Mangel an bürgerlicher Wertrealisierungskapazität Abhilfe schaffender vikarischer Großkonsument ins Spiel zu bringen und seinen auf die Wiederbelebung des Wertschöpfungssystems und Wiederankurbelung des Wertschöpfungsprozesses zielenden Ersatzkonsum in die Tat umzusetzen.

Dabei schützt und bewahrt ihn diese Ausrichtung und Konzentration seines unter der Camouflage eines New Deal, einer umverteilungspolitischen Revision des bürgerlichen Gesellschaftsvertrags, praktizierten vikarischen Konsums auf die Remotivierung des Wertschöpfungssystems und Revitalisierung des Wertschöpfungsprozesses vor der mit der Vermehrung des allgemeinen Äquivalents alias Schöpfung zusätzlicher Konsumkraft, die diese beleihpraktische Kreditaufnahme des Staates mit

sich bringt, normaler- oder herkömmlicherweise verknüpften Gefahr einer inflationären Zerrüttung des Währungssystems. Normalerweise steht die Gesellschaft und Staat als Konsumkraft verfügbare Geldwertmenge nach dem Muster kommunizierender Röhren in unmittelbarer Korrelation zu und Wechselwirkung mit der auf dem Markt vorhandenen Sachwertmenge und führt deshalb jede Zunahme der ersteren zu einem korrespondierenden Wertzuwachs bei letzterer, resultiert deshalb das Mehr an Geldwert quasi automatisch in einer den vermehrten Geldwert auf den nicht vermehrten vorhandenen Sachwert distribuierenden und mit ihm egalisierenden Geldentwertung alias Einbuße an Kaufkraft. In diesem besonderen Fall der zwecks Finanzierung staatlichen Ersatzkonsums vorgenommenen Geldvermehrung mittels Beleihung alias hypothekarischer Belastung des bürgerlichen Possessivs in Bankenhand bezieht sich die vermehrte Geldwertmenge indes nicht auf die auf dem Markt vorhandene Sachwertmenge und dient nicht deren Realisierung alias kommerzieller Einlösung, sondern zielt darauf, per staatlichen Ersatzkonsum dem Wertschöpfungssystem aufzuhelfen und dem Wertschöpfungsprozess Beine zu machen, ist mithin darauf gerichtet, weitere Wertschöpfung zu initiieren, zur Produktion neuer Sachwerte anzuregen, kurz, die auf dem Markt vorhandene Sachwertmenge zu vermehren.

Die zwecks staatlichen Ersatzkonsums vorgenommene Vermehrung der Geldwertmenge resultiert hier also, anders als die herkömmlicherweise zu Zwecken staatlichen beziehungsweise gesellschaftlichen Konsums praktizierte und zu einer Diskrepanz zwischen vermehrtem Geldwert und gleichbleibendem Sachwert führende Geldvermehrung, unmittelbar in einer korrespondierenden Vermehrung der Sachwertmenge, und insofern gibt es auch keinen Grund, den vermehrten Geldwert mit einem gleichgebliebenen Sachwert zu egalisieren und ins Lot zu bringen, bleibt also das vom staatlichen Ersatzkonsum betroffene Währungssystem vor der als Teuerung zu Buche schlagenden inflationären Entwicklung, die Konsequenz jener mengenmäßigen Diskrepanz zwischen Geldwert und Sachwert ist, geschützt und bewahrt.

Nicht geschützt und bewahrt freilich bleibt der durch seinen Ersatzkonsum auf Beleihbasis ökonomisch involvierte Staat selbst vor dem an anderer Stelle ins Bild der charontischen Zwangsverpflichtung des Fahrgasts als Fährmann gefassten dauerhaften Funktionswandel, um nicht

zu sagen unwiderruflichen Berufswechsel, zu dem dies, sein traditionelles politisches Engagement ebenso sehr revidierendes wie ergänzendes ökonomisches Involvement ihm gerät. Von Haus aus ist ja letzteres bloß als vorübergehende Intervention gedacht beziehungsweise geplant, als ein vom Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft diktierter staatlicher Notbehelf, der dazu dient, die Zeit bis zur Erholung der gesellschaftlichen Konsumkraft zu überbrücken und, sobald diese hinlänglich erstarkt ist, um dem Wertrealisierungsanspruch des Wertschöpfungssystems genügen zu können, dem Staat zu erlauben, ihr den Stab des für den ökonomischen Antrieb sorgenden, die primäre Kraft spendenden Fährmanns wieder in die Hand zu drücken und, sich erneut mit der Rolle des bloß politisch Anteil nehmenden, sekundären Beistand leistenden Fahrgasts bescheidend, sein als ersatzkonsumtiver Einsatz, als wertrealisatorisches Vikariat fungierendes notbehelfliches Involvement zu beenden.

Diese auf eine ökonomische Mitwirkung, die terminiert und absehbar ist, lautende Rechnung hat freilich der Staat ohne den Wirt, das vom Akkumulationsprinzip imperativ beherrschte, will heißen, bei Strafe seines Scheiterns und Untergangs nicht bloß zur Schöpfung von Wert in genere, sondern auch und mehr noch zur Erzielung von Mehrwert in specie verpflichtete Wertschöpfungssystem gemacht. Aus dem sich zum Mehrwertschöpfungsimperativ artikulierenden Akkumulationsprinzip folgt nämlich, dass der Staat, wenn er mit dem ihm von der Notenbank per Beleihung des bürgerlichen Vermögens in Bankenhand zur Verfügung gestellten neuen Geld ersatzkonsumtiv tätig zu werden und so den Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft zu kompensieren unternimmt, das, was er per Ersatzkonsum letztlich beheben will, eben diesen Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft, jeweils nur zu reproduzieren, wo nicht gar zu verschärfen vermag.

So gewiss der Staat durch seinen Ersatzkonsum den Wertschöpfungsprozess ankurbelt und auf Touren bringt, so gewiss sorgt er zwangsläufig, nämlich per definitionem einer Wertschöpfung, deren raison d'être die Schöpfung von Mehrwert ist, dafür, dass die mehrwertige Wertmenge, die in Gütergestalt und Dienstleistungsform der angekurbelte und auf Touren gebrachte Wertschöpfungsprozess hiernach hervor und auf den Markt bringt, die überforderte und dem kommerziellen Angebot nicht gewachsene gesellschaftliche Konsumkraft in genere und bürgerliche Wertrealisierungskapazität in specie erneut als ungenügend erweist

beziehungsweise einer sogar noch offenkundigeren Mangelhaftigkeit überführt.

Zwar kommt die ersatzkonsumtive Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses mittels der von der Notenbank, der Verwalterin und Bewirtschafterin des allgemeinen Äquivalents alias Geldes, dem Staat per Vergrößerung der Geldmenge auf Beleihbasis verschafften Kredite der gesellschaftlichen Konsumkraft insofern fraglos zugute, als solche Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses ja den neuerlichen und verstärkten Einsatz wertschöpferischer Arbeit impliziert, also gleichbedeutend damit ist, dass Lohnarbeitsplätze gesichert beziehungsweise neu geschaffen werden, menschliche Arbeitskraft sich wieder in Lohn und Brot gesetzt findet, und dass die dem Arbeitskräftekontingent für seine wertschöpferische Arbeit gezahlte und entsprechend seiner personalen Aufstockung und Erweiterung wachsende Lohnsumme hiernach zur Verfügung steht, um die im industriellen Betrieb geschöpften Werte durch kommerziellen Austausch, auf dem Markt, zu realisieren. Aber mag die im Lohn für die wertschöpferische Arbeit bestehende gesellschaftliche Konsumkraft nach Maßgabe der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Anstellung weiterer Arbeitskräfte noch so sehr wachsen, dies Wachstum ändert nichts daran, dass der Wertschöpfungsprozess nicht einfach nur der Schöpfung generell von Wert, sondern auch und zumal der Erzielung von Mehrwert dient, und dass zur kommerziellen Realisierung dieses industriell geschöpften Mehrwerts die wie immer auch gewachsene und als gesellschaftliche Konsumkraft verfügbare Lohnsumme per definitionem dessen, dass es sich beim Mehrwert um ein den Wert der Lohnsumme, die für seine Schöpfung gezahlt worden ist, übersteigendes Wertquantum handelt, weder hin- noch ausreicht.

Und an dem definitionsgemäßen, quasi logischen Ungenügen der wie immer auch implicite der Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses durch den staatlichen Ersatzkonsum wachsenden gesellschaftlichen Konsumkraft, den wertschöpfungsprozessual erzielten Mehrwert kommerziell zu realisieren, ändert auch ebenso wenig die Tatsache, dass ein Teil dieses Mehrwerts an bürgerliche Investoren in den Wertschöpfungsprozess, sekundäre Einleger ins kapitale Unternehmen, als Rendite beziehungsweise Dividende zurückfließt und, sofern von diesen für konsumtive Zwecke genutzt, zur weiteren Stärkung der gesellschaftlichen Konsumkraft beiträgt. Abgesehen davon nämlich, dass keineswegs ausgemacht

ist, ob jene bürgerlichen Investoren ihre auf Renditen beziehungsweise Dividenden lautende Beteiligung am Mehrwert konsumtiv verwenden und nicht vielmehr, selber bereits konsumtiv befriedigt und im Wohlstand lebend, ihren Gewinn in neue Wertschöpfungsprozesse investieren und so denn, sich für die Wertschöpfung und gegen die Wertrealisierung entscheidend, die letztere betreffenden Probleme nur weiter verschärfen - abgesehen davon also, repräsentiert beziehungsweise egalisiert dieser sekundäre Gewinn doch immer nur einen Teil des neu geschöpften Mehrwerts und ist deshalb logischer- alias mathematischerweise außerstande, für dessen vollständige Realisierung, will heißen, die Einlösung des in den materialen Gütern und realen Dienstleistungen steckenden primären Profits oder Reinertrags, um nicht zu sagen, die Erlösung des in den sächlichen und werklichen Werterscheinungen gefangenen kapitalen Kerns des Mehrwerts zu sorgen.

Wie immer also auch der staatliche Ersatzkonsum durch die Arbeitslöhne, die er generiert, und die Renditen und Dividenden, die er effektuiert, der gesellschaftlichen Konsumkraft aufhelfen und zugute kommen mag, letztere in die Lage zu versetzen, für die Realisierung des harten Kerns des per Wertschöpfungsprozess geschöpften Mehrwerts, für die Einlösung des vom Kapital zwecks Akkumulation alias Selbstvermehrung erzielten Profits, zu sorgen, ist er schlechterdings nicht imstande, und steht somit der Staat, weil sich beim Wertschöpfungssystem ja alles um diese Selbstvermehrung dreht, in akuter Gefahr, den Wertschöpfungsprozess im Handumdrehen des Bemühens um seine Remotivierung und Wiederankurbelung auch schon wieder zu demotivieren und abzuwürgen, ist er mithin drauf und dran, mit seinen ersatzkonsumtiven Bemühungen vergeblich in die Bresche der mangelnden gesellschaftlichen Konsumkraft zu springen und deren wankende Front partout nicht stabilisieren und vom dem Zusammenbruch bewahren, geschweige denn wiederherstellen und zu alter Stärke zurückfinden lassen zu können.

Will der Staat dieses ihm ex cathedra des Wesens der kapitalen Wertschöpfung als akkumulativer Mehrwerterzeugung drohende Scheitern seiner ersatzkonsumtiven Sanierungsbemühungen verhindern, so bleibt ihm nur eines: Er muss erneut in die Bresche der mangels bürgerlicher Konsumkraft wankenden gesellschaftlichen Konsumfront springen, muss auf der ihm von der Notenbank eingeräumten kreditiven Grundlage alias Beleihbasis abermals für die Realisierung jenes in den materialen Gütern,

die der ersatzkonsumtiv angekurbelte Wertschöpfungsprozess herstellt, und den realen Leistungen, die er erbringt, steckenden, als Profit, als Mehrwert sans phrase, firmierenden Teils des Mehrwerts sorgen, der die Produktionskosten, die Summe der finanziellen Aufwendungen für die Wertschöpfung, den Wert der für den Prozess gezahlten Löhne und für sein Ergebnis abgeführten Renditen und ausgeschütteten Dividenden, definitionsgemäß übersteigt und um den sich doch als um das A und O der kommerziell organisierten Wertschöpfung alles dreht, mit dem das ganze Wertschöpfungssystem steht und fällt.

Der staatliche Ersatzkonsum auf Basis der Beleihung des bürgerlichen Gesamtvermögens führt zu einer Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems. Dass dies nicht in kürzester Frist in einer haltlosen Eskalation des staatlichen Involvements resultiert, ist der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie gedankt, die für eine Abflachung der Wachstumskurve der kapitalen Mehrwertmenge sorgt. Allerdings geht wegen der durch die Strategie entfesselten Produktivität die Absenkung der kapitalen Wachstumskurve Hand in Hand mit einem steilen Anstieg der materialen Wachstumskurve, was die Entlastung der objektiven Konsumfähigkeit der Gesellschaft durch Überforderung ihrer subjektiven Konsumbereitschaft zu konterkarieren droht.

Hat in der Not der die Wertschöpfungsorgie der Nachkriegsjahre jäh kollabieren lassenden weltweiten Wertrealisierungskrise der Staat sich erst einmal auf dies, sein traditionelles politisches Engagement grundrevidierendes und, wie nominell als New Deal etikettiertes, so funktionell als Ersatzkonsum auf Beleihbasis identifizierbares ökonomisches Involvement eingelassen, so gibt es für ihn kein Zurück mehr und ist er, dem oben bemühten Fahrgast gleich, der sich unverhofft zum Fährmann avanciert findet, bei Strafe der Vergeblichkeit seines Involvements, des Scheiterns seiner Bemühungen um die Wiederankurbelung und Fortsetzung des Wertschöpfungsprozesses, gehalten, um nicht zu sagen, gezwungen, sich immer neu und, in der Konsequenz besagter logischer Unmöglichkeit, durch solch staatlichen Ersatzkonsum die gesellschaftliche Konsumkraft hinlänglich wiederherzustellen, um sie ins Lot mit der wirtschaftlichen Leistungskraft zurückzubringen, tatsächlich unabsehbar als Wertrealisierer vom Dienst ins Wirtschaftsleben einzubringen, sich ad infinitum, weil den mehrwertbedingt repetitiven Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft ewig ausgleichender veritabler Haupt- und

Staatskonsument, als, wenn man so will, das wertschöpfungssystematische Bauwerk, das zu Boden gegangen ist, durch seinen Ersatzkonsum nicht bloß initial wieder aufrichtender Hebelarm, sondern hiernach permanent aufrecht erhaltender Tragepfeiler zu etablieren.

Ist der als New Deal plakatierte und angesichts seiner Unwiderruflichkeit, der Permanenz, die er beansprucht, mit Fug und Recht als Berufswechsel zu bezeichnende Funktionswandel, den der Staat actu seines als ersatzkonsumtive Einlassung ins Werk gesetzten ökonomisch-direkten Involvements vollzieht, für die Beteiligten, für ihn, den bislang nur politisch-indirekt engagierten behördlichen Agenten des Wertschöpfungssystems, nicht weniger als für seine Mandantin, die im Wertschöpfungssystem ebenso sehr fundierte wie durch es organisierte bürgerliche Gesellschaft, schon als solcher befremdlich und in der Tat unheimlich genug - was die zum ökonomisch-direkten Involvement gewandelte neue Funktion des Staats, seinen auf Beleihbasis fortlaufenden ersatzkonsumtiven Einsatz, zu einem nervenaufreibenden Abenteuer geraten, wo nicht gar zu einem Kopf und Kragen riskierenden Hasardspiel ausarten lässt, ist eben diese Beleihpraxis, die den ersatzkonsumtiven Einsatz des Staats ermöglicht, ist die von der Notenbank mittels hypothekarischer Belastung des bürgerlichen Gesamtvermögens ins Werk gesetzte Emission immer neuen, dem Staat für seinen Ersatzkonsums kreditierten allgemeinen Äquivalents. Sie nämlich vindiziert dem Wertschöpfungssystem ein als Hypertrophierung, als eine Art karzinöse Wucherung charakterisierbares unaufhaltsames Wachstum und sorgt nämlich dafür, dass der mittels ihrer angekurbelte Wertschöpfungsprozess in eben dem Maß, wie er in Gang und auf Touren kommt, auch an Statur und Umfang, an korporalem Wuchs und Leibesfülle, gewinnt.

Weil der Staat in Ausübung seines ersatzkonsumtiven Amtes das ihm kreditierte neue Geld ja nicht ziellos, in begehrlich-konsumtionslustiger Absicht, sondern gezielt, mit verständig-produktionsfördernder Umsicht, zu Markte trägt, es, konkreter gesagt, nicht verwendet, um im wertrealisatorischen Geschäft bereits vorhandene Güter und Dienstleistungen, materiale und reale Werterscheinungen, zu erstehen und in ihrem Wert zu realisieren, sondern es nutzt, um das Wertschöpfungssystem durch Nachfrage zu neuer Produktion zu bewegen, den wertschöpferischen Betrieb durch Aufträge und Finanzierungen zur Schöpfung weiterer materialer

und realer Werte anzuregen oder vielmehr, dem kapitalen Verwertungsimperativ zufolge, anzutreiben, bleibt ihm das mit Geldwertvermehrung, die nicht in Konkordanz mit der vorhandenen Sachwertmenge steht und die als unlauterer Versuch, Konsumkraft zu generieren den historischen Normalfall bildet, verknüpfte Schicksal einer inflationären, per Anstieg der Marktpreise vollzogenen Anpassung des vermehrten Geldwerts an den gleich gebliebenen Sachwert, das Schicksal mit anderen Worten einer durch die Sachwertmenge diktierten Entwertung der Geldwertmenge erspart.

So gewiss der Staat das von der Notenbank neu emittierte und ihm kreditierte Geld nicht verwendet, um das wertrealisatorische Geschäft, den Markt, leerzuräumen und um bereits produzierten Sachwert zu bringen, sondern vielmehr nutzt, um den wertschöpferischen Betrieb, den industriellen Komplex, anzutreiben und zur Produktion weiteren Sachwerts zu bewegen, so gewiss bleibt das Verhältnis zwischen Sachwertmenge und Geldwertmenge im Lot und mithin die kreditive Vermehrung der Geldwertmenge ohne inflationäre Folgen - unbeschadet dessen, dass der als New Deal etikettierte staatliche Ersatzkonsum auf Beleihbasis die traditionelle Geldmengenpolitik auf den Kopf stellt und, statt die Geldmenge in Reaktion auf das Wachstum der Sachwertmenge und nach dessen Maßgabe zu vermehren, umgekehrt den Anfang mit der Vermehrung der Geldmenge macht, um damit dem Wertschöpfungssystem den Anreiz beziehungsweise Ansporn zu bieten, die Sachwertmenge wertschöpferisch der vermehrten Geldmenge anzupassen.

Bleibt also dem Staat das ansonsten mit der Vermehrung von Geldwert, die nicht in strikter Relation zur Sachwertmenge steht, verknüpfte Schicksal einer inflationären Entwertung des Geldes alias Zerrüttung der Währung erspart, was ihm keineswegs erspart bleibt und was ihm als nicht zwar währungspolitisch-finanzielle, wohl aber wertschöpfungssystematisch-operationelle Belastung sein als New Deal figurierendes Patentrezept zur Lösung der Weltwirtschaftskrise, seinen ersatzkonsumtiven Einsatz auf Geldschöpfungsbasis, nur zu rasch als zutiefst zweischneidigen Schwerts erscheinen lassen muss, ist die besagte Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems, ist dessen durch das neue Geld, das der Ersatzkonsum auf Beleihbasis ins ökonomische Spiel bringt, bewirkte quasi karzinöse Wucherung und entfesselte Aufblähung.

Indem der Staat das ihm mittels Beleihung des bürgerlichen Gesamtvermögens kreditierte Geld actu seines Ersatzkonsums wirtschaftsfördernd nutzt, es gezielt einsetzt, um durch öffentliche Beschaffungsaufträge, infrastrukturelle Ausbauprojekte, kommunale Aufbauprogramme und, last not least, soziale Unterstützungsleistungen den Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft zu kompensieren und den Wertschöpfungsprozess anzukurbeln beziehungsweise auf Touren zu bringen, erweist sich zwangsläufig, was er tut, nicht als simple Kompensation, sondern als veritable Überkompensation des Mangels, und wird deshalb der Wertschöpfungsprozess nicht nur angekurbelt, sondern gleichzeitig aufgerüstet, wird er nicht bloß auf Touren gebracht, sondern werden ihm mehr noch im buchstäblichen Sinne gestärkter, wo nicht gar erneuerter Gliedmaßen Beine gemacht. Schließlich ist das Geld, mit dem der Staat seinen Ersatzkonsum finanziert, keine dem bürgerlichen Vermögen entzogene, ihm sei's zwangsweise weggenommene, sei's leihweise von ihm übernommene, auf jeden Fall aber bereits vorhandene Konsumkraft, sondern eine auf Basis des bürgerlichen Vermögens neu geschöpfte, seiner Beleihung alias hypothekarischen Belastung entspringende, also zur gesellschaftlichen Konsumkraft hinzutretende Konsumkraft.

Und das bedeutet, dass in eben dem Maße, wie der staatliche Ersatzkonsum dies dem Staat kreditierte zusätzliche Geld ins Wertschöpfungssystem einspeist und sich dort in Arbeitskraft performieren oder zum Arbeitsmittel artikulieren lässt, dem Auf- und Ausbau des Wertschöpfungssystems als solchem zuführt, dieser Auf- und Ausbau sich halbwegs unabhängig von der vorhandenen gesellschaftlichen Konsumkraft und ebenso losgelöst von ihr wie ohne Rücksicht auf sie vollzieht und dass in der praktischen Konsequenz dieser Loslösung die, wie durch die Weltwirtschaftskrise manifestiert, ohnehin gestörte Balance zwischen gesellschaftlicher Konsumtionskraft und wirtschaftlicher Produktionskraft in immer größere Schieflage gerät und nämlich das Größenverhältnis beziehungsweise die Leistungsrelation zwischen hier dem Gewerk alias industriellen Apparat und dort dem Markt alias kommerziellen Institut sich immer weiter zugunsten des ersteren und zu Lasten des letzteren verschiebt.

Es ist demnach nicht einfach nur so, dass der Staat partout nicht verhindern kann und im Gegenteil zwangsläufig in Kauf nehmen muss, dass

der als Profit firmierende Teil des gütergestaltigen und dienstleistungsförmigen Mehrwerts, den der kraft seines Ersatzkonsums angekurbelte und auf Trab gebrachte Wertschöpfungsprozess schöpft, von der gesellschaftlichen Konsumkraft, die er, der Staat, bis auf Weiteres vikarisch ins Feld zu führen und deren Mangel er vorübergehend zu kompensieren unternimmt, nie und nimmer erlöst, sprich, realisiert werden kann und dass er, der Staat, sich folglich im Bilde des vom stygischen Fährmann rekrutierten Fahrgasts dazu verdammt findet, seinen Ersatzkonsum immer neu, um nicht zu sagen ad infinitum, zu praktizieren und sich in der Rolle eines Haupt- und Staatskonsumenten als tragende Säule des Wertschöpfungssystems, quasi als ökonomische Karyatide, zu etablieren. Als das staatliche Vikariat erschwerend und das für es maßgebliche Kalkül einer schließlichen Wiederablösung und Erübrigung des notbehelflichen staatlichen Ersatzkonsums durch zulänglichen gesellschaftlichen Konsum zutiefst verstörend kommt vielmehr hinzu, dass die in der Schöpfung neuen allgemeinen Äquivalents auf Basis der Beleihung des bürgerlichen Gesamtvermögens bestehende Finanzierung des staatlichen Ersatzkonsums in einem dem Wertschöpfungssystem zur permanenten Aufrüstung gereichenden Auf- und Ausbau der wertschöpferischen Kapazität resultiert, der sich mit Fug und Recht als Hypertrophierung charakterisieren lässt und der das Verhältnis zwischen wertschöpferischem Angebot alias industrieller Produktionsleistung und wertrealisatorischer Nachfrage alias kommerzieller Konsumtionskraft in immer größere Schieflage bringt und dafür sorgt, dass nicht nur in genere ein Mehrwert geschöpft wird, den die bürgerliche Gesellschaft schlechterdings nicht zu realisieren vermag und der deshalb den Staat bei Strafe des Scheiterns seiner ersatzkonsumtiven Sanierungsbemühungen zwingt, letztere ad infinitum fortzusetzen, sondern dass mehr noch und in specie dieser dem Wertschöpfungsprozess entspringende gütergestaltige und dienstleistungsförmige Mehrwert exorbitant und nämlich im zwangsläufigen Effekt jener dem staatlichen Ersatzkonsum auf der kreditiven Grundlage neuen Geldes geschuldeten Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems zunimmt und den Staat dazu verdammt, sich immer neu nach der Decke solch exorbitanten Mehrwertwachstums zu strecken und sich dabei hoffnungslos zu verrenken beziehungsweise ausweglos zu verheben.

Je länger demnach der Staat seines als New Deal etikettierten ersatzkonsumtiven Amtes waltet und in die dem Mangel an gesellschaftlicher

Konsumkraft geschuldete Bresche der Wertrealisierungsfront springt, umso größer und breiter wird dank der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems, die aufs Konto des Finanzierungsmodus des staatlichen Ersatzkonsums geht, eben diese Bresche und umso dringlicher und schwieriger, um nicht zu sagen, verzweifelter und aussichtsloser wird es für den Staat, sie zu stopfen, geschweige denn zu schließen. Dass die in der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems implizierte fatale Disposition des staatlichen Ersatzkonsums, die konsumtive Lücke, mit jedem Versuch, sie auszufüllen, nicht nur nicht zu schließen, sondern nur immer weiter aufzureißen, mit anderen Worten, den Mangel an gesellschaftlicher Konsumkraft, den er kompensieren soll, nicht nur nicht zu beheben, sondern vielmehr zunehmend gravierender werden zu lassen - dass diese fatale Disposition das ökonomische Involvement des Staats nicht im Handumdrehen einer selbstinduzierten und der Hypertrophierung der bürgerlichen Wertschöpfung aufs Haar korrespondierenden Gigantifizierung der staatlichen Mehrwertealisierung des Scheiterns überführt, erklärt sich dabei aus der zuerst zur Abwehr der staatlichen Umverteilungspolitik und dann zur Bestreitung des kommerziellen Konkurrenzkampfs, den es damit selber entfacht und anheizt, vom Wertschöpfungssystem adoptierten und mittlerweile zu dessen nicht weniger unentrinnbarem modus procedendi als unabdingbarem modus vivendi avancierten Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie.

Sie nämlich bringt es, wie an anderer Stelle erläutert, mit sich, dass das hypertrophe Wachstum, das der Staat dem Wertschöpfungssystem mittels des seinen Ersatzkonsum finanzierenden kreditiv neuen Geldes vindiziert, nicht in einem entsprechend hypertrophen Wertwachstum der dem Wertschöpfungsprozess entspringenden Werterscheinungen, der kraft menschlicher Arbeit erzeugten materialen Güter und realen Dienstleistungen seinen Niederschlag findet. Weil die den Wertschöpfungsprozess prozedural ausrichtenden und maschinell aufrüstenden Rationalisierungen und Automatisierungen dafür sorgen, dass das ins Wertschöpfungssystem eingespeiste neue Geld eben vorzugsweise in technische Prozeduren und maschinelle Apparaturen und nur nachrangig in menschliche Arbeitskraft investiert wird, und weil diese investive Schwerpunktverlagerung von der menschlichen Arbeitskraft auf die technische Produktivkraft gleichbedeutend damit ist, dass im Wertschöpfungsprozess die wertüberträgerisch-reproduktive Komponente

gegenüber der wertschöpferisch-produktiven an Raum und Gewicht gewinnt und dass also immer mehr von dem investierten Wert sich im Produkt bloß amortisiert oder sukzessiv abschreibt, statt sich in ihm zu augmentieren und additiv in es einzutragen, verläuft das aus dem hypertrophen Wertwachstum des Produktionsapparats resultierende Wertwachstum des Produkts weniger dramatisch oder gigantisch, als nach den Erfahrungen der Zeit vor der Herrschaft der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, der Zeit einer noch hauptsächlich auf die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft konzentrierten Produktionsweise, zu erwarten beziehungsweise zu befürchten, und ist demzufolge der Mehrwert, den der Produktionsapparat produziert, bezogen auf den in letzteren investierten Wert und verglichen mit ihm, eher rückläufig und jedenfalls weit entfernt davon, das aus früheren Ausbeutungszeiten, aus Zeiten einer noch wesentlich um den Einsatz menschlicher Arbeitskraft kreisenden Produktion, gewohnte Wachstumsniveau zu erreichen, ist nämlich die Mehrwertquote, der produzierte Mehrwert bemessen am in die Produktion investierten Wert, eher im Sinken begriffen und nicht in Gefahr, eine der Hypertrophierung des letzteren korrespondierende und sie als wertschöpferische Steilvorlage nutzende Entwicklungskurve zu beschreiben.

Die Lücke, die die durch den staatlichen Ersatzkonsum betriebene Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems zwischen dem von letzterem geschöpften Mehrwert und der zur Realisierung des Mehrwerts zur Verfügung stehenden bürgerlichen Konsumkraft aufreißen lässt und die dem Staat sein ersatzkonsumtives Involvement zur ständigen Aufgabe und tatsächlich zur zentralen Okkupation, um nicht zu sagen finalen Obsession geraten lässt - diese Lücke entwickelt sich also dank Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie weniger dramatisch und nimmt einen weniger gigantischen Verlauf, als dies unter den früheren, noch vornehmlich auf die menschliche Arbeitskraft statt mehr und mehr auf technische und maschinelle Produktivkraft bauenden Produktionsbedingungen der Fall wäre.

Das heißt freilich nicht, dass diese der Hypertrophierung durch den staatlichen Ersatzkonsum geschuldete Lücke zwischen den Mehrwert betreffender betrieblicher Schöpfungsleistung und gesellschaftlicher Realisierungskapazität überhaupt nicht mehr wächst und den Staat nicht zu immer neuen und immer größeren ersatzkonsumtiven Anstrengungen

zwingt, dass mit anderen Worten das Problem einer Bresche in der Wertrealisierungsfront, in die der staatliche Ersatzkonsum springt, um sie zu schließen, und die er kraft der hypertrophen Wirkung, die er aufs Wertschöpfungssystem ausübt, nur weiter aufzureißen vermag, sich dank der vom Wertschöpfungssystem verfolgten Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie kurzerhand erledigt hätte! Auch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie trägt ja, wenn auch nicht wertschöpferisch, kraft produktiver Augmentierung des Werts, der für menschliche Arbeitskraft mobilisiert wird, sondern wertüberträgerisch, per sukzessive Amortisierung des Werts, der in sächliche Arbeitsmittel investiert wird, Mehrwert ins Produkt ein, lässt also, obzwar sie der Mehrwertrate, dem relativen, am Wert der Lohnarbeitskraft sich bemessenden Mehrwert nicht zur Vergrößerung und im Gegenteil zur Verringerung gereicht, doch aber die Mehrwertmenge, den objektiven, auf den Wert der Produktionskosten insgesamt bezogenen Mehrwert weiter wachsen und konfrontiert so den Staat bei Strafe der Vergeblichkeit seiner ersatzkonsumtiven Intervention mit der Aufgabe, dieser fortlaufend wachsenden Mehrwertmenge immer neu und bis auf unabsehbar Weiteres ersatzkonsumtiv-wertrealisatorisch Herr zu werden.

Der einzige Gewinn, den der ersatzkonsumtiv involvierte Staat aus der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, die das Wertschöpfungssystem mittlerweile als elementares Strukturelement und permanenten Funktionsmechanismus adoptiert hat, ziehen kann, ist demnach eine Verlangsamung des aus der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems, die der staatliche Ersatzkonsum zur Folge hat, resultierenden Mehrwertwachstums beziehungsweise eine Abflachung der Wachstumskurve und damit, wenn auch nicht die Beseitigung oder Bannung, so immerhin doch eine Minderung oder Eindämmung der Gefahr, dass die Mehrwertmenge, die das durch den staatlichen Ersatzkonsum hypertrophierte Wertschöpfungssystem schöpft, in kürzester Frist, quasi im Handumdrehen, Dimensionen annimmt, eine Größenordnung erreicht, die, wie sie alle Hoffnung auf eine Verwirklichung des eigentlichen Ziels der ersatzkonsumtiven Veranstaltung, jegliche Aussicht nämlich auf eine Ablösung des notbehelflichen staatlichen Konsums durch regelmäßigen gesellschaftlichen Konsum, präziser gesagt, auf eine Restitution bürgerlicher Konsumkraft in der Rolle einer den mehrwertrealisatorischen Anforderungen des industriellen Angebots Genüge leistenden

kommerziellen Nachfragerin, ein für allemal ad absurdum führt, so den Staat selbst aus einem der bürgerlichen Konsumkraft vorübergehend unter die Arme greifenden und das ökonomische System bis auf Weiteres stützenden Prometheus und Einzelkämpfer zu einem letzteres in toto zu schultern gezwungenen, weil erstere effectu seiner Stützaktion auf einen vernachlässigenswerten Faktor reduzierenden Atlas und Alleinveranstalter mutieren lässt.

Nur hinsichtlich dieses Schreckensprospekts einer der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems korrespondierenden Gigantifizierung der vom System geschöpften Mehrwertmenge und der dadurch heraufbeschworenen Mutation des ersatzkonsumtiv involvierten Staats aus einem zwischenzeitlich das System mit Energie versorgenden Feuerträger zu einem endgültig für seinen Unterhalt einstehenden Lastenträger vermag die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie dank der Abflachung der Wachstumskurve der Mehrwertmenge, zu der sie die Handhabe bietet, Entlastung bringen. Von der mittlerweile wesentlich auf die Ausnutzung wertüberträgerisch-sächlicher Produktivkraft bauenden Strategie sekundiert, kann der Staat sein zweischneidiges, die Ankurbelung des Wertschöpfungsprozesses mit der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems bezahlendes ersatzkonsumtives Schwert ungestrafter schwingen und jedenfalls länger führen, als unter den herkömmlichen Auspizien einer noch hauptsächlich auf die Ausbeutung wertschöpferisch-menschlicher Arbeitskraft möglich wäre.

Näher besehen, ist indes nicht einmal diese in der Abschwächung der Wertwachstumsdynamik bestehende Entlastung, die die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie für den ersatzkonsumtiv involvierten Staat bereithält, gewiss und vor allem von Dauer! Zwar steht außer Frage, dass kapitaliter gesehen, die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie das Wachstum der Mehrwertmenge verlangsamt, aber das hindert nicht und geht im Gegenteil Hand in Hand damit, dass, materialiter beziehungsweise realiter genommen, diese per Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie erzeugte Mehrwertmenge sich ebenso haltlos multipliziert wie endlos diversifiziert, dass sie, was ihre gütergestaltigen Erscheinungsformen und leistungsspezifischen Detaillierungen angeht, quasi aus allen Nähten platzt und über alle Stränge des gewohnten Warensortiments und der herkömmlichen Angebotspalette

schlägt. Diese haltlose Vervielfachung der materialen Güter und Vervielfältigung der realen Dienstleistungen ist nicht sowohl natürliche als kreatürliche, nicht sowohl selbstgewählte als fremdbestimmte Folge der als technisches Ingenium und als maschinelles Kontinuum entfalteten Produktivkraft, die das Wertschöpfungssystem dank Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie zu mobilisieren vermag. Fremdbestimmt statt selbstgewählt ist sie in dem ironischen Sinne, dass sie blinde Reaktion beziehungsweise automatische Replik auf den kommerziellen Konkurrenzkampf ist, mit dem der überfüllte Markt das Wertschöpfungssystem konfrontiert. Zwar zeichnet für die Überfüllung des Marktes das mit der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie operierende Wertschöpfungssystem selbst verantwortlich, aber weil - und das ist das Ironische an der Sache! - der überfüllte Markt letzterem nicht als konkretes Ergebnis seines eigenen Tuns und Vollbringens vor Augen steht, sondern vielmehr als abstrakt herausfordernde Gegebenheit, als objektives Datum, ins Gesicht schlägt, reagiert es darauf nach Maßgabe der zitierten Devise vom Speer, der die Wunde heilen soll, die er geschlagen hat, mit neuerlichen Einsätzen und weiteren Anwendungen der Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, weil es ebenso unbelehrbar wie vergebens hofft, kraft der materialen Multiplizierung und realen Diversifizierung der Mehrwertmenge, die ihm die technische und maschinelle Produktivkraft der Strategie ermöglicht, mit anderen Worten kraft der Vervielfachung und Vervielfältigung der solcher Produktivkraft entspringenden materialen Güter und realen Dienstleistungen, den Konkurrenzkampf, in den der durch es überfüllte Markt es verstrickt, erfolgreich bestehen oder zumindest heil überstehen zu können.

Damit indes katapultiert die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie die bürgerliche Gesellschaft aus dem Regen eines ihre Konsumfähigkeit lawinenartig überrollenden Wachstums der kapitalen Mehrwertmenge, vor dem sie sie bewahrt, in die Traufe eines ihre Konsumbereitschaft füllhornartig überwältigenden Wachstums der materialen Mehrwertmenge, das sie stattdessen für sie bereithält. Sie sorgt mit anderen Worten zwar in der Tat für eine Abflachung der kapitalen Wachstumskurve, bremst die aus der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems resultierende Zunahme des in Gestalt von Gütern und in Form von Dienstleistungen geschöpften Mehrwerts erfolgreich ab und verhindert so, dass zwischen wirtschaftlicher Produktionskapazität und bürgerlicher

Konsumtionskraft im Handumdrehen eine auch durch das süße Gift staatlichen Ersatzkonsums nicht mehr zu kaschierende, geschweige denn zu reparierende Kluft aufreißt, eine ebenso unüberbrückbare wie unheilbare Diskrepanz Raum greift. Gleichzeitig aber löst die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie einen steilen Anstieg, um nicht zu sagen, eine sprunghafte Eskalation der materialen Wachstumskurve aus, bewirkt durch ihre vom kommerziellen Konkurrenzkampf, den sie entfacht und befeuert, mobilisierte technische und materielle Produktivkraft eine der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems durchaus die Waage haltende, wo nicht gar die Krone aufsetzende Gigantifizierung der den Mehrwert verkörpernden Güter und implizierenden Dienstleistungen und schafft demnach eine Situation, in der die konsumtive Einlösung des produzierten Mehrwerts nicht zwar so bald an der objektiven Konsumfähigkeit der Marktteilnehmer, sprich, ihrem Geld, wohl aber nur zu rasch an ihrer subjektiven Konsumbereitschaft, ihrem Bedarf, zu scheitern droht.

Angesichts der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems, die sein ersatzkonsumtives Involvement auf Kreditbasis mit sich bringt, befällt den Initiator des New Deal, den Rooseveltschen Staat, Angst vor der eigenen Courage, und er sucht die für seinen Ersatzkonsum nötigen Gelder statt durch Kreditaufnahmen so weit, wie möglich, durch Einsparungen im Etat zu beschaffen. Damit aber geht, was an staatlicher Konsumkraft gewonnen wird, an gesellschaftlicher Konsumkraft verloren, und der Staat des New Deal nebst den ihm nacheifernden anderen Industriestaaten dümpelt in den dreißiger Jahren zwischen wirtschaftlicher Belebung und Stagnation vor sich hin.

Weit entfernt davon, beim Wertrealisierungsproblem, das der staatliche Ersatzkonsum beziehungsweise die auf sein Konto gehende Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems in Gestalt der wachsenden Mehrwertmenge heraufbeschwört, Entlastung zu bringen, geschweige denn eine gangbare Lösung für es zu bieten, verschiebt die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie es nur und lässt es aus einem vornehmlich kapitalen, die objektive Fähigkeit der Konsumenten, ihr geldliches Vermögen, ihre realisatorische Potenz überfordernden in ein vorzugsweise materiales, ihre subjektive Bereitschaft, ihr sächliches Begehren, ihre assimilatorische Appetenz überwältigendes Problem mutieren. Als

funktionelles beziehungsweise operationelles Problem aber bleibt es unbeschadet solchen Wechsels seiner Natur und Beschaffenheit bestehen und ist in der einen nicht weniger als in der anderen Form und Gestalt, als Problem einer durch das materiale Füllhorn des Mehrwerts überwältigten Konsumbereitschaft oder leiblichen Appetenz ebenso wie als Problem einer durch das kapitale Volumen des Mehrwerts überforderten Konsumfähigkeit oder geldlichen Potenz, dazu angetan, die qua New Deal vom Staat lancierte ökonomische Rettungsaktion vor den Fall ihres in ihrer nicht weniger unaufhaltsamen Ausweitung als unabschließbaren Fortführung erstlich gelegenen Widersinns und letztlich beschlossenen Scheiterns zu bringen.

Dass solche aus der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems, die Folge des staatlichen Ersatzkonsums auf Kreditbasis ist, resultierende und wenn nicht kapital bestimmte, dann material beschaffene Gigantifizierung der Mehrwertmenge und Geometrisierung des Problems ihrer Realisierung im Staat, der sich dem New Deal verschreibt, von Anfang an Zweifel an der Opportunität seines ersatzkonsumtiven Involvements wecken, will heißen, ihn bereits in der prototypischen Gestalt der Rooseveltschen Regierung, in der er die historische Bühne betritt, hinsichtlich seiner ökonomischen Hilfestellung nicht weniger praktisch zögerlich machen als theoretisch bedenklich stimmen muss, lässt sich unschwer einsehen. Tatsächlich findet sich der auf den New Deal als Mittel zur Wiederbelebung beziehungsweise Sanierung des Wertschöpfungssystems verfallende Staat nicht einfach nur nach obigem Sinnbild in der Rolle des passageren stygischen Fahrgasts wieder, der sich zum permanenten Fährmann promoviert findet, sondern er muss mehr noch erfahren, dass diese Rolle des stygischen Fährmanns ihn zum Schicksal des goetheschen Zauberlehrlings verdammt.

Nicht genug damit, dass er die vom originären oder eigentlichen Fährmann, vom Geiste des Wertschöpfungssystems namens Selbstverwertungsprinzip alias Kapital, ihm in die Hand gedrückte Ruderstange nicht mehr los wird und sie als kraft seines ersatzkonsumtiven Involvements amtierender vikarischer Geschäftsführer alias Substitut für den indisponierten Geist des Systems, das siech darniederliegende Kapital, bei Strafe des wie dem kranken Geist, dem Kapital, so dessen leiblichem Dasein, dem wertschöpferischen System, drohenden Verderbens bis auf unabsehbar Weiteres führen muss! Mehr noch und zu allem Überfluss zeigt sich

dem zum Fährmann avancierten Fahrgast, ihm, dem ersatzkonsumtiv involvierten Staat, dass er der ökonomischen Kräfte, die er ins Feld führt und einsetzt, nicht Herr ist und mit seinem Wiederbelebungsrezept beziehungsweise Sanierungsregime so weit über das Ziel, die Bekräftigung und Verstetigung des Wertschöpfungsprozesses, hinausschießt, dass er das Wertschöpfungssystem zwar von seinem letalen Siechtum, seiner ruinösen Schwindsucht, befreit, aber nur um es stattdessen in den nicht minder fatalen Zustand eines karzinösen Wachstums und euphorischen Überschwangs zu versetzen.

Dem per ersatzkonsumtives Involvement vikarisch für das Kapital, den siechen Geist des Wertschöpfungssystems, das Ruder des Wertschöpfungsprozesses führenden Staat erweist sich die ihm in die Hand gedrückte Ruderstange als ein Zauberstab, der ihm die magischen Kräfte des Wertschöpfungssystems zwar zu beschwören und zu implementieren, nicht aber unter Kontrolle zu halten und zu regulieren erlaubt und der ihn deshalb, ob er will oder nicht, als einen politisch-ökonomischen Akteur etabliert, der dem Wertschöpfungssystem und der mit ihm stehenden und fallenden bürgerlichen Gesellschaft nicht bloß als dienstbares Faktotum und eilfertiges Mädchen für alles zur Hand gehen, sondern mehr noch als ebenso entfesselter wie getriebener Hans-Dampf-in-allen-Gassen, als der Machtfülle, die er sich auflädt, ohnmächtig ausgelieferter Zauberlehrling sei's, um im stygischen Bild zu bleiben, die Stange halten, sei's, um das goethesche Bild zu bemühen, das Wasser reichen muss.

Was Wunder, dass diesen ökonomisch involvierten, ersatzkonsumtiv etablierten Staat schon in seiner frühesten Erscheinungsform, der Gestalt des Rooseveltschen New-Deal-Regimes, Angst vor der eigenen Courage befällt und er angesichts der der kreditiven Finanzierung seines Ersatzkonsums geschuldeten Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems beziehungsweise der sei's kapitalen, sei's materialen Mehrwertrealisierungsprobleme, mit denen ihn letztere konfrontiert, seinen New Deal, seinen mit der bürgerlichen Gesellschaft kontrahierten oder ihr vielmehr oktroyierten Sanierungsvertrag gleich wieder, wenn nicht überhaupt in Frage zu stellen oder gar zu brechen, so doch aber nur zögerlich in die Tat umzusetzen, halbherzig zu erfüllen tendiert? Weil die Wurzel des Übels der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems und der ihr geschuldeten, egal ob kapital, ob material bedingten Mehrwertrealisierungsprobleme die Einspeisung alias Investition immer neuer, zwecks

Finanzierung des staatlichen Ersatzkonsums von der Notenbank emittierter und dem Staat kreditierter Geldmengen ins Wertschöpfungssystem ist, drängt sich dem von Zweifeln an der Opportunität seines New Deal befallenen, von Angst vor der eigenen Courage, vor der Beherztheit, die es mit seinem Ersatzkonsum auf Kreditbasis beweist, heimgesuchten Rooseveltschen Regime, dem prototypischen Staat des New Deal, der Versuch auf, das Übel an seiner Wurzel zu packen und nämlich jener Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems und den aus ihr resultierenden Mehrwertrealisierungsproblemen durch eine Beschränkung der staatlichen Kreditaufnahme, eine Reduktion der zu ersatzkonsumtiven Zwecken von der Notenbank neu emittierten und ihm, dem Staat, kreditierten Geldmenge, wenn auch nicht Einhalt zu gebieten, so zumindest doch Grenzen zu setzen.

Der offensichtliche und letztlich einzige Weg, das zu erreichen, besteht darin, das für die ersatzkonsumtiven staatlichen Leistungen und Aufwendungen erforderliche Geld durch Einsparungen im Etat oder die fiskalische und taxalische Ausschöpfung vorhandener beziehungsweise Erschließung neuer Etatquellen zu beschaffen. In dem Maße, wie der Staat per Ausgabenreduktion Gelder in seinem regulären Haushalt frei zu machen versteht beziehungsweise diesen regulären Haushalt durch Anziehen der Steuer- und Abgabenschraube aufzubessern vermag, kann er für seinen New Deal, sein ersatzkonsumtives Involvement, auf gegebene Ressourcen, auf ihm bereits verfügbare Finanzmittel zurückgreifen und braucht entsprechend weniger stark beziehungsweise weniger umfänglich auf das als Spezifikum des New Deal firmierende Instrument der als kreditive Geldschöpfung funktionierenden Mittelbeschaffung auf Beleihbasis zu rekurrieren - auf jenes Instrument, das sich ihm zwangsläufig als Danaergeschenk erweist, weil die Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems, die es bewirkt, in einer korrespondierenden Gigantifizierung des geschöpften Mehrwerts resultiert, dessen ihm, dem Staat, als Daueraufgabe aufgehalste Realisierung sich als nicht nur von Vergeblichkeit gezeichnete, sondern mehr noch Verderben bringende Sisyphusarbeit entpuppt, da der Felssturz, den sie aufzuhalten dient, sich zunehmend in einen unaufhaltsamen Bergsturz verwandelt.

Ob solcher, was die Finanzierung des staatlichen Ersatzkonsums betrifft, bemüht restriktive Einsatz des Instruments kreditiver Geldschöpfung und bewusst verstärkte Rekurs auf vorhandenes und sei's etatpolitisch einzusparendes, sei's steuerpolitisch aufzubringendes Geld dem

Staat wirklich einen Weg weist, das eigentliche Ziel seines ökonomischen Involvements, die Wiederbelebung und Wiederankurbelung des brachliegenden Wertschöpfungsprozesses, zu erreichen, ohne dass er sich mit seinem Ersatzkonsum auf Beleihbasis Mehrwertrealisierungsprobleme von einer Größenordnung einbrockt, die die Aufgabe als Haupt- und Staatskonsument, zu der er sich durch seinen Ersatzkonsum verdammt findet, zu einer schlechterdings unbewältigbaren und am Ende in den Ruin führenden Sisyphusarbeit ausarten lässt - das ist freilich mehr als zweifelhaft.

Tatsächlich sind ja die Finanzmittel, die er durch sozialpolitische Einsparungen im Etat beziehungsweise durch dessen steuerpolitische Aufbesserung beschafft und die ihm erlauben, seine per Emission neuen Geldes bewerkstelligte Kreditaufnahme auf Beleihbasis zurückzuschrauben, Gelder, die er der Bürgerschaft auf die eine oder andere Weise, durch die Einschränkung staatlicher Leistungen für sie oder durch die Anhebung bürgerlicher Abgaben an ihn, entzieht und die also die vorhandene, ohnehin bereits schwächelnde gesellschaftliche Konsumkraft noch weiter schwächen. Während er so zwar die seinem kreditiven Ersatzkonsum geschuldete Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems und die dadurch forcierte Intensivierung seines ökonomischen Involvements alias Eskalation seines Ersatzkonsums zu verlangsamen beziehungsweise zurückzuführen vermag, ist der Preis, den er dafür zahlt, die Beeinträchtigung, um nicht zu sagen, Konterkarierung seines eigentlichen Anliegens, der Wiederbelebung und Wiederankurbelung des darniederliegenden Wertschöpfungsprozesses.

In dem Maße, wie der Staat zur Finanzierung seines zwecks Wiederbelebung des Wertschöpfungssystems betriebenen Ersatzkonsums mittels sozialpolitischer Einsparungen und steuerpolitischer Einnahmen vorhandene gesellschaftliche Konsumkraft abgreift, statt mittels geldmengenpolitischer Initiativen auf von der Notenbank neu emittiertes und ihm kreditiertes Geld zuzugreifen, geht auf gesellschaftlicher Seite an Konsumkraft verloren, was auf staatlicher Seite an Konsumkraft gewonnen wird, wird für das Wertrealisierungsgeschäft eingesetzte Konsumkraft also nur aus gesellschaftlicher in staatliche Hand verschoben und wird somit das eigentliche Ziel, das der Staat unter der für ihn als bürgerliche Einrichtung grundlegenden Bedingung der Unantastbarkeit der Eigentumsverhältnisse zu erreichen sucht, nämlich zwecks Wiederbelebung und

Wiederankurbelung des Wertschöpfungssystems mehr Konsumkraft für das Wertrealisierungsgeschäft, als die bürgerliche Gesellschaft hergibt, zu mobilisieren, augenscheinlich verfehlt, weil durch ihn höchstpersönlich torpediert.

Eben diesen Weg der nur halbherzigen, an eine Echternacher Springprozession gemahnenden Umsetzung ihres als New Deal etikettierten wirtschaftlichen Sanierungsprogramms beschreiten und die damit einhergehende Selbstvereitelungserfahrung machen die Rooseveltschen USA und die anderen in ihren Fußstapfen wandelnden Industriestaaten, indem sie aus Angst vor der eigenen Courage, genauer gesagt, aus Furcht davor, des durch ihren Ersatzkonsum entfesselten Wertschöpfungsprozesses wegen der Hypertrophierung des Wertschöpfungssystems, die er impliziert, nicht mehr Herr zu sein und die Kontrolle über ihn zu verlieren, kurz, als Zauberlehrling zu enden, bemüht sind, die Geldschöpfung auf Beleihbasis mit der Mittelbeschaffung kraft etatdisziplinarischer Einsparungen beziehungsweise fiskalischer Aufbesserungen des Etats zu kombinieren und so weit als möglich erstere durch letztere, wenn nicht überhaupt zu substituieren und zu erübrigen, so zumindest doch zu reduzieren und in Schranken zu halten. Der einzige Effekt, den sie damit erzielen, ist ein sich selbst im Wege stehender oder vielmehr den Weg verlegender wirtschaftlicher Aufschwung, ein wieder in Gang gebrachter Wertschöpfungsprozess, der nicht auf Touren kommt und sich vielmehr durch den zwieschlächtigen Kraftstoff, der ihn antreibt, ebenso wohl ausgebremst findet, ein New Deal, der die dreißiger Jahre hindurch im Limbus zwischen Gelingen und Versagen vor sich hindümpelt, weil seine staatlichen Initiatoren aus ahnungsvoller Besorgnis, die prometheisch-belebenden Kräfte, die er beschwört, könnten sich als diabolisch-ausschweifende erweisen, davor zurückschrecken, ihn vertragsgetreu zu implementieren.

Aufgeschreckt aus ihrem Limbus, unsanft geweckt aus ihrer Dümpelei werden die USA und ihre europäische Gefolgschaft erst gegen Ende des Jahrzehnts durch die zur akuten Kriegsdrohung eskalierende angespannte Situation, die unterdes das nationalsozialistische Deutsche Reich mit seiner deviativ-eigenen Version eines New Deal, seinem militaristischen Projekt eines von ihm auf dem Rücken der bürgerlichen Gesellschaft etablierten oder vielmehr aus ihrer Konkursmasse extrahierten Sozialpakts zwischen Staat und Streitmacht, heraufbeschworen hat.

Kapitel Acht

New Deal auf Deutsch

Auch der nationalsozialistische Staat praktiziert in der radikalisierten Form von Bismarckschem Sozialpakt, der er sich verschreibt, eine Spielart des New Deal. Die aber zielt auf die Wiederankurbelung des Wertschöpfungssystems nicht pro cura und zum Wohl der zivilen Gesellschaft, sondern pro domo und zum Ruhm einer militärischen Gemeinschaft, die er in einem veritablen Subjektwechsel die zivile Gemeinschaft verdrängen und in der Rolle der Res publica ersetzen lässt.

Nicht anders als die Regierungen der westlichen Industrienationen findet sich auch die nationalsozialistische Diktatur des Deutschen Reichs durch das ebenso anhaltende wie tiefgreifende Siechtum, in das die Weltwirtschaftskrise die Wertschöpfungssysteme stürzt, gezwungen, eine Spielart jener neuen staatlichen Geschäftigkeit in Sachen Wirtschaftsleben zu praktizieren, die ebenso richtungweisend wie federführend die politische Repräsentanz der mittlerweile maßgebenden Volkswirtschaft, das Rooseveltsche Regime, entfaltet und deren Dreh- und Angelpunkt das beschriebene ökonomische Involvement des Staats, sein auf der Beleihung des gesamtbürgerlichen Possessivs basierendes Bemühen um die Wiederbelebung und Wiederankurbelung des siechen Wertschöpfungssystems ist. Und nicht anders als die republikanisch-demokratischen Regierungen der westlichen Industrienationen sieht sich auch das diktatorische Regime des Deutschen Reichs durch sein der Weltwirtschaftskrise geschuldetes ersatzkonsumtives Einspringen, sein notgedrungenes ökonomisches Involvement, in die - um noch einmal auf die obige Metapher zurückzugreifen! - Zwangslage des passageren Fahrgasts versetzt,

dem der stygische Fährmann die Ruderstange in die Hand drückt und der sich daraufhin dauerhaft, um nicht zu sagen ad infinitum, mit der Fährmannsrolle nicht weniger belastet als betraut findet.
Statt nur vorübergehend, bis zur hoffentlich baldigen Erholung des Fährmanns alias Regeneration des Wertschöpfungssystems per kreditiven Ersatzkonsum die für die Fortbewegung des Nachens nötige Antriebskraft aufzubringen, sprich, die für die Wiederankurbelung und Fortsetzung des Wertschöpfungsprozesses erforderliche Wertrealisierungskapazität alias Konsumkraft zu mobilisieren, zeigt sich, nicht anders als die republikanisch-demokratischen Industriestaaten Westeuropas und Nordamerikas, seine vormaligen Kontrahenten im Feld und jetzigen Konkurrenten auf dem Markt, auch das zur nationalsozialistischen Diktatur mutierte Deutsche Reich in der zwangsläufigen Konsequenz dieses seines ökonomischen Involvements genötigt, dessen vermeintlich temporäre Natur, seinen transitorischen Charakter Lügen zu strafen und nämlich, der Temporalität zur Permanenz verhelfend, das Transitorische ins Äternische überführend, sich für die ebenso unabsehbare Zukunft wie unentrinnbare Gegenwart als tragender Pfeiler des Wertschöpfungssystems, als dem Wertschöpfungsprozess gleichermaßen zureichende Dynamik verleihender und hinlängliche Perspektive garantierender Haupt- und Staatskonsument zu etablieren.

So parallel und vergleichbar die im republikanisch-demokratischen Lager als New Deal etikettierten ökonomischen Rettungs- und Sanierungsaktionen der beiden politischen Regime, ihre Bemühungen um eine staatliche Kompensation beziehungsweise Substitution mangelnder oder gar fehlender gesellschaftlicher Konsumkraft, im Prinzip aber auch sein mögen, einen nicht zwar prinzipiellen, wohl aber reellen Unterschied zwischen dem New Deal der republikanisch-demokratischen Westmächte und dem der nationalsozialistischen Diktatur gibt es, und der erweist sich in dem Maß, wie er die deutsche Spielart des New Deal zu einer veritablen Abart partikularisiert und segregiert, als Unterschied ums Ganze. Was das ökonomische Involvement des nationalsozialistischen Deutschen Reichs von dem der republikanisch-demokratischen Staaten nicht zwar prinzipiell, wohl aber reell unterscheidet, ist die Art und Beschaffenheit des per Einsatz kreditiver gesellschaftlicher Konsumkraft finanzierten Ersatzkonsums, zu dem es die Staatsmacht verpflichtet und anhält. Im Falle des Deutschen Reichs ist dieser wirtschaftsbelebende, den

Wertschöpfungsprozess antreibende und auf Touren bringende staatliche Ersatzkonsum ebenso wesentlich geprägt wie maßgeblich disponiert durch den als deutscher Sonderweg beschriebenen bismarckschen Sozialpakt zwischen bürgerlicher Gesellschaft und staatlicher Herrschaft, und zwar in der Konkretisierung oder, besser gesagt, Fetischisierung, die der Nationalsozialismus letzterem vindiziert und in der er ihm nach der Machtergreifung konstitutionelle Evidenz und institutionelle Präsenz zu verschaffen unternimmt.

Kernpunkt dieser faschistischen Fetischisierung des Sozialpakts, seiner, um die frühere, urteilslogische Formulierung aufzugreifen, in der prädikativen Reduktion des gesellschaftlichen Subjekts auf die staatliche Kopula bestehenden Radikalisierung, ist, wie oben ausgeführt, die Totalisierung und Hypostasierung der unter den Notstandsbedingungen des Weltkriegs als starker Arm des Reichkorpus, als dessen generaler Faktor beziehungsweise zentrale Gliedmaße etablierten Streitmacht zur alleinigen Trägerin und ausschließlichen Garantin des Pakts, die in dieser ihrer Ausschließlichkeit und Monopolstellung die ursprüngliche Vertragspartnerin, die dem bismarckschen Konzept zufolge mit dem Staat paktierende bürgerliche Gesellschaft, aus dem Geschehen verdrängt und auf einen nicht mehr aktiv an ihm partizipierenden, sondern es nurmehr passiv fundierenden Bodensatz reduziert.

So gewiss in als Extremisierung offenbarer Fortführung der unter Weltkriegsbedingungen das bismarcksche Konzept heimsuchenden Militarisierung des Sozialpakts der nationalsozialistische Umsturz das Verbindungsglied zwischen staatlicher Herrschaft und bürgerlicher Gesellschaft radikal purgiert und abstrahiert von den durch die Gesellschaft in den Staat eingeführten bürgerlichen Einrichtungen, den etablierten politischen Parteien und sozialen Verbänden, und stattdessen total reduziert und konzentriert auf das prototypische Instrument staatlicher Herrschaft, die aus der Gesellschaft selektierte und dem Staatsapparat rückhaltlos inkorporierte Staatsgewalt, die als eingeborene Kreatur des Staats, als dessen identitäres Reflexiv alias spiegelbildlicher Wechselbalg zur Wehrmacht umgewidmete Streitmacht, so gewiss kontrahiert er das urteilslogische Dreigespann aus gesellschaftlichem Subjekt, staatlichem Prädikat und vermittelndem Institut, der das Verhältnis von Subjekt und Prädikat artikulierenden Instanz, auf ein vollzugspraktisches Zweigespann, bei dem das erste Element, das gesellschaftliche Subjekt, sich als

konstitutiver Faktor eskamotiert und in dem vom dritten Element, dem staatlichen Prädikat, zu einem Subjekt sui generis hypostasierten zweiten Element, dem vermittelnden Institut, im Sinne einer Repräsentation, die den Tatbestand der Substitution erfüllt, rücksichtslos aufgehoben zeigt.

In eben dem Maß, wie der Staat die das Verhältnis der Gesellschaft zu ihm vermittelnden bürgerlichen Einrichtungen zerschlägt und auflöst und, letztere durch seine streitbare Kreatur, das militärische Korpus, verdrängend und ersetzend, erstere, die bürgerliche Gesellschaft selbst, zu einem materialen Steinbruch und personalen Ersatzteillager für eben dies militärische Korpus amorphisiert und nivelliert, kommt das einer das Dreierverhältnis auf eine Zweierbeziehung restringierenden Kurzschlusshandlung gleich, in deren zwangsläufiger Konsequenz alles, was er fortan in Wahrnehmung seines das Wohl der bürgerlichen Gesellschaft, seiner Mandantin und Schutzbefohlenen, zu fördern beziehungsweise ihrem Weh zu wehren bestimmten Amtes plant und unternimmt, seine wahre Adressatin und eigentliche Nutznießerin nicht mehr sowohl in ihr, der auf eine materiale Voraussetzung und personale Bezugsquelle seiner staatsmächtigen Kreatur degradierten und deklassierten bürgerlichen Gesellschaft, sondern vielmehr in der Gemeinschaft der Dienst an der Waffe Leistenden, eben der von ihm als seine leibgeberische Setzung, sein persönlicher Golem aus jener materialen Voraussetzung fabrizierten und aus jener personalen Bezugsquelle extrahierten Wehrmacht findet.

Es liegt auf der Hand, dass diese gründliche Alteration der elementaren Machtkonstellation, diese Mutation der zwischen Gesellschaft und Staat vermittelnden und von Haus der bürgerlichen Ordnung aus ebenso sehr letzteren ersterer gefügig zu machen bestrebten wie erstere letzterem zu unterwerfen gestattenden faktorellen Kopula aus einem letzterem von ersterer insinuierten, interessenvertretungsmäßig-fraktionierten Sammelsurium ziviler Einrichtungen zu einem ersterer von letzterem oktroyierten, waffengattungsförmig sortierten monolithisch-militärischen Apparat - dass also diese uno actu militärische Aufhebung und zivile Abdankung der bürgerlichen Gesellschaft durch den wehrmächtigen Staat nationalsozialistischer Machart entscheidende Bedeutung gewinnt für und prägenden Einfluss nimmt auf die ersatzkonsumtiven Bemühungen um eine Wiederbelebung des durch die Weltwirtschaftskrise in Schockstarre versetzten bürgerlichen Wertschöpfungssystems, zu denen wie seine republikanisch-demokratischen Kollegen auch dieser diktatorische Staat

sich im Eigeninteresse nicht weniger als von Amtes wegen verstehen muss. Die Verdrängung und Ersetzung der zivilen Einrichtungen der Gesellschaft durch das militärische Korpus des Staats in der Rolle des Staat und Gesellschaft kopulierenden und als Gemeinwesen etablierenden Organs kommt ja, wie bemerkt, einem veritablen Subjektwechsel insofern gleich, als eben dieses qua militärisches Korpus vermittelnde Organ actu seiner Vermittlungsrolle das gesellschaftliche Subjekt als solches degradiert und deklassiert und, es zu einem materialen Steinbruch und personalen Ersatzteillager für sein militärisch eigenes Bestehen und Wohlergehen amorphisierend und nivellierend, sich selber als das ebenso pseudogesellschaftlich expansive wie staatskreatürlich exklusive wahre Subjekt geltend macht und in Szene setzt.

Was liegt angesichts solchen Subjektwechsels intentional näher und mutet funktionell logischer an, als dass der den Wertschöpfungsprozess wieder anzukurbeln und in Gang zu bringen bestimmte staatliche Ersatzkonsum sich um die materiale Versorgung und reale Befriedigung dieses wahren Subjekts, dieses aus Sicht des Staats die zivile Gesellschaft mit substitutiver Rücksichtslosigkeit repräsentierenden, besser gesagt, in radikaler Exklusivität als Subjekt demissionierenden militärischen Korpus dreht, dass mit anderen Worten der wenn nicht ausschließliche, so jedenfalls hauptsächliche Adressat und Nutznießer der materialen Produkte und realen Leistungen, die der Einsatz kreditiv staatlicher Konsumkraft das Wertschöpfungssystem hervorzubringen und zu erbringen animiert, die dem führerschaftlichen Staat ebenso identitätsstiftend am Herzen liegende wie leibgeberisch anverwandelte, kurz, eingeborene Kreatur, die Wehrmacht, ist und dass die Erhaltung und Versorgung der zivilen Gesellschaft ganz im Sinne ihrer Degradation und Deklassierung zu einem für die Ausstattung und Aufrüstung der letzteren nutzbaren materialen Arsenal und personalen Reservoir demnach zur bloßen Nebenwirkung oder vielmehr zum schieren Abfallprodukt der um die Ausstattung dieses führerschaftlichen Fetischs kreisenden, auf die Aufrüstung des militärischen Popanz konzentrierten ersatzkonsumtiven staatlichen Bemühungen gerät.

Die zivile Gesellschaft spielt demnach bloß insoweit eine Rolle und hat nur in dem Maße statt, wie die Wiederankurbelung des Wertschöpfungsprozesses, die nicht weniger staatskonstruktiven Zwecken dient als sich aus staatskreditiven Mitteln speist, durch die Arbeitslöhne, die der

Prozess generiert, und die Kapitalrenditen, die er abwirft, ein Mehr an gesellschaftlicher Subsistenzkapazität im Allgemeinen und bürgerlicher Konsumkraft im Besonderen nach sich zieht, das wiederum animierend beziehungsweise instigierend auf das Wertschöpfungssystem einwirkt und letzteres dazu antreibt, es mittels der Produktion materialer Güter und realer Dienstleistungen für den zivilen Markt abzuschöpfen alias zu kapitalisieren, womit im Nebenbei beziehungsweise Nachhinein der als zentrales Anliegen des ökonomischen Involvements des Staats, seiner ersatzkonsumtiven Einlassung, firmierenden Ausstattung und Aufrüstung des militärischen Korpus auch die subsistenziellen Bedürfnisse und konsumtiven Ansprüche der zum materialen Arsenal und personalen Reservoir des Korpus degradierten und deklassierten Gesellschaft zu ihrem wenngleich markant limitierten Recht gelangen und ihre wiewohl massiv marginalisierte Berücksichtigung finden.

So sehr also im abstrakten Prinzip des durch das chronische Siechtum, in das die Weltwirtschaftskrise die bürgerliche Gesellschaft stürzt, erzwungenen ökonomischen Involvements auch die nationalsozialistische Diktatur einen New Deal praktiziert, will heißen, Ersatzkonsum auf Basis der Beleihung des geldlichen Possessivs der bürgerlichen Klasse, ihres Vermögens in Bankenhand, betreibt, so sehr unterscheidet sich doch aber dieser ihr New Deal von dem des Rooseveltschen Regimes und der sich mehr oder minder an dessen Beispiel orientierenden westeuropäischen Industriestaaten, und so sehr gibt der als Radikalisierung beziehungsweise Verabsolutierung des bismarckschen Sozialpakts begreifliche, von der nationalsozialistischen Diktatur actu ihrer Machtergreifung vollzogene politisch-soziale Subjektwechsel, die Hypostasierung nämlich des als monopoles Verbindungsglied alias absolute Kopula zwischen bürgerlicher Gesellschaft und herrschaftlichem Staat etablierten militärischen Korpus zum die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Subjektrolle dementierenden, aus ihr verdrängenden, weil sie substitutiv repräsentierenden alias exklusiv simulierenden wahren Subjekt - gibt also dieser Subjektwechsel dem staatlichen Ersatzkonsum, den Bemühungen des Staats um die Wiederbelebung des Wertschöpfungssystems und Wiederankurbelung des Wertschöpfungsprozesses, den daraus resultierenden Produkten und Leistungen eine, was deren materialen Inhalt und realen Nutzen, betrifft, ebenso gänzlich neue Wendung wie, was ihren personalen Empfänger und sozialen Nutznießer angeht, völlig andere Richtung.

Statt das Wertschöpfungssystem zur Schöpfung und Erzeugung ziviler Güter und Dienstleistungen anzutreiben, setzt es der staatliche Ersatzkonsum nationalsozialistischer Provenienz ebenso hauptsächlich wie zentral zur Herstellung und Schaffung von Kriegsgerät und militärischer Kampfbereitschaft ein. Statt die bürgerliche Gesellschaft durch seinen Ersatzkonsum zu motivieren, mittels ihres Wertschöpfungssystems sich zu reproduzieren, sich mit anderen Worten, wenn auch um den Preis des dem Wertschöpfungssystem eigenen funktionalen Expropriationsanspruchs alias kapitalen Akkumulationsimperativs, subsistenziell zu versorgen beziehungsweise konsumtiv zu befriedigen, instigiert der nationalsozialistische Staat die bürgerliche Gesellschaft durch solchen Ersatzkonsum vielmehr dazu, ihr Wertschöpfungssystem, selbstredend um den unverändert gleichen Preis funktionaler Arbeitsausbeutung alias kapitaler Wertanhäufung, nicht sowohl für die subsistenzielle Versorgung und konsumtive Befriedigung ihrer selbst, sondern vielmehr für die instrumentelle Aufrüstung und präparative Bereitstellung ihres militärischen Alterego, der aus staatlicher Sicht an ihre Stelle getretenen und sie nicht weniger sozial verdrängenden und substituierenden als politisch vorführenden und repräsentierenden Wehrmacht, in Gang zu setzen und auf Touren zu bringen.

Dass die dem veritablen Subjektwechsel, den die nationalsozialistische Auflösung der der bürgerlichen Gesellschaft eigenen politischen Organisationen und sozialen Verbände und deren Ersetzung durch die eingeborene Kreatur des Staats, das militärische Korpus, impliziert, entsprechende materiale Umrüstung des Wertschöpfungsprozesses und reale Umfunktionierung des Wertschöpfungssystems der Rolle des Staats als Haupt- und Staatskonsument, als Eckpfeiler des Wertschöpfungssystems, zu der ihn die sein ökonomisches Involvement bestimmende konsequenzielle Logik und beherrschende exponentielle Dynamik nolens volens verpflichten, eine, verglichen mit dem ersatzkonsumtiven Part, den die Regime der republikanisch-demokratischen Industriestaaten übernehmen, nicht weniger qualitativ eigene Definition als quantitativ andere Dimension verleihen, dürfte ohne Weiteres evident sein.

So gewiss der nationalsozialistische Staat sich keineswegs wie seine republikanisch-demokratischen Kollegen damit bescheidet, einem, was seine materiale Bestimmung und seine personalen Adressaten angeht,

praktisch unverändert und so gut wie unangetastet gelassenen Wertschöpfungssystem erste Hilfe zu leisten, ihm als nothelfender Instigator, quasi als ökonomischer Sanitäter, zur Seite zu springen und Beine zu machen, sondern sich vielmehr anmaßt, als neumachender Reformator, quasi als freischaffender Demiurg, unter der Camouflage seiner nothelferischen Initiativen und Wiederbelebungsbemühungen das Wertschöpfungssystem ebenso sehr objektiv umzurüsten wie alternativ auszurichten, es einer gleichermaßen anderen materialen Bewandtnis zu überführen und neuen personalen Adresse zuzuwenden, so gewiss nutzt er die ihm durch die Krise aufgedrängte und ihn, der Logik wie der Dynamik seines ökonomischen Involvements gemäß, zum Haupt- und Staatskonsumenten befördernde Instigatoren- und Sanitäterrolle dazu, das Wertschöpfungssystem als solches und als Ganzes nicht zwar funktionell oder operativ, wohl aber intentional und projektiv seiner angestammten Besitzerin und Betreiberin, der durch die bürgerliche Klasse nicht weniger in Selbstausbeutung verhaltenen als zur Selbstversorgung angestellten zivilen Gesellschaft, abspenstig zu machen, es deren selbstbezüglicher Verfügung beziehungsweise selbstverzehrlicher Verwendung zu entziehen, um es stattdessen in den Dienst seiner militärischen Selbsterbauung beziehungsweise Selbstbefriedigung zu stellen, es zum Auf- und Ausbau, zur Aufrüstung und Ausstattung der ihm als dem diktatorischen Militärstaat, als der er die Macht ergreift, ebenso leibgeberisch am Herzen liegenden wie identitätsstiftend die Welt bedeutenden wehrmächtigen Kreatur einzusetzen.

Der nationalsozialistische Staat nutzt mit anderen Worten die als Weltwirtschaftskrise figurierende Gunst der Stunde, um in der auf infinite Dauer angelegten Rolle eines Haupt- und Staatskonsumenten, auf die ihn gleichermaßen die Logik und Dynamik seines ökonomischen Involvements vereidigen, jenem politischen Subjektwechsel, jenem Austausch der bürgerlichen Gesellschaft, des zivilen Subjekts, gegen das militärische Korpus, die zum Subjekt hypostasierte staatskreatürliche Kopula, auf den er in Extremisierung beziehungsweise Fetischisierung des bismarckschen Sozialpakts schwört, ökonomische Realität zu verleihen, will heißen, die für solchen Wechsel und Austausch erforderlichen finanziellen Ressourcen locker zu machen, die für ihn nötige soziale Arbeit zu mobilisieren und materiale Leistung zu organisieren. Der nationalsozialistische Staat ergreift also die ihm durch die Weltwirtschaftskrise aufgedrängte Rolle

des bis auf unabsehbar Weiteres dem New Deal zu frönen, sprich, in die Bresche der gesellschaftlichen Konsumfront zu springen genötigten Haupt- und Staatskonsumenten als durchaus willkommene Gelegenheit beim Schopf, den von ihm initiierten politischen Subjektwechsel, die der bürgerlichen Gesellschaft verwaltungstechnisch angesonnene militärische Entäußerung, um nicht zu sagen, Entleibung ökonomisch in die Tat umzusetzen, sie gesellschaftspraktische Wirklichkeit gewinnen zu lassen.

Für die republikanisch-demokratischen Industriestaaten ist ihr New Deal, ihr ökonomisches Involvement, eine Notlösung, die sie so rasch wie möglich hinter sich bringen wollen, um den kommerziellen Normalbetrieb bürgerlicher Gesellschaftlichkeit wiederaufzunehmen. Der nationalsozialistische Staat hingegen, der seine Version vom New Deal nutzt, um die zivile Gesellschaft von Grund auf um- und aufzurüsten, sprich, sie im Sinne eines veritablen Subjektwechsels zu militarisieren, hat keinerlei Bedürfnis, zu jenem Normalbetrieb zurückzukehren, weshalb ihm die Bedenken und Zweifel, die seine republikanisch-demokratischen Kollegen plagen, erspart bleiben. Der Preis freilich, den er für sein ebenso eindeutiges wie zielstrebiges Involvement zahlen muss, ist ein rüstungswirtschaftliches Ausscheren aus dem Weltmarkt mit allen handelsbilanzorisch nachteiligen Folgen.

Von einer dem Staat aufgedrängten Rolle kann demnach, recht besehen, hier gar keine Rede sein. Die anderen, unter Federführung und Anleitung der USA auf den New Deal verfallenden Industriestaaten, die republikanisch-demokratischen Kollegen beziehungsweise Kontrahenten der nationalsozialistischen Diktatur, sehen in ihrem ökonomischen Involvement, ihrer ersatzkonsumtiven Einlassung eine ebenso beschwerliche wie unvermeidliche Aufgabe, eine aktuelle Notwendigkeit, der sie sich im als Staatsräson figurierenden eigenen Interesse fügen müssen, die sie aber, weil sie ihrer traditionellen politischen Okkupation widerstreitet und ihrer mit ihren bürgerlichen Gesellschaften oder vielmehr mit deren ökonomischem Geist, dem Kapital, etablierten strukturellen Arbeitsteilung geradezu Hohn spricht, so schnell wie möglich zu erledigen und wieder loszuwerden bestrebt sind. Sie betrachten mit anderen Worten ihr ökonomisches Involvement, ihren auf die Ankurbelung des bürgerlichen Wertschöpfungsbetriebs gemünzten ersatzkonsumtiven Eingriff

ins bürgerliche Wertrealisierungsgeschäft als eine episodische Intervention, deren einziger Sinn und Zweck es ist, sie baldmöglichst erfolgreich abschließen und ad acta legen zu können.

Davon kann beim nationalsozialistischen Deutschen Reich keine Rede sein. Weil das Ziel seines diktatorischen Regimes besagter gesellschaftlicher Subjektwechsel, die Substitution der zivilen Gesellschaft durch das militärische Korpus und die Degradierung der ersteren zu einem materialen Arsenal und einer personalen Bezugsquelle für das zum wahren Subjekt hypostasierte letztere ist, geht es bei seinen ersatzkonsumtiven Bemühungen um die Wiederbelebung und Wiederankurbelung des Wertschöpfungssystems mit dem ganzen Elan und der vollen Schubkraft des neumachenden Reformators alias freischaffenden Demiurgen zu Werke und kommt ihm eine Rückkehr zum Normalbetrieb bürgerlichen Wirtschaftens, eine Erübrigung und Ablösung nämlich seiner supportiven Wertrealisierungsbemühungen durch ein dank solcher Bemühungen aufgepäppeltes und dem Wertrealisierungsbetrieb wieder zu genügen befähigtes bürgerliches Wertrealisierungsgeschäft, ebenso wenig in den Sinn, wie es ihm denkbar fern liegt, sich als bloßer, im Dienste und zum Wohle der bürgerlichen Gesellschaft agierender und, über seinen politischen Schatten springend, ihr in ihrem ökonomischen Dilemma selbstlos Sukkurs leistender passagerer Platzhalter und temporärer Nothelfer wahrzunehmen und zu verhalten.

Und weil die nationalsozialistische Diktatur mit ihrem New Deal, ihrem ökonomischen Einsatz, auf eine Überwindung und Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft und zivilen Ordnung pro domo und pro bono einer im staatskreatürlich militärischen Organismus zu sich kommenden völkischen Gemeinschaft zielt, bleibt ihr nun natürlich auch jene desillusionierende Erfahrung wenn nicht des Scheiterns, so doch aber der Fehlentwicklung und des Irregehens erspart und überhaupt fremd, die ihre industriestaatlichen Kollegen oder Kontrahenten republikanisch-demokratischer Fasson im Zuge ihres auf die Reparatur und Restauration der zivilen Ordnung gerichteten New Deal, eines ökonomischen Einsatzes, machen müssen, der bloß dem Zweck dient, das Herz der bürgerlichen Gesellschaft wieder zum Schlagen zu bringen, ihren im Wertschöpfungssystem bestehenden Motor wieder anzukurbeln und sie damit in die Lage zu versetzen, sich nicht weniger selbsttätig als selbständig, also ohne die ökonomische Intervention alias ersatzkonsumtive

Einlassung der Staatsmacht, ihrer gewohnten, im unabschließbaren Zirkel aus Wertschöpfungsbetrieb und Wertrealisierungsgeschäft fortlaufenden Bestimmung zu frönen.

Weil ihnen, den mit ihrem Deal bloß um die Reparatur und Restauration der bürgerlichen Gesellschaft als solcher bemühten republikanisch-demokratischen Regimen, das eine, die ins Bild einer Wiederankurbelung des Motors gefasste Revitalisierung des Wertschöpfungssystems zwar gelingt, aber nur um den Preis der Verewigung ihres ökonomischen Involvements, sprich, ihrer Vereidigung auf die Rolle eines als Haupt- und Staatskonsument für den Zirkel aus kapitalem Betrieb und kommerziellem Geschäft unentbehrlichen und nicht mehr wegzudenkenden Betriebsangehörigen beziehungsweise Geschäftspartners, und weil sie demnach ihr anderes Ziel, die Rückführung ihrer bürgerlichen Gesellschaften in den Zustand ebenso selbsttätig wie selbständig handelnder ökonomischer Subjekte und ihre darin implizierte eigene Entbindung oder Erlösung von der ökonomischen Nothelfer- alias ersatzkonsumtiven Platzhalteraufgabe, nicht weniger gründlich als dauerhaft verfehlen, kann es schwerlich Wunder nehmen, dass sie, die betreffenden Regime, von Zweifeln an gleichermaßen der Opportunität und Effektivität ihres ökonomischen Involvements befallen werden und, in der Absicht, sowohl das Tempo als auch das Ausmaß ihrer Katabole ins unwiderrufliche Haupt- und Staatskonsumentendasein zu bremsen und zu beschränken, ihre Spendierfreudigkeit mit Einsparungsmaßnahmen, ihren kreditiven Ersatzkonsum alias ausgeberischen New Deal mit einer restriktiven Etatpolitik alias haushälterischen Austerity kombinierend, jenen wirtschaftspolitischen Hüh-und-Hott-Weg antreten beziehungsweise Schlingerkurs einschlagen, der sie in den dreißiger Jahren im Limbus zwischen laufender Erholung und schleichendem Siechtum, im Niemandsland zwischen programmatischem Aufschwung und chronischer Stagnation verharren lässt.

Gemessen an diesem die republikanisch-demokratischen Regime heimsuchenden und ins Schlingern geraten lassenden Dilemma eines Erfolgs beim einen Teil der das ökonomische Involvement des Staats bestimmenden Zielsetzung, der Wiederankurbelung des bürgerlichen Wertschöpfungsprozesses, um den Preis des Fehlschlags beim anderen Teil der Zielsetzung, der Rückführung des Wertschöpfungsprozesses in die bürgerliche Hand und Verfügung - gemessen an diesem Dilemma befindet

sich die nationalsozialistische Diktatur in einer ungleich entspannteren und angenehmeren Lage. Für sie ist der zweite Teil der den New Deal ihrer industriestaatlichen Kontrahenten bestimmenden Zielsetzung, die schließliche Rückübertragung nämlich der Verfügung und Kontrolle über das von ihr ersatzkonsumtiv aufgepäppelte Wertschöpfungssystem an die bürgerliche Klasse, die Restitution des Wertschöpfungsprozesses in deren freie Hand und volle Zuständigkeit, ja absolut kein Thema und ist vielmehr zentraler Programmpunkt nicht weniger ihres ökonomischen Involvements als ihres politischen Engagements die ebenso dauerhafte wie definitive Indienstnahme des Wertschöpfungssystems für besagten, die bürgerliche Gesellschaft als solche dementierenden und als bloße materiale Grundlage beziehungsweise personale Voraussetzung für die hypostatische Gemeinschaft des Staats mit seiner soldatischen Kreatur reklamierenden Subjektwechsel, mit anderen Worten, die Inanspruchnahme des Wertschöpfungsprozesses für die Aufrüstung und Ausgestaltung des den zivilen Organismus als Subjekt des staatlichen Organs, als soziale Substanz der herrschaftlichen Funktion, verdrängenden und ersetzenden militärischen Korpus.

Wie sollte der nationalsozialistischen Diktatur die solchermaßen fundamentale Neubestimmung des Sinns und Zwecks des von ihr wieder zum Leben erweckten Wertschöpfungssystems, die derart radikale Umorientierung des von ihr wieder in Gang gebrachten Wertschöpfungsprozesses, Raum und Gelegenheit für Bedenklichkeiten von der Art bieten, wie sie ihren staatlichen Kollegen beziehungsweise Kontrahenten, den republikanisch-demokratischen Regimen, zu schaffen machen - Bedenklichkeiten und Zögerlichkeiten, die letzteren ihr eigenes widersprüchliches Verhalten eingibt und die ihnen nämlich aus dem offensichtlichen Dilemma erwachsen, dass sie in der Konsequenz ihres New Deal, ihres auf kreditiver Basis betriebenen Ersatzkonsums, mit der Unwiderruflichkeit der solchem Ersatzkonsum eigenen finanziellen Logik und industriellen Dynamik die über die bürgerliche Gesellschaft ausgeübte politische Präfektur um eine für die bürgerliche Gesellschaft wahrgenommene ökonomische Prokura erweitern, diese Kompetenz- und Amtserweiterung gleichzeitig aber und ungeachtet ihrer logischen und dynamischen Unwiderruflichkeit für bloß passager erachten und, am durch den New Deal ein für alle Mal überholten und ad acta gelegten Prinzip der wenn schon nicht praktisch durchgängigen, so jedenfalls doch systematisch

fortwährenden Trennung von bürgerlicher Ökonomie und staatlicher Politik festhaltend, die Illusion eines zu guter Letzt möglichen Rücktritts des Staats vom notbehelflichen Prokuristenamt und Rückgabe der Prokura an die bürgerliche Klasse, mithin einer Wiederherstellung der alten, zwischen bürgerlicher Wertschöpfung alias ökonomischem Betrieb und staatlicher Ordnungsstiftung alias politischer Lenkung etablierten Arbeitsteilung hegen und pflegen?
Das nationalsozialistische Deutsche Reich hingegen zeigt sich von solcher Illusion nicht nur frei und unbelastet, sondern kann mehr noch beanspruchen, sie actu des von ihm initiierten Subjektwechsels, seines angestrengten Bemühens also um eine ebenso wertschöpfungssystematisch fundierte wie sozialordnungspolitisch strukturierte Aufhebung der zivilbürgerlichen Gesellschaft in einer militärstaatlichen Gemeinschaft, überwunden und transzendiert zu haben. Wie sollte es da, was seinen New Deal, seinen ersatzkonsumtiven Einsatz für die Verdrängung und Ersetzung des alten bürgerlichen Subjekts alias zivilen Organismus durch das neue staatliche Subjekt alias militärische Organ betrifft, von Bedenken oder Zweifeln befallen werden und nicht vielmehr, anders als seine zwischen ausgeberischem Elan und haushälterischem Kleinmut hin- und hergerissenen und von Versagensängsten geplagten republikanisch-demokratischen Kontrahenten, mit der Eindeutigkeit seines Vorhabens entsprechender Zielstrebigkeit und Bedenkenlosigkeit zu Werke gehen und sich ins Zeug legen?

Freilich haben die Eindeutigkeit und die Zielstrebigkeit, mit denen im Unterschied zu den republikanisch-demokratischen Regimen die nationalsozialistische Diktatur ihr ökonomisches Involvement, ihren New Deal, praktiziert, einen Preis - den nämlich, dass in Ansehung des mit den Kontrahenten, den anderen Industriestaaten, gepflogenen kommerziellen Austauschs, im Kontext also des herkömmlicherweise wie als Stachel im Fleisch der nationalen Volkswirtschaften, als Regulativ ihrer Gestaltung beziehungsweise Korrektiv ihrer Entwicklung, so als Konstitutiv ihres Wachsens und Gedeihens firmierenden internationalen Marktsystems, die Eindeutigkeit zu einer monomanen Fixierung gerät, die Zielstrebigkeit auf eine isolationistische Verirrung hinausläuft.

Die ökonomische Umsetzung des politischen Programms der als veritabler Subjektwechsel erkennbaren Verdrängung der bürgerlich-zivilen

Gesellschaft durch das sie nicht weniger strukturell absetzende als funktionell aufhebende staatlich-militärische Korpus impliziert ja die wenn nicht ausschließliche, so jedenfalls doch hauptsächliche Inanspruchnahme des bürgerlichen Wertschöpfungssystems für den Aufbau und die Ausrüstung, die Versorgung und Ausstattung eben jenes im militärischen Korpus bestehenden neuen, staatskreatürlich-hypostatischen Subjekts. Und das wiederum bedeutet, dass die ebenso sehr um das Wertschöpfungssystem kreisende wie in ihm gründende nationale Volkswirtschaft sich einer radikalen Revision beziehungsweise fundamentalen Umfunktionierung unterzogen und sich, wie im Allgemeinen um ihre selbstbestimmte alias kapitalgesteuerte, genauer gesagt, akkumulationsgetriebene Gangart und Orientierung gebracht, so im Besonderen aus ihrer Einbindung ins internationale Marktsystem herausgerissen und einer mit solcher Einbindung stehenden und fallenden wesentlichen Komponente ihres Erfolgs und Wohlergehens beraubt findet.

Solange und in dem Maße wie die nationalen Volkswirtschaften kommerziellen Austausch miteinander treiben und die Märkte der anderen sei's arbeitsteilig, sei's wettbewerblich nutzen, um vom eigenen Wertschöpfungssystem produzierte Güter und Dienstleistungen dort abzusetzen, sie mit anderen Worten wertrealisatorisch an den Mann oder die Frau der anderen Gesellschaften zu bringen, zeigt sich dieser internationale kommerzielle Austausch unabdingbar dafür, dass das kapitallogische Ziel allen kommerziellen Austauschs, der kalkulatorische Zweck der ganzen Veranstaltung, nämlich die kapitalakkumulative Erwirtschaftung von für neue industrielle Wertschöpfung, will heißen, für weitere Mehrwertschöpfung verfügbarem Mehrwert erreicht wird. Nur sofern und in dem Maße wie es den einzelnen Volkswirtschaften gelingt, mit ihrem Wertschöpfungssystem Güter und Dienstleistungen zu produzieren, die in den anderen Volkswirtschaften auf Bedürfnis beziehungsweise Nachfrage stoßen und sich auf deren Märkten absetzen lassen, können sie unter Bedingungen der konstitutiven Bedeutung, die sie mittlerweile füreinander erlangt, der mehr oder minder tragenden Rolle, die sie akkumulationsstrategisch füreinander übernommen haben, kurz, unter Bedingungen des nachgerade zum *Sine qua non* der kapitalsystematischen Entwicklung avancierten Weltmarkts, hoffen oder vielmehr erwarten, wertrealisatorisch erfolgreich zu sein und nämlich den Mehrwert, den ihr Wertschöpfungssystem erzielt, ganz und gar einlösen, aus seiner

Gütergestalt beziehungsweise Dienstleistungsform im vollen Umfang erlösen und so für seine Verwendung als Kapital, für die akkumulative Integration ins Wertschöpfungssystem verfügbar machen zu können.

Genau aber in puncto dieser, im länderübergreifend kommerziellen Austausch alias internationalen Handel bestehenden und als *Sine qua non* ihres Wachsens und Gedeihens für alle nationalen Volkswirtschaften und zumal die industriegesellschaftlichen konstitutiven Rahmenbedingung ihres Wirtschaftens entfaltet nun die mit dem gesellschaftlichen Subjektwechsel, den die nationalsozialistische Diktatur forciert, einhergehende Revision und Umfunktionierung des Wertschöpfungssystems, sein Abstandnehmen von der Versorgung und Ausstattung der bürgerlichen Gesellschaft selbst, des traditionell als Subjekt firmierenden zivilen Organismus, und seine Inanspruchnahme stattdessen für den Aufbau und die Aufrüstung des als alternatives Subjekt, als staatskreatürliche Gemeinschaft, etablierten militärischen Organs, eine ebenso nachhaltig derangierende wie nachdrücklich alterierende Wirkung.

Durch seine Präokkupation mit den Ansprüchen und Bedürfnissen des hypostatischen Staatssubjekts Wehrmacht, der von der Diktatur ins Herz geschlossenen und gehätschelten staatseingeborenen Kreatur, und seine Konzentration, um nicht zu sagen Fixierung, auf deren waffentechnische Ausrüstung, armeebedarfliche Ausstattung, logistische Belieferung und infrastrukturelle Mobilisierung findet sich das Wertschöpfungssystem des Deutschen Reichs von seinen Handelsbeziehungen nach draußen, seinen Bemühungen um die Nachfrage aus den anderen Volkswirtschaften und den Absatz auf deren Märkten abgelenkt beziehungsweise abgezogen und damit im Rahmen des mittlerweile maßgebenden internationalen Handelssystems, der nachgerade über das volkswirtschaftliche Wachsen und Gedeihen mitentscheidenden Weltmarktverflechtung, einer wichtigen kommerziellen Einnahme- alias wesentlichen kapitalen Akkumulationsquelle wenn nicht überhaupt beraubt und von ihr abgeschnitten, so doch aber schmerzhaft genötigt, in erheblichem Maße auf sie zu verzichten.

Im Zuge und in der Konsequenz des staatlichen Ersatzkonsums vom Staat für sein hypostatisches Subjekt, seinen qua militärisches Korpus narzisstisch fetischisierten Leibgeber, mit Beschlag belegt und auf die Befriedigung der Bedürfnisse und Erfüllung der Ansprüche des letzteren

konzentriert, um nicht zu sagen kapriziert, vernachlässigt beziehungsweise verspielt das Wertschöpfungssystem des Deutschen Reichs seine herkömmlichen Außenhandelsbeziehungen, schwächt mithin oder räumt gar die Stellung auf dem Weltmarkt, die es unter bürgerlicher, noch nicht vom staatlichen Diktat revidierter Regie errungen hat und büßt so den Wertgewinn und Kapitalzufluss ein, den seine internationale Präsenz und Performanz der nationalen Volkswirtschaft verschaffte. Und nicht genug damit, dass, für die Befriedigung der Bedürfnisse und Erfüllung der Ansprüche des staatskreatürlich militärischen Subjekts mit Beschlag belegt und präokkupiert, das Wertschöpfungssystem des Deutschen Reichs Mehrwertrealisierungschancen alias Bereicherungsperspektiven, die der Weltmarkt ihm bietet, versäumt und einbüßt beziehungsweise ausschlägt und preisgibt, seine Präokkupation mit dem staatskreatürlichen Wechselbalg und Ausrichtung auf ihn tangiert die nationale Volkswirtschaft tatsächlich nicht nur in ihren potenziellen Gewinnaussichten, sondern mehr noch in ihrem aktuellen Kapitalbestand und kommt sie demnach doppelt teuer zu stehen, weil sie sich durch solche Präokkupation ja nicht nur von ihren Außenhandelsbeziehungen abgelenkt beziehungsweise abgezogen, in ihrer Stellung auf dem Weltmarkt geschwächt beziehungsweise um sie gebracht findet, sondern sich auch und mehr noch in ihren Binnenhandelsgeschäften beeinträchtigt, von ihren Verrichtungen und Verpflichtungen auf dem heimischen Markt abgehalten und sich deshalb zum kompensatorischen Rekurs auf die anderen Volkswirtschaften veranlasst, will heißen, sich genötigt sieht, all die für die Versorgung der bürgerlichen Gesellschaft, für die Subsistenz und den Konsum der zivilen Bevölkerung, erforderlichen Güter und Dienstleistungen, für die sie wegen ihrer Präokkupation mit der Ausrüstung und der Ausstattung des vom Staat an die Stelle der zivilen Gesellschaft gesetzten hypostatisch neuen Subjekts, des militärischen Korpus, Sorge zu tragen, sprich, Wertschöpfungskapazitäten bereitzuhalten versäumt, bei den anderen Volkswirtschaften einzukaufen, auf deren Märkten gegen gutes Geld, gegen allgemeines Äquivalent, um das sie ihren eigenen Kapitalbestand schmälern muss, zu erstehen.

Nicht genug damit also, dass die Volkswirtschaft des Deutschen Reichs wegen ihrer ihr von der nationalsozialistischen Diktatur diktierten Präokkupation mit deren staatskreatürlichem Hätschelkind, der Wehrmacht,

sich davon abgehalten findet, den Außenhandel alias Weltmarkt als Wertrealisierungsplattform und Einnahmequelle zu nutzen, sie zeigt sich wegen eben jener Präokkupation mit dem vom nationalsozialistischen Staat der zivilen Gesellschaft untergeschobenen beziehungsweise übergestülpten militärischen Wechselbalg und wegen der dadurch bedingten Hintanstellung und Vernachlässigung der subsistenziellen Bedürfnisse und konsumtiven Ansprüche, deren Befriedigung und Erfüllung die heimische Gesellschaft von ihr erwartet, mehr noch und im Gegenteil gedrängt, auf den Außenhandel alias Weltmarkt als Güterlieferanten und Erbringer von Dienstleistungen zuzugreifen und sich demnach ihm als Wertrealisierungsplattform und Einnahmequelle zur Verfügung zu stellen.

Nicht genug damit, dass dem Wertschöpfungssystem der bürgerlichen Gesellschaft wegen seiner Inanspruchnahme für den Aufbau und die Ausrüstung der als hypostatischer Subjektersatz posierenden militärischen Gemeinschaft, auf die der nationalsozialistische Staat setzt und schwört, akquisitorische Einnahmen entgehen und ausbleiben, es entstehen und erwachsen ihm aus solch staatlicher Inbeschlagnahme mehr noch kompensatorische Ausgaben. Nicht genug damit, dass dem Wertschöpfungssystem des Deutschen Reichs durch seine staatlich verfügte Kaprizierung auf das zum nationalen Fetisch erhobene militärische Korpus Einnahmen alias Kapitalzuflüsse verloren gehen, die andernfalls das internationale Handelssystem für es bereit hielte, es muss mehr noch Verluste alias Kapitalabflüsse in Kauf nehmen, die der als Vernachlässigung des heimischen zivilen Marktes zu Buche schlagende Preis für seine staatlich verfügte Caprice sind und mit denen, wenn man so will, das internationale Handelssystem die nationalsozialistische Absage an es und das darin implizierte Ausscheren aus dem Normalbetrieb bürgerlichen Wirtschaftens ahndet.

Je länger diese militaristische Fixierung des Wertschöpfungsprozesses währt und je umfassender sie ausfällt, umso mehr muss die Außenhandelsbilanz der deutschen Volkswirtschaft in eine Schieflage geraten, die sie in dem Maße, wie sie ihr Wertschöpfungssystem von der aktiven alias ausfuhrträchtig-wertrealisatorischen Teilhabe am Weltmarkt ausschließt und auf eine passive, einfuhrsüchtig-wertdispensatorische Relation zu ihm beschränkt, in einen Zustand zunehmender Insuffizienz und Versorgungsabhängigkeit beziehungsweise Insolvenz und Zahlungsunfähigkeit versetzt.

Und an diesem Hintertreffen, in das die mit der zivilen Gesellschaft subjektwechselförmig aufräumende militärische Caprice ihres diktatorischen Staats die Volkswirtschaft des Deutschen Reichs auf dem Weltmarkt unweigerlich geraten lässt, an dieser Schwäche und Insolvenz, deren die militaristische Marotte des Nationalsozialismus sie unaufhaltsam überführt, ändert auch partout nichts, dass, abstrakt gesehen und rein nationalökonomisch betrachtet, ihrem Wertschöpfungssystem aus seiner Inanspruchnahme für den Aufbau und die Ausrüstung des staatskreatürlichen Wechselbalgs gar kein Schaden zu entstehen und es vielmehr durchaus auf seine ausbeutungsökonomisch alias mehrwertschöpferisch wohlverstandenen Kosten zu kommen scheint.

Der nationalsozialistische Staat vergütet dem bürgerlichen Wertschöpfungssystem dessen Leistungen auf die kommerziell übliche Weise, die allerdings jetzt nicht mehr bürgerlich-kapitaler Bereicherung, sondern staatlich-gouvernementaler Ermächtigung dienen. Die vornehmliche Inanspruchnahme des Wertschöpfungssystems für den Staat und sein militärisches Korpus statt für den Markt und seine zivile Gesellschaft impliziert zwangsläufig eine nicht nur kontingent-empirische Vernachlässigung, sondern mehr noch konsequent-systematische Verhinderung des kommerziellen Austauschs mit den anderen, für den Markt wertschöpfenden Volkswirtschaften.

Auf seine Kosten zu kommen scheint das Wertschöpfungssystem insofern, als es die materialen Güter, die es für das staatliche Hätschelkind, das von der Staatsmacht zum Leibgeber, zur sozialen Hypostase, zum Subjekt erhobene militärische Korpus hervorbringt, und die realen Leistungen, die es für es erbringt, ja nicht etwa ohne Vergütung und Gewinn, gratis und tributär hervorbringen und erbringen muss, sondern vielmehr der Staat ihm diese Güter und Leistungen ganz normal, nämlich nach allen Regeln industrieller Betriebsführung und kommerzieller Vermarktung abkauft und bezahlt. So sehr der nationalsozialistische Staat sein nationales Wertschöpfungssystem objektiv oder zielbestimmt mit Beschlag belegt und umfunktioniert, so sehr lässt er es doch aber operativ unangetastet und gewähren und belässt mit anderen Worten, was dessen mehrwertschöpferische Funktionsweise, seine kapitalistische Mechanik, betrifft, alles beim Alten. So sehr die obsessiv militaristische Diktatur das nationale Wertschöpfungssystem objektiv oder sachutilitaristisch

seiner gewohnten Okkupation einer Versorgung und Befriedigung der subsistenziellen Bedürfnisse und konsumtiven Ansprüche der zivilen Gesellschaft entfremden und auf die Aufgabe der Auf- und Ausrüstung der militärischen Gemeinschaft konzentrieren, so sehr sie also die zivile Gesellschaft als primäre Adressatin und zentrale Nutznießerin des Wertschöpfungsprozesses verdrängen und ausschalten mag, so sehr bewegt sie sich dabei operativ oder wertrealisatorisch in den wertschöpfungssystematisch bewährten Bahnen, bleibt sie im kapitalakkumulativ vorgegebenen Rahmen und erweist sich insoweit als getreuliche Stellvertreterin und verlässliche Platzhalterin der zugunsten der militärischen Gemeinschaft von ihr verdrängten und ausgeschalteten zivilen Gesellschaft. Die wert- beziehungsweise mehrwertrealisatorische Aufgabe, mit anderen Worten, die vorher die zivile Gesellschaft per kommerzielle Befriedigung ihrer subsistenziellen Bedürfnisse und konsumtiven Ansprüche wahrnimmt, sie übernimmt und erfüllt jetzt auf die unverändert gleiche Weise der diktatorische Staat, indem er dem Wertschöpfungssystem die Güter und und Dienstleistungen, die es für sein Hätschelkind, sein militärisches Alterego, hervorbringt und erbringt, kommerziell vergütet und vergilt, sprich, abkauft und bezahlt.

Freilich, so sehr der militaristische Staat nationalsozialistischen Formats als quasi Stellvertreter und Platzhalter der von ihm verdrängten bürgerlichen Gesellschaft das zivile Wertschöpfungssystem wertrealisatorisch schadlos zu halten und also kommerziell korrekt mit ihm zu kontrahieren scheint, einen definitiv zu Buche schlagenden und prospektiv einschneidenden und den Schein von Kontinuität als solchen zu dekuvrieren geeigneten Unterschied gibt es - und der betrifft das Finanzierungsziel, das er per Kontrakt mit dem Wertschöpfungssystem verfolgt. Den Finanzierungsweg teilt, wie konstatiert, der nationalsozialistisch-diktatorische Staat des Deutschen Reichs mit seinen Kollegen oder vielmehr Kontrahenten, den republikanisch-demokratisch verfassten anderen Industriestaaten. Durch die Weltwirtschaftskrise, die weltweite, wertrealisatorisch bedingte Paralyse des Wertschöpfungssystems, zu jenem als New Deal apostrophierten ökonomischen Involvement genötigt, demzufolge er dem danieder liegenden letzteren in der Absicht, es wieder auf die Beine zu stellen und in Gang zu bringen, ersatzkonsumtiv, sprich, mittels gezielter staatlicher Kompensation des für sein Siechtum verantwortlichen Mangels an gesellschaftlicher Konsumkraft, unter die Arme zu greifen

und Beistand zu leisten unternimmt, finanziert nicht anders als seine republikanisch-demokratischen Kollegen oder vielmehr Kontrahenten auch der nationalsozialistische Staat diesen seinen ersatzkonsumtiven Nothelfer- oder Sanitätereinsatz durch Konsumkraft, die er sich von der Zentralen Notenbank hypothekarisch generieren und kreditieren lässt, mit anderen Worten, durch Geld, das die Notenbank auf Beleihbasis, aufgrund der hypothekarischen Belastung des in Bankenhand befindlichen, vom Bankensystem verwalteten Privateigentums in genere und bürgerlichen Vermögens in specie, neu emittiert und dem Staat zur Verfügung stellt.

Anders allerdings als seine industriestaatlichen Kontrahenten nutzt er seinen Ersatzkonsum auf Kreditbasis, seine beleihweise mobilisierte Konsumkraft, nicht zum Wohle des industriellen Betriebs und kommerziellen Geschäfts der bürgerlichen Gesellschaft selbst, nicht mit anderen Worten, um deren industriellen Betrieb zur kommerziellen Versorgung und Belieferung der zivilen Märkte im eigenen Land und im Ausland mit mehrwertigen Gütern und Dienstleistungen anzuregen und zu bewegen, sondern er verwendet es vielmehr pro domo der ihm die eigengesetzlich bürgerliche Gesellschaft ersetzenden staatskreatürlich militärischen Gemeinschaft, seines qua Wehrmacht leibgeberisch alias hypostatisch neuen Subjekts, verwendet es mit anderen Worten hauptsächlich, wenn nicht zur Gänze, um den industriellen Betrieb für die Auf- und Ausrüstung der staatskreatürlichen Hypostase in kommerziellen Anspruch zu nehmen. Diese zum veritablen Subjektwechsel geratende nationalsozialistische Revision des Finanzierungsziels aber vindiziert nun dem Finanzierungsweg, der per Notenbank initiierten Beleihpraxis, der hypothekarischen Belastung des vom Bankensystem verwalteten bürgerlichen Eigentums und Vermögens, eine ganz eigene Radikalität, um nicht zu sagen, eine sie qua Totalisierung ereilende neue Qualität.

Solange, wie bei seinen republikanisch-demokratischen Kontrahenten der Fall, der staatliche Ersatzkonsum darauf gerichtet ist, das Wertschöpfungssystem in Verfolgung seiner gewohnten Zielsetzung zur Erzeugung von Gütern und Erbringung von Dienstleistungen für die subsistenziellen Bedürfnisse und konsumtiven Ansprüche der Gesellschaft anzuregen beziehungsweise anzukurbeln, es mit anderen Worten dazu zu bringen, für den Bedarf und die Nachfrage auf dem heimischen Markt

und auf anderen Märkten wertzuschöpfen, scheint, weil die Wertschöpfung ex cathedra des ihr eingeschriebenen Akkumulationsimperativs Mehrwertschöpfung ist, gewährleistet, dass das Wertschöpfungssystem vom staatlichen Ersatzkonsum profitiert, Gewinn aus dem durch ihn auf Beleihbasis wiederbelebten und angekurbelten Wertschöpfungsprozess zieht und dass die durch solchen wertrealisatorischen Gewinn alias kapitalen Zuwachs nicht weniger remotivierte als remunerierte Eignerin und Betreiberin des Wertschöpfungssystems, die der bürgerlichen Gesellschaft gleichermaßen ihre Identität und ihre Resolution verleihende, sie ebenso sehr prägende wie dirigierende bürgerliche Klasse, sich zu guter Letzt befähigt und in die Lage versetzt zeigt, beides, den wertschöpferischen Betrieb und das wertrealisatorische Geschäft, ebenso eigenständig wie selbsttätig wieder aufzunehmen und ohne die nothelferische Mitwirkung beziehungsweise Anleitung des Staats, ohne kreditiv fundierten staatlichen Ersatzkonsum, zu betreiben und fortzuführen. Eben das ist ja der qua New Deal ausgesprochene Sinn und Zweck des ökonomischen Involvements der republikanisch-demokratischen Industriestaaten, dass es zu einer Wiederaufnahme des gewohnten industriellen Betriebs führen, in einer Neuauflage des gehabten kommerziellen Geschäfts resultieren soll, die es selbst, das ökonomische Involvement des Staats, sukzessive überflüssig und entbehrlich macht und damit ihm, dem Staat, am Ende erlaubt, das Ökonomische, den wertschöpferischen Betrieb und das wertrealisatorische Geschäft, wieder seiner Urheberin und Eignerin, der bürgerlichen Klasse, zu - wie man will - treuen oder untreuen Händen überlassen und sich auf seine angestammte Rolle eines bloßen politischen Garanten und bürokratischen Kontrolleurs dieses seiner Urheberin und Eignerin überlassenen hohen Guts zu beschränken.

Nun ist zwar, wie expliziert, die Hoffnung der betreffenden Staaten, durch ihren ersatzkonsumtiven Einsatz der Urheberin und Eignerin des Wertschöpfungssystems, der bürgerlichen Klasse, ihre ökonomische Eigenständigkeit und Selbsttätigkeit am Ende wiedergeben zu können, insofern illusorisch, ist ihr Anspruch darauf, durch ihr ökonomisches Involvement die bürgerliche Klasse in der angestammten Rolle des wertschöpferisch handelnden Subjekts alias kapitalistischen Herrn der Lage restituieren zu können, insofern Schein, als per definitionem der Wertschöpfung als Mehrwertschöpfung der wertrealisatorische Gewinn alias kapitale Zuwachs, den sie durch ihren ersatzkonsumtiven Einsatz dem

Wertschöpfungssystem verschaffen, wiederum in Wertschöpfungsprozesse fließt, die, so wahr sie Mehrwert schöpfen, die wie immer auch durch die Löhne, die sie generieren, verbesserte gesellschaftliche Konsumkraft allemal überfordern und deshalb die Staaten zwingen, ihre ersatzkonsumtive Nothelferrolle zur festen Einrichtung zu erheben und sich, um noch einmal das frühere nautische Bild zu bemühen, auf dem Wertschöpfungsnachen als mitnichten bloß passagerer, sondern vielmehr ganz und gar stationärer Fährmannsersatz zu etablieren.

Statt ihren New Deal als nothelferischen Einsatz abzuwickeln, mit ihm ihren siechen Volkswirtschaften bloß vorübergehend unter die Arme zu greifen, ihnen bloß so lange aufzuhelfen, bis diese wieder Fuß und Tritt gefasst haben, wieder auf eigenen Beinen stehen und gehen können, müssen die Staaten den wertschöpferischen Betrieben ihrer Volkswirtschaften vielmehr dauerhaft und tatsächlich infinit in wertrealisatorischer Funktion zur Seite und zur Verfügung stehen, müssen sie sich damit abfinden, dass ihnen als Haupt- und Staatskonsumenten, als den Konsum ihrer bürgerlichen Gesellschaften komplementierenden und dessen Ungenügen kompensierenden mehrwertrealisatorisch-kommerziellen Geschäftspartnern für den Erhalt und Bestand, ganz zu schweigen vom Wachsen und Gedeihen, des wertschöpferisch-industriellen Betriebs eine ebenso funktionell tragende wie faktorell treibende Rolle zufällt.

So illusorisch die Hoffnung der republikanisch-demokratischen Staaten auf ein mittels New Deal zu guter Letzt wiederherzustellendes eigenständiges Funktionieren und selbsttätiges Operieren des bürgerlichen Wertschöpfungssystems aber auch sein, so wenig Aussicht auf Erfolg ihrem Bemühen auch beschieden sein mag, sich aus diesem New Deal beziehungsweise aus der ökonomischen Nothelferrolle, zu der er sie verpflichtet, so bald als möglich wieder zu verabschieden und zurückzuziehen, jene in Ansehung des eigenen Tuns ebenso resignative wie hinsichtlich des Vollbringens der bürgerlichen Klasse restitutive Absicht ist und bleibt die für ihr ökonomisches Involvement wenn auch vielleicht nicht aktuell maßgebende, so jedenfalls doch prinzipiell richtungweisende Perspektive, ist und bleibt mit anderen Worten das, was ihre ökonomische Nothelferrolle, ihren die gesellschaftliche Konsumkraft zu komplementieren und ihr Ungenügen zu kompensieren bestimmten Ersatzkonsum, eben als nothelferisches, nicht pro domo, im staatlich eigenen Interesse,

sondern pro bono, zum Wohle der bürgerlichen Gesellschaft, verfolgtes Projekt zu erkennen gibt, als selbstlosen Substitutionsakt, als nicht in eigener Regie und auf eigene Rechnung, sondern bloß anstelle der bürgerlichen Gesellschaft und vikarisch für sie erbrachte Dienstleistung ausweist.
Genau das freilich ändert sich nun von Grund auf bei der von der nationalsozialistischen Diktatur praktizierten Version des New Deal - kraft des Subjektwechsels, den letztere vollzieht, ihres Wechsels von der zivilen Gesellschaft als der staatlichen Macht unterstelltem und anvertrautem, kurz, Sinn und Bewandtnis verleihendem Organismus zur militärischen Gemeinschaft als der Staatsmacht eingeborenem und anverwandeltem, mithin einen hypostatischen Leib und automatisches Leben vindizierendem Organ. Indem jener Subjektwechsel die nationalsozialistische Diktatur in dem qua Wehrmacht zu ihrer persönlichen Schutztruppe und intimen Leibgarde beförderten militärischen Korpus ihr als wahres Ebenbild neues Subjekt, wie man will, beschwören oder finden lässt, verliert für sie naturgemäß die von den republikanisch-demokratischen Regimen beibehaltene Ausrichtung des bürgerlichen Wertschöpfungssystems auf die subsistenziellen Bedürfnisse und konsumtiven Ansprüche der bürgerlichen Gesellschaft beziehungsweise auf den der Befriedigung und Erfüllung dieser Bedürfnisse und Ansprüche dienenden zivilen Markt alle Relevanz und jegliche Bestimmungskraft und zeigt sich nicht weniger abgesetzt als abgelöst durch die Neuausrichtung des bürgerlichen Wertschöpfungssystems auf den Aufbau und die Ausrüstung, die Stärkung und Bewehrung, eben jenes wehrmächtig neuen Subjekts beziehungsweise auf die Zuwendung und Fürsorge, die ihm, dem militärischen Hätschelkind, von Staats wegen zuteil wird.

Und damit aber hört, recht besehen, der staatliche Ersatzkonsum auf, Ersatzkonsum im Sinne des Wortes zu sein, nämlich Konsum, der für die bürgerliche Konsumkraft einzustehen, für ihren Mangel Abhilfe zu schaffen und Kompensation zu bieten bestimmt ist, und wird zu einem Konsum originärer Art und eigenen Rechts, der keineswegs mehr dazu da ist, dem Wertschöpfungssystem der bürgerlichen Gesellschaft aufzuhelfen und Beine zu machen, um ihr als solcher beizustehen und unter die Arme zu greifen, sondern der vielmehr bezweckt, das Wertschöpfungssystem der bürgerlichen Gesellschaft pro domo eines zu ihr alternativen Sozialkorpus, einer als staatskreatürliche Gemeinschaft sie aus ihrer

Subjektrolle zu verdrängen und auszubooten geeigneten militärischen Formation zu okkupieren und mit Beschlag zu belegen.

Dass solche Um- und Neuorientierung des bürgerlichen Wertschöpfungssystems, seine Inanspruchnahme für das neue Subjekt, das militärische Korpus, und Umfunktionierung in einen auf dessen Wachsen und Gedeihen konzentrierten Versorgungs- und Beschaffungsapparat, zu Lasten seiner gewohnten zivilen Austauschbeziehungen, seiner habituellen Einbettung beziehungsweise Einbindung in die von der bürgerlichen Klasse drinnen und draußen, in der eigenen Volkswirtschaft und in den anderen Volkswirtschaften, eingerichteten und unterhaltenen Handelssysteme, die mit der Realisierung der Werte, die der kommerzielle Betrieb schöpft, befassten kommerziellen Geschäfte, gehen muss, liegt auf der Hand. So gewiss der von der nationalsozialistischen Diktatur mit Beschlag belegte wertschöpferische Betrieb konzentriert, um nicht zu sagen, fixiert ist auf das Wachsen und Gedeihen der militärischen Staatskreatur, so gewiss impliziert diese seine Konzentration und Fixierung die Vernachlässigung, wo nicht gar Aussetzung seiner zivilen Marktgängigkeit, seiner in der eigenen Volkswirtschaft und mit anderen Volkswirtschaften geübten beziehungsweise gepflegten Handelstätigkeit und wertrealisatorischen Geschäftigkeit, und damit natürlich auch die Beeinträchtigung, wo nicht gar Einbuße der monetären Gewinne alias kapitalen Zuwächse, die der wertschöpferische Betrieb aus dem wertrealisatorischen Geschäft zieht.

Und nicht nur von einer in der Konzentration des wertschöpferischen Betriebs auf die Ausrüstung und Ausstattung der staatskreatürlichen Hypostase implizierten kontingent-empirischen Vernachlässigung beziehungsweise Aussetzung seiner zivilen Marktgängigkeit ist hier, genauer besehen, zu sprechen, sondern durchaus von deren durch solche Konzentration provozierten konsequent-systematischen Verhinderung beziehungsweise Ausschaltung! Schließlich hat bei aller Produktivität und Effektivität, über die das industrielle Wertschöpfungssystem verfügen mag, dessen Leistungskraft und Produktionsvolumen Grenzen, und wenn seine Leistungen und Schöpfungen primär und vorzugsweise für den leibgeberischen Intimus des Staats, sein wehrmächtiges Korpus, in Anspruch genommen und dessen Ausrüstung und Ausstattung zugewendet wird, dann bleibt mit der nicht bloß empirischen Kontingenz

einer der einen Zielsetzung im Vergleich mit der anderen zuteil werdenden Vorzugsbehandlung, sondern vielmehr systematischen Konsequenz einer der einen Zweckbestimmung durch die andere widerfahrenden Disqualifizierung die dem Wertschöpfungssystem als bürgerlichem eigene und angestammte Marktgängigkeit und kommerzielle Geschäftigkeit auf der Strecke und lassen folglich auch die ihm aus solch kommerzieller Geschäftigkeit zufließenden mehrwertrealisatorischen Gewinne alias kapitalen Profite mehr oder minder zu wünschen übrig beziehungsweise sind überhaupt perdu.

Nicht, dass damit das bürgerliche Wertschöpfungssystem um alle Gewinnträchtigkeit gebracht wäre, keinen kapitalen Zuwachs mehr erzielte!

So sehr die nationalsozialistische Diktatur es von seinen gewohnten zivilen Märkten und kommerziellen Geschäften ab- und der pro domo ihres militärischen Subjekts, ihrer Wehrmacht, kontrahierenden Staatsmacht als wenn nicht einzigem, so jedenfalls doch hauptsächlichem Handels- und Geschäftspartner zuwendet, so sehr tut sie das, wie gesagt, in der gewohnten handelsüblichen alias geschäftspraktischen Form, dergestalt also, dass sie mit dem Wertschöpfungssystem nach den Regeln kommerziellen Austauschs kontrahiert, ihm seine pro domo ihres staatskreatürlichen neuen Subjekts erzeugten Produkte und erbrachten Leistungen nicht etwa ohne Gegenleistung abnimmt, also konfiskatorisch entzieht, beziehungsweise mit Gewalt raubt, sondern vielmehr gewissenhaft begleicht und pünktlich bezahlt, also nach Maßgabe der in ihnen Gestalt gewordenen Arbeit, ihres sächlichen Werts, geldlich vergütet, mittels allgemeinen Äquivalents, der Münze des Markts, wertrealisatorisch erlöst. Was an erzeugten Gütern und erbrachten Leistungen dem bürgerlichen Wertschöpfungssystem bis dahin die Märkte der eigenen und der anderen Volkswirtschaften kommerziell abnehmen und wertrealisatorisch vergüten, dafür steht ihm jetzt der eigene Staat als Handelspartner und Wertrealisierer zur Verfügung.

Wie sehr sich aber auch der nationalsozialistische Staat bei seiner Inanspruchnahme des zivilen Wertschöpfungssystems für die Bedürfnisse und Erfordernisse seines militärischen Korpus an die Gepflogenheiten kommerziellen Austauschs zu halten und also dem fürs Wertschöpfungssystem imperativen Anspruch, seine Güter und Dienstleistungen in allgemeines Äquivalent umzumünzen, sprich, den geschöpften Sachwert als Geldwert zu realisieren, Genüge zu leisten und wie sehr er, von daher

gesehen, zu gewährleisten scheint, dass dem Wertschöpfungssystem aus solcher rücksichtlich seiner bisherigen Zielsetzung als veritable Zweckentfremdung zu bezeichnenden Inanspruchnahme für das staatskreatürlich neue Subjekt kein als finanzieller Schaden zu Buche schlagender kapitaler Nachteil erwächst und es vielmehr aus seiner Mehrwert schöpfenden Wertschöpfungstätigkeit den üblichen monetären Gewinn zu ziehen, durch seine menschliche Arbeitskraft sächlich ausbeutenden Produktionsprozesse den gewohnten kapitalen Zuwachs zu erzielen vermag - die Sache hat einen handelspolitischen, den kommerziellen Austausch der eigenen Volkswirtschaft mit den anderen Volkswirtschaften, ihre Position auf dem Weltmarkt und Relevanz für ihn betreffenden Haken, an dem sich dies ganze von Staats wegen umfunktionierte und in den Dienst des staatskreatürlich neuen Subjekts gestellte wirtschaftliche Unternehmen der bürgerlichen Gesellschaft, aller von ihm prätendierten kommerziellen Normalität und damit suggerierten industriellen Prosperität zum Trotz, aufzuhängen und an dem es auszubluten und zu verenden droht.

Handelspolitisch gesehen, also aus Sicht der anderen Volkswirtschaften, die mit der nationalsozialistisch umfunktionierten deutschen Volkswirtschaft kommerziellen Austausch treiben, gilt und zählt als Urteilskriterium und Bewertungsgrund für deren Sachdienlichkeit und Leistungskraft einzig und allein der gütermateriale und dienstleistungsreale Beitrag, den ihr nationaler Wertschöpfungsbetrieb zum internationalen Wertrealisierungsgeschäft leistet, der industrielle Anteil mit anderen Worten, den sie an dem die Volkswirtschaften verbindenden kommerziellen Zusammenhang, dem sie in Abhängigkeit voneinander und Angewiesenheit aufeinander verhaltenden Weltmarkt, nimmt und hat. Was das deutsche Wertschöpfungssystem nicht für den internationalen Austauschzusammenhang, sondern für den Auf- und Ausbau eines nationalen Machtapparats schafft, was es an materialen Gütern und an realen Dienstleistungen nicht für den Weltmarkt, sondern für die Staatsmacht beziehungsweise das von ihr zum Leibgeber erkorene, als alternatives soziales Subjekt adoptierte militärische Korpus erzeugt und erbringt, spielt, eben weil es gar nicht erst in den kommerziellen Austausch gelangt, auf dem zivilen Markt überhaupt nicht in Erscheinung tritt, für ihre Beurteilung durch die anderen Volkswirtschaften keine Rolle, fällt bei der Einschätzung und Taxierung ihrer industriellen Bedeutung und kommerziellen Stellung durch letztere nicht ins Gewicht.

Weil für die währungsparitätische Bewertung der deutschen Währung nur die Güter und Dienstleistungen zählen, die das deutsche Wertschöpfungssystem dem Markt zur Verfügung stellt, und nicht die Sachwerte, die es für das militärische Steckenpferd des nationalsozialistischen Staats produziert, führt eben diese Präokkupation mit dem staatlichen Steckenpferd zu einer fortschreitenden Entwertung der Reichsmark, die Importe aus den anderen Volkswirtschaften zunehmend verteuert. Die daraus resultierende Schieflage der Handelsbilanz mit den anderen Volkswirtschaften wird noch dadurch verschärft, dass eben jene Präokkupation mit staatlichen Rüstungsaufträgen die deutsche Volkswirtschaft daran hindert, mittels exportgenerierter Devisen den importlastigen Geldwertverfall, wenn nicht zu unterbinden, so zumindest abzumildern.

Durch seine ihm von Staats wegen oktroyierte Präokkupation mit der Hege und Pflege jenes die bürgerliche Gesellschaft verdrängenden hypostatischen Subjekts, durch seine ihm abgeforderte Konzentration auf dessen Aufrüstung und Ausstattung, von Beiträgen zum kommerziellen Austauschsystem, von der Beteiligung am zivilen Markt, nicht etwa nur kontingent abgelenkt, sondern vielmehr konsequent abgehalten, präsentiert sich demzufolge das Wertschöpfungssystem der deutschen Volkswirtschaft den anderen Volkswirtschaften als wenn nicht überhaupt leerlaufender, so jedenfalls doch unergiebiger Betrieb, suggeriert es sich ihnen als wenn nicht überhaupt außer Acht zu lassendes, so jedenfalls doch geringzuschätzendes Unternehmen. Aus Sicht der anderen Volkswirtschaften hat das Güterkontingent und Dienstleistungssortiment, das die deutsche Volkswirtschaft für das internationale Handelssystem nicht sowohl zentral bereithält als vielmehr marginal erübrigt, wenig zu bieten und erheischt dementsprechend geringes Interesse.

Dieser durch die Präokkupation mit der nationalsozialistischen Staatsräson und deren Zielsetzungen bedingte Mangel an Sachdienlichkeit und Leistungskraft, den die Volkswirtschaft des Deutschen Reichs gegenüber den anderen Volkswirtschaften, im internationalen Austauschzusammenhang, an den Tag legt, hat zwangsläufig Folgen für den relativen Wert der als Reichsmark etablierten deutschen Landeswährung, schlägt sich nolens volens nieder beziehungsweise spiegelt sich wider in der Parität, dem Austauschverhältnis alias Wechselkurs, zwischen dem Geld des Deutschen Reichs und dem der als ausländische Handelspartner firmierenden anderen Staaten.

Die den nationalen Volkswirtschaften als Passepartout kommerziellen Austauschs, als allgemeines Äquivalent, als Geldwert dienende Landeswährung ist ja in dieser ihrer den kommerziellen Austausch beziehungsweise dessen institutionelle Entfaltung, den Markt, betreffenden Hauptfunktion Ausdruck, Repräsentant und Maßstab des vom Wertschöpfungssystem der jeweiligen Volkswirtschaft produzierten Sachwerts, also des Gesamtwerts der erzeugten Güter und erbrachten Dienstleistungen, die jenes zu Markte trägt und zum Kauf anbietet. Wenn nun diese in Gestalt von Gütern und in Form von Dienstleistungen vermarktbare, für den kommerziellen Austausch der bürgerlichen Gesellschaft verfügbare Sachwertmenge wegen der vordringlichen Inanspruchnahme des nationalen Wertschöpfungssystems für den Auf- und Ausbau des militärischen Steckenpferds der Staatsmacht, die Aufrüstung und Ausstattung ihres wehrmächtigen Hätschelkinds, sich hintangestellt und vernachlässigt zeigt und, was gleichermaßen ihren Umfang und ihre Vielfalt betrifft, stagniert oder gar schrumpft, so bedeutet das mit quasi arithmetischer Zwangsläufigkeit, dass die sie ausdrückende, repräsentierende und bemessende Menge allgemeinen Äquivalents alias Geldwerts, weil sich nun mehr von ihr, die gleich geblieben ist, auf die geschrumpfte, verringerte Sachwertmenge bezieht und verteilt, an Wert verliert, sprich, weniger Sachwert zu repräsentieren und kommerziell zu egalisieren beziehungsweise zu kommandieren vermag. Und da der Geldwert als Münze des Marktes, als den kommerziellen Austausch vermittelndes Passepartout und organisierendes Übergangsobjekt, den Sachwert im kommerziellen Kontext als Marktwert alias Preis zur Geltung bringt, ist nicht minder zwangsläufiger Effekt dieser Entwertung des Geldwerts, dieser inflationären Degeneration seiner repräsentativen Funktion, eine ihr, der Entwertung und Degeneration des Geldwerts, korrespondierende Aufwertung alias Verteuerung des Marktwerts der Sachwerte, ein Anstieg der für die erzeugten Güter und erbrachten Dienstleistungen im kommerziellen Austausch zu zahlenden Preise - und das mit allen aus solchem Geldwertverfall, solcher Inflation, resultierenden finanziellen, das geldliche Eigentum und private Vermögen der bürgerlichen Klasse in specie, und sozialen, das leibliche Wohl und persönliche Auskommen der Bevölkerungsmasse in genere betreffenden nachteiligen beziehungsweise verderblichen Folgen.

So bedrohlich diese den zwangsläufigen Effekt der vordringlichen Inanspruchnahme des Wertschöpfungssystems für die Hege und Pflege des militärischen Korpus bildende Vernachlässigung beziehungsweise Torpedierung der kommerziellen Sachdienlichkeit alias zivilen Marktgängigkeit des Wertschöpfungsprozesses indes ist und so sehr sie das Zeug dazu hat, in der bürgerlichen Gesellschaft finanziellen Schaden anzurichten und soziales Unheil zu stiften, abstrakt nationalökonomisch oder rein binnenwirtschaftlich gesehen, ermöglicht dem nationalsozialistischen Staat die gleiche diktatorische Gewalt und bürokratische Ermächtigung, die ihm erlaubt, das zivile Wertschöpfungssystem für seinen militärischen Fetisch in Beschlag zu nehmen, auch und zugleich, dem der bürgerlichen Klasse aus solcher Beschlagnahme drohenden finanziellen Schaden zu wehren und dem der Masse der Bevölkerung aus ihr blühenden sozialen Unheil einen Riegel vorzuschieben. Aufgrund seiner diktatorischen Ermächtigung und bürokratischen Generalvollmacht vermag das nationalsozialistische Regime, sich über grundlegende Mechanismen oder Dynamismen des Geld- und Marktsystems wie die störungsträchtige Wechselwirkung zwischen Sachwertmenge und Geldwertmenge hinweg beziehungsweise diese außer Kraft zu setzen und durch quasi planwirtschaftliche Eingriffe in den Markt, durch eine generelle Marktkontrolle und das spezielle Festsetzen oder Einfrieren von Marktpreisen die Inflationsgefahr zu konterkarieren beziehungsweise zu eskamotieren, die aus der vordringlichen Beanspruchung des Wertschöpfungssystems für das staatlich-militärische Steckenpferd und aus der dadurch bedingten Vernachlässigung oder vielmehr Verdrängung der für den zivilen Markt bestimmten Güter und Dienstleistungen, der für den Wert der Geldwertmenge kommerziell maßgebenden, austauschsystematisch über ihn entscheidenden Sachwertmenge, resultiert.

Aber so sehr binnenwirtschaftlich der diktatorischen Staatsmacht gegeben sein mag, per staatlich-bürokratische Kontrolle des allgemeinen Preisniveaus die inflationären Auswirkungen des nicht dem zivilen Markt zugewandten, sondern dem militärischen Steckenpferd zugeeigneten Einsatzes des bürgerlichen Wertschöpfungssystems und des dadurch provozierten Ungleichgewichts zwischen gouvernemental in Umlauf gebrachter, für die Wehrmacht locker gemachter Geldwertmenge und kommerziell zur Verfügung stehender, zu Markte zu tragender Sachwertmenge zu neutralisieren, diese Kontrolle stößt, eben weil sie binnenwirtschaftlich beschränkt ist, also an das die eigene Volkswirtschaft

als nationale etablierende Hoheitsgebiet gebunden bleibt, an ihre außenwirtschaftlichen Grenzen und erweist sich im kommerziellen Austausch mit den anderen, durch ihre hoheitsgebietliche Einfassung als nationale etablierten Volkswirtschaften, kurz, auf dem Weltmarkt, als ebenso wirkungs- wie bedeutungslos.

Für die anderen Volkswirtschaften zählt, wie gesagt, zur Beurteilung der Währungsparität der als Landeswährung, als Reichsmark, separierten Geldwertmenge, zur Ermittlung ihres im Austausch mit den Geldwertmengen anderer Landeswährungen geltend zu machenden Wechselkurses, nicht das vom diktatorischen Staat der kommerziell verfügbaren Sachwertmenge oktroyierte Marktpreisniveau, sondern einzig und allein die von solch bürokratischer Marktpreisfixierung unabhängige, kommerziell verfügbare Sachwertmenge selbst, die durch die Geldwertmenge repräsentiert und durch sie gedeckt alias substantiiert wird. Und so gewiss es nun aber in der deutschen Volkswirtschaft wegen der Präokkupation ihres Wertschöpfungssystems mit der Hege und Pflege des leibgeberischen Alterego der Diktatur, des militärischen Korpus, um die kommerziell verfügbare Sachwertmenge schlecht bestellt ist, so gewiss wirkt sich dies Ungenügen der letzteren aus Sicht der anderen Volkswirtschaften im Sinne eines Wertverlusts der in der deutschen Volkswirtschaft kursierenden Geldwertmenge, einer Entwertung der Reichsmark, aus und hat eine dieser Entwertung entsprechende Verschiebung der Parität zwischen ihr und den anderen Landeswährungen zu ihren Ungunsten und zu Gunsten der letzteren zur Folge, zieht mit anderen Worten eine Veränderung des Wechselkurses dergestalt nach sich, dass bei der Konvertierung, der wertgetreuen Übersetzung beziehungsweise Umwandlung der Reichsmark in andere Währungen, mehr von ersterer nötig ist, um den Wert der letzteren zu egalisieren, sprich, deren Anspruch auf eine vollständige Kompensation ihres Werts zu erfüllen.

Diese Veränderung der Währungsparität zum Nachteil des Werts der Reichsmark und zum Vorteil des Werts der anderen Landeswährungen bringt nun, allen Bemühungen des diktatorischen Staats, durch bürokratische Marktpreiskontrolle binnenwirtschaftlich den Wertverlust der Reichsmark, wie man will, zu neutralisieren oder zu eskamotieren, die deutsche Volkswirtschaft außenwirtschaftlich, in ihren Handelsbeziehungen zu den anderen Volkswirtschaften, in eine als für sie missliche Situation offenkundige Schräglage. Außenwirtschaftlich, in seinen mit

den anderen Volkswirtschaften unterhaltenen Handelsbeziehungen, ist wegen seiner seit Gründung ebenso sehr forcierten wie priorisierten Industrialisierung, die es auf Basis unzulänglicher heimischer Bodenschätze und Rohstoffe vollzieht und die mit einer Unterhöhlung und Erosion seines bis dahin tragenden agrikulturellen Fundaments einhergeht, das Deutsche Reich in starkem Maße angewiesen auf die Einfuhr von für die industrielle Produktion erforderlichen Mineralien und Materialien und von für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung nötigen agrarischen Erzeugnissen. Die aus anderen Volkswirtschaften zu importierenden Rohstoffe und Agrarprodukte müssen nun aber dank des Wertverlusts der Reichsmark, in dem die der Präokkupation des deutschen Wertschöpfungssystems mit dem militärischen Steckenpferd des nationalsozialistischen Staats geschuldete Vernachlässigung beziehungsweise Verhinderung einer marktrelevanten, kommerziell zu Buche schlagenden Sachwertschöpfung resultiert, teurer, zu einem höheren Marktpreis erkauft, mit einem dem nachteiligeren Wechselkurs entsprechenden Mehr an Reichsmark bezahlt werden.

Und während demnach die von der deutschen Volkswirtschaft sei's herkömmlicherweise, sei's gezwungenermaßen aus den anderen Volkswirtschaften zu beziehenden Importe dazu führen, dass gemäß dem internationalen Wertverlust der nationalen Währung eine immer größere, auf sie lautende Geldwertmenge in die anderen Volkswirtschaften transferiert wird und abfließt, sorgt gleichzeitig und umgekehrt die für jenen internationalen Wertverlust verantwortliche Konzentration des nationalen Wertschöpfungssystems auf den Auf- und Ausbau des militärischen Korpus dafür, dass die deutsche Volkswirtschaft als die anderen Volkswirtschaften interessierende beziehungsweise engagierende Anbieterin und Lieferantin von marktgängigen Gütern und sachdienlichen Leistungen, wenn nicht überhaupt ausfällt, so jedenfalls doch keine große Rolle spielt und unerheblich bleibt und es deshalb zu keiner den einfuhrbedingten Abfluss von Reichsmark, dem Geldwert der heimischen Währung, wettzumachen tauglichem Zufluss von Devisen, dem Geldwert anderer Landeswährungen, kommen kann.

Im Normalfall, das heißt im Fall mehr oder minder ausgeglichener Handelsbeziehungen zwischen nationalen Volkswirtschaften, ginge die dem Wertverlust der Währung der einen Volkswirtschaft geschuldete

Verteuerung von Importen aus der anderen Volkswirtschaft ja in spiegelbildlicher Korrespondenz einher mit einer Verbilligung von Exporten in die andere Volkswirtschaft. Was die eine Volkswirtschaft wegen des Wertverlusts ihrer Landeswährung an heimischer Geldwertmenge auf den Märkten der anderen Volkswirtschaften drangeben müsste und verlöre, das gewänne sie an auf die anderen Landeswährungen lautender Geldwertmenge wieder, holte sie sich in Form von Devisen zurück, weil eben jener Wertverlust der eigenen Währung die internationale Konkurrenzfähigkeit ihrer Waren erhöhte, sprich, ihr erlaubte, letztere auf den Märkten der anderen Volkswirtschaften preiswerter anzubieten, mehr von ihnen dort abzusetzen und so denn in Ansehung der beim Handelsverkehr mit den anderen Volkswirtschaften ausgetauschten Geldwertmengen die Verteuerung ihrer Importe durch eine Steigerung ihrer Exporte zu kompensieren.

Diese mit der Veränderung der Parität zwischen den Landeswährungen von Volkswirtschaften, die miteinander Handel treiben, der Volkswirtschaft, die durch den Wechselkurs benachteiligt wird, im Normalfall gegebene Möglichkeit, sich bei der Volkswirtschaft, die der Wechselkurs begünstigt, schadlos zu halten und nämlich die Einbuße an eigener Geldwertmenge wegen verteuerter Importe mittels Gewinn an fremder Geldwertmenge dank vermehrter Exporte zu kompensieren - diese Möglichkeit entfällt hier, im Falle der Handelsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und seinen internationalen Handelspartnern, weil kein Normalfall vorliegt, die Handelsbeziehungen alles andere als ausgeglichen sind und das Deutsche Reich, während es den seinem Mangel an Rohstoffen und Agrarerzeugnissen geschuldeten, vergleichsweise großen Einfuhrbedarf hat, durch die Präokkupation seines Wertschöpfungssystems mit den militaristischen Anforderungen der Staatsmacht versäumt beziehungsweise verhindert ist, solchem Einfuhrbedarf durch ein einigermaßen entsprechendes Ausfuhrangebot die Waage, mit anderen Worten, die Handelsbilanz im Gleichgewicht eines halbwegs funktionierenden Do ut des, einer den Namen verdienenden Wechselbeziehung zu halten.

Folge dieser Schieflage der Handelsbilanz aber ist, wie generell und misslich genug, der, was den Außenhandel betrifft, durch keine staatliche Intervention und amtliche Manipulation zu verhindernde Wertverlust der Reichsmark und die ihm entsprechende Verteuerung von Importen, so mehr und schlimmer noch eine unaufhaltsame Eskalation und

Verschärfung solchen die Reichsmark im Verhältnis zu den Währungen der anderen Volkswirtschaften heimsuchenden Wertverfalls und der nach Maßgabe solchen Wertverfalls die Einfuhren aus den anderen Volkswirtschaften befallenden Teuerung. Je länger die Schieflage in der Handelsbilanz währt und das Ungleichgewicht zwischen aus der deutschen in die anderen Volkswirtschaften ausführbaren und aus letzteren in erstere einzuführenden Sachwerten alias Gütern und Dienstleistungen anhält, umso mehr sammelt sich und wächst in den anderen Volkswirtschaften beziehungsweise auf deren Märkten und in deren Banken die auf die deutsche Währung alias Reichsmark lautende Geldwertmenge, die, weil sie eine, kommerziell gesehen, stark zu wünschen übrig lassende Sachwertmenge repräsentiert, weil sie durch Güter und Dienstleistungen substantiiert wird, mit denen sich zwar vielleicht Staat machen, nicht aber der Markt bedienen lässt, ihre Ansammlung in fremden Händen, ihre Häufung in den anderen Volkswirtschaften, mit fortschreitender Entwertung bezahlt, immer weiter an internationaler Kaufkraft einbüßt.

Und dabei fehlleistet und versagt das nationale Wertschöpfungssystem eben nicht nur als den internationalen Wert der Reichsmark substantiierende und gutsagende Sachwertbasis, sondern es fällt auch und zugleich aus oder disqualifiziert sich als der Landeswährung Sukkurs bietende und sie entlastende Devisenquelle. In besagtem Normalfall mehr oder minder ausgeglichener Handelsbeziehungen erwiese sich das nationale Wertschöpfungssystem ja als marktgängig beziehungsweise kommerziell sachdienlich genug, um Güter und Dienstleistungen in andere Volkswirtschaften auszuführen, die den aus letzteren eingeführten Gütern und Dienstleistungen sachwertmäßig in etwa die Waage hielten, und bewährte sich damit als Bezugs- und Einnahmequelle für Geldwertmengen aus den anderen Volkswirtschaften, kurz, Devisen, die sich für die Bezahlung von Einfuhren aus den anderen Volkswirtschaften verwenden ließen und damit die Handhabe böten, die im internationalen Handelsverkehr vom Wertfall heimgesuchte nationale Währung alias Reichsmark aus der internationalen Schusslinie zu nehmen und durch Beschränkung auf den heimischen Handelsverkehr in Sicherheit zu bringen, sprich, im Stützkorsett staatlicher Marktpreiskontrolle zu verwahren und stabil zu halten.

Es ist also ein und dieselbe Inanspruchnahme des bürgerlichen Wertschöpfungssystems der deutschen Volkswirtschaft für das leibgeberische

Hätschelkind alias wehrmächtige Steckenpferd, dessen Hege und Pflege der nationalsozialistische Staat sich verschreibt, die zum einen dazu führt, dass die nationale Währung, die Reichsmark, im internationalen Handelsverkehr immer mehr an Wert verliert und damit die Einfuhren aus den anderen Volkswirtschaften sich immer weiter verteuern, und die zum anderen dafür sorgt, dass keine dem Importgeschehen auch nur annähernd entsprechende Exporttätigkeit stattfinden kann und deshalb die ausländischen Währungsmittel alias Devisen ausbleiben, die sich nutzen ließen, um im Importgeschehen die Reichsmark zu ersetzen oder jedenfalls zu entlasten und damit wenn nicht überhaupt deren von außen induzierter Entwertung vorzubeugen, so zumindest doch der andernfalls unvermeidlichen Eskalation und Verschärfung ihres Wertverfalls zu wehren und gar Einhalt zu gebieten.

An der Außenhandelsfront allein gelassen und ohne nennenswerten Ersatz beziehungsweise merkliche Entlastung durch Devisenreserven mit der ganzen Bürde der für die sachwertigen Einfuhren aus den anderen Volkswirtschaften aufzubringenden Geldwertmenge befrachtet, findet sich die Reichsmark einer der Entwertung, mit der solche Befrachtung sie heimsucht, entspringenden Abflussmotorik, um nicht zu sagen Drainagedynamik, ausgesetzt, die, so gewiss sie in einer Art von Eigendynamik oder selbstläuferischer Konsequenz die Reichsmark einem immer weiteren Wertverfall unterwirft, sich mit dem Effekt einer Eskalation der Drainage zu einem Prozess schieren Ausblutens immer weiter zu verstärken und, wie die deutsche Währung an die Wand kompletter internationaler Wertlosigkeit zu fahren, so die deutsche Volkswirtschaft vor den Fall der im internationalen Handelsverkehr ausgemachten Zahlungsunfähigkeit kommen zu lassen, mit anderen Worten, in eine Lage zu versetzen droht, in der sie mit ihrer zerrütteten Währung die für ihr Bestehen und Funktionieren, ganz zu schweigen vom Wachsen und Gedeihen, nötigen Einfuhren aus den andern Volkswirtschaften nicht mehr zu finanzieren vermag.

Dem der Präokkupation des Wertschöpfungssystems mit dem staatlichen Rüstungsprojekt geschuldeten Verfall des internationalen Geldwerts der Reichsmark sucht das nationalsozialistische Regime durch währungspolitische Abschottung zu wehren und unterwirft deshalb die Aus- und Einfuhr des deutschen Währungsmittels staatlicher Regie und weitestgehender Kontrolle. Weil indes der dadurch provozierte monetäre Schwarzmarkt die staatlichen Abschottungsbemühungen zu vereiteln droht und die Beschaffung von Devisen, aller auf sie gemünzten Bewirtschaftungsmaßnahmen ungeachtet, wenig Entlastung zu bringen vermag, sieht sich der nationalsozialistische Staat sogar genötigt, zur Abwicklung seiner Auslandsgeschäfte aufs edelmetallene Währungsmittel zu regredieren.

Um seiner Volkswirtschaft das der krassen Schieflage ihrer Handelsbilanz und dem Wertverfall ihrer Währung, die daraus resultiert, geschuldete bittere Ende internationaler Zahlungsunfähigkeit zu ersparen und den darin beschlossenen Offenbarungseid seiner um die Inanspruchnahme des zivilen Wertschöpfungssystems für die militärische Aufrüstung kreisenden Version des New Deal abzuwenden, muss der nationalsozialistische Staat alles daran setzen, die in der Konsequenz der fortschreitenden Verteuerung der Importe zur Ausblutung geratende Drainage von Reichsmarkwert wenn nicht zu stoppen und zu unterbinden, so wenigstens doch einzudämmen und zu reduzieren. In dieser Absicht erschwert und behindert beziehungsweise konterkariert und unterbindet er alle nicht für den Bestand und Bedarf des nationalen Wertschöpfungssystems erforderlichen kommerziellen Transaktionen mit dem Ausland, alle im Abfluss deutscher Währung in andere Währungsgebiete resultierende persönliche Reise- und private Konsumtätigkeit, indem er auf Basis eines das heimische Währungsmittel betreffenden strikten Ausfuhrverbots die deutsche Bevölkerung zwingt, die für ihre touristischen Aktivitäten und den Kauf ausländischer Waren nötigen Finanzmittel sich im eigenen Land in Form von Devisen zu beschaffen, deren Bewertung einem staatlich festgelegten Wechselkurs unterliegt, der die internationale Entwertung der heimischen Währung ignoriert, wobei zu allem - ironisch so zu nennenden - Überfluss diese durch den nationalen Zwangskurs um ihren internationalen Wert gebrachten Devisen auch noch einer strikten Mengenbeschränkung unterworfen sind und dem persönlichen Erwerber alias privaten Konsumenten alles andere als frei zur Verfügung stehen.

Und nicht weniger als die Ausfuhr der heimischen Währung sucht der nationalsozialistische Staat auch deren Wiedereinfuhr zu unterbinden, teils um zu verhindern, dass das wegen seines internationalen Wertverfalls auf den ausländischen Märkten billig erworbene Geld auf dem inländischen Markt das ohnehin knappe Angebot an Gütern und Dienstleistungen noch weiter verknappt und, einer Teuerung Vorschub leistend, sprich, eine inflationäre Wirkung entfaltend, die bürokratisch etablierte Marktpreiskontrolle zu unterminieren droht und ins Wanken bringt, teils und vor allem, um Touristen und Handeltreibende aus dem Ausland zu zwingen, das für ihre Einkäufe und Geschäfte nötige Geld in ausländischer Währung mitzubringen und nach dem zu Ungunsten der letzteren und zugunsten der Reichsmark staatlich fixierten Wechselkurs auszutauschen, und um damit sicherzustellen, dass die einer bescheidenen touristischen Nachfrage und spärlichen Ausfuhrgeschäften entspringenden Einnahmen voll und ganz im Dienste der vergleichsweise profitablen Beschaffung von Devisen stehen, die, unter staatliche Kontrolle und Bewirtschaftung gestellt, eingesetzt werden können, um an der Front der für das Funktionieren des nationalen Wertschöpfungssystems unabdingbaren Importe für eine die Reichsmark aus der Schusslinie ihres dort fortschreitenden Wertverfalls zu nehmen geeignete und wie immer auch bescheidene und unzureichende Entlastung zu sorgen.

Indes, dieser in der wirtschaftlichen Theorie passable Versuch des nationalsozialistischen Staats, nicht nur dem nach Maßgabe der Schieflage der Handelsbilanz entwertungsträchtigen Abfluss nationaler Währungsmittel weitestgehend zu wehren, sondern auch deren die Pest des inflationären Wertverfalls in die eigene Volkswirtschaft einschleppendem Rückfluss einen Riegel vorzuschieben, erweist sich in der gesellschaftlichen Praxis als wenig effektiv. Was dem Versuch in die Quere kommt und ihn mehr oder minder vereitelt, ist ein durch das geringe Volumen und Gewicht der papierenen Währungen begünstigter Devisenschmuggel, der einen geldlichen Schwarzmarkt entstehen und ins Kraut schießen lässt, auf dem sich deutsche Nachfrager nach ausländischen und ausländische Nachfrager nach deutschen Gütern und Dienstleistungen die Hand reichen oder, besser gesagt, in die Hände spielen, um die aus Weltmarktsicht ebenso unrealistische wie dezisionistische Währungsparität zu umgehen beziehungsweise zu unterlaufen, die der deutsche Staat auf der Grundlage der von ihm über die Landeswährung verhängten Aus- und

Einfuhrverbote fest- und durchzusetzen sucht. So gewiss dieser monetäre Schwarzmarkt die Währungen in Kursrelationen auszutauschen erlaubt, die, unbeschadet der Abstriche, die sie von dem auf dem internationalen Markt ausgemittelten Wechselkurs machen, doch jedenfalls weit entfernt davon sind, der vom deutschen Staat dekretierten Parität Genüge zu leisten, so gewiss sorgt er dafür, dass die Drainage der Reichsmark in die anderen Volkswirtschaften kaum verlangsamt weitergeht und der inflationäre Druck, den die in die anderen Volkswirtschaften abgeflossene Reichsmark auf die eigene Volkswirtschaft ausübt, wenig vermindert anhält.

Um die Einfuhr der für den Bestand und Bedarf des nationalen Wertschöpfungssystems erforderlichen Güter und Dienstleistungen gegen den unaufhaltsamen, in der Schieflage der Handelsbilanz begründeten und durch den monetären Schwarzmarkt, mit dem der Markt auf den staatlichen Versuch einer finanziellen "Korrektur" der kommerziellen Schieflage mittels Zwangskurses reagiert, bekräftigten Wertverfall der Reichsmark und die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit, die solcher Wertverfall an die Wand malt, sicherzustellen, flüchtet sich der nationalsozialistische Staat zunehmend in die währungssystematische Regression und verlegt sich mit anderen Worten darauf, jene für das Wertschöpfungssystem bestands- und bedarfssichernden Importe nicht mit empirisch-reell die nationale Sachwertmenge, die Wertmenge der Güter und Dienstleistungen der jeweiligen Volkswirtschaft, repräsentierendem und nach ihr sich bewertendem papierenem Geld- alias Notenwert, sondern mit dogmatisch-formell die internationale Sachwertmenge, die Wertmenge der Güter und Dienstleistungen sämtlicher Volkswirtschaften, wie sehr auch fiktiv zu bilanzieren beanspruchendem und wie auch immer fälschlich zu egalisieren suggerierendem Gold- alias Münzwert zu bezahlen.

Bis in die erste Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts als Währung sans phrase, als den Wert der Sachwerte, die kommerzielle Substanz der Güter und Dienstleistungen, verkörperndes und darstellendes allgemeines Äquivalent, für das das seit dem siebzehnten Jahrhundert in Gebrauch kommende und auf dem Markt zunehmend an Präsenz gewinnende, im kommerziellen Geschäft immer stärker Verwendung findende papierene Geld nur als staatlich beglaubigter Stellvertreter einzustehen beziehungsweise nur als vikarisch eingesetzter Platzhalter herzuhalten vermag, verlieren in der Folge Gold und Silber, die Edelmetalle nebst den ihnen

korollarisch assoziierten anderen Pretiosen diese ihre währungssystematisch ebenso maßgebende wie grundlegende Bedeutung und Stellung. In dem Maße, wie die Wertschöpfungssysteme an Produktionsdynamik und Leistungskraft gewinnen und die Märkte entsprechend expandieren und sich diversifizieren und wie, um diesem sächlichen Wachsen und Gedeihen Rechnung zu tragen und nicht die der Sachwertmenge zum Zwecke ihrer Bewertung und Bemessung als währungssystematisches fundamentum in re, als Wertsubstanz, unterstellte Edelmetallmenge zu einem Stolperstein oder gar Hemmschuh solchen Wachsens und Gedeihens werden zu lassen, das bis dahin nur als Platzhalter dienende Papieralias Notengeld unter staatlich-finanzpolitischer Regie und Verwaltung vielmehr in die Rolle des währungssystematischen Platzhirschen aufrückt und nämlich einen unmittelbaren, nicht mehr durch das Edelmetall als originalen Wertkörper vermittelten Bezug zu den Sachwerten gewinnt und sich als für deren Bewertung und Bemessung zuständiger marktpreisindexgesteuerter Referent etabliert, - in dem Maße wie dies im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts geschieht, wird das Edelmetall als Wertsubstanz, als reine Verkörperung, Ausprägung sans phrase, der in Güter und Dienstleistungen geflossenen und sie als Sachwerte ausweisenden menschlichen Arbeit, eigentlich überflüssig und entbehrlich und scheint auf dem besten Weg, sich auf einen aller kommerziellen Funktion und Marktmacht entkleideten Sachwert unter anderen zu reduzieren, dem, abgesehen von dem einen oder anderen produktionstechnischen oder konsumpraktischen Gebrauch, der sich von ihm machen lässt, nurmehr die archaisch ursprüngliche Bewandtnis, aus der ihn der kommerzielle Austausch alias Markt einst extrahiert und rekrutiert hat, seine soziale Bedeutung nämlich als ex actu ihrer verschwenderischen Verwendung aufgehobene Arbeit demonstrierender und damit Befreiung von Lebensnot, sprich, pleromatische Fülle symbolisierender herrschaftlicher Reichtum, eine als thesaurische Qualität figurierende, Anerkennung als Schatz, Schätzung als hohes Gut erheischende Art von Wert verleiht.

Solchem Avancement des papierenen Gelds zum alleinigen, die Verankerung im gemünzten Gold, die Substantiierung durch die edelmetallene Währung erübrigenden und als allgemeines Äquivalent rückhaltlose Geltung genießenden originären Wertzeichen macht indes das besitzbürgerliche Interesse der Eigentumssicherung, das Insistieren der bürgerlichen Klasse wenn schon nicht auf dem garantierten Erhalt, so

zumindest doch auf der Vermeidbarkeit des Verlusts ihres auf die Notenwährung lautenden, im Papiergeld bestehenden Possessivs halbwegs einen Strich durch die Rechnung. Angesichts des, generell genommen, ebenso manipulationsmächtigen wie, speziell gefasst, inflationsträchtigen Zugriffs und Einflusses, den die unter staatlicher Regie und Verwaltung hergestellte finanzpolitisch-unmittelbare Korrelation zwischen kursierender Geldwertmenge und produzierter Sachwertmenge dem Staat beziehungsweise der zwar institutionell von ihm unabhängigen und formell selbstbestimmten, reell aber mit ihm verbandelten und ihm funktionell zur Seite stehenden Zentralen Notenbank verschafft, beharrt die bürgerliche Klasse auf einer fortdauernden Rückbindung des Papiergeldes an und seiner beibehaltenen Rückversicherung durch jenen traditionell als thesaurische Wertsubstanz firmierenden und aber angesichts der währungssystematisch ebenso exklusiven wie finanzpolitisch direktiven Korrelation zwischen papierener Geldwertmenge und produzierter Sachwertmenge eigentlich um allen währungssystematischen Sinn gebrachten und finanzpolitisch obsolet gemachten edelmetallenen Fundus. Die bürgerliche Klasse, die um den Bestand ihres geldlichen Vermögens bangt und vor dessen Verschleuderung durch eine auf Basis des Papiergelds als originärer Währung mögliche manipulative Finanz- alias inflationsträchtige Geldmengenpolitik zittert, die sich eher dem reellen Kapitalprozess und dem an ihm hängenden sozialen Frieden als dem nominellen Eigentumsanspruch und dem auf ihm gründenden sozialen Status verpflichtet zeigt - diese bürgerliche Klasse besteht mit anderen Worten darauf, dass ungeachtet aller empirischen Orientierung am und Fundierung im vom Wertschöpfungssystem produzierten Sachwert der von der Notenbank emittierte papierene Geldwert systematisch relativiert und fixiert bleibt auf einen von der Notenbank thesaurierten und als sein dogmatisch-wahres fundamentum in re seine pragmatisch-wirkliche Fundierung im Sachwert im Notfall ihres Verfalls beziehungsweise Verlusts auszusetzen und abzulösen bestimmten Goldwert.

Angesichts der Masse und Vielfalt des Sachwerts, den kraft seiner topischen Totalisierung und dynamischen Intensivierung das industrielle Wertschöpfungssystem mittlerweile produziert, ist der Rückhalt, den der von der bürgerlichen Klasse dogmatisch aufrechterhaltene und als thesaurischer Fundus geltend gemachte Goldwert der papierenen Währung zu bieten, die Substanz, die er ihr zu sichern beansprucht,

faktisch gesehen, wie ja schon die auf ihn gemünzte Rede von einer bloßen Währungsreserve, einer wertsächlichen Notration, unmissverständlich zu verstehen gibt, eine Fiktion, die, weil sie im Notfall eines das papierene Geld heimsuchenden Wertverfalls hinten und vorne nicht ausreicht, letzteres in sie zu konvertieren, durch Umwandlung in ihre Wertgestalt alias Überführung in ihren Wertbestand zu bergen, auch nicht mehr sein kann als eine von der bürgerlichen Klasse, die um ihr geldliches Vermögen bangt und zittert, eingenommene Beruhigungspille, ein ihr unter ökonomischen Umständen, die allemal Anlass zu eigentumsbezüglich tiefer Sorge und klassenspezifisch akuter Existenzangst bieten, Trost und Zuversicht spendendes mildes Opiat.

So gewiss aber die bürgerliche Klasse in allen von ihr geprägten, wenn auch wegen der ökonomischen Patronage beziehungsweise Nothelferrolle, die zwecks Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft die Staatsmacht nolens volens und in zunehmendem Maße übernimmt, nicht eigentlich mehr beherrschten Staaten an dieser Fiktion einer fundierend-thesaurischen Substanz der kursierend-papierenen Währung, ihrer empirisch-pragmatisch offenkundigen Obsoletheit zum Trotz, systematisch-dogmatisch festhält oder, besser gesagt, illusorisch-fetischistisch auf sie schwört, so gewiss erringt nun die währungssystematische Fiktion eine eigene Art von finanzpolitischer Faktizität und behauptet mit anderen Worten der fetischisierte Goldwert eine weltmarktweit geldwertige Relevanz, beweist er eine ubiquitäre kommerzielle Wirksamkeit als zu den nationalen Zahlungsmitteln alternatives allgemeines Äquivalent. Von allen Staaten zwecks Bereitstellung beziehungsweise Auffüllung der ihnen von der bürgerlichen Klasse zur Auflage gemachten Währungsreserve nachgefragt und von den Staatsbürgern selbst kraft dieser seiner staatlichen Sanktionierung als währungssystematische Notration als Wertverkörperung par excellence, als patentierter Inbegriff von Währung begehrt, genießt das Gold eine internationale Schätzung alias weltweite Wertbeständigkeit, die es dem Schicksal der nationalen Währungen, dem Auf oder Ab der in den einzelnen Staaten kursierenden Zahlungsmittel, den Wechselfällen des von den staatlichen Notenbanken als Ausdruck und Spiegel der Sachwertmenge, die das jeweilige Wertschöpfungssystem produziert, emittierten papierenen Geldwerts, vergleichsweise enthebt und die es damit für die Rolle eines wenngleich nicht mehr währungssystematisch erforderten, in einem wirtschaftlich-objektiven Bedarf an

kommerzieller Wertbeständigkeit begründeten, sondern nurmehr eigentumsstrategisch erwünschten, vom bürgerlich-subjektiven Bedürfnis nach Vermögenssicherung getragenen universalen Austauschobjekts, quasi einer, nachdem der Akkumulationsbetrieb des kapitalistischen Systems sie abgedankt und ausgesondert hat, vom Besitzstandsdenken der bürgerlichen Klasse regressiv beschworenen und aufs finanzpolitische Tapet zurückgebrachten Münze des Weltmarkts prädisponiert.

Eben dieser von der obsessiven Sorge der bürgerlichen Klasse um ihr geldliches Guthaben, das auf die papierene Währung lautet, regressiv hochgehaltene und den Staaten ebenso sehr als für die Solidität und Solvenz ihres papierenen Geldes unverzichtbare Grund- oder wenigstens Rücklage abverlangte wie damit als quasi Münze des Weltmarkts angediente edelmetallene Fundus aber ist es nun, auf den als Zahlungsmittel das nationalsozialistische Regime zunehmend und so weit als möglich regrediert, um die Einfuhren der für das Funktionieren und den Betrieb des eigenen Wertschöpfungssystems notwendigen Güter und Dienstleistungen aus anderen Volkswirtschaften sicherzustellen und gleichzeitig der Gefahr zu begegnen, dass wegen der der militaristischen Präokkupation des deutschen Wertschöpfungssystems geschuldeten anhaltenden beziehungsweise fortschreitenden Schieflage der Handelsbilanz solche Einfuhren in dem geschilderten Wertverfall der Reichsmark im internationalen Handelsverkehr resultieren - in einem Wertverfall, der in dem Maße, wie er die Reichsmark einer progressiven finanzpolitischen Drainage unterwirft, nur durch währungspolitische Abschottung, Unterbindung des freien Geldaustauschs, daran gehindert werden kann, auf deren nationale Geltungssphäre, die deutsche Volkswirtschaft, als sie zerrüttender Inflationsdruck zurückzuschlagen.

Soweit die nationalsozialistische Diktatur sich darauf verlegt, die für das Funktionieren und den Betrieb des Wertschöpfungssystems des Deutschen Reichs nötigen Einfuhren, wenn schon nicht mit mangels eigener Ausfuhren zu wünschen übrig lassenden beziehungsweise durch Abwesenheit glänzenden Devisen zu bezahlen, dann doch, soweit als möglich, mit von der bürgerlichen Klasse und den ihr willfährigen Staaten als notrationelle Wertsubstanz alias internationale Währungsreserve, quasi als Münze des Weltmarkts, regressiv hochgehaltenem und fetischistisch besetztem Edelmetall im Allgemeinen und Gold im Besonderen zu begleichen, gelingt es ihr, die Reichsmark, wenn nicht überhaupt vor solchem

handelsbilanzorisch bedingten Wertverfall zu bewahren, so ihn zumindest doch zu bremsen und in Schranken zu halten und so die deutsche Volkswirtschaft die wie auch immer durch die Handelsbilanz objektiv Lügen gestrafte gute Figur eines relativ seriösen kommerziellen Austauschpartners machen, sprich, das Gesicht eines halbwegs ernstzunehmenden alias kreditwürdigen Akteurs im internationalen Handelsverkehr wahren zu lassen.

Genau in diesem ßoweit“ beziehungsweise ßoweit als möglich“ steckt freilich das Problem! Zuerst ihre molochhafte Inanspruchnahme für die Führung des Weltkriegs, von der die unter dem Motto ”Gold gab ich für Eisen“ gesellschaftsübergreifend betriebene staatliche Sammel- und Einzugsaktion beredtes Zeugnis ablegt, und dann der nicht minder massive Abtrag, den sie in der Konsequenz der dem Verlierer des Krieges aufgebürdeten Reparationszahlungen erleidet, hinterlassen die Währungsreserve des als Weimarer Republik neu konstituierten Deutschen Reichs, seine thesaurische Rücklage, in einem desolaten Zustand, in dem sie schwerlich geeignet ist, als alternatives Zahlungsmittel für die zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit und Betriebstüchtigkeit des deutschen Wertschöpfungssystems nötigen Importe in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stehen und so die Reichsmark aus der Schusslinie der ihr auf den ausländischen Märkten blühenden fortschreitenden Entwertung zu nehmen. Und an dem desolaten Zustand der deutschen Währungsreserve, den die Megainflation des Jahres 1923 spektakulär auf die Spitze treibt und die Einführung der Rentenmark schlaglichtartig beleuchtet, ändert auch nichts oder jedenfalls nichts Nennenswertes beziehungsweise Nachhaltiges die zwischenzeitliche Erholung des republikanischen Wertschöpfungssystems, die ja in der Weltwirtschaftskrise ihr jähes Ende findet und in Jahre der wirtschaftlichen Stagnation und kommerziellen Depression einmündet, in denen an eine Sanierung der Staatsfinanzen, ganz zu schweigen von der Wiederanlage beziehungsweise Wiederauffüllung eines als Währungsreserve überzeugenden staatlichen Thesaurus, gar nicht zu denken ist.

Dass die nationalsozialistische Diktatur sich überhaupt darauf verlegen kann, zur Finanzierung der notwendigen Importe den international vergleichsweise wertbeständigen Thesaurus statt der qua Reichsmark von Schwindsucht heimgesuchten nationalen Währung einzusetzen, ist im Wesentlichen den politischen und ideologischen, auf egalitaristische

Gleichschaltung und rassistische Ausschaltung zielenden Säuberungsaktionen geschuldet, die sie gleichermaßen zur Befestigung ihres führerstaatlichen Machtanspruchs und zur Befriedigung ihres volksgemeinschaftlichen Einheitswahns in Angriff nimmt und in deren Konsequenz sie sich mittels Plünderung, Brandschatzung oder schlichter Enteignung der von ihr "gesäuberten", sprich, inhaftierten, vertriebenen oder kurzerhand ermordeten liberalbürgerlichen Opposition in genere und als Antagonist allen völkischen Staatsbürgertums gebrandmarkten jüdischen beziehungsweise als jüdisch identifizierten Bevölkerungsgruppe in specie in den Besitz von Gütern und Wertgegenständen bringt, die sie dem vom Fleisch gefallenen und aufs Skelett abgemagerten Staatsschatz einverleiben und mit denen sie ihn hinlänglich auffüttern, ihm genug Volumen geben kann, um ihn für die in ihrer währungssystematischen Notlage ihm zugewiesene Rolle eines alternativen Zahlungsmittels tauglich zu machen.

So sehr aber die nationalsozialistische Diktatur bestrebt ist, durch die terroristisch-bürokratische Plünderung und Enteignung der Bevölkerungsgruppen, die sie als Feinde der verschworenen Volksgemeinschaft verfemt, von letzterer ausschließt und der Internierung, Vertreibung und Ermordung preisgibt, den Staatsschatz hinlänglich aufzustocken und zu bereichern, um mit ihm als gegen die handelsbilanzorische Schwindsucht der Reichsmark gefeitem Zahlungsmittel die für die deutsche Volkswirtschaft nötigen Importe begleichen zu können, und so sehr dies ihr Streben nach thesaurischem Wert sich tatsächlich als machtvoll verstärkendes Motiv für ihre gegen die Volksfeinde alias politischen oder rassischen Zersetzer der völkischen Gemeinschaft gerichtete Verfolgungswut und Mordlust erweist, so sehr es solcher Verfolgungswut und Mordlust eine bis zur Kollekte des Zahngolds der in den Konzentrationslagern vergasten jüdischen Häftlinge reichende irrwitzig-monströse Rationalität beziehungsweise vexierbildlich-perverse Instrumentalität vindiziert - die Verwendung des terroristisch-bürokratisch erpressten, geraubten oder enteigneten Thesaurus als alternatives Zahlungsmittel bleibt doch allemal ein, was die Entlastung der schwindsüchtigen Reichsmark beziehungsweise die Sicherung ihres außenwirtschaftlichen Werts angeht, unzulänglicher Notbehelf, ein angesichts der Größenordnung des Finanzbedarfs, den die deutschen Einfuhren herkömmlicherweise erfordern, offenkundiger Tropfen auf den heißen Stein, und legt eher Zeugnis ab

von der Desolatheit der währungspolitischen Situation der wegen der militaristischen Präokkupation ihres Wertschöpfungssystems aus dem Do ut des internationalen Handelsverkehrs ausgescherten deutschen Volkswirtschaft, als dass es geeignet wäre, einen gangbaren Ausweg aus der währungssystematisch verfahrenen Situation zu weisen, sprich, eine haltbare Abhilfe für die akute Schwindsucht zu schaffen, mit der die handelsbilanzorische Schieflage der deutschen Volkswirtschaft deren Währung, die Reichsmark, heimsucht.

Sein unzulänglicher Erfolg bei der Abschottung gegen das internationale Währungssystem zwingt den nationalsozialistischen Staat zu einer weitestmöglichen Abkoppelung vom Weltmarkt. Zum Bemühen um währungssystematische Autonomie tritt das Streben nach wirtschaftspraktischer Autarkie. Die daraus konsequierende Simplifizierung des Konsums und Monotonisierung der Lebensweise akzeptieren die unteren Schichten als Preis für die Rückgewinnung einer jahrelang prekären Subsistenz und sozialen Sicherheit. Bei der bürgerlichen Klasse kommt hinzu, dass ihr politischer Patron und ökonomischer Mäzen, das mit dem nationalsozialistischen Staat offen kollaborierende Kapital, ihr gar keine andere Wahl lässt.

Wenn demnach aber weder die restriktiven Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, die das Deutsche Reich dem Geldverkehr auferlegt, und die appropriative Devisenbewirtschaftung, der es ihn unterwirft, noch der regressive Rekurs auf das zur Währungsreserve fetischisierte Edelmetall als alternatives Zahlungsmittel dazu taugen, dem aus der handelsbilanzorischen Schieflage der deutschen Volkswirtschaft resultierenden Wertverfall der Reichsmark ernstlich einen Riegel vorzuschieben und so die bezahlbare Einfuhr der für die Funktionsfähigkeit und Betriebstüchtigkeit des deutschen Wertschöpfungssystems notwendigen Güter und Dienstleistungen langfristig oder auch nur mittelfristig zu gewährleisten, und wenn vielmehr die den Geldverkehr betreffenden staatlichen Beschränkungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen ebenso gewiss an dem finanziellen Schwarzmarkt, den sie provozieren, zuschanden werden wie das thesaurisch alternative Zahlungsmittel an seiner, allen terroristisch-bürokratischen Requisitionsbemühungen zum Trotz, mangelnden Masse und Verfügbarkeit scheitert - wenn mithin die materialen Beschaffungs- und prozeduralen Betriebsprobleme, die im internationalen Handelsverkehr, im kommerziellen Austausch mit den anderen

Volkswirtschaften, dem Wertschöpfungssystem des deutschen Reichs aus seiner militaristischen Präokkupation erwachsen, sich als auf der geldlichen Ebene unlösbar erweisen, was bleibt dann der nationalsozialistischen Diktatur anderes übrig, als eine mehr noch sächliche Problemlösung anzustreben? Welche andere Option bleibt ihr mit anderen Worten, als den internationalen Handelsverkehr der deutschen Volkswirtschaft prinzipiell in Frage, ihn als solchen auf den Prüfstand zu stellen und nämlich, statt die Einfuhren aus dem Ausland bloß auf das Notwendige zu beschränken, sie so weit als möglich zu reduzieren, vielmehr ihre Notwendigkeit selbst unter die Lupe zu nehmen, sie im Blick darauf, ob sie nicht überhaupt entfallen oder durch landeseigene Surrogatstoffe und Ersatztechniken entbehrlich gemacht werden können, einer Revision zu unterziehen.

In der Tat beschreibt dies die beiden Hauptmöglichkeiten, den Importbedarf der eigenen Volkswirtschaft, ihre Angewiesenheit auf Güter und Dienstleistungen anderer Volkswirtschaften, wenn nicht überhaupt zu eliminieren, so zumindest doch auf ein Minimum, eine überschaubare und verkraftbare Randbedingung für das Funktionieren und den Betrieb des landeseigenen Wertschöpfungssystems, zu reduzieren und so für eine sächliche-reelle Lösung der auf geldlich-finanzieller Ebene unlösbaren währungssystematischen Probleme zu sorgen, die der deutschen Volkswirtschaft ihre der militaristischen Präokkupation geschuldete handelsbilanzorische Schieflage einbrockt und die, wenn sie ungelöst bleiben, das nationalsozialistisch formierte Deutsche Reich ebenso umgehend wie zwangsläufig in den finanzpolitischen Ruin treiben, will heißen, um allen internationalen Kredit bringen und auf dem Weltmarkt der Zahlungsunfähigkeit überführen müssen. Mit dem Ziel jener sächlich-reellen Lösung der Probleme kann der nationalsozialistische Staat das nationale Wertschöpfungssystem entweder dazu zwingen, auf Stoffe und Techniken, die es aus anderen Volkswirtschaften beziehen muss, zu verzichten und seine materialen Produktionsbedingungen und prozeduralen Produktionsverfahren so abzuwandeln und umzumodeln, dass sich mit ihnen auch ohne jene zu importierenden Elemente und Komponenten der hinlänglich gleiche Effekt beziehungsweise das annähernd gleiche Ergebnis erzielen lässt, oder er kann es dazu antreiben, diesen gleichen Effekt beziehungsweise dies vergleichbare Ergebnis mittels materialer Surrogate und prozeduraler Ersatztechniken ins Werk zu setzen, die

hauseigene Entwicklungen und mithin auf den Märkten des nationalen Wirtschaftsraums zu beschaffen sind.

So oder so besteht demnach die sächlich-reelle Lösung des aus ihrer handelsbilanzorischen Schieflage resultierenden währungssystematischen Dilemmas der deutschen Volkswirtschaft, jenes fortschreitenden Wertverfalls ihrer auf die Reichsmark lautenden Währung, der das nationalsozialistisch formierte Deutsche Reich binnen kurzem um allen Kredit auf dem Weltmarkt zu bringen und der internationalen Zahlungsunfähigkeit zu überführen droht, in einer auf der ganzen Linie betriebenen Autarkisierung des deutschen Wertschöpfungssystems, seinem wenn nicht kompletten, so doch weitestgehenden Verzicht auf durch kommerziellen Austausch zu beziehende Lieferungen beziehungsweise Leistungen aus den anderen Volkswirtschaften und der Erübrigung beziehungsweise Ersetzung dieser zu importierenden Lieferungen und Leistungen durch im eigenen Land verfügbare materiale Surrogate beziehungsweise von der eigenen Volkswirtschaft bereitgestellte prozedurale Alternativen.

In dem Maße, wie die geldlich-finanziellen Abschottungsmaßnahmen des Staats sich als unzulänglich, um nicht zu sagen, untauglich erweisen, dem außenhandelsinduzierten Wertverfall der deutschen Währung und der dadurch heraufbeschworenen Gefahr eines internationalen Offenbarungseids der nationalen Wirtschaft einen Riegel vorzuschieben, hat die nationalsozialistische Diktatur eigentlich gar keine andere Wahl, als zu einer sächlich-reellen Lösung des außenhandelsinduzierten Währungsproblems fortzuschreiten und nämlich den in der Konsequenz jener geldlich-finanziellen Abschottungsmaßnahmen bereits aufs Notwendige beschränkten kommerziellen Austausch mit den anderen Volkswirtschaften vollends zu minimieren, ihn, wenn nicht überhaupt zu unterbinden und abzustellen, so zumindest doch weitestgehend zu erübrigen und auf ein für die Bewertung der Währung mangels Masse ungefährliches Residuum zu reduzieren. Statt es bei der geldlich-finanziellen Abschottung der eigenen Volkswirtschaft im kommerziellen Austausch mit den anderen Volkswirtschaften belassen zu können, muss sie die dem kommerziellen Austausch selbst und als solchem den Garaus machende sächlich-reelle Abkoppelung der eigenen von den anderen Volkswirtschaften betreiben, statt sich mit landeswährungssystematischer Autonomie bescheiden zu können, muss sie sich zu volkswirtschaftspraktischer Autarkie versteigen. Um in situationsadaptierter Form das

Bild vom badenden Kind zu bemühen, muss die nationalsozialistische Diktatur, um zu verhindern, dass das volkswirtschaftliche Kind im währungssystematischen Entwertungssog des als Badewasser firmierenden Außenhandels durch den Abfluss gespült wird, die Wanne mit Aplomb leeren, das Badewasser kurzerhand ausschütten, und in Kauf nehmen, dass das Kind, seines aquatisch-gewohnten Elements beraubt, hiernach auf dem Trockenen sitzt und bibbert.

Fürwahr, kein geringer Preis, den die bürgerliche Gesellschaft, das volkswirtschaftliche Ensemble, des Deutschen Reichs für die militaristische Marotte seines diktatorischen Regimes, das wehrmächtige Steckenpferd des führerschaftlichen Staats, zahlen muss! Nicht genug damit, dass durch die währungssystematische Autonomisierung der deutschen Volkswirtschaft, ihre geldlich-finanzielle Abschottung gegen die anderen Volkswirtschaften, ihre Bürgerschaft und Population sich vom Verkehr mit dem Ausland mehr oder minder abgeschnitten und daran gehindert findet, mit den Märkten und Milieus der anderen Volkswirtschaften konsumptorischen oder touristischen Kontakt zu pflegen, an ihren Leistungen und Produkten, Errungenschaften und Kontributionen teilzuhaben, und sich stattdessen an die landeseigenen Märkte als ausschließliche Bezugsquelle verwiesen und auf das heimische Milieu als monadischen Bezugsrahmen beschränkt erfährt. Durch die wirtschaftspraktische Autarkisierung, die sächlich-reelle Abkoppelung von den anderen Volkswirtschaften, zu der sich die deutsche Volkswirtschaft angesichts des Ungenügens beziehungsweise der Unwirksamkeit jener geldlich-finanziellen Abschottung konsequenzzieherisch verstehen muss, gewinnen für die deutsche Bevölkerung die landeseigenen Märkte, an die als ausschließliche Bezugsquelle sie sich verwiesen, und das heimische Milieu, auf das als monadischen Bezugsrahmen sie sich beschränkt findet, zwangsläufig die Bedeutung eines diätetisch reformierten Austauschsystems und essenzialistisch reduzierten Lebensraums.

So gewiss die Einführung materialer Surrogate und die Erfindung prozeduraler Ersatztechniken der Not der währungssystematisch begründeten Autarkisierung, sprich, dem versperrten Zugang der deutschen Bevölkerung zur materialen Totalität des Weltmarkts und dem blockierten Zugriff auf dessen kulturelle Diversität geschuldet sind, so gewiss resultieren sie für die deutsche Bevölkerung in einer ebenso nachdrücklichen Simplifizierung der Lebensmittel wie gründlichen Monotonisierung

der Lebensweise. Durch das staatliche Bemühen um Autarkie, um wirtschaftliche Unabhängigkeit, zum Verzicht auf die verlockende Fülle und luxurierende Vielfalt des Weltmarkts genötigt, sieht sich die deutsche Bevölkerung auf - ihr wie sehr auch als gesund und bekömmlich verkauftes - frugales Wasser und Brot gesetzt und zu einem - ihr wie immer auch als echt und natürlich suggerierten - monotonen Leben und Weben verurteilt, mithin einer Situation und Befindlichkeit überführt, die das finanzielle Separée zu einem reellen Verlies, die geldliche Quarantäne zur sächlichen Isolationshaft, die währungssystematisch-monadische Selbstgenügsamkeit zur wirtschaftspraktisch-idiotischen Eigenbrötelei totalisiert und komplettiert.

Wie gesagt, ein kostspieliges narzisstisches Hobby, ein teures militärisches Steckenpferd, das sich der nationalsozialistische Staat auf dem Rücken seiner bürgerlichen Gesellschaft und um den Preis ihrer Degradierung zum materialen Ersatzteillager beziehungsweise ihrer Deklassierung zur personalen Bezugsquelle für die Umsetzung dieses seines Hobbys, die Ausrüstung dieses seines Steckenpferdes leistet! Und zwar dermaßen kostspielig und teuer, dass sich die Frage aufdrängt, was die bürgerliche Gesellschaft dazu bringt, sich dieser ihrer Degradierung mehr oder minder widerstandslos zu fügen, sich mit dieser ihrer Deklassierung im Großen und Ganzen willfährig abzufinden. Oder genauer gesagt, lautet die Frage nicht sowohl, warum die bürgerliche Gesellschaft sich solch kostspieliger staatlicher Zumutung fügt, sich mit solchem sie teuer zu stehen kommenden nationalsozialistischen Humbug abfindet!

So gefasst, ließe die Frage sich mit dem Hinweis auf die Leib und Leben bedrohende Gewalt und den Freiheit und Existenz negierenden Terror, die das Regime schon vor der Machtergreifung mittels aus dem asozialen Milieu rekrutierter paramilitärisch-anarchistischer Schlägerbanden und Stoßtrupps und dann nach der Machtergreifung durch einen aus den Reihen der normalen Staatsdienerschaft formierten bürokratisch-polizeilichen Repressions- und Eliminationsapparat übt und entfaltet, noch einigermaßen plausibel beantworten.

Was vielmehr nach einer Erklärung verlangt, ist die Tatsache, dass beim Gros der vom nationalsozialistischen Regime in Dienst genommenen und als bürgerliche Gesellschaft zwecks Unterwerfung unter dessen militaristische Staatsraison ebenso sehr degradierten wie deklassierten deutschen Bevölkerung die Widerstandslosigkeit und Fügsamkeit jeder

Widersetzlichkeit, allen Widerstrebens ermangelt und vielmehr, positiv gefasst, ihrer Willfährigkeit und Abfindungsbereitschaft ein gerüttelt Maß an Freiwilligkeit und Konsens eignet.

Abgesehen von vergleichsweise kleinen Gruppen mit sozialistisch, liberalistisch oder konfessionalistisch gefestigten Überzeugungen und natürlich von Angehörigen der als politische Opposition identifizierten, zum jüdischen Volksfeind deklarierten oder als moralische oder hygienische Belastung des Volkskörpers segregierten Gruppen, an denen das nationalsozialistische Regime das Exempel seines Strebens nach volksgemeinschaftlicher Einheit, Gleichartigkeit und Reinheit zu statuieren unternimmt - abgesehen von diesen sei's am Regime Anstoß nehmenden und ihm Widerstand leistenden, sei's vom Regime gebrandmarkten und der Verfolgung ausgesetzten Gruppen zeigt sich, wie die Quellen aus der Zeit im Übermaß belegen, die deutsche Bevölkerung zum weit überwiegenden Teil nicht etwa nur mit der politischen Beschneidung der bürgerlichen Freiheiten, der organisatorischen Uniformierung der Gesellschaft und der klassenübergreifenden paramilitärischen Disziplinierung, also mit den Veränderungen und Verfremdungen der sozialen Lebensführung, die ihr die militaristische Präokkupation des Regimes zumuten, im Wesentlichen einverstanden, wo nicht gar in vorbehaltlosem Einklang, sondern sie unterwirft sich auch und mehr noch bereitwillig, wo nicht gar engagiert, den mit währungssystematischer Isolation und wirtschaftspraktischer Selbstgenügsamkeit einhergehenden konsumtiven Einschränkungen und eigenbrötlerischen Verzichtsleistungen, also den Restriktionen und Reduktionen des materialen Lebensunterhalts, die Konsequenz der geldlich-finanziellen Abschottung gegen das internationale Währungssystem und der sächlich-reellen Abkoppelung vom internationalen Handelsverkehr sind, zu denen sich das Regime durch seine militaristische Präokkupation genötigt findet.

Insofern als die politischen Beschneidungen, organisatorischen Uniformierungen und paramilitärischen Disziplinierungen, die die nationalsozialistische Machtergreifung nach sich zieht, nicht weniger integrierender Bestandteil als konstitutives Element der zum veritablen sozialen Subjektwechsel geratenden militaristischen Inanspruchnahme beziehungsweise Präokkupation des nationalen Wertschöpfungssystems, mit anderen Worten, der idiosynkratischen Form von staatlichem Ersatzkonsum alias New Deal sind, mittels deren das Regime letzterem Beine zu machen

und auf die Sprünge zu helfen sucht, mögen solche Beschneidungen, Uniformierungen und Disziplinierungen der von der wirtschaftlichen Dauerkrise frustrierten und demoralisierten und als bürgerliche Gesellschaft regelrecht paralysierten deutschen Bevölkerung als das kleinere Übel beziehungsweise die zu schluckende Kröte erscheinen, wo nicht gar als zwar bittere, aber doch heilsame Medizin einleuchten. Dafür, dass die staatliche Macht dem *automaton* der bürgerlichen Gesellschaft, dem Wertschöpfungssystem, mittels ihres Ersatzkonsums Beine macht und auf die Sprünge hilft, zahlt ohne großes Widerstreben, wo nicht gar bereitwillig die bürgerliche Gesellschaft den Preis, dass sie im Zuge solch staatlicher Wiederankurbelung des wertschöpferischen Automaten ihrerseits disziplinarisch auf Vordermann gebracht, uniform zur Ordnung gerufen und paramilitärisch in Bereitschaft versetzt wird.

Dass freilich die politische Beschneidung auf ökonomische Bescheidung, die organisatorische Uniformierung auf konsumtive Primitivierung, die paramilitärische Disziplinierung auf diätetische Rationierung hinausläuft, dass also die im Zuge der nationalsozialistischen Version des New Deal dem Wertschöpfungssystem abverlangte Hintanstellung der Bedürfnisse des zivilen Markts und vorzugsweisen Beschäftigung mit der Hege und Pflege des militärischen Steckenpferds des Staats, seiner leibgeberischen Wehrmacht, für die restringierte, uniformierte und disziplinierte bürgerliche Gesellschaft darin resultiert, dass sie den Gürtel ihrer subsistenziellen Gewohnheiten und konsumtiven Ansprüche enger zu schnallen, diätetische beziehungsweise varietätische Enthaltsamkeit zu üben und sich mit deutscher Hausmannskost oder, schlimmer noch, mit deren künstlichen Surrogaten zufrieden zu geben hat, damit hat das Gros der eben diese bürgerliche Gesellschaft verkörpernden beziehungsweise personifizierenden deutschen Bevölkerung nicht unbedingt gerechnet, und das muss ihr nicht ohne Weiteres als tolerierbar oder gar akzeptabel vorkommen.

Schließlich birgt für sie als bürgerliche Gesellschaft die durch staatlichen Ersatzkonsum alias New Deal erreichte Wiederankurbelung des Wertschöpfungssystems ebenso wesentlich wie vordringlich die Hoffnung auf ein Ende der als chronischer Effekt des ökonomischen Zusammenbruchs anhaltenden materialen Entbehrungen und sozialen Nöte und auf die Wiederherstellung einer zureichenden subsistenziellen Versorgung beziehungsweise eines wohlständigen zivilen Konsums, und

wenn die nationalsozialistische Spielart des New Deal wegen der militaristischen Präokkupation des Wertschöpfungssystems die subsistenzielle Versorgung und den zivilen Konsum nur um den Preis einer Beschränkung des Zureichenden aufs annähernd Auskömmliche und einer Reduktion des Wohlständigen aufs halbwegs Anständige gestattet, dann kommt das einer Enttäuschung der gehegten Hoffnung auf subsistenzielle Versorgung gefährlich nahe und einer Frustration des Anspruchs auf zivilen Konsum verdächtig gleich. Warum also ist die vom subsistenzsichernden beziehungsweise konsumgemäßen Ergebnis des New Deal nationalsozialistischer Fasson schwerlich beeindruckte und ganz sicher nicht hingerissene deutsche Bevölkerung dennoch bereit, sich in ihrer erdrückenden Majorität mit diesem Ergebnis nicht etwa bloß widerwillig abzufinden, sondern es vielmehr widerspruchslos zu akzeptieren, wo nicht gar erklärtermaßen gutzuheißen?

Was die Bereitschaft des Gros der lohnarbeitend-proletarischen und gewerbetreibend-kleinbürgerlichen Schichten der deutschen Bevölkerung angeht, das hinsichtlich popularer Subsistenz beziehungsweise zivilen Konsums militarismusbedingt höchst bescheidene oder bestenfalls mäßige Ergebnis des ökonomischen Involvements des Staats widerspruchslos zu akzeptieren oder gar ausdrücklich gutzuheißen, so mag diese Bereitwilligkeit unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Misere und gesellschaftlichen Destitution, in der und aus der heraus das nationalsozialistische Regime dieses Ergebnis erzielt, noch einige Plausibilität beanspruchen können. Immerhin genügt der wirtschaftsbelebende, das Wertschöpfungssystem wieder ankurbelnde und auf Touren bringende Effekt des staatlichen Ersatzkonsums, den das Regime zwecks Zurüstung und Ausstattung eines als Leibgeberin und eingeborene Kreatur des Staats zur bürgerlichen Gesellschaft alternativen wehrmächtigen Subjekts betreibt, um jenes lohnarbeitende und gewerbetreibende Gros der Bevölkerung wieder in Arbeit und Brot zu setzen, es der Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit, die es zum Stempeln, zur Angewiesenheit auf zwischen Lebensrettung und Sterbehilfe changierende staatliche Notunterstützung, verdammt hat und in der es jahrelang dahingedümpelt ist, zu entreißen und ihm eine durch eigenes Tun und Vollbringen zu schaffende materiale Subsistenz jenseits bitterer Armut und soziale Existenz jenseits heulenden Elends zu ermöglichen. Ein durch eigener Hände Arbeit und das Wirken des eigenen Hirns zu sicherndes Auskommen ist, auch wenn

es sich in an Wasser und Brot gemahnender Schlichtheit, in Hausmannskost und heimischem Bier, erschöpft, allemal besser als ein zu Nichtstun und Vegetieren verurteiltes Dasein, das sein Überleben der staatlichen Fürsorge und den Almosen karitativer Organisationen verdankt.

Der breiten Bevölkerung versüßt und annehmlich gemacht wird dies in materialer Hinsicht ebenso solitär-schlichte wie rudimentär-primitive Auskommen, zu dem die nationalsozialistische Version des New Deal ihr verhilft, noch durch die besagten, sie organisatorisch auf Vordermann zu bringen, uniformistisch zur Ordnung zu rufen und paramilitärisch in Bereitschaft zu versetzen bestimmten Vereinnahmungsprogramme, Gleichschaltungsübungen und Rekrutierungsprojekte, die das Regime ihr als quasikommunalistischen Prospekt erschließt, um nicht zu sagen, als pseudosozialistische Perspektive eröffnet und die sich ihr mit der Suggestion einer integrativ-realen Neuverankerung andienen beziehungsweise mit der Attraktion einer korporativ-sozialen Wiedereingliederung aufdrängen.

Die Bereitschaft der als bürgerliche Klasse über Eigentum, Status und Bildung verfügenden Bevölkerungsgruppen, sich mit der ihnen vom nationalsozialistischen Regime zugemuteten konsumtiven Frugalität, materiellen Monotonie und kulturellen Simplizität, die Folge der finanziellen Autonomisierung und kommerziellen Autarkisierung der deutschen Volkswirtschaft sind, nicht bloß gezwungenermaßen abzufinden, sondern mehr noch in ein zwangloses Benehmen zu setzen, könnte freilich weniger leicht erklärlich scheinen. Schließlich finden sich durch jene geldlich finanzielle Abschottung und sächlich-reelle Abkoppelung des Deutschen Reichs vom internationalen Währungssystem und Welthandelsverkehr, die der Preis für die militaristische Präokkupation des Regimes sind, die bürgerlichen Bevölkerungsgruppen um beträchtliche Bestandteile ihrer sie als bürgerlich auszeichnenden traditionellen Lebensart, um gewohnte empirische Weltläufigkeit, gepflegte kulturelle Offenheit, praktizierte touristische Mobilität, genossene gastronomische Varietät, betriebenen exotischen Luxus oder bewiesene modische Extravaganz gebracht, geht ihnen mit anderen Worten Lebensqualität verloren, über die sie im Unterschied zu den proletarischen und kleinbürgerlichen Bevölkerungsgruppen vor dem ökonomischen Kollaps in mehr oder minder hohem Maß verfügten und die ihnen nun aber der New Deal des nationalsozialistischen Regimes, weit entfernt davon, sie ihnen wieder zugänglich zu

machen oder gar zurückzuerstatten, ein für alle Mal verschlägt und als unwiederbringlich passé vor Augen stellt.

Muss der im Zuge der militaristischen Neuorientierung der deutschen Volkswirtschaft besiegelte unwiderrufliche Verlust jener vormaligen lebensartlichen Annehmlichkeiten und klassenspezifischen Auszeichnungen beziehungsweise der ihr abgeforderte Verzicht darauf die bürgerliche Klasse nicht mit Unwillen und Ressentiment erfüllen? Und müssen nicht die organisatorischen Uniformierungen und paramilitärischen Disziplinierungen, mit denen das Regime sie auf Vordermann zu bringen und in Bereitschaft zu setzen sucht, die bürgerliche Klasse vollends vor den Kopf stoßen, weil eben der quasikommunalistische beziehungsweise pseudosozialistische Anstrich, der für die proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten den wie sehr auch täuschenden Schein egalisierender Anerkennung erweckt und das wie sehr auch falsche Versprechen integrativer Zugehörigkeit birgt, ihr, der von Haus aus ebenso lebensartlich privilegierten wie lebensumständlich gut situierten bürgerlichen Klasse nichts weiter zu signalisieren vermag als reale Deprivation und soziale Nivellierung, wirtschaftliche Einförmigkeit und gesellschaftliche Gleichmacherei.

Plausibel machen lässt sich die Willfährigkeit der bürgerlichen Klasse oder vielmehr die Bereitwilligkeit, mit der sie gleichermaßen die materialen Beschränkungen und die sozialen Verrenkungen, die das nationalsozialistische Regime ihr mit seinem militaristisch fundierten New Deal zumutet, annimmt und mitträgt, am Ende nur, wenn man die Tatsache in Rechnung stellt, dass das wirtschaftliche Realfundament der bürgerlichen Klasse das industrielle Wertschöpfungssystem ist, dass, mit anderen Worten, die bürgerliche Klasse als soziales Subjekt ihre kapitale Substanz in der als Schöpfung von Mehrwert funktionierenden Ausbeutung alias Verwertung menschlicher Arbeitskraft hat, und dass im Unterschied zu ihr, der als soziales Subjekt figurierenden bürgerlichen Klasse, dies als ihre kapitale Substanz firmierende industrielle Wertschöpfungssystem mit dem nationalsozialistischen Regime und dem von ihm lancierten speziellen New Deal, dem von ihm forcierten militaristischen Wirtschaftsbelebungsprogramm, in bestem Einvernehmen steht und vorbehaltlos gemeinsame Sache macht.

Direkt, durch aktive Kooperation im Wertschöpfungsprozess beziehungsweise passive Investition in ihn, oder indirekt, mittels der Gehälter, Zuwendungen und Pensionen, die sie aus dem Etat bezieht, den

der Staat auf fiskalischem oder taxalischem Weg aus dem Wertschöpfungsprozess extrahiert beziehungsweise von ihm abschöpft - direkt oder indirekt also ist die bürgerliche Klasse in ihrem Wohlstand und Lebensstandard angewiesen auf den Mehrwert, den ihre kapitale Substanz, das Wertschöpfungssystem, schöpft und sei's via directa ihrer operativ-prozessualen Mitwirkung, sei's modo obliquo dotativ-gouvernementaler Zuwendungen für sie abwirft, und wenn mit stillschweigender oder gar erklärter Billigung ihrer wirtschaftlichen Substanz das staatliche Regime ihr als bürgerlichem Subjekt Abstriche bei ihrem Wohlstand beziehungsweise Einschränkungen in ihrem Lebensstandard abverlangt, die der zwischen beiden Mächten, zwischen staatlichem Regime und wirtschaftlicher Substanz, gouvernementalem Herrschaftsapparat und kapitalem Wertschöpfungssystem, abgeschlossene militaristisch fundierte New Deal zwingend erforderlich macht, dann bleibt ihr, der bürgerlichen Klasse, gar nichts anderes übrig, als sich den ihr abgeforderten lebensumständlichen Restriktionen und lebensartlichen Reduktionen zu fügen und nach Möglichkeit gute Miene zu ihnen zu machen, will sie nicht riskieren, dass in der Konsequenz seines mit dem Staatsapparat geschlossenen militaristischen New Deal das Wertschöpfungssystem sie mit Liebesentzug traktiert und sich von ihr, von seinem sozialen Subjekt, seinem gesellschaftlichen Protegé und Günstling, kurzerhand lossagt und abwendet, um sie der terroristischen Verfolgung und den drakonischen Strafmaßnahmen seines neuen politischen Sozius und Intimus, eben des als diktatorisches Regime etablierten militaristischen Staatsapparats, zu überantworten.

Exkurs II

Die Emanzipation des Wertschöpfungssystems von der bürgerlichen Klasse, seine Konversion vom privateigentümlich initiierten zivilen Unternehmen zum volkswirtschaftlich fundierten autonomen Betrieb

Das Geheimrezept und Alleinstellungsmerkmal kapitalistischen, dem kommerziellen Austausch entsprungenen Wirtschaftens ist die Trennung der Arbeitenden von ihren Arbeitsmitteln. Sie erlaubt den Handeltreibenden, die Arbeitskraft der Arbeitenden zu kaufen und zu nutzen, ohne letztere politisch zu unterjochen und sozial zu entrechten. Die der empirischen Existenz der Arbeitenden entzogene Arbeitskraft findet sich dem obsessiven Verlangen und monotonen Streben nach Akkumulation unterworfen, das dem Geldwert, der sie repräsentiert, im Zuge des kommerziellen Austauschs, den er seit alters vermittelt, zur zweiten Natur geworden ist.

Dabei soll, um Missverständnissen vorzubeugen und dem Verdacht einer unzulässigen Hypostasierung des Wertschöpfungssystems, seiner Mystifizierung zu einer Art von Golem, einem urheberschaftlichen Apparat, quasi einem freischaffenden Automaten entgegenzutreten, keineswegs in Abrede gestellt werden, dass auch dies System wie alle anderen von Menschenhand geschaffenen beziehungsweise von Menschengeist erfundenen Gebilde, um zu funktionieren und operative Wirksamkeit zu entfalten, auf die Initiative menschlicher Akteure, das Tun handelnder Subjekte angewiesen ist. Wenn die im Wertschöpfungssystem bestehende kapitale Substanz der bürgerlichen Gesellschaft hier als unabhängig

von ihrem sozialen Subjekt, der bürgerlichen Klasse, projektierender und unkontrolliert von ihr operierender, mithin an einen Golem gemahnender Akteur vorgestellt wird, dann soll damit keineswegs bestritten werden, dass, um ihre Projekte in die Tat umzusetzen, ihre Operationen Wirklichkeit gewinnen zu lassen, diese kapitale Substanz auf Elemente alias Exemplare aus den Reihen ihres sozialen Subjekts angewiesen ist, die ihr als personale Projektmanager zur bildlich gesprochenen Hand gehen müssen und ohne deren subjektive Tatkraft ihre Operationen undurchführbar bleiben. Es soll, konkreter gefasst, durchaus nicht bestritten werden, dass das Funktionieren und Operieren des Wertschöpfungssystems mit Personengruppen aus der bürgerlichen Klasse, Individuen aus dem Kreis des der kapitalen Substanz sei's possessorisch zugehörigen, sei's mandatorisch nahestehenden sozialen Subjekts steht und fällt, die als Unternehmer und Inhaber, als Betriebsleiter und Geschäftsführer die wertschöpferischen Projekte und Operationen initiieren und organisieren, in Gang setzen und in Gang halten.

Tatsächlich ist nicht einmal zu bestreiten, dass, historisch gesehen, in den Anfängen der kapitalen Substanz, in der Entstehungszeit des Wertschöpfungssystems, diese aus den Reihen der bürgerlichen Klasse hervorgehenden beziehungsweise rekrutierten menschlichen Akteure und handelnden Subjekte noch mehr sind als bloße, für das Funktionieren der bestehenden kapitalen Substanz, die Operationen des gegebenen Wertschöpfungssystems im Sinne einer zureichenden sozialen Bedingung nötige Betriebsleiter und Geschäftsführer alias personale Funktionäre und faktorelle Agenten, und dass sie da vielmehr noch mit Fug und Recht beanspruchen können, Initiatoren und Unternehmer, Autoren und Akteure im Verstand einer wirkenden Ursache zu sein, also nicht nur beim Funktionieren und Operieren der bestehenden kapitalen Substanz, des gegebenen Wertschöpfungssystems, eine unverzichtbare Rolle zu spielen, sondern mehr noch dafür, dass die kapitale Substanz überhaupt zustande kommt, das Wertschöpfungssystem als solches Existenz gewinnt, von entscheidender Bedeutung zu sein. Dies eingeräumt, gilt es dann freilich auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass jene existenzielle, für das Entstehen des industriellen Wertschöpfungssystems entscheidende Bedeutung, die dessen menschlichen Akteuren alias personalen Operateuren in den Anfängen seiner Entwicklung noch zukommt, sich im Verlauf der Entwicklung verliert beziehungsweise aufhebt und einer revidierten Bestimmung

weicht, die aus den handelnden Subjekten ausführende Organe, aus den individuellen Urhebern professionelle Amtswalter, aus den initiativen Akteuren exekutive Faktoren werden lässt.

Seinen Grund hat dieser Bedeutungswandel beziehungsweise Funktionswechsel, dem die menschlichen Initiatoren des Wertschöpfungssystems, seine es ans Licht der Welt bringenden beziehungsweise aus der Taufe hebenden bürgerlichen Urheber, in der objektiven Konsequenz ihrer mäeutischen beziehungsweise baptistischen Tätigkeit ihrerseits unterliegen, in einer das Wertschöpfungssystem charakterisierenden Besonderheit, die nicht nur als sein Alleinstellungsmerkmal, seine unter allen Produktions- und Distributionssystemen, mittels deren die Menschen im Laufe ihrer Geschichte ihre materiale Versorgung und ihren sozialen Bestand sichern, unverwechselbare Identität gelten kann, sondern die auch und mehr noch den Schlüssel zum Erfolg seiner es über alle anderen Systeme triumphieren lassenden industriellen Entwicklungsenergie und kommerziellen Entfaltungsdynamik birgt. Jene Besonderheit ist die spezifische Art und Weise, wie die bürgerlichen Urheber des Wertschöpfungssystems die für dessen industriellen Betrieb und kommerziellen Vertrieb erforderlichen Teile der Bevölkerung alias gesellschaftlichen Gruppen rekrutieren und kontrahieren, ist mit anderen Worten der Umstand, dass sie diese für den industriellen Betrieb und das kommerzielle Geschäft erforderlichen Gruppen lohnarbeiterschaftlich in Anspruch und handlungsgehilflich in Dienst nehmen.

Ebenso sehr fortlaufende Bedingung wie grundlegende Voraussetzung für solche lohnarbeiterschaftliche Inanspruch- und handlungsgehilfliche Indienstnahme ist die im Blick auf das initiale Ereignis, als das sie dank kommunaler Freiheit, royalem Machtstreben, realem Ingenium und kolonialer Expansion zu Beginn der Neuzeit in Erscheinung tritt, als ürsprünglich“ apostrophierte rasante Akkumulation von auf dem Markt, durch kommerziellen Austausch von Gütern und Dienstleistungen, also sächlichem Produkt, in Form von allgemeinem Äquivalent, also geldlichem Wert, erzieltem Gewinn. Mangels Gelegenheit und Aussicht, diesen geldlichen Gewinn in seinem exorbitanten Volumen wertmäßig korrespondierende neue, wiederum geldlich gewinnbringende sächliche Produkte, abermals monetär profitable Güter und Dienstleistungen zu überführen, entscheiden sich die Initiatoren des industriellen Wertschöpfungssystems alias Urheber der kapitalistischen Produktionsweise dafür, ihn, statt in solche, außerhalb des Marktes und im Vorhinein

des Marktgeschehens von selbständigen Handwerkern und freiberuflichen Gewerbetreibenden gefertigte Produkte und erbrachte Leistungen, vielmehr direkt in die zur Fertigung der Produkte und Erbringung der Leistungen nötigen sächlichen Arbeitsmittel und technischen Produktionsbedingungen zu investieren, um in eigener Verantwortung und Regie zu gewährleisten, dass genug Güter und Dienstleistungen, hinlänglich industrielle Sachwerte produziert und zu Markte getragen werden, um dem vom traditionellen, handwerklich-gewerblichen Produktionssystem unzulänglich belieferten, inadäquat versorgten Geldwert, den sie akkumuliert haben, seine kommerzielle Verwertung, sprich, seine weitere geldwertige Akkumulation zu sichern.

Die als ihr Eigentum mit Beschlag belegten und in eigener Verantwortung und Regie genutzten Arbeitsmittel und Produktionsbedingungen verwenden und bedienen lassen die eben dadurch aus kommerziellen Geschäftsleuten zu industriellen Unternehmern mutierenden, will heißen, zu Urhebern des Wertschöpfungssystems avancierenden Geldwertverwerter alias Kapitalakkumulierer von Handwerkern und Gewerbetreibenden, die diese im traditionellen Sinn verstandenen Namen eigentlich gar nicht länger verdienen, weil sie nichts weiter mehr ihr eigen nennen und für ihr Handwerk und Gewerbe mitbringen als ihre abstrakte, von allen sächlichen Arbeitsmitteln und technischen Produktionsbedingungen losgelöste und auf letztere, die jetzt Eigentum und Verfügungsmasse des eben deshalb als ihr Arbeitgeber firmierenden Unternehmers sind, mehr oder minder abgestellte, mehr oder minder für sie qualifizierte Arbeitskraft.

Dass die der Trennung der Arbeitskraft von den ihr habituell zugehörigen Arbeitsmitteln und der unter Regie des Unternehmers artefiziellen Wiedervereinigung beider geschuldete Verwandlung der einstigen Handwerker und Gewerbetreibenden in lohn- beziehungsweise entgeltsempfangende Arbeiter und Angestellte deren reale Stellung und soziale Lage von Grund auf verändern muss, liegt auf der Hand. Aller sächlichen Mittel und objektiven Bedingungen, sich durch ihrer Hände Arbeit und ihres Kopfes Ingenium eigenständig zu erhalten, bar und für ihre Erhaltung darauf angewiesen, dass ihnen ihr kommerzieller Geschäftspartner, der Marktbetreiber, um ihnen die Früchte ihrer Arbeit, ihr Produkt, abnehmen und vergüten zu können, erst einmal eben jene in seinem Besitz befindlichen sächlichen Mittel und objektiven Bedingungen zuwenden

und zur Verfügung stellen muss, finden sich die Betreffenden in eine aller herkömmlichen kommerziellen Austausch- alias kontraktiven Geschäftsbeziehung spottende subsistenzielle Abhängigkeit von diesem ihrem zum Arbeitgeber alias Dienstherrn avancierten Austausch- und Geschäftspartner gebracht beziehungsweise in eine existenzielle Hörigkeit ihm gegenüber versetzt, sehen sie sich ihm, dem persönlichen Eigner der Arbeitsmittel und privaten Verfüger über die Produktionsbedingungen, quasi mit Haut und Haar ausgeliefert oder, besser gesagt, mit Leib und Seele verfallen.

Tatsächlich macht, oberflächlich betrachtet, diese durch die konkret-strukturelle Trennung der handwerklichen und gewerblichen Produzenten von ihren betrieblichen Arbeitsmitteln und geschäftlichen Produktionsbedingungen und die abstrakt-funktionelle Wiedervereinigung beider erzwungene Abhängigkeit und Hörigkeit den Eindruck einer, wie man will, Regression zu beziehungsweise Kapitulation vor dem als Alternative zum kommunalbürgerlich-marktwirtschaftlichen Produktions- und Distributionssystem ebenso sehr in agrarischer Gleichzeitigkeit und Parallelität fortdauernden wie in historischer Vormaligkeit und Antiquität überholten System territorialherrschaftlich-fronwirtschaftlicher Unterdrückung und Ausbeutung. Die qua Verunmöglichung selbständigen Wirtschaftens mangels eigener Arbeitsmittel und verfügbarer Produktionsbedingungen den Betreffenden aufgezwungene Hörigkeit scheint mit anderen Worten auf sklavenhalterische beziehungsweise leibeigenschaftliche Verhältnisse hinauszulaufen, die einer Kolportage der in den Zeiten vor der Etablierung kommunalbürgerlich-marktwirtschaftlicher Freiheit die Norm bildenden territorialherrschaftlichen Untertänigkeit beziehungsweise einer Simulation der das flache Land und die bäuerliche Bevölkerung im Umkreis der städtischen Zentren marktwirtschaftlicher Freiheit nach wie vor in Bann schlagenden zwangsherrschaftlichen Unterdrückung und fronwirtschaftlichen Ausbeutung gleichkommen, woraus denn auch die in Reaktion auf die krass ausbeuterische Entwicklung, die das kapitalistische System in den ersten zwei bis drei Jahrhunderten seines Bestehens nimmt, aufkommende Rede von Lohnsklaverei ihre sozialkritisch-klassenkämpferische Plausibilität schöpft.

Der Terminus Lohnsklaverei indes überspielt und, mehr noch, überdeckt die spezifische bürgerliche Rechtsbeziehung, die für den Lohnbegriff maßgebend ist und die seine Assoziation mit Sklavenhaltung, den

Versuch, ihn als Attribut einer Knechtschaft und Hörigkeit territorialherrschaftlicher Machart geltend zu machen, zur veritablen contradictio in adjectum geraten lässt. Er überspielt und überdeckt nämlich den für die Arbeits- und Dienstleistungsbeziehungen, die der Lohnbegriff markiert, entscheidenden Umstand, dass, was von dem zum industriellen Unternehmer mutierenden kommerziellen Geschäftsmann
angeeignet und in Dienst genommen wird, ja nicht der Arbeiter oder Dienstleister, sondern nur seine Arbeitskraft oder Dienstleistungskapazität ist und dass den Beweis für diese konditionierte, statt den Organismus als solchen beziehungsweise die Person selbst betreffende, vielmehr auf dessen Organ beziehungsweise ihre Qualifikation beschränkte Aneignung oder Dienstbarmachung deren kommerziell-kontraktive Bestimmtheit statt existenziell-koerzitive Beschaffenheit, mit anderen Worten die Tatsache bildet, dass der Arbeiter oder Dienstleister selbst es ist, der in ebenso freier Resolution wie eigener Person seinem Arbeitgeber oder Dienstherrn nicht sich, das menschliche Individuum alias gesellschaftliche Wesen, das er ist, ausliefert und übereignet, sondern nur die funktionale Eigenschaft alias operative Disposition, die er hat, eben seine Arbeits- und Leistungskraft, überlässt und zur Verfügung stellt, und dass er diese Entäußerung und Abtretung seiner Arbeits- und Leistungskraft auch nicht ein für alle Mal und unwiderruflich vollzieht beziehungsweise vollziehen lässt (dann resultierte sie ja de facto in sklavischer Selbstaufgabe und Selbstenteignung, wäre im Effekt und in aller Konsequenz ununterscheidbar von einer leibeigenschaftlichen Kapitulation), sondern unter die Kautel terminlicher Begrenzung stellt und als vereinbarungsgemäß widerruflichen Akt beziehungsweise vertragskonform auflösbaren Kontrakt implementiert.
Der Unterschied der lohnarbeiterschaftlichen, bloß auf die Funktion der Person, ihr Tun, sich erstreckenden Abhängigkeit zur leibeigenschaftlichen, die Person als solche, ihr Sein, umfassenden Hörigkeit, ein Unterschied, der, um aufs obige Bild von LLeib und Seele“ zu rekurrieren, bedeutet, dass der einstige Handwerker und Gewerbetreibende seinem Arbeitgeber und Dienstherrn eben nicht seinen Leib übergibt, sondern bloß seine Seele verkauft - dieser Unterschied erweist sich als sozialpolitisch fundamental und trennt grundlegend die Gesellschaften der neuzeitlichen, durchweg kommunalbürgerlichen Ära von denen des altweltlichen, vorwiegend territorialherrschaftlichen Äons, weil er den

betroffenen Handwerkern und Gewerbetreibenden erlaubt, ungeachtet der ökonomischen Abhängigkeit, in die sie die Trennung von ihren habituellen Arbeitsmitteln und Produktionsbedingungen und artefizielle Wiedervereinigung mit ihnen versetzt, die eigenverantwortlichen bürgerlichen Individuen alias selbständigen politischen Personen zu bleiben, die sie in den kommunalfreiheitlichen Enklaven der ansonsten territorialherrschaftlich verfassten Welt waren und weil in dem Maße, wie die neue, auf jener Trennung der Produzenten von ihren Arbeitsmitteln und Produktionsbedingungen basierende, kurz, kapitalistische Wirtschaftsweise sich weltweit ausbreitet und normativ durchsetzt, solch eigenverantwortliche Existenz alias bürgerliche Identität zur als Sozialisationsform verbindlichen condition humaine avanciert.

Nicht minder fundamental und für die neue Ära nämlich realökonomisch grundlegend erweist sich freilich auch jene als kapitalistisch firmierende, die Produzenten wertschöpfungssystematisch von ihren Produktionsmitteln trennende und, wie sie als politischen Leib, als eigenverantwortliche Personen und bürgerliche Individuen, freilassende beziehungsweise freisetzende, so ihre ökonomische Seele, ihre Arbeitskraft, ihren Produktionsmittelgebrauch, lohnarbeiterschaftlich vereinnahmende beziehungsweise handlungsgehilflich anstellende Wirtschaftsweise, weil eben diese lohnarbeiterschaftliche Vereinnahmung oder handlungsgehilfliche Anstellung sie, die Arbeitskraft, quasi die Seiten wechseln, um nicht zu sagen, die Identität tauschen und nämlich aus einem Potenzial beziehungsweise Aktivum dessen, der sie besitzt und aufbringt, zu einer Potenz beziehungsweise einem Agens dessen, der sie kauft und über sie verfügt, mutieren lässt. Als entlohnte, geldlich entgoltene Potenz beziehungsweise gekauftes und bezahltes Agens hört die Arbeitskraft auf, konkretes Organ und Element des sie ausübenden oder anwendenden und aber per Lohn und Entgelt zum Arbeiter oder Angestellten depotenzierten Handwerkers oder Gewerbetreibenden zu sein, und wird zum abstrakten Mittel und Instrument des Unternehmers und Arbeitgebers, der sie kauft und bezahlt. Durch den monetären Kauf- und Entgeltsakt büßt die Arbeitskraft gleichermaßen ihre habituelle personale Gebundenheit an und ihre traditionelle soziale Bestimmtheit durch den Menschen, der sie ausübt, beziehungsweise das Individuum, das sie anwendet, ein und findet sich jenem als ihr Kaufpreis, ihre Bezahlung, ihr Lohn oder Verding, firmierenden geldlichen Wert und monetären Entgelt übereignet

und überantwortet, der actu solcher Übereignung für den terminierten Zeitraum, für den letztere als Signum einer lohnarbeiterschaftlichen Abhängigkeit statt leibeigenschaftlichen Hörigkeit Geltung beansprucht, den Menschen, der sie ausübt, hypostatisch substituiert oder, besser gesagt, das Individuum, das sie anwendet, sukkubistisch eskamotiert.
Diese Übereignung der Arbeitskraft, ihre Überführung aus einem Potenzial oder Aktivum dessen, der sie ausübt und anwendet, in eine Potenz des Geldwerts, mit dem sie entlohnt, des monetären Entgelts, mit dem sie bezahlt wird, ist janusköpfig folgenreich und entscheidend. Zum einen löst und befreit die Ersetzung des menschlichen Individuums, der leiblichen Person, durch den Sukkubus des monetären Werts, die Hypostase der geldlichen Abfindung, die Arbeitskraft von aller Verquickung und Verstrickung mit eben jener leiblichen Person, sprich, von jeglicher Bindung an und Rücksicht auf die personalen Bedürfnisse und sozialen Ansprüche, die das menschliche Individuum mittels ihrer Ausübung und Anwendung zu befriedigen beziehungsweise zu erfüllen sucht. Abstrahiert und entfesselt von jenen menschlichen Bindungen und persönlichen Rücksichten, ist die Arbeitskraft frei verfügbare Funktion, unbedingt einsetzbares Operativ. Uno actu aber dieser ihrer freien Verfügbarkeit und unbedingten Einsetzbarkeit findet sie sich per Lohnzahlung und Entgeltsleistung appropriiert und in Anspruch genommen durch den ihre vorherige Referenz, das menschliche Individuum, hypostatisch substituierenden geldlichen Wert, das ihr bisheriges Reflexiv, die leibliche Person, eskamotistisch sukkubierende allgemeine Äquivalent.
Toto coelo anders aber als das menschliche Individuum und personale Wesen mit seinen mannigfachen materialen Bedürfnissen und vielfältigen sozialen Ansprüchen hat das es als kontraktlicher Erwerber der Arbeitskraft hypostatisch substituierende Wertobjekt Geld, das es als ihr terminlicher Eigner sukkubistisch eskamotierende allgemeine Äquivalent, nur *ein* allumfassend zentrales Bedürfnis, *einen* allbewegend kapitalen Anspruch - nämlich das in den Jahrhunderten oder vielmehr Jahrtausenden, in denen es als Passepartout kommerziellen Austauschs von der Last herrschaftlicher Knechtschaft und territorialer Fron dispensiert beziehungsweise dann als Münze des Markts stadtbürgerliche Freiheit auf Basis kommunalwirtschaftlicher Autonomie garantiert, ihm unwiderruflich eingefleischte und zur zweiten Natur gewordene obsessive

Verlangen und monomane Streben nach, prozessual betrachtet, Akkumulation, Verwertung seiner selbst, oder, real gesehen, Augmentation, Vermehrung seines Bestands.
Im Gewahrsam der vom Unternehmer per geldliche Entlohnung, monetäres Entgelt, errungenen kontraktlich-funktionellen Verfügung über sie, ihrer terminlich-operativen Vereinnahmung durch den Arbeitgeber, dient die Arbeitskraft nun nicht mehr der erklärt empirischen Aufgabe, die materialen Bedürfnisse lebendiger Menschen zu befriedigen und die sozialen Ansprüche leiblicher Personen zu erfüllen, sondern sie verfolgt den unausgesprochen systematischen Zweck, durch die Befriedigung materialer Bedürfnisse und die Erfüllung sozialer Ansprüche hindurch oder, besser gesagt, über sie hinweg eben jenem Akkumulationsverlangen des per Lohnarbeit die lebendigen Menschen hypostatisch verdrängenden und die leiblichen Personen sukkubistisch ersetzenden Geldwerts nachzukommen und Genüge zu leisten.
Die per Geldwert kontraktlich entlohnte beziehungsweise terminlich entgoltene Arbeitskraft hat keinen anderen Sinn mehr, ist für nichts anderes mehr da, als mittels Erzeugung materialer Güter und Erbringung realer Leistungen diesem ihrem Kontraktor alias Terminator einen Zuwachs, eine Vermehrung zu sichern, nur damit er, der akkumulierte und augmentierte Geldwert, weitere Arbeitskraft kontrahieren und terminieren kann, die mittels der Erzeugung von Gütern und der Erbringung von Leistungen für seine, des Geldwerts, weitere Zunahme und Vermehrung sorgt.

Als per Arbeitslohn von ihren menschlichen Beschaffern abstrahiert und dem Ensemble von sächlichen Produktionsmitteln integriert, verwandelt sich die Arbeitskraft aus einer die Subsistenz sichernden Erwerbsquelle in einen konsumträchtigen Reichtumbringer. So sehr der Arbeitslohn empirisch-kontingent, aus Sicht der Arbeitenden, einen unvermeidlichen Tribut darstellt, so sehr erregt solcher Tribut systematisch-konsequent, sub specie der dem Kapital einverleibten Arbeitskraft, Anstoß als Sünde wider den Geist ihrer kapitalen Bestimmung.

Als Potenzial menschlicher Individuen, leiblicher Personen, die um die Befriedigung ihrer materialen Bedürfnisse und die Erfüllung ihrer sozialen Ansprüche bemüht beziehungsweise besorgt sind, außer Kraft und Betrieb gesetzt und stattdessen als eine Potenz vereinnahmt und

mit Beschlag belegt, der die materiale Bedürfnisbefriedigung und soziale Anspruchserfüllung nichts weiter als Motiv und Anlass ist, dem obsessiven Verlangen des kommerziellen Geldwerts nach Selbstverwertung zu entsprechen, dem monomanen Streben des monetären Äquivalents nach Selbstvermehrung nachzukommen - solchermaßen also aus einer operativen Funktion menschlicher Daseinsvorsorge in ein transitives Instrument sächlicher Wertschöpfung umgewandelt, entpuppt sich die Arbeitskraft als ein veritabler Zauberbesen, ein ebenso unaufhörlich die Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden rationalisierender und zu höheren Leistungen treibender wie damit den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess als ganzen unaufhaltsam optimierender und in seiner Ergiebigkeit revolutionierender Geist aus der Flasche jenes den Geldwert marktfunktionell okkupierenden obsessiven Verlangens, dem monetären Äquivalent kommerziell eingefleischten monomanen Strebens. Der prägenden Macht und dem hemmenden Einfluss des Usus und Habitus, der Milieubedingungen und Lebensgewohnheiten, worin die Bedürfnisstruktur beziehungsweise das Anspruchsniveau ihrer qua Handwerker und Handlungsgehilfen herkömmlichen Ausüber und Betätiger sie verhalten und verharren lassen - dieser hemmenden Macht gegen geldlichen Lohn, äquivalentes Entgelt, abgekauft und entrissen und stattdessen dem obsessiven Verlangen des kommerziellen Geldwerts, dem monomanen Streben des transaktiven Äquivalents kontraktlich verpflichtet und terminlich zur Verfügung gestellt, erweist sich die individuelle Arbeitskraft als vielmehr industrielle Produktionskraft, das handwerkliche Können als fabrikatives Vermögen, und entfaltet ein Zugleich von objektiver Diversität, innovativem Ingenium, instrumenteller Rationalität und prozeduraler Effektivität, das eben jenes abstrakte Verlangen des Geldwerts nach Akkumulation, eben jenes intuitive Streben des monetären Äquivalents nach Vermehrung, simulativ-konkreten Ausdruck gewinnen und kolportativ-materiale Gestalt annehmen und nämlich in einer gleichermaßen ihrem quantitativen Umfang und ihrer qualitativen Vielfalt nach unaufhörlich wachsenden Menge von geldlichen Wert verkörpernden Gütern beziehungsweise monetäres Äquivalent repräsentierenden Leistungen seinen austauschalias marktrelevanten Niederschlag finden lässt.

Und so gewiss der im Resultat seiner langen kommerziellen Biographie mit unersättlicher Akkumulationssucht und unerschöpflicher Augmentationslust imprägnierte und chargierte Geldwert als kontraktlicher Lohn

beziehungsweise terminliches Entgelt Besitz von der Arbeitskraft ergreift und funktionelle Verfügung über sie erlangt, um sie in sein abstraktes Verlangen nach Verwertung simulierenden gestaltenreich-konkreten Schwung zu bringen, ihr sein intuitives Streben nach Vermehrung kolportierende innovativ-füllhornartige Flügel zu verleihen und sie so aus einer die Subsistenz sichernden Erwerbsquelle in einen konsumträchtigen Reichtumbringer, aus einem für den Lebensunterhalt sorgenden heimisch-praktischen Generator in einen neue Welten erschaffenden magisch-exotischen Kreator, in eine, um das resignativ-bäuerlichem Witz entspringende Bild zu bemühen, Fleisch liefernde und Eier legende Wollmilchsau zu verwandeln, so gewiss mutiert seinerseits er, der Geldwert, aus kommerziellem, der transaktiven Realisierung geschöpften Werts, dem Austauschgeschäft auf dem Markt, den er organisiert, geschuldetem Vermögen, zu industriellem, der Wertschöpfung selbst, dem Arbeitsbetrieb in der Fabrik, in die er sich investiert, entspringendem Kapital, aus einer Instanz mit anderen Worten, die der gesellschaftlichen Reproduktion, dem Stoffwechsel der Menschen mit der Natur, bloß parasitär aufgesetzt, als sekundärer Nutznießer oktroyiert ist, in eine Potenz, die sich dem Stoffwechsel karzinogen eingeimpft, sich ihm als aus ihm heraus und durch ihn hindurch, mithin nicht sowohl auf seinem Boden, als vielmehr in seinem Schoße ihr Geschäft betreibende und ihren Vorteil suchende quasidämonische Macht injiziert hat.
Dreh- und Angelpunkt der damit entschiedenen Verwandlung des Geldwerts und allgemeinen Äquivalents aus einer der gesellschaftlichen Reproduktion als Münze des Marktes nur erst äußerlichen Instanz in eine ihr als betriebliche Substanz verinnerlichte Potenz, der Mutation, mit anderen Worten, kommerziellen, aus Marktgeschäft als Rendite appropriierten Vermögens zu industriellem, aus dem Produktionsbetrieb als Profit extrahiertem Kapital - Dreh- und Angelpunkt dieser folgenreichen, die gesellschaftliche Reproduktion selbst im buchstäblichen Sinn revolutionierenden, weil auf eine prinzipiell neue Basis stellenden Mutation ist, wie gesagt, der durch die Trennung und Ablösung der handwerklich Arbeitenden und gewerblich Tätigen von ihren sächlichen Arbeitsmitteln und technischen Produktionsbedingungen ermöglichte lohnarbeiterschaftlich-kontraktliche Kauf und handlungsgehilflich-terminliche Erwerb abstrakt-menschlicher Arbeits- und gegenstandslos-persönlicher Leistungskraft,

mit anderen Worten, die per geldlichen Arbeitslohn- und monetären Leistungsentgelt vollzogene Aneignung und Vereinnahmung der menschlichen Arbeits- und persönlichen Leistungskraft durch den das menschliche Individuum hypostatisch verdrängenden Geldwert selbst, das die leibliche Person sukkubistisch ersetzende monetäre Äquivalent als solches.

Diese für die kapitalistische Produktionsweise, das neuzeitliche Wertschöpfungssystem, mit dem die bürgerliche Gesellschaft steht und fällt, entscheidende hypostatisch-sukkubistische Mutation der Arbeitskraft aus einer Funktion der menschlich-persönlichen Existenzen, die die Arbeitsmittel handhaben und gebrauchen, zu einem Faktor des geldlich-sächlichen Vermögens, das die Arbeitsmittel erwirbt und vereinnahmt - diese den Dreh- und Angelpunkt der neuen Wirtschaftsweise bildende Mutation der Arbeitskraft bringt im triumphalen Bewusstsein der Sachhaltigkeit alias Wissenschaftlichkeit seiner als dialektische apostrophierten Erfahrungstheorie Friedrich Hegel auf den wie sehr auch gedankendinglich abgehobenen, idealistisch verklärten, sprich, aus einer historisch-empirischen Erkenntnis zu einer systematisch-metaphysischen Wahrheit erklärten Begriff, wenn er lakonisch konstatiert: "Dadurch überhaupt, dass ... die Substanz an ihr selbst Subjekt ist, ist aller Inhalt seine eigene Reflexion in sich.“

Die Hegelsche Substanz als der kommerziell akkumulierte Geldwert identifiziert und das Subjekt, das sie än ihr selbst ist“, als die Arbeitskraft realisiert, die sich per kontraktlichen Kauf, terminlichen Erwerb, ihren menschlichen Ausübern und persönlichen Betätigern entzogen und eben jenem kommerziell akkumulierten Geldwert übereignet und von ihm vereinnahmt findet, um ihm als sein industriell instrumentalisiertes Alter ego, als doppelgängerische Potenz seiner selbst, als seiner substanziellen Essenz zuarbeitende subjektive Existenz zur freien Verfügung zu stehen und quasiautomatisch zur Hand zu gehen und so seinem obsessiven Verlangen nach Verwertung, seinem monomanen Streben nach Vermehrung zu Willen und zu Diensten zu sein - so die erfahrungstheoretische Erfolgsmeldung Hegels interpretiert und von ihrem metaphysischen Höhenflug auf den historischen Grund und Boden heruntergebracht, dem sie entspringt, ergibt das Ganze eben jenen politisch-ökonomisch guten Sinn, den ein halbes Jahrhundert später Karl Marx expliziert, wenn er die durch

den kommerziellen Geldwert, der die sächlichen Arbeitsmittel und technischen Produktionsbedingungen kauft und sich aneignet, von letzteren abstrahierte und separierte menschliche Arbeits- beziehungsweise persönliche Leistungskraft als diesen sächlichen Instrumenten und technischen Konditionen, wenn auch nicht empirisch-funktionell, so doch aber systematisch-faktorell assimiliert und integriert erkennt, wenn er, mit anderen Worten, die vom kommerziellen Geldwert per Kauf angeeigneten und für ihre Verwertung durch menschliche Arbeitskraft bereitgestellten sächlichen Arbeitsmittel und technischen Produktionsbedingungen und die von ihm per Lohnzahlung vereinnahmte und zur Verwertung der letzteren angestellte menschliche Arbeitskraft als zwei einander ebenso sehr konditionierende wie komplementierende Erscheinungsformen ein und desselben, hiermit zum industriellen Kapital mutierten industriellen Vermögens wahrnimmt.

Was Hegel auf den metaphysisch verfremdeten Begriff einer als essenzieller Bestand perennierenden Substanz bringt, die kraft eines ihr als Selbstentfaltungspotenz doppelgängerisch eingeborenen subjektiven Faktors das, was sie an sich, aber noch nicht für sich ist, ihren Inhalt, ihre ihr nur erst äußerliche Materialität, ihre noch nicht zu ihr aufgehobene Objektivität, prozessiert und als ihresgleichen, als substanzerfülltes Subjekt alias subjektbewegte Substanz, kurz, als sichselbstgleichen Geist, realisiert, das identifiziert Marx als den historisch vertrauten und nämlich die kapitalistische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft bestimmenden Mechanismus eines kommerziellen Vermögens, das sich per Industrialisierung, per Verkörperung in Arbeitsmitteln und Produktionsbedingungen, per, wenn man so will, Substanzialisierung seines Werts, der menschlichen Arbeitskraft als einer ihm frei verfügbaren produktiven Potenz, eines seinem substanziellen Faktum unbedingt zu Gebote stehenden subjektiven Faktors, zu bemächtigen und diese produktive Potenz, diesen subjektiven Faktor, einzusetzen und zu nutzen vermag, um dem ihm als kommerziellem Vermögen, das sich industrialisiert hat, eingefleischten obsessiven Verlangen beziehungsweise dem es als Geldwert, der zum Kapital mutiert ist, beseelenden monomanen Streben nach mittels Verarbeitung äußerlichen Inhalts und der Nutzbarmachung ungenutzter Objektivität, sprich, mittels Erzeugung und Vermarktung nützlicher Dinge und dienlicher Handlungen, materialer Güter und realer Leistungen, ins Werk zu setzender Verwertung alias Akkumulation seines geldlichen

Werts oder Vermehrung alias Augmentation seines Vermögensbestands Genüge zu tun und Befriedigung zu verschaffen.
Von dem Triumph, den die Hegelsche Erfahrungstheorie mit ihrem fokalen Begriff von der Substanz, die an ihr selbst Subjekt ist, ausstrahlt, ist freilich in der Marxschen Politischen Ökonomie mit ihrer zentralen Erkenntnis vom kommerziellen Geldwert, der sich die menschliche Arbeitskraft, seine eigene Quelle, unter den Nagel reißt und als frei verfügbare Potenz assimiliert, als unbedingt verwendbaren Faktor integriert, sie quasi in ein Selbstverwertungsinstrument, einen Selbstvermehrungsautomaten verwandelt - von diesem Hegelschen Triumph ist bei Marx nichts mehr zu spüren. Weit entfernt davon, dass Marx die in der metaphysischen Verkleidung einer Subjektivierung der Substanz von Hegel gefeierte Entfesselung der menschlichen Arbeitskraft von ihren traditionellen Beschränkungen durch und habituellen Bindungen an die Bedürfnisstruktur und das Anspruchsniveau der sie ausübenden und betätigenden menschlichen Individuen und leiblichen Personen und ihre Konzentration beziehungsweise Fixierung auf den sie per Lohnzahlung kontrahierenden, per monetäres Entgelt determinierenden kommerziellen Geldwert und dessen Verwertungs- alias Vermehrungsperspektive als Aufbruch der bürgerlichen Gesellschaft in eine unabsehbar bessere und unermesslich reichere Zukunft, als Erschließung eines ihr winkenden beispiellos materialen Entfaltungs- und grenzenlos realen Entwicklungsprospekt wahrnähme, erkennt er diese hypostatische Entfesselung und sukkubistische Umrichtung der daseinsbezogenen Arbeitskraft zur geldwertbestimmten Produktionskraft und die damit einhergehende Mutation des kommerziellen Vermögens zum industriellen Kapital als die bürgerliche Gesellschaft als solche klassengesellschaftlich aufmischenden und zerreißenden, weil das Gros ihrer Bevölkerung zum Freiwild machenden und zu Paaren treibenden, sprich, in materiale Not und soziales Elend stürzenden schnurgeraden Weg in die den ökonomischen Triumph als Pyrrhussieg, wie er im Buche steht, entlarvende politische Katastrophe. In eben dem Maße nämlich, wie die Entfesselung der daseinsbezogen-menschlichen Arbeitskraft zur geldwertbestimmt-sächlichen Produktionskraft sich als realökonomisch effektiv und regelrecht triumphal erweist, stellt sie sich auch als sozialpolitisch destruktiv und geradezu fatal heraus.
Verantwortlich hierfür ist, rein systematisch gesehen, jener dem Initiator der neuen Wirtschaftsweise, dem kommerziellen Geldwert, auch

und zumal in der Gestalt als industrielles Kapital, zu der er mutiert ist, eingeschriebene Verwertungstrieb, der ihm als sein erster und letzter Beweggrund eigene Vermehrungsimperativ. Der findet seinen Ausdruck in dem Bemühen des zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwerts, aus den Arbeitsmitteln und Produktionsbedingungen, die er verkörpert und die ihn als factum brutum bedingen, als Kapital sans phrase ausmachen, durch die gekaufte und ihm als Faktor anverwandelte Arbeitskraft in Gestalt materialer Güter und realer Leistungen so viel zusätzlichen Geldwert, wie irgend machbar, das größtmögliche Mehr an Wert, schöpfen alias erarbeiten zu lassen. Was der zum industriellen Kapital mutierte kommerzielle Geldwert die ihm per kontraktliche Entlohnung, terminliches Entgelt, als sein subjektiver Faktor hypostatisch integrierte, als seine persönliche Potenz sukkubistisch assimilierte menschliche Arbeitskraft aus den Arbeitsmitteln und Produktionsbedingungen, seinem wirklichen Eigen und leiblichen Corpus, an aus der unmittelbaren Gestalt materialer Güter und realer Leistungen, in der erscheint, kommerziell zu erlösendem, sprich, auf dem Markt zu realisierendem zusätzlichem Geldwert, mehr von seinesgleichen, Mehrwert, schöpfen und erarbeiten lässt - das ist es, worum es ihm einzig und allein zu tun ist und wofür er im wie immer hypostatisch übertragenen beziehungsweise sukkubistisch unterstellten Sinne lebt.
Genau dieser obsessive Blickwinkel, den er einnimmt, oder besser gesagt, dieser monomane Gesichtspunkt, den er verfolgt, lässt nun aber dem zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwert jene kontraktliche Voraussetzung und terminliche Konditionierung seines Bemühens um ein Maximum an aus dem Kapitalfaktor Arbeitskraft, der menschlichen Geldwertpotenz, zu ziehendem Mehrwert, jene geldliche Entlohnung der menschlichen Arbeitskraft, das ihr gezahlte monetäre Entgelt, zum Problem und in der Tat zum Stein des Anstoßes werden. So sehr es mit jenem für die menschliche Arbeitskraft zu zahlenden geldlichen Lohn oder zu entrichtenden monetären Entgelt ante portam, im Angesicht ihrer damit zu vollziehenden Assimilation an die sächlichen Arbeitsmittel und Integration in die technischen Produktionsbedingungen, seine Richtigkeit und sein einsehbares Bewenden haben mag, so sehr drängt sich doch aber post actum, im Nachhinein nämlich eben dieser vollzogenen Assimilation und Integration der Arbeitskraft, der für sie gezahlte Lohn oder das für sie entrichtete Entgelt als ebenso eindeutig

kontraproduktiv wie grundsätzlich sinnwidrig auf. Schließlich ist als vom industriellen Kapital, vom kommerziellen Geldwert, der sich den sächlichen Arbeitsmitteln und technischen Produktionsbedingungen inkorporiert hat, letzteren assimilierter Faktor und integrierte Potenz die menschliche Arbeitskraft gerade so wie die Arbeitsmittel und Produktionsbedingungen selbst nicht weniger werkzeuggebräuchlich bestimmt als eigentumsrechtlich verpflichtet, sich vorbehaltlos in den Dienst der von ihrem hypostatischen Herrn und sukkubistischen Eigner, dem industriellen Kapital, betriebenen akkumulativen Selbstverwertung zu stellen, vollumfänglich für die von ihm verfolgte geldwertige Vermehrung alias mehrwertige Augmentation zur Verfügung zu stehen.
Und aus dieser systematisch-konsequenten Perspektive muss sich nun aber dem zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwert der geldwertige Lohn, den er zahlen, das monetäre Entgelt, das er entrichten muss, um sich der Arbeitskraft als eines ihm eigenen Faktors bemächtigen und als einer ihm innewohnenden Potenz bedienen zu können, nolens volens als eine ihr, der faktorellen Arbeitskraft, zur Last zu legende Sünde wider den Geist ihrer kapitalen Bestimmung, als eine aufs Konto ihrer produktiven Potenz gehende Verletzung ihrer akkumulativen Pflicht aufdrängen. So sehr empirisch-kontingent, aus Sicht nämlich des kontraktlichen Kaufs und terminlichen Erwerbs der - rechtlich gesprochen - im Besitz und - tätlich gefasst - in der Hand anderer Subjekte und fremder Personen befindlichen Arbeitskraft als für deren Faktorisierung durch den Geldwert, ihren Einsatz als kapitale Produktionskraft, unabdingbare äußerer Voraussetzung alias heteronome Bedingung, die für diesen Kauf und Erwerb erforderliche geldliche Lohnzahlung oder monetäre Entgeltsleistung sich dem Käufer und Erwerber, dem zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwert, als unter den gegebenen Umständen akzeptabel oder jedenfalls notgedrungen hinnehmbar präsentieren mag, systematisch-konsequent, im Gewahrsam nämlich der Verwertungsbestimmung, die als dem Geldwert assimilierter Faktor die Arbeitskraft erhält, beziehungsweise der Vermehrungspflicht, die sie als dem Kapital integrierte Potenz übernimmt, muss dem als Kapital firmierenden Geldwert jene Lohnzahlung und Entgeltsleistung als der Verwertungsbestimmung, der die Arbeitskraft jetzt unterliegt, Hohn sprechende Verschleuderung, um nicht zu sagen, dem Vermehrungsimperativ, dem sie nun gehorcht, ins Gesicht schlagende Veruntreuung

ein veritabler Gräuel, sprich, aus dem tiefsten Innern seines kapitalen Herzens zuwider sein.
Dass sich der zum industriellen Kapital mutierte kommerzielle Geldwert nur zu gern die Lohnzahlung alias Entgeltsleistung sparen würde, mit der er den Handwerkern und Handlungsgehilfen die Arbeitskraft honoriert beziehungsweise kompensiert, die sie ihm kontraktlich-terminlich übereignen und zur freien Verfügung stellen, dass er auf diese geldliche Zahlung alias monetäre Leistung als auf einen nicht zwar vertrags-, wohl aber vertragserfüllungswidrigen Tribut liebend gern verzichten, von ihr als von einem schmerzlichen Opfer jederzeit Abstand nehmen würde, das zwar umständehalber-konditionell gebracht werden muss, das aber dem Sinn und Geiste dessen, wofür es gebracht wird, zweckbezüglich-konstitutionell zuwiderläuft und definitiv ins Kontor schlägt - das alles ändert allerdings nichts daran, dass an jener Lohnzahlung oder Entgeltsleistung für die durch die Trennung von ihren habituellen Arbeitsmitteln und Produktionsbedingungen und artefizielle Wiedervereinigung mit ihnen aus Handwerkern und Handlungsgehilfen zu Arbeitern und Angestellten abstrahierten und isolierten menschlichen Individuen und leiblichen Personen kein Weg vorbeiführt.
Eben diese Lohnzahlung und oder Entgeltsleistung ist ja unabdingbar, um die vom akkumulativen Geldwert alias industriellen Kapital kontraktlich-terminlich um ihre Arbeitskraft gebrachten menschlichen Individuen und leiblichen Personen, die Arbeiter und Angestellten, an dem von ihm betriebenen und beherrschten Markt, dem Sammlungsplatz und Vertriebsort der durch ihre Arbeitskraft produzierten Güter und Dienstleistungen beziehungsweise geschöpften materialen und funktionalen Werterscheinungen teilhaben und dort mittels des gezahlten Lohns oder geleisteten Entgelts das für ihre Subsistenz als leibliche Individuen Nötige beziehungsweise das für ihre Existenz als gesellschaftliche Personen Erforderliche per kommerziellen Austausch erwerben zu lassen. Ohne den für ihre Arbeitskraft gezahlten Lohn und das für sie geleistete Entgelt blieben die Arbeiter und Angestellten vom Markt kommerziell ausgeschlossen und ohne Zugang zu ihren dort qua materiale Güter und funktionale Leistungen gesammelten Subsistenzmitteln und Existenzbedingungen und müssten notwendig zugrunde gehen und elendiglich verkommen. Ihr individueller Ruin und ihr soziales Verderben aber machten unvermeidlich, weil natürlich, auch der Arbeitskraft selbst, deren menschliche

Beschaffer und leibliche Lieferanten sie ja sind und bleiben, den Garaus, und so wäre denn dem ganzen, auf der kontraktlich bedingungslosen Inanspruchnahme letzterer und der terminlich freien Verfügung über sie basierenden geldwertigen Industrie alias akkumulationssystematischen Wertschöpfung der Boden entzogen und ein Ende bereitet.

An dem arbeitslohnförmigen Tribut, den das Kapital den Beschaffern seines Faktors Arbeitskraft schuldet, lässt sich nicht rütteln, wohl aber drehen. Die sozialen Bedingungen, die das Wertschöpfungssystem im Zuge seiner Entwicklung schafft, sorgen mehr als zwei Jahrhunderte lang für einen Wettbewerbsdruck unter den Anbietern der Arbeitskraft, der den für letztere entrichteten Tribut auf ein Minimum zu reduzieren erlaubt. Weil dieses Minimum das für den Lebensunterhalt der Anbieter unverzichtbare Wertquantum zu unterschreiten und damit die biologische und soziale Basis des ökonomischen Systems zu zerstören droht, muss seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts der Staat moderierend eingreifen.

An dem, wirtschaftssystematisch-logisch gesehen, anstoßerregenden Tribut, den der zum industriellen Kapital mutierte kommerzielle Geldwert als quasi Lösegeld zahlen muss, dem Opfer, das er im Sinne einer Freikaufprämie bringen muss, um die Arbeitskraft ihren sie in Banden schlagenden menschlichen Unterdrückern und an der Entfaltung hindernden persönlichen Kerkermeistern zu entreißen und sich als frei verfügbaren Faktor zu assimilieren, als schrankenlos entfaltbare Potenz zu integrieren, lässt sich also im Prinzip nicht rütteln. Gesellschaftspraktisch-empirisch allerdings lässt sich durchaus daran drehen. Die Handhabe oder, besser gesagt, Drehschraube hierfür bietet der Umstand, dass die Arbeitskraft in ihrer von den menschlichen Individuen faktorell abgelösten und dem Geldwert als ihrem neuen, hypostatischen Subjekt alias sukkubistischen Herrn und Meister zugeeigneten Form jetzt Werterscheinung unter anderen, käufliche, zu Markte zu tragende und auf dem Markt feilzubietende Ware ist und als solche dem Marktgesetz par excellence, dem über ihren Marktwert, ihren Preis entscheidenden Gesetz von Angebot und Nachfrage, unterliegt.
Dies Gesetz bindet oder - aus Sicht des kommerziellen Geldwerts, der zum industriellen Kapital mutiert ist, besser gesagt - fesselt die wirtschaftliche Aktivität alias Produktionstätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft,

deren A und O die Verwertung von Arbeit, die Anhäufung von Geldwert, der wiederum zur Verwertung von Arbeit taugt, kurz, die Akkumulation von Kapital ist, - fesselt also diese kapitale Produktionstätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft an die materiale Konsumtionsbereitschaft ihrer menschlichen Mitglieder, an deren leibliche Bedürftigkeit und persönliche Aufnahmefähigkeit oder Aufnahmewilligkeit. Das Gesetz macht, spezifischer gesagt, dass der Wert des produzierten Angebots, konfrontiert mit der auf es bezüglichen konsumtiven Nachfrage und durch sie zum Marktwert relativiert, zum Preis modifiziert, gemäß dem Umfang, den letztere aufweist, und der Dringlichkeit, mit der sie sich zur Geltung bringt, steht und fällt beziehungsweise steigt und sinkt. Je mehr eine Werterscheinung, die Nachfrage nach ihr übersteigend, zu Markte getragen und dort angeboten wird, umso mehr sinkt, weil das reichliche Angebot um die spärliche Nachfrage konkurrieren muss, ihr Marktwert, wie umgekehrt eine Verringerung des Angebots aus dem spiegelbildlich gleichen Grund einer um das spärliche Angebot konkurrierenden reichlichen Nachfrage den Preis der betreffenden Werterscheinung steigen lässt.
Genau dieses Gesetz aber findet nun auch Anwendung auf die kapitalisierte, von ihren leiblichen Trägern, den natürlichen Personen, systematisch abstrahierte und in einen Faktor, eine Potenz des kommerziellen Geldwerts, der zum industriellen Kapital mutiert ist, konvertierte menschliche Arbeitskraft. Das mag auf den ersten Blick verwundern und als geradezu paradox erscheinen, weil ja die menschliche Arbeitskraft dasjenige ist, was die Werterscheinungen produziert und ihnen actu ihrer Produktion ihren Wert beziehungsweise ihren über den Wert der Werterscheinungen, die hierbei als Arbeitsmittel und Produktionsbedingungen dienen, hinausgehenden Mehrwert verleiht, und weil, systematisch-logisch genommen, die Subsumtion der Ursache unter das Regime ihrer eigenen Wirkung ein Unding ist. Diesem ihrem systematisch-logischen Widersinn zum Trotz aber findet die Subsumtion der Ursache unter ihre Wirkung, also die Nivellierung der menschlichen Arbeitskraft zur Werterscheinung unter anderen, ihre Identifikation als den Arbeitsmitteln und Produktionsbedingungen egalisiertes sächliches Element statt, und zwar als historisch-empirische Konsequenz eben jener auf der Basis der kontraktlichen Abstraktion und terminlichen Dissoziation von ihren handwerklichen Ausübern und gewerblichen Betätigern ins Werk gesetzten appropriativen Faktorisierung der Arbeitskraft durch den zum

industriellen Kapital mutierenden kommerziellen Geldwert, ihrer Funktionalisierung zur integrativen Potenz seines obsessiven Verlangens nach Verwertung, seines monomanen Strebens nach Akkumulation.
Als vom industriellen Kapital vereinnahmter Faktor und ihm integrierte Potenz ist die Arbeitskraft, aller systematisch-logischen Widersinnigkeit zum Trotz, historisch-empirisch als Werterscheinung. als sächlicher Ausdruck geldlichen Werts, als materiale Trägerin beziehungsweise reale Verkörperung von per Arbeitslohn gezahltem beziehungsweise per Handlungsentgelt entrichtetem monetärem Äquivalent definiert. Und als die Werterscheinung, als die sie aufgrund ihrer lohn- oder entgeltsbedingten Faktorisierung durch den kommerziellen Geldwert alias Potenzierung durch das industrielle Kapital figuriert, ist sie wie jede andere Werterscheinung dem allgemeinen Marktgesetz, dem ihren Wert zum Marktwert relativierenden, zum Preis modifizierenden Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen. Diese ihre Unterwerfung unter das allgemeine Marktgesetz aber schlägt nun in den ersten Jahrhunderten der Entwicklung des auf ihrer Grundlage als kapitalistische Produktionsweise funktionierenden Wertschöpfungssystems, was den für sie zu zahlenden Lohn, das für sie zu entrichtende Entgelt betrifft, den menschlichen Individuen und leiblichen Personen, den handwerklich Arbeitenden und gewerblich Tätigen, die ihre Arbeitskraft dem zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwert kontraktlich verkaufen und zur terminlich freien Verfügung stellen, ebenso exzessiv zum Nachteil aus, wie sie dem Geldwert selbst, der sie sich als integrierenden Faktor zu eigen macht und sie als frei verfügbare Potenz rekrutiert, zum massiven Vorteil gereicht.
Der Grund dafür liegt in der mit ihrer geldwertigen Faktorisierung einhergehenden Durchdringung und Erfüllung der Arbeitskraft mit dem ab ovo seiner kommerziellen Entstehung dem Geldwert eingefleischten und zum Konstitutiv gewordenen obsessiven Verlangen nach Verwertung alias monomanen Streben nach Vermehrung, jener im vollen und nämlich nicht nur modalen, sondern mehr noch exponentialen Sinn zu verstehenden Potenzierung der Arbeitskraft, durch die diese sich aus der daseinsbezogen-menschlichen Eigenschaft, als die sie bis dahin perenniert, zu der geldwertbestimmt-sächlichen Produktionskraft entfesselt zeigt, als die sie fortan funktioniert. Die, was gleichermaßen die Menge und Vielfalt ihrer Wertschöpfungen, die Quantität und Qualität der

von ihr erzeugten materialen Güter und erbrachten realen Leistungen betrifft, fokussierte Rationalität und forcierte Effektivität, die die vom obsessiven Verwertungstrieb des Geldwerts durchdrungene, von dessen monomanem Vermehrungsstreben erfüllte und dadurch zur Produktionskraft entfesselte Arbeitskraft beweist beziehungsweise die ihr der sie per Lohnzahlung sich assimilierende, sie per monetäres Entgelt sich integrierende Geldwert oktroyiert und abverlangt, verschafft nämlich dem auf sie gegründeten und auf sie aufbauenden industriellen System in kommerzieller Hinsicht, auf dem Markt, insofern einen ebenso nachdrücklichen wie nachhaltigen Wettbewerbsvorteil, als sie dem System erlaubt, seine massierten und novellierten Produkte im Vergleich mit denen seiner auf traditionelle Weise, nämlich als selbständige Handwerker und eigenverantwortliche Gewerbetreibende, wertschöpfenden Konkurrenten nicht nur zahlreicher, sondern auch wohlfeiler anzubieten, mithin auf deren Kosten kommerziell zu reüssieren, sprich, auf dem Markt zu expandieren und ihnen so ihr Geschäft zu verderben, sie am Ende gar vom Markt zu verdrängen.

Und das wiederum hat zur Folge, dass den durch das Wertschöpfungssystem des kommerziellen Geldwerts, der zum industriellen Kapital mutiert ist, vom Markt verdrängten und im Zuge ihres geschäftlichen Ruins um ihre eigenen Arbeitsmittel und persönlichen Produktionsbedingungen gebrachten Handwerkern und Gewerbetreibenden schließlich nichts mehr bleibt als das, was ja die strukturelle Voraussetzung und funktionelle Grundlage eben jenes sie auskonkurrierenden und dislozierenden geldwertigen Wertschöpfungssystems bildet, ihre abstrakte, aller eigenen Arbeitsmittel und persönlichen Produktionsbedingungen bare Arbeitskraft, und sie sich bei Strafe des leiblichen Verhungerns und persönlichen Verkommens gezwungen finden, diese ihre abstrakte Arbeitskraft zu Markte zu tragen, sie dort als mit den anderen Werterscheinungen zwar im industriellen Effekt unverwechselbare, im kommerziellen Prinzip aber ununterscheidbare Werterscheinung feilzubieten und darauf zu hoffen, dass ihr dank der Rationalität seines obsessiven Verlangens nach Verwertung und Effektivität, seines monomanen Strebens nach Vermehrung ebenso unwiderstehlicher wie unaufhaltsamer Konkurrent, das geldwertige Wertschöpfungssystem, sie ihnen gegen einen kontraktlichen Lohn, der ihre materiale Subsistenz gewährleistet, beziehungsweise gegen ein

terminliches Entgelt, das ihre soziale Existenz sichert, abnimmt, um sie sich zu integrieren und Gebrauch von ihr zu machen.
Das von der Obsession seines Verwertungsverlangens getriebene, von der Monomanie seines Vermehrungsstrebens beflügelte geldwertige Wertschöpfungssystem sorgt also durch den Wettbewerbsvorteil alias kommerziellen Erfolg, den seine ebenso quantitativ massierte wie qualitativ diversifizierte Produktion ihm auf dem Markt und in dessen Konkurrenzkampf verschafft, dafür, dass die von den traditionellen Beschränkungen und habituellen Bindungen, in denen ihre handwerklichen Ausüber und gewerblichen Betätiger sie verhalten, abstrahierte beziehungsweise absolvierte Arbeitskraft, die es benötigt, um zu funktionieren und mehr noch zu expandieren, ihm in der klappmechanischen Konsequenz dieses seines Funktionierens und Expandierens in den Schoß fällt und sich zur Verfügung stellt. Durch sein auf menschlicher Arbeitskraft, die es als seinen subjektiven Faktor appropriiert und sich als seine exponentielle Potenz integriert, basierendes Funktionieren und Expandieren sorgt das vom industriellen Kapital betriebene Wertschöpfungssystem demnach quasi automatisch dafür, dass, was diesen für sein Funktionieren grundlegenden Faktor, diese für sein Expandieren maßgebende Potenz betrifft, es ihm an Zustrom nicht gebricht, ihm der Nachschub nicht ausgeht.
Verstärkt wird dabei dieser selbstinduzierte Zustrom an entlohnbarer Arbeitskraft und verstetigt wird ihr Nachschub noch durch als Nebenwirkungen der wirtschaftlichen Entfaltung, der Karriere des geldwertigen Wertschöpfungssystems, anzusehende und sie flankierende beziehungsweise in ihrem Windschatten vor sich gehende gesellschaftliche Entwicklungen, nämlich durch Fortschritte auf agrartechnischem, medizinischem, hygienischem und demographischem Gebiet, dadurch mit anderen Worten, dass eine erfolgreichere und zuverlässigere Lebensmittelversorgung, Krankheitsbekämpfung und Gesundheitspflege zu einem starken Bevölkerungswachstum führen und dass die enge Verknüpfung dieser gesellschaftlichen Fortschritte und der durch sie eröffneten Aussichten auf ein längeres, sorgloseres und erfüllteres Leben mit der urbanen Sphäre, dem Entstehungsort und Entfaltungsraum des geldwertigen Wertschöpfungssystems, in einer breit angelegten Landfluchtbewegung, einem demographischen Zuzug vom Land in die Stadt resultiert, der die dort entstehenden und sich entfaltenden geldwertschöpferischen Unternehmen alias industriekapitalistischen Betriebe mit für ihr Wachstum

und Gedeihen erforderlicher menschlicher Arbeitskraft nicht einfach nur fürs erste versorgt, sondern vielmehr ebenso permanent wie penetrant überversorgt.
Und es ist dies dem kommerziellen Erfolg des geldwertigen Wertschöpfungssystems und den zivilisatorischen Vorteilen, die dessen Heimstätte, die urbane Sphäre, aus solchem Erfolg ziehen, geschuldete fortlaufende und die ersten zwei Jahrhunderte anhaltende Überangebot an menschlicher Arbeitskraft, das den Organisatoren und Betreibern des Systems nun die Handhabe liefert, dem anstoßerregenden Tribut, den aus Sicht des Systems die geldliche Entlohnung der Arbeitskraft darstellt, dem mit seinem systematischen Anspruch eigentlich unvereinbaren Opfer, das das System qua monetäres Entgelt für die Arbeitskraft bringen muss, Paroli zu bieten und den Kampf anzusagen, und ihnen nämlich mit obigen Worten erlaubt, so wenig sich im systematisch-logischen Prinzip an diesem Tribut und Opfer rütteln lassen mag, doch aber mit historisch-empirischer Effektivität daran zu drehen. Als nach Maßgabe ihrer Vereinnahmung und Inanspruchnahme durch den industriellen Geldwert in eine Werterscheinung unter anderen transformiert und als solche zu Markte getragen und dort wie alle anderen Werterscheinungen alias Waren feilgeboten, unterliegt, wie vermerkt, auch die menschliche Arbeitskraft dem allgemeinen Marktgesetz, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, das da besagt, dass, wie bei einem die Nachfrage unterschreitenden Angebot der Preis der betreffenden Ware, ihr aus der Konkurrenz mit ihresgleichen ermittelter Marktwert, steigen, so umgekehrt, im Falle eines die Nachfrage übertreffenden Angebots, der Preis alias Marktwert der Ware sinken muss.
Was für die menschliche Arbeitskraft, die ihre Vereinnahmung und Einverleibung durch den zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwert zur Werterscheinung unter anderen, zur marktgängigen Ware, macht und damit dem allgemeinen Marktgesetz unterwirft, aus dessen Anwendung folgt, liegt auf der Hand. So gewiss im primären Reflex wie im sekundären Effekt der Entfaltung des geldwertigen Wertschöpfungssystems ein ebenso fortlaufendes wie anhaltendes Überangebot an in Lohn zu nehmenden und entgeltlich anzustellenden Arbeitskräften herrscht, also das Angebot an der Ware Arbeitskraft die Nachfrage nach ihr nicht weniger erheblich als ständig übersteigt, so gewiss nutzt das industrielle Kapital dies permanente Ungleichgewicht zwischen Angebot

und Nachfrage, um den Lohn, den es den Individuen schuldet, die ihm ihre Arbeitskraft kontraktlich überlassen, immer weiter zu drücken, das Entgelt, das die Personen von ihm fordern, die ihm ihre Tätigkeit zur terminlich freien Verfügung stellen, zunehmend zu beschneiden, und um so denn den mit dem Geiste der faktorisierten Arbeitskraft, dem Verlangen nach optimaler Verwertung, unvereinbaren Tribut, als den es den Lohn wahrnimmt, das dem Telos ihrer geldwertigen Potenz, dem Streben nach maximaler Vermehrung, widerstreitende Opfer, für das es das Entgelt erkennt, so weit als möglich aus der Welt zu schaffen und ungeschehen zu machen.
Wie immer auch gehemmt oder unterbrochen durch intermittierende Schwankungen auf dem die menschliche Arbeitskraft als wirtschaftliches Gut, als Ware, installierenden Arbeitsmarkt, durch gesellschaftliche oder natürliche Katastrophen, die das Angebot an Arbeitskräften vorübergehend verknappen, oder durch wirtschaftliche Fortschritte und Aufschwünge, die die Nachfrage nach Arbeitskräften zwischenzeitlich verstärken - wie immer auch solchen gesellschaftlich, natürlich und wirtschaftlich bedingten Schwankungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage unterliegend, nimmt unter den Bedingungen einer die Versorgung und vielmehr Überversorgung des industriellen Wertschöpfungssystems mit menschlicher Arbeitskraft nicht nur klappmechanisch-automatisch fundierenden, sondern darüber hinaus zivilisatorisch-demographisch flankierenden Entwicklung das Lohn- und Entgeltsniveau einen Verlauf, bei dem sei's via directa, durch geldliche Entziehung alias verringerten Lohn bei gleicher Arbeitsleistung, sei's modo obliquo, durch sächliche Erpressung alias vermehrte Arbeitsleistung bei gleichem Lohn, der den menschlichen Individuen für die geldliche Faktorisierung ihrer Arbeitskraft gezahlte Tribut, das den leiblichen Personen für die monetäre Potenzierung ihres Leistungsvermögens gebrachte Opfer, sich tendenziell fortschreitend zu einer kaum der Erwähnung werten Bagatelle minimiert, auf eine nebensächliche Kleinigkeit reduziert zeigt.
Was im systematisch-logischen Prinzip der mit den Arbeitern und Angestellten geschlossenen Lohnverträge ein Ding der Unmöglichkeit beziehungsweise ein unerreichbarer Idealzustand ist und bleibt, das wird und entwickelt sich im historisch-empirischen Effekt der die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt nutzenden Artikulation und Ausgestaltung der Lohnverträge bis zum Höhepunkt der ebenso entfesselt wie ungestört

marktwirtschaftlichen, kurz, liberalistischen Karriere des zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwerts, bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts also, zu einem annäherungsweise in die Tat umgesetzten Sachverhalt, einer mit Händen zu greifenden Realität.
Freilich hat die durch sukzessive Lohnsenkungen und progressive Gehaltsminderungen, zu der das permanente Überangebot an menschlicher Arbeitskraft das industrielle Kapital ermächtigt, durchgesetzte Minimierung des für die faktorelle Aneignung der Arbeitskraft zu zahlenden Tributs, für ihre kapitale Potenzierung zu bringenden Opfers, soziale Aus- beziehungsweise Rückwirkungen, die den wirtschaftlichen Triumph, den das industrielle Kapital in Ansehung seines kategorischen Verwertungsimperativs alias absoluten Vermehrungsanspruchs damit feiert, als einen letztlich auch ihm selbst zum Verderben gereichenden und den Garaus machenden gesellschaftlichen Pyrrhussieg auszuweisen drohen. Der lohnförmige Tribut, den der kapitale Geldwert den persönlichen Beschaffern und leiblichen Lieferanten der Arbeitskraft für deren kontraktliche Überlassung und terminliche Abtretung zahlt, das Entgeltsopfer, das er ihnen dafür bringt, ist ja deren Eintrittskarte zum als Veranstaltung des kapitalen Geldwerts firmierenden und, dessen systematischer Entfaltung gemäß, die Präsentation und Distribution der durch die faktorelle und potenziale Arbeitskraft erzeugten Güter und Dienstleistungen zunehmend organisierenden und monopolisierenden Markt, ist mithin dasjenige, was jene persönlichen Beschaffer und leiblichen Lieferanten der Arbeitskraft brauchen, um zu Markte gehen und dort die für ihre materiale Subsistenz und ihre soziale Existenz nötigen Lebensmittel kaufen und Daseinsbedingungen erstehen zu können. Ohne Lohn und Entgelt beziehungsweise mit zu wenig davon finden sich die Betreffenden vom Markt vertrieben und ausgeschlossen und mangels Unterhalts für ihre leibliche Subsistenz und Erhaltung ihrer persönlichen Existenz dazu verdammt, zu verhungern und zu verkommen. Verhungern und verkommen sie aber, dann versagen beziehungsweise entfallen sie auch in ihrer für das kapitale System ebenso empirisch-faktisch grundlegenden wie wegen der tributär-sakrifiziellen Ansprüche, der Forderungen nach geldlichem Lohn alias monetärem Entgelt, die mit ihr verknüpft sind, systematisch-logisch anstoßerregenden Eigenschaft als Beschaffer und Lieferanten menschlicher Arbeitskraft, und das ganze kapitale Gebäude, das auf dem faktorellen Einsatz der letzteren fußende,

auf ihrer zur Ausbeutung potenzierten Nutzung aufbauende industrielle Wertschöpfungssystem, bricht zusammen und geht zugrunde.
Den Zusammenbruch des industriellen Wertschöpfungssystems, den ökonomischen Ruin, aber kann das politische Gemeinwesen, der die bürgerliche Klassengesellschaft organisatorisch repräsentierende, bürokratisch kontrollierende und unionistisch simulierende Staat, unmöglich geschehen lassen. Schließlich sind angewiesen auf die Erzeugnisse des Wertschöpfungssystems, die von ihm kraft faktorisierter und potenzierter menschlicher Arbeitskraft hervorgebrachten materialen Güter und realen Dienstleistungen, ja nicht nur - und nicht einmal in der Hauptsache und zentral, sondern bloß unter ferner liefen und marginal - die individuellen Beschaffer und Lieferanten der Arbeitskraft, die Arbeiter und Angestellten. Auf die Produkte des Wertschöpfungssystems angewiesen ist mehr noch und - was Menge und Vielfalt der subsistenziellen Bedürfnisse und konsumtiven Ansprüche angeht - zumal die für die bürgerliche Gesellschaft mit Fug und Recht namengebende, weil ihr nicht weniger ihre Struktur als ihren Beweggrund verleihende bürgerliche Klasse, jene aus der Bourgeoisie im engeren und aus deren ziviler Klientel im weiteren Sinne bestehenden Teile der Bevölkerung, die, wiewohl nicht mit ihrer Arbeitskraft vom Wertschöpfungsprozess vereinnahmt und als deren Beschaffer und Lieferanten in Lohn genommen und in Brot gesetzt, doch aber dafür, dass sie ihre Arbeitskraft sei‘s in den Dienst der Entfaltung, Ausgestaltung und Verwaltung des Wertschöpfungssystems als solchen stellen, sei‘s für andere als gesellschaftlich nützlich ausgewiesene oder erachtete Okkupationen und Professionen aufwenden und ausüben, ihre Dienste und Bemühungen durch dermaßen erhebliche geldliche Gewinne, die ihnen aus dem industriellen Wertschöpfungssystem zufließen, beziehungsweise durch derart erkleckliche monetäre Honorare, die ihnen die von letzterem unterhaltene zivile Gesellschaft zuwendet, gratifiziert beziehungsweise munifiziert finden, dass sie tatsächlich als dessen originäre Profiteure und primäre Nutznießer dastehen.
Und last not least angewiesen auf die Früchte und Segnungen, die das industrielle Wertschöpfungssystem kraft der von ihm faktorell vereinnahmten und exponentiell eingesetzten menschlichen Arbeitskraft hervorbringt, ist auch der die bürgerliche Klassengesellschaft als politisches Gemeinwesen organisierende, kontrollierende und simulierende Staat selbst, der ganze parallel zur Entfaltung des Wertschöpfungssystems

und in Korrespondenz mit ihm immer weiter expandierte und differenzierte ministeriale und bürokratische Apparat mitsamt der für die Versorgung seines Personals beziehungsweise die Bedienung seiner Belegschaft beanspruchten und beschäftigten Kohorten von realen und sozialen Dienstleistern. Dieser Staatsapparat mit seinem ihm sei's unmittelbar integrierten, sei's mittelbar assoziierten Personal mag in den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft, als er nur erst ein aus vorbürgerlichen Zeiten, aus der territorialherrschaftlichen Geschichte, in die kommunalbürgerliche Gegenwart hineinragender und als absolutistische Herrschaft das feudalistische Unwesen auszutreiben beauftragter leviathanischer Fremdkörper ist, noch dank seiner territorialen Verankerung einigermaßen auf eigenen Füßen stehen, sprich, sich in seinem Etat, seinem ökonomischen Bestand, als halbwegs autark und unabhängig vom bürgerlichen Wertschöpfungssystem behaupten.
Mittlerweile aber hat er in dem Maße, wie es der bürgerlichen Gesellschaft gelungen ist, ihn sich einzugliedern und gefügig zu machen, ihn mit anderen Worten aus einem nur aus herrschaftlicher Eigen- und Großmannssucht mit ihr kollaborierenden absolutistischen Fremdkörper zu einem ausschließlich auf sie fixierten und ihren ökonomischen Interessen und politischen Interessen verpflichteten republikanischen oder gar demokratischen Eigengewächs zu domestizieren und zu kultivieren, seine grundherrliche Eigenständigkeit und die ihr geschuldete wirtschaftliche Unabhängigkeit weitgehend eingebüßt und ist für seinen Bestand, seinen ihm den Unterhalt und den finanziellen Spielraum sichernden Etat, nicht weniger, als die gesellschaftlichen Klassen für ihre materiale Subsistenz und soziale Existenz es sind, angewiesen auf die Funktionsfähigkeit und Leistungskraft des industriellen Wertschöpfungssystems, in seinem Falle also angewiesen auf die fiskalischen Einnahmen und taxalischen Abgaben, die ihm aus den vom System erwirtschafteten Gewinnen, dem Mehrwert, den die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft schöpft, zufließen und mit denen das System ihm seine organisatorischen Repräsentationsaufgaben, bürokratischen Kontrollfunktionen und unionistischen Simulationsleistungen vergütet.

Die Umverteilungspolitik, die der Staat verfolgt, um die biologische und soziale Basis des Wertschöpfungssystems zu erhalten, schmeckt weder den kapitalen Verwendern der Lohnarbeitskraft noch deren Beschaffern. Letztere, gereift zur gewerkschaftlichen Solidargemeinschaft und zum gesellschaftlichen Interesseverband, zielen auf eine revolutionäre Abschaffung und Neubegründung des Wertschöpfungssystems, erstere auf eine reaktive Vermeidung der Einbußen an Mehrwert, die ihnen die staatliche Umverteilungspolitik zumutet.

Es ist also ebenso sehr auf seine substantielle Basis, die bürgerliche Gesellschaft, bezügliche Fürsorgepflicht wie sein institutionelles Ergehen, seinen Wohlstand alias Etat, betreffendes Eigeninteresse, was den Staat motiviert und regelrecht zwingt, den Bemühungen des industriellen Kapitals um exzessive Minimierung und weitestmögliche Annullierung des für die Faktorisierung und Potenzierung menschlicher Arbeitskraft zu zahlenden Tributs und zu bringenden Opfers so weit entgegenzuwirken und Einhalt zu gebieten, dass diese Bemühungen nicht auf die materiale Zerstörung der leiblichen Beschaffer und soziale Vernichtung der persönlichen Lieferanten der Arbeitskraft und damit aber auf den in Ermangelung der letzteren unvermeidlichen Kollaps und Ruin des industriellen Wertschöpfungssystems als solchen hinauslaufen. Verstärkt wird die Motivation des Staats, sich einzumischen, beziehungsweise verschärft wird der Zwang zur Intervention, unter dem er steht, noch dadurch, dass die Lohnarbeiterschaft und das Heer entgeltsabhängiger Angestellter, konfrontiert mit dem Schicksal materialen Verhungerns und sozialen Verkommens, das der als Arbeitgeber posierende Nehmer ihrer Arbeitskraft, das nach idealer Eigenverwertung alias optimaler Selbstvermehrung strebende Kapital, für sie bereithält, aufbegehren und sich zur Wehr setzen, will heißen, durch gewerkschaftliche Streiks und gesellschaftliche Unruhen, dadurch also, dass sie betrieblich die Arbeit verweigern und notfalls auch öffentlich auf die Barrikaden zu gehen bereit sind, ihrem Anspruch auf eine auskömmliche Subsistenz und gedeihliche Existenz, ihrer Forderung mit anderen Worten nach Lohnzahlungen und Entgelten, von denen sich leben lässt, und nach Arbeitsbedingungen, die die obligate Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft nicht zur desperaten Zerstörung der leiblichen Grundlage und des persönlichen Daseins der letzteren geraten lässt, Nachdruck und Durchschlagskraft verleihen.

Angesichts dieser Kombination aus ökonomisch-realer Selbstdemontage, die das industrielle Kapital dadurch betreibt, dass es die Beschaffer

und Lieferanten seiner faktorellen Potenz, der menschlichen Arbeitskraft, in materielle Not und ins existenzielle Verderben stürzt, und politisch-sozialem Widerstand, den es bei den Betroffenen damit provoziert, bequemt sich nun also die organisatorische, bürokratische und unionistische Verkörperung des Gemeinwesens, der Staat, zur Intervention und bemüht sich, durch Beschränkung oder zumindest Ermäßigung der vom Kapital geübten haltlosen, weil aufs ideale Ganze gehenden und zum optimalen Äußersten entschlossenen Ausbeutungspraxis beziehungsweise durch Reparation oder wenigstens Kompensation der materialen Not, die solch haltlose Ausbeutungspraxis schafft, und der sozialen Schäden, die sie anrichtet, teils dem industriellen Wertschöpfungssystem seine humane Substanz alias personelle Basis zu erhalten, teils letztere davon abzubringen, dem Wertschöpfungssystem in specie und der auf ihm fußenden bürgerlichen Gesellschaft in genere den sozialrevolutionären Prozess zu machen oder gar zum Bürgerkrieg eskalierende klassenkämpferische Gewalt anzutun. Wiewohl gleichermaßen konstitutionell und institutionell, nach Maßgabe sowohl seiner finanziellen Begründung als auch seiner personellen Ausstattung, der bürgerlichen Klasse beziehungsweise deren ökonomischer Substanz, dem zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwert, verpflichtet und verhaftet, entschließt sich der bürgerliche Staat ab Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zu einer gewissen Distanzierung vom liberalistisch entfesselten Treiben seiner finanziellen Trägerin und personellen Ausstatterin und unternimmt es in eigener Verantwortung und Regie, Abhilfe für die schlimmsten materialen Nöte und gravierendsten sozialen Schäden zu schaffen, die solch liberalistisches Treiben den Lohnarbeitenden und Entgeltsabhängigen bereitet und zufügt, deren faktorisierte und potenzierte Arbeitskraft das industrielle Wertschöpfungssystem, die alle Lohnzahlung als vertragsbrüchigen Tribut, jegliche Entgeltsleistung als sinnwidriges Opfer scheuende Mehrwerterzeugungsmaschine, betreibt und unterhält.

Teils durch arbeitsgesetzlich-direkte Bestimmungen, dadurch, dass er per Beschränkungen der Arbeitszeit und Reglementierungen der Arbeitsbedingungen der Ausbeutungspraxis Zügel anlegt und darüber hinaus den Lohnarbeitenden und Entgeltsabhängigen das Recht einräumt, sich betrieblich-gewerkschaftlich zu organisieren und politisch-demokratisch

zu formieren und so den Nehmern ihrer Arbeitskraft als wehrhafte gesellschaftliche Macht, als solidarische Klasse, zu begegnen, teils durch sozialstaatlich-indirekte Maßnahmen, dadurch, dass er mittels allgemeiner Renten- und Krankenversicherung, Sozialhilfe und Förderung karitativer Einrichtungen der prekären Subsistenz der Lohnarbeitenden und Entgeltsabhängigen aufzuhelfen und ihre bedrohte Existenz abzusichern unternimmt - durch dies beides verfolgt der Staat eine Strategie, die sich cum grano salis, unter der Kautel nämlich, dass sie ja wesentlich und primär im wohlverstandenen Interesse des extraktiven Mehrwertschöpfungssystems liegt und nämlich ihm seine Funktionsfähigkeit und Effektivität zu erhalten und zu gewährleisten dient, als eine der ausgebeuteten Lohnarbeiterschaft zugute kommende Umverteilungspolitik bezeichnen lässt, die, indem sie letzterer Luft zum Atmen verschafft und Mut zum Leben einflößt, in der Tat verspricht, sowohl dem letztlich selbstzerstörerischen Streben des industriellen Kapitals nach exzessiver Minimierung und weitestmöglicher Annullierung des den leiblichen Beschaffern und persönlichen Lieferanten des Faktors Arbeitskraft zu zahlenden Tributs oder zu bringenden Opfers einen Riegel vorzuschieben, als auch der sozialrevolutionären Unruhe und Kampfbereitschaft, in die ihre ins Extrem getriebene Ausbeutung die Betreffenden versetzt, den Stachel zu ziehen.

Ob allerdings solch sozialstaatliche Umverteilungspolitik halten kann, was sie verspricht, und dem industriellen Wertschöpfungssystem die gewünschte Stabilität und Kontinuität zu sichern vermag, scheint bei näherem Hinsehen mehr als fraglich! Weder die unter staatlicher Duldung, wo nicht gar Förderung, zur Klasse organisierte Lohnarbeiterschaft noch das in seinem liberalistischen Profitmaximierungselan gebremste und sozialstaatlicher Mäßigung und Reglementierung unterzogene industrielle Kapital zeigen nämlich die Bereitschaft, sich mit den staatlichen Vergleichs- und Schlichtungsbemühungen abzufinden und zufrieden zu geben.

Was die organisierte Lohnarbeiterschaft betrifft, so hat sie mittlerweile ein notgedrungen und elendsgehärtet klares Bewusstsein von der revolutionären Macht und durchschlagenden Wirkung, die ihre vom industriellen Wertschöpfungssystem ihr kontraktlich abgekaufte und terminlich entwendete Arbeitskraft als dessen faktorelle Causa und exponentielle Potenz entfaltet und ausübt. Sie korrigiert oder vielmehr substituiert

deshalb ihre Ansprüche auf Rückgabe des ihnen per ausbeuterische Arbeitsbedingungen und erpresserische geldliche Abfindungen entzogenen beziehungsweise vorenthaltenen Lohns und Entgelts für ihre Arbeitskraft durch die Forderung nach Herausgabe und Übernahme des mittels ihrer Arbeitskraft geschaffenen und betriebenen industriellen Wertschöpfungssystems selbst. Mit dem Fug und Recht der buchstäblich grundlegenden Bedeutung, die die durch das industrielle Wertschöpfungssystem faktorisierte und potenzierte Arbeitskraft für dessen Etablierung hat, und der wortwörtlich tragenden Rolle, die sie bei seiner Einrichtung und Entfaltung spielt, kündigt die politisch-ökonomisch klug gewordene und aufgrund ihrer Vereinigung zur gewerkschaftlichen Solidargemeinschaft zum gesellschaftlichen Interessenverband avancierte Lohnarbeiterschaft als Kollektiv den von ihren individuellen Mitgliedern mit dem industriellen Kapital geschlossenen Arbeitskontrakt und vereinbarten Liefertermin und erhebt uno actu ihres Anspruchs auf Zurücknahme und Wiederaneignung ihrer Arbeitskraft die Forderung nach Auslieferung und Abtretung eben des industriellen Wertschöpfungssystems, das diese ihre Arbeitskraft geschaffen und ins Werk gesetzt hat.

Was das industrielle Kapital mit der ihnen kontraktlich abgekauften und terminlich entwendeten Arbeitskraft angefangen und aus ihr gemacht hat, nämlich deren Zurichtung zum produktivkräftig-konstitutiven Faktor des von ihr geschaffenen Wertschöpfungssystems, ihre Entfesselung zur exponential-kreativen Potenz einer durch sie bewerkstelligten Maschinerie zur Erzeugung von wertverkörpernden Gütern und Dienstleistungen, das lässt nun das Korps der leiblichen Beschaffer und persönlichen Lieferanten der Arbeitskraft, das zur gesellschaftlichen Klasse formierte lohnarbeiterschaftliche Kollektiv, als Resultat gelten und sich zur Lehre dienen und kapriziert sich, das Lohnarbeits- und Entgeltsleistungsverhältnis, das sie an den zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwert bindet, ebenso generell und umfassend beendend wie bedingungs- und fristlos kündigend, darauf, zusammen mit ihrer faktorisierten und potenzierten Arbeitskraft auch deren Schöpfung und Werk, das der Faktorisierung der Arbeitskraft als Kreation sui generis entspringende, aus ihrer Potenzierung zur Produktionskraft als opus magnum hervorgehende Wertschöpfungssystem selbst, zu übernehmen und sich zu eigen zu machen, um es ebenso sehr zum eigenen Wohl

und Nutzen zu gebrauchen, wie in eigener Verantwortung und Regie zu betreiben.

Notabene bezieht sich dabei das ëigen“ nicht mehr auf die individuellen Beschaffer und singularen Lieferanten der Arbeitskraft, sondern auf sie als gewerkschaftliches Korpus, als solidarisches Kollektiv, eben als Lohnarbeiterschaft. Wie ihre Arbeitskraft, die sie mitsamt dem von ihr geschaffenen produktiven System dem zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwert zu entziehen und in eigener Verantwortung und Regie zu nutzen und zu betreiben beanspruchen, durch die Zeit, die sie in lohnkontraktlich-entgeltsterminlichen Diensten des letzteren zugebracht hat, wesentlich geprägt und nämlich als im Verstand des Verwertungsimperativs und Vermehrungszwangs des Geldwerts faktorisierte und potenzierte Produktionskraft quasi nicht mehr wiederzuerkennen ist, so finden sich auch sie, die die Arbeitskraft ausübenden Lohnarbeiter und betätigenden Entgeltsempfänger, durch jene Zeit, in der sie dem permanenten Profitmaximierungs- alias Lohnminimierungsdruck des industriellen Kapitals ausgesetzt und in Reaktion darauf gezwungen sind, sich als ökonomisches Kollektiv zu organisieren, als soziale Klasse zu solidarisieren und als politische Einheit zu artikulieren, in ihrer empirischen Wahrnehmung ebenso fundamental verwandelt wie in ihrem historischen Ausblick radikal erneuert.

Deshalb betrachten sie die das ganze Wertschöpfungssystem implizierende, es als ihr selbstloses Werk und objektives Vollbringen reklamierende Zurücknahme und Wiederaneignung ihrer Arbeitskraft auch beileibe nicht als eine Art von Reprivatisierung, als Wiedereinführung beziehungsweise Wiederherstellung von durch die bürgerliche Gesellschaft verdrängter und romantisch verklärter handwerklich-korporativer Eigenständigkeit und gewerblich-kommunaler Selbstbestimmung, sondern als eine beispiellos originale Sozialisierungsinitiative, als einen Akt veritabler gesellschaftlicher Neugründung, den sie, die Ausüber und Betätiger der via Faktorisierung und Potenzierung zur gesellschaftlichen Produktionskraft aufgehobenen menschlichen Arbeitskraft, kraft des hiernach explizit von ihrem Kollektiv in eigener Verantwortung und Regie betriebenen und betätigten und damit aber aus einem Unternehmen zur Schöpfung von mehrwertigem, wiederum als Kapital verwendbarem Wert in eine Einrichtung zur Erzeugung und Erbringung von materialen Gütern und realen Dienstleistungen, die partout nur für die Befriedigung menschlicher

Bedürfnisse und die Erfüllung gesellschaftlicher Erfordernisse gebraucht werden, verwandelten wirtschaftlichen Systems vollziehen.

Als durch ihren Kampf um materiale Subsistenz und soziale Existenz zum solidargemeinschaftlichen Kollektiv assoziierte Klasse erachten die den Lohnkontrakt und Entgeltstermin, der ihre Arbeitskraft dem industriellen Kapital überlässt und zur freien Verfügung stellt, widerrufende und aufhebende Zurücknahme und Wiederaneignung dieser ihrer Arbeitskraft als synonym mit einem gesellschaftlichen Neugründungsakt, einem von Grund auf novellierten Gesellschaftsvertrag, dessen Dreh- und Angelpunkt darin besteht, dass er die Organisation und das Funktionieren der Gesellschaft geradenwegs aus eben jener Aufgabe einer Befriedigung der materialen Bedürfnisse und Erfüllung der sozialen Erfordernisse derer resultieren zu lassen beansprucht, die für das industrielle Wertschöpfungssystem arbeiten und tätig sind, statt sie umständlich aus dem Verwertungsimperativ und Vermehrungszwang des kommerziellen Geldwerts herzuleiten, der das industrielle Wertschöpfungssystem initiiert hat und bislang okkupiert.

Wie könnte diese fundamentale, weil den subsistenziellen Bedürfnissen und existenziellen Ansprüchen des arbeiterschaftlichen Kollektivs, das Gesellschaft materialiter trägt und sozialiter untermauert, entspringende und letzteres damit aus einem selbstlosen Träger, einem willfährigen Atlas des Gemeinwesens zu dessen maßgebendem Gestalter, seinem selbstbewussten Herkules zu emanzipieren bestimmte Reorganisation und Umfunktionierung des Sozialkorpus noch irgend verträglich und überhaupt vereinbar sein mit der als bürgerliche herrschenden gesellschaftlichen Ordnung, die sich ja vielmehr jener gegenteiligen Herleitung aus dem zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwert und dessen Verwertungsverlangen alias Vermehrungsstreben verdankt und damit Ausdruck und Besiegelung eben der das arbeiterschaftliche Kollektiv per expropriative Faktorisierung und extraktive Potenzierung seiner Arbeitskraft in Not und Elend stürzenden Lohnsklaverei und Entgeltsabhängigkeit ist, die sich letzteres doch gerade aufzukündigen entschließt und aus der es sich zu befreien sucht.

So gewiss es dem arbeiterschaftlichen Kollektiv, das sich unter dem repressiven Druck industriekapitalistischer Ausbeutung und in Reaktion auf deren extraktive Zurichtung formiert hat, mit seinem Projekt einer

sozialistischen, den eigenen materialen Bedürfnissen und sozialen Erfordernissen entsprechenden und Genüge leistenden Solidargemeinschaft ernst ist, so gewiss muss das Kollektiv dem bestehenden bürgerlichen Sozialverband mit dem für ihn konstitutiven klassenbildenden Konzept eines primär und wesentlich der Verwertung des kommerziellen Geldwerts alias Vermehrung des industriellen Kapitals verpflichteten und in dieser seiner obsessiven Bestimmung beziehungsweise monomanen Fixierung nolens volens in der Exploitation und Privation der Produzenten resultierenden Produktionsprozesses die Gefolgschaft aufsagen und muss sich nicht nur für eine radikale Abkehr von ihm einsetzen, sondern mehr noch für seine revolutionäre Abschaffung stark machen.

Dass unter diesen radikalen Auspizien und aus dieser revolutionären Perspektive der von der Lohnarbeiterschaft projektierten Abschaffung und Ersetzung des bürgerlichen Staatswesens, einer Verwertungsgesellschaft, die partout nur für die Vermehrung des qua Güter und Dienstleistungen produzierten Werts da ist, durch ein sozialistisches Gemeinwesen, eine Gütergemeinschaft, die nichts anderes als die Versorgung und Befriedigung der Produzenten mit den von ihnen erzeugten Gütern und erbrachten Leistungen bezweckt - dass unter solchen Auspizien und aus solcher Perspektive die unter dem Eindruck der materialen Nöte und sozialen Konflikte, die die Profitmaximierungs- alias Lohnminimierungsstrategie des liberalistisch entfesselten industriellen Kapitals heraufbeschwört, vom bürgerlichen Staat unternommenen umverteilungspolitischen Anstrengungen, seine Bemühungen, der Lohnarbeiterschaft unter die Arme zu greifen und ihr direkt, durch Beschränkung der Ausbeutungspraxis, und indirekt, durch sozialstaatliche Vorkehrungen und sozialhelferische Zuwendungen, einen halbwegs zuträglichen Lebensunterhalt und ein einigermaßen passables Sozialleben zu ermöglichen - dass diese umverteilungspolitischen Anstrengungen des Staats, seine Bemühungen um ein der vernichtenden Ausbeutungspraxis des industriellen Kapitals zu begegnen und den Stachel zu ziehen geeignetes Mindestmaß an materialer Sicherheit und sozialem Ausgleich, bei der Adressatin, der Lohnarbeiterschaft selbst, nur wenig Anklang finden, geschweige denn große Begeisterung wecken, und schwerlich geeignet sind, sie von ihrem Projekt einer radikalen Abschaffung des bürgerlichen Staatswesens und seiner revolutionären Ersetzung durch ein sozialistisches Gemeinwesen abzubringen, lässt sich ohne Weiteres einsehen.

Dabei ist freilich die Lohnarbeiterschaft nicht die einzige, die willens ist, den ihr geltenden Bemühungen des Staats um materiale Sicherheit und sozialen Ausgleich, seiner auf die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Wertschöpfungssystems und auf die Gewährleistung des sozialen Friedens zielenden Umverteilungspolitik, die kalte Schulter zu zeigen und als einer ihrem wahren Bedürfnis nach Selbstversorgung und ihrem eigentlichen Anspruch auf Selbstbestimmung nicht im Entferntesten genügenden Initiative eine Absage zu erteilen. Nicht weniger als sie zeigt sich nämlich auch ihr Kontrepart, der zum industriellen Kapital mutierte kommerzielle Geldwert, entschlossen, sich der staatlichen Umverteilungspolitik zu verweigern und sie als seinem wahren Interesse und eigentlichen Ziel widerstreitendes Ansinnen zurückzuweisen. Und das aus sub specie dieses wahren Interesses und eigentlichen Ziels gutem Grund!

Schließlich dreht sich bei dem zum Kapital mutierten Geldwert alles darum, dem per Faktorisierung und Potenzierung menschlicher Arbeitskraft als Ausbeutungsmaschine betriebenen industriellen Wertschöpfungssystem ein Optimum an kapitaler Verwertung alias Maximum an geldwertiger Vermehrung abzunötigen, sprich, aus dem System so viel auf dem Markt als sein Profit realisierbaren Mehrwert, wie irgend möglich herauszuschlagen. Und schließlich droht die staatliche Umverteilungspolitik dieses kapitale Interesse alias monetäre Ziel, wenn schon nicht überhaupt zu durchkreuzen, so ihm jedenfalls doch ernstlich Abtrag zu tun, weil sie zu ihrer Finanzierung auf eben jenen den Beschaffern und Lieferanten der Arbeitskraft, den Lohnarbeitern und Dienstleistern, abgepressten Mehrwert angewiesen ist, auf ihn sei's direkt oder indirekt zurückgreifen muss, indem sie sei's den Schöpfern des Mehrwerts das Recht einräumt beziehungsweise die Handhabe bietet, via gewerkschaftlichen Arbeitskampf und gesetzliche Regelungen der Ausbeutungsbedingungen mehr von dem Mehrwert, den sie geschöpft haben, zu reklamieren und sich zurückzuholen, sei's auf fiskalischem und taxalischem Weg dafür sorgt, dass mehr von dem Mehrwert in staatliche Hand gelangt und dem Staat zur Verfügung steht, um durch sozialpolitische Vorkehrungen und sozialhelferische Zuwendungen die Schöpfer des Mehrwerts subsistenziell besserzustellen und ihnen existenziell aufzuhelfen. So oder so läuft jedenfalls die staatliche Umverteilungspolitik dem Grundmotiv des zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwerts, dessen Verlangen nach optimaler Verwertung der faktorisierten Arbeitskraft, zuwider,

geht sie zu Lasten seines prinzipiellen Beweggrunds, seines Strebens nach maximaler Vermehrung des in Gestalt von Gütern und in Form von Dienstleistungen durch die potenzierte Arbeitskraft geschöpften und wiederum als industrielles Kapital einsetzbaren Mehrwerts, und deshalb ist sonnenklar, dass ihm, dem industriellen Kapital, solch staatliche Umverteilungspolitik ein Gräuel und Anathema sein muss.

Um den Einbußen an Mehrwert, die mit der staatlichen Umverteilungspolitik einhergehen, zu wehren, lässt das Kapital die der menschlichen Arbeitskraft durch ihre Vereinnahmung als kapitaler Faktor induzierte Rationalität und Instrumentalität systematisch-verstärkt auf die sächlichen Arbeitsmittel übergreifen und verschiebt das Schwergewicht von der biologisch-organischen Ausbeutung ersterer auf die mechanisch-technische Nutzung letzterer. Diese Verschiebung von der organischen Energie der Arbeitskraft zum technischen Ingenium der Arbeitsmittel hat für die Arbeitenden entlastende und entspannende Folgen.

Offen gegen die staatlichen Umverteilungsbemühungen aufbegehren und sich ihnen geradewegs verweigern kann das industrielle Kapital beziehungsweise das von ihm beseelte und es verkörpernde Wertschöpfungssystem freilich nicht. Oberflächlich oder rein funktionell gesehen, ist ihm das verwehrt, weil es ja der vom Staat repräsentierte und artikulierte gesamtgesellschaftliche Wille beziehungsweise das von ihm simulierte und prätendierte Gemeinwesen ist, was die Umverteilungspolitik gesetzgebend und amtsverordnend zu dessen Sache macht. Und tiefschürfender oder strukturell betrachtet, verbietet sich dem industriellen Kapital der offene Widerstand, weil die sozialstaatliche Politik tatsächlich der einzige gangbare Weg ist, dem in seiner liberalistisch-obsessiven Profitmaximierungs- alias Lohnminimierungsstrategie beschlossenen Verderben der leiblich-persönlichen Beschaffer und Lieferanten der das Wertschöpfungssystem tragenden menschlichen Arbeitskraft und dem aus solchem Verderben konsequierenden Ruin sowohl des Wertschöpfungssystems selbst als auch der mit ihm stehenden und fallenden bürgerlichen Gesellschaft insgesamt wenn nicht auf Dauer zu entrinnen, so doch fürs erste und vorläufig die Spitze abzubrechen und Einhalt zu gebieten.

Mag aber auch dem industriellen Kapital der Weg des offenen und direkten Widerstands gegen die staatliche Umverteilungspolitik versperrt

sein, sein von seinem innersten Wesen, dem Verlangen nach optimaler Verwertung alias Streben nach maximaler Vermehrung, gespeister Widerwille gegen die Abstriche am Mehrwert und folglich Einbußen an Profit, die letztere ihm zumutet, sind stark genug, um es mit aller ingeniöser Macht und mit allen innovativen Mitteln auf eine verdeckte und indirekte Möglichkeit sinnen zu lassen, jene umverteilungspolitisch induzierten Abstriche am Mehrwert zu kompensieren und zu reparieren beziehungsweise die dadurch bedingten Einbußen an Profit wett- und wiedergutzumachen. Und diese Möglichkeit findet das industrielle Kapital in einem Wirkmechanismus, der mit der es gleichermaßen begründenden und bedingenden Faktorisierung und Potenzierung menschlicher Arbeitskraft von Anfang an Hand in Hand geht und der, solange der energetischen beziehungsweise chronischen Ausbeutung der letzteren, ihrer liberalistisch entfesselten Verwendung, kein Maß gesetzt und keine Grenzen gesteckt sind, sich noch mit der Rolle einer ebenso nützlichen wie glücklichen Begleiterscheinung, einer ebenso willkommenen wie unbeabsichtigten nebensächlichen Konditionierung bescheidet, der aber nun, da sozialstaatliche Vorkehrungen und Maßnahmen die auf die menschliche Arbeitskraft konzentrierte Ausbeutungspraxis maßregeln und beschränken, vom industriellen Kapital, das um seinen Mehrwert beziehungsweise seinen daraus zu ziehenden Profit fürchtet, als probates Antidot gegen die durch die sozialstaatliche Wendung erzwungenen Abstriche am Mehrwert und Einbußen an Profit ins Zentrum des Augenmerks gerückt wird und das damit rasch zu einem ebenso grundlegenden Element wie richtungweisenden Strategem industrieller Wertschöpfung avanciert.

Gemeint mit der Rede vom Wirkmechanismus ist dabei die Rückwirkung der Faktorisierung und Potenzierung menschlicher Arbeitskraft, genauer gesagt, der in solcher Faktorisierung und Potenzierung implizierten Abstraktion und Dissoziation der Arbeitskraft von den Interessen und Intentionen ihrer Ausüber und Betätiger und ihrer Ausrichtung stattdessen auf das obsessive Verwertungsverlangen beziehungsweise Zurichtung durch das monomane Vermehrungsstreben ihres kontraktlichen Käufers alias terminlichen Erwerbers, des zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwerts - gemeint ist also die Rückwirkung dieser faktorellen Ausrichtung und exponentiellen Zurichtung der menschlichen Arbeitskraft auf die sächlichen Mittel und technischen

Verfahren, die Apparaturen und Prozeduren, deren die Arbeitskraft sich bedient und die sie verwendet beziehungsweise anwendet, um aus natürlichen Stoffen und Kräften gesellschaftliche Güter zu erzeugen und Leistungen zu erbringen, oder vielmehr nutzt, um Sinnenwirklichkeit alias dingliches Dasein in Werterscheinungen alias Sachwerte zu verwandeln.

Die der menschlichen Arbeitskraft durch ihre obsessive Fixierung auf geldwertige Verwertung, ihre monomane Konzentration auf monetäre Vermehrung induzierte Zielstrebigkeit und Sachdienlichkeit, sprich, Rationalität und Instrumentalität, sie greift über und erstreckt sich auch auf die Arbeitsmittel und Arbeitsprozeduren, die Werkzeuge und Herstellungsverfahren, die für den Wertschöpfungsprozess eingesetzten Maschinen und Methoden, und macht, dass letztere einer in ihrem Aufbau beziehungsweise ihrer Anordnung Gestalt gewinnenden beziehungsweise Ausdruck findenden immer präziseren Ausrichtung auf und immer perfekteren Zurichtung für jenen obsessiven Verwertungs- alias monomanen Vermehrungszweck unterliegen wie die Arbeitskraft selbst und also zu dem Mehr an Wert, den deren chronisch entgrenzte und energetisch entfesselte Ausbeutung dem industriellen Kapital zu erwirtschaften ermöglicht, einen, was die Quantität und Diversität der produzierten Werterscheinungen, den Umfang und die Vielzahl der erzeugten Güter und erbrachten Dienstleistungen betrifft, tendenziell immer größeren Beitrag leistet und einen immer erheblicheren Anteil liefert.

Solange freilich der primäre Fokus des zum industriellen Kapital mutierten kommerziellen Geldwerts auf der organisch-persönlichen Arbeitskraft der auf Lohnarbeiter und Entgeltsempfänger reduzierten Handwerker und Gewerbetreibenden liegt und sie im Zentrum seines als Wertschöpfungssystem firmierenden Unternehmens zur Erwirtschaftung von Mehrwert alias Ausbeutungsbetriebes zur Erzielung von Profit steht, bleibt jener mechanisch-sächliche Beitrag, den die Werkzeuge und Herstellungsverfahren zur Mehrwertschöpfung leisten, jener innovativ-technische Anteil, den sie am Ausbeutungsprozess haben, so sehr er als in der Logik der faktorellen Ausrichtung der Arbeitskraft auf den Verwertungsimperativ des Geldwerts, ihrer exponentiellen Zurichtung durch dessen Vermehrungszwang zwangsläufig einbegriffene Komponente von Anfang an gegeben und aus der kapitalistischen Entwicklung definitiv nicht

wegzudenken ist, doch aber ein ebenso nebensächlicher wie nachgeordneter Aspekt, bleibt er ein verwertungspraktischer Nebenschauplatz, ein flankierendes Geschehen, das dem industriellen Kapital als Parallelaktion ebenso kontingent widerfährt und wildwüchsig aufstößt, wie es ihm als Komplementärprozess zupass kommt und willkommen ist.

Jetzt aber, da der Staat sich dazu bequemt, der liberalistischen Verwertung alias entfesselten Ausbeutung der organisch-persönlichen Arbeitskraft wegen der kontraproduktiv-fatalen Folgen, die solche Ausbeutung für deren organische Beschaffer und persönliche Lieferanten, die Lohnarbeiter und Entgeltsempfänger, hat, Schranken zu setzen und entgegenzuwirken, und da die nolens volens zu einer wie immer auch zögerlichen Umverteilungspolitik geratenden staatlichen Reparations- und Kompensationsbemühungen dem produktionsbetrieblichen Mehrwert, den das als unternehmerisches Subjekt firmierende industrielle Kapital aus der Verwertung der Arbeitskraft zieht, beziehungsweise dem marktwirtschaftlichen Profit, den es aus ihrer Ausbeutung schlägt, erheblichen Ein- und schmerzlichen Abtrag zu tun drohen - jetzt also verschiebt das industrielle Kapital den Schwerpunkt seiner Ausbeutungspraxis, seiner Bemühungen um die Erzielung eines Optimums an Mehrwert und Maximums an Profit, mehr und mehr von der menschlichen Arbeitskraft auf die sächlichen Arbeitsmittel, anders gesagt, von der organischen Produktionskraft ersterer auf die technische Produktivkraft letzterer, weil es nämlich hofft, auf diese Weise die Verluste an Mehrwert und Einbußen an Gewinn, die ihm die umverteilungspolitische Beschränkung der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft alias organischer Energie zumutet und zufügt, durch die Schwerpunktverlagerung des Wertschöpfungsprozesses auf die Ausnutzung sächlicher Produktivkraft alias technischen Ingeniums wettmachen beziehungsweise kompensieren zu können.

Was die materialen Ergebnisse und realen Errungenschaften dieser Schwerpunktverlagerung weg von der menschlichen Produktionskraft hin zur sächlichen Produktivkraft betrifft, dieser schwerwiegenden Akzentverschiebung, die die Technisierung des Wertschöpfungssystems aus einer wildwüchsig verlaufenden Parallelaktion des kapitalistischen Procedere zu dessen zielstrebig geplanter Haupthandlung erhebt und in einer fortschreitenden Mechanisierung und Maschinisierung der Produktionsmittel beziehungsweise Rationalisierung und Automatisierung der Produktionsverfahren resultiert - was also den materialen und realen

Effekt dieser Schwerpunktverlagerung betrifft, was die Gütermasse und Dienstleistungskapazität, der sie den Boden bereitet, angeht, so erweist sie sich in der Tat als voller Erfolg, um nicht zu sagen, als durchschlagender Triumph. Das, womit die staatliche Umverteilungspolitik durch die Abstriche am Mehrwert beziehungsweise Einbußen an Profit, die sie für ihre Finanzierung erfordert, das Wertschöpfungssystem des industriellen Kapitals ökonomisch-real zu bedrohen scheint, die Gefahr nämlich einer Hemmung und Verlangsamung des Mehrwert schöpfenden Wertschöpfungsprozesses, die Gefahr, mit anderen Worten, dass Mangel an kapitalisierbarem Mehrwert das Wachstum und die Entfaltung des Wertschöpfungssystems, die Schöpfung weiterer und vermehrter wertverkörpernder Güter und Leistungen, beschränkt und beschneidet beziehungsweise deren Masse und Vielfalt stagnieren oder gar regredieren lässt - diese Gefahr gelingt es dem industriellen Kapital erfolgreich zu bannen, um nicht zu sagen, effektiv ad absurdum zu führen.

Dank der technischen Produktivkraft, mit der sich die menschliche Produktionskraft unterfüttert und armiert findet, zeigen sich die Hemmungen und Beschränkungen, die der Entfaltung und dem Wachstum des ausbeuterischen Wertschöpfungssystems von Seiten einer an dem Mehrwert, den es erwirtschaftet, sich bedienenden beziehungsweise am Profit, den es erzielt, sich schadlos haltenden staatlichen Umverteilungspolitik zu drohen scheinen, nicht etwa nur markant neutralisiert und aus der Welt geschafft, sondern mehr noch massiv überkompensiert und geradezu lächerlich gemacht, und entwickelt sich tatsächlich der industrielle Ausbeutungsbetrieb, weit entfernt davon, unter dem Schröpfkopf der staatlichen Umverteilungspolitik zu schwächeln und zu leiden, vielmehr zu einem florierenden, um nicht zu sagen hypertrophierenden Großunternehmen, das aus eben jenem schröpfenden Zugriff des Staates Entfaltungskraft und Wachstumsenergie schöpft und, was die Wertverkörperungen und Werterscheinungen, die es in die Welt setzt, die Masse und Vielfalt an erzeugten Gütern und erbrachten Dienstleistungen, betrifft, sich als ein veritables Füllhorn, eine schier unerschöpfliche Wundertüte erweist.

Dass die Schwerpunktverschiebung von der organischen Energie der Arbeitskraft zum technischen Ingenium der Arbeitsmittel und Produktionsverfahren die objektiven, ökonomisch-realen Befürchtungen des Kapitals, die staatliche Umverteilungspolitik werde sich wachstumshemmend

und entfaltungsverkrüppelnd auf den Wertschöpfungsprozess auswirken, als nicht nur unbegründet, sondern regelrecht irreführend erweist, bedeutet indes nicht, wie auf den klappmechanisch-konsequenzzieherisch ersten Blick vielleicht zu erwarten, dass auch die projektive, politisch-soziale Hoffnung, die der Staat mit seiner Umverteilungspolitik verbindet, die Hoffnung nämlich auf eine den Burgfrieden in der bürgerlichen Gesellschaft zu erhalten taugliche hinlängliche materiale Versorgung und ausreichende soziale Sicherung der die faktorelle Substanz und exponentielle Potenz des Wertschöpfungssystems beschaffenden und liefernden Lohnarbeiterschaft sich entsprechend konterkariert und durchkreuzt findet. Ganz im Gegenteil: die Versächlichung und Technisierung des Wertschöpfungsprozesses, seine, wenn man so will, Entmenschlichung und Rationalisierung zeigt sich geeignet, jene mit der staatlichen Umverteilungspolitik verknüpfte Hoffnung auf die Gewährleistung der materialen Subsistenz und die Sicherung der sozialen Existenz der leiblichen Beschaffer und persönlichen Lieferanten menschlicher, das faktorelle A und exponentielle O des Wertschöpfungssystems bildender Arbeitskraft zu bewahrheiten und zu verwirklichen. So sehr der Schwerpunktwechsel von der Ausbeutung organischer Produktionskraft zur Ausnutzung technischer Produktivkraft, den das industrielle Kapital in Reaktion auf die staatliche Umverteilungspolitik vollzieht, der ökonomisch-realen Wachstumshemmung und Entfaltungsstagnation, mit der letztere droht, den Stachel zieht und, salopp gesagt, eine lange Nase dreht, so sehr zielt und wirkt er doch aber, was das mit der staatlichen Umverteilungspolitik verfolgte politisch-soziale Ergebnis betrifft, in die haargenau gleiche Richtung wie sie und leistet nämlich dem sie motivierenden Bemühen um materiale Versorgung und soziale Sicherung tatkräftig Vorschub beziehungsweise bereitet ihm nachhaltig den Boden.

Verantwortlich für diesen paradox anmutenden, weil quasi der negativen Intention der Maschinisierung und Technisierung des Wertschöpfungsprozesses, der Absicht einer Vereitelung der, ökonomisch-real gesehen, mehrwertwidrigen beziehungsweise profitfeindlichen Folgen der staatlichen Umverteilungspolitik, kurz, der Absicht einer Aufrechterhaltung der kapitalen Ausbeutungsrate zuwiderlaufenden und vielmehr durchaus im Einklang mit der politisch-sozialen Programmatik der staatlichen Umverteilungspolitik stehenden positiven Effekt einer subsistenziellen Entspannung der arbeiterschaftlichen Not und existenziel-

len Entkrampfung des aus solcher Not resultierenden klassenkämpferischen Konflikts ist die oben erwähnte Produktivität, die, was gleichermaßen Menge und Vielfalt betrifft, exorbitante Zunahme der erzeugten Güter und spektakuläre Steigerung der erbrachten Leistungen, die jene Technisierung und Maschinisierung des Wertschöpfungsprozesses, seine fortschreitende Rationalisierung und Automatisierung, mit sich bringt und die tatsächlich der bis dahin praktizierten liberalistischen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft in zweifacher Hinsicht, nämlich sowohl energetisch-verfahrenstechnisch alias produktiv, als auch gratifikatorisch-befriedigungsförmig, alias konsumtiv, wenn auch beileibe kein Ende macht, so doch aber nachdrücklich Grenzen setzt.

Energetisch-verfahrenstechnisch nämlich resultiert die Technisierung und Maschinisierung des Wertschöpfungsprozesses in einer Entlastung und Begünstigung der dessen Substanz, die Arbeitskraft, beschaffenden und liefernden Lohnarbeiter und Entgeltsempfänger, indem sie das Gewicht und den Druck der Verwertung alias Ausbeutung von deren Beitrag, ihrer als menschliche funktionierenden Arbeitskraft, auf die als natürliche Ressourcen firmierende Zutat, die Materialien und Maschinen, deren die Arbeitskraft sich bedient und an denen sie sich betätigt, verschiebt. Statt sich in der Konsequenz ihres liberalistisch interpretierten beziehungsweise forcierten Arbeitskontrakts energetisch-leiblich verschleißen und chronisch-persönlich verzehren zu müssen, können die lohnerhaltenden Arbeiter und entgeltsempfangenden Angestellten dank systematisch fortschreitender Technisierung und Maschinisierung des Wertschöpfungsprozesses diesen Verschleiß und Verzehr wenn nicht zur Gänze, so doch zu immer erheblicheren Teilen von der eigenen arbeiterschaftlichen Physis und Person auf den wirkmächtigen Golem oder Avatar der technischen Apparaturen und automatischen Prozeduren übertragen und verlagern. Statt im Wesentlichen die qua Arbeitskraft für den Mehrwertschöpfungsprozess aufzubringende faktorelle Energie beziehungsweise exponentielle Leistung durch Ausbeutung und Verausgabung des menschlichen Organismus, ihrer subjektiven Natur, rekrutieren zu müssen, können sie in immer erheblicherem Maße diese Energie und Leistung per Verwendung und Ausnutzung objektiver Mechanismen, sprich, der ihrem Organismus als Arbeitsmittel und Produktionstechniken verfügbaren und dienlichen, ihm bei der Arbeit quasi zur Hand

gehenden oder gar die Hand führenden Apparaturen und Prozeduren mobilisieren.

Wie könnte wohl diese nach Maßgabe der Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungsprozesses fortschreitende Gewichtsverlagerung der Arbeit und Robotik vom menschlich-subjektiven Organismus auf natürlich-objektive Mechanismen den betroffenen Lohnbeziehern und Entgeltsempfängern nicht als eine ebenso persönlich willkommene Erleichterung wie körperlich annehmliche Entlastung erscheinen, und wie sollte dies verfehlen, sie, was ihr Verhältnis zu ihrem Ausbeuter, dem industriellen Kapital, betrifft, in ihrem Konfrontationskurs irre und kooperationswilliger zu machen beziehungsweise sie, was ihre Stellung zu dessen Auftraggeberin, der bürgerlichen Gesellschaft, angeht, in ihrem revolutionären Elan zu bremsen und versöhnlicher zu stimmen?

Wenn hier im Blick auf die Verlagerung der energetischen Anforderungen des Wertschöpfungsprozesses vom Organismus der eigenen Person auf Mechanismen der äußeren Natur die Rede von Verwendung und Ausnutzung, statt von Ausbeutung und Verausgabung ist, dann um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass mit der Entlastung vom extraktiven Druck, dem das industrielle Kapital die Lohnarbeiter und Entgeltsempfänger bis dahin aussetzt, auch und nicht zuletzt eine Lockerung des kontraktiven Zwangs einhergeht, den es auf sie ausübt. Anders als der menschliche Organismus, die leibliche Person, sind die sächlichen Mechanismen, die als äußere Natur firmierenden Apparaturen und Prozeduren, Materialien und Maschinen, auf die der Arbeitgeber, das industrielle Kapital, die Ausbeutungslast verlagert und verteilt, ja kein als Subjekt sui generis figurierender weiterer Mitspieler im Mehrwertschöpfungs- alias Ausbeutungskontrakt, kein dem menschlichen Organismus, der leiblichen Person, an die Seite tretender und sich beigesellender Vertragspartner, sondern sie sind dem industriellen Kapital unmittelbar zur Verfügung stehende und von ihm umstandslos beigesteuerte Unperson, ein veritables Neutrum, sind so sehr Bestandteil und Eigentum des kapitalen Kontraktors selbst, so sehr allen Subjektanspruchs bare kapitale Objektivität, dass sie, weit entfernt davon, als zu der Arbeiterschaft und Angestelltenschar hinzutretender und als weiterer Mit- beziehungsweise Gegenspieler zu berücksichtigender Kontrahent des industriellen Kapitals zu figurieren, vielmehr als dessen höchsteigene Erscheinungsform, seine originäre Verkörperung firmieren.

Wenn das industrielle Kapital sich in Reaktion auf die staatliche Umverteilungspolitik zunehmend darauf verlegt, nicht weniger substitutiv für den menschlichen Organismus und seine personale Produktionskraft als parallel dazu diese sächlichen Mechanismen und Techniken und deren naturale Produktivkraft auszubeuten, dann handelt es sich bei solcher Ausbeutung und Verausgabung, die sich außerhalb jeden Lohnarbeitsvertrags beziehungsweise abstrahiert von allem Leistungsentgeltskontrakt abspielt und die das industrielle Kapital partout nur mit seiner höchsteigenen Objektivität, seiner technisch-maschinellen Verkörperung, der von ihm als gleichermaßen Komplement menschlicher Arbeitskraft und Substitut für sie aufgebauten und ausgerüsteten sächlichen Produktivkraft, praktiziert, handelt es sich also bei solcher Ausbeutung und Verausgabung gar nicht um etwas, das diesen Namen verdiente, sondern vielmehr um schlichte Ausplünderung, schieren Verbrauch. Genau dem Umstand zollt die obige euphemistische Rede von Ausnutzung und Verwendung Tribut.

Eben diese unter der Rede von Ausnutzung kaschierte vergütungslose Ausplünderung beziehungsweise durch den Euphemismus der Verwendung gedeckte unentgeltliche Verschwendung, die das industrielle Kapital mit den materialen Ressourcen und energetischen Potenzialen der von ihm als sein authentisches Eigen, seine originäre Verkörperung behaupteten und gesetzten äußeren Natur, mit deren sächlicher Produktivkraft, treibt, geht die Beschaffer und Lieferanten der durch die sächliche Produktivkraft ebenso sehr forcierten wie armierten menschlichen Arbeitskraft, die Lohnbezieher und Entgeltsempfänger, nichts an, um sie brauchen letztere sich nicht zu kümmern. So gewiss die per technische Rationalisierung und maschinelle Automatisierung des Wertschöpfungsprozesses praktizierte und sich zunehmend als Plünderung und Verschwendung, sprich, als Raubbau und Schindluder zu erkennen gebende wirkmächtige Rekrutierung der außermenschlichen Natur und produktivkräftige Mobilisierung ihrer materialen und prozeduralen Ressourcen und Kapazitäten mit dem Lohnarbeitsvertrag alias Ausbeutungskontrakt, den das industrielle Kapital mit der menschlichen Natur, den ihm ihre Arbeitskraft zur kontraktlich freien und terminlich fixen Verfügung stellenden Lohnbeziehern und Entgeltsempfängern schließt, nicht das Geringste zu schaffen hat und gänzlich außerhalb des Geltungsbereichs jener arbeitsvertraglich Beziehung fällt, so gewiss birgt

diese vom kommerziellen Verwertungsstreben des Geldwerts alias industriellen Akkumulationstrieb des Kapitals diktierte und als Ausnutzung kaschierte vergütungslose Ausplünderung der objektiven Natur und zur Verwendung euphemisierte unentgeltliche Verschwendung ihrer Ressourcen und Potenziale für die Lohnbezieher und Entgeltsempfänger weder Interesse noch Relevanz und muss die energetische Entlastung und kontraktive Entspannung, die sie ihnen bringt, ganz und gar nicht schmälern, geschweige denn, dass sie das Zeug dazu hätte, sie ihnen zu vergällen.

Was das industrielle Kapital mit dem mechanischen Golem, mit dem es ihren organischen Leib kombiniert, dem automatischen Avatar, mit dem es ihre empirische Person armiert, anstellt, der vertragslos-extraktive Raubbau, den es seinen Golem an der Natur verwertungswütig üben, und das unverträglich-destruktive Schindluder, das es seinen Avatar mit ihren Ressourcen und Energien akkumulationssüchtig treiben lässt - das alles ist allein seine Sache und liegt ausschließlich in seiner Verantwortung, weshalb die als Lohnbezieher und Entgeltsempfänger kontraktlichen Beschaffer und terminlichen Lieferanten von Arbeitskraft sich mit dem ihre menschliche Produktionskraft durch seine sächliche Produktivkraft im Sinne exponentieller Optimierung funktionell komplementierenden Golem und Avatar bedenkenlos befreunden und reuelos arrangieren und mit der energetischen Entlastung und kontraktiven Entspannung, die er ihnen bringt, ohne Wenn und Aber zufrieden geben können.

Die Schwerpunktverlagerung weg von der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft hin zur Ausplünderung sächlicher Produktivkraft bringt für die Arbeitenden nicht nur energetische Entlastung und Entspannung, sondern mehr noch gratifikatorische Begünstigung und Belohnung. Der Grund hierfür ist, dass die Steigerung der technischen Produktivkraft zu einer wachsenden Menge und Vielfalt an materialen Produkten und realen Leistungen führt, die, weil die Steigerung der Wertmenge, die sie verkörpern, hinter ihrem Wachstum zurückbleibt, wohlfeiler und für die Lohnarbeitenden erreichbarer und verfügbarer werden.

Zu dieser energetisch-verfahrenstechnischen Entlastung und Entspannung, die jene Schwerpunktverlagerung von der organischen Energie der Arbeitskraft zum mechanisch-automatischen Ingenium der Arbeitsmittel und Produktionsverfahren den lohnbeziehenden und entgeltsempfangenden Beschaffern und Lieferanten menschlicher Arbeitskraft bringt,

kommt nun aber zu allem wortwörtlich zu verstehenden Überfluss noch die erwähnte, gratifikatorisch-befriedigungsförmige Begünstigung und Belohnung, die sie für sie bereithält. Wortwörtlich zu verstehen ist dabei die Rede vom Überfluss insofern, als sie auf die wundersam vergrößerte Menge und Vielfalt an Produkten, die exorbitante Zunahme der erzeugten Güter und spektakuläre Steigerung der erbrachten Leistungen zielt, in der die den staatlichen Umverteilungsbemühungen Paroli zu bieten und den Weg zu verlegen bestimmte systematische Schwerpunktverlagerung des industriellen Kapitals weg von der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und hin zur Ausplünderung sächlicher Produktivkraft resultiert.

Einem klassischen Füllhorn gleich, führt diese die organische Produktionskraft mit der Tendenz ihrer progressiven Marginalisierung und Trivialisierung komplementierende und armierende mechanisch-automatische Produktivität zur Schöpfung einer solch ungeheuren Quantität und Diversität von Befriedigungsmitteln und Dienstleistungen, ergießt sie sich in eine solche Flut von materialen Produkten und realen Offerten, Konsumgütern und Kundendiensten, dass die bürgerliche Gesellschaft geradezu darin zu ertrinken droht und ihre Distributionseinrichtung, der Markt, dem parabolischen Milchtopf gleicht, in dem sie, ähnlich dem in den Topf gefallenen Frosch, um ihr Leben strampeln und so die Milch in Butter verwandeln, mit anderen Worten, auf Teufel-komm-raus Güter beziehen und Leistungen beanspruchen, kurz, konsumieren muss, um nicht in der Flut unter- und an ihr zugrundezugehen.

Diese exorbitante Zunahme an materialen Gütern und funktionalen Leistungen, in der die mechanisch-technische Auf- und Ausrüstung des Wertschöpfungssystems resultiert, diese wundersame Vermehrung der als Wertverkörperungen firmierenden Produkte, zu der die Produktivität der die menschliche Arbeitskraft komplementierenden und armierenden maschinellen Apparaturen und automatischen Prozeduren dem Wertschöpfungsprozess gereicht, sie kommt nun aber, wenngleich ebenso korollarisch wie in Maßen, auch den Beschaffern und Lieferanten der Arbeitskraft selbst, den arbeitenden Lohnbeziehern und angestellten Entgeltsempfängern, zugute, aus ihr ziehen, wiewohl ebenso beiläufig wie unabsichtlich, auch letztere Nutzen.

Wohlgemerkt, das in Gütern und Dienstleistungen bestehende materiale beziehungsweise funktionale Mehrprodukt ist es, das dank exorbitanten Wachstums, dank überbordender Vermehrung und Vervielfältigung,

den ihre Arbeitskraft dem industriellen Kapital kontraktlich zur Verfügung stellenden und terminlich überlassenden Lohnbeziehern und Entgeltsempfängern korollarisch zugute kommt und beiläufig Nutzen bringt, nicht etwa der durch die Güter und Dienstleistungen repräsentierte und bis zu seiner geldwertigen Auslösung auf dem Markt in ihnen verkörperte kapitale Mehrwert. Zwar wächst im Zuge der mechanisch-technischen Auf- und Ausrüstung des Wertschöpfungssystems, sprich, der Komplementierung und Armierung menschlicher Produktionskraft mit sächlicher Produktivität auch dieser kapitale Mehrwert, aber während die Schwerpunktverlagerung von der organisch-biologischen Arbeitskraft zur mechanisch-automatischen Produktivität die Produktion von Gütern und Dienstleistungen wundersam in Schwung und exorbitant auf Touren bringt, also für eine kornukopische Zunahme an materialem und funktionalem Mehrprodukt sorgt, gilt das für die Schöpfung des im Mehrprodukt steckenden Mehrwerts keineswegs, mit der Konsequenz, dass es zu einer immer größeren Diskrepanz zwischen der Menge und Vielfalt des materialen Mehrprodukts und der Menge und Einfalt des kapitalen Mehrwerts kommt.

Der Grund für das, ironisch gesagt, progressive Hinterherhinken der kapitalen Mehrwertmenge hinter der aus der mechanischen Automatisierung und technischen Rationalisierung des Wertschöpfungsprozesses resultierenden materialen Mehrproduktmenge ist der, dass im kommerziell-kapitalen Wertschöpfungssystem, einem System, das sich der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, genauer gesagt, der Expropriation menschlicher Arbeitskraft vermittels ihrer Setzung als eines Vermögens verschreibt, das seiner Aufgabe einer als Sachbearbeitung funktionierenden Erzeugung von Wirklichkeit nurmehr unter der Bedingung einer als Selbstverwertung firmierenden Schöpfung von Wert nachzukommen vermag - dass also in einem solchen System die der menschlichen Arbeitskraft an die Hand gegebenen und Produktivkraft vindizierenden mechanisch-maschinellen Apparaturen und technisch-automatischen Prozeduren nicht wie die menschliche Arbeitskraft selbst wertschöpferisch, den materialen Produkten und funktionalen Leistungen, an deren Erzeugung und Erbringung sie mitwirken, originären Wert verleihend zu Buche schlagen.

Zwar tragen sie zum Wert, den die Produkte und Leistungen verkörpern, bei und vergrößern ihn, aber dieser Wert ist im Unterschied zu dem

von der menschlichen Arbeitskraft beigesteuerten keine originäre Schöpfung, sondern bloß eine sekundäre Übertragung. Er erklärt sich mit anderen Worten aus dem Wert, den die Apparaturen und Prozeduren bereits mitbringen, den sie als ihrerseits Schöpfungen menschlicher Arbeitskraft verkörpern, und den sie nun im Zuge des Wertschöpfungsprozesses an die Produkte und Leistungen nur weitergeben. Statt wie die menschliche Produktionskraft sich, ihren Wert, in den Produkten und Leistungen zu magnifizieren und zu augmentieren, bleibt die der menschlichen Produktionskraft beigesellte sächliche Produktivkraft der maschinellen Apparaturen und technischen Prozeduren darauf beschränkt, diesen von ihr verkörperten Wert sich in den Produkten und Leistungen bloß sukzessive amortisieren, sprich, im Laufe ihres Einsatzes als solchen und unverändert reproduzieren zu lassen.

Die gegen die Mehrwerteinbußen, mit denen die staatliche Umverteilungspolitik das industrielle Kapital belastet, gerichtete Strategie einer Erhöhung der die menschliche Arbeitskraft komplementierenden und armierenden sächlichen Produktivität hat demnach, wertsystematisch gesehen, ihren nicht unbedingt im Sinne des Erfinders gelegenen Preis! Um die sozialstaatlich induzierten Verluste an Mehrwert wettzumachen und die der menschlichen Arbeitskraft abgewonnene Mehrwertmenge auf dem alten Stand zu halten, muss das Kapital immer größeren investiven Aufwand treiben, muss es immer mehr eigenen, in Gestalt maschineller Apparaturen und in Form technischer Prozeduren von ihm beigesteuerten und den Lohn- alias Arbeitskosten hinzugefügten Wert in den Wertschöpfungsprozess einbringen. Keine Frage, dass es dem industriellen Kapital so gelingen kann, den staatlichen Ein- und Zugriffen zum Trotz, die produzierte Mehrwertmenge aufrecht und den aus ihr sich speisenden Akkumulationsprozess stabil zu erhalten. Mehr erreichen kann es damit freilich nicht!

Was sich das industrielle Kapital von seiner gegen die staatliche Umverteilungspolitik aufgebotenen und dann angesichts eines Markts, der dank dieses seines Aufgebots an chronischer Überfüllung leidet und unter permanentem Konkurrenzdruck steht, zum unverbrüchlichen Bestandteil des Wertschöpfungsrepertoires erhobenen Strategie der Produktivkrafterhöhung eigentlich erhofft, nämlich eine der Beschleunigung des Akkumulationstempos dienliche Forcierung und Intensivierung des Ausbeutungsprozesses, mit anderen Worten, eine über die bloße Erhaltung

hinausgehende Steigerung der Mehrwertrate, also des Wertanteils, der von der durch die menschliche Arbeitskraft geschöpften Wertmenge beim die Arbeitskraft betätigenden Kapital verbleibt, statt den Arbeitern und Angestellten, den die Arbeitskraft beschaffenden und liefernden Lohnbeziehern und Entgeltsempfängern, zuzufallen - diese eigentliche Hoffnung des industriellen Kapitals auf eine verstärkte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, einen vergrößerten Mehrwertanteil, lässt sich durch die Erhöhung der sächlichen Produktivkraft mittels Rationalisierung und Automatisierung des Produktionsprozesses unmöglich erfüllen.

Weil der Mehrwert, der sich durch die Mobilisierung sächlicher Produktivkraft, technischer und maschineller Produktivität, erzielen und dem Produkt vindizieren lässt, in Wahrheit gar keiner ist, sondern nur der sichselbstgleiche Wert, den die vom industriellen Kapital aufgebotenen maschinellen Apparaturen und technischen Prozeduren aus ihrer eigenen, menschlicher Arbeitskraft geschuldeten Schöpfungsgeschichte mitbringen und per Amortisierung, per sukzessiver Übertragung, an das Produkt abgeben, ist das Einzige und Äußerste, was die Auf- und Ausrüstung des Wertschöpfungssystems mit sächlicher Produktivkraft bewirken kann, eine Kompensation der durch die staatliche Umverteilungspolitik beziehungsweise den kommerziellen Konkurrenzkampf auf einem obstipativen Markt erzwungenen Abstriche am Mehrwert und die Aufrechterhaltung der Ausbeutungsquote alias Mehrwertrate, die von der durch den Amortisationswert der maschinellen Apparaturen und technischen Prozeduren vergrößerten Mehrwertmenge repräsentiert und zur Geltung gebracht wird.

Nur freilich die Mehrwertrate, der Mehrwert, bezogen auf den in Lohn oder Entgelt ausgedrückten Wert des Faktors menschliche Arbeitskraft, wird notabene dadurch bestenfalls aufrechterhalten, nicht hingegen die Profitrate, der Mehrwert, gemessen an den Gesamtkosten des Wertschöpfungsprozesses, also am Gesamtwert der menschlichen Arbeitskraft und der letzterer zur Hand gehenden und den Weg ebnenden maschinellen Apparaturen und technischen Prozeduren! Diese nicht nur die Lohnarbeitskosten, die Kosten für die menschliche Arbeitskraft, berücksichtigende, sondern auch und ebenso sehr die Kosten für die Arbeitsmittel, die Investitionen in das sächliche Produktionsensemble, in Rechnung stellende Quote des reinen Gewinns, den das industrielle Kapital aus dem Wertschöpfungsprozess zieht, lässt sich durch die Auf- und Ausrüstung

nicht nur nicht aufrechterhalten, sondern tendiert sogar zu sinken, da ja die maschinellen Apparaturen und technischen Prozeduren keinen neuen Produktwert kreieren, sondern nur den eigenen, aus ihrer Schöpfungsgeschichte mitgebrachten Wert im Produkt reproduzieren und demnach der vom Produkt verkörperte Mehrwert, ungeachtet dessen, dass er absolut gesehen zunimmt und für sich genommen wächst, doch aber relativ und proportional, nämlich gemessen am Gesamtwert der für die Produktion erforderlichen Aufwendungen, mit fortschreitender Maschinisierung und Technisierung des Wertschöpfungssystems abnimmt und sich verringert.

Mag sich aber auch, was das industrielle Kapital sich vom dank der Amortisation der maschinellen Apparaturen und technischen Prozeduren vergrößerten Mehrwert, den das Produkt verkörpert, eigentlich erhofft, die Erhöhung nämlich des für das Tempo der Akkumulation alias Selbstverwertung des Kapitals maßgebenden Ausbeutungsgrads der menschlichen Arbeitskraft, nicht erfüllen, mag die Rate des im Produkt verkörperten größeren Mehrwerts, sprich, der Mehrwert proportional zum Wert der ausgebeuteten Arbeitskraft, bestenfalls gleich bleiben und die Rate des als Profit deklarierbaren Mehrwerts, sprich, der Mehrwert proportional zum Gesamtwert der Produktionskosten, also zum Wert sowohl der sich per Ausbeutung rentierenden menschlichen Produktionskraft als auch der sich per Abnutzung amortisierenden sächlichen Produktivkraft, sogar tendenziell sinken - was auf jeden Fall seine Erfüllung findet, ist das erwähnte Füllhornversprechen, das in der technischen Rationalisierung und maschinellen Automatisierung des Wertschöpfungsprozesses impliziert ist, nämlich die ebenso unverhältnismäßig zu wie abweichend von der durch den Einsatz sächlicher Produktivkraft moderat vergrößerten kapitalen Wertmenge exorbitante Zunahme der diese kapitale Wertmenge verkörpernden materialen Produktmenge, dies, mit anderen Worten, dass die kapitale Wertmenge, die die sich amortisierenden maschinellen Apparaturen und technischen Prozeduren in die materiale Produktmenge übertragen, ihr zu einer beispiellosen Vermehrung und Vervielfältigung gereichen, sie, die die Wertmenge verkörpernde Produktmenge, materialiter regelrecht hypertrophieren, in ihrem individualen Bestand, ihrer partikularen Komposition regelrecht explodieren lassen.

Ganz im Sinne der obigen Rede von einer die Ausbeutung der menschlichen Natur komplementierenden und armierenden Ausplünderung der

außermenschlichen Natur, ihrer materialen Ressourcen und energetischen Potenziale, resultiert der systematisch-forcierte Einsatz sächlicher Produktivkraft in einer Flut von Gebrauchsdingen und Befriedigungsmitteln, einer Masse und Vielfalt von Subsistenzmitteln und Konsumgütern, die in dieser ihrer produktivitätsbedingten Hypertrophierung, dieser ihrer materialen Massierung und phänomenalen Diversifizierung die Zunahme des kapitalen Wesens, das sie zur Erscheinung bringen, die Vermehrung des Geldwerts, den sie verkörpern, regelrecht in den Schatten stellen und geradezu zum Gespött werden lassen.

So unberechenbar oder irrational die Schere zwischen den kapitalen Wert inkorporierender materialer Produktmenge und im materialen Produkt sedimentierter kapitaler Wertmenge, die die Auf- und Ausrüstung des Wertschöpfungssystems mit sächlicher, die menschliche Produktionskraft komplementierender und armierender Produktivkraft dank des letzterer eigenen und sie zur rücksichtslosen Ausplünderung der materialen Ressourcen und energetischen Potenziale der äußeren Natur befähigenden Ingeniums, ihres sich zum Ingenieurwesen entfaltenden Genies, aufreißen lässt - so unberechenbar und irrational diese Diskrepanz aber auch, industriell oder produktionsfaktisch gesehen, anmuten mag, so rational und kalkulatorisch nachvollziehbar ist, kommerziell oder distributionspraktisch genommen, was aus ihr folgt: nämlich die ebenso fortlaufende wie durchgängige Entwertung alias Verwohlfeilerung der im Vergleich mit der kapitalen Wertmenge, die sie verkörpert, ungleich stärker wachsenden materialen Produktmenge.

So gewiss diese dank der füllhornartigen Produktivität der maschinellen Apparaturen und technischen Prozeduren hypertrophierende und grassierende materiale Produktmenge in einer Unzahl ebenso diverser wie separater Güter und Dienstleistungen besteht, sich als ebenso diversifiziertes wie massiertes Sortiment aus einzelnen Artikeln und besonderen Offerten darbietet, so gewiss verteilt sich die im Vergleich zum Wachstum der materialen Produktmenge hinterhinkende kapitale Wertmenge auf eben diese Vielzahl und Vielfalt von Artikeln und Offerten - mit dem arithmetisch verbürgten Effekt, dass von der, was das Wachstumstempo betrifft, hinter der materialen Produktmenge immer weiter zurückbleibenden und relativ zu ihr abnehmenden kapitalen Wertmenge ein immer geringerer Anteil auf die als materiale Wertmenge sich präsentierenden einzelnen Artikel und besonderen Offerten entfällt und

dementsprechend der Wert, den letztere kommerziell geltend machen können, ihr auf dem Markt, in Konkurrenz mit ihresgleichen, reklamierbarer Preis, nicht weniger unaufhaltsam als unablässig sinkt. Je länger die per Erfindung und Einsatz maschineller Apparaturen und technischer Prozeduren mobilisierte und der menschlichen Arbeitskraft sukkubierte sächliche Produktivkraft ihre Wirkung entfaltet und und je weiter sich dadurch die Schere zwischen der kapitalen Wertmenge und der materialen Produktmenge, die letzterer als Verkörperung dient, öffnet, umso wohlfeiler präsentieren sich auf dem Markt die einzelnen Artikel und jeweiligen Offerten, aus denen sich die materiale Produktmenge zusammensetzt oder in die sie sich, besser gesagt, zerfallen zeigt, und umso mehr lässt sich von ihnen mit allgemeinem Äquivalent, Wert sans phrase repräsentierendem Geld, käuflich erwerben, um das Erworbene sei's subsistenziell zu gebrauchen, sei's konsumtiv zu nutzen.

Genau diese aus der systematischen Maschinisierung und Technisierung des Wertschöpfungssystems resultierende Verwohlfeilerung der dem System kornukopisch entströmenden materialen Güter und realen Dienstleistungen aber ist es nun, aus der die Beschaffer und Lieferanten von Arbeitskraft, die vom Wertschöpfungssystem rekrutierten arbeiterschaftlichen Lohnbezieher und angestellten Entgeltsempfänger, Vorteil ziehen und die da macht, dass der zunehmend rationalisierte und automatisierte Wertschöpfungsprozess gleichzeitig mit und zusätzlich zu der beschriebenen energetischen Entlastung und Entspannung, die er ihnen bringt, auch eine Verbesserung ihrer subsistenziellen Lage, wo nicht gar ein wie immer bescheidenes Maß an konsumtiver Befriedigung für sie bereithält. In dem Maße, wie synchron mit der progressiven Maschinisierung und Technisierung des Wertschöpfungsprozesses die Diskrepanz zwischen kapitalem Produktwert und ihn verkörpernder materialer Produktmenge wächst und die einzelnen Güter und jeweiligen Dienstleistungen, aus denen letztere besteht, dementsprechend an Wert verlieren, sprich, sich verbilligen, gewinnt das Geld, das die lohnbeziehenden und entgeltsempfangenden Angestellten für ihre Arbeit und Tätigkeit erhalten und das durch die der staatlichen Umverteilungspolitik geschuldeten arbeitstariflichen Aufstockungen und sozialstaatlichen Zuwendungen bereits eine wie immer bescheidene Zunahme erfährt, quasi automatisch, weil systematisch bedingt, an Kaufkraft und ermöglicht damit seinen Beziehern und Empfängern einen so weit verstärkten Zugriff auf ihre fürs

industrielle Kapital erzeugten oder erbrachten Schöpfungen, die auf dem Markt versammelten Güter und Dienstleistungen, dass die Betreffenden über die Verbesserungen ihrer arbeiterschaftlichen Subsistenz hinaus, die ihnen die staatliche Umverteilungspolitik bringt, sich mit dem Fug und Recht ihrer solchermaßen systemimmanent verstärkten Kaufkraft zu so etwas wie einer Teilhabe am bürgerlichen Konsum berufen, mit anderen Worten, in einen kommerziellen Distributionszusammenhang aufgenommen finden, der sie, die durch das industrielle Wertschöpfungssystem einerseits Benachteiligten und Ausgebeuteten, ebenso sehr und zugleich als andererseits dessen Begünstigte und Nutznießer etabliert.

Ohne dass sich an der Aufteilung der in Gestalt von materialen Gütern und in Form von realen Leistungen geschöpften kapitalen Wertmenge, am proportionalen Verhältnis also zwischen dem Teil der Wertmenge, der vom industriellen Kapital an diejenigen, die ihm ihre Arbeitskraft überlassen, qua Lohn beziehungsweise Leistungsentgelt abgegeben wird, und dem als Mehrwert firmierenden Teil von ihr, den das industrielle Kapital mit Beschlag belegt und als sein Eigen einbehält, über die Modifikationen beziehungsweise Korrekturen hinaus, die der Staat mit seinen umverteilungspolitischen Maßnahmen an ihm vornimmt, etwas änderte, finden sich also rein systemimmanent, ausschließlich aufgrund der durch eben jene staatliche Sozialpolitik provozierten und dann wegen des kommerziellen Konkurrenzdrucks, den sie selber erzeugt, kontinuierten Schwerpunktverlagerung von der organisch-menschlichen Produktionskraft zur mechanisch-sächlichen Produktivkraft, die Beschaffer und Lieferanten der Produktionskraft, die ihre Arbeitskraft aufbringenden und einsetzenden Arbeiter und Angestellten, mit einem ihnen zugänglicheren Mehr an materialer Produktmenge, einem dank des geringeren Wertquantums, den die einzelnen Artikel und Offerten verkörpern, wohlfeileren und entsprechend erschwinglicheren Kontingent an Subsistenzmitteln begünstigt und belohnt.

Mag auch der den kapitalen Mehrwert verkörpernde Löwenanteil der dem produktivkräftig-industriellen System entströmenden materialen Produktmenge unverändert beziehungsweise nach Maßgabe sozialstaatlicher Umverteilungspolitik leicht moderiert anderen als den arbeiterschaftlichen Lohnbeziehern und angestellten Entgeltsempfängern, nämlich der als Kapitalklientel fungierenden bürgerlichen Klasse, zufließen, was von der Flutwelle materialer Produkte und realer Leistungen, die

durch die technische Rationalisierung und maschinelle Automatisierung des Wertschöpfungsprozesses ausgelöst wird, den Lohnbeziehern und Entgeltsempfängern bleibt und als ihrem Lohnniveau beziehungsweise ihrer Entgeltsstufe entsprechendes Angebot an Lebens- und Befriedigungsmitteln verfügbar wird, reicht jedenfalls hin, um sie der subsistenziellen Not und dem existenziellen Elend, worein der industrielle Wertschöpfungsprozess sie bis dahin sukzessive stürzt und worin er sie grosso modo verhält, zu entziehen und ihnen ein in der Geschichte industrieller Ausbeutung nie dagewesenes und in der Tat unerhörtes Maß an auskömmlicher materialer Subsistenz und annehmlicher sozialer Existenz zu ermöglichen.

Energetisch entlastet und subsistenziell begünstigt geben die Lohnarbeitenden ihre klassenkämpferische Ablehnung des Wertschöpfungssystems und ihren sozialrevolutionären Widerstand gegen es auf und bequemen sich zur gewerkschaftlichen Kooperation und gesellschaftlichen Kollaboration mit ihm. Zudem verleiht ihnen die produktivkraftbedingte Umgestaltung des Wertschöpfungssystems ein Maß an funktioneller Qualifikation und kommerzieller Signifikanz, das sie ökonomisch zu unersetzlichen Mitarbeitern und politisch zu unentbehrlichen Sozialpartnern des Systems avancieren lässt.

So also geschieht es, dass die auf die staatliche Umverteilungspolitik reagierende Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des industriellen Kapitals, seine auf die Komplementierung und Armierung menschlicher Produktionskraft mit sächlicher Produktivkraft setzende Schwerpunktverlagerung, zwar ihren realökonomischen Zweck einer dem Verlust an Mehrwert, den ihm jene Umverteilungspolitik zumutet, trotzenden Steigerung der Mehrwertrate, von einer Aufrechterhaltung der Profitrate ganz zu schweigen, gründlich verfehlt, dabei aber paradoxerweise dem sozialpolitischen Ziel, das die staatliche Umverteilungspolitik mit den von ihr dem industriellen Kapital zugemuteten Abstrichen am Mehrwert beziehungsweise Einbußen an Profit verfolgt, dienlich ist und Vorschub leistet. Wiewohl realökonomisch gegen die Beschränkungen gerichtet, die die staatliche Umverteilungspolitik der vom industriellen Kapital praktizierten liberalistisch-freizügigen Verwertung alias anarchistisch-hemmungslosen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft auferlegt, beschert die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, die das industrielle Kapital gegen die staatlichen Zumutungen

aufbietet, den Beschaffern und Lieferanten der Arbeitskraft ein solches Maß nicht nur an energetischer Entlastung und Entspannung, sondern mehr noch an subsistenzieller Versorgung, wo nicht gar konsumtiver Befriedigung, dass die durch generationenlange Entbehrungen und Enttäuschungen zermürbten und demoralisierten Betroffenen eigentlich gar nicht anders können, als gleichermaßen ihre soziale Haltung und ihre politische Einstellung zum industriellen Wertschöpfungssystem, ihrem kapitalen Arbeitgeber, zu revidieren und mit letzterem, wenn schon nicht ihren wirtschaftspolitisch bedingungslosen Frieden zu machen, so doch aber auf ein verhandelbar sozialpartnerschaftliches Arrangement sich einzulassen.

Paradoxerweise in die gleiche Richtung wirksam wie die staatliche Umverteilungspolitik, der sie doch eigentlich in die Parade zu fahren und das Handwerk zu legen gedacht ist, vollbringt die kapitale Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, die Strategie einer nicht sowohl Verdrängung und Ablösung als vielmehr Ergänzung und Aufrüstung menschlicher Arbeitskraft durch sächliche Produktivität, was die staatliche Umverteilungspolitik allein und für sich genommen nicht zu erreichen vermag: Sie legt den Grund für eine operationelle Verschonung und subsistenzielle Versorgung, durch die sich die lohnbeziehenden Arbeiter und entgeltsempfangenden Angestellten der materialen Not und dem sozialen Elend, denen sie so lange ausgesetzt waren, wenn nicht gleich effektiv, so jedenfalls prospektiv enthoben finden, und schafft so die Voraussetzung dafür, dass das Gros der Betroffenen sich bereit zeigt, von einer klassenkämpferisch prinzipiellen Ablehnung des ihre Arbeitskraft verwertenden, sprich, sie ausbeutenden politisch-ökonomischen Systems Abstand zu nehmen und ihren sozialrevolutionären Widerstand gegen es aufzugeben und stattdessen nicht nur sich als ökonomisch kooperativer Faktor funktionell in es einzufügen, sondern mehr noch es als politisch affirmativer Akteur fraktionell mitzutragen.

In ebenso unabsichtlicher wie obliquer Konsequenz der Komplementierung und Armierung des Wertschöpfungssystems durch sächliche Produktivkraft mit den Bedingungen ihrer Arbeit zunehmend versöhnt und mit deren Früchten merklich belohnt, vollziehen die lohnbeziehenden Arbeiter und entgeltsempfangenden Angestellten des industriellen Kapitals in wachsender Zahl jene Wendung vom sozialistisch-konfrontativen,

kurz, revolutionären Gegenspieler des Systems zu dessen sozialdemokratisch-kritischem, kurz, revisionärem Mitspieler, die ihre gewerklichen Vereinigungen und politischen Organisationen zu gleichermaßen einem grundlegenden Element des wirtschaftlichen Systems selbst und einer tragenden Säule der durch das System bedingten gesellschaftlichen Ordnung werden lässt.

Die Wendung von der sozialistisch-klassenkämpferischen Konfrontation zu einer demokratisch-sozialkritischen Partizipation, die die Arbeiter und Angestellten in der Konsequenz ihres der produktivitätsbedingten Um- und Aufrüstung des Wertschöpfungssystems geschuldeten Avancements zu dessen energetisch vergleichsweise begünstigten Schutzbefohlenen und subsistenziell ansatzweise belohnten Nutznießern vollziehen, hat nun aber tiefgreifende Rückwirkungen auf die Struktur des Wertschöpfungssystems selbst und damit nolens volens auch auf die Architektur der auf letzteres als auf ihr primum mobile bauenden bürgerlichen Gesellschaft. Auf ihren nach Maßgabe seiner produktivkräftigen Um- und Aufrüstung aus einem definitiven Unterdrücker und Zuchtmeister in einen prospektiven Patron und Wohltäter mutierten wertschöpfungssystematischen Arbeitgeber sich gleichermaßen emotional einlassend und funktional verlassend, machen sie, seine aus der Mutation praktischen Vorteil und faktischen Gewinn ziehenden Arbeitnehmer, sich seine zu Lasten ihres empirischen Daseins entfaltete Verwertungsperspektive immer stärker intentional zu eigen, machen sich mehr und mehr mit seinem auf Kosten ihres organischen Vermögens betriebenen akkumulativen Vorhaben operational gemein. Vom Wertschöpfungssystem wie nie zuvor in ihrer Arbeit entlastet und mehr als je für die Arbeit belohnt, verändern sie ihre Einstellung zu ihm und gewahren in ihm eine Grundbedingung ihrer materialen Subsistenz und ihrer sozialen Existenz, der sie sich nicht mehr nur notgedrungen unterwerfen und mit der sie sich nicht mehr nur gezwungenermaßen abfinden, sondern mit der sie sich aus den guten Gründen des erleichterten Lebens beziehungsweise verbesserten Auskommens, das es ihnen bietet, unter dem leiderprobten Vorbehalt natürlich, dass es nicht bloß stationär hält, sondern mehr noch evolutionär einlöst, was es verspricht, einverstanden zeigen und die sie unter diesem sozialkritischen Vorbehalt mitzutragen und sogar mitzugestalten bereit sind.

Durch die Bereitschaft der lohnbeziehenden Beschaffer und Lieferanten von Arbeitskraft, das ihnen wenn schon nicht zum veritablen Füllhorn, so immerhin doch zur passablen Wundertüte geratende Wertschöpfungssystem nicht nur affirmativ mitzutragen, sondern mehr noch aktiv mitzugestalten, verändert sich nicht nur deren subjektive Einstellung zu ihm, sondern kommt es nolens volens auch zu einer Revision und Adjustierung ihrer objektiven Stellung ihn ihm. Wie könnte das auf reibungsloses Funktionieren und größtmögliche Effektivität abonnierte Wertschöpfungssystem verfehlen, die ökonomische Kooperationsbereitschaft, die ihm die energetisch entlasteten und subsistenziell belohnten und dadurch aus kontraktiven Leistungserbringern zu kollaborativen Arbeitnehmern entspannten Arbeiter und Angestellten bezeigen, und das politische Friedensangebot, das sie ihm in dieser Form machen, dankbar anzunehmen und ihnen beides durch die Gewährung eines wie immer auch in Formalitäten sich erschöpfenden Mitspracherechts und die Einräumung einer wie sehr auch aufs Jasagen und Abnicken eingeschworenen Teilhabe an den Entscheidungsprozessen zu honorieren? Und wie könnte es dabei ausbleiben, dass die den Arbeitern und Angestellten zugestandene Mitsprache und Teilhabe über den ihr vom industriellen Kapital zugedachten Formalismus beziehungsweise Automatismus hinaus die Gestalt eines realen Entscheidungskriteriums annimmt und das Gewicht einer tatsächlichen Einflussnahme gewinnt?

Zum einen nämlich macht die Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungsprozesses, die Auf- und Ausrüstung des Wertschöpfungssystems mit technischem Knowhow und maschineller Produktivkraft, eine Strukturierung, Qualifizierung und Spezialisierung der menschlichen Arbeitskraft erforderlich, die deren Beschaffer und Lieferanten ihrer bis dahin für sie geltenden personalen Beliebigkeit und relativen Austauschbarkeit entzieht und sie zu ebenso durchweg unverzichtbaren wie jeweils schwer ersetzbaren Kollaborateuren alias Mitarbeitern avancieren lässt.

Und zum anderen lässt angesichts der die kapitale Wertmenge unverhältnismäßig übersteigenden materialen Produktmenge, in der die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie des industriellen Kapitals resultiert, die teils durch die staatliche Umverteilungspolitik absolut gestärkte, teils durch die Verwohlfeilerung der Produkte, zu der die Strategie führt, relativ expandierte Kaufkraft der lohnbeziehenden Arbeiter

und entgeltsempfangenden Angestellten deren kommerzielle Beteiligung an der Einlösung der in der Produktmenge verkörperten Wertmenge, ihren subsistenziellen beziehungsweise konsumtiven Wertrealisierungsbeitrag, immer wichtiger und unentbehrlicher werden. Auch wenn die absolut, gemessen an der umverteilungsforcierten Entwicklung des Lohnniveaus, und relativ, bezogen auf die produktivitätsinduzierte Entwicklung des Produktwerts, verbesserte Kaufkraft der Lohnbezieher und Entgeltsempfänger das in der expropriativen Mehrwertschöpfung des industriellen Kapitals ebenso systematisch exekutierte wie logisch implizierte Wertrealisierungsproblem natürlich nicht lösen kann, weil ja die umverteilungspolitischen Eingriffe des Staats sich auf bloße Modifikationen der ausbeuterischen Mehrwertschöpfung und Korrekturen ihrer schlimmsten Auswüchse beschränken und die systemimmanent produktivitätsbedingte Verwohlfeilerung der Produkte das Problem als solches tatsächlich gar nicht berührt und, was die Proportion zwischen dem den Arbeitern und Angestellten überlassenen Wertanteil und dem vom Kapital angeeigneten Mehrwert betrifft, vielmehr alles so belässt, wie es ist - auch wenn also die verbesserte Kaufkraft der lohnbeziehenden Arbeiter und entgeltsempfangenden Angestellten am Problem der Mehrwertrealisierung nichts Wesentliches ändert, ist doch die der Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungsprozesses geschuldete, kurz, produktivitätsbedingte Zunahme der kapitalen Wert verkörpernden materialen Produktmenge, deren hypertrophes Wachstum, von der Art, dass ohne die nach Maßgabe dieser ihrer verbesserten Kaufkraft tatkräftige Mitwirkung der Lohnbezieher und Entgeltsempfänger am Wertrealisierungsgeschäft das schiere Volumen der kapitaliter unerlösten materialen Produktmasse, der schiere Rückstau des kein geldliches Äquivalent findenden sächlichen Angebots, im Handumdrehen zu einem kommerziellen Darmverschluss, einer Verstopfung des Marktes geriete, die das dem Wertschöpfungssystem in die Wiege gelegte chronische Mehrwertrealisierungsproblem zur unleugbar letalen Absatzkrise kulminiert zeigte und als solche ins gesellschaftliche Blickfeld rückte.

Mag also auch der Wertrealisierungsbeitrag der Lohnbezieher und Entgeltsempfänger, ihre subsistenzielle oder gar konsumtive Mitwirkung auf dem Markt, die Achillesferse des Wertschöpfungssystems nicht aus der Welt zu schaffen, sprich, das ihm angeborene Mehrwertrealisierungsproblem nicht zu bewältigen, geschweige denn zu lösen imstande sein,

wozu ihr kommerzieller Einsatz doch immerhin taugt, ist, das unter den Bedingungen der Rationalisierung und Automatisierung des Systems im Nu zur letalen Krise auszuarten disponierte chronische Problem vorläufig zu kaschieren und bis auf Weiteres zu vertagen, es mit anderen Worten als das dicke Ende, das katastrophische Finale, auf das es nicht weniger konsequenziell hinausläuft als prinzipiell hinzielt, auf die immer noch einmal verlängerte Bank zu schieben.

Die aus der energetischen Entlastung und subsistenziellen Belohnung, die die Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungssystems ihnen bringt, erklärliche Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten des industriellen Kapitals, mit ihm und seinem System gleichermaßen gewerkschaftlich zu kooperieren und gesellschaftlich zu kollaborieren, sprich, sich mit ihm als ebenso unabweislichem ökonomischem Patron wie unvermeidlichem politischem Partner gemein zu machen und zu arrangieren - diese Bereitschaft ist also keineswegs ein einseitiges Entgegenkommen, geschweige denn eine bedingungslose Kapitulation. Ihr korrespondiert vielmehr die ebenfalls der Produktivkraftentwicklung des Wertschöpfungssystems geschuldete und nämlich der funktionellen Qualifikation und reellen Bedeutung, die letztere den Lohnbeziehern und Entgeltsempfängern gleichermaßen in Ansehung ihrer Stellung im Wertschöpfungsprozess und hinsichtlich ihrer Rolle beim Wertrealisierungsgeschäft vindiziert, Rechnung tragende Bereitschaft des industriellen Kapitals, sich uno actu seines obsessiven Verwertungstriebs und monomanen Akkumulationsstrebens als wohlmeinender Sachwalter und weitsichtiger Vertreter der subsistenziellen Bedürfnisse und der existenziellen Ansprüche eben jener lohnbeziehenden Arbeiter und entgeltsempfangenden Angestellten zu profilieren und in Szene zu setzen.

In eben dem Maß, wie die Arbeiter und Angestellten sich unter dem Eindruck der sie wundertütig entlastenden und belohnenden füllhornartigen Produktivität des Wertschöpfungssystems bewogen finden, ihren ökonomisch fundamentalen Widerstand gegen das System fahrenzulassen und von ihrem politisch radikalen Kampf gegen es Abstand zu nehmen und es, sich auf konstruktive Kritik an ihm und reformatorische Forderungen an es beschränkend, als unverzichtbare Grundlage ihrer materialen Subsistenz und unverrückbare Rahmenbedingung ihrer sozialen Existenz gelten zu lassen, findet auch das Wertschöpfungssystem selbst unter dem Druck der funktionellen Qualifikation und kommerziellen Signifikanz, die eben jene Entwicklung seiner Produktivität

den Arbeitern und Angestellten nach- und zuweist, sich genötigt, seine letzteren gegenüber bis dahin praktizierte rücksichtslos ausbeuterische Kaltschnäuzigkeit und hemmungslos zynische Gleichgültigkeit aufzugeben und sie, wie immer auch im Rahmen und unter Wahrung des Verwertungsimperativs alias Akkumulationsprinzips, als ihm gleichermaßen ökonomisch anvertraute Schutzbefohlene und politisch angetraute Sozialpartner anzuerkennen und in Rechnung zu stellen.

Folge der unter dem Druck und Eindruck der produktivkräftigen Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungssystems zustande kommenden wechselseitigen Akzeptanz alias sozialpartnerschaftlichen Anerkennung einerseits des qua Wertakkumulation prinzipiellen Erfordernisses des industriellen Kapitals durch die Beschaffer und Lieferanten der Wertsubstanz Arbeitskraft und andererseits des qua Subsistenz elementaren Bedürfnisses der letzteren durch das industrielle Kapital ist der konstatierte funktionale Strukturwandel des Wertschöpfungssystems, seine Verwandlung aus einem klassengesellschaftlich disponierten Ausbeutungsinstrument in einen interessengemeinschaftlich neutralisierten Herstellungsapparat. Dank einerseits der energetischen Entlastung und subsistenziellen Belohnung, die das produktivitätsentfesselte Wertschöpfungssystem für die Arbeiterschaft und das angestellte Personal bereithält, und kraft andererseits der wertschöpferischen Qualifizierung und der wertrealisatorischen Bedeutung, die durch eben jene Entfesselung der Produktivität die Arbeiter und Angestellten für das industrielle Kapital erringen, finden sich beide, arbeiterschaftliches beziehungsweise angestelltes Personal und industrielles Kapital, zu einer als produktive Arbeitsgemeinschaft wirksamen projektiven Partnerschaft zusammengeschlossen, in der die Lohnarbeitenden und Entgeltsempfangenden als wegen des besseren Auskommens, das ihnen das Geben ihrer Arbeitskraft gewährt, mehr oder minder bereitwillige und kooperative Arbeitnehmer agieren und das industrielle Kapital als wegen der weiteren Akkumulation, die ihnen das Nehmen der Arbeitskraft sichert, als mehr oder minder rücksichtsvoller und konzessiver Arbeitgeber firmiert - einer projektiven Partnerschaft also, die das Motto lleben und leben lassen“ zur Devise ihres dadurch seiner ursprünglichen liberalistisch-kontraktiven Dynamik entkleideten und zu sozialdemokratischer Verträglichkeit modifizierten Vertragsverhältnisses erhebt und die zwar jede Menge Raum

für Streit um die Aufteilung des Mehrwerts, für Tarifauseinandersetzungen und Verteilungskämpfe, lässt, die aber, weil beide Kontrahenten nunmehr darin übereinkommen, dass die Überführung von Arbeitskraft in Geldwert Dreh- und Angelpunkt der eben deshalb als Wertschöpfungssystem organisierten gesellschaftlichen Reproduktion und alleinige Quelle nicht weniger jeglichen subsistenziellen Auskommens als allen konsumtiven Reichtums ist, keinen Boden mehr für klassenkämpferische Konfrontation, von sozialistischer Revolution zu schweigen, bietet.

Der per Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie das Wertschöpfungssystem heimsuchende Strukturwandel hat in dem Maße, wie er die Wertschöpfenden zu Mitarbeitern und Sozialpartnern ihres kapitalen Ausbeuters avancieren lässt, Rückwirkungen auf die soziale Architektur der bürgerlichen Gesellschaft. Die bürgerliche Klasse findet sich aus ihrer bisherigen Funktion als politische Partnerin und ideologische Komplizin des Kapitals verdrängt, ohne freilich die Rolle als ökonomische Nutznießerin einzubüßen und auch ohne, dass die politische Macht und das ideologische Sagen von ihr zu den nun als gesellschaftliche Mitarbeiter und gewerkschaftliche Sozialpartner des Kapitals figurierenden Wertschöpfenden wechselte.

Der mit der mechanischen Automatisierung der Arbeitsmittel und technischen Rationalisierung der Produktionsverfahren beziehungsweise mit der magischen Wirksamkeit und füllhornartigen Ergiebigkeit, die ihre Automatisierung und Rationalisierung den Arbeitsmitteln und Produktionsverfahren verleiht, einhergehende und in einer kooperativen Interessengemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern alias Beschaffern und Nutzern der Arbeitskraft, kurz, einer partnerschaftlichen Kooperation zwischen personeller Belegschaft und industriellem Kapital resultierende ökonomische Strukturwandel des Wertschöpfungssystems hat nun aber auch tiefgreifende Auswirkungen auf die politische Architektur der auf dem Wertschöpfungssystem fußenden bürgerlichen Gesellschaft.

Als das klassengesellschaftliche Ausbeutungsinstrument, als das es beziehungsweise das von ihm ins Werk gesetzte Wertschöpfungssystem bis dahin funktioniert, findet und hat das industrielle Kapital seinen gesellschaftlichen Bundesgenossen und politischen Partner in der bürgerlichen Klasse. Auf sie ist es angewiesen, wenn es sein wahres

und wirkliches Telos, die Schöpfung von Mehrwert zwecks akkumulativer Selbstverwertung erfüllen will, und sie nämlich braucht es, um die industriell geschöpfte sächliche, in materialen Gütern und realen Dienstleistungen verkörperte Wertmenge kommerziell in die als Geldform firmierende reine Wertform zu überführen, die conditio sine qua non für den Fortgang und das Gelingen des als kapitaler Akkumulationsmechanismus funktionierenden industriellen Wertschöpfungsprozesses ist. Als durch ihre konsumtive Tätigkeit den industriell geschöpften Mehrwert kommerziell realisierende und damit das Alpha und Omega der industriellen Wertschöpfung, die kapitale Akkumulation, sicherstellende gesellschaftliche Formation ist ex actu dieser ihrer nicht zwar lohnbeziehend-produktiven Teilnahme am Wertschöpfungsprozess, wohl aber geldbesitzend-konsumtiven Teilhabe an dessen Früchten die bürgerliche Klasse die natürliche Begünstigte und Nutznießerin des industriellen Kapitals und seiner menschliche Arbeitskraft in sächlichen Geldwert transsubstantiierenden Ausbeutungsmaschine.

Wobei die Rede von nnatürlich“ cum grano salis zu nehmen, um nicht zu sagen, regelrecht irreführend ist. In ihrer historischen Wahrheit nämlich ist die bürgerliche Klasse ein höchst künstliches Gebilde von Gnaden des industriellen Kapitals selbst, ein soziales Artefakt, von ihm ins Leben und auf den Plan gerufen, um dessen anfängliche gesellschaftliche Bundesgenossin und politische Partnerin, die als hereditäre Klasse aus vorbürgerlich-territorialherrschaftlichen Zeiten überkommene primäre Begünstigte und Nutznießerin kommerziellen Austauschs alias geldwertigen Handelns, die feudale Oberschicht, zu verdrängen und zu ersetzen. Als dank ihrer territorialen Fundierung und sozialen Frondierung noch halbwegs ökonomisch selbständiger und politisch eigenmächtiger Stand erweist sich diese feudale Oberschicht auch in ihrer absolutistisch domestizierten, auf ein höfisches Leben und dessen zeremonielle Sinnlosigkeit alias kataleptische Etikette eingeschworenen Form mit ihren prärogativen Anmaßungen und ihrem aus ihnen sich herleitenden exzessiven Müßiggang beziehungsweise mit ihren obstruktiven Privilegien und ihrem auf sie gegründeten demonstrativen Konsum für das in Entfaltung begriffene Wertschöpfungssystem als ein im Zuge seiner Entfaltung wachsendes Ärgernis und immer massiverer Stein des Anstoßes, als ein Klotz am Bein des industriellen Kapitals, der es nicht nur teuer zu stehen kommt und aktiv seinen Fortgang hemmt, sondern der es auch reaktiv vom

Wege abzubringen und aus einem der Akkumulation verpflichteten, auf die Selbstverwertung konzentrierten Akteur, einem kapitalen Entrepreneur, zu einem Agenten eben jener höfischen Oberschicht, einem auf ihren demonstrativen Konsum, ihr Luxusleben, kaprizierten Impresario, degenerieren zu lassen droht.

Dieser Gefahr begegnet das industrielle Kapital dadurch, dass es unter dem zentralistischen Schutz und bürokratischen Schirm der von ihm etablierten und als Renegat des feudalen Machtgefüges zu dessen Nemesis instrumentalisierten absolutistischen Herrschaft einerseits und unter den günstigen Auspizien der demographischen Umwälzungen, agrartechnischen Fortschritte und hygienisch-medizinischen Errungenschaften, die es selber auslöst beziehungsweise zu denen es inspiriert, andererseits aus den ebenso bescheidenen wie verstreuten Kontingenten der von ihm als nur erst hermetisch-freimaurerischer Handelsmacht, kommerziellem Kapital, bis dahin in Szene gesetzten stadtbürgerlich-kommunalen Klientel eine ebenso allgegenwärtig wie umfassend neue gesellschaftliche Formation, die bürgerliche Klasse, entstehen lässt, um nicht zu sagen, hervorzaubert, die sowohl ihrer schieren Menge nach als auch nach Maßgabe der ständischen Prätentionslosigkeit und Willfährigkeit, mit der sie dem industriellen Kapital selbst begegnet, und der zivilen Nützlichkeit und professionellen Vielseitigkeit, die sie in Ansehung der Bedürfnisse und Erfordernisse des durch letzteres organisierten und konditionierten neuen gesellschaftlichen Corpus beweist, eine ideale Alternative zur feudalen Oberschicht darstellt und einen optimalen Ersatz für sie bietet.

Als jeglicher territorialen Fundierung und Verankerung bare und keiner daraus sich herleitenden prärogativen Positionierung beziehungsweise hereditären Privilegierung teilhaftige und, was ihr eigenes Wohlergehen und Gedeihen betrifft, ganz und gar auf den Erfolg des kapitalen Unternehmens und dessen Segnungen angewiesene, bunt gemischte Formation aus sozialen Dienstleistern, kommunalen Amtswaltern, gouvernementalen Funktionsträgern, akademischen Freiberuflern und zivilen Meinungsmachern steht die bürgerliche Klasse der Aufgabe einer politisch-programmatischen Unterstützung und ideologisch-propagandistischen Förderung der vom industriellen Kapital verfolgten klassengesellschaftlichen Ausbeutungsstrategie weit vorbehaltloser und aufgeschlossener gegenüber als die in ihren obsoleten Traditionen befangene und auf ihren elitären Status fixierte feudale Oberschicht und scheint in der Tat

wie gemacht für die Rolle des politischen Partners und ideologischen Komplizen der unter dem Schutz und Schirm einer absolutistischen Herrschaft, der sie selber finanziell den Steigbügel hält und institutionell unter die Arme greift, sich qua industrielles Kapital in Szene setzenden ökonomischen Macht.

Eben deshalb aber ist es auch durchaus folgerichtig und geradezu unvermeidlich, dass die qua industrielles Kapital sich etablierende ökonomische Macht dieser ihr als neue Partnerin und ideologische Komplizin sich anbietenden oder vielmehr regelrecht aufdrängenden und als bürgerliche Klasse firmierenden sozialpraktischen, bürokratischen, akademischen und publizistischen Klientel mehr und mehr die bis dahin von der feudalen Oberschicht wahrgenommene und für das Wachsen und Gedeihen des Wertschöpfungssystems entscheidende Aufgabe der geldwertigen Realisierung des von letzterem in Gestalt von materialen Gütern und in Form von realen Leistungen produzierten sachwertigen Mehrwerts überträgt und dass es sie zwecks Wahrnehmung dieser ihr übertragenen Aufgabe sei's via directa, durch unmittelbare Beteiligung an den Profiten, die es per Wertschöpfungsprozess generiert, sei's modo obliquo, durch mittelbare Zuwendungen aus dem Profitanteil, den per Fiskus und Taxus der Staat sich zueignet, mit dem nötigen Geldwert ausstattet. Und indem das industrielle Kapital die von ihm ins Leben und auf den Plan gerufene und als politische Verbündete und ideologische Unterstützerin in Anspruch genommene bürgerliche Klasse nicht etwa nur ausreichend subventioniert und mit dem Lebensnotwendigen versieht, sondern als neue Mehrwertrealisiererin vom Dienst derart großzügig honoriert beziehungsweise üppig dotiert, dass sie in die Lage versetzt wird, einen dem Müßiggang und Luxusleben der feudalen Oberschicht wenngleich nicht ebenbürtigen, so jedenfalls doch nacheifernden Konsum zu treiben und Wohlstand zu genießen, schlägt es quasi zwei Fliegen mit einer Klappe: Es sichert der wachsenden sächlichen Mehrwertmenge, die es produziert, ihre kommerzielle Realisierung, und es versüßt seiner neuen politischen Partnerin und ideologischen Komplizin ihre ökonomische Abhängigkeit von ihm, ihre Angewiesenheit auf die Teilhabe an den Erträgen seines wertschöpferischen Ausbeutungsbetriebs, überzeugend und nachhaltig genug, um sie aus einer seinem ökonomischen Unternehmen bloß subsistenziell verpflichteten notgedrungenen politischen Mitläuferin und

gedungenen ideologischen Vertreterin zu einer ihm vielmehr existenziell verfallenen engagierten Mitstreiterin beziehungsweise enragierten Verfechterin mutieren zu lassen.

Und nicht genug damit, dass sich die als ebenso zahlreiche wie neuartige soziale Formation in Erscheinung tretende bürgerliche Klasse, die es unter Schützenhilfe beziehungsweise Federführung der von ihm in den Sattel oder vielmehr auf den Thron gehobenen absolutistischen Herrschaft aus dem dank seiner obsessiven Kreativität und monomanen Produktivität ebenso funktionell vervielfältigten wie substanziell vervielfachten Sozialcorpus hervorzaubert, ihm, dem industriellen Kapital, ebenso sehr ideologisch nach dem Munde redet wie politisch aus der Hand frisst, sie erweist sich darüber hinaus und mehr noch als ein ebenso ökonomisch nützlicher Mitarbeiter wie strategisch wichtiger Helfershelfer. Ökonomisch nützlich zeigt sie sich in dem Maße, wie sie sich als personale Rekrutierungsbasis, als humankapitales Reservoir bewährt, das das expandierende und sich differenzierende Wertschöpfungssystem, dem nach Zauberlehrlingsmanier die kleine Schar seiner anfänglichen Initiatoren und Entrepreneure weder funktionell länger gerecht zu werden noch professionell weiter Genüge zu leisten vermag, mit dem für seinen Betrieb und seinen Erfolg erforderlichen Nachschub an Führungs-, Verwaltungs- und Vermarktungskräften versorgt und so der Entfaltungslogik beziehungsweise dem Entwicklungsgesetz eines gesellschaftlichen Unternehmens zum Durchbruch verhilft und Geltung verschafft, das nach Maßgabe seiner Expansion und Differenzierung seine als personale Urheber und individuelle Erfinder figurierenden Herren und Meister ausmustert und abdankt und durch ihm assimilierte und integrierte dienstbare Geister, durch von ihm konditionierte hausgemachte Funktionäre, seiner Präsenz entspringende indigene Repräsentanten und ihm kreatürlich zugehörige Agenten, ablöst und ersetzt.

Und nicht nur leistet die von ihm aus dem Hut des Sozialcorpus gezauberte bürgerliche Klasse dem industriellen Kapital zusätzlich zu der Mehrwertrealisierungsaufgabe, die es ihr überträgt, diesen ökonomisch nützlichen Dienst, ihm die für seinen Betrieb nötigen und dessen Avancement aus einem eigenmächtig-privaten Projekt zum selbstmächtig-korporativen System gemäßen Führungs-, Verwaltungs- und Vermarktungskräfte zu liefern, sie erledigt für ihn, ihren ökonomischen Partner,

darüber hinaus das politisch wichtige Geschäft, ihm die zwar anfangs unentbehrliche, im Fortgang aber zunehmend beschwerliche absolutistische Herrschaft vom Halse zu schaffen. Auf die absolutistische Herrschaft muss sich das industrielle Kapital einlassen, sie muss es auf den Thron heben, damit sie als der territorialherrschaftlich-feudalen Ordnung im buchstäblichen Sinne entsprungener Renegat, als letztere aufmischender widernatürlicher Wechselbalg, als leviathanisches Monstrum, das feudale Machtgefüge, quasi mit Beelzebub den Teufel austreibend, demontiert und die feudalen Mächte, indem es sie mit den finanziellen Mitteln, die ihm das industrielle Kapital an die Hand gibt, sei's offensiv bekämpft und überwindet, sei's konsumtiv ködert und verführt, ihrer politischen Macht und ständischen Autonomie beraubt und ins Exil höfischen Chargentums, ins Abseits zeremonieller Prätention, ins Niemandsland eines ostentativen Luxuslebens verbannt. Indem nun aber die absolutistische Herrschaft diesem Erfordernis der Entmachtung und Marginalisierung der feudalen Herrschaften Genüge getan und damit den Raum und die Zeit für deren Ablösung und Ersetzung durch die bürgerliche Klasse in der Rolle der politischen Partnerin und ideologischen Komplizin des industriellen Kapitals geschaffen hat, hat sie die ihr von letzterem zugedachte Aufgabe erfüllt und wird wegen der Eigen-, Großmanns- und Verschwendungssucht, der sie in Ausübung ihrer absolutistischen Drachentöterrolle verfällt, dem industriellen Kapital zu einer ebenso unsinnigen wie kostspieligen Liaison, einer ebenso dysfunktionalen wie obsoleten Altlast.

Genau dieses politischen Problems einer absolutistischen Herrschaft, die als institutionelle Verweserin des Gemeinwesens, als Staatsmacht, nicht mehr in das novellierte, vom industriellen Kapital entworfene und geprägte gesellschaftliche Bild passt, nimmt sich nun die bürgerliche Klasse an und löst es. Mit ihrer Formation aus sozialen Dienstleistern, kommunalen Amtswaltern, gouvernementalen Funktionsträgern, akademischen Freiberuflern und zivilen Meinungsmachern, die der wertschöpferische Aufbruch des Sozialcorpus ins Kraut schießen lässt, die staatlichen Institutionen nicht weniger als die gesellschaftlichen Korporationen infiltrierend und durchdringend, zieht die bürgerliche Klasse der absolutistischen Herrschaft ebenso unmerklich wie allmählich den Boden unter den Füßen oder, wenn so will, den ihr qua Thron Halt und Positur gebenden Stuhl unter dem Hintern weg und hat am Ende leichtes Spiel,

ihr oder vielmehr ihm, dem seiner gouvernementalen Fundierung nicht weniger als seiner sozialen Verankerung beraubten und als der antifeudale Popanz, als den das industrielle Kapital ihn in Szene gesetzt hat, bloßgestellten Wechselbalg, den sei's als dramatisch-revolutionäres Spektakel veranstalteten, sei's als stillschweigend-revisionistisches Verfahren durchgeführten Prozess zu machen, mit anderen Worten, die absolutistisch-autokratische Herrschaft auf das zu reduzieren beziehungsweise durch das zu substituieren, was sich mit der transzendentalen Macht des mittlerweile die gesellschaftliche Reproduktion grundlegend determinierenden und maßgeblich organisierenden industriellen Kapitals in Einklang bringen oder jedenfalls ins Benehmen setzen lässt, nämlich den sei's monarchistisch-konstitutionell, sei's republikanisch-repräsentativ, sei's schließlich demokratisch-egalitär verfassten zentralistisch-bürokratischen Staat.

Nicht also nur, weil sie seine alte mit der Mehrwertrealisierung betraute provisionelle Profiteurin alias konsumtive Nutznießerin, die wegen ihrer territorialen Autonomie und sozialen Arroganz seinem Durchsetzungs- und Entfaltungsanspruch wenig förderliche und im Zweifelsfall sogar hinderliche feudale Oberschicht, ersetzt und ihm damit vom Halse schafft, sondern auch und mehr noch, weil sie ihm als Humankapital, als Reservoir für Führungs-, Verwaltungs- und Vermarktungskräfte zur Verfügung steht und weil sie, last not least, dem nach getaner Schuldigkeit als Popanz bloßgestellten Mohren, der aus einer Prothese zu einem Klotz am Bein, aus einem bannkräftigen Gorgonenhaupt zu einem schwerlastigen Wasserkopf mutierten absolutistischen Herrschaft, den Laufpass gibt - aus diesem dreifach guten Grund also erweist sich für das industrielle Kapital die bürgerliche Klasse als ein veritabler partnerschaftlicher Glücksgriff, als eine ihm vom Himmel seiner ökonomischen Aspirationen gesandte politische Lebensgefährtin, die ihm in Sachen kommerzielle Mehrwertrealisierung, personales Nachschubwesen und gouvernementale Anpassungsfähigkeit so passgenau in die Hände spielt, dass es durchaus angemessen erscheint, das unter seiner Ägide umgestaltete und reorganisierte Sozialcorpus ihr, der bürgerlichen Klasse, eponymisch zuzuschreiben und insgesamt beziehungsweise als solches zur bürgerlichen Gesellschaft zu erklären.

In diese im Himmel einer klassengesellschaftlicher Ausbeutungspraxis geschlossene Ehe zwischen industriellem Kapital und bürgerlicher Klasse

aber mischt sich nun ebenso störfaktorell wie entfremdungsträchtig die neue, interessengemeinschaftlich disponierte Kooperationsbeziehung ein, die das industrielle Kapital in der Konsequenz der von ihm gleichermaßen in Reaktion auf die staatliche Umverteilungspolitik und unter dem Druck des kommerziellen Konkurrenzkampfs, den es dadurch entfesselt, betriebenen produktivkräftigen Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungssystems zu den bisherigen Lastenträgern und Leidtragenden seiner Ausbeutungspraxis, den als Beschaffer und Lieferanten von Arbeitskraft fungierenden Arbeitern und Angestellten, knüpft. Weil, wie erläutert, die Aufrüstung des Wertschöpfungssystems mit sächlicher Produktivkraft und die daraus resultierende exorbitante Vergrößerung nicht zwar der geschöpften kapitalen Wert-, wohl aber der geschaffenen materialen Produktmenge die Beschaffer und Lieferanten menschlicher Arbeitskraft, die Arbeiter und Angestellten, zum einen in der Eigenschaft qualifizierter Wertschöpfer zu ebenso praktisch unersetzlichen beziehungsweise unaustauschbaren Mitarbeitern in der Fabrik, im industriellen Betrieb, wie zum anderen in der Rolle mobilisierter Wertrealisierer zu faktisch unentbehrlichen beziehungsweise unverzichtbaren Teilnehmern auf dem Markt, im kommerziellen Geschäft, werden lassen, sieht sich das industrielle Kapital um des Fortbestands seines wertschöpferischen Unternehmens willen gezwungen, seine bis dahin gewahrte klassengesellschaftliche Distanz zu ihnen und seine ausbeutungspraktische Indifferenz ihnen gegenüber, wenn nicht überhaupt aufzugeben, so jedenfalls doch zu revidieren und in dem erwähnten Sinne zu modifizieren, dass an die Stelle klassengesellschaftlicher Distanz interessengemeinschaftliche Affinität tritt und die ausbeutungspraktische Indifferenz sich zu kooperationswilliger Rücksichtnahme wandelt.

Durch die ökonomische Entwicklung, die rationalisierungs- und automatisierungsbedingt fortschreitende technische Komplexität und wachsende sächliche Produktivität des Wertschöpfungssystems in eine ihm bis dahin unbekannte industrielle Abhängigkeit von den Beschaffern und Lieferanten menschlicher Arbeitskraft versetzt und einer nie dagewesenen kommerziellen Angewiesenheit auf sie überführt, findet sich das industrielle Kapital von seiner ebenso bequemen wie eindeutigen politischen Liaison mit der bürgerlichen Klasse nicht etwa abgebracht, wohl aber abgelenkt und zu einer Art von permanentem partnerschaftlichem Seitensprung, einem die eheliche Gemeinschaft mit der bürgerlichen Klasse quasi morganatisch unterlaufenden Fremdgehen mit der das

Wertschöpfungssystem technisch qualifiziert bedienenden und zur Bewältigung seiner Produktfülle nach Kräften beitragenden Arbeiterschaft und Angestelltenschar genötigt.

Von daher könnte es scheinen, als sei das industrielle Kapital durch jene produktivitätsbedingte Um- und Aufrüstung des Wertschöpfungssystems und die funktionelle Ermächtigung beziehungsweise positionelle Stärkung, die dadurch die das Wertschöpfungssystem betreibenden und bedienenden Lohnbezieher und Entgeltempfänger erfahren, fortan dazu verdammt, politisch auf zwei Hochzeiten zu tanzen oder vielmehr - da es sich ja um keine initiativ vollzogene weitere Eheschließung, sondern bloß um einen situativ sich ergebenden Bruch der mit der bürgerlichen Klasse geschlossenen Ehe handelt - fortan als Diener zweier sozial sortierter Herren beziehungsweise Lebensgefährte zweier klassenspezifisch separater Partner zu agieren oder, besser gesagt, zu lavieren.

Indes von dem hiermit suggerierten Loyalitätskonflikt, einem das industrielle Kapital befallenden Zwiespalt in der Frage, wer von den beiden Partnern ihm wichtiger beziehungsweise teurer ist, wessen materiale Interessen es hauptsächlich berücksichtigen beziehungsweise wessen soziale Ansprüche es vordringlich befriedigen soll, kann gar keine Rede sein. Tatsächlich bleibt die interessengemeinschaftliche Affinität, die das industrielle Kapital gegenüber seinen Arbeitern und Angestellten entwickelt, und bleibt die von Kooperationsbereitschaft getragene Rücksichtnahme, die es ihnen beweist, weitgehend auf den ökonomischen Bereich, das Wertschöpfungssystem und die in ihm herrschenden Verkehrsformen und es strukturierenden Kompetenzen und Zuständigkeiten beschränkt und hat kaum oder nur in geringem Maße direkte statische Auswirkungen auf beziehungsweise unmittelbare architektonische Folgen für die politische Sphäre als solche, die Machtverhältnisse und Entscheidungsbefugnisse in der bürgerlichen Öffentlichkeit mit den sie bildenden Assoziationen und Institutionen, Parteien und Verbänden, selbst.

Wie könnte das auch anders sein, da ja, wie oben klargestellt, durch die mit der Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungsprozesses einhergehende energetische Entlastung und subsistenzielle Belohnung der Arbeiter und Angestellten an der proportionalen Aufteilung des geschöpften Werts, am relativen Verhältnis zwischen dem Wertanteil, der qua Lohn und Entgelt den letzteren überlassen, und dem Wertanteil, der qua Mehrwert vom industriellen Kapital beziehungsweise

dessen bürgerlicher Klientel angeeignet wird, sich gar nichts ändert, also Umverteilung im Sinne der sozialstaatlichen Bemühungen überhaupt nicht stattfindet, die subsistenzielle Besserstellung beziehungsweise quasikonsumtive Begünstigung der Lohnbezieher und Entgeltsempfänger nämlich nicht etwa Folge einer stärkeren Beteiligung am kapitalen Mehrwert, sondern vielmehr bloß Konsequenz einer der Produktivität des Wertschöpfungsprozesses geschuldeten Entwertung alias Verwohlfeilerung der materialen Wertträger ist und demnach, was die ökonomische Grundlage der politischen Machtstellung der bürgerlichen Klasse, die die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft fundierenden Eigentumsverhältnisse, betrifft, im Großen und Ganzen alles beim Alten bleibt.

Zwar verbessert die energetische Entlastung und subsistenzielle Belohnung der Lohnbezieher und Entgeltsempfänger ohne Frage auch deren soziale Aufstiegschancen und individuelle Aussichten auf politische Betätigung und Einflussnahme und wirkt sich so im Sinne einer Flexibilisierung der Klassenschranken und größeren Fluktuation und vermehrten Diffusion zwischen den Klassen aus. Aber damit bestätigt und verstärkt sich nur eine strukturelle Disposition, die der nicht auf territoriale Macht und hereditäre Autorität, kurz, auf objektiven Status, sondern vielmehr auf privates Eigentum und persönliches Vermögen, kurz, auf einen possessiven Topos, gegründeten bürgerlichen Gesellschaft konstitutionell eignet, und ist beileibe kein die bürgerliche Gesellschaft als solche tangierender Strukturwandel impliziert, der geeignet wäre, deren Klassenstruktur aufzubrechen und den ökonomisch vereinnahmten, per Arbeitskraft vom Wertschöpfungssystem rekrutierten und okkupierten Arbeitern und Angestellten in der politischen Sphäre, der bürgerlichen Öffentlichkeit, eine der Stellung und Rolle der bürgerlichen Klasse irgend die Waage zu halten oder gar den Rang abzulaufen kapazitierte politische Macht und ideologische Geltung zu verschaffen.

Das kooperationsträchtige Einvernehmen mit den Lohnarbeitenden verhilft dem Wertschöpfungssystem zu weitgehender politischer Unabhängigkeit von der bürgerlichen Klasse und strategischer Selbständigkeit ihr gegenüber. Und diese Unabhängigkeit kann das System gut gebrauchen. Um der durch die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie entfesselten Wertschöpfungsflut Herr werden beziehungsweise um die Wertrealisierungskrise, in die sich das Wertschöpfungssystem durch sie gestürzt findet, bewältigen zu können, bleibt dem Kapital gar

nichts anderes übrig, als die nationalökonomische Fixierung auf seine traditionelle sozialpolitische Partnerin aufzugeben. Den Lebensbund, den das Kapital mit dem Staat über ihren Kopf hinweg schließt, und ihre politische Entmachtung, die er besiegelt, redet sich die bürgerliche Klasse dadurch schön, dass sie darin nichts weiter als eine demokratischer Kontrolle und Korrektur ermangelnde karzinöse Entgleisung und Verwilderung eines als Großkapital gescholtenen Teilbereichs des Wertschöpfungssystems erkennt.

Direkt oder unmittelbar, was nämlich die klassenspezifische Statik und sozialstrukturelle Architektur der bürgerlichen Gesellschaft betrifft, ändert sich durch die energetische Entlastung und subsistenzielle Belohnung, die die von seinem lenkenden Geist alias belebenden Prinzip, dem industriellen Kapital, betriebene Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungssystems den Beschaffern und Lieferanten menschlicher Arbeitskraft bringt, wenig oder nichts. Mittelbar freilich und indirekt erweisen sich die der technisch-sächlichen Produktivkraftentwicklung des Wertschöpfungssystems geschuldete objektive energetische Rehabilitation und relative ökonomische Kompensation der lohnbeziehenden und entgeltsempfangenden Bevölkerungsgruppen als durchaus gravierendes Politikum und haben tatsächlich für die bürgerliche Gesellschaft und deren qua politische Sphäre von der bürgerlichen Klasse eingenommenen und ausgefüllten öffentlichen Raum ebenso statisch tiefgreifende wie architektonisch weitreichende Folgen.

Mag nämlich auch den Beschaffern und Lieferanten menschlicher Arbeitskraft, der lohnbeziehenden Arbeiterschaft und dem entgeltsempfangenden Angestelltenheer, ihre energetische Entlastung und ökonomische Belohnung zu keinem nennenswerten Mehr an politischer Macht und ideologischer Geltung verhelfen beziehungsweise gereichen, das die Arbeitskraft vereinnahmende und verwendende Wertschöpfungssystem beziehungsweise dessen lenkender Geist, das industrielle Kapital, zieht definitiv und unverkennbar politischen Gewinn und ideologischen Vorteil aus der den Lohnbeziehern und Entgeltsempfängern produktivitätsbedingt zuteil werdenden Entlastung und Belohnung. So gewiss jene energetische Entlastung und ökonomische Belohnung den sozialen Hebel und das materiale Motiv für die besagte interessengemeinschaftlich disponierte Kooperationsbeziehung zwischen dem industriellen Kapital und seinen hiernach als Arbeitnehmer figurierenden Arbeitern und

Angestellten, für den gleichermaßen von personaler Leistungs- und kapitaler Konzessionsbereitschaft geprägten Kontrakt bilden, zu dem sich die Kontrahenten in Sachen Arbeitskraft neu zusammenfinden, so gewiss sind sie damit Ausgangspunkt und Grundlage einer nachdrücklichen Revision, um nicht zu sagen, schicksalsträchtigen Neubestimmung des Verhältnisses des als ökonomische Macht firmierenden industriellen Kapitals zu seiner angestammten politischen Partnerin und altbewährten ideologischen Komplizin, der bürgerlichen Klasse.

Mit seiner Arbeiterschaft und Angestelltenschar im Rücken oder, bildlich gesprochen, mit deren Erwartungsdruck alias Antriebsenergie unter der Haube, gewinnt das, um im Bild zu bleiben, als Motor des ökonomischen Gefährts fungierende industrielle Kapital gegenüber seinem Fahrgast, eben der von ihm beziehungsweise seinem ökonomischen Gefährt als politischer Passagier getragenen und gesteuerten bürgerlichen Klasse, ein markantes Mehr an deliberativem Gewicht und determinierender Gewalt beziehungsweise darauf fußender Bewegungsfreiheit und Entscheidungsbefugnis und kann es im Hinblick auf die Mitwirkungsinteressen und Mitbestimmungsansprüche dieser seiner ihm als politische Partnerin und ideologische Komplizin angetrauten Passagierin ganz anders auftreten, um nicht zu sagen, auftrumpfen, als ihm das vor seinem entlastungs- und belohnungsbedingten interessengemeinschaftlichen Übereinkommen und kooperationsträchtigen Einvernehmen mit den vom Wertschöpfungssystem per Arbeitskraft vereinnahmten und verwendeten Lohnbeziehern und Entgeltsempfängern möglich war.

Mögen also auch die letzteren aus ihrer der technisch-maschinellen Produktivitätsentwicklung des Wertschöpfungssystems geschuldeten energetischen Rehabilitation und subsistenziellen Besserstellung keinen nennenswerten politischen Nutzen und keine klassenstrukturell relevante Revisionsperspektive herleiten können und mag, was ihre politische Macht und ihren ideologischen Einfluss betrifft, alles so ziemlich beim klassengesellschaftlich Alten und ausbeutungspraktisch Bewährten bleiben, dem als Arbeitgeber firmierenden Vereinnahmer und Verwender ihrer Arbeitskraft schlägt diese ihre energetische Rehabilitation und ökonomische Besserstellung dank des interessengemeinschaftlichen Burgfriedens beziehungsweise kooperationsträchtigen Einvernehmens, zu dem sie ihm und seiner als Arbeitnehmer figurierenden Arbeiterschaft und Angestelltenschar verhilft, zum definitiven politischen Gewinn und

unbestreitbaren ideologischen Vorteil aus und verschafft nämlich ihm, dem mit seinen Arbeitnehmern als, militärisch gesprochen, mit einer Art von fünfter Kolonne bewehrten, oder, magisch gefasst, durch quasi einen dienstbaren Flaschengeist verstärkten Herrn und Meister des Wertschöpfungssystems, ein nie dagewesenes und bis dahin unbekanntes Maß an Unabhängigkeit von seiner traditionellen gesellschaftlichen Partnerin und Komplizin, der bürgerlichen Klasse, und Entbindung von deren politischer Kontrolle und ideologischer Bevormundung.

Kraft seiner nicht mehr nur existenziell von ihm arretierten und ihm funktionell integrierten, sondern nach Maßgabe der energetischen Entlastung und ökonomischen Belohnung, die die produktivkräftige Aufrüstung des Wertschöpfungssystems ihr bringt, ihm mehr noch interessengemeinschaftlich assoziierten, wo nicht gar juniorpartnerschaftlich von ihm adoptierten Arbeitnehmerschaft erringt der wertschöpferische Arbeitgeber, das industrielle Kapital, eine Unabhängigkeit von seiner politischen Partnerin, der bürgerlichen Klasse, und beweist ihr gegenüber eine Eigenständigkeit und Selbstmächtigkeit, die weniger an libidinöser Fremdgängerei entspringenden Ehebruch denken lässt, als vielmehr an in Unvereinbarkeit der Charaktere beziehungsweise Temperamente begründete Ehescheidung oder, situationsgerechter gesagt, Trennung von Tisch und Bett gemahnt und die, um noch einmal auf das obige Bild vom Wertschöpfungssystem als Motorfahrzeug zurückzugreifen, das Procedere seines Automobils, eben des Wertschöpfungssystems, aus einem dem politischen Passagier, der bürgerlichen Klasse, halbwegs verantwortlichen und von ihr, was Kurs und Ziel betrifft, mehr oder minder mitbestimmten routinierten Chauffieren in ein selbstherrlich programmiertes und exekutiertes und die bürgerliche Klasse als bloßen Anhalter, um nicht zu sagen, blinden Passagier transportierendes autonomes Fahren überführt.

Und diese Unabhängigkeit und Selbstmächtigkeit, die es aufgrund seines interessengemeinschaftlichen Übereinkommens und kooperationsträchtigen Einvernehmens mit den arbeiterschaftlichen Lohnbeziehern und angestellten Entgeltsempfängern gegenüber seiner angestammten politischen Partnerin und bewährten ideologischen Komplizin, der bürgerlichen Klasse, erringt, kommt dem industriellen Kapital gut zupass und in der Tat gerade recht! So sehr nämlich einerseits die technisch-maschinelle Aufrüstung des Wertschöpfungssystems, seine Rationalisierung und Automatisierung, durch die energetische Entlastung und

ökonomische Belohnung, die sie den arbeiterschaftlichen Lohnbeziehern und angestellten Entgeltsempfängern bringt, und durch die auf solcher Basis gestiftete Interessengemeinschaft und Kooperationsbereitschaft zwischen Kapital und Arbeit ersterem, dem industriellen Kapital, zu politischer Unabhängigkeit und strategischer Selbstmächtigkeit verhilft, so sehr setzt sie es andererseits ökonomisch unter Druck und stürzt es systematisch in die Krise einer produktivitätsbedingten materialen Mehrproduktmasse, die so hypertroph und exorbitant ist, dass sie die traditionelle konsumtive Nutznießerin der kapitalen Wertschöpfung, die als Mehrwertrealisiererin vom Dienst funktionierende bürgerliche Klasse, zunehmend überfordert und damit denn aber die für den Bestand des Wertschöpfungssystems, sprich, für den Fortgang des Verwertungsprozesses, die Akkumulation von Kapital, maßgebende Realisierung der in der materialen Mehrproduktmenge steckenden kapitalen Mehrwertmenge, deren kommerzielle Erlösung, zum Ding der Unmöglichkeit werden zu lassen droht.

Unter Bedingungen der infolge der Rationalisierung und Automatisierung des Wertschöpfungssystems, der Entwicklung seiner technisch-materiellen Produktivität, hypertrophierenden Produktmenge, der explosionsartig ausufernden Masse und Vielfalt an materialen Gütern und realen Leistungen, erweist sich der in den einzelnen Volkswirtschaften, den nationalstaatlich organisierten Wirtschaftsräumen, zwischen industriellem Kapital und bürgerlicher Klasse geschlossene Liefer- und Nutzungsvertrag, der letztere als durch ersteres ebenso ökonomisch begünstigt wie sozial privilegiert und ersteres als durch letztere ebenso politisch gefördert wie rechtlich sekundiert dastehen lässt, als zunehmend kontraproduktiv und entwicklungshemmend. Und dies nicht nur deshalb, weil die bürgerliche Klasse als ökonomische Partizipantin, als Konsumentin, als Mehrwertrealisiererin vom Dienst, der Flut von materialen Werterscheinungen, die das produktivkräftige Füllhorn des Wertschöpfungssystems ausspeit, immer weniger Herr zu werden vermag und sich also der ihr zugewiesenen konsumtiven Aufgabe immer weniger gewachsen zeigt, sondern auch und nicht minder deshalb, weil die bürgerliche Klasse als politische Akteurin, als maßgebende Konstituentin, als die kapitale Verwertung in den Schranken oder vielmehr unter dem Deckel eines zivilen Lebens zu halten bestrebte, das soziale Faktum unpersönlichen Zwangs und objektiver Deklassierung hinter der universalen Fiktion

oder vielmehr elitären Fassade subjektiver Freiheit und persönlicher Gleichheit verschwinden zu lassen bemühte Verfassungshüterin alias Wächterin über Recht und Ordnung - weil also diese bürgerliche Klasse mit ihrer allen Luxuslebens ungeachtet unzureichenden Konsumkraft und mit den sozialpolitischen Restriktionen, die sie dem Verwertungsprozess auferlegt, beziehungsweise der nationalideologischen Kuratel, unter die sie ihn stellt, dem Wertschöpfer selbst, dem industriellen Kapital, sich zunehmend als ärgerlicher Hemmschuh beziehungsweise als eher schadenstiftende denn nutzenbringende Weggefährtin präsentiert.

Will das industrielle Kapital der Flut der durch seine technisch-maschinelle Aufrüstung hervorgetriebenen materialen Produktmasse irgend Herr werden oder, unter den gegebenen Umständen besser gesagt, der als Weltwirtschaftskrise apostrophierten tiefen Depression, in die es sich, durch das Unvermögen seiner von den Verwerfungen und Enteignungen des Weltkriegs gehandikappten bürgerlichen Gesellschaften, der jähen industriellen Flut der Nachkriegsjahre kommerziell Herr zu werden, gestürzt findet - will es dieser lähmenden Depression sich wieder entreißen, so muss es die etablierte nationalökonomische Fixierung auf seine sozialpolitische Partnerin, die bürgerliche Klasse, und sozialdemokratische Beschränkung durch deren politische Führung und ideologische Kontrolle aufgeben beziehungsweise durchbrechen und sich nach einem anderen politischen Partner beziehungsweise neuen ideologischen Komplizen umsehen, der ihm das, was es für einen industriellen Aufschwung und eine kommerzielle Erholung braucht, zu beschaffen beziehungsweise zu gewährleisten vermag - eine nationale Ökonomie nämlich, die nicht primär um das Wohlergehen und den Wohlstand ihrer bürgerlichen Nutznießerin zu kreisen und nicht mehr auf deren soziale Empfindlichkeiten und zivile Vorbehalte zu achten und Rücksicht zu nehmen gezwungen, sondern vielmehr in die Lage versetzt ist, seinem qua Akkumulationsantrieb ebenso eigentlichen wie wesentlichen Antrieb folgend und ihm allein verpflichtet, Verwertungs- und Vermarktungschancen international entschränkt alias global wahrzunehmen, will heißen, sie sich, statt mittels des obsoleten Instrumentariums kolonialistischer Expansion und imperialistischer Okkupation, durch das neue Arkanum staatlich finanzierten Konsums und staatlich subventionierten Exports weltweit erschließen zu lassen. Der Staat ist der neue politische Partner, den das industrielle Kapital, emanzipiert und autorisiert durch

sein aus der sächlichen Produktivitätsentwicklung erklärliches interessengemeinschaftliches Übereinkommen und kooperationsträchtiges Einvernehmen mit den Beschaffern und Lieferanten der für sein Wertschöpfungssystem konstitutiven menschlichen Arbeitskraft, sich erwählt, um der als Mehrwertrealisierungskrise zu Buche schlagenden ökonomischen Probleme Herr zu werden, die eben jene Produktivitätsentwicklung heraufbeschwört.

Der bürgerlichen Klasse fällt es dabei schwer beziehungsweise bleibt es schlankweg verwehrt, den politischen Stellungs- oder vielmehr Richtungswechsel, den das durch seine produktivitätsinduzierten Probleme ebenso sehr unter Druck gesetzte wie durch den interessengemeinschaftlichen Pakt alias kooperationsträchtigen Akkord mit den Produzenten, zu dem die Produktivitätsentwicklung den Grund legt, ermächtigte industrielle Kapital vollzieht, als das wahrzunehmen, was er ist: als eine Motion, die sie, die bürgerliche Klasse, ihrer Funktion und Rolle als politische Partnerin und ideologische Komplizin des industriellen Kapitals entkleidet und beraubt und sie, das bis dahin ihrem Willen gefügige und ihren Weisungen folgende administrative Faktotum, den Staat, an ihre Stelle setzend und auf ihn die politische Entscheidungsgewalt und strategische Richtlinienkompetenz übertragend, ins Abseits eines zwar unverändert materiell favorisierten und nach wie vor sozial privilegierten, im Übrigen aber ebenso demoralisierten wie depotenzierten Rentiers zu verfrachten.

Was die bürgerliche Klasse davon abhält, den Stellungswechsel des industriellen Kapitals als das. was er ist, als sie in ihrer politischen Funktion und ideologischen Rolle abdankenden und durch ihr bisheriges Faktotum, den ihr bis dahin hörigen republikanischen beziehungsweise demokratischen Administrator, den bürgerlichen Staat höchstselbst, ersetzenden Coup d'État alias diktatorischen Umsturz zu erkennen, ist zum einen der eben erwähnte Umstand, dass sie sich zwar politisch entmachtet und ideologisch abgesetzt, keineswegs aber um ihr persönliches Vermögen gebracht und in ihrem gesellschaftlichen Rang herabgesetzt findet und dass sie vielmehr, was dies beides, ihren wie immer auch durch Krieg und Krise gebeutelten und in Mitleidenschaft gezogenen privaten Besitzstand und sozialen Status, betrifft, ihre Entmachtung und Absetzung eher als Reaffirmation und Konsolidierung denn als Deprivation und Deklassierung erfährt.

Und was sie zum anderen daran hindert, die Desertion des industriellen Kapitals aus ihrer langjährigen politischen Partnerschaft beziehungsweise strategischen Allianz als den definitiven Partnerwechsel, der sie ist, wahrzunehmen, ist der Umstand, dass nicht nur ihr materialer Bestand und ihre personale Stellung, ihr materiales Possessiv und ihr darauf gegründetes soziales Prestige, von dem kapitalen Bäumchen-wechsel-dich im Wesentlichen unberührt bleiben, sondern dass sie auch und mehr noch ihre Bedeutung als funktionale Rekrutierungsbasis fürs Wertschöpfungssystem, als für dessen Versorgung mit Führungs-, Verwaltungs- und Vermarktungskräften unabdingbares humankapitales Reservoir, behält. Nach wie vor und unbeschadet des seine Ehe mit der bürgerlichen Klasse scheidenden neuen Lebensbundes, den das industrielle Kapital mit deren vormaligem Faktotum und Administrator, dem bürgerlichen Staat, schließt, bleibt die von ihm, dem industriellen Kapital, Sitzengelassene, die bürgerliche Klasse, das personale Einzugsgebiet, aus dem das Korpus des industriellen Kapitals, das Wertschöpfungssystem, die für seine Organisation, Steuerung und Kontrolle nötigen Funktionäre, Agenten und Repräsentanten bezieht.

Dies beides, ihr weitgehender Besitzstands- und Statuserhalt und ihre fortdauernde Rolle als das Wertschöpfungssystem mit Führungs-, Verwaltungs- und Vermarktungskräften versorgende Kaderschmiede, ist es, was die bürgerliche Klasse dazu bringt, die Emanzipation des industriellen Kapitals von ihr und ihre Abdankung als seine politische Partnerin statt als ein ihrer beider Beziehung betreffendes und veränderndes Ereignis zu erkennen, vielmehr als einen auf das industrielle Kapital selbst beschränkten und sein Verhältnis zu sich selbst kompromittierenden, weil seine Struktur und Beschaffenheit alterierenden und sie dissoziativ deformierenden Vorgang zu gewahren. Statt der Tatsache ins Auge zu schauen, dass ihr das industrielle Kapital, von seinem ökonomischen Debakel gedrängt und durch das interessengemeinschaftliche Einvernehmen mit seiner wertschöpferischen Belegschaft ermächtigt, als solches und ganzes von der Fahne geht und sich ihrem vormaligen Faktotum, dem Staat, in die Arme wirft, um sein Heil in den Verwertungs- und Vermarktungschancen zu suchen, die dieser ihm durch sein ersatzkonsumtives Engagement und durch seine auf den internationalen Austausch alias globalen Markt zielenden Finanzierungs- beziehungsweise Subventionierungsprogramme eröffnet, zieht es die bürgerliche Klasse vor, jene

politische Partnerschaft, die das industrielle Kapital über ihren Kopf hinweg mit der Staatsmacht eingeht, zu ignorieren und die Entfremdung von ihr und Indifferenz ihr gegenüber, die der kapitale Stellungs- und Richtungswechsel impliziert und die zu spüren und zu registrieren, sie gar nicht umhin kann, einer der Degeneration verdächtigen Amassierung und Zusammenballung von Teilen des Kapitals selbst, einer es als solches partiell ereilenden karzinösen Vergrößerung und Verwilderung, zuzuschreiben, die es der bürgerlichen Kontrolle alias öffentlichen Rechenschaftspflicht entziehe und als sogenanntes Großkapital zu einem die bürgerliche Gesellschaft existenziell bedrohenden, weil ebenso liberalistisch unberechenbaren wie monopolistisch eigenmächtigen Moloch entstelle.

Im Falle des Deutschen Reichs und der diktatorischen Macht, die dort der Staat ergreift, verfängt dieser Topos vom liberalistisch entfesselten und monopolistisch verwilderten Großkapital, zu dem die bürgerliche Klasse zwecks Ausblendung der in ihren Augen unheilvollen, weil sie als politische Partnerin disqualifizierenden und abservierenden Allianz zwischen industriellem Kapital und republikanischem beziehungsweise demokratischem Staat ihre Zuflucht nimmt, indes schwerlich, da die als nationalsozialistisches Regime etablierte diktatorische Staatsmacht das industrielle Kapital ja so offenkundig und durchgängig politisch unter Kuratel stellt und strategisch an die Kandare nimmt, dass es schon völliger Verblendung bedürfte, um die über den Kopf der bürgerlichen Klasse hinweg geknüpfte intime Liaison zwischen Kapital und Staat zu leugnen und das Ideologem vom als karzinöser kapitaler Auswuchs figurierenden wildwüchsig-unberechenbaren und freilaufend-unkontrollierbaren Großkapital aufrecht zu erhalten.

Angesichts solcher im Falle des Deutschen Reichs eklatanten Unleugbarkeit der zu Lasten der bürgerlichen Klasse etablierten politischen Intimbeziehung zwischen industriellem Kapital und diktatorischem Staat offeriert letzterer der politisch Sitzengelassenen, der bürgerlichen Klasse, eine nicht weniger paranoide als originelle Interpretations- und Verständnishilfe, die ihr erlaubt, an ihrem realitätsverleugnenden Ideologem vom freilaufenden Großkapital ebenso sehr festzuhalten wie aus ihm die Motivation zur Versöhnung mit der verleugneten Realität zu schöpfen, und der gemäß nämlich er, der nationalsozialistische Staat, das Ideologem übernimmt und bestätigt, aber nur, um das Phänomen,

das es zu adressieren beansprucht, eben die großkapital-karzinogene Entgleisung des industriellen Kapitals, auf die anderen industriekapitalistischen Nationen, die republikanisch-demokratischen Konkurrenten des nationalsozialistisch-diktatorischen Reichs, zu verschieben und als einzig und allein sie plagendes Gebrechen beziehungsweise sie heimsuchende Krankheit weit von sich, dem volksgemeinschaftlichen Staat alias völkischen Gemeinwesen, zu weisen.

Und zwar so unendlich weit von sich zu weisen, dass es, das nationalsozialistisch novellierte Deutsche Reich, sich nun im genauen Gegenteil als politisches Korpus behauptet, das jene Krankheit großkapitaler Entgleisung und daraus resultierender auswüchsiger Verwilderung ein für allemal überwunden und es nämlich geschafft habe, jenen großkapitalen Unruhestifter und Aufmischer der bürgerlichen Gesellschaft zu bändigen und, ökonomisch genommen, aus einem gefräßigen Moloch zu einem ergiebigen Energiespender oder, politisch gesehen, aus einer freilaufenden Bestie zu einem an die Kette gelegten Wach- und Schießhund zu domestizieren. Das Einzige, was die bürgerliche Klasse braucht, um diese ihm vom Regime offerierte Sichtweise zu übernehmen, ist die Bereitschaft, sich qua Klasse nicht zwar hinsichtlich ihres realen Besitzstands und ihrer sozialen Stellung, wohl aber in Ansehung ihrer politischen Bedeutung und ideologischen Rolle zurückzunehmen und der als völkische Gemeinschaft gleichgeschalteten und zu staatsbürgerlicher Homogenität egalisierten Nation einverleibt und in ihr aufgehoben zu imaginieren. Tut sie das, so dirimiert sich ihr im wundersam scheidekünstlichen Nu der von ihr zwecks Ausblendung ihrer politischen Entmachtung und ideologischen Abdankung durch das industrielle Kapital, das sich dem Staat in die Arme wirft, auf den Plan gerufene Monstrum Großkapital in ein vaterlandslos-destruktives, liberalistisch raffendes Kapital, das ausschließlich in den Volkswirtschaften der anderen industriekapitalistischen Staaten sein Unwesen treibt, und ein volksgemeinschaftlich-konstruktives, nationalsozialistisch schaffendes Kapital, zu dem das diktatorische Regime des Deutschen Reichs das Monstrum gezähmt hat und mit dem ihren Frieden zu machen, die bürgerliche Klasse allen in der Wahrung ihres realen Besitzstands und der Aufrechterhaltung ihrer sozialen Stellung, womit ihr das Regime ihre politische Entmachtung und ideologische Abdankung versüßt, gelegenen Grund hat.

Nachdem der ebenso mörderische wie wahnwitzige Spuk des vom nationalsozialistischen Regime inszenierten Dritten Reichs sein in einem zweiten Weltkrieg kulminierendes und nicht weniger katastrophales als dramatisches Ende gefunden und das als föderale Republik retablierte Gros der vom Deutschen Reich verbliebenen Konkursmasse sich wieder ins Konzert der kapitalistischen Industriestaaten eingereiht und deren vom New Deal à l'américaine, vom unmittelbaren Kontrahieren zwischen industriellem Kapital und republikanisch-demokratischem Staat geprägten und auf marktwirtschaftlicher Basis verfolgten Krisenbewältigungsbeziehungsweise Krisenpräventionsstrategie sich zu eigen gemacht hat, neigt auch die bürgerliche Klasse dieser retablierten Republik wie die der anderen industriekapitalistischen Staaten wieder dazu, das Skandalon der politischen Entmachtung und ideologischen Außerdienststellung, mit dem jene unmittelbare Allianz zwischen Kapital und Staat sie konfrontiert, sich durch das Ideologem einer das industrielle Kapital partiell heimsuchenden großkapitalen Entgleisung und auswüchsigen Verwilderung aus den Augen und aus dem Sinn zu schaffen.

Wie die bürgerlichen Klassen der anderen republikanisch-demokratischen Industriestaaten sieht sich freilich auch die der deutschen Bundesrepublik genötigt, der volkswirtschaftlichen Entgrenzung beziehungsweise weltwirtschaftlichen Ausweitung, zu der die finanzielle Förderung und subventionelle Unterstützung durch seinen neuen, die bürgerliche Klasse verdrängenden und ersetzenden, politischen Partner und ideologischen Komplizen dem industriellen Kapital progressiv verhilft, Rechnung zu tragen und deshalb fortan statt von Großkapital vielmehr von Finanzkapital zu reden, also die national-auswüchsige, sachwertig-monopolistische Geschwulst als international-ausufernde, geldwertig-diffusionistische Metastase, kurz, die industrielle Hypertrophierung als kommerzielle Globalisierung wahrzunehmen. Dass diese Umdeklarierung des den politischen Stellungswechsel des industriellen Kapitals zu eskamotieren oder jedenfalls zu kaschieren gedachten bürgerlichen Popanz Großkapital, diese Substitution der großkapitalen Deckadresse durch das Alibi Finanzkapital unverkennbar an das propagandistische Feindbild vom liberalistisch raffenden, vaterlandslos Wucher treibenden Kapital anknüpft, mit dem das nationalsozialistische Regime in genere die Volksgemeinschaft auf Vordermann und in specie die bürgerliche Klasse zur volksgemeinschaftlichen Raison zu bringen suchte, entbehrt dabei gewiss nicht der historischen Ironie.

Kapitel Neun

Das Dilemma des nationalsozialistischen Sanierungskonzepts: Machtbesessene Okkupation als wahngetriebene Projektion oder die aggressive Eroberungskampagne als regressives Säuberungsritual

Dass sich wie in den republikanisch-demokratischen Industriestaaten auch im nationalsozialistischen Deutschen Reich das industrielle Kapital zum New Deal, zu einem über den Kopf der bürgerlichen Klasse hinweg, wenn auch nicht ihr entgegen, mit dem Staat geschlossenen Korporationsvertrag ökonomisch genötigt und sozial ermächtigt findet, erklärt noch nicht, warum angesichts der gänzlich anderen Zielsetzung des deutschen New Deal, der Tatsache, dass hier das ökonomische Sanierungsprojekt nicht sowohl der Belebung des Marktes als vielmehr primär der Stärkung des Staats, nicht sowohl der zivilen Versorgung als vielmehr der militärischen Aufrüstung dient, das deutsche Kapital vorbehaltlos, um nicht zu sagen, wild entschlossen in den Pakt mit dem Staat einwilligt.

Dass und warum - um zum Thema, dem speziellen New Deal, den das nationalsozialistische Regime des Deutschen Reichs mit dessen ökonomischer Macht, dem industriellen Kapital, schließt, zurückzukehren! - die ökonomische Macht sich gleichermaßen befugt und befähigt zeigt, ohne Rücksprache, geschweige denn Abstimmung, mit ihrer politischen Partnerin, der bürgerlichen Klasse, und quasi über ihren Kopf hinweg mit dem Regime zu kontrahieren und zu einem für das Deutsche Reich nicht weniger schicksalsschweren als richtungweisenden Abkommen zu

gelangen - das hat der Exkurs hoffentlich deutlich zu machen vermocht. Basis solch unmittelbaren Kontrahierens, um nicht zu sagen Konspirierens, des industriellen Kapitals mit dem nationalen Staat sind die einer Aufkündigung der Lebensgemeinschaft vergleichbare relative Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, die das als ökonomische Macht firmierende industrielle Kapital im Verhältnis zu seiner traditionellen politischen Partnerin, der bürgerlichen Klasse, erringt, und die initiative Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit, die es dadurch erlangt. Ihre von hypostatischer Kurzschlüssigkeit beziehungsweise metaphysischer Bodenlosigkeit weit entfernte historische Erklärung beziehungsweise empirische Begründung findet, wie dem Exkurs zu entnehmen, diese für den New Deal, den es mit dem bürgerlichen Staat über den Kopf der bürgerlichen Klasse hinweg eingeht, fundamentale Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit des industriellen Kapitals in zweierlei.

Da ist zum einen der als wirkende Ursache jener Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit zu betrachtende Umstand der als Weltwirtschaftskrise apostrophierten Wertrealisierungsnot, in die das industrielle Kapital sich durch seine Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie und die dadurch befeuerte Produktivkraftentwicklung, gepaart mit dem in einer ebenso jähen wie massiven Absatzstockung resultierenden, dem Potlatch des Weltkriegs geschuldeten Mangel an privatem Vermögen und ergo Fehlen ziviler Kaufkraft, gestürzt findet. Diese eklatante Not ist es, die, ganz im Einklang mit den ihr nachgesagten Eigenschaften, kein Gebot zu kennen und erfinderisch zu machen, dem industriellen Kapital die Befugnis verleiht, sich von seiner bisherigen gesellschaftlichen Partnerin, der neben der politischen Hilfestellung, die sie ihm leistet, und der ideologischen Absicherung, die sie ihm bietet, ja auch ökonomisch unentbehrlichen, weil fürs Wertrealisierungsgeschäft bis dahin zentralen bürgerlichen Klasse, zu emanzipieren, um nicht zu sagen zu dissoziieren, und sein Heil unmittelbar beim bürgerlichen Staat zu suchen, sich von ihm und seiner ersatzkonsumtiv-finanziellen Unterstützung und subventionsträchtig-kommerziellen Förderung die Auflösung und Überwindung des Wertrealisierungsstaus beziehungsweise Wiederankurbelung des durch den Stau ins Stocken geratenen und gar zum Erliegen gekommenen Wertschöpfungsprozesses zu versprechen. Will das industrielle Kapital wieder Tritt fassen und in Gang kommen, so muss es notgedrungen alias krisenbefugt den politischen Partner wechseln und

seiner langjährigen Lebensgefährtin, der durch die Krise ebenso sozial zerrütteten und fraktionierten wie real geschädigten und deprivierten bürgerlichen Klasse, den Laufpass geben, um sich ihrer Ziehtochter, der bürgerlichen Staatsmacht, in die Arme zu werfen und deren wirtschaftliche Förderungsprogramme, ihre Bemühungen um kreditiv finanzierten beziehungsweise subventionierten vermehrten binnenwirtschaftlichen Umsatz beziehungsweise verstärkten außenwirtschaftlichen Absatz zu seiner Sache zu machen.

Und da ist zum anderen der als zureichende Bedingung der Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit, die es an den Tag legt, anzusehende Stärkung und Ermächtigung, die das industrielle Kapital durch seine interessengemeinschaftliche Übereinkunft und sein kooperationsträchtiges Einvernehmen mit den Beschaffern und Lieferanten des von ihm angeeigneten und für seinen Wertschöpfungsbetrieb ebenso maßgebenden wie grundlegenden Faktors menschliche Arbeitskraft, den lohnbeziehenden Arbeitern und entgeltempfangenden Angestellten, erfährt. Weil die Rationalisierungs- und Automatisierungsstrategie, die es in Reaktion zuerst auf die staatliche Umverteilungspolitik und sodann auf den durch die Strategie selbst entfesselten kommerziellen Konkurrenzkampf verfolgt, zu gleichermaßen einer erheblichen energetischen Entlastung und einer merklichen ökonomischen Belohnung der Lohnbezieher und Entgeltsempfänger führt, präsentiert sie letzteren die ausbeuterische Entwendung alias wertschöpferische Entfremdung ihrer Arbeitskraft in einem milderen und annehmlicheren Licht und legt, indem sie ihnen damit ihren sozialrevolutionären Elan verschlägt und sie vom radikalen Projekt einer Transformation der bürgerlich-privatistischen Klassengesellschaft in eine gewerklich-sozialistische Solidargemeinschaft abbringt, den Grund für jenes wie immer auch verteilungskämpferisch konditionierte Übereinkommen und sozialkritisch präjudizierte Einvernehmen mit dem industriellen Kapital, das diesem erst gleichermaßen die funktionale Dringlichkeit und die soziale Durchschlagskraft für seinen in der Version, die die westlichen Industriestaaten praktizieren, als New Deal apostrophierten und ohne Rücksicht auf die bürgerliche Klasse beziehungsweise über deren Kopf hinweg mit dem bürgerlichen Staat geschlossenen und als uno actu ökonomischer Kontrakt firmierenden politischen Pakt vindiziert.

Dies beides also, seine als causa efficiens erkennbare Nötigung durch die chronische Absatzkrise, das mit Mitteln des bürgerlichen Marktes

nicht mehr bewältigbare anhaltende Mehrwertrealisierungsproblem, und seine als causa sufficiens begreifliche Ermächtigung durch ein sich revisionistisch mit ihm arrangierendes Wertschöpfungspersonal, eine dank der energetischen Entlastung und ökonomischen Belohnung, die es ihr bietet, hinter ihm stehende und ihm, wie auch immer optimistisch-kritisch und reformistisch-vorbehaltlich, den Rücken stärkende Belegschaft - dies beides ist es, was das industrielle Kapital zu jenem unmittelbaren, als New Deal, als ökonomischer Kontrakt, wohlverstandenen politischen Pakt mit der bürgerlichen Staatsmacht befugt und befähigt, der, während er die bürgerliche Klasse entmachtet und auf ein wenn auch ebenso sozial gesichertes wie material gepolstertes Altenteil setzt, ihr um eben dieser ihrer sozialen Sicherung und materialen Polsterung willen gar keine andere Wahl lässt, als gute Miene zu seinem Partnerwechsel zu machen und ihm, dem neu liierten Abtrünnigen, unverändert politische Gefolgschaft zu leisten und nach wie vor die ideologische Treue zu halten.

Ob freilich die im Allgemeinen der weltwirtschaftskritischen Situation, in der sich die industriekapitalistischen Staaten zu Anfang der dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts befinden, durchaus plausible Begründung für den als New Deal apostrophierten unmittelbaren und unmittelbar als ökonomischer Kontrakt firmierenden politischen Pakt des industriellen Kapitals mit dem bürgerlichen Staat, die Erklärung solch ökonomisch kontraktiven politischen Pakts einerseits aus der Befugnis zu ihm, die dem industriellen Kapital eben jene weltwirtschaftskritische Situation verleiht, und andererseits aus der Fähigkeit zu ihm, die dem industriellen Kapital aus seiner Interessengemeinschaft mit dem wertschöpferischen Personal erwächst - ob also diese im Allgemeinen plausible Begründung auch im Besonderen der deutschen Version des New Deal als Erklärung ausreicht, erscheint bei näherem Hinsehen mehr als fraglich. Mag nämlich zwar hier wie andernorts der Verweis auf die ökonomische Krise, in der es steckt, und auf die soziale Ermächtigung, die ihm die Interessengemeinschaft mit dem wertschöpferischen Personal bringt, genügen, um dem industriellen Kapital die Befugnis und die Befähigung zum selbständigen politischen Paktieren alias eigenmächtigen ökonomischen Kontrahieren mit der bürgerlichen Staatsmacht nachzuweisen, warum in diesem besonderen Fall das industrielle Kapital motiviert beziehungsweise disponiert sein sollte, seine Befugnis tatsächlich

auszuüben beziehungsweise seine Fähigkeit wirklich anzuwenden, ist damit mitnichten schon plausibel gemacht. Und zwar deshalb nicht, weil in diesem besonderen Fall, im Falle des seine spezielle Version des New Deal implementierenden Deutschen Reichs, es gar nicht eine republikanisch-demokratisch konstituierte bürgerliche Staatsmacht, sondern die sich völkisch inszenierende nationalsozialistische Militärdiktatur ist, mit der zu paktieren alias zu kontrahieren es, das industrielle Kapital, sich ebenso sehr sozial ermächtigt wie funktional genötigt findet!

Die im Deutschen Reich in Szene gesetzte Verdrängung und Ersetzung des republikanisch-bürgerlichen Staats durch eine militärisch-völkische Diktatur nämlich impliziert für das industrielle Kapital weit mehr als bloß einen Wechsel des politischen Partners und ideologischen Komplizen und fordert ihm vielmehr ex cathedra eben dieses neuen Partners und Komplizen eine radikale Revision der gesellschaftspolitischen Zweckbestimmung und demzufolge auch der volkswirtschaftlichen Zielsetzung ab. Soweit und solange es der republikanisch-demokratisch verfasste bürgerliche Staat ist, der wegen der ersatzkonsumtiv-finanziellen Hilfestellung, die er ihm leistet, und wegen der kreditiv-kommerziellen Förderung, die er ihm bietet, das industrielle Kapital hinlänglich anspricht und anzieht, um es zu vermögen, sich in Wahrnehmung seiner der Not der Weltwirtschaftskrise und der Interessengemeinschaft mit der wertschöpferischen Belegschaft geschuldeten Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit mit ihm, dem bürgerlichen Staat, unmittelbar gemein zu machen und zu verpartnern, sprich, sich über den Kopf seiner bisherigen politischen Partnerin, der bürgerlichen Klasse, hinweg mit ihm kontraktiv zusammen-, um nicht zu sagen konspirativ kurzzuschließen, mag dies zwar gravierende Auswirkungen auf die strategische Macht und die ideologische Rolle der bürgerlichen Klasse haben und insofern die politische Architektur der bürgerlichen Gesellschaft verändern, deren ökonomische Struktur aber bleibt davon weitgehend unberührt und im Wesentlichen die gleiche.

Was der staatliche New Deal, das Involvement des Staats in den ökonomischen Prozess, bezweckt, worauf seine auf kreditiver Grundlage geleisteten finanziellen Hilfestellungen und subventionellen Fördermaßnahmen abzielen, ist nach wie vor der kommerzielle Austauschzusammenhang, ist mit anderen Worten der mehrwertige materiale Güter und reale Leistungen prozessierende und distribuierende zivile Markt, der

als für die bürgerliche Gesellschaft ebenso zentrale wie fundamentale Einrichtung dazu da ist, die wie sehr auch klassenspezifisch sortierten Bevölkerungsgruppen der bürgerlichen Gesellschaft mit Lebensmitteln, Einrichtungsgegenständen, Bedarfsartikeln und Dienstleistungen zu versorgen und in der als conditio sine qua non wohlverstandenen Konsequenz, im als teleologische prima causa zu begreifenden Effekt solcher Versorgung dem Wertschöpfungssystem beziehungsweise dessen treibendem Prinzip, dem industriellen Kapital, die qua Schöpfung und Realisierung von Mehrwert funktionierende Selbstverwertung alias Akkumulation zu sichern.

In diesem Punkte, in puncto der Zweckbestimmung beziehungsweise Zielsetzung der vom Staat geleisteten finanziellen Hilfestellungen und ergriffenen subventionellen Fördermaßnahmen, weicht aber nun die vom nationalsozialistischen Regime, von der Militärdiktatur des Deutschen Reichs, implementierte Spielart des New Deal von der Normalversion, die die republikanisch-demokratischen Industriestaaten im Schlepptau der Vereinigten Staaten von Amerika praktizieren, ebenso entscheidend wie grundlegend ab. Zweck und Ziel des ökonomischen Involvements des Staats, seiner finanziellen Unterstützung und subventionellen Förderung, ist hier nicht der kommerzielle Austauschprozess der bürgerlichen Gesellschaft, sondern das militärische Auf- und Ausrüstungsprojekt für eine als wehrmächtiges Korpus vom Staat selbst initiierte und inszenierte völkische Gemeinschaft. Wie oben ausgeführt, resultiert der radikalisierte und ins Extrem eines veritablen Subjektwechsels getriebene Bismarcksche Sozialpakt, den das nationalsozialistische Regime sich auf die Fahne geschrieben hat, in einer Verdrängung der den Staat tragenden, ihn, wenn nicht aus der Taufe hebenden und in sein Amt einsetzenden, so doch als solchen etablierenden und fundierenden zivilen Gesellschaft durch eine vom Staat selbst gezeugte und ausgetragene, der Staatsmacht wie Pallas Athene dem Zeus entspringende militärische Gemeinschaft, die, während sie als - um auf die frühere Urteilsfigur zurückzugreifen - zur Sache selbst hypostasierte Kopula dem staatlichen Prädikat sein qua bürgerliche Gesellschaft angestammtes ziviles Subjekt ersetzt, dieses ebenso sehr zu einem materialen Steinbruch und personalen Ersatzteillager für jenes als leibgeberische Setzung alias persönlicher Golem des Staats figurierende militärische Korpus amorphisiert und nivelliert, wie sie das militärische Korpus selbst, den wehrmächtigen Golem, zum wenn nicht alleinigen

und ausschließlichen, so definitiv doch vorrangigen und hauptsächlichen Objekt staatlicher Zuwendung und Fürsorge avancieren lässt, es quasi zu einem Fetisch staatlicher Selbstfindung, dem goldenen Kalb eines narzisstischen Staatskults erhebt.
Weit entfernt davon, dass die ersatzkonsumtiv-finanzielle Unterstützung und produktionsinstigativ-subventionelle Förderung, die hier der Staat dem industriellen Kapital zuteilwerden lässt, auf den kommerziellen Austauschprozess, das Marktgeschäft, der bürgerlichen Gesellschaft konzentriert wäre, ist sie vielmehr primär und hauptsächlich auf das gouvernementale Ausrüstungsprojekt des militärdiktatorischen Rüstungsbetriebs, die Armierung und Mobilisierung des vom Staat selbst der bürgerlichen Gesellschaft als ihre wahre Gestalt, ihre ideale Verkörperung, unterstellten oder, besser gesagt, übergestülpten wehrmächtigen Korpus abonniert - mit dem Resultat, dass der gesamte, durch die staatlichen Finanzierungen und Subventionierungen wieder angekurbelte und aufgepäppelte Wertschöpfungsprozess auf eben dieses staatliche Ausrüstungsprojekt angesetzt und ausgerichtet ist und der bürgerliche Austauschzusammenhang nur sei‘s im kontingenten Nebenbei, sei‘s im sekundären Nachhinein jener Präokkupation des Wertschöpfungssystems mit dem militaristischen Projekt des Staats zu seinem zivilen Recht und als der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Einrichtung zum Zuge kommt. Dass solche Umorientierung beziehungsweise Umfunktionierung des Wertschöpfungssystems aus einem auf den kommerziellen Austauschprozess der Gesellschaft konzentrierten Zulieferer in einen auf das militärische Rüstungsprojekt des Staats abonnierten Dienstleister das industrielle Kapital befremdlich und in der Tat unheimlich anmuten muss, scheint unschwer einsehbar. Schließlich findet sich das industrielle Kapital beziehungsweise sein wertschöpferischer Betrieb damit abgezogen, wo nicht gar abgeschnitten, von eben dem kommerziellen Geschäft, das ihm bis dahin die geldliche Realisierung der vom ihm geschöpften Sachwerte ermöglicht und nach Maßgabe des in deren Wert enthaltenen Mehrwerts die Gewähr dafür bietet, dass seiner als Selbstverwertung firmierenden wahren Bestimmung entsprochen, seinem als Akkumulation figurierenden eigentlichen Anliegen Genüge getan wird.

Statt dass ihm gestattet wäre, seinen wertschöpferischen Elan, seinen industriellen Betrieb, jenem als bürgerlicher Austauschzusammenhang funktionierenden und seinem Selbstverwertungsimperativ auf den Leib

geschneiderten kommerziellen Geschäft zuzuwenden und zugute kommen zu lassen, sieht sich das Kapital von Seiten des nationalsozialistischen Regimes gehalten, sich vordringlich und hauptsächlich in den Dienst jenes gouvernementalen Auf- und Ausrüstungsprojekts zu stellen, das um die oben als Hätschelkind beziehungsweise Steckenpferd des diktatorischen Staats apostrophierte Wehrmacht, das als dessen eingeborene Kreatur beziehungsweise spiegelbildliche Ausgeburt identifizierte militärische Korpus kreist. Statt Güter und Leistungen für den bürgerlichen Austauschzusammenhang, den zivilen Markt, erzeugen und erbringen zu können, sieht sich das Wertschöpfungssystem primär und maßgeblich genötigt, Rüstung, Infrastruktur und Nachschub für den ständigen Unterhalt und den künftigen Einsatz jenes staatskreatürlichen Korpus, jenes wehrmächtigen Alter ego des Staats, zu produzieren, zu installieren und zu prokurieren. Wie sollte ihm diese ihn von seinem normalen kommerziellen Geschäft, der via regia einer akkumulationsträchtigen Mehrwertrealisierung per Vermarktung, massiv abziehende, wo nicht gänzlich abhaltende gouvernemental verfügte Präokkupation mit der Herstellung von Kriegsgerät, dem Bau militärischer Anlagen und der Ausrüstung und Versorgung der Streitkräfte, dem industriellen Kapital akzeptabel, geschweige denn willkommen sein?

Zwar ist, wenn hier von gouvernementaler Nötigung die Rede ist, damit keineswegs gemeint, dass die Inanspruchnahme des Wertschöpfungssystems für das militärische Steckenpferd des Staats statt für die Nachfrage und den Bedarf des zivilen Marktes mit einer Aufhebung des kommerziellen Austauschprinzips einhergeht und in einer Situation resultiert, in der an die Stelle des Äquivalententauschs, sprich, der den Wert der Austauschobjekte betreffenden beiderseitigen Kompensation, der nach dem Marktprinzip zwischen den Kontrahenten, zwischen Anbieter und Abnehmer, in diesem Fall also zwischen Kapital und Staat, erforderten wechselseitigen Wertvergütung, ein nicht durch das objektive Äquivalenzprinzip bestimmtes, nicht durch die sächliche Wertbeziehung geregeltes Geben und Nehmen, will heißen, ein als kompensationsloses Ausliefern vollzogener einseitiger Transfer, ein durch nichts als die persönliche Gewalt beziehungsweise die gesellschaftliche Macht, die der Nehmer über den Geber ausübt, vermitteltes Preisgeben und

Aneignen tritt. Wie oben gezeigt, ist es keineswegs so, dass der diktatorische Staat das industrielle Kapital in eine fronwirtschaftlich-aufopferungsvolle Rolle zwingt, es in einen Dienst an ihm, dem Staat, presst, der

sich als keiner Gegenleistung bedürftige Pflichterfüllung versteht und seinen einzigen Lohn in dem zum Staatswohl geleisteten Beitrag selbst findet. Vielmehr unterhält die Staatsmacht zum kapitalen Wertschöpfungssystem ganz normale kommerzielle Beziehungen, schließt mit ihm marktkonforme Leistungs- und Lieferverträge ab und vergütet ihm, weit entfernt davon, per Requisitionen und Konfiskationen kurzen Prozess mit ihm zu machen, auf Heller und Pfennig die materialen Güter und realen Leistungen, die es für das staatliche Hätschelkind, das wehrmächtige Alter ego des Staats, erzeugt und erbringt.

Von daher gesehen und rein funktionell verstanden, müsste das industrielle Kapital sich mit der vom nationalsozialistischen Regime seinem Wertschöpfungssystem zugewiesenen Aufgabe und zugedachten Rolle als primär und hauptsächlich dem militärischen Projekt des Staats zur Verfügung stehender und zuarbeitender Auf- und Ausrüstungsbetrieb durchaus abfinden, wo nicht gar anfreunden können, da ihm, wofür sonst der bürgerliche Markt Sorge trug, die den Mehrwert einschließende geldliche Realisierung der von seinem Wertschöpfungssystem geschöpften Sachwerte und damit die Befriedigung des ihm als uno actu Motiv und Impuls eingefleischten Verwertungs- alias Akkumulationstriebs, jetzt eben der staatliche Auftraggeber und Abnehmer gewährleistet. Genauer betrachtet und substanziell begriffen, stellt sich freilich die Sache entschieden problematischer dar.

Nicht anders als die Regierungen der republikanisch-demokratischen Industriestaaten bewerkstelligt auch das militärdiktatorische Regime des Deutschen Reichs sein als New Deal firmierendes ökonomisches Engagement auf kreditiver Grundlage. Der Umstand indes, dass hier die finanziellen Hilfestellungen und subventionellen Fördermaßnahmen nicht generell der Versorgung und Bestückung des kommerziellen Austauschzusammenhangs alias zivilen Marktes mit Gütern und Dienstleistungen gelten, sondern speziell auf die Ausrüstung und Ausstattung der gouvernementalen Streitkräfte mit Waffen, Infrastruktur und Einsatzbereitschaft gerichtet sind, verleiht der kreditiven Basis der staatlichen Hilfestellungen und Fördermaßnahmen eine Unwiderruflichkeit und Finalität, die das ökonomische Involvement des nationalsozialistischen Deutschen Reichs von dem der anderen Industriestaaten unübersehbar differieren lässt. Die anderen zum New Deal ihre Zuflucht nehmenden

Staaten können, weil Zweck und Ziel ihrer kreditfinanzierten Bemühungen um die Wiederankurbelung und Wiederbelebung des Wertschöpfungssystems die Rehabilitation und Reaktivierung des kommerziellen Austauschprozesses alias zivilen Marktes ist, hoffen, mittels ihrer fiskalischen, taxalischen oder auch investorischen Teilhabe an den auf dem Markt realisierten Erträgen und per kommerziellen Austausch erzielten Gewinnen, sprich, mittels der in Steuern, Abgaben und Dividenden bestehenden Einkünfte, die sie qua Staat aus dem kommerziellen Austausch beziehen, der Einnahmen, die für sie sei's als politische Prokuratoren der bürgerlichen Gesellschaft, sei's als ökonomische Investoren ins bürgerliche Wertschöpfungssystem der Markt abwirft - sie können also mittels dieser Einnahmen hoffen, die von ihnen beim bürgerlichen Gesamtvermögen aufgenommenen Kredite irgendwann zurückzuzahlen und zu löschen, mit anderen Worten, die Schulden, die sie zur Finanzierung ihres der Wiederbelebung und Wiederankurbelung des Wertschöpfungssystems geltenden ökonomischen Involvements machen müssen, letzten Endes wieder zu tilgen.

Dass es sich, wie dargelegt, bei dem lletzten Endes", auf das die den New Deal praktizierenden republikanisch-demokratischen Industriestaaten setzen, um ein Pseudonym für die Calendae graecae, den Sankt-Nimmerleins-Tag handelt, dass, einmal angefangen, das kreditbasierte ökonomische Involvement des Staates wegen des Mehrwerts, den das wiederangekurbelte System produziert und wegen des systematischen Unvermögens der bürgerlichen Gesellschaft, für die Realisierung dieses produzierten Mehrwerts Sorge zu tragen, sich als unabsehbare Dauererscheinung, als für das Bestehen des Wertschöpfungssystems grundlegende Einrichtung etabliert, dass mit anderen Worten das kreditbasierte, auf den Borg des bürgerlichen Gesamtvermögens gegründete staatliche Involvement fortan als, wie man will, tragende Säule oder haltgebende Krücke der kapitalistisch organisierten, zum Wertakkumulationsmechanismus instrumentalisierten gesellschaftlichen Reproduktion firmiert - das steht dabei außer Frage und ist unabweisliches Faktum. Aber das Faktum ändert nichts daran, dass, so gewiss die finanziellen Hilfestellungen und subventionellen Fördermaßnahmen des Staats dem kommerziellen Austauschzusammenhang alias bürgerlichen Markt gelten, dessen Sanierung und Revitalisierung, seine Befähigung, wieder auf eigenen Füßen zu stehen und, wie aus eigenem Antrieb, so in eigener Regie zu

funktionieren, das wie immer auch illusorische Ziel oder wie immer auch der Vorspiegelung falscher Tatsachen verdächtige Perspektiv des ökonomischen Involvements des Staats, seines kreditbasierten New Deal, ist und bleibt.

Die Konzentration des Wertschöpfungssystems aufs militärische Projekt des Staats führt, weil letzteres durch auf der Basis des bürgerlichen Gesamtvermögens vom Staat aufgenommene Kredite finanziert wird und keinen angemessenen Beitrag zum Markt leistet, zu einer fortschreitenden Erosion der bürgerlichen Kreditbasis. Und das wiederum hat eine inflationsträchtige Diskrepanz zwischen dank staatlicher Aufträge vergrößerter Geldwertmenge und stagnierender marktrelevanter Sachwertmenge zur Folge, die den Staat zwingt, per Preis- und Distributionskontrolle lenkend und beschränkend in das freie Spiel des Marktes einzugreifen.

Von jenem Ziel der republikanisch-demokratisch verfassten Industriestaaten aber nimmt nun ja das nationalsozialistisch formierte Deutsche Reich insoweit definitiv Abstand beziehungsweise von diesem Perspektiv hat es sich insofern infinitiv verabschiedet, als sein Interesse und Bestreben überhaupt nicht mehr dem kommerziellen Austauschprozess der zivilen Gesellschaft gilt, sondern primär und hauptsächlich auf das Auf- und Ausrüstungsprojekt des von ihm als staatliche Ausgeburt, als Alter ego der Staatsmacht selbst, an die Stelle der zivilen Gesellschaft gesetzten militärischen Korpus konzentriert ist. Diese vom nationalsozialistischen Regime inszenierte und oben als veritabler sozialer Subjektwechsel erkannte Substitution der dem prädikativen Staat subsumierten zerstrittenen bürgerlichen Klassengesellschaft durch eine ihm qua Wehrmacht inkorporierte streitbare Volksgemeinschaft hat freilich ebenso schwerwiegende wie weitreichende Rückwirkungen auf die kreditive Basis des als New Deal apostrophierten ökonomischen Involvements des Staats, seiner Bemühungen um die Wiederbelebung und Wiederankurbelung des Wertschöpfungssystems, und stellt nämlich die Kreditwürdigkeit alias Fundiertheit solchen Involvements fundamental in Frage. Basis und Bezugspunkt der staatlichen Kreditaufnahme ist schließlich das bürgerliche Gesamtvermögen, und dessen Quelle und Förderanlage oder, besser gesagt, Getriebe und Förderband ist der kommerzielle Austauschzusammenhang. Von eben diesem der Mehrung des gesellschaftlichen

Gesamtvermögens gewidmeten Förderband, der für dessen Wachstum verantwortlichen Pipeline, zieht nun oder schneidet gar das militaristisch gewendete ökonomische Involvement des nationalsozialistischen Staats das Wertschöpfungssystem ab, indem sich letzteres gehalten findet, statt Güter und Leistungen für den kommerziellen Prozess zu erzeugen und zu erbringen, vielmehr Rüstungen und Anlagen für das gouvernementale Projekt zu beschaffen und zu errichten. Statt seinem traditionellen Geschäft einer Mehrung alias Akkumulation bürgerlichen Vermögens durch kommerzielle Realisierung des in Gestalt ziviler Güter und Leistungen produzierten Mehrwerts nachgehen und obliegen zu können, muss das Wertschöpfungssystem diese Mehrung alias Akkumulation bürgerlichen Vermögens auf die verquere Weise bewerkstelligen, dass es sich dem kreditfinanzierten gouvernementalen Auf- und Ausrüstungsprojekt zur Verfügung stellt, sich mithin auf den Borg des zivilen Vermögens, das es zu vermehren und zu akkumulieren dient, der oben als Hätschelkind oder Steckenpferd des Staats ausgemachten Augmentation inkorporierter Kampfkraft und Amassierung materialisierter Kriegsbereitschaft verschreibt.

Der Teufelskreis, in den sich das Wertschöpfungssystem damit verstrickt sieht, ist offenkundig. Auf den Kredit alias Borg des von ihm geschöpften bürgerlichen Vermögens muss das Wertschöpfungssystem Güter erzeugen und Leistungen erbringen, die, weit entfernt davon, dem bürgerlichen Vermögen zugute zu kommen und Gewinn für es abzuwerfen und also den auf es aufgenommenen und bezogenen Kredit zu rechtfertigen beziehungsweise es für weitere Kreditaufnahmen instand zu setzen und tragfähig zu machen, vielmehr nur dem staatlichen Auftraggeber einen für den bürgerlichen Markt unerheblichen Nutzen bringen, nur für die Staatsmacht selbst einen kommerziell bedeutungslosen Wert besitzen und nämlich einzig und allein zur im militärischen Alter ego der Staatsmacht, ihrem wehrmächtigen Leibgeber, aufgehenden Selbstbespiegelung beziehungsweise in dessen Wachstum und Gedeihen sich erschöpfenden Selbstbefriedigung des Staates taugen. Statt mit den ihm vom bürgerlichen Gesamtvermögen eingeräumten Krediten sich wie die republikanisch-demokratischen Industriestaaten um die per Wiederankurbelung eines Wertschöpfungssystems, das zivile Güter und Leistungen erzeugt und erbringt, zu erzielende Mehrung eben jenes bürgerlichen

Gesamtvermögens und somit Stärkung der in ihm bestehenden Kreditbasis verdient zu machen, nutzt der nationalsozialistische Staat seine durch das bürgerliche Gesamtvermögen gutgesagte Kreditierung primär und hauptsächlich, um das Wertschöpfungssystem Dinge produzieren und Strukturen schaffen zu lassen, die einzig und allein der herrschaftlichen Stellung alias Souveränität des Staates selbst, will heißen, seiner militärischen Macht und streitbaren Herrlichkeit Vorschub leisten und zum Wohle gereichen.

Die finanzpolitische Konsequenz solcher nicht dem bürgerlichen Markt zugute kommenden und das bürgerliche Vermögen, das sich aus letzterem speist, mehrenden, sondern nur die staatliche Macht stärkenden kreditfundierten staatlichen Inanspruchnahme des Wertschöpfungssystems ist klar: Sie besteht in einer fortschreitenden Erosion und Schwächung der kreditiven Basis, auf der der Staat die Hege und Pflege seines leibgeberischen Hätschelkinds alias militärischen Steckenpferds betreibt. Je länger und umfänglicher der Staat geldwertige Kredite auf das bürgerliche Gesamtvermögen aufnimmt, um sein militärisches Steckenpferd zu finanzieren, umso größer und gravierender wird das Missverhältnis dieser geldwertigen staatlichen Kredite zu dem sachwertfundierten bürgerlichen Vermögen, auf das sie aufgenommen werden und das durch die Schöpfung neuer kommerzieller Sachwerte zu mehren und als Kreditbasis zu substantiieren, sie nach Maßgabe ihrer Fixierung auf und ihres Einsatzes für das militärische Steckenpferd des Staats ebenso sträflich wie unverantwortlich versäumen.

Zwar kann die infolge staatlicher Kreditaufnahme wachsende und per staatlichen Ersatzkonsum in gesellschaftlichen Umlauf gebrachte Geldwertmenge eine ihr korrespondierende Sachwertmenge in Gestalt der Waffen, Ausrüstungen und Anlagen reklamieren, die der Staat das Wertschöpfungssystem erzeugen, herstellen und errichten lässt, aber diese Sachwerte sind ja nur ad usum delphini, nicht für den öffentlichen Gebrauch bestimmt, sind keine marktgängige Ware, sondern nur ein staatsinterner Posten, schlagen deshalb kommerziell nicht nur nicht zu Buche, sondern im Gegenteil ins Kontor und sind als dem Markt ab ovo entzogene und vom Staat privatsächlich vereinnahmte Güter und Leistungen gänzlich untauglich, der gesellschaftlich kursierenden und infolge des kreditierten staatlichen Ersatzkonsums zunehmenden

Geldwertmenge finanzpolitisch das Wasser zu reichen beziehungsweise währungssystematisch die Waage zu halten.

Je länger demnach der Staat seinem kreditfinanzierten militaristischen Hobby frönt, je länger er mit dem ihm von der bürgerlichen Gesellschaft kreditierten Geld das Wertschöpfungssystem primär und hauptsächlich militärische Rüstungen schaffen und Vorkehrungen treffen statt zivile Güter erzeugen und Leistungen erbringen lässt, umso größer wird das Missverhältnis zwischen der in der Gesellschaft kursierenden Geldwertmenge, die dank der kreditfinanzierten militärischen Rüstungen und Vorkehrungen des Staats wächst, um nicht zu sagen, ins Kraut schießt, und den zivilen Gütern und Leistungen, sprich, der auf dem Markt vertriebenen, kommerziell genutzten Sachwertmenge, zu deren wertschöpferischen Lasten die militaristische Präokkupation des Staates geht, die sich mit anderen Worten vergleichsweise marginalisiert und minimiert zeigt und deren Wert doch aber für den der kursierenden Geldwertmenge maß- und ausschlaggebend ist.

Marktgesetzlich zwangsläufige Folge solchen, als ein Zuviel an Geldwert und Zuwenig an Sachwert in Erscheinung tretenden Missverhältnisses zwischen gesellschaftlich kursierender Geldwertmenge und kommerziell verwendbarer Sachwertmenge ist die äquilibristische Anpassung des Werts der ersteren an den der letzteren, die sich in Form von Preissteigerungen vollzieht, also in der Weise vor sich geht, dass das als Äquivalent für die Güter und Dienstleistungen auf dem Markt zu zahlende Geld an Wert einbüßt und der in Geld ausgedrückte Wert der Güter und Dienstleistungen, eben ihr Preis, entsprechend ansteigt, die Güter und Dienstleistungen sich gemäß dem Wertverlust des Geldes verteuern. Weil infolge der kreditfundierten staatlichen Inanspruchnahme des bürgerlichen Wertschöpfungssystems für eine nicht dem kommerziellen Zusammenhang, dem zivilen Markt, zuarbeitende Wertschöpfung eine größere Geldwertmenge im gesellschaftlichen Umlauf ist, als durch die auf dem zivilen Markt versammelte und vertriebene Sachwertmenge gedeckt alias gerechtfertigt, entfällt mehr von diesem Geldwert auf den einzelnen Sachwert, und das bedeutet einen inflationären Verfall des Geldwerts, eine funktionelle Entwertung des Geldes, die ihr substanzielles Komplement in steigenden Preisen, einer die Sachwerte heimsuchenden Teuerung findet.

Soziale Folge der geldlichen Entwertung alias sächlichen Teuerung, der inflationären Entwicklung des den kommerziellen Austausch der Güter und Leistungen vermittelnden allgemeinen Äquivalents, ist die Beeinträchtigung beziehungsweise Unterminierung der subsistenziellen Versorgung beziehungsweise konsumtiven Befriedigung der Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, ist dies, dass die als bürgerliche Gesellschaft organisierte Bevölkerung mit dem an Wertverlust krankenden, von valorischer Schwindsucht befallenen Geld auf dem Markt sei's weniger an Subsistenzmitteln beziehungsweise Konsumgütern kaufen kann, sei's das vergleichsweise Wenige an Subsistenzmitteln und Konsumgütern, das seine Inanspruchnahme für das militaristische Projekt des Staats dem Wertschöpfungssystem auf den Markt zu bringen erlaubt, teurer bezahlen muss. Je länger diese dem bürgerlichen Marktsystem von Staats wegen oktroyierte militaristische Fremdbestimmung anhält und je umfangreicher sie ausfällt, umso mehr verschlechtern sich sub conditione frei waltender Marktmechanismen die Lebensverhältnisse der Bevölkerung und umso spürbarer finden sich nicht nur deren untere Schichten, die proletarischen Arbeitslohnbezieher und angestellten Entgeltsempfänger, Entbehrungen ausgesetzt und in subsistenzielle Not gestürzt, sondern auch ihre höheren Abteilungen, die freiberuflichen Honorarbezieher und beamteten Gehaltsempfänger, zum Verzicht genötigt und konsumtiven Frustrationen ausgesetzt.

Will der Staat an seinem leibgeberischen Steckenpferd, seinem militaristischen Projekt, festhalten und es weiter vorantreiben, so bleibt ihm angesichts des Unwillens und Widerstands, mit dem die Bevölkerung auf solche Verschlechterung der Lebensverhältnisse zwangsläufig reagiert, angesichts mit anderen Worten der sozialen Unruhen und politischen Konflikte, die solche subsistenziellen Entbehrungen und konsumtiven Verzichtsleistungen klassenumfassend zu schüren und heraufzubeschwören geeignet sind, gar nichts anderes übrig, als in die Marktmechanismen, in das freie Spiel geldvermittelten kommerziellen Austauschs, regulierend beziehungsweise restringierend einzugreifen. Und die Handhabe dazu bietet ihm seine diktatorische Verfassung, die außerparlamentarisch-autokratische Macht und Gewalt, die ihm sein politischer Stiftungsakt, seine volksgemeinschaftliche Substitution der bürgerlichen Gesellschaft durch das ihm qua Wehrmacht eingeborene militärische Korpus, über

letztere verleiht und die sich über das Politische hinaus auch aufs Ökonomische, auf das kommerzielle Austauschsystem selbst und dessen finanzielle Steuerung, ausdehnen lässt. Kraft seiner diktatorischen Verfügungsgewalt übt der Staat Preiskontrolle und ergreift Rationierungsmaßnahmen, legt die für Grundnahrungsmittel und lebenswichtige Güter geltenden Austauschproportionen fest beziehungsweise friert sie ein, kontigentiert beziehungsweise moderiert den Zugang zu knappen Artikeln und Zugriff auf nachgefragte Leistungen und bemüht sich auf diese Weise, der subsistenzielle Not und konsumtive Frustration erzeugenden Teuerung, zu der die Zweckentfremdung des Wertschöpfungssystems, seine Konzentration aufs staatliche Projekt und Detraktion vom bürgerlichen Markt, führt, einen Riegel vorzuschieben, den inflationären Effekt, den das durch jene Zweckentfremdung des Wertschöpfungssystems provozierte Missverhältnis zwischen in der bürgerlichen Gesellschaft kommerziell verfügbarer Geldwertmenge und auf dem zivilen Markt reell vorhandener Sachwertmenge zeitigt, zu neutralisieren.

Freilich ist es dabei mit internen, die eigene Volkswirtschaft und den heimischen Markt betreffenden Lenkungs- und Beschränkungsmaßnahmen nicht getan. Die zur Unterbindung beziehungsweise Neutralisierung des Geldentwertungsprozesses, den die Inanspruchnahme des Wertschöpfungssystems für nichtkommerzielle, nicht dem utilitaristischen Markt zuträgliche, sondern dem fetischistischen Staat dienliche Zwecke auslöst, erforderliche Preis- und Marktkontrolle endet an den Staatsgrenzen und ist für den Außenhandel, den kommerziellen Austausch mit den anderen Volkswirtschaften, ohne Belang, erweist sich, was die Währungsparität, den Wert des eigenen Geldes auf den ausländischen Märkten angeht, als wirkungslos. Im internationalen Warenverkehr und Leistungsaustausch zählt als Maß der Parität, des Wertverhältnisses des eigenen Geldes zu dem der anderen Volkswirtschaften nur die durch keine manipulative Einflussnahme des einzelnen Staats zu vertuschende, geschweige denn aus der Welt zu schaffende, tatsächliche Relation der in der jeweiligen Volkswirtschaft produzierten Sachwertmenge zu der in ihr kursierenden Geldwertmenge, die Proportion mit anderen Worten zwischen der vom industriellen Wertschöpfungssystem der jeweiligen Volkswirtschaft zu Markte getragenen materialen Güter und realen Dienstleistungen und der für deren kommerzielle Realisierung

verfügbaren gesellschaftlichen Kaufkraft, des für ihre monetäre Erlösung in den Händen der Bevölkerung vorhandenen allgemeinen Äquivalents.

Um diese Proportion aber ist es in der Volkswirtschaft des Deutschen Reichs erkennbar schlecht bestellt. Die Inanspruchnahme des nationalen Wertschöpfungssystems für das militärische Staatsprojekt resultiert, wie gesagt, in einer Vernachlässigung und Verringerung der geschöpften zivilen Sachwertmenge, während gleichzeitig die generierte gesellschaftlich kursierende Geldwertmenge dank der kreditierten Finanzierung des staatlichen Projekts wächst und gedeiht. Das als inflationäre Entwertung zu Buche schlagende Missverhältnis zwischen der stagnierenden oder gar schrumpfenden zivilen Sachwertmenge und der ihren Wert allein an letzterer bemessenden wachsenden Geldwertmenge mag im nationalen Rahmen die diktatorische Macht des Staats zwar erlauben, durch den kommerziellen Austausch reglementierende beziehungsweise restringierende Maßnahmen, durch die Kontrolle der Marktpreise und die Rationierung der Warendistribution, zu neutralisieren und unschädlich zu machen, auf internationaler Ebene aber, im Handelsverkehr mit den anderen Volkswirtschaften, verlieren jene reglementierenden beziehungsweise restringierenden Maßnahmen des diktatorischen Regimes alle Geltung und bleiben wirkungslos, mit dem Effekt, dass die Geldentwertung hier voll zum Tragen kommt und für eine entsprechende Verteuerung der auf den Märkten der anderen Volkswirtschaften erstandenen Güter und von ihnen bezogenen Dienstleistungen sorgt. Um ihre Einfuhren aus den ausländischen Märkten zu finanzieren, muss die Volkswirtschaft des Deutschen Reichs tiefer in die Tasche greifen und eine Geldmenge aufbringen, die das binnenwirtschaftliche Missverhältnis zwischen Geldwertmenge und Sachwertmenge, das Folge der Inanspruchnahme des nationalen Wertschöpfungssystems für das militärische Projekt des nationalsozialistischen Staats ist, haargenau widerspiegelt und kolportiert.

Unter Bedingungen jenes im nationalen Rahmen bestehenden supprimierten Missverhältnisses zwischen Sachwert und Geldwert und des dadurch bedingten und im internationalen Austausch als offenes Geheimnis exponierten währungsparitätischen Verfalls des nationalen Geldwerts kommt es also, sofern die gewohnte Einfuhrtätigkeit anhält und das gehabte Importvolumen beibehalten wird, zu einem verstärkten Abfluss von Landeswährungsmitteln in ausländische Märkte - zu einer forcierten

Drainage, die zwecks Kompensation und nämlich um der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit alias Betriebstüchtigkeit des die Doppelbelastung aus ziviler Versorgung und militärischer Rüstung zu schultern gehaltenen Wertschöpfungssystems willen den Staat zu weiteren, auf den Borg des bürgerlichen Gesamtvermögens gemachten Kreditaufnahmen zwingt, was wiederum die Geldwertmenge vermehrt und deren Missverhältnis zur unvermehrten kommerziellen Sachwertmenge verschärft und damit den durch das Missverhältnis erzeugten inflationären Druck, dem der Staat durch bürokratische Preiskontroll- und Marktlenkungsmaßnahmen zu wehren sucht, weiter erhöht.

Die von der eigenen Volkswirtschaft via Importtätigkeit in die anderen Volkswirtschaften verbrachten nationalen Währungsmittel kehren im Zweifelsfall ja, indem sie als Devisen von letzteren genutzt werden, um wiederum deren Importbedürfnisse zu befriedigen, an ihren Herkunftsort, die eigene Volkswirtschaft, zurück, gesellen sich der, gemessen an der vorhandenen Sachwertmenge, bereits im Übermaß verfügbaren Geldwertmenge bei und steigern so die subsistenzielle beziehungsweise konsumtive Konkurrenz, die um die vergleichsweise unzulängliche Sachwertmenge, um die zivilen Güter und Dienstleistungen, die das mit dem militärischen Steckenpferd des Staats beschäftigte Wertschöpfungssystem nur unzureichend erzeugt und erbringt, auf dem heimischen Markt entbrennt. Der subsistenzielle beziehungsweise konsumtive Konkurrenzdruck wird noch dadurch verschärft, dass dieses als Devisen in den nationalen Markt zurückkehrende Geld hier auf dank staatlicher Preiskontrolle unter ihrem tatsächlichen Geldwert gehandelte Sachwerte trifft und mithin den seinem relativen Mangel an Wert geschuldeten Zuwachs, den es im Austausch mit den Sachwerten der anderen Volkswirtschaften erfahren hat, nun gegenüber den heimischen Sachwerten ohne deren tatsächlichem Wert Tribut zollende Abstriche geltend machen kann.

Die nächstliegende Möglichkeit, der bei unverminderter Importtätigkeit unaufhaltsamen Drainage nationaler Währungsmittel und dem für die betroffene Volkswirtschaft daraus resultierenden wachsenden Inflationsdruck zu begegnen, bestünde in einem dem Umfang der Importe wertmäßig zu entsprechen und die Waage zu halten tauglichen Exportvolumen, bestünde mit anderen Worten darin, so viele Sachwerte in die anderen Volkswirtschaften auszuführen, dass deren Erlös, das mitttels

ihres Verkaufs in Gestalt von Währungsmitteln dieser anderen Volkswirtschaften, kurz, in Devisenform, eingenommene Geld, ausreichte, den Wert des Importvolumens gegenzufinanzieren, die aus den anderen Volkswirtschaften eingeführten Sachwerte mit den durch die Ausfuhren in die anderen Volkswirtschaften erlösten Devisen zu bezahlen. Nur so ließe sich verhindern, dass der Wertverlust der nationalen Währung, den die auf Kreditbasis praktizierte Inanspruchnahme des Wertschöpfungssystems für das staatliche Militärprojekt mit sich bringt, per Außenhandel zum Tragen käme und mit dem doppelten Effekt einer Ausblutung nationaler Geldmittel und eines Ausverkaufs nationaler Sachwerte zu Buche schlüge.

Indes sorgt eben die militaristische Inanspruchnahme des Wertschöpfungssystems auf Kreditbasis, die für den währungsparitätischen Verfall des nationalen Geldwerts verantwortlich ist, auch und zugleich dafür, dass jene Möglichkeit devisenfinanzierter und damit vom nationalen Geldwertverlust unberührter Importe ausgeschlossen bleibt oder jedenfalls nicht in annähernd ausreichendem Maße gegeben ist. Schließlich ist die Inanspruchnahme des bürgerlichen Wertschöpfungssystems für die Aufrüstung oder Aufzäumung des militärischen Steckenpferds des Staats gleichbedeutend mit einer Hintanstellung und Vernachlässigung der zivilen Güter- und Leistungsproduktion, mithin eben der Wertschöpfungsaktivitäten, die der betroffenen Volkswirtschaft die Grundlage beziehungsweise Handhabe böte, Waren und Dienstleistungen in die anderen Volkswirtschaften auszuführen und mittels ihres Verkaufs die fremden Währungsmittel alias Devisen zu beschaffen, mit denen sich die Einfuhren aus den anderen Volkswirtschaften ohne die Gefahr einer Drainage der eigenen Währung und eines durch die Drainage heraufbeschworenen Ausverkaufs heimischer Sachwerte finanzieren ließen.

So gewiss die Präokkupation des Wertschöpfungssystems mit dem militärischen Leibgeber alias Alter ego des Staats in der betroffenen Volkswirtschaft einhergeht mit einer Vernachlässigung und Verringerung marktgängiger Güter und Dienstleistungen, die sich in den anderen Volkswirtschaften devisenbringend feilbieten und vermarkten ließen, so gewiss befindet sich die betroffene Volkswirtschaft in einer ebenso zunehmenden wie andauernden handelsbilanzorischen Schieflage zu den anderen Volkswirtschaften, übersteigt mit anderen Worten der Wert ihrer Importe aus den Märkten der letzteren ebenso progredient wie permanent den

Wert ihrer Exporte in diese Märkte und bleibt ihr, sofern und solange sie den Umfang ihrer Importe beziehungsweise deren Wertvolumen beibehält, gar nichts anderes übrig, als das Mehr an Importen beziehungsweise deren durch den Wert der Exporte ungedeckten überschüssigen Wert aus der Tasche der eigenen Währung zu begleichen - mit der unausweichlichen Konsequenz, dass bei dieser Begleichung der überschüssigen Importrechnung die in der schiefen Handelsbilanz begründete währungsparitätische Schwäche der eigenen Währung zum Zuge kommt, sprich, deren Wertverfall sich in den für die Importe zu zahlenden Preisen niederschlägt, und so der unaufhaltsame Weg der betroffenen Volkswirtschaft in die völlige Ausblutung ihres Geldwerts und den totalen Ausverkauf ihrer Sachwerte, kurz, in den, was ihre Rolle im internationalen Handelsverkehr, ihre Stellung auf dem Weltmarkt, angeht, kompletten Konkurs vorgezeichnet ist.

Weil die Präokkupation des Wertschöpfungssystems mit dem militaristischen Staatsprojekt und die daraus resultierende Einbuße an Geldwert und Vernachlässigung des Exportgeschäfts die Volkswirtschaft des Deutschen Reichs in handelspolitische Schieflage bringen, droht internationale Zahlungsunfähigkeit. Der nationalsozialistische Staat sieht sich deshalb gezwungen, den dornigen und wenig effektiven Weg währungssystematischer Autonomie und wirtschaftspraktischer Autarkie einzuschlagen, sprich, sich ebenso sehr finanzpolitisch vom Weltmarkt abzukoppeln wie industriesystematisch gegen die anderen Industriestaaten abzukapseln.

Diesen Konkurs zu vermeiden, muss das nationalsozialistische Regime bei Strafe des darin beschlossenen Scheiterns seines militaristischen Vorhabens, der Überführung der werktätig-bürgerlichen Gesellschaft in eine wehrmächtig-staatliche Gemeinschaft, unter allen Umständen bestrebt sein. Da das unmittelbare Treibmittel zum Konkurs die der Präokkupation des zivilen Wertschöpfungssystems mit dem militärischen Projekt des Staats geschuldete währungsparitätische Schwäche des nationalen Zahlungsmittels, dessen Wertverfall und darin begründete Drainage im internationalen Handelsverkehr, ist, nutzt das Regime seine diktatorische Macht, um mit finanzpolitischen Maßnahmen den zur Ausblutung ausufernden importbedingten Abfluss heimischen Geldes und den zum Ausverkauf geratenden exportativen Transfer heimischer Waren, zu dem

das abgeflossene Geld die Handhabe bietet, zwar nicht überhaupt zu unterbinden, wohl aber unter Kontrolle zu bringen und einzudämmen. Überhaupt unterbinden kann das Regime den Geldabfluss nicht, weil es damit ja auch den für den Betrieb des nationalen Wertschöpfungssystems unverzichtbaren Importen und den für deren wenigstens teilweise Finanzierung nötigen Exporten einen Riegel vorschöbe.
Was das Regime aber kann, ist, aus dem durch den internationalen Handelsverkehr determinierten, kurz, weltmarkfundierten, währungsparitätischen System auszuscheren und dem Wertverfall der nationalen Währung dadurch die Stirn zu bieten, dass es nach dem Muster der binnenwirtschaftlichen Preiskontrolle den Wechselkurs der nationalen Währung, ihr Austauschverhältnis zu den Währungen der anderen Volkswirtschaften, ohne Rücksicht auf den außenwirtschaftlichen Wertverfall bürokratisch fixiert, sprich, autokratisch gutsagt. Freilich bleibt dies staatliche Gutsagen der nationalen Währung auf das eigene Hoheitsgebiet beschränkt und verliert jenseits der Grenzen, im internationalen Kontext, alle Geltung und Wirkung, weshalb das Regime, um zu verhindern, dass der internationale Kontext, ins Hoheitsgebiet vordringend und sich in ihm Geltung verschaffend, den staatlich fixierten Wechselkurs Lügen straft, jene Grenzen als den Geldfluss unterbrechende Wasserscheide oder, besser gesagt, den Währungsaustausch kontrollierende Membran etablieren muss. Zum einen verfügt, um die Ausblutung zu verhindern, das diktatorische Regime, dass kein auf die eigene Währung lautendes Geld mehr die Grenzen überschreitet und ins Ausland verbracht wird, sofern es nicht zuvor nach dem vom Regime festgesetzten Wechselkurs in die im Ausland benötigte fremde Währung konvertiert worden ist. Und zum anderen stellt das Regime, um den Ausverkauf heimischer Güter und Leistungen zu verhüten, sicher, dass kein im Ausland kursierendes heimisches Geld zurück ins Land gelangt und dass vielmehr das von ausländischen Käufern und Besuchern im Land benötigte Geld in inländischer Währung gegen von ihnen mitgebrachtes Geld in ausländischer Währung nach dem vom Regime festgesetzten Wechselkurs vor Ort eingetauscht werden muss.

Was die letztere Maßnahme, die fremden Käufern und Besuchern per Zwangskurs zur Pflicht gemachte Konvertierung ihrer eigenen Währung in die des Gastlandes, betrifft, so gewährleistet sie nicht nur, dass der internationale Wertverfall, dem die von der militaristischen Eskapade

des Regimes gebeutelte Währung des Deutschen Reichs unterliegt, nicht zum Zuge kommt, sondern sie scheint auch und zugleich ein probates Mittel, dem der schiefen Handelsbilanz, die die deutsche Volkswirtschaft zu den anderen Volkswirtschaften unterhält, geschuldeten und dem importbedingten Abfluss heimischer Währungsmittel Vorschub leistenden Devisenmangel, wenn schon nicht gleich abzuhelfen, so immerhin doch Linderung zu verschaffen. Indes erweist sich die Maßnahme als zweischneidiges Schwert und weniger hilfreich, als erhofft. Sie stellt nämlich zwar sicher, dass exportierte Güter und Leistungen statt redundanten heimischen Geldes defizitäre ausländische Währungsmittel ins Land bringen, die sich dann als Devisen für eine nicht die heimische Währung mit Ausblutung bedrohende Importfinanzierung nutzen lassen, aber gleichzeitig tut sie, weil sie in einer dem staatlichen Zwangskurs beim Geldumtausch geschuldeten Verteuerung der zu exportierenden Güter und Leistungen resultiert, der Exporttätigkeit und dem aus ihr sich speisenden Devisenerwerb Abtrag und gibt so, was sie durch die monetäre Abschottungspraxis an potenzieller Devisenbeschaffungskapazität schafft, per Schrumpfung des aktuellen Exportvolumens wieder verloren.

Nicht weniger zweischneidig als diese gegen den Rückfluss heimischer Währung aus dem Ausland errichtete Sperre erweist sich auch die andere, deren Abfluss ins Ausland zu verhindern bestimmte finanzpolitische Maßnahme des Regimes. Wenn das Regime, um den im Ausland manifesten Wertverfall der heimischen Währung nicht zum Zuge kommen zu lassen, seine Volkswirtschaft zwingt, die von den ausländischen Märkten bezogenen Importe mit im eigenen Land nach dem staatlichen Zwangskurs eingetauschten Währungsmitteln eben dieser ausländischen Märkte zu finanzieren, kurz, mit Devisen zu bezahlen, dann setzt das nolens volens voraus, dass das Regime über eine ausreichende Menge an ausländischen Währungsmitteln, mit anderen Worten, über ein dem Importbedarf entsprechendes Maß an Devisen verfügt. Davon aber kann angesichts der handelsbilanzorischen Schieflage gegenüber den anderen Industrienationen, in die seine militaristische Präokkupation das Deutsche Reich versetzt, gar keine Rede sein. Das kann es umso weniger, als ja, wie gesehen, die andere auf die Abwehr des Wertverfalls der deutschen Währung gerichtete Maßnahme, das ausländischen Käufern und Besuchern erteilte Verbot, Reichsmark ins Deutsche Reich einzuführen und der ihnen auferlegte Zwang, das für den Kauf deutscher

Güter und Leistungen benötigte Geld nach dem vom Regime verfügten Zwangskurs im Land selbst einzutauschen, einer Verteuerung dieser Güter und Leistungen und einer dementsprechenden Verschlechterung der Exportchancen der deutschen Wirtschaft gleichkommt und also dem Devisenerwerb alles andere als zuträglich ist.
Mag also das Regime noch so sehr Devisenbewirtschaftung betreiben, mag es noch so sehr bemüht sein, durch die währungsparitätische Kontrolle und Manipulation der landeseigenen Exporte ausländische Währungsmittel in die Hand zu bekommen, mit denen sich wiederum die Importe der deutschen Volkswirtschaft ohne die Gefahr eines der Reichsmark ins Haus stehenden weiteren Wertverfalls und erhöhten Inflationsdrucks finanzieren lassen, an der handelsbilanzorisch ausgemachten Tatsache, dass die per Exporttätigkeit erwirtschafteten Devisen nie und nimmer ausreichen, um ohne die Reichsmark heimsuchenden fortgesetzten Wertverfall das gewohnte Importvolumen aufrechterhalten zu können, führt kein Weg vorbei.

Und kein Weg führt deshalb für das Regime, soll die deutsche Volkswirtschaft nicht einen veritablen handelssystematischen Kollaps erleiden, daran vorbei, von eben jenem gewohnten Importvolumen abzurücken und mit bürokratischen Mitteln eine auf die Anpassung des Werts der Einfuhren an den Wert der für ihre Finanzierung verfügbaren Devisenreserven abzielende Reduktion und Beschränkung des Handelsverkehrs mit den anderen Volkswirtschaften zu forcieren. Diesem Bemühen um die Beschränkung des Handelsverkehrs mit den anderen Volkswirtschaften fallen zuerst und vor allem die privaten Kontakte und Beziehungen zum Opfer, die die Bürger zum Ausland unterhalten, die Reisen und touristischen Ausflüge, die sie ins Ausland unternehmen, und der Konsum, den sie auf ausländischen Märkten treiben.

Das alles reduziert beziehungsweise unterbindet der diktatorische Staat, indem er das Ausfuhrverbot heimischer Währung und den Zwang, die für Aktivitäten in und Geschäfte mit dem Ausland nötigen Devisen nach dem staatlich fixierten Wechselkurs einzutauschen, mit einer strikten Kontingentierung und massiven Limitierung eben dieser dem privaten Bürger verfügbar gemachten Devisen verknüpft. Und diese kontingentierende und limitierende Kontrolle dehnt der diktatorische Staat auch und mehr noch auf den unternehmerischen und kaufmännischen Handelsverkehr mit den anderen Volkswirtschaften aus, um

sicherzustellen, dass letzterer auf für das betriebliche Funktionieren und geschäftliche Reüssieren des eigenen Wirtschaftssystems erforderliche beziehungsweise unabdingbare Einfuhren restringiert bleibt und die kostbaren Devisen nicht für Güter und Leistungen ausgegeben, sprich, verschwendet werden, die sich ebenso wohl auch auf dem heimischen Markt finden und erwerben ließen.

Nicht einmal für dies vom Regime aufs geschäftlich Nützliche beziehungsweise betrieblich Nötige eingeschränkte Importvolumen reichen freilich die durch die schiefe Handelsbilanz, die die dem währungsparitätischen Zwangskurs geschuldete Verteuerung der Exporte zusätzlich aus dem Gleichgewicht bringt, gehandikapten Devisenreserven, weshalb sich das Regime getrieben beziehungsweise gezwungen sieht, noch einen Schritt weiter zu gehen und der Notwendigkeit von Einfuhren aus dem Ausland als solcher den Prozess zu machen, sprich, seine Volkswirtschaft anzuhalten und zu verpflichten, Ersatzstoffe aufzutreiben und Alternativverfahren zu entwickeln, die ihr erlauben, auf bis dahin aus den anderen Volkswirtschaften bezogene und als für das Funktionieren und den Betrieb des heimischen Wertschöpfungssystems unverzichtbar erachtete Materialien, Dienste und Lizenzen zu verzichten, und die somit ihr, der eigenen Volkswirtschaft, ein von den anderen Volkswirtschaften ebenso unabhängiges wie separiertes industrielles Eigenleben, eine quasimonadische Eigenbrötelei, kurz, wenn nicht völlige, so doch aber weitgehende ökonomische Selbstgenügsamkeit, Autarkie, verschaffen.

Die der schiefen Handelsbilanz der deutschen Volkswirtschaft, die Konsequenz der Präokkupation des heimischen Wertschöpfungssystems mit dem militärischen Projekt des nationalsozialistischen Regimes, der leibgeberischen Projektion der diktatorischen Staatsmacht, ist, Tribut zollende währungssystematische Abkoppelung vom internationalen Finanzsystem, zu der sich das Deutsche Reich verstehen muss, gipfelt demnach zwangsläufig in einer wirtschaftspraktischen Abschottung gegen das internationale Handelssystem, einer Abkapselung gegen den Weltmarkt, die das Deutsche Reich seiner Volkswirtschaft abverlangen muss. So wenig der auf die militaristische Transformation der bürgerlichen Gesellschaft setzende New Deal à la Nationalsozialismus sich ohne Abkehr von der internationalen Währungsparität, ohne finanzpolitische Autonomie, ins Werk setzen lässt, so wenig lässt er sich ohne

Ausstieg aus dem internationalen Güter- und Leistungsaustausch, ohne industriepolitische Autarkie, in Gang halten.

Mit seiner Inanspruchnahme für das Haupt- und Staatsprojekt des nationalsozialistischen Regimes findet sich also der volkswirtschaftliche Dreh- und Angelpunkt des Landes, dessen industrielles Kapital, nicht weniger wirtschafts- und marktsystematisch als währungs- und finanzpolitisch, mithin auf der ganzen Linie, seinem hauseigenen Betrieb und gewohnten Geschäft entrissen und der bürokratischen Räson der Staatsmacht beziehungsweise ihrem darin verborgenen strategischen Kalkül auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und hörig. Diese Hörigkeit aber muss das industrielle Kapital sowohl logisch-systematisch als auch empirisch-pragmatisch hart ankommen und kann nämlich gar nicht verfehlen, ihm, was sowohl den akkumulativen Zweck seines wertschöpferischen Tuns und Treibens als auch dessen operative Umsetzung und Durchführung betrifft, als ein veritabler Opfergang, ein all seine habituellen Erwartungen und traditionellen Erfahrungen auf die Feuerprobe stellendes Autodafé, aufzustoßen. Logisch-systematisch ist ja, wie oben bereits dargelegt, der durch den New Deal à la Nationalsozialismus aufrecht erhaltene und fortgesetzte Akkumulationsprozess damit erkauft, dass das Regime ihn aus einer Kreditaufnahme speist, deren als Beleihbasis firmierende Substanz das bürgerliche Gesamtvermögen bildet und die aber, weit entfernt davon, letzterem zur Mehrung und Stärkung zu gereichen, sprich, ihre zivile Beleihbasis zu armieren und zu festigen und so für neue und weitere Kreditaufnahmen instand zu setzen und bereit zu machen, vielmehr primär und hauptsächlich dem Auf- und Ausbau staatlicher Eigenmacht dient, sprich, dem als Wehrmacht figurierenden militärischen Korpus, in dem das Regime sein leibgeberisches Spiegelbild gewahrt, zugute kommt und Vorschub leistet.

Während das Beleihfundament der aufgenommenen Kredite, das bürgerliche Vermögen, seinem Wert nach stagniert und, bezogen auf die von ihm gutgesagten Kredite und verglichen mit ihrem Wert, sogar schrumpft und an Tragkraft verliert, wächst und gedeiht die mittels der Kredite aufgebaute staatliche Macht, das qua militärisches Gewaltpotenzial aufgezäumte, in Rüstung und Kampfkraft bestehende Steckenpferd des Staats, und läuft wertmäßig dem aus zivilen Gütern und Dienstleistungen entstehenden bürgerlichen Vermögen mehr und mehr den Rang ab. Je länger das nationalsozialistische Regime seine Version des New Deal

implementiert, je länger es die zwecks Ankurbelung des bürgerlichen Wertschöpfungssystems aufs bürgerliche Vermögen aufgenommenen staatlichen Kredite primär und hauptsächlich nutzt, nicht um kommerzielle Güter und Dienstleistungen zu produzieren, sondern um gouvernementale Rüstung und Kampfkraft zu etablieren, umso mehr verschiebt sich demnach die Wertrelation zwischen dem auf Gütern und Dienstleistungen beruhenden bürgerlichen Vermögen und der in Rüstung und Wehrmacht bestehenden staatlichen Macht zugunsten der letzteren und zum Nachteil des ersteren und ist infolgedessen das Regime gezwungen, die im Zuge seiner New-Deal-Politik aufgenommenen Kredite zunehmend auf letztere statt auf ersteres zu gründen, mit anderen Worten, als Beleihfundament alias gutsagende Substanz der neuen und weiteren Kredite mehr und mehr den Wert des vom Wertschöpfungssystem aufgebauten und in Stellung gebrachten militärischen Arsenals und Apparats anstelle des vom Wertschöpfungssystem hergestellten und zu Markte getragenen zivilen Sortiments und Angebots in Anschlag zu bringen und gelten zu lassen.

Die evidente Engführung oder, genauer gesagt, eklatante Zirkelhaftigkeit solcher zunehmenden Substantiierung alias Legitimierung der im Zuge des New Deal fortgesetzten staatlichen Kreditaufnahme nicht mehr sowohl durch ein bürgerliches Vermögen, das aus vom Wertschöpfungssystem werktätig produzierten und zu Markte getragenen zivilen Gütern und Leistungen entsteht, als vielmehr durch eine staatliche Potenz, die in vom Wertschöpfungssystem wortwörtlich etablierter, will heißen, partout nur im Staat selbst ihren Adressaten und Abnehmer findender militärischer Rüstung und Kampfkraft besteht - diese Zirkelhaftigkeit springt ins Auge. So sehr die das Wertschöpfungssystem der bürgerlichen Gesellschaft ankurbelnde und in Gang haltende staatliche Kreditaufnahme à la Nationalsozialismus der Form nach und prinzipiell auf das als eigentümliches alias hauseigenes Erzeugnis des Wertschöpfungssystems selbst und seines autonomen Funktionierens vorausgesetzte zivile Vermögen bezogen und an es verwiesen bleibt, so sehr findet sie sich indes, je länger sie währt, der Sache nach und substanziell zunehmend vereinnahmt durch und gebunden an die als ebenso atypisches wie fremdbürtiges Ergebnis des heteronomen Gebrauchs, den das Regime von dem durch sie angekurbelten Wertschöpfungssystem macht, sprich, mehr und mehr

abonniert und konzentriert auf die vom Wertschöpfungssystem im staatlichen Auftrag kreierte und dem staatlichen Auftraggeber vindizierte militärische Potenz.

Die als deviative Version, als Abart, des New Deal vom nationalsozialistischen Regime praktizierte Kreditaufnahme schafft sich quasi ihren neuen und eigenen ökonomischen Rechtfertigungsgrund, ihr ebenso idiosynkratisches wie apartes operatives Fundament, eine nicht weniger selbsttragende als selbstgesetzte Beleihbasis, die das bürgerliche Wertschöpfungssystem freilich immer weiter und immer unübersehbarer von seiner ursprünglichen Grundlage, seiner hauseigenen Substanz, dem durch es in eigener Regie geschöpften zivilen Vermögen, abhebt und Abstand nehmen lässt und es immer stärker und immer unwiderruflicher nötigt, sich mit Haut und Haar dem vom Regime ihm abverlangten hypostatischen Werk, der ihm von Staats wegen gestellten Aufgabe einer Inszenierung der bürgerlichen Gesellschaft als völkische Gemeinschaft, kurz, der im staatlichen Auftrag betriebenen Kreation militärischer Potenz zu verschreiben.

Will das industrielle Kapital des Deutschen Reichs sub conditione der nationalsozialistischen Machtergreifung seinem Selbstverwertungsimperativ Folge leisten und gerecht werden, will das Wertschöpfungssystem der deutschen Volkswirtschaft im Gewahrsam der nationalsozialistischen Diktatur seinem kapitalen Akkumulationsanspruch entsprechen und Genüge tun, so muss es sich der nationalsozialistischen Staatsräson und deren militaristischem Kalkül auf Gedeih und Verderb anheim geben und muss akzeptieren, dass das kreditive Fundament, auf dem seine Selbstverwertung steht, die Beleihbasis, die seinen Akkumulationsprozess trägt, im perfekten Zirkelschluss mehr und mehr eben die militärische Potenz, eben die den Staat selbst verkörpernde Wehrmacht ist, die es kreditiv zu kreieren, beleihweise zu erschaffen dient und dass infolge dieser nicht weniger freihändigen als grundlegenden Gewichtsverlagerung, dieser als veritabler Münchhausenscher Selbstbegründungsakt exekutierten kreditiven Eskamotage des kommerziellen Vermögens der zivilen Gesellschaft durch die dispositionelle Macht des militarisierten Staats, ersteres, das kommerzielle Zivilvermögen, sich nach und nach zu einer bloßen Nebenerscheinung, um nicht zu sagen, einem schieren Abfallprodukt des um erstere, die dispositionelle Militärmacht des Staats, als um seine kreditiv wahre Substanz kreisenden und mit deren Hege

und Pflege stehenden und fallenden Wertschöpfungssystems degradiert beziehungsweise marginalisiert findet.

Keine Frage, dass die im Zuge der nationalsozialistischen Version des New Deal, im Vollzug also der kreditiven Inanspruchnahme des Wertschöpfungssystems für den primären und hauptsächlichen Zweck militärischer Rüstung alias staatlicher Macht, unaufhaltsame Degradierung und Marginalisierung der hauseigenen Substanz des

Wertschöpfungssystems, des zivilen Vermögens der bürgerlichen Gesellschaft, zu einem ebenso unerheblichen Faktor wie nebensächlichen Datum staatlicher Kreditaufnahme und die Verdrängung und Ersetzung dieses zivilen Vermögens der Bürgerschaft durch die militärische Potenz des Staats - keine Frage, dass diese dem New Deal à la Nationalsozialismus geschuldete Verdrängung der hauseigenen Substanz der zivilen Gesellschaft durch die eigenmächtige Hypostase des militaristischen Staats dem industriellen Kapital der deutschen Volkswirtschaft schwer verdaulich erscheinen und als quasi logisch-systematischer Salto mortale teuer erkauft vorkommen muss. Und keine Frage auch, dass die finanzpolitische Abschottung und wirtschaftssystematische Abkapselung, die aus internationaler Sicht die empirisch-praktische Bedingung dafür sind, dass das nationale Kapital jenen Preis überhaupt bezahlen und damit die Funktionsfähigkeit seines industriellen Selbstverwertungsmechanismus, die Fortsetzung seines wertschöpferischen Akkumulationsprozesses, gewährleisten kann - dass also diese finanzpolitische Abschottung und wirtschaftssystematische Abkapselung definitiv nicht geeignet sind, ihm, dem nationalen Kapital, seine Inanspruchnahme durch das nationalsozialistische Regime und seine Präokkupation mit dessen militaristischem Projekt verdaulicher oder gar annehmlicher zu machen.

So teuer ihn, marktökonomisch und handelspolitisch betrachtet, die ihm vom nationalsozialistischen Staat abverlangte Konzentration auf das narzisstische Alter ego des Staats, die fetischistisch vom Staat besetzte Streitmacht, zu stehen kommen mag, was dem industriellen Kapital solch hohen Preis am Ende lohnend erscheinen lässt, ist der utilitaristische Aspekt, der der Streitmacht eignet, der Umstand, dass diese sich, wenn auch mit der Konsequenz einer Regression weg vom fait accompli kontraktiv-egalitären Austauschs und hin zum factum brutum extraktiv-parasitärer Beschlagnahme, als ein Produktionsmittel sui generis, eine abartige Reichtumsquelle einsetzen lässt.

So gewiss wirtschafts- und industriesystematische Autarkie nicht weniger als währungs- und finanzpolitische Autonomie im internationalen Kontext die empirisch-pragmatische conditio sine qua non dafür sind, dass das nationalsozialistische Regime die logisch-systematische Münchhausiade einer Fundierung der zwecks zweckentfremdeten Gebrauchs des nationalen Wertschöpfungssystems betriebenen staatlichen Kreditaufnahme in letztlich nichts anderem als in eben diesem, staatlicher Kreditierung bedürftigen zweckentfremdeten Gebrauch überhaupt auf die Bühne bringen und in Szene setzen kann, so gewiss ist schwer begreiflich und eigentlich gar nicht einsehbar, warum das industrielle Kapital des Deutschen Reichs, wie es doch tut und wie sattsam bezeugt, sich so bereitwillig, um nicht zu sagen eilfertig, für das militaristische Projekt des Regimes in Anspruch nehmen und in Dienst stellen lässt und warum es damit seine soziale Klientel, die in ihrem Wohlergehen und in ihrer privilegierten Stellung von ihm abhängige und auf seine Zuwendungen und Wohltaten angewiesene bürgerliche Klasse, motiviert beziehungsweise nötigt, sich ungeachtet der ihre Konsumpraxis beeinträchtigenden Beschränkungen, die das Regime ihr auferlegt, und der ihr Sozialverhalten alterierenden Verrenkungen, die es ihr abverlangt, der nationalsozialistischen Bewegung anzuschließen und sich mit deren politischer Ausrichtung und ideologischer Zurichtung, ihrer militaristischen Fokussierung und ihrer volksgemeinschaftlichen Inszenierung, zu arrangieren, wo nicht gar zu befreunden. Wie oben konstatiert, hat ja die bürgerliche Klasse, die soziale Klientel und politische Bundesgenossin des industriellen Kapitals, angesichts der ihr zugemuteten agoraphobischen Einschränkung ihres Bewegungs- und Entfaltungsraums und konsumpraktischen Verarmung ihres Lebensstandards und Befriedigungspotenzials, die der militaristisch-zweckentfremdete Gebrauch, den das nationalsozialistische Regime vom zivilen Wertschöpfungssystem macht, und die für solchen Gebrauch unabdingbare autonomistische finanzielle Segregation und autarkistische industrielle Isolation der Volkswirtschaft des Deutschen Reichs mit sich bringen - hat also die bürgerliche Klasse allen erdenklichen Grund, gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung auf Distanz zu gehen beziehungsweise zu bleiben und ihr die Gefolgschaft, von Kooperation ganz zu schweigen, zu verweigern.

Dass sie das nicht tut und vielmehr zum weit überwiegenden Teil dem Regime zu Willen ist und die Honneurs macht, haben wir oben durch den

Verweis auf ihre ökonomische Abhängigkeit vom industriellen Kapital und auf ihre politische Verbundenheit mit ihm zu erklären gesucht. Die über die Stichhaltigkeit der Erklärung entscheidende Annahme, dass im Unterschied zu ihrer sozialen Klientel das industrielle Kapital zureichenden Grund hat, mit dem Regime zu kollaborieren, gemeinsame Sache mit ihm zu machen - diese stillschweigende Annahme erweist sich nun freilich bei genauerem Hinsehen als durchaus zur Sprache zu bringende und zur Diskussion zu stellende, weil ihrerseits der Erklärung bedürftige Petitio principii. Nicht weniger und am Ende sogar mehr noch als seine soziale Klientel findet sich ja auch das industrielle Kapital durch die währungspolitisch-autonomistische Segregation und die wirtschaftssystematisch-autarkistische Isolation, die zwangsläufige Folge seiner Vereinnahmung für das militaristische Projekt des Regimes ist, in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt und in seinem Entfaltungsraum beschränkt.

Was seine industrielle Betriebsamkeit und seine kommerzielle Geschäftigkeit angeht, findet auch es sich, und zwar um keinen Deut weniger als seine soziale Klientel hinsichtlich ihrer Bewegungsfreiheit und ihrer Lebenshaltung, fremdbestimmt und an die Kandare genommen und hat demnach eigentlich nicht weniger Grund als jene, dem nationalsozialistischen Regime die kalte Schulter zu zeigen und wider den Stachel der ihm von letzterem abverlangten Kollaboration zu löcken. Und so betrachtet, erscheint also die Frage, was die bürgerliche Klasse des Deutschen Reichs dazu vermag, die vom nationalsozialistischen Regime verfolgte militaristische Version eines New Deal ungeachtet der Beschränkungen, die sie ihr auferlegt, und der Verrenkungen, die sie ihr zumutet, nicht nur passiv mitzutragen, sondern mehr noch aktiv zu unterstützen, durch den bloßen Verweis auf die Kollaborationsbereitschaft, die der Brotgeber und Schutzherr der bürgerlichen Klasse, das industrielle Kapital, dem Regime beweist, als keineswegs schon geklärt und tatsächlich bloß verschoben und kehrt nämlich als Frage nach dem hinter seiner Kollaborationsbereitschaft steckenden Beweggrund des industriellen Kapitals selbst, dem seiner wertschöpferischen Willfährigkeit, seinem rüstungswirtschaftlichen Arbeitseifer, zugrunde liegenden Kalkül, unbeantwortet wieder.

Was also bringt das industrielle Kapital der deutschen Volkswirtschaft dazu, mit dem nationalsozialistischen Regime und seinem diktatorischen

Staat zu kollaborieren und sich für dessen militaristische Version des New Deal, für sein dem nationalen Wertschöpfungssystem aus der lähmenden Krise heraus und wieder auf die Sprünge zu helfen bestimmtes militärisches Projekt zu engagieren, sich keineswegs bloß gezwungenermaßen, sondern durchaus bereitwillig für dies Haupt- und Staatsprojekt des Regimes zur Verfügung zu stellen und einzusetzen? Der finanzielle Gewinn und ökonomische Vorteil, den es aus seiner Kollaboration zieht, dies, dass die kreditive Finanzierung seines Engagements, die normale Vergütung, die es dank aufs bürgerliche Gesamtvermögen lautender staatlicher Kredite, für seine Produkte und Leistungen vom Regime erhält, ihm ermöglicht, seinem Selbstverwertungsimperativ nachzukommen, sprich, den qua Mehrwertprinzip das A und O seines wertschöpferischen Funktionierens bildenden Akkumulationsprozess wiederaufzunehmen beziehungsweise fortzusetzen - dies reicht, wie gesehen, zur Erklärung seiner Kollaborationsbereitschaft nicht aus.

Zwar bezahlt der nationalsozialistische Staat dem industriellen Kapital die Güter und Leistungen, die es im Zuge seiner Inanspruchnahme für das militärische Projekt erzeugt und erbringt, formaliter nach mehrwertschöpferischem Recht und wertakkumulativer Ordnung, aber realiter entwachsen und entgleiten die für die Bezahlung aufgenommenen Kredite, je länger solch staatliche Kreditaufnahme währt, mehr und mehr ihrer ursprünglichen Basis, ihrem als bürgerliches Vermögen firmierenden relativ substanziellen Fundament, und tauschen es ein gegen die definitiv hypostatische Grundlage, die als ebenso selbst- wie freitragende Tragfläche sie actu ihres erfüllten Zwecks, des mittels ihrer realisierten militärischen Projekts, selber geschaffen und in die Welt gesetzt haben.

Das industrielle Kapital bezahlt mit anderen Worten die seinem Wertschöpfungssystem die Selbstverwertung sichernde rechnungskonforme Vergütung alias ordnungsgemäße Bezahlung der von ihm für den Staat erzeugten Güter und erbrachten Leistungen mittels vom Staat aufs bürgerliche Vermögen aufgenommener Kredite damit, dass es sich immer stärker auf die als eine Art von kreditivem Luftschloss aus dem Hut des bürgerlichen Vermögens gezauberte staatliche Potenz alias Wehrmacht gestellt und gegründet, sich immer rückhaltloser in den Bannkreis dieser dem bürgerlichen Vermögen eskamotistisch entsprungenen staatlichen Potenz hineingezogen und sich in der zwangsläufigen Konsequenz dieser seiner Vereinnahmung durch und Bindung an den eskamotistisch die

Frucht seiner militaristischen Beleihung bürgerlichen Vermögens zum Nährboden und Rechtfertigungsgrund eben solch fortgesetzter Beleihpraxis machenden Staat ebenso unabsehbar wie unaufhaltsam immer weiter vom internationalen Industrie- und Marktsystem abgekoppelt, immer stärker gegen den kommerziellen Austausch und finanziellen Verkehr der anderen Volkswirtschaften abgekapselt findet und, um in der splendid isolation solcher Abkoppelung und Abkapselung überhaupt überleben und fortbestehen zu können, sich zu einem Höchstmaß an finanzieller Autonomie und industrieller Autarkie, währungssystematischer Eigenbrötelei und wirtschaftspraktischer Selbstgenügsamkeit, bereitfinden und bequemen muss.

Dass das industrielle Kapital teuer erkauft, was es damit für sich, für die Gewährleistung seiner Selbstverwertung, die Aufrechterhaltung seines Akkumulationsprozesses, gewinnt, steht außer Frage. Und ebenso gewiss in Frage steht dagegen, ob aus seiner Sicht, der Sicht eines ökonomischen Akteurs, der doch seine hauseigene Bestimmung darin findet und dessen angestammtes Geschäft darin besteht, für den bürgerlichen Markt als Einrichtung zur Rückverwandlung neu geschaffenen Sachwerts in bereits vorhandenen Geldwert, mithin als Rekapitalisierungsinstitut, mehrwertigen Wert zu schöpfen - ob also aus dieser hauseigenen Perspektive des industriellen Kapitals selbst dieser hohe Preis, den es zahlen muss, um seinem politischen Kontrahenten, dem nationalsozialistischen Staat, im Do ut Des das zu verschaffen, wonach diesem der Sinn steht, eigentlich lohnt und sich überhaupt rechtfertigen lässt.

Welchen industriellen Wert und kommerziellen Nutzen hat denn das als wehrmächtiges Staatsgebilde, als leibgeberisches Angebinde der diktatorischen Herrschaft implementierte militärische Korpus, für dessen Aufstellung und Ausstattung, waffentechnische Armierung, versorgungspraktische Ausrüstung und infrastrukturelle Fundierung, das nationalsozialistische Regime das industrielle Kapital der heimischen Volkswirtschaft beziehungsweise dessen Wertschöpfungssystem ebenso hauptsächlich wie vornehmlich in Anspruch nimmt und zum Einsatz bringt? Welchen anderen Wert und Nutzen hat dies leibgeberische Staatsgebilde, diese militaristische Verkörperung der diktatorischen Herrschaft als den, im oben mit der Rede vom hobbyistischen Hätschelkind alias Steckenpferd angezeigten Sinne ihm, dem bürokratischen Staat, als narzisstischer

Selbstbespiegelungsapparat zur Verfügung zu stehen, ihr, der diktatorischen Herrschaft, als fetischistisches Selbstbefriedigungsinstrument zu Diensten zu sein?

Was sonst bezweckt und bedeutet das militärische Korpus, das wehrmächtige Geschöpf, das das nationalsozialistische Regime zum Haupt- und Staatsanliegen erhebt und dessen Erzeugung und Versorgung, Fabrikation und Kultivierung, es dem nationalen Wertschöpfungssystem zur ebenso hauptsächlichen wie vordringlichen Aufgabe macht - was sonst bezweckt und bedeutet diese qua militärische Körperschaft wehrmächtige Kreatur als die Umsetzung des politischen Projekts beziehungsweise Einlösung des ideologischen Konzepts, das dem Regime nicht weniger den Sinn verwirrt als am Herzen liegt, nämlich die Realisierung der für die nationalsozialistische Bewegung konstitutiven fixen Idee des zum faschistischen Fahneneid eskalierten Bismarckschen Sozialpakts und die daraus folgende Substitution der bürgerlich organisierten Klassengesellschaft durch eine staatlich verfasste streitbare Volksgemeinschaft? Was sonst kreiert demnach das vom nationalsozialistischen Regime auf kreditiver Basis okkupierte nationale Wertschöpfungssystem als den in der soldatischen Gemeinschaft Gestalt gewordenen Wunschtraum des Regimes von einer einzig und allein noch die Streitbarkeit staatlicher Macht repräsentierenden bürgerlichen Gesellschaft, den in der Wehrmacht gelebten Wahn des Regimes von einer nichts mehr als herrschaftliche Dominanz alias Durchsetzungskraft inkorporierenden Zivilisation?

Und für diesen narzisstischen Traum und fetischistischen Wahn der nationalsozialistischen Bewegung, die sich in Staat geworfen hat, soll nun also das industrielle Kapital der deutschen Volkswirtschaft, ihr primum movens, seine Substanz, seinen im zivilen Vermögen bestehenden Treibstoff, in die Pfanne hauen und sich mit einem Surrogat der Substanz, dem von ihm selbst in der Pfanne zubereiteten militärischen Substrat, quasi einem Linsengericht, abspeisen lassen! Für diesen narzisstischen Traum und fetischistischen Wahn soll es in Kauf nehmen, dass es sich dadurch von seinesgleichen, den industriellen Kapitalien alias Wertschöpfungssystemen der anderen Volkswirtschaften, die an ihrer zivilen Substanz festhalten und sich, vom staatlichen New Deal reanimiert, weiter um deren Mehrung und Stärkung bemühen, statt, der Substitution der zivilen Substanz durch das militärische Substrat stattgebend, sich jener um die Mehrung staatlicher Macht zentrierten, auf die Stärkung

herrschaftlicher Gewalt fixierten deviativen Version des New Deal zu verschreiben, ausgeschlossen, sich durch diese ihm vom nationalsozialistischen Regime zugemutete etatistische Aberration, diese ihm von Staats wegen zur Aufgabe gemachte militaristische Eskapade, ebenso unwiderruflich wie unaufhaltsam aus dem internationalen, von den anderen Volkswirtschaften unterhaltenen Handelsverkehr und etablierten Marktsystem exkommuniziert findet dass es, was den finanziellen und industriellen Austausch mit den Wertschöpfungssystemen der anderen Volkswirtschaften betrifft, Opfer einer ebenso umfassenden autonomistischen Segregation wie zunehmenden autarkistischen Isolierung wird.

Mag freilich aus ebenso bewährt wie gewohnt industriekapitalistischer Sicht der staatliche Narzissmus beziehungsweise herrschaftliche Fetischismus, in dessen Dienst sich das bürgerliche Wertschöpfungssystem genommen und mit dessen Hege und Pflege es sich beauftragt findet, noch so industriell kontraproduktiv und kommerziell unnütz anmuten, unleugbar ist und zur vollen Wahrheit wie der Zivilisationsgeschichte im Allgemeinen, so der bürgerlichen Gesellschaften im Besonderen gehört, dass bürokratischer Staat und politische Herrschaft militärischen Formationen alias leibgeberischen Apparaturen von der Art, wie das nationalsozialistische Regime sie beim heimischen bürgerlichen Wertschöpfungssystem in Auftrag gibt und käuflich erwirbt, einen quasiproduktiven, weil zwar nicht industriell ins Werk zu setzenden, wohl aber martial zum Tragen zu bringenden Wert zu verleihen und aus ihnen einen pseudokorrelativen, weil zwar nicht kommerziell zu Buche schlagenden, wohl aber militant geltend zu machenden Nutzen zu ziehen verstehen.

So unleugbar, wie schon im zivilisationsgeschichtlich Allgemeinen, so zumal im Besonderen der nationalsozialistischen Deutschtümelei, die narzisstische Konzentration der politischen Herrschaft auf ihre militärische Potenz und fetischistische Fixierung der Staatsmacht auf ihre Streitkraft ein, triebtheoretisch-psychisch betrachtet, ebenso treibendes Motiv wie zentrales Konstitutiv des staatlichen Charakters bildet, so unübersehbar ist aber auch das utilitaristische Element und instrumentalistische Moment, das, verhaltenspraktisch-empirisch gesehen, solch staatlichem Narzissmus oder herrschaftlichem Fetischismus ab urbe condita oder, besser gesagt, in statum aeternum innewohnt! Die narzisstische Selbstbespiegelung und fetischistische Selbstbestätigung, die der staatlichen Herrschaft ihre militärische Macht, das ihr als leibgeberisches Angebinde

entspringende streitbare Korpus, bedeutet und sichert, sie ist untrennbar verknüpft mit einer utilitaristischen Selbstbetätigung, zu der die militärische Macht ihr die Leiter reicht, einer instrumentalistischen Selbstermächtigung, zu der das streitbare Korpus ihr die Handhabe bietet. So gewiss dem Staat seine Streitkraft alias Wehrmacht als Wahrzeichen seiner narzisstischen Identität, als Unterpfand seiner fetischistischen Selbstvergewisserung dient, so gewiss lässt sie sich aber auch von ihm verwenden, um dieser seiner Identität gegenüber seinesgleichen, im Umgang mit anderen Staaten, imperative Geltung und submissive Anerkennung zu verschaffen, lässt sie sich einsetzen, um der Selbstvergewisserung die Züge einer aggressiven Selbstbehauptung und offensiven Selbstbewährung zu vindizieren.

Was mit anderen Worten seine ihm als eingeborene Kreatur ebenso sehr den Sinn verwirrende wie am Herzen liegende militärische Ausgeburt ihrem herrschaftlichen Gebieter, dem Staat, verspricht beziehungsweise wozu sie ihn animiert, ist gleichzeitig mit seiner ideologischen Erbauung, sprich, dem leibhaftigen Selbstwertgefühl, zu dem sie ihn inspiriert, will heißen, der identitätsstiftenden Korporalität, die sie ihm vindiziert und kraft deren sie ihm im Kontext von seinesgleichen, im Kreise seiner staatlichen Kollegen, Statur und Standfestigkeit verleiht, seine praktische Mobilmachung, die ihm gegebene Fertigkeit, wo nicht gar Bereitschaft, unkollegial vom Leder zu ziehen und sich im Kollegenkreis mit militärischer Macht und soldatischer Gewalt durchzusetzen und Geltung zu verschaffen, sprich, gegen die anderen Staaten Krieg zu führen und sie, im Feld über sie triumphierend, sich zu unterwerfen und untertan zu machen. Indem der Staat sein ihn narzisstisch-kontemplativ seiner leibgeberischen Identität versicherndes militärisches Korpus, über dessen identitätsstiftende Funktion hinaus und dem sie inspirierenden narzisstischen Allmachtsbewusstsein durchaus gemäß, instrumentalistisch-aktiv zu einem kriegerischen Kräftemessen mit seinesgleichen in Stellung bringt und einsetzt, gewinnt er, sofern er als Sieger das Feld behauptet, direkten Zugriff auf die Gesellschaften dieser anderen Staatswesen und freie Verfügung über deren territoriale Gebiete, institutionelle Einrichtungen und soziale Organisationen und kann diese durch gewaltsame Überwindung und zwangsweise Ausschaltung ihrer staatlichen Widerstandskraft und ihres herrschaftlichen Stehvermögens seinem Willen unterworfenen und seinem Diktat unterstellten Gesellschaften sowohl nach Maßgabe seiner

politischen Ordnung und Agende als auch im Sinne seines ökonomischen Interesses und Wohles alterieren, adaptieren und kontrollieren.

Die mit der politischen Machtstellung, die sein militärischer Triumph ihm sichert, Hand in Hand gehende ökonomische Verfügungsgewalt aber - sie ist es nun, die der sein militärisches Korpus erfolgreich einsetzende Staat als Köder oder, wenn man so will, Morgengabe nutzen kann, um das von ihm für die Umsetzung und Realisierung des nationalsozialistischen Projekts, für die Aufstellung und Ausrüstung des militärischen Korpus, des leibgeberischen Alter ego staatlicher Herrschaft, in Anspruch genommene und in Dienst gestellte hauseigene industrielle Kapital, seinen der bürgerlichen Klasse abspenstig gemachten und zur Fremdgängerei mit ihm verführten wirtschaftlichen Komplizen, den die offenkundige industrielle Kontraproduktivität und kommerzielle Nutzlosigkeit des Projekts verunsichern und an der Rätlichkeit seiner Fremdgängerei beziehungsweise Opportunität seiner Komplizenschaft zweifeln lassen muss - um also dies angesichts des industriell Kontraproduktiven und kommerziell Unnützen der Wirksamkeit, die ihm der staatliche New Deal nationalsozialistischer Spielart zur Aufgabe macht, von Bedenken heimgesuchte und von Zweifeln befallene industrielle Kapital davon zu überzeugen, dass, was es rüstungsbezüglich schafft und streitkrafthalber vollbringt, durchaus - wenn auch nicht im spezifischen Sinne industriell - schöpferisch und definitiv - wiewohl nicht stricto sensu kommerziell - nützlich sein kann, dass mit anderen Worten diesem von ihm, dem industriellen Kapital, für den Staat statt für den Markt Geschaffenen, diesem für den militärischen Einsatz statt für den zivilen Gebrauch Bestimmten, auf andere als industrielle Art Gewinnträchtigkeit innewohnt, auf nichtkommerziell eigene Weise Rentabilität eignet.

Keine Frage, dass die ihm vom nationalsozialistischen Regime zugemutete Präokkupation mit dem als Leibgeber des Staats etablierten, zu dessen Alter ego existenzialisierten militärischen Korpus, der Deutschen Wehrmacht, das heimische industrielle Kapital von seinen habituellen, zivilen Unternehmungen abzieht, von seinen traditionellen, marktbezogenen Geschäften abhält und, indem sie es in die Ecke finanzpolitischer Autonomisierung und in die Enge wirtschaftssystematischer Autarkisierung, sprich, in die Isolation einer Abschottung gegen den internationalen Geldverkehr und Abkapselung vom weltweiten Warenaustausch treibt, es der Wertschöpfungsanreize und Wertrealisierungsgelegenheiten, die

ihm der industrielle Wettbewerb und kommerzielle Austausch mit den anderen Volkswirtschaften eröffnen, beraubt und demzufolge von den wirtschaftlichen Entfaltungsprospekten und geldlichen Bereicherungschancen, die solch grenzüberschreitender beziehungsweise weltumspannender industrieller Wettbewerb und kommerzieller Austausch bieten, abschneidet.
Keine Frage aber auch, dass eben das militärische Korpus, auf dessen Auf- und Ausrüstung das kommerzielle Kapital der deutschen Volkswirtschaft sich im staatlichen Auftrag kapriziert und durch das es sich von seinem industriellen Wettstreit und kommerziellen Austausch mit den anderen Volkswirtschaften abgezogen beziehungsweise abgehalten findet - dass also dieses leibgeberische Alter ego des Staats, sofern von letzterem nicht nur zur demonstrativen Selbstbestätigung gebraucht, sprich, narzisstisch zur Musterung und Heerschau genutzt, sondern mehr noch zur aggressiven Selbstbetätigung eingesetzt, sprich, instrumentalistisch mobil gemacht und ins Feld geführt, die Eignung beweist, seinem Schöpfer, dem heimischen industriellen Kapital, einen alternativen Zugang zu den anderen Volkswirtschaften und substitutiven Zugriff auf deren Produktions- und Distributionssysteme alias Industrien und Märkte zu verschaffen und so für eine Kompensation der Verluste an ziviler Geschäftigkeit und der dadurch bedingten Einbußen an industrieller Entfaltung und kommerzieller Bereicherung zu sorgen, mit denen es seine Präokkupation mit dem militaristischen Projekt der nationalsozialistischen Diktatur und seine Konzentration auf dessen praktische Umsetzung und technische Einrichtung bezahlen muss. Durch die politische Handlungsvollmacht und bürokratische Verfügungsgewalt ermächtigt, die der nationalsozialistisch militarisierte deutsche Staat kraft seines kriegerischen Triumphs über die Nachbarstaaten und im Zuge ihrer territorialen Besetzung und institutionellen Unterwerfung erringt, kann das industrielle Kapital des Deutschen Reichs eben das wiederaufnehmen beziehungsweise wiederherstellen, was ihm sein Einsatz für und seine Konzentration auf das für den kriegerischen Triumph erforderte Utensil und Instrument, das militärische Korpus, zuvor verschlagen und verwehrt haben - nämlich den entfaltungsprospektiven Zugang zu den Industrien dieser anderen Staaten und den bereicherungsträchtigen Zugriff auf deren Märkte.

Freilich ist dieser Zugriff infolge und nach Maßgabe der militärisch forcierten politischen Übermacht und bürokratischen Verfügungsgewalt

des eigenen über die anderen Staaten jetzt nicht mehr ein Vorgehen und Verfahren, das den für industriellen Wettbewerb und kommerziellen Austausch konstitutiven Kriterien entspräche, sondern er erfüllt eher den Tatbestand einer einseitig-exaktiven, die fremden Industrien nach Belieben schröpfenden Selbstbedienung und eines kompensationslos-appropriativen, die ausländischen Märkte nach Bedarf plündernden Raubzugs. Durch die Besetzung und Unterwerfung ihrer Staatswesen beziehungsweise durch deren Heteronomisierung und Entstrukturierung um ihre institutionelle Selbstmächtigkeit und organisatorische Eigenständigkeit gebracht, werden diese fremden Industrien und ausländischen Märkte zu quasi aufgelassenen Produktionsbetrieben und so gut wie herrenlosen Vertriebseinrichtungen, in denen das industrielle Kapital der siegreichen Staatsmacht frei schalten und walten und aus denen es ungehindert Nutzen und Gewinn ziehen kann. In der Konsequenz der territorialen Eroberung und institutionellen Entmachtung der Nachbarstaaten durch die regressiv-narzisstisch zur Wehrmacht euphemisierte aggressiv-chauvinistische Streitmacht des deutschen Staats verändern sich auch und zumal die, wie wegen der wertschöpferischen Konzentration auf letztere zuvor deteriorierten, so kraft ihres kriegerischen Einsatzes jetzt restituierten, ökonomischen Beziehungen zu ersteren.

Von staatlicher Verfügungsgewalt diktiert und durch bürokratische Zwangsübung implementiert, büßen diese ökonomischen Beziehungen, diese wettbewerblichen Relationen, die das industrielle Kapital der deutschen Volkswirtschaft zu dem der anderen Volkswirtschaften bis dahin unterhält, beziehungsweise diese austauschförmigen Interaktionen, durch die es traditionell mit ihnen verkehrt, ihre kontraktive, durch gleichermaßen gegenseitiges Einvernehmen und wechselseitigen Nutzen bestimmte Funktionalität ein und gewinnen die Beschaffenheit eines vielmehr extraktiven, auf nichts als die Durchsetzung des abstrakt eigenen Vorteils und die Befriedigung ungezügelt privativer Habsucht gerichteten Mechanismus. Wenn schon nicht völkerrechtlich sanktioniert, so doch kriegsbräuchlich gedeckt durch die politische Macht und bürokratische Kontrolle, die dem siegreichen Staat, wie sein militärischer Triumph über die Nachbarstaaten, so seine bürokratische Verfügungsgewalt über deren ökonomische Einrichtungen, ihre Industrien und Märkte, verschaffen, wird der von beiden Seiten bestrittene Wettbewerb zur von der einen Seite der anderen abverlangten Zwangsveranstaltung, degeneriert der

von beiden Parteien getragene Austausch zum von der einen Partei der anderen oktroyierten Ausverkauf, und regrediert mit anderen Worten, industriell gesehen, die zivile Kompetition zur martialen Requisition beziehungsweise, kommerziell genommen, der egalitäre Handel und Wandel zum parasitären Beschlag und Bezug.

Dabei ist die Rede von einer Regression durchaus am Platze, weil sie dem Umstand Rechnung trägt, dass die von der deutschen Volkswirtschaft beziehungsweise von deren Betreiber, dem nationalen industriellen Kapital, gegenüber den anderen Volkswirtschaften adoptierte ökonomische Verfahrensweise den Tatbestand einer von historischer Konsequenz weit entfernten systematischen Kontingenz erfüllt und nämlich, statt als ein in der Entwicklungslogik des kapitalistischen Systems zu verortender Vorgang zu erscheinen, sich vielmehr als ein auf das Bestandsregister vorkapitalistischer Ökonomie rekurrierender Rückfall präsentiert. Was unter politischer Protektion und mit bürokratischer Sekundanz der als nationalsozialistisches Regime operierenden Staatsmacht das industrielle Kapital des Deutschen Reichs praktiziert oder, besser gesagt, was diese seine Praxis - hiermit den Tatbestand einer Regression erfüllend - wenn schon nicht homologisch-strukturell zu reproduzieren vermag, so doch aber analogisch-funktionell zu imitieren unternimmt, ist fronwirtschaftliche Indienstnahme und territorialherrschaftliche Tributnahme, sind mithin eben die Formen von - rein ökonomisch gesehen - kompensationslos-extraktiver Teilhabe und parasitär-nichtäquivalenter Nutznießung, die in auf persönliche Dienstleistung und herrschaftliche Verfügungsgewalt gegründeten vorkapitalistischen Zeiten die ebenso sehr den gesellschaftlichen Konnex prägende wie den wirtschaftlichen Prozess definierende Norm bilden und deren Überwindung und Ersetzung durch kontraktiv-kompensatorische industrielle Arbeit und egalitär-äquivalenten kommerziellen Austausch, will heißen, durch lohnvertraglich stipulierte Ausbeutung und marktgeschäftlich-kaschierte Aneignung, die neuzeitlich-bürgerliche Gesellschaft mit dem von ihr etablierten kapitalistischen Produktions- und Distributionssystem, sprich, ihrer Mehrwertschöpfung betreibenden Industrie und ihrem die Realisierung des Mehrwerts besorgenden Markt, pocht und schwört.

Auf jenes vorkapitalistische Schema frondienstlich-extraktiver Teilhabe und territorialherrschaftlich-parasitärer Nutznießung findet sich also

das industrielle Kapital der deutschen Volkswirtschaft durch den militaristischen Staat, den es im Auftrag des nationalsozialistischen Regimes fabriziert und in Bereitschaft versetzt, gehalten zu regredieren, jenes Schema soll es, wenn auch nicht in homologisch-struktureller Kontinuität, so doch in analogisch-funktioneller Komparabilität, dem Willen und der Weisung des von ihm auf- und ausgerüsteten militaristischen Staatsapparats gemäß, gegenüber den Volkswirtschaften der von letzterem militärisch okkupierten und politisch-bürokratisch dominierten Nachbarstaaten zur Geltung bringen und in Kraft setzen.

Zu der militaristischen Konversion alias atavistischen Regression, die der nationalsozialistische Staat der deutschen Volkswirtschaft abverlangt und an die er sein Salvierungsversprechen und Sanierungsangebot knüpft, findet sich das industrielle Kapital situativ wegen seiner durch die Weltwirtschaftskrise heraufbeschworenen ökonomischen Notlage und konditionell aufgrund seiner historisch begründeten politischen Hörigkeit gegenüber der Staatsmacht bereit.

Dass dem nationalen industriellen Kapital diese ihm vom diktatorischen Regime im internationalen Kontext, in seinen Beziehungen zu den Wertschöpfungssystemen und Wertrealisierungseinrichtungen der anderen Volkswirtschaften, zugemutete regressive Praxis sonderlich geheuer, geschweige denn ein echtes Anliegen, wäre - davon lässt sich schwerlich ausgehen. Schließlich verdankt die kapitale Macht ihren wirtschaftlichen Erfolg und ihre gesellschaftliche Anerkennung, um nicht zu sagen, ihre ganze, sie als Demiurg des bürgerlichen Zeitalters ausweisende Existenz eben der Tatsache, dass es ihr gelingt, den von ihr nicht weniger als Gegenspieler denn als Vorgänger wahrgenommenen alten Demiurgen, das Paradigma territorialherrschaftlicher Unterdrückung und fronwirtschaftlicher Enteignung, zu überwinden und dessen manifest extraktiven Duktus und evident parasitären Mechanismus durch ein den Anschein kontraktiver Verbindlichkeit vermittelndes Teilhabemodell und eine den Eindruck egalitärer Gerechtigkeit erweckende Form der Nutznießung zu ersetzen. Wie sollte ihm da wohl, was ihm der militaristische Staat nationalsozialistischer Machart nicht zwar in seinem eigenen Wirtschaftsraum, wohl aber in Bezug auf seinen internationalen Handel und Wandel als ökonomisches Procedere zumutet, nämlich die wenn auch nicht im Sinne homologisch-struktureller Identität, so doch im Verstand analogisch-funktioneller Similiarität zu verstehende Adoption und Wiederaufnahme

jener nichtindustriell-extraktiven Ausbeutungsform und nichtkommerziell parasitären-Aneignungsweise, die antagonistisch überwunden und antithetisch ersetzt zu haben, es von Geburt an überzeugt ist und von Haus aus versichert - wie sollte dem industriellen Kapital diese ihm vom staatlichen Regime zugemutete und der eklatanten Selbstverleugnung verdächtige, um nicht sagen, des veritablen Selbstverrats geständige Regression da wohl leicht von der Hand gehen?

Keine Frage, dass es eines als wirkende Ursache pressierenden Anlasses und eines als zureichende Bedingung gravierenden Beweggrunds bedarf, um das industrielle Kapital der deutschen Volkswirtschaft zu dieser ihm vom militaristischen Staat angesonnenen Regression auf jene ihm von Geburt an widerstrebende und von Natur aus anstößige frühere Wirtschaftsweise zu bewegen und es dazu zu bringen, den industriellen Umgang mit den Volkswirtschaften der besiegten und besetzten Staaten und den kommerziellen Verkehr mit ihnen zugunsten einer frondienstlich-extraktiven Ausbeutung ihrer Ressourcen und tributnehmerisch-parasitären Ausplünderung ihrer Märkte abzudanken.

Was die wirkende Ursache betrifft, so ist sie in der beschriebenen besonderen Zwangslage zu suchen, in die seine Weltkriegsniederlage das monarchistische Deutsche Reich stürzt, und in dem anschließenden, ebenso wechselvollen wie stürmischen, zwischen Fortschritt und Rückschlag, Aufschwung und Krise, Hoffnung und Enttäuschung changierenden Wandlungsprozess, den das als autokratische Monarchie dementierte und zu einer demokratischen Republik deklarierte Staatswesen durchläuft, nur um in der ein Jahrzehnt später die industrialisierte Welt heimsuchenden Wirtschaftskrise all seine Bemühungen um wirtschaftliche Erholung und gesellschaftliche Erneuerung, um Sanierung der durch das ökonomische Potlatch des Zweifrontenkriegs am Boden zerstörten Volkswirtschaft und um Rehabilitation der durch den politischen Systemwechsel auf Kapitulationsbasis in ihren Grundfesten erschütterten und heillos fraktionierten bürgerlichen Gesellschaft ad absurdum geführt und zunichte gemacht zu finden.

Nicht genug damit, dass die materialen Rüstungsanstrengungen und personalen Rekrutierungsansprüche, mit denen das an der Seite seines donaumonarchisch-vielvölkerstaatlich behinderten Mitstreiters in einen Krieg mit ëiner Welt von Feinden“ sich stürzende Deutsche Reich seine Volkswirtschaft konfrontiert und belastet, deren industrielles Kapital weit

massiver zur Ader lassen und ungleich stärker in Mitleidenschaft ziehen als bei den Volkswirtschaften der Kriegsgegner der Fall, bei denen die ökonomische Last sich auf eine Vielzahl von Schultern verteilt und denen außerdem in Gestalt der Vereinigten Staaten von Amerika ein volkswirtschaftlicher Riese sich beigesellt! Torpediert und halbwegs durchkreuzt werden die Bemühungen um volkswirtschaftliche Erholung, die nach Kriegsende das deutsche Kapital unternimmt, noch durch die Reparationsforderungen, die die siegreichen Nachbarstaaten bei der deutschen Republik geltend machen und mehr oder minder erfolgreich durchsetzen, und durch den zur Superinflation entgleisenden Währungsverfall, den der jenen Wiedergutmachungsansprüchen geschuldete Schwund der staatlichen Währungsreserven und die auf ihn reagierenden, ebenso panischen wie irrationalen Verlust- und Verarmungsängste der Republik heraufbeschwören.

Und zu allem Überfluss behindert und fortwährend gestört findet sich der Erholungsprozess der deutschen Volkswirtschaft beziehungsweise des sie organisierenden und betreibenden industriellen Kapitals noch durch die Zerwürfnisse und Unruhen in der republikanischen Gesellschaft selbst, durch deren ideologische Gespaltenheit alias weltanschauliche Fraktionierung und die daraus resultierende Instabilität und Konfliktträchtigkeit der politischen Machtverhältnisse, die Folge des unter dem Unstern des verlorenen Kriegs beziehungsweise dem traumatischen Druck der bedingungslosen Kapitulation vollzogenen politischen Systemwechsels sind, des quasirevolutionären Sprungs aus einer vom Bismarckschen Sozialpakt realiter geprägten, parlamentarisch verbrämten paternalistischen Autokratie in eine sozialistischem Reformeifer formaliter verpflichtete, auf ein egalitaristisch allgemeines Wahlrecht bauende, liberalistische Demokratie.

Dass die ökonomische Erholung der deutschen Volkswirtschaft, die Rückkehr seines industriellen Kapitals in die Erfolgsspur akkumulativer Verwertung, unter diesen widrigen Bedingungen, diesen ihr von außen begegnenden Widerständen und sie im Innern heimsuchenden Hemmnissen, überhaupt gelingt, grenzt an ein Wunder und ist tatsächlich nur aus dem wirtschaftlichen Aufschwung des internationalen Umfelds, aus dem Prosperieren der Siegermächte und Nachbarstaaten erklärlich, die ihren durch die Kriegswirtschaft entstandenen zivilen Nachholbedarf

befriedigen und dies mit Mitteln einer rationalisierungs- und automatisierungsstrategischen Produktivitätsentfaltung ins Werk setzen, mit der das industrielle Kapital auf die sozialstaatlichen Umverteilungsbemühungen des ausgehenden neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts reagiert und die jetzt erst im Rahmen des kriegsbedingten Mangels an industrielle Arbeitskraft und Übermaßes an konsumtiver Nachfrage ihre volle Dynamik und Durchschlagskraft hervorkehrt. Von diesem internationalen Aufschwung und Höhenflug sieht sich die Volkswirtschaft der deutschen Republik angesteckt und, ihren internen ökonomischen Handikaps und nationalen politischen Gebrechen zum Trotz, mitgerissen. Und aus diesem industriellen Aufschwung und kommerziellen Höhenflug findet sie sich nun aber zusammen mit den anderen Volkswirtschaften durch die als universale Absatzkrise, als eine Art von Kurzschluss zwischen Produktfülle und Konsumschwäche, zwischen Produktionsleistung alias progredientem industriellem Angebot und Mangel an Kaufkraft alias defizienter kommerzieller Nachfrage, begreifliche Weltwirtschaftskrise, jäh herausgerissen und auf den harten Boden von Fabrikschließungen und Massenarbeitslosigkeit beziehungsweise, daraus folgend, materialer Not und sozialem Elend herabgestürzt.

Nicht, dass nicht auch die anderen Volkswirtschaften von diesem, eben deshalb als weltweite Krise Ereignis werdenden Debakel betroffen wären! Nicht, dass nicht auch ihr handelndes Subjekt, ihr jeweiliges industrielles Kapital, unter dem kommerziellen Ab- und industriellen Einbruch seines ihm das eigene Leben bedeutenden und alleinigen Sinn verleihenden Verwertungsprozesses litte und sich mit allen, aus dem Ab- und Einbruch resultierenden materialen Prüfungen und sozialen Verwerfungen zu Herzen nähme! Nicht, dass nicht auch das industrielle Kapital dieser anderen Volkswirtschaften solch weltweite, dem Hiatus zwischen wirtschaftlicher Produktivkraft und gesellschaftlicher Konsumschwäche entspringende Absatzkrise als zutiefst entmutigend und äußerst demotivierend erführe! Dem industriellen Kapital der deutschen Volkswirtschaft stellt sich indes der ökonomische Kollaps noch als ungleich verhängnisvoller und unheilbringender dar als seinen Kontrahenten in den anderen Volkswirtschaften, es erfährt die Fallhöhe, von der es sich durch die aus heiterem Himmel hereinbrechende Krise herabgestürzt findet, als weit kataraktischer beziehungsweise katastrophischer als jene.

Dem industriellen Kapital in den anderen Volkswirtschaften präsentiert sich dieser absatzkriseninduzierte ökonomische Kollaps als ein wie auch immer gravierender und verstörender Betriebsunfall, als ein wie sehr auch ihm ins Kontor schlagendes und sein Verwertungskalkül über den Haufen werfendes simples Widerfahrnis, ein nicht weniger exzeptionelles als punktuelles, nicht weniger aus dem Rahmen fallendes als einmaliges Ereignis, ein Unglück, das es bei Strafe irreparablen Scheiterns, des unwiederbringlichen Verlusts seiner Verwertungsperspektive, nur als Herausforderung alias Aufforderung verstehen kann, mit ihm, dem Unglück, fertig zu werden und den durch es angerichteten Schaden zu beheben, will heißen, den ab- und eingebrochenen Akkumulationsbetrieb wieder aufzunehmen und ihn erneut aufs bewährte Gleis einer in kommerzieller Wertrealisierung resultierenden industriellen Wertschöpfung zu setzen.

Dem industriellen Kapital des republikanisch gewendeten Deutschen Reichs hingegen suggeriert sich die Weltwirtschaftskrise keineswegs nur als ein punktuelles Ereignis, sondern vielmehr als ein durch und durch serielles Ergebnis, als nicht bloß ein wie sehr auch schwerwiegender Betriebsunfall, sondern eine ganz und gar niederschmetternde betriebliche Bankrotterklärung. Ein Jahrzehnt lang durch das Auf und Ab einer nicht weniger von innen unterminierten als von außen torpedierten ökonomischen Erholung und politischen Stabilisierung, durch die Höhen und Tiefen wirtschaftlichen Auf- und Abschwungs und gesellschaftlicher Kollaboration und Sabotage hindurchgegangen, findet sich, wie die bürgerliche Gesellschaft des Deutschen Reichs in genere, so auch sein als deren ökonomische Substanz firmierendes industrielles Kapital in specie just in dem Augenblick, in dem es endlich ökonomisch Tritt gefasst und politisch festen Boden unter den Füßen zu haben wähnt, quasi über Nacht erneut um allen festen Halt gebracht beziehungsweise aller prospektiven Kontinuität beraubt und der offenkundigen Vergeblichkeit seiner andauernden Bemühungen um wirtschaftliche Erholung und darauf fußende politische Verständigung überführt. Getreu dem Unstern, unter dem das Deutsche Reich ab republica condita steht, also im Einklang mit der konstitutionellen Gebrechlichkeit und institutionellen Zerrissenheit, die das republikanisch gewendete autokratische Gemeinwesen von Anbeginn definiert, erweist sich dessen als industrielles Kapital firmierender ökonomischer Substanz das vermeintliche Wunder bleibender

prozessualer Trittfestigkeit als bloßes, kurzlebiges Blendwerk, entlarvt sich ihm der unverhoffte Segen haltbarer Kontinuität als in Wahrheit der unentrinnbare Fluch fortwährender Hinfälligkeit.
Was Wunder, dass das industrielle Kapital der Volkswirtschaft des deutschen Reichs im Unterschied zu dem der Volkswirtschaften der anderen Industriestaaten jene weltweite Wirtschaftskrise nicht bloß als deprimierend fatalen Vor- und Unfall wahrnimmt, sondern ihr mehr die ominöse Bedeutung eines demoralisierenden Schicksalsschlages und Unheils beimisst und dass es sich deshalb durch sie nicht nur akuter Desolation überführt, sondern vielmehr in virulente Desperation gestürzt findet! Und was Wunder dann auch, dass diese seine heillose Demoralisierung und tiefe Desperation es dazu vermag, dem ihm von Staats wegen, will heißen, von Seiten der militärdiktatorischen Staatsmacht, als die das nationalsozialistische Regime sich mit seiner produktionssystematisch-tatkräftigen Unterstützung zu etablieren unternimmt, gegebenen Salvierungsversprechen und gemachten Sanierungsangebot eine Aufgeschlossenheit entgegenzubringen und eine Empfänglichkeit zu beweisen, die es unter halbwegs normalen Umständen, also selbst noch unter den Umständen der situativen Depression und relativen Desolatheit, mit der seine Pendants in den anderen Volkswirtschaften auf die große Krise reagieren, nie und nimmer aufzubringen und an den Tag zu legen vermöchte!

Freilich, so desaströs dem durch die Mühle der zwanziger Jahre gedrehten und dabei um alles Gottvertrauen und jede Selbstachtung gebrachten industriellen Kapital der deutschen Volkswirtschaft die Weltwirtschaftskrise aber auch erscheinen und so desparat sie es machen mag, angesichts der nicht weniger atavistischen Regressivität als militaristischen Immoralität, die dem ihm von Staats wegen gegebenen Salvierungsversprechen und gemachten Sanierungsangebot eignet, wäre die große Krise doch wohl am Ende nicht pressierender Anlass alias wirkende Ursache genug, um es für das ihm abverlangte parasitäre Verhalten und das ihm zugemutete extraktive Vorgehen bereit zu machen. Für diese Bereitschaft, die militaristische Offerte, die das nationalsozialistische Regime ihm unterbreitet, anzunehmen beziehungsweise dem atavistischen Lockmittel, mit dem das Regime es zu ködern sucht, auf den Leim zu gehen, braucht das industrielle Kapital der Volkswirtschaft des Deutschen Reichs neben der als wirkende Ursache fungierenden ökonomischen Notlage, in die es sich durch die Krise gebracht findet, noch den als

zureichende Bedingung firmierenden und den Tatbestand einer nicht sowohl ökonomisch-strukturellen Gegebenheit als vielmehr politisch-dispositionellen Eigenheit erfüllenden zusätzlichen Beweggrund, von dem oben bereits die Rede war.
Als diese dispositionelle Eigenheit lässt sich sein besonderes Verhältnis zur Staatsmacht, die ihm zur festen Gewohnheit gewordene Abhängigkeit von deren nicht nur politischer Promotion, sondern mehr noch ökonomischer Sekundanz erkennen, anders gesagt, die ihm zur charakterologischen Idiosynkrasie eingefleischte Angewiesenheit auf umfassende staatliche Bevormundung und Direktive, die sich aus dem als Gründerzeit apostrophierten kurzen Prozess herschreibt, durch den es ihm gelingt, Anschluss an den industriellen Entwicklungsstand der anderen, avancierten Volkswirtschaft zu gewinnen und auf den internationalen Märkten kommerzielle Konkurrenzfähigkeit mit ihnen zu erreichen. Aufgrund territorialer Zersplitterung, sozialer Unterdrückung und gouvernementaler Beschränkung gerät das Territorium des späteren Deutschen Reichs in Sachen des auf Ausbeutung durch industrielle Lohnarbeit und auf Ausbreitung per kommerziellen Güteraustausch gegründeten und gleichermaßen für die Schaffung bürgerlichen Reichtums und die Bildung staatlicher Macht maßgebenden neuzeitlichen Produktions- und Distributionssystems während dessen gut zwei Jahrhunderte dauernder Entwicklungsphase gegenüber den angrenzenden Hoheitsgebieten, den sich unter dem Einfluss des Systems absolutistisch-zentralistisch organisierenden Nationalstaaten, weit ins Hintertreffen und hinkt zum Ende der Entwicklungsphase, beim während der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts vollzogenen Eintritt des Systems ins Reifestadium, erheblich hinter den Nachbarn her.

In dieser für das zentraleuropäische Territorium prekären Situation einer ökonomischer Rückständigkeit und politischer Engstirnigkeit geschuldeten systematischen Ungleichzeitigkeit kommt es nun zu der als Bismarckscher Sozialpakt kodifizierten atypischen Kollaboration zwischen staatlicher Macht und bürgerlichem Kapital, die, wie sie die führende zentraleuropäische Territorialmacht zu einer in der Gründung des Deutschen Reichs resultierenden nationalstaatlichen Einheitsstiftung ermächtigt, so eben diesen aus dem Hut jener atypischen Kollaboration gezauberten neuen Nationalstaat, das Deutsche Reich, auf die als deutscher Sonderweg etikettierte katabolisch schiefe Bahn zweier, die erste

Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts skandierender Weltkriege schickt. Atypisch an dieser qua Bismarckscher Sozialpakt kodifizierten Kollaboration ist, dass die Staatsmacht sich nicht mit der Rolle einer nur politisch Beistand leistenden Unterstützerin und Promulgatorin der ökonomischen Entwicklung begnügt, sondern mehr noch die Aufgabe übernimmt, als ökonomisch eingreifende Kontrolleurin beziehungsweise Managerin der Entwicklung zu fungieren, was implicte solch variierter Rollenverteilung nichts anderes bedeutet, als dass hier die Staatsmacht, systematisch intervenierend, die historische Initiative ergreift und, sich als ebenso richtungweisende wie tonangebende Patronin der bürgerlichen Gesellschaft etablierend, deren ökonomische Substanz, das industrielle Kapital, als ihr anvertrautes Mündel, ihrer Obhut übergebene Schutzbefohlene strategisch unter ihre Fittiche, anders gesagt, bürokratisch an die zur Longe verlängerte Kandare nimmt.

In markanter Abweichung vom bewährten Usus der anderen, avancierten Industriestaaten ist es im Falle des industriestaatlichen Nachzüglers, des ökonomisch hinterherhinkenden und politisch gerade erst den Schauplatz betretenden Deutschen Reichs, nicht das, aller politischen Unterstützung beziehungsweise bürokratischen Förderung durch die Staatsmacht ungeachtet, in ökonomisch unbestritten eigener Regie Karriere machende industrielle Kapital, das sich im Zuge dieser seiner Karriere seinen politischen Unterstützer und bürokratischen Förderer, eben die als absolutistische Herrschaft firmierende autokratische Staatsmacht, sei‘s mit revolutionärer Kraft und Gewalt, sei‘s mit konstitutioneller List und Tücke nach Maßgabe seiner wertschöpfungssystematischen Erfordernisse alias akkumulationsstrategischen Bedürfnisse sei‘s umkrempelt, sei‘s ummodelt, sondern es ist die absolutistische Herrschaft selbst, die hier die Initiative ergreift und, in Person der im territorialen Kaleidoskop dominanten Macht sich als nach dem Vorbild der industriestaatlichen Nachbarn monarchistisch gezügelte alias konstitutionalistisch legitimierte autokratische Einheitsstifterin in Staat werfend, die Aufgabe übernimmt, dem rückständigen und der internationalen Konkurrenzfähigkeit ermangelnden industriellen Kapital der politisch entschränkten und zu einer nationalen Volkswirtschaft zusammengeführten Wirtschaftsräume ihres Hoheitsgebiets auch und zumal ökonomisch den Marsch zu blasen, sprich, ihm mittels industrieller Förderprogramme, kommerzieller

Subventionsleistungen und wissenschaftlich-technischer Entwicklungsprojekte den Weg zu einem außen- nicht weniger als binnenwirtschaftlich durchschlagenden Erfolg zu weisen.

So sehr aus Sicht der historischen Entstehung und systematischen Entfaltung des bürgerlichen Wertschöpfungssystems diese ökonomische Anleitung und Gängelung der kapitalen Macht durch die sich etablierende staatliche Herrschaft den Tatbestand einer verkehrten Welt erfüllt und nämlich das normale Procedere einer Manipulation und Zurichtung der staatlichen Herrschaft durch die sich realisierende kapitale Macht auf den Kopf stellt, so sehr bewährt sie sich im Falle des als wertschöpfungssystematischer Nachzügler den Schauplatz betretenden Deutschen Reichs, weil sie hier nicht nur der staatlichen Herrschaft den für ihre politische Etablierung beziehungsweise für deren Halt- und Belastbarkeit nötigen ökonomischen Rückhalt verschafft, sondern weil sie auch und vor allem dieser der Etablierung der staatlichen Herrschaft den nötigen ökonomischen Rückhalt bietenden Realisierung der kapitalen Macht eine solch beispiellose Dynamik und Durchschlagskraft vindiziert, dass der wertschöpfungssystematische Nachzügler binnen weniger als Gründerzeit etikettierter Jahrzehnte zu seinen industriestaatlichen Kontrahenten aufzuschließen und ihnen nicht nur auf dem heimischen Markt, sondern auch und mehr noch im internationalen Warenverkehr Konkurrenz zu machen, wo nicht gar den Rang abzulaufen imstande ist. Allerdings erweist sich die vom Bismarckschen Sozialpakt getragene atypische und aus ökonomischer Sicht erst einmal so effektive und erfolgreiche Kollaboration zwischen kapitaler Macht und staatlicher Herrschaft als in militärischer Buchstäblichkeit zweischneidiges Schwert und ist nämlich letztlich mitverantwortlich für das die dreißigjährige industriekapitalistische Blütezeit um die Jahrhundertwende jäh terminierende und als Erster Weltkrieg in die Geschichte eingegangene große Schlachten, wo nicht gar dessen hauptverantwortlicher Auslöser.

Angesichts des wachsenden industriellen Wettstreits und infolgedessen zunehmenden kommerziellen Wettbewerbs, die jene Blütezeit als ein ihr eingeschriebenes Menetekel, wie man will, überschatten oder untergraben und die durch den Aufstieg und Einzug des Nachzüglers ins Konzert der etablierten Industriemächte nachdrücklich eskalieren und die Spannungen auf dem Weltmarkt massiv verschärfen - angesichts

dieses heftiger werdenden industriellen Wettstreits und sich zuspitzenden kommerziellen Wettbewerbs stellt sich das atypische ökonomische Engagement der deutschen Staatsmacht, ihre kollaborative Einbindung in den industriellen Prozess und das kommerzielle Geschehen der heimischen Volkswirtschaft, als eine schwere Belastung, um nicht zu sagen fatale Hypothek heraus, weil dies staatliche Engagement den kontestiv-industriellen Wettstreit mit der Staatsmacht eigener kombattiv-agonaler Konsequenzzieherei befrachtet, den zivilgesellschaftlich-kommerziellen Wettbewerb mit dem Staat eingeborener kurzschlüssig-militärischer Gewaltbereitschaft auflädt und so den Zündstoff für eine explosive Entladung der objektiven Spannungen beisteuert, sprich, die Lunte an das drangvolle Gemenge alias instabile Gemisch legt, zu dem sich Industrien und Märkte durch den Entfaltungsdruck, den sie aufeinander ausüben, anders gesagt, durch die Raumforderungsnot, der sie sich wechselseitig aussetzen, verdichtet und verstrickt haben.

Auch wenn die Kampfbereitschaft alias Streitlust, die das Regime des Deutschen Reichs beweist, als Negativ ihres Souveränitätsanspruchs, ihres zur Herrschsucht disponierenden Gewaltmonopols, ein im Prinzip allen Staatsmächten innervierter Charakterzug und, so gesehen, der deutsche Staat nicht alleinverantwortlich für den mit seinen industriestaatlichen Kontrahenten ausgetragenen Showdown zu machen ist, steht doch aber außer Frage, dass die atypisch ökonomische Kollaboration mit dem Triebwesen seiner Volkswirtschaft, dem industriellen Kapital, zu der er sich, um letzterem Beine zu machen und es auf Trab zu bringen, versteigt, unter Bedingungen jenes die wirtschaftliche Blütezeit der Jahrhundertwende überschattenden beziehungsweise untergrabenen industriellen Wettrennens und kommerziellen Konkurrenzdrucks der dem Deutschen Reich qua Staatsmacht eigenen Kampfbereitschaft alias Streitlust eine von Tatendrang beseelte Aktualität, um nicht zu sagen, von Sprengkraft erfüllte Virulenz verleiht, die es in der Tat als den wenn nicht allein, so jedenfalls doch hauptsächlich Verantwortlichen für den Ausbruch des Weltkriegs ausweist.

Dem als Bismarckscher Sozialpakt apostrophierten deutschen Sonderweg der Kollaboration zwischen industriellem Kapital und imperialem Staat macht die Republik erst einmal ein Ende. In der Form einer die Kollaboration zur Kollusion zuspitzenden Volksgemeinschaftsideologie wird er von den reaktionären Kräften in der Republik allerdings fest- und hochgehalten. Neue Aktualität gewinnt er mit der Weltwirtschaftskrise und der durch sie ermöglichten Machtergreifung der nationalsozialistischen Bewegung - als ein effektives Mittel, die Immunreaktion zu überwinden beziehungsweise zu überspielen, die beim industriellen Kapital die ihm von Staats wegen angesonnene Regression auf extraktiv-territorialherrschaftliche Verhaltensformen und parasitär-fronwirtschaftliche Vorgehensweisen eigentlich hervorrufen müsste.

Die besondere Verantwortung, die es für den großen Krieg trägt, und die qua bedingungslose Kapitulation vernichtende Niederlage, die es im Krieg erleidet, stürzen nun zwar das Deutsche Reich in eine existenzielle politische Krise und diskreditieren entschieden und eigentlich unwiderruflich jenen als atypische Kollaboration zwischen staatlicher Herrschaft und kapitaler Macht implementierten und als Bismarckscher Sozialpakt etikettierten ökonomischen Sonderweg, den es ab ovo seiner Gründung einschlägt und der, wie er ihm erst einmal zu einem kometenhaften industriellen Aufstieg und kommerziellen Erfolg verhilft, so ihn am Ende zum militärischen Hasard verführt und ins agonale Verderben stürzt. Deshalb nimmt das seine autokratische Herrschaft abdankende und sich als demokratische Republik neu konstituierende Deutschland Weimarer Schöpfung auch ebenso entschieden und eigentlich irrevozibel Abschied von jener zuletzt nicht weniger Zerstörung und Verderben bringenden als zuerst Entwicklung und Fortschritt bedeutenden atypischen Kollaboration zwischen Staat und Kapital und bemüht sich nach Kräften, von diesem etatistischen, die nationale Ökonomie staatlicher Planung und Kontrolle unterwerfenden deutschen Sonderweg zurück in die liberalistische, einer im Prinzip ebenso strikten wie in der Sache flexiblen Kompetenz- und Arbeitsteilung zwischen Ökonomie und Politik entspringende via regia zu finden, der die anderen führenden Industriestaaten folgen.

Freilich erweist sich für die junge Republik teils unter den generellen Bedingungen der sächlichen Verheerungen, die der Krieg angerichtet, der menschlichen Opfer, die er gefordert, und der gesellschaftlichen Verwerfungen, die er ihr als Erbe hinterlassen hat, teils unter den speziellen Umständen der politischen Schuldzuweisungen und ökonomischen

Wiedergutmachungsforderungen, mit denen die Siegermächte das zur bedingungslosen Kapitulation gezwungene Deutsche Reich traktieren beziehungsweise konfrontieren - erweist sich also für die junge Republik unter diesen generell nachteiligen Bedingungen und speziell widrigen Umständen die Rückkehr zur industriegesellschaftlichen Normalität als derart beschwerlich und gerät so sehr zum veritablen Hindernislauf, dass von Anbeginn ihrer Gründung beträchtliche Teile der deutschen Gesellschaft, die industrielle Nutznießer beziehungsweise professionelle Begünstigte jener atypischen Kollaboration zwischen Staat und Kapital waren und aus ihr materialen beziehungsweise sozialen Vorteil zogen, sich geneigt oder gar entschlossen zeigen, letzterer die Stange und sie als ebenso sehr deutschem Wesen gemäß wie mit der republikanischen Wirklichkeit unvereinbar hoch zu halten, und die nicht davor zurückschrecken, um der Rehabilitation jener krampfhaft hochgehaltenen deutschen Atypie willen in einer Kombination aus Realitätsverweigerung und Geschichtsklitterung, reaktionsbildnerischer Gegenwartsverleugnung und wahnhafter Vergangenheitsbewältigung ihre Zuflucht zu der als Dolchstoßlegende etikettierten Verschiebung und Umdichtung des historischen Sachverhalts zu nehmen.

Dieser Umdichtung zufolge geht zum einen der Weltkrieg keineswegs aufs Konto der ebenso überschüssigen wie zusätzlichen kombattiven Aggressivität und militärischen Gewaltbereitschaft, die der deutsche Staat durch seine atypische Kollaboration mit dem Triebwesen seiner Volkswirtschaft, durch die Intimbeziehung, die es zu seinem nationalen industriellen Kapital unterhält, in den industriellen Wettstreit und den kommerziellen Konflikt mit seinen industriestaatlich-marktwirtschaftlichen Konkurrenten hineinträgt, sondern er erscheint schlicht und einfach als die objektive Konsequenz, um nicht zu sagen, das natürliche Resultat eben jenes industriellen Wettstreits und kommerziellen Konflikts zwischen den in Sachen Industrie und Handel führenden Staaten, wobei die Schuld am Krieg betreffende Zuweisungen, sofern es ihrer bedarf, eher an die Kontrahenten des Deutschen Reichs zu adressieren sind, weil erstere als bereits etablierte Mächte alles daran setzen, letzteren als arrivierten Nachzügler an der Entfaltung zu hindern und nicht zum Zuge kommen zu lassen und ihn derart industriell bedrängen und kommerziell in die Enge treiben, dass sie ihn quasi zwingen, um seiner schieren Selbstbehauptung willen zu militärischer Gewalt zu greifen.

Und zum anderen und wichtiger noch ist nach Maßgabe jener legendären Umdichtung des historischen Sachverhalts die Niederlage, die das Deutsche Reich im Weltkrieg erleidet, mitnichten auf die materiale Überlegenheit beziehungsweise die personale Übermacht der gegnerischen Streitkräfte zurückzuführen, die es durch die in seiner atypischen Kollaboration zwischen Staat und Kapital implizierte überschüssige Aggressivität und Gewaltbereitschaft herausfordert, sondern verantwortlich für die militärische Niederlage ist einzig und allein die Unterminierung beziehungsweise Torpedierung der als Bismarckscher Sozialpakt etikettierten atypischen Kollaboration durch soziale Kräfte und politische Gruppen im Deutschen Reich selbst - Gruppen und Kräfte, die wie in allen bürgerlichen Gesellschaften, so auch in der deutschen seit jeher ihr Unwesen treiben und die sei's aus bürgerlichem Liberalismus und Egoismus, sei's aus sozialistischem Anarchismus und Ressentiment, aus Gleichmacherei und Widersetzlichkeit also, der geschlossenen Front der vaterländischen Gemeinschaft in den Rücken fallen und, ihr den metaphorischen Dolchstoß versetzend, in ihrem militärischen Korpus, ihrer gesammelten Streitmacht, genügend Unsicherheit und Zwietracht säen, sprich, der Streitmacht hinlänglich Durchsetzungskraft entziehen, das Korpus ausreichend schwächen, um das Deutsche Reich, statt als strahlenden Sieger, vielmehr als kläglichen Verlierer aus dem zum materialen Potlatch und zum personalen Blutbad geratenden großen Showdown hervorgehen zu lassen.

Nicht also, weil in dem zur generellen Absatzkrise zugespitzten internationalen Wertschöpfungs- und Wertrealisierungskonflikt eine dem ökonomischen Sonderweg des Deutschen Reichs, der atypischen Kollaboration zwischen Staat und Kapital, der es huldigt, geschuldete überschüssige Aggressivität, ein Zuviel an militärischer Streitbarkeit, den großen Krieg, der in der Niederlage des hauptsächlichen Aggressors endet, wenn nicht heraufbeschwört, so jedenfalls doch auslöst, sondern weil in diesem als ganz natürlich erscheinenden zwischenstaatlichen Konflikt die als nicht weniger natürlich anzusehende Gewaltbereitschaft, die das Deutsche Reich gerade so wie seine Kontrahenten für den Konflikt mitbringt, zu wünschen übrig lässt und sich nämlich durch dissentierende Gruppen beziehungsweise sabotierende Kräfte in der reichseigenen bürgerlichen Gesellschaft selbst untergraben beziehungsweise durchkreuzt zeigt - einzig und allein deshalb nimmt der den ökonomischen Konflikt militärisch

zu lösen bestimmte große Krieg seinen für das Deutsche Reich fatalen Verlauf und endet in einer bedingungslosen Kapitulation, die die Sieger nicht nur ermächtigt, dem Verlierer jede Menge Souveränitätsbeschränkungen und Wiedergutmachungsforderungen aufzubürden, sondern die ihnen auch und mehr noch erlaubt, jenem qua atypische Kollaboration zwischen Bismarckschem Staat und industriellem Kapital verfolgten ökonomischen Sonderweg des Deutschen Reichs die volle Verantwortung für den Krieg zuzuschanzen und ihn als katastrophale Verirrung zu diskreditieren, um nicht zu sagen, ihn als agonalen Weg ins Verderben zu verteufeln.

So denn gelingt es den aus der staatlichen Bürokratie, den militärischen Führungskreisen und den wirtschaftlichen Chefetagen des Kaiserreichs sich rekrutierenden und, erweitert um ihre jeweiligen Gefolgschaften und Klientelen, eine keineswegs vernachlässigenswerte Fraktion bildenden Teilen der deutschen Gesellschaft, die primäre Nutznießer und Begünstigte des qua Kaiserreich etablierten Bismarckschen Sozialpakts waren und die deshalb auf den Wechsel vom autokratischen Kaiserreich zur demokratischen Republik in dem buchstäblichen Sinne reaktionär reagieren, dass sie ihn nicht als unvermeidlichen Fortgang mitgehen, sondern von ihm als unverzeihlichem Fehltritt zurücktreten - so also gelingt es diesen reaktionären Teilen der deutschen Gesellschaft mittels Euphemisierung des Weltkriegs zu einer zwecks militärischer Lösung ökonomischer Probleme ebenso normalen wie generellen staatlichen Vorgehensweise und mittels Rückführung der im Weltkrieg erlittenen Niederlage auf die in der eigenen bürgerlichen Gesellschaft fehlende oder jedenfalls mangelnde soziale Geschlossenheit und politische Hingabe den qua Bismarckscher Sozialpakt etablierten Sonderweg der Vorkriegszeit zu rehabilitieren und so völlig zu exkulpieren, von aller Kriegsschuld freizusprechen, dass er aus einer Idiosynkrasie atypisch deutschen Werdens zur via regia urtypisch deutschen Wesens mutieren kann.

Solchermaßen von aller Verantwortung für den Krieg und Schuld an der militärischen Niederlage reingewaschen, lässt sich nun wiederum dieses Bismarcksche Sozialisationsmodell, dieser einer atypischen Kollaboration zwischen Staat und Kapital entspringende Sonderweg des deutschen Kaiserreichs, als gleichermaßen ideologisches Apotropäon und politische Waffe einsetzen und nämlich von den reaktionären Gegnern der qua Weimarer Republik novellierten Gesellschaftsordnung zu

deren Denunziation und Verteufelung nutzen, weil der Dolchstoßlegende zufolge die Partisanen der Republik, die Begründer, Verfechter und Träger der novellierten Gesellschaftsordnung, sich mühelos als eben die Gruppen und Kräfte identifizieren lassen, deren mangelnder Loyalität und zur Sabotage geratender Verweigerungshaltung gegenüber dem kaiserlichen Reich der verlorene Krieg zur Last zu legen ist. Genau diese liberalistischen Kräfte und sozialistischen Gruppen sind es ja, die per Republikgründung an die Macht gelangt sind und durch die von ihnen anstelle der bürokratischen Autokratie des Kaiserreichs etablierte parlamentarische Demokratie wie in genere den Bismarckschen Sozialpakt außer Kraft setzen, so in specie die für ihn grundlegende Kollaboration zwischen staatlicher Herrschaft und industriellem Kapital in Misskredit bringen und als für Krieg und Niederlage maßgeblich verantwortliche deutsche Atypie an den Pranger stellen.

Nun ist solche Rehabilitation des deutschen Sonderwegs, solche Gutsagung der atypischen Kollaboration zwischen Staat und Kapital zum als Heilbringer bewährten und bloß durch die Propaganda von Seiten des Auslands in Verruf beziehungsweise durch die Sabotage der Verräter am eigenen Volkskörper um seine Wirkung gebrachten deutschen Patentrezept, mitnichten ein die ganze republikanische Nachkriegsgesellschaft hinter ihrer Fahne versammelnde Aktion, sondern eben nur eine von den reaktionären Feinden der Republik und deren sozialen Klientelen und politischen Sympathisanten vorgetragene Option, die in eben dem Maß, wie die Republik sich etabliert und an äußerer Akzeptanz und innerer Routine gewinnt, durchaus dazu tendiert, die Züge einer sektiererischen Fraktionierung anzunehmen und sich auf ein nicht weniger begrenztes als offenes Geschwür am republikanischen Korpus, einen ebenso marginalen wie penetranten Stachel im Fleisch des politischen Lebens und parlamentarischen Treibens der Republik zu reduzieren.

Allerdings sorgen die beschriebenen ökonomischen Beschwernisse und politischen Zerwürfnisse, mit denen die Republik in den Anfangsjahren ihrer Entwicklung zu kämpfen und unter denen sie leiden hat, dafür, dass die Dolchstoßlegende und die mit ihr propagierte Lehre vom Bismarckschen Sozialpakt als wesenhaft deutschem Heilbringer in der wie auch immer marginalisierten und zum Sektierertum abgehalfterten Form erhalten bleibt und dass sie in der Konsequenz ihres marginalen Fortbestands und sektiererischen Daseins eine als Radikalisierung zu

Buche schlagende Pointierung erfährt, als deren ideologische Urheberin und politische Trägerin die Nationalsozialistische Bewegung firmiert und die den Bismarckschen Sozialpakt zur Stiftung einer völkischen Gemeinschaft hypostasiert, mit anderen Worten, den zwischen staatlicher Herrschaft und industriellem Kapital geschlossenen Bund aus einer Kollaboration, die im Prinzip und intentionaliter pro cura oder zum Nutzen des letzteren da ist, in eine Kollusion überführt, die im Effekt und realiter pro domo oder zum Gebrauch der ersteren existiert.

Da nun aber im Resultat der Weltwirtschaftskrise, des die Industriestaaten ereilenden absatzkrisenbedingten, der Diskrepanz zwischen wertschöpferischer Dynamik und wertrealisatorischer Stagnation Rechnung tragenden, Ein- und Zusammenbruchs ihrer Märkte, die Nationalsozialistische Bewegung, die Gunst der finsteren Stunde nutzend, auf quasiparlamentarischem Weg oder, besser gesagt, pseudotribunizische Weise die Macht im Staate ergreift und ein diktatorisches Regime etabliert, zeigt sich jene als deutscher Sonderweg vermeintlich überholte und abgedankte Bismarcksche Idiosynkrasie, jene das Kaiserreich prägende Kollaboration zwischen staatlicher Herrschaft und industriellem Kapital, plötzlich aus ihrer marginalen Abseitigkeit, ihrem sektiererischen Winkel, hervorgeholt und mit der Zuspitzung, die sie in solch sektiererischer Abseitigkeit erfahren hat, mit ihrer Existenzialisierung nämlich aus einem dem deutschen Werden förderlichen Sozialpakt zu einem dem deutschen Wesen gemäßen völkischen Bundesschluss, zur Staatsdoktrin, zur Magna Charta gleichermaßen des volkswirtschaftlichen Gedeihens und des staatspolitischen Bestehens des Deutschen Reichs und seines neuen Regimes erhoben.

Und in eben dieser Form eines staatsdoktrinär rehabilitierten und den sozialen Pakt Bismarckscher Konstruktion nicht weniger neu aufladenden als neu auflegenden völkischen Bunds nationalsozialistischer Projektion ermöglicht oder jedenfalls erleichtert nun also die hierbei zur Kollusion alterierte atypische Kollaboration zwischen staatlicher Herrschaft und industriellem Kapital letzterem, sich der Wirtschaftsbelebungsperspektive, die ihm erstere kraft ihrer militaristischen Version des New Deal, ihres Programms zur Wiederankurbelung des Wertschöpfungssystems per kreditfinanzierte militärische Aufrüstung, bietet, zu öffnen und der in dieser Perspektive implizierten Aussicht auf industriellen Erfolg und kommerziellen Erwerb, auf kapitale Akkumulation und reale Akquisition,

zu erliegen und Folge zu leisten. Solche Ermöglichung beziehungsweise Erleichterung seiner Kooperationsbereitschaft, seiner Einwilligung, sich der ihm von der staatlichen Herrschaft gewiesenen militaristisch fundierten Bereicherungsperspektive zu öffnen, braucht das industrielle Kapital ohne Frage - angesichts nämlich der definitiv nichtindustriellen Orientierung und eklatant antikommerziellen Zielsetzung, die Inhalt der ihm damit letztlich in Aussicht gestellten beziehungsweise eigentlich erschlossenen Bereicherungsperspektive ist.

Tatsächlich dient, wie gesehen, die Inanspruchnahme des industriellen Kapitals und seines Wertschöpfungssystems durch den nationalsozialistischen Staat, der Gebrauch, den letzterer nach Maßgabe seiner Version eines New Deal von ersterem macht, wenn nicht einzig und allein, so doch aber vorzüglich und zentral dem Zweck, ein zur Wehrmacht euphemisiertes militärisches Korpus alias Aggressionspotenzial zu schöpfen und ins soldatisch-technische Werk zu setzen, das in Konkreszenz mit der narzisstisch-sinnstiftenden, politischen Aufgabe, die es für den nationalsozialistischen Staat persönlich erfüllt, auch und nicht minder dazu bestimmt ist, einen ihm vom nationalsozialistischen Staat von Berufs wegen erteilten utilitaristisch-problemlösenden ökonomischen Auftrag auszuführen, will heißen, mit militaristischen Mitteln ebenso sehr die stockende Wertschöpfung erneut in Gang zu bringen wie der lahmenden Wertrealisierung wieder auf die Sprünge zu helfen.

Von Anbeginn der Version des New Deal, die das nationalsozialistische Regime implementiert, hat das goldene Kalb, um das diese Version sich dreht, das die zivile Gesellschaft als Subjekt substituierende und durch ein leibgeberisches Alter ego alias hypostatisches Ebenbild des Staates selbst eskamotierende militärische Korpus, neben der dogmatisch-systematischen Aufgabe, diesen Staat seiner fetischistisch-essenziellen Identität zu versichern, auch und zugleich den pragmatisch-empirischen Auftrag, der bürgerlichen Gesellschaft oder vielmehr, da sie selbst ja als Subjekt durch das staatliche Alter ego eskamotiert ist, ihrer residualen Substanz, eben dem industriellen Kapital, zur Linderung beziehungsweise Lösung seiner wertrealisatorischen Not und daraus resultierenden wertschöpferischen Beschwer zu verhelfen.

Solche Linderung und Lösung aber sucht und findet das militärische Korpus, seiner gewaltbereiten Natur und angriffslustigen Beschaffenheit

entsprechend, nicht auf negoziativ-bürgerlichem, liberalistisch-deliberativem Weg, nicht also via industriellen Wettstreit und kommerziellen Austausch mit den Volkswirtschaften der anderen Staaten, sondern auf imperativ-herrschaftliche, militaristisch-repressive Weise, modo also der freihändig-gewaltsamen Übernahme der den anderen Staaten entrissenen und unter eigenes Kuratel gestellten Industrien und kompensationslos-zwangsweisen Plünderung der ihnen zugehörigen Märkte. Und das wiederum bedeutet, wie oben konstatiert, nichts anderes als das amtliche Ansinnen an das industrielle Kapital, die es von Staats wegen konfrontierende Zumutung, im wirtschaftlichen Umgang und Verkehr mit den anderen Volkswirtschaften von dem ebenso bewährten wie gewohnten Verfahren eines egalitär-kontraktiven Austauschs von industriellen Leistungen und kommerziellen Gütern zu desertieren und Abstand zu nehmen und auf das nicht weniger obsolete als alternative Vorgehen eines extraktiv-parasitären Zugangs zu den industriellen Ressourcen der anderen und Zugriffs auf ihre kommerziellen Kapazitäten umzustellen und zu regredieren.

Als obsolet ist diese dem industriellen Kapital vom nationalsozialistischen Staat angesonnene alternative Verfahrensweise mit Fug und Recht zu bezeichnen und von Regression ist im Zusammenhang mit ihr zu sprechen, weil ihre Adoption als wenn auch beileibe nicht im Verstand homologisch-struktureller Reproduktion, sprich, in historischer Kontinuität, so doch durchaus im Sinne analogisch-funktioneller Imitation, sprich, in systematischer Komparabilität, einen Rekurs auf die Ära territorialherrschaftlicher Unterdrückung und fronwirtschaftlicher Enteignung, mithin eine wiewohl nicht faktische, so doch praktische Wiederaufnahme jener ebenso parasitär-ausbeuterischen wie repressiv-sklavenhalterischen Gesellschaftsordnung darstellt, die, wie immer auch rituell zelebriert, kulturell sanktioniert und professionell rationalisiert, die vorbürgerlichen Zeiten beherrschte und die ökonomisch unterminiert und substituiert beziehungsweise von der sich politisch emanzipiert und distanziert zu haben, für die ihr im Doppelsinn von filiativer Herkunft und dissoziativer Ablösung entsprungene bürgerliche Gesellschaft und deren als liberatives Springkraut alias emanzipative Substanz firmierendes industrielles Kapital essenzielles Wahrzeichen ihres Seins und existenzielles Merkmal ihres Bestehens bildet.

Den Rückgriff auf diese alte, territorialherrschaftlich-fronwirtschaftliche Gesellschaftsordnung in der ebenso brutalisierten wie reduzierten Form eines reinen, aller rituellen Begründung, kulturellen Sinngebung und professionellen Rechtfertigung entkleideten Zwangsvollstreckungsmechanismus - diesen Rückgriff also mutet der nationalsozialistische Staat, wie seiner zu Paaren getriebenen bürgerlichen Gesellschaft in genere, so deren in Haft genommener ökonomischer Substanz, dem industriellen Kapital, in specie zu und verlangt von letzterem, dass es solche, auf einen kriegsrechtlichen Zwangsmechanismus reduzierte Ordnung wenn schon nicht im Innern, im Verhältnis zu den Bürgern der eigenen Volkswirtschaft, so doch aber nach außen, in der Beziehung zu den anderen Volkswirtschaften und deren Bevölkerungen, in Kraft setze und zur Geltung bringe. Muss dem industriellen Kapital eine so offenkundig regressive Zumutung, ein Ansinnen, das so manifest seinen essenziellen Prinzipien und existenziellen Usancen widerstreitet, nicht als ein veritabler Selbstverrat aufstoßen und als ein wenn nicht moralischen Ekel erregender, so allemal praktische Konfusion erzeugender Tabubruch anstößig genug sein, um es in seiner Kooperationsbereitschaft und in der für letztere nötigen Funktionsfähigkeit entschieden zu beeinträchtigen, wo nicht gar entscheidend zu konterkarieren?

Und genau hier aber kommt nun jene als Bismarckscher Sozialpakt im Deutschen Kaiserreich etablierte und als deutscher Sonderweg vom reaktionären Sektierertum in der republikanischen Nachkriegsgesellschaft hochgehaltene und zur verschworenen Volksgemeinschaft hypostasierte atypische Kollaboration zwischen politischer Herrschaft und ökonomischer Macht, staatlichem Regiment und industriellem Kapital, als ein probates Mittel zum Tragen, den Tabubruch zu überspielen und die regressionsbezügliche Ekelschranke zu überwinden, die im historischen Normalfall, unter Bedingungen der typischerweise zwischen Staat und Kapital praktizierten Kohabitation, der vom staatlichen Regiment dem industriellen Kapital angesonnenen Bereitschaft in die Quere kommen müsste, bei solch offen militaristischem, offen auf die extraktivparasitäre Unterwerfung und Ausbeutung anderer Volkswirtschaften setzendem Vorhaben, das die nationalsozialistische Version vom New Deal gebiert, mitzumachen. Mit der Etablierung des nationalsozialistischen Regimes retabliert und als deutsche Staatsräson, als ureigenster Verstand deutschen Wesens, zur Geltung gebracht, verleiht der aus

der Versenkung hervorgeholte und zur bündischen Volksgemeinschaft verdinglichte Bismarcksche Sozialpakt dem industriellen Kapital die idiosynkratische Bestimmtheit und fanatische Entschiedenheit, die es braucht, um sich gegen allen ihm aus seiner kontraktiven Natur und egalitär-interaktiven Verfassung aufstoßenden inneren Widerstand mit der ihm vom Regime in Bezug auf die anderen Volkswirtschaften abverlangten aggressiv-extraktiven Verfahrens- und parasitär-expropriativen Vorgehensweise gemein und sie als unabweislich staatsdienstliche Pflicht oder vielmehr volksgemeinschaftliche Schuldigkeit zu seiner Sache zu machen.

Weil bei den Wertschöpfungssystemen der anderen Industriestaaten, gegen die der nationalsozialistische Staat zu Felde zieht, der historische Antagonismus und systemische Widerspruch, in den letzterer sich mit seinem auf territorialherrschaftliche Extraktion und fronwirtschaftliches Schmarotzertum regredierenden Militarismus verstrickt, eben die Immunreaktion hervorruft, die dem Wertschöpfungssystem des Deutschen Reichs seine dem Bismarckschen Sozialpakt geschuldete Staatshörigkeit zu unterdrücken erlaubt, leisten die anderen Staaten erbitterten Widerstand und wächst sich der Krieg zu einem zweiten Weltkrieg aus. Und weil aber jener historische Antagonismus und systemische Widerspruch auch dem nationalsozialistischen Staat selbst zu schaffen macht und den Sinn verwirrt, nutzt beziehungsweise missbraucht dieser im Bemühen, mit sich selbst ins Reine zu kommen und sich solch existenziellen Antagonismus und essenziellen Widerspruchs zu entledigen, die bekriegte Staatengemeinschaft als entlastendes Verschiebungsobjekt alias exorzistische Projektionsfläche.

So sehr die ökonomische Notlage, in die der weltwirtschaftliche Kollaps die junge Republik stürzt und die für sie vor dem Hintergrund der politischen Zerwürfnisse und sozialen Verwerfungen, die ihr im Nachkriegsjahrzehnt zusetzen, eine ausnehmende Schicksalsträchtigkeit beweist beziehungsweise besondere Fatalität gewinnt - so sehr also diese ökonomische Notlage als wirkende Ursache für die Bereitschaft des industriellen Kapitals der deutschen Volkswirtschaft gelten darf, mit dem die demokratische Republik in eine militärische Diktatur überführenden nationalsozialistischen Regime zu kooperieren und dessen militaristischer Version des New Deal entgegenzukommen und zuzuarbeiten, so sehr ließe sich doch aber mit dem Fug und Recht der dem

industriellen Kapital eigenen kontraktiv-reziproken Natur und egalitär-interaktiven Verfassung erwarten, dass die mit solch militaristischer Version des New Deal verknüpfte und dem Kapital selbst als sein künftiges Geschäft zugedachte Aufgabe, nämlich das staatliche Ansinnen an die deutsche Volkswirtschaft, sich gegenüber ihresgleichen, gegenüber den Volkswirtschaften der eroberten und unterworfenen Staaten, extraktiv-egoman zu verhalten, mit ihnen parasitär-expropriativ umzuspringen - dass also dies staatliche Ansinnen dem handelnden Subjekt der deutschen Volkswirtschaft, eben ihrem industriellen Kapital, ganz und gar gegen den Strich ginge und es derart düpierte und irritierte, es so gründlich durcheinanderbrächte, dass es sich als kooperationsunfähig, als letztlich untauglich erwiese, der ihm von Staats wegen zugewiesenen Aufgabe einer nichtindustriellen Extraktion des Vermögens anderer beziehungsweise nichtkommerziellen Expropriation fremden Reichtums effektiv nachzukommen und definitiv zu genügen.

Damit diese ihre Unterminierung ausbleibt, braucht das industrielle Kapital der deutschen Volkswirtschaft für seine Kooperationsbereitschaft neben der als wirkende Ursache fungierenden ökonomisch verzweifelten Situation, in die es sich krisenbedingt gestürzt findet, jene als zureichende Bedingung firmierende historische Disposition, die die zwecks industrieller Aufholjagd mittels Bismarckschen Sozialpakts etablierte Kollaboration zwischen politischer Herrschaft und ökonomischer Macht dem Deutschen Reich beschert hat und die, das Konstrukt eines klassenübergreifend sozialen Pakts zum Popanz einer klassenlos völkischen Gemeinschaft hypostasierend, das nationalsozialistische Regime aus der Versenkung, der ideologischen Latenz, in die es die republikanische Politik verdrängt hat, hervorholt und als imperative Staatsdoktrin, als eine Art von Zauberwurzel, hochhält, die sich nicht nur in genere als Allheilmittel für die Gebrechen der bürgerlichen Klassengesellschaft und die Stiftung eines grunderneuert-kerngesunden, von allen klassengesellschaftlichen Gebrechen befreiten Staatswesens suggeriert, sondern die sich auch und in specie als Antidot gegen die Vorbehalte und Immunreaktionen bewährt, die wegen der aggressiv-brutalen Vorgehens- und regressiv-parasitären Verhaltensweise, die das nationalsozialistische Staatswesen ihm im Umgang mit seinesgleichen, mit den anderen Volkswirtschaften, zumutet, beim industriellen Kapital der deutschen Volkswirtschaft andernfalls provozieren müsste.

Dank jener vom nationalsozialistischen Regime actu seiner Machtergreifung aus der Latenz hervorgeholten und als konstitutive Idiosynkrasie des Deutschen Reichs, als dessen originäre Staatsräson, retablierten Kollaborationsbeziehung zwischen staatlicher Herrschaft und ökonomischer Macht vermag das industrielle Kapital, sich über die oben als Ekelschranke apostrophierte Immunreaktion, die das staatliche Ansinnen einer Brutalisierung des industriellen Wettstreits zur offenen Gewaltübung und Depravierung des kommerziellen Austauschs zum schieren Schmarotzertum normalerweise bei ihm hervorrufen müsste, hinwegsetzen und kann sich zusätzlich zu seiner Motivation und Pression durch die ökonomische Notlage hinlänglich politisch konditioniert und autorisiert, kurz, zur Kooperation mit der Staatsgewalt disponiert zeigen, um sich, all seine inneren Widerstände und prinzipiellen Vorbehalte in den Wind schlagend, dem militaristischen Projekt des Staats voll und ganz zu verschreiben und der das industriegesellschaftlich-marktwirtschaftliche System in eine Art von territorialherrschaftlich-frondienstliche Regression treibenden räuberisch-aggressiven und parasitär-extraktiven Zielsetzung des Projekts ebenso vorbehaltlos zu Willen wie rücksichtslos in ihm engagiert zu sein.

Diese vorbehaltlose Willfährigkeit beziehungsweise dies rücksichtslose Engagement des industriellen Kapitals der deutschen Volkswirtschaft braucht es freilich auch - angesichts der erbitterten Gegenwehr beziehungsweise des anhaltenden Widerstands, mit denen das nationalsozialistische Regime und seine gleichermaßen organisatorisch zur Wehrmacht mutierte und propagandistisch zur Volksgemeinschaft eskamotierte bürgerliche Gesellschaft sich von Seiten der angegriffenen und bekriegten beziehungsweise eroberten und besetzten Staaten und ihrer bürgerlichen Gesellschaften konfrontiert finden. Dabei ist das Spezifikum der Gegenwehr und

Widerständigkeit der von der Aggressivität des nationalsozialistischen Staats betroffenen und heimgesuchten Länder, dass sie sich nicht etwa nur aus dem ihrer staatlichen Existenz angeborenen Willen zur Behauptung ihrer territorialen Souveränität und Anspruch auf Erhaltung ihrer nationalen Autonomie speist, sondern dass sie auch und mehr noch der Empörung und dem Abscheu entspringt, mit denen jene maßlose, gemessen an den fürs bürgerliche Zeitalter typischen Kriegszielen beispiellose Aggressivität, jene aufs Ganze der politischen Strukturen und

ökonomischen Ressourcen des Kriegsgegners gehende Übergriffigkeit des Deutschen Reichs sie erfüllt.

Eben die Immunreaktion gegen die regressiv-territorialherrschaftliche Zielsetzung des vom nationalsozialistischen Staat angezettelten Kriegs und eben die Ekelschranke vor deren atavistisch-fronwirtschaftlichen Implikationen, die dem industriellen Kapital seine vom nationalsozialistischen Regime aus der republikanischen Latenz hervorgeholte und als raison d'deutsch-völkischen Wirtschaftens retablierte atypische Kollaboration mit der Staatsmacht zu unterdrücken beziehungsweise zu überspielen ermöglicht - diese Immunreaktion alias Ekelschranke stellt sich beim industriellen Kapital der Volkswirtschaften der angegriffenen und bekriegten Staaten, denen ja solcher, die Kollaboration zur Kollusion verbandelnder Intimverkehr zwischen Kapital und Staat, wenn nicht Anathema, so jedenfalls doch ein Unding ist, in voller Stärke ein beziehungsweise kommt ungehindert zur Geltung und macht, dass sich, getragen und befeuert von ihren immunreaktiven Volkswirtschaften, die betreffenden Staaten nicht nur, solange angegriffen und bekriegt, mit Händen und Füßen wehren, sondern auch, wenn besiegt und besetzt, mit Zähnen und Klauen sträuben.

In der Tat haben die Regressivität und der Atavismus, in die das nationalsozialistische Regime, in der Konsequenz seiner militaristischen Metamorphose der bürgerlichen Gesellschaft aus einem staatlich organisierten selbsttragenden Subjekt in eine staatstragende, als Leibgeber des Staats reklamierte Hypostase, die Volkswirtschaft des Deutschen Reichs hineintreibt - haben also die gleichermaßen historische Ungleichzeitigkeit und systematische Unvereinbarkeit mit den Volkswirtschaften der bekriegten Staaten, die das nationalsozialistische Regime durch seine militaristische Version des New Deal der deutschen Volkswirtschaft in genere und deren industriellem Kapital in specie vindiziert, den ebenso fatalen wie zwangsläufigen Effekt, dass ein wie immer auch sachlich beschränkter beziehungsweise zeitlich begrenzter Friedensschluss zwischen den Kriegführenden, ein zwischen Angreifer und Angegriffenen zu erzielender Interessenvergleich und die kriegerische Auseinandersetzung wie sehr auch nur fürs erste und bis auf Weiteres beendender politischer Kompromiss, ausgeschlossen und ein Ding der Unmöglichkeit ist und dass vielmehr, selbst nachdem der Krieg militärisch entschieden ist und

der Siegerstaat den besiegten Staat unterworfen und besetzt hat, die Fronten zwischen beiden ebenso unversöhnlich verhärtet wie unaufhebbar antagonistisch bleiben und demnach die Konfrontation wenn schon nicht in militärisch manifester Gestalt, so doch aber in Form von Sabotage und Partisanentum, mit anderen Worten, in Form des zivilen Ungehorsams, mit dem die Gesellschaft des besiegten Staats dem Siegerstaat generell begegnet beziehungsweise des bewaffneten Widerstands, den sie ihm punktuell leistet, ad infinitum andauert.

Dabei definieren diese dem regressiven Ansinnen und atavistischen Vorhaben des nationalsozialistischen Staats geschuldete historische Unvereinbarkeit und systemische Unversöhnlichkeit nicht nur sein Verhältnis zu den bereits eroberten und besetzten Staaten und deren Volkswirtschaften, sondern sie determinieren auch und nicht weniger seine Beziehung zu all den anderen, noch nicht eroberten und besetzten Staatsgebieten und deren Industrien und Märkten. Und zwar determinieren sie es im mit der Rede vom nnoch nicht“ ausgesprochenen Sinne einer auch gegen all diese anderen zwangsläufig sich richtenden Aggression und sie folgerichtig bedrohenden Okkupation. Hat der nationalsozialistische Staat mit der militaristischen Lösung seiner ökonomischen Probleme, mit der Strategie einer frondienstlich-extraktiven Ausbeutung der Industrien anderer und der tributnehmerisch-parasitären Ausplünderung fremder Märkte, einmal den Anfang gemacht, hat er erst A gesagt, so kann er gar nicht anders, als mit das ganze Alphabet zu durchlaufen nötigender Triebhaftigkeit auch B zu sagen, und seine Invasions- und Okkupationslust auf, im Prinzip zumindest, den ganzen Globus auszudehnen, sprich, auf die gesamte Staatengemeinschaft sich erstrecken zu lassen. Den Grund dafür bildet eben jene, seiner territorialherrschaftlich-regressiven Natur geschuldete beziehungsweise in seiner fronwirtschaftlich-atavistischen Beschaffenheit begründete historische Unvereinbarkeit alias systemische Unversöhnlichkeit, mit der ihm bereits das erste von ihm eroberte und besetzte Staatswesen begegnet und kraft deren es ihn mit der Perspektive eines wenn auch nicht mehr mit militärischer Macht und offener Gegengewalt, so doch mit ständiger Sabotage und partisanenhafter Beharrlichkeit geleisteten unüberwindlichen Widerstands und geführten unabsehbaren Zermürbungskampfs konfrontiert.

Würde der nationalsozialistische Staat sich der nackten Wahrheit der historischen Unvereinbarkeit alias systemischen Unversöhnlichkeit der

von ihm etablierten atypischen, extraktiv-parasitären Art von industrie- und marktwirtschaftlicher Gesellschaft mit der typischen, kontraktiv-egalitären Form von industrie- und marktwirtschaftlicher Gesellschaftlichkeit stellen, er müsste der Tatsache ins Auge sehen und sie mehr noch seiner als Volksgemeinschaft rekrutierten Nation vor Augen rücken, dass eine solch extraktiv-parasitäre Version der zum wehrmächtigen Alter ego des Staats mutierten bürgerlichen Gesellschaft sie beide, ihn und seine Bürgerschaft, zu einem Dasein im permanenten Alarmzustand, zu einem ständigen Leben auf dem Quivive verurteilt, das Deutsche Reich mit anderen Worten dazu verdammt, im eigenen, durch die militaristisch okkupierten und imperialistisch annektierten fremden Territorien zum Großreich ausgedehnten Land keine zivile Ruhe und keinen stabilen Frieden finden zu können und vielmehr allzeit der Störung der Ruhe und Brechung des Friedens durch den mit den fremden Territorien und ihren bürgerlichen Gesellschaften ins Großreich eingeschleppten beziehungsweise eingeschleusten, aus jener historischen Ungleichzeitigkeit alias systemischen Unvereinbarkeit sich speisenden und in Sabotageakten und Partisanentum resultierenden unüberwindlichen Widerspruch und unbezwinglichen Widerstand gewärtig sein zu müssen und sich so, wenn schon nicht auf die Zerreißprobe gestellt, doch aber ad infinitum mit der Feindseligkeit seiner eigenen, qua bürgerliche Gesellschaft nicht weniger systemisch unbewältigten als historisch verdrängten Vergangenheit konfrontiert zu finden.

Statt sich mit diesem, durch seine militärische Aggressions- und Okkupationsstrategie in den eigenen Herrschaftsbereich eingeschleppten und ihm dauerhaft innervierten historischen Antagonismus alias systemischen Widerspruch als mit einem factum brutum seiner Krisenbewältigungsstrategie, einer zwangsläufigen Nebenerscheinung des von ihm als idiosynkratischer New Deal implementierten ökonomischen Sanierungsprogramms, abzufinden und zu arrangieren, zieht es der nationalsozialistische Staat vor, ihn nach draußen zu projizieren und in den anderen, noch nicht eroberten und besetzten Staaten und deren bürgerlichen Gesellschaften zu verorten, so dass er in der unversöhnlichen Ablehnung und unüberwindlichen Gegenwehr, die er in der klappmechanischen Konsequenz seiner militärischen Erfolge und territorialen Expansion sich und seiner Herrschaftssphäre einhandelt und die qua Sabotage und Partisanentum ihm in seiner Herrschaftssphäre dauerhaft das Leben

schwer zu machen verspricht, einen bloßen induktiven Widerschein beziehungsweise refraktiven Abglanz der antagonistischen Existenz eben jener seinem quasiterritorialherrschaftlichen Diktat nicht unterworfenen anderen Staaten und der autonomistischen Arroganz ihrer seinem quasifronwirtschaftlichen Zugriff entzogenen bürgerlichen Gesellschaften erkennen kann.

Solch projektive Verschiebung des regressiv-historischen Bruchs und atavistisch-systematischen Widerstreits aus dem binnengesellschaftlichen Kontext in die außenstaatliche Konstellation hat freilich ihren hohen, ziellos konfliktträchtigen und haltlos kriegstreiberischen Preis. Im exoterischen Verstand situativer Rationalisierung fordert die Verschiebung und Auslagerung des Problems einer für ständigen Konflikt sorgenden historischen Unvermitteltheit und permanenten Unfrieden stiftenden systemischen Abstoßung aus dem gesellschaftlichen Binnenverhältnis in die staatlichen Außenbeziehungen dem nationalsozialistischen Staat ab, dass er jede Berührung mit der noch als solche firmierenden staatlichen Außenwelt, jede Begegnung mit noch nicht okkupierten und seinem Machtbereich integrierten Staaten ebenso prinzipiell als Konfrontation wie tendenziell als Provokation wahrnimmt und deshalb, in der Berührung beziehungsweise Begegnung eine Aufforderung zur präventiven Gefahrenabwehr beziehungsweise reaktiven Beseitigung einer Bedrohung erkennend, zu einem Feldzug nach dem anderen fortschreitet und einen nach dem anderen Fremdstaat als gefährliche Verkörperung liberalistisch ziviler Gesellschaftlichkeit und als bedrohlichen Repräsentanten antagonistisch bürgerlicher Autonomie zu entmachten und auszuschalten sucht.

Und im esoterischen Sinn einer hinter ihrer situativen Rationalisierungsmechanik lauernden halluzinativen Mythologisierungsautomatik läuft die Verschiebung des regressiv-historischen Bruchs und atavistisch-systematischen Widerstreits aus der bedrängenden Enge internen Widerstands ins weite Feld externer Gegnerschaft darauf hinaus, dass die als idiosynkratische Abart eines New Deal vom nationalsozialistischen Staat ins Werk gesetzte militaristische Lösung der ökonomischen Probleme des Deutschen Reichs erst dann als effektiv erreicht, der zwecks extraktiv-parasitärer, kompensationslos-tributnehmerischer Teilhabe an den Industrien und Märkten anderer Volkswirtschaften geführte Invasions- und Okkupationskrieg erst dann als siegreich beendet gelten kann, wenn alle

anderen Staaten, auf die das nationalsozialistische Deutsche Reich den historischen Antagonismus und systemischen Widerspruch verschiebt und projiziert, den es in sich birgt, den es actu seiner Eroberungs- und Besetzungsstrategie immer neu aktualisiert, sprich, aus der akuten Latenz militärischer Auseinandersetzungen und offener Kampfhandlungen in die chronische Manifestation ziviler Sabotage und versprengten Partisanentums überführt und dessen es als einer selbsterzeugt inneren Befindlichkeit, einer konstitutionell eigenen Schwäche nie und nimmer Herr zu werden vermag - wenn also diese ihm als Verschiebungsobjekt und Projektionsfläche dienenden anderen Staaten allesamt niedergerungen und ihre als industrielle Zulieferbetriebe beziehungsweise kommerzielle Selbstbedienungsläden ins invasorisch-okkupatorische Auge gefassten Volkswirtschaften der Eigenmächtigkeit und Widerstandskraft, die ihnen staatliche Souveränität und staatliche Autonomie verleihen, beraubt und entkleidet sind.

So gewiss der nationalsozialistische Staat seinesgleichen, die Gesamtheit der anderen Staaten, als Verschiebungsobjekt alias Projektionsfläche für den historischen Antagonismus alias systemischen Widerspruch nutzt oder vielmehr missbraucht, den er in unterdrückter Latenz in sich birgt und den er sich durch seine militärischen Eroberungen und Besetzungen als manifestes Ärgernis und leibhaftige Plage höchstpersönlich ins Haus holt, so gewiss verführt ihn das nicht nur mit der Zwangsläufigkeit situativer Rationalisierung dazu, in jedem Staat, der ihm im Zuge seines militärischen Programms zur ökonomischen Sanierung des Deutschen Reichs in die Quere oder, besser gesagt, vor die Flinte kommt, eine im Interesse des Programms uno actu zu bewältigende militärische Herausforderung und zu begrüßende ökonomische Einladung zu sehen, sondern es nährt in ihm zugleich und mehr noch mit der Unwiderstehlichkeit halluzinativer Mythologisierung die ebenso eitle wie wahnhafte Hoffnung, dass eine auf die Gesamtheit der anderen Staaten, auf die ganze internationale Staatengemeinschaft, zielende Invasions- und Okkupationsstrategie ihm einen Weg weist, den auf sie projizierten und verschobenen historischen Antagonismus alias systemischen Widerspruch, den es sich durch seine Strategie ins Haus holt, nur um ihn dort als den Hausfrieden störende zivile Sabotage und militante Resistenz zum Leben zu erwecken, sprich, als seinen eigenen latenten Widersinn manifest werden zu lassen - diesen auf die Staatengemeinschaft verschobenen

historischen Antagonismus und systemischen Widerspruch also zu guter Letzt doch noch loszuwerden und im Sinne eines Ënde gut, alles gut“ mitsamt der mit militärischer Gewalt um ihre staatliche Souveränität und bürgerliche Autonomie gebrachten und mit bürokratischem Zwang auf industrielle Zulieferbetriebe und kommerzielle Selbstbedienungsläden reduzierten Staatengemeinschaft, auf die er ihn projiziert und verschoben hat, obsolet werden zu lassen und vergessen zu machen.

In blinder Zielstrebigkeit, ohne dass er recht weiß, wie ihm geschieht, gerät so dem nationalsozialistischen Staat dank der Projektion und Verschiebung des historischen Antagonismus alias systemischen Widerspruchs, in den er durch seinen Versuch einer militärischen Lösung ökonomischer Probleme sich und seine Volkswirtschaft höchstpersönlich verstrickt, auf die Gesamtheit der anderen Staaten und ihre Volkswirtschaften diese militaristische Lösungsstrategie zu einem Welteroberungsunternehmen, das die situativ-rationalisierende Aggression gegen jeden fremden Staat, der durch sein gegebenenfalls empirisch störendes Dasein der Strategie im Weg steht und ein Ärgernis ist, zu einem halluzinativ-mythologisierenden Kampf gegen die Gesamtheit der anderen Staaten entfesselt, die durch ihre allemal systematisch kompromittierende Existenz dazu angetan sind, die Strategie Lügen zu strafen und als eitel zu entlarven.

Von der projektiven Verschiebung seines ihm in Gestalt von zivilem Ungehorsam und bewaffneter Insurrektion, Sabotage und Partisanentum, aufstoßenden historischen Antagonismus alias systemischen Widerspruchs, den er durch seine Eroberungs- und Besetzungsstrategie nicht etwa sich erst ins Haus holt und als unwillkommenen Zuzügler, als lästigen Ansiedler dort etabliert, sondern vielmehr bloß aus der häuslichen Deckung, der Latenz des eigenen Anwesens, hervorholt und als ihm schicksalhaft verbundenen Hausgenossen, als ab urbe condita bei ihm heimischen Einlieger, manifestiert - von der projektiven Verschiebung dieses Antagonismus auf die internationale Staatengemeinschaft unwiderstehlich getrieben und vielmehr unaufhaltsam fortgerissen, vertauscht der nationalsozialistische Staat die profane Rolle eines aggressiven, den Gegner zu überfallen bereiten Streiters, der allzeit auf dem Sprung steht, der Hydra staatlich verfasster bürgerlicher Gesellschaftlichkeit, als die sich ihm die internationale Staatengemeinschaft darbietet, jeden Kopf abzuschlagen, den sie ihm entgegen reckt, gegen die sakrale Bestimmung

eines zum Drachentöten gerüsteten Ritters, der gegen die Hydra bürgerlicher Gesellschaftlichkeit als solche, gegen den Grund und Boden, aus dem die Köpfe sprießen und sich, wenn abgeschlagen, regenerieren, kurz, gegen die internationale Staatengemeinschaft als ganze blank und zu Felde zieht.

Durch die projektive Verschiebung des ihm von Haus aus innewohnenden, ihm konstitutiv eigenen, historischen Antagonismus alias systemischen Widerspruchs auf die Gesamtheit der anderen, bürgerlicher Gesellschaftlichkeit die Treue und ziviler, wie immer auch klassengesellschaftlich deformierter, Autonomie die Stange haltenden Staaten - durch diese projektive Verschiebung von drinnen nach draußen zum halluzinativ-mythologisierenden Welteroberungsunternehmen entfesselt, avanciert der Krieg, den das nationalsozialistische Deutsche Reich vom Zaun bricht, zu einem zweiten Weltkrieg, der dem Namen mehr noch als der erste Ehre macht, weil er dessen mehr oder minder auf den europäischen Kontinent beschränktes und in einer Zweifrontenkonstellation, quasi einem Showdown, resultierendes stationäres Kräftemessen, zu einem den europäischen Kontinent als bloße Ausgangsbasis betrachtenden und, sofern nicht faktisch, so doch allemal taktisch zu einem als Rundumschlagsoperation auf sämtliche Erdteile ausgreifenden ubiquitären Entscheidungskampf, einem finalen Armageddon, eskaliert.

Gemäß der projektiven Überlagerung und Befrachtung seiner Eroberungs- und Besetzungsstrategie mit dem Anspruch, den historischen Antagonismus alias systemischen Widerspruch regressiv-territorialherrschaftlichen Raubritter- und atavistisch-fronwirtschaftlichen Schmarotzertums, in den er durch die militaristische Strategie die bürgerliche Gesellschaft des Deutschen Reichs verstrickt, wenn auch nicht praktisch aufzulösen, so immerhin doch faktisch aus der Welt zu schaffen - gemäß diesem seine militaristische Strategie überlagernden projektiven Anspruch hypertrophiert dem nationalsozialistischen Staat der auf die europäischen Nachbarstaaten zielende und sie Mann gegen Mann niederzuringen und zu unterwerfen bemühte Stellungskrieg von Kaisers Gnaden zu einem die gesamte internationale Staatengemeinschaft aufs Korn nehmenden und sie Zug um Zug zu Paaren zu treiben und zu erlegen bestrebte Bewegungskrieg in Führers Namen.

Angesichts der geschlossenen Front, zu der in Immunreaktion auf das regressiv-territorialherrschaftliche und atavistisch-fronwirtschaftliche Monstrum, das der nationalsozialistische Staat militaristisch gebiert, die Staatengemeinschaft sich zusammenfindet, ist die Niederlage des Deutschen Reichs ausgemachte Sache. Dass dies dem Aggressor selbst nicht verborgen bleibt, davon zeugt die strategisch ausflüchtige Wendung nach Osten, die er mitten im Krieg vollzieht und mit der er vom eigentlichen Kriegsziel einer Vereinnahmung konkreten industriellen Vermögens und kommerziellen Reichtums abrückt und sich auf die Eroberung abstrakter territorialer Weiten und naturaler Schätze verlegt. Um sich den exorzistischen Wahn zu erhalten, mit dem er den Krieg überfrachtet und der in den östlichen Weiten allen empirischen Bezug zu verlieren und gegenstandslos zu werden droht, stellt er Einsatzgruppen mit dem Auftrag ab, für die projektive Verschiebungs- alias ersatzobjektive Strohmannrolle geeignete Personen und Gruppen zu identifizieren beziehungsweise bei mangelnder Eignung zu eliminieren.

Unausweichlicher und todsicherer freilich als schon in der Erstausgabe des Weltkriegs liegt in dieser den kontinentalen Stellungskrieg zu einem universalen Bewegungskrieg entfesselnden Neuauflage die schließliche und kaum weniger rasch als beim ersten Mal herbeigeführte umfassende Niederlage und bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reichs beschlossen und besiegelt. Zwar für die im Kampf engagierten Mächte mag angesichts der überfallartigen Angriffe, die die ebenso gut organisierte wie hochgerüstete Wehrmacht unternimmt und der raumgreifenden Erfolge, die sie anfangs damit erzielt, sowie unter dem Eindruck der operativen Zerstörungskraft, die sie dabei entfaltet, und der effektiven Vernichtungswut, die sie unter Beweis stellt, der Ausgang der militärischen Auseinandersetzung durchaus offen und tatsächlich auf Messers Schneide zu stehen scheinen, wer zu guter beziehungsweise böser Letzt die Oberhand behält und den Sieg davon trägt. Im Rückblick freilich und aus der den Bann des monströsen Ereignisses lösenden historischen Distanz liegt die Unausweichlichkeit des Scheiterns der nationalsozialistischen Unternehmung klar zutage.

Und dies nicht nur wegen der personalen Übermacht und realen Überlegenheit, die die vom nationalsozialistischen Staat in wenn nicht aktueller, so doch prinzipieller Pauschalität aufs Korn genommene und zur Kriegsbeute erklärte internationale Staatengemeinschaft gegen den

Aggressor aufzubieten und ins Feld zu führen vermag, sondern auch und mehr noch wegen der ausgesprochen dichotomischen Qualität und geradezu manichäischen Bedeutung, die der Konflikt durch die regressiv-territorialherrschaftliche Zuspitzung, die das nationalsozialistische Regime ihm verleiht, und die atavistisch-fronwirtschaftliche Zielsetzung, die es mit ihm verfolgt, gewinnt und die bei der internationalen Staatengemeinschaft jene historische Immunreaktion auslöst und jene systemische Ekelschranke aktiviert, die sie dazu bringt, sich mit Zähnen und Klauen zur Wehr zu setzen.

Wie stark diese historisch-systemische Immunreaktion der internationalen Staatengemeinschaft gegen das vom nationalsozialistischen Staat verfolgte regressiv-atavistische Kriegsziel ins Gewicht fällt und wie maßgeblich sie für das personale und reale Kräfteverhältnis zwischen den kriegführenden Parteien ist, verdeutlicht exemplarisch das Verhalten der Vereinigten Staaten von Amerika, der im Konzert der Industriestaaten mittlerweile tonangebenden beziehungsweise den Takt schlagenden, aus dem ersten Weltkrieg als ebenso politisch potente wie ökonomisch solvente Macht hervorgegangenen überseeischen Republik. Im ersten Weltkrieg ist die amerikanische Republik noch als dem anderen Kontinent zugehöriger Staat von Haus aus geneigt, gegenüber dem innereuropäischen Konflikt Distanz zu wahren und sich neutral zu verhalten, und lässt sich erst durch die Beeinträchtigung ihrer kommerziellen Aktivitäten und Schädigung ihrer ökonomischen Interessen, worin die Kriegführung des durch das Patt des zermürbenden Stellungskriegs frustrierten und infolgedessen wild um sich schlagenden, die Kampfhandlungen ebenso ziellos wie undifferenziert auf alle Weltmeere ausweitenden Deutschen Reichs resultiert, dazu bewegen, Partei zu ergreifen und, in den Krieg eintretend, ihre ökonomische Stärke und militärische Kraft auf Seiten der Kriegsgegner des Deutschen Reichs zum Einsatz und mit dem Effekt einer kriegsentscheidenden Gewichtsverlagerung zum Tragen zu bringen. Im zweiten Weltkrieg hingegen ist die Parteinahme der USA gegen das nationalsozialistische Deutsche Reich ab ovo ausgemachte Sache und sind der ökonomische Sukkurs und die politische Rückendeckung für das Durchhaltevermögen der anfangs arg in die Defensive gedrängten und unter Druck gesetzten europäischen Gegner des deutschen Aggressors tatsächlich entscheidend.

Auch wenn die USA sich aus innenpolitischen Gründen und aus Rücksicht auf die starke isolationistische Tradition des Landes mit dem offiziellen Eintritt in den Krieg Zeit lassen und sich dazu erst in Reaktion auf den japanischen Überfall entschließen, stehen sie doch mit der finanziellen Unterstützung, der materiellen Hilfe und dem strukturellen Beistand, die sie den republikanisch-demokratischen Gegnern des nationalsozialistisch-diktatorischen Deutschland leisten, unmissverständlich auf deren Seite und stellen damit unter Beweis, dass sie sich des historischen Tabubruchs und der systemischen Ungeheuerlichkeit, die das auf territorialherrschaftlich-extraktive Tributnahme und fronwirtschaftlich-parasitäre Expropriation setzende Deutsche Reich in einer von industriegesellschaftlich-kontraktivem Austausch und marktwirtschaftlich-äquivalenter Kompensation geprägten bürgerlichen Welt darstellt, voll und ganz bewusst sind.

Dass der Ausgang des Ringens zwischen den auf bürgerlicher Klassengesellschaftlichkeit beharrenden republikanisch-demokratischen Industriestaaten und dem auf die extraktiv-parasitäre Nutzung der Industrien und Märkte der letzteren setzenden und zu diesem Zweck seine industrielle Kraft und Kompetenz in die Schöpfung einer militaristisch-volksgemeinschaftlichen Kampfmaschine steckenden nationalsozialistischen Staat eine im Prinzip beschlossene und spätestens mit dem Kriegseintritt der USA in den Krieg auch besiegelte Sache ist, darin dürfte der Grund für das zunehmend irrationale Verhalten zu suchen sein, das der nationalsozialistische Staat in seiner Kriegsführung an den Tag legt und als dessen initialer und gleich auch entscheidender Ausdruck der Überfall auf die Sowjetunion gelten muss. Ohne erkennbar äußere Not und im krassen Widerspruch zu dem aus militärstrategischer Sicht wohlbegründeten Nichtangriffspakt, den es unmittelbar vor Kriegsbeginn mit der Sowjetunion geschlossen hat, marschiert zwei Jahre später das Deutsche Reich in deren Territorien ein und verirrt sich damit in eine durch ihre geographische Weitläufigkeit, ihre klimatische Unwirtlichkeit, ihre transporttechnische Unzugänglichkeit und kommunikationssystematische Unerschlossenheit sowie durch die dezentral-bodenständige Widerstandskraft ihrer diversen Populationen den Aggressor das Fürchten lehrende Sackgasse.

Wenn, wie konstatiert, das ultimative Kriegsziel des nationalsozialistischen Staats der extraktive Zugriff auf das industrielle Vermögen der

industriestaatlichen Kontrahenten und Konkurrenten und die parasitäre Teilhabe an deren kommerziellem Reichtum ist, dann liegt auf der Hand, wie sehr jener scheinbar mutwillig vom Zaun gebrochene Feldzug gen Osten den Tatbestand einer von eskapistischer Verirrung beziehungsweise eskamotistischer Verwirrung zeugenden fehlleistungshaften Triebtat alias ersatzobjektiven Zwangshandlung erfüllt. Statt sich auf seinen wahren Widersacher, die angelsächsischen republikanisch-demokratischen Industrienationen im Westen zu konzentrieren oder, besser gesagt, statt sich der Aussichtslosigkeit eines Sieges über sie zu stellen, wendet sich der nationalsozialistische Staat in die andere Richtung, nach Osten, und identifiziert in einem klassischen Ausweichmanöver und typischen Übertragungsakt als primäres Kriegsziel statt der Vereinnahmung industrieller Qualität und kommerziellen Inhalts die Eroberung territorialer Quantität und naturaler Masse, mithin statt konkret sächlicher Aneignung alias Inbesitznahme abstrakt räumliche Entfaltung alias Landnahme.

Wie mit all seinen buchstäblich reaktionären, im ambivalenten Sinn von Revokation und Repetition, Widerruf und Wiederholung wider den Stachel der Geschichte löckenden politischen Vorhaben greift der nationalsozialistische Staat auch bei dieser als diametrale Richtungsänderung und Umorientierung ersichtlichen Wendung der Kriegsstrategie auf Verhaltensmuster und Entscheidungsvorlagen zurück, die ihm das vom Bismarckschen Sozialpakt instruierte und dominierte Kaiserreich liefert und die er nur ins Extrem volksgemeinschaftlicher Mobilmachung treibt, um sie seiner entmischt militaristischen Zielsetzung, der Etablierung eines auf die Industrien und Märkte anderer Staaten zugreifenden und sich bei ihnen bedienenden Extraktionsregimes alias Schmarotzertums, anzupassen. Mit seiner ebenso irrationalen wie unverhofften Wendung nach Osten rekurriert demnach der nationalsozialistische Staat auf die bereits im Ersten Weltkrieg vom Generalstab der kaiserlichen Armee entworfenen Pläne zu einer weitreichenden Ausdehnung des Deutschen Reichs in den eurasischen Raum, sprich, einer umfänglichen Annexion von Gebieten der östlichen und südöstlichen Nachbarn und Integration ins Reichsterritorium.

Indes erfüllt der Rückgriff eher den Tatbestand einer die historische Vorlage reminiszierenden Rationalisierung als einer sie als paradigmatische Vorgabe implementierenden Aktualisierung. Die Osterweiterungspläne des Kaiserreichs zielen, auch wenn ihnen als militaristischen Aus-

geburten bereits eine ebenso vage wie finstere Ahnung von irreziprok-extraktiver Ausbeutung und kompensationslos-parasitärer Ausplünderung innewohnen mag, im ökonomischen Prinzip noch auf die Entfaltung und Stärkung des eigenen Wertschöpfungs- und Wertrealisierungssystems durch Einverleibung der in jenen Gebieten vorhandenen materialen Ressourcen, industriellen Potenziale und kommerziellen Kapazitäten, mit anderen Worten, der aus ihnen reichlich zu beziehenden Werkstoffe und Produktionsmittel, preiswert anzuwerbenden billigen Produzenten und scharenweise zu gewinnenden Konsumenten in die Volkswirtschaft des Deutschen Reichs. Und so gesehen, halten sich diese Generalstabsfantasien noch im Rahmen einer auf Lohnarbeit gegründeten und auf Austausch gerichteten normalen bürgerlichen Bereicherungs- alias Akkumulationsstrategie.

Der nationalsozialistische Staat hingegen ist mit seinen militärischen Unternehmungen partout nur auf die extraktive Ausbeutung und parasitäre Ausplünderung der Industrien und Märkte von seinesgleichen, also der Volkswirtschaften seiner industriestaatlichen Kontrahenten und Konkurrenten, aus und interessiert sich für beziehungsweise sorgt sich um seine eigene Volkswirtschaft nur in dem Maße, wie diese ihm die kriegerische Potenz zur Verfügung stellt, sprich, die nötigen rüstungsindustriellen Mittel und Einrichtungen verschafft und das organisations- und distributionsstrukturelle Know how und Procedere an die Hand gibt, um jenes schmarotzende Leben und beutelschneiderische Gedeihen auf Kosten und zu Lasten der industriestaatlichen Kontrahenten ins Werk setzen und führen zu können. Wie lässt sich da seine unvermittelte kriegsstrategische Präokkupation mit dem Osten, seine Abkehr von den bereitstehenden Fleischtöpfen, mit denen seine westlichen Kontrahenten locken, beziehungsweise Ablenkung von der Aufgabe, sich jener Fleischtöpfe zu bemächtigen, und seine Konzentration stattdessen auf die relativ leeren Räume und eintönigen Weiten des protoasiatischen Glacis mit der ebenso einfältigen wie kargen Diät, der quasi vegetarischen Kost, die es zu bieten hat und deren Kultivierung und Ernte zudem jede Menge industrielle Erschließungs- und kommerzielle Entwicklungsarbeit erforderlich macht - wie lässt sich da die kriegsstrategische Wendung des nationalsozialistischen Staats von West nach Ost als eine, gemessen an der für ihn fundamentalen parasitären Ausrichtung und raubstaatlichen Zielsetzung, auch nur im Entferntesten rationale Entscheidung und im

Mindesten sinnvolle Unternehmung verstehen? Und wie lässt sie sich überhaupt noch anders begreifen als, der oben angegebenen Interpretation gemäß, von der Ahnung seiner sicheren militärischen Niederlage, des unausweichlichen Scheiterns seines ökonomischen Sanierungsprojekts, diktiertes fehlleistungshaftes Ausweichmanöver, ein als Ersatzhandlung offenbarer Versuch, die auf militärischem Weg uneinlösbare Verheißung eines extraktiven Zugriffs auf das industrielle Vermögen der anderen Industriestaaten und einer parasitären Verfügung über deren kommerzielle Fülle durch eine Verlagerung der Kriegsstrategie, eine Umlenkung der militärischen Zielsetzung von industrieller Extraktion auf territoriale Expansion und von kommerzieller Fülle auf naturale Weite doch noch eine Art von Einlösung finden zu lassen und der unentrinnbaren Niederlage, die Augen vor ihr verschließend, wenn nicht für die rechtsprechende Zukunft, so doch für die machthabende Gegenwart ein Schnippchen schlagen zu können.

Dabei wird nun freilich die besagte Überdeterminierung des auf die Gesamtheit bürgerlicher Industriestaatlichkeit zielenden und damit zum mythologischen Welteroberungsunternehmen geratenden Kriegs, dies nämlich, dass der Krieg von seinem nationalsozialistischen Urheber missbraucht wird, um sich des ihm zu schaffen und das Leben schwer machenden regressiv historischen Antagonismus alias atavistisch systemischen Widerspruchs, in den ihn seine militaristische Version des New Deal höchstselbst verstrickt, durch projektive Verschiebung auf den Kriegsgegner zu entledigen - diese Überdeterminierung des Kriegs also wird nun durch die alterierte Kriegsstrategie, den Feldzug gen Osten, arg in Verlegenheit gebracht und in mit Fug und Recht als Teufels Küche zu bezeichnende Rechtfertigungs- und Plausibilisierungsnöte gestürzt. Wo nämlich soll in den östlichen Territorien und Regionen, die er zu erobern und zu unterwerfen unternimmt, der nationalsozialistische Staat die zivilgesellschaftliche Selbstbestimmtheit, staatsbürgerliche Widersetzlichkeit und bildungsvermittelte beziehungsweise kulturgestützte Eigenständigkeit hernehmen, die die eigentlichen Adressaten seiner Aggression, die Industrienationen im Westen reichlich aufweisen und die es doch braucht, um der projektiven Verschiebung einer als historischer Antagonismus im eigenen Innern das Haupt hebenden bürgerlichen Gesellschaftlichkeit nach draußen, mit anderen Worten, der ersatzobjektiven Übertragung einer als interne Matrix aufbegehrenden republikanisch-demokratischen

Staatlichkeit auf den Kriegsgegner und in dessen Verantwortung - um also dieser projektiven Austreibung und ersatzobjektiven Übertragung den empirischen Bezugspunkt zu bieten beziehungsweise den faktischen Haftgrund zu liefern?

Ebenso zivilisatorisch hinterm Berg wie ökonomisch unentwickelt und politisch rückständig, zeigen sich diese Territorien und Regionen, zumal ihre Bevölkerungen den wie immer rudimentären und uneingelösten Anspruch erheben, bürgerlicher Gesellschaftlichkeit und republikanisch-demokratischer Staatlichkeit den Laufpass gegeben und beides zugunsten einer sozialistischen Gemeinschaftlichkeit und kollektivistisch-kommunistischen Anarchie abgedankt zu haben - zeigen sich also diese östlichen Gebiete, auf deren Eroberung und Besetzung der nationalsozialistische Staat sich kapriziert, schwerlich dazu angetan, ihm die für seine exorzistischen Verrenkungen, seine Versuche, sich mittels Krieg seine eigene historische Basis alias systemische Matrix vom Halse zu schaffen beziehungsweise aus der Brust zu reißen, nötige Projektionsfläche zu bieten, ihm als dafür erforderliches Übertragungsobjekt zur Verfügung zu stehen.

Konfrontiert mit diesem die Überdeterminierung des Kriegs zur exorzistischen Übung, zum Selbstreinigungsritual, betreffenden und durch die Wendung der Kriegsstrategie nach Osten heraufbeschworenen Rechtfertigungs- beziehungsweise Plausibilisierungsproblem, sieht sich nun der nationalsozialistische Staat zunehmend unter Druck gesetzt und aber ganz und gar nicht willens, den vor Augen liegenden Bescheid zu akzeptieren, dass er sich mit seiner kriegsstrategischen Ausflucht in den ebenso ökonomisch unentwickelten wie politisch retardierten Osten, was jedenfalls seinen mit dem Krieg verknüpften exorzistische Wahn betrifft, in eine veritable Sackgasse manövriert hat. Vom Schreckgespenst der unausweichlichen militärischen Niederlage verfolgt, macht er sich deshalb daran, das, was nicht da ist, aufzuspüren oder, wenn man so will, das, was fehlt, aufzutreiben und so den quasiempirischen Nachweis zu erbringen, dass er mit seinem östlichen Feldzug die selbstreinigungssystematisch richtige Entscheidung getroffen hat.

Mitten im Krieg bildet er spezielle Kommandos, stellt er Einsatzgruppen ab, die in den neu eroberten Gebieten, hinter der Front, Nester zivilgesellschaftlichen Widerstands beziehungsweise Zellen staatsbürgerlicher Gegenwehr detektivisch aufspüren, um nicht zu sagen, mit der

Lupe suchen sollen, die belegen können, dass diese östlichen Gebiete als Projektionsfläche für den historischen Antagonismus, den er nach Maßgabe seiner militaristisch-territorialherrschaftlichen Regression in sich trägt und den er loswerden will, mit anderen Worten, als Ersatzobjekt für den systemischen Widerspruch, den er sich durch seinen okkupatorisch-fronwirtschaftlichen Atavismus auf den Hals lädt und den er sich vom Leibe schaffen möchte, durchaus taugen und dass folglich jene kriegsstrategische Kehrtwendung kein der Aussichtslosigkeit seiner militärischen Situation geschuldetes Ausweich- oder Ausfluchtmanöver ist, dass er sich nach wie vor auf dem rechten Weg befindet, er keinem von der Übermacht des eigentlichen Gegners im Westen oder vielmehr von seiner panischen Reaktion auf ihn auf den Plan gerufenen Phantomfeind nachjagt.

Für diesen quasi als Projektion zweiten Grades, als sekundäres, östliches Ersatzobjekt für das primäre, westliche Ersatzobjekt ins Spiel gebrachten Gegner also leistet sich der nationalsozialistische Staat den aus Sicht militärischer Rationalität monströsen Luxus, Streitkräfte aufzubieten und abzustellen, deren einziger Auftrag es ist, ihn aufzuspüren, zu stellen und zu liquidieren. Dabei suggeriert sich der mörderisch kurze Prozess, den jene Sondertrupps mit dem aus den besetzten Gebieten und ihrer zumeist zivilen Bevölkerung ebenso objektiv wahllos wie subjektiv entschieden selektionierten Gegner machen, die barbarische Vernichtungswut, mit der sie ihm begegnen, als ein symptomatisch kontradiktorisches Verhalten, da die Absicht ja eigentlich ist, mit ihm den Nachweis der Existenz und Virulenz dessen zu führen, worauf der nationalsozialistische Staat das, was ihm selbst reflexiv zusetzt, was ihn als solchen innerlich zerreißt, projektiv verschiebt, per ersatzobjektive Abspaltung reduziert, und da jener Absicht doch wohl am besten gedient wäre, wenn er diesen Gegner verhaftete und dingfest machte, festnähme und internierte, um ihn sich und der Welt als erwiesenermaßen unterworfene und bewältigte Bedrohung vorzuführen und sodann sei‘s ihn demonstrativ als Kriegsgefangenen, als außer Gefecht gesetzten Kombattanten, in Gewahrsam zu halten, sei‘s ihn operativ als Kriegssklaven, als Zwangsarbeiter, einzusetzen.

Erklären lässt sich der ebenso widersinnig wie unwiderstehlich anmutende Zwang der als Einsatzgruppen operierenden Fahnder und Aufspürer, das von ihnen aufgespürte und gestellte menschliche Ersatzobjekt

actu seiner Identifizierung und Verhaftung ebenso halt- wie umstandslos zu exekutieren und hinzurichten - erklären lässt sich diese mörderische Obsession am ehesten wohl aus der Ahnung, wenn nicht der Betreffenden selbst, so doch ihrer militärischen Apparatur, von der himmelschreienden Untauglichkeit des Ersatzobjekts, die ihm projektiv zugewiesene Rolle auch nur annähernd glaubhaft zu spielen, mit anderen Worten, aus dem abgründigen Bewusstsein der Betreffenden beziehungsweise ihrer militärischen Befehlshaber, dass die Personen und Gruppen, auf die als äußere Projektionsfläche zweiten Grades der nationalsozialistische Staat sein historisches Dilemma, seinen systemischen Selbstwiderspruch verschiebt, so offenkundig ungeeignet ist, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen, geschweige denn gerecht zu werden, dass im Interesse der paradigmatischen Funktion, die sie repräsentieren sollen, gar nichts anderes übrig bleibt, als sie in der empirischen Gestalt, in der sie existieren, gleich wieder zu dementieren und zu verwerfen, weniger euphemistisch gesagt, sie ad hoc zu liquidieren und zu vernichten.

So gewiss die projektiven Abspaltungen alias ersatzobjektiven Verkörperungen der ihm antagonistisch angestammten zivilen Gesellschaftlichkeit und widersprüchlich zugrunde liegenden demokratischen Liberalität, die der nationalsozialistische Staat beim Kriegsgegner aufspürt und dingfest macht - so gewiss, zumal in der sekundär verschobenen Form, die ihnen der als Ausfluchtmanöver unschwer erkennbare Ausfall nach Osten vindiziert, diese projektiven Abspaltungen und ersatzobjektiven Verkörperungen derart unglaubwürdig, so ganz und gar nicht plausibel sind, dass sie sich quasi selber Lügen strafen und als das Pseudos, das sie sind, offen zu erkennen geben, so gewiss findet sich ihr Urheber und Verwender in ebenso mörderischer wie pathologischer Ambivalenz dazu getrieben, bei seinen dies Ersatzobjekt in Menschengestalt betreffenden Operationen Finden und Verschwindenmachen, Aufspüren und Spurenverwischen, Identifizieren und Annihilieren koinzidieren zu lassen.

Der Preis freilich, den der nationalsozialistische Staat hierfür zahlt beziehungsweise seine militärischen Einsatzgruppen zahlen lässt, ist eine ebenso ziellos-infinite wie planlos-arbiträre Fortsetzung seiner in die agrarischen Weiten des Ostens und deren sporadische Populationen ausgreifenden Menschenjagd, die er zur Substantiierung und Rechtfertigung seiner zweifach fehlgeleiteten projektiven Verschiebung benötigt und die

das gewünschte Resultat doch stets wieder verdirbt beziehungsweise verfehlt, weil das, was sie aufzutreiben und beizuschaffen vermag, die Substantiierung zum Dementi und die Rechtfertigung zum Offenbarungseid geraten zu lassen droht und der obsessive Jäger sich deshalb dazu verstehen muss, mit dem Aufgetriebenen stante pede kurzen Prozess zu machen und das Beigeschaffte unverzüglich wieder zu beseitigen.

Die vom Kriegsverlauf parallelweltlich abgekoppelten und monadisch gegen das Kriegsgeschehen abgekapselten Vernichtungslager erscheinen als ein zum Schrecken ohne Ende leerlaufender Versuch des nationalsozialistischen Staats, sich den Wahn von historischer Originalität und systemischer Authentizität zu erhalten, aus dem er seine Existenzberechtigung, seine Legitimation als Staat, schöpft. Diesem Wahn setzt erst die militärische Kapitulation und der in ihr beschlossene Verlust der leibgeberischen Existenz des nationalsozialistischen Regimes, seine Liquidation als die zivile Gesellschaft ins militärische Korpus mutierender Staat, ein Ende mit Schrecken.

Vielleicht ist hier auch die Erklärung zu suchen für das beispiellos monströse Unternehmen, zu dem sich der nationalsozialistische Staat mitten im Krieg entschließt und das so gleichzeitig wahnwitzig und diabolisch, so übergeschnappt und mörderisch, so bar jeden gesunden Menschenverstands und jedes moralischen Kompasses anmutet, dass es der deutschen Nation für alle Zeit einen Ehrenplatz in der Geschichte der großen menschlichen Verirrungen zu sichern taugt, dass es mit anderen Worten das Zeug dazu hat, sich als im konkreten Effekt ebenso abgründiges Verbrechen wie im abstrakten Prinzip bodenlose Donquichoterie, kurz, als Untat in der ganzen Paradoxie des Wortes dem menschheitsgeschichtlichen Gedächtnis einzuprägen. Die Rede ist vom 1942 gefassten Beschluss der Staatsmacht, in einer gigantischen, ebenso bürokratisch durchgeplanten wie organisatorisch aufwendigen und logistisch anspruchsvollen Säuberungsaktion missliebige beziehungsweise verfolgte Bevölkerungsgruppen oder jedenfalls das, was nach zehnjähriger Ächtung, Verfolgung und Vertreibung von ihnen noch übrig ist, im gesamten Reichsgebiet zusammenzutreiben und festzunehmen, um sie nach Osten zu deportieren und dort in Sammellagern zu konzentrieren. Bei dieser Sammel- und Deportationsaktion greift der nationalsozialistische Staat zum einen auf diejenigen zu, die er ab urbe condita der

von ihm deklarierten völkischen Bewegung als politischen Gegenspieler, als die Bewegung hemmenden oder gar unterlaufenden Störfaktor identifiziert hat, zum anderen und vor allem aber auf diejenigen, die er ex cathedra der von ihm beschworenen Volksgemeinschaft zu deren rassischem Widersacher, zum das völkische Korpus kontaminierenden und zersetzenden Fremdkörper dämonisiert hat. Und, als wäre es, wenn er die Aktion aufs eigentliche Reichsterritorium beschränkte, des organisatorischen Aufwands und der logistischen Herausforderung noch nicht genug, dehnt er sie auf alle im Zuge des Krieges besetzten und annektierten Territorien aus und lässt sie, mit den zum rassischen Widersacher dämonisierten und egal, ob aufgrund von konfessioneller Zugehörigkeit, genealogischer Abstammung oder kultureller Tradition als jüdisch identifizierten Bevölkerungsgruppen im Fokus und Zentrum der bürokratischen Maßnahme, zu einem den ganzen europäischen Kontinent einschließenden Verschleppungsunternehmen eskalieren.

So bar jeder strategischen Vernunft und politischen Zweckmäßigkeit, von ökonomischer Dienlichkeit ganz zu schweigen, diese hypertrophe Verschleppungsaktion, für sich genommen, aber auch anmuten mag, im Gewahrsam der oben als Flucht vor der unausweichlichen Niederlage, als verdrängungsträchtiges Ausweichmanöver, interpretierten kriegsstrategischen Kehrtwendung des nationalsozialistischen Staats, seiner Expansion nach Osten, gewinnt sie, wenn sie auch alles andere als Beweis für praktischen Verstand und realistisches Verhalten ist, doch aber jedenfalls eine Art von psychodynamisch-irrenlogischem Sinn. Ziel des Feldzugs gen Osten ist es obiger Interpretation zufolge, die Verdrängung und Ausblendung der unausweichlichen Niederlage, mit der sein gegen die industriestaatlichen Kontrahenten im Westen vom Zaun gebrochener Krieg das Deutsche Reich konfrontiert, Hand in Hand gehen zu lassen mit der Beibehaltung und womöglich Bekräftigung jener projektiven Verschiebung, für die der nationalsozialistische Staat den Krieg von Anfang an nutzt oder, besser gesagt, missbraucht. Die ersatzobjektive Entäußerung und Verfremdung des eigenen historischen Antagonismus und inneren systemischen Widerspruchs, zu der er den Krieg instrumentalisiert, sie will er auch auf dem neuen Kriegsschauplatz, auf den er in panischem Schrecken vor dem Schibboleth des unausweichlichen Scheiterns seines Welteroberungsunternehmens ausweicht, nicht missen, und deshalb ruft er die todbringenden militärischen Einsatzgruppen

ins Leben, die ihm den handgreiflichen Beweis für den Erfolg seiner Verschiebungsaktion, den empirischen Beleg für das Gelingen seines projektiven Exorzismus liefern sollen.

Als todbringend, nichts als Mord und Totschlag übend, erweisen sich indes diese auf dem östlichen Terrain operierenden Fahnder und Aufspürer, weil letzteres, wie gesagt, eine der Desertion vom und Flucht vorm primären, westlichen Schauplatz der projektiven Verschiebung geschuldete sekundäre Projektionsfläche, ein die Verschiebungsleistung quasi verdoppelndes, sie aus dem Zentrum des Geschehens ins hinterwäldlerische Abseits exilierendes Surrogat darstellt, weil demzufolge die Personen und Gruppen, die die Fahnder dort als handgreiflichen Beweis zutage fördern, als empirischen Beleg dingfest machen, so wenig überzeugen können, so ganz und gar nicht die an sie geknüpften Erwartungen erfüllen, dass sie im Gegenteil die Widersacherrolle, die ihnen der nationalsozialistische Staat anzudichten sucht, als bodenloses Konstrukt zu diskreditieren, eben als gegenstandslose Projektion zu dekuvrieren drohen, und weil deshalb der nationalsozialistische Staat per medium seiner Einsatzgruppen sich permanent vor die kruzifikatorische Alternative gestellt findet, entweder das Scheitern seiner als sekundäre Operation in den Osten verlagerten projektiven Verschiebung (ein Scheitern, das nolens volens auch die auf den Westen zielende primäre Verschiebungsleistung in Misskredit bringt) zur Kenntnis nehmen oder aber durch umgehende Elimination der fälschlich Aufgespürten, sprich, durch standrechtliche Exekution der dingfest gemachten menschlichen Ersatzobjekte, die Spuren des evidenten Scheiterns verwischen, die Opfer der eklatanten Fehlleistung zum Verschwinden bringen zu müssen, nur um in der ebenso eitlen wie blinden Hoffnung, der Projektion doch noch zur Realität zu verhelfen, die Fiktion doch noch faktifizieren zu können, die Fahndung wiederaufzunehmen und mit dem Ergebnis weiterer Mord- und Gräueltaten ad infinitum fortzusetzen.

Vielleicht bietet dieser als mörderische Selbstvereitelungskampagne auf dem östlichen Ausweichgelände geführte und von ebenso viel passiver Panik wie aktivem Terror zeugende Kampf gegen die Windmühlenflügel der eigenen wahnhaften Verschiebung alias obsessiven Projektion eine Erklärung für jene ebenso zweckrational abwegig wie handlungsmotivational erratisch anmutende und nicht weniger bürokratisch ausufernde

als logistisch herausfordernde Verschleppungsaktion, zu der sich mitten im Krieg der nationalsozialistische Staat entschließt. Vielleicht lässt sich diese nicht aufs Reichsterritorium beschränkte, sondern auf alle Besatzungsgebiete ausgedehnte Selektion und Arretierung der sei's als politische Gegenspieler, sei's als rassische Widersacher identifizierten Bevölkerungskontingente und ihre Verschleppung nach Osten als ein ebenso blindwütiger wie desperater Versuch des Staats wenn schon nicht verstehen, so doch begreifen, der fehlenden Qualität beziehungsweise indikativen Untauglichkeit der von ihm als Gegenspieler und Widersacher verfolgten menschlichen Ersatzobjekte dadurch abzuhelfen, dass er Menschenmassen dorthin verfrachtet und dort interniert, die durch ihre schiere Quantität beziehungsweise umfängliche Verfügbarkeit geeignet erscheinen, als quasi ostentative Verstärkung oder vielmehr demonstrativer Ersatz für jene vor Ort aufgespürten und identifizierten, aber wegen offenkundiger Untauglichkeit für die ihnen zugewiesene Rolle umgehend wieder eliminierten Gruppen herzuhalten.

Im ebenso krampf- wie zwanghaften Bemühen, der von den Einsatzgruppen betriebenen Kampagne zur Ergreifung und Arretierung des politischen Gegenspielers beziehungsweise rassischen Widersachers, den er sich als seinen eigenen Antagonismus und inneren Widersprich ersatzobjektiv zu verkörpern bestimmten Popanz konstruiert oder, besser gesagt, fabriziert und den er im Zuge des strategischen Ausweichmanövers, mit dem er auf das Schibboleth der unausweichlichen militärischen Niederlage reagiert, vom westlichen auf den östlichen Kriegsschauplatz verschiebt - im ebenso krampf- wie zwanghaften Bemühen, dieser Kampagne den ihr so offenkundig ins Gesicht geschriebenen Fehlleistungscharakter zu verschlagen, die ihr so deutlich anzusehende Falschmünzerei auszutreiben - in diesem Bemühen also verfällt der nationalsozialistische Staat darauf, die Unqualifiziertheit der auf dem östlichen Ersatzschauplatz aufgetriebenen menschlichen Ersatzobjekte für die ihnen oktroyierte Strohmannfunktion durch schiere Masse, durch das fehlende Qualis vergessen machendes Quantum, kompensieren, mit anderen Worten, ihre augenscheinliche Untauglichkeit für die ihnen aufgezwungene Popanzrolle durch sich aufdrängende Verfügbarkeit, überwältigende Präsenz, wenn nicht faktisch aus dem Feld schlagen, so jedenfalls doch praktisch aus dem Blickfeld rücken zu wollen.

So sehr sich aber auch der nationalsozialistische Staat bürokratisch anstrengen und so sehr er alle logistischen Register ziehen mag, um die für solch gigantische Eskamotage benötigten Menschenmassen beziehungsweise, um dem lächerlich fiktionalen Sinn der doch so schrecklich realen Aktion gerecht zu werden, Komparsenheere herbeizuschaffen und mit ihnen das megalomane Unterfangen einer Erzeugung qualitativen Seins aus quantitativem Haben in Szene zu setzen - aller nominalistisch-paradoxal beschworenen Rede von in Maß umschlagender Masse, von in Qualität resultierender Quantität zum Trotz lässt sich das eine nicht aus dem anderen hervorzaubern, die Fiktion nicht durch bloße Mehrung und Häufung ihrer realen Träger alias personalen Darsteller in Faktizität überführen. Das Einzige, was sich mit solcher, wie immer auch durch ihren logistischen Aufwand beeindruckenden oder, besser gesagt, einschüchternden Taschenspielerei erreichen lässt, ist eine dem neuen Umfang der Projektion, dem Ausmaß, das ihr die Verschleppung und Zuführung von Menschengruppen aus dem gesamten Reichsgebiet und den okkupierten Territorien verleiht, entsprechende Eskalation der von den Einsatzgruppen begonnenen Operation, ihre Hypertrophierung zum Massen- alias Völkermord.

So wenig das bloße Quantum der in der Funktion menschlicher Ersatzobjekte verschleppten und internierten Gruppen, ihre die Projektion, für die sie in Haft genommen werden, quasi zu substantiieren gedachte Massierung taugt, ihnen die ersatzobjektive Qualität, die Eignung als politische Gegenspieler beziehungsweise rassische Widersacher zu vindizieren, so gewiss stellen die Internierten die stationären Wachmannschaften der Lager vor ein und dasselbe Dilemma, mit dem sich auch die mobilen Einsatzgruppen hinter der Front konfrontiert fanden, nämlich entweder der Abwegigkeit und Verfehltheit ihres projektiven Tuns und ersatzobjektiven Vollbringens inne werden zu müssen oder aber, was sie projektiv in Haft genommen, ersatzobjektiv dingfest gemacht haben, ad hoc wieder loswerden, stante pede wieder aus der Welt schaffen zu müssen, um an der Projektionstätigkeit selbst festhalten, die ersatzobjektive Perspektive als solche sich erhalten und ihr den für die Fortsetzung der Tätigkeit nötigen freien Raum sichern, den für ihre weitere Verfolgung erforderlichen offenen Prospekt gewährleisten zu können. Und wie die Einsatzgruppen entledigen sich auch die Wachmannschaften des Problems der fehlschlagenden Substantiierung der Projektion, der

Unmöglichkeit, das Surrogat als die Sache selbst zu verifizieren, auf die mörderisch kurzschlüssige Weise, dass sie Finden mit Verschwindenmachen koinzidieren, Aufspüren ins Spurenverwischen umschlagen, Identifizieren und Annihilieren eins sein lassen.

Freilich läuft die Tatsache, dass sich die von den Einsatzgruppen hinter der Front betriebene mobile Jagd nach dem Feind und Widersacher durch den von den Wachmannschaften der Internierungslager praktizierten stationären Zugriff auf ihn abgelöst zeigt, auf eine nachdrückliche Revision und wesentliche Neubewertung der Prozedur hinaus. Die Einsatzgruppen, eben weil sie mobil und an der Kriegsfront oder in ihrem Rückraum, also quasi in offenem Gelände oder, zynisch gesagt, in freier Wildbahn unterwegs sind, haben es noch vergleichsweise leicht, die Fiktion eines möglichen Fahndungserfolgs aufrechtzuerhalten, also damit zu rechnen, dass ihnen Personen oder Gruppen in die Hände fallen, die als empirische Verkörperungen des politischen Feinds oder rassischen Widersachers, als menschlicher Ersatz für ihn, hinlänglich plausibel beziehungsweise überzeugend sind, um dem säuberungsrituellen Drang des nationalsozialistischen Staats zu genügen und nämlich dessen obsessivem Verlangen Befriedigung zu verschaffen, sich des historischen Antagonismus, der ihn plagt, des systemischen Widerspruchs, an dem er krankt, durch projektive Verschiebung, kurz, exorzistisch zu entledigen. Und eben deshalb sind sie, wenn, wie unweigerlich der Fall, sich herausstellt, dass die aufgespürten und gestellten Personen und Gruppen untauglich sind, die ihnen zugewiesene Rolle irgend zu erfüllen, und damit den ganzen projektiven Schwindel auffliegen zu lassen drohen, noch motiviert oder - angesichts des golemhaften Automatismus, den ihre Projektionstätigkeit ihnen verleiht, vielleicht besser gesagt - disponiert genug, quasi frohen Mutes ihres spurenverwischend und verschwindenmachend mörderischen Amtes zu walten und über die Leichen, die sie hinterlassen, hinweg zu weiteren und besseren Erfolg versprechenden Gräueltaten fortzuschreiten.

Die Wachmannschaften der Internierungslager hingegen können diese jägerisch gute Hoffnung, diesen mörderisch frohen Mut nicht aufbringen, geschweige denn, sich erhalten. Die Personen und Gruppen, auf die als Ersatzobjekt alias Projektionsmaterial sie zugreifen, schaffen sie ja mit viel bürokratischem Umstand und logistischem Aufwand höchstpersönlich herbei, treiben sie vorweg in eigener Regie auf und setzen

sie eigenhändig in Szene, zaubern sie also in dem eines Taschenspielertricks verdächtigen Sinn quasi aus dem Hut, um sie hiernach zur Hand zu haben und ihrem ersatzobjektiven Schicksal zu überantworten, und von daher können sie nur mit größter Mühe die Fiktion eines veritablen Funds, einer in Sachen Projektionstauglichkeit Anlass zur Hoffnung gebenden Entdeckung, aufrechterhalten und, wenn sie dann doch wieder, um an der Projektionsperspektive überhaupt, dem Verschiebungsprospekt als solchem, festhalten zu können, stante pede zum mörderischen Spurenbeseitigen übergehen, zur verschwinden lassenden Exekution wechseln, dies schwerlich im wie sehr auch hartgeprüften Glauben an eine doch noch mögliche Verifizierbarkeit der Projektion, in der wie auch immer vagen Hoffnung auf eine letztlich winkende Substantiierbarkeit der Substitution tun.

Nur allzu vertraut mit den großenteils aus dem eigenen Lebensraum und dem heimischen Milieu herbeigeschleppten und als menschliche Ersatzobjekte vorgeführten Personen und Gruppen, deshalb nur allzu unmittelbar konfrontiert mit der lebenspraktisch-geschichtlichen Kontinuität, in der sie, die Täter, sich mit ihren Opfern befinden, und empirisch informiert über die zivilisatorisch-kultürliche Affinität, die sie beide verbindet, sind die Wachmannschaften außerstande, die in solcher Kontinuität und Affinität ebenso praktisch demonstrierte wie empirisch implizierte Untauglichkeit der Internierten für die ihnen zugedachte Rolle des politischen Feinds und rassischen Widersachers, ihre fehlende Eignung also, das Medium für staatliche Exorzismusübungen abzugeben, gar nicht zur Kenntnis zu nehmen und überhaupt nicht zur Geltung kommen zu lassen, und unterziehen ihre Einstellung zu ihren Opfern ebenso unmerklich wie unaufhaltsam einer zur veritablen Konversion geratenden Revision, lassen die projektive Erwartung, die sie mit ihnen als Kandidaten für die Widersacherrolle verbinden, ebenso klammheimlich wie nachdrücklich in die rejektive Enttäuschung über deren ausgemachte Untauglichkeit für die Rolle umschlagen. Bereits im Augenblick der Verschleppungs- und Internierungsaktion mit der Abwegigkeit ihrer Rollenvergabe konfrontiert und über den Irrsinn ihrer Kandidatenwahl informiert, machen die Wachmannschaften im buchstäblichen Sinne kurzen Prozess mit den Vorgeführten und Internierten und lassen, weil die Vorgeführten bereits gewogen und für zu leicht befunden, die Internierten bereits als Fehlgriff erkannt und das Urteil über sie gefällt

ist, das Gericht über sie, die Urteilsfindung, mit der Vollstreckung des Urteils, ihrer Hinrichtung zusammenfallen. Die bürokratische Probe aufs Exempel gerät zum exekutorischen Offenbarungseid, der fehlschlagende Existenzbeweis zur durchschlagenden Nichtigkeitserklärung, die nachträglich entschiedene Revokation zur vorweg beschlossenen Elimination, das resultativ-verwerfende Fazit zum initiativ-vernichtenden Dementi.

Und dieser partout nicht mehr als Reaktion auf das Irrtümliche und Abwegige der Verschiebung zu verstehende, sondern bloß noch als Eingeständnis ihrer pauschalen Absurdität und totalen Gegenstandslosigkeit zu begreifende kurze Prozess, dies nicht mehr von Frustration, von Enttäuschung über das Fehlleisten und Fehlschlagen der Projektion, sondern nur mehr von Ennui, von Überdruss angesichts des Verfehlten und Sinnlosen der Projektion diktierte Beseitigen und Eliminieren - dieser haltlos kurze Prozess kommt nun unheilvoll zusammen, trifft sich katastrophisch, mit dem oben als denkbare Erklärung für die aberwitzige Verschleppungs- und Internierungsoperation, die der nationalsozialistische Staat mitten im Krieg vom Zaun bricht, angenommenen desperaten Versuch, der projektiven Verschiebung, mit der das Regime sein aggressives Verfahren befrachtet und überdeterminiert, durch generische Masse, überwältigende Quantität, die überzeugende Qualität, spezifische Klasse zu vindizieren, an der es ihr so eklatant mangelt und deren Fehlen das ganze, das nationalsozialistische Staatswesen seines historischen Antagonismus und systemischen Widerspruchs, der zivilen Gesellschaftlichkeit und demokratischen Liberalität, in der es selber wurzelt und die es nicht loslässt, zu entbinden gedachte exorzistische Unternehmen als, wie man will, wahrhaftiges Lügengebäude oder wirkliches Wahngebilde zu entlarven droht.

Während die Wachmannschaften der grotesk offenkundigen, weil in ihrer Identifizierung, Rekrutierung und Lokalisierung bereits beschlossenen und besiegelten Untauglichkeit der Betreffenden für die ihnen oktroyierte ersatzobjektive Rolle wenn nicht klaren Auges ansichtig, so doch vollen Bewusstseins inne und folglich im Gewahrsam der Aussichtslosigkeit, je etwas anderes als solch untaugliche menschliche Objekte auftreiben und vorführen, sprich, der Hoffnungslosigkeit, ihrer projektiven Aufgabe jemals Genüge leisten zu können, für den ihnen im Falle solcher Untauglichkeit des Ersatzobjekts, solchen Fehlschlagens der Projektion, erteilten

Auftrag beseitigenden Exekutierens und verschwinden machenden Eliminierens denkbar demotiviert beziehungsweise indisponiert sind - während die Wachmannschaften also jede motivierende Aussicht auf einen Erfolg ihres als exorzistische Übung ausgelegten Projektionsgeschäfts fahren lassen müssen, fordert die Massierung und Gigantifizierung der Verschleppungs- und Internierungsaktion ihnen, was diesen Auftrag zum Verschwindenmachen der Spuren des Scheiterns, sprich, zur Beseitigung der Zeugen des Fehlschlags betrifft, das Äußerste an Tatkraft und Leistungsbereitschaft ab, verlangt von ihnen die Flut von projektionsuntauglichen menschlichen Ersatzobjekten, die die Aktion in die Lager spült, vollen Einsatz und vorbehaltlose Kollaboration. Unmotiviert und indisponiert, wie sie angesichts der offenkundigen Untauglichkeit des für die projektive Verschiebung zur Verfügung stehenden Menschenmaterials zwangsläufig sind, müssen sie doch zugleich, um der Aufgabe, die Masse an Untauglichem zu beseitigen, nur um Platz für nicht minder massenhaft Untaugliches zu schaffen, gewachsen zu sein, quasi über sich selbst, über ihren Mangel an Motivation und Disposition, hinauswachsen, müssen sich selbst, ihr zweifelndes Sein und eigenes Bedenken, durch entschlossenes Tun und rücksichtsloses Verüben übertreffen oder, besser gesagt, ausstechen.

Was die Wachmannschaften tun, um ungeachtet der ihnen fehlenden beziehungsweise verloren gegangenen Motivation und Disposition die ihnen vom nationalsozialistischen Staat anvertraute Aufgabe, die projektive Verschiebung gegen alle sie mit empirischer Widerlegung ihres systematischen Wahns bedrohende Verwerfung aufrechtzuerhalten, ist dies, dass sie das schiere Volumen der Aufgabe, das Pressierende, das ihr die unaufhörliche Flut der Verschleppten, die unfassliche Masse der Internierten verleiht, als Rationalisierung alias ausflüchtigen Rechtfertigungsgrund nutzen, um sich ihr ganz und gar zu verschreiben, sich ausschließlich auf sie zu konzentrieren, und hinter solch ausschließlicher Konzentration auf die praktische Durchführung und faktische Erfüllung der Aufgabe die zu ihr entfallene Motivation beziehungsweise fehlende Disposition zu vergessen oder, besser gesagt, unter ihr zu begraben.

Unter dem der Flut der untauglichen Ersatzobjekte, der Masse der falschen Zeugen, geschuldeten kommoden Vorwand, für nichts anderes als für deren Beseitigung und Eliminierung die erforderliche Kraft

aufbringen und die nötige Zeit erübrigen zu können, gelingt es den Wachmannschaften, die verloren gegangene methodische Motivation für die ihr formell zwar entspringende, sie aber im Eifer des taktischen Gefechts reell verdrängende praktische Motion bedeutungslos beziehungsweise die fehlende systematische Disposition für die formell zwar durch sie gesetzte, sie aber unter dem Druck des empirischen Geschäfts reell ersetzende faktische Operation entbehrlich werden zu lassen - gelingt es den Wachmannschaften also, ihr exekutorisches Schalten und eliminatorisches Walten in einen der Motivation entraten könnenden Selbstläufer, einen ohne Disposition funktionierenden Automatismus zu überführen und sich selbst hiermit aus von der Wichtigkeit der ideologischen Aufgabe, die ihnen der Staat übertragen hat, bürokratisch angetriebenen unmenschlichen Ausführungsorganen in ein vom Eigengewicht der praktischen Durchführung der Aufgabe mechanisch aufgezogenes menschliches Uhrwerk zu transformieren.

Von der im mörderischen Alltagsgeschäft verloren gegangenen Motivation befreit und der im objektiven Dispositiv der Fließbandroutine aufgegangenen subjektiven Disposition entratend, zeigen sich die Wachmannschaften konditioniert zu einer grundlos zynischen Pflichterfüllung, einem bodenlos hündischen Diensteifer. Sie beweisen eine den reaktiven Defätismus, der angesichts der unabwendbaren militärischen Niederlage angebracht wäre, durch proaktiven Nihilismus überwindende Hingabe an ihre Aufgabe, die den Lagerbetrieb vom Kriegsgeschehen quasi abspaltet, ihn mit monadologischer Gründlichkeit zu einer Art von eigenbrötlerischem Parallelprozess isoliert und damit das, was in den Lagern vor sich geht, jede Ähnlichkeit mit kriegsüblichen, den Usancen des Schlachtfelds zuzurechnenden zwischenzeitlichen Gräueln ablegen und das Schreckenshaupt eines mit Kriegshandlungen unvergleichlichen, weil stattdessen das Procedere eines Schlachthofs beschwörenden endzeitlichen Grauens erheben lässt.

Dieses endzeitliche Grauen aber monstriert, dass der nationalsozialistische Staat selbst endgültig dem projektiven Verschiebungsdrang verfallen, unwiderruflich dem exorzistischen Säuberungszwang erlegen ist, mit dem ihn der historische Antagonismus alias systemische Widerspruch heimsucht, in den er sich durch seinen militaristisch pervertierten New Deal verstrickt findet, durch sein herrenvölkisch reklamiertes Unterfangen, seine ökonomischen Probleme per regressiv-territorialherrschaftliche

Okkupation und Subjektion von seinesgleichen, mittels parasitär-fronwirtschaftlicher Requisition und Sequestration der industriellen Arbeit und des kommerziellen Reichtums anderer Staaten zu lösen.

Gleichermaßen angestiftet durch den Gigantismus, den ihre Überführung aus einem beiläufigen Fahndungs- und Aufspürunterfangen in ein umfängliches Verschleppungs- und Internierungsunternehmen seiner den Krieg missbräuchlich überdeterminierenden projektiven Verschiebungs- alias exorzistischen Säuberungsaktion verleiht, und entfesselt durch den Nihilismus, den die in eben jener Überführung beschlossene Entlarvung der projektiven Verschiebung alias exorzistischen Säuberung als freihändige Inszenierung beziehungsweise selbstgestrickter Schauprozess ihm einflößt, tritt der nationalsozialistische Staat die Flucht ins Reich der halluzinierenden Wunscherfüllung alias Gedankenallmacht an, und nutzt er die Gunst der das Kriegsende einläutenden mitternächtlichen Stunde, um den ihm als amphibolischem Monstrum, als bürgerlichem Staat, der sich in herrschaftlicher Hybris über sich selbst erhebt und sich kannibalisch an seinesgleichen, will heißen, an sich selbst vergreift - um also den ihm zwangsläufig aufstoßenden und zu schaffen machenden Wahn, den Wahn, sich seines eigenen Antagonismus und inneren Widerspruchs, der Nemesis seiner klassengesellschaftlichen Fundiertheit alias staatsbürgerlichen Verfasstheit, nicht weniger grundsätzlich entheben als grundlegend entledigen zu können - um also diesen Wahn sich zu einer Wirklichkeit sui generis entfalten zu lassen, ihm zu einer von der Realität des Krieges ebenso abgehobenen wie gegen sie abgekapselten Präsenz zu verhelfen, ihn seine Existenz in einer aus Internierungslagern bestehenden und als geschlossene Gesellschaft funktionierenden Parallelwelt finden zu lassen, die aufgehört hat, als bloßer Aspekt der militärischen Aktion den Krieg aktionistisch zu überdeterminieren und mit ihm ungut zu interferieren, und vielmehr als ausschließlich mit der eigenen Agende befasster Prospekt vom Kriegsschauplatz isolationistisch desertiert, um nicht zu sagen, sich monadologisch von ihm absetzt.

Zu solch parallelweltlicher Verselbständigung seines Wahns, solcher Abspaltung vom Kriegsverlauf und Abkapselung gegen das Kriegsgeschehen, versteht sich, wenn man so will und die Sache ironisch betrachtet, der nationalsozialistische Staat zur rechten Zeit, da ja der Kriegsverlauf, der unvermeidlichen Niederlage des Aggressors zustrebend, immer engere Kreise zieht, sich quasi immer mehr in sich verläuft, da mit

anderen Worten das Kriegsgeschehen sich zunehmend von den Territorien der Angegriffenen zurückzieht, der ausländischen Welt den Rücken kehrt und sich auf das Deutsche Reichsgebiet selbst verlagert, das die angegriffenen Staaten, die alliierten Gegner, zuerst aus der Luft und dann zu Lande in Schutt und Asche legen und so seinem usurpatorischen Herrn und diktatorischen Meister, ihm, dem nationalsozialistischen Staat, Schritt für Schritt beziehungsweise Stück für Stück entreißen. Da trifft es sich gut, dass die Abspaltung und Verselbständigung des Wahns, seine in den Lagern, unbeirrt vom Kriegsverlauf, mit wachmannschaftlich-bürokratischem Zynismus, hündischem Kadavergehorsam, fortgesetzte Implementierung als exorzistische Säuberungsaktion dem nationalsozialistischen Staat erlaubt, mit leerlaufreaktiver, des Realitätsbezugs unbedürftiger Beharrlichkeit an ihm, dem Wahn, der ihm Unterpfand seiner nicht vom historischen Antagonismus zerrissenen, nicht vom systemischen Widerspruch zerfressenen Sichselbstgleichheit, kurz, Beweis seiner Existenzberechtigung ist, festzuhalten.

Mag aber auch die Verselbständigung zur pathologischen Leerlaufreaktion dem nationalsozialistischen Staat gestatten, mittels der vom Kriegsgeschehen abgekoppelten und gegen es abgekapselten Lager mit den in ihnen ebenso gnadenlos eliminierten wie grundlos internierten menschlichen Ersatzobjekten den ihm seine Existenzberechtigung bedeutenden Wahn, seinen Wahn von historischer Ursprünglichkeit und systemischer Sichselbstgleicheit, aufrechtzuerhalten, ohne Rekurs auf eine gegnerische Außenwelt, eine feindliche Empirie nehmen zu müssen, deren es als einer projektiven Verschiebungsfläche, eines exorzistischen Austreibungsprospekts eigentlich doch bedürfte, um den Wahn nicht kurzerhand ins Leere laufen und als gegenstandslos an sich, an dem eigenen Widerspruch und inneren Konflikt, dessen Verleugnung alias Verdrängung ihn hervortreibt, zuschanden werden zu lassen! Was die Lager jedenfalls nicht vermögen, ist, dem Staat neben seiner in ihnen wahnhaft zur Schau gestellten systematischen Existenzberechtigung, seines als Staatsräson perennierenden gouvernementalen Sinns, auch seine empirische Existenz, sein im Staatsapparat bestehendes territoriales Sein, zu gewährleisten, und als letzteres unter dem Bombenhagel der Flugangriffe des alliierten Gegners und den Panzerketten seiner vorrückenden Bodentruppen zerfällt und sich auflöst, ist es, wie zu Ende mit dem egalitaristisch-bürgerlicher Gesellschaftlichkeit entsprungenen

militaristisch-staatlichen Monstrum selbst, so auch vorbei mit jenem projektiven Tun und exorzistischen Treiben, mit dem das Ungeheuer sich ebenso massenmörderisch wie vernichtungswütig einer von ihm nicht weniger zynisch eingesetzten als manisch beschworenen unbürgerlich-herrenvölkischen Originalität und militärgemeinschaftlich-homogenen Authentizität zu überführen sucht.